This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

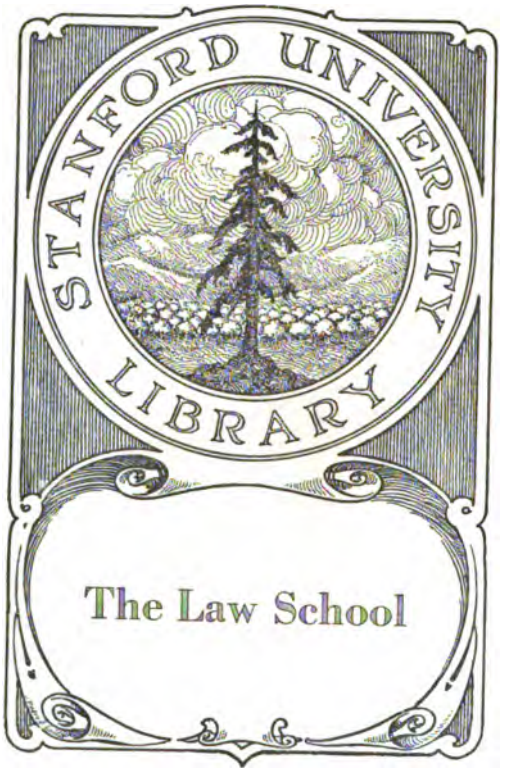
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


STANFORD UNIVERSITY
LIBRARY
The Law School

EV
AH,
SG
6.5
pt. 1

DAS KIRCHENRECHT

DER

KATHOLIKEN UND PROTESTANTEN

IN

DEUTSCHLAND.

VON

DR. PAUL HINSCHIUS,
ORDENTLICHEM PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

FÜNFTER BAND,
ABTHEILUNG 1.
SYSTEM DES KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF DEUTSCHLAND. (FORTSETZUNG.)

BERLIN
J. GUTTENTAG, VERLAGSBUCHHANDLUNG.
1893.

SYSTEM

DES

KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS

MIT BESONDERER RÜCKSICHT

AUF

DEUTSCHLAND.

VON

DR. PAUL HINSCHIUS,
ORDENTLICHEM PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

FÜNFTER BAND,
ABTHEILUNG I.

BERLIN
J. GUTTENTAG, VERLAGSBUCHHANDLUNG.
1893.

94

Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen behalte ich mir hiermit vor.

Dr. Paul Hinschius.

365854

Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Vorwort zur ersten Abtheilung.

Wenn die erste Abtheilung des fünften Bandes erst nach mehr als vier Jahren seit der Ausgabe des vierten erscheint, so ist diese Verzögerung abgesehen davon, dass ich ein volles Jahr hindurch durch Universitäts-Verwaltungsgeschäfte so gut wie ganz an jedem wissenschaftlichen Arbeiten gehindert worden bin, durch die Fülle des zu bewältigenden Stoffes bedingt worden. Mit Rücksicht darauf, dass sich in der katholischen Kirche erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts ein gemeines Recht festzustellen beginnt, musste, um zu sicheren Ergebnissen zu gelangen, mit der bisherigen Methode, lediglich das Corpus canonici und höchstens die ein sehr disparates Material zusammenstellenden Beichtbücher zu benützen, gebrochen und die partikuläre Rechtsbildung seit der karolingischen Zeit eingehend dargelegt werden. Nur dadurch liess es sich ermöglichen, die Ausbildung und Entwicklung der einzelnen Strafen und des kirchlichen Strafsystems, sowie die Thätigkeit der Kirche auf dem Gebiet des Strafrechts überhaupt eingehend zu würdigen, andererseits war es aber dadurch bei dem gewaltigen Umfange des mittelalterlichen Materials ausgeschlossen, mit dieser Abtheilung die Darstellung des Strafrechtes zum Abschluss zu bringen. Da ferner auch die weitere Ausbildung desselben seit der Abschliessung der die Fundamente des gemeinen Rechts bildenden Dekretalensammlungen durch die päpstliche Gesetzgebung seit dem 13. Jahrhundert (ist doch eine methodische Benutzung der Bullarien zu diesem Zweck noch nicht versucht worden) einer eingehenden Bearbeitung unterzogen werden muss, und die Zeit vom 14. Jahrhundert ab ebenfalls ein überreiches Material bietet, so habe ich es für angemessen gehalten, in dieser Abtheilung die Darstellung nur bis zur Feststellung der noch heute massgebenden Grundlagen des gemeinen Rechts, also bis zum 14. Jahrhundert fortzuführen, und nur in besonderen Fällen da, wo es, wie z. B. bei den Sendgerichten (§. 288), durch die Lage der Quellen geboten war, über disee Zeit hinauszugehen.

Einzelne, neuere Erscheinungen, wie namentlich Brunner deutsche Rechtsgeschichte Bd. II, Finke Konzilienstudien, Humberti Gottesfrieden, Weyl Beziehungen des Papstthums z. fränkischen Staats- und Kirchenrecht u. s. w. habe ich erst nach dem Abschluss des Manuskripts bei der Korrektur, also nicht mehr so eingehend, wie ich gewünscht hätte, benutzen können.

Endlich bitte ich die nachstehend verzeichneten Ergänzungen und Berichtigungen zu beachten.

Berlin, den 19. Februar 1893.

Der Verfasser.

INHALTSVERZEICHNISS.

System des katholischen Kirchenrechts.

Erstes Buch.

Die Hierarchie und die Leitung der Kirche durch dieselbe.

Dritter Abschnitt.

Die Funktionen der kirchlichen Leitungsorgane.

Zweite Abtheilung.

Das kirchliche Verwaltungsrecht.

Fünftes Kapitel.

Die Handhabung der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

Seite

I. Geschichte.

C. Von der karolingischen Zeit bis zum vierzehnten Jahrhundert.

1. Die kirchlichen Strafen.

a. Die einzelnen Strafen.

§. 261. aa. Gegen Laien 1

§. 262. bb. Gegen Geistliche 51

§. 263. cc. Die Busse (Zwangsbusse), öffentliche und private Busse . . 85

b. Das kirchliche Strafen- und Disciplinarstrafensystem.

§. 264. aa. Die Erweiterung und Umbildung der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen (Zwangsbusse und Monitio) 116

§. 265. bb. Der Begriff der Strafe. Censuren und Vindikativstrafen. (Strafen gegen Unschuldige.) 123

§. 266. cc. Die Verschärfung des Charakters der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen (Strafen latae sententiae und generelle Strafen) 130

§. 267. dd. Die Durchführung der kirchlichen Strafen bei Widerspenstigkeit und Verstocktheit des Schuldigen 140

§. 268. ee. Das Verhältniss der Strafen zu einander 143

§. 269. ff. Die Aufhebung der Strafen. Begnadigung. Absolution. Ablass 144

2. Die Entwicklung und der Charakter des kirchlichen Strafrechts.

a. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen.

aa. Die kirchlichen Strafvergehen.

§. 270. α) Die kirchliche Strafgesetzgebung in Betreff der einzelnen Strafvergehen 157

Seite

§. 271. β) Die Tendenz und der Charakter der kirchlichen Strafgesetzgebung 228
§. 272. γ) Die Behandlung des kirchlichen Strafrechts in den Sammlungen des Corpus iuris canonici 232
§. 273. δ) Die kirchliche Strafgesetzgebung in technischer Beziehung 235
§. 274. bb) Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen der Geistlichen 237
§. 275. b. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen, ihre Eintheilungen und die Bemessung der Strafen für dieselben. 270
3. Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt.
a. Die Organe für die Ausübung derselben.
§. 276. aa. Im Allgemeinen (die Bischöfe und die Synoden) 278
§. 277. bb. Der Papst 281
§. 278. cc. Die niederen Organe (Pfarrer, Kapitel, Archidiakonen) . . . 291
§. 279. b. Der Charakter der Straf- und Disciplinarstrafgewalt (bannus episcopalis und papalis) und die Trübung desselben 295
§. 280. c. Der Umfang der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt in Betreff der Personen 300
§. 281. d. Die sachliche Zuständigkeit der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt und der kirchlichen Gerichte 303
§. 282. e. Die Zuständigkeit der Organe der Straf- und Disciplinarstrafgewalt in persönlicher Hinsicht 327
§. 283. f. Die örtliche Zuständigkeit der Organe der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt 334
§. 284. g. Die Fortentwicklung des Straf- und Disciplinarstrafverfahrens . 337
§. 285. h. Die Absolutions- und Begnadigungsgewalt. Sachliche und örtliche Zuständigkeit. Reservatfälle 360
§. 286. i. Die Stellung des Staats gegenüber der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt 373
§. 287. k. Die staatliche Gerichtsbarkeit in Strafsachen der Geistlichen . . 402
l. Besondere Strafgerichte.
§. 288. aa. Die Sendgerichte 425
bb. Die päpstlichen Ketzer- (Inquisitions-) Gerichte.
§. 289. α) Die Einführung und Ausbreitung 449
§. 290. β) Die Organisation der päpstlichen Ketzergerichte 456
§. 291. γ) Die Unterhaltung der päpstlichen Ketzergerichte 468
δ) Die Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte.
§. 292. αα) Die sachliche Zuständigkeit 471
§. 293. ββ) Die Zuständigkeit in persönlicher Beziehung 473
§. 294. γγ) Die Kompetenz der päpstlichen Ketzergerichte im Verhältniss zu den übrigen kirchlichen Jurisdiktions-Organen, insbesondere zu den Bischöfen. 475
§. 295. δδ) Die örtliche Zuständigkeit 479
§. 296. ε. Die Pflicht zur Unterstützung der päpstlichen Ketzergerichte 480
§. 297. ζ. Das Verfahren 481

Erstes Buch:
Die Hierarchie und die Leitung der Kirche durch dieselbe.

Dritter Abschnitt:
Die Funktionen der kirchlichen Leitungsorgane.

Zweite Abtheilung:
Das kirchliche Verwaltungsrecht.

Fünftes Kapitel.
Die Handhabung der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

C. Von der karolingischen Zeit (vom Ende des siebenten) bis zum vierzehnten Jahrhundert[1].

1. Die kirchlichen Strafen.

a. Die einzelnen Strafen.

§ 261. *aa. Gegen Laien.*

Die früher entwickelten Grundlagen sind für das Strafmittelsystem der Kirche auch während der nunmehr zu besprechenden Periode im Wesentlichen maassgebend geblieben[2], indessen hat dasselbe doch in der letzteren theils eine weitere Ausbildung, theils auch einzelne Veränderungen und zwar hauptsächlich durch die Stellung, welche jetzt die schon seit dem 6. Jahrhundert ausgebildete Zwangsbusse erlangt hat, erfahren[3].

Unter den Strafmitteln hat:

1. Der grosse Kirchenbann, die Exkommunikation[4], ebenso wie früher seine hervorragende Stellung behalten.

[1] Warum Heinze in v. Holtzendorff, Handbuch d. deutschen Strafrechts. Berlin 1871. 1, 41. 44 eine besondere Periode gerade mit den pseudoisidorischen Dekretalen beginnen lässt, ist mir nicht klar.

[2] Bd. IV. S. 797 ff.

[3] A. a. O. S. 816 ff.

[4] Die lateinischen Bezeichnungen: *excommunicatio*, *excommunicare* werden jetzt zwar immer häufiger gebraucht, s. z. B. Conc. Vern. 755 c. 9. 11, Boret. 1, 35; Admon. gen. 789 c. 36, Boret. 1, 56; syn. Francof. 794 c. 38, l. c. p. 77; Friaul 796 c. 12, Mansi 13, 850; cap. Theodulfs v. Orleans u. 797 c. 27. 41, l. c. 13, 1001. 1005; desselb. cap. II, ibid. p. 1011; Capit. miss. 803 c. 2, Boret. 1, 115; cap. Haitos v. Basel c. 13. 14, Boret. 1, 364; Meaux 845 c. 49. 57. 62, Mansi 14, 830 ff.; Mainz 847 c. 6, ibid. p. 905; cap. Rudolfs v. Bourges († 866) c. 12. 21. 29, ibid. 949. 953. 957; conv. Ticin. 850 c. 19, LL. 1, 400; conc. Mogunt. 851 c. 4, LL. 1, 412; syn. Roman. 853, Mansi 14, 1017, 1019; syn. Suession. 853 c. 11, LL. 1, 418; Valence 855 c. 8. 9, Mansi 15, 7. 8; c. 6 (Hincm.) C. XXIV qu. 3; Worms 868 c. 43. 56, Mansi 15, 877. 879; Karol. II. cap. Pist. 869. c. 10, LL.

1, 510; Karlom. cap. ap. Vern. pal. 884 c. 5, LL. 1, 552; Ravenna 898 c. 1, Mansi 18, 230; Hohenaltheim 916 c. 6. 9. 18. 27, LL 2, 556 ff.; Troslé 921; Mansi 18, 343; Rheims 975, l. c. 19, 60; Exkommunikation Herz. Heinrichs II v. Baiern 976, LL. 3, 485; Rheims 988, Mansi 19, 96; Limoges 1031, ibid. p. 540; Toulouse 1056 c. 5. 13, ibid. p. 848; S. Jago v. Compostella 1056 c. 4, ibid. p. 858; Gerona 1068 c. 4. 12, ibid. p. 1072; c. 4 (Alex. II. Jaffé-Loewenfeld n. 4624) C. XXIV qu. 1; Auch 1068, Mansi 19, 1074. 1075; London 1075, l. c. 20, 452; c. 2 (Poitiers 1078) X de vita cler. III. 1; Toulouse 1079, Mansi 20, 457; Gerona 1078 c. 5. 9, ibid. p. 518; Quedlinburg 1085 c. 1. 2, ibid. p. 608; Melfi 1089 c. 15, ibid. p. 724; Urban II. ad Bereng. 1095 (J. L. n. 5539, M. 20, 916); c. 46 (Clermont 1095) C. XII qu. 2; Nimes 1096 c. 10. 15, M. 20, 936; ep. Atreb. episc. 1097, M. 20, 948; Rouen 1096 c. 4, ibid. p. 924; Tours 1096, ibid. p. 925; S. Omer 1099 c. 5, ibid. p. 972; Rom 1099 c. 17, ibid. p. 964; Troyes 1107, ibid. p. 1124; Gran 1114 c. 34, ibid. p. 105; Lateran. 1123 c. 9, M. 21, 283; London 1125 c. 11, ibid. p. 332; Honor. II. betr. Cluny 1126 (J. L. n. 7268, M. 21, 339); Nantes 1127, ibid. p. 351; Palencia 1129 c. 2. 8, ibid. p. 387; Lateran. 1129 c. 3, ibid. p. 526; Clermont 1130 c. 8, ibid. p. 439; Innocenz II. Privil. für Cluny 1132 (J. L. n. 7551, M. 21, 405); London 1138 c. 1, M. 21, 511; (vereinzelt *extra ecclesia excommunicare*, Cap. de reb. eccl. 787/813 c. 4, B. 1, 186);

daneben finden sich aber auch noch die in den älteren Zeiten (Bd. IV. S. 701. 797 n. 3) vorkommenden oder verschiedene sich im wesentlichen mit diesen deckende Ausdrücke, wie:

ab ecclesia oder *ab eccl. sive a communione et coetu fidelium repellere*, Theodulf v. Orleans (u. 797) c. 26. 27, M. 13, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1); Rudolf v. Bourges († 866) c. 36, M. 14, 959; *de ecclesiae coetu pellere* (iustissima excommunicatione) Rudolf v. Bourges c. 25; Worms 868 c. 41, M. 14, 955 u. 15, 877; *ab ecclesiae liminibus pellere*, Valence 855 c. 10, M. 15, 9; *a christiana communione p.*, Rouen saec. 9 c. 16, Bruns I. 2, 271; Hludov. II. conv. Ticin. 850 c. 24, LL. 1, 400. 405; *ab ecclesia dei p.* Toulouse 1119 c. 3, M. 21, 226.

ab eccl. penitus amputare, Rom 853 add. zu c. 37, M. 14, 1014;

sacrarum missarum solemniis, corpore etiam et sanguine d. n. Jesu Christi separare atque excommunicare, Rom 863 c. 6, M. 15, 658; *a communione s. ecclesiae omniumque christianorum separare*, cap. ap. Vern. pal. 884, LL. 1, 552; *ab ecclesiae et omnium coetu separare*, Valence 855 c. 12, M. 15, 9; *ab ecclesiast. comm. s.*, Meaux 845 c. 62, M. 14, 833 u. LL. 1, 392; *a fidelium c. s.*, Rom 853 c. 41, M. 14, 1016; *a s. ecclesiae c. s.*, Rom 1063 c. 5, M. 19, 1025 (c. 6. § 2 Dist. XXXII);

a praesenti ecclesia iustorum segregare, Beccancelde 798, M. 13, 1023; *a coetu ecclesiae segregare*, Hincm. cap. a XII c. 1, M. 15, 491; *a gremio s. aecclesiae et omnium fidelium communione segregare*, Pavia 997, Jaffé mon. Mogunt. p. 352; *a liminibus ecclesiae segregare*, Worms 868 c. 21, M. 15, 873; *a liminibus s. matris ecclesiae sequestrare*, Rouen 1096 c. 6, M. 20, 924; *a foribus ecclesiarum ab omni societate christiana removere*, Toucy 860 c. 4, M. 15, 559; *a liminibus s. matr. excludere*, Vienne 1124, M. 21, 318; *ab ipsis liminibus eccl. exclusum omnium christianorum consortio atque convivio reddere extraneum*, Valence 855 c. 11, M. 15, 9; *a liminibus eccl. extraneum habere*, c. 26 (Worms 868 c. 10) C. II qu. 5;

a liminibus s. dei eccl. extraneum et ab omni consortio christianorum segregare, und *ab omni ecclesiarum ingressu alienum*, Dipl. 1045, M. 19, 613;

ab omni ecclesiastico consortio esse alienum, Friaul 796, M. 13, 849; *a liminibus s. dei ecclesiae habere alienum*, Karrofum (Poitiers) 989 c. 3, M. 19, 90; *a corpore et sanguine d. n. Jesu Christi et a liminibus ecclesiae se exclusum et alienatum et sicut putridum membrum a sano corpore praecisum*, Tours 1060 c. 9, M. 19, 928;

ab ecclesiae liminibus et a catholicorum communione arcere, Worms 868 c. 24, M. 15, 873; *ab omni ecclesiast. comm. arcere*, Meaux 845 c. 61, M. 14, 833; *a liminibus eccles. a.* Mainz 888 c. 7, M. 18, 60; Saintes 1075, M. 20, 444; *a liminibus matris ecclesiae arcere ac sequestrare*;

caritate ecclesiae privare, Valence 855 c. 8, M. 15, 7; *communione privare*, Haito v. Basel c. 15, Bor. 1, 364; Meaux 845 c. 63, M. 14, 854; Rom 853, M. 14, 1011, Worms 868 c. 19, M. 15, 872; *comm. ecclesiastica privare*, Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392; *communione carere christiana* c. 8 (Later. III. 1179 c. 22) X de censib. III. 39.

omnem ecclesiastic. commun. denegare, Mainz 897 c. 25, M. 14, 910; *ab ecclesiastica comm. praescindere*, c. 6 (Later. III. 1179 c. 24) de judaeis III. 6; *ab introitu ecclesiae prohibere*, Mantuan. II. 787 c. 8, B. 1, 197.

Auch das deutsche *bannus* wird im Sinne von Exkommunikation gebraucht, so sicher Vita Meinwerci episc. SS. 11, 146: „illa (Irmgard, Gemahlin Ottos v. Hammerstein) vero publice *bannos* praevaricans, ibidem (Mainzer Synode 1023) ius legemque omnem funditus perdidit" (vgl. Thietmar. Chron. SS. 3, 863 über die Synode zu Niemwegen 1018: „Otto et ... Irmirgerd ... excommunicati sunt" u. ep. Aribon. Mogunt. 1024, Jaffé, mon. Mogunt. p. 359: ex delatione anathemazitae Imme; dazu Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 279); ferner Annal. Hildesh., SS. 3, 110: „Ibique (Ingelheim 1105) imperator (Heinrich IV.) ... omnium pedibus provolutus, praecipue cardenali legato apostolicae sedis, veniam et absolutionem *banni* precabatur, confitens se multo tempore anathematizatum esse a papa Hildebrando, (vita Heinr. imp. SS. 12, 279: „obsecrans ut se a *banno* solveret", vgl. dazu casus Petrishus. SS. 20, 657: „absolvi se ab *excommunicatione* postulavit"); Tribur 1036, Bresslau, Konrad II. 2, 530: „7. Quod omnes Sclavi decimas dent, sicut ceteri christiani et ad hoc *banno* constringantur"; vgl. auch c. 3 ibid.; Gottesfrieden Sigwins v. Cöln 1083, LL. 2, 58: „Clericos vero et omnes sub hoc ordine degentes *banno nostro* interdicimus laicali vindicta puniri, sed manifesto crimine deprehensi episcopo ipsorum praesententur"; Konstanz 1094, Bern. chron. SS. 5, 458, Mansi 20, 795: „incontinentiam presbyterorum ac violentiam simoniacorum adeo prohibuit (der päpstliche Legat),

Die Exkommunikation wird noch immer als Ausschliessung aus der Kirche[1] oder aus der kirchlichen Gemeinschaft[2], d. h. als Entziehung aller kirchlichen Rechte, insbesondere der Theilnahme am Abendmahl[3], an der Beichte[4] und an sonstigen kirchlichen Handlungen[5], der Befugniss, die Kirche zu betreten[6], der Berechtigung, Oblationen darzubringen[7], und des Rechts auf kirchliches Begräbniss[8] charakterisirt. Dagegen hat das Verkehrsverbot im Laufe dieser Periode eine weitere Entwicklung und Umbildung erfahren. War schon seit dem 5. Jahrhundert nicht mehr blos der religiöse, sondern auch jeder andere Verkehr der übrigen Gläubiger mit den Gebannten untersagt worden[9], so wird nunmehr, d. h. seit der letzten Hälfte des 9. Jahrhunderts, die Verletzung dieser Vorschrift schlechthin mit der Strafe der

ut etiam populum ab eorum officio sub *banno* prohibuisset, si ipsi ... contra fas et ius ministrare praesumpsissent"; Bonithon. ad amicum lib. VIII, Jaffé mon. Gregor. n. 670: „postquam de *banno* regis (Heinrichs IV. 1076) personuit, universus noster Romanus orbis contremuit". Dipl. B. Reinhards v. Halberstadt 1120, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstiftes Halberstadt 1, 117. 118: „hoc statutum auctoritate ... pape Calixti, sicut ante nos suo *banno* et privilegio in Remensi stabilivit concilio"; Rheims 1131, Jaffé, mon. Bamberg. p. 441: (c. 11) „*Banno* confirmatum est, rusticos habere pacem cottidie in corpore et in rebus suis, dum eunt vel redeunt vel commorantur in agricultura vel alio quolibet opere manuum"; (c. 12) „Clericis et monachis et mulieribus pax perpetua *banni* confirmatione data est" (vgl. Clermont 1130 c. 8, M. 21, 439); Lüttich 1166 c. 7, M. 22, 10: „Maledictionis *banno* subiacebit"; dipl. n. 1186, G. Schmidt, cit. Urkdbch. 1, 294: „*banni* tandem censura premonitus". (Wegen der sonstigen Bedeutung von *bannus* s. §. 279.) Über andere Ausdrücke für Exkommunikation vgl. ausser den nachstehenden Anmerkungen namentlich noch unten S. 7 u. 8 betreffend das: *anathema*, sowie wegen der Bedeutung von *suspendere a communione* unten S. 13 ff. und von *communione privare* u. S. 15.

[1] c. 107 (Mansi 17 app. p. 469 u. Regino II. 417) C. XI qu. 3: „a gremio s. matris ecclesiae et consortio totius christianitatis eliminamus"; Pavia 997, Jaffé mon. Mogunt, p. 352, vgl. auch S. 2. Anm.

[2] S. a. a. O.

[3] Rom 863 c. 6 cit. (S. 2 Anm.); Admonitio gener. 789 c. 36, Bor. 1, 56 (Wiederholung von statuta eccl. ant. c. 73 bz. 40 s. Bd. IV, S. 704. n. 8); Theodulf v. Orleans c. 41, (Rudolf v. Bourges c. 29), M. 13, 1005 u. 14, 957.

[4] Rom 863 c. 6 cit., Toucy 860 c. 4, M. 15, 559: „a sacro missarum officio"; Walter v. Orleans u. 858 c. 12, M. 15, 507.

[5] Überhaupt: „nec sacerdos aliquis divinum ei officium faciat", Rouen 1096 c. 6, M. 20, 924; Formel v. 900, M. 17 app. p. 463: „nec confessiones eorum recipere."

[6] Vernens. 755 c. 9: „in ecclesia non debet intrare"; Toucy c. 4 cit: „a foribus ecclesiae". Limoges 1031, M. 19, 540: „Quando quemlibet excommunicaverit (episcopus) eat publice ad ostium ecclesiae et ostium pro eo claudat. Dum absolverit, ambulet cum eo usque ad portas et aperiat ei, ut ingrediatur. Aliter autem nullus excommunicatus ecclesiam ingrediatur"; Gerona 1068 c. 4, M. 19, 1071.

[7] Limoges 1031, M. 19, 540; Palencia 1129 c. 2, M. 21, 387: „utque oblationes excommunicatorum et decimae non suscipiantur", vgl. auch Bd. IV, S. 704.

[8] Walter v. Orleans c. 12, M. 15, 507: „sepulturam non praebeat" (Priester); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559: „nec sepulturam cum fidelibus accipiat"; Troyes 868 c. 3, M. 17, 349: „nemo corpora eorum cum hymnis et psalmis sepeliat"; Limoges 1031, M. 19, 539: „nullatenus christianorum sepultura sepeliatur"; Rouen 1096 c. 6, s. Anm. 5: „nec sacerdos . . eius sepulturae intererit"; Exkommunikationssentenz Johanns XII, J. L. n. 3685, M. 18, 451: „et si mortuus fuerit, non sepeliatur neque pro eo oretur"; Elne 1058, M. 19, 879 und Gerona 1068 c. 4, M, 19, 1071: „non sepeliantur"; Rheims 1148 c. 6, M. 21, 720: „excommunicatorum corpora insepulta maneant"; Regino II. 416 (Mansi 17 app. p. 463) und Beziers 1090, M. 20, 729: „sepultura asini sepeliantur"; Paschalis II ad Gebehard. Constant. 1101/10, J. L. n. 6252, M. 20, 1083: „excommunicatorum cadavera de scorum basilicis proiiciantur." Vgl. ferner Troyes 868 c. 3 cit. „nec memoria illorum ad sacrum altare inter fideles mortuos habeatur." (s. Bd. IV. S. 704); Limoges 1031 cit.: „neque (post mortem) pro eo oretur nec facultas eius in eleemosynam suscipiatur"; Alexander III, 1159 bis 1181, app. conc. Later. XXX c. 5, J. L. n. 13797, M. 22, 385 (Verbot für die Johanniter, Exkommunicirte auf ihren Kirchhöfen zu begraben); c. 12 (Innoc. III) X de sepult. III 28; Saintes 1282 c. 1, M. 24, 465, wonach die Exkommunicirten fern von den Kirchhöfen und nicht mehr wie zwei nebeneinander begraben werden sollen.

[9] Vgl. Bd. IV. S. 704. n. 8 u. S. 801, ferner Vern. 755 c. 9 cit.: „nec cum nullo christiano cybum vel potum sumere; nec eius munera accipere debet nec osculum porregere nec in oratione iungere nec salutare; Theodulf. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001 („neque in suam domum recipiat" c. 17 C. XXII qu. 1) c. 18 (Smaragd. + nach 824) C. XI qu. 3; Walter v. Orleans c. 12, M. 15, 507: „nec Ave in via ei dicat"; Regino II. 413 (M. 17 app. p. 461). S. auch die folgende Anm.

(grossen) Exkommunikation[1] bedroht, an deren Stelle für Geistliche im Laufe des 10. Jahrhunderts theilweise die Verhängung der Absetzung[2] getreten ist. Eine ausnahmslose Durchführung dieses weitgehenden Verbotes liess sich indessen kaum ermöglichen. Aber wenn man auch in gewissen Ausnahmefällen den Verkehr nicht ganz ausschliessen konnte, so hat doch nur die lokale Gesetzgebung den Bedürfnissen des Lebens und den Anforderungen der Gerechtigkeit[3] durch Gewährung der Straffreiheit Rechnung getragen[4], dagegen sind die Päpste im 11. Jahrhundert nicht so weit gegangen, sondern haben bloss für einzelne Fälle, wie den des Zwanges, einer durch geschäftliche und Abhängigkeits-Verhältnisse gebotenen Nothwendigkeit[5], und im Falle eines nichtwissentlichen Umganges[6], eine mildere Bestrafung zugelas-

[1] Vernens. 755 c. 5. c. 9 cit. droht sie nur für denjenigen an, welcher wissentlich mit einem degradirten und wegen Fortamtirens exkommunicirten Priester verkehrt. Francof. 794 c. 38, Boret. 1, 77, das sich allein auf den Umgang der Kleriker der königlichen Capellen mit exkommucirten Priestern bezieht, und das Schreiben der Synode v. Savonières 859 c. 8 an die Bischöfe der Bretagne, LL. 1, 465, welches diese auf die Exkommunikation wegen eines etwaigen Verkehrs mit Gebannten hinweist, stehen ebenso wie Hohenaltheim 916 c. 6—8, LL. 2, 556, noch auf dem Boden des älteren Rechts, Bd. IV. S. 704 n. 8 u. 705 n. 1. Auch c. 18 C. XI qu. 3 cit. (s. vor. Anm.) ist aus einer den Umgang von Mönchen mit exkommunicirten Brüdern betreffenden Mönchsregel (c. 28 C. cit. s. Correctores romani dazu) zusammengestellt. Rom 863 c. 6, M. 15, 559 und Worms 888 c. 8, M. 18, 66 verhängen die Exkommunikation blos in besonderen Fällen für den Umgang mit exkommunicirten Personen, vgl. Bd. IV. S. 801. n. 3 a. E.; nicht minder auch Nicol. II 865. J. L. n. 2800 im Original, (nicht nach c. 102 C. XI qu. 3). Dagegen findet sich eine allgemeine Strafandrohung zuerst bei Pseudoisidor, s. Calixt c. 10, Fabian. c. 6 (c. 16. 17 C. XI qu. 3). vgl. auch Clem. c. 17. 18, Hinschius p. 138. 159 u. p. 38; dann unter Berufung auf die zuletzt citirte Stelle Metz 888 c. 12, M. 18, 81: „Istius transgressores s. Petrus et omnis auctoritas excommunicat.“ Im 10. Jahrh. wird diese Folge in den Exkommunikationsformeln, s. Regino II. 413 cit. (s. vor. Anm.), ferner im 11. Jahrh. in Spezialfällen, S. Tiberius (Narbonne) 1050, M. 19, 796, und generell durch Synoden, z. B. Toulouse 1056 c. 13, M. 19, 849, ausgesprochen, und am Ende des 11. Jahrhunderts gilt es als allgemeiner Rechtssatz, dass jeder Verkehr mit dem Exkommunicirten die Exkommunikation nach sich zieht, Urban II., 1089, J. L. n. 5393, M. 20, 667 (c. 110 C. XI qu. 3); Paschalis II. 1104, J. L. n. 5971, Jaffé mon. Bamb. p. 253; London 1136 o. 1138, M. 21, 517, welchen das II. allgemeine Lateran-Konzil 1139 c. 3, M. 21, 526: „Qui vero excommunicato ... scienter communicare praesumpserit, pari sententia teneatur obnoxius“ ausdrücklich wiederholt hat (vgl. auch Rheims 1148, M. 21, 713).

[2] Hohenaltheim 916 c. 8, LL. 2, 556: „de gradu deponi“; Limoges 1031, M. 19, 540: „Presbyter qui excommunicatum scienter suscipit, ideo *ab ordine deponatur* .... Qui autem scienter id egerit, sive in vita sua sive in morte sive aliquid de facultatibus damnati in eleemosynam probatus fuerit suscepisse, *ab ordine presbyteri cesset*, nisi satisfactus ab episcopo suo sacris vestimentis reinduatur“; Tiberius (Narbonne) 1050, M. 19, 796: „proprio ordine periclitabitur“; Rheims 1148 c. 6, M. 21, 719 (u. als Londoner Konzil ibid. p. 516): „tam ordinis sui quam ecclesiasticorum beneficiorum periculo subiaceant“; was möglicher Weise damit zusammenhängt, dass die Exkommunikation der Geistlichen nicht mehr, wie ursprünglich den Verlust des Amtes und des Klerikalstandes nach sich zog, Bd. IV. S. 738. 812.

[3] So lange der blosse bürgerliche Verkehr zwischen den Laien und dem Gebannten nicht allgemein unter Strafe gestellt war (Bd. IV. S. 704. 801), lag dazu keine Veranlassung vor, und was den Verkehr der Geistlichen mit den Exkommunicirten betraf, so war bei den ersteren selbstverständlich die Kenntniss von der Exkommunikation der letzteren nothwendige Voraussetzung ihrer Straffälligkeit.

[4] So schon Metz 888 c. 12 cit. (nach der Stelle in Anm. 1): „Servis autem et propriis libertis sive beneficiatis venerabiles episcopi in communione dominorum absolutionem dederunt“; S. Tiberius (Narbonne) M. 19, 796 lässt keine Exkommunikation eintreten, wenn der betreffende paupertate aut metu deprehensus fuerit, und vielfach wird sie für den Verkehr mit dem Exkommunicirten, soweit er denselben zur Umkehr und zur Besserung zu bewegen bezweckt, ausgeschlossen, Walter v. Orleans c. 12, M. 15, 507, Mainz 888 c. 8, M. 18, 66, Elne 1047, M. 19, 484; Gerona 1068 c. 3, M. 19, 1071; Toulouse 1066 c. 13 M. 19, 849 (correctionis vel admonitionis causa, ut ad fidem redeant catholicam). Eine Ausnahme macht allerdings Limoges (s. Anm. 6).

[5] c. 110 (Urban II. 1089) C. XI qu. 3 cit.: „seu ignorantia seu timore seu necessitate negotii cuiusque et maxime necessarii“; Paschalis II. ad Gebeh. Const. cit., M. 20. 1083: „aut ignari aut inviti necessitate“; eiusd. ad eund. 1106, J. L. n. 5971, Jaffé mon. Bamb. p. 253: „Qui vero huiusmodi excommunicatis omnino inviti vel servitio vel cohabitatione iunguntur“.

[6] S. d. vor. Anm. Während Vern. 755 c. 9 cit. (s. oben n. 1) und S. Tiberius 1050, M. 19, 796 noch ausdrücklich Kenntniss von der Exkommuniation verlangen, bestimmt schon Limoges 1031, ibid. p. 540: „ut qui amplius excommunicatum

sen[1]. In Folge der aus dieser Härte hevorgehenden Missstände beseitigte indessen Gregor VII.[2] die Strafe der Exkommunikation für den Verkehr der Frauen, Kinder, Leibeigenen, Sklaven, Hörigen und abhängigen Bauern und Bediensteten mit dem gebannten Ehemann, Vater oder Herrn[3], für Gesandte, Fremde und Reisende, welche die erforderlichen Einkäufe bei Exkommunicirten machen, ferner für solche, welche den letzteren im Falle der Noth etwas aus Barmherzigkeit und Menschlichkeit darreichen, oder welche ohne Kenntniss von dem Banne mit Exkommunicirten verkehren, endlich für den Umgang mit denjenigen, welche ihrerseits der Exkommunikation wegen des Verkehrs mit Exkommunicirten verfallen waren. Gregor VII. hat diese Milderung ausdrücklich nur als provisorische zugestanden[4]. Daher wurden derartige Erleichterungen nach seinem Tode und im 12. Jahrhundert wiederholt von Neuem und besonders gewährt[5], und erst seit dem 13. Jahrhundert hat man seine provisorische Anordnung als dauernd geltendes Gesetz behandelt[6].

Daneben hatte sich allerdings schon seit dem 9. Jahrhundert eine mildere Auffassung geltend gemacht, nach welcher der wissentliche Verkehr mit Gebannten nur mit der Ausschliessung vom Abendmahl[7], ja sogar vereinzelt blos mit geringfügiger Busse[8] bedroht wurde. Aber für die Bildung des neueren und noch heute geltenden Rechtes, dass der Verkehr mit Exkommunicirten blos den kleinen Bann nach sich

nescius susceperit et postea probaverit, ad poenitentiam mox recurrat in conspectu et iudicio episcopi sui".

[1] So leichtere Busse zur Erlangung der Absolution, s. die beiden vorhergehenden Anmerkungen. Das erklärt sich wohl daraus, dass man durch die Festhaltung an dem harten Rechte die gebannten Fürsten und Gegenpäpste am besten isoliren, aber andererseits doch die volle Strenge nicht aufrecht erhalten konnte.

[2] Römische Synode, Mainz 1078, Jaffé mon. Gregor. p. 308 (c. 103 C. XI, qu. 3): „anathematis sententiam ad tempus ... temperamus ... ab anathematis vinculo hos subtrahimus videl. uxores, liberos, servos, ancillas seu mancipia nec non rusticos et servientes et omnes alios, qui non adeo curiales sunt, ut eorum consilio scelera perpetrentur et illos qui ignoranter excommunicatis communicent seu illos qui communicent cum eis, qui communicent excommunicatis. Quicumque autem aut orator sive peregrinus aut viator in terram excommunicatorum devenerit, ubi non possit emere vel non habet unde emat, ab excommunicatis accipiendi licentiam damus. Et si quis excommunicatis non pro sustentatione superbiae, sed humanitatis causa aliquid dare voluerit, fieri non prohibemus".

[3] Nur nicht für solche, welche ihrer Stellung nach als Rathgeber auf das mit Exkommunikation bedrohte Treiben des Exkommunicirten Einfluss geübt haben.

[4] Auch scheinen diese Milderungen nicht überall, so namentlich nicht in Deutschland bekannt oder mindestens beobachtet worden zu sein, Mirbt in kirchenhistor. Studien, Hermann Reuter gewidmet, Leipzig 1888 S. 104, denn hier haben die gregorianisch gesinnten Bischöfe gegenüber Heinrich IV. die Exkommunikation noch mit voller Schärfe zur Durchführung zu bringen gesucht, vgl. Sdralek, die Streitschriften Altmanns v. Passau und Wezelos v. Mainz, Paderborn 1890. S. 38. 41. 79. 80. 88. 94.

[5] So hinsichtlich der sog. in tertio gradu communicantes (derjenigen, welche mit den wegen Umganges mit Exkommunicirten Gebannten verkehren) Urban II. 1089, J. L. n. 5393 cit. (wobei aber für die Zulassung zur Gemeinschaft des Papstes Busse verlangt wird), ferner hinsichtlich des nicht wissentlichen Umganges mit Exkommunicirten, Lateran. II. 1139 c. 3, S. 4 n. 1; Rheims 1148 (Bd. III S. 526) c. 8, M. 21, 719 (als Konzil v. London 1138 auch M. 21, 513).

[6] Dies thut schon die dieselbe erläuternde Dekretale Innocenz' III. v. 1200, c. 31 X de sent. exc. V. 39, und durch deren Aufnahme in die Sammlung Gregors IX. hat diese Auffassung ihre gesetzliche Sanktion erhalten. Allerdings hat der letztere noch 1233, Potth. n. 9196 den Franziskanern für den Orient ein Privileg ertheilt, mit Gebannten in Sachen, die das Seelenheil betreffen, verkehren zu dürfen.

[7] So schon von Rom 871/878 c. 9, Maassen, Eine römische Synode. Wien 1878 S. 15, gleichlautend Ravenna 877 c. 9 (welches die Quelle für die in c. 38 C. XI qu. 3 dem P. Gelasius I. zugeschriebene Stelle bildet und meine Bd. IV S. 710 n. 5 ausgesprochene Vermuthung bestätigt); Limoges 1031, M. 19, 540: „Si presbyter non est, communione eucharistiae et audientiae missae privetur usque ad reconciliationem episcopi". Hierher gehört auch der Konstanzer Gottesfrieden v. 1103, L. L. 2, 62, welcher den mit einem Exkommunicirten verkehrenden Priester nur mit Suspension und mit der excommunicatio fraterna (s. den folg. §) bedroht.

[8] Hohenaltheim 916 c. 27, L. L. 2, 558: „Si quis sponte communicaverit excommunicato verbo, oratione, cibo vel potu, 40 dies poeniteat in pane, sale et aqua".

zieht, ist diese nur schwach vertretene Richtung nicht von Einfluss gewesen. Vielmehr war es der Umstand, dass die kanonistische Doktrin des 12. Jahrhunderts[1] durch ihre Interpretation der verschiedenen, in das Dekret Gratians aufgenommenen Stellen zu demselben milderen Ergebniss gelangt ist[2], und dass während sich Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts noch ein Schwanken zeigt[3], namentlich auch noch die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten als Strafe vorkommt[4], gerade die Päpste in dieser Zeit durch ihre Dekretalen, welche demnächst in die Sammlung Gregors IX. aufgenommen worden sind[5], der neuen Lehre Anerkennung verschafft haben[6].

Das ältere Recht hatte den Exkommunicirten blos die Fähigkeit zu Anklagen gegen Kleriker abgesprochen[7]. Nunmehr werden sie auf Grund der Fälschungen Benedikts Levita[8] und Pseudo-Isidors[9] von allen Anklagen und von der Zeugniss-Ablegung ausgeschlossen[10], ja im 12. Jahrhundert wird, freilich nur als Konsequenz des Ausschlusses vom bürgerlichen Verkehr[11], auch das Verbot der sog. *communicatio forensis*,

[1] Denn c. 38 C. XI qu. 3, S. 5 n. 7, ist eine Palea, welche (wenigstens in den gedruckten Texten) keine Glossen aufweist und erst bei Huguccio (also nicht vor 1187) citirt wird, v. Schulte, die Paleae im Dekrete Gratians. Wien 1874 S. 22.

[2] Indem sie, soweit sich beim Mangel einer genügenden Publikation der Glossen beurtheilen lässt, wegen c. 29 C. XI qu. 3 („pari crimine") die Strafe der grossen Exkommunikation allein auf die s. g. communicatio in crimine, also auf Mitthäterschaft, Beihülfe und Begünstigung bezog, die Strafe für jeden anderen Verkehr aber als Ausschliessung vom Abendmahl auffasste, Glosse zu c. 18 C. cit. und Bernardi Papiens. summa decretal. ed. Laspeyres V. 34. §. 7 p. 274. Vielleicht hat gerade diese Erklärung der Stellen Veranlassung dazu gegeben, die Palea (s. vor. Anm.) in das Dekret einzuschalten.

[3] So weiss Clemens III. (c. 15 X de sent. exc. V 39 n. 1187/1191) noch nichts von der Unterscheidung, während schon Cölestin III. 1196, J. L. n. 17309, M. 22, 617 und Innocenz III. in in c. 2 X de except. II. 25 es als etwas selbstverständliches hinstellen, dass der Verkehr mit Exkommunicirten die Ausschliessung von den Sakramenten (nach Innocenz III. allerdings allein vom Abendmahl) nach sich zieht, und andererseits Tours 1239 c. 9, M. 13, 499. 500, wenn der Exkommunicirte hartnäckig in der Exkommunikation verweilt, zunächst die mit ihm geschäftlich Verkehrenden, dann die participantes in cibo et potu mit dem Anathema belegt wissen will, ferner Gregor IX. noch 1237 u. 1243 dem König von Frankreich das Privileg ertheilt, dass er und seine Familie wegen des Verkehrs mit Gebannten nicht mit der grossen Exkommunikation ausser für den Fall der communicatio in crimine belegt werden kann, Teulet, layettes du trésor des chartes. Paris 1863 2, 352. 525, Potthast n. 10462. 11195, ja noch Innocenz IV. 1245, P. n. 11608. 11637 gleiche Privilegien den Mönchen und Familiaren von verschiedenen Klöstern gewährt.

Mit diesen Privilegien sind nicht solche zu verwechseln, welche, wie das v. Innocenz IV 1244 P. n. 11427, den Minoriten gestatten, in den Ländern Exkommunicirter zu verweilen und sich von ihnen das zum Lebensunterhalt nothwendige zu verschaffen, oder wie die von Innocenz IV. 1247 P. n. 12558 und Alexander IV. 1261, P. n. 18069 für die Dominikaner, überall von Exkommunicirten sich das letztere zu kaufen, bez. sich von solchen beherbergen zu lassen.

[4] So Diöcesanstatut v. Toul u. 1192 c. 6, M. 22, 649 (für den Verkehr mit exkommunicirten, apostasirenden Religiosen): „omnes qui eis aliquam christianitatis communionem scienter praestiterint, sub interdicto (d. h. Personal.-Interdict, s. unten S. 14) cum eisdem teneantur"; const. Richards B. v. Sarum (Salisbury) u. 1227 c. 32, M. 22, 1117: „quod omnes qui scienter communicant nominatim vel publice excommunicatis, tamdiu arceantur ab ingressu ecclesiae (s. S. 14), quamdiu talibus communicasse convinci poterunt, nisi citius resipuerint, salvo tenore canonis quoniam multos (c. 103, C. XI qu. 3, s. S. 5 n. 2); dieselbe Strafe auch Chateau-Gontier 1231 c. 9, M. 23, 235; Canterbury u. 1236 c. 24 p. 423; Lemans 1247 P. III p. 760, Valence-Monteil 1248 c. 16. 18, p. 775; Albi 1254 c. 32, M. 23, 841.

[5] S. Anm. 3, s. auch c. 3 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. 11.

[6] Dadurch sind die früheren Verschiedenheiten beseitigt worden. Hat doch sogar noch die Prov. Syn. v. Tours 1236 c. 10 M. 23, 414, den Verkehr geistlicher Personen mit Exkommunicirten, um diese nicht bei ipso facto eintretender Exkommunikation der Gefahr der Irregularität (s. Bd. I. S. 52) auszusetzen nur mit Geldstrafe von 10, bez. 20 solidi belegt.

[7] Bd. IV. S. 758 n. 6 u. S. 839 n. 6.

[8] Bened. Lev. III. 215.

[9] Calixt c. 7; Fabian. c. 5; Stephan. c. 7; Sixt. II c. 8; Iul. c. 19; Hinschius p. 138. 158. 185. 193. 474.

[10] Ein Theil der citirten Pseudo-Isidor-Stellen findet sich im Dekret, s. c. 6—8 C. III qu. 4; vgl. ferner c. 1 (Carth. 419, Bd. IV. S. 758 n. 6) C. IV qu. 1, auf welchen offenbar c. 2 (Innoc. III.) X de exc. II. 25 fusst.

[11] Dass dies nicht früher geschehen, hängt offenbar damit zusammen, dass die Frage erst in Folge der Ausdehnung der kirchlichen Ge-

d. h. die Unfähigkeit zur Vornahme gerichtlicher Handlungen, soweit sie den Exkommunicirten vortheilhaft sind[1], ausgesprochen. Endlich gelten sie auch insofern nicht für vollberechtigt, als ihre Tödtung nicht mit so schwerer Busse wie die anderer Kirchenglieder, sondern nur mit einer geringeren belegt werden soll[2].

Die Frage, ob die Kirche in der hier in Rede stehenden Zeit zur Klarheit darüber gelangt ist, dass die Exkommunikation in Folge der schon früher besprochenen Verhältnisse nicht mehr als völlige Abscheidung von der Kirche, sondern allein als Entziehung der kirchlichen Rechte ohne Beseitigung der kirchlichen Pflichten behandelt werden konnte[3], lässt sich nur mit der weiteren, ob sich etwa in dieser Zeit ein rechtlicher Unterschied zwischen der Exkommunikation und dem Anathem[4] gebildet hat, zusammen behandeln.

Das letztere muss ebenso wie für die frühere Zeit[5] verneint werden[6].

Allerdings wird mitunter das Anathem von der Exkommunikation unterschieden[7] und ihr entgegengesetzt[8], als Abschneidung von der Kirche[9], sowie als ewiger Tod[10] bezeichnet, ferner vielfach unter Verwünschungen[11], unter Ausschliessung des Schuldigen vom Reiche Gottes und unter gleichzeitiger ewiger Verdammung desselben[12]

richtsbarkeit von erheblicher praktischer Bedeutung wurde.

[1] Also namentlich seine Rechte als Kläger zu verfolgen, Honor. II. ad Petr. Cluniac. 1126, (J. L. 7268, M. 21, 339): „ut ... de excessu, pro quo excommunicatus fuerat, satisfaceret et postmodum iuxta rationis ordinem ad causam suam permitteretur agendam, a nostris fratribus est saepenumero requisitus; Anastasius IV 1153 ad Pontium abb. (J. L. 9785, M. 21, 778): „donec excommunicati fuerint, si te super aliquo in ius forsitan voluerint evocare, nobis inconsultis nullatenus eis respondeas"; c. 12 (Gregor IX.) de exc. II. 25; Lerida Ende saec. XIII, M. 23, 938 schliesst sie von allen actus legitimi aus.

[2] c. 77 (Urban II. 1088—95, J. L. n. 5336, M. 20, 713) C. XXIII qu. 5, nach welchem ihre Mörder nicht als homicidae zu behandeln sind.

[3] Bd. IV. S. 798 ff.

[4] Wegen des Vorkommens dieses Ausdruckes s. die folgenden Anmerkungen.

[5] Bd. IV. S. 800.

[6] Über die abweichende Ansicht von Schilling s. Bd. IV. S. 800 n. 5. Kober, Kirchenbann 2. Aufl. S. 41 erklärt die Verbindung: Anathema-Maranatha für die „strengste und härteste Form der Exkommunikation, wonach der von ihr Betroffene für immer aus der Kirche ausgestossen wird, ohne Hoffnung, je wieder aufgenommen zu werden — dem Gerichte Gottes überantwortet und lediglich ihm überlassen". Auch das ist unrichtig, s. u. S. 8 n. 7.

[7] c. 12 (Johann VIII. 878) C. III. qu. 4.

[8] Friaul 796 c. 12, M. 13, 850 nennt als canonicae ultrices vindictae die Exkommunikation, das Anathema und die Absetzung; Rom 853, M. 14, 1017; Konvent v. Savonières 859 c. 9, LL. 1, 466 droht den exkommunicirten Bretagnern für den Fall ihrer Hartnäckigkeit die Verhängung des anathema terribile an; Eine 1047, M. 19, 484: „Si vero pro nihilo duxerint excommunicationem, transactis III mensibus anathematis vinculo, i. e., ut proditi, sicut Judas proditor dammentur"; c. 10 (Clem. III. 1191/98) X de iud. II. 1.

[9] Hludov. II. conv. Ticin. 850. c. 12. LL. 1, 398. 403: „anathematizandi scil. et tamquam putrida ac desperata membra ab universalis ecclesiae corpore dissecandi"; Fismes 881 c. 5, M. 17, 545: "a. i. e. alienatio a Christo et eius corpore, quae est s. ecclesia".

[10] Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392 (c. 41 C. XI. qu. 3): „quia a. aeternae est mortis damnatio".

[11] Troslé 909 c. 4, M. 18, 274: „Sacrilegos dei et ecclesiae contemptores percutiamus quadruplici (nach dem Vorbild des Jeremias) anathematis maledicto. Sit eis clausa porta coeli, aperta ianua inferni... donec per dignam et humilem poenitentiam et congruam emendationem laetificent ecclesiam"; ibid. c. 13, p. 302: „anathematis vinculo eos (homicidas) adhuc innodabimus, ut ... sit quisque eorum anathema maranatha i. e. condemnatus, donec dominus redeat vel perditio ... condemnatus in die, quando dominus veniet"; S. Tiberius (Narbonne) 1050, M. 19, 795. Ausführliche Verwünschungen in der Formel v. 900, M. 17 app. p. 463 u. 18, 183 (Regino II. 416); bei Johann XIII. 971 (J. L. n. 3755) M. 14, 950; in den Formeln aus dem 10. Jahrh. M. 17 app. p. 465. 469. Häufig ist der Hinweis auf Judas, sowie auf Dathan und Abiram, s. z. B. dipl. 945, M. 18, 447. Dipl. Padua u. 955, M. 18, 444; Como 1010, M. 19, 318; Nikolaus II. 1060 (J. L. n. 4461) M. 19, 878; dipl. Narbonne 1096, M. 10, 938. Mit Rücksicht auf diese Verwünschungen wird auch wiederholt von einem anathema terribile oder einer terribilis interpositio anath. gesprochen, s. n. 8; dipl. Clermont 1114, Rouen 1119, M. 21, 113 u. 257.

[12] S. z. B. ausser der vor. Anm. dipl. Boneuil 855, M. 15, 23; Verberie 869, M. 15, 787; Ravenna 877 c. 16, M. 17, 340; Johann VIII. 878 (J. L. n. 3160) M. 17, 314.

(anathema perpetuum[1]*)* in feierlicher Form ausgesprochen[2], ja es ist auch zum Theil die Befugniss zur Verhängung des Anathems dem Bischof genommen und dem Metropoliten mit der Provinzialsynode vorbehalten worden[3]. Andererseits bedeutet *anathema (anathematizare)* aber vielfach dasselbe wie Exkommunikation[4]. Die rechtlichen Folgen des Anathems und der Exkommunikation sind dieselben[5], ja nicht einmal darin unterscheiden sie sich, dass das erstere, selbst wenn es als *anathema perpetuum*[6] verhängt ist, niemals wieder beseitigt werden könnte[7]. So bleiben

[1] Calchut 787/788 c. 12, M. 12, 944; Toucy 860 c. 1, M. 15, 558 (anathema sit, perpetuo damnetur ut nec in fine communionem accipiat); Troyes 868 c. 9, M. 17, 349; Ravenna 877 c. 16 cit.; Cöln 887 c. 2, M. 18, 46 (perpetuum et insolubile anathema); cit. Formel v. 900 (Regino II. 416); dipl. Besançon 994/1016, M. 19, 174; Johann XVIII. 1007 (J. L. n. 3954) M. 19, 624; Gerona 1019, M. 19, 386; Alexander II. 1063 (J. L. n. 4500, c. 2 C. XXXV qu. 5) M. 19, 966. 1017; Rheims 1074, M. 20, 44; Saintes 1075, M. 20, 456; dipl. Villa Bertrand (Gerona) 1100 M. 20, 1130 (insolubilibus anathematis vinculis); Rheims 1119 c. 3, M. 21, 235.

[2] In der Weise, dass 12 Priester den Bischof mit brennenden Kerzen umgeben, diese bei der Verkündung des Anathems auf die Erde werfen und mit Füssen treten, c. 106 (Regino II. 413, M. 17 app. 17 p. 461) C. XI qu. 3; Rheims 900, M. 18, 184 (sicut hae lucernae de nostris proiectae manibus hodie extinguuntur, sic eorum lucerna in aeternum extinguatur); Limoges 1031, M. 19, 530; Quedlinburg 1085, M. 20, 608.

[3] Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392 (c. 41 C. XI qu. 3); Hludov. II. conv. Ticin. 852 c. 12, LL. 1, 398 u. 403: „nec absque metropolitani cognitione et provincialium episcoporum iuditio quemlibet anathematizandum esse permittimus".

[4] Römische Synoden v. 721 c. 1 ff., 743 c. 5—10, M. 12, 263. 383 (c. 1 C. XXVI qu. 5 u. c. 5 C. XXXVI qu. 5); vgl. ferner Rouen (saec. 9) c. 3. 13, Bruns I. 2, 269; Rom 826 c. 38, Boret. 1, 376; Lauriac 843 c. 1—4, M. 14, 798; Meaux 845 c. 73, M. 14, 839; conv. Ticin. 850 c. 10, LL. 1, 398. 402; Rom 861, M. 15, 602; Rom 863 c. 8. 12, M. 15, 659; Worms 868 c. 34, M. 15, 876; Troyes 878 c. 2, M. 17, 348; Metz 888 c. 8, M. 18, 66; Karrofum (Poitiers) 989 c. 1. 2, M. 19, 89; Seligenstadt 1023 c. 6. 17, Hirsch-Breslau Heinr. II. 3, 350; c. 46 (Clermont 1095, M. 20, 818) C. XII qu. 2; Rheims 1119 (Calixt II.) c. 3, M. 21, 235; Lateran. I. 1123 c. 8. 16. 20. M. 21, 283; Const. Theob. Cantaur. archiep. 1148, M. 21, 742. Wie nichts nöthigt, in diesen Stellen ein Aufgeben des Sprachgebrauchs der früheren Zeiten (Bd. IV S. 702. 800) anzunehmen und unter Anathem etwas anderes als die Exkommunikation zu verstehen, so kann das Anathem, durch dessen Androhung die Übernahme der Vertheidigung des Angeschuldigten erzwungen wird, S. Basol 991 c. 19. 51, M. 19, 120. 151, auch nichts anderes als Exkommunikation bedeuten. Zu Ingelheim 948 droht die Synode Hugo Capet (Hefele 4, 595) in einem Schreiben das Anathem an, in c. 1 wird dies aber unter Berufung auf Toledo IV c. 75, Bd. IV. S. 800 n. 6, wo die Strafe des A. festgesetzt ist, als excommunicatio bezeichnet, LL. 2. 20. 21. 25.

[5] S. z. B. Toucy c. 1, M. 15, 558 (Entziehung der Oblationen und anderer kirchlicher Einkünfte) „tam is qui dat, quamque is qui accepit, anathema sit, iudicio omnipotentis dei, nisi resipuerit, perpetuo damnatus et dum vivit, ita a cœtu et societate fidelium remotus, a corpore et sanguine domini separatus, ut nec in fine communione(m) accipiat neque corpus ipsius more fidelium cum oblationibus et psalmis atque hymnis ad sepulturam deducatur"; Hohenaltheim 916 c. 20, LL. 3, 557: „anathemate divino perculsus, absque ullo remedii loco habeatur condempnatus aeterno iudicio." Noch charakteristischer Eine 1047, M. 19, 484: „a liminibus s. ecclesiae et omnium christianorum cœtu excommunicatus permaneat. Et ut noveritis omnes, quale peccatum sit, iungi excommunicatis, nullus Christianus debet manducare cum eis vel bibere nec osculum eis porrigere neque cum eis loqui, nisi de satisfactione: neque si excommunicati defuncti fuerint, debentur ad ecclesias sepeliri: neque aliquis clericus vel fidelis debet pro eis orare. Si vero pro nihilo duxerint excommunicationem transactis III mensibus anathematis vinculo i. e., ut perditi sicut Iudas proditor, damnentur. Et si . . . in hac perfidia obierint, corpora illorum cum psalmis et hymnis vel spiritalibus canticis non ducantur ad sepulturam nec inter fideles mortuos eorum nomina ad sacrum altare recitentur," woraus nicht der mindeste rechtliche Unterschied in der Behandlung der Exkommunicirten und Anathematisirten (s. auch S. 3 n. 8) erhellt. Vgl. im übrigen Troyes 868 c. 3, M. 17, 349; die Formeln aus dem 10. Jahrh. bei M. 17 app. p. 461. 463 (Regino II. 413. 416); Johann XII. 959, J. L. n. 3685, M. 18, 451; S. Tiberius 1050, M. 19, 795; Meaux 1081, M. 20, 586.

[6] S. oben n. 1.

[7] Dass auch ein solches nach Leistung der öffentlichen Busse, wieder gehoben werden kann, sprechen z. B. Verberie 869, M. 15, 787; Cöln 887, c. 2, M. 18, 46; Formosus ep. ad episc. Angl. 891/897, J. L. n. 3506, M. 18, 115; dipl. Villa Bertrandi (Gerona) 1100, M. 20, 1130, ausdrücklich aus. Nur für den Fall der Unverbesserlichkeit bleibt es ein perpetuum im wahren Sinne, Fismes 881 c. 5, M. 17, 545: „Episcopus autem omnibus se audientibus dicere debet, quid sit anathema i. e. alienatio a Christo et eius corpore quae est ecclesia. Et ne desperent tales homines et in peccato permaneant, ostendere debet episcopus, quamdiu duret anathema i. e. quamdiu quisque errorem non corrigit et digna satisfactione non emendat, ut reconciliationem et

als Eigenthümlichkeiten des Anathems im eigentlichen Sinne, d. h. soweit es der Exkommunikation als eine besondere Strafe entgegengesetzt wird, lediglich die Verwünschung, der Ausspruch der Verdammniss für das ewige Leben und die Verhängung in feierlicher Form, also Besonderheiten, welche für die rechtliche Stellung des Schuldigen in der Kirche keine Bedeutung haben und das rechtliche Wesen der Strafe nicht ändern[1], übrig[2].

Für die Beantwortung der o. S. 7 berührten Frage lässt sich aus dieser Bedeutung des Anathemas nichts Entscheidendes entnehmen, denn unter der Ausstossung aus der Kirche braucht logischer Weise nicht nothwendig die Loslösung von den Pflichten gegen die Kirche verbunden zu sein[3], vielmehr kann sie blos die Scheidung von der Kirche als der Heilsgemeinschaft, also die Entziehung der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte, bedeuten[4]. Und dass dies in der That der Fall ist, wenn schon die Beibehaltung mancher der seit alten Zeiten in der Kirche gebrauchten Bezeichnungen[5] eine gewisse Unklarheit über die eingetretene Aenderung des Charakters der Exkommunikation verräth[6], ergiebt sich nicht nur daraus, dass vielfach die Umkehr und die durch die That, namentlich die durch die Busse bewiesene Reue als Beseitigung der Exkommunikation und

indulgentiam valeat promereri. Si quis vero ante satisfactionem et reconciliationis indulgentiam, in peccatis suis perseverans mortuus fuerit, iam anathema perpetuum illi erit et peccatum ad mortem, pro quo non dicit apostolus, ut oretur." Dass auch die Hinzufügung von Maranatha zu Anathema daran keine Aenderung bewirkt hat, so Kober, s. S. 7 n. 6, was schon an sich unwahrscheinlich ist, ergiebt die von ihm selbst citirte Anathematisationsformel v. 900. M. 17 app. p. 463 (n. 15), welche im Fall der Reue die Gewährung des Abendmahls bei Todesgefahr gestattet. Wenn dies auch in einzelnen Androhungen des A. Maranatha, z. B. Troslé 909 c. 13 (S. 7 n. 11) nicht erwähnt ist, so versteht sich doch die Zulassung nach geleisteter Busse von selbst, da schon während der Merovingerzeit die unwiderrufliche Ausschliessung aus der Kirche beseitigt worden (Bd. IV. S. 797), und eine Rückbildung zu dem strengen Recht der alten Kirche (a. a. O. S. 699) nicht nachweisbar ist.

[1] Vgl. auch Bd. IV. S. 800. 801.

[2] Daher werden auch die Ausdrücke: excommunicare et anathematizare gleichzeitig bei Exkommunikationen gebraucht, Rom 853, M. 14, 1017; Tribur 895 c. 3, M. 18, 135 (anathemate excommunicationis percelli); Formeln bei M. 17 app. p. 461. 463 (Regino II. 413. 416); Johann XII. 959, J. L. n. 3685, M. 18, 451; Mainz 972 M. 19, 33; Gerona 1019, M. 19, 386 (perpetuo anathematis vinculo excommunicamus); Gerona 1068, M. 19, 1072 (excommunicationis anathemati subiaceant); Alexander II. 1070 (J. L. n. 4767) M. 19, 976; Beziers 1090, M. 20, 728; und es findet sich selbst da, wo der besonderen Feierlichkeiten des Anathems, der Verfluchungen, des Kerzen-Auslöschens erwähnt wird, nur die Bezeichnung Exkommunikation, nicht aber Anathem, Rheins 1119 (Exkommunikation Heinrichs V. durch Calixt II. bei 427 Kerzen), Jaffé mon. Bamb. p. 365; Limoges 1031, M. 19, 530; London 1143, M. 211, 604; Anastasius IV., 1153, J. L. n. 9788, M. 21, 776.

Auch die mittelalterliche Doktrin hat das Anathema als gleichbedeutend mit der grossen Exkommunikation, dict. Gratian zu c. 24 C. XI qu. 3; Bernh. Pap. summa decret. V. 34. §. 2, Laspeyres p. 272 aufgefasst; und dies ist gleichfalls die spätere, jetzt herrschende Ansicht, welche als Eigenthümlichkeit des A. nur die besonderen Feierlichkeiten betrachtet, Pontific. Roman. t. 3 ordo excommunicandi; Fagnan. ad c. 10 X de iud. II. 1 n. 23; Gonzalez Tellez ad c. 10 cit. n. 7; Kober S. 39.

Von diesem Standpunkt aus lässt sich also blos sagen, dass das Anathem eine faktische Verschärfung der Exkommunikation enthält, insofern bei demselben der Thäter öffentlich als ein hartnäckiger, des ewigen Heiles und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach für immer verlustiger Sünder gekennzeichnet, und er als der strafenden Hand Gottes verfallen dargestellt wird.

[3] Von einer Beseitigung der Pflichten gegen Gott durch die Verwünschung und die von der Kirche ausgesprochene Verdammung kann vollends keine Rede sein.

[4] Wenn Palencia 1129 c. 2 (S. 3 n. 7) die Annahme von Zehnten seitens der Exkommunicirten verbietet, so kann daraus nicht geschlossen werden, dass diese auch ihrer Zehntpflicht ledig werden, denn bei der Zusammenstellung mit den Oblationen ist auf freiwillig angebotene Zehnten oder Zehntrechte zu schliessen und das umsomehr, als die kirchliche Gesetzgebung schon seit der karolingischen Zeit gerade die Nichtzahlung der Zehnten mit der Exkommunikation bedroht hat, und die letztere erst gehoben werden konnte, wenn die Gebannten die Zehnten gezahlt hatten, cap. de reb. eccl. 787/813 c. 3. 4. u. cap. Mantuan. 787 c. 8, Bor. 1. 187. 197; Rouen (saec. 9) c. 3; Bruns I. 2, 269; Ravenna 877 c. 18 u. 898 c. 1, M. 17, 340 u. 18, 230.

[5] Vgl. S. 1 n. 4.

[6] S. Bd. IV. S. 799 ff.

ihrer Folgen hingestellt wird[1], sondern auch daraus, dass die Exkommunikation in der hier fraglichen Periode bei Geistlichen nicht mehr den Verlust des kirchlichen Amtes und die Ausstossung aus dem Klerikalstande zur Folge hat[2].

Von der Exkommunikation hat man in der gedachten Zeit sowohl gegen einzelne Personen, wie auch gegen Körperschaften (Kapitel u. s. w.) Gebrauch gemacht[3], und erst Innocenz IV. hat das letztere für unzulässig und nur die Exkommunikation der schuldigen Mitglieder der Korporation für statthaft erklärt[4].

Angedroht und verhängt wird die Exkommunikation und das Anathem[5] nunmehr überwiegend bis zu ausreichender Genugthuung gegenüber der Kirche, insbesondere bis nach gehöriger Busse[6] und bis zur Ersatzleistung[7] oder bis zur Abstellung des schuldhaften Verhaltens[8], ferner auch für immer[9], weiter ohne jede nähere Bestimmung[10] schlechthin[11].

Im Gegensatz zu der früheren Zeit tritt jetzt die Eigenthümlichkeit hervor, dass die Androhung oder Verhängung der Exkommunikation in vielen Fällen erst nach

[1] S. 8 n. 7 u. oben im Text.

[2] Vgl. den folgenden §.

[3] c. 11 (Gregor. IX.) X de exc. V. 25, was sich aus der Volksanschauung und der Lehre der Kanonisten von der Deliktsfähigkeit der Korporationen, s. Gierke, deutsches Genossenschaftsrecht 3, 342 ff. erklärt.

[4] c. 5 (Lyon 1245) in VI de sent exc. V. 11. Seitdem nahm die herrschende Meinung die Nichtigkeit einer etwaigen Exkommunikation der ganzen Körperschaft an, Gierke 3, 348. Wie Potth. n. 12361. 12383 (Innocenz IV. 1246 u. 1247) zeigen, hat aber die Praxis diese Vorschriften zunächst nicht überall beachtet.

[5] Sowohl in allgemeinen Anordnungen, wie in Spezialfällen, insbesondere in den Strafklauseln für Privilegien, Schenkungen und Güterbestätigungen. S. die folgenden Anm.

[6] Bis zur satisfactio, emendatio, digna poenitentia, Cap. de reb. eccl. 787/813 c. 4, Boret. 1, 186; Rouen saec. 9 c. 3, Bruns I. 2, 269; Mainz 847 c. 25, M. 14, 910; Mainz 852 c. 3, LL. 1, 411; Rom 853 add. c. 37, M. 14, 1014; Dipl. Boneuil 855, M. 15, 23; Valence 855 c. 11, M. 15, 9; Worms 868 c. 21. 34, M. 15, 875; Fimes 881 c. 5, M. 17, 545; Mainz 888 c. 8, M. 18, 66; Formel v. 900 bei M. 17 app. p. 463; Formeln aus d. 10 Jahrh. l. c. p. 461. 642 (Regino II. 413. 416); Johann XIII. 971, J. L. n. 3755, M. 18, 450; Rheims 975, M. 19, 60; Rheims 988, M. 19, 96 („nisi resipiscant et ecclesiae catholicae fructuosa poenitentia satisfaciant"); Limoges 1031, M. 19, 530; Dipl. 1045, M. 19, 613; Leo IX. 1050, J. L. n. 4236, M. 19, 779; Narbonne 1054 c. 29, M. 19, 832; Viktor II. 1057 J. L. n. 4366, M. 19, 835; Stephan IV. 1057, J. L. n. 4377, M. 19, 864; Dipl. 1058, M. 19, 879; Lateransynode 1059, M. 19, 873 (c. 6 C. XVII qu. 4); Tours 1060 c. 9 (donec se fructuose tradat poenitentiae) c. 10, M. 19, 928; London 1065, M. 19, 1052. 1056; Mailand 1067, M. 19, 948; Gerona 1068, 1. f. M. 19, 1072; Alexander II. 1061/1072; J. L. n. 4697, M. 19, 972, J. L. 4767, M. 19, 977; Meaux 1081, M. 20, 586; Oviedo 1115, M. 21, 135; Vienne 1124, M. 21, 318; Exkommunik.-Sentenz v. 1126, M. 21, 338. Mitunter wird auch die Art der satisfactio näher angegeben, Rheims 988 cit.: „Hic autem sit modus plenae satisfactionis, ut omnia iniuste oblata praeter cibum et potum propriis dominis ex integro restituatis coramque Remensi ecclesia poenitendo humiliemini".

[7] Karol. cap. l 769 c. 18, Boret. 1, 46; Urban II 1094/1095, J. L. n. 5538, M. 20, 916. 917; Gerona 1100, M. 20, 1130.

[8] Bis zur Herstellung der Eintracht mit dem Feinde, Rudolf v. Bourges c. 25, M. 14, 955; bis zum Nachweis des rechten Glaubens, Rom 863 c. 6, M. 15, 658.

[9] S. 8 n. 1 und n. 7.

[10] Rom 721 c. 1 ff. 14. 15, M. 12, 263; Rom 723 c. 6. 7. 8. 9, M. 12, 383; Rouen saec. 9 c. 13, Bruns I. 2, 271; Haito v. Basel c. 13, Boret. 1, 364; Hlud. II conv. Tic. 850 c. 19, LL. 1, 400; Mainz 851 c. 4. 20, LL. 1, 412; Rom 863 c. 4, M. 15, 652; Rom 868 c. 8. 12, M. 15, 659; Ravenna 898 c. 1, M. 18, 230; Gerona 1019, M. 19, 386; Seligenstadt 1023 c. 17, Hirsch-Breslau Heinrich II. 3, 350; Leo IX. 1051, J. L. n. 4257, M. 19, 1050; c. 6 § 2 (Rom 1063) Dist. XXXII; Toulouse 1119 c. 4, M. 21, 227; Rheims 1119 c. 3, M. 21, 335; Lateran. I 1123 c. 8. 14. 20, M. 21, 283; Lateran. II 1139 c. 26 (c. 25 C. XVIII qu. 2) 28 (c. 35 Dist. LXIII) 29, M. 21, 532.

[11] Aber nicht mehr auf bestimmte Zeit, denn Cap. Rudolfs v. Bourges u. 850 c. 38, M. 14, 960: „Quicunque fidelium auguria et auspicia sive somnia vel divinationes quaslibet more gentilium observaverint sive sortes quas mentiuntur esse sanctorum, quae clerici vel laici detecti fuerint vel consulere vel docere aut in domos suas huiusmodi homines introduxerint exquirendi aliquid arte malefica aut domos suas lustraverint, ab ecclesia quinquennio habeantur extranei, poenitentiam agentes secundum antiquas regulas constitutas" muss mit Rücksicht auf das Bd. IV S. 801 Bemerkte, auf das Personalinterdikt bezogen werden, s. auch unten im Text unter Nr. 2.

vorgängiger fruchtloser Mahnung[1] zur Besserung und Busse erfolgt[2], ja, mehrfach findet sich eine solche Mahnung *(monitio evangelica)* sogar als nothwendiges Erforderniss für die Verhängung vorgeschrieben[3]. Die Bildung dieser Praxis, welche an die h. Schrift[4] anknüpft[5], hängt mit der Veränderung der Auffassung der Busse und der Exkommunikation, sowie mit einer anderweiten Abgrenzung zwischen der lediglich erziehenden und bessernden und der strafrichterlichen Thätigkeit der Kirche[6] zusammen, indem sich die Busse jetzt vor die Exkommunikation als Mittel zur Abwendung der letzteren einschiebt und der Bann erst zur Erzwingung der Bussleistung gebraucht wird[7].

Aus den verschiedenen, die evangelische Ermahnung fordernden oder sie erwähnenden Stellen, hat die Doktrin des 12. Jahrh.[8], namentlich in Folge der Aufnahme

[1] Bd. IV. S. 762. 842 n. 4. a. E. Auch die schwer verständliche Stelle von Gregor I. ep. II. 50, Ewald 1, 150 (c. 15 C. XXIV qu. 3): „De excommunicationis articulo, quae tamen interposita condicione gradu secundo vel tertio iam, ut ita dicam, ex necessitate subiuncta est", spricht nicht von der Nothwendigkeit einer vorgängigen Mahnung, sondern sagt nur, dass nach Massgabe der gestellten Bedingung im zweiten oder dritten Schritt die Exkommunikation aus Nothwendigkeit hätte folgen müssen, wohl weil die Auflagen, die gemacht waren, aus Hartnäckigkeit nicht erfüllt worden sind.

[2] Und zwar nach mahnendem Schelten (corripere): cap. Vern. 755 c. 9, Boret. 1, 35 (Incest) oder nach Mahnung schlechthin: Meaux 845 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392 (allgemein); Cap. Confluent. 860 c. 6, LL. 1, 470; Karol. II. cap. Pist. 869 c. 10, LL. 1, 510 (allgemein); Troyes 868 c. 8, M. 17, 349 (pervasores rerum ecclesiastic.); Johann VIII 878, J. L. n. 3182, M. 17, 356 (Beeinträchtigung kirchlichen Besitzes); Vienne 891 c. 1, M. 18, 121 (invasio rerum ecclesiasticarum); Schreiben der Ingelheim. Synode 948 an Hugo Capet LL. 2, 21; London 1138 c. 11, M. 21, 213 (usurpatio rer. eccles.); oder nach mehrfacher Mahnung: Lauriac 843 c. 1, M. 14, 798 (bei crimina); Bari 1098, Watterich vit. roman. pontif. 1, 614 oder nach dreimaliger Mahnung c. 23 (Nicol. II. 861—67 J. L. n. 2864) C. XVII qu. 4 (occisores, flagellatores presbyterorum, praedones); Ravenna 877 c. 5. 7. 8., M. 17, 338 (Verletzung der Kirchen, Tödtung, Verstümmelung, depraedationes; gleichlautend Rom 871/878, Maassen, e. röm. Synode c. 5. 7); Karol. II. cap. Vern. 884 c. 5, LL. 1, 552 (depraedationes); Regino II. 411 (Rouen?; allgemein); Burgund. Syn. 955, M. 18, 448 (invasores von Kirchengut); privil. Urbans II. 1093, J. L. n. 5487; M. 20, 643 (Privilegien-Verletzung) vgl. auch J. L. n. 5512. 5543. 5631; Troja 1093 c. 2, M. 20, 790 (Verletzung des Gottesfriedens); Lateran. I. 1123 c. 13, M. 21, 284 (dasselbe); Clermont 1130 c. 8. M. 21, 439 (ebenso). Daneben findet sich allerdings auch wie über die vorgängige Mahnung, Karol. Ticin. 850 c. 17, LL. 1, 399. 404 (Zehntverweigerung); Rom 873 add. c. 35, M. 14, 1014 (heidnische Lieder und Gesänge); Anastas. IV. 1153, J. L. n. 9788, M. 21, 776, oder eine mehrfach wiederholte, Mainz 888 c. 17, M. 18, 68. 69 („post crebras monitiones, Zehntverweigerung); Hohenaltheim 916 c. 18 LL. 2, 557 (ebenso) oder eine dreimalige Mahnung, Rouen saec. 9 c. 3 (Zehntverweigerung, Bruns I. 2, 269, c. 5 C. XVI qu. 7) wiederholt Mainz 852 c. 3, LL. 1, 411; c. 26, (Ravenna 877 c. 13, M. 17, 339 oder Rom 871/78 c. 15) C. XXIII qu. 5 (Verweigerung der Richterhülfe für die Kirche, Waisen und Wittwen) angeordnet, um die Hartnäckigkeit und damit das für die Strafbarkeit eines gewissen Verhaltens erforderliche Moment festzustellen.

[3] Cap. Confluent. 860 c. 6 cit., LL. 1, 470: „Ut nemo episcoporum hominem peccantem ab ecclesia et christiana communione alienet, donec illum secundum evangelicum praeceptum, ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habeat"; Karol. II. Pist. 869 c. 10, LL. 1, 510: „Ut nemo episcopus, nemo presbyter excommunicet aliquem, antequam causa probetur propter quam ecclesiastici canones hoc fieri iubent et donec illum . . . secundum evangelicum praeceptum, ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habeat"; für das Anathema Meaux 845 c. 56 cit., M. 14, 832 u. LL. 1, 392: „ut nemo episcoporum quemlibet sine certa et manifesta peccati causa communione privet ecclesiastica. Anathema autem sine consensu archiepiscopi aut coepiscoporum, praelata etiam evangelica admonitione (fehlt c. 41 C. XI qu. 3) nulli imponat"; Regino II. 411: „Si enim laici non canonice excommunicentur, nisi tertio fuerint vocati atque commoniti".

[4] Matth. XVIII. 15. Berufungen auf das praeceptum domini, Rouen c. 3, Mainz 852 c. 3, s. n. 2; vgl. auch Anm. 3.

[5] Daher evangelica admonitio, Anm. 3, vocatio canonica London 1138 c. 11 cit. s. Anm. 2.

[6] Vgl. Bd. IV. S. 745.

[7] Vgl. darüber unten §. 263.

[8] Noch in der von dem Legaten Honorius' II. 1126 ausgesprochenen Exkommunikationssentenz, M. 21, 338 (vgl. J. L. n. 7260. 7261. 7268, Hefele Conc. Gesch. 2 A. 5, 392) wird: „Quoniam . . . Pontius Cluniacense monasterium irrationabilis laicorum violentia invasit, Romanae ecclesiae misericordiam magis quam iustitiae severitatem sequentes, tertio tam literis quam nuntiis eum ad nos vocavimus, ut voluntatem d. p. Honorii ex ore nostro super hos audiret eique . . . in omnibus obediret. Verum quia d. p. Honorio . . obedire et de perpetrato invasionis ecclesiae scelere noluit penitere . . ." möglicher Weise die Mahnung nicht als Rechts-

einzelner dieselbe vorschreibenden Kanones in das Dekret Gratians[1] die Lehre von der Nothwendigkeit der *monitio canonica* als allgemeiner Vorbedingung der Verhängung der Exkommunikation entwickelt[2], und diese ist demnächst durch das III. Lateran-Konzil (1179)[3] gesetzlich sanktionirt worden[4].

Um die Durchführung der Wirkungen der Exkommunikation zu sichern, hat man vor Allem in späterer Zeit die verhängte Exkommunikation in der Kathedrale oder an anderen Orten, so insbesondere in der Pfarrei des davon Betroffenen unter Nennung seines Namens und zwar auch wiederholt, namentlich an Sonntagen publicirt[5], aber einen rechtlichen Unterschied in den Folgen der Exkommunikation hat dies damals noch nicht gemacht[6], vielmehr sollte lediglich faktisch die Durchführung derselben durch allgemeines Bekanntgeben ihrer Verhängung gesichert werden[7]. Dagegen hat man an dem alten Recht, dass die von dem zuständigen Kirchenoberen, also für die Regel von dem Bischof ausgesprochene Exkommunikation[8] auch für alle anderen kirchlichen Oberen bindende Wirkung äussert, festgehalten[9], und offenbar wegen der Verschärfung der Strafe für die Verletzung des Verkehrsverbotes[10], auf die

nothwendigkeit hingestellt, wenngleich die gesperrt gedruckte Stelle auch darauf gedeutet werden könnte, dass die Mahnung darum als eine Gnade aufzufassen ist, weil die Exkommunikation schon früher gegen Pontius verhängt war und nur eine Bestätigung und Erneuerung derselben in Frage stand.

[1] c. 5 (Rouen) C. XVI qu. 7; c. 23 (Nicol. II.) C. XVII qu. 4; c. 26 (Ravenna 877 c. 13) C. XXIII qu. 5 citt., nicht aber (so Mendelssohn, de monitione canonica Heidelb. 1860 p. 14 n.*) c. 2 (Ps. Silv.) C. V qu. 2; c. 8 (Agde 506 c. 3) C. XI qu. 3; c. 21 (Ps. Symmach.) C. XII qu. 2; c. 6 (Hincm. Rem.) C. XXIV, qu. 3.

[2] So schon dict. Gratiani zu c. 20 C. II qu. 1: „quando opere publico crimen suum confitetur, tunc post secundam et tertiam correctionem sine examinatione dampnandus est"; Glosse admonitio zu c. 21 C. XII qu. 2: „quia nemo excommunicandus est, nisi praecedat admonitio trina" unter Berufung auf c. 5 u. c. 23 cit. (s. vor. Anm.)

[3] c. 6, c. 26 X de app. II. 28 („ut nec praelati, nisi canonica commonitione praemissa suspensionis vel excommunicationis sententiam proferant in subiectos, nisi forte talis sit culpa quae ipso suo genere suspensionis vel excommunicationis poenam inducat").

[4] S. auch c. 48 (Lateran. IV 1215 c. 47) X de sent. excomm. V. 39 u. c. 61 (l. c. c. 48) X II. 28 cit.

[5] Verkündung auf Grund einer Liste durch den Pfarrer an solchen Tagen schreiben vor Benevent 1331 u. 1378 c. 69, M. 25, 973 u. M. 26, 654; s. weiter Clem. 1 de poen. I. 8 u. Angers 1365 c. 31, M. 26, 444; vgl. auch die folgenden Anmerkungen.

[6] Von der späteren Unterscheidung zwischen excommunicati vitandi und tolerati ist also noch nicht die Rede. Wenn c. 8 (Bonifaz VIII.) in VI de privil. V. 7 u. Clem. 1 de sep. III. 7 die Gewährung des christlichen Begräbnisses an publice excommunicati und nominatim interdicti und ersteres auch die Zulassung solcher zu gottesdienstlichen Handlungen mit bestimmten Strafen bedrohen, so folgt doch daraus noch nicht, dass das Begräbniss und die Zulassung zum Gottesdienst der nicht namentlich publicirten Gebannten gestattet werden durfte (wie denn auch Pennafiel 1302 c. 7, M. 25, 103 ausdrücklich diese von dem ersteren ausschliesst). Die Anordnung von Beziers 1300 c. 19, p. 305, dass der Priester nur dann die Messe abzubrechen habe, wenn ein publice excommunicatus die Kirche nicht verlassen will, nicht aber, wenn der Priester blos von der geheim gebliebenen Exkommunikation eines solchen weiss, es sei denn dass er dieselbe durch Zeugen beweisen kann, erklärt sich daraus, dass nur bei Feststellung der erfolgten Exkommunikation der Exkommunicirte als solcher kenntlich gemacht werden darf. Darum heisst es auch in der Stelle weiter, dass in solchen Fällen die anderen den Gebannten nur occulte zu meiden haben.

[7] Um die Berufung auf Nichtkenntniss seitens anderer auszuschliessen, s. Mainz 1225 c. 7, M. 23, 5 u. 1310, M. 25, 347, welche eine Entschuldigung der Geistlichen damit, dass ihnen die Exkommunikation nicht speziell bekannt gemacht sei, für unstatthaft erklären, wenn dieselbe in der Kathedrale, auf der Synode oder sonst an den herkömmlichen Orten bekannt gemacht ist: „cum talis ignoratia crassa sit penitus et supina". Aus demselben Grunde knüpft Ravenna 1311 c. 21, p. 461 an die öffentliche Verkündung die Pflicht für alle, den Exkommunicirten in Allem zu meiden.

[8] Bd. IV. S. 705. 801 n. 5.

[9] Admonitio gen. 789 c. 1, Bor. 1, 54; Conv. Ticin. 850 c. 11, LL. 1, 402; Rouen saec. 9 c. 6, Bruns I. 1, 270; Valence 855 c. 13, M. 15, 10; Karolom. Vern. 884 c. 5, LL. 1, 552; Melfi 1089 c. 15, M. 20, 724; Nimes 1096 c. 15, M. 20, 936; Troyes 1107, M. 20, 1124; Lateran. I. 1123 c. 9, M. 21, 283; London 1125 c. 11, M. 21, 332; Palencia 1129, M. 21, 387; Rheims 1148, M. 21, 713. Auch Paschalis II. 1117, J. L. n. 6658, M. 20, 1084, erkennt die von Friedrich v. Cöln über Heinrich V. verhängte Exkommunikation ausdrücklich als für sich bindend an.

[10] S. S. 3 u. 4.

möglichste Bekanntmachung der verhängten Exkommunikationssentenzen hingewirkt[1]. Und demselben Zweck haben zum Theil die mehrfach vorgekommenen Wiederholungen von Exkommunikationen und Anathematisirungen[2] ein und derselben Person gedient[3].

Ebenso ist es dabei verblieben[4], dass die ausgesprochene Exkommunikation sofort ihre Wirkungen äussert[5], und der Eintritt derselben nicht durch das Angehen des höheren Richters, namentlich nicht durch Einlegung der Appellation suspendirt wird[6].

2. Die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten

[1] Conv. Ticin. 850 c. 11 cit. (Schreiben an die Bischöfe der Diöcesen, in denen der Gebannte Grundstücke besitzt); Rom 871/878 c. 11, Maassen, röm. Synode S. 16, gleich Ravenna 877 c. 10, M. 17, 339 (c. 20 C. XI qu. 3, J. Ewald n. 2031, — irrig als Honorius II., J. L. n. 7388, M. 21, 326; Bekanntmachung durch Anschlag an die Kirchthür und Mittheilung an die benachbarten Bischöfe); Troyes 878 c. 2, M. 17, 347 (Anschlag an die Kirchthür); Karol. Vern. 884 c. 4, LL. 1, 552 (als cap. inc. 1 bei Boret. 1, 257, Bekanntmachung an die benachbarten Bischöfe und den Senior des Gebannten) und ibid. c. 6 (c. 5 C. VI qu. 3, seitens des episcopus delicti commissi an den proprius und den Senior); Regino II. 413 (M. 17 app. p. 4131 Schreiben an die benachbarten Bischöfe und die Priester der eigenen Diöcese, damit diese sie nach der Lesung des Evangeliums verkünden); Senlis 988, M. 19, 97 (Mittheilungsschreiben an andere Bischöfe); Mainzer Gottesfrieden 1083 und Gottesfrieden Heinrichs IV. 1085, LL. 2, 56 (Schreiben an alle Orte, an denen sich der Gebannte befinden soll); Troja 1093 c. 2, M. 20, 790 (Mitth. an benachbarte Bischöfe); Gran 1114 c. 34, M. 21, 105 (ebenso und an den König); Rheims 1119, M. 21, 231 (Publikation an allen Sonntagen); Lateran. I 1123 c. 13, M. 21, 284 (allseitige Bekanntmachung); Rheims 1148 c. 1, M. 21, 713 (an benachbarte Bischöfe); Eugen III. 1149?, J. L. n. 9364. 9365, M. 21, 645 (öffentliche Bekanntmachung angeordnet). Eugen III. 1152, J. L. n. 8545, M. 21, 654 (Bek. an die benachbarten Erzbischöfe). Vgl. weiter noch Leg. K. Mainz 1225 c. 8, M. 23, 5; Valence 1248 c. 16, p. 775; Leg. K. Ofen 1279 c. 57, p. 303; Bergamo 1311 c. 14, M. 25, 490 Alcala 1363 c. 2, p. 802; Salamanca 1335 c. 6, p. 1054. Selbstverständlich mussten die Exkommunicirten in der Sentenz wenigstens allgemein kenntlich gemacht sein, vgl. Synode v. Moret 1154, M. 21 832, wo ein Bischof erklärt: „tantummodo sententia sit promulgata, non habemus homines pro lege excommunicatorum, donec ab ecclesia generaliter denominentur, vocentur, publicentur" und ihm erwiedert wird, dass die Bischöfe anwesend sind, „qui iussu apostolici pontificis sacrilegos proditores denominantes publicaverunt".

[2] So die Heinrichs V. auf dem Konzil v. Vienne 1112 in Gegenwart eines päpstl. Legaten, Watterich 2, 77; zu Beauvais 1114, M. 21, 121. 122; Köln 1118, M. 21, 175 und zu Rheims 1119, Jaffé mon. Bamb. p. 305; (über andere Synoden s. Bd. II. S. 556 n. 6), und des Gegenkönigs Konrad durch die Synode zu Würzburg 1127, Jaffé mon. Bamb. p. 415, Watterich 2, 165; durch Honorius II. zu Rom 1128, ann. Saxo 1128, SS. 6, 765; durch Innocenz II. zu Rheims 1131, Jaffé l. c. p. 441. 442, und zu Lüttich, Watterich 2, 203. Vgl. auch S. 11 n. 8 und ep. Coelest. III. 1195, J. L. n. 17245, welcher dem Erzb. v. Rouen die Verkündung des Anathems gegen die Bürger seiner Stadt in allen Diöcesen an den Sonntagen und Feiertagen bis zur Satisfaktion gestattet.

[3] Denn, wenn Lanfranc. ep. ad. Roger., M. 20, 33 anordnet, dass ein von ihm Gebannter auch in ganz England gebannt werden soll und Rheims 1119, M. 21, 237: „Huius statuti violatores omni die dominico per singulas parochias excommunicentur", so kann damit nur eine Veröffentlichung der einmal verhängten Exkommunikation gemeint sein, da die Wiederholung, sofern es sich um dasselbe Vergehen handelte, keine neuen rechtlichen Wirkungen und Folgen hervorbringen konnte. Allerdings hat daneben auch (wie bei Konrad) der Zweck obgewaltet, das Einverständniss des Papstes zu konstatiren. Andererseits konnte allerdings eine mehrfache Exkommunikation eines schon einmal Exkommunicirten wegen verschiedener Vergehen erfolgen (hierher gehört die wiederholte Bannung Heinrichs IV. durch Gregor VII. 1076, Jaffé, mon. Gregor. p. 222, 1078 p. 403, 1081. ibid. p. 452, 1083 Bernold. chron. 1084, SS. 5, 441, sowie durch Paschalis II. 1102, Watterich, pontic. Rom. vitae 2, 23 und vielleicht auch die der Engeltrude Rom 853 c. 4, M. 15, 652; Hefele Conc. Gesch. 4, 227. Dies hatte die Folge, dass die Lossprechung von der einen Exkommunikation noch nicht (ohne Weiteres) die von den anderen nach sich zog, vielmehr von jeder eine besondere Absolution erwirkt werden musste, vgl. Kober, Kirchenbann 2 A. S. 129.

[4] S. Bd. IV S. 763 n. 4; S. 764 n. 2 u. S. 842 n. 1.

[5] Cap. Vern. 755 c. 9, Bor. 1, 35, s. auch die folgende Anm.

[6] Daher kann die schon vorher verhängte Exkommunikation auch nach der Einlegung noch öffentlich verkündet werden, c. 53 (Inn. III.) §. 1 X de app. II. 18. War aber die Exkommunikation nur suspensiv bedingt angedroht, dann traten bei Erfüllung der Bedingung nach eingelegter Appellation die Folgen nicht ein, weil die Exkommunikation zur Zeit der Erhebung des Rechtsmittels ihre Wirkungen noch nicht geäussert hatte, und durch dasselbe die Entscheidung über die Rechtmässigkeit der Androhung dem unteren Richter entzogen war.

(*interdictum*, *suspensio ingressus*, auch *introitus ecclesiae*, Personal-Interdict). Diese, in der früheren Zeit vorkommende Strafe[1] ist während der hier in Rede stehenden Periode in praktischer Übung geblieben. Wird sie auch in der karolingischen Zeit nicht oft erwähnt[2], so erscheint sie doch häufiger seit dem 11.[3], namentlich seit dem 12. Jahrhundert[4], freilich gewöhnlich unter der Bezeichnung *interdictum*[5] oder *interdictum*, bez. *interdictio* oder *suspensio ingressus ecclesiae*[6], und ist auch in das

[1] Bd. IV S. 713 (S. 706 n. 3) u. S. 801.

[2] Cap. Vern. 755 c. 12, Boret. 1, 35 (unter Berufung auf Chalc. c. 20, Bd. IV. S. 732 n. 7): „Qui vero episcoporum aut laicorum post hoc constitutum alterius ecclesiae clericum susceperit (scil. absque litteris commendatitiis) nisi ad excusandum, placuit a communione suspendi eum qui suscepit et qui susceptus est, quousque clericum qui translatus est, fecerit ad suum reverti ecclesiam" (da hier suspendi, weil die gleiche Strafe dem Laien angedroht wird, sich nicht allein auf die Amtsrechte beziehen kann); Cap. 769 c. 18, B. 1, 46 (im Anschluss an Orleans V 549 c. 14, Bd. IV S. 802 n. 8 a. E. für Inbesitznahme fremder Kirchengüter durch Kleriker oder Laien) „tamdiu ab omnium caritate suspensus et a communionis gratia sequestratus, quoad usque res ablatas cum fructuum satisfactione restituat": vgl. auch S. 10 n. 11.

[3] c. 2 (Pseud. Silvest., Jaffé-Kaltenbrunner n. 180) C. V qu. 2, nach welchem die vorgeladenen Angeschuldigten zunächst 7 Tage lang erwartet werden sollen, „huic vero expectationi iterum addantur dies VII, interdicta licentia ecclesiam intrandi et omnia divina offitia audiendi. Post vero addantur II dies, quibus a pace et communione s. ecclesiae sint suspensi, deinde vero iterum aliis duobus diebus sub eadem expectatione deportentur. Quibus uno die superaddito omni expectatione veluti iam desperata, reus mox anathematis gladio feriatur"; Coyaca 1050 c. 6, M. 19, 788 (persona maior, welche für den verbotenen Umgang mit Juden nicht die vorgeschriebene 7tägige Busse leistet, per annum integrum communione careat).

[4] Gratian hat einzelne der Vorschriften der westgothischen Konzilien über die excommunicatio auf Zeit, s. Bd. IV S. 801, so z. B. in c. 101 C. I qu. 1 Toledo XI 675 c. 8, aufgenommen (von Kober Suspension S. 339 falsch auf den kleinen Bann gedeutet) und spricht dict. zu c. 24 C. XI qu. 3 von dem „arceri a liminibus ecclesiae et a communione corporis et sanguinis Christi", was er zwar von der grossen Exkommunikation, dem Anathem, durch welches quisque separatur a consortio fidelium scheidet, aber mit der später s. g. excommunicatio minor identifizirt. Stephan v. Tournai in seiner Summa u. 1159, her. von v. Schulte Giessen S. 195: „Simplex excommunicatio dicitur quando alicui interdicitur introitus ecclesiae et sacramenta ecclesiastica, consortium autem fidelium et mensa non negatur; taliter excommunicati in quibusdam provinciis dicuntur vetiti, in aliis interdicti" kennt die hier gedachte, von ihm allerdings auch von der kleinen Exkommunikation nicht auseinander gehaltene Strafe. S. ferner Gregor VIII. 1187, J. L. n. 16079 (c. 9 Comp. I de vita cler. III. 1): „Quisquis vero vir sive mulier talia fecerit amodo indumenta (unzüchtige, unpassende und prächtige Kleider) et a communione domini corporis donec se corrigat reddatur extraneus et ecclesiasticis non sinatur interesse officiis".

[5] S. ausser der in der vor. Anm. citirten Stelle Stephans v. Tournai noch Statut Rudolfs v. Lüttich 1166 c. 6, M. 22, 9: „Si autem laicus aliquem absque sacerdote in atrio (ecclesiae) sepelierit, ipse statim ex praesumptione sacerdotalis officii sub interdicto erit. Abundantiori autem poena eius arbitrio episcopi subiacebit;" Later. III 1179 c. 9 (c. 3 §. 1 X de privileg. V. 33) verbietet den exemten Johannitern und Templern die „nominatim interdicti" zum Gottesdienst zuzulassen und in den Privilegien auf Abhaltung des Gottesdienstes bei verschlossenen Thüren während eines allgemeines Lokal-Interdikts seit dem 12. Jahrhundert, vgl. unten beim Lokalinterdikt u. c. 24 (Later. IV 1215) X de privileg. V. 33 werden die interdicti ebenfalls von der Anwohnung desselben ausgeschlossen. Vgl. ferner Toul. u. 1192 c. 6; Addit. Wilhelmi episc. Paris. (1220 bis 1223) ad const. cardin. Gallon. c. 11, M. 22, 768: „quod presbyteri parochianos suos qui tribus dominicis continuis se ab ecclesia sua absentaverint sine causa iusta et necessaria, interdicant et ad episcopum mittant interdictos," s. Bd. IV. S. 713 n. 2. S. auch noch Anm. 4.

[6] Lambeth 1204 o. 1206 c. 2, M. 22, 751: „Alioquin quos in hac parte culpabiles invenerint (der Abhaltung gemeinsamer Trinkgelage für das Wohl der Seelen und des Körpers, scotalla), ab ingressu ecclesiae et sacramenti (gleich communione sacramentorum Salisbury 1256, M. 23, 911, welches diese Vorschrift wiederholt) canonice tamdiu suspensos esse denuncient (rectores parochiales), donec aliis poenis cessantibus ad poenitentiarium nostrum accesserint, quod ab eo (pro) transgressione huiusmodi poenitentiae nomine iniunctum fuerit, humiliter recepturi: et prout deus dederit, imprimetur ac expietur;" Lateran. IV 1215 c. 21 bedroht mit der Strafe des „arceri ab ingressu ecclesiae" und der Versagung des christlichen Begräbnisses die Verletzung des praeceptum paschale, c. 12 X de poenit. V. 38 (Bd. IV S. 71 n. 1 und S. 124), ferner c. 22 (c. 13 X eod.) mit der erstgedachten Strafe den Arzt, welcher, nachdem er zu einem Kranken gerufen ist, ihn nicht zunächst bestimmt, einen Seelenarzt herbeirufen zu lassen „donec pro transgressione huiusmodi satisfecerit competenter;" Schottisches Konzil 1225 c. 75, M. 22, 1244: „ut in aliquibus festivitatibus infra ecclesias vel coemeteria luctae vel ludi de caetero fieri non permittantur; et qui ter monitus a sacerdote loci, ab huiusmodi cessare noluerit, ingressus ecclesiae interdicatur eidem. Qui suspensus a sua insolentia non destiterit, ex-

Dekretalenrecht übernommen worden[1]. Dass es sich in allen Fällen um dieselbe Strafe handelt, ergiebt sich daraus, dass dem davon Betroffenen das wesentlichste Recht der kirchlichen Mitgliedschaft, das Betreten der Kirche und damit die Theilnahme an allen gottesdienstlichen Handlungen in derselben entzogen wird[2], und daraus, dass sich die Ausschliessung von den Sakramenten und den sonstigen heiligen Handlungen ausserhalb der Kirche, da diese für die Regel in derselben gespendet werden sollen[3], nicht nur von selbst verstand[4], sondern auch zum Theil ausdrücklich in den Quellen hervorgehoben wird[5]. Das erstere ist auch der Fall in Betreff der Entziehung des kirchlichen Begräbnisses[6]. Die Nichterwähnung aller gedachten Folgen in einzelnen Stellen[7], wennschon begrifflich nichts entgegenstand, der hier fraglichen Suspension auch einen beschränkteren Umfang zu geben und dies auch in der That, wenn gleich nicht häufig geschehen ist[8], spricht aber keineswegs gegen die Wesens-

communicationis sententia innodetur"; S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19 (interdictio ingressus ecclesiae). Dasselbe bedeutet Oxford 1222 c. 35, M. 22, 1161: „Et si forte concubinae eorum (der Benefiziaten oder der Kleriker in höheren Weihen) monitione postea proposita ab eis non secesserint, ab ecclesiis . . . expellantur nec admittantur ad ecclesiastica sacramenta et si nec sic duxerint abstinendum, excommunicationis mucrone percellantur" und schottisches Konzil 1225 cit. c. 81: „ne focariae concubinae sacerdotum . . . . admittantur in ecclesias ad aquam benedictam vel pacis osculum vel ad aliquam communionem fidelium".

[1] c. 12. 13. 24 X de poenit. V. 38 cit.

[2] Wenn Albi 1254 c. 32, M. 23, 841 für die wissentliche participatio in mensa mit einem Exkommunicirten, für den Kleriker als Strafe festsetzt: „per unum mensem sit ei ecclesiae ingressus interdictus", für den Laien aber: „per unum mensem ad divina officia nullatenus admittatur," so kann damit nur dasselbe gemeint sein. — Eigenthümlich und vereinzelt steht da das Privileg des Konvents der südfranzösischen und katalonischen Bischöfe für eine Kirche v. 1045, M. 19, 613: „ut ille locus omni poenitenti sit pervius et cuicumque aliarum ecclesiarum ingressus negatur, hic ob vota orationis solvenda et divina mysteria audienda libere ingredi permittatur".

[3] Bd. IV. S. 76. 124. 149.

[4] Anderenfalls hätte sich die Bezeichnung: Interdikt für diese Strafe gar nicht bilden können, denn das Wesen des Lokalinterdikts besteht gerade in der Einstellung aller gottesdienstlichen Handlungen und der Spendung der Sakramente, s. S. 19 ff. Ausdrücklich ist dies auch durch Bonifaz. VIII. anerkannt, c. 16 in VI de sent. exc. V. 11: „Quum vero alicuius terrae populus interdicto notatur, singulares ex eo personae, quas interdictas esse constat, ne sententia effectu careat, quum divinorum auditio et sacramentum perceptio populo ut universis non competant, non debeat alicubi (casibus a iure dumtaxat exceptis) audire divina vel ecclesiastica recipere sacramenta".

[5] Vgl. Gratian und Gregor VIII. citt., S. 14 n. 4; ferner Lambeth 1204 und Oxford 1222 c. 35, S. 14 n. 6; Gerona 1267, M. 23, 934 (für Tänze und unzüchtige Lieder in der Kirche): „a participatione sacramentorum et ingressu ecclesiae sit privatus;" Wien 1267 c. 19, p. 1176 (Obrigkeiten, welche die kirchlichen Vorschriften über die Juden nicht durchführen) „introitum ecclesiae et communionem divinorum officiorum sibi noverint interdicta". Eine solche ausdrückliche Hervorhebung kommt auch noch nach c. 16 in VI cit. vor, s. Salamanca 1335 c. 12, M. 25, 1055 („arceatur ab introitu ecclesiae et communione fidelium", vgl. auch schott. Konzil 1225 c. 81 cit., s. S. 14 n. 6, also für communione divinorum officiorum); York 1367 c. 2, M. 26, 462 („aditus non pateat ad audiendum divina officia et sacramenta ecclesiastica percipiendum"); Nismes 1284, M. 24, 551: „Interdictum dicitur, cum dicit praelatus interdico te vel . . suppono te ecclesiastico interdicto vel interdico seu prohibeo tibi ingressum ecclesiae, et talis interdictus et . . (Gebannte) non debent intrare ecclesiam . . . sed nec iuxta ecclesiam stare, quando divina officia celebrantur nec debent recipere ecclesiastica sacramenta".

[6] Lateran. IV 1215 c. 21 (c. 12 X de poen. V. 38); c. 20 (Bonifaz. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11: „. . Talis (d. h. der vom ingressus ecclesiae Interdicirte) quoque, si hoc interdicto durante decedat, non debet in ecclesia vel coemeterio ecclesiastico, nisi poenituerit, sepeliri".

[7] S. 14.

[8] So stuft der seiner Herkunft noch unbekannte c. 2 C. V qu. 2, S. 14 n. 3, schon bei Anselm v. Luca † 1080, also frühestens aus dem Ende des 10. Jahrh., die Suspension in eine solche vom Recht des Betretens der Kirche und eine umfassendere von allen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten ab, s. auch die S. 14 n. 6 hervorgehobene Differenz in der Strafandrohung zwischen c. 12 u. c. 13 de poenit. Auch später kommen partikularrechtlich noch dergleichen spezielle Suspensionen vor, so Mainz 1261 c. 49, M. 23, 1099 (extunc uxori — das einen Monat in der Exkommunikation verharrenden Wucherers — ac filiis et propriis eorum mancipiis divina et sacramenta ecclesiastica subtrahantur, baptismate parvulorum et poenitentia morientium exceptis"); Bordeaux 1254 c. 13, p. 860 (Laien, welche die den Kirchen vorenthaltenen Zehnten nicht herausgeben: „quod ad matrimonium vel eucharistiae communionem vel ad purificationem post partum

gleichheit der alten Suspension von den Mitgliedschaftsrechten[1], des s. g. Personal-Interdiktes und des interdictum ingressus ecclesiae[2]. Dieselbe zeigt sich namentlich in dem Inhalt, welcher der Strafe am Schluss der Entwicklung durch das gemeine Recht gegeben worden ist, da sie nach demselben auch die Ausschliessung vom Empfang der Sakramente und von dem christlichen Begräbniss umfasst[3].

Angedroht wird die erwähnte Strafe während der hier fraglichen Periode am häufigsten bis zur Abstellung des strafbaren Verhaltens[4] oder bis zur Ersatzleistung[5] oder bis zur Satisfaktion[6], seltener auf unbestimmte[7] oder auf eine fest bemessene Zeit[8]. Auch findet sich ebenso, wie bei der Exkommunikation, in einzelnen Fällen die vorgängige Mahnung (*admonitio*) als Bedingung der Zulässigkeit der Strafe hingestellt[9]. Die Wirkungen des Personal-Interdikts treten, wie die der Exkommunikation sofort ein und werden durch ein etwaiges Rechtsmittel nicht beseitigt[10].

3. Der kleine Bann kommt in dieser Periode, wie schon in den früheren, nur vereinzelt vor[11]. Die geringe Bedeutung der Strafe zeigt sich darin, dass man erst

ipsum vel uxores eorum aut filii et filiae in eorum potestate constituti vel existentes nullatenus admittantur", vgl. auch c. 23 ibid.). Weiter gehört hierher die *interdictio pacis osculi* (Thalhofer in Wetzer u. Welte, Kirchenlexikon 2. A. 4, 2019), *panis benedicti* (Bd. IV S. 67 n. 4 und Probst, kirchliche Benediktionen. Tübingen 1857 S. 155) und *aquae benedictae* für unbussfertige Konkubinen der Geistlichen, Richard v. Salisbury u. 1227 c. 8, M. 22, 1108; Worcester 1240 c. 34, M. 23, 537 und für diejenigen, welche an gewissen Orten, Quellen u. s. w. abergläubische Verehrungen vornehmen, l. c. c. 15, p. 531.

[1] Über den näheren Umfang in ältester Zeit Bd. IV S. 713, steht nichts sicheres fest, während des 6. Jahrh. bezog sie sich wohl auf alle gedachten Rechte, a. a. O. S. 801. 802.

[2] Dafür lässt sich auch darauf verweisen, dass die Strafe noch im 13. Jahrhundert als ein suspendi charakterisirt wird, Lambeth 1204 c. 2 und schottisches Konzil 1225 c. 75. S. 14 n. 6; s. auch c. ult. (Bonifac. VIII.) in VI^to de off. ordin. I. 16. Endlich kommt in Betracht, dass nach den von der heutigen Lehre formulirten Wirkungen des Personalinterdikts, s. Kober im Arch. f. d. K. R. 21, 292. 297. 301, und des interdictum ingressus ecclesiae, Kober, Suspension der Kirchendiener S. 237, es sich bei beiden um die erwähnte Suspension handelt. Freilich hat sich die Doktrin bisher nicht bemüht, den historischen Ursprung dieser Strafen nachzuweisen, und ist, durch das Wort interdictum verführt, auf die Annahme eines Zusammenhangs zwischen dem Personal- und dem sog. Lokal-Interdikt verfallen (vgl. darüber auch unten S. 30).

[3] c. 16. 20 in VI. V. 11. cit. (S. 15 n. 4. 6), denn die in c. 16 cit. gemachten Ausnahmen (c. 11. X. sent. excomm. V. 39; c. 19 u. c. 24 in VI eod. tit. V. 11) welche in erster Linie für das Lokal-Interdikt gemacht sind, haben (s. unten) für das Personal-Interdikt nur in soweit Bedeutung, als dem Interdicirten an bestimmten hohen Festtagen die Anwohnung des Gottesdienstes gestattet, und im Falle der Todesgefahr bei eidlichem Gelübde, die erforderliche Genugthuung zu leisten, auch die Spendung des Busssakramentes und des Viatikums an ihn erlaubt ist, Kober i. Arch. f. d. K. R. 21, 322. 326. 327. 329. 341.

[4] Cap. Vern. 755 c. 12, S. 14 n. 2; Schottisches Konzil 1225 c. 75; Oxford 1222 c. 35, S. 14 n. 6; Bd. IV. S. 75.

[5] Cap. 769 c. 18, S. 14 n. 2.

[6] Lambeth 1204 c. 2; Narbonne 1227 c. 5, M. 23, 22; c. 13 X. V. 38 cit., S. 14 n. 6.

[7] Siehe die vorher citirten Anmerkgen. Hier wurde die Strafe selbstverständlich auch nach geleisteter Satisfaktion oder Busse aufgehoben.

[8] c. 2 C. V qu. 2 cit. und Coyaca 1050 c. 6, S. 14 n. 3; auch auf Lebenszeit, S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19.

[9] Oxford 1222 c. 35 u. Schott. Konz. 1225 c. 75, S. 14 n. 6, in diesen um die Hartnäckigkeit zu konstatiren.

[10] c. 11 (Cölestin. III.) X de appell. II. 28; c. 20 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

[11] Die einzigen sicheren Stellen aus der Zeit vom 9. bis 11. Jahrhundert sind, soweit ich sehe, die S. 5 n. 7 angeführten, welche diese Strafe für den Verkehr mit den der grossen Exkommunikation unterliegenden Kirchengliedern androhen. In Friaul 796 c. 11, M. 13, 850: „de feminis cuiuscunque conditionis, puellis scilicet vel viduis, quae virginitatis sive continentiae propositum spontanee pollicentes, deo emancipatae fuerint et ob continentiae signum nigram vestem quasi religiosam, sicut antiquus mos fuit in his regionibus indutae fuerint, licet non sint a sacerdote sacratae, in hoc tamen proposito eas perpetim perseverare mandamus. Si vero postea sese sive clanculo corruperint seu publice nupserint, dignis quidem mundano iudicio corporalibus coercitae vindictis, segregentur ab invicem et agant cunctis diebus vitae suae poenitentiam et a communione corporis et sanguinis Christi priventur: nisi forte pontifex rescita illorum poenitentia, si digna fuerit, humanius praevidens poterit communionis gratiam indulgere" findet sich die Strafe allerdings, aber nicht selbstständig, sondern neben der Busse, vgl. darüber § 263. Dasselbe ist der Fall Troyes 878 c. 3, M. 17, 349 (in der sich auf bestimmte Fälle beziehenden, die

Strafe des Anathems für die pervasores rerum ecclesisticarum zum Theil mildernden Anordnung Papst Johanns VIII.): „ut si ante proximas Kal. Novembr. easdem res, quas quique usurpatores iniuste pervaserunt, ecclesiis suis regulariter satisfacientes non restituerint, a communione corporis et sanguinis Christi usque ad restitutionem rerum ecclesiasticarum et satisfactionem alieni habeantur et sacri episcopalis ministerii excommunicationis ecclesiasticae contemptores... ab episcopis quorum interest, commoniti, si regulariter satisfacientes non resipuerint, anathematis vinculo innodati usque ad satisfactionem permaneant", denn unter der neben der Restitution gedachten Satisfactio kann nur Busse verstanden werden.

Zweifel walten in Betreff mehrerer gleichlautender Kanonen von Rom 871/878, Maassen S. 10 ff. und von Ravenna 877, M. 17, 337 ff. ob. Nach c. 5 beider soll derjenige, welcher Gotteshäuser verletzt, Sachen aus denselben wegnimmt oder die Geistlichen injuriirt, „donec conventus et ammonitus legitime satisfaciat, sciat se communione privatum. Si vero post secundam et tertiam conventionem coram episcopo satisfacere detrectaverit, sacrilegii periculo ab omnibus obnoxius teneatur" (Rav. „ita, ut secundo apostolum nemini fidelium misceatur"), nach c. 7 (Tödtung, Verstümmelung, Brandstiftung): „quousque de his unicuique legaliter vel amicabiliter coram episcopo aliisque civibus non emendaverit, ab ecclesia se privatum cognoscat. Si vero post secundam vel tertiam commonitionem cuncta in quibus arguitur non emendaverit, tanquam ethnicus et publicanus ab omni christianorum collegio separetur". Die leichtere Strafe, welche hier dem erst später bei Hartnäckigkeit eintretenden grossen Bann vorhergehen soll, muss entweder der kleine Bann oder die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten sein. Für das erstere spricht der Umstand, dass in Italien gerade schon von Gregor I. das communione privari für den kleinen Bann gebraucht worden ist, Bd. IV. S. 714 n. 7, sowie dass derselbe ferner in Rom 743 c. 14 (c. 57 Dist. I de consecr.), in Friaul 796 c. 11 und in dem vom Papst Johann VIII ebenso wie die Synoden von Rom und von Ravenna (s. oben) abgehaltenen Konzil von Troyes erwähnt wird, ferner dass auch Hludov II. conv. Ticin. 850 c. 17, LL. 1, 399. 404 für Zehntverweigerung dieselbe Strafe: „sacerdotali est vigore plectendus et a sacrae communionis participatione removendus" androht. Dazu kommt weiter, dass wie bei Gregor I., bei welchem excommunicatio den kleinen Bann bedeutet, in Ravenna c. 4 (Bedrückung der Bischöfe und Ladung der Geistlichen vor das weltliche Gericht) weiter in Rom und Ravenna c. 6 (s. auch Rom c. 8) ebenfalls die excommunicatio als die mildere Strafe im Gegensatz zu dem nach dreimaliger Mahnung erfolgenden Anathem hingestellt wird. Andererseits bestimmt Rom c. 7 (Ravenna c. 8) über die depraedatores: „ut si ab episcopo civitatis admoniti minime resipuerint, XL dies pane et aqua contenti, reliquis cibis et potibus sint omnino privati. Qui si hanc excommunicationem suscipati fuerint violasse, satisfaciant episcopo quod illam non violaverint: sicque demum si convicti fuerint, hanc violasse, non solum quod unicuique arguuntur fecisse, emendent, sed etiam bis atque ter commoniti, si non correxerint, ab omni communione ecclesiastica sint alieni (wogegen Rav. schliesst: ab omni communione privati sint. Si vero post secundam et tertiam commonitionem cuncta, in quibus arguuntur, perfecte non emendaverint, anathematis sententia se noverint obligatos".). Das: „hanc excommunicationem", welches sich auf das Fasten bezieht, aber wahrscheinlich auch den mit der Busse verbundenen Ausschluss vom Abendmahl bedeutet, lässt also in dem Text von Rom die in den übrigen citirten Stellen angedrohte Steigerung, erst eine geringere Strafe (den kleinen Bann), dann bei Hartnäckigkeit den großen Bann wiedererkennen, während die dreifache Gradation im Text von Ravenna sich nur dadurch erklären lässt, dass als zweite Stufe vor dem großen Bann die Suspension von allen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten eingeschoben ist. Jedenfalls zeigt c. 7, dass mit dem kleinen Bann auch hier die Leistung der Busse Hand in Hand geht und in der Textgestaltung von Ravenna, dass das communione privare mindestens soviel, wie die gedachte Suspension bedeuten kann. Dieselbe Bedeutung hat es wahrscheinlich c. 13 (Rav. c. 11 für die Aufnahme eines zu einem andern Senior gewanderten Übelthäters: „quousque nihilominus satisfecerit cum suo susceptore communione privetur") und c. 14 (Rav. c. 12, für das Fortbleiben vom Gottesdienst um sich der Publikation kirchlicher Sentenzen zu entziehen „donec sub satisfactione se emendandos astruant, communione priventur"), während in c. 15 (Rav. c. 13, Verletzung der Pflichten der weltlichen Amtsträger in betreff des Schutzes der Wittwen und Waisen: „quod si neglegere post II. et III. ammonitionem inventi fuerint, omni se noverint communione usque ad condignam satisfactionem privatos") nicht die grosse Exkommunikation gemeint sein kann, für welche allerdings c. 9—11 (Rav. c. 9. 10) s. S. 5 n. 7, der Ausdruck: excommunicare gebraucht wird.

Unrichtig ist es, wenn Kober Kirchenbann 2 A. S. 38 aus der Gegenüberstellung von Exkommunikation und Anathema in Stellen, wie Tours II. 567 c. 24, Bd. IV S. 800 n. 6; Meaux 845 c. 56 (S. 7 n. 10); c. 12 C. III qu. 4 (S. 7 n. 7): „non solum excommunicatione, quae a fraterna societate (also der Gemeinschaft der Christen, nicht blos des Abendmahls) separat, sed etiam anathemate, quod a Christi corpore recidit"; Hadrian II. ep. ad prim. et com. 869, J. L. n. 2921, M. 15, 838: „nostri apostolatus communione (das kann unmöglich soviel wie Abendmahl bedeuten, s. auch unten S. 35 n. 3) non solum alienum, sed etiam anathematis vinculo alligare omnino curabimus", folgert, dass die Exkommunikation den kleinen Kirchenbann bedeute. Vgl. auch S. 8 n. 7.

Die Strafklauseln päpstlicher Privilegien und Anordnungen, Johann XV 989, J. L. 3831 M. 19, 86: „excommunicatus a corpore et sanguine d. n. Jesu Chr. consistat et anathematizatus a ss. patribus omnibus et nobis nec in exitu vitae communicet, sed etiam mortuo nomen eius inter missarum solemnia nullomodo recitetur", ferner die seit dem 11. Jahrh. häufig vorkommende, Gregor VII J. L. n. 4970, s. Pflugk-Harttung acta 1, 46:

in Folge der S. 5 u. 6 gedachten Entwicklung für dieselbe eine besondere technische Bezeichnung, nämlich die noch heute übliche *excommunicatio minor* gebraucht[1] und sich überhaupt mit der Frage befasst hat, ob unter der Androhung der *excommunicatio* schlechthin die *maior* oder der kleine Bann, die *minor*, zu verstehen sei[2]. Ja, selbst in Betreff des Umfanges der Strafe hat zunächst kein einheitliches Recht bestanden, da man ihr bis zum 13. Jahrhundert bald blos die Bedeutung der Ausschliessung vom Abendmahl[3], bald auch die der Fernhaltung von der Theilnahme an den übrigen Sakramenten[4] oder gar auch von einzelnen anderen gottesdienstlichen Handlungen beigelegt hat[5], ein Schwanken, welches sich daraus erklärt, dass die excommunicatio minor in der That nichts anderes als eine partielle Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten bildet, und es erst zu einer sicheren und festen Scheidung

„reumque se divino iudicio existere de perpetrata iniquitate cognoscat et . . . a sacratissimo corpore et sanguine dei dom. redempt. n. Jesu Chr. alienus fiat atque in extremo examine districtae ultioni subiaceat", ibid. 1, 47. 49. u. 2, 127; Urban II. 1093 J. L. n. 5487, M. 20, 643; Urban III. 1187, J. L. n. 15960, M. 22, 500; Innocenz II. 1131, J. L. n. 7483, M. 21, 422: „anathematis est sententia feriendus et a corpore ac sanguine domini separandus" (ähnlich auch in dem bischöflichen Statut v. Aquileja 1181, M. 22, 473) lassen, wenngleich sie die Ausschliessung vom Leibe und Blute Christi hervorheben, doch durch die weiteren Zusätze erkennen, dass damit die grosse Exkommunikation, deren hauptsächlichste Wirkung besonders erwähnt wird, nicht der kleine Bann gemeint sein soll. Daher kann auch Paschalis II. 1102, J. L. n. 5924, M. 20, 1029: „a sacratissimo corpore et sanguine d. n. Jesu Chr. alienus fiat" nicht auf denselben bezogen werden, vielmehr ist die Strafklausel wohl hier nicht vollständig mitgetheilt.

[1] Der Ausdruck *excommunicatio maior* kommt schon im 12. Jahrh. vor, s. const. Willelm. archiep. Eborac. 1153, M. 21, 769: „ipsum volumus per archidiaconum loci super hoc congrue requisitum, legitima monitione praemissa maioris excommunicationis sententia innodari", vgl. auch ibid. p. 770. Rufin in seiner Summa (u. 1156), her. v. v. Schulte Giessen 1892 S. 234. 278, welcher sowohl den grossen, wie den kleinen Bann mit excommunicatio, den ersteren aber auch mit anathematizatio bezeichnet, Stephan v. Tournai (S. 14 n. 4), ja selbst Bernhard v. Pavia summa V. 34. §. 1 gebrauchen ihn noch nicht, und erst seit dem 13. Jahrh. findet er sich häufiger, c. 10 (Gregor. IX.) de cler. exc. V. 27; c. 56. 59 (Gregor. IX.) de sent. exc. V. 39.

Die Bezeichnung *excomm. minor* ist mindestens zur Zeit des III. Lateran-Konzils 1179 noch äusserst selten gewesen, denn wenn nach demselben c. 10 (c. 2 X de statu monach. III. 35) der Mönch, qui peculium habuerit, nisi ab abbate fuerit ei pro iniuncta administratione permissum, a communione altaris removeatur, c. 25 (c. 3 X de usur. V. 19) die usurarii manifesti nec ad communionem altaris admittantur c. 27, M. 22, 233, c. 7 Compil. I de heret. V. 6, diejenigen, welche in Betreff der Verfolgung der Brabanzonen, Hefele K. G. 5. 716, admonitioni episcoporum parere contempserint, a perceptione corporis et sanguinis d. n. Jesu Chr. fieri alienos, endlich nach c. 16 (c. 1 X de his quae fiunt III. 11) der Geistliche, welcher unstatthafte Gewohnheiten der Kirche beschwört, donec dignam egerit poenitentiam, a perceptione sit dominici corporis alienus, so droht das Konzil in allen diesen Fällen zwar die exc. minor an, kennt aber offenbar diese Terminologie noch nicht. Zuerst kommt der Ausdruck, soweit ich sehe, ep. Caelest. III 1196, J. L. n. 17309, M. 22, 617 vor: „Licet autem tales ipso iure minori sunt excommunicationi adstricti et ex hoc a corporis et sanguinis participatione amoti," andererseits ist er noch Bernhard v. Pavia l. c. fremd und auch Innocenz III, c. 39 X de elect. I. 6 (1207 Potthast reg. n. 3004) bezeichnet den kleinen Bann noch als exc. simplex. Somit ist die Bezeichnung: *exc. minor* selbst im Anfang des 13. Jahrhunderts noch nicht sehr verbreitet gewesen, hat sich aber dann sehr bald eingebürgert, denn sowohl die Glosse zu c. 12 (Johann VIII.) C. III qu. 4 s. v. anathema: „Et est hic differentia inter maiorem et minorem excommunicationem, ut XI qu. 3 c. 21 (Origenes); V qu. 2 c. 2 (Ps. Silvester); XVII qu. 4 c. 21 (Johannes VIII. M. 17, 338 u. Ravenna 877 c. 9 cit.), wie auch Gregor IX. (c. 10 X V. 27 u. c. 56. 59 X V. 39. citt.) gebrauchen den Ausdruck, welcher dann durch die Aufnahme der betreffenden Dekretalen in die Sammlung des gedachten Papstes der übliche und herrschende geworden ist.

[2] Dies beweist der Umstand, dass erst Gregor IX. (c. 59 X V. 39) sich veranlasst gesehen hat, die Entscheidung zu treffen, dass unter einer schlechthin angedrohten Exkommunikation die *maior* zu verstehen sei.

[3] Rom und Ravenna c. 9 cit., Lateran III c. 16. 27, Cölestin III. und Bernhard v. Pavia (s. Anm. 1) sprechen alle blos von der Ausschliessung vom Abendmahl. Auch Mainz 1225 o. 13, M. 23, 6, setzt noch für die Stellung unzüchtiger Anträge an Nonnen für Laien die suspensio a perceptione corporis domini fest.

[4] So Innocenz III. in c. 2 X de except. II. 25: „separatio a perceptione sacramentorum".

[5] Limoges 1031, M. 19, 540 erwähnt auch die Fernhaltung vom Anhören der Messe, S. 5 n. 7, Gratian und Stephan v. Tournai gedenken sogar auch des Verbotes des Eintritts in die Kirche, S. 14 n. 4 u. oben n. 1.

zwischen der letzteren und der totalen kommen konnte, als man den regelmäsigen Umfang beider[1] festgestellt hatte. Dies ist in Betreff der excommunicatio minor durch die Dekretalensammlung Gregors IX. in der Art geschehen, dass diese als die Ausschliessung von allen Sakramenten charakterisirt worden ist[2]. Die Strafe, welche früher bis zur Bussleistung[3] oder bis zu derselben und gleichzeitigen Ersatzleistung[4] oder schlechthin[5] auch für immer[6] und mehrfach erst nach fruchtloser Mahnung[7] angedroht worden ist, hat auch im Dekretalenrecht eine verhältnissmässig geringfügige Bedeutung behalten[8].

4. Der hier in Rede stehenden Periode[9] gehört die Ausbildung einer bisher nicht bekannten Strafe, des s. g. Interdikts, anfänglich ebenfalls *excommunicatio*[10] oder auch *anathema*[11], später gewöhnlich *interdictum*[12] genannt, d. h. die Einstellung aller gottesdienstlichen Funktionen in einer Kirche oder in einem kleineren oder grösseren Distrikt, an. Als Strafe[13] tritt es in der kirchlichen Praxis frühestens seit Mitte des

[1] Wegen der totalen Suspension s. o. S. 15. 16.

[2] c. 2 (Innoc. III.) X de exc. II. 25; c. 59 (Gregor IX) X V. 39 cit.

[3] Ravenna c. 9, S. 5 n. 7; Limoges 1031, a. a. O.; c. 1 X de his quae fiunt III. 11, S. 18 n. 1.

[4] Troyes 878 c. 3; Rom c. 5. 7, S. 16 n. 11.

[5] c. 2 X. III. 35, c. 3 X V. 19, Later. III. 1179 c. 27, S. 18 n. 1.

[6] Friaul 796 c. 11, S. 16 n. 11.

[7] Troyes 878 c. 3, Rom c. 5. 7, Lat. III. c. 27 cit. (im letzteren Falle um die Hartnäckigkeit festzustellen).

[8] Ausser den citirten Stellen c. 39 X de elect. I. 6; c. 2 X de exc. II. 25, c. 56. 59 de sent. exc. X V. 39; c. 2 X de stat. monach. III. 35; c. 3 X de usur. V. 19, c. 1 X de his III. 11 wird sie noch erwähnt c. 10 X de cler. exc. V. 27 und c. 3 (Lyon 1245) c. 9 (Lyon 1274) c. 13 (Bonifaz VIII.) in VI^to. de sent. exc. V. 11. Dass man sich darüber im Mittelalter schon klar gewesen ist, ergiebt die Glosse si celebrat zu c. 10 X cit. V. 27: „sed de minore (exc.) sunt iura paucissima et aperte non providentia, sicut hoc. cap.“ Auch in den Partikularsynoden seit dem 13. Jahrh. kommt sie sehr selten vor, s. aber Albi 1254 c. 31, M. 23, 841 (für Anstellung Exkommunicirter als Richter, Rath oder Baillif durch Grafen und andere „excommunicatio minor“ angedroht) und Ravenna 1314 c. 17, M. 25, 548 (für Occupation und Raub beweglicher Güter und Einkünfte der Prälaten exclusio ipso iure ab omnibus sacramentis ecclesiasticis, der schon nach einem Monat der grosse Bann folgt).

[9] Nicht einer früheren Zeit, s. Bd. IV. S. 804 n. 10.

[10] S. unten S. 20 n. 1 u. S. 21 Anm.

[11] Willelmi Gemet. (u. 1137) hist. Normann. VI. 3, Bouquet recueil 10, 191: „Robertus (L. Bischof v. Rouen 990—1037) archipraesul Normanniam pontificali anathemate percussit“, s. auch S. 20 n. 1. Das für die Exkommunikation gebrauchte *bannus* (S. 2 Anm.) kommt ebenfalls vor, ep. 93 Gerberti (später Silvester II.) v. 995, Bouquet 10, 420: „Quod si locus interdicto vestro e: ut solemniter dicamus, vestro banno iure t:netur astrictus, liceret innocentibus parochianis a l alia loca transmigrare suisqe legaliter uti sacris“.

[12] Vgl. die vor. Anm. u. S. 22 n. 1, vereinzelt auch „a christianitatis obsequio suspendere“, Diöces. Syn. Toul. 1192 c. 4. 5, M. 22, 649.

[13] Darauf kommt es an. Dieser Gesichtspunkt ist in den Ausführungen bei Kober, Arch. f. k. K. R. 21, 12 ff. übersehen, wenn er das Interdikt für die hier fragliche Periode als eine längst in Übung stehende Strafe bezeichnet (Bd. IV. S. 804 n. 10) und blos erst jetzt auf ganze Distrikte, Provinzen und Länder ausgedehnt werden lässt. Was die von ihm angeführten Beweise betrifft, so ist 1. vita Virgilii, Mabillon, acta SS. O. Benedict. saec. III P. II p. 284: „Quo cognito Virgilius episcopus excommunicavit (ecclesiam) et appellavit eam Discordiam et omnibus presbyteris contradixit, ut nemo ibi cantaret missam nec aliud officium dei et ita excommunicata permansit, quousque Virgilius episcopus vixit“, nicht vor 1181 verfasst, also schon deshalb für das 8. Jahrh. nicht beweisend, auch hat es sich um eine Kirche gehandelt, welche unrechtmässig geweiht war, und deren Benutzung deshalb von Virgil verhindert wurde. 2. Aus syn. Cloveshoe 825, Haddan and Stubbs, councils relat. to Great Britain 3, 597, M. 14, 401: „Nec ille solus episcopus his aliisque rebus perplurimis inhonoratus fuisset, sed per easdem supradictas accusationes et discordias tota gens Anglorum VI ferme annorum curricula sua primordiali auctoritate sacraeque baptismatis ministerio privata est“, zu schliessen, dass Erzbischof Wulfad v. Canterbury in Folge seines Streites mit König Coenwulf England mit dem Interdikt belegt habe (so auch Haddan and Stubbs l. c. p. 586 n. 2. u. p. 601) erscheint nicht nur deshalb gewagt, weil keiner der gleichzeitigen Annalisten etwas davon erwähnt (l. c. p. 586 n. a), sondern auch deshalb, weil die Nichtausübung des Taufamtes nicht auf einen Akt des Erzbischofs, sondern auf die Zerrüttung der kirchlichen Verhältnisse zurückgeführt und der Einstellung des Gottesdienstes überhaupt nicht erwähnt wird. 3. Hinkmar v. Laon hat 869, als er wegen verschiedener Gewaltthätigkeiten von Karl d. K. nach Verberie vorgeladen war, für den Fall, dass er dort auf Veranlassung des Königs verhaftet und an seiner Reise nach Rom gehindert werden sollte, (ep. 3 Hincm. Rem. ad Hincm. Laudun., M. 16, 822: „in vindictam iniuriarum tuarum praecepisti“) angeordnet: „ut in commissa

zehnten Jahrhunderts auf[1], und zwar wird es zunächst mit der Exkommunikation von Personen, welche sich eines kirchlichen Vergehens schuldig gemacht haben, in

tibi parochia nemo missam cantaret, nemo communionem sacram perciperet, . . . nemo parvulos etiam mortis urgente periculo baptizaret . . . nemo quemquam ad ultimam poenitentiam vel reconciliationem reciperet vel poscenti ultimo s. communionis viatico subveniret, . . . nemo mortuum in tua parochia sepeliret", und als bald nachher seine Abführung nach Servais erfolgte, noch vorher die bereits befohlene Einstellung aller geistlichen Funktionen in Vollzug setzen lassen; Hinem. Rem. ep. 4 ad cler. Laudun., M. 16, 826: „causa iniuriarum suarum vos ab officio ecclesiastico et omnem parochiam sibi commissam a perceptione et communione vivificorum mysteriorum . . . excommunicavit". Wie Kober S. 13 erklären Hefele, Conc. Gesch. 4, 381; Dümmler, ostfränk. Reich 1, 703; Schrörs, Hinkmar Erzb. v. Rheims. Freiburg i. Bd. 1884, S. 328ff. diese Massregel für ein Interdikt. In der That war sie aber lediglich ein Akt der Reaktion gegen erlittene Unbill, wie solche schon früher vorgekommen sind, Bd. IV. S. 806, nicht die Anwendung eines Strafmittels, da die Geistlichen und Laien der Diöcese Laon sich keines kirchlichen Vergehens schuldig gemacht hatten. Wenn Hinkmar v. Rheims das Verfahren seines Neffen als eine im vorliegenden Fall rechtlich unzulässige Exkommunikation sämmtlicher Geistlichen der Diöcese charakterisirt und auch die Unstatthaftigkeit eines Verbotes der Kindertaufe, der Ertheilung der Busse und des Viatikums an Sterbende, sowie des christlichen Begräbnisses durch ältere Kanonen darzuthun sucht, opuscul. LV capitulor. c. 28—34, Migne patrol. 126, 397; Schrörs S 333 ff., so ist es durchaus unberechtigt (so Kober S. 14) ihm die Anschauung unterzulegen, dass er die Einstellung des Gottesdienstes als an sich zulässig erachtet, und es nur als eine „novitas a saeculo hactenus inaudita" (ep. 2 ad Hinkm. Laudun., M. 16, 813) bezeichnet habe, dass es von seinem Neffen in eigener Sache angewendet worden sei. Noch haltloser erscheint es (Kober S. 15) aus der Ableugnung der Hinkmar von Rheims von dem letzteren vorgeworfenen Thatsache, dass ersterer selbst einmal die Einstellung der gottesdienstlichen Verrichtungen in einer Villa angeordnet habe, schedula expostul. c. 29, Migne 126, 167, zu folgern, dass Hinkmar v. Rheims, wenn er das Interdikt für rechtlich unmöglich gehalten hätte, sich mit einer dahin gehenden Entgegnung hätte vertheidigen müssen und sich nicht mit dem blossen Bestreiten hätte begnügen können. Möglich geworden sind alle diese Annahmen nur wegen der nicht erwiesenen Voraussetzung, dass das Interdikt zur Zeit Hinkmars schon ein gebräuchliches Strafmittel gewesen sei. 4. Die Nachricht bei Wilhelm v. Malmesbury († 1141), M. 18, 111. 113, dass Papst Formosus „dabat excommunicationem et maledictionem regi Edwardo et omnibus subiectis eius pro benedictione quam dederat b. Gregorius genti Anglorum" beweist (so Kober S. 16) ebenfalls nichts für die Androhung eines Interdikts. Formosus ep. ad episc. Angl. 891/96, J. L. n. 3506, M. 18, 114 schreibt nur: „Audito nefandos ritus paganos partibus in vestris repullulasse et vos tenuisse silentium . . . gladio separationis a corpore dei vos (die Bischöfe) ferire deliberavimus;" steht aber von der Verhängung der Exkommunikation ab, fordert vielmehr die Bischöfe zur schleunigen Wiederbesetzung der erledigten Bisthümer und Beachtung der Metropolitanrechte von Canterbury auf, indem er für jeden, welcher diese verletzt, das Anathem androht. 5. Die Diöcesansynode des Erzb. Walter v. Sens c. 14, M. 18, 324, welche von dem Interdikt als einer hergebrachten Einrichtung spricht, gehört nicht dem 10., sondern dem 13. Jahrh. (Erzb. Walter Cornuti 1222—1241) an, Bd. III. S. 588 n. 1.

[1] Epist. Sellae episc. Urgell. universis episcopis circumque ubique commanentibus per quadrifida climata cosmi u. 991, M. 17 app. 17 p. 467 (wegen Inbesitznahme von Kirchen und kirchlichen Abgaben im Comitat Cerdonna und Bergam): „ut ipsos nefandos homines qui animos principum vel comitum ad hoc nefas excitarunt i. e. Arnoldum et Radulfum excommunicare ne differatis necnon et omnes sequaces eorum, simul et ipsas ecclesias omnes cum illorum terminos qui sunt in supradictis comitatibus, ita ut nullus episcopus, nullus presbyter, nullus diaconus, nullus clericus, cuiuscumque sit ordinis, audeat ibi ullum ministerium ecclesiasticum facere vel celebrare usque ad legitimam satisfactionem vel emendationem veniant et ipse episcopatus canonice sit redditus ecclesiae generali cui a deo est attributus et in ††† dicti rei de me Saulane episcopo absolutionem accipiant. Sane ipsam comitissam Ermengards cum filios et filias suas ab hac excommunicatione excludimus et separamus atque sequestramus et volumus atque nostra absolutione firmamus, ut in qualicunqe ecclesia in . . . comitatibus veverint, licitum sit illis ibidem orare et missas audire et divinum officium celebrare; ipsaeque ecclesiae tamdiu sint solutae, quamdiu illi comites et illa comitissa intus perstiterint" (worauf in demselben Brief eine Exkommunikation gegen die vorgenannten Grafen folgt, welcher sich der Bischof v. Ribagorza — später Lerida — anschliesst; dahinter, bei M. l. c. p. 467, die Formel des mit Zustimmung der Bischöfe von Barcelona und Ribagorza, sowie des Domkapitels und der Äbte verhängten Interdikts: „excommunicamus atque alligamus omnem episcopatum Cerdaniensis et Berchitanensis ad patrem et filium et spiritum s. et omnes ecclesias quae in dictos comitatos sunt, tam praecipuas quam suffraganeas", worin im wesentlichen der Inhalt des vorangehenden Briefes wiederholt und dann eine Exkommunikation aller Kleriker und Laien, welche sich bei der Beraubung der Kirche durch Rath und That betheiligt haben, hinzugefügt wird.

Durch diese Urkunden berichtigen sich die mehrfach vorkommenden Angaben, Permaneder K. R. § 339; Richter-Dove-Kahl, K. R. S. 783 n. 1; Friedberg K. R. 2 A. S. 215; Kluckhohn, Gesch. des Gottesfriedens. Leipzig 1857, S. 19, dass das Interdikt erst im 11.

der Weise verbunden, dass es diejenigen Kirchen und Sprengel trifft, welcher sich diese durch ihr Vergehen bemächtigt haben. Schon im 11. Jahrhundert hat man indessen nicht mehr in allen Fällen an einer solchen Beziehung festgehalten [1], ja sogar auch das Interdikt ohne gleichzeitige Exkommunikation allein angedroht [2], und ihm damit

Jahrhundert, insbesondere durch die Synode v. Limoges 1031 (s. folg. Anm.) zur Ausbildung gelangt sei.

Andererseits erzählt der Chronist Ademar v. Angouleme († n. 1029) chron. 994, Bouquet recueil 10, 147: „Saepe idem Alduinus (B. v. Limoges) pro rapina militum et pauperum novam observantiam constituit scil. ecclesias et monasteria cessare a divino cultu et sancto sacrificio et populum quasi paganum a divinis laudibus cessare et hanc observantiam excommunicationem censebat", eine Stelle, welche Kober S. 20 seiner Theorie zu Liebe, sehr gezwungen dahin erklärt, dass das an sich längst gebräuchliche Interdikt in der Diöcese Limoges zum ersten Mal zur Anwendung gebracht sei, während sie von Huberti Gottesfrieden und Landfrieden Ansbach 1892. 1, 215 als das erste Beispiel eines unwidersprochenen Interdikts bezeichnet wird. Wenn Gerbert a. a. O., S. 19 n. 11, mit Bezug auf das Interdikt sagt: „Nam quae concilia vel decreta parvulis baptizari vel fideles in cimiteriis sepeliri vetuerunt?" so deutet dies auch darauf hin, dass das Interdikt noch nicht lange in Übung war. Dagegen beweist auch Aimoinus († 1008), vita Abbon. Floriac., Bouquet 10, 335 nichts, welcher eines Privilegs für den Abt Abbo seitens eines nicht genannten Papstes von etwa 997 gedenkt: „neve unquam quilibet pontificum eidem monasterio divinum interdicat officium, etiamsi tota Gallia ob populi peccati anathematis feriatur vindicta a sede apostolica", denn hiermit kann nur das Privileg Gregors V.. v. 997, Pfister, études sur le règne de Robert le Pieux. Paris 1885 p. LVII, gemeint sein, dahin lautend: „quod si peccatis habitatorum terre exigentibus excommunicationis anathema ad eos pervenerit . . . indulsimus, ut fratres eiusdem congregationis peragant divinum officium, in omnibus absoluti" und hier ist nur von einer General-Exkommunikation der Einwohner, nicht von einem das Land betreffenden Interdikte die Rede, was Sackur, die Cluniacenser. Halle 1892. 1, 293. 294 übersieht. Früher als auf die Mitte des 10. Jahrh. wird man also das Aufkommen des Interdikts nicht zurückdatiren können. Wenn Hefele 4, 636 von der Verhängung eines Interdikts über Rheims und Laon durch die Synode von Senlis 988, M. 19, 96 spricht, so beachtet er nicht, dass von derselben die Einstellung des Gottesdienstes in den dortigen Kathedralen angeordnet ist, „donec reconcilietur utraque", weil sie durch Blutvergiessen bei einem Handgemenge („utramque sacrilegio pollutam") polluirt Bd. IV. S. 328. 330 waren.

[1] So nicht mehr seitens des Konzils v. Limoges 1031, welches gegen die Verletzer eines seitens der Bischöfe erlassenen Friedensgebotes folgende, von Abt Odolricus v. S. Martialis vorgeschlagene Massregeln beschlossen hat, M. 19, 541: „Nisi de pace acquieverint, ligate omnem terram Lemovicens. publica excommunicatione, ut nemo nisi clericus aut peregrinus adveniens aut infans a bimatu et infra in toto Lemovicino sepeliatur nec in alium episcopatum ad sepeliendum portetur. Divinum officium per omnes ecclesias latenter agatur et baptismus tribuatur. Circa horam tertiam signa sonent in ecclesiis omnibus et omnes proni in faciem preces pro tribulatione et pace fundant. Poenitentia et viaticum in exitu mortis tribuatur. Altaria per omnes ecclesias, sicut in parasceve nudentur et cruces et ornamenta abscondantur, quia signum luctus et tristitiae omnibus est. Ad missas tantum quas unusquique sacerdotum ianuis obseratis fecerit, altaria induantur et iterum post missas nudentur. Nemo in ipsa excommunicatione uxorem ducat. Nemo altari osculum det. Nemo clericorum aut laicorum vel habitantium vel transeuntium in toto Lemovicino carnem comedat, neque alios cibos quam illos, quibus in XLma vesci licitum est. Nemo laicorum vel clericorum tondeatur neque radatur, quousque districti principes, capita populorum, per omnia s. obediant concilio." Je nachdem die einzelnen Fürsten sich fügen, sollen die erwähnten Massregeln für ihr Gebiet wieder ausser Kraft treten, „ceterae autem partes Lemovic. terrae quae rebelles principes habeant, in supradicto relinquantur anathemate usque ad dignam correctionem." Falls aber alle maiores potestates zum Gehorsam zurückgekehrt sind und nur einzelne Vasallen oder geringere Machthaber („de privatis militibus sive minoribus principibus") sich dessen noch weigern, wird der Gottesdienst im ganzen Lande wieder aufgenommen, „hi tales ita privatim excommunicentur, ut sint segregati a communione corporis et sanguinis domini, in ecclesiam intrandi nullam habeant licentiam, cum christianis non comedant neque bibant neque ambulent, linum non induant, carnem non comedant, vinum non bibant, non tondeantur, neque radantur, ad nullas orationes proficisci praesumant; si infirmi fuerint, non visitentur a clerico: morientes in ipsa excommunicatione non sint de loco levati, in quo mortui fuerint nec cooperiantur ligno neque petra neque aliqua munitione, substantiam eorum nullus pro animarum eorum in eleemosynam recipiat." Vgl. ferner Klage des Vicegrafen v. Narbonne über den dortigen Erzb. Gaufred auf der Synode zu Toulouse 1056, M. 19, 853: „excommunicavit inclementer atque iniuste me et meam uxorem meosque infantes et omnem nostram terram, tam crudeliter ita ut nullus ibi baptizetur nec communicetur nec sepeliatur;" Alexander II. 1062, J. L. n. 4485, Loewenfeld epist. roman. pontif. p. 41: „ut ipsum Hugonem (welcher einen Bischof gefangen hatte) ab omni divino officio submoveas sibi omnibusque suis ecclesiis que in tua dioecesi sunt, et ecclesiasticum ministerium interdicas."

[2] Alexander II. 1065, J. L. n. 4573. 4574,

— wie dies das gleichzeitige Aufkommen einer eigenen, der noch heute gebräuchlichen Bezeichnung ergiebt[1], — den Charakter eines selbstständigen und besonderen kirchlichen Strafmittels gegeben[2].

Loewenfeld p. 50 (um den König und die Grossen Frankreichs zur Vertreibung eines Eindringlings aus dem Bisthum Chartres zu bewegen): „non solum episcopatus tui (Rheims und Sens), verum etiam suffraganeorum tuorum episcoporum clericis cuiuscumque ordinis omne divinum officium preter baptsimum et consignatinem puerorum interdicere non differas"; Gregor VII. ep. II. 5 (1074, Jaffé, mon. Gregor. p. 116 gegen Philipp I. v. Frankreich an die dortigen Bischöfe): „ab eius vos obsequio atque communione penitus separantes per universam Franciam omne divinum officium publice celebrari interdicite"; Petri Pisan. vita Urban. II., Watterich, vitae roman. pontific. 1, 573: „Tunc (1088) etiam in Gallaecia omnis dioecesis s. Jacobi ab omni est officio excommunicata divino, quia s. Jacobi episcopus in carcere regis depositus est"; Paschal. II. 1111, J. L. n. 6294, Jaffé, mon. Bamberg p. 280.

Allerdings hat sich daneben noch die alte Praxis erhalten, dass gleichzeitig neben der Bedrohung und Bestrafung des Schuldigen mit der Exkommunikation auch das Interdikt über eine Kirche oder solche Bezirke, welche von seinem Vergehen betroffen sind, verhängt wird, Alexander II. 1063, J. L. n. 4563, Loewenfeld p. 44, an Clerus u. Volk v. Gap:, nos Rimbertum invasorem ecclesiae vestrae vinculo excommunicationis innodasse et a communione s. aecclesiae separasse. Insuper etiam in tota parochia vestra omne aecclesiasticum officium praeter baptismum interdicimus, ita ut nec mortuis officium aliquod impendatur, donec de medio vestrum predictum iniquitatis virum eieceritis et alterum dignum et idoneum elegeritis"; Alexander II. 1064, J. L. n. 4548, M. 19, 959: „eundem Rainaldum (Abt) et consentaneos cives anathematizamus ipsumque coenobium, quamdiu in eo manserit, interdicimus"; Poitiers 1078 c. 1, M. 20, 498: „Si vero laici ... ecclesias violenter tenere praesumpserint, ipsi excommunicentur; in ecclesiis vero illis nullum officium fiat, nullus ibi oret, lumen non ponatur, mortuus non sepeliatur, tantum baptismi gratia ibi non negetur, infirmis remedio poenitentiae et communionis subveniatur"; Paschal. II. 1100, J. L. n. 5855, Loewenfeld p. 67.

[1] *Interdicere ecclesiasticum ministerium*, *ecclesiasticum* o. *divinum officium* (Ende des 10. Jahrh. erst vereinzelt vorkommend, s. S. 19 n. 11.) Alex. II. u. Gregor. VII. cit., S. 21 n. 2; Legatenkonzil in Navarra u. 1080, M. 20, 550; Urban II. 1092, J. L. n. 5970, M. 20, 686; Paschalis II. 1111, J. L. n. 6294, Jaffé mon. Bamb. p. 280; Adelbert. I. Mogunt. ep. 1118, ibid. p. 368; Lateran. I 1123 c. 11, M. 21, 284; Calixt. II. 1120, J. L. n. 6807 u. Luc. II. 1144, J. L. n. 8643, M. 21, 214. 618; oder *terra interdicatur*, Nimes 1096 c. 4, M. 20, 935; *interdictio*, Alexander II. 1063, J. L. 4513, M. 19, 974: „ut idem locus sub nullius cuiuscumque episcopi vel sacerdotis deprimatur interdictionis titulo seu excommunicationis vel anathematis vinculo"; Urban II. 1096, J.L.n.5649, v. Pflugk-Harttung acta roman. pont. 3, 19 (vgl. ibid 1, 68); Calixt. II. 1120 J. L. n. 6821 (Lucius II. 1144, J. L. n. 8621) M. 21, 209. 612; Honorius II. 1125, J. L. n. 7202, M. 21, 322. 326; *interdictum*, S. 19 n. 11; Gottesfrieden Erzb. Wilhelms v. Auch 1102, M. 20, 887: „tota terra .... omni interdicto et excommunicationi subiciatur"; Hadrian IV, 1155, J. L. n. 9975, M. 21, 820: „vos et civitatem vestram a debito interdicti absolvimus"; Alexander III. 1180, J. L. n. 13628, v. Pflugk-Harttung 3, 277.

Daneben sind allerdings die früheren Ausdrücke excommunicatio und anathema nicht völlig aus dem Gebrauche verschwunden, s. die vorher für interdictio und interdictum citirten Stellen und Petr. Pisan. cit. S. 21 n. 2; Gregor VII., ep. I. 35 (1073, Jaffé mon. Gregor. p. 54: „Franci generalis anathematis mucrone percussi"); Urban II. 1095, J. L. n. 5584. 5585, M. 20, 695: „ipsum et locum suum excommunicationi subiaceas"; S. Omer 1099 c 5, M. 20, 972: „ab episcopo suo excommunicentur ita ut in omni terra eorum nec omnino nullum fiat divinum officium nisi baptisterium infantis ad succurrendum baptizandi"; Annal. Benevent., Watterich 2, 21: „Paschalis (II. 1100) .. excommunicavit Beneventanam civitatem et permansit ita excommunicata menses 11 dies 21"; Lucius III. J. L. n. 14613, M. 22, 474.

[2] Das zeigt schon Limoges 1031, S. 21 n. 1, welches nicht nur die publica excommunicatio (das Interdikt) und die privata exc. (grossen Bann) scheidet, sondern auch beide Strafen für verschiedene Fälle anwendet; ferner die in S. 20 n. 1 citirte Stelle des dem 11. Jahrh. angehörigen Chronisten Ademar und Poitiers 1078 c. 1, s. S. 21 n. 2 a. E.; vor Allem aber ergiebt es sich aus den Anführungen S. 21 n. 2. Ivo v. Chartres (1090—1116) hält sprachlich excommunicatio und interdictum stets auseinander, ep. 50. 62. 94. 121. 264, Migne patrol. 162, 62. 77. 114. 134. 268 (vgl. auch Kober S. 22) und Innocenz III. (Potthast n. 3164, 1207) X de V. S. V. 40: „quod per eam (censuram ecclesiasticam) non solum interdicti, sed suspensionis et excommunicationis sententia valeat intelligi" stellt das Interdikt als selbstständige Censur der Exkommunikation und Suspension an die Seite. Seitdem lässt sich auch das Interdikt über eine Diöcese von der Exkommunikation aller Diöcesanen unterscheiden. So hat Heinrich von Olmütz 1142 die mährischen Fürsten gebannt und das Interdikt über seine Diöcese verhängt, weil ihn diese an der Ausübung seines bischöflichen Amtes hinderten, dann aber als dieses erfolglos blieb: parochianos suos generaliter sub bannum trusit, annal. Grad. SS. 17, 651, Bernhardi, Konrad III. 1, 286. Wenn trotzdem noch öfters Exkommunikation und Interdikt neben einander und gleichzeitig angewendet werden, s. Anm. 1; Urban II. 1092, J. L. 5470, M. 20, 686 (Androhung der Ex-

Nach dem bisher Angeführten kann es nicht zweifelhaft sein, dass sich das Interdikt aus der Exkommunikation entwickelt hat. Während der gewaltthätigen Zeiten des 10. und 11. Jahrhunderts machte sich vor Allem in Frankreich [1], wo das Königthum mit den grossen Feudalherren und die Kirche mit beiden um die Machtstellung [2] kämpfen, das Bedürfniss nach einem stärkeren Schutz gegen Beraubung des Kirchengutes und gegen Angriffe auf die höhere Geistlichkeit geltend. Kirchlicherseits verschärfte man daher zu diesem Behufe die Exkommunikation, indem man nicht nur dem Schuldigen die kirchliche Gemeinschaft verschliesst, sondern ihm auch objektiv die Möglichkeit entzieht, den gottesdienstlichen Handlungen, zunächst in den von ihm gewaltsam okkupirten Besitzungen, dann auch in seinen eigenen Territorien anzuwohnen [3], um sowohl ihm, wie auch der von dieser Massregel gleichzeitig mitbetroffenen Bevölkerung die Schwere des Vergehens möglichst eindringlich vor die Augen zu stellen [4] und den Schuldigen dadurch zur Umkehr zu bewegen.

Hat sich auch der ursprüngliche Zusammenhang zwischen Exkommunikation und Interdikt schon während des 11. Jahrhunderts gelöst [5], so unterscheidet sich das letztere doch immer von den in den früheren Zeiten angeordneten Einstellungen des Gottesdienstes dadurch [6], dass es stets wegen einer kirchlichen Strafthat verhängt wird und solche Kirchen, Bezirke und Länder trifft, gegen welche sich das zu bestrafende Vergehen gerichtet hat [7] oder welche unter der Herrschaft oder Gewalt des Schuldigen stehen [8], oder solche Orte, an welche das Objekt des Verbrechens gebracht ist [9], oder endlich solche, zu denen der Thäter in kirchlicher oder politischer Beziehung gehört [10].

Das neue, zunächst in die kirchliche Praxis von Frankreich eingeführte Interdikt musste sich in einer Zeit, in welcher das Leben wesentlich von der Kirche beherrscht

kommunikation gegen Philipp I. v. Frankreich und des Interdiktes gegen sein Land); Nimes 1096 c. 5, M. 20, 935: „Quodsi aliquis tyrannus res episcopii (während der Vakanz) aut violaverit, excommunicationi subiaceat et ecclesia illa a divino cesset officio et minores ecclesiae tanquam matri compatiantur quousque digna satisfactio subsequatur"; Auch 1102, M. 20, 887 cit; Lateran. 1123 c. 11. M. 21, 284 cit.; Calixt. II. 1120, J. L. n. 6807, M. 21, 214; Rheims 1148 c. 5., M. 21, 718 (ibid. p. 515 als in London 1136 o. 1138), so lag darin eine Verschärfung der Strafe.

[1] Vgl. Kluckhohn, Gottesfrieden S. 14 ff.

[2] Es ist offenbar kein Zufall, dass die ältesten Fälle des Interdikts, abgesehen von dem S. 20 n. 1, welcher ebenfalls ein französisches Grenzland, Katalonien, betrifft, sämmtlich Frankreich angehören. Das Interdikt ist eine Massregel, welche dem späteren Gottesfrieden — er tritt etwa um 1027 zuerst im südöstlichen Theil Frankreichs auf, Huberti, Gottesfrieden u. Landfrieden 1, 234 ff. 290. 291. 316 — vorangeht. Die Brücke bildet die Sicherung der vorangehenden Friedensvereinigungen der Bischöfe, (gl. Huberti, 1, 121 ff. 212), so der von Limoges 1031, S. 21 n. 1, durch das Interdikt, welches später auch in Frankreich für die Verletzungen einzelner Vorschriften des Gottesfriedens mehrfach angedroht wird, Narbonne 1054 c. 8, M. 19, 829; Rouen 1096 c. 4, M. 20, 924; S. Omer 1099 c. 5, l. c. p. 972; Auch 1102, l. c. 20, 887.

[3] Diesen Zusammenhang zeigt deutlich die Urkunde c. 991, S. 20 n. 1, da nach derselben das Interdikt für diejenigen Kirchen, welche die von der Exkommunikation nicht betroffene Gräfin und ihre Kinder besuchen, auf die Dauer ihrer Anwesenheit in denselben beseitigt wird.

[4] So trifft z. B. Limoges 1031 hinsichtlich des Verhaltens des Volkes Anordnungen, welche wie das Verbot der Ehe, die Auferlegung des Fastens, an die Pflichten erinnern, welche den Büssern oblagen.

[5] S. 21 n. 2.

[6] S. 19 n. 13 u. Bd. IV. S. 804.

[7] So die Kirchen, in welche sich ein Unbefugter als Bischof eingedrängt hat, Alexander II. cit. S. 21 n. 2; ferner solche, welche zuwider dem Investiturverbot von Laien zurückbehalten werden, Legatenkonzil v. Poitiers 1078 c. 1, M. 20, 498.

[8] Vor Allem häufig die Länder derjenigen Herrscher, welche sich den Anforderungen des Papstes nicht fügen, gl. d. Citate S. 21 n. 2.

[9] Wo jemand unter Verletzung des Gottesfriedens gefangen gehalten wird, Rheims 1119, M. 21, 236; wohin die gemachte Beute Lüttich 1166 c. 7, M. 22, 10, oder das geraubte Kirchengut gebracht ist, Toul 1192 c. 1. 2. 5, M. 22, 647.

[10] 1180 hat Alexander III., J. L. n. 13628, v. Pflugk-Harttung acta 3, 275 die Stadt Lucca mit dem Interdikt belegt, weil die Schuld eines Bürgers derselben an einen Römer, für deren Berichtigung die Stadt zu sorgen versprochen hatte, trotz mehrfacher Ermahnungen nicht bezahlt worden war.

war, und der fromme Glaube ohne die äusseren kirchlichen Handlungen keine Befriedigung finden konnte, als ein erfolgreiches Strafmittel erweisen. Schon im Laufe des 11. Jahrhunderts ist häufig davon Gebrauch gemacht worden[1]. Seit der Mitte des Jahrhunderts haben es auch die Päpste angewendet[2] und dadurch hat es sich in der ganzen Kirche als gemeinrechtliche Strafe eingebürgert[3].

Da das Interdikt von einzelnen Bischöfen und Bischofsversammlungen in die kirchliche Praxis als neues Strafmittel eingeführt worden ist[4], so haben diese zunächst bei der Verhängung desselben den Umfang der Einstellung der geistlichen Funktionen des Näheren bestimmt, und daraus erklärt es sich, dass bald alle gottesdienstlichen Funktionen verboten[5], bald dieselben bei verschlossenen Thüren unter Fernhaltung des Volkes erlaubt werden[6], sowie dass dem letzteren bald die Verwaltung aller Sakramente und das Begräbniss vorenthalten[7], bald die Spendung einzelner, wie der Taufe, des Busssakramentes und des Viatikums für Sterbende[8], mitunter wenigstens auch das Begräbniss für Arme[9], gestattet wird. Ja selbst im Beginne und in der

[1] S. die Anmerkungen zu S. 20 ff. Weiter ergiebt sich dies daraus, dass schon im Laufe des Jahrhunderts nicht nur einzelnen Klöstern Privilegien dahin ertheilt worden sind, dass die Mönche trotz eines Interdikts über den betreffenden Bezirk Gebetsgottesdienst halten und an gewissen Festtagen auch Pönitenten die Absolution ertheilen können, Nikolaus II. 1061, J. L. n. 4460 v. Pflugk-Harttung acta 3, 10, sondern auch dahin, dass das Interdikt nur vom Papst oder doch von keinem Bischof ohne Vorwissen des letzteren über das Kloster verhängt werden darf, Clemens II. 1047, J. L. n. 4147, Migne patr. 142, 584: „nulli personae nisi soli Romano pontifici liceat . . aut excommunicare seu interdicere" (Kloster v. Vendome); Alexander II. 1063, S. 22 n. 1; Gregor VII. 1078, v. Pflugk-H. 3, 15; Urban II. 1095. 1096, J. L. n. 5543. 5659, M. 20, 707. 339; Paschalis II. 1100. 1105. 1110, J. L. n. 5849. 6053. 6268, M. 21, 1038. 1058. 1075. Für Süditalien vgl. d. Dipl. des Bischofs v. Pästum v. 1054, cod. Cavensis 7, 212, worin zu Gunsten einer von einer Grundherrin erbauten Kirche der Verzicht ausgesprochen wird: „nec ego nec successores mei neque pars ipsius nostri episcopii haveamus potestatem . . . ipsam ecclesiam aut prebiteros vel clericos, qui per vos in ipsa ecclesia ordinati fuerint, excommunicare vel inde substruere".

[2] S. 21 n. 2.

[3] Schon das erste der allgemeinen Konzilien des Mittelalters, Lateran. I. 1123 verwendet dasselbe als Strafe, c. 11, M. 21, 284: „. . . Eos autem, qui pro Hierosolymitano vel pro Hispano itinere cruces sibi in vestibus posuisse noscuntur et eas dimisisse, cruces iterato assumere, viam ab instanti pascha usque ad sequens proximum pascha perficere apostolica auctoritate praecipimus. Alioquin extunc eos ab ecclesiae introitu sequestramus, in omnibus terris eorum divina officia praeter infantium baptisma et morientium poenitentias interdicimus." Seitdem wird es auch häufig in den Partikularsynoden angedroht, so Rheims c. 4. 18, M. 31, 714. 718, bei Aufnahme von Häresiarchen und Ketzern für die Länder ihrer Begünstiger, sowie bei fortgesetzter Verletzung der Ordensregeln durch Nonnen für die Kirchen derselben; c. 5 ibid. M. 21, 718 (gleich s. g. London 1136 o. 1138, M. 21, 515), bei Gefangenhaltung eines Klerikers für den Ort, an welchem er inhaftirt ist, und für alle Kastelle des Schuldigen; London 1151 c. 1. 7, M. 21, 752, bei Belastung der Kleriker mit Abgaben für die Territorien des Thäters und bei Raub für den Ort, wohin das geraubte Gut gebracht ist.

[4] S. 20 n. 1.

[5] Urgel 991, S. 20 n. 1; Ademari chron. a. 994, S. 20 n. 1; Fulbert v. Chartres ep. 6. 21. 27 (nach 1007 bis n. 1019), Bouquet recueil 10, 447. 454. 457; Poitiers 1078 c. 1, S. 21 n. 2.

[6] Fulberti ep. 6. cit.; Limoges 1031; S. 21 n. 1. Anfänglich kommt dies selten vor. Erst gegen das Ende des 11. Jahrh. wird in päpstlichen Privilegien den Klöstern das Recht gewährt (s. z. B. Urban II. 1095; v. Pflugk-Harttung acta 1, 59): „Nec cellarum vestrarum fratres pro qualibet interdictione vel excommunicatione divinorum officiorum suspensionem patiantur, sed tam monachi ipsi quam et famuli eorum et qui se monasticae professioni devoverunt, clausis ecclesiarum ianuis, non admissis dioecesanis, divinae servitutis officia celebrent et sepulturae debita peragant" (wörtlich auch für Cluny Paschalis II. 1110, J. L. n. 5849, M. 20, 1038.)

[7] Toulouse 1056, S. 21 n. 1. Das muss auch für die Fälle gelten, in denen keine Ausnahmen zugelassen sind. S. Anm. 1.

[8] Limoges 1031 und Poitiers 1078 cit., Taufe von Kindern blos bei Todesgefahr Legatenkonzil für Navarra u. 1080, M. 20, 549; Kindertaufe schlechthin S. Omer 1099 c. 5, S. 22 n. 1; Alexander II. 1063, Loewenfeld p. 44 (Taufe); 1065 ibid. p. 50: „baptismum et consignationem puerorum" (die der Kindertaufe bis zum 13. Jahrh. häufig nachfolgende Firmung, Bd. IV. S. 55 n. 11 u. S. 58 n. 7).

[9] So bei dem von Jvo v. Chartres über die Besitzungen des Grafen v. Vendôme verhängten Interdikt, Goffredi Vindoc. ep. II. 16, Migne patrol. 157, 84: „pauperum corpora sepeliri concessistis".

ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts hat sich noch kein einheitliches Recht in Betreff der näheren Wirkungen des Interdikts festgestellt[1]. Nur in einzelnen Beziehungen hat sich namentlich durch die Anordnungen der Päpste eine feste Praxis gebildet. So wird während dieser Zeit schon in der Regel die Spendung der Taufe[2], sowie des Sakramentes der Busse an Sterbende gestattet[3], und später auch einzelnen Kirchen, Kathedralen, Kollegiatkirchen und Klöstern das Privileg ertheilt, während eines allgemeinen Interdikts bei verschlossenen Thüren Gottesdienst zu halten, von welchem nur Exkommunicirte und Interdicirte ausgeschlossen bleiben sollten[4].

Das Interdikt war darauf berechnet, den Schuldigen durch die Erregung des Unwillens der von der Strafe mitbetroffenen Bevölkerung zur Unterwerfung unter die Gebote der Kirche zu zwingen[5], deswegen widersprach es aber gerade dem Wesen der Strafe, welche begriffsmässig allein den Schuldigen, nicht den Unschuldigen treffen darf[6]. Je häufiger der Gebrauch desselben wurde, je öfter die Päpste in ihren Streitigkeiten mit den Fürsten, bei denen nicht blos die Bestrafung kirchlicher Vergehen, sondern vielmehr die Erweiterung der Macht der Kirche und des Papstthums in Frage stand, das Interdikt als Waffe anwandten[7], desto mehr musste sich die Begriffswidrigkeit und die Ungerechtigkeit einer derartigen Strafe fühlbar machen[8],

[1] Vgl. die Missbilligung eines eigenthümlichen Interdikts durch Paschalis II. u. 1103, ep. ad. clericos, milites et laicos Gallic. eccles., J. L. n. 5459, M. 20, 1029: „vix credere potuimus quod... Eduensis episcopus et archidiaconi eius vel archipresbyteri ... vobis interdixerint Vizeliacense coenobium devotionis gratia adire, ecclesiam introire et ad sepulcrum b. Mariae accedere aut aliquas oblationes supponere. Nova profecto, nova haec est interdictio sacerdotum: cum ad devotionem vocare, non a devotione revocare, sacerdotalis officium debitum videatur. Porro nos interdictum hoc sacerdotali officio resolventes, scire vos volumus, quia sive episcopus seu ministri eius, nisi ab hac praesumptione destiterint, apostolicae sedis indignatione plectantur".

[2] Eine Ausnahme allerdings noch bei dem Interdikt des B. Heinrichs v. Olmütz über seine Diöcese 1142, annal. Grad. SS. 17. 651: „sepulturam et ecclesiasticum officium nec non baptismi sacramentum per totam parochiam suam interdixit".

[3] „Infantum baptisma et morientium poenitentias", Paschalis II. 1100, Loewenfeld p. 67; u. 1106/07, v. Pflugk-H. 1, 89; Calixt II. 1120, J. L. n. 6807; Lateran. I. 1123 c. 11, S. 24 n. 3; c. 11 (Alex. III. 1173/74) X de spons. IV. 1; Lucius III. 1184/85, v. Pflugk-H. 3, 317; Coelest III. 1191, J. L. n. 16765; Innoc. III. 1198 u. 1207, Potthast n. 371. 3167, opp. Migne 1, 320 u. 2, 1208; Lüttich 1166 c. 2, M. 22, 9: „absque baptismate parvulorum et visitatione infirmorum"; der suffragia confessionis et viatici gedenkt Diöces. Statut. Toul 1192 c. 1, M. 22, 647 und Tours 1163 c. 10, M. 21, 1179 (c. 1. Comp. II de imm. eccl. III. 27): „excepto baptismo et confessione et timore mortis communione".

[4] Im Gegensatz zu der früheren, sich noch bei Calixt III. 1120 u. Lucius II. 1144, J. L. n. 6621. 8621, M. 21, 209. 612 findenden Beschränkung, S 24 n. 6, lautet die jetzt übliche Formel, Alexander III. 1174, v. Pflugk-H. 3, 233: „Cum generale interdictum terre fuerit, liceat vobis, clausis ianuis, exclusis excommunicatis et interdictis, non pulsatis campanis, suppressa voce divina officia celebrare"; Alex. III. 1179. J. L. n. 13313; Luc. III. 1183, v. Pflugk-H. 3, 288 u. 1184/85, J. L. n. 15265; Urban III. 1186, v. Pf.-H. 3, 332. 333; Gregor VIII. 1187, l. c. p. 344; Clemens III. 1189, J. L. n. 16415; Innocenz III. 1201, Potthast n. 1247.

[5] Goffridus Vindocin. ep. II. 16 ad Ivo. Carnot., Migne patr. 157, 84: „ut universa plebs quae nostram iniuriam et eius malitiam non ignorat et cui illius iniquitas multum displicet nec maior iustitia displicet, hinc occasione accepta proclamaret in eum et sic quoniam dei amore ab iniusta actione spontaneus non vult desistere, clamore simul et timore hominum desisteret vel invitus".

[6] In der älteren Kirche hatte man sich daher gegen solche Massnahmen erklärt, Augustin ep. 250 (c. 1. §. 1 C. XXIV qu. 1), auch Hincm. Rem. ep. 4 ad cler. Laudun, M. 16, 826, hebt seinem Neffen gegenüber (S. 19 n. 13) diesen Gesichtspunkt hervor.

[7] So z. B. Innocenz II. gegen Frankreich u. 1142 zur Zeit Ludwigs VII. s. chron. Maurimiac. lib. III. Bouquet, recueil 12, 87; Alexander III. gegen Schottland 1180, J. L. n. 13710; Reuter Gesch. Alexander III. 3, 485; Innocenz III. gegen Frankreich 1199, Potthast n. 361 und gegen England 1207, P. n. 3168; Hurter Gesch. Innocenz III. 2 A. 1, 383 u. 2, 131.

[8] Gerhoh v. Reichersperg u. 1140, Ried cod. dipl. episc. Ratisbon. Ratisbon. 1816. 1, 216: „... non totus populus (iudicio) involvatur, sed innocens a nocente, iustus ab iniusto iuste discernatur... Non est autem credibile, omnes cives Ratisponeses ita decipere, ut se manifeste opponant iustitiae, unde consulendum est domino episcopo (der Regensburg mit dem Interdikt belegt hatte), ne involvat iustum cum impio". Gratian, welcher nicht speziell vom Interdikt handelt, hebt allerdings hervor, indem er die alttestamentlichen Stellen bespricht, nach welchen die Sünden

ja auch selbst den Klerus und die Kirche treffen, nicht nur, weil die Verhängung desselben vielfach Gewaltthätigkeiten der Fürsten und Grossen gegen die Geistlichkeit hervorrief[1], und dadurch die Einkünfte der letzteren geschmälert wurden[2], sondern auch, weil die Kirche selbst durch das Interdikt das Volk der religiösen Verwilderung preisgab[3].

Schon seit dem Ende des 12. und seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts sah sich daher die Kirche genöthigt, weitere, über die bisher üblichen hinausgehende Milderungen eintreten zu lassen. So wird 1200[4] ausser der Kindertaufe und dem Busssakramente für Sterbende die Abhaltung von Predigten vor der Kirche zu gewissen Zeiten[5], die Spendung des Viatikums an Sterbende[6], sowie die Entgegennahme

einzelner an anderen Unschuldigen heimgesucht werden, dict. zu C. XXIV qu. 3 u. zu c. 9 ibid., dass der Unschuldige nicht mit dem Schuldigen exkommunicirt werden dürfe, erklärt aber nicht (so Kober S. 34), dass die Exkommunikation die einzige Strafe sei, welche nie Unschuldige treffen könne.

[1] In Folge der Verhängung des Interdikts gegen Frankreich wurden die dem Papst gehorsamen Prälaten und Kleriker ihrer Güter beraubt und aus dem Lande getrieben, Innoc. III. gesta c. 53, opp. Migne 1, XCIX; Rigordus de gest. Phil. Aug. reg. u. Radulph. Coggeshal. chron. bei Bouquet 17, 51 u. 18, 91; in Genua während eines Interdikts von der Stadt die Einkünfte der vakanten Pfründen eingezogen, Innoc. III. ep. V. 123 v. 1202, Potthast n. 1780, Migne opp. 1, 1125. Vgl. Kober S. 31. 32.

[2] So klagen die spanischen Bischöfe 1199, dass wegen des Interdikts: „cum clerici laicis spiritualia ministrare non possent, laici clericis temporalia subtrahebant, oblationes, primitias detinentes", Innoc. III. ep. II. 75, P. n. 716, Migne 1, 612 (c. 20 X de donat. int. v. IV. 20); Embrün 1267 c. 4, M. 23, 1184 schreibt vor, dass Laien, welche während eines Interdikts die Nichtentrichtung der Zehnten und Oblationen befehlen und die letztwillige Bedenkung der Kirche verbieten oder faktisch diese so schädigen, der exc. latae sententiae verfallen sollen.

[3] Innoc. III. ep. XIII. 43 v. 1210, P. n. 3962, Migne 3, 250: „propter divinorum subtractionem quidem indevotiores effecti amplius duruerunt et sectatores haereticae pravitatis falsa sui erroris dogmata liberiori fronte proponunt"; vgl. auch Innoc. III. ep. II. 75 cit. (vor. Anm.); Ravenna 1314 c. 19, M. 25, 549, u. Kober S. 37 ff.

[4] Bei der Verkündigung des 1199 gegen Frankreich angedrohten Interdikts, M. 22, 710; Hefele 5, 798 n. 2: „Omnes ecclesiae sint clausae nec aliquis admittatur in eis nisi ad parvulos baptizandos nec aliquotenus nisi pro luminaribus accendendis vel quando sacerdos accipiat eucharistiam et aquam benedictam ad opus infirmorum. Sustinemus missam semel in hebdomade celebrari in die Veneris summo mane pro eucharistia ad opus infirmorum admisso uno solo clerico, qui sacerdoti ministrat. Praedicent sacerdotes diebus dominicis in atriis et loco missae disseminent verbum dei. Horas canonicas dicant extra ecclesias, non audientibus laicis; si dicant epistolam vel evangelium, caveant, ne audiantur a laicis nec in cimiterio supra terram vel infra permittant corpus sepeliri. Dicant praeterea laicis quod ipsi graviter peccant et excedunt tumulando corpora in terris(a) etiam non benedicta, alienum sibi officium in hac parte usurpando. Prohibeant parochianis suis intrare ecclesias apertas in terra domini regis (welche dieser nicht zu schliessen gestattete), non benedicant peras peregrinorum nisi extra ecclesiam. In septimana poenosa (Charwoche) non celebrent, sed usque in diem paschae celebrare differant, et tunc celebrent private, nullo admisso nisi uno clerico, ... nec communicet aliquis etiam in pascha, nisi infirmus in periculo mortis. In eadem septimana vel in ramis palmarum parochianis praedicent, ut die paschae mane conveniant ante ecclesiam et dabitur eis licentia comedendi carnes, panem benedictum diei. Firmiter prohibentur, mulieres in ecclesia ad purificationem ne admittant, sed eas moneant, ut die purificationis congregatis vicinis suis orent extra ecclesiam, nec intrent ecclesiam mulieres; quae purificandae erant, etiam ad levandos de sacro fonte parvulos baptizandos, donec post interdictum intromittantur per sacerdotem. Omni petenti dent poenitentias in porticu ecclesiae; si tamen ecclesia non habuerit porticum, sustinemus, ut in limine proximioris portae ecclesiae, quae pro intemperie aëris et pluviae aperiri poterit et non aliter dent poenitentias, omnibus exclusis praeter illum et illam, quae confitebitur, ita quod sacerdos et confitens possit audiri ab illis qui fuerint extra ecclesiam. Si tamen serenum fuerit tempus, dentur poenitentiae ante ianuas ecclesiae clausae. Non ponantur extra ecclesiam vasa cum aqua benedicta nec clerici ferant aquam benedictam, cum omnia sacramenta ecclesiastica praeter ista duo quae excepta sunt, constet esse prohibitum. Extremam unctionem quae maximum est sacramentum, non licet dare".

[5] Sonntags s. vor. Anm., nach dem Interdikt über England, Martène thes. nov. anecdot. 1, 812 auch an den Fasttagen bei einem Kreuz im Orte oder auf dem Kirchhof, nach c. 43 (Innocenz III. 1209, Potth. n. 3666) X de sent. exc. V. 39, einmal in der Woche.

[6] Denn die beiden Sakramente, welche das Interdikt, s. Anm. 4 erwähnt, können nur die Taufe und das Viaticum sein, da von dem Eintritt des Priesters in die Kirche um die Eucharistie für die Kranken zu holen, die Rede ist und die letzte Ölung besonders ausgeschlossen wird.

der Beichte, um die Auferlegung der Busse zu ermöglichen[1] gestattet. Später hat Innocenz III. auch die Ertheilung des Sakraments der Firmung[2], die Gewährung eines stillen Begräbnisses an Kleriker[3], die Spendung des Busssakramentes an Kreuzfahrer und Fremdlinge[4] und das leise Recitiren (nicht Singen) der Horen bei verschlossenen Kirchthüren[5] zugelassen, sowie auf dem Lateran-Konzil v. 1215 in Erweiterung der schon früher gewährten Privilegien[6] allen Bischöfen das Recht ertheilt, während eines allgemeinen Interdikts bei verschlossenen Thüren unter Fernhaltung aller Exkommunicirten und Interdicirten Gottesdienst zu halten[7] — eine Vergünstigung, welche Gregor IX. auf alle anderen Kirchen in der Art ausgedehnt hat, dass in diesen einmal in der Woche seitens der Priester, um die für das Viatikum erforderliche Eucharistie zu bereiten, Messe gelesen werden durfte[8]. Endlich hat das gedachte Lateran-Konzil, ebenfalls in Anhalt an frühere Privilegien[9] gestattet, dass für die zum Kollektiren ausgesendeten Religiosen eines privilegirten Mönchsordens[10] an dem Orte ihres jeweiligen Aufenthaltes eine Kirche zur Abhaltung des Gottesdienstes für das Volk (unter Ausschluss der Exkommunicirten) geöffnet werden könne[11].

Wenn diese Milderungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ursprünglich nur für spezielle Fälle nachgelassen wurden, so haben dieselben doch später durch Aufnahme der betreffenden päpstlichen Anordnungen in die Sammlung Gregors IX. allgemeine Gültigkeit für die Kirche erlangt[12], und dadurch hat das Interdikt gemeinrechtlich einen ein für alle Mal festbestimmten Inhalt erhalten. Aber immerhin war

Ebenso Kober S. 40 n. 2. Auch die das englische Interdikt betreffenden Anweisungen bei Martène l. c. 1, 813 sprechen von denjenigen, welchen es erlaubt ist, die Eucharistie zu nehmen. Allerdings erscheint dann die Spendung des Busssakraments an die Sterbenden unter dem Viatikum mitinbegriffen. Vgl. auch c. 11 (Innoc. III.) X. de poenit. III. 38: „In illo enim verbo per quod poenitentiam morientibus non negamus, viaticum etiam, quod vere poenitentibus exhibetur, intelligi volumus, ut nec ipsum etiam decedentibus negetur".

[1] Ausserdem noch einige Segnungen, wie die des Pilgergewandes und des Brodes.

[2] c. 43 X. V. 39 cit. Vereinzelt war dies auch schon früher erlaubt worden, S. 21 n. 2 u. S. 24 n. 8.

[3] c. 11 (Innocenz III.) X de poenit. III. 38; Innocenz III. 1203, Potth. n. 1862. Nach dem englischen Interdikt können die Leichen der Laien ausserhalb des Kirchhofs begraben, die der Kleriker in Behältnissen auf der Kirchhofsmauer beigesetzt werden, Martène l. c. 1, 813.

[4] c. 11 X cit.

[5] c. 11 X cit.

[6] S. 25 n. 3 u. Innocenz III. 1198, Potth. n. 328.

[7] c. 58 (c. 25 X de priv. V. 33).

[8] c. 57 (P. n. 9688) X de sent. exc. V. 39.

[9] c. 7 (Alex III., J. L. n. 13962) Comp. I. de privil. V. 28.

[10] Wie z. B. der Johanniter und Templer, c. 3 §. 3 (Later. III. 1179) X de priv. V. 33.

[11] c. 57 cit. (c. 24 X de priv. V. 33).

Übrigens hat man auch zeitweise Milderungen bei dem schon verhängten Interdikte eintreten lassen, so Innocenz III. 1199 hinsichtlich des über das Königreich Leon ausgesprochenen, P. n. 716 (c. 5 X de donat. int. vir. IV. 20) oder dasselbe auch für eine bestimmte Zeit (wie Honorius III. das Interdikt gegen Cremona 1226, Winkelmann, Friedrich II. 1, 272) suspendirt; s. weiter auch Potth. n. 25072 (Bonifaz VIII. a. 1301).

Nicht minder ist von einzelnen Bischöfen das Interdikt mit Einschränkung seines regelmässigen Umfanges verhängt worden, so von Mauritius v. Rouen (1231—1235), Dachery, spicileg. 3, 615: „Itaque nullum ibi divinum officium celebretur, nullum ibi ministretur eucharisticum sacramentum praeter baptisma parvulorum et poenitentias morientium. In qualibet tamen parochiali ecclesia permittimus, ut sacerdotes semel in hebdomada ianuis clausis exclusis interdictis diebus non festis et voce submissa legant populo introitum, epistolam, evangelium et dent populo panem benedictum et eis mandata ecclesiastica exponant". Auch das Prov. Conc. v. Trier 1238 c. 2 lässt bei einem Interdikt, welches deshalb über einen Ort verhängt ist, weil dort geraubtes Kirchengut hingebracht oder hin verkauft ist, das Begräbniss des Parochianen in atrio ecclesiae cum sola tantum commendatione, nur nicht für die praedones, emtores, receptatores et fautores desselben zu.

Eine Verschärfung dagegen ist es, wenn das cit. Konzil c. 4 bestimmt: „Si locus interdictus fuerit propter excessum domini, eiusdem loci homines non admittantur ad divina in locis tam vicinis quam externis, ne rumpi possit nervus disciplinae ecclesiasticae".

[12] S. d. Anführungen in den vorhergehenden Anmerkungen.

damit die Ungerechtigkeit des Interdikts nicht beseitigt, sondern nur eine Beschränkung seiner früheren Wirkungen herbeigeführt. Es kann daher nicht befremden, dass die Päpste noch fortdauernd und zwar in weiterem Umfange als früher[1] besondere Vergünstigungen, welche die Härte des Strafmittels in einzelnen Fällen entweder ganz beseitigen oder erheblich abschwächen sollten, gewährt haben. Neben den zahlreichen Privilegien für einzelne Klöster, andere kirchliche Institute, ganze Orden oder für die Geistlichkeit bestimmter Diöcesen auf Feier des Gottesdienstes bei verschlossenen Thüren[2] sind solche an Orden dahin ertheilt worden, dass sie an gewissen Festtagen öffentlich unter Zulassung des Volkes (blos unter Ausschluss der Exkommunicirten) bei offenen Thüren feierlichen Gottesdienst halten[3], an Fürsten, Bischöfe und Orden darauf, dass ihre Länder oder Kirchen nicht ohne päpstliche Genehmigung[4], an Fürsten, Städte, Ordensniederlassungen und Kapitel dahin, dass sie nur beim Vorliegen einer klaren und gerechtfertigten Ursache interdicirt werden durften[5], weiter an Fürsten und Vornehme auf Feier des Gottesdienstes in ihren Kapellen[6], sodann darauf, dass der Zutritt zu dem Gottesdienst während des Interdikts fürstlichen und vornehmen Personen[7], Dienern der Klöster und Orden[8], sowie den Angehörigen fremder Orden nachgelassen wird[9], endlich auch dahin, dass während des Interdikts gewissen Personen das Busssakrament[10] und die letzte Ölung[11] gespendet, sowie ein christliches Begräbniss gewährt werden darf[12].

[1] S. 25 n. 4.

[2] Cölestin III. 1192, J. L. n. 16854 (Kapitel zu Rouen); Innocenz III. (zw. 1202 u. 1215) Potth. n. 1571. 2675. 2679. 4211. 4984; Honorius III. (zw. 1217 u. 1225) P. n. 5519. 6800 (7334. 7344 Dominikaner). 7329. 7440 (Domcapitel zu Havelberg); Gregor IX. (zw. 1228 u. 1233) 8127 (Dominikaner). 8207. 9119 (Franziskaner). 8636 (Kapitel zu Parma); Innocenz IV. (zw. 1243 u. 1254) 11180. 11994 (Franziskaner). 11693 (B. u. Kapitel v. Speyer). 11969 (Hospital zu Florenz). 12063. 12628 (Kapitel zu Gran). 12676 (Leprosenhaus). 12698. 12934. 13192. 13194. 13204. 13247. 13268 13321. 13914 (Geistlichkeit der Stadt und Diöcese Regensburg). 13935. 14021 (Kapitel zu Augsburg). 14068 (Carmeliter). 17092. 17795 (Dominikaner). 17715; Urban IV. (1282) P. n. 21876; Honorius IV. (1285) P. n. 22287 (Dominikaner). 22320; Nikolaus IV. (1290) P. n. 23205; Bonifaz VIII. (1296 u. 1303) P. n. 24295. 25223 a.

[3] Alexander IV. (1255) P. n. 15961.

[4] Clemens III. 1188 u. Cölestin III. 1192, J. L. n. 16173. 16836 (Schottland); Innocenz III. 1214. P. n. 4911 (England); Gregor IX. 1232 P. n. 8991 (Ungarn). 1236, P. n. 10260. 10261 (Frankreich); Alexander IV. 1255. 1256, P. n. 15822. 16030. 16313 (Frankreich); Urban IV. 1264, P. n. 18762 (Dänemark); Nikolaus IV. 1290 (Österreich) Kaltenbrunner, Aktenstücke z. Gesch. 1. deutsch. Reichs. Wien 1889 S. 379. — Bisthum Rheims Innocenz IV. 1246, P. n. 12156. — Johanniter Alexander III. J. L. n. 13745 (c. 7 Comp. 1 de privil. V. 28).

[5] Innocenz III. ep. VI. 42 v. 1203, P. n. 1883 (Landgraf v. Thüringen); Innocenz III. 1211 P. n. 4256 (Laon); Urban III. 1187, J. L. n. 15960 u. Cölestin III. 1193, J. L. n. 16989 (Kapitel v. Genua).

[6] Innocenz III. 1215, P. n. 5143 (Balduin v. Constantinopel); Innocenz IV. 1248, P. n. 12960 (Otto von Braunschweig); Urban IV. 1164, P. n. 18762 (K. Erich von Dänemark); Nikolaus IV. 1291 u. 1296, P. n. 23868. 24276 (Graf v. Geldern u. Herzog v. Schleswig), vgl. auch Kaltenbrunner a. a. O. S. 380. 417 (1290, römische Königin), S. 540 (Benedikt XI. 1304, ebenso), S. 558 (Clemens V. 1306 Gräfin v. Jülich).

[7] Während in früherer Zeit solche Privilegien selten ertheilt sind (s. aber Anastasius IV. 1154, J. L. n. 9860, von Pflugk-H. 3, 156), kommen sie jetzt viel öfter vor, s. Honorius III. 1218, Pressutti, regesti del pontef. Onorio III. Roma 1884 n. 1187. 1500; Gregor IX. 1232 u. 1235, Potth. n. 8992. 9921; Innocenz IV. 1245 u. 1246, P. n. 11664. 12153; Alexander IV. 1255, P. n. 16027; Martin IV. 1282, P. n. 21936; Honorius IV. 1286, P. n. 22423; Bonifacius VIII. 1296, P. n. 24374; Benedikt XI. 1304, P. n. 25382.

[8] Gregor IX. 1227, P. n. 8055; Innocenz IV. 1247, P. n. 12397 (Dominikaner), n. 15393; Alexander IV. 1255, P. n. 15906 (Franziskaner); Nikolaus IV. 1291. P. n. 23652.

[9] Wenn sie an interdicirten Orten, wo Gottesdienst in beschränkter Weise gefeiert werden darf, anwesend sind, Honorius III. 1225 (fratres de Poenitentia) P. n. 7503 (n. 8697a, Gregor IX. 1231); Gregor IX. 1227. P. n. 7921 (Humiliaten).

[10] Gregor IX. 1227, P. n. 7921 (Humiliaten); Clemens IV. 1267, P. n. 20060 (Dominikaner, Honorius IV. 1285, P. n. 22287).

[11] Clemens IV. n. 20060 cit.

[12] Honorius IV. 1235. P. n. 7503 (Humiliaten); Gregor IX. 1231, P. n. 8697a (fratres de Poenitentia); Innocenz IV. 1255, P. n. 13189 (Cister-

Im Laufe der Zeit waren diese Privilegien so zahlreich geworden, dass sich Bonifaz VIII.[1] veranlasst fand, allgemeine Bestimmungen über den Umfang der verschiedenen Arten derselben zu erlassen und ein für alle Mal die Wirkungen jedes über einen Distrikt oder einen Ort[2] verhängten Interdikts in der Weise zu mildern[3], dass das Sakrament der Busse allen, auch den gesunden, gespendet[4], weiter in allen Kirchen und Klöstern die Messe und der Gottesdienst täglich, wie vor dem Interdikt[5], aber bei verschlossenen Thüren und unter Ausschluss des Volkes[6] abgehalten, ja an bestimmten hohen Festtagen[7] unter Zulassung des letzteren der Gottesdienst öffentlich nach vorgängigem Glockengeläut laut und bei offenen Thüren gefeiert werden durfte[8]. —

Wie die obige Darstellung ergiebt, ist das Interdikt bald über grössere und

cienser); Alexander IV. 1255, P. n. 15944 (Kloster zu Auxerre allen, welche das Begräbniss dort letztwillig gewählt haben) u. 1258, P. n. 17160.

[1] c. 11 in VI de poenit. V. 7: „Licet vobis concessum exsistat, ut interdicti tempore ianuis clausis, excommunicatis et interdictis exclusis voce divina celebrare possitis (s. S. 28 n. 2), ad ea tamen aliquos, etiamsi aliunde venerint, nisi super hoc privilegiati existant (S. 28 n. 7 ff.) recipere nulla ratione debetis. Quum conceditur singulari personae, ut modo praemisso tempore interdicti celebrare valeat vel audire divina (S. 28 n. 6), eius familiares domestici ad audiendum cum ea et celebrandum sibi divinum officium admittantur. Non sic autem in familiaribus alicuius conventus seu collegii est censendum. Illi enim, nisi privilegiati fuerint (S. 28 n. 8) admitti non debent. Huiusmodi quoque concessione gaudere non potest, cuius causa seu culpa, dolo vel fraude fuit sententia interdicti prolata seu qui ad perpetrandum delictum, cuius occasione lata existit, praebuit auxilium vel favorem".

[2] c. 24 (1298, P. n. 24633 u. 24688) in VI de sent. excomm. V. 11 („in terris seu locis ecclesiastico suppositis interdicto"), also des nicht blos eine oder einzelne Kirchen treffenden, Kober S. 321.

[3] c. 24 in c. VI. V. 11 cit.: „quod tempore interdicti ab homine vel a iure prolati (1) non tantummodo morientes, sed etiam viventes tam sani etiam quam infirmi ad poenitentiam . . . licite admittantur, dum tamen excommunicati non fuerint, quos admitti praeterquam in articulo mortis volumus ad eandem. Illis etiam propter quorum culpam, dolum vel fraudem lata est sententia interdicti vel qui ad perpetrandum delictum, cuius occasione interdictum est latum praebuerunt auxilium, consilium vel favorem, nisi de ipso delicto (si sint tales, quod id facere valeant), prius satisfecerint vel de satisfaciendo idoneam dederint cautionem aut si satisfacere nequeunt vel huiusmodi cautionem praestare iuraverint, quod, quum poterunt, satisfacient et ad satisfactionem huiusmodi per eum vel per eos qui facere ipsam debent et possunt, praestandam, dabunt consilium et auxilium se iuxta posse suum fideliter laborabunt, non est poenitentiae beneficium aliquatenus concedendum. Nec tunc etiam quoad istos vel alios, qui circa hoc mimine deliquerunt (ubi civitas vel locus seu universitas interdicti existunt) facienda est relaxatio interdicti, sed est eis solummodo iniungenda poenitentia salutaris. (2) Adiicimus praeterea, singulis diebus in ecclesiis et monasteriis missae celebrentur et alia dicantur divina officia, sicut prius, submissa tamen voce et ianuis clausis excommunicatis et interdictis exclusis et campanis etiam non pulsatis. (3) Et tam canonici quam clerici ecclesiarum, in quibus distributiones quotidianae illis qui horis intersunt canonicis, tribuuntur, si ad officia non venerint supradicta, distributiones easdam amittant, sicut interdicto perderent non extante, si divinis officiis non adessent. (4) In festivitatibus vero natalis domini, paschae ac pentecostes et assumptionis virginis gloriosae campanae pulsentur et ianuis apertis alta voce divina officia solenniter celebrentur, excommunicatis exclusis, sed interdictis admissis, quibus ob reverentiam dictarum solennitatum et ut ipsi ad humilitatis gratiam et reconciliationis affectum facilius inclinentur, praefatis diebus participationem permittimus divinorum, sic tamen, quod illi, propter quorum excessum interdictum huiusmodi est prolatum, altari nullatenus appropinquent. Ceteris quae circa observationem interdictorum a nostris sunt praedecessoribus instituta, in suo robore duraturis, non obstantibus quibusvis privilegiis ecclesiis, monasteriis, ordinibus, religionibus seu personis ecclesiasticis, saecularibus vel regularibus, exemptis, et non exemptis, sub quavis forma et expressione verborum ab apostolica sede concessis, quae contra tenorem praesentis constitutionis nullis volumus suffragari, quum quibuslibet tam saecularibus quam regularibus sufficere debeat, ut tempore interdicti modo praemisso diebus celebrent supradictis".

[4] Mit Ausnahme der Exkommunicirten, derjenigen, wegen deren Vergehen das Interdikt verhängt ist, und der Theilnehmer, Anstifter und Begünstiger derselben, vor. Anm. unter (1).

[5] Also auch der Chordienst, s. c. 24 cit. (3), Kober S. 318.

[6] Kober S. 309. 310.

[7] c. 24 cit. (4).

[8] An diesem konnten sogar diejenigen, wegen deren Vergehen das Interdikt verhängt war, theilnehmen, nur durften sie sich nicht dem Altar nähern.

kleinere politische oder kommunale[1] oder auch kirchliche Bezirke, bald aber auch blos über einzelne Kirchen[2], ja auch über blosse Altäre[3] verhängt werden. Mit Rücksicht hierauf hat man schon seit dem Ende des 12. Jahrhunderts zwischen dem allgemeinen (*interdictum generale*) und dem besonderen oder lokalen Interdikt (*i. particulare*) unterschieden[4].

Wenn die neuere Doktrin annimmt, dass sich neben dem bisher besprochenen Interdikt ein s. g. Personal-Interdikt als besondere Abart des ersteren dahin entwickelt hat, dass einzelne Personen oder Personenklassen, wie der Klerus oder die Kanoniker einer Kirche, die Bevölkerung eines Ortes oder die Bürger einer Stadt, von der Theilnahme am Gottesdienst und von dem Empfange der Sakramente, die Kleriker von der Abhaltung des ersteren und von der Spendung der letzteren, alle endlich vom kirchlichen Begräbnisse ausgeschlossen worden seien[5], so ist es allerdings richtig, dass man für diese Strafe seit dem 11. Jahrhundert, insbesondere dann, wenn mit ihrer Verhängung gleichzeitig ein Lokal-Interdikt verbunden war[6], später wenn eine Personengesammtheit von ihr betroffen wird[7], den Ausdruck: Interdikt gebraucht hat, und dass in dem letzteren Falle eine ähnliche Erscheinung

Auch partikularrechtlich hat man nach anderen Richtungen Milderungen eintreten lassen, so Köln 1324, M. 25, 735, nach welchem bei Misshandlungen von Geistlichen das Interdikt nicht mehr über alle Pfarreien der Stadt, sondern zunächst blos über diejenige, in welcher die That geschehen war, eintreten, in den übrigen aber, falls nicht Bürgermeister und Rath bei dem Frevel betheiligt waren, auf 14 Tag suspendirt bleiben sollte, vgl. Hefele, Con. Gesch. 6, 616. 617; Avignon 1337 c. 68, nach welchem auch ein Interdikt latae sententiae nicht vor ausdrücklicher Anweisung des Ordinarius oder seines Offizials zur Ausführung gebracht werden soll.

Andererseits kommen auch in einzelnen Fällen Verschärfungen vor, so bedroht Ravenna 1311 c. 26, den Verkehr mit der wegen Vertreibung ihres Bischofs interdicirten Stadt und Aufnahme der Angehörigen derselben mit der öffentlich zu verkündenden interdictio ingressus ecclesiae und das Gewähren von Hülfe an die Stadt oder ihre Bürger mit der excommunicatio ipso facto.

[1] c. 5 (Innocenz III.) X de consuet. I. 4; c. 20 (id.) X de privil. V. 33.

[2] c. 1 (Alexander III.) X de appell. II. 28; c. 2 (Coelest. III.) X de his quae fiunt III. 11; Innocenz III. ep. IX. 49 v. 1206, P. n. 2748, Migne opp. 2, 806. Vgl. auch hierzu die Anmerkungen zu S. 23 ff.

[3] Willelm abb. Divion. ep. ad Odil. Clun. (1027), Bouquet 10, 505: .. „et omnia altaria quae in suo episcopatu habemus, excommunicando".

[4] c. 17 (Innocenz III. 1199) X de V. S. V. 40: „apud vos accepimus in dubium revocari, quum illi, qui ab ecclesia Romana decorari privilegio meruerunt, videlicet, ut quum generale interdictum terrae fuerit, liceat eis, ianuis clausis, non pulsatis campanis, exclusis excommunicatis et interdictis suppressa voce divina officia celebrare, interdicto particulari se asserant non arctari, dicentes [illud] interdictum generale dumtaxat, quum regnum vel saltem provincia tota subiicitur interdicto .... Quum autem in privilegiis de regno vel provincia vel expresse dicatur, nomine terrae non solum regnum vel provinciam intelligi volumus, verum etiam villam et castrum, ut et hic locum habeat, quod de generali dicitur interdicto".

Die Unterscheidung zwischen dem interdictum totale, welches alle Wirkungen, und des partiale, welches nur einzelne umfasst, S. 27 n. 11, ist dem Recht der Dekretalen fremd, denn die darauf bezüglichen Stellen (die hierher gehörigen in c. 5 X IV. 20 cit., a. a. O., sind partes decisae) haben in die offiziellen Dekretalensammlungen keine Aufnahme gefunden. Kober S. 304.

[5] Kober a. a. O. S. 292. 297, welcher nur in seiner dogmatischen Darstellung Stellen aus der Zeit seit dem 11. Jahrh. anführt, in der geschichtlichen aber das Personal-Interdikt gar nicht berührt.

[6] Gregor. VII. ep. VII. 16, Jaffé, mon. Gregor. p. 407: „omne divinum officium omnibus canonicis de castro s. Pauli ... interdicimus et ipsis et locis eorum"; Clem. III. 1188; J. L. n. 16125, M. 22, 547: „in regnum suae celsitudinis (des Königs v. Schottland) et personam suam et omnes fautores regios nuntietis interdicti sententiam"; jedoch nicht ausschliesslich, denn die Bezeichnung kommt auch allein vor, s. S. 15 n. 4 u. S. 25 n. 4.

[7] c. 16 (Bonifaz. VIII.) in VI de sent. excomm. V. 11: „Si sententia interdicti proferatur in clerum, non intelligitur, nisi aliud sit expressum, in ea interdictus populus et e converso"; namentlich c. 1 (Lyon 1274 c. 26) in VI de usur. V. 5, welches die Vermiethung oder Überlassung von Wohnhäusern an fremde Wucherer zur Betreibung ihrer Geschäfte mit folgenden Strafen bedroht: patriarchae, archiepiscopi, episcopi suspensionis, minores vero personae (sc. ecclesiasticae) singulares excommunicationis, si autem collegium seu alia universitas, interdicti sententiam ipso facto se noverint incursuros.

wie bei dem Lokal-Interdikt, nämlich die Einstellung des gottesdienstlichen Funktionen für eine grosse Anzahl von Personen eintreten konnte. Indessen ist das Personal-Interdikt historisch nicht aus dem lokalen erwachsen, und erscheint auch begrifflich von demselben verschieden. Dasselbe reicht bis in das 4. Jahrhundert zurück[1] und berührt gerade die kirchlichen Mitgliedschaftsrechte der einzelnen, mit der Strafe belegten Personen, indem es ihnen die Ausübung derselben entzieht, während das örtliche diese Rechte an sich nicht suspendirt und die Ausübung der letzteren nur wegen des objektiv durch Einstellung aller gottesdienstlichen Funktionen geschaffenen Hindernisses unmöglich macht[2].

Dagegen stellt sich das s. g. *interdictum ambulatorium* oder *mixtum*, welches seit dem 12. Jahrhundert in der kirchlichen Praxis erscheint[3], als eine Abart des Interdikts im eigentlichen Sinne dar. Seine Eigenthümlichkeit besteht darin, dass es jeden Ort trifft, welchen eine Person betritt, aber nur auf so lange, als die letztere sich dort aufhält[4]. Es hat also dieselbe Wirkung, wie das örtliche Interdikt, nur ist bei demselben der Ort, für welchen die Einstellung der gottesdienstlichen Funktionen erfolgt, nicht ein für alle Mal, sondern durch den jeweiligen Aufenthalt der Person bestimmt[5]. Da die Strafthat der letzteren in erster Linie geahndet werden soll, und der

[1] Denn es ist weiter nichts als die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, s. des Näheren a. S. 14.

[2] Daher können die Einwohner des mit dem Lokal-Interdikt belegten Bezirks ausserhalb desselben am Gottesdienst theilnehmen und die Sakramente gespendet erhalten, während dies für die von dem Personal-Interdikt betroffenen Personen an keinem Ort möglich ist, S. 15 n. 4.

[3] Möglicherweise schon im Rheimser Gottesfriedensstatut Calixts II v. 1119, M. 21, 237: „Si quis autem supradictorum reus satisfacere neglexerit, nemo sepeliatur in villa vel in loco, ubi ille vel familia illius demorabitur, vel divinum officium celebretur praeter baptisma, sive villa sua fuerit vel advocatus villae extiterit. Confessio tamen et corpus Christi nulli negetur", wenn man das *demorabitur* als blos vorübergehendes Verweilen auffasst, sicher aber in der Strafklausel bei Calixt II 1123, J. L. 7055, M. 21, 203 (betr. Streitigkeiten in Besançon): „Si quis autem ... pacem hanc infringere attentaverit, tanquam reus et sacrilegus et pacis ecclesiasticae perturbator excommunicationi subiaceat et in locis, in quibus fuerit, quamdiu ibi permanserit, divina non celebrentur officia, quousque ad eiusdem redeat unitatem;" Calixt II 1124 J. L. 7165, M. 21, 214 (Bestätigung einer Legaten-Sentenz wegen incestuöser Ehe des Sohnes des Grafen v. Anjou): „ubicumque ... filius comitis ... fuerit, prohibuit officia divina celebrari, nisi utique ad datum a se terminum coniugium dissolvat;" Innocenz II privil. für Cluny 1132, J. L. 7551, M. 21, 405: „Si vero aliqui absque ipsorum monachorum praesentia ea quae ad victum vel vestitum fratrum ... pertinent, alicubi depraedati fuerint, nisi infra XL dies commoniti ablata restituerint, eos anathemati subiacere praecipimus et in terra eorum divina prohibemus officia celebrari. Loca quoque, in quibus se receperint, donec praesentes fuerint, a divinis obsequiis, praeter infantium baptisma et morientium poenitentias cessare praecipimus;" Innocenz II 1134. J. L. 7666, M. 21, 450 (Verschärfung des Urtheils der Synode v. Jouarre gegen die Mörder eines Priors und Archidiakons): „ut in quibuscumque locis praefati sanguinarii praesentes fuerint, divina ibi non celebrentur officia;" ep. Hadriani IV 1155, J. L. n. 10067, M. 21, 814: „et ad quemcumque locum per episcopatus vestros aliquis burgensium ipsorum devenerit, donec praesens fuerit, divina ibi prohibeatis officia celebrari et si aliquem eorum mori contigerit, christianorum careat sepultura;" Innocenz III 1199 Potth. n. 855, Migne 1, 747: „nisi et ipse adhuc ei forsitan voluerit super interdicto generali deferre, tam regi (Philipp v. Frankreich) quam superinductae ac eorum familiis praeter poenitentias morientium ... interdicat omnia divina officia et sacramenta et ubicumque praesentes fuerint, eis praesentibus praeter baptisma parvulorum et poenitentias morientium tam sacramenta divina quam ecclesiastica prohibeat officia celebrari". Weitere Beispiele bilden die Verhängung der Exkommunikation und des interdictum ambulatorium über Otto IV durch Innocenz III 1212, Winkelmann, Philipp v. Schwaben 2, 260; über den Subdiakon Burkhard v. Avesnes, welcher eine flandrische Prinzessin geheirathet hatte, durch das IV. Laterankonzil 1215, Innoc. III app. ad lib. XIV, 3, 529 n. I, Potth. n. 5053, sowie über Friedrich II. durch Gregor IX. 1239, Potth. n. 10811, bull. Taur. 3, 499; Monteil 1248 c. 15, M. 23, 775 (über diejenigen, welche als Exkommunicirte gegen ihre Exkommunikatoren oder die Verkünder der Exkommunikation Statuten und Mandate erlassen, und sie von dem Verkehr ausschliessen, falls sie auf Ermahnung diese Verfügungen nicht zurücknehmen).

[4] S. die vorhergehende Anmerkung.

[5] Partikularrechtlich ist man noch darüber hinausgegangen. So soll nach der Cölner Diöcesansynode v. 1266 c. 23, M. 23, 1145, wenn Jemand wegen Gefangennehmung eines Clerikers oder Ver-

Thäter ausserdem noch mit einer kirchlichen Strafe, gewöhnlich der Exkommunikation belegt wird [1], so liegt in dieser Art des Interdikts eine Erweiterung der s. S. 23 gedachten lokalen Beziehung auf den Fall, dass eine solche blos durch den vorübergehenden Aufenthalt des Schuldigen hergestellt wird [2].

5. Während von den früher gebräuchlichen Strafen kirchlicher Natur der öffentlichen Rüge [3] für Laien nur vereinzelt [4] gedacht wird, der einmaligen Ausschliessung vom Gottesdienst und Abendmahl, sowie der Fernhaltung vom ersteren an einem bestimmten Ort [5] aber keiner Erwähnung geschieht, findet sich dagegen noch die Strafe des Fastens [6], jedoch hat sie zum Theil ihren rein kirchlichen Charakter verloren, da die Haltung der Fasten nicht blos durch kirchliche sondern auch durch weltliche Mittel erzwungen wird [7].

Zu den Strafen der hier fraglichen Art treten aber während dieser Periode neu hinzu:

6. Die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, welche früher nur als Folge der Exkommunikation vorkommt [8], in Verbindung mit der Verweigerung jeder kirchlichen Feier für den Verstorbenen und der Annahme von Oblationen, welche für ihn dargebracht werden. Sie findet sich

wahrung eines gefangenen zwei Monat in der Exkommunikation geblieben ist, jeder Ort, den er betritt, um dort zu essen oder zu trinken, für die nächsten 3 Tage, und jeder, wo er übernachtet, für 8 Tage interdicirt sein. Man wollte damit nicht blos auf Entfernung des Schuldigen aus dem Orte, sondern von vornherein auf seine Fernhaltung von demselben hinwirken.

[1] S. Calixt. II. 1123, Innocenz II. 1132, Innocenz III. P. n. 5053 cit., s. S. 31 n. 3; bei Calixt. II. 1124 u. Innocenz II. 1134 cit. ist der nähere Sachverhalt nicht bekannt, die Exkommunicirung der Schuldigen aber sehr wahrscheinlich, da die Schliessung einer incestuösen Ehe und Mord in Frage standen. Nach Innocenz III. 1199, P. n. 855 cit. konkurrirt das Personal-Interdikt der Schuldigen neben dem ambulatorium.

[2] Schon mit der früher vorkommenden Anordnung, dass das Interdikt solche Orte treffen soll, an welche das Objekt des Vergehens (z. B. eine gefangen gehaltene Person, das geraubte Gut) gebracht ist, S. 23 n. 9 u. S. 24 n. 3, war bei Veränderung des Ortes der Wechsel des Interdikts geboten, vgl. auch Alexander III. ad presb. Angl. 1173, J. L. n. 12248, M. 21, 1033 (c. 11 X de spons. IV. 1) und Clem. 2 de poen. V. 8. Wenn Kober S. 302 darin eine besondere Art des interdictum ambulatorium, welches Unschuldige an einen Ort bringen, findet, so übersieht er die Beziehung solcher Personen und Sachen zu der Strafthat des Schuldigen.

[3] Bd. IV. S. 803.

[4] Stephan. reg. Unger. 1016, c. 11, M. 19, 372 (Stören des Gottesdienstes durch Plaudern und Unruhe): „si maiores sunt, increpati cum dedecore expellantur de ecclesia". Wegen der Geistlichen s. den folgenden §.

[5] Bd. IV. S. 803.

[6] Rom 871/878 c. 7 (= Ravenna 877 c. 8), S. 17 Anm. (hier aber wahrscheinlich neben der Ausschliessung vom Abendmahl); Tribur 895 c. 8, M. 18, 137: „ut si quis post hanc . . diffinitionem inventus fuerit corrupisse bannum ab episcopis inpositum (einen bei Strafe von dem Bischofe erlassenen Befehl, s. unten §. 279) XL dierum castigatione corripiatur, tantum in pane, sale et aqua;" Hohenaltheim 916 c. 27, S. 5 n. 8.

[7] S. das frühestens dem Ende des 9. Jahrh. angehörige c. 2 bei Boret. 1, 257 (capitula incerta, c. 1 ist wesentlich gleichlautend mit Karol. cap. Vern. 884 c. 5): „Symbolum et orationem dominicam vel signaculum omnes discere constringantur. Et si quis ea nunc non teneat, aut vapulet aut ieiunet de omni potu, excepto aqua, usque dum haec pleniter valeat: et qui ista consentire noluerit, ad nostram praesentiam dirigatur. Feminae vero aut flagellis aut ieiuniis constringantur". Die leges eccles. König Stephans v. Ungarn u. 1016 c. 7. 8, M. 19, 371, bedrohen das Fleischessen während der Quatemberfasten und am Freitag mit 8tägigem Fasten in Haft.

[8] Bd. IV. S. 704. 723. 797. Dass sie auch bei einer Suspension der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte, a. a. O. S. 713. 801 eintrat, falls der davon Betroffene während der Suspension starb, folgt aus dem Wesen dieser Strafe. Die älteren Zeugnisse ergeben allerdings nichts darüber, wohl aber schliessen die Quellen dieser Periode die mit dem Personal-Interdikt, d. h. der gedachten Strafe belegten, S. 15. 16, von dem christlichen Begräbniss aus, S. 15; Nimes 1096 c. 26, M. 20, 937: „Monachi nullo modo recipiant ad sepulturam aut ad quodlibet divinum officium excommunicatos, raptores et interdictos". Ferner erscheint sie jetzt auch als Folge des örtlichen Interdikts, S. 24. Von den früheren Quellen erwähnt allein Braga I. c. 16 (c. 12 C. XXIII qu. 5) dieser Strafe für Selbstmörder und für diejenigen: „qui pro suis sceleribus puniuntur".

für Vergehen, wie Diebstahl, Raub[1], gerichtlichen Zweikampf[2], Kampf im Turnier[3] und Brandstiftung[4], wenn der Thäter bei der Verübung der That oder in Folge derselben stirbt, ferner für Wucherer[5] und für Selbstmörder[6] angedroht[7]. Verbrecher, welche die Todesstrafe zu erleiden haben, unterliegen ihr nur, falls sie nicht vorher die Beichte abgelegt haben[8]. Später hat man auch die Nichterfüllung der Beichtpflicht im Fall der Todesgefahr[9] und die Nichtbeobachtung des österlichen Gebotes mit dieser Strafe belegt[10], und sie ist demnächst auch in das Dekretalenrecht übernommen werden[11].

7. Die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter[12].

[1] Tribur 895 c. 31, M. 18, 147 (c. 31 C. XIII qu. 2 u. c. 2 X de furt. V. 18): „. . . ut si quis . . . inventus fuerit furtum aut rapinam exercere et in ipso diabolico actu mortem mereatur incurrere, nullus pro eo praesumat orare aut eleemosynam dare"; Nimes 1096 c. 11, M. 20, 936: „Raptores, qui in rapiendo mortui fuerint absque canonica poenitentia, non sepeliantur nec pro eis missa celebretur"; c. 2 (Eugen. III) X de raptor. V. 17.

[2] Valence 855 c. 12, M. 15, 9: „. . . Ille vero qui occisus fuerit, tamquam sui homicida et propriae mortis spontaneus appetitor dominicae oblationis commemoratione habeatur alienus nec cadaver cum psalmis vel orationibus ad sepulturam deducatur".

[3] Clermont 1130 c. 9, M. 21, 439: . . . „Quod si quis eorum ibi mortuus fuerit, quamvis ei poscenti poenitentia et viaticum non negetur, ecclesiastica tamen careat sepultura"; wiederholt Rheims 1131 c. 13, Lateran. II. 1139 c. 14, Rheims 1148 c. 12, M. 21, 460. 530. 717, vgl. auch Rheims 1157 c. 4, M. 21, 844. Auf der Synode zu Halle 1176, welche der Erzbischof von Magdeburg zur Beseitigung des Unwesens der Turniere gehalten hat, ist die kirchliche Bestattung des im Turnier gefallenen Sohnes des Markgrafen von Meissen nicht eher als bis zur Beibringung einer päpstlichen Dispensation erlaubt worden, M. 22, 153. 167.

[4] Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440, wiederholt Rheims 1131 c. 17, Lateran. II. 1139 c. 17 (c. 32 C. XXIII qu. 8) und Rheims 1148 c. 15, M. 21, 461. 531. 717.

[5] Lateran. II. 1139 c. 13 M. 21. 529 (neben Infamie).

[6] Rudolf v. Bourges u. 850 c. 40, M. 14, 961 (Wiederholung von Braga I. c. 16 cit. (s. S. 32 n. 8.)

[7] Ein singulärer Fall in Rheims 1148 c. 6, M. 21, 715: „. . . ut nullus advocatus praeter ius et beneficium antiquitus constitutum sibi aliquid accipere vel usurpare praesumat. Subadvocatos vero et exactores eorum modis omnibus ab ecclesiarum infestatione removere praecipimus. Quod si quis contra hanc sententiam . . . attentare praesumpserit, christianorum careat sepultura".

[8] Mainz 847 c. 30, M. 19, 910 (c. 30 C. XIII qu. 2), wiederholt Worms 868 c. 60, M. 15, 883; Tribur 895 c. 31 cit., M. 18, 147; c. 3 (Urban II. 1088/1093, J. L. n. 5363) C. XXIV qu. 2; Nimes 1096 c. 11 cit., s. o. Anm. 1. Blos beim Tod in Folge eines Turniers machen Clermont 1130 c. 9 und die dasselbe wiederholenden Konzilien, s. o. Anm. 3, eine Ausnahme. Braga I. c. 6 cit. (Rudolf v. Bourges c. 40 cit.), s. vor. Anm., haben offenbar unbussfertige Verbrecher im Auge.

[9] Steph. Hung. leges eccles. n. 1016 c. 10, M. 19, 371.

[10] c. 12 (Lateran. IV. 1215) X de poenit. V. 38, Bd. IV. S. 71 n. 1 u. 124.

[11] c. 1 (Lateran. III. 1179 c. 20, Wiederholung von Lateran. II. cit., s. o. Anm. 3) X de torneam. V. 13; c. 3 (Later. III. 1179 c. 25) X de usur. V. 19; c. 11 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28 (Selbstmord); c. 4 (Clem. III) X de stat. monach. III. 35 (nach welchem die zu Unrecht bestattete Leiche wieder ausgegraben werden soll). Vgl. auch die vor. Anm. Als selbständige Strafe angedroht c. 19 (Later. III. 1179 c. 14) X de decim. III. 30 für unrechtmässige Vorenthaltung erworbener Zehnten. Partikularrechtlich tritt sie neben der Exkommunikation auch insofern als selbstständige Strafe ein, als sie trotz der Absolution von der ersteren zur Anwendung gebracht werden soll, s. Breslau 1248 §. 4, de Montbach stat. Wratislav. p. 301; London 1343 c. 9, M. 25, 1176.

[12] Für die an sich unschuldigen Descendenten von solchen, welche ein kirchlich strafbares Vergehen begangen haben, Avignon (Legaten-Konzil) 1209 c. 20, M. 22, 793: „ut nullus de parentela illorum, qui praefatos clericos (päpstliche Legaten oder andere Geistliche, Hefele, Conc. Gesch. 5, 846) occiderunt, usque ad tertiam lineae cuiuscumque generationem ecclesiasticum beneficium consequatur, immo si qua forsitan sint adepti, tamdiu suis beneficiis spolientur, donec per Romanum pontificem fuerint restituti. Statuimus etiam, ut si qui simile facinus commiserint in futurum, circa ipsorum consanguineos similis censura servetur. Quem rigorem circa illos volumus observari, qui de perpetrata iniquitate apud bonos et graves fuerint infamati"; c. 12 (Later. IV.) X de poen. V. 37, welches ausser sonstigen Strafen bestimmt: „usque ad quartam generationem posteritates talium in clericorum collegium nullatenus admittantur neque in domibus regularibus alicuius praelationis assequantur honorem, nisi cum eis misericorditer fuerit dispensatum"; vgl. ferner c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9 (Bd. II. S. 488 n. 10), die Bd. II. S. 487 n. 12. 13. 15 citirten Stellen, endlich Clem. 1 de poen. V. 8. (betr. Realinjurien und thätliche Angriffe gegen Bischöfe), nach welcher des Thäters „filii per masculinam descendentes lineam usque ad generationem secundam, omni spe dispensationis adempta, reddantur ipso facto inhabiles ad ecclesiastica beneficia in civitate et dioecesi, in quibus idem episcopus

8. Die Suspension von einzelnen kirchlichen Rechten[1] und 9. der Verlust solcher Rechte für immer[2].

10. Die Entziehung der Gnade (*gratia*) oder die *indignatio* des Papstes. Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts, also seit der Zeit, als das Papstthum und die an der Kurie herrschende Partei die Reform der Kirche in die Hand genommen hatte und sich vom Kaiserthum zu emancipiren sucht, wird wiederholt in päpstlichen Briefen der Verlust der Gnade des h. Petrus oder des Papstes oder der römischen Kirche in Aussicht gestellt[3], eine Drohung, welcher in anderen Fällen die Verheissung dieser Gnade entspricht[4]. Gleichbedeutend mit dem ersteren ist der in derselben Weise gebrauchte

praesidet, obtinenda". Nach Mainz 1261 c. 43, M. 25, 1097, hat Innocenz IV. ein Statut des Erzbischofs Siegfried III. 1230—1249, nach welchem die Descendenten der captivatores clericorum und ihrer Gehülfen ipso facto für unfähig zur Erlangung der Weihen, von Benefizien, Prälaturen und Dignitäten erklärt werden, bestätigt, und Magdeburg 1266, richtiger 1315 (Hefele Conc. Gesch. 6, 94. 564) c. 9, M. 23, 1163 droht ebenfalls für dasselbe Vergehen die Unfähigkeit der Descendenten bis zum 4. Grade, Benefizien in der erzbischöflichen Provinz zu erlangen, an.

[1] Dies aber nur vereinzelt, so vom Präsentationsrecht bis zur Satisfaktion für Patrone, welche die Patronatsgeistlichen durch Forderungen von Schmausereien belästigen, Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 710.

[2] Des Rechtes an Kirchen, London 1127 c. 1, M. 21, 355: „Qui hoc praeceptum (das Verbot des Kaufens und Verkaufens von ecclesiae, beneficia ecclesiastica und honores) violasse convictus fuerit, clericus quidem, etiamsi canonicus regularis fuerit, ab ordine deponatur, laicus vero exlex et excommunicatus habeatur et eiusdem ecclesiae vel beneficii potestate privetur" (d. h. er verliert sein Verfügungsrecht über die Kirche, namentlich das Anstellungsrecht des Geistlichen und das Recht auf die nicht für die Zwecke der Kirche bestimmten Nutzungen, s. Bd. II. S. 626. 627); ferner des Patronatrechts, London 1175 c. 9, M. 22, 149 (für Bestellung der Kirche zum Dotalitium oder für simonistische Präsentation), des Vogteirechtes und Vicedominats, c. 12 (Lateran. IV.) X de poen. V. 37 (wegen des Patronates s. auch noch Bd. III S. 91. 92); endlich auch des Rechtes auf den Bischofssitz c. 9 X. de haeret. V. 7, S. 47 n. 3; c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V 9, S. 47 n. 4; Gregor IX. 1231, Potth. n. 8699, Ughelli Italia sacra 1, 821.

[3] Alexander II. an die französ. Bischöfe betreffend den Gehorsam gegen seinen Legaten Petrus Damiani v. 1063, J. L. n. 4516; M. 19, 958: „Quisquis enim fastu superbiae . . . inflatus illius iudicio contradictor vel adversator extiterit, usque ad dignam satisfactionem nostram vel Romanae ecclesiae gratiam non habebit"; Gregor VII. ep. II. 14, 1074, Jaffé m. Gregor p. 129; „alioquin sciat (der advocatus Hugo), se apostolici gladii ictum nullatenus evadere posse et non solum a gratia s. Petri, sed a communione totius ecclesiae iudicio s. spiritus et apostolica auctoritate sententia excommunicatum ac condemnatum penitus separari"; eiusd. ep. II. 76, ibid. p. 201: „Si quis contra huius interdictionis paginam venire temptaverit (gegen das Verbot, Sachen der Bamberger Kirche wegzunehmen), noverit, se gratiam s. Petri amittere et apostolicae animadversionis ultione plectendum"; III. 9, ibid. p. 217: „continuo se a gratia b. Petri et nostra dilectione necnon a communione s. corporis et sanguinis domini sequestratum se cognoscat"; VI. 23, p. 360: „se gratiam b. Petri amissurum et anathematis gladium, nisi resipuerit, incursurum", VI. 26 p. 363; VII. 13 p. 397.

Vereinzelt steht das von Hugo v. Flavigny mitgetheilte Dekret der römischen Synode v. 1074 betreffend das Verbot der Laien-Investitur für Bischöfe und Äbte da, Watterich, pont. Rom. vitae 1, 365 (wiederholt Rom 1080, Bd. II. S. 549 n. 2).

[4] So schon Benedikt VIII. 1016 Priv. für Cluny, J. L. n. 4013: „Quod si fecerint, habeant gratiam et benedictionem et absolutionem Dei et s. Petri et nostram", wo für den entgegengesetzten Fall das Anathem angedroht wird; Nicol. II. 1059/1061, J. L. n. 4444, M. 19, 869 (Anordnung, dass der Erzbischof v. Rheims den Schaden, welchen er und seine Leute der Kirche von Verdun zugefügt haben, ersetzt: „ut pro hac et praedictis rebus studiose peractis, et gratiam apostolorum principis et nostram habere promerearis". Gregor VII. ep. I. 66, l. c. p. 86: „et eum fideliter adiuvetis . . . . sicut gratiam s. Petri et nostram habere vultis; alioquin iram nostrae malevolentiae seu excommunicationis vinculum non evadatis"; I. 79. IV. 4, VII. 4, ibid p. 100. 248. 384. Der Besitz dieser „gratia" ist nach verschiedenen Klosterprivilegien die Voraussetzung der Ausübung der Weiherechte für Bischöfe, Urban II. 1092, v. Pflugk-Harttung, 1, 58: „consecrationes altarium, basilicarum, ordinationes clericorum, krisma, oleum sanctum et cetera ad episcopale officium pertinentia, ab episcopo Constantiensi, in cuius estis dioecesi, accipietis, si tamen catholicus est et gratiam et communionem apostolicae sedis habuerit"; ebenso 1089. 1094, ibid. 2, 144.; Paschalis II. 1109, ibid. 1, 100 u. 1102, ibid. 3, 22 u. 25, während vorher und noch gleichzeitig Wendungen, wie „non simoniacus vel capitali crimine pollutus sed religiosus et catholicus episcopus", Nikolaus II. 1060; Alexander II. 1062, ibid. 2, 91. 96, oder „canonice ordinatus et a Romana ecclesia tunc excommunicatus non fuerit", ibid. 2, 156; „quicunque catholicus episcopus", Alexander 1071, ibid. 2, 114; „si episcopi canonice ordinati fuerint", Gregor VII. 1075, ibid. 2, 128, vorkommen.

Ausdruck: *indignatio*[1]. Offenbar liegt hier eine Nachbildung der seit dem Ende des 10. Jahrhunderts vorkommenden Androhung des Verlustes der Gnade seitens des Königs und anderer Fürsten[2] für die Nichtbeachtung ihrer Anordnungen vor. Der Verlust der päpstlichen Gnade hat die Bedeutung, dass der Papst seine Hand von der zu strafenden Person abzieht, also zunächst jede Gemeinschaft und jeden Verkehr mit ihr abbricht[3], sowie die Ausübung seiner Rechte und seiner Autorität zu ihren Gunsten und in ihrem Interesse verweigert[4], weiter aber auch mitunter die, dass sie zugleich einer vom Papst selbst arbiträr zu bestimmenden[5] oder schon vorweg festgesetzten

[1] Urban II. 1094, J. L. n. 5516, M. 20, 686: „Quodsi infra dies XXX . . . quod mandamus adimplere contempseris, et indignationem nostram incurristi (l. incurrisse) et apostolicae sedis anathematis te percussum indubitanter agnoscas"; Urban II. 1096, J. L. n. 5533, M. 20,926: „apostolicae indignationis gladio et s. spiritus iudicio feriatur"; idem 1088/99, J. L. n. 5747, v. Pflugk-H. 2, 166: „Si quis contra eam (paginam constitutionis) temere venire temptaverit secundo tertiove commonitus, si non satisfactione congrua emendaverit, sciat se apostolicae indignationis gladio feriendum"; 1096, ibid. p. 163: „Alioquin et sedis apostolicae indignationem et canonicae disciplinae invenietis"; Paschalis II. 1005/1108, ibid. 2, 194; J. L. n. 5956. 6164. 6540, M. 20, 1029. 1030. 1040. 1070; Gelasius II. 1118, J. L. n. 6668, M. 21, 172; Innocenz II. 1130 bis 1143, J. L. n. 7454. 8334. 8328, M. 21, 374. 398. 397 415. 421. Cölestin 1144, J. L. n. 8501, M. 21, 594; Lucius III. 1182/1183, M. 21, 615. 617; Innocenz III. (nicht II.) 1209, M. 21, 915; gl. ferner für Hadrian IV., Alexander III., Lucius III., Urban III., v. Pflugk-H. 3, 192. 199. 211. 217. 230. 231. 232. 245. 257 ff. 267. 273. 297. 298. 313 ff. 323 ff. Cölestin III. J. L. n. 17300, M. 22, 604 (welche ergeben, dass seit Mitte des 12. Jahrh. die Formel: omnipotentis dei et bb. Petri et Pauli apost. indignationem die häufigste ist). Über die Identität beider Ausdrücke kann kein Zweifel sein. Indignatio ist die Wirkung der Entziehung der Gnade, so setzt Gregor VII. ep. I. 66, S. 34 n. 4, der gratia die ira nostrae malivolentiae entgegen, und stellt VI. 25, Jaffé, m. Greg. p. 362: „ira b. Petri et nostrae et dignae animadversionis sententia in periculum ordinis" und VIII. 2 p. 429: „b. Petri iram et indignationem atque, si non resipuerit (Alfons VI. v. Leon), gravissimam adversum se et regnum suum ultionem" in Aussicht. Auch wird der Verlust der Gnade und die indignatio in derselben Weise, z. B. unter der Bedingung der Nichtabstellung des schuldbaren Verhaltens und unter Hinweis auf andere, d. h. kanonische Bestrafung oder auf eine bestimmte Strafe, z. B. auf die Excommunikation, angedroht.

[2] Waitz, deutsche Verfassungsgeschichte 6, 465 ff.; Ficker, Forschgen. z. Reichs- u. Rechtsgeschichte Italiens 1, 79, dessen Zusammenstellung ergiebt, dass in den Königsurkunden ebenfalls die Bezeichnungen: gratia und indignatio gebraucht werden.

[3] Paschalis II. ad Anselm. Cantuar. 1102, J. L. n. 5928, M. 20, 982: „Episcopos autem qui veritatem in mendacium provocaverunt . . . a b. Petri gratia et nostra societate excludimus, donec Romanae ecclesiae satisfaciant et reatus sui pondus agnoscant". Die Entziehung der Gemeinschaft wird schon in dem S. 17 Anm. cit. Brief Hadrians II. v. 869 erwähnt, wo es vor der cit. Stelle heisst, M. 18, 838: „illi (Kaiser Ludwig) in omnibus veluti proprio seniori, proprio imperatori . . . obedire, fidemque illaesam more solito conservare . . attendite, ut dei omnipot. et s. Petri gratiam nostramque plenariam habere mereamini benedictionem et apostolicae communionis consortium. Nam quem ex vobis contraria tentare nitentem atque apostolicae sedis monitis in contemptum b. Petri . . . spretis ad aliam se partem conferre cognoverimus, velut infidelem (d. h. gegen den Kaiser) et ecclesiasticae paci ac saluti contrarium, a nostri etc". Sie wird hier als kirchliche Strafe für den Hochverrath (Infidelität) vom Papste angedroht, aber der Gedanke der Entziehung der päpstlichen Gnade tritt dabei noch nicht hervor.

Als einzelne Folgen der Versagung der Gemeinschaft kommen vor die Zurückweisung von Geschenken, welche dem Papst angeboten sind, Jaffé mon. Gregor. p. 496. 498, ferner auch in den etwa an den Schuldigen gerichteten päpstlichen Schreiben die Auslassung des Grusses und des apostolischen Segens (salutem et apostolicam benedictionem) in der Adresse, l. c. p. 375, wo sie sogar schon blos bei der Androhung der ira weggelassen ist. Über diese Verweigerung, welche auch gegenüber den mit kirchlichen Strafen belegten Adressaten üblich war, ibid. p. 263, vgl. Gundlach i. Arch. s. Gesellsch. f. ält. deutsche Gesch. 22, 39.

[4] Honor. II. 1126, J. L. n. 7268, M. 21, 540: „Ut igitur verba ipsius (Calixt II.) ad Pontium (Erzabt v Cluny Hefele Conc. Gesch. 5, 392) ponamus, haec sunt: Tibi praecipimus, ut ab huiusmodi levitate desistas et quam in manu nostra sine recuperationis spe refutasti Cluniacensem abbatiam nullatenus molestare praesumas. Si vero nostri praecepti transgressus extiteris, gratiam b. Petri et nostram amittis: et si quando ad nos clamaveris, non exaudieris". Auf demselben Gesichtspunkt beruht es, dass der Papst bei Privilegienertheilungen an Klöster, S. 34 n. 4, die Vornahme von Weihhandlungen nicht durch solche Bischöfe gestattet, welchen er seine gratia entzogen hat.

[5] Gregor II. 76 u. VI. 25, s. S. 34 n. 3 u. o. Anm. 1; Urban II. 1096, v. Pf.-H. 2, 163, s. Anm. 1.

Strafe[1] unterworfen wird. Wenn auch der Verlust der *indignatio dei et bb. Petri et Pauli* noch mehrfach in päpstlichen Bullen bis über das 15. Jahrhundert hinaus angedroht wird[2], so scheint man schon seit dem 13. Jahrhundert die Erinnerung der ursprünglichen Bedeutung dieser Strafe verloren und darin lediglich eine herkömmliche Schlussformel gesehen zu haben.

Von Strafen weltlichen Charakters ist in dieser Periode

11. die schon in der vorigen vorkommende Prügelstrafe beibehalten worden. Sie wird im Frankenreich durch die Kapitularien im Beginn der karolingischen Zeit gegen Sklaven und Freigelassene für incestuose Ehen[3], später für das Nichtlernen des Symbols[4] angedroht, und ist ferner wohl arbiträr gegen Leute niederen Standes von den Bischöfen angewendet worden[5]. Auch später findet sie sich, wenngleich freilich selten, für solche Personen und für Sklaven auf verschiedenen Reichssynoden[6], und noch seltener allgemein ohne Unterschied der Person[7] angedroht[8].

12. Was die Geldstrafe betrifft, so setzen die karolingischen Kapitularien eine solche zu Gunsten des Priesters oder der Kirche für die Verweigerung des Zehnten fest[9]. Ende des 9. Jahrhunderts wird sie von den Reichssynoden in Gestalt des

[1] Namentlich der Exkommunikation und der Ausschliessung vom Abendmahl, vgl. die Citate S. 34 n. 3. 4 u. S. 35 n. 1.

[2] Vgl. Bull. Taur. 3, 318. 423. 519. 629. 793 u. 4, 129. 195. 298. 467. 690 (Martin V. 1418).

[3] Cap. Pippin. 754/755 c. 1, Bor. 1, 30: „Si servus et libertus est, vapuletur multis plagis". Friaul 796 c. 11, S. 16 n. 11, verweist dagegen bei Verletzung des Keuschheitsgelübdes durch Frauen nur auf die durch das weltliche Gericht zu verhängende Prügelstrafe.

[4] S. 32 n. 7.

[5] Capit. missor. syn. Suession. 853 c. 9, LL 1, 419: „. . . . . si episcopus aut ministri episcoporum pro criminibus colonos flagellaverint cum virgis propter metum aliorum, ut ipsi criminosi corrigantur cum tali discretione sine ulla occasione indebita, sicut in sinodo conlocatum est, et vel inviti poenitentiam temporaliter et corporaliter agant, ne aeternaliter pereant". Daraus ergiebt sich, dass die capit. ad lector. 802, Boret. 1, 108, deren c. 6 das Verbot von can. 28 apostol., Bd. IV S. 803 n. 5, wiederholt, eine Privatarbeit sein müssen.

[6] So Augsburg 952 (Bd. III. S. 561. n. 3) c. 4, LL 2, 28 in Betreff der bei Klerikern wohnenden feminae subintroductae („Si vero aliqua suspicionum maculis adspersa contra haec agere tentaverit, ab episcopo vel eius misso virgis caesa detondeatur"; Coyaca 1050 (Bd. III S. 575 Anm.) c. 4, M. 19, 788, droht für inferiores personae, welche die Busse wegen des Umgangs mit Juden verweigern, 100 Hiebe, Szaboles 1096 I. c. 11, M. 20, 763, für den Nichtbesuch des Gottesdienstes an Sonntagen und Festtagen ebenfalls Prügel (was leg. eccl. Coloman. u. 1103 IV. 8, M. 20, 1180 näher dahin bestimmt: „si servus, VII plagis mulctetur"); Gran 1114 c. 7, M. 21, 101 für Beobachtung heidnischer Gebräuche gegen minores Busse von 7 Tagen „cum plagis", an.

[7] Diöces. Statuten v. Salisbury 1256, M. 23, 912: „ut quicumque subditorum nostrorum in excommunicationis sententiam contra iura ecclesiastica et alios criminosos in Oxoniae conciliis promulgatam convicti fuerint incidisse, praeter notam infamiae, quam incurrunt, ipsi toties in civitate Sarum et in illis partibus, ubi crimen commiserint, . . fustigentur, quoties nobis . . . visum fuerit, expedire"; Wien 1267 c. 17, M. 23, 1175 (für fornicatio der Christin mit einem Juden).

[8] Bei Gratian wird sie in c. 11 (Gregor. I) C. XII qu. 2; c. 10 (id.) CXXVI qu. 5; c. 32 (Ps. Is.) CXXIV qu. 1; c. 5 (Angilr.) CV qu. 1 erwähnt. c. 2 (Gregor I) X de adult. V 16 bezieht sich in der Originalstelle auf einen Geistlichen s. Bd. IV S. 817 n. 6.

[9] Cap. de reb. eccles. 787/813, Boret. 1, 186: „c. 3 ut decime pleniter dentur: et a quibus retente sunt, de primo contentu sit culpavilis qui eas retinuit solidos VI . . c. 4. De secundo conponat bannum nostrum et eidem sacerdoti qui preest, solidos VI et tamdiu extra ecclesia excommunicetur, donec sacerdoti satisfaciat; de tertia autem, ut sacrilegus habeatur, sit in exilium missus et res eius in fiscum nostrum redigantur"; cap. Mantuan. II. 787 c. 8, ibid. p. 197: „Neglegentes autem ammoneantur a presbyteris ecclesiarum usque ad tertiam vicem, ut ipsam decimam dent, quod si contempserint, ab introitu ecclesiae prohibeantur; et si in hoc minime emendaverint, a ministris reipublice districti singuli per caput VI solidos ecclesie conponat et insuper decima dare cogatur".

Die verschiedenen Geldstrafen und Compositionen, welche die capitul. de part. Saxon. 775—790 c. 19—21, B. 1, 69 für die Verweigerung der Kindertaufe, die Schliessung incestuoser Ehen und die Vornahme heidnischer Gebräuche androht, fallen dem Fiskus anheim, weisen also den Charakter weltlicher Strafen für die Verletzung kirchlicher Ordnungen völlig rein auf. Dasselbe gilt für die 60 solidi, welche derjenige, welcher einen in incestuoser Ehe Lebenden bei

drei- oder vierfachen Ersatzes für unerlaubte Aneignung von Kirchengut[1], ja auch vom Papste in fester Summe für das Sakrileg angedroht[2]. In diesen beiden Gestalten, d. h. als fest fixirte oder nach dem mehrfachen Ersatz bestimmte Summe kommt sie wiederholt seit dem 11. Jahrhundert für Verletzungen des Gottesfriedens[3] vor. Abgesehen von den Reichssynoden, welche sie in dieser Zeit ebenfalls noch als Strafmittel verwenden[4], machen auch seit derselben die Päpste vielfach von dieser Strafe Gebrauch, indem sie von ihnen (offenbar nach dem Vorbilde der italienischen Königsurkunden[5]) bei Ertheilung von Privilegien[6] und bei Erlass von Entscheidungen und Anordnungen[7] für die Verletzungen und Nichtbeachtung derselben, sodann

sich aufgenommen hat, nach Pipp. cap. 744/55 c. 1, Boret. 1, 31 an den König entrichten muss.

[1] Reichssynode v. Thousey oder Toucy 860 (Bd. III S. 554 Anm. a. E.) c. 1, M. 15, 558 neben der Busse; ferner Reichssynode v. Tribur 895 c. 7, M. 18, 136.

[2] Von Johann VIII 878 zu Troyes auf Ersuchen des Erzbischofs v. Narbonne, da die lex Gothica keine Vorschriften über das sacrilegium enthalte, M. 17, 351: „Sed nos leniorem (vgl. v. Savigny, Gesch. d. röm. Rechts 2, 279 und Conrat, Gesch. d. Quellen des röm. Rechts i. früheren Mittelalter. Leipzig 1889 1, 20) esse legem praecipimus tenendam quae a Carolo est constituta pio principe de compositione sacrilegii, videl. in XXX libras examinati argenti, i. e. DC solidorum summam argenti purissimi. Ideoque quisquis inventus fuerit reus sacrilegii, istam leviorem compositionem emendet episcopis ipsis vel abbatibus sive personis, ad quas querimonia sacrilegii iuste pertinuerit: et si ipse reus sacrilegii facere noluerit, tamdiu excommunicationi subiaceat, usque quo praedictam compositionem DC solidorum persolvat. . . Et praecipimus, ut in fine codicis legis mundanae scribatur haec lex". Das erklärt sich aus der Lage der Verhältnisse im Frankenreiche, Bd. III. S. 557. 718. 719.

Wenn sich in dem Klosterprivileg des Konzils v. Fermo v. 887, M. 18, 56 für die Verletzung desselben ausser der ewigen Exkommunikation auch eine Busse von 100 Pfund zum Besten des Klosters angedroht findet, so war hier der Kaiser gegenwärtig und die Androhung der Strafe beruht auf seiner Autorität.

[3] Narbonne 1054 c. 26, M. 19, 832: „Quodsi quis eorundem hominum vel foeminarum praedictam pacem ac institutionem praesumptuose infregerit et infra XL dies non emendaverint, noverint, se tamdiu extraneum a christianorum consortio et a liminibus s. dei ecclesiae segregatum, donec ei, cui damnum pertulerit, duplum restituat et potestati illius terrae, in qua istud actum fuerit, XL solidos emendet, et episcopo eiusdem terrae emendet, manu propria iurando super altare sedis aut super quo liberavit, quo episcopus iusserit, quia amplius emendare non debeat pro transgressione excommunicationis aut emendet ei XL solidos sine sacramento;" Gottesfrieden v. Vich 1068, M. 19, 1072. 1073; Lillebonne 1080 c. 13, M. 19, 557. 558 (hier Geldstrafen für sehr viele Vergehen, welche aber bei freiwillig geleisteter Busse fortfallen).

[4] Coyaca 1050 c. 12, Bd. IV. S. 387 n. 1; Szaboles 1090, M. 20, 765 ff. lässt für verschiedenartige Verletzungen der Sonntagsfeier meistens I. 12. 15 (nicht aber immer I. 16) an Stelle des Geldes die Leistung eines Pferdes, bez. eines Rindes treten.

[5] Ficker, Forschgen z. Reichsgesch. Italiens 1, 63 ff.; P. Löning, d. Vertragsbruch. Strassburg 1876. 1, 541. 582. 587.

[6] Stephan IX. 1057, J. L. n. 4373, M. 19, 868 (Priv. auf Exemtion des Clerus v. Lucca von der weltlichen Gewalt): „sciat se nisi resipuerit et damnum emendaverit . . . anathematis vinculo innodatum . . . Insuper compositurus existat auri optimi libras X medietatem sacro nostro palatio, medietatem illis quibus iniuria illata fuerit"; Nikolaus II. 1061, J. L. n. 4468, v. Pflugk-Harttung 2, 94 (neben Anathem „C librarum auri pena mulctetur, medietatem s. Later. palatio et medietatem prephato monasterio").

Benedikt VII. 978, J. L. n. 3797, v. Pfl.-H. 2, 50 ist entweder falsch oder interpolirt; Johann XVIII. 1006, J. L. n. 3949, M. 19, 241 enthält nur im Anfang den Namen des Papstes und am Schluss die päpstliche Datirungszeile, während den übrigen Inhalt eine bischöfliche Schenkungsurkunde bildet, deren Verletzer „mille auri librarum fratribus et canonicis s. Mariae regia sublimitate cogatur exsolvere", wonach also weder der Papst noch der Bischof die Strafe selbstständig festsetzen. Dasselbe gilt auch von Johann XV. 989, J. L. n. 3832, M. 19, 85, dessen Ächtheit zweifelhaft ist: „Ab imperatoribus etiam regibus sive ducibus aut quacumque potestate . . . componere cogantur 1000 libras auri optimi, medietatem praedictis monasteriis ac medietatem camerae eorum principum".

[7] Alexander II. 1068, J. L. n. 4657, v. Pflugk-H. 2, 109: „si vero laicus, nostrae apostolicae excommunicationi subiaceat et insuper bannum nostrum componat, LXX videlicet optimi auri libras, medietatem Lateran. palatio, medietatem autem parti nostram apostolicam servanti decretum"; Urban II. 1092, J. L. n. 5470, M. 20, 685 u. 780 („tam canonicae severitati subiaceat, quam legitimae compositionis poenam, i. e. auri C librarum sustineat"); Paschalis II. 1101, J. L. n. 8865, M. 20, 1048 (hier C libras denar. Papiens. mit der mehrfach vorkommenden Vertheilung nach Hälften); Honorius II. 1126, J. L. n. 7268, M. 21, 340: „burgenses etiam de thesauro Cluniacensi monasterio restituendo et alio damno restaurando in manu tua (des Abtes) . . . damnavimus, poena legali adhibita, verum ipsius poenae relaxatio est discretioni tuae commissa", wo wohl

aber auch bei einzelnen kirchlichen Vergehen in bestimmter Höhe[1] angedroht wird. Ferner haben die Geldstrafen bei der Ausübung der Sendgerichtsbarkeit eine ausgedehnte Verwendung erfahren[2], und später finden sie sich auch in einzelnen Provinzial- und Diöcesan-Verordnungen festgesetzt[3]. Da die Strafe ausserdem fort und fort von den Reichs-Synoden[4], weiter von den Legatenkonzilien[5], endlich auch von den allgemeinen Synoden[6] angedroht worden ist, so hat sie ebenfalls Aufnahme in das Strafensystem des Dekretalen-, also des gemeinen Rechts gefunden[7].

unter der poena legalis die bei Urban II. cit. erwähnte legitima compositio zu verstehen ist.

Auch päpstliche Legaten haben davon Gebrauch gemacht, so ist von ihnen 1067 bei der Regelung der Verhältnisse in Mailand aus Anlass der Pataria-Wirren, Hefele 4, 879. 880, die Verletzung des von ihnen gegebenen Statutes mit festen, nach dem Stande abgestuften Geldstrafen, welche an die Mailander Domkirche fallen sollten, belegt worden.

[1] Röm. Synode unter Gregor VII. v. 1078, Jaffé mon. Gregor. p. 335: „Si quis praedia b. Petri . . . in proprietatem suam usurpaverit vel sciens occultata non propalaverit vel debitum servitium exinde b. Petro non exhibuerit, recognoscat, se iram dei et ss. apostolorum velut sacrilegus incurrere. Quicumque autem in hoc crimine deprehensus fuerit eandem hereditatem b. Petri legitimae restituat et poenam quadrupli de propriis bonis persolvat". c. 2 (Gregor IX.) X de maledic. V. 26 für Blasphemie neben der Zwangsbusse: „per temporalem praeterea potestatem, coactione, si necesse fuerit, episcopi dioecesani adhibita, contra eum, blasphemus, si dives fuerit XL solidorum, alioquin XXX sive XX et si ad id non sufficiat, V solidorum usualis monetae poena mulctetur . . . quod etiam intra alia communitatum statuta ponatur". Wenngleich Gregor die Vollstreckung der Strafe durch die weltliche Obrigkeit vorschreibt, so setzt er diese doch aus päpstlicher Machtvollkommenheit fest, wie namentlich die Vorschrift zeigt, dass sein Erlass in die städtischen Statuten eingefügt werden soll.

Nicht hierher gehören aber päpstliche Anordnungen, welche blos der Leistung des capitale, d. h. des nach weltlichem Recht zu gewährenden Ersatzgeldes gedenken, Rheimser Statut Calixts II. 1119, betr. d. Gottesfrieden, M. 20, 236 und Innocenz II. 1132, J. L. n. 7552, M. 21, 405.

[2] Vgl. § 288.

[3] Stat. Theodors v. Utrecht u. 1209, M. 22, 808 (bei Verletzung des Asylrechts) „publice in omnibus ecclesiis denunciabitur excommunicatus et poena XXX marcarum puniatur nec episcopus malefactorem absolvat, nisi satisfactum fuerit ecclesiae universali"; beide Strafen a. a. O. auch für Laien und Geistliche, welche in die Kirchen einbrechen und hier Tumult erregen und kämpfen; Saumur (Tours) 1253 c. 27, M. 23, 816. 817 für diejenigen, welche klandestine Ehen schliessen. Vgl. auch die folg. Anm.

[4] Oviedo 1115 c. 3, M. 21, 132 (mehrfacher E satz für Kirchenraub). Weiter gehören hier der Konvent v. Pamiers 1212 (vgl. Hefele C. G. 5, 851) c. 7 und Toulouse 1219 c. 12, M. 22, 857 u. 1135, welche im Interesse der Bekehrung der Albigenser und der Unterdrückung ihrer Ketzerei das unentschuldigte Fernbleiben vom Gottesdienst an Sonntagen und Feiertagen mit Strafe von 6, bez. 12 Denaren (v. Tours) belegen.

Wenn die Diöcesansynode v. Compostella 1114, M. 21, 119, c. 2. 15. 23. 25 theils feste Geldbussen, welche an den Bischof oder an den Herrn des Territoriums fallen, theils Geldstrafe in der Gestalt des mehrfachen Ersatzes für unberechtigte Pfändung, Nichtbetheiligung bei der Herstellung von Wolfsgruben und Gebrauch falschen Maasses (für den letzteren auch zugleich Exkommunikation) androht, also zugleich weltliche Vergehen berücksichtigt, so beruhen diese Vorschriften wahrscheinlich auf früheren Reichssynoden oder weltlichen Verordnungen.

[5] Lerida 1229 c. 19, M. 22, 1094 (betr. die Verletzung des Asylrechts) „Qui vero per Mauros ab ecclesia extraxerint (confugientes), et condignam et sacrilegii poenam solvant (Bd. IV. S. 387 n. 1) et Mauros illos . . . ecclesiae violatae servituti subiciant vel ipsi reddant valorem vel pretium eorumdem, si absolutionis beneficium voluerint obtinere".

[6] Lateran. IV. 1215 c. 65, M. 22, 1054 u. c. 41 X de sim. V. 3 (Anstellung von Geistlichen, erst wenn sie Geld zahlen, und Chikanen gegen in die Klöster eintretende, oder bei diesen das Begräbniss wählende Kleriker und Ritter, um Geld zu erpressen, doppelter Ersatz des Erpressten durch die schuldigen Bischöfe an die geschädigten Institute).

[7] Allerdings untersagt c. 3 (Alex. III.) X de poen. V. 37, dass die Archidiakonen v. Coventry „pro corrigendis excessibus et criminibus puniendis a clericis et laicis poenam pecuniariam exigunt", s. auch c. 6 (c. 3) X de off. arch. I 23, aber hierin ist nicht ein Verbot der Geldstrafe als solcher, sondern nur der Anwendung derselben für alle Vergehen enthalten. In Übereinstimmung hiermit verbietet Innocenz III. ep. I. 420 v. 1198 (Potthast n. 415, Migne 1, 396) ebenfalls blos eine Abmachung, dass für alle Vergehen eine bestimmte Geldsumme gezahlt wird (wie sie z. B. London 1268 c. 20, M. 23, 1236 nur bei notorischen schweren oder grobes Ärgerniss erregenden Vergehen untersagt), während der Papst die Zahlung einer Geldstrafe neben der Busse nicht missbilligt, und ebenso findet sich die Anwendung von Geldstrafen mehrfach in den Dekretalen, ausser c. 41 X V. 3 cit. noch c. 2 (Gregor IX.) X V. 26, s. Anm. 1; c. 7 (Honor. III.) X de injur. V. 36 (Verurtheilung der Kommune v. Florenz zu 1000 Pfund üblicher Münze, weil sie den Bischof v. Fiesole in die Acht gethan hatte); c. 14 (Innoc. III.) X de judaeis V. 6. (poena pecuniaria für Juden bei percussio cleri-

13. Die Vermögenskonfiskation. Diese Strafe setzen die karolingischen Kapitularien für den Incest[1] und ferner für die Verweigerung der Zehnten, falls die Hartnäckigkeit des Pflichtigen nicht durch die in erster Linie angedrohten anderen Strafen zu brechen ist[2], fest. Erst im 11. und 12. Jahrhundert wird sie auch von rein kirchlichen Synoden[3], päpstlichen und allgemeinen[4], sowie von den Partikularsynoden[5] angedroht, und ferner von den Päpsten seit dem 12. Jahrhundert verwendet[6]. Mit dem 13. Jahrhundert erscheint sie vor Allem als eine der vielen seitens der letzteren[7] für die Ketzerei in Anhalt an das römische Recht[8] festgesetzten Strafen[9].

14. Mit dem Exil bedrohen die älteren karolingischen Kapitularien neben den unter Nr. 12 u. 13 aufgeführten Strafen die hartnäckige Zehntverweigerung[10]. Bald

corum) erwähnt. Aus der Üblichkeit der Geldstrafen erklärt sich auch die Angabe Sachsp. III. 63, dass „Constantin de koning gaf dem pavese silvestre wertlick gewedde to me geistliken, die sestick schillinge mede to dvingene alle jene, die gote nicht beteren ne willen mit dem live, dat man sie dar to dvinge mit dem gude", eine Bewilligung, die freilich die Glosse, ed. III Homeyer p. 359 mit dem Bemerken: „torne nicht pape up mi, torne up Accursium" (ad Nov. 3 in pr.) für ungültig erachtet.

[1] Capit. Pipp. 754/755 c. 1, Boret. 1, 30: „de istis capitulis pecuniam suam perdat"; Cap. Harist. 779 form. langob. c. 5, Bor. 1, 48 für Wiederholung des Incests nach der Bestrafung durch den Bischof: „si alodem habuerit, ipso fisco regis recipiat".

[2] Cap. de reb. eccles. cit. c. 4, S. 36 n. 9.

Die Bedrohung hochverrätherischer Handlungen in c. 43 Worms 868, M. 15, 877, nicht nur mit Vermögenskonfiskation, sondern auch mit ewiger Exkommunikation, nimmt offenbar blos Bezug auf die erst gedachte, längst nach weltlichem Recht in Kraft stehende Strafe des Hochverrathes. Übrigens war das Konzil auch eine Reichssynode, Bd. III. S. 552 n. 1 unter a. Das: „Ex dictis Gregorii ppe" überschriebene c. 22 C.XXIV qu. 3, welches das Sakrileg, d. h. Handanlegung an Bischöfe oder Priester und die Verwüstung und Anzündung von Kirchen, mit der proscriptio bonorum und Einschliessung in ein Kloster zu lebenslänglicher Busse belegt, giebt nicht (so Friedberg decr. Gratiani l. c.) Bened. Lev. II. 115. 117. 394. 395. 407 wieder, sondern im wesentlichen Hohenaltheim 916 c. 24, LL. 2, 558 (wo aber gerade die Vermögenskonfiskation fehlt).

[3] Nach Alexander II. J. L. n. 4477, hat eine römische Synode unter Nikolaus II. M. 19, 982 (c. 22 C. XVII qu. 4) betreffs der comprehensio, percussio und expulsio episcoporum bestimmt: „auctores et cooperatores tanti sceleris anathematizentur et bona eorum ecclesiae ipsius iuri perpetuo tradantur", was Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 36 ohne jeden haltbaren Grund auf Kirchengüter beschränken will.

[4] Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 230 in c. 6 X de iudaeis V. 6.

[5] Provinzialsynode v. Rheims 1157 c. 1, M. 21, 843: „ut nisi commoniti — die Piphili, eine ketzerische Sekte, Hefele, Conc. Gesch. 5, 568 — a cohabitatione sua illas (vom incestuosen Geschlechtsverkehr) removerint, excommunicentur. Quod si nec ita destiterint, eorum bona publicentur". — c. 32 CXXIV qu. 1, wo die Strafe ebenfalls erwähnt wird, gehört Pseudo-Isidor an.

[6] So von Eugen IV. 1152, vielleicht in Anhalt an die erwähnte Synode (Anm. 3) wegen der Gewaltthätigkeit der Bürger von Vezelay gegen den Abt und das dortige Kloster J. L. n. 9619 (an den Herzog und die Grossen v. Burgund), M. 21, 655: „quoscumque de ipsis homines vestri invenerint, tam quam periuros et proditores et excommunicatos capi et rebus suis spoliari praecipiatis"; J. L. n. 9020 (an die Bischöfe der Provinz Sens), M. l. c.: „a quibus parochianorum vestrorum inveniri potuerit, capi et rebus suis spoliari praecipiatis", wiederholt v. Anastasius IV. 1153, J. L. n. 9786. 9788, M. 21, 775; vgl. auch Innoc. IV. 1248 P. n. 13039. — Das Privilieg Leos IX. 1049/1053 J. L. n. 4286, M. 19, 728, welches die Vermögenskonfiskation neben ewigem Bann, ewigem Exil und Todesstrafe in der Strafklausel für die Verletzung androht, ist falsch.

[7] Schon Innocenz III. hat sie 1199 für die seiner weltlichen Herrschaft unterworfenen Länder gegen die Ketzer vorgeschrieben und für die übrigen die Vollstreckung dieser Strafe seitens der weltlichen Obrigkeiten beansprucht, Potth. n. 643, c. 10 X de haeret. V. 7. Allgemein ist sie dann für die ganze Kirche vom IV. Lateran. Konzil 1215 c. 3, c. 13 X de haeret. V. 7, festgesetzt („ita quod bona damnatorum, si laici fuerint, confiscentur, d. h. von den Landesherren, si vero clerici, applicentur ecclesiis, a quibus stipendia receperunt". Vgl. ferner c. 19 (Bonif. VIII.) in VI de haeret. V. 2.

[8] Bd. IV. S. 791. 792.

[9] Vgl. Lateran. III. 1179 c. 27, M. 22, 7166 Bezugnahme darauf c. 10 X V. 7 cit. und c. 2; (Innoc. III. 1210, P. n. 3886) de V. S. V. 40. Doch kommt sie auch für andere Vergehen vor, so nach c. 5 (Bonifac. VIII.) in VI de poen. V. 9 für die Verletzung von Kardinälen mit der Verschärfung, dass das vom Thäter bewohnte Gebäude zerstört werden soll, s. auch u. S. 49 n. 5.

[10] Cap. de reb. eccles. 787/813 c. 4, Bor. 1, 186. Als, durch den König besonders anzuordnende Strafe erscheint es für Nichtbeobachtung der Exkommunikation Pipp. cap. Vern. 755. c. 9 („regis iudicis exilio condamnetur"), ferner in der von der Reichssynode zu Mainz 851 c. 11 gegen einen Ehebrecher gefällten Strafsentenz auf Busse („iussu regis in exilium missus") vgl. weiter Karol. II. conv. Carisiac. 857 c. 7, LL 1, 452,

machen auch die Reichssynoden[1] und zwar bis in das 12. Jahrhundert[2], ferner seit dem 11. die Gottesfrieden[3] von dieser Strafe Gebrauch. Aber schon im 10. Jahrhundert findet sie sich selbst in rein kirchlichen Anordnungen[4] und im 11. auch in den päpstlichen Synoden[5]. Endlich kommt das Exil auch als Busswerk bei der Leistung der Kirchenbusse vor[6].

15. Die blosse Ausweisung aus einem bestimmten Orte erscheint hauptsächlich in normännischen und in englischen Konzilien als Strafe für Huren[7], inbesondere für die Konkubinen[8] der Geistlichen[9].

16. Mit der Strafe der Freiheitsentziehung in Gestalt der Einsperrung in das Gefängniss (*carcer*) bedrohen die Kapitularien den Incest[10] und die Zau-

wiederholt syn. Pist. c. 4, ibid. p. 482.; Meaux 845 c. 79, M. 14, 840.

[1] Mainz 888 c. 11, M. 18, 67: „ne praedia usibus secretorum caelestium dicata, a quibusdam irruentibus vexentur. Quodsi quis fecerit, post debitae ultionis acrimoniam quae erga sacrilegos iure promenda est, perpetua damnetur infamia et infernali carceri tradatur aut exilii perpetua deportatione feriatur" (entsprechend c. 40 C. Th. XVI. 2 und vermittelt durch Ben. II. 117. 385 oder Ps.-Isid. Urban c. 5, Hinschius p. 145), s. auch c. 13 C. XVII qu. 4.

[2] Palencia 1129 (Bd. III. S. 576 Anm.) c. 12, M. 21, 387: „Clericos monachos, viatores, mercatores, peregrinos sola (l. sacra) limina petentes, si quis invaserit, monasterio vel exsilio deputetur".

[3] Narbonne 1054 c. 5, M. 19, 828: „Si quis autem voluntarie aut scienter hominem occiderit, in hac treuga aut apprehenderit aut castrum cuiuslibet tulerit aut destruxerit aut in ††† indictam treugam insidiando aut aguitando facere volens comprobatus fuerit, ... definitum est: in omni vita sua perpetuo damnetur exilio;" c. 6. „Si quis autem aliter alicui aliquam iniuriam fecerit aut damnum: in iudicio proprii episcopi aut clericorum eiusdem, quibus idem episcopus commiserit, secundum modum culpae directionem faciat per iudicium aquae frigidae aut per exilium . . ." Tulujas u. 1065, M. 19, 1042 setzt ebenfalls auf nicht zufällige Tödtung lebenslängliches Exil, auf zufällige aber Exil für eine von dem Bischof und den Kanonikern bestimmte Zeit, dagegen der päpstlicherseits zu Clermont 1095 bestätigte Gottesfrieden des Grafen Fulco v. Anjou c. 3, M. 20, 912 auf Tödtung blos 7 Jahre Exil, welches aber durch eine Friedensvereinigung mit den Verwandten des Getödteten beseitigt werden kann.

[4] Rheimser Provinzialsynode zu Troslé 909 c. 8, M. 18, 288: „ut deinceps nullus deo devotam virginem, nullus sub religionis habitu consistentem sive viduitatis continentiam professam vel sui proximam generis aut etiam de cuius admixtione incestiva notam possit subire infamiae, illicito connubio aut vi aut consensu accipiat in coniugem . . . Hoc vero nefas, si agere cuiuslibet gentis amodo homines sexus utriusque tentaverint, ab invicem omnimodis separati exilio perpetuo relegentur", dies unter Berufung auf Kanonen früherer Koncilien und auf kaiserliche Gesetze, d. h. wesentlich auf Benedictus Levita, wo sich die citirte aus l. Visigothor. III. 5. 2 entnommene Stelle II. 411 findet.

[5] Melfi 1089, M. 20, 727: „si quis in episcopum manus iniecerit eumque . . . capere praesumpserit, iuxta ss. patrum interdictionem proprii honoris dignitate privetur et depositis armis perpetua exilii damnatione mulctetur vel in monasterium domino serviturus detrudatur". Über das Privileg Leos IX. J. L. n. 4286, s. S. 39 n. 6. Später auch in den Partikularsynoden z. B. Toulouse 1229 c. 39, M. 23, 203 (Verweisung über das Meer). Die Stelle bei Gratian c. 32 C. XXIV qu. 1 gehört Pseudo-Isidor an.

[6] So erlässt Alexander II. 1062, J. L. n. 4480, M. 19, 980 mehreren Bittstellern, welchen wegen einer Tödtung Busse auferlegt worden war, welche aber blos zufällig in das Handgemenge der Kämpfenden gerathen sein wollten, unter dieser Voraussetzung aus Gnade die ihnen auferlegte Exiliirung; Paschalis II 1106, J. L. n. 6090, M. 20, 1031: „ut eos qui dominum suum presbyterum et abbatem tam nequiter occiderunt, secundum dignum poenitentiae modum in exilium detrudatis;" Reichssynode v. Oviedo 1115 c. 1, M. 21, 131 (für Pfändung oder Wegnahme gezähmter oder ungezähmter Rinder): „sit maledictus et excommunicatus et pro scelere perpetrato iudici terrae et episcopo 15 annis poeniteat, V ex his in exilio et V, sicut praeceperit ei episcopus suus: caeteros V foris ecclesiam in sua terra redimat". S. auch §. 263.

[7] Normännisches K. aus d. 11. Jahrh. c. 6, M. 18, 433: „De meretricibus a cunctis locis abiiciendis".

[8] General-Konzil London 1127, M. 21, 356: „Concubinae vero presbyterorum et canonicorum, nisi ibi legitime nupserint, extra parochiam expellantur".

[9] Einmal Rheims 1157, S. 39 n. 5, für die Anhänger von Ketzerhäuptern; ferner auch für Priester, welche im Fall der Exkommunikation und des Interdikts an Stelle vertriebener Geistlicher amtieren, Lüttich 1166 c. 14, M. 22, 10: „a toto episcopatu proiciendus est", neben öffentlicher Exkommunikation; Worcester 1240, c. 17, M. 23, 531 (für Geistliche, die Bussen und Messen zur Erpressung von Geld auferlegen); Wien 1267 c. 17, M. p. 1175 (Christin, welche fornicatio mit einem Juden getrieben).

[10] Pipp. cap. 754/755 c. 1, Boret 1, 31 für denjenigen, gegen welchen die Vermögenskonfiskation, S. 39 n. 1, ausgeschlossen ist, „et si pe-

berei[1], später die karolingischen Reichssynoden auch die Beeinträchtigung und Verletzung des Kirchengutes[2]. Über die Kirchensklaven wird in dem Reichsgesetz Heinrichs II. von Pavia 1022 in Bestätigung der dort gefassten Konzilsbeschlüsse[3] der Kirche die volle Verfügung und damit zugleich das Recht zur Verhängung der Gefängnissstrafe überlassen[4]. Dieselbe Berechtigung ist auch von einzelnen Bischöfen in dieser Zeit in Betreff der Konkubinen der Geistlichen in Anspruch genommen worden[5]. Seit dem 12. Jahrhundert wird die Gefängnissstrafe von der Kirche, d. h. von den Päpsten[6], und von den Partikularsynoden[7] gegen Ketzer angewendet und ist für diese auch später beibehalten worden[8]. Ferner haben sich die ersteren befugt gehalten, sie für andere Fälle anzuordnen[9]. Immerhin ist die Strafe abgesehen von dem Fall der Ketzerei gegen Laien verhältnissmässig wenig gebraucht worden[10].

17. Die Infamie, welche der früheren Zeit so gut wie unbekannt ist[11], tritt erst als Strafe seit dem Ende des 9. Jahrhunderts und zwar hier vereinzelt in Reichssynoden hervor[12], welche unter Zurückgreifen auf frühere Quellen, namentlich auf die Fälschungen Pseudo-Isidors[13] die durch diesen auf den Boden der Kirche verpflanzte Strafe aufgenommen haben.

Aber seit Ende des 11. Jahrhunderts ist derselben und zwar offenbar in Folge der vermehrten Kenntniss des römischen Rechts durch die Päpste eine grössere Anwendbarkeit gegeben worden[14], und im 12. Jahrhundert steht sie in allgemeinem

cuniam non habet, si liber est, mittatur in carcerem usque ad satisfactionem".

[1] Statuta Rhispac. 799. 800, c. 15, B. 1, 15 (betreffend incantationes, auguria, divinationes et hi qui tempestates vel alia maleficia faciunt): „fiat districtio, ne vitam perdant, sed ut salventur, in carcere, usque dum spondeant . . . emendationem peccatorum".

[2] Mainz 888 c. 11, S. 40 n. 1, alternativ mit Exil.

[3] Vgl. Hirsch-Breslau, Heinrich II. 3, 215 ff; u. o. Bd. III. S. 565 n. 5.

[4] Beschluss des Papstes und der Bischöfe c. 5, LL. 2, 562: „Nulli servorum ecclesiae sive in clericatu sive in laicatu, de quibus nostrum est et fratrum nostrorum iudicare, liceat comparare aut ullo modo per manus aut nomen alicuius liberi hominis. Quod qui fecerit, [in] evasibiliter caesus, tamdiu carceratus habebitur, quamdiu omnes ecclesia recipiat scriptiones", und Kaisergesetz c. 5, p. 563: „Servis ecclesiae, ut nostris, adquirere licet iuste et licuit; sed per manus alicuius liberi scriptiones ullas contrahere umquam tempore licebit. Quod si fecerit, ecclesiae iudicio ut suus coercebitur. Si enim ad nostrum spectaret iudicium, ut fugitivus adiceretur".

[5] Schreiben des Erzb. v. Rheims an den Grafen v. Flandern u. 1099, M. 20, 471, nach welchem er dem letzteren das Recht eingeräumt hatte, die bereits exkommunicirten Konkubinen von Geistlichen einzusperren, diese Genehmigung aber auf Beschwerde seiner Mitbischöfe zurückzieht und es nur gestattet, falls der zuständige Bischof dies verlangt.

[6] Rheims 1148, M. 21, 723: „Hic (Eon de la Stella) igitur in audientia omnium de sua perversa haeresi discussus et convictus, vitam quidem et membra episcopo qui eum adduxerat expostulante retinuit, sed tamen praecepto papae in custodia relegatus et ibi post non multum temporis mortuus est".

[7] Rheims 1157, S. 39 n. 5, c. 1, M. 21, 843: „Maiores vero (a) quibus alii seducuntur, si confessi fuerint vel convicti carcere perpetuo, nisi gravius aliquid mihi eis fieri debere visum fuerit, recludantur".

[8] c. 15. § 1 (Gregor. IX 1231. Potth. n. 8753), X de haeret. V. 7 für alle Ketzer: „si qui autem . . . . . postquam fuerint deprehensi redire noluerint ad agendam condignam poenitentiam, in perpetuo carcere detrudantur".

[9] Vgl. S. 39 n. 6.

[10] Vgl. noch leges eccles. Stephans u. 1016, S. 32 n. 7, hier zur Erzwingung der Fasten. Auf der Reichssynode v. Palencia 1129, c. 5, S. 40 n. 2, wird sie alternativ mit dem Exil in der Gestalt der Verweisung in ein Kloster angedroht. In Valence 1248 c. 12, M. 23, 773 (betr. die sacrilegi et sortiarii: „et si moniti non resipuerint, immurentur vel ad arbitrium episcopi puniantur") handelt es sich um ein der Ketzerei verwandtes Vergehen.

[11] Bd. IV. S. 803. 804. 816 n. 2.

[12] Mainz 888 c. 11, S. 40 n. 1.

[13] Dass Mainz Ps. Isid. Urban c. 5 cit. benutzt haben muss, ergiebt sich daraus, dass die Quellen des letzteren Ben. II. 117. 385 (c. 40 C. Th. XVI. 2) gerade die Infamie nicht erwähnen. Allerdings kommt sie bei Bened. II. 97. 361. 383 für Kirchenraub, ferner auch II. 410 u. III. 192. 200. 235. 261. 348. vor. Bei Pseudo-Isidor findet sie sich ebenfalls wiederholt s. z. B. Anaclet. c. 20; Calixt. 8. 16. Stephan. 2, Hinschius p. 76. 138. 140. 182.

[14] So durch die von Urban II. (Bd. III. S. 521.

Gebrauch[1], denn während desselben wird sie von den verschiedenen Arten der Synoden, den allgemeinen und päpstlichen[2], sowie auch von den Partikularsynoden[3] angedroht.

Gratian hat das ältere Quellenmaterial in sein Dekret verarbeitet[4] und mit Rücksicht auf die Pseudo-Isidorstellen, welche die in Gemässheit des weltlichen Rechts eintretende Infamie auch für das kirchliche Gebiet als massgebend erklären[5], schon seinerseits zwischen der Infamie des weltlichen und des kirchlichen Rechts[6], welche letztere dann in der Doktrin als *infamia canonica* bezeichnet worden ist[7], unterschieden.

524) abgehaltenen Synoden Clermont 1095 c. 32, M. 20, 819: „Si quis episcopum ceperit et incarceraverit, perpetuae infamiae subiaceat, alterius arma non exerceat"; (schon vorher hat Urban II. 1089, J. L. n. 5423, M. 20, 701 in einem Speziellfall angeordnet: „Eos autem qui praedict. virum — nämlich den Erzb. v. Arles — gladiis et membrorum detruncationibus perterrentes nefandis sacramentis ausi sunt implicare, infames in perpetuum esse sancimus et nisi congruam poenitentiam egerint, a Christi corpore et sanguine atque ab ecclesiarum introitu segregamus"); Nimes 1096 c. 4, M. 20, 935: „Quicumque episcoporum abbatem vel archidiaconum vel presbyterum capere praesumpserit, publica primum dedecoratus infamia honoris sui periculum incurrat" (ausserdem Exkommunikation und Interdikt über das Territorium des Schuldigen); Troja 1093 c. 1, M. 20, 789: „. . . atque infames effecti, donec ab incesti facinore desistant".

[1] Schon 1108 findet sie sich in der Strafclausel eines von päpstlichen Delegaten gefällten Schiedsspruches, M. 20, 1233. 1234: „si quis eam (pacem) . . . deinceps perturbaret, et iram dei omnipotentis incurreret et gratiam apostolor. Petri et Pauli amitteret et canonum severitati sicut reus et infamis subiaceret, quoadusque pro tanto commisso dignos poenitentiae fructus faciat".

[2] Lateran. I. 1123 c. 5, M. 21, 283: „Coniunctiones consanguineorum fieri prohibemus . . . Nos itaque patres nostros (Pseudo-Isid. Calixt. c. 16, Hinschius p. 138 in c. 4 C. III qu. 4 und c. 2 C. XXXV qu. 2 u. 3) sequentes, infames eos (sc. hoc agentes et eos qui ex eis prodeunt) notamus et infames esse censemus", wiederholt auf den päpstlichen Synoden zu Clermont 1130 c. 12; Rheims 1131 c. 16, M. 21, 440. 461 und vom Lateran. II. 1139 c. 17, M. 21, 530; vgl. ferner ibid. c. 13; „sed in tota vita (usurarii) infames habeantur et nisi resipuerint, christiana careant sepultura". Wesentlich Geistliche, wenn schon nicht allein, trifft das Simonie-Verbot in Lateran. II. c. 2 (c. 15 C. I qu. 3), M. 21, 526 („et emptor atque venditor et interventor nota infamiae percellatur"), während sein Vorbild, Clermont 1130 c. 1, M. 21, 438 sich nur auf die ersteren bezieht.

[3] London 1125 c. 15, M. 21, 332: „Sortilegos, ariolos et auguria quaeque sectantes eisque consentientes excommunicari praecipimus perpetuaque notamus infamia"; London 1151 c. 5, M. 21, 752: „praecipimus, ut hi qui anathematis sententia condemnantur, si per annum integrum in ea pertinaciter perseverent, infames et detestabiles habeantur, ut neque in testimoniis neque in causis audiantur et in principis potestate sit, ipsos exheredare. S. auch London 1108 c. 5 u. 1127 c. 5, M. 20, 1230 u. 21, 356, welche die Strafe für Geistliche kennen, die sich hartnäckig weigern, ihre Konkubinen zu entlassen, oder (York 1195 c. 12, M. 22, 655) solche öffentlich halten.

[4] Nämlich ausser den schon citirten, Anm. 2 u. S. 40 n. 1, noch einzelne Stellen aus den römischen Rechtsbüchern c. 14 C. II qu. 1, sowie namentlich aus Pseudo-Isidor, bez. Angilram c. 23 (Dionys. 4) C. II. qu. 7; c. 9 (Euseb. 18). 10 (Jul. 18) C. III. qu. 5; c. 2 (Angilram 18) 17 (Steph. 2) C. VI. qu. 1 (über die Unfähigkeit der infames zur Anklage und zum Zeugniss); vgl. auch c. 5 (Tolet. IV. 633) Dist. LI. (über die Fernhaltung von den Weihen). Näher handelt er davon c. 2. §. 20 (dictum Gr.) C. III. qu. 7 und dict. zu c. 7 C. II. qu. 3.

[5] S. d. vor. Anm.

[6] Dict. zu c. 7 cit. Hier sagt er mit Bezug auf Gelasius (d. h. Pseudo-Calist 16, Hinschius p. 140: „quamquam animas per penitentiam salvare possumus, infamiam tamen abolere non possumus") und auf Stephan (d. h. Pseudo-Calist l. c.: „sub nota perpetuae infamiae ad penitentiam suscipimus"): „Vel non fiunt infames lege canonum omnes quos leges seculi infames pronunciant . . . Quod etiam de ea fateri cogimur, quae intra tempus luctus nubit, cum matrimonia hodie regantur iure poli, non iure fori . . ." §. 1· „Sed illud Gelasii et Stephani (s. vorher) de illis intelligitur, quibus per civilem iudicem infamia irrogatur, quorum . . . in integrum restitutio non nisi ad civilem iudicem spectat. De ea vero, que intra tempus luctus nubit, non est contrarium ei, quod Stephanus ait: Infames dicimus etc. (Angilr. c. 18). Cum enim leges seculi praecipue in matrimoniis sacros canones sequi non dedignentur, non videntur pronunciare infamem, que apostolica et canonica auctoritate non illicite nubit".

[7] Vgl. Glosse leges zu c. 2 C. VI qu. 1: „Et etiam quaedam infamia canonica quae irrogatur ex quolibet peccato mortali . . . . et aboletur per poenitentiam".

Auf diese Weise ist die Infamie ein Bestandtheil des kirchlichen Strafmittelsystems, wie es sich seit dem 13. Jahrhundert fixirt hat[1], geworden[2].

18. Nur vereinzelt kommt die Brandmarkung[3] als Ehrenstrafe vor, insbesondere hat sie das Dekretalenrecht blos in einem Fall für Geistliche angedroht[4].

19. Weiter gehört hierher das Haarabscheeren, eine Ehrenstrafe, deren Anwendung ebenfalls nur eine beschränkte gewesen ist[5].

20. Der Verlust weltlicher Würden und Ämter anderer Berechtigungen.

Es ist Gregor VII. gewesen[6], welcher die Strafe der Absetzung gegen

[1] Aus dieser Zeit kommt vor Allem das die Ketzerei betreffende c. 3 Lateran. IV 1215 in Betracht, c. 13 §. 5 X de haeret. V. 7: „Credentes praeterea, receptatores, defensores et fautores haereticorum excommunicationi decernimus subiacere, firmiter statuentes, ut postquam quis talium fuerit excommunicatione notatus, si satisfacere contempserit intra annum, ex tunc ipso iure sit factus infamis, nec ad publica officia seu consilia nec eligendos aliquos ad huiusmodi nec ad testimonium admittatur. Sit etiam intestabilis, ut nec testandi liberam habeat facultatem nec ad hereditatis successionem accedat. Nullus praeterea ipsi super quocumque negotio, sed ipse aliis respondere cogatur". Vgl. ferner Narbonne 1227 c. 6, M. 23, 26. 27: „quicumque in transgressione iuramenti manifeste deprehensus in ecclesia publice denuncietur esse periurus. Quodsi admonitus satisfacere noluerit, tunc excommunicetur candelis et pulsatis campanis singulis diebus dominicis et festivis et denuncietur intestabilis et infamis et nec ad testimonium nec ad alios legitimos actus admittatur. Et idem de falsis testibus" (wiederholt Beziers 1246 c. 45, p. 703; Nogaret 1303 c. 7, M. 25, 113; Beziers 1310 c. 9, p. 391, Marciac 1326 c. 15, p. 781); Tours 1236 c. 8, M. 23, 413: „ne quis binas nuptias vel bina sponsalia eodem tempore praesumat contrahere . . Quod si contra fecerint, infames ipso iure effecti a testimoniis et aliis legitimis actibus excludantur", zugleich mit der Verschärfung „quod nominatim denuncientur infames".

[2] Vgl. ausser c. 13 §. 5 X cit. noch c. 13 (Coelest. III.) X de rescr. I. 3.; c. 54 (Gregor IX.) X de test. II. 20; c. 5 (Bonifaz. VIII.) in VI de poen. V. 9; c. 76 in VI de R. J. V. 12; c. un. 1319 (in Extrav. Joann. XXII, de poen.) tit. 12.

[3] Rheims 1157, S. 39 n. 5: „Sequaces (der Ketzer) vero ibidem confessi vel convicti his exceptis qui ab eis seducti correptique facile resipiscant, ferro calido frontem et facies signati pellantur. Qui eos postmodum ubicumque locorum repererit, libere capiat. Sic enim et eis non deerit poenitentiae locus et ab eorum imitatione execrabili ceteri revocabuntur".

[4] c. 3 (Urban III. 1185/87) X de crim. falsi V. 20 für Fälschung königlicher Siegel: „eis prius a suis ordinibus degradatis in signum maleficii characterem aliquem imprimi facias, quo inter alios cognoscantur et provinciam ipsam eos abiurare compellens, abire permittas".

[5] Capit. Karlm. 742 c. 6. i. f., Boret. 1, 26 für unkeusche Nonnen neben der Busse; Augsburg 952 c. 4, S. 36 n. 6 für feminae subintroductae der Kleriker, für welche schon die Kanonensammlung aus dem Ende des 9. Jahrh. bei Boret. 1, 336 n. 7, freilich selbständig gegenüber ihrer Quelle, den stat. Rispac. 799 c. 17, B. 1, 228 ebenfalls anordnet: „femina vapuletur et caput tondeatur", vgl. ferner Rouen 1231 c. 11, M. 23, 215: „ut concubinae presbyterorum . . publice in ecclesia die dominico vel alio solemni die coram populo tondeantur, alias paenitentiam competentem pro peccato huiusmodi suscepturae".

Dekalvation Bd. IV. S. 804 n. 5, kennen abgesehen von Benedict. Lev. III. 432 und Add. III. 123 (beide gleichlautend und vom Verfasser gefälscht, betreffend das Eheverbot bis zum 7. Grade und den Incest) allein die leges eccles. Stephan. Hung. reg. u. 1016 c. 7, M. 19, 371: „vapulet et depiletur" für hartnäckiges Unterlassen des Kirchenbesuches an Sonntagen.

Die Strafe des Aufbindens auf eine Leiter und öffentliche Ausstellung auf derselben wird erwähnt. Tours 1236 c. 8, M. 23, 413 (s. Anm. 1) neben der Infamie, und c. 9 ibid. für das Sortilegium neben der Exkommunikation, doch kann sie in beiden Fällen durch Geld abgekauft werden, ferner im Legatenkonzil von Breslau 1248, §. 2, de Montbach, statuta synodi eccl. Wratislav. Wratislav. 1855 p. 301 für falsches Zeugniss; Köln u. 1280 c. 10. M. 24, 356 (für falsches Zeugniss gegen die Ehe); Aachener Sendweisthum c. 1331 §. 13. Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler Bonn 1871 S. 47 (pena scale für Frauen, welche andere Frauen oder Männer beschimpfen). Auch im Inquisitionsverfahren kommt diese Strafe für falsches Zeugniss vor, Practica inquisitionis heretice pravitatis auct. Bernardo Guidonis publié p. C. Douais Paris 1886. III. n. 17 p. 105; Limbach lib. sentent. inquisitionis Tholosan. (1307 — 1323) p. 182 in dessen hist. inquisit. Amsterdam 1692 als Anhang.

[6] Schon in dem Privileg Gregors I. J. E. n. 1875, ed. Ben. 2, 1221 (und dem dazu gehörigen n. 1876) findet sich allerdings die Strafklausel: Si quis vero regum, sacerdotum, iudicum personarumque saecularium hanc constitutionis nostrae paginam agnoscens contra eam venire tentaverit, potestatis honorisque sui dignitate careat, reumque se divino iudicio existere de perpetrata iniquitate cognoscat et nisi vel ea quae ab illo male ablata sunt, restituerit vel digna poenitentia illicite acta defleverit, a sacratissimo corpore et sanguine dei et

Fürsten, insbesondere gegen Könige und Kaiser, in die Praxis der Kirche eingeführt hat [1].

domini n. redempt. Jesu Christi alienus fiat atque in aeterno examine districtae ultioni subiaceat". Danach hätte Gregor I. das Recht, Könige abzusetzen, in Anspruch genommen. Sickel Beiträge z. Diplomatik IV i. d. Sitzgber. d. k. Akademie d. Wissensch. philos. hist. Cl. 47, 566 n. 2 hat das Privileg für verdächtig erklärt, und nach Lage der politischen und kirchlichen Verhältnisse zur Zeit Gregors I., insbesondere mit Rücksicht auf die damalige Stellung der fränkischen Kirche erscheint es absolut ausgeschlossen, dass der Papst auf den Gedanken habe verfallen können, den römischen Kaiser oder die Germanen-, insbesondere die fränkischen Könige mit der Absetzung zu bedrohen, vgl. auch E. Löning, Gesch. d. deutsch. K. R. 2, 392 n. 2. Dagegen beanstanden Ewald bei Jaffé reg. l. c. und namentlich Cardinal Pitra, analecta noviss. spicileg. Solesmens. alt. cont. Tuscul. 1885. 1, 55. 74 ff. die Klausel nicht, neuerdings auch ebensowenig Sickel, Prolegomena z. liber diurnus II. Wien 1889. S. 42 n. 1. Pitra führt zwar zum Beweise der Echtheit eine grosse Zahl von Deketralen vom 8. bis 11. Jahrh. an, indessen sind die meisten schon deshalb beweisunkräftig, weil sie in der Strafklausel lediglich eine Androhung des Anathems und Verfluchungen enthalten, aber die entscheidende Stelle über den Verlust der königlichen Würde nicht aufweisen.

Was die übrigen betrifft, so lautet Nikolaus I. 867 J. L. n. 2831, Dachery, spicil. od. nova 2, 502; Migne patr. 119, 1116 die Strafklausel: „Si quis vero sacerdotum, iudicum atque saecularium personarum", ebenso Johann VIII. 878, J. L. n. 3176, Migne 126, 788 u. J. L. n. 3181, Migne ibid. p. 796. Das in diesen Privilegien fehlende: *regum* erscheint mit der Einschaltung: „percussus apostolico anathemate", welche sich auch in den citirten Urkunden (bald vor, bald hinter: „potestatis honorisque dignitate") findet, erst in den Privilegien Stephans VI. 897, J. L. n. 3514, Marinus' II. 942, J. L. n. 3621, Benedikts VI. 973, J. L. n. 3770, Benedikts VII. 975, J. L. n. 3786, Silvesters II. J. L. n. 3920 und Leos IX. 1050, J. L. n. 4213. Es ist sehr auffällig, dass alle diese Privilegien, sowie das cit. Nikolaus' I. 867 das Kloster Vezelay in der Diöcese Autun betreffen. Alle sind in der Geschichte dieses Klosters, welche der Notar Hugo v. Poitiers zw. 1156 u. 1167 verfasst hat, überliefert. Berücksichtigt man nun, dass das fragliche Privileg Gregors I. ebenfalls für ein Kloster in der Diöcese Autun erlassen ist und weiter, dass zuerst Hinkmar v. Rheims in der Schrift: Quae exequi debeat episcopus (vgl. auch epist. ad episc. Rem. dioec. adv. Odacr. c. 6), Migne 126, 190 u. 250, die Klausel: si quis regum etc. („in privilegio Belvac. ecclesiae et episcopis IV provinciarum consensu d. Caroli nuper — d. h. 879 — defuncti confirmato") nicht als päpstliche, sondern als königliche anführt, so rechtfertigt dies die Annahme, dass die Fassung nicht aus der päpstlichen Kanzlei hervorgegangen ist, sondern dass die ursprüngliche Klausel in allen citirten päpstlichen Privilegien erst später die jetzt vorliegende Umgestaltung erfahren hat. Wahrscheinlicher Weise ist dies auch in Betreff der bis auf die Weglassung des Wortes: regum gleichlautenden Klausel in den Privilegien Johanns VIII. J. L. n. 3176 u. 3181 cit., welche sich auf ein Kloster in Arles und auf die Kirche in Poitiers beziehen, der Fall gewesen. Bestätigt wird diese Ansicht dadurch, dass die erwähnte, eigenthümliche Klausel vor Gregor VII. nur vereinzelt (s. vorher) auftritt, dass sie sich aber bei ihm wiederholt findet, 1075 (J. L. n. 4940. 4957. v. Pflugk-Harttung acta 1, 46. 47), 1076 (J. L. n. 5009, l. c. 1, 49), 1077 (J. L. n. 5018 (l. c. 1, 49), 1078 J. L. n. 5069 (l. c. 3, 14; J. L. n. 5091, l. c. 1, 51), 1079 (J. L. n. 5125; Jaffé mon. Gregor p. 370), 1083 (J. L. n. 5262; v. Pflugk-H. 3, 16). Es ist daher die Vermuthung nicht zu gewagt, dass sie im Laufe des 11. Jahrhunderts, wenn auch nicht erst zur Zeit Gregors VII. oder gar durch ihn (s. unten S. 45 n. 2 u. S. 46 n. 5) ihre jetzige Fassung erhalten hat, das umso weniger, als sie gerade bei der Absetzung Heinrichs IV. eine entscheidende Rolle gespielt hat, s. unten 45 n. 1 u. 2). Seit Urban II. und unter dessen Nachfolgern erscheint sie in den päpstlichen Urkunden noch viel häufiger, und zwar hier mit Vermehrungen, von denen einzelne, wie der Zusatz: „imperatorum" auch schon bei Gregor VII., s. Jaffé l. c. vorkommen, vgl. Urban II., J. L. n. 5512, M. 20, 609: „Sane si quis in crastinum archiepiscopus, episcopus, imperator aut rex, princeps aut dux, comes aut vicecomes, iudex aut persona quaelibet magna et parva etc."; J. L. n. 5631; s. ferner Paschalis II. J. L. n. 5842. 6004, andererseits aber auch wieder in der Verkürzung: „si qua igitur in futurum ecclesiastica saecularisve persona", Urban II. J. L. n. 5487, 5543. 5600; Paschalis II. 5849. 5858. 5867; Gelasius II. J. L. n. 6651; Calixt II. J. L. n. 6822. 7027; Honorius II. J. L. n. 7227; Lucius II. J. L. n. 8609; Eugen III. J. L. n. 9714; Urban III. J. L. n. 15960; Coelest. III. J. L. 16989 (und in der ausführlicheren Formel mit Ersetzung des „potestatis honorisque dignitate careat" durch: „honoris sui et officii periculo subiacere", Urban II. J. L. n. 5461, M. 20, 700; n. 5446). Vgl. auch unten S. 46 n. 5.

[1] Schon 1074 droht er König Philipp I. von Frankreich wegen der Bedrückungen der Kirche, wegen seiner Räubereien und wegen seines Ehebruchs dessen Reich mit dem Interdikt zu belegen und falls er sich in Folge dessen nicht bessern würde, II. 5, Jaffé, m. Gregor. p. 117: „nulli . . . dubium esse volumus, quin modis omnibus regnum Franciae de eius occupatione temptemus eripere" und ferner II. 18 p. 133, dass er jeden: „quicumque sibi (Philipp) regalem honorem vel obedientiam exhibuerit", exkommuniciren werde. Sein dictatus II. 55a, p. 175, nimmt für den Papst das Recht in Anspruch: „quod illi liceat imperatores deponere" und p. 176: „quod

Auf Grund des bisherigen kirchlichen Rechtes[1] liess sich eine solche Befugniss des Papstes nicht ausreichend rechtfertigen[2]. Aber von dem seitens Gregors VII.

a fidelitate iniquorum subiectos potest absolvere". Praktisch angewendet hat er diese Theorie zuerst gegen Heinrich IV., nach seiner eigenen seitens des letzteren zu Worms veranlassten Absetzung auf der römischen Synode v. 1076, Jaffé l. c. p. 224: „per tuam (s. Petri) potestatem et auctoritatem Heinrico regi . . qui contra tuam ecclesiam inaudita superbia insurrexit, totius regni Teutonicorum et Italiae gubernacula contradico et omnes christianos a vinculo iuramenti, quod sibi fecerunt vel facient, absolvo, et ut nullus ei sicut regi serviat, interdico. Dignum est enim, ut qui studet honorem ecclesiae tuae imminuere, ipse honorem amittat, quem videtur habere". Wenn Martens, Ztschr. f. K. R. 17, 211 ff; Goldschmit, d. Tage v. Tribur u. Canossa. Inaug. Diss. Strassburg 1873 S. 13. 14; Mirbt i. kirchengesch. Studien, Hermann Reuter gewidmet. Leipzig 1888 S. 122; F. Redlich, d. Absetzung deutscher Könige durch den Papst. Inaug. Diss. Münster 1892 S. 18 ff., hierin keine definitive, sondern nur eine provisorische Massregel, also die Suspension von der Ausübung der Herrscherrechte finden, so widerspricht das dem Wortlaute und der eigenen Erklärung Gregors VII. 1080, l. c. p. 402: „non tamen in regno, a quo eum in Romana synodo deposueram, instauravi", sowie dem Umstande, dass Gregor 1080 die zweite Absetzung mit den Worten: „iterum regnum . . . interdicens ei" einleitet, mithin eine schon früher verhängte gleiche, nicht andere Strafe im Auge hat. Ferner kann es nicht als abnorm, so Martens S. 213, bezeichnet werden, dass Gregor VII. den Laien, Heinrich IV., härter als einzelne Bischöfe, welche er gleichzeitig blos suspendirt hatte, bestraft hat, da das Vergehen des Laien, welcher sich über den Papst zu richten angemasst hatte, in den Augen Gregors besonders schwer erscheinen musste. Endlich muss auch die Annahme Redlichs, dass das deponere eine provisorische Massregel bezeichnet, gegenüber der kirchenrechtlichen Bedeutung des Wortes und der vorher citirten Stelle des dictatus als verfehlt bezeichnet werden.

[1] Was die kirchenrechtliche Begründung des Schrittes Gregors VII, (welche von Redlich in der angeführten Schrift gar nicht in Betracht gezogen ist) betrifft, so ist nach Berthold. ann. SS. 5, 282: „papa fecit synodalia statuta super his inquiri et recitari, qui quasi in medio totius ecclesiae contumaciter summo post deum pontifici et suo rectori temere abiurato inoboedientiam suam non erubuerunt scriptis ex nomine confiteri", ausser der Stelle des Pseudo-Silvester („nemo summam sedem iudicabit", Bd. I. S. 299 n. 4) noch die Strafklausel Gregors I (S. 43 n. 6) in einer sie zu einem allgemeinen Dekret erweiternden Fassung (Bd. I. S. 303 n. 6) verlesen worden, ferner aber, da sich Bonitho ad amicum lib. VII. a. 1076, Jaffé mon. Gregor. p. 667 zur Rechtfertigung des Verfahrens Gregors VII. ebenfalls darauf bezieht, wohl auch noch c. 21 syn. VIII. (Constantin.), M. 16, 174: „Si vero quis aliqua saeculi potestate fruens et polluens pellere tentaverit praefatum apostolicae cathedrae papam aut aliorum patriarcharum quemquam, anathema sit". Gregor VII. selbst rechtfertigt sein Verfahren ep. IV. 2 (1076 p. 242): „Legant itaque, quid b. Petrus in ordinatione I. Clementis (Hinschius decret. Pseudo-Isid. Clem. I. ep. I. c. 18 p. 36) . . . praecepit de eo quem scirent non habere gratiam pontificis. Addiscant, cur apostolus dicat: Habentes in promptu ulcisci omnem inoboedientiam (II. Cor. X. 6) et de his quibus dicit: Cum huiusmodi nec cibum sumere (I. Cor. V. 11). Considerent, cur Zacharias papa regem Francorum deposuerit et omnes Francigenas a vinculo iuramenti, quod sibi fecerant absolverit (was in der angegebenen Weise, d. h. als ob es sich um einen einseitigen Akt des Zacharias gehandelt hätte, unrichtig ist, Hahn, Jahrb. d. fränk. Reichs 741 bis 752. S. 126. 145. 147. 225). In registro b. Gregorii addiscant, quia in privilegiis quae quibusdam ecclesiis fecit, reges et duces contra sua dicta venientes non solum excommunicavit sed etiam ut dignitate careant, iudicavit", und IV. 24 (1077) p. 278: „Non enim a corde vestro debet excidere, quod qui apostolicae sedi oboedire contempnit, scelus idolatriae incurrit et quod b. Gregorius . . . reges decrevit a suis dignitatibus cadere et participatione corporis et sanguinis d. n. Iesu Christi carere, si praesumerent apostolicae sedis decreta contemnere" (fast wörtlich auch IV. 23 p. 277), endlich 1081, VIII. 21 p. 455: „B. quoque Gregorius papa reges a sua dignitate cadere statuit, qui apostolicae sedis decreta violare praesumpsit, scribens (folgt wörtlich die Strafklausel S. 43 n. 6). Quodsi b. Gregorius . . reges qui statuta sua super unum xenodochium violarent, non modo deponi, sed etiam excommunicari atque in aeterno examine dampnari decrevit, quis nos H(enricum) non solum apostolicorum iudiciorum contemptorem verum etiam ipsius matris ecclesiae . . conculcatorem totiusque regni et ecclesiarum improbissimum praedonem et atrocissimum destructorem, deposuisse et excommunicasse reprehendat, nisi forte similis eius?"

[2] Denn die einzige, von der Absetzung der Könige handelnde Stelle war die Klausel Gregors I., welche man, wie Gregor. VII. ep. IV. 23. 24 zeigen, damals als eine allgemeinerer Anwendung fähige Verordnung gedeutet hat, wogegen die Annahme einer zu diesem Zweck erfolgten Fälschung ausgeschlossen erscheint, weil Gregor VII. und auch Bonitho l. c. p. 455 die Klausel u. A. auch in ihrer ursprünglichen engen Bedeutung wiedergeben. Hielt man die Klausel auch selbst für echt und konnte sich Gregor VII. in gutem Glauben auf die angeblich einseitige Absetzung Childerichs durch Zacharias (Hahn S. 225) berufen, so liess sich damit doch immer noch nicht die Berechtigung begründen, die für einen speziellen Fall gebrauchte Strafklausel als ein allgemeines, den hartnäckigen Ungehorsam gegen den apostolischen Stuhl bedrohendes kirchliches Strafgesetz zu behandeln.

Die in den Streitschriften der Gregorianer sonst noch zur Rechtfertigung Gregors VII. aus der Ge-

vertretenen Standpunkt, dass die ganze Menschheit einem einheitlichen Verbande unter der Oberleitung der geistlichen Gewalt angehören müsse, und die Kirche und ihr irdisches Haupt die Fülle aller geistlichen und weltlichen Machtbefugnisse in sich vereinige, während die letzteren den weltlichen Herrschern blos zur Ausübung überlassen seien [1], ergaben sich mit logischer Nothwendigkeit die Folgerungen, dass der Kaiser und die übrigen Fürsten zur Beachtung der päpstlichen Gebote, mochten diese auch über die kirchliche Sphäre hinaus in das Gebiet des Staates und der Politik übergreifen, verpflichtet seien [2], sowie dass die Verletzung dieser Pflicht ein kirchliches Verbrechen bilde [3], welches der Papst in Ausübung seiner höchsten Binde- und Lösegewalt sowohl mit dem Banne, wie auch mit der Absetzung zu ahnden befugt war [4].

Als Gregor VII. diese Anschauungen, welche damals keineswegs allgemein getheilt wurden, zum ersten Male durch die bis dahin unerhörte Absetzung eines deutschen Königs praktisch zu bethätigen unternahm, fühlte er selbstverständlich das Bedürfniss, seinen auffälligen Schritt durch die Normen des geltenden Kirchenrechts zu rechtfertigen [5]. Wenn es ihm auch nicht gelungen ist, die zweimal gegen Heinrich IV. [6] ausgesprochene Absetzung zur vollen Durchführung zu bringen, so hat er doch den wichtigen Erfolg erzielt, einen für die Folgezeit massgebenden Präcedenzfall für das päpstlicherseits beanspruchte Absetzungsrecht zu schaffen, welcher Gratian Gelegenheit geboten hat, dasselbe als eine unbestritten feststehende Befugniss des Papstes hinzustellen [7]. In den weiteren Kämpfen um ihre Weltstellung konnten nunmehr die Päpste auf dieser Grundlage das gedachte Recht wiederholt zur Bethätigung bringen [8], und sind auch ihre Massnahmen vielfach nicht von durchschlagendem

schichte angeführten Beispiele, s. Mirbt u. a. O. S. 127 u. Sdralek, d. Streitschriften Altmanns v. Passau. Paderborn 1890 S. 46. 126 ff. sind theils unhistorisch, theils sind es Fälle von Exkommunikationen, welche allerdings in Verbindung mit dem ausnahmslosen Verkehrsverbot (S. 4) die Ausübung der Herrscherrechte thatsächlich unmöglich, und also für den Fürsten einen der Absetzung ähnlichen Zustand herbeiführen mussten.

[1] Die Nachweisungen bei Gierke, deutsch. Genossenschaftsrecht 3, 519 ff.

[2] Vgl. auch Redlich a. a. O. S. 40.

[3] Daher ist es falsch, wenn Kober, Kirchenbann 2. A. S. 403 behauptet, dass wenn die Päpste gebannten Fürsten ihre Territorien entzogen haben, sie dabei weniger in ihrer kirchlichen als in ihrer politischen Stellung, welche sie nach damaliger Anschauung als oberste Schiedsrichter zwischen Fürsten und Völkern unbestritten innegehabt hätten, gehandelt haben. Spricht doch Gregor VII. selbst von einem scelus idolatriae, welches der Ungehorsam gegen die Anordnungen des apostolischen Stuhles darstelle, S. 45 n. 1. Gegen Kober auch Redlich S. 41.

[4] Gierke 3, 532.

[5] Deshalb gerade ist der Strafklausel Gregors I., S. 43 n. 6, der einzigen direkt verwendbaren Stelle aus dem älteren kirchenrechtlichen Material, eine so entscheidende Bedeutung beigelegt worden. Mit Rücksicht darauf und auf das früher Bemerkte rechtfertigt sich die oben ausgesprochene Vermuthung, dass sie, obwohl sie nach den Zeugnissen Bertholds, Bonithos und Gregors VII. schon 1076 in der fraglichen Fassung existirt haben muss, doch nicht vor der Mitte des 11. Jahrhunderts angefertigt worden ist. Der sich auffällig vermehrende Gebrauch der Klausel seit Gregor VII. in den päpstlichen Briefen, S. 43 n. 6, erklärt sich offenbar daraus, dass man das Recht des Papstes zur Absetzung von Herrschern als etwas selbstverständliches und hergebrachtes erscheinen lassen wollte. Nachdem sie einmal zu einem stehend gebrauchten Formulare geworden war, kann sie sehr wohl in die wenigen früheren Privilegien (S. 43 n. 6) am Ende des 11. oder im 12. Jahrh. eingefügt worden sein.

[6] Über die zweite im J. 1080 nach der Aussöhnung ausgesprochene, welche fast mit denselben Worten, wie die erste verhängt ist, vgl. Jaffé l. c. p. 403.

[7] c. 3 (mit der Überschrift: Gelasius) C. XV qu. 6 giebt Gregor VII. reg. VIII. 21 p. 458 (betreffend die Absetzung des Childerich durch Zacharias) wieder, vgl. auch das dict. P. II davor: „A fidelitatis etiam iuramento Romanus pontifex nonnullos absolvit, cum aliquos a suis dignitatibus deponit“.

[8] So hat Alexander III., welcher schon 1160 über Friedrich I. den Bann ausgesprochen und alle Unterthanen vom Treueide entbunden hatte, Watterich 2, 386, J. L. n. 10628, denselben 1167 zu Rom unter Erneuerung des Bannes abgesetzt, Joann. Saresb. opp. ed. Giles 2, 66; M. 22, 33: „Quum enim Romanus pontifex per patien-

Erfolge gewesen[1], so war doch immer die Absetzung der fürstlichen Herrscher in die Reihe der von der Kirche gebrauchten Strafmittel eingefügt[2].

Das Recht zur Entziehung niederer weltlicher Würden und Ämter[3] wurde selbstverständlich ebenfalls von der Kirche in Anspruch genommen, und von diesem Standpunkt aus erklärt sich weiter das Vorkommen der Entziehung von Lehnen und von Herrschaftsrechten[4], und anderen Rechten, welche nicht nur dem kirch-

tiam Teutonicum tyrannum diutius exspectasset ut vel sic provocaretur ad poenitentiam et schismaticus . . . peccata peccatis adderet iugiter . . . vicarius Petri, a domino constitutus super gentes et regna, et Italos et omnes qui ei ex causa imperii et regni iuiristurando religione tenebantur adstricti, a fidelitate eius absolvit . . . Abstulit ei etiam regiam dignitatem ipsumque anathemate condemnavit . . . donec fructus poenitentiae condignos operaretur"; Reuter Gesch. Alexanders III. 2, 243. 244; Redlich a. a. O. S. 26. 27. Ob Innocenz III. Otto v. Braunschweig 1210 abgesetzt hat (so Redlich a. a. O. S. 31), erscheint zweifelhaft, jedenfalls hat er ihn aber exkommunicirt und da er auch die Unterthanen vom Treueide entbunden hat, von der Ausübung der kaiserlichen Würde suspendirt, Innoc. III. ep. XIII. 19, opp. Migne 3, 361; Potthast n. 4213, Winkelmann, Philipp v. Schwaben 2, 249; Hefele, Conc. Gesch. 2 A. 5, 815. Dagegen ist Friedrich II. von Innocenz IV., nachdem er schon von Gregor IX. 1227, 1228 u. 1229, Potth. n. 8044. 8162. 8445; Rodenberg, mon. Germ. epist. 1, 281. 318, und nach seiner Absolution von Neuem 1239, P. n. 10724; Rodenberg 1, 637 in den Bann gethan war (vgl. auch Köhler, Verhältn. Kaiser Friedrichs II. zu den Päpsten. Breslau 1888 S. 14. 37. 56. 81; Redlich a. a. O. S. 31 ff.) 1245 auf dem Konzil von Lyon abgesetzt worden, M. 23, 618; Rodenberg 2, 93: „Nos itaque super premissis et quam pluribus aliis eius nefandis excessibus cum fratribus nostris et s. concilio deliberatione prehabita diligenti, cum Jesu Christi vices . . . teneamus in terris nobisque in b. Petri apostoli persona sit dictum: Quodcumque ligaveris . . . memoratum principem, qui se imperio et regnis omnique honore ac dignitate reddidit tam indignum quique propter suas iniquitates a deo, ne regnet et imperet, est abiectus, suis ligatum peccatis et abiectum omnique honore et dignitate privatum a domino ostendimus, denuntiamus ac nihilominus sententiando privamus omnesque qui ei iuramento fidelitatis tenentur astricti, a iuramento huiusmodi perpetuo absolventes, auctoritate apostolica firmiter inhibendo, ne quisquam de cetero sibi tamquam imperatori vel regi pareat vel intendat, et decernendo quoslibet, qui deinceps ei velut imperatori aut regi consilium vel auxilium prestiterint seu favorem, ipso facto excommunicationis vinculo subiacere. Illi autem, quibus in eodem imperio imperatoris spectat electio, eligant libere successorem", vgl. hierzu Domeier, d. Absetzung Adolfs v. Nassau. Breslau 1889. S. 15. 55. Über die Absetzung Ludwigs des Baiern 1324 s. Redlich a. a. O. S. 34. — Philipp IV. dem Schönen hat Bonifaz VIII. ebenfalls 1302 die Absetzung angedroht, Hefele, Conc. Gesch. 6, 313, aber diese Drohung nicht ausgeführt, vielmehr ist der König, wie Bonifaz 1303 selbst erklärt hat, nur der auf die Verhinderung der Reisen, zum apostolischen Stuhl 1302 festgesetzten Exkommunikation verfallen, P. n. 25910 u. 25230; Hefele 6, 315. 322.

[1] Denn alle die genannten Fürsten haben sich der Absetzung nicht gefügt, sondern den Kampf gegen die Päpste fortgesetzt. Wegen des Protestes der Fürsten gegen die Absetzung Friedrichs II. s. Domeier a. a. O. S. 6 u. 7 u. S. 9.

[2] Die Sammlung Gregors IX. weist im Gegensatz zu Gratian keine Stelle auf, welche direkt von dem Absetzungsrecht des Papstes spricht, wohl aber solche Dekretalen von Innocenz III. (c. 6 de M. et O. I. 33; c. 13 de iudic. II. 1 u. c. 13 qui filii sint IV. c. 7), welche das Recht des Papstes zur Ausübung seiner kirchlichen Jurisdiktion über die Herrscher betonen, in den liber Sextus ist dagegen das Absetzungsurtheil Innocenz' IV. gegen Friedrich II. als c. 12 de sent. et re jud. II. 14, aufgenommen worden.

[3] Schon bei Gratian wird c. 21 (Tolet. XII c. 8) C. XXXII qu. 5 für eigenmächtiges Verlassen der Frau des Verlustes der palatina dignitas (s. Bd. IV. S. 804); c. 8 (Nov. Justin. 123 c. 8) C. XI qu. 1 der Entziehung der Magistratur und c. 32 (Excerpt aus Pseudo-Felic. II, Hinschius p. 478, d. h. dem Typus des Patriarchen Paul v. Konstantinopel, Lateransynode 649, M. 10, 1031) C. XXIV qu. 1: „Qui contra pacem ecclesiae sunt, si dignitatem aut cingulum militiae habeant, nudentur de eis" allgemein der Entziehung weltlicher Würden gedacht. Ob c. 22 (Alex. II. 1062, J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (percussio der Priester und der anderen niederen Kleriker) hierher gehört, ist zweifelhaft, da für das: „depositioni" auch die Variante: „compositioni" vorkommt, und für die percussio episcopi vorher diese harte Strafe nicht vorgeschrieben wird. Weiter wird die Strafe erwähnt Nismes 1096 c. 4, S. 41 n. 14. — Nach c. 9 (Lucius III. 1184, J. L. n. 15109) X de haeret. V. 7: „comites, barones, rectores et consules civitatum et aliorum locorum . . . honore quem obtinent, spolientur et ad alios nullatenus assumantur", wenn sie ihre Hülfe gegen die Ketzer verweigern und nach c. 13 §. 5 (Lateran. IV.) X eod. verlieren Advokaten und Tabellionen in Folge der Ketzerei ihre Ämter. Vgl. auch c. 1 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 4.

[4] Avignon 1209 c. 2, M. 22, 786 bedroht die weltlichen Obrigkeiten, welche die Verfolgung der Ketzer nachlässig betreiben, abgesehen von der Exkommunikation und der Interdicirung ihrer Länder auch mit Verlust der castra vel possessiones, welche sie von der Kirche haben. Allerdings kann hier, ebenso c. 10 (Innoc. III.) X de poen. V. 37, wo für die Tödtung eines Bischofs durch

lichen Gebiete[1] sondern auch dem rein weltlichen Gebiet angehören und mit der kirchlichen Sphäre nichts zu thun haben, wie des Rechts zum Handelsverkehr mit anderen Städten[2], des Rechts, Zeuge zu sein[3], aus Testamenten zu erben[4] ja auch der väterlichen Gewalt[5], von Klage-Ansprüchen[6] und Testaments-Exekutorien[7].

21. Im Zusammenhang mit der Absetzung der weltlichen Fürsten hat Gregor VII. auch die Strafe der Entbindung der Unterthanen von dem Treu-Eid und von ihren Pflichten gegen die Herrscher eingeführt[8]. Allerdings ist eine solche Lossprechung nur die nothwendige Folge der Absetzung[9]. Da sie aber auch von Gregor VII. neben der blossen Exkommunikation von Fürsten verhängt worden ist[10], so weist sie zugleich den Charakter einer selbständigen Strafe auf und ist als solche nicht allein in die Praxis des Mittelalters übergegangen[11], sondern auch als gemeinrechtliche Strafe anerkannt worden[12], welche vor Allem bei hartnäckigem Verharren des Fürsten in der Exkommunikation angewendet werden soll[13]. Zugleich ergiebt diese Ent-

seine Diöcesanen Verlust der von der Kirche verliehenen Lehen, und Clem. 1 de poen. V. 8, wo für Realiujurien, thätliche Angriffe auf den Bischof und Gefangenhaltung desselben dieselbe Strafe („a feudis, insuper locationibus, officiis et beneficiis spiritualibus et temporalibus quae ab ipsa ecclesia, cui sic offensus praeest episcopus, obtinet, cadat, hoc ipso ad eandem ecclesiam libere revertantur") angedroht ist, der lehnrechtliche Gesichtspunkt der Felonie und die Bestrafung dieser, Eichhorn, deutsch. Privatrecht §. 241 d, massgebend gewesen sein, aber kaum noch c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9, welches auf die Verfolgung oder die thätliche Verletzung oder die Gefangennahme eines Kardinals den Heimfall der feuda und locationes, welche der Thäter „ab aliquibus ecclesiis obtinet" setzt, vollends aber nicht c. 13. §. 3 (Lateran. IV.) X V. 7, welches anordnet, dass die Länder derjenigen weltlichen Herren, welche die Austreibung der Ketzer selbst nach deswegen erfolgter Exkommunikation hartnäckig verweigern, vom Papst unter Entbindung der Unterthanen vom Treueide vorbehaltlich des Ober-Eigenthums für den nicht schuldigen Lehnsherrn rechtgläubigen Christen zur Occupation überlassen werden sollen, und ebensowenig Mainz 1261 c. 43, M. 23, 1098, welches für die Inhaftirung und Gefangenhaltung eines Bischofs ipso facto Verlust aller von irgend welchen kirchlichen Anstalten empfangenen Lehen androht.

[1] Wie des Rechtes an Kirchen, Londoner General-Konzil 1127 c. 1, M. 21, 355, s. o. S. 34 n. 2.

[2] c. 9 X de haeret. V. 7 cit.

[3] Gran 1114 c. 59, M. 21, 1119 (für tabernarii, foeneratores, si laicus, ad testimonium non recipiatur) bezieht sich offenbar, da das Konzil ein Nationalkonzil war, auch auf das Zeugniss im weltlichen Gericht. Meistens findet sich diese Strafe, welche auch auf das Solennitätszeugniss ausgedehnt wird, nicht allein, sondern in Verbindung mit der Infamie und als Folge derselben ausgesprochen, s. S. 43 n. 1. Auch c. 2 (Lyon 1214) in VI de usur. V. 5 bildet nur eine Ergänzung von Lateran. II. 1139 c. 13, S. 42 n 2. Das Gesagte gilt auch von der neben der Infamie verhängten Strafe des Verlust der testamenti factio activa, s. S. 43 n. 1; welche Paris 1212 P. V c. 1, M. 22, 879 allerdings allein für Räuber angedroht wird.

[4] Langeais 1276 c. 4, M. 24, 213.

[5] c. un. (Gregor IX.) X de infant. V. 11 (Kinderaussetzung).

[6] Bordeaux 1238 c. 1, M. 23, 487; Rouen 1190 c. 21, M. 22, 584; Köln 1266 c. 10, M. 23, 1139; Seyne 1267 c. 12 p. 1181; Seyne 1269 c. 5, M. 24, 5; Avignon 1326 c. 23 p. 470; Tarragona 1329 c. 4, p. 855; Aschaffenburg 1292 c. 3, M. 24, 1037 (die meisten dieser Stellen betreffen Kleriker, welche ihre Ansprüche unzulässiger Weise vor dem weltlichen Gericht verfolgen).

[7] Für lässige Testaments-Exekutoren als Strafe ipso facto mit Übergang auf den Bischof, Ravenna 1311 c. 31, M. 25, 474; Aquileja 1339, p. 1122; Legaten-Konzil Padua 1350, M. 26, 230.

[8] So gegen Heinrich IV. 1076 u. 1080, S. 44 n. 1.

[9] Daher wird in den Streitschriften der damaligen Zeit auch über beides zugleich verhandelt, Mirbt a. a. O. S. 119 ff.

[10] Auf der römischen Synode 1076 gegen alle dort Exkommunicirten, Jaffé mon. Gregor p. 308 (c. 4 C. XV qu. 6.)

[11] c. 5 (Urban II. 1088—1099, J. L. n. 5724) C. XV qu. 6; Jaffé mon. Bamb. 365 (Heinrich V. zu Rheims 1119); S. 46 n. 8. (Friedrich I.); Honor. III. 1218, P. n. 5883, Bouquet rec. 16, 662 (Graf v. d. Bretagne); Gregor IX. 1229, Potth. n. 8445, Rodenberg epistol. 1, 318 (Friedrich II.). Vgl. ferner Legatenkonzil Montpellier 1195, M. 22, 668, wo die Strafe für Verletzung des Gottesfriedens bis zur Satisfaktion durch den Schuldigen angedroht wird.

[12] Abgesehen von den citirten Stellen Gratians s. auch das S. 46 n. 7 cit. dictum desselben und c. 3 C. XV qu. 6, c. 13 §. 3 (Later. IV. 1215) X de haer. V. 7. (S. 47 n. 4); ferner insbesondere c. ult. (Honorius III. 1216—1217, Potth. n. 7852) X de poen. V. 37.

[13] c. ult. X cit., vgl. auch die in Anm. 11 citirten Fälle.

wicklung, dass man in der damaligen Zeit das mit der Exkommunikation verbundene Verkehrsverbot nicht mehr auf den durch die Unterthanenpflichten gebotenen Umgang mit dem Herrscher bezogen hat[1].

22. Die unter 20 gedachte Entwicklung hat weiter dazu geführt, dass die Kirche nicht nur von dem ihr zustehenden Recht Gebrauch gemacht hat, die Unfähigkeit zum Erwerbe kirchlicher Ämter[2] und der von kirchlichen Instituten zu vergebenden Lehne[3] als Strafe anzudrohen, sondern dass von ihr auch

die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter und Stellungen[4],

ja endlich selbst

23. die Acht und der weltliche Bann[5] verwendet worden sind.

24. Sodann ist auch in dieser Periode die Verknechtung und zwar als Strafe gegen die Konkubinen von Klerikern der höheren Weihen seitens der Päpste[6], später auch von einzelnen Partikularsynoden[7] zur Durchführung der Cölibatsgesetze angegedroht worden. Weiter kommt sie partikularrechtlich für die Verletzung der ehelichen Pflichten[8], für Kirchenraub[9] und Verletzung des kirchlichen Asylrechts[10] und gemeinrechtlich für die Ketzerei[11] vor, und das Dekretalenrecht kennt sie ebenfalls[12].

[1] S. 4 ff. Vorher ist die Frage nicht praktisch geworden, was sich aus der Entwicklung des Verkehrsverbotes erklärt.

[2] S. 33.

[3] Mainz 1261 c. 43, M. 23, 1098 für die captivatores episcoporum.

[4] c. 9 X de haer. V. 7 cit., S. 47 n. 3 a. E.; c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9, S. 47 n. 4: „Nulli talium filiorum atque nepotum ex virili sexu descendentium ab eisdem alicuius aperiatur janua diginitatis aut honoris ecclesiastici vel mundani seu ad alicuius loci regimen sit ascensus". Partikularrechtlich auch Unfähigkeit, Testaments-Exekutor zu sein, Ravenna 1311 c. 31, M. 25, 474 (für Testaments-Exekutoren, welche ein Testament nicht ausgeführt haben).

[5] London 1127 c. 1 cit., S. 34 n. 2; c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9 cit: „Sicut reus criminis laesae maiestatis sit perpetuo infamis, diffidatus nihilominus et bannitus"; früher schon c. 1 §. 2 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 4 (für diejenigen, welche Assassinen zum Mord anstiften, auch wenn es beim Versuch bleibt): Sit etiam cum suis bonis mundanis omnibus tamquam christianae religionis aemulus a toto populo christiano perpetuo diffitatus." In den Stellen des Sextus ist offenbar der italienische beständige Bann, vgl. Ficker, Forschungen z. Reichs- und Rechtsgesch. Italiens 1. 102 ff. u. in d. Mitthlgen d. Instituts f. österr. Geschichtsforschg. Jnnsbruck 1880 1, 191 gemeint. Auch die Wüstlegung des Gutes und Zerstörung des Hauses des schuldigen kommt dabei vor, c. 5 in VI cit.

[6] So Leo IX auf einer römischen Synode 1049 oder 1051 (Hefele Conc.-Gesch. 4, 720) nach Petrus Damiani, M. 19, 797: „ut quaecumque damnabiles feminae intra Romana moenia reperirentur (a) presbyteris prostitutae, extunc et deinceps Lateranensi palatio adiudicarentur ancillae. Quod videlicet salutare statutum aequitatis iustitiaeque plenissimum, nos etiam per omnes ecclesias propagandum esse decernimus, quatenus praecepto prius apostolicae sedis edicto, unusquisque episcopus ecclesiae vendicet famulas, quas in sua parochia deprehenderit sacrilega presbyteris admixtione prostratas"; Urban II. (Melfi) 1089 c. 12, M. 20, 724 (c. 10 Dist. XXXII): „principibus licentiam indulgemus, ut eorum feminas mancipent servituti."

[7] Reichssynode zu London 1108 c. 10, M. 20, 1230: „tradantur episcopis concubinae cum rebus suis velut adulterae"; London 1127 c. 7, M. 21, 356 (bei Nichtbesserung der Konkubinen nach ihrer Ausweisung S. 40).

[8] Gran 1114 c. 53, M. 21, 109, Verknechtung der Frau de plebe bei böslicher Verlassung, des Mannes im Falle der Verläumdung der Frau wegen Ehebruches, beim Raub einer fremden Verlobten bei nicht erfolgender Busse, ferner wenn ein Mann, um sich seiner Frau zu entledigen, sich absichtlich als Schuldner verpflichtet und nicht aus der Schuldknechtschaft löst.

[9] Oviedo 1115 c. 3, M. 21, 132 setzt neben 4fachen Ersatz Busse fest, welche nach Wahl des Schuldigen in immerwährender Pilgerschaft oder Eintritt in ein Kloster oder dauerndem Eremitenleben oder auch in Verknechtung zu Gunsten der geschädigten Kirche bestehen soll.

[10] Lerida 1229 c. 19, M. 23, 1093 (Mauren, welche dabei geholfen haben, sollen zu Gunsten der beschädigten Kirche verknechtet werden), s S. 38 n. 5.

[11] Lateran. 1179 c. 27, M. 22, 232: „liberum sit principibus huiusmodi homines subicere servituti" in Betreff der dort genannten Ketzer, namentlich der Albigenser, ferner auch der Brabanzonen und raubender und plündernder Kriegsknechte und Landstreicher.

[12] Nach c. 6 (Later. III c. 24) X de judaeis V. 6 sollen Christen, welche den Sarazenen Waffen und Schiffe liefern oder die letzteren führen, durch die weltlichen Fürsten zu Sklaven derjenigen, in deren Gefangenschaft sie gerathen, gemacht werden.

25. Endlich findet sich noch als Strafe und zwar speziell für die Juden, welche die auf sie bezüglichen Vorschriften der Kirche verletzen, gemein- und partikularrechtlich, die Entziehung des geschäftlichen und sonstigen Verkehrs mit den Christen[1].

Was die Todesstrafe und die verstümmelnden Strafen anbetrifft, so werden diese nur vereinzelt in Konzilien des 11. und 12. Jahrhunderts angedroht[2]. Indessen sind diese Reichssynoden gewesen und haben auch zugleich für das weltliche Gebiet massgebende Bestimmungen erlassen[3]. Daher besteht der Antheil der Kirche an diesen Anordnungen lediglich darin, dass bei ihrer Festsetzung auch hohe Geistliche, namentlich Bischöfe, mitgewirkt haben. Die Kirche als solche hat dagegen während dieser Periode, wie in früherer Zeit, daran[4] festgehalten, dass sie dergleichen Strafen weder anzudrohen noch zu verhängen habe[5], dass daher, falls es erforderlich sei, nur die weltliche Obrigkeit solche Strafen festsetzen und vollstrecken dürfe und solle[6], insbesondere aber den Klerikern jede Ausübung der Kriminalgerichtsbarkeit und Mitwirkung bei derselben verboten[7]. Formell hat die Kirche diesen Standpunkt auch bei ihren Bestrebungen, die Ketzerei zu unterdrücken, gewahrt, materiell indessen nicht, indem sie, weil es sich hier um ihre vitalsten Interessen handelte,

[1] c. 12 (Innocenz III.) X de usuris V. 19 u. Lateran. IV 1215 c. 67, M. 22, 1054, c. 18 X eod. (für Verweigerung des Erlasses oder der Restitution der von den Christen übermässigen erwucherten Zinsen); Lateran. IV. c. 67 cit. (bei Nichtentrichtung der auf ihren von Christen erworbenen, zehntpflichtigen Grundstücken haftenden Zehnten und Oblationen, wiederholt Arles 1234 c. 16, M. 23, 340); Chateau Gontier 1231 c. 32, M. 23, 234 (für Verächtlichmachung des christlichen Glaubens und Blasphemie des Erlösers); Arles 1234 c. 16 cit. (für Nichttragen des vorgeschriebenen Abzeichens auf den Kleidern, wiederholt Valence 1278 c. 5, M. 23, 772 u. Albi 1254 c. 70, M. 23, 852); vgl. ferner noch Avignon 1279 c. 6, M. 24, 237; Rouen 1299, p. 1220; Avignon 1326 c. 57, p. 773; Avignon 1337 c. 69, p. 1105.

[2] Enham 1009 c. 26, M. 19, 307: „Si quis daemoniaco instinctu regem circumvenire molitur, illum dignum morte iudicamus"; Palencia 1129 c. 17, M. 21, 387: „Qui falsam monetam fecerint, excommunicentur et a rege effossionem oculorum patiantur".

[3] Bd. III S. 546 n. 2; S. 572. 575 n. 1. Das ist wohl kaum der Fall bei den unter der Synode v. Lisieux 1106, M. 20, 1210 mitgetheilten Anordnungen: „Ut qui virginem violaverit, effodiantur oculi et genitalia praecidantur. Ut amputetur dextera iis qui monetam adulteraverint", vielmehr handelt es sich hier um Erlasse der weltlichen Gewalt, ebenso wie bei den const. eccles. Andreae I. reg. Hungar. u. 1048 c. 1, M. 19, 631, nach welchem das Heidenthum mit Todesstrafe und Vermögenskonfiskation bestraft wird.

[4] c. 1—3 (Augustin) C.XXIII qu. 5; c. 7 (Excerpt aus Greg. I.) ibid., s. auch c. 3 (Greg. I) C. XIV qu. 6. Vgl. auch Kober Deposition S. 147 254 ff.

[5] c. 6 (Ps.-Nicolaus I., J. L. n. 2709, M. 15, 142) C. XXXIII qu. 6; Ivon. Carnot. ep. 247 ad Joann. Aurelian. episc., Migne 162, 254: „Quomodo enim ecclesia iudicare debet fundendum sanguinem alienum, quae a primo ortu suo iussa est fundere sanguinem proprium?"; c. 4 (Alex. III.) X pe raptor. V. 17 (Sarazenen, welche Frauen und Kinder rauben) „poena poteris pecuniaria mulctare, et etiam flagellis afficere ea moderatione adhibita, quod flagella in vindictam sanguinis transire minime videantur"; c. 3 (Urban III.) de crim. fals. V. 20.

Im Gegentheil hat die Kirche von Anfang an auch in Betreff der von den weltlichen Obrigkeiten zur Todesstrafe verurtheilten Verbrecher im Interesse der Besserung derselben sich für ihre Verschonung mit dieser Strafe verwendet, s. die Anführungen in Absatz 1. Auch die Ausbildung und die Geltendmachung des kirchlichen Asylrechtes, Bd. IV S. 380 ff., sowie die Vorschrift, dass bei der Auslieferung des degradirten Klerikers an die weltliche Gewalt die Kirche für die Verschonung desselben mit Todesstrafe nachdrücklich einzutreten habe, c. 27 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40, beruht auf der gleichen Anschauung.

[6] c. 4 X cit. V. 17.

[7] Bd. I S. 28; ja sogar auch die blosse Billigung der Vollstreckung durch einen Geistlichen, namentlich einen Bischof, und Anwesenheit bei derselben, c. 10 (Innoc. III.) X de exc. prael. V. 31.

Demgegenüber kommt es nicht in Betracht, dass die in c. 1 X de furt. V. 18 aufgenommene Stelle aus Exod. XXI. 16 für Menschenraub die Todesstrafe androht, denn hier handelt es sich um ein nach der Anschauung der Kirche von Gott aufgestelltes Gebot, und von der Vollstreckung der Strafe durch die Kirche ist nicht die Rede. So sagt auch die Glosse dazu unter Berufung auf c. 6 C.XXXIII qu. 6 und c. 4 X cit. de rapt. V. 17: „sed secundum canones haec poena non imponitur". Dasselbe gilt von c. 1 (Exod. XXI. 14) X de homic. V. 12.

der Anwendung der Todesstrafe und der Ausbreitung der letzteren nicht nur nicht entgegengetreten ist, sondern dieselbe auch gebilligt und auf ihre allgemeine Einführung in entscheidender Weise hingewirkt hat[1].

§. 262. *bb. Die kirchlichen Strafen gegen die Geistlichen.*

Die kirchlichen Strafen, welche die Geistlichen allein treffen können, weil sie die kirchliche Stellung und die kirchlichen Amtsrechte derselben berühren[2], haben gerade im Laufe dieser Periode manche Veränderung, theils eine Umbildung ihres früheren Charakters, theils eine nähere Spezialisirung und Differenzirung, theils auch durch Einführung neuer eine Ergänzung erfahren. Bedingt und herbeigeführt worden ist diese Umgestaltung durch die Ausbildung des kirchlichen Benefizienwesens überhaupt[3], ferner durch die in der Verfassung der Dom- und Kollegiatkapitel eingetretenen Änderungen[4], endlich auch durch die Feststellung der Lehre von dem unauslöschlichen Charakter der Weihe[5] und durch die Zulassung der absoluten Ordinationen[6]. In Folge dessen weist das kirchliche Disciplinarstrafensystem, wie es sich in der merovingischen Zeit entwickelt hat[7] und zunächst noch in der karolingischen festgehalten worden ist, gegen Ende dieser Periode, d. h. seit dem 13. Jahrhundert einen zum Theil veränderten Charakter auf, und in dieser durch das Dekretalenrecht festgestellten Gestaltung ist es im wesentlichen noch bis heute geltend geblieben. Was die einzelnen Disciplinarstrafen betrifft, so kommen zunächst die Deposition und die Degradation in Betracht.

1. Die Deposition a. bis zum Ende 12. Jahrhunderts. Die Deposition[8]

[1] S. darüber unten §. 286, insbesondere das dort über die Thätigkeit Gregors IX. Bemerkte.
[2] B. IV. S. 726. 752. 806. 833.
[3] Bd. III. S. 366. 367.
[4] Bd. II. S. 61 ff.
[5] Bd. I. S. 117.
[6] Bd. I. S. 63.
[7] Bd. IV. S. 806.
[8] Bezeichnet wird sie in den Quellen
a. mit *deponi*, Karol. M. admon. 789 c. 21 (simonistische Anstellung und Weihe für beide Theile nach Chalcedon c. 19, Boret. 1, 55); Stat. Rhispac. 799 c. 17, B. 1, 228 (subintroductae im Hause halten); Nicäa II 787 c. 7 (Bischof, der eine Kirche ohne Reliquien konsekrirt), c. 9 (Verheimlichung der Schriften gegen die Bilderverehrung durch Geistliche der höheren Weihen), M. 13, 749. 751 und ibid. c. 13 (M. 13, 753, c. 5 C. XIX qu. 3, Verwendung kirchlicher Gebäude zu weltlichen Zwecken), c. 18 (Halten von Frauenzimmern seitens der Bischöfe in den episcopia); Cap. ad lect. can. 802 c. 5, B. 1, 108 (nach can. apost. 25, Bischof, Priester, Diakon in fornicatione, furto et periurio conprehensus); Haito v. Basel (807—823) c. 12, B. 1, 364 (simonistische Anstellung und Weihe); Aachen 836 I. c. 6, M. 14, 675 (Trunksucht der Bischöfe), Mainz 847 c. 12 und 888 c. 5, M. 14, 906 u. 18, 66 (simonistische Erwerbung von Kirchen durch Priester); Regino I. 58 (Einrichtung von Schenken in den Kirchen durch Priester); Reichssynode zu Basel 991 (Bd. III. S. 569) M. 19, 153: „... Itaque presbyter (Adalgar) iubetur, ut quod malit, eligat aut perpetuum anathema aut suam legitimam depositionem: ... maluit deponi, quam sub perpetuo anathemate detineri. At episcopi ... (eum) veste sacerdotali induunt ac mox illi singula quaeque usque ad subdiaconatum sine reverentia detrahentes, singillatim per singula subinferunt: Cessa ab officio. Deinde per legitimam reconciliationem, laicam illi tantum communionem concedunt ac poenitentiae subdunt"; Pavia 1022 (Bd. III. S. 564 n. 1) c. 1, LL. 2, 562: „nullus presbyter, nullus diaconus, nullus subdiaconus, nullus in clero uxorem aut concubinam admittat ... quod si fecerit secundum ecclesiasticam regulam deponatur;" Orleans 1022, M. 19, 380: „iussi sunt (ketzerische Kleriker) singuli sacris vestibus indui in suo ordine statimque ab antistibus a proprio honore sunt depositi et .... de gremio s. ecclesiae eiecti sunt;" Alexander II. 1063 u. 1067, J. L. n. 4538 u. 4640, M. 19, 978, Ewald, R. Arch. d. Gesellsch. f. ält. deutsche Geschichtskunde 5, 340. 343 (Absetzung von Bischöfen wegen fornicatio, simoniaca episcopatus adeptio, sacrorum ordinum venditio, Celebriren nach Suspension und Verschleuderung von Kirchengut); c. 109 (Rom 1063) C. I. q. 1 (Weihe und Weihenlassen durch einen simonistischen Bischof: „uterque depositus poenitentiam agat et privatus propria dignitate persistat"); Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 (clerici usurarii und ministri laicorum); Gregor VII. dictatus II. 55a, Jaffé mon. Gregor p. 174: „Quod ille (Romanus pontifex) solus possit deponere episcopos vel reconciliare, Quod legatus eius omnibus episcopis praesit

su concilio . . . et adversus eos sententiam depositionis possit dare;" Rom 1080 p. 399; Rouen 1072 c. 14, M. 20, 38 (Priester, die Eheschliessungen in verbotenen Graden assistiren); Rouen 1074 c. 16, M. 20, 399: „Ne hi qui culpis urgentibus ab ordine sunt depositi, quasi ab omni clericatu liberi, militent saeculo more laicali"; Urban II. 1098 (J. L. 5409) u. Melfi c. 1, M. 20, 676. 968 u. 722 (Bischof, welcher Archidiakonate, Dekanate und Präposituren verkauft); Melfi 1089 c. 8, und Troyes 1117, c. 1, M. 20, 723 u. 1223 (c. 17 C. XVI. qu. 7, Empfang der Investitur aus Laienhand); Limoges 1095, M. 20, 922; Poitiers 1100, M. 20, 1118 („ab episcopali et sacerdotali officio depositus"); London 1102, M. 20, 1151; Gran 1114 c. 54, M. 21, 110 („Si quis de clero secundam uxorem vel viduam vel repudiatam duxerit, deponatur"), c. 59 („Clerici tabernarii vel foeneratores non sint; quicumque vero in tabernaria domo biberit, si clericus est, deponatur"), u. c. 65: „Quicumque de his qui in clero sunt, ad synodum episcopi sui non venerint, usque ad laicum deponantur"; ferner ibid. c. 6, 48 (Priesterwegen Unwissenheit u. Trunksucht), c. 56 (Konkubinenhalten durch Priester); Rheimser Gottesfrieden Calixts II. 1119, M. 21, 236 (Verletzung des Interdikts durch Schlosskapläne: „deponendus ab ordine"); Lateran. I. 1123 c. 10, M. 21, 283 (c. 3 Dist. LXII. Weihe eines nicht rechtmässig gewählten Bischofs „consecratus et consecrator absque recuperationis spe deponatur"; c. 11. (Alex. III.) X de sim. V. 3 (clerici simoniaci „ab altaris ministerio perpetuo deponendi"); c. 3. 4 (Alex. III.) X de clerici excomm. V. 27 (für das Celebriren durch interdicirte oder exkommunicirte Geistliche: „depositio perpetua" oder „in perpetuum ab officio sacerdotali deponas"); c. 1 (Alex. III.) X de cler. pugn. V. 14 (für duellirende Kleriker); c. 6 (Lateran. IV) X de bapt. III. 42 (deponi ab omni off. et benef.),

b. *degradari*, Karol. capit. 742, c. 1, B. 1, 25: „Falsos presbiteros vel adulteros vel fornicatores diaconos et clericos de pecuniis ecclesiarum abstulimus et degradavimus et ad poenitentiam coegimus"; Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35; cap. Vermer. 758/768 c. 15, B. 1, 41; s. g. stat. Bonifac. (Anfang saec. IX) c. 10, M. 12, 385: „qui relicto suo episcopo ad alium convolat, degradatur"; c. 8 (Chalons 813 c. 40) Dist. LXXXI; Mainz 845 c. 25, M. 14, 910; Gottesfrieden v. Mainz 1083 und Heinrichs IV. 1085, LL 2, 58: „unde laici decollentur, inde clerici degradentur, unde laici detruncentur, inde clerici ab officiis suspendantur"; Winchester 1070, M. 19, 1079; Szaboles 1092 c. 13, M. 20, 782: „Ordo clericalis, si anserem vel gallinam aut poma vel his similia furatur, scopis tantum a magistro corrigatur, sed quod furatur, restituat. Maius hic si furatus fuerit, ab episcopo suo degradetur et iudicio vulgari damnetur"; Nimes 1096 c. 12, M. 20, 936 („Presbyteri publice fornicarii degradentur"); Rheims 1148 c. 11, M. 21, 719 (als London 1136 o. 1138, ibid. p. 517, für interdicirte Geistliche, welche, nachdem sie in die Exkommunikation verfallen, noch weiter amtiren); 4 (Alex. III.) X de tempor. ordin. I. 11.

Dass *degradari* dasselbe bedeutet, wie *deponi*, beweist Hincm. Rhem. cap. ad magistr. et decan. 856 nach c. 26, M. 15, 486: „quod de crimine confessi vel convicti merito sint a gradu ecclesiastico deponendi" und a. Schl. p. 491, „ita nec apostolica sedes est sibi ipsi diversa sive adversa, quae secundum ss. canones de manifestis peccatis confessos sive convictos, a gradu ecclesiastico iubet deponi et non publice confessos vel legaliter ac regulariter convictos damnari vel degradari nulla ratione permittit"; ferner der Umstand, dass die Deposition, Basel 991 und Orleans 1022, s. S. 51 n. 8, und die Degradation, Nimes 886, M. 18, 46: „Ibi Selvam . . . Eronernicum degradarunt scissis episcopalibus indumentis, baculis eorum super eorum capite confractis, annulis cum dedecore a digitis evulsis" in derselben Weise vollstreckt wird.

c. *Abiici*, resp. Steph. II. c. 10. 14, M. 12, 561 (Priester, welche ihren Konsekrator nicht kennen, erst amtiren, dann heirathen); dessen Gleichbedeutung mit *deponi* c. 7 (Rom 826) Dist. LXXXI. („si in eo scelere invenitur, quo abiciendus conprobetur, depositus providentia episcopi bene proviso loco constituatur, ubi peccatum lugeat") ergiebt; ab ordine abiici Hincm. cap. 874 c. 1, M. 15, 494, Bd. III. S. 245 n. 3).

d. *Deiici* (nec dignum esse inter presbyteros nuncupari) Hincm. l. c. c. 2 (Annahme von Geschenken aus den für die Kirchenarmen bestimmten Zehnten), deiici a clero (et alienum existere a regula) c. 33 (Rouen 9. Jahrh.) C. VII. qu. 1 (Kauf von Kirchen); deiici a clero, c. 4 (Later. III. 1179) X de excess. prael. V. 31 (clerici, die Sodomie treiben); d. presbyteratu inrecuperabiliter et omni administratione altaris, Alex. II. 1065, J. L. n. 4572, M. 19, 962 (Ermordung eines Priesters durch einen andern); d. a sacro ministerio, Hincm. l. c. c. 3, M. 15, 495 (verdächtiger Umgang der Priester mit Frauen); d. a proprio gradu, London 1125 c. 14, M. 21, 322 (clerici usurarii); deiici ab ordine pontificali Ceprano 1114, M. 21, 98 (Erzb. Landulf v. Benevent, wofür Fulco Benevent, Watterich 2, 79: „ab omni . . . officio deposuit").

Verwandte Ausdrücke: *proici* ab omni clero et beneficio, Lüttich. Diöcesanstat. 1166 c. 12, M. 22, 10 (Celebriren für Exkommunicirte oder Interdicirte aus Furcht oder aus Gunst); *a clero removeri*, c. 2 (Tours 1163) X ne prael. V. 4 (Dekane und Erzpriester, welche die Verwaltung der Jurisdiktion des Bischofs oder Archidiakons gegen jährlichen Zins übernehmen).

e. *Ab honore clericatus pelli*, Worms 868 c. 9, M. 15, 871 (Heirath der Geistlichen v. Subdiakon an aufwärts); a gradu proprio repelli, Meaux-Epernay 845/846 c. 68, M. 14, 835; LL 1, 392 (Geistliche, welche der Ehe zwischen Entführer und der entführten Braut eines anderen zustimmen oder Förderung angedeihen lassen); depelli ab ecclesiae regimine, Rheims 1148 c. 10, M. 21, 716 (nur statthaft canonico iudicio).

f. Weitere sicher hierher gehörige Ausdrücke: *ab omni sacerdotali officio alienum* oder *nudatum esse*, Rom 745, Jaffé mon. Mogunt. p. 144 (Ketzer Adalbert und Clemens); *omni sacerdotali honore et nomine alienus et omni clericatus officio prorsus exutus* Nicol. I. 866, J. L. n. 2819, M. 15, 247 (Photius); *ab omni sacerdotii officio permanere penitus alienos*, Rom 863 c. 2, M. 15, 651 (c. 10 C. XI qu. 3, Thietgaud v. Trier und Günther v. Cöln, vgl. dazu Nicol. I. 863, J. L. n. 2748, M.

bildet, wie früher, bis gegen Ende des 12. Jahrhunderts die härteste Strafe für schwerere Vergehen der Geistlichen der höheren und niederen Grade [1]. Der abgesetzte Geistliche verliert durch dieselbe, ebenso wie nach älterem Recht, nicht nur sein Amt [2] und die mit demselben verbundenen Vermögensrechte [3], namentlich das Benefizium [4], sondern er scheidet auch aus dem Klerikalstande [5] aus und wird un-

15, 649: „depositi et ab officio sacerdotali excommunicati atque a regimine episcopali alienati"; Lateran. III. 1179 c. 12, M. 22, 225 (c. 4. X. ne cler. III. 50: „ab ecclesiastico ministerio fiat alienus"); schottisches Konz. 1225 c. 22, p. 1228 (ebenso); *omni ecclesiastica dignitate privari* et *inter laicos deputari*, const. eccles. Coloman. reg. Hungar. u. 1103 IV. 1, M. 20, 1175 („si quis bigamus propter uxorem divinum officium reliquerit");

ab altari moveantur simul et de clero segregentur, Troyes 1107 c. 4, M. 20, 1223 (sacerdotes uxorati sive concubinarii); *a divino officio remoti* et *omni ecclesiastico beneficio privati extra chorum ponantur*, London 1148 c. 5, M. 20, 1230 (Priester, die nicht von ihren Frauen lassen);

gradus sui periculo subiacere, Karol. M. cap. 769 c. 14, B. 1, 46 (Messelesen in nicht konsekrirten Räumen); cap. Olonn. eccles. II. 825 c. 5, B. 1, 328 (Priester, die ihre Konkubinen nicht entfernen, während stat. Rhispac. 799 c. 17, l. c. p. 228 dafür das deponi androht); Rouen 1048 c. 78, M. 19, 753 (Bedrückung der Poenitenten durch Abgaben); Toulouse 1056 c. 1, M. 19, 847 (Bischof, welcher simonistisch weiht); c. 9 (Alex. II. 1061/1073; J. L. n. 4722) C. I. qu. 3 (Kauf u. Verkauf v. Benefizien „nec ministrare possit ecclesiae, quam pecunia venalem fieri concupivit").

a statu suo succidatur (sicut arbor quae inutiliter terram occupat) c. 17 (Alex. III) X de decim. III. 30 (für Zehntveräusserungen an Laien).

Über weitere Bezeichnungen s. d. folg. Anmkgen.

[1] Auch für die karolingische und spätere Zeit erweist sich die Behauptung von Nissl, Gerichtsstand d. Klerus i. fränk. Reich Innsbruck 1886. S. 19. 25 (vgl. Bd. IV. S. 807 n. 1), dass nur die Geistlichen der höheren Weihen wegen schwerer Vergehen mit Degradation oder Deposition, die der niederen dagegen blos mit der Exkommunikation bedroht worden seien, als haltlos. Die erstere Strafe wird ausdrücklich in cap. Karol. 742 c. 1 (S. 52 unter b) neben den Presbytern und den Diakonen auch den clerici angedroht, und schlechthin der Kleriker ohne Unterschied des Grades erwähnen ausser Karol. II. ed. Pist. 864 c. 20, LL. 1, 493: „et de tali causa, unde saeculares homines vitam perdunt, inde clerici ecclesiasticum gradum amittunt", die folgenden a. a. O. citirten Stellen: Nicäa II. 787 (c. 5 C. XIX qu. 3); Pavia 1022 c. 1; Tours 1060 c. 6; Mainzer Gottesfrieden 1083; Szaboles 1092 c. 13; Gran 1114 c. 59; London 1124 c. 14; c. 4 X V. 31; ferner Frankfurter Konstit. Ottos I v. 951 c. 1, LL. 2, 26: „ut qui rapiunt eas (virgines et viduas) sub nomine simul habitandi, si quidem clerici sint, decidant a proprio gradu, si vero laici anathematizentur"; c. 2 (Antioch.) und c. 3 (Alex. III.) X de cler. excomm. V. 27; vgl. Kober, Deposition S. 186.

[2] Des Verlustes des officium wird u. A. erwähnt Rom 745; Nikolaus II. 866, c. 10 C. XI. qu. 3; Basol 991, Poitiers 1160; des sacrum ministerium Hincmar. 874 c. 3; London 1148 c. 5; des ecclesiae regimen Rheims 1148 c. 10; des altaris ministerium c. 11 X. V. 3 und c. 4 X. V. 27; der omnis administratio altaris Alexander II. 1085 (s. S. 51 n. 8.)

[3] cap. Karoli 742 c. 1 cit. „de pecuniis ecclesiarum abstulimus".

[4] S. z. B. Tours 1060 c. 6. 7; London 1148 c. 5; Rudolf v. Lüttich 1166 c. 12 (a. a. O.).

[5] c. 10 C. XI qu. 3: „Predictis (Thietgaud und Günther) autem depositis licentiam concedimus ecclesiam ingrediendi et communicandi sicut laici" (d. h. es wird ihnen nur die s. g. communis laica Bd. IV. S. 729 belassen), eine Stelle, welche sich allerdings weder in der römischen Synode v. 863 noch in den darauf bezüglichen Briefen Nikolaus I., S. 52. Anm. unter f. und v. Pflugk-Harttung 2, 28 findet, aber selbst wenn sie gefälscht sein sollte, die Rechtsanschauung der Zeit darlegt; vgl. Basol 991, S. 51 Anm. 8; ferner Limoges 1095, M. 20, 922: „Qui (Humbaldus, B. v. Limoges a papa publice depositus) apud S. Severum cessit ibique inter laicos laicaliter multo tempore vixit"; Gerona 1068 c. 7, M. 19, 1071: „A presbytero ad subdiaconum, si uxorem duxerint aut concubinam retinuerint, de clero exeunt et omne beneficium ecclesiasticum perdant et cum laicis in ecclesia maneant"; Colomanni leg. eccles. 1103 IV. c. 1 und Gran. 1114 c. 65 cit., S. 52 Anm. Dasselbe, die kirchliche Gleichbehandlung mit Laien, bedeuten die Ausdrücke wie: „consortium clericorum amittere", Tours 1060 c. 7 cit. und „de choro segregare" oder „extra chorum ponere", Troyes 1107 c. 4 cit. (wo für den Fall der Hartnäckigkeit auch die Entziehung der communio laicalis angedroht wird); und London 1148 c. 5, vgl. auch Bd. IV. S. 540; ferner die Wendungen: „ab ordine abiici", Hincmar. 874 c. 1; „a clero abiici" oder „deiici", c. 33 C. VII qu. 1 u. c. 4 (Later. III. 1179) de exc. prael. V. 31; „ab honore clericatus pelli", Worms 868 c. 9; „ab omni clero proiici", Rudolf v. Lüttich 1166, S. 51 n. 8. Selbst vom Standpunkt der katholischerseits vertretenen Auffassung, dass von Anfang an die Weihe einen character indelebilis gewährt hat (Bd. I. S. 117), lässt sich gegenüber den mitgetheilten Quellenstellen unmöglich leugnen, dass der von der Strafe betroffene Geistliche in dieser Zeit jedenfalls rechtlich dem Laien gleich gestellt, also so behandelt worden ist, wie seit dem 13. Jahrhundert derjenige, welcher im Sinne des neueren Rechts nicht blos deponirt, sondern degradirt worden ist. Rouen 1074 c. 12, M. 20, 399: „Ne hi qui culpis urgentibus ab ordine sunt depositi, quasi ab omni clericatu liberi, militent saeculo more laicali",

fähig, wieder im Kirchendienst angestellt zu werden [1].

Was diese Wirkungen des Näheren betrifft, so umfasst der Verlust des von dem Betroffenen innegehabten Weihegrades nicht nur die Entziehung dieses, obschon vielfach nur des letzteren allein gedacht wird [2], sondern auch die sämmtlicher niedrigeren Ordines [3] und aller dem Kleriker zustehenden Ehrenrechte [4]. Der Deponirte

steht nicht entgegen, denn es verlangt von den deponirten Geistlichen, welche vielfach der Zwangsbusse unterworfen worden sind, s. unten §. 263, nur ein ihrem früheren Stande entsprechendes Leben.

[1] Zachar. ad Pipp. 747 c. 2, J. E. n. 2277 Jaffé mon. Carol. p. 21: „de episcopis, presbiteris et diaconibus damnatis, quod pristinum officium recuperare non debent" unter Berufung auf c. 29 apost. (Bd. IV, S. 726 n. 6); c. 4 (Joann. XIII 875, J. E. n. 3010) Dist. L.: „debet ergo sacerdotio privatus lacrimarum fonte flagitium tam immane (homicidium) diluere, ut talibus saltem remediis curatus salutis possit invenire suffragium"; Rudolf v. Bourges 850 c. 16, M. 14, 951; (Priester wegen verdächtigen Verkehrs mit Frauen) „noverit se a sacerdotii honore et ab officio removendum nulla ei prorsus recuperationis consolatione relicta"; ibid. c. 18 (Priester, der sich bei Begräbniss, Taufe, Busse und anderen Sakramenten bezahlen lässt) „proprii honoris irrecuperabiliter periculo subiacebit"; c. 2 (Eugen III) X de raptor. V. 17 (Priester, welcher Räuber und Brandstifter zur Busse und zum christlichen Begräbniss zulässt), ferner von den S. 51 n. 8 citirten Stellen Alex. II. 1065, Later. I. 1123 c. 10; c. 11 (Alex. III.) V. 3 u. c. 3. 4 (id.) X V. 27. Vgl. hierzu noch unten S. 55.

[2] *gradu privari*, Hincm. Rem. cap. 852 c. 16, M. 15, 479 (Theilnahme an verbotenen Gilden und ihren Gelagen „presbyter vel quilibet clericus", wiederholt Nantes saec. IX c. 15, M. 18, 170); *gradum perdere* cap. Vern. 758/768 c. 4, B. 1, 40 (zwangsweise Verschleierung von Frauen durch Priester); *gradum amittere*, Theodulf von Orleans u. 797 c. 16, M. 13, 998 (unerlaubter Erwerb von Kirchen anderer Priester durch Geschenke); Aachen 836 II. c. 12. M. 14, 679 (Bischöfe bei hochverrätherischen Handlungen); *proprii officii gradum amittere*, Rom 853 c. 41, M. 14, 1016 (Priester, welche ohne Zustimmung des Bischofs in fremden Diöcesen Kirchen annehmen); c. 6 (Meaux-Epernay 845. 847) C. XXIII qu. 8 („quicumque ex clero arma militaria sumunt"); *proprii gradus amissione mulctari*, London 1175, M. 22, 150 (für dasselbe Vergehen); *decidere a proprio gradu*, Hludov. P. cap. eccl. 818 c. 16, B. 1, 278 (bei simonistischer Vergebung von Ämtern, beide Theile); Vienne 1060 c. 1, M. 19, 925 (et dignitate) (simonistische Vergebung von Ämtern und Weihen); *periculum proprii gradus sustinere*, Aachen 836 III c. 11, M. 14, 682 und Melfi 1089 c. 2, M. 19, 723 (Frauen haltende Geistliche vom Subdiakon aufwärts); *gradus sui periculum incurrere*, Paris 829 I. c. 46, M. 14, 566 (Messelesen an unerlaubten Orten); Rouen saec. IX c. 9. Bruns I. 2, 270 (Verschleierung von Wittwen durch Priester) oder *sentire*, Benevent 1091 c. 3, M. 21, 239 (Bischöfe, welche fremde Geistliche ohne Formate weihen); ferner *a gradu sui ordinis periclitari*, cap. Ghaerbald. Leod. episc. 802/810 c. 5, B. 1, 243 (Priester, welcher sich Taufe und Abendmahl bezahlen lässt); *ordinis sui dammum pati et ecclesiastico beneficio carere*, c. 2 (Eugen III.) X de rapt. V. 17 cit.; *ordinis sui periculum incurrere*, Rheims 1148 c. 13, M. 21, 219 (Bischof, der einem Amtsbruder die Rechtshülfe verweigert); *ruinam proprii ordinis pati*, London 1125 c. 13, M. 21, 332 (presbyteri, diaconi, subdiaconi, canonici concubinarii); *concessi ordinis privari officio et loco*, London 1175 c. 3, M. 22, 148 (höhere Kleriker, „qui iudicium sanguinis agitant"); *gradu ecclesiastico carere*, Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 788 (Priester und Diakonen, welche Waffen tragen und sonst in ihrem äußeren Verhalten schwer gegen ihren Stand verstossen).

[3] Denn mit der Entziehung des vom Deponirten innegehabten Grades oder Ordos war für sein Amtiren an der Kirche kein Raum mehr, und die früher erlangten niedrigeren Ordines konnte er vorher schon nicht mehr als solche ausüben. Darum bedurfte es der Erwähnung der letzteren nicht. Eine Änderung des früheren Rechts (Bd. IV. S. 728, 806) ist für diese Zeit nicht nachweisbar; im Gegentheil wird die Versetzung in den Laienstand oder die rechtliche Gleichbehandlung mit Laien auch neben solchen Ausdrücken, wie den angeführten erwähnt, lex Romana Curiensis XVI. 1. 4, LL 5, 392. „Si quis episcopus . . . clericum in saeculares causas conversare viderit et pro malitia sua de gradum suum eiecerit ... si ipse clericus de bona gente est ... inter ipsos curiales officium publicum faciat; si ... inferior . . ., inter collegiatos ..", d. h. der Kleriker scheidet aus dem geistlichen Stand aus und hat nunmehr die öffentlichen Lasten wie der Laie zu tragen (vgl. v. Salis Ztsch. d. Savigny-Stiftg. german. Abth. 6, 162. 163). Ferner ergiebt sich die Gleichbedeutung der gedachten Beziehungen mit deponi daraus, dass für dasselbe Vergehen die Strafe bald in der einen oder anderen Wendung angedroht wird; s. S. 52 Anm. Endlich wird die blosse Zurückversetzung auf einen niedrigeren Grad stets ausdrücklich als etwas Besonderes und als Akt der Milde hervorgehoben, Röm. Synode unter Leo VIII. 964, Liudprand. de Otton I. gest. c. 21, Watterich 1, 62: „Benedictum (V) s. romanae .. sedis invasorem, omni pontificatus et presbyteratus honore privamus: ob eleemosynam vero d. imper. Ottonis (I) ... diaconatus eum ordinem habere permittimus et non iam Romae sed in exilium"; Rheimser Synode Leos IX. 1049, M. 19, 741: (Bischof v. Nantes, der die Nachfolge nach seinem Vater durch Simonie erlangt hat): „iudicio synodi sublato annulo et pastorali pedo privatus est pontificali ministerio, condonato ei intervenientibus episcopis, tantummodo presbyteratus officio; in c. 5 (Nicol. I 861, J. E. n. 2688) Dist. L ist wohl volle Absetzung gemeint.

[4] Vgl. Bd. IV. S. 727 n. 3. Daher wird auch

konnte abgesehen von seinem Amt nunmehr auch keine aus dem Ordo oder seinem früheren Amt herfliessenden Funktionen ausüben, und wurde, falls er es that, mit der grossen Exkommunikation bestraft[1]. Während aber nach älterem Recht die von den Deponirten vorgenommenen Weihehandlungen als nichtig betrachtet worden sind[2], begann sich im 9. Jahrhundert offenbar in Folge der schon früher in der Kirche vertretenen Auffassung, dass die Ordination einen unverlierbaren Charakter aufpräge, die Ansicht geltend zu machen, dass dieselben trotz ihrer Unerlaubtheit nicht der Gültigkeit ermangelten[3], und gegen Ende des 12. Jahrhunderts ist diese zu allgemeiner Anerkennung in der Kirche gelangt[4].

Hinsichtlich der ferneren Wirkung der Deposition, der immerwährenden Ausschliessung des davon Betroffenen von der Wiederanstellung in kirchlichen Stellungen und Ämtern zeigt sich im Verlaufe dieser Periode eine noch weiter gehende Milde als früher[5]. Schon in Folge der Änderung des Busswesens war das Haupthinderniss einer Restitution der Deponirten, die Nothwendigkeit der Sühne des Vergehens durch öffentliche Busse, fortgefallen und damit in Gegensatz zu der strengen Auffassung der älteren Kirche[6] im 9. Jahrhundert die Übung zur Herrschaft gelangt, die Kle-

jetzt noch, wie früher der Verlust derselben als Verlust des honor bezeichnet, *honorem perdere*, cap. Pippin. 754/755 c. 2, B. 1, 31 (Kleriker, der höheren Weihen, welche incestuose Ehen eingehen); Cap. missor. 802 c. 19, B. 1, 95 (Bischöfe, Priester und Diakonen, welche nicht nach der kanonischen Ordnung leben); *proprii honoris periculo subiacere*, S. 54 n. 1; *honore privari*, s. g. stat. Bonif. c. 5, M. 12, 384 (wiederholt Mainz 813 c. 27, M. 14, 72, Priester, die das Chrisma als Medizin weggeben); *honore gradus privare*, Theodulph. episc. Aurel. cap. II, M. 13, 1011 (Priester, welcher Ehebrecher in seinem Hause Ehebruch treiben lässt), Rom 743 c. 12, M. 12, 365 (Kleriker, die sich in Prozesssachen an weltliche Beamten wenden); *h. simul et officio pr.* Toulouse 1056 c. 7, M. 19, 848 (Priester et reliqui clerici, welche Umgang mit Frauen haben); *h. vel ordine pr.* Gran 1114 n. 23, M. 21, 104 (nur zulässig iudicio canonico); *h. et loco pr.* c. 5 (Alex. III.) X ne clerici III. 50 (clerici in sacris, qui iudicium sanguinis agitant); *h. sacerdotii pr.*, Rom 743 c. 2 u. c. 5, M. 12, 382 (Halten v. feminae subintroductae und Ertheilung der Kommunion an Eheleute in incestuoser Ehe); *sacerdotii non posse habere honorem*, Worms 868 c. 11, M. 15, 871 (Priester, welche Fornikation treiben, c. 33 Dist. L); *honoris iacturam periclitari*, Friaul 796 c. 3, M. 13, 846 (Trunksucht der Kleriker) oder *sustinere*, Nikolaus I. u. 862, J. L. n. 2708, M. 15, 395; auch *dignitatem amittere*, respons. Stephan. 754 c. 13, M. 12, 561 (Priester, der seinen Ordinator nicht kennt und unwissend in Betreff des Symbols, des Vaterunsers und der Psalmen ist).

[1] Pippin. cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35: „Si quis presbyter ab episcopo suo degradatus fuerit et ipse per contemptum postea aliquid de suo officio siue comeatu facere praesumpserit et postea ab episcopo correptus et excommunicatus fuerit", wodurch die Fortgeltung des alten Rechtes, Bd. IV 729 n. 3, c. 4 Antioch. 341 und can. 29 apost. bezeugt wird. Die zuletzt citirten Stellen finden sich dann bei Gratian, c. 6 C. XI qu. 3 und c. 1. 2 X V. 27 wieder.

[2] Bd. I S. 83 n. 2 u. Bd. IV. a. a. O.

[3] Noch die Synode v. Soissons 853 act. 5, M. 14, 984: „ut quidquid in ordinationibus ecclesiasticis idem Ebbo (v. Rheims) post damnationem egerat, secundum traditionem apostolicae sedis . . . praeter baptismum . . irritum et vacuum habeatur et ordinati ab eo . . . spiritus sancti iudicio ecclesiasticis gradibus privati perpetuo habeantur" hat die Ungültigkeit der von Ebbo nach seiner Absetzung vorgenommenen Weihen ausgesprochen, und wenngleich Nikolaus I. ep. ad syn. Suess. 866, J. L. n. 2822, M. 15, 745 die Gültigkeit der Weihen nicht direkt beanstandet und die Restitution der betreffenden Kleriker befohlen hat, so ist doch die letztere von ihm aus anderen Gründen angeordnet worden, und man kann nicht behaupten, dass er die Weihen für absolut gültig erklärt hat (so Kober Deposition S. 137), dies um so weniger als der Papst selbst noch darauf hinweist, dass die Absetzung Ebbos ungültig gewesen sei, Schrörs Hinkmar Erzb. v. Rheims. Freiburg i. Br. 1884 S. 282 285. Dagegen lässt die Gestattung des Messelesens für den abgesetzten Hinkmar v. Laon 878, Hincm. annal. 878, SS. 1, 504; Hefele 4, 508. 535, wieder darauf schliessen, dass man den geistlichen Charakter durch die Absetzung nicht als verloren betrachtet hat. In der schroffsten Weise haben sich die beiden verschiedenen Ansichten in der Behandlung der vom Papst Formosus ertheilten Weihen, Dümmler, Auxilius und Vulgarius. Leipzig 1866 c. 22 u. Bd. I. S. 84 n. 1, geltend gemacht, ja auch Johann XII. hat unter Berufung auf die von Stephan VI. 897 erfolgte Nichtigkeitserklärung derselben dasselbe in Betreff der von dem Ottonischen Papst Leo VIII. vollzogenen Ordinationen verfügt, M. 18, 474.

[4] Bd. I S. 84 n. 2.

[5] Bd. IV. S. 808.

[6] Bd. IV. S. 740 n. 5.

riker nach geleisteter Busse wieder zum Kirchendienst zuzulassen[1]. Später, als seit dem 11. Jahrhundert die Reformpartei der Kurie und die Päpste den Kampf für die Durchführung des Cölibates, die Beseitigung der Laien-Investitur und der simonistischen Vergebung von Weihen und Kirchenämtern aufnahmen, konnte man unmöglich an dem strengen Recht festhalten, denn einmal war gegen solche Geistliche, welche sich den römischen Anforderungen nicht hartnäckig widersetzten oder sich ihnen schliesslich reuig fügten, schon aus Politik ein mildes Vergehen geboten, und andrerseits hätte eine strenge Behandlung derselben einen empfindlichen Mangel an geistlichen Kräften herbeiführen müssen. Hieraus erklärt es sich, dass seit jener Zeit deponirte Geistliche nicht nur leichter als früher wieder zum Kirchendienst zugelassen und in ihre früheren Ämter wieder eingesetzt worden sind[2], sondern auch, dass wiederholt die Deposition sowohl in päpstlichen Anordnungen[3] wie auch in den Partikular-Konzilien[4] schon von vornherein blos bis zu erfolgter Genugthuung oder Bussleistung angedroht, und andererseits da, wo jede Restitution ausgeschlossen bleiben soll, dies ausdrücklich hervorgehoben wird[5].

Darüber, dass man in den zuerst erwähnten Fällen eine neue Ordination vorgenommen hat[6], wird nichts berichtet, wahrscheinlich ist es nicht der Fall gewesen[7], immer aber blieb trotzdem der rechtliche Unterschied zwischen dieser milderen Art der Deposition und der Suspension[8] bestehen, dass der von der ersteren Betroffene kein Recht auf Wiederanstellung hatte, eine solche vielmehr eine Gnade blieb,

[1] c. 14. 24 (Pseudo-Isid.) Dist. L (Hinschius p. 141. 142); c. 5 (dem 9. Jahrh. angehörig) Dist. LXXXII. Vgl. einerseits noch Bd. IV. S. 808. 816 und unten §. 263.

[2] Gesta Treviror. M. 20, 1183: „Sed quoniam episcopalia, annulum vid. et baculum per manum laicam suscepisset (Bruno v. Trier) atque quia ecclesias dedicasset et clericos nondum pallium secutus promovisset, multum aspere correptus est et decernente episcoporum ibi congregatorum concilio (wahrscheinlich Guastalla 1106, Hefele C. G, 5, 286) pontificatus officium deposuit, quod tamen ipsis intervenientibus, quia discretio eius et prudentia officio et tempori congruus erat et post triduum non sine admissorum poenitentia recuperavit. Iniuncta ei poenitentia est, ut quotiens in spatio IIIum annorum proximorum missarum solemnia celebraret, dalmaticis non uteretur, quod ipse humiliter implevit". Schon die Provinzialsynode von Rouen 1072 c. 19, M. 20, 39: „ne hi qui publice lapsi in criminalibus peccatis inveniuntur, citissime in sacris ordinibus restituantur ... Unde hoc ratum manere oportet, ut in crimine publice lapsus ante peractam poenitentiam in pristino gradu nullatenus restituatur, nisi summa necessitate post dignam quidem longe poenitentiae satisfactionem" musste gegen zu leichtfertige Restitutionen einschreiten.

[3] c. 16 (Alex. II. 1062, J. L. n. 4477) Dist. LXXXI: „Si quis amodo episcopus, presbiter, diaconus feminam acceperit vel acceptam retinuerit proprio gradu decidat, usque dum ad satisfactionem veniat nec in choro psallentium manens nec aliquam portionem de rebus ecclesiasticis habeat"; c. 2 (Alex. III.) X de iudic. II. 1.

[4] Gerona 1078 c. 1, M. 20, 517: „Si quis vero de cetero palam nupserit vel concubinam duxerit, gradus sui et honoris periculo subiacebit et a clero exeat, quoadusque canonice satisfaciat". Vgl. auch die nicht mit den Reformbestrebungen des 11. Jahrhunderts (s. oben den Text) im Zusammenhang stehende Bestimmung von Limoges 1031, M. 19, 542: „Si quis de episcopis ... se inflexerit, ut secundum concilium non distringat per iustitiam illum quem distringere debet et potest sive absolverit vivum vel mortuum quem absolvere non debet, aut in aliquo probatus fuerit, violare concilium quod ipse cum aliis episcopis instituit, ab ipsis episcopis deponatur usque ad spatium temporis quod ipsi episcopi concorditer iudicabunt ... Similiter fiat de illo episcopo qui excommunicatum alterius episcopi susceperit vivum sive mortuum vel in episcopatu suscipi a quoquam permiserit vel consenserit".

[5] S. 54 n. 1 u. Dioklea 1199 c. 1, M. 22, 701: „omni ecclesiastica careat dignitate et sine spe restitutionis ... perpetuo deponatur" Bischof, der simonistisch weiht und Ämter vergiebt.

[6] Wie Toledo IV. c. 28, Bd. IV. S. 807 n. 2 vorschreibt.

[7] Die citirten Stellen Anm. 3 u. 4 lassen, ebenso wie c. 5 Dist. LXXXII ihrem Inhalt nach auf das Gegentheil schliessen. Man hat also hierbei die Anschauung, dass die Ordination fortwirke, (Bd. I. S. 83) geltend lassen, und diese Praxis hat offenbar dazu beigetragen, der Auffassung von dem character indelebilis der Weihe zur Herrschaft zu verhelfen.

[8] Eine solche ist wahrscheinlich gemeint Karol. cap. 769 c. 15, B. 1, 46: „Sacerdotes qui rite non sapiunt adimplere ministerium suum nec discere ... pro viribus satagunt vel contemptores canonum existunt, ab officio proprio sunt submovendi quousque haec pleniter emendata habeant".

über deren Gewährung der dem Geistlichen vorgesetzte, zur Absetzung befugte kirchliche Obere nach den jeweiligen Verhältnissen und den in der betreffenden kirchlichen Strafandrohung gegebenen Anhaltspunkten zu befinden hatte[1], und dass es ferner für die Wiederanstellung stets eines besonderen Aktes bedurfte[2], während der Suspendirte der Substanz seiner Amts- und Standesrechte niemals verlustig ging und nach Wiederaufhebung der Suspension oder nach Ablauf der für dieselbe festgesetzten Zeit ohne Weiteres wieder in den Genuss aller seiner Befugnisse eintrat.

Was schliesslich den Verlust der Vermögensrechte, insbesondere des Benefiziums betrifft, so hat man, wie schon in den früheren Jahrhunderten[3], die Strafe mehrfach dadurch gemildert, dass einzelnen abgesetzten Bischöfen aus Gnade und Barmherzigkeit gewisse Einkünfte aus ihrem früheren Bisthum zum Unterhalt zugewiesen worden sind[4].

Es war in dieser Zeit üblich, die Deposition durch Abnahme der dem Bestraften zu diesem Zwecke angelegten Insignien seines Ordos, vor Allem bei Bischöfen[5], aber auch bei Priestern[6], in einer besonderen Solennität zum Ausdruck zu bringen, indessen eine wesentliche, zur Herbeiführung der Wirkungen der Strafe erforderliche Handlung ist diese Formalität nicht gewesen[7].

Die freiwillige Niederlegung des Amtes auf erhobene Anklage[8] stand in ihren Rechtswirkungen der Deposition nur dann gleich, wenn sie bereits zur Feststellung der Schuld des Angeklagten geführt, insbesondere wenn dieser seinerseits ein Schuldbekenntniss abgelegt hatte[9]. Für andere Fälle kann eine solche Gleich-

[1] Urban II. 1089 ep. ad Gebehard. Constant. 1089, J. L. n. 5393: „Tuae tamen providentiae ... committimus, utrum eorum (Geistliche der höheren Weihen in crimine aliquo lapsi) aliqui, qui tamen infamiae notis non fuerint aspersi, necessitate ecclesiae urgente et ipsorum sancta conversatione promerente in suis gradibus recuperari debeant. Hoc autem secundum indulgentiam dico, non secundum imperium".

Dass der Papst zur Ertheilung der Restitution allein berechtigt gewesen sei (Kober S. 204), ist für diese Zeit nicht richtig.

[2] In den Quellen Restitution oder Rekuperation genannt, s. vor. Anm. und auch S. 54 n. 1.

[3] Bd. II S. 412 n. 4 u. Bd. IV S. 727 n. 2 a. E.

[4] So dem unter Pippin u. 755 abgesetzten B. Raginfrid v. Rouen, gesta abbat. Fontanell. c. 12, SS. 2, 286: „cui tamen Raginfrido causa misericordiae aliquae villae de eodem Rothomagensi episcopio attributae fuerunt"; Hinkmar v. Laon 876, diesem allerdings wohl längere Zeit nach seiner Absetzung mit königlicher Genehmigung, Annal. Hincm. a. 878 SS. 1, 504; Schrörs Hinkmar Erzb. v. Rheims. Freiburg i. Br. S. 424; Hefele 4, 508; dem von Honorius II. 1128, bez. v. Innocenz II. 1135 abgesetzten B. Otto v. Halberstadt, G. Schmidt, Urkundenbuch d. Bisth. Halberstadt 1, 133. 149, und dem 1205 abgesetzten Erzb. Adolf v. Cöln, Potth. n. 3819, Migne opp. Innoc. III. 3, 142.

[5] Nimes 886, S. 52 Anm.; Rom 998, Gregor V. ep. J. L. n. 3888, M. 19, 228: „iussimus a Benedicto archidiacono nostro et Roberto oblationario ipsum Guadaldum (v. Vich) deponi. Qui, ut mos est Romanorum, de dextera illius annulum evellentes et virgam pastoralem super caput ipsius frangentes et casulam atque dalmaticam scindentes et ab ordine pontificatus eum degradantes in terram sedere fecerunt"; Guastalla 1106, S. 56 n. 2; Deposition Benedikts V. 964, Watterich 1, 63; des Petrus Leonis auf d. Lateransyn. 1139, ibid. 2, 252. Daher heisst es a. a. O. auch: *exordinamus* et deponimus.

[6] Basol 991 und Orleans 1022, S. 51 n. 8; Fritzlar 1017/1022, M. 19, 387, ist von der Degradation eines *clericus* die Rede.

Dass Limoges 1031, M. 19, 540: „Quando autem episcopus presbyterum deposuerit, sic agat. Jubeat eum prius indui omnibus sacerdotalibus indumentis, deinde manu sua auferat ei manipulum, deinde casulam, deinde mediam stolam de collo reflectat ei inter scapulas sub latere dextro et depositus est a presbyteratu in diaconatum", nicht etwa eine Anweisung für die Zurückversetzung auf den Grad des Diakonats, sondern überhaupt für die Deposition geben will, ergiebt der Anfang der Stelle und der Umstand, dass nachher das Verfahren bei der Exkommunikation vorgeschrieben wird. Man begnügte sich der Regel nach mit der Abnahme der Symbole des jeweiligen Ordo und drückte das weiter Erforderliche blos durch Worte aus.

[7] Als wesentlich ist sie nirgends vergeschrieben.

[8] Eine solche ist namentlich seitens einzelner Bischöfe geschehen.

[9] Wie in den Fällen des Erzb. Ebbo v. Rheims zu Diedenhofen 835, vgl. die Erklärung desselben LL. 1, 370, s. ferner M. 14, 659; Simson, Ludw. d. Fr. 2, 134. 135; sowie des Erzb. Arnulf v. Rheims, welcher auf der Synode zu Basol 991, Bd. III. S. 569, angeklagt war, M. 19, 152. 153; Hefele 4, 641.

stellung nicht angenommen werden[1], da hier eine Verurtheilung noch immer zweifelhaft blieb, und daher niemals der im erstgedachten Fall übliche Befehl an den Abdankenden, sein Amt niederzulegen[2], welcher blos eine andere Form der Deposition darstellte, erlassen werden konnte.

b. Die Entwicklung des Unterschiedes zwischen Deposition und Degradation seit dem Ende des 12. Jahrhunderts. Gegenüber den Bestrebungen der Kirche, die Pseudo-Isidorische Forderung, dass die Geistlichen in allen Rechts- und Strafsachen unter Ausschluss der weltlichen, lediglich durch die geistlichen Gerichte gerichtet werden sollten[3], zur Anerkennung zu bringen[4], hat sich schon im 12. Jahrhundert seitens der weltlichen Gewalten Opposition erhoben, weil die Kleriker durch die kirchlichen Gerichte bei den gleichen Vergehen einer viel milderen Bestrafung als die Laien durch die weltlichen Gerichte unterworfen wurden[5] oder wohl auch öfters bei den schwersten Verbrechen so gut wie straflos ausgingen[6].

Die bisherige Ausgestaltung der Strafe der Deposition hatte für die Kirche, wenngleich sie den abgesetzten Geistlichen in der Regel der Zwangsbusse und der Einsperrung in ein Kloster unterwarf[7], den Nachtheil, dass sie auf Grund des von ihr geforderten Gerichtsprivilegs der weltlichen Gewalt den Zugriff gegen solche Geistliche, weil diese durch die Deposition den Klerikalstand verloren hatten, nicht verwehren konnte. Zwar bot die immer mehr zum Durchbruch gelangende Anschauung von der Unverlierbarkeit des durch die Ordination aufgeprägten Charakters bei den Bischöfen und Priestern die Möglichkeit, diese selbst nach ihrer Deposition für das geistliche Gericht zu beanspruchen, aber andererseits konnte sich die Kirche unmöglich der Einsicht verschliessen, dass bei gewöhnlichen Strafvergehen schwereren Charakters eine weltliche Bestrafung der Geistlichen seitens der staatlichen Gewalten mit Recht verlangt wurde, und dies um so weniger, als sie selbst ihrerseits für die Unterdrückung der gerade in dieser Zeit immer mehr um sich greifenden Ketzereien[8] die Hülfe und Unterstützung des weltlichen Armes forderte und derselben nicht zu entrathen vermochte. Alle diese Momente mussten dahin drängen, eine Ausgleichung der kirchlichen und der staatlichen Ansprüche zu suchen, und in Folge dessen begann die Kirche Ende des 12. Jahrhunderts die Voraussetzungen näher festzustellen, unter

[1] Hierher gehört die Abdankung des B. Heinrichs v. Verdun auf dem Legatenkonzil v. Chalons 1129, welche er ausdrücklich mit der feindlichen Gesinnung seines Klerus gegen sich begründete, ohne die gegen ihn erhobenen Anklagen als richtig anzuerkennen, M. 21, 577; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 249. 250; ferner der Verzicht des B. Bruno v. Strassburg zu Mainz 1131, annal. Disibod. SS. 17, 24: „ubi Bruno . . . a clero et populo super violentia, intrusione et consecratione impetitus in manus archiepiscopi et cardinalis Argentinensem reconsignavit episcopatum", Bernhardi S. 375; endlich die Abdankung Liutards v. Cambrai 1134, gest. episc. Camer. SS. 7, 507: „Domnus (Erzbischof) Remensis sub praesentia tantum V episcoporum paterne conveniens Lietardum ex ore ipsius, quae proponebantur (Beschuldigungen wegen Simonie) non falsa esse intellexit, mandans et consulens, ut intra proximam epiphaniam, ne publice convinceretur, quasi spontaneus recederet . . . quod se facturum . . . Lietardus episcopus confirmavit"; Bernhardi S. 592.

[2] So rufen die Bischöfe dem Arnulf v. Rheims zu: „secundum professionem tuam et subscriptionem cessa ab officio", M. 19, 153, und in Betreff Ebbos erzählt Hincmar Rhem. de praedestinatione c. 36, Migne 125. 390: „dicentibus per ordinem omnibus: secundum tuam confessionem cessa a ministerio".

[3] Über die frühere Zeit Bd. IV S. 849.

[4] S. unten §. 287.

[5] Wird doch mehrfach die Deposition oder Degradation der Kleriker der Todesstrafe der Laien gleichgestellt, Mainzer Gottesfrieden von 1083, S. 52 Anm., und früher schon Karol. III. ed Pist. 864 c. 20, S. 53 n. 1.

[6] Kober, Deposition S. 147 ff.

[7] Vgl. c. 1 (Clem. III. 1187/1191, J. L. n. 16618) X de conf. II. 17 (pars decisa, wo degradare noch gleich deponere gebraucht wird); Innoc. III. 1199. Potth. n. 745, opp. ed. Migne 1, 649; c. 10 (id. Potth. n. 693) X de purg. can. V. 34.

[8] Vgl. unten §. 286.

denen die deponirten Geistlichen der weltlichen Gewalt und den staatlichen Gerichten zur Bestrafung überlassen werden sollten. Schon Lucius III. ordnete 1184 an, dass jeder der Ketzerei überführte Kleriker der Vorrechte des kirchlichen Standes entkleidet und aller Ämter und Benefizien entsetzt, sowie demnächst der weltlichen Obrigkeit zur Bestrafung übergeben [1], und demnächst Cölestin III., dass jeder des Diebstahls, der Tödtung, des Meineides und anderer schwerer Vergehen überführte Geistliche vom kirchlichen Richter deponirt, im Falle seiner Unverbesserlichkeit aber noch exkommunicirt, sodann mit dem Anathem belegt, schliesslich aber bei Fruchtlosigkeit aller dieser Strafen dem weltlichen Gericht überwiesen werden sollte [2].

Damit war in den bisherigen Wirkungen der Deposition der Unterschied gemacht, dass sie nunmehr blos noch in den vorher bezeichneten Fällen die allgemeinen Rechte des geistlichen Standes entzog, und nur allein in diesen der Schuldige dem weltlichen Richter überlassen wurde, im übrigen aber dem Deponirten die gedachten Rechte gewahrt blieben, d. h. es war damit die Aussonderung zweier verschiedener Strafen aus der früher einheitlich gestalteten Deposition vollzogen. Dies hat schon Innocenz III. erkannt, indem er in einer Verordnung gegen die Verfälscher päpstlicher Schreiben den Geistlichen, welche sich eines solchen Vergehens schuldig machen, als Strafe ausser der Exkommunikation die mit dem Verlust der geistlichen Standesrechte verbundene Deposition und die Auslieferung an die weltliche Gewalt androht, und hierfür die Bezeichnung: *degradare* gebraucht [3]. Die päpstlicherseits vorgenommene Änderung wurde aber in ihrer vollen Bedeutung, weil man das frühere Recht noch vor Augen hatte, offenbar nicht überall verstanden [4], und Innocenz III.

[1] Wahrscheinlich auf dem Konzil zu Verona, c. 9 (J. L. n. 15109) X de haer. V. 7: „ut quicumque manifeste fuerint in haeresi deprehensi, si clericus est vel cuiuslibet religionis obumbratione fucatus, totius ecclesiastici ordinis praerogativa nudetur et sic omni [pariter] officio et beneficio spoliatus ecclesiastico, saecularis relinquatur arbitrio potestatis, animadversione debita puniendus, nisi continuo post deprehensionem erroris ad fidei catholicae unitatem sponte recurrere et errorem suum ad arbitrium episcopi regionis publice consenserit abiurare et satisfactionem congruam exhibere".

[2] 1191—1198, J. L. n. 17639, c. 10 X de iud. II. 1: „. . . si clericus in quocumque ordine constitutus in furto vel homicidio vel periurio seu alio [mortali] crimine fuerit deprehensus legitime atque convictus, ab ecclesiastico iudice deponendus est. Qui si depositus incorrigibilis fuerit, excommunicari debet, deinde contumacia crescente anathematis mucrone feriri. Postmodum vero, si in profundum malorum veniens contempserit, quum ecclesia non habeat ultra quid faciat, ne possit esse ultra perditio plurimorum, per saecularem comprimendus est potestatem, ita quod ei deputetur exsilium vel alia legitima poena inferatur".

[3] c 7 (1201, Potth. n. 1276) X de crim. falsi V. 20: „. . ut clerici qui falsarii fuerint deprehensi, omnibus officiis et beneficiis ecclesiasticis perpetuo sint privati ita quod, qui per se falsitatis vitium exercuerint, postquam per ecclesiasticum iudicem fuerint degradati, saeculari potestati tradantur secundum constitutiones legitimas puniendi, per quam et laici qui fuerint de falsitate convicti, legitime puniantur".

Wenn Kober S. 158 zwischen den Dekretalen Lucius' III. und Cölestins III. einerseits und der Innocenz III. andererseits den Unterschied herausfinden will, dass nach den ersteren die Kirche den verbrecherischen Kleriker nicht direkt ausliefert, um einen unmittelbaren Antheil an einer etwaigen Bestrafung desselben mit Todes- oder Leibesstrafe abzulehnen, und alles als nur passiver Zuschauer dem weltlichen Gericht überlässt, Innocenz III. dagegen die Auslieferung anordnet, so ist dies durch das Wort „relinquatur" bei Lucius III. umsoweniger gerechtfertigt, als dessen Dekretale die weltlichen Obrigkeiten, welche die Ketzer nicht bestrafen, mit der Exkommunikation und dem Interdikt bedroht, und Cölestin III. ebenfalls unter Erwähnung der weltlichen Strafen das Einschreiten der weltlichen Gewalt vorschreibt, ja sogar auch Lateran. IV 1215 c. 3, c. 13 X de haeret. V. 7, und die Indulte Gregors IX., S. 61 n. 1, das Wort: „reliquatur" im Sinne einer direkten Auslieferung gebrauchen.

[4] Nach Kober S. 160 nicht in den weltlichen Gerichten. Die in der folg. Anmerkung citirte Dekratale ist aber an den Bischof von Paris gerichtet, und Innocenz III. spricht sogar von Meinungsverschiedenheiten seiner Vorgänger. Selbst der Sprachgebrauch der Partikularverordnungen hat sich nicht überall der Neuerung anbequemt, so bedrohen Richard v. Salisbury u. 1227 c. 29, M. 22, 1116 und die Bd. IV S. 133 n. 2 citirten Konzilien die Verletzung des Beichtgeheimnisses

sah sich daher zu der Bestimmung genöthigt, dass der mit der Strafe der Degradation Belegte nicht ohne weiteres der geistlichen Standesrechte verlustig gehe und der weltlichen Gerichtsbarkeit anheimfalle, es vielmehr eines in Gegenwart der weltlichen Obrigkeit vorzunehmenden besonderen Degradationsaktes und der thatsächlichen Auslieferung an die letztere bedürfe [1], d. h. es sollte das auf die Degradation lautende Urtheil als solches noch nicht die gedachten Wirkungen haben, diese vielmehr erst mit der Vollstreckung des Urtheils eintreten.

So hatte die kirchliche Gesetzgebung aus der Deposition eine besondere neue Strafe herausgestaltet. Diese war nunmehr die härteste Strafe, welche den Geistlichen treffen konnte, und wird daher als *capitis deminutio* [2] bezeichnet. Aber gerade wegen ihrer Härte ist sie in der Gesetzgebung des 13. Jahrhunderts auf einen kleinen Kreis von Verbrechen beschränkt geblieben [3] und hat wesentlich nur für die Ketzerei praktische Bedeutung erlangt [4].

Konnte schon aus diesem Grunde das kirchlicherseits gemachte Zugeständniss den Laiengewalten nicht genügen [5], so wurde dasselbe überdies noch durch die Erschwerung der Form der Degradation bedeutungsloser gemacht, als es schon an sich in Folge des geringen Anwendungsgebietes der Strafe war. Da Innocenz III. über die Form der Vollstreckung keine näheren Bestimmungen getroffen hatte, so blieb nichts übrig als auf die früher, bei der Deposition üblichen Solennitäten [6] zurückzugreifen [7]. Erst Bonifaz VIII. hat das Verfahren aus Anlass entstandener Zweifel näher geregelt. Nach ihm soll die *verbalis degradatio* oder die *depositio ab ordinibus vel gradibus ecclesiasticis*, d. h. die Verhängung der Strafe der Degradation oder der Absetzung und des damit verbundenen Verlustes der geistlichen Standesrechte [8] bei den Geistlichen der niederen Weihen durch den zuständigen Bischof, bei denen der höheren unter Mitwirkung der in den Kanones bestimmten Anzahl von anderen

mit degradatio, meinen aber offenbar damit die von Lateran. IV 1215 c. 21, s. a. a. O. S. 127 n. 2, festgesetzte Deposition.

[1] c. 27 (1209, Potth. n. 3656) X de V. S. V. 40: „. . . Quum enim quidam antecessorum nostrorum, super hoc consulti, diversa responderint, et quorundam sit opinio a pluribus approbata, ut clericus, qui propter hoc (Fälschung päpstlicher Schreiben) vel aliud flagitium grave, non solum damnabile, sed damnosum, fuerit degradatus, tanquam exutus privilegio clericali saeculari foro per consequentiam applicetur, quum ab ecclesiastico foro fuerit proiectus; eius est degradatio celebranda saeculari potestate praesente ac pronunciandum [est] eidem, quum fuerit celebrata, ut in suum forum recipiat degradatum et sic intelligitur tradi curiae saeculari: pro quo tamen debet ecclesia efficaciter intercedere, ut citra mortis periculum circa eum sententia moderetur".

[2] Weil sie das caput clericale vernichtet im Gegensatz zur Deposition „etsi non degradetur ab ordine, ab administratione tamen amoveatur omnino", c. 24 (Lateran. IV. 1215 c. 8) X de accus. V. 1.

[3] Auf die Ketzerei, S. 59 n. 1 u. c. 13 (Lateran. IV. 1215 c. 2) X de haeret. V. 7, die Fälschung päpstlicher und königlicher Schreiben, S. 59 n. 3 u. S. 43 n. 4 und die besonderen Fälle des c. 10 X de iud. II. 1, S. 59 n. 2, denen erst durch spätere Auslegung die Anstiftung der Assassinen zum Mord, c. 1 §. 2 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 9, angereiht ist, während die sonstigen Fälle erst dem neueren Recht angehören, Kober S. 756 ff.

[4] S. die vor. Anm. und Fälle der Anwendung auf der Pariser und Hildesheimer Synode v. 1210, bez. 1224, M. 22, 809. 1211; Hefele 5, 862. 936.

[5] Daher sind auch einzelne Partikularkonzilien weiter gegangen, so das Leg. K. Lerida 1229 c. 28, Florez Espana sagrada 48, 322: „Ne clerici in . . . odium ecclesiae ea crimina impune committant, pro quibus laici poenam incurrerent capitalem, praecipimus, ut clericus qui in furto vel crimine falsi, rapina, homicidio, raptu mulierum, incendio, falsa moneta vel in aliis criminibus quae poenam capitalem merentur, publice fuerit deprehensus, a suis ordinibus perpetuo degradetur: si subdiaconus et infra, ab uno episcopo, si diaconus a tribus episcopis, si sacerdos in concilio provinciali vel ante habito canonico numero episcoporum, quatenus qui ecclesiastica libertate flagitiose abutitur, clericali privilegio sit privatus"; später Riez 1285 c. 14, M. 24, 581 (Giftmord und Kindesabtreibung durch Gift), wiederholt Arles 1288 c. 14, p. 961 und Avignon 1326 c. 18, M. 25, 754.

[6] S. 57, s. auch S. 61 n. 1.

[7] Vgl. Hildesheim 1224, Anm. 4.

[8] c. 2 in VI de poen. V. 9.

Bischöfen [1] ausgesprochen, dann aber durch den ersteren die *actualis* oder *solemnis degradatio* [2], d. h. die den Eintritt der erwähnten Wirkung herbeiführende Vollstreckung in einem das Gegenbild der Ordination darstellenden Akt unter Gebrauch geeigneter, die Bedeutung desselben kennzeichnenden Worte vollzogen werden. Durch diese Vorschrift war indessen die Verhängung der Strafe gegen Geistliche der höheren Weihen wesentlich erschwert, da sich nicht immer leicht die zur Fällung der Degradationssentenz erforderliche Anzahl von Bischöfen zusammenbringen liess, und wenn trotzdem, dass schon vorher die Päpste in solchen Fällen, in denen, wie bei ketzerischen Geistlichen, eine schnelle Degradation im Interesse der Kirche lag, durch besondere Indulte geholfen hatten [3], von Bonifaz VIII. in der gedachten Beziehung keine allgemeine gesetzliche Erleichterung gemacht worden ist, so lag der Grund dafür offenbar darin, dass man den Laiengewalten ein so weit gehendes Zugeständniss nicht gewähren wollte.

Der Erfolg der durch Innocenz III. und Bonifaz VIII. zum Abschluss gelangten Entwicklung war demnach der, dass für diejenigen Verbrechen, welche nach altem Recht mit der Deposition belegt waren, sofern sie nicht, wie einzelne derselben, namentlich die Ketzerei und eine bestimmte Art der Fälschung mit der Strafe der Degradation bedroht waren, im Vergleich zur früheren Zeit eine mildere Bestrafung eintrat, weil bei der Deposition nunmehr von einer Entziehung der geistlichen Standesrechte und Überweisung an die Laiengerichte keine Rede mehr sein konnte.

[1] Damit kann nur auf die afrikanischen, namentlich karthagischen Kanones, Bd. IV. S. 763 n. 9 u. S. 765 n. 3, (c. 3—5 C. XV qu. 7) welche für die Urtheilsfällung in Strafsachen bei einem Bischof 12, bei einem Priester 6, bei einem Diakon, welchem schon die Glosse zu c. cit. v. canonibus in der hier fraglichen Beziehung den Subdiakon mit Recht, Bd. I. S. 6, gleichstellt, 3 Bischöfe, einschliesslich des zuständigen, (die citirte Glosse zu Unrecht: ausschliesslich desselben) als Richter fordert, gemeint sein, cit. Glosse und Kober S. 161. Darüber ist jeder Zweifel ausgeschlossen (auch das S. 60 n. 7 citirte Konzil hat offenbar diese Kanonen im Auge), umsomehr als wegen der Schwierigkeit die erforderliche Anzahl von Bischöfen zusammen zu bringen schon vorher z. B. von Gregor IX. wiederholt, Potthast reg. n. 9042—9046; Rodenberg, epist. saec. XIII e regest. pontif. Roman. 1, 390 und dazu Note 1, Indulte des Inhalts gegeben worden sind: „ut cum ad unum sacerdotem vel diaconum degradandum statutus episcoporum numerus secundum canonicas sanctiones non possit sine difficultate nimia convenire, tu, cum aliquis clericus in tuis partibus fuerit haereticus legitimo comprobatus, convocatis abbatibus et aliis praelatis ac religiosis personis et litteratis tuae dioecesis, ad ipsorum clericorum degradationem auctoritate nostra procedas, ipsos postmodum relicturus seculari iudicio animadversione debita puniendos", vgl. auch Potth. n. 9356 (v. 1233); eine Ausnahme, welche in Betreff der dem weltlichen Richter auszuliefernden oder zu ewigem Kerker verurtheilten ketzerischen Geistlichen durch c. 2 in VI de heret. V. 2 gemeinen Rechtes geworden ist.

[2] c. 2 in VI cit. V. 9: „Actualis vero sive solennis coelestis militiae militis, i. e. clerici degradatio .. fiet, ut exauctorizatio eius, qui militiae deservit armatae, cui militaria detrahuntur insignia, sicque a militia remotus castris reiicitur, privatus consortio et privilegio militari. Clericus igitur degradandus, vestibus sacris indutus, in manibus habens librum, vas vel aliud instrumentum seu ornamentum ad suum ordinem spectans, ac si deberet in officio suo solenniter ministrare, ad episcopi praesentiam adducatur, cui episcopus publice singula, sive sint vestes, calix, liber seu quaevis alia, quae illi iuxta morem ordinandorum clericorum in sua ordinatione ab episcopo fuerint tradita seu collata, singulariter auferat, ab illo vestimento seu ornamento, quod datum vel traditum fuerat ultimo, inchoando et descendendo gradatim degradationem continuet usque ad primam vestem, quae datur in collatione tonsurae. Tuncque radatur caput illius seu tondeatur, ne tonsurae seu clericatus vestigium remaneat in eodem. Poterit autem episcopus in degradatione huiusmodi uti verbis aliquibus ad terrorem, illis oppositis, quae in collatione ordinum sunt prolata, dicendo presbytero haec vel similia verba in remotione planetae: „Auferimus tibi vestem sacerdotalem et te honore sacerdotali privamus". Sicque in remotione reliquorum insignium similibus verbis utens, in ablatione ultimi, quod in collatione ordinum fuit primum, infra scripto vel alio simili modo pronunciet sive dicat: „Auctoritate dei omnip. p. et f. et sp. sancti ac nostra tibi auferimus habitum clericalem et deponimus, degradamus, spoliamus et exuimus te omni ordine, beneficio et privilegio clericali".

[3] S. vor. Anm.

2. Die blosse Amtsentsetzung ohne Ausschliessung aus dem geistlichen Stande und ohne Unfähigkeit, wieder im Kirchendienst eingestellt zu werden, nunmehr, wie noch heute *privatio beneficii*, auch *spoliatio ben.* genannt[1], welche schon dem älteren Recht[2] bekannt war, kommt in dieser Periode[3] zunächst ebenso selten wie früher, häufiger erst seit dem 11.[4] namentlich aber seit dem 12. Jahrhundert[5], vor. Es hängt dies offenbar damit zusammen, dass man für

[1] S. u. Anm. 3 ff.

[2] Bd. IV. S. 729. 809.

Der s. g. *communio peregrina*, Bd. IV. S. 734 n. 5, wird schon in der karolingischen Zeit nicht mehr erwähnt. Stimmt man der a. a. O. begründeten Auffassung dieser Strafe zu, so ist ihre Verwandtschaft mit der für immer verhängten Deposition (S. 56) ersichtlich, und die letztere unterscheidet sich von ihr nur darin, dass der deponirte Kleriker keinen Unterhalt von der Kirche empfängt.

[3] Deutlich wird die Strafe von der Deposition unterschieden c. 13 (Later. IV 1215) X de vita cler. III. 1: „Si quis igitur hac de causa (wegen Inkontinenz) suspensus praesumpserit celebrare divina, nonsolum ecclesiasticis beneficiis spolietur, verum etiam pro hac duplici causa perpetuo deponatur"; Köln u. 1280 c. 1, M. 24, 345 (erst spoliatio beneficii und als härtere Strafe perpetua depositio).

[4] c. 18 (Alex. II 1066/1067, J. L. n. 4612) Dist. LXXXI: „qui ut eis fornicari liceat, divinum officium dereliquunt, .. sicut se iustissime ab officio alienos faciunt, ita *beneficio* ecclesiarum *privatos* esse adiudicamus"; Lillebonne 1080 c. 3, M. 20, 556: „ecclesiam irrecuperabiliter perdat (Presbyter, Diakon, Subdiakon, Kanoniker, Dekan, der eine Frau hat); Nimes 1096 c. 8, M. 20, 936: „clericus vel monachus, qui ecclesiasticum de manu laici susceperit beneficium .. ab eodem separetur officio"; c. 9 eod. (Pfarrer sollen an ihren Kirchen verbleiben) „quod si ambitionis vel cupiditatis causa ad aliam ditiorem migraverint ecclesiam, utramque amittant".

[5] Paschalis II. 1100—1115, J. L. n. 6437, M. 20, 1024 (clerici, welche ab episcopo suo canonice admoniti nicht von den Frauen lassen wollen, „tam officiorum quam beneficiorum privatione plectantur"); London 1108, c. 8, M. 20, 1230 („archidiaconatum vel decanatum irrecuperabiliter perdat", wenn ein solcher Amtsträger nicht schwören will, kein Geld für Duldung von Priester-Konkubinen anzunehmen); Clermont 1130 c. 4, M. 21, 438 („officio atque beneficio ecclesiastico careant", Geistliche der höheren Weihen, welche Frauen oder Konkubinen haben, dasselbe Rheims 1131 c. 4, M. 21, 458; Lateran. II. 1139 c. 6, M. 21, 527 in c. 2 Dist. XXVIII., Rheims 1148 c. 3, M. 21, 714); Clermont 1130 c. 5 („episcopi, abbates, priores propriis honoribus spolientur", welche Mönche und Regularkanoniker gegen Geld als Ärzte und Advokaten fungiren lassen); ebenso Rheims 1131 c. 6, M. 21, 459 und Lateran. II. 1139 c. 9 (mit Zusatz „et ab ecclesiae liminibus arceantur"); Clermont 1130 c. 6 (Archidiakonen, Pröpste, Dekane, welche inobedientes sich den vorgeschriebenen Weihegrad nicht ertheilen lassen, honore suscepto priventur); ebenso Rheims 1131 c. 8, Lateran. II. 1139 c. 10 in c. 3 Dist. LX; Rheims 1148 c. 9; Rheims 1148 c. 2, M. 21, 714 (Kleriker, welche keine Tonsur und keine passende Kleidung tragen „si moniti ab episcopis suis infra XL dies non obtemperaverint, ecclesiasticis beneficiis . . priventur"; Lüttich 1131, Watterich 2, 475: „Halberstadensis episcopus Otto ab Honorio p. iam triennio episcopatu privatus, interventu regis et principum officii sui restitutionem meruit"; London 1138 c. 8, M. 21, 512: „presbyteros, diaconos, subdiaconos uxoratos aut concubinarios ecclesiasticis officiis et beneficiis privamus"; c. 9 ibid: „Foeneratores clericos et turpia lucra sectantes et publica saecularium negotia procurantes ab officio et beneficio ecclesiastico nihilominus removendos esse censemus"; Eugen III. 1150—1152, J. L. n. 9508, M. 21, 690: „dandi poenitentiam potestatem in ecclesia dei omnino amittat et ecclesiastico beneficio, quousque per manus pontificis restituatur, simul privetur"; c. 9 (Alex. III. 1159—1186, J. L. n. 19810) Comp. I. III. 2 („ecclesiis quas habent spoliare" für clerici concubinarii, welche trotz Befehles ihre Konkubinen nicht entlassen); c. 6 (id. J. L. n. 13992) X de cohab. cler. III. 2 (ecclesiis vel earum portionibus spoliare für dasselbe Vergehen); c. 3 (id. J. L. n. 11608) X de cler. coniug. III. 3 (ecclesiastico beneficio privare, Kleriker der niederen Weihen, die heirathen); Walter v. Rouen 1190 c. 10, M. 22, 583: „ab officio suspendatur et omni ecclesiastico beneficio privetur" (Priester, der vicecomitis vel saecularis praepositatus officium assumat); Theodor v. Utrecht u. 1209, M. 22, 806: „ipso iure sit dignitate sua vel praebenda privatus" (Prior oder Kanoniker, welcher die Präbende seiner Amtsbrüder an sich zieht, oder die Verpachtung der Kirchengüter verhindert); Dioklea 1199 c. 2, M. 22, 701: „qui post susceptum sacerdotii vel diaconatus honorem adulteras uxores accepisse probantur, nisi eas dimiserint et dignam egerint poenitentiam, ab officio et beneficio ecclesiastico fiant penitus alieni"; Paris 1212 P. I. c. 6. M. 22, 820: „si beneficiatus est, privetur, alioquin excommunicetur" (Kleriker, der Advokatur ausübt); Rouen 1214 P. I. c. 7, M. 22, 900 (ebenso nur: „beneficio privetur"); c. 6 (Innoc. III. 1203) X de cler. exc. V. 27: „omnibus beneficiis ecclesiasticis spoliare"; c. 28 (Lateran. IV. c. 29, 1215) X de praeb. III. 5 (Erwerbung zweier Privatbenefizien, des früheren sit ipso iure privatus und wenn er das zweite zu behalten versucht, „etiam alio spolietur", Bd. III. S. 249); c. 30 (l. c. c. 32) X eod. (nicht ordnungsmässige Einsetzung eines genügend remunerirten Vikars bei einer ecclesia parochialis dignitati vel praebendae annexa durch

die leichteren Vergehen die Strafe der Suspension, welche vielfacher Abstufungen fähig war, anwenden konnte, und daher für die blosse Amtsentsetzung neben der Deposition und der Degradation bei schweren Strafthaten ein geringes Bedürfnis vorlag. Sie findet sich namentlich in solchen Fällen, in denen eine Verletzung der geistlichen Standespflichten durch einen Geistlichen seine Entfernung aus seinem Amte wegen des erregten Anstosses oder wegen der Unmöglichkeit der Erfüllung seiner Amtspflichten angezeigt erscheinen lässt [1], oder in denen der Geistliche das fragliche Amt auf unerlaubte Weise erworben hat oder besitzt [2], und wird mehrfach auch für sämmtliche, von dem Schuldigen besessene Ämter angedroht [3]. Die Verhängung der Strafe wird theils von einer durch vorgängige monitio festzustellenden Hartnäckigkeit abhängig gemacht [4], theils kommt die Strafe aber auch als poena latae sententiae vor [5].

3. Die definitive Entziehung einzelner Amtsrechte erscheint in dieser Zeit, namentlich seit dem 12. Jahrhundert, in detaillirterer Ausbildung als früher [6], nämlich als Verlust des Palliums [7], des Rechts, Benefizien [8] oder nur be-

den Dignitar oder Kanoniker, „alioquin illa se sciat privatum"); Paris 1212 P. II. c. 8. 10—12, M. 22, 836: „deponi ab officio abbatissae, abbatis, prioratus" (Klosterobere, welche die Disciplin nicht aufrechterhalten und ein mit dem Regularstande unvereinbares Leben führen); Melun 1216 c. 3, l. c. p. 1083: „abiiciatur a prioratu nec denuo valeat prioratum adipisci quousque per concilium provinciale fuerit restitutus" (vgl. auch c. 4 für Klosterprioren, welche höhere Summen ohne Erlaubniss des Abtes oder überhaupt an Juden Geld leihen).

[1] So z. B. einerseits bei Geistlichen, welche sich nicht von ihren Frauen oder Konkubinen trennen, und andererseits bei solchen, welche weltliche Beschäftigungen übernehmen, vgl. die beiden vor. Anmerkungen.

[2] Z. B. in Folge des Verbots der Pluralität, c. 18 X de praeb. III. 5, S. 62 n. 5; s. auch n. 5.

[3] Breslau 1248 c. 14, de Montbach stat. Wratislav. p. 308; Köln 1266 c. 41, M. 23, 1154; Ravenna 1314 c. 3, M. 25, 546.

[4] Rheims 1148 c. 2; c. 6 X de cohab. III. 2 cit.; Paris 1212 P. I. c. 6, S. 62 n. 5.

[5] Beispiele S. 62 n. 5.

Bei den schwankenden Ausdrücken der Quellen bleibt es mitunter zweifelhaft, ob die privatio beneficii oder die Deposition gemeint ist. Das: „ab eisdem beneficiis perpetuo removere" in c. 4 (Alex. III.) X de cohab. III. 2 für hartnäckige fornicarii trotz vorgängiger Suspension ist namentlich wegen des Gegensatzes gegen die letztere nur auf die Entziehung der besessenen Ämter zu deuten; nicht minder das „beneficiis huiusmodi (der simonistisch erworbenen) ecclesiarum perpetuo prives" in c. 13 (Alex. III.) X de sim. V. 3; das „ab omni officio et beneficio spoliare" in c. 6 (Alex. III.) Comp. I. III. 2 (bei hartnäckigen fornicarii), da für diese von Alexander III. wiederholt die privatio beneficii, nicht aber die Deposition angedroht wird, S. 62 n. 5; ebenso das „officiis et dignitatibus spoliare" in c. 3 (Alex. III.) X de magistr. V. 3 (für Verkauf der licentia docendi), das „officii periculum pati" c. 1 (Tours 1163) X de usur. V. 19 (wucherische Kleriker). Wo dagegen die Ausdrücke auf eine Fernhaltung von jedem Kirchendienst für immer hindeuten, da wird die Strafe im Zweifel als Deposition aufzufassen sein, s. z. B. Odo v. Toul in 1192 c. 3, M. 22, 650: „et beneficio, si habuerit, et officio careat in perpetuo" (Verletzung des Interdikts), c. 7: „officio et beneficio ecclesiastico in episcopatu nostro careat in perpetuum" und c. 8: „beneficio et officio ecclesiastico careat in perpetuum" (Priester, welche für weltliche Grosse zur Zeit des Interdikts oder während der Exkommunikation oder welche, selbst exkommunicirt celebriren); endlich auch Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790 (meineidige Kleriker) „ab officio et beneficio ecclesiastico repellantur, ad quorum neutrum restitui valeant, nisi per summum pontificem vel ipsius legatum", denn hier ist nur eine Begnadigung durch den Papst in Aussicht gestellt; Mainz 1261 c. 12, 13, M. 23, 1084. 1085 (spoliari omnibus beneficiis sine spe restitutionis in perpetuum oder officiis et beneficiis in perpetuum).

[6] Bd. IV. S. 730.

[7] Rom 871/878 c. 3, Ravenna 877 c. 3, M. 17, 337: „Quicumque sane metropolitanorum per plateas vel in litaniis uti pallio praesumpserit, .. careat illo honore", s. auch Bd. IV. S. 730 n. 3. Fälle der Untersagung des Gebrauchs des Palliums Eugen III. 1146 u. 1153, M. 21, 667 u. 674. 675, wo anscheinend nicht eine blosse Suspension gemeint ist.

[8] potestas largiendi beneficia, c. 3 (Later. III.) X de cler. non res. III. 4 (Verleihung gegen das Verbot der Pluralität, Bd. III. S. 247); Aschaffenburg 1292 c. 7, M. 24, 1085 (Entziehung des ius investiendi ad aliqua beneficia in perpetuum). In c. 7 (Lateran. IV.) X de elect. I. 6 handelt es sich nicht nur um Verlust für den Vakanzfall, s. auch Bd. III. S. 169 n. 7, ebenso Tarragona 1329 c. 25, M. 25, 846.

stimmte officia zu verleihen[1], des Weiherechts[2], der Mitgliedschaft einer kanonischen Kongregation[3] und des Rechts auf Verwaltung der Busse[4].

Weiter gehört hierher auch der seit der Ausbildung der besonderen geist-

[1] c. 1 (Lateran. III.) X ne praelati V. 4: conferendi officium decani, wenn die Bischöfe solche gegen Geld zur Ausübung ihrer Jurisdiktion bestellen.

[2] c. 2 (Alex. III.) X de temp. ordin. I. 11 (Ertheilung von Weihen extra tempora, Bd. I. S. 114).

[3] Gerona 1068 c. 6, M. 19, 1071: „Clerici, si lectores fuerint et uxores duxerint, in lectoratu permaneant in choro, sed non in congregatione canonica". Das praebenda privari bei Alex. III. app. Later. P. L c. 11, M. 22, 430 für hartnäckige Verletzung der Residenzpflicht soll wohl auch zugleich Entziehung des Kanonikats bedeuten.

[4] Eugen III. J. L. n. 9508, S. 62 n. 5.

Vereinzelt kommt auch der Verlust der Richtergewalt des iudex delegatus für alle ihm delegirten Sachen in Folge Missbrauches der ersteren vor, Leg. K. Bourges 1276 c. 2, M. 24, 170.

Ein viel umfassenderes Vorkommen dieser Strafe nimmt Kober, Deposition S. 214, an, indem er sie als partielle Deposition bezeichnet, s. darüber Bd. IV. S. 731 n. 2. Er behauptet, dass sie sich bald in der Form der depositio ab altaris ministerio oder ab officio sacerdotali, bald als depositio ab administratione oder ab officio ecclesiastico, bald als blosse depositio a beneficio darstelle, und dass, wenn sie auch gleich der vollen Deposition auf immer unter Ausschluss der Hoffnung auf Restitution verhängt werde, die Strafe nie weiter als der jeweilige Wortlaut besage, ausgedehnt werden dürfe, so dass also z. B. der ab altaris ministerio Entfernte die Funktionen, welche mit dem Altardienst in keiner Beziehung ständen, ausüben könne, und die depositio ab officio sacerdotali die Verrichtungen der übrigen ordines unberührt lasse. Ganz abgesehen davon, dass er diese einschränkende Interpretation auf die ältere Art und Weise, die Deposition zu bezeichnen, Bd. IV. S. 726 u. S. 806, s. auch diesen Bd. oben S. 54 n. 3 und Kober S. 3. 4 selbst, nicht anwendet, so erscheint es unhaltbar, eine solche Auslegung blos durch Berufung auf den Satz: „odia restringi convenit" anzuwenden, vielmehr kann lediglich der herrschende Sprachgebrauch und der Wille des Gesetzgebers entscheiden. Dann führt die Interpretation der fraglichen Quellenstellen zu einem der Theorie Kobers gerade entgegengesetzten Ergebniss, c. 24 (Innoc. III.) X de accus. V. 1: „etsi non degradetur ab ordine, ab administratione tamen amoveatur omnino" beweist nichts dafür, dass der von der Weihe abgesetzte, alle Funktionen der iurisdictio vornehmen und die depositio a iurisdictione keinen Einfluss auf die Weihe hat, sondern es wird hier die Degradation vom Ordo, also die Entziehung des Klerikalstandes, der blossen Deposition gegenübergestellt, wie dies der Zusammenhang der Stelle ergiebt, wo vorher von der degradatio, der capitis deminutio, die Rede ist, und die Entfernung von der administratio mit der Entfernung des ungetreuen Haushalters im Evangelium verglichen wird. Weiter setzt c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1: „dummodo sint talia crimina, propter quae suspendi debeat vel deponi, non immerito suspendendi sunt a suis ordinibus vel ab altaris ministerio perpetuo removendi", doch zweifellos das letztere dem deponere gleich, und wenn es c. 1 (Lateran IV.) X de offic. I. 31 heisst: „ab omni ecclesiastico ministerio deponatur, adhibito si necesse fuerit brachio saeculari ad tantam insolentiam (zweiter Bischof in einer Stadt bei verschiedenen Riten), so kann auch hier nur die volle Deposition gemeint sein. Demnach muss sie auch unter dem „ab officio altaris debent perpetuo abstinere" für griechische Priester, welche ihre Kinder absichtlich im Bett erdrücken lassen, verstanden werden. Dass das ab officio sacerdotali deponere die Verrichtungen des Diakonats und der übrigen ordines unberührt lässt, widerlegen sogar die dafür citirten Stellen. Nach c. 10 C. XI qu. 3 sind Günther und Thietgaud abgesetzt und nur zur Laienkommunion verstattet worden, S. 53 n. 5; die Strafe der Verletzung des Beichtgeheimnisses, c. 12 X de poenit. V. 38, ist bisher stets als volle Absetzung aufgefasst worden, Bd. IV. S. 132, wie dies auch Kober S. 721, der hier seine eigene Theorie vergessen hat, selbst thut. Dem c. 4 (Alex. III.) X de cler. exc. V. 27: „in perpetuum ab officio sacerdotali deponas" (Celebriren des exkommunicirten Priesters) correspondirt in c. 3 (id) eod. die Androhung der depositio perpetua schlechthin. Die in c. 8 (Innoc. III.) X de dolo et contum. II. 14 gegen den Bischof Heinrich v. Chur 1199 ausgesprochene Absetzung („tulimus sententiam perpetuae depositionis in ipsum et eum a pontificali quam ab omni officio sacerdotali privantes") kennzeichnet sich deutlich als volle Deposition, welche dem Bischof keinen Raum für die Verwaltung einer Diakonenstelle offenliess, umsoweniger als das Bisthum wieder besetzt worden ist, Potthast regesta n. 633 Anm., und die Zurückversetzung auf einen niederen ordo, S. 54 n. 3, sonst stets besonders ausgesprochen wird. Dass das deponere ab officio ecclesiastico, s. z. B. c. 8 (Later. III.) X de vit. cler. III. 1 (fortgesetzte Besuche von Klerikern in Frauenklöstern trotz Verbots des Bischofs: ab officio ecclesiastico reddatur immunis, die Laien werden exkommunicirt) die volle Deposition bedeutet, giebt Kober selbst zu. So fällt also seine ganze Theorie zusammen. Sachlich verkennt sie den Zusammenhang zwischen ordo, iurisdictio und kirchlichem Amt überhaupt, den Innocenz III. in c. 10 X de exc. prael. V. 31 ausdrücklich hervorhebt, wenn der Papst den Bischof von Albenga des altaris ministerium indignum erklärt und auffordert, „quum pontificale officium sine altaris ministerio non valeat adimpleri", sein Bisthum niederzulegen, eventuell aber unter Anordnung einer Neuwahl für abgesetzt erklärt.

lichen Standesprivilegien als Strafe verwendete Verlust der letzteren[1] oder einzelner derselben[2], welcher namentlich gegen nicht mit Benefizien versehene Kleriker[3], falls sie trotz dreimaliger Ermahnung[4] nicht von einer mit ihrem Stande unverträglichen Lebensweise oder Beschäftigung ablassen, angedroht wird;

4. der Verlust einzelner aus dem Amte herfliessenden Befugnisse für ein Mal, in welchem sie zur Ausübung gelangen können[5].

Wie früher[6], so kommen ferner, wenngleich ebenfalls selten:

5. die Zurückversetzung auf eine niedrigere Weihestufe[7],

6. die Entziehung der Anciennität[8],

7. die Unfähigkeit, einen höheren Ordo oder eine höhere kirchliche Stellung[9],

8. oder überhaupt kirchliche Ämter zu erlangen[10] vor.

Dagegen hat in dieser Zeit, ebenso wie in der älteren

[1] c. 25 (Clem. III.) c. 45 (Inn. III.) X de sent. excomm. V. 39; c. un. (Bonif. VIII.) in VI de vita III. 1 u. Clem. 1 eod. III. 1, s. Bd. I S. 119 n. 6 u. S. 125 n. 1; vgl. weiter Lambeth 1261, M. 23, 1071; Salzburg 1292 c. 3 u. 1310 c. 3, M. 24, 1078 u. M. 25, 127; Ravenna 1311 c. 10, M. 25, 460; Tarragona 1317 c. 7, p. 630.

[2] Clem. 1. de vita III. 1 (nur Verlust des Privileges in rebus, nicht in personis bei fortgesetztem Halten von Tabernen und Fleischereien durch unverheirathete, geistliches Gewand tragende Kleriker, wiederholt Angers 1331 c. 38, M. 25, 1097; Prag 1346, M. 26, 83), vorher schon Pont. Audemer 1267, M. 23, 1166 u. 1279 c. 20, M. 24, 224 für Betreiben weltlicher Geschäfte durch Kleriker, Verlust der Abgabenfreiheit (so auch Montpellier 1258 c. 3, M. 23, 991) — und bei Nichttragen der Tonsur auch des privilegium fori; ferner Trier 1238 c. 22, M. 23, 481 für Kleriker, welche Iustitiare und Beamte von Laien sind, kein Schutz bei Verhaftungen, ebenso Bergamo 1311 c. 2. 6, M. 25, 480. 485 für Kleriker ohne geistliche Tracht, welche bei Vergehen ergriffen werden oder öffentlich Konkubinen halten.

[3] So schon Rouen 1190 c. 5, M. 22, 582.

[4] Im Dekretalenrecht ist eine solche monitio als Bedingung vorgeschrieben, ebenso auch in den Partikularkonzilien, s. Anm. 1 u. 2.

[5] So der Verlust des Wahlrechts bei Prälaten-, namentlich Bischofswahlen, wenn ein wegen seines Ordos oder Alters unfähiger gewählt ist, c. 7 §. 3 (Lateran. III. 1179) X de elect. I. 6; wenn die Wahlformen nicht beobachtet sind, c. 42 (Lateran. IV. 1215) X eod. I. 6, und des Bestätigungsrechtes des Klosteroberen für den nächsten Wahlfall, wenn der Obere fahrlässiger Weise einen unfähigen Kandidaten bestätigt hat, c. 44 (Lateran. IV.) X eod. s. auch S. 63 n. 8 u. Tarragona 1329 c. 25, M. 25, 846 (Verlust des Kollationsrechtes).

[6] Bd. IV S. 729. 730. 731. 809.

[7] S. 54 n. 3, S. 64 n. 4 und Bourges 1031 c. 6, M. 19, 503 (Priester, Diakonen und Subdiakonen, welche ihre Frauen oder Konkubinen nicht für immer entlassen, „a proprio gradu et officio cessent et inter lectores et cantores permaneant").

[8] c. 3 (Tours 1163) X ne clerici III. 50 (Mönche, welche das Kloster verlassen haben, um Physik oder Jura zu studiren und erst nach 2 Monaten zurückkehren, „in choro, capitulo, mensa et ceteris ultimi fratrum semper existant et nisi forte ex misericordia sedis apostolicae totius spem promotionis amittant"); Trier 1227 c. 16, M. 23, 37 (für Äbte, welche sich fleischlich vergangen haben) und Trier 1238 c. 3, M. 23, 484 (für Mönche und Nonnen, welche Eigenthum haben und unkeusch gewesen sind); Mainz 1225 c. 13, M. 23, 7 (Nonnen, welche Unzucht getrieben: „ulterius ad officium aliquod in monasterio nullatenus admittatur, sed ... ultima tam in claustro maneat quam in choro").

[9] Gerona 1068 c. 6, S. 64 n. 3; London 1102 c. 28, M. 20, 1152 (Sodomie): „persona religiosa ut ad nullum amplius gradum promoveatur et si quem habet, ab illo deponatur". Lateran. II. 1139, Watterich 1, 252, M. 21, 535: „Et quicumque per Girardum Engolismens. ad altaris officium accesserunt, apostolica auctoritate interdicimus, ne ipsum impleant et in illo gradu ordinis perenniter demorantes ad superiorem non ascendant"; Unwählbarkeit zu Dignitäten für denjenigen, welcher seiner durch Einmischung der weltlichen Gewalt zu Stande gebrachten Wahl zugestimmt hat, c. 43 (Later. IV.) X de elect. I 6; Paris 1212 P. I c. 10, M. 22, 836 (Äbte, Kloster-Prioren und Pröpste, welche die Disciplin schlaff handhaben) „non promoveantur ad dignitatem et maiora beneficia" Melun 1216 c. 3, S. 62 n. 5 a. E.

[10] S. 33. Für Kleriker ohne Benefizien findet sich auch mehrfach die Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf unbestimmte oder festbestimmte Zeit ausgesprochen, s. Montpellier 1215 c. 6, M. 22, 991: „Si vero clericus non habens locum vel beneficium ecclesiasticum habitum suum ad mensem non curaverit reformari, in ecclesia cathedrali lectionem vel epistolam vel evangelium solenniter legere non permittatur, nec ei beneficium ecclesiasticum assignetur, donec habitum compositum ferat"; s. auch London 1268 c. 4, M. 23, 1219; Lambeth 1311 c. 30, M. 25, 509; Valladolid 1322 c. 6. 7, M. 25, 699. 702; London 1343 c. 2, p. 1170. 1171, gemeinrechtlich Clem. 2 de vita III. 1.

9. die Suspension, als leichtere Strafe, weil sie begrifflich die Rechtsstellung und die Rechte des betroffenen Geistlichen nicht für immer berührt[1], eine hervorragend praktische Bedeutung gehabt und in Folge der Ausbildung des Benefizial-Wesens und des Aufkommens der absoluten Ordinationen eine noch weitere Spezialisirung als früher erfahren.

Wie in der älteren Periode ist zunächst der Unterschied zwischen derjenigen, Suspension, welche nicht nur die Amtsrechte, sondern auch die gewöhnlichen kirchlichen Mitgliedschaftsrechte trifft, und einer solchen, welche sich blos auf die ersteren bezieht, festgehalten worden[2].

Was zunächst die gleichzeitige Suspension von den kirchlichen Amts- und den gewöhnlichen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten anlangt, so ist diese sowohl in der karolingischen Zeit[3] wie auch später[4] in praktischer Geltung geblieben[5] und auch durch das Dekretalenrecht recipirt worden[6]. Der für dieselbe seit dem 12. Jahrhundert üblich gewordene Ausdruck ist *interdictum* oder *interdictio ingressus ecclesiae*[7]. Die allgemeinen kirchlichen Mitgliedschaftsrechte der betroffenen Geistlichen werden durch sie in derselben Weise und in demselben Umfange wie bei den Laien berührt[8]. Was dagegen die Amtsrechte betrifft, so hat sich seit dem 11. Jahrhundert im Vergleich zu der älteren Zeit insofern eine Änderung vollzogen,

[1] Bd. IV. S. 731.

[2] Bd. IV. S. 731. 732. 810. Wäre die Auffassung von Kober, Suspension S. 237, dass das interdictum ingressus ecclesiae (S. 16) eine selbstständige von der Suspension verschiedene Strafe bilde, und die Suspension nur Kleriker treffen könne, weil sie die Rechte, welche die Kleriker mit den Laien gemeinsam haben, unberührt lasse, begründet, so würde die im Text gemachte Eintheilung und die Zusammenstellung der hier gedachten Suspension mit der von den Amtsrechten ungerechtfertigt sein. Kober übersieht aber, dass das Wesen der hier fraglichen Strafe in der Entziehung der Ausübung von kirchlichen Rechten liegt, und dass die Kleriker zweierlei Arten von Rechten, die klerikalen (Amts-) Rechte und die gewöhnlichen Mitgliedschaftsrechte als Angehörige der Kirche besitzen, dass also eine Suspension von beiden unter denselben umfassenden Begriff fällt.

[3] Cap. Vern. 755 c. 12 (S. S. 14 n. 2); Rom 871/878 c. 12, Maassen, röm. Synode. Wien 1878 S. 17: „Si quis vener. episcoporum vel sacerdotum ... non vigilaverit et in aliquo conibuerit, quominus ecclesiasticae servitutis invectio circa personas delinquentium conservetur, donec coram provinciali synodo satisfaciat [a] communione sciat se suspensum. Si vero post tertiam conventionem in sua negligentia manserit, canonico iudicio subiacebit“ (ebenso Ravenna 877 c. 10, M. 17, 339, wo zunächst die Suspension von der kirchlichen Gemeinschaft, und daher auch nothwendig eine Suspension von der Ausübung der aktiven Klerikal-Rechte gemeint ist, vgl. auch Bd. IV. S. 733).

[4] c. 13 C. II qu. 5, dessen Herkunft unsicher, aber mit Bened. Lev. I. 36 u. Isaac v. Langres XI. 3, M. 16 app. p. 668 verwandt ist, also frühestens dem Ende des 9., wenn nicht dem 10. Jahrh. angehört, ist wohl nur auf eine suspensio ab officio zu beziehen, da es gerade die Ausübung des letzteren nach der satisfactio, d. h. nach der Leistung des Reinigungseides, gestattet.

[5] Gregor. VII reg. V. 11. (1078), Jaffé mon. Gregor. p. 341: „omnium ecclesiarum introitum vobis usque ad emendationem congruam prohibemus (Kanoniker, welche die stiftungsmässige vita communis nicht wieder einführen wollen); VI. 18 (1079) p. 356.

[6] c. 3 (Alex. III.) X de cohab. cler. III. 2: „... ipsos (cleriri concubinarii) per suspensionis et interdicti sententiam debes arctius cogere, ut mulieres ipsas a se ita removeant, quod de illis sinistra suspicio non possit haberi“; c. 11 (Alex. III.) X de off. iud. del. I. 29 (päpstlicher Delegat bei Ungehorsam gegen ein Urtheil auf Suspension oder Interdikt „episcopo vel ingressum ecclesiae vel sacerdotale officium interdicat aut etiam terram illius interdicto supponat“); c. 48 (Lateran. IV 1215) X de sent. excomm. V. 39 (kirchlicher Oberer, welcher ohne monitio die Exkommunikation verhängt: „ingressum ecclesiae per mensem unum sibi noverit interdictum“); c. 9 (Bonifaz VIII) in VI de off. iud. ord. I. 16 (Verbot der Occupation und Verwendung der Güter vakanter Kirchen: „episcopi et eorum superiores ab ingressu ecclesiae, ceteri vero ab officio et beneficio tamdiu eo ipso se noverint suspensos, quousque restitutionem fecerint de praedictis“); c. 8 (id.) in VI de privil. V. 7 (Celebriren an interdicirten Orten und Zulassung interdicirter und exkommunicirter zum Gottesdienst „ingressum ecclesiae sibi noverint interdictum, donec de transgressione huiusmodi ad arbitrium eius, cuius sententiam contempserunt, satisfecerint competenter“).

[7] S. die vorige Anm.

[8] S. o. S. 15; Gregor. VII. reg. VI. 36 (1079) p. 375, wo neben der interdictio ingressus omnium ecclesiarum auch der der communionis corporis et sanguinis domini erwähnt wird; ebenso Ofen 1279 c. 32, M. 24, 285 (Fernhaltung a divinorum perceptione et ingressu ecclesiae). Vgl.

als der regelmässige Umfang der zeitweisen Entziehung der letzteren bei gleichzeitiger Suspension von den allgemeinen Laienrechten auf die gottesdienstlichen Funktionen in der Kirche [1] beschränkt worden ist [2]. Angedroht wird die Strafe gewöhnlich bis zur Abstellung des strafbaren Verhaltens [3] oder bis zu entsprechender Genügeleistung [4], zum Theil aber auch auf eine bestimmte kürzere Zeit [5] oder auch schlechthin [6], in welchem Falle selbstverständlich der kirchliche Obere sie nach Lage der Verhältnisse mit Rücksicht auf den Grund ihrer Verhängung wieder aufzuheben hatte.

Was die blosse Suspension von den Amtsrechten betrifft, so wird in der karolingischen Zeit einer *suspensio a ministerio* [7], ferner aber auch und zwar während der ganzen Periode einer *suspensio ab officio* [8] (oder auch *susp. ab executione officii* [9]) gedacht. Dass beide die Enthebung von allen Amtsfunktionen, einschliesslich der aus dem ordo fliessenden, bezeichnen, kann nicht zweifelhaft sein, weil zu dem Dienst und dem Amt des Geistlichen auch die durch diesen oder durch das letztere bedingte Vornahme der zu vollziehenden Weihehandlungen gehört [10]. Nur ist die Bezeichnung

auch c. 1 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. 11.

[1] Also wesentlich auf eine s. g. suspensio ab ordine (s. nachher S. 70).

[2] Das stellt ausser Zweifel c. 20 (Bonifaz VIII) in VI de sent. exc. V. 11: „Is cui est ecclesiae interdictus ingressus, quum sibi per consequens censeatur in ipsa divinorum celebratio interdicta". Schon Alexander III., c. 3 X de cohab. III. 2, nennt neben der Suspension das Interdikt, um die totale Suspension in beiden Beziehungen zu bezeichnen. Veranlasst ist diese Einschränkung wohl durch den Gebrauch des Wortes: interdictum, mit welchem man die Vorstellung der auf die gottesdienstlichen Handlungen beschränkten Wirkungen des Lokalinterdiktes verband, und dadurch, dass man ohne Kenntniss der historischen Entwickelung und des früheren Gebrauches der Strafe nunmehr ihren Umfang von Neuem festzustellen unternahm. Dass man zunächst geschwankt hat, zeigt der Umstand, dass zu Zeiten Gregors VII. auch die Suspension von dem officium und daneben nur die vom Empfang des Abendmahls ausgesprochen worden ist, Rom 1075, Jaffé mon. Gregor. p. 170: „Lemarum Bremensem archiepiscopum et pro inobedientia superbiae suae ab episcopali officio suspendit et a corpore et sanguine domini interdixit".

[3] S. 66 n. 3 und c. 3 X III. 2 cit., S. 66 n. 6; Montpellier 1215 c. 10, M. 22, 942.

[4] c. 9 in VI. I. 16, S. 66 n. 6; c. 8 in VI. V. 7 cit., Montpellier 1215 c. 29, M. 22, 946 (Zulassung von Wucherern, Exkommunicirten, Interdicirten zu den Sakramenten und zum Begräbniss) „sive sit canonicus regularis vel monachus donec congrue satisfecerit iuxta sui abbatis arbitrium, ab officio noverit se suspensum et ingressum ecclesiae sibi interdictum".

[5] Auf einen Monat, c. 48 X V. 39 cit.

[6] Addit. Willelm. Par. episc. ad const. card. Gallon. (1220—1223) c. 1, M. 22, 766 (Kleriker, welche keine Tonsur tragen und sonst ungehorsam sind): „monitione praemissa ab ingressu ecclesiae arceantur".

[7] Hincm. Rhem. cap. 856 c. 1, M. 15, 492: (Priester, welche die vorgeschriebene Anzeige von einem öffentlich begangenen Verbrechen unterlassen haben) „si per alium nobis cognitum fuerit, quod in sua parochia admittatur et taedius ad nostram notitiam perlatum fuerit, tantos dies a ministerio suspensus in pane et aqua excommunicatus morabitur, quantos dies nostram vel comministrorum nostrorum notitiam ipsa actio sine illius suggestione et debita ad iussa communicatione supertransierit"; Metz 888. c. 9, M. 18, 80: „Quidam diaconus qui de sacrilegio confessus et convictus fuit, pro misericordia in carcere poni iussus est, interdicto ministerio".

[8] Cap. Vern. 755 c. 13. Bor. 1, 35: „(vagirender Bischof, welcher ohne Erlaubniss des Diöcesanbischofs in dessen Diöcese ministrirt oder weiht) „ab officio suspendatur interim, quod ad sinodum exinde venerit"; Mainz 851 c. 8, LL. 1, 413 (wiederholt Worms 868 c. 62, M. 15, 879): (Priester welcher unerlaubter Handlungen bezüchtigt beim Mangel von Anklägern erst geheim vom Bischof ermahnt, dann mit öffentlicher Rüge belegt ist und sich trotzdem nicht bessert) „ab officio suspendatur usque ad dignam satisfactionem". S. auch die folgenden Anmerkungen.

[9] c. 25 (Lateran. IV 1215) X de accus. V. 1; c. 3 (Lateran. III) X de usur. V. 19.

[10] Rom 826 c. 4, Bor. 1, 372 (wiederholt Rom 853 c. 4, M. 14, 1003, betreffend indocti, die geweiht sind): „et interim subiecti sacerdotes et tales clerici ad tempus a celebratione divini misterii et officiis suspendantur, ut docti valeant ad debitum ministerium advenire", nennt allerdings neben dem officium noch die Feier des Messopfers, offenbar aber nur der grösseren Deutlichkeit wegen. Wenn ferner c. 1 (Later. III, 1179) X de schismat. V. 8 für diejenigen, welche sich schriftlich zum Schisma verpflichtet haben, das: „a sacris ordinibus et dignitatibus manere suspensos" androht, so lässt sich daraus ebenfalls nicht schliessen, dass die Suspension a dignitate, also von der Würde, dem Amte, die ab ordine nicht mit umfasst, vielmehr soll die Strafandrohung auch die Ordinirten, welche noch kein Amt und keine Würde haben, treffen. Demgemäss ist unter der suspensio der Bischöfe a dignitatibus in Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081 wohl auch

susp. ab off. die überwiegende geworden und die bis heute herrschende geblieben[1]. Öfters wird sie auch unter Erwähnung des gerade von dem Betroffenen besessenen Amtes angedroht oder verhängt[2], lässt aber auch in diesem Fall demselben nicht etwa die Ausübung etwaiger niederer Amtsfunktionen oder Weihegrade offen[3]. In Übereinstimmung mit dem älteren Recht[4] verbleibt dagegen dem ab officio Suspendirten der Bezug seiner Amtseinkünfte[5].

Die Enthebung von dem Bezuge der letzteren bildet also eine besondere Art der Suspension, die *suspensio a beneficio* (mitunter auch als *subtractio beneficii*[6] bezeichnet),

die susp. ab officio zu verstehen. Übrigens ist die Doktrin darüber einig, dass die suspensio ab officio auch die vom Ordo in sich begreift, Kober, Suspension S. 88.

[1] Vgl. unten.

[2] Vor Allem bei Bischöfen, Pavia 997, Jaffé mon. Mogunt. p. 351: „ut omnes episcopi occidentales (wegen Nichterscheinens auf der Synode) ab episcopi officio suspendantur"; p. 352 (für B. Giseler v. Merseburg) „a sacerdotali officio suspendatur"; Nicolaus II 1057, J. L. n. 4412, M. 19, 869 („episcopale officium interdicere"). Weiter gehört hierher auch wohl Alexander II. 1063, J. L. n. 4518, M. 19, 973 (an den Bischof v. Amiens wegen Verletzung der Privilegien von Corvey): „scias te omni episcopali officio et sacerdotali privatum esse, donec tumorem superbiae ..... dimiseris et nobis et sanctae apostolicae sedi per condignam obedientiam satisfacere studueris" (wo das privare umsoweniger auf Absetzung gedeutet werden kann, als bei fortgesetzter Hartnäckigkeit nur der kleine Bann, das interdicere der sacrosancta communio angedroht wird); Gregor VII. reg. II 52 a (1075) ed. Jaffé p. 170: „ab officio episcopali . . . ab episcopali et sacerdotali officio suspendit"; Poitiers 1078, M. 20, 497: „suspendimus eum (Erzb. v. Tours) „a sacerdotali officio"; Toulouse 1079, M. 20, 457: „pontificale ei officium (wegen Simonie) interdicit et excommunicavit illum in eo concilio"; Lyon 1082, M. 20, 588: „episcopum Andevag. ab episcopali et sacerdotali officio, quod et suus archiepiscopus ei interdixerat, suspendimus"; Paschalis II. 1107—1118, J. L. 6821, M. 21, 419: „ab omni episcopali officio te noveris interdictum" (J. L. n. 6623, M. 21, 418; J. L. n. 6445, M. 20, 1009); Valence 1100, M. 20, 1118: „eo a pontificali et sacerdotali officio suspenso"; Palencia 1114, M. 21, 117; Eugen III. 1145, J. L. n. 8752; Anastasius IV. 1154, J. L. n. 9858; Hadrian IV., J. L. n. 10125, M. 21, 672. 782. 819; seltener bei Priestern, s. aber c. 8 (Luc. III) X de purg. can. V. 34. Wegen der Kloster-Ämter vgl. unten S. 72.

[3] Dafür blieb bei dem Bischof kein Raum. Ein anderes Amt hatte er nicht. Deshalb war er gar nicht in der Lage, dasselbe auszuüben, und auch für die Verwaltung der Funktionen der Weihegrade vom Diakonat abwärts fand er keine Gelegenheit, ganz abgesehen davon, dass die mittelalterlichen Bischöfe auch dazu kaum Lust gehabt haben würden.

[4] Bd. IV, S. 732 n. 2 u. S. 811 n. 2.

[5] Das zeigt Lateran. II. cit., s. S. 65 n. 9, welches trotz seiner genauen Straffestsetzungen des Verlustes der Einkünfte nicht erwähnt, s. auch Hefele Conc. Gesch. 5, 439 n. 1; sowie die ausdrückliche Androhung und Verhängung der interdictio oder suspensio ab officio et beneficio, s. z. B. Jaffé, mon. Bamb. p. 84 (Alexander II. 1073) und dazu Jaffé, mon. Gregor. p. 62; Gregor. VII. reg. II. 62 (1075) ibid. p. 183; Urban II. zu Benevent 1091 c. 2, M. 20, 739 und ep. 1088—99. J. L. n. 5739, M. 20, 660; ferner nicht nur die Äusserung Innocenz' III. c. 10 X de purg. can. V. 34: „Licet ergo ecclesiastica constitutio tales ab officio tantum usque ad purgationem doceat suspendendos, quia tamen eum etiam a beneficio propter immanitatem criminis suspendisti, nolumus improbare", sowie London 1268 c. 5, M. 23, 1220: „ipso facto ab officio suspensionem incurrant, in qua si per III menses extiterint, extunc a beneficio sint suspensi (ebenso auch London 1343 c. 2, M. 25, 1171). Seine innere Begründung hat dies darin, dass der suspendirte Kleriker substantiell sein Amt nicht verliert, also noch von der Kirche unterhalten werden muss, während er aus den ihm zukommenden Einkünften dem etwaigen, seine Funktionen wahrnehmenden Stellvertreter einen angemessenen Theil, wie im Falle physischer Unfähigkeit, abzugeben hatte, Kober S. 92 ff. Wenn Aschaffenburg 1293 c. 3, M. 24, 1083 die vollen Einkünfte des Benefiziums dem den Pfarrer vertretenden Geistlichen zugewiesen wissen will, so handelt es sich hier nicht nur um eine susp. ab off., sondern auch um die gleichzeitige susp. a benef. s. oben im Texte.

[6] Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 808: „per subtractionem sui beneficii ad hoc faciendum (zum Tragen einer ausreichenden Tonsur) compellatur"; Lerida 1229 c. 2. p. 1098: „De prioribus et abbatibus vel praelatis ecclesiarum parochialium . . praecipimus, ut per archiepiscopos vel diaconos . . . per subtractionem beneficiorum ad sacerdotium ascendere compellantur. Quod si impedimentum tale quisquam objecerit quod purgari possit, donec illud ita purgare curaverit, quod promoveri valeat, a beneficio nihilominus suspendatur omnino"; Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081: „ad quod (zum Tragen der Tonsur) per praelatos suos per subtractionem officii vel beneficii compellantur". In allen diesen Stellen ist nur von einer zeitweisen Entziehung des Benefiziums die Rede, eine privatio beneficii kann daher hier nicht in Frage stehen, und Lerida cit. identifizirt die susp. a benef. mit der subtractio, denn in seinem letzten Theil kann keine andere Strafe als vorher angedroht sein, weil seine Verordnung jeden Zweifel darüber beseitigen will, dass die Strafe auch bei entgegenstehendem Hinderniss eintreten soll.

welche erst später allein[1] verhängt, aber schon früher zur Verschärfung der Strafe gleichzeitig neben der suspensio ab officio ausgesprochen worden ist[2]. Mehrfach wird auch einer *suspensio a perceptione beneficii*[3] oder der *subtractio fructuum* auf angemessene Zeit[4] oder auch der *susp. a fructibus beneficii*[5] gedacht. Identisch sind die drei letztgedachten Bezeichnungen nicht mit der *suspensio a beneficio*[6]. Die letztere enthebt den Berechtigten provisorisch aller seiner Rechte in Betreff des Benefiziums, also auch des Rechtes auf die Verwaltung der dasselbe bildenden Vermögensmassen[7], während die drei genannte Strafen, da sie ihm nur den Genuss entziehen sollen, die gedachte Befugniss unberührt lassen[8].

Mit Rücksicht auf die vielfach vorkommende Pluralität der Benefizien werden

[1] So weit ich sehe, erst seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts c. 7 §. 3 (Lateran. III.) X de elect I. 6 (Wahl eines Unfähigen: „ab ecclesiasticis beneficiis triennio suspensus"); c. 4 (Alex. III.) X de cohabit. III. 2 (Fornikarier, welche ihre Konkubinen nicht entlassen): „ab ecclesiasticis beneficiis usque ad satisfactionem condignam suspendatis"; Theodor v. Utrecht 1209, p. 807: „Si aliquis canonicus penitus fuerit inobediens, suspendatur per decanum a beneficio et per capitulum"; Paris 1212 u. 1213 P. I c. 1, M. 22, 819 (Kleriker, welche in Bezug auf Tonsur und Kleidung nicht das Dekorum wahren, während des Gottes- und Chordienstes sprechen, herumlaufen oder die Kirche zu früh verlassen): „si monitus a praelato se non correxerit, beneficii sui suspensione multetur", vgl. auch c. 5. 7. 8. 12. 16. 20; c. 16 (Lateran. IV.) X de fil. presbyt. I. 17: „qui vero tales (Söhne von Kanonikern an der Kirche des Vaters) canonicare praesumpserint, a suis beneficiis suspendantur"; Köln 1279 c. 1, M. 24, 346 („suspendantur a praebendis per unum annum" für Kanoniker, welche Nachts auf den Strassen herumlärmen).

[2] Legat. Konst. für Mailand 1067, M. 19, 947: „Presbiter, diaconus et subdiaconus feminam ad fornicandum retinens, donec in culpa manserit, nec officium faciat nec ecclesiae beneficium habeat"; Urban II. (S. 68 n. 5); c. 2 (Alex. III.) X de test. cog. II. 21 (für Ausbleiben des Zeugen vor dem Papst): „ab officio et beneficio suspensos", c. 7 (id.) X de usur. V. 19; Montpellier 1215 c. 9, M. 22, 942 (Geistliche bis zur Beachtung der Vorschriften über Tonsur und Kleidung); c. 43 (Lateran. IV.) X de elect. I. 6: „ab officiis et beneficiis penitus suspendentes per triennium"; c. 14 (Lateran. IV.) X de vita cleric. III. 1; c. 25 (Later. IV) X de accus. V. 1 (mit pars decisa).

[3] c. 44 (Lateran. IV. 1215) X de elect I. 6 (für die Bestätigung der Wahl unfähiger Kandidaten seitens der Prälaten): „a perceptione proprii beneficii suspendatur, quousque . . . indulgentiam valeat promereri"); c. 2 (Lyon II 1274) in VI de eccles. alien. III. 9 (Kleriker, welche bestimmte unerlaubte Verfügungen über das Kirchengut nicht anzeigen, per triennium); c. 1 (Bonif. VIII.) in Extr. comm. de elect. I. 3 (Kapitel und Konvente, welche die neubestätigten Prälaten ohne Einsicht der erforderlichen päpstlichen Urkunden annehmen, bis zur gratia apostolicae sedis); vgl. weiter Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 866 (bis zur Besserung); Lerida 1229 c. 14, p. 1093 (Kleriker, welche sich schuldhafter Weise Irregularitäten zugezogen haben): „a perceptione beneficiorum suorum priventur, quam diu tali impedimento durante suis ecclesiis non poterunt deservire, nisi super hoc cum ipsis canonice fuerit dispensatum"; Lambeth 1331 c. 8, M. 25, 891 (auf ein Jahr); Mainz 1235 c. 2, M. 23, 3 (hartnäckige Konkubinarier unter den Kanonikern) „ne praebendarum fructus eis ministrent . . . nisi incoepta poenitentia et peracta".

[4] Dublin 1214, M. 22, 925: „convictis (der Inkontinenz) vel in iure confessis fructus beneficiorum seu stipendia subtrahantur, donec inde nostram gratiam consequantur"; Peunafiel 1301 c. 1, M. 25, 101 (Geistliche, welche lässig im Recitiren der Horen sind, bei vergeblicher Mahnung) „per subtractionem fructuum beneficii ad tempus prout culpae qualitas exegerit, arceatur".

[5] Angers 1365 c. 12, M. 26, 431 (auf einen Monat).

[6] Denn Lerida Ende des 13. Jahrh. M. 23, 936 (Verletzungen des decorum clericale und Waffentragen): „suspendatur ab omnibus beneficiis et cum ad emendationem venerit, tanto tempore postmodum eorundem perceptione beneficiorum careat, quanto in ista contumacia permanere praesumserit" ordnet nach der Suspension noch als besondere Strafe die Entbehrung des Fruchtgenusses an. S. übrigens auch unten Anm. 8.

[7] So auch Kober S. 118.

[8] Wenn Salzburg 1267 c. 8, M. 24, 139 (gegen nicht Residenz haltende Pfarrer): „a perceptione fructuum et administratione temporalium", und Bergamo 1311 c. 30, M. 25, 509 (Kleriker, welche dem Bischof nicht die Urkunden über ihre Institution vorweisen): „a perceptione fructuum et administratione sit suspensus" neben der Suspension von dem Bezuge der Früchte noch die von der Verwaltung der Temporalien aussprechen, so kann dies namentlich mit Rücksicht auf Lerida cit. (s. Anm. 6) nicht als Tautologie aufgefasst werden, vielmehr ergiebt sich aus der ausdrücklichen Erwähnung der Suspension von der Administration der Temporalien, dass diese nicht an und für sich in der a perceptione fructuum mitenthalten ist, andererseits aber in Anbetracht der Ausführungen im Text, dass eine susp. a perc. fruct. und administr. soviel wie die susp. benef. bedeutet.

die beiden Strafen auch öfters hinsichtlich aller von den Schuldigen besessenen Benefizien angedroht[1].

Die heute von der Doktrin den bisher gedachten Arten der Suspension regelmässig an die Seite gestellte s. g. *suspensio ab ordine*, oder, wie sie in der hier fraglichen Zeit mehrfach bezeichnet wird, die *susp. ab executione ordinum*[2], die *interdictio ministerii sacerdotalis*[3], die *suspensio a divinis*[4], d. h. die vorübergehende Enthebung von der Ausübung der Funktionen des innegehabten, sowie aller niederen Weihenstufen wird erst gegen Ende des 11. Jahrhunderts erwähnt[5]. Dies späte Hervortreten hängt offenbar damit zusammen, dass sich erst in Folge des Aufkommens der absoluten Ordinationen ein Bedürfniss dazu herausgestellt hat, da man die ohne einen Amtstitel geweihten Kleriker weder vom Amt noch vom Benefizium suspendiren konnte, und die Strafe der Exkommunikation oder des Personalinterdikts in vielen Fällen zu hart erscheinen musste.

Neben diesen verschiedenen Arten der Suspensionen, welche sich aus der früheren totalen Suspension von den Amtsrechten durch Spezialisirung des Inhalts der letzteren entwickelt haben, von denen jede Art aber immer noch insofern eine gewisse umfassende Wirkung äussert, als sie die Gesammtheit der entweder aus dem officium oder dem beneficium oder dem ordo herfliessenden Rechte berührt, kommen, wie schon in merovingischer Zeit[6], jetzt auch eine Anzahl rein partieller Suspensionen von einzelnen geistlichen und kirchlichen Rechten vor, so für Bischöfe von dem Recht, die Weihen überhaupt[7] oder einzelne der-

[1] So die suspensio a beneficiis c. 40 (Bonif. VIII.) in VI de elect. I. 6; Lerida Ende saec. XIII cit. M. 23, 936; Ofen 1279 c. 31, M. 24, 155; und die a perceptione suorum beneficiorum, Lerida 1229 c. 14 cit., S. 69 n. 3.

[2] c. 45 (Gregor IX.) X de sim. V. 3 (s. unten Anm. 7); Ofen 1279 c. 33, M. 24, 285 (ab executione suorum ordinum für Pfarrer); ibid. c. 36, p. 287 (für Prälaten mit Ausnahme der Bischöfe ab executione ordinum); ibid. c. 66, p. 303 (ab exec. ordinum ebenfalls für Pfarrer); S. Pölten 1284, p. 506 (ab exec. sui ordinis für Priester); Exeter 1287 c. 41, p. 824 (ab ex. ordinum per quinquennium für clerici non beneficiati). Vgl. auch unten Anm. 7.

[3] c. 2 (Alex. IV.) in VI de off. iud. deleg. I. 14, wo sie mit der interdictio ingressus ecclesiae gegenüber der suspensio ab officio als leichtere Strafe bezeichnet wird.

[4] S. Pölten 1284, M. 24, 506 (ab ingressu ecclesiae et divinis suspendendum); Exeter 1287 c. 41, p. 823 (ipsum a divinis in triennium manere suspensum); Bergamo 1311 c. 14, M. 25, 490 (a divinis officiis suspendimus); Padua 1350, M. 26, 228. 229 (ab ingressu ecclesiae et divinis suspendimus); Salzburg 1386 c. 2, p. 727 (a divinis suspendimus), auch London 1321 c. 6, M. 25, 677: „suspensio a *divinorum* celebratione per mensem". Nicht hierher gehört Rouen 1190 c. 32, M. 23, 586: „quicumque sacerdos suspensus scienter celebraverit, cesset per annum a divinis officiis", denn es hätte keinen Sinn den schon ab officio suspendirten Priester nochmals mit der suspensio ab ordine zu strafen. Wahrscheinlich ist als Strafe die interdictio ingressus ecclesiae gemeint.

[5] c. 1 X de schismat. V. 8, S. 67 n. 10 s. auch S. 71 n. 1; Ravenna 1014, M. 19, 361: „ut omnes tales ordinationes suspenderentur a mysteriis usque ad discussionem certissimam" ordnet nur wegen der Zweifelhaftigkeit der Weihen nicht als Strafe eine vorläufige Enthaltung von der Ausübung an. Szaboles 1092 I c. 12, M. 20, 766: „Si vero presbyter vel diaconus fuerit venatus (an Feiertagen), ab ordine descendat usque ad satisfactionem" kann nicht die blosse Suspension von den Funktionen des Ordos, sondern nur das provisorische Ausscheiden aus dem Klerus, mithin die Suspension von allen Amtsrechten bedeuten. In c. 2 (Urban III.) X de cler. non ord. V. 28 (Diakon, welcher Messe gelesen hat) „a diaconatu quoque vel biennio vel triennio pro tua provisione suspensus. De beneficio autem misericorditer agatur cum eo" handelt es sich um einen Diakon mit einem beneficium, welcher also auch ein officium auszuüben hat, mithin um die susp. ab off. Dasselbe gilt auch wohl von c. 1 (Alex. II.) Dist. LII.

[6] Bd. IV S. 734.

[7] Dioklea 1199 c. 2, M. 22, 701 (Ertheilung der Weihen extra tempora oder mehrerer an einem Tage): „episcopus tamdiu a conferendis ordinibus abstineat, donec a Romano pontifice misericordiam consequatur"; c. 15 (Honorius III.) X de temp. I. 11 (wegen des ersteren Vergehens) „tamdiu ab ordinandi suspendimus potestate, donec nostram meruerit gratiam obtinere"; c. 45 (Gregor IX.) X de simon. V. 3: „Si quis ordinaverit seu ad ordinem praesentaverit aliquem, promissionem vel iuramentum ab illo recipiens, quod super provisione sua non inquietet eundem, ordinator a collatione, praesentator vero

selben[1] oder die Tonsur[2] zu ertheilen, für Erzbischöfe vom Gebrauche des Palliums[3], für Bischöfe von dem der bischöflichen Insignien[4] (*pontificalia*), für andere Geistliche von der Ausübung bestimmter, namentlich der ordnungswidrig erhaltenen Weihegrade[5], sowie für Mönche der Bettelorden vom Predigtamt[6], ferner für Bischöfe, andere Prälaten und Kapitel von Jurisdiktionsrechten, so vom Besetzungsrecht der Ämter[7]

ab executione ordinum per triennium et ordinatus ab ordine sic suscepto, donec dispensationem super hoc per sedem apostolicam obtinere meruerint, noverint se suspensos"; vgl. auch c. 14 (Honor. III.) X de temp. I 11; c. 2 (Lyon 1274) in VI de temp. ord. I 9 (für Weihe fremder Diöcesanen) „per annum a collatione ordinum suspensos"); Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092 (für Theilung von Präbenden und Verleihung an mehrere bis zur päpstlichen Dispensation); Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 704 (für Weihe unwissender Kandidaten auf ein Jahr); Padua 1350, M. 26, 233 (für Zulassung unbekannter Bischöfe zum Amtiren durch die Diöcesanbischöfe auf ein Jahr).

[1] So namentlich desjenigen Ordos, welchen er unerlaubter Weise ertheilt hat, Alexander III. 1159—1181, J. L. n. 14197, app. Later. XXVI c. 26, M. 22, 372 (wiederholt Lateran. III. 1179 c. 5, M. 22, 149, wenn transmarine Bischöfe fremde Kleriker weihen usque ad condignam satisfactionem") ähnlich c. 13 (Innoc. III.) X de temp. I 11 (a collatione ordinum scil. diaconii et presbyterii nach Disposition des Papstes); vom Recht, Bischöfe zu konsekriren, c. 2 (Innoc. III) X de transl. I. 7 (für Translation eines Bischofs ohne päpstliche Genehmigung) „archiepiscopos . . . a consecratione et confirmatione pontificum, episcopum vero ab executione pontificalis officii Bitur. archiepiscopus iuxta mandati nostri tenorem suspendit".

Wenn Kober S. 25 in c. 32 (Lateran. II. 1139) C. XXIII qu. 8 in dem: per annum ab officio episcopali abstineat (für Bischöfe, welche Brandstiftern die vorgeschriebenen Wallfahrten erlassen) eine Suspension von den Pontifikalien, in c. 11 X de off. iud. del. I. 29, S. 66 n. 6 eine Suspension vom ordo sacerdotalis für einen Priester findet, so handelt es sich in der That um eine Suspension ab officio. Abgesehen von dem bereits S. 68 n. 3 Bemerkten kommt in Betracht, dass sich der Bericht über den B. Hermann v. Augsburg Guastalla 1106, M. 22, 1214: „a pontificali suspensus officio, semi episcopus regreditur" nur so erklären lässt, dass er zwar nicht abgesetzt, aber auch nicht blos von den Pontifikalien, sondern ab officio suspendirt war, um so mehr, als ihm Paschalis II. 1106 J. L. n. 6103, l. c., interimistisch die Befugniss gewährt hat: „ut eos qui ecclesiae bona rapiant et invadant, excommunicare praevaleat", er also an sich auch von der Jurisdiktion suspendirt worden sein musste. In c. 2 (Alex. IV.) in VI. de off. iud. del. I. 14 „ingressus primo ipsis ecclesiae vel sacerdotale interdicatur ministerium ac deinde ab officio suspendantur" bedeutet allerdings die interdictio des sacerdotale ministerium die Ausübung der Weiherechte, aber hier wird eben der Ausdruck: sacerdotale officium nicht gebraucht. Zur Bezeichnung der susp. ab ordine wird officium in der Verbindung mit executio verwendet, so c. 2 X de translat. I. 7 cit. und c. 13 X I. 11 cit. (ab executione sacerdotalis officii für einen zum Bischof Gewählten, welcher unerlaubter Weise die Weihe zum Diakon und Priester erhalten hatte). Das zeigt deutlich Cölestin III. 1195 J. L. n. 17300—02, M. 22, 604. 606. 609 (Erzb. v. York „ab usu pallii et episcopalis officii executione, administratione quoque spiritualium quam temporalium et beneficiorum perceptione sit suspensus"). Gleichbedeutend ist damit, also mit der susp. ab ordine Ofen 1279 c. 36, M. 24, 287 („a bexecutione pontificalium sint suspensi") und Johann XXII. a. 1312 in c. 2 in Extr. Ioann. XXII. de elect. (I) und in c. un. Extravag. comm. ne sede vac. III. 3 (a pontificalibus et ingressu ecclesiae suspensus).

[2] c. 4 (Bonifaz. VIII.) in VI de temp. ord. I. 9 (für ordnungswidrige Ertheilung der Tonsur: „per unum annum a collatione clericalis tonsurae suspensum").

[3] ep. Aribon. Mogunt. 1024, Jaffé mon. Mogunt. p. 359: „apostolicus mihi interdixit ornatus primos dignitatis meae"; ep. Anast. IV 1154, v. Pflugk-Harttung, acta roman. pont. 3, 153; s. auch Anm. 1 a. E.

[4] London 1268 c. 33, M. 23, 1247 („a pontificalium indumentorum usu"); c. 3. 5. 8 ibid. p. 1219. 1221. 1224. („a dalmaticae, tunicae et sandalium usu"). Ravenna 1311 c. 24, M. 25, 462 („a pontificalibus et officio suspensus" gehört wohl auch hierher, bedeutet also nicht susp. ab ordine pontificali).

[5] c. 2 (Alex. III.) X de temp. ord. I. 11; c. 8 (Urban III.) X eod.; c. 1 (Alex. III.) X de ord. ab episc. I 13; c. 2 (Coelest. III.) X de eo qui furt. V. 30, c. 1 (Clemen. IV.) in VI de temp. ord. I. 9; Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 704 (auf ein Jahr).

Der in der früheren Zeit (Bd. IV S. 738 n. 1) wiederholt vorkommenden Suspension vom Messelesen, welche sich noch im Dekret, c. 28 (Arles 538) C. VII qu. 1 erwähnt findet, wird im Dekretalenrecht nicht gedacht, wohl aber kommt sie freilich vereinzelt noch später partikularrechtlich vor, Toledo 1324 c. 6, M. 25, 733 (für Priester, welche für die zu lesenden Messen Geld fordern, auf ein Jahr).

[6] Clem. 3 de poen. V. 8.

[7] c. 29 (Lateran. IV. 1215) X de praeb. III. 5 (bei Anstellung unfähiger Kandidaten „ut qui post primam et secundam correctionem fuerit repertus culpabilis a beneficiis conferendis per ipsum concilium suspendatur . . . . Et hoc ipsum circa capitula quae in his deliquerint, observetur"); c. un. in VI. ne sede vac. III. 8; London 1268 c. 30, M. 23, 1243 (a collatione et institutione in beneficiis). c. 31 ibid. p. 1245 (a collatione seu praesentatione beneficiorum quorumlibet).

und dem Recht der Vermögensverwaltung[1], insbesondere für Erzbischöfe vom Bestätigungsrecht der Bischöfe[2], für die Prälaten vom Rechte, Indulgenzen zu ertheilen[3], für Kanoniker vom Stimmrecht im Kapitel[4], sowie von dem Bezuge der Distributionen[5], endlich auch für Orden, von dem Recht der Aufnahme neuer Professen[6].

Zwischen diesen Fällen stehen endlich diejenigen Suspensionen, welche umfassender als die eben gedachten sind, aber doch nicht alle Funktionen des officium oder des ordo treffen, so einmal die *suspensio ab administratione spiritualium et temporalium*[7], d. h. sowohl von der aus dem Amte betroffenen Person herfliessenden Jurisdiktion oder von der Verwaltung der geistlichen Amtsrechte[8] als auch von der Verwaltung der durch dasselbe gewährten Vermögensrechte[9], ferner die Suspension von Klosterämtern wie der Abtswürde[10] und von Kloster-Verwaltungen[11], weil bei diesen in Folge ihres Charakters nur die aus der Jurisdiktion oder der Verwaltung, nicht aber aus dem ordo herfliessenden Rechte berührt werden können[12].

Den verschiedenen Suspensionen geht nach dem Wortlaut der Quellen, ebenso wie anderen Strafen, vielfach eine monitio zur Besserung voraus[13]. Angedroht oder

[1] Für Prälaten, Salzburg 1310 c. 2, M. 25, 227 (ab administratione temporalium).

[2] c. 2 X I. 7. cit., S. 71 n. 1; c. 44 (Bonifaz VIII.) in VI. de elect. I. 6.

[3] Aquileja 1334, M. 25, 1119 (auf einen Monat, hier allerdings als privatio bezeichnet); Padua 1350, M. 26, 228 (ebenso).

[4] Clem. 2 de aetate I. 6; Angers 1365 c. 12, M. 76, 431 (auf einen Monat).

[5] Also eine partielle susp. benef., Clem. 2 cit. (hier der Hälfte); Angers 1365 c. 12 cit. (hier aller distributiones quotidianae auf einen Monat). Nevers 1246 c. 7, M. 23, 713 (privatio a perceptione anniversariorum et omnium distributionum bis zur Leistung von schuldigen Geldstrafen).

[6] c. 2. (Alex. IV.) in VI de regul. III. 14 (a receptione quorumlibet ad professionem).

Auch für bischöfliche Notare kommt die suspensio vom Notariatsamt vor, Ravenna 1311 c. 32, M. 25, 474.

[7] c. 2 (Gregor IX.) X de solut. III. 23 (angedroht denjenigen, welche ihre Kirchen für fremde Schulden verbindlich machen).

[8] Das erstere nach dem ursprünglichen Wortlaut des c. 2 X cit., welches sich nach diesem blos auf Prälaten bezieht (dieselbe Bedeutung auch in Cölestin III. J. L. n. 17300—02 cit., S. 71 n. 1, wofür es Verona 1184, M. 22, 478, auch in c. 9 X de haeret. V. 7, heisst: „ab episcopali dignitate et administratione suspensus"), das letztere nach dem durch Wegstreichung der Beziehung auf die Prälaten geänderten und damit auf alle Amtsträger ausgedehnten Text der Stelle, vgl. auch Gonzalez Tellez ad c. 3 cit. n. 5. Ohne jeden Anhalt am Text beschränkt Kober S. 245 die spiritualia auf die mit der Verwaltung der Pfründengüter etwa verbundenen spirituellen Rechte, z. B. das Patronatrecht.

[9] Es soll also durch die gewählte Bezeichnung die Suspension der Rechte des ordo ausgeschlossen und klargestellt werden, dass sie sich nicht auf diese bezieht, wie dies noch deutlicher Cölestin III. cit. ergiebt.

[10] Paris 1212 v. 1213 P. I. c. 13, M. 22, 829: „abbatibus sub poena suspensionis officii sui inhibemus" (das entgeltliche Verleihen von Präposituren an Mönche gegen Geld).

[11] Clem. 1. de decim. III. 8 (Mönche, welche den Kirchen ihre Zehnten entziehen): „tamdiu ab officiis, administrationibus et beneficiis suis suspensi, donec destiterint et satisfecerint. Quodsi religiosi huiusmodi administrationes vel beneficia non habeant . . . ipsi sententiam excommunicationis incurrunt"; vgl. auch Ofen 1279 c. 34, M. 24, 290.

[12] Denn eine Spendung der Sakramente und die Verwaltung der h. Handlungen ist mit diesen Ämtern als solchen nicht, wie z. B. beim Bischofs- oder Pfarramt, verbunden. Deshalb begreift auch Clem. 1. cit. a.E. unter administrationes die officia, s. auch Kober S. 389. Daraus ergiebt sich auch, dass die in c. 2 (Lyon II. 1274) in VI. de reb. eccles. alien. III. 9 den Prälaten angedrohte Strafe der susp. ab officio et administratione nur als die eigentliche Suspension vom ganzen Offizium und von jeder Verwaltung, also bei Säkular-Prälaten ihres Benefiziums, bei Regular-Prälaten von ihren administrationes, nicht aber, so Kober S. 333, als susp. ab ordine und von der Temporalien-Verwaltung aufgefasst werden darf.

Weiter gehört hierher auch die Suspension vom Notariat für bischöfliche Notare, Ravenna 1311 c. 32, M. 25, 474; für kirchliche Richter, auch Delegaten vom Richter-Amt (auf einen Monat), s. Ofen 1279 c. 55, M. 24, 297 und Noyon 1280? c. 5, p. 376, endlich auch für Advokaten, da es sich wohl um die geistlichen Gerichte oder mindestens wesentlich um diese handelt, von der Advokatur Oxford 1222 c. 42, M. 22, 1164 (auf ein Jahr); Lyon 1274 c. 19, M. 24, 93 (auf drei Jahre).

[13] S. z. B. Paris 1212 P. I. c. I. 5. 7, S. 69 n. 1; c. 14 (Lateran.) X de vita cler. III. 1.

verhängt werden sie theils auf eine fest bestimmte Zeit[1], theils bis zur erfolgenden Aufgabe des Ungehorsams[2] oder bis zur Satisfaktion[3], theils bis zur Aufhebung durch den kirchlichen Oberen[4], endlich auch schlechthin[5], in welchem Fall der letztere nach Lage der Umstände, z. B. mit Rücksicht auf erfolgte Besserung, abgeleistete Busse u. s. w. über die Wiederaufhebung zu befinden hatte.

Mitunter wird auch, aber erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, blos die *suspensio* ohne näheren Zusatz[6] angedroht, während für die Regel die Art derselben genau bezeichnet wird. Gemeint kann in diesen Fällen nur die suspensio ab officio in dem o. S. 67 gedachten Sinne, d. h. die ursprünglich s. g. Suspension sein[7], da diese in Folge der historischen Entwicklung, nicht nur als die ursprüngliche, sondern auch als die regelmässige zu betrachten ist[8].

Die verhängte Suspension äussert ihre Wirkungen sofort und diese werden nicht durch Einlegung eines Rechtsmittels suspendirt[9].

Besondere Strafen für die Vornahme solcher Amtshandlungen, an deren Ausübung der von der Suspension Betroffene dadurch behindert ist, hat das kirchliche Recht, abgesehen von dem Fall der Ausübung der Weiherechte[10], nicht festgesetzt. Da aber ein solches Amtiren eine schwere Sünde und eine Auflehnung gegen die

[1] Hincm. Rhem. cit. S. 67 n. 7; London 1151 c. 4, M. 21, 751: „ne liceat . . . . alicui personae ecclesiasticae post invasoris seu raptoris excommunicationem de damno ecclesiae illato ultra vicesimam partem debiti aliquid remittere. Qui vero remiserit, si episcopus est, per VI menses, si alia ecclesiastica persona, per annum integrum ab officio suspendatur"; c. 4 (Alex. III.) X de cler. exc. V 27; c. 3 (Lateran. IV.) X de cland. desp. IV. 8; c. 1 (ibid.) X de custodia III. 44; c. 43 X I. 6 cit., S. 69 n. 2; c. 2. 4 in VI. I. 9 cit., S. 70 n. 7 u. S. 71 n. 2.

[2] Also bis zur Gestellung auf Ladung, cap. Vern. S. 67 n. 8; bis zur Erwerbung der nöthigen Kenntnisse, Rom 826, S. 67 n. 10; s. ferner Utrecht 1209, S. 68 n. 6; Montpellier 1215, c. 9, S. 69 n. 2; Clem. 3 V. 8; Clem. 2 I. 6, S. 71 n. 6 u. S. 72 n. 4; Clem. 1 III. 8, S. 72 n. 11.

[3] Mainz 851 S. 67 n. 8; Alexander II. J. L. n. 4518, S. 68 n. 2; Mailand 1067 S. 69 n. 2; Alexander III. S. 71 n. 1.

[4] c. 44 X I. 6, S. 69 n. 3; c. 15 I. 11, S. 70 n. 7; c. 45 X V. 3, s. a. a. O.; c. 8 X I. 11, S. 71 n. 5; Dioklea 1199, S. 70 n. 7.

[5] c. 1 X V. 8, S. 67 n. 10; c. 16 X I. 17, S. 69 n. 1; c. 14 X III. 1, S. 69 n. 2; c. 29 X III. 5, S. 71 n. 7; c. 2 X III. 23, S. 72 n. 7.

[6] c. 1 (Alex. III.) X de cler. coniug. III. 4: „per suspensionis et excommunicationis sententiam compellas"; c. 9 (Lateran. IV.) X de celebr. missar. III. 41 verbietet sub poena suspensionis den clerici minores und praelati die Vernachlässigung des Chor- und Messdienstes, sowie die Störung des Gottesdienstes durch Gespräche und Plaudereien; London 1200 c. 1, M. 22, 713 (sacerdotes, welche die Horen und Offizien undeutlich recitiren „usque ad condignam satisfactionem suspendantur"; Melfi 1284 c. 4, M. 24, 572 (Äbte und andere personae ecclesiasticae, welche bei verschiedenen Riten für die Lateiner griechische Priester anstellen oder celebriren lassen, poena suspensionis); Pennafiel 1301 c. 1, M. 25, 101 (für Nichtrecitiren der Horen durch Kleriker in sacris und clerici beneficiati): „quod si beneficio caruerit, in sacris ordinibus constitutus, per suspensionis sententiam puniatur"; s. auch o. S. 69 n. 4; Clem. 1. de privileg. V. 7. Vgl. ferner c. 40 (Coelest. III.) X de app. II. 28.

[7] Bd. IV. S. 734.

[8] Demgemäss umfasst sie in dieser Periode nicht zugleich die susp. *a beneficio*, wie dies deutlich Pennafiel 1301 c. 1 cit. ergiebt. Wenn sich Kober S. 393 für das Gegentheil auf die Glosse s. v. suspensionis zu Clem. 1 cit. V. 7 beruft, so ist dort auf die Glosse zu Clem. 3, s. v. Gregorii verwiesen, welche über eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten in der damaligen Literatur berichtet, so namentlich darüber, dass manche in der suspensio a iure, nicht aber in der ab homine oder blos in einer Suspension wegen schwerer, nicht aber in einer solchen wegen geringer Ursache die susp. a beneficio als mitenthalten erklärt haben.

[9] Das ist freilich erst durch c. 20 (Bonifaz VIII.) in VI. de sent. exc. V. 11 für die susp. ab off. ausgesprochen, aber, wie sich aus c. 40 (Coelest. III.) X de app. II. 28 entnehmen lässt, längst Rechtens gewesen, s. auch Bd. IV. S. 763 n. 4 und S. 764 n. 2. Für die anderen Suspensionen wird man dasselbe annehmen müssen.

[10] c. 2 X de cler. exc. V. 27 (bei Hartnäckigkeit, wo also die Irregularität bereits eingetreten ist, Bd. I. V. 52) Exkommunikation, s. auch Kober S. 101. 102. Partikularrechtlich für das Fortcelebriren droht an: Rouen 1222 c. 6, M. 22, 1199, Absetzung; Mainz 1225 c. 6, Deposition, Infamie, Intestabilität und Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien unter Vorbehalt der Begnadigung durch den Papst; Salzburg 1274 c. 13, M. 24, 140, bei Hartnäckigkeit strenge Haft und Busse, also auch Absetzung; Cöln u. 1280 c. 1, M. 24, 345 (spoliatio beneficii und beim Fortamtiren perpetua depositio).

kirchlichen Ordnungen bildet, so kann ein derartiges Verhalten von den zuständigen Oberen arbiträr bestraft werden [1].

Was endlich die in der älteren und merovingischen Zeit vorkommende eigenthümliche Art der Suspension, die s. g. *excommunicatio fraterna* [2] betrifft, so ist dieselbe auch in der karolingischen Zeit [3] und später [4] praktisch geblieben und hat durch Aufnahme der älteren, sie betreffenden Kanones in das Dekret Gratians [5] ihre Geltung für das gemeine Recht der Kirche bewahrt [6].

10. Die in der früheren Zeit seltene Strafe der Entziehung des Amtseinkommens [7] findet sich in dieser Zeit ebenfalls nur vereinzelt [8] und hat ebensowenig im Dekretalenrecht allgemeine Anerkennung gefunden [9].

[1] S. z. B. Alexander II. 1067 J. L. n. 4640, M. 19, 978: „. . alter (Landus Nucerinus) quod officium ab apostolico sibi interdictum praesumpserit, convicti, sunt synodali iudicio depositi", s. auch Ewald, neues Arch. f. ält. deutsche Geschichtskunde 5, 343 n. 87. Vgl. überhaupt noch Kober S. 108ff.

[2] Bd. IV S. 742. 743. 811.

[3] Neuching unter Thassilo 771, LL. 3, 463: „ut si quis (episcoporum) de eadem institutione (Festsetzungen des Konzils) deuiare praesumpserit, a collegio eorum alienetur usque iterato examine i. e. publico synodo"; nicht zu Epernay 847 angenommener Vorschlag von Meaux 845 c. 10, M. 14, 819 (Bischöfe, welche die Übertragung von Abtstellen an Laien dulden) „tribus mensibus a missarum solemniis se abstineant et suae tantum ecclesiae communione contenti fiant" (Bd. IV, S. 742 n. 7); Soissons 861, ann. Bertin. cont. SS. 1, 455: „Hincmarus . . . synodo comprovinciali . . Rothadum ipsius urbis episcopum regulis ecclesiasticis obedire nolentem episcopali privat communione . . donec obediat"; Worms 868 c. 14, M. 15, 872: „Episcopi vero, si sacerdotali moderatione portposita innocentes aut in minimis causis culpabiles excommunicare praesumpserint et ad gratiam festinantes recipere fortasse noluerint, a vicinis episcopis cuiuslibet provinciae communio illis usque ad tempus synodi [non] negetur"; c. 16 ibid. „Si quis autem episcoporum synodo neglexerit adesse aut coetum fratrum ante quam concilium dissolvatur, crediderit deserendum, alienatum se a fratrum communione cognoscat nec eum recipi liceat nisi in sequenti synodo fuerit absolutus".

[4] Sie findet sich in Anwendung auf Priester (vgl. Bd. IV S. 811) im Gottesfrieden v. Constanz 1103, LL. 2, 62: „Presbyter qui talibus (Exkommunicirten) sciens communicaverit, ab officio suo interdictum se sciat nullamque communionem inter ceteros fratres usque ad dignam satisfactionem habeat"; auf Kanoniker, welche für die Haltung von Konkubinen die vorgeschriebene Busse im Kloster nicht übernehmen wollen, Legatenkonzil Mainz 1225 c. 2, M. 23, 3: „praepositis et decanis et capitulis ecclesiarum sub anathemate prohibemus, ne praebendarum fructus eis ministrent nec ad chorum vel ad consortium capituli eos admittant, nisi incoepta dicta poenitentia et peracta"; und auf Äbte und Äbtissinnen Tours 1060 c. 10, M. 19, 928: „qui eiusmodi digne poenitentes recipere noluerit (d. h. Apostaten a regula, die zurückkehren) tertio admonitus, si non adquieverit, a communione fratrum suspendatur, sive sit abbas sive abbatissa, donec acquiescat".

Was die Bischöfe betrifft, so enthält das schottische Konzil v. 1225 c. 52 i. f., M. 22, 1236 die an die exc. f. erinnernde Vorschrift, dass ein Bischof, welcher die von einem Amtsbruder verhängte Exkommunikation nicht publicirt, „per s. concilii deliberationem fratrum suorum atque praelatorum consiliis careat aliorum", und Mainz 1225 c. 8, M. 23, 5 die Anordnung, dass wenn Bischöfe mit der öffentlichen Verkündigung Exkommunicirter säumig sind und mit den Exkommunicirten wissentlich verkehren, „tamdiu cathedralium ecclesiarum canonici eis non communicent, quamdiu huic salutari sanctioni contemserint obedire".

[5] c. 10. 12. 13. 14 Dist. XVIII, vgl. dazu Bd. IV S. 742 n. 10.

[6] In den Dekretalensammlungen wird sie nicht erwähnt, wohl aber verweist das conc. Trident. Sess. XXIV c. 2 de ref. auf diese älteren Kanones.

[7] Bd. IV S. 737 Nr. 9. S. 809. Nr. 4.

[8] S. Lerida 1229 c. 16, M. 22, 1093: „Cum canonicos et alios clericos conventualium ecclesiarum servitiis deputatos omnino non deceat, quod aliis divinis inservientibus officiis, alii per ipsas ecclesias vel claustrum processionis deambulent in habitu saeculari, ne id fiat de cetero prohibemus: statuentes poenam transgressionibus, ut per tres dies canonica portione priventur"; Verlust des Antheils an den Oblationen und Zehnten bei nicht gehöriger Vertheilung, Dioklea 1199 c. 3, M. 22, 702 („sua portione privetur"); Const. Ricardi episc. Sarum u. 1227 c. 49, M. 22, 1123: „Et si de incontinentia parochialis sacerdotis scandalum ortum fuerit, cum circa hoc vigilans debeat esse rector ecclesiae: si per famam vel per inquisitionem nobis prius de hoc constiterit, quam per rectoris denunciationem: tanquam conscius privetur fructibus ecclesiasticis unius anni privandis in pias causas distribuendis". Im Gegensatz zu der suspensio a beneficio auf Zeit wird in den beiden letzten Stellen hier dem Berechtigten nicht das Recht auf den Fruchtgenuss als solches, sondern nur ein durch die Zeit seinem Quantum nach bestimmter Theil der Einkünfte entzogen.

[9] Die Grundsätze über den Nichterwerb der Distributionen sind erst in späterer Zeit entwickelt worden. Auch handelt es sich hier nicht

Von den Strafen kirchlichen Charakters, welche auf die Laien anwendbar sind, kommen, ebenso wie früher, für die Geistlichen folgende vor:

11. Die Exkommunikation oder der grosse Kirchenbann.

Während im Beginn der Entwicklung die Exkommunikation eines Geistlichen zugleich die Deposition desselben in sich geschlossen hat[1], ist in der karolingischen Zeit die entgegengesetzte Rechtsauffassung, welche sich schon in der merovingischen Periode in Folge der veränderten Bedeutung der Exkommunikation geltend zu machen begonnen hatte[2], zur vollen Herrschaft gelangt. Schon damals hat sich der noch heute massgebende Grundsatz festgestellt, dass mit der Exkommunikation weder der definitive Verlust des Amtes noch der des Klerikalstandes verbunden ist. Das ergiebt sich daraus, dass die Deposition jetzt mehrfach der Exkommunikation nachfolgt und bei Fruchtlosigkeit der letzteren als die härtere Strafe angewendet wird[3]. Wenn daher nunmehr beide Strafen neben einander angedroht werden[4], handelt es sich nicht mehr blos, wie in der ältesten Zeit, um die nähere Bezeichnung der Wirkungen der Exkommunikation[5], sondern um zwei verschiedene, selbstständige Strafen.

Dass man die Exkommunikation aber jetzt prinzipiell als die härtere Strafe behandelt und sie in besonders schweren Fällen mit der Deposition verbunden hätte, um ihr die frühere umfassende Wirkung zu sichern, lässt sich nicht behaupten. Wird auch noch öfter in Übereinstimmung mit dem älteren Recht[6] für dasselbe Vergehen

um eine Entziehung zur Strafe, sondern die Interessenz ist Bedingung ihres Erwerbes. Bd. III. S. 236.

[1] Bd. IV. S. 739. 798.

[2] A. a. O. S. 812 ff.

[3] Der römische Kardinalpriester Anastasius, welcher Rom und seine Kirche verlassen und hartnäckig die Rückkehr verweigert hatte, ist deswegen zunächst von Leo IV. exkommunicirt, dann anathematisirt, schliesslich aber auf der römischen Synode v. 853, M. 14, 1017 abgesetzt worden, l. c. p. 14, 1018: „Anastasium iam nuper excommunicatum presbyterum ... a sacerdotali ministerio modis omnibus removemus, ita ut locum restitutionis nequaquam inveniat"; Rheims 1049, M. 19, 738: „(Abt v. Pultaria) inde excommunicatus missarum sacramenta celebrare praesumpserat; excommunicationique subiacens, eidem synodo intererat. Qui discussus nec ab obiectis se valens purgare criminibus, ab honoris sui dignitate depositus"; Troyes 1107 c. 4, M. 20, 1223 (S. 53 Anm.): „Quod si nec tunc (nach der Absetzung) cessaverint, procul a liminibus ecclesiae arceantur nec ipsa laicali communione fruantur"; Rheims 1148, M. 21, 517 (hier als London 1138, s. aber c. 11 ibid. p. 719): „ut sacerdotes qui divina officia celebrare inhibiti, nihilominus celebraverunt et ab hoc anathemate vincti sunt, degradentur et bonis ecclesiasticis priventur, nisi a domino proprio (d. h. Bischof) veniam consequantur. Qui vero eandem sententiam nondum passi sunt, nisi intra XL dies resipuerint, eadem poena (Degradation) plectantur".

[4] Vern. 755 c. 5, Bor. 1, 34 (Äbte sollen bei Nichtaufrechterhaltung der klösterlichen Ordnung durch den Bischof, dann durch den Metropoliten, endlich durch die Provinzialsynode dazu gezwungen werden): „Quod si publicum sinodum contempserit, aut honorem suum perdat aut excommunicetur ab omnibus episcopis et talis in eius locum in ipso sinodo constituatur per verbum et voluntatem domno rege vel consensu servorum dei, qui secundum ordinem sanctum ipsum gregem regat" (hier muss das *aut-aut* für *et-et* stehen, weil möglichst schwere Strafen bedingt sind, und falls man etwa annehmen wollte, dass die Exkommunikation allein den erwähnten Verlust des Amtes in Gemässheit des älteren Rechtes bewirkt hätte, selbst die alternative Androhung des Amtsverlustes oder der Exkommunikation, also einer leichteren und schwereren Strafe nicht passen würde. Vgl. die röm. Synode gegen Johann v. Ravenna 861, M. 15, 602: „Si quis autem archiepiscopus Ravennae amodo . . . vobis vestrisque successoribus episcopis superius prohibita iniunxerit vel tulerit vobisque aliquid de praesignatis oneribus imposuerit . . sit . . anathematis innodatus vinculis et tanquam contumax ss. canonum et apostolicarum violator institutionum ab omni sacerdotali alienus in perpetuum existat officio"; Johann VIII. Priv. für Tours 878, J. L. n. 3160, M. 17, 354; Gerona 1078 c. 2, M. 20, 517: „Ille vero qui emerit, non solum sit alienus ea dignitate, quam pecuniis acquisivit, sed etiam proprio gradu; et excommunicationi succumbat, donec quod malum (male) obtinuit, dimittat", Rom 1080, Jaffé mon. Gregor. p. 399: „sententia depositionis et excommunicationis"; Troyes 1107, Jaffé mon. Mogunt. p. 385: „ut quicumque clericorum de hac hora investituram ecclesie vel ecclesiastice dignitatis de manu laici acceperit, et qui ei manum imposuerit, gradus sui periculo subiaceat et communione privetur" (wiederholt Lateran. 1110, M. 21, 7).

[5] Bd. IV. S. 739 n. 5.

[6] Bd. IV. S. 739 n. 1 u. S. 753.

die Deposition gegen Geistliche und die Exkommunikation gegen Laien angedroht[1], so kommt die letztere doch gegen Geistliche neben leichteren Strafen als der der Deposition[2], oder gleich von vornherein allein zur Anwendung[3], ja mitunter folgt sie sogar erst der Deposition nach[4]. So wenig es geläugnet werden kann, dass die hier in Frage kommenden Strafandrohungen zum Theil willkührliche sind[5], so erklärt sich doch die verschiedenartige Verwendung der Exkommunikation für eine Reihe von Fällen daraus, dass man, falls eine zuerst angedrohte andere Strafe, wie z. B. die Deposition, nicht beachtet wurde[6], nunmehr die Auflehnung und die Hartnäckigkeit des Schuldigen mit der Exkommunikation bestrafen musste, andrerseits aber, wenn die zunächst angedrohte Exkommunikation sich als erfolglos erwies, zu den sonstigen Strafmitteln zu greifen genöthigt war.

Im Übrigen sind für die Exkommunikation der Kleriker dieselben Grundsätze, wie für die der Laien zur Anwendung gekommen[7]. Was aber den Einfluss der Strafe auf die Amts- und Weiherechte der Kleriker betrifft, so tritt in dieser Zeit die nothwendige Konsequenz der S. 16 erwähnten Entwicklung, dass sie jetzt nicht mehr den definitiven Verlust dieser Rechte, sondern nur die Suspension von ihnen für die Dauer der Exkommunikation herbeiführt[8], deutlich hervor[9], und da-

[1] Aachen 836 II. c. 12, M. 14, 679 (Hochverrath) und Hludov. conv. Ticin. 850 c. 19, LL. 1, 400. 404 (Wucher); vgl. ferner Regino I. 58 u. II. 411 („Nam unde laici excommunicantur, inde presbyteri ab officio altaris submoventur"); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787.

[2] Toulouse 1079, S. 68 n. 2; App. Later. XXVII. c. 2, M. 22, 373 (Schluss von c. 3 X ne cleric. III. 50): „Episcopi vero, abbates, priores, tantae enormitati consentientes et non corrigentes, spolientur propriis honoribus (S. 63 n. 5) et ab ecclesiae liminibus arceantur".

[3] Rom 743 c. 3. 8. 12, M. 12, 382 (Geistliche, welche weltliche Kleider tragen, sich die Haare wachsen lassen, weltlichen Genüssen nachgehen, c. 13 ibid. (c. 57 Dist. I. de consecr.); c. 8 (Chalons 813 c. 40) Dist. LXXXI; Rheims 1049 (Verbot des Papstes, das Konzil zu verlassen: „sub excommunicatione") M. 19, 738; ibid. p. 741. 742 (Exkommunikationen von Bischöfen durch den Papst); Rouen 1072 c. 11, M. 20, 37 (Nichttragen der Tonsur) „usque ad dignam satisfactionem excommunicentur"; Rouen 1074 c. 9, M. 20, 399: „. . Hos vero qui sacros ordines reliquerunt, placuit s. synodo nisi anathematizari"; London 1075, M. 20, 452 (Simonie); c. 2 (Poitiers 1078) X de vita cleric. III. 1 (Kleriker, welche Waffen tragen und Wucher treiben); Gerona 1078 c. 5, M. 20, 518 (Kleriker, welche die Ämter ihrer Väter an der Kirche beibehalten); c. 9 ibid.: („concubinarii vero et usurarii, nisi resipiscant excommunicentur"); Compostella 1114 c. 21, M. 21, 122 (nicht villici laicorum); London 1125 c. 9, M. 21, 332 (Entfernung von Klerikern absque proprii episcopi iudicio durch Äbte und Kleriker); London 1138 c. 1, M. 21, 511 (Simonie bei der Sakramentsverwaltung); Odo v. Paris Ende saec. XII. c. 47, M. 22, 684 (Einsegnung klandestiner Ehen); Const. Gallonis cardin. u. 1208 c. 1. 6, M. 22, 763 (clerici concubinarii und usurarii).

[4] Gerona 1068 c. 5, M. 19, 1071: „. . de clericis arma portantibus, ut arma dimittant et quaeque illicita cum eis commiserint, digne defleant. Quod si agere noluerint de choro exeant (S. 53 Anm.) et canonicam perdant et omne beneficium ecclesiae amittant. Si vero haec relinquere noluerint, praedictae sententiae de incestis (d. h. der Exkommunikation nach c. 3) subiaceant"; c. 7 ibid. „et presbyteri usque ad subdiaconum, si uxorem duxerint aut concubinam retinuerint, de clero exeant et omne beneficium ecclesiasticum perdant et cum laicis in ecclesia maneant. Quod si inobedientes fuerint, sententiam de incestis incurrant".

[5] So bedroht Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 die Übernahme von Bedienstungen bei Laien und den Wucher mit Deposition, während c. 2 X. III. 1 (s. Anm. 3.) die Exkommunikation festsetzt.

[6] Z. B. durch gewaltsame Behauptung des Benefiziums.

[7] Vgl. o. S. 3 ff. und die Anmerkungen zu S. 75 ff.

[8] Bd. IV. S. 812. 813.

[9] c. 4 (Alexander II. 1066/1067) C. XXIV. qu. 1 bemerkt in Betreff eines exkommunicirten Erzbischofs blos: „quia excommunicatus te non potuit excommunicare", und kann dies nur darauf stützen, dass der Exkommunicirte von seiner Jurisdiktion keinen Gebrauch zu machen berechtigt war. Das bestätigt Quedlinburg 1085 c. 1, M. 20, 608: „ut quicumque ab episcopo suo nec officio nec communione privato excommunicatus esset, etsi iniuste, nullatenus tamen recipiatur ad communionem, nisi absolutus ecclesiastico more". Spezialisirt werden die Wirkungen Gerona 1078 c. 6, M. 20, 518: „ut clerici arma ferentes, nisi dimiserint arma, sint alieni a corpore et sanguine domini et ab ingressu totius ecclesiae et christianorum sepultura et omni communione ecclesiastica, numquam amplius in Christi ecclesia ad maiores honores sive gradus, si rebellendes (rebelles) instituerint, sublimandi". Über den Umfang der Suspension hat man freilich noch lange geschwankt, so lässt Bernhard v. Pavia

mit war der Standpunkt erreicht, auf welchem das Dekretalen-[1] und das heutige Recht stehen bleiben mussten.

12. *Der kleine Kirchenbann, die excommunicatio minor* kommt zwar ebenfalls als Strafe für die Gestlichen vor, hat aber auch in dieser Anwendung keine erheblichere Bedeutung als bei den Laien[2] erlangt. Bei den ersteren umfasst er in der karolingischen Zeit und in den folgenden Jahrhunderten ebenfalls nur die Ausschliessung vom Abendmahl[3], und erst später, als sein Umfang auf den Empfang aller Sakramente erweitert worden war[4], auch von diesen. Auf die Ausübung der Amtsrechte, insbesondere der Jurisdiktion[5] und der mit der kirchlichen Stellung verbundenen Wahlrechte[6] hatte der kleine Bann keinen Einfluss. Ja nicht einmal die Spendung der Sakramente ist dem vom kleinen Bann Betroffenen rechtlich verwehrt[7], vielmehr wird dieselbe durch das Dekretalenrecht nur als Sünde bezeichnet[8], allerdings aber daraus die Rechtsfolgerung gezogen, dass die excommunicatio minor zur Erlangung von kirchlichen Ämtern unfähig macht[9]. Gerade das Missliche, was in der Ausschliessung eines Geistlichen von dem Empfange der Sakramente, andererseits aber in seiner Zulassung zur Spendung der letzteren lag, hat, wie in älterer Zeit[10], so auch noch vor der näheren Feststellung der Folgen des kleinen Bannes, dazu geführt, dass derselbe wohl mehrfach neben oder nach der Suspension von dem Amte oder nach der Entziehung desselben ausgesprochen[11], aber allein ohne andere Strafen nur sehr

summa V. 34 § 11 auch eine Suspension des Privilegs si quis suadente für den exkommunicirten Kleriker unter Berufung auf die nichts besagenden c. 22 C. XVII. qu. 4 u. c. 47 C. XXIII. qu. 5 (zu Unrecht, s. Bd. I. S. 119) eintreten, und c. 53 (Innoc. III.) X de appell. II. 28 sah sich genöthigt, die Entscheidung zu treffen: „illi proventus ecclesiastici merito subtrahuntur, cui ecclesiae communio denegatur". Nicht minder haben noch einzelne Partikularkonzilien des 13. Jahrhunderts, Pont. Andemer 1279 c. 1 u. Angers 1279 c. 4, M. 24, 220. 309 ausdrücklich gegen exkommunicirte Geistliche die Entziehung des Rechts auf die Früchte ihrer Benefizien verfügt.

[1] c. 24 (Innoc. III.) X de sent. et re iud. II. 27 (Nichtigkeit des von einem exkommunicirten Richter gefällten Urtheils); c. 23 (Alexander III.) II. 28 (Ausschluss vom Wahlrecht); c. 53 X. II. 28 cit.

[2] S. 19.

[3] c. 57 (Rom 743) Dist. I de consecr. (Bischof oder Priester, welcher die begonnene Messe abbricht) „a sacro corpore et sanguine domini nostri J. Chr. sit suspensus"; ebenso Meaux 845 c. 10, M. 14, 819: „a corpore christi separetur et sanguine"; Alex. II. (1063) M. 19, 973: „tibi sacrosanctam communionem interdicimus (B. v. Amiens); Gregor. VII. 1074 reg. II. 2, Jaffé mon. Gregor. p. 110 (Isembert B. v. Paris, welcher zur Verantwortung vorgeladen wird, weil er trotz der Suspension das Bischofsamt ausgeübt): „Quodsi te subtraxeris, ab omni etiam sacerdotali officio te privatum et sacrae communionis participatione sequestratum esse noveris"; Rom 1075, ibid. p. 170, S. 67 n. 2; ep. Adelb. Mogunt. ad episc. Bamb., 1118 Jaffé mon. Bamberg p. 324: „eadem quidem, que et ceteris eiusdem concilii neglectoribus vobis quoque iniuncta esset sententia, scil. vel divini officii suspensio vel a communione corporis et sanguinis dominici formidanda interdictio"; c. 1 X de his quae III. 11, S. 18 n. 1.

[4] S. S. 19.

[5] c. 10 (Gregor. IX.) X de cler. exc. V. 27: „Si celebrat minori excommunicatione ligatus, licet graviter peccet, non tamen notam irregulariter incurrit nec eligere prohibetur vel ea quae ratione iurisdictionis sibi competunt exercere. Si tamen scienter talis electus fuerit, eius electio est irritanda pro eo, quod ad susceptionem eorum eligitur, a quorum perceptione a ss. patribus est privatus. Peccat autem conferendo ecclesiastica sacramenta, sed ab eo collata virtutis non carent effectu, quum non videatur a collatione sed participatione sacramentorum quae in sola consistit perceptione, remotus".

[6] c. 10 X cit.

[7] c. 10 X cit. Dass man darüber gestritten hat, beweist nicht nur der Erlass der betreffenden Dekretale, sondern auch die Glosse zu derselben.

[8] c. 10 X cit.

[9] c. 10 X cit., weil er in Folge der durch das Amt bedingten Nothwendigkeit der Spendung der Sakramente zur fortwährenden Wiederholung der Sünde genöthigt würde; vgl. auch Bd. II. S. 488 n. 5.

[10] Bd. IV. S. 470.

[11] S. Anm. 3; Gregor VII. reg. II. 2 (1074) ed. Jaffé mon. Gregor. p. 110: „ab omni sacerdotali officio te privatum et s. communionis participatione sequestratum esse noveris"; 1075 ibid. p. 170: „Lemarum . . . ab episcopali officio suspendit et a corpore et sanguine domini interdixit"; Schreiben Adalberts v. Mainz v. 1118, M. 21, 182: „ipsum quidem, quia iam diu a d. papa episcopali et sacerdotali suspensus est officio (B. v. Augsburg), communione corporis et san-

vereinzelt gegen Geistliche gebraucht worden ist[1]. Auch das spätere Recht hat auf die Verwendung dieser Strafe umsomehr verzichtet, als sich in den schon vor dem Abschluss des Dekretalenrechtes entwickelten Strafen des *interdictum ingressus ecclesiae*[2] und der verschiedenartigen Suspensionen[3] genügende Ersatzmittel darboten.

Von Strafen gleichen Charakters, wie die zu 11 und 12 (S. 64 ff.) besprochenen, sind ferner:

13. das Lokal-Interdikt[4],

14. die Entziehung der Gnade des Papstes[5],

15. die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses[6]

gegen Geistliche zur Anwendung gebracht worden.

Den bisher besprochenen Strafen treten diejenigen hinzu, welche den Übergang zu den Strafen rein weltlichen Charakters bilden, nämlich

16. die öffentliche Rüge, welche namentlich in der karolingischen Zeit gegen Bischöfe[7] und Priester[8] verhängt worden ist[9], und im Dekretalenrecht[10], weil sich die Befugniss der Kirchenoberen zur Verhängung dieser Strafe gegen ihre Untergebenen, namentlich der Bischöfe gegen die niederen Geistlichen von selbst verstand, keine besondere Berücksichtigung erfahren hat[11];

17. die körperliche Züchtigung oder Prügelstrafe[12]. Ebenso wie früher[13] hat man in der karolingischen Zeit[14] und in den folgenden Jahrhun-

guinis domini usque ad satisfactionem privatum esse sciatis".

[1] c. 1 X de his quae fiunt III. 11 (S. 18 n. 1). Abgesehen von dem die Mönche betreffenden c. 2 X de stat. monach. III. 35, welche Kleriker sein können, ist dies in den Dekretalensammlungen die einzige Strafandrohung, welche sich nur gegen Geistliche richtet.

[2] S. 66.

[3] S. 67.

[4] S. 19. Dass dasselbe auch wegen etwaiger von Geistlichen begangenen Vergehen verhängt worden ist, ergeben die Anführungen S. 21 n. 1 ff.

[5] Diese Strafe ist sogar hauptsächlich gegen Geistliche, namentlich gegen Bischöfe und Äbte zur Anwendung gebracht worden, S. 34 ff.

[6] c. 2 (Later. III. 1179 c. 10) u. c. 4 (Clem. III.) X de statu monach. III. 35 (Besitz von Sondereigenthum der Mönche). Vgl. ferner S. 32, da diejenigen Vergehen, für welche sie angedroht wird, auch von Geistlichen begangen werden konnten, speziell für Kleriker Minden 1230 c. 10 M. 23. 252 und Köln 1310 c. 15, M. 25, 241.

[7] Karol. II. syn. Suess. 853 c. 2, LL. 1, 416 (Hermann B. v. Nevers): „pro suis excessibus quos corporali molestia saepe dicebatur admittere, a ss. praesulibus modeste et acriter increpatus est, quod prius frequenter correptus, ordini sacratissimo perserverantia levitatum adhuc iniuriam faceret"; Valence 855 c. 7, M. 15, 7 (Metropolit, welcher aus Habsucht nicht hindert, dass ein unwissender Kandidat auf ein erledigtes Bisthum befördert wird) „sententia fratrum se noverit esse culpandam"; Metz 888 c. 15, M. 18, 68: „Si quis episcopus iudicaverit vel ordinaverit alterius parochianum sine consensu et voluntate sui episcopi, oportet eum non sine increpatione in communi concilio admitti, ita ut ecclesiasticum ultra non solvat canonem".

[8] Mainz 851 c. 8, LL. 1, 413: „in conventu episcoporum episcopus eum publica increpatione admoneat, s. S. 67 n. 8.

[9] Was das Dekret betrifft, so hat die spätere Doktrin c. 1 C. XXI qu. 4 (Nicäa II. 787 c. 16, M. 13, 433): „Eos ergo episcopos vel clericos, qui se fulgidis et claris vestibus ornant, emendari oportet. Quod si in hoc permanserint, epithimio contradentur", das „ἐπιτίμιον" (Strafe, Vergeltung, so noch summa Rufini her. v. von Schulte. Giessen 1892 S. 345: „genus poenae") auf die Rüge „increpatio" bezogen, s. Glosse zu c. 1 cit. sub v. epitimio (welche allerdings die Suspension auf 8 Tage wegen c. 2 ead. darunter begreift) und Bernhard. Papiens. summa V. 33. §. 4 unter Berufung auf diese Stelle.

[10] Im Dekrete Gratians ist sie c. 1 (Gregor I., Bd. IV. S. 737 n. 1) Dict. LXXXIV deutlich erwähnt, s. auch die vor. Anm.

[11] Dass sie in Anwendung war, beweist die Aufzählung der Strafen bei Bernhard v. Pavia a. a. O.

[12] Vgl. hiezu Kober i. d. Tübinger theolog. Quartalschr. 1875. Jahrgg. 57. S. 7. 23 ff.

[13] Bd. IV. S. 814.

[14] Karlm. cap. 742 c. 6; Boret. 1, 25: „ut quisquis servorum dei vel ancillarum Christi in crimen fornicationis lapsus fuerit, quod in carcere poenitenciam faciat in pane et aqua. Et si ordinatus presbiter fuerit, II annos in carcere permaneat et antea flagellatus et scorticatus videatur et post (d. h. nach Ablauf der 2 Jahre) episcopus adaugeat. Si autem clericus vel monachus in hoc peccatum ceciderit, post tertiam verberationem

derten[1] die Kleriker einschliesslich derjenigen der höheren Grade der körperlichen Züchtigung unterworfen und dabei, wie schon in der merovingischen Zeit, die Maximalzahl von 39 Hieben ausser Acht gelassen[2]. Gratian hat gerade die älteren, nicht dieser Periode angehörigen Vorschriften in sein Dekret aufgenommen[3] und auch in der Dekretalensammlung Gregors IX. findet sich nur eine, der früheren Zeit angehörige Stelle[4]. Damit hat die Strafe zwar die Anerkennung als eine gemeinrechtliche erhalten, aber eine nähere gesetzgeberische Durchbildung nicht empfangen[5], vielmehr ist es der Doktrin überlassen geblieben, die den verschiedenen Zeiten angehörigen, sich theilweise widersprechenden Bestimmungen mit einander in Einklang zu bringen.

Endlich sind seit der karolingischen Zeit die nachfolgend gedachten, schon früher[6] zum Theil gebrauchten Strafen rein weltlichen Charakters ebenso wie gegen die Laien[7], so auch gegen die Geistlichen in viel grösserem Umfange zur Anwendung gebracht:

18. Die Geldstrafe. Wenn die Kirche in den früheren Zeiten von dieser

in carcerem missus, vertentem annum ibi poenitentiam agat. Similiter et nonnae velatae eadem penitencia conteneantur, et radantur omnes capilli capitis eius", während nach Pippin. cap. 754/755 c. 2, ibid. p. 31 beim Incest nur: minores vapulentur aut in carcerem recludantur", und auch die stat. Rhispac. 799 c. 17 ibid p. 228 für das Halten verdächtiger Frauen nur diese mit dem vapulari, die höheren mit der Deposition bedrohen (s. auch Boret. 1, 336 n. 7 und S. 43 n. 5); ein Unterschied, welcher sich gleichfalls in cap. post. a. 805 add. c. 1, ibid. p. 142 für Hingabe des Chrisma als Medizin und als Zaubermittel „ceteri clerici (d. h. ausser Priestern und Diakonen) et nonnanes disciplinam corporalem et carceris custodiam sustineant" findet. Die Regel Chrodegangs v. Metz für die vita communis (Walter corp. iur. eccles. p. 20 ff.), welche c. 4. 8. 15. 17. 25. 34 der corporalis disciplina, castigatio oder vindicta gedenkt und ebenso die Aachener v. 816 u. 817 c. 134, M. 14, 239 schränken sie nicht principiell auf die niederen Kleriker ein, obgleich die letztere solcher Geistlichen erwähnt, gegen welche ihre Anwendung durch aetas aut qualitas personae gehindert wird. Wenn Hlothar. I. const. Papiens. 832 c. 3, LL 1, 360 sie weiter für abgesetzte Priester und Diakonen androht, welche, um sich der Busse zu entziehen, aus den ihnen angewiesenen Klöstern entweichen („verberibus coherceantur"), so ist hierbei zu beachten, dass diese die geistlichen Standesrechte in Folge der Deposition (s. S. 54. 55) verloren hatten. Für Nonnen, welche mit Klerikern oder Geistlichen Unzucht treiben, setzt Rouen saec. IX c. 10, Bruns I. 2, 270, u. A. Prügelstrafe fest.

[1] Otto v. Vercelli cap. 69 Migne c. 34, 41 = Vannes 465 c. 13, Bd. IV. S. 815 n. 4 (Auspeitschen der Kleriker für jeden Fall der Trunkenheit); Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806: „Si aliquis qualiscumque vel undecumque contra libertatem vel consuetudinem Traiect. ecclesiae hactenus observatum aliquod beneficium petierit vel obtinere voluerit, communibus expensis universalis ecclesiae insistat eidem et si aliquis in suum hospitium collegerit vel auxilio astiterit, ipso iure a perceptione beneficii sit suspensus, donec resipuerit et ecclesiae universali V libras persolverit, cum corporali disciplina coram universali suscipienda ecclesia". Vgl. auch Damiani opusc. XX. 6, Migne 145, 453 (wegen Unzucht): „publice virgis caesus et . . . turpiter asseritur decalvatus".

[2] Bd. IV. S. 814, denn in den citirten Stellen findet sich eine solche Beschränkung nicht.

[3] c. 1 (Augustin) C. XXIII qu. 5, Bd. IV. S. 732 n. 2; c. 9 (Agde) Dist. XXXV, a. a. O. S. 815 n. 4; c. 9 (Macon) C. XI qu. 1, a. a. O. n. 3; c. 8 (Braga) Dist. XLV, a. a. O. n. 10; c. 3 (Joh. diacon.) C. V. qu. 6, a. a. O. S. 737 n. 2. Auch Berhard v. Pavia summa V. 32 §. 4 sagt unter Berufung auf diese Stellen: Verberatio quoque in poenis canonicis invenitur und entwickelt V. 21 die darüber zur Anwendung kommenden Grundsätze.

[4] c. 1 (Gregor I., Bd. IV S. 737 n. 2) X de calumn. V. 2; c. 54 §. 2 (Gregor IX.) de sent. exc. V. 39 setzt blos die Zulässigkeit voraus (vgl. auch Bd. I. S. 121), und dasselbe gilt von den namentlich die Mönche betreffenden c. 10 (Alex. III.) c. 24 (Clem. III.) X eod. Wegen der letzteren s. insbesondere noch Kober a. a. O. S. 382. 412 ff.

[5] So ist insbesondere die Frage, in wie weit die Strafe gegen die Geistlichen der höheren Weihen zulässig sei, unentschieden geblieben c. 1 X V. 2 cit., welches einen Subdiakon betrifft, gestattet sie jedenfalls gegen die unterste dieser Stufen, da der Subdiakonat zur Zeit des Abschlusses des liber Extra schon zu den höheren Weihen gerechnet wurde, dagegen erklärt sie Bernhard v. Pavia l. c. V. 21 gegen sacerdotes für unstatthaft. Die Praxis des 13. Jahrh. hat sie aber entsprechend der im Text gedachten Entwicklung auch auf Priester angewendet, s. z. B. Tours 1282 c. 4 M. 24, 470, und weitere Belege bei Kober a. a. O. S. 54. 55. Das Nähere darüber s. unten in der Lehre von dem geltenden Recht.

[6] Bd. IV. S. 815.

[7] S. 36 ff.

Strafe gegen die Geistlichen keinen Gebrauch gemacht hat[1], so ist abgesehen davon, dass ihr in den rein kirchlichen Strafen[2] genügende Repressionsmittel gegen dieselben zur Verfügung standen, dabei wohl auch der Gesichtspunkt in Frage gekommen, dass mittelbar das kirchliche Vermögen durch eine solche Strafe belastet worden wäre, weil den Geistlichen der nothwendige Lebensunterhalt aus den kirchlichen Einkünften zu gewähren war, und ihnen die durch die Strafe herbeigeführte Schmälerung des erforderlichen Einkommens aus kirchlichen Mitteln hätte ersetzt werden müssen[3]. Denselben Standpunkt hat die Kirche noch bis zum 10. Jahrhundert festgehalten. In den Fällen, in denen während dieser Zeit eine Geldstrafe erwähnt wird, handelt es sich wesentlich um einen mehrfachen Ersatz für Schädigungen, welche von Geistlichen zugefügt worden sind[4]. Erst mit dem 11. Jahrhundert, durch die unter Betheiligung der weltlichen Gewalt abgehaltenen Reichskonzilien[5], ferner durch die Päpste[6], ihre Legaten[7] und die von den einen oder anderen einberufenen Synoden ist sie dem kirchlichen Strafmittelsystem eingereiht worden, und hat seit dem 13. Jahrhundert in den Anordnungen der Bischöfe[8], der partikulären[9] und allgemeinen Synoden[10] vielseitige An-

[1] Bd. IV. S. 737. 816.

[2] Einschliesslich der Entziehung des Amtseinkommens, a. a. O. z. 737. 809, welches sie ihrerseits selbstständig zu vollstrecken im Stande war.

[3] Dem widerspricht es nicht, dass sie die in d. vor. Anm. gedachte Strafe verhängt hat, denn damit war, was bei blosser Geldstrafe nicht der Fall gewesen wäre, dem Schuldigen das Recht auf die Amtseinkünfte überhaupt abgesprochen.

[4] So bestimmt c. 7 §. 1 (Nicäa II. 787 c. 6, M. 13, 427) Dist. XVIII, dass der Metropolit, welcher den zur Provinzialsynode kommenden Bischöfen eine der von ihnen mitgebrachten Sachen abfordert, das Vierfache (als Strafe) zahlen soll. Vgl. ferner Ravenna 997 c. 2, M. 19, 219: „ut annualiter in festo S. Vitalis omnes archipresbyteri ad nos pertinentes pro respectu sedis subdaconis nostris persolvant solidos II et quicumque contempserit, censualem sentiat ultionem arbitrio primorum huius ecclesiae“, wo unter der ultio censualis wohl nur ein erhöhter Census, eine höhere Abgabe, verstanden werden kann.

[5] Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787 (Priester und Diakonen, welche ihre Pflichten in Bezug auf Tonsur, Bart, Waffentragen, Halten von Frauenzimmern und Unterweisung der Laien verletzen): „presbyter et diaconus . . LX solidos episcopo persolvat et gradu ecclesiastico careat“; Szaboles 1092. I c. 29, M. 20, 775: „Nullus presbyter audeat missam celebrare extra ecclesiam, nisi forte itineris causa neccessitas cogat eum. Si vero a comite suo coactus fuerit, LV pensas solvat“; Colom. reg. Hung. 1103 IV. c. 6, ibid. p. 1178: „ut a villa in qua ecclesia est, (presbyter) longius non recedat; quod si recesserit, X pensas persolvat et redeat“.

[6] Römische Synode Alexanders II. 1070, M. 19, 998, welche in dem hinsichtlich des Streits zweier Bischöfe erlassenen Urtheil dem Unterliegenden androht: „Quod si amplius inquietare praesumpserit, sit in poena CC solidorum aureorum, medietatem [s. nostro Lateran. palatio et medietatem] ecclesiae supradictae“.

[7] Mailänder Constitutionen v. 1067 (S. 37 n. 7) M. 19, 948: „archiepiscopus quidem de suo C libras denariorum persolvat et si contempserit, donec emendet, proprio officio abstineat“.

[8] Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806, S. 79 n. 1; Bourges u. 1214 c. 1, l. c. p. 931: „Clericus succentoris iniungat omni die invitatorium in vesperis. Cancellarius vel qui loco ipsius fuerit, lectiones similiter iniungat. Ille cui iniunctum fuerit, necesse habebit recipere et exequi per se vel per alium. Si contra venerit, si canonicus fuerit, solvat poenam II denariorum Parisiens., vicarius I denarium Par., minor clericus I denar. Par. vel stabit ante altare retro aquilam tamdiu, donec a cantore vel eius mandatore ad locum suum revocetur“; u. c. 2: „.. Quicumque fecerint in missa defectum, si sacerdos fuerit, puniatur in VII Parisiensibus, diaconus in VI, subdiaconus in IV; c. 14 l. c.: „Hebdomadarii recipiant denarios qui pro poenis statutis levabuntur, . . . et ponantur in pixide quadam distribuendi post annum clericis de choro“.

[9] Paris 1212 P. I. c. 15, M. 22, 823 (Forderung von Prokurationen oder von Ablösungssummen dafür seitens des Archidiakons, ohne dass er die Kirchen visitirt) „si monitus non destituit, praedictas procurationes sibi subtrahi praecipimus, ut in eo puniatur, in quo deliquerit. Si vero nec per hoc correctus fuerit, excommunicetur“ (dasselbe Rouen 1214 P. I. 119, ibid. p. 903); Dublin 1214, ibid. p. 925: „. . rectores, ne publice fornicariis aut de vitio incontinentiae diffamatis parochias regendas committant; quod si forte praesumpserint, XL solidorum poena noverint se mulctandos“; Chateau Gontier 1231 c. 14, M. 23, 236 (die Prälaten, welche a firmariis ponendis in ecclesiis pecuniam exigant vel extorqueant, duplum extortae pecuniae restituendum ecclesiae matrici); Tours 1239 c. 3, M. 23, 498 (unpassende Kleider der Geistlichen, 5 solidi für die Kathedralfabrica); Worcester 1240 c. 21, M. 23, 535 (ebenso ein Zehntel der Einkünfte).

Soweit über die Verwendung der eingekommenen Geldstrafen nichts bestimmt war, hing diese von dem Ermessen des Bischofs ab, so ausdrücklich Grado 1296 c. 22, M. 24, 1171.

[10] Lateran. IV. 1215 c. 49, M. 22, 1035 (doppelter Ersatz des durch eine ungerechte Excom-

wendung gefunden, indem sie theils in festbestimmtem Betrage[1], theils aber in Höhe des zu Unrecht erhobenen oder erlangten Vermögensvortheils[2] angedroht wird. Durch ihre Benutzung seitens der allgemeinen Synoden und durch Aufnahme eines Theils der betreffenden Bestimmungen in die Dekretalensammlungen hat sie den Charakter einer gemeinrechtlichen Strafe erhalten[3].

19. Die Vermögenskonfiskation findet sich sehr selten für etwaige allein den Geistlichen eigenthümliche Delikte[4], während sie andererseits gegen dieselben auch bei solchen Verbrechen zur Anwendung kommen konnte, für welche sie den Laien ebenfalls angedroht war[5], wie dies insbesondere in Betreff der Ketzerei ausdrücklich durch die kirchliche Gesetzgebung festgesetzt ist.

Ferner kommt daneben auch für sie die Konfiskation einzelner Vermögensstücke bei verschiedenen kirchlichen Disciplinarvergehen[6] vor.

Von untergeordneterer Bedeutung sind für die Geistlichen

20. die auch gemeinrechtlich vorkommende Strafe der Ausweisung[7], ferner

21. die des Exils[8],

22. sowie die nur vereinzelt erwähnte zeitweise Konfination an einen gewissen Ort[9] gewesen.

Was dagegen

23. die Freiheitsentziehung[10] betrifft, so ist diese als Einsperrung in das Gefängniss wie gegen Laien[11], so auch gegen Geistliche seit Beginn der karo-

munikation Erpressten); ibid. c. 34 in c. 8 X de immunit. III. 49 (bei Erpressung von Prokurationen und Abgaben seitens der Unterthanen haben die schuldigen Prälaten ausser der Restitution einen gleichen Betrag an die Armen zu zahlen); c. 65 l. c. in c. 41 X de simonia V. 3 (Bischöfe, welche nach dem Tode der Pfarrer die Kirchen mit dem Interdikt belegen und bei der Anstellung des Nachfolgers von diesem, oder welche von den in ein Kloster Eintretenden oder daselbst ihr Begräbniss Wählenden Abgaben erpressen, haben den Betrag doppelt zu restituiren, „in utilitatem locorum, in quorum fuerint soluta dispendium, fideliter convertenda".

[1] Das ist früher das gewöhnliche gewesen, s. die Anmerkungen S. 80 n. 5 ff., ferner Dublin 1214, S. 80 n. 9.

[2] S. S. 80 n. 9. 10.

[3] S. S. 80 n. 10.

[4] Leg. Konst. für Utrecht 1247 o. 1248, M. 23, 764 für Geistliche, welche öffentlich Konkubinen halten und sich weder durch suspensio ab off. et benef. noch durch Exkommunikation und Privation der Benefizien zur Entlassung derselben bewegen lassen.

[5] S. 39 n. 1 ff.

[6] Hincm. Rhem. cap. 874 c. 4, M. 15, 496: „Si autem (presbyter) ordinem pro sua culpa perdiderit, nec alodem, quem a die ordinationis suae ecclesiasticis facultatibus acquisivit, habere valebit" (d. h. es soll das von dem abgesetzten Priester aus kirchlichen Einkünften Erworbene zum Besten der Kirche konfiscirt werden); London 1104 c. 10, M. 20, 1230: „Omnia vero mobilia posthac presbyterorum, diaconorum, subdiaconorum et canonicorum (concubinariorum) tradantur episcopis"; Valence 1261, M. 23, 1056. 1058, Leg. K. Ofen 1279 c. 3. 4, M. 24, 274; Toledo 1324 c. 2, Avignon 1326 c. 39, Avignon 1337 c. 47, M. 25, 732. 765. 1099 (Konfiskation von Kleidern, Ringen und Waffen, welche Geistliche unerlaubter Weise tragen), Ofen cit. c. 56, M. 24, 298 (der Jagdhunde und Jagdvögel der Mönche), s. auch Clem. 2 de vita III. 1 (welche die Kleriker unter Androhung von Strafen, derartige Kleider an die Armen zu geben verpflichtet).

[7] c. 3 (Urban III.) X de crim. falsi V. 20, S. 43 n. 4; Worcester 1240 c. 17, M. 23, 534 (für Geistliche, welche sich in Betreff der Auferlegung von Messen bei der Busse wiederholt der Simonie schuldig machen „de episcopatu expellantur"); Leg. K. Breslau 1248 §. 16, de Montbach, stat. Wratislav. p. 308 (für Plebane und Vikarien, welche verbotenen Ehen fremder Parochianen assistiren); s. auch Exeter 1287 c. 21, M. 24, 811. Vgl. noch S. 40.

[8] S. 54 n. 3; Regula Chrodegang. u. 760 c. 15, Walter font. iur. eccles. p. 29 (bei culpae graviores, wie Mord, Ehebruch, Fornikation und Diebstahl auf Zeit nach Ermessen des Bischofs).

[9] Tarragona 1329 c. 15. 16, M. 25, 842. 843 (in der erzbischöflichen, bez. der Bischofsstadt für Bischöfe, welche unentschuldigt auf der Provinzial-, für Kleriker, welche auf der Diöcesansynode ausbleiben, auf die vom Erzbischof, bez. vom Bischof zu bestimmende Zeit).

[10] Vgl. hierzu Kober, die Gefängnissstrafe gegen Kleriker und Mönche i. d. Tübing. theolog. Quartalschrift Jahrgg. 59. 1877 S. 33 ff.

[11] S. 40.

lingischen Zeit durch die fränkischen Reichssynoden und Kapitularien angedroht worden[1].

Dass aber in dieser Zeit die kirchlichen Oberen keine Befugniss besessen hätten, ihrerseits auch eine Einsperrung von Geistlichen und Ordensleuten anzuordnen, lässt sich daraus nicht herleiten[2]. Vielmehr finden sich eine Reihe von rein kirchlichen Anordnungen, welche die Einschliessung derselben namentlich behufs der Zwangsbusse anordnen[3], und auch das Vorhandensein von bischöflichen Gefängnissen voraussetzen[4]. Diese Einschliessung ist Strafe für das verübte Vergehen und soll zu-

[1] Für Schliessung incestuoser Ehen, s. cap. Karlm. 742 c. 6 u. Pippin. cap. 754/755 c. 2, S. 78 n. 14, neben der Prügelstrafe; für Missbrauch des Chrisma ebenso, cap. post. a. 805 add. c. 1, s. a. a. O.

[2] Auch nicht daraus, dass Bonifatius in Verbindung mit der Absetzung der ketzerischen Bischöfe Aldebert und Clemens 745 den Papst Zacharias ersucht: „ut per litteras vestras mandare curetis duci Carlomanno ut (Clemens) mittatur in custodiam", Jaffé, mon. Mogunt. p. 140, denn damals hatte der Papst noch keine selbstständige Anordnungsgewalt über das Frankenreich und die fränkische Geistlichkeit. Wenn Bonifatius nach dem Berichte seines Abgesandten die beiden Bischöfe schon vorher auf einer fränkischen Synode hat absetzen und „una cum principibus Francorum retrudi fecit in custodiam", l. c. p. 137, so war dies eine Nationalsynode, und es scheint, dass die Haft mindestens keine strenge war, ja dass sich die beiden Bischöfe sogar derselben haben entziehen können. Dagegen spricht auch, dass schon in merovingischer Zeit solche Einsperrungen gegen Geistliche verhängt worden sind, Bd. IV. S. 815. 819.

[3] Theodulf v. Orleans (u. 797) c. 15, M. 13, 998 (Überreden der Parochianen durch den Priester einer anderen Pfarrei, seinem Gottesdienst beizuwohnen und ihm den Zehnten zu zahlen: „gradum se sciat amissurum aut in carcere longo tempore recludendum") u. c. 16: „Si quis presbyter inventus fuerit alicui clerico aut laico munera dare aut dedisse, ut ecclesiam alterius presbyteri subripiat, sciat se pro hac rapina et saeva cupiditate aut gradum amissurum aut in carceris aerumna longo tempore poenitentiam agendo detinendum" (wiederholt in etwas erweiterter Form bei Rudolf v. Bourges u. 850 c. 17, M. 14, 951 und Otto v. Vercelli (945—960, c. 33, Migne 134, 35); Chrodegangi reg. u. 760, c. 15, Walter, fontes iur. eccles. v. 29 (bei schwerer Schuld eines clericus de ordine canonico, d. h. Tödtung, Fornikation, Ehebruch, Diebstahl, neben der körperlichen Züchtigung nach Bestimmung des Bischofs carcer oder Exil: „ut dum in ipso carcere est . . solus persistens in poenitentiae luctu, quamdiu priori visum est"); s. auch Theodulf v. Orleans c. 14 u. Rudolf v. Bourges c. 15, ll. cc. (Priester, die fremde Parochianen zum Besuch ihrer Messen bereden, in fremden Kirchen Messe lesen, sich fremde Zehnten aneignen u. s. w.) „aut gradum sese sciat amissurum aut in carcere longo tempore detinendum", wo mit Rücksicht auf c. 17 cit. zur Busseleistung hinzuzudenken ist); Metz (Prov. Syn.) 888 c. 9, M. 18, 80: „Quidam diaconus, qui de sacrilegio confessus et convictus fuit, pro misericordia in carcere poni iussus est, interdicto ministerio". — Nonnen, welche Unzucht treiben, nach Rouen saec. IX c. 10, Bruns I. 2, 270: „acriter verberibus coerceatur et in privata custodia" (d. h. abgesondert von den anderen) „retrudatur"; Metz 888 cit. c. 9, M. 18, 80: „constituit synodus, ut (duae sanctimoniales propter suum facinus) . . intra monasterium in ergastulo ponerentur parvo pane et aqua brevi cum abundantia divini verbi, usque ad satisfactionem fruerentur".

Wenn dergleichen Anordnungen auch durch die Capitularien, s. Karlm. 742 c. 6 cit., S. 78 n. 14, ferner durch Reichssynoden, so Mainz 852 (o. 851) c. 17. 19, LL. 1, 415 (Wiederholung von Theodulf v. Orleans c. 16 u. c. 14, vgl. vorher) und Thousey 860 c. 2, M. 15, 559 (hinsichtlich der gottgeweihten Jungfrauen, welche in ihren Häusern unkeusch leben: „ut usque ad finem vitae in ergastulis retrusae poenitentiam agant") getroffen sind, Meaux 845 c. 70, M. 14, 836 hinsichtlich solcher Sanktimonialen die bischöfliche und königliche Gewalt anruft, um sie zum Aufenthalt an dem Bussort zu zwingen, so beweist dies nur soviel, dass die weltliche Macht der Kirche ihren Arm zur Vollstreckung dieser Strafen gewährt hat, nicht aber, dass die kirchlichen Organe keine Befugniss besessen haben, solche Strafen zu verhängen.

[4] So Chrodegang. reg. c. 15 cit.; bestätigt wird dies auch durch die auf der Reichssynode zu Aachen 816 o. 817 erlassene Regel c. 134, M. 14, 239: „Si vero uterque et qui flagellatus et quem flagellari aetas aut qualitas personae prohibeat, adhuc incorrigibiles extiterint, sit locus intra claustra canonicorum, sicut in multis locis noscitur esse, quo ad tempus retrudantur et secundum modum culpae castigentur". Vgl. auch die vor. Anm. Dass sie indessen nicht überall vorhanden waren, ergeben die const. Papiens. v. 832 c. 3, LL. 1, 360: „Statuimus de presbyteris et diaconibus ecclesiastico honore privatis, ut redigantur poenitentia, sicut canones praecipiunt. Et si habet episcopus in sua parrochia monasterium, ibi mittantur. Quod si monasterium non habuerit, tunc praecipiat episcopus, ut ille tales habitent in illa plebe, unde sunt et si res proprias habuerint, eligant sibi talem patronum qui de ipsis rebus victum et vestimentum eis ministret. Ipsi tamen nullam habeant licentiam vagandi aut discurrendi, sive ad placita sive ad palatium sive ad ipsas res quas proprias ante habuerunt, sine licentia sui episcopi; sed in eodem loco ubi sibi constitutum est, suam poenitentiam iugiter agant. Quod si hoc non observaverint, primum verberibus coherceantur, quod si nec sic se castiga-

gleich die Bussleistung für dasselbe sichern[1], wobei sich die Busse ihrerseits auch als Strafe darstellt[2]. In den Quellen des 10. und 11. Jahrhunderts wird die Strafe gegen Geistliche für spezielle Vergehen derselben sehr selten angedroht[3]. Es ist aber unzweifelhaft, dass sie auch während dieser Zeit gegen dieselben verhängt worden ist[4]. Gratian hat eine Reihe der älteren Stellen in seinem Dekret wiedergegeben[5], und eine Anzahl päpstlicher Dekretalen des 12.[6] und des 13. Jahrhunderts[7] sowie auch einzelne Kanonen, welche von derselben Gebrauch machen, haben in die kirchlichen Gesetzbücher dieser Zeit Aufnahme gefunden[8]. Wie in der karolingischen Zeit kommt die Strafe noch jetzt hauptsächlich für abgesetzte oder degradirte Geistliche[9], ferner theils für immer[10],

verint, in tali loco recludantur, ubi, velint nolint, in penitentia vivant".

Wegen der Haftlokale in den Klöstern s. unten §. 263 Nr. I und Kober a. a. O. S. 64.

[1] Wenn Kober S. 42 meint, dass die Inhaftirung 1) den Zweck der Busse und Besserung verfolgt, 2) Untersuchungshaft gewesen, 3) der provisorischen Unschädlichkeitsmachung gedient habe und endlich 4) als Strafe, als Sühne für begangene Vergehen verhängt worden sei, so hält er m. E. die Fälle 1 und 4 zu Unrecht auseinander, denn die für den letzteren citirten Stellen, Macon 581, c. 5—8, Bd. IV. S. 819 n. 3 u. 4 und cap. Karlm. 742 c. 6, S. 78 n. 14 gedenken ausdrücklich der Busse, und Aldebert und Clemens, deren Inhaftirung er als Beispiel für den Fall 3 anführt, sollten ebenfalls zur Busse angehalten werden, wie auch die römische Synode v. 745 den ersteren dazu verurtheilt hat, Jaffé, mon. Mogunt. p. 137. 145. So bleibt als selbstständiger Fall nur der, wo die Inhaftirung zum Zweck der Gestellung des Schuldigen vor das Gericht, der Fall der Sicherheits- und Untersuchungshaft, übrig, dessen Mainz 813 c. 22, M. 14, 71 (clerici acephali et vagi) und Tribur 895 c. 30, M. 18, 147 (Fälscher päpstlicher Briefe bis zur Entscheidung des Papstes) gedenken.

[2] Vgl. unten §. 263.

[3] S. z. B. Otto v. Vercelli, S. 82 n. 3.

[4] M. 20, 458: „. . Legatus Spalati positus (u. 1075) invenit . . Ulfum presbyterum . . ab annis iam XII papali iussu gravissimis compedibus alligatum propter schismatis nefarium scelus . . . Hunc fecit absolvi dicens, quia d. Alexander (II.) f. m. universos suo iussu [incarceratos absolvit"; Gregor. VII. ep. 1073/1085, Loewenfeld ep. pont. p. 58. 59; Innocenz. II. 1141, J. L. n. 1141, M. 21, 565 (gegen Abälard und Arnold v. Brescia wegen ihrer Ketzereien); Hefele 5, 487.

[5] c. 7 (Agde?) Dist. L., Bd. IV. S. 807 Anm.; c. 13 Dist. LV., a. a. O. S. 806 n. 5; c. 8 (Chalons 813 c. 40, M. 14, 82), 10 (Orleans III., Bd. IV. S. 806 Anm.) 11 (Pelag. I. J. Kalt. n. 1013) c. 2 (Sevilla II. Bd. IV. S. 808 n. 1) C. XXI. qu. 2; c. 28 (Gregor. I., betr. Nonnen) C. XXVII. qu. 1.

[6] c. 6 § 7 (Alex. III.) X de homic. V. 12 (Betheiligung an der Gefangennehmung v. Thomas Becket, Einsperrung in districto claustro monachorum vel canonicorum regularium neben Absetzung und Ausschliessung ab introitu ecclesiarum auf 5 bis 7 Jahr); c. 4 (Lateran. III. 1179) X de excess. prael. V. 31 (Bestialität): „deiicianur a clero vel ad agendam poenitentiam in monasteriis detrudantur".

[7] c. 12 (Lateran. IV.) X de poenit. V. 38 (Verletzung des Beichtgeheimnisses), Bd. IV. S. 127 n. 2 u. S. 132; c. 6 (Innoc. III.) X de poen. V. 37 (Räubereien und andere schwere Verbrechen „a suis ordinibus degradati detrudi debeant in arctis monasteriis ad poenitentiam peragendam"); c. 27 § 1 (id.) X de V. S. V. 40 (Fälscher: „in perpetuum carcerem ad agendam poenitentiam ipsum includas, pane doloris et aqua angustiae sustentandum"); c. 10 (id.) X de purg. can. V. 34 (Umgang mit Ketzern „ab officio et beneficio depositum ad agendam poenitentiam in arctum monasterium detrudere non omittas").

[8] Auch die Partikularsynoden dieser Zeit gedenken ihrer mehrfach, Paris 1210, M. 22, 811: „U. presbyter de L . . . . P. presbyter de C., St. clericus degradentur (wegen Ketzerei) perpetuo carceri mancipandi"; schottisch. Konzil u. 1225 c. 28, M. 22, 1229: „clericos in quolibet ordine ab ecclesia esse defendendos, donec .... propter immanitatem criminum a susceptis ordinibus degradentur et . . . in maleficiis deprehensi aut manifesti convicti, arctae custodiae carceris dioecesani, quem quilibet episcopus habere tenetur, tales clerici commendentur ac pane doloris et aqua tribulationis ibidem sustententur, ne fame vel siti in carcere suffocentur"; const. Ricardi Sarum u. 1227 c. 9, M. 22, 1109 (Priester, welcher aus Anlass der Spendung der Taufe, der Busse und anderer Sakramente mit Frauen Unzucht treibt): „sciens quod . . . secundum canonum et ss. patrum statuta XV. anni debentur et postea detrusio in monasterio"; Mainz 1233 c. 49, Mone, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 142: „ut singuli episcopi carceres suos habeant, in quibus falsarii clerici incorrigibiles et alii qui hoc meruerunt, teneantur"; Köln 1260 c. 1. 2, M. 23, 1013. 1014 (für clerici concubinarii und solche die Handel treiben: „intrent carcerem canonicalis disciplinae").

[9] S. die vorhergehenden Anm.

[10] c. 12 X V. 38 cit.; c. 27 §. 1 X V. 40 cit.; Paris 1210 (Anm. 8.); Innocenz. IV. 1250, Potthast reg. n. 13940, Meichelbeck hist. Frising. II. 1, 34 (ewiges Gefängniss gegen einen Kanoniker angeordnet); Lambeth 1261, M. 23, 1072: „quod si clericus aliquis adeo malitiosus et incorrigibilis fuerit et ad flagitia consuetus, quod si esset laicus secundum leges saeculi ultimum deberet pati supplicium, talis clericus carceri perpetuo addicatur".

theils auf unbestimmte[1], theils auch auf bestimmte Zeit[2] vor. Überwiegend wird noch in den ersten Zeiten des 13. Jahrhunderts der Vollstreckung in Klöstern erwähnt[3], und erst im Verlaufe desselben ist die Benutzung besonderer bischöflicher Haftlokale (carcer)[4], welche hauptsächlich zur Bewahrung von Untersuchungsgefangenen bestimmt waren[5], in grösserem Umfange üblich geworden[6].

24. Die Infamie. Diese Strafe, welche nicht vor dem Ende des 11. Jahrhundert zu praktischer Bedeutung gelangt ist[7], findet sich speziell gegen Geistliche erst seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts für Verletzung der Cölibatsverpflichtung[8] und für simonistischen Ämter-Erwerb[9] angedroht[10] und ist nach dem Dekretalenrecht in den Fällen, in welchen sie die Laien trifft, ebenfalls auf die ersteren anwendbar[11]. Weiter gehört hierher

25. die Brandmarkung[12] und

26. die Verknechtung[13].

Endlich waren auch die Strafen:

[1] S. die Citate S. 83 n. 6 u. 7.

[2] c. 3 (Bonifaz. VIII.) in VI de poen. V. 9.

[3] S. S. 83 n. 6 u. 7. Ausser c. 27 § 1 V. 40 cit. (carcer) erwähnt c. 35 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39 im Gegensatz zum Kloster, welches die Flucht ermögliche, des sub arcta custodia detinere.

[4] S. 83 n. 8 und c. 3 in VI. V. 9 cit.

[5] c. 3 in VI. cit. sagt dies ausdrücklich, billigt es aber, dass der Bischof verbrecherische Kleriker: „in perpetuum vel ad tempus, prout videris expedire, carceri mancipes ad poenitentiam agendam"; dasselbe ergiebt c. 15 (Bonifaz. VIII.) in VI. de sent. exc. V. 11 und c. 18 (id.) in VI. de haer. V. 2 („carcer episcoporum aut inquisitorum").

Beispiele für Untersuchungshaft c. 1 (Alex. III.) X de depos. III 16; c. 3 (Urban. III.) X de crim. falsi V. 20, sowie c. 1 (Luc. III.) c. 3 (Coelest. III.) Comp. II. V. 9 (Fälscher päpstlicher Briefe bis zur Entscheidung des Papstes „sub districta custodia").

[6] Es scheint, als ob die karolingische Einrichtung besonderer bischöflicher Haftlokale (S. 82 n. 4) mit dem Aufhören des gemeinsamen Lebens weggefallen ist. Die seit dem Ende des 12., namentlich aber im 13. Jahrhundert beginnenden und sich steigernden Ketzerverfolgungen machten zunächst die Herstellung besonderer Lokale für die Untersuchungsgefangenen erforderlich. Für Benutzung dieser als Strafgefängnisse war dann offenbar der Umstand, dass die Orden und Klöster in dieser Zeit die völlige Exemtion von der bischöflichen Gewalt erlangt haben, von Einfluss geworden. Daher finden sich gerade seitdem wiederholt Anordnungen, dass die Bischöfe besondere Gefängnisse für die verbrecherischen, namentlich für unverbesserliche Geistlichen halten sollen, schottisches Konzil und Mainz 1233 c. 49, S. 83 n. 8; ferner Lambeth 1261, M. 23, 1072; Mainz 1261 c. 34, ibid. p. 1092; Kober a. a. O. S. 536, und aus Clem. 1. § 3 (Vienne 1311) de haeret. V. 3, wo von proprii carceres der Bischöfe die Rede ist, ergiebt sich, dass diese Vorschriften zur Durchführung gelangt sind.

[7] S. 41.

[8] London 1108 c. 5, M. 20, 1230 für Priester, welche ihre Frauen nicht entlassen: „a divino officio remoti et omni ecclesiastico beneficio privati extra chorum ponantur, infames pronuntiati"; London 1127 c. 5, M. 21, 356: „presbyteri parochiales (in demselben Fall) . . . extra chorum eiicimus et infames esse decrevimus" (hier also neben der Absetzung, dagegen York 1195 c. 12, M. 22, 656: „Poena autem eorum, qui publice focarias tenent, haec erit: ut tamquam infames ab aliorum accusatione et a testimonio repellantur. Si vero nec huius poenae metu resipuerint, ab officio et beneficio se noverint suspendendos").

[9] Clermont 1130 c. 1, M. 21, 438: „si quis praebendas aut honorem vel promotionem aliquam ecclesiasticam interveniente execrabilis ardore avaritiae per pecuniam adquisivit, honore male adquisito careat et nota infamiae percellatur", wiederholt Rheims 1131 c. 1, M. 21, 458 und Lateran. II. 1139 c. 2, M. 21, 526, s. o. S. 42 n. 2.

[10] Nach Montpellier 1215 c. 21, M. 22, 944, soll auch der Mönch und canonicus regularis, welcher für andere Advokatur-Geschäfte besorgt, „tam a iudice, quam a parte tanquam excommunicatus et infamis ab huiusmodi advocatione repellatur omnino".

[11] S. z. B. c. 13 § 5 (Lateran. IV.) X de haeret. V. 7 (im Fall der Ketzerei), S. 43 n. 1. Vgl. ferner c. 8 (Innoc. III.) X de poen. V. 37, nach welchem die Inhaftirung eines Klerikers denselben noch nicht infam macht, und c. un. (1319) in Extr. Joann. XXII de poen. tit. 12.

[12] c. 3 (Urban. III.) X de crim. falsi V. 20, S. 43 n. 4 (vgl. auch Landulf. hist. Mediolan. III. 26, SS. 8, 92), und über die äusserst selten erwähnte *decalvatio* o. S. 43 n. 5.

[13] Reichssynode v. Hohenaltheim 916 c. 38, LL. 2, 560 für den Sklaven, welchen sein Herr mit der Freiheit beschenkt und zu seinem Geistlichen hat weihen lassen, welcher sich dann aber weigert, in dieser Stellung zu bleiben „hoc s. synodus anathematizat et illum a sancta communione arceri iudicat, donec recipiscat et domino suo obediat. Sin autem obstinato animo et hoc contemp-

27. des Verlustes weltlicher Ämter und Rechte[1],

28. der Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter[2], sowie

29. die Acht[3] gegen die Geistlichen nicht ausgeschlossen, da die mit demselben bedrohten Vergehen auch von Geistlichen begangen werden konnten,

§. 263. *cc. Die Busse (Zwangsbusse), öffentliche und private Busse*[4].

I. Die Zwangsbusse. Das in der merovingischen Periode ausgebildete Institut der Zwangsbusse[5] hat sich in der karolingischen Zeit nicht nur forterhalten, sondern ist gegen früher in seiner Anwendung noch erweitert und verschärft worden. Wie schon in der gedachten Zeit kommt die Zwangsbusse für Geistliche als Nebenstrafe neben einer andern, namentlich der Absetzung oder Degradation[6] oder auch neben der Exkommunikation[7], theils als lebenslängliche, theils für unbestimmte d. h. nach dem Ermessen des Bischofs festzusetzende Zeit[8] vor, und es werden die Schuldigen zur Ableistung der Busse entweder in ein Kloster oder in ein bischöfliches Gefängniss verwiesen[9]. Ebenso findet sie sich gegen Laien z. B. neben der Exkommunikation[10] oder neben dem kleinen Bann[11] angedroht. Über das frühere Recht, welches die Zwangsbusse auch als alleinige Strafe kennt[12], ist aber die Entwicklung schon in der karolingischen Zeit insofern hinausgegangen, als diese Art der Busse nicht nur viel häufiger in der gedachten Weise und in viel grösserem Umfange als früher gegen Laien angewendet[13], sondern auch gerade für schwere

serit, accusetur apud episcopum qui eum ordinavit et degradetur et fiat servus illius i. e. domini sui, sicut natus fuerit".

[1] z. B. des Notariats, S. 47 n. 3.

[2] S. 49.

[3] A. a. O.

[4] Vgl. die Bd. IV. S. 84 n. 3 und S. 691 n. 1 gemachten Litteratur-Angaben.

[5] S. Bd. IV. S. 816.

[6] Römische Synode 745 (betreffs des abgesetzten Aldebert, S. 82 n. 2), Jaffé, mon. Mogunt. p. 145; Responsa Stephan. II. 754 c. 12, M. 16, 561 (Priester, welcher ohne das Symbol, das Vaterunser und die Psalmen zu kennen, tauft und nicht weiss, ob er ordinirt ist) „dignitatem amittens sub districta poenitentia et in monasterium mittatur et omnibus diebus vitae suae plangens, quod incongrue egit, degat vita monastica" (ebenso auch c. 14 ibid.); Theodulf v. Orleans u. 797 c. 16, S. 82 n. 3; Reformvorschlag des Concils v. Chalons 813 c. 40, M. 14, 102 (c. 8 Dict. LXXXI); Paris 829 I c. 35, M. 14, 561: „ut unusquisque episcoporum non solum presbyterorum, verum etiam sequentium ordinum parochiae suae gradum amittentium vitam et conversationem . . . noverit eosque canonicae poenitentiae subdere non negligat" unter Berufung auf den auf Zwangsbusse gedeuteten c. 1 Neocäsarea 314—325, Bd. IV. S. 715 n. 4; Rom 826 c. 14, Boret. 1, 313: „sacerdos . . aut quivis alius in ordine eclesiastico provectus, si in eo scelere inveniatur, quo abiiciendus existat, depositus providentia episcopi bene proviso loco constituatur, ubi peccata lugeat" (wiederholt Rom 853 c. 14, M. 14, 1004); c. 22 (Nikolaus II., J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (percussio episcoporum durch Kleriker); Urban II. ep. 1086 c. 3 (J. L. n. 5409) M. 20, 676 (Kleriker, welche nach der Subdiskonatsweihe Frauen nehmen, ausser Absetzung) „omni vitae suae tempore aut in coenobiis aut in canonicis regularibus poenitentiam iniungendam". Vgl. auch S. 83 n. 6. 7.

Auch neben Suspension Gran 1114 c. 47, M. 21, 101: „ab officio suspendatur et 40 diebus poeniteat" (Priester, welcher sich nicht von gewissen Trinkgelagen fern hält).

[7] Resp. Steph. II. 754 cit. c. 11, M. 12, 561 (Priester, welcher ohne Noth mit Wein tauft) „excommunicetur, poenitentiae submittatur".

[8] S. Anm. 6. 7.

[9] S. Anm. 6.

[10] Friaul 796 c. 8, M. 13, 848: „Qui .... furtivas vel interdictas nuptias contrahere praesumpserint et proximi cognationis fuerint inventi, separentur et ipsi et cunctis diebus vitae suae sub poenitentiae lamento persistant: atque ad secundas nuptias numquam ille vel illa perveniant, alieni a communionis gratia iudicentur".

[11] Friaul 796 c. 11 u. Troyes 878 c. 3, S. 16 n. 11; neben arbiträrer Strafe Paris 829 I c. 43, M. 14, 564 (Äbtissin oder Nonne, welche „viduam aut virginem velare praesumat congrua ab episcopo suo correctione coerceatur et poenitentiae canonicae usque ad satisfactionem subdatur").

[12] Bd. IV. S. 817.

[13] Resp. Steph. II. cit. c. 16, M. 12, 562 (Frau, welche einen Priester zweifelhafter Ordination, welcher später die Ausübung der priesterlichen Funktionen aufgegeben hat, in Kenntniss seiner priesterlichen Thätigkeit heirathet) „in monasterio poenitentiae submittatur"; Rouen saec. IX c. 12, Bruns I. 2, 270: „Si quis alium per iram percus-

Vergehen der Art angedroht wird, dass sie zunächst jede andere Strafe, namentlich die Exkommunikation ausschliesst[1]. Diese Praxis hat sich auch in den

serit et sanguinem effuderit, . . laicus . . XX dies poeniteat, clericus XXX . . . diaconus VI menses, presbyter annum unum, episcopus II annos et VI menses"; Rom 853 add. zu c. 30, M. 14, 1013 (Feldarbeiten am Sonntag) „ad poenitentiam omnimodis redigatur". Des Weiteren s. d. folgende Anmerkung.

[1] Admonitio gen. 789 c. 49, Boret. 1, 57: „In concilio Ancyrano inventum est in eos qui cum quadrupedibus vel masculis contra naturam peccant: dura et districta poenitentia"; Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001: „Qui nosse debent, talem de periurio, qualem de adulterio, de fornicatione, de homicidio et de ceteris criminalibus vitiis poenitentiam imponendam. Si quis vero perpetrato periurio aut quolibet peccato, timens poenitentiae longam aerumnam, ad confessionem venire noluerit, ab ecclesia repellendus est sive a communione et consortio fidelium, ut nullus cum eo comedat neque bibat neque in suam domum recipiat" (wiederholt Rudolf v. Bourges u. 850 c. 36, M. 14, 959); c. 27 ibid.: „sciat se etiam quisquis hoc perpetraverit (falsum testimonium) aut tali poenitentia purgandum, ut superius dictum est de periurio aut tali damnatione et excommunicatione damnandum . . . Dicendum est, quod . . . nequitia est, pro cupiditate argenti et auri aut vestimentorum aut cuiuslibet rei aut . . . propter ebrietatem in tam grande scelus corruere, ut aut VII annis in arcta aerumna sit aut ab ecclesia sit repulsus" (vgl. auch Rudolf v. Bourges ibid.); Cap. missor. gen. 802 c. 32, Boret. 1, 97: „ubi . . . quis vel fratres vel propinquum suum occiderit, statim se ad penitentia sibi compositam sumit et ita, ut episcopus eius sibi disponat absque ulla ambiguitate (daneben Zahlung der Compositio für den Getödteten); c. 33 ibid. (für Incest) „ut reus ex hoc per poenitentia ammittat, sicut ei ab episcopo suo disponatur"; Cap. exc. 813 c. 8, B. 1, 174: „De incestuosis omnino investigandum, ut ab ecclesia expellentur, nisi penitentiam egerint" (vgl. dazu den Reformvorschlag v. Chalons 813 c. 18, M. 14, 97: „ut incestuosi iuxta canonicam sententiam poenitentia mulctentur"); s. ferner c. 36 ibid., M. 14, 35 (c. 42 C. XVI qu. 7) welches verlangt, dass Bischöfe und Äbte, wenn sie Leute aus Gewinnsucht scheren lassen, und deren Habe an sich nehmen, poenitentiae canonicae sive regulari, ut puta turpis lucri sectatores subiaceant", Rheims 813 c. 36, M. 14, 80 (welches anordnet, dass diejenigen, welche sich fremdes Gut aneignen, „secundum modum culpae poenitentiam agant"); cap. eccles. 818. 819 c. 24, B. 1, 279: „statutum est sacro conventu, ut raptor (desponsatarum puellarum) publica poenitentia mulctetur"; cap. legib. add. 818. 819 c. 1, B. 1, 281 (Tödtung und Nothwehr in der Kirche): „interfector secundum iudicium canonicum congruam facinori quod admisit poenitentiam accipiat", wiederholt Cap. Wormat. 829 c. 1, LL. 1, 353 mit der Änderung: „publicam agat poenitentiam"; Mainz 847 c. 24, M. 14, 910 (c. 24 C. XVII qu. 4: „Qui presbyterum occiderit, XII annorum ei poenitentia secundum statuta priorum imponatur"); Conv. Ticin. 850 c. 23, LL. 1, 400. 403 (Zauberinnen und Giftmischerinnen) „diligenti examinatione proditas, sub acerrima penitentia redigendas statuimus"; Rom 853 add. zu c. 32, M. 14, 1013 (Mönch, welcher heirathet oder Kriegsdienste nimmt) „publicae satisfactionem poenitentiae gerat"; l. c. c. 36, ibid. p. 1014 (Trennung der Ehe, um in ein Kloster zu gehen und Nichthalten dieses Versprechens): „ad districtam mentiens poenitentiam redigatur"; Capit. Lothar. I. v. 846 c. 9, Maassen, E. Kapitulare Lothars I., Sonder-Abdruck aus d. Sitzgsber. d. k. Akademie d. Wissensch. zu Wien Bd. 46 u. Bor. Kr. 2, 66: „ut episcopi singuli in suis parocchiis diligenter examinent et sollicite investigent, quicunque publicis sint irretiti flagitiis, h. e. incestos, adulteros, sanctimonialium stupratores vel qui eas etiam in coniugium acceperunt, homicidas, sacrilegos, alienarum rerum pervasores atque praedones; . . . ut quicunque tales fuerint inventi, poenitentiae subdantur, aut si hoc noluerint, ab ecclesia separentur, donec a flagitiis corrigantur"; syn. Pistens. 862 c. 1, LL. 1, 480: „ut unusquique episcopus in sua parochia et missi in illorum missaticis et comites in illorum comitatibus cum maximo studio . . . curam habeant, ut quicunque raptores et depraedatores ibi sunt . . . ad rationem deducantur, ut secundum legem, quae ibi male facta habent, emendent . . . Et episcopi secundum qualitatem et quantitatem peccatorum absque acceptione personarum rapacibus et his similibus vitiis nominatis et convictis poenitentiae leges iniungant, inspecta discretione et qualitate, prout cuique ad salutem viderint expedire"; c. 15 (Nikolaus I.) C. XXXIII qu. 2 (Busse einem Muttermörder auferlegt); Worms 868 c. 20, M. 15, 873 (Fornikation gottgeweihter Frauen): „poenitentiae iugo summopere decertare festinent, ut ad indulgentiae et remissionis valeant gratiam pervenire"; c. 27 ibid. (Tödtung eines Heiden aus Hass oder Habsucht, Busse wie die der Mörder); c. 29 ibid. (c. 50 Dist. L. bei culposer Tödtung); c. 30 ibid., welches Elvira c. 5, Bd. IV. S. 703 n. 4 (durch Schläge seitens der Herrin herbeigeführter Tod der Magd) in der Fassung wieder giebt: „si voluntate VII annos, si casu per V annorum temporum legitimam peragat poenitentiam"; c. 39 ibid. (Ehebruch 7 Jahr Busse); Tribur 895 c. 34, M. 16, 149 (Tödtung von gefangenen Christen in den Kämpfen mit den Normannen): „cum interfectoribus misericordius agendum, ita ut XL diebus poenitentiae indulgentius transactis penes episcopum sit auctoritas et potestas, ut perpendat culpam, agat indulgentiam"; c. 37 ibid. (Mutter, deren Kind umkommt, weil es von ihr zu nahe an den siedenden Kessel gesetzt ist): „iudicio sacerdotum poeniteat"; c. 44 ibid. (Fornikation mit der nachmaligen Frau des Bruders): „praedura arceatur poenitentia et condigna castigatione"; c. 45 ibid. (Fornikation mit zwei Schwestern): „usque in finem vitae poenitens et continens permaneat" und für diejenige, welche in Kenntniss der früheren Fornikation den Geschlechtsverkehr fortsetzt, dieselbe

folgenden Jahrhunderten[1] erhalten, ja das Dekretalenrecht[2] kennt dieselbe ebenfalls noch.

Erzwungen wird die Bussleistung hauptsächlich durch die Exkommunikation[3],

Strafe; c. 54 ibid. (wo die durch Ancyra bestimmte lebenslängliche Busse für Tödtung in zeitliche Busse geändert wird).

Damit widerlegt sich die Ansicht von Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands 2, 224, dass die Kirchenbusse nur zur Verschärfung der staatlich verhängten Strafe gedient hat.

[1] Hohenaltheim 906 c. 21, LL. 2, 558: „Erchengario et eius complicibus ... quia ... in regem ... manus mittere pertemptaverunt, ... et episcopum suum ... dolo comprehenderunt sacrilegiumque in ecclesiasticis rebus perpetraverunt, hanc poenitentiam eis iniunximus, ut seculum relinquant, arma deponant, in monasterium eant, ibi iugiter poeniteant omnibus diebus vitae suae"; c. 22 ibid. (für Meineid und Verführung zum Meineid); c. 24 ibid. „Quisquis per dolum mittit manum suam in ... episcopum ... suum, quia sacrilegium committit; et qui ecclesiam dei devastat et incendit, quia et hoc sacrilegium est; vel qui monachum vel presbiterum occiderit; et qui peiurat et in interitum domni sui regis intendit vel cupiditatem iuraverit vel parricidium committit; placuit s. synodo, ut in uno loco, i. e. monasterio, peniteat omnibus diebus vitae suae vel 12 annos districte peniteat secundum canones III annos in pane, sale et aqua, a carne vero et vino omnibus diebus vitae suae abstineat"; Coblenz 922 c. 4, LL. 2, 17 (Heirath des Ehebrechers und der Ehebrecherin nach dem Tode des unschuldigen Gatten): „separati poenitentiae subiaceant"; Strassburger Reichstag leg. Heinr. II. 1019 c. 2, LL. 2, 38 (Verwandtenmord neben Konfiskation des Vermögens durch den König) „ipse vero ordinante episcopo publica poenitentia subdatur"; Chalons 1063, M. 19, 1028 (Verurtheilung des Bischofs v. Macon, wegen Verletzung der Privilegien v. Cluny) „poenitentiam in pane et aqua ieiunaturus accepit"; Winchester 1076, M. 20, 460, welches eine Reihe von Bussen für die Krieger Wilhelms des Eroberers wegen der Theilnahme an Schlachten, Verwundungen und Tödtungen in denselben festsetzt, von 3 Tagen bis zu lebenslänglicher Busse; Szaboles 1092 I. c. 20, M. 20, 771: „Si quis uxorem suam in adulterio deprehenserit et in iudicium statuerit, secundum instituta canonum poenitentia imponatur"; ibid. c. 25 (Nichtbeobachtung der Sonntagsfeier und der Fasten) „XII dies pane et aqua paeniteat in cippo"; ibid. c. 32: „Si quis virgini vel mulieri de villa in villam eunti vim intulerit, quantum pro homicidio, tantum poeniteat"; Gran 1114 c. 7, M. 21, 101 (Beobachtung heidnischer Gebräuche) „si de maioribus est, XL dies districte poeniteat"; ibid. c. 8 (Nichtbeobachtung der Sonntagsfeier); ibid. c. 9 (Kranke und Verwandte desselben, welche den Priester nicht rufen lassen); ibid. c. 47: „Si quis presbyter in canonico convivio vel Kalendis cogendis potos viderit, arguet eos et si eum non audierint, ipse exeat et archidiacono eos accuset qui eis poenitentiam VII diebus iniungat"; ibid. c. 51: „Si quis de maleficio accusatus fuerit convictus secundum canones poeniteat" und c. 12: „Si quis accusator quae iniecerit probare non poterit, eadem poenitentia subiaceatur"; Lateran. I. 1123 c. 31, M. 21, 286: „contracta quoque matrimonia ab huiusmodi personis (Priester, Diakonen, Subdiakonen und Mönche) disiungi et personas ad poenitentiam debere redigi iuxta ss. canonum diffinitionem iudicamus" (ebenso auch Lateran. II. 1139 c. 7. 8, M. 21, 527. 528, c. 40 C. XXVII qu. 1, Rheims 1148 c. 7, M. 21, 715); Alexander III. app. Later. P. XII. c. 1, 3, 5. (J. L. n. 13162. 14120. 14215) M. 22, 324. 325, Auferlegung von Busse für incestuose Ehen.

[2] c. 2 (Alex. III.) X de eo qui cognov. IV. 13 (bei incestuoser Ehe); c. 40 (Later. IV.) X de simon. V. 3 (Nonnen, welche neue Schwestern nur für Geld aufnehmen).

[3] S. Theodulf v. Orleans c. 26. 27 (Rudolf v. Bourges 850 c. 36), s. S. 86 n. 1; Cap. exc. 813 c. 8 cit., s. a. a. O.; Mainz 847 c. 28, M. 14, 911 (Aufnahme des Vorschlages von Mainz 813 c. 53, l. c. p. 75): „Ut episcopi incestuosos penitus investigare studeant omnino decrevimus: qui si poenitere noluerint, de ecclesia expellantur, donec ad poenitentiam revertantur. Quod si sacerdotum noluerint admonitionibus aurem accomodare, volentes in pristinis perdurare criminibus, oportet eos per saecularis potentiae disciplinam a tam prava consuetudine coerceri" (wiederholt Worms 868 c. 79, M. 15, 882); Conv. Ticin. 850 c. 11, LL. 1, 398: „Inveniuntur nonnulli per diversas provincias et civitates habentes possessiones, qui cum aliquod publice scelus perpetraverint et ab episcopo vel presbiteris loci conventi fuerint, ut penitudinem gerant, ab alterius civitatis episcopo vel presbitero se iam poenitentiam suscepisse vel suscipere velle fateantur atque ita sibimet illudentes .. deo mentiri conantur. Tales ergo ab episcopo civitatis, in cuius parrochia scelus commissum est, statim communione privati ad agendam poenitentiam cogantur"; Hincm. cap. superadd. 856 c. 1, M. 15, 491: „Ut unusquisque sacerdos maximam providentiam habeat, quatenus, si forte in parochia sua publicum homicidium aut adulterium sive periurium vel quodcumque criminale peccatum publice perpetratum fuerit, statim, si auctorem facti vel consentientem adire potuerit, hortetur eum quatenus ad poenitentiam veniat coram decano et compresbyteris suis ... ut infra XV dies ad nostram praesentiam publicus peccator ... veniat et iuxta traditionem canonicam publicam poenitentiam cum manus impositione accipiat ... Et si forte quis ad poenitentiam venire noluerit infra XV dies post perpetrationem peccati et exhortationem presbyteri ..., decernatur, qualiter qui peccatum perpetravit et ad poenitentiam redire contemnit, a coetu ecclesiae, donec ad poenitentiam redeat, segregetur"; Thousey 860 c. 2, M. 15, 559 (Männer, welche gottgeweihten Frauen Gewalt anthun) „ipsi censura ecclesiastica ad poenitentiam constringantur habeantque principes et iudices hanc ... diligentiam, ut ubicumque tales

welche sich für den Fall der Verweigerung ihrer Übernahme fast regelmässig angedroht findet[1]. Ausserdem ruft die Kirche auch sogar den weltlichen Arm gegen den die Busse ablehnenden Schuldigen an[2], sucht ihn also direkt zur Leistung derselben zu zwingen. Demnach kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Busse den Charakter der Strafe — ob der Strafe im engsten Sinne oder der Censur, darüber nachher (S. 89) — und zwar einer in erster Linie für das Vergehen zur Anwendung kommenden Strafe trägt, hinter welcher erst als subsidiär eintretende Strafe die Exkommunikation oder eine andere steht. Dies Ergebniss wird auch nicht dadurch erschüttert, dass nach der Fassung einzelner kirchlicher Vorschriften die Busse noch wie früher, als Bedingung der Beseitigung der angedrohten Exkommunikation erscheint[3]. Sachlich läuft beides auf dasselbe hinaus. Da nach dem damaligen Recht die Busse nöthigenfalls erzwungen wird, so ist der Forderung des Rechtes Genüge

in potestate eorum ab episcopis requisiti fuerint, absque mora eos exhibeant"; Coblenz 860 c. 6, LL 1, 470: „Ut nemo episcoporum hominem peccantem ab ecclesia et christiana communione alienet, donec illum secundum evangelicum praeceptum, ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habet. Qui peccans, si commonitus inobediens et incorrigibilis permanserit et ad emendationem redire noluerit, regiam vel reipublicae potestatem per se episcopus vel per ministros suos adeat, ut constringatur et ad emendationem ac poenitentiam redeat. Quo etiam si ita ad correctionem perduci nequiverit, tunc secundum leges ecclesiasticas medicinali separatione a communione ecclesiastica segregetur"; Cap. Vern. 884 c. 5, LL. 1, 552 (verallgemeinert cap. inc. c. 1, Boret. 1, 257): „Episcopus, in cuius parochia aliquis consistens aliquid depraedatus fuerit, semel et bis atque tertio ... vocabit illum ... ad emendationem .. et ad poenitentiam, ut deo et ecclesiae satisfaciat quam laesit. Si autem despexerit atque contempserit eius admonitionem ... feriat illum pastorali virga, h. e. sententia excommunicationis, ut a communione s. ecclesiae omniumque christianorum sit separatus, usque ad congruam satisfactionem et [dignam] emendationem"; Hohenaltheim 916 c. 34. 32, LL. 2, 559; Rheims 992/993, M. 19, 169; Rom 998 (o. 999) c. 1, M. 19, 225: „Ut rex Robertus consanguineam Bertam, quam contra leges in uxorem duxerit, derelinquat et VII annorum poenitentiam agat secundum praefixos ecclesiasticos gradus, iudicatum est. Quodsi non fecerit, anathema sit, idemque de eadem Berta fieri praeceptum". Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788: „ut omnes archidiaconi et presbyteri, sicut s. canones praecipiunt, vocent ad poenitentiam adulteros incestuosos, sanguine mixtos, fures, homicidas, maleficos et qui cum animalibus se inquinant: et si poenitere noluerint, separentur ab ecclesia et a communione"; Gran 1114 c. 9, M. 21, 102: „Si quis pro facinore commisso iniunctam poenitentiam negligens ab episcopo excommunicatus in eadem perversitate obierit, in coemeterio ecclesiae non sepeliatur a presbytero".

[1] Vgl. die vor. Anm Bei leichteren Vergehen wegen Nichtleistung einer geringeren Busse (z. B. von 7 Tagen) allerdings auch blos die Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, Coyaca 1050 c. 6, S. 14 n. 3.

[2] Episcopor. relat. u. 820 c. 6, B. 1, 367; Mainz 847 c. 28, S. 87 n. 3; Coblenz 860 c. 6; Thousey 860 c. 2, a. a. O.; syn. Pistens. 862 c. 3, LL 1, 480. 481: „postquam illas rapinas et alia malefacta ... forbannivimus et post istum bannum ... illa emendare ... noluerunt, et omnia quae commiserunt legaliter componere compellantur et per publicam poenitentiam secundum canones deo et ecclesiae in quam peccaverunt, satisfaciant. Quibus, si obedire noluerint, aut per fideiussores ad praesentiam nostram perducantur aut omnia quae in regno nostro habent, in bannum nostrum mittantur et episcopali auctoritate a communione ecclesiastica et omnium fidelium societate excludantur"; Cap. episc. Papiae 845—850 c. 12, Boret-Krause 2, 83: „Sacra docet auctoritas, ut publice peccantes publicae poenitentiae subiciantur. Inveniuntur autem quidam qui incesta matrimonia contraxerunt et vel proximis suis vel deo sacratis mulieribus copulati sunt; quidam etiam publice homicidia vel alia crimina perpetrarunt, quos ut episcopi publicae possint poenitentiae subiugare, petimus, ut comitum vestrorum auxilio fulciantur"; c. 17 (ibid. in Betreff derjenigen, welche nicht die christlichen, sondern aus Aberglauben heidnische Feste feiern): „si vero aliqui inventi fuerint, qui sacerdotibus obtemperare noluerint, per ministros reipublicae distringantur, et satisfactionem poenitentiae, quam presbyteri imposuerint, subire cogantur".

[3] Rom 743 c. 5. 6, M. 12, 383 drohen für Heirath mit gottgeweihten Jungfrauen, den Pathinnen und nahen Verwandten das Anathema an, verordnen aber weiter c. 5: „si autem hi, qui coniuncti sunt, admoniti declinaverint et ab alterutro fuerint divisi, poenitentiae submittantur, ut sacerdos loci providerit" und c. 6: „Etsi inclinatus divisusque fuerit ab illicita copula, poenitentiae subdatur, ut sacerdos consideraverit", (fast wörtlich wiederholt Rom 826 c. 38, Boret. 1, 376); Mainz 847 c. 25, M. 14, 910 (denjenigen, welche die zur Bussleistung nach ihrer Degradation wallfahrenden Priester tödten), „omnem ecclesiasticam communionem denegamus, donec dignam poenitentiam pro reatu suo secundum iudicium episcoporum exsolvant".

geschehen, wenn sie der Schuldige freiwillig übernimmt, und daher wird die Exkommunikation, die in erster Linie angedroht ist, nicht nur beseitigt, wenn der Schuldige sich nach dem Eintritt derselben der Busse unterwirft [1], sondern es kommt auch gar nicht zur Verhängung der Exkommunikation, falls er sich, obgleich erst auf Ermahnung, dazu versteht [2]. Im Zusammenhang damit wird in dieser Zeit die vorgängige *monitio* als Bedingung der Exkommunikation wiederholt vorgeschrieben [3]. Sie soll dem Schuldigen die Abwendung der letzteren durch sofortige Übernahme der Busse ermöglichen. Aber nichts destoweniger bleibt die Busse Strafe, denn sie ist die rechtlich erzwingbare Genugthuung [4] für das begangene kirchliche Vergehen [5], welche durch Übernahme von Übeln zu leisten ist, und wenngleich bei der Auferlegung der Busse und ihrer Voranstellung vor die Exkommunikation der Gesichtspunkt der Besserung des Schuldigen in Frage kommt, so zeigt doch die wiederholt auferlegte Pflicht zu lebenslänglicher Busse [6] und die Verhängung derselben auf festbestimmte Zeiten [7], dass die Bussleistungen nicht in allen Fällen mit der unzweifelhaft festgestellten Besserung ohne Weiteres aufhören, dass also diese letztere nicht für die Handhabung dieser Strafe das einzig massgebende Moment gewesen ist. Demnach kann auch für diese Zeit die Busse ebensowenig, wie früher, in allen Fällen als Censur betrachtet werden.

II. Die Privatbusse und die öffentliche Busse. 1. Karolingische Zeit. Die schon in der merovingischen Zeit üblich gewordene Sitte, dem Priester die That- und Gedankensünden zu beichten [8], hat in der karolingischen Zeit immer grössere Verbreitung gefunden [9]. Nicht mehr blos durch die privaten Beichtbücher [10], sondern auch durch die Anordnungen der Bischöfe selbst wird jetzt auf die Ablegung von solchen Beichten hingewirkt [11], ohne dass freilich schon die Anschauung herr-

[1] S. Mainz 847 c. 25 cit.

[2] So wohl schon Rom cit. (S. 88 n. 3). Ganz deutlich Valence 855 c. 11, M. 15, 9 (droht für denjenigen, welcher, nachdem der Gegner im Prozess geschworen, seinerseits ihn durch Eid überbietet, die Exkommunikation an „nisi se continuo admonitus ad agendam poenitentiam tanti reatus remanserit"); c. 23 ibid. (Androhung der Exkommunikation für die Verfolger eines Archidiakons trotz der rechtskräftig feststehenden Freiheit desselben) „nisi se festina humilitate poenitentiae submittat".

[3] S. o. S. 10 ff.

[4] S. o. S. 87; Valence 855 c. 13 (Tödtung im gerichtlichen Zweikampf) „velut homicida ... ab ecclesiae et omnium fidelium coetu separatus, ad agendam poenitentiam modis omnibus compellatur". Vgl. übrigens auch Meurer Arch. f. k. K. R. 49, 199.

[5] Bd. IV. S. 744. Es ist daher von diesem Standpunkt aus auch kein Widerspruch, dass die Synode v. Hohenaltheim 916 c. 19. 20, LL 2, 557 hochverrätherische Handlungen mit dem Anathem bedroht und c. 21 Erchanger und seine Genossen wegen dieses Vergehens zu lebenslänglicher Busse verurtheilt, S. 87 n. 1.

[6] S. z. B. Resp. Steph. II. c. 12, S. 85 n. 6; Hohenaltheim 916 c. 21. 22. 23. 24, S. 87 n. 1.

[7] Theodulf v. Orleans c. 27, S. 86 n. 1.

[8] Bd. IV. S. 825. 826. Vgl. ferner die bairische Synode u. 743 (Nagel, Forschgn. z. deutsch. Gesch. 18, 339; Hauck, Kirchengesch. Deutschl. 2, 397 n. 3) c. 2, LL. 3, 455: „ut non erubescant confiteri deo peccata sua in ecclesia sancta coram sacerdotibus".

[9] Das ergeben Karol. M. cap. 769 c. 1, Boret. 1, 45, nach welchem beim Auszuge des Heeres „(habeat) unus quisque praefectus unum presbyterum, qui hominibus peccata confitentibus iudicare et indicare poenitentiam possit", ferner die Ermahnungen Alcuins ep. 91. 186. 217, ed. Jaffé p. 381. 658. 717. Vgl. auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 225 ff. 604 ff.

[10] Bd. IV. S. 825. 826.

[11] Cit. bairische Synode, (s. Anm. 8) c. 2, LL. 3, 455: „... ut poenitentiam veram doceantur facere de omnibus peccatis suis et non erubescant confiteri deo peccata sua in ecclesia sancta coram sacerdotibus .... a quibus documenta et medicamenta salutis nostrae accipere debemus"; Theodulf v. Orleans u. 797 c. 36, M. 13, 1004: „Hebdomada una ante initium quadragesimae confessiones sacerdotibus dandae sunt, poenitentia accipienda" (wiederholt Rudolf v. Bourges v. 850 c. 32, M. 14, 958). Wenn er ferner c. 30 die Pflicht, Gott jeden Tag die Sünden zu beichten, aufstellt und dabei bemerkt: „quia confessio quam sacerdotibus facimus, hoc nobis adminiculum affert, quia accepto ab eis salutari consilio, saluberrimis poenitentiae observationibus sive mutuis orationibus peccatorum maculas diluimus" und c. 31 fortfährt: „Confessiones dandae sunt de omnibus peccatis quae

schend geworden wäre, dass das Sündenbekenntniss vor dem Priester zur Vergebung der Sünden nothwendig sei[1].

Berechtigt zur Abnahme der Beichte, zur Auferlegung der Busse auf Grund derselben und zur Absolution waren die Bischöfe und die Priester[2], sowie im Nothfall auch die Diakonen[3].

In Betreff der Handhabung der Busse und namentlich der Art der Busswerke blieb es zunächst bei der früheren Übung[4], da die im Frankenreich neu entstandenen Bussbücher[5] im wesentlichen das überlieferte Material zusammenstellten, und auch die früheren[6] noch im Gebrauch blieben[7]. Die Verschiedenheit der in ihnen enthaltenen Anweisungen musste aber eine sehr verschiedenartige Praxis zur Folge haben[8], und dazu trat als weiterer Übelstand die bereits durch die Einführung der Redemtionen angebahnte Laxheit der Bussdisciplin[9]. Unter diesen Umständen machte sich seit dem Ende des 8. Jahrhunderts und im Beginn des 9., offenbar im

sive in opere sive in cogitatione perpetrantur.... Quando ergo quis ad confessionem venit, diligenter debet inquiri, quomodo aut qua occasione peccatum perpetraverit, quod peregisse se confitetur et iuxta modum facti debet ei penitentia indicari. Debet ei persuaderi, ut et de perversis cogitationibus confessionem (*add.*) faciat. Debet ei etiam iniungi, ut de VIII principalibus vitiis (vorher aufgezählt als solche ventris ingluvio, fornicatio, acedia sive tristitia, avaritia, vana gloria, invidia, ira und superbia) faciat suam confessionem et nominatim ei debet sacerdos unumquodque vitium dicere et suam de eo confessionem accipere", so ergiebt sich daraus, dass er auch die Ablegung der Beichte beim Priester ausserhalb der erstgedachten Zeit verlangt. Vgl. ferner Rudolf v. Bourges a. a. O. Auch Chalons 813 c. 32, M. 14, 99 fordert, dass wenn dem Priester gebeichtet wird, die That- und Gedankensünden vollständig gebeichtet, und dass deshalb das Beichtkind über die 8 Hauptsünden belehrt werden soll.

[1] Das Gegentheil beweisen Theodulf v. Orleans c. 30 (s. d. vor. Anm.); Chalons 813 c. 33, M. 14, 100: „Quidam deo solummodo confiteri debere dicunt peccata, quidam vero sacerdotibus confitenda esse percensent: quod utrumque non sine magno fructu fit intra s. ecclesiam. Ita dumtaxat et deo qui remissor est peccatorum, confiteamur peccata nostra ... Et secundum institutionem apostoli confiteamur alterutrum peccata nostra et oremus pro invicem ut salvemur. Confessio itaque quae deo fit, purgat peccata: ea vero quae sacerdoti fit, docet qualiter ipsa purgentur peccata. Deus namque salutis et sanitatis auctor et largitor, plerumque hanc praebet suae potentiae invisibili administratione, plerumque medicorum operatione" (c. 90 Dist. I de poen. in einer der Annahme einer Beichtverpflichtung beim Priester günstigeren, veränderten Fällung).

[2] S. die S. 89 n. 9. 11 angeführten Stellen; Beichtanweisung des Abts Othmar v. St. Gallen († 761) Wasserschleben, Bussordnungen S. 437; s. g. stat. Bonifacii c. 31, M. 12, 386: „Curet unusquisque presbyter statim post acceptam poenitentiam singulos data oratione reconciliari"; Cap. a sacerdot. prop. 802? c. 21, B. 1, 107: „ut cuncti sacerdotes omnibus illis confitentibus eorum crimina dignam poenitentiam cum summa vigilantia ipsis indicent"; vgl. auch unten S. 94 n. 4 u. S. 98 n. 6 die Stellen, welche den Priestern die Auferlegung der öffentlichen Busse untersagen. Ghaerbaldi Leodiens. episc. 802—810 c. 10, Bor. 1, 243: „ut qui homicidium confessi sunt, iubeat eos presbyter abstinere XL diebus ab ecclesia et a communione ante quam ab episcopo reconcilientur aut episcopos eos presbyteris reconciliari iusserit" spricht nicht dagegen, dass der Priester bei freiwilliger Beichte absolviren dürfte, da es sich hier um ein Geständniss des Mordes überhaupt, nicht aber um ein solches, welches in der Privatbeichte abgelegt ist, handelt, also um ein öffentlich bekannt gewordenes Vergehen, für welches öffentliche Busse zu leisten war, s. unten S. 92.

[3] Vgl. Bd. IV. S. 85 n. 3 u. S. 826.

[4] Bd. IV. S. 826.

[5] Es gehören hierher das poenitentiale Cummeani, Wasserschleben a. a. O. S. 460; Schmitz, d. Bussbücher. Mainz 1883. S. 611, welches W. S. 61 in die Zeit von 711—744 setzt, Schm. S. 608 dem Cummean abspricht und dem Ende des 8. oder Anfang des 9. Jahrhunderts zuweist, ferner das poenitentiale Bigotianum, W. S. 441 (nach W. in dem ersteren benutzt, nach Schm. S. 707 dem Anfang des 9. Jahrh. angehörig), das poenit. XXXV capitulorum W. S. 505, Schm. S. 653 (nach W. S. 70 nach Mitte des 8. Jahrh., nach Schm. S. 608 Ende dieses o. Anfang des 9. Jahrh. entstanden); poenitentiale Remense, (abgedruckt v. Katz, Grundriss des canon. Strafrechts. Berlin u. Leipzig 1881. S. 161 (auch Schm. S. 647, W. S. 497), welches im wesentlichen das poenit. Cummeans wiedergiebt.

[6] Bd. IV. S. 825 n. 6.

[7] Dass die Anm. 5 citirten Poenitentialien im wesentlichen dieselben Busswerke, wie die früheren kennen, zeigt schon die sie allerdings nicht sehr eingehend berücksichtigende Zusammenstellung bei Meurer, Arch. f. k. K. R. 49, 192 ff.

[8] Vgl. auch Wasserschleben S. 77.

[9] Bd. IV. S. 827 n. 6.

Zusammenhange mit den von Karl d. Gr. geleiteten Reformbestrebungen und der bereits früher begonnenen Umbildung der kirchlichen Einrichtungen nach römischen Muster[1], in den massgebenden Kreisen der fränkischen Kirche eine entschiedene Opposition gegen die bisherige Busspraxis geltend. In den hierher gehörigen Anordnungen der Bischöfe wird die Verschiedenheit und Willkürlichkeit derselben bekämpft[2] und die Beseitigung der früheren Bussbücher verlangt[3]. Ja, von einzelnen Bischöfen werden in ihren Diöcesan-Anordnungen sogar Vorschriften über die Handhabung der Busse erlassen[4], und von ihnen selbst oder wenigstens in ihrem Auftrage besondere Zusammenstellungen der älteren Busskanonen aus den allgemein geltenden kirchlichen Rechtsquellen angefertigt[5]. Zu einer Verdrängung und Beseitigung der älteren Pönitentialien haben diese Bestrebungen indessen nicht geführt[6]. Ganz abgesehen davon, dass die Zahl der neuen Bearbeitungen verhältnissmässig gering war, trugen diese mehr den Charakter von Kanonensammlungen an sich und boten deswegen den Priestern keine so bequeme Handhabe, wie die früheren Werke mit ihrer eingehenden

[1] Bd. III S. 703. 705.

[2] So schon Theodulf von Orleans u. 797, cap. II, M. 13, 1011: „Qualiter vero peccati adhibenda sit medicina secundum canones authenticorum sanctorum patrum esse debet et non secundum placita hominis nec secundum voluntatem"; Halton. episc. Basileens. cap. 807—823 c. 19, Boret. 1, 365: „Nec diversa sentiant in iudiciis poenitentium, cum uni minus, alteri maius, alteri adolando, alteri detrahendo placere velit; sed considerata qualitate personae iuxta modum culpae agatur censura vindictae"; cap. eccles. 810—813? c. 20, B. 1, 179: „De iudicio poenitentiae ad interrogandum reliquimus, per quem poenitentialem vel qualiter iudicentur poenitentes"; was sich mit der Forderung von Tours 813 c. 22, M. 14, 86 berührt: „... quoniam varie ab aliquibus sacerdotibus et indiscrete haec iudicia proferantur ... necessarium videatur nobis, cum omni episcopi ad sacrum palatium congregati fuerint, ab eis edoceri, cuius antiquorum liber poenitentialis potissimum sit sequendus".

[3] Reformvorschlag von Chalons 813 c. 38, M. 14, 101: „Modus autem poenitentiae peccata sua confitentibus aut per antiquorum canonum institutionem aut per ecclesiasticam consuetudinem ... imponi debet, [repudiatis ac penitus eliminatis libellis, quos poenitentiales vocant, quorum sunt certi errores, incerti auctores"]; wiederholt als c. 33 bei Rudolf v. Bourges u. 850, ibid. p. 958 und vorher Mainz 847 c. 31 (hier aber unter Weglassung der eingeklammerten Stelle); Paris 829 I c. 32, ibid. p. 559: „Quoniam multi sacerdotum partim incuria, partim ignorantia, modum poenitentiae reatum suum confitentibus secus quam iura canonica decernant, imponunt, utentes scil. quibusdam codicillis contra canonicam auctoritatem scriptis, quos poenitentiales vocant ... omnibus nobis salubriter in commune visum est, ut unusquisque episcoporum in sua parochia eosdem erroneos codicillos diligenter perquirat et inventos igni tradat, ne per eos ulterius sacerdotes imperiti homines decipiant".

[4] Hierher gehören die Capitel Theodulfs v. Orleans, M. 13, 995 u. capit. II, p. 1009, sowie Rudolfs v. Bourges M. 14, 943, welcher in seinem Prolog sich ebenfalls gegen die bisherigen Pönitentialbücher wendet.

[5] Wie vor Allem das auf Veranlassung des B. Ebbo v. Rheims u. 831 verfasste Poenitentiale des B. Halitgar v. Cambrai in 5 Büchern (Canisius, lectiones antiquae V. 3, 227; ed. Basnage II. 2, 87, Migne 105, 651, von welchem hauptsächlich Buch IV u. V, abgedruckt bei Schmitz S. 721 in Betracht kommen, vgl. Wasserschleben S. 79. 80; Maassen, Gesch. d. Quellen 1, 865; Schmitz S. 719; v. Nostitz-Rieneck s. Ztschr. d. kirch. Theologie 1889. 13, 193); zu Grunde liegt den 3 letzten Büchern die gallische, von d'Achery (spicileg. ed. II. 1, 516) unter dem Titel: collectio antiqua canonum poenitentialium herausgegebene Kanonensammlung, s. g. Dacheriana, welche zw. 774 u. 831 fällt, Maassen S. 851, und deren I. Buch von der Busse handelt, W. S. 80; Schm. S. 715. (Ob die s. g. Vaticana in 4 Büchern, deren viertes sich mit der Dacheriana berührt, dieses herausgeg. v. Aem. L. Richter, antiqua canonum collectio. Marburgi Cattor., Quelle der Dacheriana, so W. S. 81, oder umgekehrt diese und Halitgar von ihr benutzt worden ist, so Maassen S. 858. 863, steht nicht sicher fest, doch erscheint das letztere das richtige; jedenfalls ist sie auf Veranlassung eines fränkischen Bischofs angefertigt.)

Der liber poenitentialis des Hrabanus Maurus ad Otgar. episc. u. 841, opp. Colon. 1626 6, 154; Migne 112, 1379, und die in Form eines Schreibens desselben an d. B. Heribald v. Auxerre 853 verfasste Sammlung desselben, Canisii lect. ed. Basnage II. 2, 293; Hartzheim 2, 190; Migne 110, 467, vgl. Maassen S. 870, Wasserschleben S. 79, Schmitz S. 733, haben mehr den Charakter von Kanonensammlungen für das forum internum als den von eigentlichen Bussanweisungen.

[6] Wasserschleben S. 83 ff.; Hauck, Kirchengeseb. Deutschlands 2, 668 ff., s. auch S. 92 n. 2.

Kasuistik. Indem sie weiter ausschliesslich auf das ältere Kanonen-Material[1] zurückgriffen, waren ihre Vorschriften, welche die öffentliche Busse, zum Theil sogar die morgenländischen Bussstationen voraussetzten, nicht ohne Weiteres auf die Privatbusse übertragbar. Es erscheint daher erklärlich genug, dass man die älteren Beichtbücher fort und fort benutzte[2], ja in die neu entstandenen einzelne Stücke aus den letzteren hineinarbeitete[3] und auch weiter Pönitentialien nach den früheren Mustern und unter Benutzung des herkömmlichen Materials anfertigte[4].

Die Folge der geschilderten Strömungen und Gegenströmungen konnte nur eine Unsicherheit in der bisherigen Handhabung der Busse sein, und namentlich musste das Zurückgreifen auf die Kanonen der älteren Kirche insbesondere die Frage nahe legen, ob die öffentliche Busse, welche den auf britischer Grundlage ruhenden Pönitentialien fremd war[5], auch bei den blos den Priestern gebeichteten Sünden zur Anwendung zu bringen sei. Die Meinung, dass für Todsünden eine öffentliche Busse wünschenswerth, wenngleich nicht nothwendig erscheine, welche sich Ende des 8. Jahrhunderts geltend gemacht hat[6], ist nicht die herrschende geworden. Vielmehr hat sich im 9. Jahrhundert die Regel festgestellt, dass für die öffentlich bekannt gewordenen schweren Sünden, d. h. für alle, welche nicht lediglich durch die Beichte zur Kenntniss des Priesters gekommen sind, mochten sie notorisch oder durch Beweis

[1] Also wesentlich das Bd. IV S. 699 ff. 717 ff. berücksichtigte. S. d. Citate in der vor. Anm. Theodulf v. Orleans benutzt einige Canones des Konzils von Ancyra, M. 13, 1012, 1014 und Rudolf v. Bourges ausserdem solche der Synode von Elvira und der afrikanischen Konzilien M. 14, 961. 962.

[2] S. d. Frage des visitirenden Bischofs an den Priester bei Regino I. inquis. n. 96: „Si habeat poenitentialem Romanum vel a Theodoro episcopo aut a venerabili Beda dictum, ut secundum quod ibi scriptum est, aut interroget confitentem aut confesso modum poenitentiae imponat?"

[3] S. z. B. in das Werk des Halitgar, Wasserschleben S. 81; Schmitz S. 719.

[4] Wasserschleben S. 83 ff. Diese Entwicklung im Frankenreich bildet ein weiteres Argument gegen die Annahme von Schmitz (s. Bd. IV. S. 824), dass römische Bussbücher in das Frankenreich Eingang gefunden haben. Hätte es in Rom Pönitentialien gegeben, welche sich eines besonderen Ansehens und besonderer Brauchbarkeit erfreut hätten, so wäre es schwer verständlich, warum man diese in der fränkischen Kirche nicht recipirt, und damit alle im Text berührten Schwierigkeiten beseitigt hätte. Ich bin jetzt in der Lage, gegenüber der Aufstellung von Schmitz nachzuweisen, dass das von ihm S. 243 ff. herausgegebene, in das 8. Jahrhundert gesetzte poenit. Valicell. I in einer Reihe von Bestimmungen, welche Schm. für eigenthümlich erklärte, britische Bussbücher benutzt hat. c. 1, aus dem Schm. S. 247 den Kleriker herauszuinterpretiren sucht, entspricht Vinnian. §. 23; c. 6 ist im wesentlichen gleich Theodor. II. 10. §§. 1. 2; c. 8 = Th. I. 14 §. 28; c. 11 = Th. I. 4. §. 6; c. 13 = Th. I. 2. §. 2; I. 14. §. 12; c. 25 = Th. I. 2. §§. 13. 12; c. 30 = Th. I. 14. §§. 21. 22; c. 34 i. f. = Th. I. 8. §. 8; c. 35 = Th. I. 14. §. 23; c. 39 = Th. I. 14. §. 13; c. 45 = Th. I. 8. §. 2; c. 92 = Th. I. 15. §. 2; c. 96 = Th. II. 11. §. 7—9; c. 98 = Th. II. 11. §§. 2. 3; c. 100 = Th. I. 1. §§. 3. 2; c. 102 = Th. I. 1. §. 1; c. 108 = Th. I. 11 §§. 1—3. c. 112 = Th. I. 14. §§. 5. 6; c. 115 = Th. I. 14. §. 7; c. 131 = Th. II. 8. §. 8. (§. 1); c. 38 bewusste Änderung von Th. I. 14. §. 8; ferner berührt sich c. 58 mit syn. Aquilon. §. 4, Wasserschleben S. 103; c. 74 mit §. 5 ibid.; c. 34 mit excerpt. David. §. 8; c. 103 mit §. 3 ibid., c. 62 mit Beda I. 8. §. 7; c. 22 mit Egbert IX. §§. 2. 6; c. 91 mit XIII. §. 4 ibid. c. 93 mit XIII. §. 10 ibid.; c. 94 mit XIII §. 5 ibid. Damit widerlegen sich eine grosse Anzahl von Anführungen zu den cit. Capiteln, und es fehlt jede Berechtigung, das Pönitentiale seiner selbstständigen Bestandtheile oder Änderungen wegen als ein ursprünglich römisches zu bezeichnen. Kann man auch zugeben, dass der das poen. Valicell. I enthaltende Codex im 10. Jahrhundert in Rom benutzt ist, so schliesst dies die Annahme, dass es sich um ein fränkisches, dorthin gebrachtes Bussbuch handelt, nicht im Entferntesten aus.

[5] Bd. IV. S. 825. 829.

[6] Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012: „Capitalia et mortalia crimina publice deflenda sunt, secundum canonum et ss. patrum institutionem. Sed et secreta satisfactione solvi mortalia crimina non negamus . . . Poenitentiae quippe modus in sacerdotis pendeat arbitrio. Qui sacerdos diligentissime ss. patrum instituta discutiens et intelligens secundum eorum auctoritatem confitentibus poenitentiam indicere debet"; vgl. auch Regino II. 419 (nach der Inscription einem bisher nicht aufzufindenden Konzil v. Rouen angehörig): „Si quis patrem aut matrem percutit aut maledicit, quia capitalia crimina commisit, publicam inde agat poenitentiam sicuti de gravioribus peccatis".

festgestellt sein, öffentliche Busse[1] geleistet werden müsse, während für die blos dem Priester gebeichteten die Privatbusse als genügend erachtet wurde[2]. Damit war an sich ein festes Prinzip für die Abgrenzung des Gebietes der kirchlichen Strafrechtspflege und der blossen beichtväterlichen Thätigkeit[3] gefunden[4], und wenngleich bei dieser Scheidung darüber Unklarheit bestehen blieb, wie es mit denjenigen Sünden, welche sich lediglich als solche, nicht zugleich als kirchliche Vergehen darstellten, im Fall ihrer Offenkundigkeit gehalten werden sollte, so war dies praktisch belanglos, denn überwiegend hatte schon das bisherige Recht die schwereren Sünden auch als kirchliche Vergehen charakterisirt, und nöthigenfalls bestand noch wie von

[1] In diesem Verlangen begegnen sich die Vorschläge der Reformsynoden v. 813, s. Chalons 813 c. 25, M. 14, 98: „Poenitentiam agere iuxta antiquam canonum institutionem in plerisque locis ab usu recessit et neque reconciliandi antiqui moris ordo servatur [ut a domino imperatore impetretur adiutorium, qualiter] si quis publice peccat, publica mulctetur poenitentia et secundum ordinem canonum pro merito suo excommunicetur et reconciliietur"; Rheims 813 c. 31, M. 14, 86; Arles 813 c. 26. ibid. p. 62: „ut qui publico crimine convicti sunt, rei publice iudicentur et publicam poenitentiam agant secundum canones". Diese letztgedachte Formulirung ist wörtlich in c. 25 cap. 813, B. 1, 175 aufgenommen und seitdem die bezeichnete Norm im karolingischen Reich massgebend geworden, Mainz 847 c. 30, M. 14, 912: „discretio facienda est inter poenitentes, qui publice et absconse poenitere debeant (Wiederholung von Rheims 813 c. 31 cit.). Nam qui publice peccat, oportet, ut publica mulctetur poenitentia et secundum ordinem canonum pro merito suo et excommunicentur et reconcilientur"; Rudolf v. Bourges c. 34, M. 14, 959 (Wiederholung v. Chalons 813 c. 25 cit. unter Weglassung des Eingeklammerten) und c. 44: „quorum autem peccata in publico sunt, in publico debet esse poenitentia per tempora, quae episcopi arbitrio poenitentibus secundum differentiam peccatorum decernantur" wörtlich entnommen aus Hraban. Mauri de cleric. instit. II. 30, Migne 107, 338; Hludov. II. conv. Ticin. 850 c. 6, LL. 1, 397, 401: „oportet enim ut plebium archipresbiteri per villas unumquemque patrem familias conveniant; quatinus tam ipsi quam omnes in eorum domibus commorantes qui publice crimina perpetrarunt, publice peniteant; qui vero occulte deliquerit, illis confiteantur quos episcopi et plebium archipresbiteri idoneos ad secreciora vulnera mentium medicos elegerint; qui si forsitan in aliquo dubitaverint, episcoporum suorum non dissimulent implorare sententiam. Si vero episcopus haesitaverit, non aspernetur consulere vicinos episcopos et ambiguam rem alterius aut certe II vel III fratrum examinare consensu. Quod si adeo aliqua obscuritate vel novitate perplexa res fuerit, si quidem diffamatum certae personae scelus est, metropolitani et provincialis synodi palam sententia requiratur . . . Si autem occulta confessio est et is a quo queritur salutis consilium explicare non sufficit, potest suppresso facinorosi nomine qualitas quantitasque peccati discuti et congruus correctioni modus inveniri"; Pavia 845 c. 12, LL. 1, 432, S. 88 n. 2; Hincmar Rhem. 856 c. 1, S. 87 n. 3; Aachen 860 c. 18, LL. 1, 468 (betreffend Thietberga): „lugendam incesti pollutionem in publicum exhalatam, publicae poenitentiae satisfactione purgandam decernimus"; Nantes Ende des 9. Jahrh. c. 12, M. 18, 169: „Si cuius uxor adulterium perpetravit et hoc a viro deprehensum fuerit et publicatum, dimittat uxorem, si voluerit propter fornicationem: illa vero VII annos publice poeniteat . . . Quod si voluerit, adulteram sibi reconciliare, licentiam habeat, ita tamen, ut pariter cum illa poenitentiam agat et exacta poenitentia post VII annos ad communionem uterque accedat".

[2] Mainz 851 c. 10, LL. 1, 414: „Si quis incestum occulte commiserit et sacerdoti occulte confessionem egerit, indicetur ei remedium canonicum quod subire debuerat, si eius facinus publicum fuisset; verum quia latet commissum, detur ei a sacerdote consilium, ut saluti animae suae per occultam poenitentiam prospiciat; hoc est, ut veraciter ex corde peniteat, se graviter deliquisse et per ieiunia vigiliasque atque per sacras orationes cum lacrimis se purgare contendat et sic ad spem veniae per misericordiam dei pervenire confidat"; Hraban. Mauri de cleric. inst. II. 30, Migne 107, 339; Rudolf v. Bourges c. 44, M. 14, 962: „Quorum autem peccata occulta sunt et spontanea confessione soli tantummodo presbytero ab eis fuerint revelata, horum occulta debet esse poenitentia secundum presbyteri iudicium cui confessi sunt, ne infirmi in ecclesia scandalizentur videntes eorum poenas quorum penitus ignorant caussas".

[3] Der ersteren fällt das notorische, das in Folge der admonitio (s. S. 89) auf Beschuldigung eingeräumte, und durch gerichtliche Untersuchung in Folge eines Geständnisses oder eines Beweises festgestellte Vergehen anheim, denn dass es sich nicht blos um das notorische handelt, ergiebt ein Theil der Anm. 1 citirten Stellen. Bei der Übernahme der öffentlichen Kirchenbusse Ludwig d. Fr. 833, LL. 1, 366. 369, lag der zweitgedachte Fall vor. Eine vorgängige Verurtheilung war also nicht immer nöthig, s. auch S. 89.

[4] Dass dabei die in neuerer Zeit für diese Abgrenzung wiederholt citirte (s. z. B. Meurer, Begriff des kirchl. Strafvergehens S. 58) Äusserung Augustins sermo 82 (16) de verb. domini in c. 19 C. II qu. 1: „corripienda coram omnibus quae peccantur coram omnibus" von Einfluss gewesen ist, lässt sich nicht sicher feststellen.

Anfang an[1], für einzelne Fälle, in denen sich etwaige Lücken zeigten, für den Bischof die Möglichkeit, aus Anlass eines kirchlichen Strafverfahrens zugleich von seiner gesetzgeberischen Befugniss zur Setzung der rechtlichen Norm Gebrauch zu machen[2].

Was den Unterschied zwischen der öffentlichen und der privaten Busse in der karolingischen Zeit betrifft, so hat man in Folge der schon S. 90. 91 gedachten Tendenz hinsichtlich der ersteren wieder auf die älteren Kanonen zurückgegriffen. In Gemässheit der betreffenden Vorschriften[3] ist nur der Bischof, nicht der Priester befugt, die öffentliche Busse aufzuerlegen[4], also die Bussleistungen als entsprechende Strafe für das Vergehen, und falls der Schuldige bereits exkommunicirt war, zugleich als erforderliches Mittel zur Beseitigung des Kirchenbannes zu bestimmen. Im allgemeinen hing die Festsetzung der Zeit vom Ermessen des Bischofs[5] ab[6], doch sind auch ein für alle Mal dahin gehende Vorschriften getroffen worden[7].

Das Wesen der öffentlichen Busse besteht, wie früher[8], darin, dass sie öffentlich in der Kirche übernommen wird, und dass sich der Büsser öffentlichen Demüthigungen unterwirft[9], wennschon es nicht nöthig ist, dass er dies die ganze Bussezeit hin-

[1] Bd. IV. S. 745. 835.

[2] Darauf deutet auch Ticin. 850 c. 6, S. 93 n. 1, mit seiner Vorschrift über die Befragung der Amtsbrüder und der Provinzialsynode hin. S. auch §. 279.

[3] Bd. IV. S. 715. 721.

[4] Rudolf v. Bourges u. 850 c. 34. 44, S. 93 n. 1; ebenso Hinkmar v. Rheims 856 c. 1, S. 87 n. 3; (abweichend Reg. Chrodegangi c. 15, Walter, frat. iur. eccles. p. 29, welches dies bei Kanonikern auch dem Prior gestattet), und zwar geschah die Auferlegung für die Regel am Aschermittwoch, ed. Pistens. 864 c. 35, LL. 1, 497: „ipsam autem quadragesimam a quarta feria, i. e. capite ieiunii cum ipsa quarta feria, qua publice poenitentes poenitentiam accipiunt"; dasselbe schon Meaux 845 c. 76, M. 14, 840. Nicht entgegensteht Pavia 845 c. 17, S. 88 n. 2 a. E., denn hier handelt es sich offenbar nicht um die öffentliche Busse, sondern um eine private Busse, für deren Erzwingung die Bischöfe ebenfalls die Anwendung weltlichen Zwanges erbitten.

[5] Cap. 802 c. 32, S. 86 n. 1, Pist. 862 c. 1, S. 86 n. 1; Rudolf Bourges und Hinkmar v. Rheims ll. cit. (vor. Anm.); Worms 868 c. 25, M. 15, 873, welches sich, da es des sacerdos erwähnt, sowohl auf die öffentliche, wie die Privatbusse, also den Bischof und Priester bezieht. Vgl. auch Reg. Chrodegangi Mett. u. 760 c. 15, nach welchem der Bischof dem mit Gefängnissstrafe belegten Kanoniker nach der Entlassung aus der Haft noch die publica poenitentia auferlegen kann.

[6] Oder auch der von den Übelthätern oder von einzelnen Bischöfen mit Fragen schon damals angegangenen Päpste, vgl. die Schreiben Benedikts III. v. 855—858, Ztschr. f. K. R. 20, 100. 101, v. Pflugk-Harttung acta roman. pont. 3, 34; c. 17 (Nicol. I.) C. XII. qu. 2; c. 15 (id.) C. XXXIII. qu. 2.

[7] S. ausser den Citaten von Worms 868 c. 29 u. 30, Tribur 895 c. 45; S. 86 n. 1, noch Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012 (für verschiedene Fälle der Tödtung, Fornikatio, incestuose Ehe, Ehebruch, Diebstahl, falsches Zeugniss, Bestialität und Päderastie) Mainz 847 c. 21 ff., M. 14, 910; Rudolf v. Bourges u. 850 c. 37. 39 ff., M. 14, 960; Mainz 851 c. 9. 11, LL. 1, 413; Worms 868 c. 26 ff., M. 15, 874; Nantes Ende des 9. Jahrh. c. 12, M. 18, 169; Tribur 895 c. 55 ff., M. 18, 156. Allerdings betrifft ein Theil dieser Stellen nur die Busse überhaupt. Dass aber in erster Linie die öffentliche Busse gemeint ist, ergiebt sich aus der wesentlich strafrechtlichen Tendenz der Vorschriften, und der schon S. 92 besprochenen Regel, dass die bekannt gewordenen Vergehen öffentlich gebüsst werden sollten. Das schliesst nicht aus, dass die Bestimmungen gleichzeitig auch den Priestern als Anhalt für die Privatbusse zu dienen bestimmt waren, so sagt Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012 nach der Ausführung über die öffentliche Busse des Mörders: „si autem (homicidium) occultum sit, occulte similiter agat".

[8] Bd. IV. S. 716.

[9] Theodulf v. Orleans l. c.: „et si hoc publice actum constat, si laicus, deponat arma et omnem saecularem militiam et publice satisfaciat, ita ut XL diebus extra ecclesiam foris ad ostium oret"; exauctoratio Ludovici (des Fr. 833) LL. 1, 368: „reum se coram deo et coram sacerdotibus vel omni populo cum lacrymis confessus et in cunctis se deliquisse protestatus est, et poenitentiam publicam expetiit, quatenus ecclesiae, quam peccando scandalizaverat, poenitendo satisfaceret .... deinde cingulum militiae deposuit et super altare collocavit et habitu saeculi se exuens, habitum poenitentis per impositionem manuum episcoporum suscepit, ut post tantam talemque poenitentiam nemo ultra ad militiam saecularem redeat" (s. auch Agobardi cartula ibid. p. 369 und Simson, Ludwig d. Fr. 2, 72), also öffentliches Bekennen der Sünden, Ablegung der gewöhnlichen Kleidung und namentlich der Waffen, Anlegung des Bussgewandes und Verharren vor der Kirchthür am Beginn der Bussezeit.

durch thut[1], und die Ausübung der Busswerke öffentlich vor allem Volke geschieht[2].

Was die Art der Busswerke betrifft, so sind diese theils in den erwähnten Anordnungen festgesetzt[3], theils werden sie für den einzelnen Fall nach dem Ermessen des Bischofs näher bestimmt[4]. Als solche kommen vor Allem Fasten[5], Gebete[6] und Almosen[7], die Fasten — und dies beruht offenbar auf dem Einfluss der britischen und der auf Grund derselben angefertigten Pönitentialien — in mannichfacher Abstufung, so dass sie vielfach beim Beginn der Busszeit strenger sind und sich im Verlaufe derselben mildern[8], vor. Daneben erscheinen aber ferner auch als Busswerke das Exil[9] und die Vornahme von Wallfahrten[10].

Was die Rechtsstellung der öffentlichen Büsser betraf, so stehen dieselben nicht mehr, wie dies in der älteren Kirche der Fall war, ganz ausserhalb jeder kirchlichen Gemeinschaft[11], und zwar selbst dann nicht, wenn sie die Busse erst nach ihrer Exkommunikation übernommen haben[12]. Des näheren ist die Beschränkung ihrer kirchlichen Mitgliedsschaftsrechte, je nachdem es sich um eine schwerere oder leichtere Busse handelt, eine verschiedene, keineswegs bei allen, wie früher, die gleiche[13].

Nach manchen Anordnungen ist der öffentliche Büsser entweder für die ganze

[1] So wurde Ludwig d. Fr., nachdem er die öffentliche Busse übernommen hatte, im Kloster S. Médard gefangen gehalten, Simson, S. 76.

[2] Auch der Kanoniker, welcher bei der vita communis im claustrum lebt, leistet nach Chrodeg. reg. cit. c. 15 öffentliche Busse dadurch, dass er beim Beginn und Ende der Horen, wenn die übrigen die Kirche betreten, sich vor der Thür hinwirft und während der Horen draussen das officium mitbetet, wobei doch wohl an einen im Kloster belegenen Eingang der Kirche zu denken ist. Aber die öffentliche Demüthigung ist wesentlich, daher setzt c. 8 (ep. Paulini Foroiul. a 794) C. XXXIII. qu. 2, der in dem Eintritt in das Kloster bestehenden Busse die publica poenitentia unter Verbleiben in der Welt entgegen.

[3] S. 94 n. 7.

[4] Darauf wird in einzelnen Bestimmungen ausdrücklich verwiesen, Meaux-Epernay 845. 846 c. 67, M. 14, 835 u. LL 1, 392; s. auch S. 94 n. 5.

[5] c. 8 C. XXXIII. qu. 2 cit; s. weiter Anm. 8.

[6] Worms 868 n. 36, M. 15, 876: „Orationibus omni insistere sollicitudine integriterque perficere summopere studeat". S. auch die folg. Anm.

[7] Conv. Ticin. 850 c. 7, LL 1, 397. 401: „Oportet . . . curam gerere presbiteros, qualiter poenitentes inpositam sibi abstinentiae formam custodiant et utrum eleemosynarum et aliis remissionem peccatorum promerentibus piis operibus inserviant; et qua cordis contricione et lamentatione se ipsos afficiant, ut hac consideratione praemissa poenitudinis tempus rationabilem possit accipere terminum et vel extendatur, si poenitens neglegenter iniuncta prosecutus est vel brevietur, si desideranter veniae placationem studuit promereri". Vgl. auch c. 8 C. XXXIII. qu. 2 cit.: „in ieiuniis, in vigiliis, orationibus et elemosinis omni tempore persevera".

[8] Mainz 851 c. 419, LL. 1, 413: „Si quis infantem suum oppresserit .. proximos 40 dies peniteat in pane et aqua et oleribus et leguminibus et a coniugio se abstineat. Postea III annos in penitentia exigat (expurget) per legitimas ferias et III quadragesimas; Benedict. III. ep. 835 bis 838, Ztsch. f. K. R. 20, 101: „ipso anno et IV aliis a carne et vino et omni cocto se abstineat, exceptis diebus festivis atque dominicis ... aliis vero duobus, tribus tantum diebus, i. e. IIa, IIIa et VI feria supradictis cibis ieiunet"; vgl. weiter Mainz 851 cit. c. 11, und namentlich Tribur 895 c. 56—58, M. 18, 156, wonach in den späteren Stadien das Fasten im Jahr auf mehrere Quadragesimen und in der Woche auf 3 Tage beschränkt wird; weniger durchgebildet ist die Abstufung c. 17 (Nicol. I.) C. XII., qu. 2; sie fehlt Worms 868 c. 26. 36, M. 15, 876; Benedikt. III., Ztschr. f. K. R. 20, 100; c. 15 (Nicol. I.) C. XXXIII. qu. 2. Während der späteren Stadien des Fastens ist auch eine Erleichterung für die 3 Tage durch Zahlung von Geld oder Speisung von 3 Armen gestattet, Tribur cit. c. 56. 57. Nach cap. eccl. 810/813 c. 12, Bor. 1, 179, hat der Priester oder Laie, welcher den Büsser zum Weintrinken oder Fleischessen einladet, 1 oder 2 Denare iuxta qualitatem poenitentiae zu zahlen.

[9] Mainz 851 c. 11, S. 39 n. 10.

[10] Mainz 847 c. 25, M. 14, 910: „qui olim dixerunt se fuisse sacerdotes et postea degradati pro peccatis poenitentiam agendo suffragia sanctorum per loca transeuntes quaesierunt"; s. auch S. 88 n. 3.

[11] Bd. IV. S. 715. 722.

[12] S. o. S. 88. 89; denn die Exkommunikation scheidet den davon Betroffenen nicht mehr von der Kirche ab, S. 9.

[13] Bd. IV. S. 722.

Busszeit[1], nach anderen aber nur in den ersten Stadien der Busse, also während eines bestimmten Zeitraums, von dem Betreten der Kirche ausgeschlossen[2], und hat während des Gottesdienstes vor der Kirchthür zu stehen[3]. Zugleich soll er sich beim Beginn der Busse für eine kürzere Zeit von jedem gewöhnlichen Verkehr mit den übrigen Gläubigen und selbst von dem mit anderen öffentlichen Büssern fernhalten[4].

Unter allen Umständen ist er ferner von dem Recht zum Empfang des Abendmahls und der letzten Ölung[5], nach einzelnen Vorschriften auch von dem Recht zur Pathenschaft bei der Taufe und der Firmelung[6] suspendirt, und zwar dauert die Suspension von der Theilnahme am Abendmahl bald für die ganze Busszeit[7], bald nur für einen bestimmten Zeitraum während derselben[8]. Schon vor der Wieder-

[1] Mainz 851 c. 11 cit. (bei Tödtung), nach reg. Chrodeg. cit. c. 15 bei allen schweren Vergehen.

[2] Nach Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II., M. 13, 1012 (Tödtung) 40 Tage, c. 15 (Nic. I.) C. XXXII. qu. 2 (Muttermord) 1 Jahr, Tribur 895 c. 56 cit. (Tödtung) 40 Tage und 1 Jahr, c. 17 (Nicol. I.) C. XII. qu. 2 (Verunglimpfung des Chrismas und der h. Gefässe) 2 Jahre, Bened. III., a. a. O. S. 100 (Vatermord) 5 Jahre, Worms 868 c. 26, M. 15, 874 (Tödtung eines Priesters) 5 Jahre.

[3] Chrodeg. reg. c. 15 cit.; Theodulf v. Orleans cap. II cit., S. 94 n. 9; Bened. III. l. c. p. 100; c. 17 C. XII qu. 2; c. 15 C. XXXIII qu. 2; Worms 868 c. 26 cit: „ecclesiam per quinquennii tempus non ingrediatur, sed cum sacrarum orationum officia aut missarum solemnia celebrantur, ante fores basilicae perseveret, orans et deprecans deum, ut tanto crimine abluatur" (wiederholt Mainz 888 c. 16, M. 18, 68) s. auch Worms cit. c. 30. Darin besteht eine gewisse Verwandtschaft mit der alten Stufe der flentes, Bd. IV. S. 716. 717; aber die rechtliche Bedeutung dieser Maassregel ist eine völlig andere. Sie ist jetzt der Beginn der Bussleistung, die nöthigenfalls erzwungen wird, nicht Ausdruck des freiwillig durch Reue bethätigten und zu bethätigenden Wunsches der Wiederzulassung zur Kirchengemeinschaft. Übrigens wird das Stehen vor der Kirche während des Gottesdienstes nicht stets vorgeschrieben, so nicht Mainz 847 c. 24, M. 14, 910; Mainz 851 c. 11 cit., Tribur 895 c. 55 cit., Benedikt III. l. c. p. 101; Nantes Ende d. 9. Jahrh. c. 17, M. 18, 171.

[4] Tribur 895 c. 55 cit.: „Nullam communionem illis XL diebus (s. vor. Anm.) cum aliis christianis nec cum alio habeat poenitente in cibo vel potu aut illis rebus." In Betreff der Busse Ludov. d. F. erzählen die ann. Bertin. 833, SS. 1, 427: „liminibus ecclesiae pepulerunt, ita ut nullus loqui cum eo auderet nisi illi, qui ad hoc fuerant deputati . . . sub eadem excommunicatione" (vgl. auch Simson a. a. O. S. 74). Es wurde also der Büsser dadurch dem Exkommunicirten, wenigstens für die Anfangszeit der Busse, rechtlich gleichgestellt. Daher ist in c. 17 C. XII qu. 2 cit. „cum ad poenitenciam reverti acceleraverint, uno anno extra ecclesiam dei consistere . . secundo vero anno ante fores ecclesiae maneant" mit der Anordnung über das erste Jahr offenbar dasselbe gemeint.

[5] Conv. Ticin. 850 c. 8 LL. 1, 397: „quia si is, qui infirmatur, publicae poenitencie mancipatus sit, non potest huius misterii (der letzten Ölung) consequi medicinam, nisi prius reconciliatione percepta, communionem corporis et sanguinis Christi meruerit, cui enim reliqua sacramenta interdicta sunt, hoc uno nulla ratione uti conceditur". Da in dieser Zeit die Zahl der Sakramente noch nicht feststand, Hahn Lehre v. d. Sakramenten, Breslau 1864. S. 87 ff., so bleibt die Tragweite dieser Vorschrift zweifelhaft. Vielfach rechnete man damals zu den Sakramenten das Abendmahl, die Taufe und die Firmung. Abgesehen von der ausdrücklich erwähnten Krankensalbung und der Busse konnten noch die Ehe (darüber s. nachher im Text) und die Ordination (s. Bd. I. S. 39) in Betracht kommen.

[6] Rudolf v. Bourges u. 850, M. 14, 954: „Qui vero in publica poenitentia sunt constituti aut criminali peccato tenentur obnoxii, neminem a lavacro fontis suscipere neque eorum episcopo ad confirmationem tenere praesumant usquequo poenitentia peracta satisfactionem condignam percipere mereantur". Die in der vor. Anm. angeführte Stelle kann dies mindestens ebenfalls bestimmen wollen.

[7] Das ist der Fall, wenn ihm während dieser ganzen Zeit der Besuch der Kirche verschlossen bleibt, Anm. 1 u. 2; vgl. ferner Tribur 895 cit. c. 58. Eine frühere Stelle ist Gregor III. ad Bonifat. u. 732, Jaffé mon. Mogunt. p. 93: „qui patrem, matrem, fratrem aut sororem occiderint, ut toto vitae suae tempore corpus non suscipiat dominicum, nisi sui temporis exitu pro viatico. Abstineat enim se a carnis commestione et potu vini, donec advixerit, ieiunet IIam et IVam et VIam ferias".

[8] Theodulf v. Orleans schliesst z. B. beim Morde auf 5 Jahre: a communione orationum, dann nach Zulassung zu derselben noch auf 14 Jahr vom Abendmahl und von der Darbringung der Oblationen, bei fahrlässiger Tödtung auf 2 Jahr von der ersteren, und auf 2 Jahre von den Oblationen, und noch ein weiteres Jahr, also auf 5 Jahr, vom Abendmahl aus, M. 13, 1012; Worms 868 c. 26 cit. beim Morde eines Priesters auf 10 Jahre, von welchen der Büsser die letzten 5 Jahre nicht mehr ausserhalb der Kirche verbringt, „ingrediatur ecclesiam, nondum vero communicet, sed inter audientes tantummodo

erlangung der gedachten Befugniss darf aber der Büsser (nach Ablauf der S. 96 n. 2 u. 3 gedachten Zeit) in der Kirche dem Gottesdienst beiwohnen [1], hat indessen mitunter, wenn er wieder zum Abendmahl zugelassen ist, noch für kürzere oder längere Zeiten bestimmte Fasten einzuhalten [2].

Der Büsser soll weiter neben der Leistung der Busswerke auf gewisse Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten des Lebens verzichten [3], ferner auch die Waffen ablegen [4] und sich der Beiwohnung seiner Frau enthalten [5]. Indessen hat sich hinsichtlich des letzteren Verbots in der fränkischen Kirche schon seit der karolingischen Zeit eine mildere Richtung geltend gemacht, welche die Enthaltsamkeit nur für eine bestimmte Zeitdauer während der Busse verlangte [6], ja man ging sogar so weit, in manchen Fällen die Trennung der Ehegatten nicht mehr zu fordern [7].

Endlich hat man auch den Büsser während der Dauer der Busse, aber nur während dieser Zeit, von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausgeschlossen [8]. In Folge dieser mildernden Tendenz ist im Verlaufe des 9. Jahrhunderts die frühere Unfähigkeit des Büssers, selbst nach vollendeter Busse wieder Kriegsdienste zu leisten [9], und ebenso

stet vel dum facultas conceditur, sedeat" (wiederholt Mainz 888 c. 16, M. 18, 68); ebenso Benedikt III. a. a. O. S. 100 (bei Vatermord); dagegen nach Benedikt S. 101 bei Brudermord nur ein Jahr „inter audientes sine corpore et sanguine in ecclesiis dei orare"; c. 17 C. XII qu. 2 („tertio anno ecclesiam dei ingrediantur et inter audientes astent sine oblatione ... quarto ... anno ... communioni fidelium restituantur ... corpus et sanguinem domini suscipere mereantur"); nach c. 15 C. XXXIII qu. 2 soll der Muttermörder nach Ablauf eines Jahres die Kirche betreten, 3 Jahre unter den audientes beten, dann zum Abendmahl, aber erst nach 7 Jahren zur Darbringung von Oblationen zugelassen werden.

[1] Dieses Stadium wird wiederholt als das Stehen inter audientes, s. die vor. Anm., auch Nicol. I. ep. ad Rivol., J. L. n. 2852, M. 15, 388: inter auditores bezeichnet. Vgl. darüber auch unten S. 99.

[2] Benedikt III. a. a. O. S. 101; c. 17 C. XII qu. 2 cit., c. 15 C. XXXIII qu. 2; Worms 868 c. 26 cit.; selbst für die Lebensdauer, Worms cit. c. 30; Nicol. ep. n. 2852 (s. vor. Anm.).

[3] So soll er nicht reiten oder fahren, mindestens nicht die ersten Zeiten der Busse, Worms 868 c. 26. 30; Tribur 895 c. 55; Nicol. I. n. 2852, c. 15 C. XXXIII qu. 2; s. auch c. 8 ead. C. „in balneo numquam laveris, in conviviis letantium numquam te misceas". Der Anlegung einer besonderen Büsserkleidung (Bd. IV S. 722 n. 9) wird nur bei Ludw. d. Fr., LL. 1, 368. 369, gedacht; da aber auch des Stehens mit nackten Füssen vor der Thür, Tribur c. 55 cit., des Gehens ohne Schuh Nicol. I. n. 2852, des Nichttragens leinener Kleider erwähnt wird, so scheint es, dass das Bussgewand blos bei der Auferlegung der Busse und dann nur noch auf bestimmte Zeit getragen wurde, gestattet doch auch Nicol. cit. das „vestimentis secundum qualitatem temporis et aeris temperiem indui".

[4] Das that Ludov. d. Fr., s. S. 94 n. 9, vgl. weiter Mainz 847 c. 24, M. 14, 910. (c. 24 C. XVII qu. 4); syn. Papiens. 850 c. 12, B. 2, 120; Worms 868 c. 26; Tribur 895 c. 55, nur gegen Heiden wird das Waffennehmen erlaubt.

[5] In Gemässheit des älteren Rechts, Bd. IV. 722 n. 10, s. auch noch Freisen, Gesch. des kanon. Eherechts. Tübingen 1888. S. 561 ff.; vgl. Mainz 847 c. 24 cit.: „usque ad ultimum vitae tempus militiae cingulum deponat et uxorem amittat" (c. 24 C. XVII qu. 4); Mainz 851 c. 11 i. f., LL. 1, 414; auch Hinkmar v. Rheims theilt diesen Standpunkt s. Freisen S. 565.

[6] Nur während der ersten 40 Tage Mainz 851 c. 9. 11, LL. 1, 413; Tribur c. 55 cit., anscheinend nur für ein Jahr. Benedikt a. a. O. S. 101.

[7] So Nikolaus I. n. 2852 und in c. 5 C. XXX qu. 1; sowie in c. 15 C. XXXIII qu. 2 (ne forte incidat in adulterium); Worms c. 30 cit. c. 34 (c. 17 C. XXXIII qu. 2). Gegen Freisen S. 567 ist zu bemerken, dass Nikolaus I. die Fälle individuell behandelt, und sich deshalb ein fester Standpunkt desselben nicht ermitteln lässt.

[8] Conc. Ticin. 850 c. 12, LL. 1, 398: „quia hi qui sacri altaris communione privati et pro suis sceleribus reverendis aditibus exclusi poenitentiae publicae subiugati sunt, nullo militiae secularis uti cingulo nullamque reipublicae debent administrare dignitatem, quia nec popularibus conventibus eos misceri nec vacare salutionibus nec quorumlibet causas iudicare, cum sint ipsi divino addicti iuditio; domesticas autem necessitates curare non prohibentur, nisi forte propter scelerum ... enormitatem conscientiae stimulis exagitati ... ipsius privatae rei administrationem implere nequiverint" bezieht sich nicht (so Simson a. a. O. S. 73 n. 4) auf die ganze Lebenszeit. So sagt auch Benedikt III. a. a. O. S. 101: „armis assumptis incedat propriaque ei liceat possidere bona, quibus elemosine subsidia indigentibus fratribus largiatur".

[9] Mainz 847 c. cit. 20 u. 24 s. Anm. 5; exauctor. Ludov. Pii 833, LL. 1, 368: „ut post tantam talemque poenitentiam nemo ultra ad saecularem militiam redeat (bei welchem es darauf abgesehen war, ihn an der Thronbesteigung zu hindern); Mainz 851 c. 11, LL. 1, 414 (Verurtheilung eines Frauenmörders): „et deposito militari cingulo omni tempore vitae absque coniugio permaneat" vgl. auch Bened. II. 339, geben

das nach älterem Recht [1] durch die Busse für immer begründete Hinderniss, eine Ehe einzugehen [2], fortgefallen [3].

Dagegen waren die öffentlichen Büsser insofern privilegirt, als ihre Tödtung mit dem 3fachen Königsbann geahndet wurde [4].

Während sie für die Dauer ihrer Busszeit der Aufsicht und Überwachung der Priester unterstanden [5], war abgesehen von Nothfällen der Bischof allein befugt, ihnen die Rekonziliation zu ertheilen [6], sei es nach Ablauf der ein für alle Mal festgesetzten, sei es nach dem der arbiträr bemessenen Zeit [7], sofern die Busse nicht etwa eine lebenslängliche war [8]. Immerhin stand es auch in seiner Hand, dem Büsser, falls er seine Reue und Besserung durch eifrige Verrichtung der Busse an den Tag gelegt hatte, die Rekonziliation früher zu gewähren [9], und unter allen Umständen

noch das ältere Recht, Bd. IV S. 722 n. 10 a. E. wieder, dagegen schliessen Benedikt III. a. a. O. 101; Worms 868 c. 26. 30 cit.; Tribur 895 c. 56 das Waffenführen höchstens für die Busszeit, wie denn auch Ludwig d. Fr. 834 nach seiner Rekonziliation wieder die Waffenrüstung und die königlichen Gewänder angelegt hat, annal. Bertin. SS. 1, 427, Simson 2, 90, aus, während Nikolaus I. (n. 2852) den Fall der Bekämpfung der Heiden von dem lebenslänglichen Verbot ausnimmt.

[1] Bd. IV. 722 n. 10; S. 822 n. 5; Freisen S. 561.

[2] Mainz 847 c. 20 M. 14, 908; Mainz 851 c. 11, S. 97 n. 9.

[3] So schon cap. Verm. 758 c. 1, B. 1, 40: „In tertio genuclum separantur et post penitentiam actam, si ita voluerint, licentiam habent aliis se coniungere"; dann erst Conv. Ticin. 850 c. 9, LL. 1, 398: „ut nullus publice poenitens usque ad tempus peractae penitentiae coniugium contrahere valeat et hac ratione corruptam filiam non posse coniugio copulari, quousque per publicam poenitentiam et ipsa et parentes, si forte consensisse probati fuerint, reconciliationem et sacri altaris communionem obtinere meruerint"; Worms 868 c. 30 (Vater- und Brudermord), c. 33 (c. 16 C. XXXIII qu. 1); Tribur 895 c. 41. 43. 44. 45; jedoch ist die Eheeingehung erst nach der Vollendung der Busse gestattet (anders Sdralek i. Arch. f. k. K. R. 47, 196), wie dies in fast allen Stellen ausdrücklich ausgesprochen wird. Auch Hinkmar v. Rheims Gutachten betr. d. Grafen Stephan. opp. ed. Simond 2, 666 vertritt diesen Standpunkt, s. ferner Freisen S. 565. 569. Die römische Kirche hat unter Nikolaus I. noch den alten Standpunkt festgehalten, dass im Fall des Vater-, Mutter- und Brudermordes und des Incestes (nach Leo I., Bd. IV. S. 732 n. 10 a. E.) die Ehe nur jüngeren Personen nach Ableistung der Busse zu gestatten sei, J. L. n. 2156, Ztschr. f. Rechtsgesch. 2, 472 (Ivo X. 185); c. 5 C. XXXIII qu. 2; ep. ad Arduic. Vesont. 865 c. 2. 3, J. L. n. 2787, M. 15, 461. Wenn Nikolaus I. aber ep. ad Rodulf. Bitur. 864, J. L. n. 2765, M. 15, 390 sagt: „De his vero qui pro criminibus poenitentiam gerunt et ad cingulum militiae revertuntur, constat eos contra sacras regulas agere. Verum quia crimina non sunt aequalia ... tibi hoc committimus decernendum, nimirum qui loca et tempus regionis illius modumque culpae nec non et poenitentiam et gemitus hominum ad confessionem venientium, praesens positus inspicere vales", so gestattet er damit nach der Art des Vergehens und unter Berücksichtigung des Verhaltens des Büssers Milderungen zu machen, und betrachtet die früheren Normen nicht als absolute unter allen Umständen anwendbare. S. auch Freisen, S. 567.

[4] Cap. leg. add. 817. 819 c. 5, Bor. 1, 282: Qui hominem publicam poenitentiam agentem interfecerit, bannum nostram in triplo componat et wirgildum eius proximis eius persolvat".

[5] Conv. Ticin. 850 c. 7, S. 95 n. 7; Hincm. Rhem. 856 c. 1, M. 15, 491; Riculf v. Soissons 889 c. 9, M. 18, 85.

[6] Conv. Ticin. 850 c. 7, LL. 1, 397. 402: „Reconciliatio vero poenitentium iuxta antiqua canonum instituta (Bd. IV. S. 722 n. 2 bis 4) non a presbiteris, sed ab episcopis fieri debet, nisi forte quis in periculo fuerit et se reconciliari devote petierit. Si episcopus absens fuerit, debet utique presbiter episcopum consulere et sic penitentem eius praecepto reconciliare; aliter autem . . . reconciliatio ullatenus a presbiteris fieri debet"; Worms 868 c. 8, M. 15, 871. s. auch Anm. 9.

Die feierliche Rekonziliation geschah in Übereinstimmung mit der römischen Praxis (Bd. IV. S. 722 n. 2) am Gründonnerstag, Chalons 813 c. 48, M. 14, 104; Rudolf v. Bourges 850 c. 44, M. 14, 962.

[7] Dass die Rekonziliation jetzt immer am Anfang der Busszeit, nicht mehr am Ende vorgenommen worden ist, so Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 224, beruht auf einer Verwechselung der privaten mit der öffentlichen Busse.

[8] S. z. B. Mainz 852 c. 11 i. f., LL. 1, 414.

[9] Conv. Ticin. 850 c. 7, S. 95 n. 7; Hincm. Rhem. 856 c. 1, M. 15, 491; Riculf v. Soissons c. 9, M. 18, 85; ja Rom 853 c. 47, M. 14, 1014 verpflichtet sogar den Bischof in diesem Fall dazu. Ob dies auch bei einer lebenslänglich auferlegten Busse statthaft war, darüber ergeben die Quellen nichts, aber mit Rücksicht auf das älteste Recht, Bd. IV S. 719 und darauf dass Tribur 895 c. 54, M. 18, 156 die durch das Konzil v. Ancyra für Mord verlangte lebenslängliche Busse ein für alle Mal in eine zeitliche umgewandelt hat, darf die Frage wohl bejaht werden.

musste demselben im Falle der Todesgefahr das Abendmahl als Viatikum gewährt werden[1].

Mit der Rekonziliation trat der Büsser wieder in alle seine kirchlichen Rechte ein, auch dann, wenn er etwa in Gemässheit der ihm auferlegten Busse noch ferner bestimmte Fasten inne zu halten hatte[2].

Finden sich in dieser Regelung der öffentlichen Busse auch mannigfache Ähnlichkeiten mit dem älteren Recht, auf welches man ja in der karolingischen Zeit zurückgegriffen hat, so lassen sich doch die äusseren und inneren Verschiedenheiten nicht verkennen. In erster Hinsicht weisen die Abstufungen, welche durch die Beschränkung der kirchlichen Rechte hervorgerufen werden, zwar eine gewisse Analogie zu den alten morgenländischen Bussstationen[3] auf[4], aber gerade die entscheidende Stufe, die der Liegenden[5], war fortgefallen, und ihrem inneren Wesen nach stellen sich die Abstufungen nicht mehr als solche dar, welche der Büsser freiwillig zu durchlaufen hat, um die erforderliche Reue und Besserung für seine Wiederaufnahme in die Kirche zu bewähren[6], sondern es handelt sich um einen Komplex zusammengehöriger Übel, welche der Schuldige nach einander, zuerst die schwereren, später die leichteren, auf sich nehmen muss, welche also in erster Linie den Charakter von Strafen an sich tragen[7]. Wenngleich man die Erfüllung der an ihn gestellten

[1] Cap. Vern. 844 c. 5, LL. 1, 384; Conv. Ticin. 850 c. 23, LL. 1, 400. 403; Benedikt III. a. a. O. S. 100; c. 15 (Nicol. I.) C. XXIII qu. 2; Worms 868 c. 30, M. 15, 874. In diesem Falle hat man ihnen die Rekonziliation nach Hincm. 856 c. 1, M. 15, 491 vorenthalten, und sie ihnen erst bei ihrer Genesung nach vollendeter Busse ertheilt, während sie nach Riculf v. Soissons c. 9 cit. mitunter gewährt wurde, dann aber die Priester darüber zu wachen hatten, dass die Büsser die Busse wieder aufnahmen.

[2] Diese Frage muss mit Rücksicht auf die S. 96 n. 8 u. S. 97 n. 2 gedachten Fälle aufgeworfen werden. Die Bejahung derselben ist durch c. 15 (Nicol. I.) C. XXXIII qu. 2: „communioni fidelium restituantur" und durch Worms 868 c. 26, M. 15, 874 (ähnlich Mainz 888 c. 16, M. 18, 68): „Et cum decimi anni cursus fuerit finitus, communicandi ei licentia concedatur et equitandi tribuatur medela: maneat autem in reliquis observationibus et III dies per hebdomadam ieiunet, ut perfectius ad culmen purificationis pervenire mereatur" geboten, denn unter der Zulassung zum Abendmahl kann nur die Rekonziliation verstanden werden (vgl. auch Morinus l. c. IX c. 16, p. 662). Ferner ist es kaum wahrscheinlich, dass man bei lebenslänglich auferlegtem Fasten (S. 97 n. 2) die erstere bis zum Tode hinausgeschoben hätte. Überdies mussten auch in dem in der vor. Anm. erwähnten Fall gewisse Bussleistungen selbst nach der Rekonziliation fortgesetzt werden. Zweifelhafter bleibt die Antwort für den Fall, dass der Büsser früher zum Abendmahl, als zu der Darbringung der Oblationen zugelassen wurde, S. 96 n. 8 a. E.

Wegen des Wiedereintritts in die anderen Rechte, S. 97, gilt wohl ebenfalls dasselbe, sofern nicht in einzelnen Fällen die Zeit vom Bischof verlängert wurde, so sagt Worms 868 c. 30, M. 15, 874 nachdem es bei der Tödtung die Zulassung zum Abendmahl nach 2jähriger Busse angeordnet hat: „Abstineant a vino, medone atque cerevisia mellita III dies per hebdomadem. Arma gerere non audeant vel sumere, nisi contra paganos. Et ubicumque ire maluerint, nullo vehiculo deducantur, sed pedestri more profisisci studeant. Tempus autem huius poenitentiae in episcoporum ponimus arbitrio, ut secundum conversationem illorum aut extendere vel minuere valeant".

[3] Bd. IV. S. 716 ff.

[4] So das vor der Thüre Stehen, wie schon S. 96 n. 3 bemerkt, mit der Station der flentes, das Stehen unter den audientes oder auditores mit der Stufe der consistentes (nicht der alten der audientes, wie Binterim V. 3, 18 annimmt, denn sie brauchten sich nicht, wie diese, bei dem eucharistischen Gottesdienste aus der Kirche zu entfernen). Nur Theodulf v. Orleans cap. II. M. 13, 1012 schiebt nach dem 40tägigen Stehen vor der Thür ein: „a communione orationum quinquennio removeatur, post quinquennium tantum in orationum communionem recipiatur, non offerat, non corpus domini attingat", also eine der der audientes und substrati entsprechende Stufe ein, indem er sich an die alten Kanonas enger anschliesst. Fremd ist dagegen der alten Praxis die Trennung der Befugniss zu kommuniciren und des Rechtes, Oblationen darzubringen, S. 96 n. 8 und weiter die Fortsetzung gewisser Busswerke, namentlich des Fastens nach der Rekonziliation; s. Anm. 2.

[5] Bd. IV. S. 718. 719.

[6] Bd. IV. S. 715. 718. 719.

[7] Bd. IV. S. 820 und o. S. 88. 89. Das ergiebt sich namentlich daraus, dass der Büsser selbst nach der Rekonziliation noch einzelne, leichtere Busswerke, mitunter sogar für die ganze Dauer seines Lebens zu leisten hat, s. Anm. 1.

Anforderungen zugleich als Zeichen und als Bethätigung der Besserung auffasste[1], und ihn schliesslich zur vollen Ausübung seiner aktiven kirchlichen Mitgliedschaftsrechte wieder zuliess, so zeigt sich die Änderung vor Allem darin, dass der öffentliche Büsser, während er sich in der älteren Zeit dem Zweck der Busse gemäss in jeder Beziehung der Abtödtung unterwerfen soll[2], jetzt blos die einzelnen, ihm vorgeschriebenen Busswerke zu verrichten hat. So wird insbesondere von ihm nicht mehr ein beständiges Fasten gefordert, vielmehr ein solches abgesehen davon, dass im Verlaufe der Busse gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Speisen eintreten[3], nur für bestimmte Perioden (die s. g. *quadragesimae*[4] oder auch *carinae*[5]) und für bestimmte Wochentage (die s. g. *feriae legitimae*[6]) beansprucht, ferner im Übrigen statt der allgemeinen Abtödtung blos eine gewisse Enthaltung von einzelnen Genüssen und Annehmlichkeiten des Lebens verlangt[7], ja auch endlich die Ablösung einzelner Busswerke durch Geld gestattet[8].

Die öffentliche Busse, welche man, wie die vorstehenden Ausführungen ergeben, im 9. Jahrhundert wieder zu beleben versucht hat, erscheint demnach als Zwangsbusse, welche für schwere Sünden, d. h. schwere kirchliche Vergehen, wenn sie öffentlich bekannt geworden waren, übernommen werden musste[9], und da man andererseits bei diesen zunächst die Zwangsbusse als Strafe statt der Exkommunikation eintreten liess[10], so ist die öffentliche Busse jetzt die Ersatzstrafe für die letztere geworden[11].

Im Zusammenhang mit dieser Verwendung der öffentlichen Busse als Strafmittel an Stelle der Exkommunikation steht es, dass man jetzt auch die Geistlichen[12]

[1] Denn immerhin zielte die ganze Gestaltung der Busse, wie früher, Bd. IV. S. 820 noch auf Aussöhnung des Schuldigen mit der Kirche ab, und es wurde diese dem eifrigen Büsser früher als dem lässigen ermöglicht, s. S. 98.

[2] Bd. IV. S. 719.

[3] S. die Nachweisungen S. 95 n. 8.

[4] D. h. für einen zusammenhängenden Zeitraum von 40 Tagen. Die Quadragesimae mussten vielfach dreimal im Jahr vor Ostern und Weihnachten, sowie nach Pfingsten gehalten werden, s. Mainz 851 c. 9. 11 und Tribur 895 c. 56 ff., S. 95 n. 8. Wenn Schmitz S. 151 die Synode v. Diedenhofen als das älteste Zeugniss für die Quadragesimal-Fasten betrachtet, so sind die Kanonen derselben, welche auf Verläumdung, Beleidigung, Verwundung u. s. w. von Geistlichen Bussen von 5—10 quadragesimae festsetzen, Boret. 1, 361 eine frühestens dem Ende des 9. Jahrh. angehörige Fälschung, ibid. p. 359.

[5] Poenit. Pseudo-Theodor. c. 1 (unten S. 103 n. 6) Wasserschleben, Bussordnungen S. 568. Erst in den folgenden Jahrhunderten kommt diese Bezeichnung häufiger vor.

[6] S. S. 95 n. 8. Die Tage waren Montag, Mittwoch und Freitag, s. Gregor III., S. 96 n. 7 a. E.; Benedict. III. a. a. O. und Konstantinopel 869 act. 9, Bd. IV. S. 721 Anm. v. S. 720.

Die Sitte, während bestimmter Quadragesimä und an den feriae legitimae zu fasten, stammt aus den Klöstern, und das letztere findet sich auch bei den sog. Stationsfasten, Binterim V. 3. 136 u. V. 2, 112 ff.; Schmitz S. 150.

Wenn Binterim V. 2, 133 u. Schmitz a. a. O. diese Fasten und die sonst noch vorkommenden Busswerke als Busssurrogate bezeichnen, so ist das schief, denn es handelt sich dabei um eine Umbildung der Bussdisciplin.

[7] S. wegen des Nichtfahrens und Reitens, des Verbotes Waffen zu tragen, der Enthaltung vom ehelichen Umgange und des Ausschlusses von der Ehe s. S. 97.

[8] Tribur 895 c. 56. 57, S. 95 n. 8. Dies ist aber die einzige Stelle, welche sich dafür nachweisen lässt. Bei der öffentlichen Busse und im Frankenreiche hat man sie also gegenüber der Entwicklung in England, Bd. IV. S. 827, nur in sehr beschränktem Maasse zugelassen, s. auch Schmitz S. 147.

[9] S. o. S. 92.

[10] S. 88. 89.

[11] Das folgt schon aus der Kombination der zu Anm. 9 n. 10 gedachten Sätze und wird dadurch bestätigt, dass eine Anzahl hierher gehöriger Stellen die in ihnen angedrohte Busse ausdrücklich als öffentliche bezeichnen, s. o. S. 87 ff.

[12] reg. Chrodegang. c. 15 cit., S. 94 n. 5 u. S. 95 n. 2; Theodulf v. Orleans cap. II., M. 13, 1015: „Adulterium, si quis presbyter perpetraverit sive palatum et publice cognitum, ab ordine sacerdotali cessabit et publica poenitentia X annorum purgabitur . . . Fornicationem si perpetraverit, eodem modo purgabitur VII annis. Si vero sodomitice, i. e. cum masculo collapsus sit, eodem modo XV annis expiabitur. Similis forma et de diaconis et de his qui in sacris ordinibus constituti sunt, observanda, ita vid. ut diaconus VII annis poeniteat pro adulterio, pro

und die Ordensleute[1] derselben unterwarf und unterwerfen konnte, denn das Wesen der öffentlichen Busse wurde jetzt in die öffentliche Demüthigung, in ihren Zwangscharakter und in die stufenweise Zulassung zu den kirchlichen Rechten gesetzt, andererseit aber in ersterer Hinsicht keineswegs eine Bussleistung in voller Öffentlichkeit vor Laien[2] erfordert, vielmehr schon die öffentliche Übernahme und Demüthigung vor dem Kreise, welchem der Schuldige angehörte[3], oder welchem er, wie der degradirte Geistliche, zur Ableistung der Busse überwiesen wurde, für genügend erachtet. Diese beschränkte Öffentlichkeit entsprach allerdings nicht dem Wesen der alten Kirche, aber wenn man sich in der damaligen Zeit bestrebte, die öffentliche Busse wieder zu beleben und sie als Zwangsbusse statt oder neben anderen Strafen auch gegen Geistliche und Ordensleute anzuwenden, so war eine Modifikation derselben schon an sich durch die Pflicht der letzteren und der Kanoniker zum gemeinsamem Leben im Kloster bedingt, und da man die übrigen Geistlichen ebenfalls schon längst zur Ableistung der ihnen auferlegten Busse in die Klöster oder bischöflichen Gefängnisse eingeschlossen hatte[4], so ergab sich auch für diese von selbst eine Beschränkung der Öffentlichkeit. Oder mit anderen Worten: man ist auf diese Weise dahin gelangt, die im Kloster oder im Gefängniss abgeleistete Zwangsbusse, bei welcher die kirch-

fornicatione vero V annis, pro sodomitico X annis, pro adulterio V annis, pro fornicatione annis III, pro sodomitico VII annis. Secundum praefixos gradus usque ad ultimum gradum ecclesiasticum observantia talis habeatur"; Stellen, welche Schmitz Bussbücher S. 138 ff. völlig unbeachtet gelassen hat. Wenn Paris 829 I. c. 35, S. 85 n. 6 deponirte Priester der poenitentia canonica, Chalons 813 c. 36, S. 86 n. 1, Bischöfe und Äbte der poenitentia canonica sive regularis unterworfen wissen wollen, so kann unter der kanonischen Busse nur die in Gemässheit der Kanones zu leistende, also die öffentliche verstanden werden. Das ergeben die auf die canones hinweisenden Stellen dieser Zeit, S. 92 n. 6 u. S. 93 n. 1. Freilich hält Schmitz, S. 62 die Identificirung von kanonischer und öffentlicher Busse für verwirrend, indem er der öffentlichen die geheime und der privaten die kontrolirte und beaufsichtigte Busse gegenübersetzt, und zu dem Resultat kommt, dass es in der hier fraglichen Periode eine kanonische Busse gegeben habe, welche entweder öffentlich oder geheim, privatim oder unter Kontrole geleistet worden sei. Ganz abgesehen, dass diese von vornherein eigenthümlich erscheinende Auffassung, nach welcher schliesslich nur eine freiwillig übernommene, unkontrolirte, im Geheimen und ohne Mitwirkung des Priesters geleistete Busse keine kanonische sein würde, nicht durch die Quellen belegt und erwiesen ist, so kann die kanonische Busse immer nur eine in Gemässheit der älteren canones auferlegte sein, was auch Schmitz S. 88 selbst zugiebt. Die Busse, welche diese kennen, ist aber die öffentliche, keine geheime, Bd. IV. S. 696. 715. 721. 822, also die geheime auch keine kanonische. Nun ist es allerdings richtig, dass man in der karolingischen Zeit die Priester darauf hingewiesen hat, bei der Auferlegung der Privatbusse sich statt an die Beichtbücher an die canones zu halten (mehr sagt „ein Capitulare des 9. Jahrhunderts cap. lib. 5. c. 52", so Schmitz S. 116, in Wahrheit Bened. Lev. I. 116, nicht, welches den Ausdruck: canonica poenitentia nicht aufweist), aber daraus folgt noch nicht, dass diese Busse auch eine kanonische im eigentlichen und im Sinne der alten canones gewesen wäre.

[1] Chalons 813 c. 36 cit., Rom 853 add. zu c. 32, S. 86 n. 1 (publica poenitentia). Paris 829 I. 43, S. 85 n. 11 (poenitentia canonica).

[2] S. S. 94. 95.

[3] Das zeigt nicht nur Chalons 813 c. 36 cit., welches die poenitentia canonica und die regularis gleichstellt, sondern namentlich Douci 874 c. 7, M. 17, 293. Danach soll die Nonne Duda, welche eines Complottes, sich der Äbtissin-Stelle zu bemächtigen, und des vertrauten Umgangs mit einem Priester beschuldigt ist, gegeisselt werden, und wenn sie trotzdem verstockt bleiben würde, „et quia ss. canones huiusmodi poenitentia publica iubeat mulctari, secundum cap. 25 regulae (d. h. Benedikts, Migne 66, 507), quod sententiae Pauli apostoli et canonum diffinitioni concordat, iudicium pro gravi culpa suscipiat. In quo iudicio III annis immoretur et abbatissa sollicitudinem de illius poenitentia et consolatione sec. cap. 27 regulae (l. c. p. 515) diligenter adhibeat. Et alios III annos sec. cap. reg. 49 (offenbar c. 44 p. 583) sororibus in oratione communicet, non tamen in choro cum sororibus, sed retro ostium stans vel orans, secundum canones sacros, sive in loco constituto sibi a matre monasterii, ut ab omnibus possit videri ... Septimum vero annum, sec. cap. 29 reg. (p. 525), in ultimo loco degens in oblatione sororibus secundum canones ss. communicet. Et post VII annos communionem corporis et sanguinis Christi, si poenituerit digne, percipiat, de cetero usque ad ultimum vitae suae finem permanens in omni regulari subiectione".

[4] Bd. IV. S. 817, 821, ferner o. S. 82. 83. 85.

lichen Rechte erst in bestimmter Reihenfolge wieder ertheilt wurden, der alten unbeschränkt öffentlichen Busse als gleichwerthig zu behandeln[1], und konnte daher an der längst hergebrachten Praxis der Verweisung strafbarer Geistlichen in die Klöster festhalten, wodurch sie während ihrer Busse den Augen der Laien entzogen wurden[2]. Selbstverständlich ist es, dass trotzdem nicht jede Busse, welche dem Kleriker auferlegt wurde, eine solche öffentliche oder ihr gleichstehende Zwangsbusse war, sondern dass diese allein bei schwereren Vergehen, also neben der Deposition oder statt der Exkommunikation oder zur Beseitigung derselben verhängt wurde[3], dass es aber im übrigen für die leichteren Fälle bei der früheren blossen einfachen und geheimen Zwangsbusse[4] verblieb[5].

Wie sich in Folge der gegen die älteren Pönitentialien hervorgetretenen Opposition die Praxis bei der Handhabung der Privatbusse des Näheren gestaltet hat, darüber fehlt es an hinreichenden Nachrichten. Es wird zwar wiederholt in den aus diesen Kreisen hervorgegangenen Anordnungen und Pönitentialien darauf hingewiesen, dass die alten, die öffentlichen Busse voraussetzenden Kanones auch für die Privatbusse der Laien und Geistlichen massgebend sein sollen[6], und wenngleich diese unbedingt für eine Reihe dabei in Frage kommender Busswerke, wie Fasten, Gebete und Almosen, welche jetzt auch für die öffentliche Busse vorgeschrieben worden sind[7], sowie für die Zeit der Busse, ohne Schwierigkeit angewendet werden konnten, so blieb doch die Frage immer eine offene, in wie weit derjenige, welcher freiwillig eine Sünde gebeichtet und die Privatbusse auf sich genommen hat, von der Ausübung seiner kirchlichen Mitgliedschaftsrechte ausgeschlossen war. Für die Geistlichen führte die Privatbusse keine Schmälerung ihrer Amtsrechte herbei, vielmehr blieb es ihnen überlassen, sich der Ausübung derselben zu enthalten oder auf ihr Amt zu verzichten[8]. Demnach liegt in Betreff der Laien die Annahme nahe,

[1] Diese Auffassung tritt deutlich in Douci 874 c. 7, s. S. 101 n. 3, hervor, wo die vorgeschriebene Bussleistung nicht direkt als poenitentia publica bezeichnet, sondern nur als eine dieser entsprechende hingestellt wird.

[2] Hieraus ergiebt sich zugleich, dass in der karolingischen Zeit von einem Verbot, die Geistlichen der öffentlichen Busse zu unterwerfen, keine Rede sein konnte, wennschon jetzt die derselben unterstehenden Kleriker nicht mehr wie früher, Bd. IV. S. 740, in allen Fällen der Exkommunikation unterlagen. Allerdings sagt c. 5 Dist. LXXXII., welches für das Vergehen der Fornikation eines Priesters 10 Jahr Busse vorschreibt und zwar zunächst 3 Monate Absonderung von den anderen (möglicher Weise im Haftlokal): „finitis tribus mensibus continuis exeat (aus dem Carcer), tamen in publicum non procedat, ne grex fidelis in eo scandalum patiatur: nec enim debet sacerdos publice penitere, sicut laicus"; aber einmal kann dies dahin aufgefasst werden, dass der Priester die Busse nicht in unbeschränkter Öffentlichkeit wie der Laie (jedoch immer die bei Geistlichen übliche öffentliche Busse, s. o. S. 101) leisten soll, weiter gehört auch die Stelle, als deren Quelle fälschlich das Concil v. Gangra bezeichnet wird, jedenfalls einer Privatarbeit, vielleicht einer Bussanweisung an und fällt frühestens in die zweite Hälfte des 9. Jahrhunderts, denn sie citirt zweimal Pseudo-Isidor, Clem. c. 46 u. Calixt. c. 19. 20, Hinschius p. 48. 141 (c. 19 Dist. LXXXI. u. c. 14 Dist. L).

[3] Dieses Princip ergeben die vorher angezogenen Stellen, s. auch Chrodeg. reg. c. 15.

[4] Bd. IV. S. 817. 818.

[5] S. z. B. Rouen S. 85 n. 13.

[6] So sagt Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II., M. 13, 1012, nachdem er die öffentliche Busse wegen Mordes angegeben hat: „Si autem occultum sit, occulte similiter agat, sicut superius insertum est", und in Betreff des des Ehebruchs schuldigen Priesters ibid. p. 1015, S. 100 n. 12 (nach den Worten purgabitur): „Quod si occulte hoc fecerit et occulte ad confessionem venerit, occulte ei poenitentia imponatur. Relinquatur autem in suo arbitrio, utrum cessare debeat ab illo ministerio, an permanens possit dignam satisfactionem domino exinde facere. Quod si ille se lacrymis et orationibus devotissime quotidie lavaverit et eleemosynarum exhibitione peccata sua extinguere curaverit, si occultum est, potuerit occulte in suo permanens gradu agere poenitentiam".

[7] S. o. S. 95.

[8] S. Theodulf v. Orleans s. Anm. 6; Hrabani Mauri lib. poenitent. c. 1, Migne 112, 1399: „Qui autem de praedictis viris (d. h. Geistliche) per occultam confessionem mala a se absconse commissa coram oculis dei praesente etiam sacer-

dass diese ebensowenig von rechtswegen an ihren kirchlichen Befugnissen eine Einbusse erlitten haben[1], und dass ihnen der Priester nur anheimstellen konnte, sich zeitweise von der Kirche und namentlich vom Abendmahl fernzuhalten[2]. Allerdings erwähnen die dieser Periode angehörigen Beichtbücher im Zusammenhang mit ihren Busssatzungen der Ausschliessung vom Abendmahl in viel weiterem Umfange als die älteren, aber einmal geben sie Vorschriften wieder, welche der mit der öffentlichen Busse unbekannten britischen Kirche[3] angehören[4], ferner weisen sie solche ältere Kanonen der morgenländischen Synoden auf, welche die öffentliche Busse als Mittel der Beseitigung der Exkommunikation voraussetzen[5], und endlich enthalten sie eine Reihe von Vorschriften, welche für die öffentliche und die private, also sowohl für die Zwangsbusse wie auch für die auf Grund der freiwilligen Beichte übernommene Privatbusse als Anweisungen dienen sollten, und daher die bei der ersteren eintretende Rechtsminderung der Stellung des Büssers berücksichtigen mussten[6]. Es lässt sich also aus diesen Bestimmungen keineswegs die Annahme begründen, dass auch die auf Grund des geheimen Sündenbekenntnisses vor dem Priester übernommene Privat-

dote qui eis indicturus est poenitentiam confitentur et semetipsos graviter deliquisse accusant, si veraciter poenituerint et se per ieiunia et eleemosynas, vigilias atque sacras orationes cum lacrymis purgare certaverint, eis etiam gradu servato spes veniae de misericordia dei permittenda est"; p. 1400: „De his autem, quorum occulta peccata sunt, nec manifeste ab aliquo argui possunt, si salubriter compuncti pro peccatis suis confessionem episcopo sive presbytero occulte faciunt, bonum mihi videtur, ut secundum id quod sibi decretum fuerit ab episcopo sive presbytero, poenitentiam agant . . . ferventer et sollicite ac sic se veniam a domino percepturos et gradum se recuperatores confidant (wiederholt im Poenitentiale ad Herib. c. 10, Migne 110, 474. 476).

[1] Darauf lassen schliessen Rhabanus Maurus de cler. inst. II. 30 und Rudolf v. Bourges u. 850 c. 44, S. 93 n. 1; denn das Stehen an der Thür der Kirche, das Zurücktreten hinter den übrigen Gläubigen und das Nichtempfangen des Abendmahls, s. S. 95. 96, konnte doch unmöglich der Gemeinde verborgen bleiben. Dem hat auch die frühere Praxis entsprochen, Bd. IV. S. 827. 828. Ferner soll nach den dem 9. Jahrh. angehörigen s. g. statuta Bonifacii c. 31, M. 12, 386 der Priester den Beichtenden gleich nach der Beichte rekonziliiren (S. 90 n. 2).

[2] Vgl. auch Mainz 851 c. 13; LL. 1, 414: „Si autem manifestis indiciis non potest probari, eum homicidam esse nec ipse vult confiteri, omnipotentis dei iudicio . . . reservetur eique tamen indicetur, quod communione ecclesiastica indignus sit, donec perpetratum crimen per confessionem et poenitentiam condignam ab hoc crimine se absolvere potest".

[3] Bd. IV. S. 824. 825.

[4] So reproduziren z. B. die XXXV cap. c. 33 § 2 (nach Wasserschleben S. 68 dem 8. Jahrh., nach Schmitz S. 608 dem Anfang des 9. angehörig) Theodor I. 12. §. 3.

[5] Z. B. beruht Valicell. I. c. 77, Schm. S. 301 auf Ancyra c. 8; c. 78 ibid. auf c. 9 dess. Konz.; Poenit. Arundel (jedenfalls nicht vor 895, und nicht, wie Schm. S. 432 will, der s. g. römischen Gruppe angehörig, s. auch Meurer, Histor. Jahrb. d. Görres-Gesellschaft 1887. S 138) c. 48 auf Neucäsarea c. 2; c. 49 auf Elvira c. 12; cap. XXXV c. 8. § 2 auf Ancyra c. 16.

[6] Wenn cap. XXXV c. 1 § 1 u. c. 7 §§ 1—7. 9. bei Angabe der Busse für die von Geistlichen verübte Tödtung und die von diesen begangenen Fleischesvergehen neben der Fernhaltung vom Abendmahl für verschieden bestimmte Zeiten auch die Deposition, c. 7. § 1 cit., und die Einschliessung androhen, so zeigt dies deutlich, dass es sich hier nicht bloss um die freiwillig übernommene Privatbusse, bei welcher von der Absetzung keine Rede war, handeln kann. Dasselbe gilt auch von Poenit. Pseudo-Theodori c. 1, W. S. 568 (aus dem 9. Jahrh. W. S. 18. 86. Schm. S. 513): „Si quis pro qualicumque criminali peccato diutina poenitentia fuerit puniendus, placuit quibusdam, ut tam diu ab ingressu aecclesiae amoveatur, quamdiu poenitentiae ipsius mensura extenditur. Nonnullis etiam in locis ita observatur, ut si quis VII annorum vel VII carinarum (S. 100 n. 5) poenitentia fuerit dampnatus, primo anno vel carina se ab introitu aecclesiae abstineat . . . In orientalibus vero i. e. Germaniae Saxoniaeque partibus . . . capitalium criminum reus, v. gr. si parricida exiterit, VII annis ab ingressu domus dei alienatur" . . ., denn nach dem Wortlaut handelt es sich hier um Straf-, also Zwangsbusse, wie sie in den S. 82. 83. 85 ff. citirten Konzilien der karolingischen Zeit vorgeschrieben ist; ebenso Arundel c. 21, Schm. S. 444: „Si infans baptizatus quidem infra VII annos parentum negligentia perierit, III annis poeniteant nec tamen communionem aut ecclesiam amittant. — Quicumque unum ex his homicidiis (vorher gehen eine Reihe von Kanonen über verschiedene Arten der Tödtung) excepto hoc uno extremo fecerit, quousque poenitentia peragatur, abstineat a communione, medietate vero ab ingressu ecclesiae".

busse rechtlich mit einer Beschränkung der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte des Büssers verbunden war[1].

2. Die Zeit vom 10. bis 14. Jahrhundert. Es ist auffällig, dass in den Rechtsquellen, welche den auf die karolingische Zeit folgenden Jahrhunderten angehören, der öffentlichen Busse verhältnissmässig viel seltener erwähnt wird, als in karolingischer Zeit, nur Verbote an die Äbte und Mönche, eine solche aufzuerlegen[2] und päpstliche Bestätigungen dieses Rechtes für Kapitel und Bischöfe[3], sowie einzelne gelegentliche Erwähnungen[4] sind nachweisbar, aber keine Vorschriften, welche Näheres über die Voraussetzungen und die Gestaltungen der öffentlichen Busse ergeben[5].

Aber gerade die erstgedachten Quellen bestätigen wenigstens das weitere Vorkommen derselben. Man ist daher berechtigt, diejenigen Stellen, welche ohne nähere Bestimmung die Busse in ähnlicher Weise wie die der karolingischen Zeit angehörigen regeln, mindestens in erster Linie auf die öffentliche Busse zu beziehen.

Was zunächst die Gestaltung der letzteren betrifft, so treten nunmehr im Verhältniss zur karolingischen Zeit folgende Modifikationen ein:

1. Einmal hat sich jetzt die Anschauung festgestellt, dass der Eintritt in ein Kloster[6] die öffentliche Busse ersetzt, und daher wird die Verweisung in ein solches häufiger als früher auch bei Laien als Zwangsbusse auferlegt[7].

[1] Wenn das zum Valicell. I gehörige cap. ad reconciliandum poenitentem mit seinem Gebet, Schm. S. 342: „te supplicamus ut huic famul. tuo N. quem ad corporis et sanguinis tui communionem revocasti indulta venia ad celestem benedictionem perducas“ sich auch auf die Privatbusse bezieht, so setzt die erwähnte Rückrufung zur Gemeinschaft des Leibes und Blutes Christi doch nicht nothwendig eine rechtliche Ausschliessung vom Abendmahl voraus.

[2] Lateran. I 1123 c. 17, M. 21, 285: „Interdicimus abbatibus et monachis publicas poenitentias dare“.

[3] (Gegenüber den Eingriffen der Mönche) Gelasii II. 1118, J. L. n. 6651 für das Domkapitel in Lucca M. 21, 174: „Neque publica et maiora negotia aliqua sibi ecclesiarum ipsis invitis arripiat et publicas poenitentias tribuat“; bestätigt von Eugen III. 1150, J. L. n. 9404; Anastasius IV. 1153, n. 9758; Hadrian IV. 1155, n. 10028, v. Pflugk-Harttung acta pontif. roman. 3, 98. 125. 164, und Cölestin III. 1194, n. 17115, ibid. 3, 394: „Cathecuminos quoque aut infirmorum unctiones in populo a monachis fieri vel publicas penitencias dari sine tua vel successorum tuorum permissione vetamus“; vgl. auch die Bestätigung eines Schiedsspruchs durch Alexander III. 1168/1169, worin einem Kloster das Recht auf die publicas poenitentias abgesprochen wird, ibid. 3, 216. 217.

[4] c. 7 (Clem. III.) X de poen. V. 38 betreffend die Anfrage, ob griechischen Priestern, welche ihre Kinder im Bett absichtlich erdrückt haben, die publica poenitentia aufzuerlegen ist („et eis gravior, quam laicis, non tamen publica, nisi in publicum id veniat, poenitentia debet imponi“).

[5] Die Kanonensammlungen (Regino, Burchard und Gratian) ziehe ich absichtlich nicht heran, weil sie Kanonen der verschiedensten Zeiten und Stufen der Entwicklung wiedergeben, also für die praktische Gestaltung in der hier fraglichen Zeit allein und in massgebender Weise nicht verwerthet werden können. Ebenso wenig habe ich die von Morinus, Schmitz und anderen mitgetheilten ordines poenitentiae benutzt, weil deren Alter, namentlich in einzelnen Stücken und in einzelnen Fassungen noch nicht genügend untersucht ist, und sich auf die bisherigen Altersangaben sichere Schlüsse nicht bauen lassen.

[6] Die Verweisung in ein Kloster ist schon früher als Zwangsbusse und der Eintritt in ein solches bei der freiwillig übernommenen Privatbusse vorgekommen, Bd. IV. S. 817. 818. 826. 827, vgl. ferner c. 8 (Paulinus v. Friaul 794) C. XXXIII qu. 2 (Rath an den Mörder der Ehegattin, entweder in ein Kloster einzutreten oder die öffentliche Busse zu übernehmen).

[7] Schon Benedikt Levita II. 71 verlangt, dass beim Incest oder Vatermord der schuldige „aut monasterium petat aut si foris remanere voluerit, tempora poenitentiae secundum canones pleniter exsolvat“; vgl. ferner Hohenaltheim 916 c. 21, S. 87 n. 1 u. S. 89 n. 5, ferner c. 22. 24. 25 ibid. (S. 87 n. 1), wo alternativ Eintritt in das Kloster oder öffentliche Busse ausserhalb desselben festgesetzt wird. Da hier von einem lebenslänglichen Verbleiben im Kloster die Rede ist, so sollte der Betreffende offenbar auch als Mönch eintreten. Die Busse lag in der Übernahme des Gelübdes; s. das Gottesfriedensstatut Calixts II. zu Rheims 1119, M. 21, 237: „si solutus fuerit ab uxore, vel monachus fiat vel Hierusalem eat“; ferner Oviedo 1115 c. 2, M. 21, 132 (Sakrileg): „ita poeniteat, ut in monasterio sit monachus sub regula Benedicti aut sit eremita omnibus diebus vitae suae aut se servum subiciat servituti ecclesiae quam laesit aut summam peregrinationem arripiat omnibus diebus vitae suae“. Doch

2. Unter den früheren Busswerken, von denen vor Allem die o. S. 95 gedachten Quadragesimal-Fasten und die Fasten an den feriae legitimae noch in Übung bleiben [1], treten einzelne Busswerke [2], wie die Wallfahrten [3] und die Exilirung [4], das Tragen von eisernen Reifen oder Ketten am Halse, an den Armen und Beinen [5] mehr als früher in den Vordergrund, und es kommen auch neue, wie die Führung des Eremitenlebens [6], die Bekämpfung der Verletzer des Gottesfriedens [7] oder der Sarazenen [8], die Einschliessung auf Zeit [9], die Geisslungen [10] und die Vermögensentäusserung zu frommen Zwecken [11] in Gebrauch.

3. Die Bussredemtionen, welche noch Ende des 9. Jahrhunderts auf dem Kontinent blos in geringem Umfange gestattet waren [12], finden jetzt eine grössere Verbreitung [13], namentlich wird die Ablösung des Fastens vielfach durch Geld zugelassen,

kommt auch die blosse Verweisung in ein Kloster auf Zeit, nach Alex. II. 1061, J. L. n. 4470, M. 19, 963 bei siebenjähriger Busse auf ein Jahr (für den Brudermörder) vor.

[1] Hohenaltheim 916 c. 25 cit., Rheims 923 M. 18, 346; Mailänder Statut 1059, M. 19, 894. Sehr häufig wird der Haltung der carinae und der feriae legitimae bei Burchard v. Worms XIX c. 5 gedacht. Das Konzil v. Seligenstadt 1023 c. 17, Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 352 wendet sich gegen die Theilung der carinae, falls der Büsser nicht krank ist. Vgl. auch o. S. 100.

[2] Vgl. hierzu auch Morinus l. c. VII. c. 13 ff. p. 468 ff.

[3] Alexander II. 1066/1067, Loewenfeld epist. pontif. Roman. p. 57; Mailänder Statut 1059, M. 19, 894: „archiepiscopo promittente, quod omnes orationis causa procul ipse dirigeret, sive videl. Romam sive Turonum, ipse autem archiepiscopum profecturum se ad b. Jacobi (a Compostella) venerabilem tumulum"; auch Rheims 1119 und Oviedo 1115 c. 2, S. 104 n. 7; ferner Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440; c. 18 Later. II. 1139, M. 21, 531 (c. 32 C. XXIII. qu. 8).

[4] Auf etwa ein Vierteljahr, Alex. II. 1063, J. L. n. 4531, M. 19, 962: „a festivitate s. Martini usque ad natalem domini aut faciat carcerem ieiunans quotidie in pane et aqua aut eat exul et ieiunet tribus diebus in pane et aqua"; auf ein Jahr Urban II. 1089, Loewenfeld p. 64; auf unbestimmte Zeit Paschalis II. 1106, J. L. n. 6096, M. 20, 1031 und Lucius II. 1144, J. L. n. 8567, M. 21, 614.

[5] Gewöhnlich in Verbindung mit Wallfahrten, vita s. Wolfgang. Ratisbon. (saec. 11.) c. 41 SS. 4, 542: „Homo ... qui ob criminum multorum perpetrationem circulis ferreis in utroque brachio fuit constrictus et ex hoc gravissimis quoditie suppliciis afflictus, cum multa sanctorum loca pro eiusdem cruciatus remedio commissique sceleris abolitione perlustrasset" ..., schon die vita s. Convojonis († 868) III. 1 u. 8, Mabillon acta SS. ord. Bened. saec. IV. 2, 215. 219 berichtet von ähnlichen Fällen, welche also noch in die karolingische Zeit gehören würden.

[6] Oviedo 1115 c. 2, S. 104 n. 7.

[7] Gottesfrieden v. Auch u. 1140 M. 20, 888. 1148.

[8] c. 18 Later. II. 1139, M. 21, 531 cit.

[9] Alex. II. n. 4531 cit.; Gregor VII. 1073/1085, Loewenfeld p. 58 (Kleriker für 40 Tage bei Anfang der Busse).

[10] Lamberti ann. a. 1046, SS. 5, 154: „Dux Gotefridus . . . civitatem Verdonensem cepit, maiorem in ea ecclesiam concremavit. Sed post modicum tempus facti in tantum poenituit, ut publice se verberari faceret et capillos suos, ne tonderentur, multa pecunia redimeret, sumtus ad reaedificandam ecclesiam daret"; vgl. Binterim V. 3, 145 ff.

[11] Alex. II. J. L. n. 4470, M. 19, 963: „medietatem totius patrimonii sui pro fratris (des getödteten) animaeque suae remedio pauperibus tribuat, alteram quoque heriditatis portionem nihilominus pro eadem causa distribuens, usumfructum suae necessitati reservet".

Über die eigenthümliche Busse des Bischofs Bruno v. Trier 1106 s. o. S. 56 n. 2.

[12] S. S. 95 n. 8 u. 100.

[13] Rheims 923, M. 18, 345: „Omnibus vero his tribus quadragesimis IIa, IVa et VIa feria in pane, sale et aqua abstineant aut redimant; similiter XV diebus ante nativitatem S. Joannis Bapt. et XV diebus ante nativitatem d. Salvatoris omni quoque VI feria, nisi redemerint"; 1053 legt sich der Erzb. Wido v. Mailand, weil er die Simonie nicht ausgerottet habe, selbst eine poenitentia C annorum auf: „redemptionemque eius taxatam per unumquemque annum pecuniae quantitate praefixi"; M. 19, 893; vgl. ferner ibid. p. 899: „qui autem ieiunare facile non potest, unum ex his diebus per omnem hebdomadam redimere licentiam habet, ita ut unum psalterium meditetur aut medium cum L metanaeis (Kniebeugungen) aut unum pauperem pascat et lotis pedibus nummum porrigat"; Winchester 1076 c. 3, M. 20, 461: „Si autem percussorum vel occisorum (in magno proelio numerum) ignorat, ad arbitrium episcopi sui, quoad vivit, uno die in hebdomada poeniteat; aut si potest, vel ecclesiam faciendo vel ecclesiam largiendo perpetua eleemosyna redimat". Auch Regino II. 446. 449. 451. 452. 453. reproducirt aus den älteren Beichtbüchern (Bd. IV. S. 827 n. 6) Stellen über die Geldredemtionen, und dasselbe gilt von Burchard XIX 13. 15. 16. 20. 22. 23. Ausserdem kommen bei beiden auch noch Psalmensingen und Kniebeugungen, Regino II. 447. 452. 454, Burch. XIX. 12. 13. 18. 19. 24. 25 (vgl. dazu auch M. 19, 894 cit.; ferner Burch. XIX. 17: „Quidam dicunt XX palmatas valere pro uno die", s. g. Palmaten, d. h. Hinstrecken auf die Erde unter gleichzeitiger Be-

und seit dem Ende des 11. Jahrhunderts gilt auch die Betheiligung an den Kreuzzügen als Ersatzmittel für jede übernommene Busse[1].

4. Schon im 9. Jahrhundert[2] hatten einzelne Bischöfe sich in zweifelhaften Bussfällen an die Päpste gewendet[3], und es waren auch vielfach solche Personen, welche schwere Sünden auf sich geladen hatten, nach Rom gepilgert, um sich vom römischen Bischof Anweisung über die von ihnen zu leistende Busse zu erbitten[4]. Im 11. Jahrhundert wurde das letztere immer häufiger[5], namentlich wandten sich die Büsser vielfach nach Rom, wenn ihnen die vom Bischof auferlegte Busse zu schwer erschien, oder wenn sie hofften, von vornherein eine mildere Behandlung seitens des Papstes als seitens ihres Bischofs zu erfahren[6]. Dadurch wurde den Päpsten Gelegenheit gegeben, auf die Handhabung des Busswesens in der ganzen Kirche einzuwirken, namentlich auch in dieser Hinsicht die Stellung einer höchsten Instanz und ein Milderungs- und Begnadigungsrecht gegenüber den von den Bischöfen getroffenen Verfügungen zur Geltung zu bringen. Zwar hat sich in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts seitens einzelner Bischöfe eine Opposition gegen diese Beeinträchtigung ihrer Rechte geltend gemacht[7], aber dieselbe blieb erfolglos[8], umsomehr als ein Theil der Bischöfe, welche den Strom der nach Rom ziehenden Pilger nicht zurückzustauen vermochten, sich ihrerseits vielfach selbst in schwierigeren Fällen nach Rom wandten[9]. So konnten seit der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts die Päpste die erwähnten Rechte unbeanstandet ausüben[10], und Gregor VII. hat sich schon veranlasst

rührung des Bodens mit den Knieen und der flachen Hand, vielleicht auch mit Klopfen auf die Brust), vgl. Binterim V. 3, 152, vor.

[1] Clermont 1095 c. 2, M. 20, 816: „Quicumque pro sola devotione, non pro honoris vel pecuniae adeptione, ad liberandam ecclesiam dei Jerusalem profectus fuerit, iter illud pro omni poenitentia reputetur". Darüber, dass auch das Tragen der äusseren Zeichen des Büssens durch Geld abgelöst werden konnte, s. S. 105 n. 10.

[2] Nicht im 8. Jahrh., so M. Hausmann, Gesch. d. päpstlichen Reservatfälle. Regensburg 1868. S. 39 und Schmitz S. 155, denn die Anfragen des Bonifatius bei Gregor III. und Zacharias, Jaffé mon. Mogunt. p. 93 und p. 225 sind durch dessen Stellung zum römischen Stuhl und durch seine Mission zur Reformirung der kirchlichen Verhältnisse in Frankreich bedingt worden, Bd. I. S. 506 n. 2 u. Bd. III. S. 703. Der Papstbrief bei Ivo decr. X. 186 wird irriger Weise von Hausmann S. 43 und Schmitz S. 155 Stephan III. (768—772) zugeschrieben, während er Stephan V. (887, 888) angehört, J. L. n. 3445.

[3] c. 18 (Nicol. I.) C. XII qu. 2; Nicol. I. ep. ad. Arduic. Vesont. 865 c. 2 ff., J. E. n. 2787, M. 15, 461.

[4] Benedikt III. cit., Ztschr. f. K. R. 20, 100: „Dum de universo mundo credentium agmina catervatim confluerent ad limina bb. apost. Petri et Pauli"; Nicol. I. ad Rivold. J. E. n. 2852, M. 15, 388: „Undique etenim venientes admodum plurimi suorum facinorum proditores"; s. auch Benedikt III. a. a. O. S. 101; c. 15 (Nicol. I.) C. XXXIII. qu. 2; Stephan V. cit. (Anm. 2.).

[5] Auch Bischöfe thaten dies, s. die Absolution des B. v. Auxerre durch Johann XIX. (1024 bis 1033) J. L. n. 4102, M. 19, 419.

[6] Das ergiebt Seligenstadt 1023 c. 18, Bd. III S. 485 n. 2. Auch zu Limoges 1031, M. 19, 546 ist von einzelnen Seiten über die Auferlegung von Pönitenzen durch die Päpste geklagt worden (vgl. die folgende Anm.).

[7] Nach Seligenstadt c. 18 cit. sollen die Büsser zunächst die ihnen auferlegte Busse leisten, und erst dann mit Erlaubniss und mit einem Schreiben ihres Bischofs sich nach Rom begeben dürfen. Vgl. gegen Bd. III S. 845 n. 2 Schnüser, Pilgrim, Bischof v. Köln. Münster 1883 S. 38 ff. 102, aber für die dort vertretene Ansicht Bresslau, Konrad II. 2, 524 und Lesser, Erzb. Poppo v. Trier. Leipzig 1888 S. 62. Auch zu Limoges wird erklärt: „Nam inconsulto episcopo ab apostolico poenitentiam et absolutionem nemini accipere liceat", M. 19, 547, aber es werden doch die Rechte des Papstes in weiterem Umgange als zu Seligenstadt anerkannt; vgl. Bd. IV S. 102 n. 2.

[8] Über die schroffe Stellung, welche die römische Kurie gegenüber der Synode v. Seligenstadt eingenommen hat, s. Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 280. 281, vgl. auch Bd. III. S. 485.

[9] Limoges 1031, s. Anm. 7; s. auch ep. Sigifrid. I. Mogunt. 1066/1067, Jaffé, mon. Bamb. p. 59; Alex. II. 1065 u. 1066/1067, J. L. n. 4572. 4623, M. 19, 962. 989.

[10] Fälle, in denen der Papst den ihn angehenden Verbrechern die Busse auferlegt, Alex. II. 1063. 1062, J. L. n. 4531. 4484, M. 19, 962. 966; unter Gewährung einer leichteren Busse, 1065, Loewenfeld p. 53; Milderungen der von den Bischöfen auferlegten Bussen, Alex. II. 1062. 1066/1067, Loewenfeld p. 39. 56;

gesehen, die Anordnung zu treffen, dass bei der Kurie kein Büsser ohne Legitimation seines Bischofs angenommen werden sollte [1].

Hatte schon die Sitte, die Busswerke näher zu spezialisiren und Bussredemtionen zuzulassen [2], zu einer Beseitigung des ursprünglichen Charakters der öffentlichen Busse geführt [3], so wird die dadurch bedingte Mannigfaltigkeit der Verpflichtungen der einzelnen Büsser jetzt in Folge des päpstlichen Ergreifens in einzelnen Fällen und der individuellen Behandlung derselben noch gesteigert, und wenngleich die Päpste die früheren Kanones für die Auferlegung der Busse im Prinzip für massgebend erklären, so legen sie sich doch nicht nur selbst das Recht bei, nach Lage der besonderen Umstände Milde walten zu lassen, sondern sprechen auch den Bischöfen eine gleiche Befugniss zu [4].

Von der Herausbildung einer einheitlichen und festen Praxis, welche ohnehin durch die Verschiedenheit der als Grundlage angenommenen Kanones erschwert wurde [5], konnte daher nunmehr vollends keine Rede sein, und wenn schon in der karolingischen Zeit die Rechtsstellung der Büsser nicht mehr einheitlich geregelt war [6], so macht sich jetzt in dieser Hinsicht eine noch grössere Verschiedenheit, so namentlich hinsichtlich des Rechtes, die Kirche zu betreten, das Abendmahl zu empfangen [7], die eheliche Gemeinschaft mit der Frau fortzusetzen [8] oder eine Ehe

1061, J. L. n. 4470, M. 19, 963; Urban II. 1089, Loewenfeld p. 64.

[1] Auf der römischen Novembersynode v. 1078, Jaffé mon. Gregor. p. 331: „ut nullus penitens suscipiatur sine litteris episcopi sui, nisi forte fuerit episcopus mortuus vel excommunicatus.

[2] S. 100 u. 105.

[3] S. 100.

[4] Alex. II. 1066/1067, Loewenfeld p. 55: „Que in canonibus determinata est, penitentia est omnino observanda, sed misericordie gratia, que nulla lege concluditur, nullo temporis spatio cohercetur, non est pie penitentibus deneganda. Pastoralis itaque discretionis est uniuscuiusque contrictionem cordis et doloris affectum magis quam temporis spatium attendere et pro meritis operum fructuque penitentiae misericordiae oleum adhibere"; Alex. II. M. 19, 966 cit.: „Si quis autem episcopus vel religiosus presbyter causa pietatis aliquid sibi relaxare voluerit: hoc ei apostolica auctoritate concedimus"; vgl. auch Alex. II. M. 19, 902 cit. a. E.

[5] S. 92 ff. Auch die Kanonensammlungen des 10. und 11. Jahrhunderts, so Regino, s. namentlich II c. 6 ff. 98 ff. 276 ff. 330 ff. 354 ff. und Burchard v. Worms geben die verschiedenartigsten Kanonen wieder.

[6] S. 95.

[7] Noch Alexander II. 1065, Loewenfeld p. 53 bei 5jähriger Busse: „hoc anno (d. h. während des ersten Jahres) ecclesiam ne ingrediaris neque communices nisi pro necessitate mortis"; Alex. II. M. 19, 962 cit. bei 14jähriger Busse: „tribus prioribus annis extra ecclesiam, nisi ad extrema mortis absque communione et mensae participatione et pace sit. Sed a coena domini solummodo reconcilietur usque ad octavas pentecostes . . . post III annos reddita sibi communione ecclesiae et mensae inter idiotas (d. h. unter den nicht ordinirten Laienbrüdern, denn es handelt sich um einen zur Busse in das Kloster verwiesenen Priester) sit usque ad expletos VII annos"; Alex. II. J. L. n. 4531 M. 19, 962 cit. bei 10jähriger Busse: „ab ingressu autem ecclesiae et communione VII annos abstineat"; Alex. II. 1063, J. L. n. 4526, M. 19, 976 bei 14jähriger Busse „abstineant se ab ingressu ecclesiae et a communione II annis"; Alex. II. M. 19, 964 cit.: „ut a corpore et sanguine domini usque ad III annos expletos abstineat, nisi periculum mortis immineat"; Gregor VII. cit., Loewenfeld p. 59: „huiusmodi penitentiam sibi (Kleriker, welcher Waffen trägt und eine Tödtung begeht) iniungentes carceri XL diebus mancipandum decernimus; deinde ecclesie gremio inter laicos miserationis intuitu sociamus; penitentiam XIV annorum imponimus, sed II accipimus ita, ut proximo quadrigenio a dominici corporis et omnium carnium se abstineat perceptione", wonach der Ausschluss vom Abendmahl nur für die nächste Quadragesima und die entsprechende im folgenden Jahr angeordnet wird.

Abgesehen von Rheims, 923, M. 18, 345: „ut tribus quadragesimis per III annos agant poenitentiam: ita ut prima quadragesima sint extra ecclesiam et coena domini reconcilientur", ergeben die Konzilien der hier fraglichen Zeit nichts.

In leichteren Fällen ist sogar ein Fernhalten von der kirchlichen Gemeinschaft überhaupt nicht verlangt worden, so bei der Busse der Mainzer für den gegen den Gegenkönig Rudolf und ihren Erzbischof 1077 veranlassten Aufstand, Bernold. ann. SS. 5, 433: . . . „quibus etiam pro homicidiis a legatis apostolicae sedis talis penitentia imposita est, ut singuli aut XL dies ieiunarent aut XL pauperes semel pascerent, nec tamen ecclesiasticam communionem quasi homicidae vitarent (was Köhne, Ursprung der Stadtverfassung in Worms etc. Breslau 1890 S. 211 unbegreiflicher Weise für einen Ausschluss aus der Gemeinsamkeit mit der Kirche erklärt).

[8] Urban II. 1089, Löwenfeld p. 64 mildert

einzugehen[1], sowie die Waffen zu führen[2], geltend. Ja die zuletzt gedachte Beschränkung, welche ein Ausfluss des das Büsserleben der älteren Zeit beherrschenden Prinzipes war, fällt seit dem Ende des 11. Jahrhunderts ganz fort[3], während man allerdings in Betreff der Ehe noch im 12. Jahrhundert daran festgehalten hat, dass nach der Strenge des Rechts der Büsser während der Leistung der Busse keine Ehe eingehen dürfe[4], aber auch hier für einzelne Fälle Milderungen hat eintreten lassen[5].

Die öffentliche Busse war somit jetzt noch mehr, wie früher in eine Reihe einzelner, je nach der Art der Sünde oder des Verbrechens, aber auch nach dem Verhalten des Büssers und der sonst in Frage kommenden Umstände verschieden bestimmter Busswerke aufgelöst[6]. Wie schon damit ihre ursprüngliche Bedeutung beseitigt war, so geschah dies vollends dadurch, dass die Rekonziliation im Zusammenhang mit den gedachten Veränderungen immer häufiger vor den Ablauf der vollen Busszeit und der Vollendung aller Busswerke verlegt werden musste. Je kürzer die Zeit war, für welche der Büsser vom Betreten der Kirche und von der Theilnahme am Abendmahl ausgeschlossen war, desto früher trat jetzt die Rekonziliation ein[7]. Von da war es

die Zeit des Exils bei der Busse mit Rücksicht auf die bestehende Ehe: „si tamen . . . coniugii vinculis astringuntur, ne forte eorum coniuges . . . fornicationis precipio demergantur", lässt also während der Busse den ehelichen Geschlechtsverkehr zu; s. aber andererseits Alex. II. M. 19, 963 cit: „coniugio usque ad peractam VII annorum poenitentiam non utatur".

[1] Alex. II. cit. (vor. Anm.) bezieht sich auch darauf.

[2] Alex. II. cit.: „Arma nullo modo in vita sua induat"; dagegen Rom 1078 c. 5; Jaffé mon. Gregor. p. 333; M. 20, 510, wiederholt Piacenza 1095, ibid. p. 814 (c. 6 Dist. V de poen.): „Falsas autem poenitentias dicimus, quae non secundum auctoritatem ss. patrum pro qualitate criminum imponuntur. Ideoque quicumque miles vel negociator vel alicui officio deditus quod sine peccato excerceri non possit, culpis gravioribus irretitus ad penitentiam venerit . . . recognoscat, se veram penitentiam non posse peragere . . . nisi arma deponat, ulterius non ferat nisi consilio religiosorum episcoporum pro defendenda iustitia vel negocium derelinquat vel officium deferat"; Melfi 1089 c. 16, M. 20, 724 und Lateran. II. 1139 c. 22, M. 21, 531 schwächen dies noch dahin ab: „Falsa sit poenitentia, cum penitens ab offficio vel curiali vel negociali non recedit, quae sine peccatis agi nulla ratione praevalent . . . aut si arma quis contra iustitiam gerat"; verlangen also blos bei den gedachten Beschäftigungen ein nicht sündhaftes Verhalten, mithin nicht mehr als auch von den nicht der Busse unterliegenden Christen gefordert wird.

[3] S. die vor. Anm.

[4] Rubric. Gratiani zu c. 16 C. XXXII. qu. 2; Freisen S. 572. Dagegen wird die bestehende Ehe nicht mehr durch die Busse berührt, s. o. S. 97 u. S. 107 n. 8, dict. Gratian. zu c. 12 C. cit.

[5] Freisen S. 573.

[6] Ein instruktives Beispiel bietet die freilich erst nach Aufhebung einer Exkommunikation im päpstlichen Auftrag durch den Bischof v. Tusculum auferlegte Busse u. 1195, M. 22, 646: . . . . W. Raimundi qui sicut ex eius confessione accepimus . . . B. Tarracon. archiep. suadente diabolo interfecit, auctoritate papae secundum formam ecclesiae absolutum ad vos remittimus, de consilio . . . , P. Hostiensis et P. Alban. episcoporum huiusmodi ei poenitentiam iniungentes, videl. ut in regressu suo, quam citius Tarracon. videre poterit civitatem, de equo descendens, nudus et discalciatus in bracis et camisia tantum, ferens tortam in collo et virgas in manibus ad eamdem veniat civitatem et ad introitum singularum ecclesiarum infra ambitum civitatis eiusdem ab aliquo presbytero eisdem virgis se faciat verberari sicque demum ad ecclesiam veniens cathedralem, a vobis, domine archiepiscope et capitulo vestro, venia devote et humiliter postulata, vobis et eidem capitulo homagium faciat et concedat de terra sua XX librarum reditus annuatim. Praeterea quia de manu Domini signum crucis accepit, praecipimus ei, ut vadat ultra mare et X milites ac XXX ballistarios et arcarios bene armatos sumptibus suis ducens sit cum eis per quinquennium in subsidium terrae sanctae et quamdiu vixerit, omnes sextas ferias in pane et aqua ieiunet. Et omni anno eo die, quo tantum scelus commisit, in pane et aqua ieiunans, eodem die C procuret pauperes et eorum cuilibet tunicam unam de panno lineo largiatur. Iniunximus etiam ei, ut toto tempore vitae suae quadragesimam ante natale, IIam et IVam feriam in vita quadragesimali ieiunet, nisi eisdem diebus ultra mare fuerit pugnaturus et donec iter Ierosolymitanum arripiat, et postquam inde fuerit, deo dante, reversus ad carnem cilicium semper portet, nisi cum ab uxore requisitus ei debitum reddiderit maritale. Ieiunium autem IIIae et IVae feriae, cum voluerit, redimat eisdem diebus V pauperes procurando. Si vero aliqui ecclesiarum praelati quibus hoc liceat, aliquam fecerint remissionem eidem, concedimus ei et ratam habemus eamdem. Ad haec iniunximus ei, ut ecclesiis quibus damna intulit, pro posse suo satisfaciat competenter".

[7] Rheims cit. u. Alex. II., M. 19, 962 cit., S. 107 n. 7.

nur noch ein Schritt, dass man, wie dies schon im 11. Jahrhundert geschehen ist, in Fällen, in denen man Milde üben wollte, selbst bei notorischen Vergehen von der Exkommunikation oder auch von der blossen Ausschliessung vom Abendmahl absah, und sofort die Rekonziliation nach der Übernahme der Busse und der Gewährung ausreichender Sicherheit für ihre Leistung vornahm [1].

Eine weitere Änderung in der Bussdisziplin musste auch der Umstand herbeiführen, dass die öffentliche Zwangsbusse seit der karolingischen Zeit als Ersatzstrafe für die Exkommunikation betrachtet, und diese letztere als Mittel zur Erzwingung der Übernahme der Busse verwendet wurde [2]. Die Folge davon war, dass wenn der Exkommunicirte sich zu der letzteren verstand, nunmehr die Aufhebung des Kirchenbannes und seine Wiederzulassung mindestens zur kirchlichen Gemeinschaft und zum bürgerlichen Verkehr mit den übrigen Gläubigen wieder erfolgen musste [3], und dass man jedenfalls später in diesen Fällen, mochte auch die Bussleistung eine noch so harte sein, die Büsser nicht mehr vom Abendmahl oder von sonstigen kirchlichen Rechten ausschloss [4], sondern ihnen nach der Übernahme der Busse die Rekonziliation ertheilte [5].

In Folge aller dieser Verhältnisse hatte die öffentliche Busse einen wesentlich anderen Charakter als in den ältesten Zeiten erhalten, und sich durch ihre Gestaltung, welche sie in der karolingischen Periode empfangen und welche in den folgenden Jahrhunderten nur noch eine weitere Ausprägung erfahren hatte, der Privatbusse immer mehr angenähert.

[1] So auf Veranlassung von Petrus Damiani als päpstlichen Legaten in Mailand 1059, als der dortige meist simonistische Klerus die Abstellung der Simonie eidlich gelobt und die ihm auferlegten Bussen übernommen hatte, M. 19, 893: „ut omnes illi clerici, accepta poenitentia inter missarum solemnia reconciliarentur, ornamenta de manu episcopi recipientes"; vgl. auch Hefele 4, 835 ff.

[2] S. o. S. 88. 89. Dieser Auffassung entspricht es auch, dass Seligenstadt 1023 c. 18, Bd. IV. S. 485 n. 2, ebensowenig wie die Appellation gegen die Exkommunikation aufschiebende Wirkung hat, s. o. S. 13, diese letztere auch gegen die Busse versagt, falls der Schuldige nach Rom appellirt.

[3] Das ergiebt das seiner Herkunft nach unbekannte c. 418 Regino II., nach welchem der Bischof den bussfertigen Exkommunicirten vor der Thür mit 12 Priestern und im Beisein derjenigen, welche der letztere geschädigt hat, empfangen, und wenn er diesen Schadensersatz geleistet hat, fragen soll: „si poenitentiam iuxta quod canones praecipiunt, pro perpetratis sceleribus suscipere velit, et si ille terrae prostratus, veniam postulat, culpam confitetur, poenitentiam implorat, de futuris cautelam spondet, tunc episcopus, apprehensa manu eius dextra, eum in ecclesiam introducat et ei communionem et societatem christianam reddat. Post haec secundum modum culpae poenitentiam ei iniungat, et literas per parochiam dirigat, ut omnes noverint, eum in societate christiana receptum. Aliis autem episcopis hoc notum faciat. Nullus autem episcopus alterius parochianum excommunicare vel reconciliare praesumat, sine conscientia vel consensu proprii episcopi".

[4] So wurden die aufständischen Mainzer Geistlichen und Bürger vom Erzb. Arnold zu Pavia 1160 vom Banne unter Auferlegung folgender Busse gelöst, vita Arnoldi, Jaffé mon. Mogunt. p. 643, vgl. Hegel, Verfassungsgesch. v. Mainz. Leipzig 1882, S. 39: „Absolutionis igitur et reconciliationis modus hic fuit: ut clerici secundum ordinem suum . . post absolutionem pro honore domni episcopi in ipsa civitate Maguntina laneis tunicis nudisque plantis vindictam, que vulgo dicitur harnschare (eigentlich Strafe, namentlich aber demüthigende und erniedrigende Strafe, wie Tragen eines Hundes, Eselsattels, Pflugrades, Waitz, deutsche Verfassungsgesch. 4, 445; Brunner, deutsche Rechtsgeschichte. Leipzig. Bd. 2 1892 S. 596) de s. Petro usque ad s. Albanum per civitatem deferrent et sic domno episcopo reconciliarentur . . . laici vero capitanei post ipsam absolutionem . . . usque ad mandatum d. archiepiscopi civitatem et ipsum episcopatum abiurare . . . deberent . . . cives autem, postquam vindictam portassent, domum episcopalem reparare". Vgl. auch c. 1 (Alex. III.) X qui clerici IV. 6, nach welchem einem Diakon wegen der Verwundung eines anderen und wegen der Eingehung einer Ehe in Folge seiner Reue und der Entlassung der Frau die Absolution unter Auferlegung der wenn auch nicht öffentlichen, doch Zwangsbusse gewährt wird.

[5] Bei Regino II. 418 tritt dies nicht ganz klar hervor, denn bei der in Folge der Kanones auferlegten Busse konnte (s. die karolingischen Synoden S. 96 n. 7 u. 8) eine Beschränkung der

Was diese letztere betrifft, so hat zwar erst[1] das IV. Lateran-Konzil eine Verpflichtung zur Privatbeichte für alle Gläubigen vorgeschrieben[2], aber jedenfalls ist vorher eine solche schon vielfach Sitte gewesen[3], wie dies eine Reihe auf dieselbe bezüglicher Vorschriften ergeben[4]. Die Busswerke, welche der Priester dem freiwillig Beichtenden auferlegte, waren, soweit es sich um die leichteren, also namentlich Fasten, Gebete und Almosen handelte, im wesentlichen dieselben, wie bei der öffentlichen Busse[5]. Konnte allerdings bei der Privatbusse von einem Recht des Priesters, den Büsser von dem Eintritt in die Kirche und vom Abendmahl auszuschliessen, keine Rede sein, so war derselbe doch befugt, ihm einen darauf gehenden Rath zu ertheilen, und auch die Absolution von der Beobachtung desselben abhängig zu machen, und es waltete auch in dieser Beziehung zwischen der Stellung des öffentlichen und privaten Büssers thatsächlich keine Verschiedenheit ob[6]. Wenn endlich bei der öffentlichen Busse die Rekonziliation in dieser Periode nicht mehr erst nach Ableistung der vollen Busse, sondern schon im Laufe der Busszeit, ja auch mitunter selbst bei Auferlegung der Busswerke ertheilt wurde[7], so trat dadurch eine weitere Annäherung

kirchlichen Rechte eintreten, während es gegen die Ausschliessung vom Abendmahl spricht, dass der Rekonziliation und der Mittheilung der Absolution an die Diöcesangeistlichen gedacht wird.

[1] Die Synode v. Lüttich v. 710, welche schon die österliche Beichte vorgeschrieben haben soll, Hartzheim 1, 32; Binterim V. 3, 267 ist unecht, Steitz, d. röm. Busssakramente S. 123 n. 2; Hefele 3, 361 und die von Binterim angeführte Toulouser 1129 c. 11 ist die von 1229, Hefele 5, 405. Dagegen stellen ein solches Gebot schon die Synode v. Enham 1009 c. 20, M. 19, 308 (vgl. auch S. 301): „Christiani quique colloquia frequentia et salubria cum sacerdotibus crebro exerceant suaque sibi peccata inverecunde depromant ac confiteantur confessaque iuxta sacerdotis institutionem poeniteant atque emendant“ (freilich eine lex imperfecta) und ferner Gran 1114, Bd. IV. S. 117 n. 8, auf.

[2] Bd. IV. S. 117.

[3] Wenn Steitz S. 123 dies bestreitet, weil das Poenit. Pseudo-Roman. Einleit. und Merseburg., Wasserschleben S. 360. 388 den die Busse auferlegenden Priester verpflichten, mit dem Beichtenden ebenfalls eine oder zwei Wochen zu fasten, und das Beichtverhör bei Burchard XIX c. 4. 5 mit seinen etwa 180 Fragen inpraktikabel gewesen sei, so beweist dies nichts, da weder die Fasten gehalten noch alle Fragen in jedem Fall gestellt zu werden brauchten.

[4] Wenn Alexander II. 1065, Loewenfeld p. 54, zwei Priestern (Mönchen) gestattet „poenitentiam confitentibus vobis causa religionis iniungere, nisi episcopi, in quorum parrocchiis estis, prohibuerint“; nach Piacenza 1095, M. 20, 803, diejenigen, welche ihre Konkubinen nicht verlassen und Hass und Todsünden nicht aufgeben wollen, nicht zur Busse zugelassen und nur solche Priester, welchen der Bischof dazu die Ermächtigung ertheilt hat, Beichtende annehmen sollen, nach Poitiers 1100 c. 10, ibid. p. 1123 den Regularklerikern das poenitentiam dare nur mit Genehmigung des Bischofs, nach London 1102 c. 18, ibid. p. 1151 den Mönchen blos mit Genehmigung des Abtes, und nur betreffs derjenigen, über welche dem letzteren die Seelsorge zusteht, gestattet wird, wenn für Äbte das Privileg vorkommt, Nikolaus II. 1061, Pflugk-Harttung 3, 10: „donandi poenitentiam undecumque ad se humiliter concurrentibus“; andererseits wieder ein solches darauf, dass den eigenen Parochianen von keinem Fremden die Busse auferlegt wird, Anastasius IV. 1153, l. c. p. 121; bei päpstlichen Bestätigungen auch ausdrücklich das Recht penitentias dandi erwähnt, Innocenz II. 1135, Lucius III. 1183 und ferner darüber processirt wird, Alexander III. 1178, l. c. p. 33. 311. 262, sowie weiter Bestimmungen über die Bewahrung des Beichtgeheimnisses erlassen worden sind, Bd. IV. S. 126 n. 7, so beweist dies alles, dass die Privat-Beichte und Busse nichts Seltenes gewesen ist. Auch die im 12. Jahrhundert gepflogenen Erörterungen, ob zur Sündenvergebung das Bekenntniss vor dem Priester nothwendig ist, wie z. B. im Traktat Gratians (C. XXXIII qu. 3), welcher die Frage trotz der gegentheiligen katholischen Auffassung, s. z. B. Binterim V. 3, 258 ff. nicht bejaht, vgl. namentlich Dict. 5 zu Dist. I P. I, zu c. 37, u. c. 60 P. IV, zu c. 87 P. VII. und zu c. 89, s. des Näheren Steitz S. 132 ff., setzen die Sitte der Privatbeichte voraus, weil sie sonst gar nicht hätten entstehen können.

[5] Denn auch in dieser Zeit wird bei den Busswerken nicht zwischen der öffentlichen und privaten Busse unterschieden, und die in den verschiedenen Sammlungen, so namentlich Reginos und Burchards befindlichen Bussanweisungen trennen beide ebenfalls nicht, vgl. o. S. 92 und S. 102 u. 107 n. 5; s. auch Morinus lib. VII. c. 2 ff. p. 490 ff.

[6] S. o. S. 104. Rechtlich allerdings, denn das Fernhalten vom Abendmahl konnte bei der privaten Busse nur als Busswerk, als Bedingung der Erweisung der reuigen Gesinnung in Betracht kommen, war aber nicht rechtliche Folge der Übernahme der Busse.

[7] S. 109.

zwischen der öffentlichen und der Privatbusse ein, denn auch bei dieser wurde jedenfalls in der nachkarolingischen Zeit die Absolution schon vor der völligen Leistung der Busswerke[1], und wohl mindestens seit dem 11. Jahrhundert nach Ablegung des Sündenbekenntnisses vom Priester ertheilt[2].

Berücksichtigt man endlich, dass schon gegen Ende der karolingischen Zeit die Ableistung der Busse in einem Kloster der öffentlichen Busse als gleichwerthig galt und sich diese Anschauung immer mehr befestigt hat[3], so kann es nicht auffallen, dass man im 12. Jahrhundert von dem ursprünglichen Charakter der öffentlichen Busse keine Kenntniss mehr besass[4] und diese, dem veränderten Charakter derselben entsprechend, da man sie in den älteren Kanones und in den vorhandenen liturgischen Ordnungen[5] erwähnt fand, bald als eine solche, welche in feierlicher Weise auferlegt wurde und bei welcher eine feierliche Rekonziliation der Büsser statthatte[6], bald als eine solche, welche in der Verrichtung gewisser, nicht geheim zu haltender Busswerke bestand[7], bezeichnete, und sie nunmehr von der Privatbusse durch die Bezeichnung *poenitentia solemnis* unterschied[8], und ebensowenig kann es befremden, dass man im 13. Jahrhundert, um auch der Erwähnung der poenitentia publica in den Quellen[9] gerecht zu werden, eine doppelte Art der solennen Busse, eine uneigent-

[1] Das lässt sich daraus schliessen, dass man bei der Privatbusse den Beichtenden nicht härter als bei der öffentlichen behandeln konnte. Vgl. auch Morinus l. c. IX. c. 664 p. 665.

[2] S. den ordo bei Burchard XIX. c. 7; vgl. ferner die ordines bei Schmitz S. 751. 756. Der von ihm der Zeit vom 7. bis 9. Jahrhundert zugewiesene ordo für die Privatbeichte enthält, s. S. 100, eine Absolutionsformel, welche sich im Gegensatz zu der bis zum 13. Jahrhundert üblichen deprekativen (s. solche bei Morinus VIII. c. 10 p. 540, c. 21 p. 583) der indikativen sehr annähert, so dass die Altersbestimmung der einen Handschrift Vatic. 4747, welche in das 11. Jahrh. gesetzt wird, mindestens nach allem bisher Bekannten sehr auffällig erscheint, wie auch schon Morinus VIII. c. 11. u. 13 p. 543 die Formel als eine neuere bezeichnet und den von ihm benutzten Codex nach 1030 verlegt.

[3] S. o. S. 101 u. 104.

[4] S. Anm. 6.

[5] S. Anm. 6, vgl. ferner den Abriss der Liturgie bei Regino I. 295, auch in einem Rheimser Codex, Morinus IV. 18 n. 20 p. 215 und in c. 64 Dict. L.

[6] Dict. Gratiani zu c. 61 Dist. L: „Est quedam penitencia que solempnis appellatur, que semel tantum in ecclesia conceditur", vgl. auch Dict. P. XII. zu c. 49 Dist. III. de penit. (eine Behauptung, welche offenbar aus Missverständniss der Praxis der alten Kirche, s. Bd. IV. S. 694 entstanden ist) und Dict. zu c. 62: „haec autem penitencia quomodo imponenda sit, in Agatensi concilio legitur", worauf in c. 63 das c. 15 des cit. Konzils (Bd. IV. S. 722 n. 9) und Regino I. 295 wiedergegeben werden.

[7] Bernard. Papiens. summa decret. V. 33. §. 3: „Species penitentiae sunt duae: Nam alia privata, alia sollemnis, privata pro occulto peccato, sollemnis pro manifestis et gravioribus solet imponi: item sollemnis triplex invenitur, scil. per intromissionem in monasterium vel aliam domum districtae religionis, per carenam (d. h. carinam, s. o. S. 100), per peregrinationem, per intromissionem in monasterium vel aliam religiosam domum, ut Dist. L. c. 58; per carenam, ut Dist. L. c. 64 et C. XXXIII. qu. 2 c. 8; per peregrinationem, ut de poenit. Dist. VI. c. 2". Wenn er § 4 fortfährt: „Poenitentiam autem privatam imponere potest quilibet sacerdos, solemnem vero solus episcopus vel maioris ecclesiae archipresbyter, ut ar. Dist. L. c. 64", so hält er anscheinend daneben auch ebenso wie Gratian, die feierliche Auferlegung für nöthig.

[8] S. die vor. Anm. und Anm. 6. Deshalb und weil, soweit ich die Quellen kenne, der Ausdruck *poenitentia solennis* erst seit dem 12. Jahrh. vorkommt, kann der von Schmitz, Bussbücher S. 75 dem 7.—9. Jahrh. zugewiesene ordo poenitentiae (die betreffende Handschrift Vatic. 4744 setzt er selbst in d. 13. Jahrh.) in seiner vorliegenden Fassung, namentlich in der Stelle: „In capite ieuniorum poenitentes solenniter ex institutione Agathensis concilii de ecclesia eiciuntur hoc modo: Poenitentes, quibus secundum ius vel consuetudinem pro gravioribus criminibus solennis est poenitentia iniungenda" keinesfalls früher als in das 12. Jahrhundert gesetzt werden. Dazu kommt, dass die nicht passende Berufung auf das Konzil von Agde sich daraus erklärt, dass Burchard v. Worms XIX. 26 die Stelle bei Regino I. 295 (Anm. 6), verführt durch dessen Überschrift: Item unde supra und die Inskription des vorhergehenden c. 294: Ex conc. Agath., ebenfalls diesem Konzil zuweist, und dass der Verfasser des Ordos offenbar durch diese auch in andere Sammlungen übertragene Verwirrung zu dem Citat des Konzils veranlasst worden ist.

[9] c. 64 Dist. L., c. 8 C. XXXII. qu. 2 und c. 7 X de poenit. V. 38.

liche, die *publica* und die *solennis* im engsten Sinne annahm[1], indem man die Eigenthümlichkeiten der letzteren in die feierliche liturgische Übernahme unter Handauflegung des Bischofs und in die feierliche Rekonziliation[2], weiter in ihre Nichtwiederholbarkeit[3] und ferner darin setzte, dass der Geistliche, welcher sie übernommen, dadurch für immer von der Ausübung seines Ordos und vom Kirchendienst ausgeschlossen werde[4], sowie sie allein für solche schwere Vergehen, welche einen ganzen Ort in Aufregung gebracht haben, für anwendbar erklärte[5].

In den dem 10. und den folgenden Jahrhunderten angehörigen Rechtsquellen findet sich der karolingische Satz, dass die schwereren, öffentlich bekannt gewordenen oder durch gerichtliche Untersuchung festgestellten Vergehen mit öffentlicher Busse zu belegen sind, nicht mehr wiederholt[6]. Das Dekretalenrecht, während dessen Feststellung die Einführung der allgemeinen Beichtpflicht und der Beobachtung des Beichtsiegels erfolgt ist[7], weist zwar den Satz: „*Manifesta peccata non sunt occulta correctione purganda*“[8] auf, indessen ist damit nur gesagt, dass die öffentlichen Sünden nicht blos der geheimen beichtväterlichen Behandlung, sondern der Bestrafung unterliegen sollen, keineswegs aber, dass für sie stets öffentliche Busse geleistet werden muss. Das ergiebt schon der Wortlaut, da derselbe die Bezeichnung publica poenitentia nicht aufweist[9], und diese Auslegung ist um so mehr geboten, als sie allein der Praxis

[1] Hostiensis summa aurea ad tit. de off. archipresb. I. 24 n. 3: „scias, quod dupliciter dicitur solennis penitentia: uno modo, quia solenniter agitur: et de hac intelligo, quod sacerdotalis officii est et delegari potest; alio modo, quia solemniter imponitur s. per manus impositionem episcopalem et cum publica missa . . et hec demandari non potest, quia episcopalis officii est, non sacerdotalis“; Hostiensis ad tit. de poenit. V. 38 n. 55: „Publica vero penitentia dicitur illa que s. dicitur solennis, hac ratione, quia publice fit . . . sed proprie dicitur publica illa que fit in facie ecclesie, non cum predicta solennitate, sed quando iniungitur peregrinatio per mundum cum baculo et pera benedictis que quilibet sacerdos potest iniungere . . . Privata autem penitentia dicitur illa que quotidie fit a iustis et que saltem semel in anno est facienda, quando aliquis solus et secreta sacerdoti confitetur“.

[2] S. die vor. Anm.; Hostiensis ad tit. de penit. cit. n. 55: „Solennis p. dicitur illa que imponitur alicui invito, quando traditur monasterio pro peccato commisso, sed improprie sic appellatur, L. Dist. si ille (c. 58) . . . Proprie autem dicitur illa solemnis quae fit in capite quadragesime cum solennitate de qua habes L. Dist. in capite (c. 64)“. Weitere Stellen aus den Scholastikern bei Morinus l. c. V. c. 25 n. 2ff. p. 320.

[3] Hostiensis l. c. i. f.: „Ex his autem sola solennis iterari prohibetur, nam alie . . . quotidie iterantur, vgl. auch S. 111 n. 6.

[4] Hostiens. l. c.: „et qui hanc (p. solennem) egerit, promoveri non debet nec debet, si promotus sit, ministrare in ordine sic suscepto, L. Dist. confirmandum (c. 65), illud (c. 66), alienum“ (c. 67). Vgl. ferner gloss. Nisi in publicum zu c. 7 cit. X de poenit. V. 38: „Tunc enim sacerdos publicam potest facere poenitentiam, XXXVIII. Dist. presbyter (c. 9), ubi de hoc, et XXX Dist. si quis presbyter (c. 17), sed *non solemnem*, de qua habes L. Dist. in capite (c. 64), de qua etiam intelliguntur illa cap. L. Dist. confirmandum (c. 65), illud (c. 66), alienum (c. 67), quam clerici facere non debent, sed depositus solemniter publice penitere potest, de penit. Dist. VI. sacerdos (c. 5) et XXX qu. 1 si quis sacerdos (c. 9). Item arg. contra id quod dixi de publica penitentia LXXXII. Dist. presbyter (c. 5). ubi dicitur, presbyter publice penitere non debet, sed exponitur publice, i. e. solemniter. Si autem occultum est peccatum nec publicam sacerdos facere debet penitentiam, ut hic paret et sic potest intelligi illud LXXXII. Dist. presb. (c. 5), ut non peniteat publice, cum peccatum est occultum. Sed in casu isto posset agere penitentiam etiam solemnem, cum sine spe restitutionis de tali crimine privatus sit, s. de temp. ord. c. ult. (c. X. I. 11), ergo multo fortius publicam, ex quo crimen venit ita in publicum. Ber.“

[5] Hostiens. l. c.: „Et hec non potest imponi . . nisi pro crimine publico et vulgatissimo quod totam urbem commoverit et quod tantum ad episcopum pertinet, puta pro homicidio L. Dist. placuit (c. 68), sacrilegio, incestu et consimilibus que gravia sunt horrenda et publica . . et ut breviter dicam de omni peccato quod totam commoverit civitatem vel villam vel castrum per episcopum penitentia indici debet“. (Vgl. dazu Lambeth 1281 c. 8, S. 114 n. 2). Übrigens hat auch noch die spätere Doktrin an dieser Auffassung festgehalten, s. namentlich Fagnan. ad c. 1 X. V. 38 cit. n. 1ff., dessen Darstellung wesentlich auf Hostiensis ruht, vgl. auch Gonzalez Tellez ad c. 1 X. I. 21. n. 5ff.

[6] S. 92. 93.

[7] Bd. IV. S. 117. 126.

[8] c. 1 X de poenit. V. 38, mit der Überschrift: Alexander, in der That aber aus Pseudo-Gregor. ad Felic., Hinschius decret. Pseudo-Isid. p. 752, J. L. n. 1334.

[9] So sagt auch die Glosse zu c. 1 cit. cas. „qui publice peccat, publice puniendus est“.

des 12. und 13. Jahrhunderts entspricht, denn nach dieser durfte wegen der dem Priester gebeichteten, also geheim gebliebenen Sünden nur Privatbusse auferlegt werden[1], im Übrigen aber, d. h. bei notorischen oder gerichtlich erwiesenen Vergehen stand es in der Hand des kirchlichen Oberen, die Art der Zwangsbusse festzusetzen, also auch darüber zu bestimmen, ob diese als öffentliche (oder solenne) geleistet werden sollte[2]. Alle die vorstehend erwähnten Momente haben dazu geführt, dass die öffentliche Busse als eine Ausnahme erscheinen musste[3], und dass sie nur unter besonderen Umständen, namentlich dann, wenn für ein Vergehen eine besonders schwere Ahndung angezeigt war, sei es sofort als Strafe[4], sei es nach eingetretener

[1] Alexander III. app. Later. P. XII. c. 5, J. L. n. 14215, M. 22, 325 unterscheidet hinsichtlich eines Bittstellers, welcher „cum quandam mulierem cognovisset, postea sciens consobrinam eius in uxorem accepit", folgendermassen: „Si publicum et notorium fuerit, et eam quam prius cognovit, uxoris suae consobrinam esse constiterit, aut alii comparent qui hoc velint vel possint legitime comprobare, ipsum religionem intrare commoneas et inducas. Si autem ad hoc eum inducere non poteris, ei de tanto delicto dignam poenitentiam imponas et ipsum ab utraque muliere removeas et sine coniugio perpetuo manere praecipias. Quodsi delictum eius occultum esse cognoscis, ipsum cum uxore, quam in facie ecclesiae duxit, morari permittas et eidem de commisso condignam poenitentiam imponas", und ordnet für das geheimgebliebene Delikt des Incestes nur Privatbusse an, während er für den Fall, dass dasselbe öffentlich bekannt oder bewiesen worden ist, nicht öffentliche Busse, sondern nur angemessene Busse, sofern der Schuldige nicht in ein Kloster treten will, auferlegt, vgl. auch c. 4 (Alex. III.) Compil. I. IV. 13. Den im Text hingestellten Satz ergiebt namentlich c. 20 (Alex. III.) X de simon. V. 3, nach welchem bei einer sekreten, d. h. in der Beichte zugestandenen Simonie der Geistliche nicht wider Willen von seinem Amt entfernt, sondern ihm nur eine poenitentia secreta auferlegt werden kann; s. auch c. 4 (Alex. III.) X de tempor. ordin. I. 11. Vgl. hierzu auch c. 2 (Eugen III. oder Alex. III., J. L. n. 14030) X de off. iud. ord. I. 31 und Bd. IV. S. 130 n. 2.

[2] Wie schon Bernhard v. Pavia, S. 111 n. 7, es nur als üblich bezeichnet, dass für schwerere, offenkundige Vergehen die poenitentia solennis auferlegt wird, so spricht auch c. 7 (Clem. III.) X de poenit. V. 38 blos den Satz aus, dass die poenitentia publica allein bei öffentlich bekannt gewordenen Vergehen aufgegeben werden darf, keineswegs aber, dass dies immer geschehen muss. Ganz deutlich c. 8 (Innoc. III.) eod. tit.: „quum poenitentia non tam secundum quantitatem excessus, quam poenitentis contritionem per discreti sacerdotis arbitrium sit moderanda, pensata qualitate personae super fornicatione, adulterio, homicidio, periurio et aliis criminibus, consideratis circumstantiis omnibus et praesertim novitate Livoniensis ecclesiae, competentem poenitentiam delinquentibus imponatis, prout saluti eorum videritis expedire", da diese Stelle nicht blos auf die in Folge der Beichte auferlegte Busse bezogen werden kann. Auf demselben Standpunkte stehen auch die const. Richards v. Salisbury u. 1227 c. 8, M. 22, 1108: „Concubinae sacerdotum frequenter moneantur ab archidiaconis et praecipue sacerdotibus, in quorum parochia morantur, vel ut contrahant vel ut claustrum ingrediantur vel sicut publice peccaverunt, publicam agant poenitentiam" . . . denn auch hier wird die öffentliche Busse nicht schlechthin und unbedingt verlangt. Die Bremer Prov. Syn. 1266 c. 18, Ehmck u. v. Bippen, brem. Urkdbch. Bremen 1873. 1, 365: „quicumque laycus in publico hominem occiderit, publicam agat penitentiam ad arbitrium sui dioecesani et carenas, si vero in occulte occiderit, privatam penitudinem agat et hoc secundum arbitrium dioecesani sui" lässt, wenn sie gleich auf dem Boden der älteren Auffassung steht, ebenfalls dem Ermessen des Bischofs einen gewissen Raum, s. andererseits aber Prov. Konz. Trier 1238 c. 35, M. 23, 483: „cum adulteri et adulterae et alia enormia committentes pecuniaria poena persoluta minus timeant reclinare, statuimus, ut . . . convicti publicam poenitentiam agant, mulieres infra parochiam portantes cyphum (alten Lappen) in scapula et baculum in manu . . . peragentes carinas".

[3] Schon Innocenz IV. appar. ad c. 7 X de poenit. V. 38: „publica et solennis poenitentia secundum consuetudinem et ubi consuetudo est, imponenda, de poen. Dist. III i. f." (s. dict. Gratian. P. XII), will sie nur da auferlegt wissen, wo sie noch in Übung ist, und Hostiensis summa aurea ad tit. de off. archipresb. (I. 24) n. 3 bemerkt: „Illud etiam nota, quod hodie de consuetudine raro imponitur publica ponitentia, quod penitentes nec comas deponunt nec vestimenta mutant, quod tunc requiritur", vgl. auch die S. 112 n. 5 citirte Stelle, wo eine andere Einschränkung gemacht wird.

[4] So schreibt sie c. 2 (Gregor IX.) X de maledicis V. 26 für die öffentliche Blasphemie Gottes und der Jungfrau Maria vor, und zwar soll der Schuldige an sieben Sonntagen während der Messe vor der Kirche stehen, und am letzten barfuss ohne Obergewand und einen Leitriemen um den Hals. Vgl. ferner Worcester 1240, c. 14, M. 23, 530 (für Verlobte, welche vor der Eheschliessung die Ehe konsummiren): „poenis subscriptis volumus subiacere, vid. quod quater in anno veniant ad ecclesiam cathedralem, tam coram atrio ecclesiae quam in vicis praecipuis civitatis disciplinam publicam recepturi. In aliis diebus feriandis quotidie in parochia propria similem subeant disciplinam".

Exkommunikation als Mittel der Beseitigung derselben auferlegt wurde[1]. In dieser Anwendung hat sie sich nicht nur im 13. Jahrhundert[2], sondern darüber hinaus, obschon in nicht häufiger Anwendung, erhalten[3]. Und wenn sie namentlich noch in späterer Zeit von deutschen Sendgerichten als Strafe verhängt worden ist[4], so kam

[1] Vgl. z. B. ep. Gregorii IX. betreffend die Mörder Konrads v. Marburg 1235, Potth. n. 9978, M. 23, 346 und den Schiedsspruch in dem Streit des Erzb. Engelbert II. v. Cöln mit der Stadt v. 1265, Ennen und Eckertz, Quell. z. Gesch. d. Stadt Köln 2, 516. 517 (s. auch Hegel, Verfassgsgesch. v. Cöln i. Mittelalter. Leipg. 1872. S. XLVII. XLVIII). Durch diesen wurde dem Erzbischof aufgegeben, die Exkommunikation der Bürger und das Interdikt über die Stadt aufzuheben, dagegen sollten 37 von ihm geächtete Bürger, ungegürtet, mit nackten Füssen, baarhäuptig und Ruthen tragend, ihm vor das Thor entgegengehen und ihn bis zur Pforte seines Palastes begleiten, dann 18 von diesen in dem erwähnten Büsseraufzuge in 6 verschiedenen benachbarten Städten an 6 Sonntagen hintereinander vor den Prozessionen hergehen und sich dann vor der Prozessiou, um Verzeihung bittend, niederwerfen. Nach ihrer Rückkehr hatten ferner 9 andere von ihnen Köln auf 8 Tage zu verlassen, in zwei verschiedenen Orten an den beiden Sonntagen in derselben Weise sich an den Prozessionen zu betheiligen und sich darauf noch in Köln in einzelne Klöster zur Vornahme von Bussübungen zurückzuziehen. Sodann sollten auch die letzten 10 auf die eben erwähnte Art Busse leisten, und schliesslich alle 37 nach der Wiederaufnahme des Gottesdienstes in Köln an 10 Sonntagen als Büsser mit den dort gehaltenen Prozessionen mitziehen.

[2] S. ausser den vorhergehenden Anmerkungen noch Addit. Willelmi episc. Paris. ad const. card. Gallonis u. 1220 o. 1228 c. 9, M. 22, 767: „Presbyteri parochianos suos solemniter poenitentes faciant venire in capite ieiunii ad ecclesiam cathedralem, ut per episcopum solemniter ab ecclesia ejiciantur et similiter in die Jovis proxima ante pascha, ut per episcopum ecclesiae reconcilientur"; Mainz 1261 c. 49, M. 23, 1103: „. . . in dedicationibus autem talibus (ecclesiarum) ac ordinum temporibus relaxari catenas (lies: carenas, S. 100 n. 5) et poenitencias introduci, omnino vetamus, sed hoc fiat tantummodo in festo coenae Domini ad hoc ordinato"; Lambeth 1281 c. 8, M. 24, 409: „Cum iuxta ss. canones peccata graviora, et incestus et similia, quae vulgatissimo suo scandalo totam commovent civitatem (S. 112 n. 5), sint solemni poenitentia castiganda". Vgl. ferner auch Tarragona 1242, M. 23, 556 über die solemne Busse der credentes haereticorum, der relapsi und der fautores haereticorum, und die Bussauflagen eines päpstlichen Grosspönitentiars vom Ende des 13. Jahrhunderts im Arch. f. k. K. R. 64, 51. 53. 55.

[3] Mainz 1310 c. 143, M. 25, 345: „Quia reconciliationis ministerium vilipenditur a plerisque eo quod ad reconciliationem passim quilibet admittatur, (adde: non recipiatur) nisi litteras plebani sui vel sacerdotis exhibeat continentes utram poenitentiam iniunctam sibi vel saltem partem peregerit . . . Nec ad reconciliationem recipiantur aliqui, nisi vestem et tonsuram habeant solemniter poenitentes"; ein Beispiel einer öffentlichen Busse (Besuch der Kirchen im Büsseraufzug, mit Ruthen in der Hand und Geisslung bei jeder Kirche, s. Anm. 1); für Vatermord in dipl. n. 1308, Eichhorn, episcopatus Curiensis. S. Blasien 1797, cod. probat. p. 106; für das 16. Jahrhundert s. das Visitationsprotokoll v. 1570, Heydinger, archidiaconatus in Longuiono archidioec. Trevirens. August. Treviror. 1884 p. 252: „Willibrordus Muysser recusat ferre lapides in processione cum candela et virga, sicut illi fuerat iniunctum publice a decano . . . Videtur, quod brachium seculare est implorandum. Adultera fecit penitentiam publicam ut sibi iniuncta erat" (Tragen von 2 schweren mit einer Kette verbundenen Steinen, wobei die Kette um den Hals gelegt wird; solche Bussteine finden sich noch in einzelnen katholischen Kirchen in den rheinischen Diöcesen, s. a. a. O. S. 252 n. 20), vgl. ferner a. a. O. 332. S. auch Osenbrüggen, alamann. Strafrecht. Schaffhausen 1860 S. 109; Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts. 1, 239.

[4] Nach dem Seligenstädter Sendweisthum v. 1390, Grimm Weisthümer 1, 503 besteht die öffentliche Busse bei Wucher und bei Hurerey im dritten Rückfall darin, dass der Verurtheilte dreimal des Sonntags vor der Messe mit Weihwasser und mit einem Besen in der Hand um die Kirche geht, sich dann an der Thür hinwirft und die Kirchgänger über sich wegschreiten lässt. Der Wucherer soll dabei einen Judenhut tragen. Der Hurer kann von den Kirchgängern mit dem Besen geschlagen werden, und die Frauensperson, welche sich mit ihm vergangen hat, muss mit hinten am Haupt abgeschnittenem Haar und mit hinten weggeschnittenem Rock ihr uneheliches Kind um die Kirche tragen. Das Aachener Sendweisthum v. 1331 §. 11, Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler Bonn 1871. S. 47 bedroht Frauenzimmer, welche andere oder Männer schlagen und verletzen, mit der pena lapidum (s. vor. Anm.). Auch die westlauer Sendrechte, sowohl das ältere aus dem 13. Jahrh. wie das spätere kennen die Strafe der hermscheed, hermskere (Harmschaar S. 109 n. 4) bei Feiertagsentheiligung, v. Richthofen, friesische Rechtsquellen S. 403 §. 4, bei verschiedenen Arten des Sakrilegs, wie der Verletzung der Hostie, des Abendmahlkelches u. s. w. in Folge eines Streites in der Kirche, S. 406 §. 4, beim Öffnen geweihter Erde und beim Leichenraub S. 407 §. 6, beim Meineid 408 §. 11, S. 409 §. 16, beim Kampf nach feierlicher Sühne S. 408 §. 12 (hier ausserdem noch Wahlfahrt zum Papst „willen ende barfot", d. h. im wollenen Büssergewand und baarfuss), sowie bei incestuoser Verbindung und bei Ehebruch §§. 19. 22. Für das 16. Jahrh. vgl. das Cardener Send-

sie doch hier auch nur bei schweren Vergehen vor[1] und konnte auch bei diesen mit Geld abgelöst werden[2].

3. Die Zwangsbusse, insbesondere die öffentliche Busse der Geistlichen. Die Zwangsbusse, welcher die Geistlichen, namentlich die Deponirten oder Degradirten, in der hier fraglichen Periode unterworfen wurden[3], war für die Regel keine öffentliche. Aber immerhin galten sie im 8. Jahrhundert nicht von der letzteren ausgeschlossen und befreit[4]. Erst gegen Ende des 9. oder am Anfang des 10. Jahrhunderts hat sich die Anschauung geltend gemacht, dass die Kleriker der öffentlichen Busse nicht unterstellt werden dürften[5]. Wahrscheinlich steht dies mit der noch damals obwaltenden Meinungsverschiedenheit in Betreff der Frage, ob der Geistliche nach geleisteter Busse zur Ausübung seines Ordos und zur Verwendung im Kirchendienst wieder zugelassen werden dürfe[6], in Verbindung, und man hat durch die Ausschliessung der öffentlichen Busse der milderen Auffassung den Weg zu ebenen gesucht. Diese letztere[7] brach sich aber im Laufe der folgenden Zeit immer mehr Bahn[8], und da sie mit dem Ende des 12. Jahrhunderts zur unbestrittenen Herrschaft gelangt ist[9], so lag um so weniger Veranlassung zu einem allgemeinen gesetzlichen Verbot der öffentlichen Busse vor[10], als diese ihren ursprünglichen

protokoll v. 1561, nach welchem der Fornikator als Büsser mit angezündeter Kerze und baarfuss vor dem Sakrament gehen und als Büsser eine Wallfahrt machen muss, Back, d. evangel. Kirche im Lande zw. Rhein, Mosel, Nahe und Glan. Bonn 1872. 1, 225 ff., und den Wendisch-Rügianischen Landgebrauch, herausg. v. Gadebusch. Stralsund 1777 S. 329: „Und in dem Synodo straffete man na geholdener Inquisition beide der Geistliken und Weltliken Laster: Jungfruwenschwekende, Ehebröke, Meineide, Gotteslesteringen, Missbruck und Overtredinge der Virdage, Wickerie (Hexerei), Töverie, heimliken Woker . . . de mosten am grönen Donnersdage tho Bergen offentlick sich vor Pönitenten betegen und dar publice absolvieren laten". Auch in den Fällen v. 1570 (s. S. 114 n. 3.) hat es sich wohl um Bussen gehandelt, welche im Sendgericht auferlegt waren.

[1] Denn die regelmässigen Strafen waren in dieser Zeit Geldbussen, s. S. 38 und unten in der Lehre von den Sendgerichten §. 288.

[2] Die S. 114 n. 4 citirten Weisthümer von Seligenstadt und Aachen lassen die Ablösung durch Geldzahlung an den Sendrichter und die Sendschöffen zu.

[3] S. 81 ff.

[4] S. 100. 101.

[5] c. 5 Dist. LXXXII, vgl. dazu S. 102 n. 2.

[6] Bd. I. S. 39.

[7] A. a. O. S. 39 n. 7. 8. Zu den dort citirten Stellen ist noch nachzutragen Hohenaltheim 916 c. 17, LL. 2, 557: „Errant qui putant, sacerdotes domini post lapsum, si condignam egerint poenitentiam, deo ministrare non posse et suis honoribus frui, si bonam deinceps vitam duxerint et suum sacerdotium digne custodierint" (Wiederholung von Pseudo-Callist. c. 20, ed. Hinschius p. 142, s. auch c. 14 §. 3 Dist. L.)

[8] Vgl. ausser den a. a. O. S. 40 n. 1. 2 angeführten Stellen noch Mailand 1059, M. 19, 894, S. 109 n. 1; Alexander II. 1066/1067, Loewenfeld p. 57 und M. 19, 963 (J. L. n. 4511), Gregor VII. Loewenfeld p. 59, S. 107 n. 7); Prov. Syn. Rouen 1072 c. 19, M. 20, 39: „ne hi qui publice lapsi in criminalibus peccatis inveniuntur, citissime in sacris ordinibus restituantur . . . Unde hoc ratum manere oportet, ut in crimine publice lapsus, ante peractam poenitentiam nullatenus restituatur, nisi summa necessitate post dignam quidem longe poenitentiae satisfactionem"; Szaboles 1092 c. 1, M. 20, 759; London 1108 c. 9, M. 20, 1230: „Presbyteri vero qui relictis mulieribus deo et sacris altaribus servire elegerint, XL dies pro transgressione praefati concilii ab officio cessantes, pro se interim vicarios habebunt, iniuncta eis poenitentia, secundum quod episcopus eorum visum fuerit"; Guastalla 1106, S. 56 n. 2.

[9] Alexander III. app. Later. P. XXVI c. 13, J. L. n. 13972, M. 22, 369: „Presbyterum etiam istum in homicidii crimine lapsum, annis XII gravi poenitentia afflictum . . . tibi remittimus absolutum . . . suoque restituto sacerdotio, non tam considerantes spatium et mensuram temporis, quam poenam doloris. Ne tamen cuilibet imprudenti videatur iniquum, eum sacris altaribus restitutum, discat hoc a sanctis patribus confirmatum. Unde Callistus papa: Errant" (s. Anm. 7); c. 1 (Alex. III.) X de corp. vit. I. 20; c. 2 (id.) X de sortil. V. 21; c. 4 (id.) X de cler. excomm. V. 27; c. 1 (id.) X qui clerici IV. 6.

[10] Im Gegentheil ist die Möglichkeit der Auferlegung der öffentlichen Busse noch c. 7 X. V. 38, S. 113 n. 2, anerkannt. Dagegen verbietet Köln 1310 c. 10, M. 35, 239 die Auferlegung der publica poenitentia an Geistliche, weil diese dadurch infam werden.

Busse schlechthin als Strafe (also keine öffentliche) wird gegen Geistliche angedroht Mainz 1225 c. 2, M. 23, 3 (40 Tage Fasten im Kloster); c. 3 in VI de elect. I. 6 (gegen Kardinäle Bd. I. S. 268 n. 4).

Charakter längst verloren hatte. Die Doktrin sah sich allerdings, als der Abschluss der gedachten Entwicklung in den Dekretalensammlungen seine gesetzliche Anerkennung gefunden hatte[1], genöthigt, sich mit den älteren, die strenge Ansicht wiedergebenden Kanones auseinander zu setzen. Sie that dies, indem sie die letzteren auf die poenitentia solemnis[2] bezog[3], und die poenitentia solemnis nur auf solche Geistliche, welche in Folge ihrer Deposition auf immer vom Kirchendienst ausgeschlossen waren, für anwendbar erklärte[4], während sie den Klerikern die poenitentia publica in dem ihr im 13. Jahrhundert untergelegten Sinne offen liess[5].

b. Das kirchliche Strafen- und Disciplinarstrafensystem.

§. 264. *aa. Die Erweiterung und Umbildung der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen (Zwangsbusse und Monitio).*

Im Vergleich zu der früheren Periode weist das kirchliche Strafrecht der hier in Rede stehenden Zeit eine erhebliche Erweiterung der Strafen auf.

I. Die Strafen gegen Laien. Zu den schon früher vorgekommenen und üblichen Strafen kirchlichen Charakters, der grossen Exkommunikation, der vorübergehenden Suspension von allen Mitgliedschaftsrechten, der partiellen von einzelnen derselben, wie namentlich der Ausschliessung vom Abendmahl, der öffentlichen Rüge und den Zwangsfasten[6], welche sich in der Praxis der Kirche erhalten haben[7], und von denen aus der partiellen Suspension von den Mitgliedschaftsrechten[8] sich jetzt eine bestimmte Art mit fest normirtem Umfang als s. g. excommunicatio minor entwickelt hat[9], sind das Lokal-Interdikt und das *interdictum ambulatorium*[10], die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses[11], die Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern[12], die Suspension von einzelnen kirchlichen Rechten, der Verlust solcher Rechte für immer[13], sowie die Entziehung der Gnade des Papstes[14] hinzugetreten[15].

Charakteristisch erscheint aber vor Allem in dieser Periode die vermehrte Anwendung von Strafen rein weltlichen Charakters, welche in der früheren Zeit, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen für das fränkische Reich[16], blos in der westgothischen Kirche bekannt gewesen sind[17]. Ja es kommen jetzt nicht blos die schon in der letzteren gebräuchliche Prügelstrafe[18], die Freiheitsentziehung[19], die Ver-

[1] Bd. I. S. 40.

[2] S. 111. 112.

[3] Daher sagt auch Rufin in seiner Summa u. 1156, her. v. von Schulte, Giessen 1892 S. 57, dass die Kleriker keine poenitentia solemnis zu leisten haben.

[4] Hostiens. summa aurea ad tit. de poenitent. V. 38 u. 55: „Hec solennis penitentia non debet imponi clerico, nisi deposito et pro gravi publico crimine; vgl. ferner gl. zu c. 7 X V. 38, S. 112 n. 4.

[5] S. glossa cit.

[6] Bd. IV. S. 791. 802. 803.

[7] S. 32.

[8] Bd. IV. S. 802.

[9] S. 17, neben welcher allerdings auch noch andere derartige partielle Suspensionen vorkommen, S. 15 n. 8.

[10] S. 19. 31.

[11] Welche allerdings schon früher, aber sehr vereinzelt vorgekommen ist, S. 32.

[12] S. 33.

[13] S. 34.

[14] S. 34.

[15] Während nur die o. S. 32 gedachten, keine Bedeutung in Anspruch nehmenden beiden Strafen fortgefallen sind.

[16] Bd. IV. S. 803 n. 6 u. S. 804 n. 3; Bd. IV. S. 831.

[17] Bd. IV. S. 804 ff. S. 831.

[18] S. 36.

[19] S. 40.

bannung [1], die decalvatio [2], die Vermögenskonfiskation [3], die Geldbusse [4], der Verlust der weltlichen Ämter [5] und die Verknechtung [6] vor, sondern auch weiter die blosse Ausweisung aus bestimmten Bezirken [7], die Infamie [8], die Brandmarkung [9], das Haarabscheeren [10], (vereinzelt auch das Aufbinden auf eine Leiter [11]), der Verlust weltlicher Berechtigungen [12], die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter [13], die Acht und der weltliche Bann [14], sowie die Entbindung der Unterthanen vom Treueid gegen den Herrscher [15], und unter diesen ist die Strafe des Verlustes weltlicher Ämter sogar auf die Herrscher und die königliche und kaiserliche Würde ausgedehnt worden [16]. Werden diese Strafen auch vielfach partikularrechtlich angedroht, so sind sie doch mit einzelnen Ausnahmen [17] als gemeinrechtliche zu bezeichnen [18]. Die Einführung solcher Strafen weltlichen Charakters beginnt von Neuem mit der karolingischen Zeit [19], in welcher bei dem damals herrschenden Staatskirchenthum eine ähnliche Verquickung des geistlichen und kirchlichen Gebietes, wie früher in dem die gleiche Erscheinung aufweisenden westgothischen Reich, eingetreten ist [20]. In den folgenden Jahrhunderten haben, nachdem sich einmal die Praxis eingebürgert hatte, kirchliche Vergehen mit derartigen Strafen zu bedrohen, nicht nur die unter Theilnahme der Fürsten abgehaltenen Reichssynoden und die unter Mitwirkung der weltlichen Grossen aufgestellten Gottesfriedensordnungen, sondern auch vor Allem seit dem 11. Jahrhundert die Päpste, sei es mit ihren Synoden, sei es allein, nicht minder die Partikularkonzilien von denselben Gebrauch gemacht, ja sogar auch neue in das kirchliche Strafrecht eingeführt [21]. Bezweifelt oder bestritten worden ist damals ein solches Recht der

1 S. 39.
2 S. 43.
3 S. 39.
4 S. 36.
5 S. 43.
6 S. 49.
7 S. 40.
8 S. 41.
9 S. 43.
10 S. 43.
11 S. 43 n. 5.
12 S. 47. 48.
13 S. 49.
14 S. a. a. O.
15 S. 48.
16 S. 43.
17 Des Exils, der Ausweisung, der Brandmarkung gegen Laien, des Haarabscheerens, des Leiteraufbindens.
18 So die citirten Stellen. Es ist demnach unrichtig, wenn Katz Grundriss des kanon. Strafrechts S. 34 behauptet, dass sämmtliche Quellenstellen der Gratianischen Sammlung und der Dekretalen Gefängnissstrafe, Konfiskation und eigentliche Geldstrafe niemals gegen Laien androhen, eine Aufstellung, welche mit seiner weiteren irrigen Annahme (S. 33, vgl. darüber auch Bd. IV. S. 747), dass die Kirche allein den Geistlichen, nicht aber den Laien vindikative Strafen auferlegt habe, zusammenhängt, und bei welcher er übersehen hat, dass die gemeinrechtlichen Strafen der Infamie, des Verlustes weltlicher Ämter und Berechtigungen, der Entbindung vom Treueid und des weltlichen Bannes ebenfalls zu diesen gehören. Allerdings erfolgt die Vollstreckung einzelner dieser Strafen, wie der Vermögenskonfiskation bei ketzerischen Laien, zu Gunsten der weltlichen Obrigkeit, aber die Kirche hat ihrerseits diese Strafe, welche nach c. 19 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2. sogar ipso iure eintritt, s. auch die gleich cit. Bulle Gregors XI., angeordnet. Wenn Katz S. 35 in Betreff der Verknechtung nur von einer gutachtlichen Empfehlung spricht, so ist diese zum Theil durch die Päpste direkt angeordnet worden, s. S. 49 und auch die Bulle Gregors XI v. 1376 gegen Florenz, Raynald. ann. a. 1376 n. 5: „bona ... quorumcumque Florentinorum ubicumque consistentium de ... fratrum nostrorum consilio confiscavimus et personas ipsorum omnium et singulorum absque tamen morte et membri mutilatione exponimus fidelibus, ut capientium fiant servi et bona earum mobilia quibuscumque fidelibus occupanda“, und wo die Kirche ihre Anwendung den Fürsten überlassen hat, S. 49 n. 11. 12, war dies ebenfalls so gut wie ein Gebot, da die letzteren in der damaligen Zeit als verpflichtet galten, die kirchlichen Strafverordnungen durchzuführen, s. §. 286.
19 In dieser kommen schon Prügelstrafe, Geldbusse, Vermögens-Konfiskation, Exil, Gefängniss und Haarabscheeren vor, s. die vorhin citirten Stellen.
20 Bd. IV. S. 814 ff. 831.
21 So die Absetzung der Fürsten S. 43, die Entbindung der Unterthanen vom Treueid S. 48, den Verlust weltlicher Ämter S. 43, die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Stellungen S. 47. 48, die Entziehung des Rechtes des Handelsverkehrs S. 48 und den weltlichen Bann S. 49. Auch das Anwendungsgebiet der Infamie ist gerade durch die päpstliche Gesetzgebung erweitert worden.

Kirche und des Papstes nicht, und von dem Standpunkt der mittelalterlichen hierokratischen Theorie, nach welchem der geistlichen Gewalt die Souveränität über die weltliche Herrschaftsordnung gebührt und dem Papste die oberste geistliche und weltliche Gewalt zusteht, konnte in der That auch ein solches Recht der Kirche nicht in Frage gezogen werden[1], vielmehr scheidet sowohl die kirchliche Gesetzgebung[2] als auch die Doktrin[3] in voller Unbefangenheit die kirchlichen Strafen in *poenae spirituales* und *temporales* oder in *spirituales* und *corporales* oder auch in *spirituales*, *corporales* und *pecuniariae*.

II. Die Strafen und Disciplinarstrafen gegen Geistliche. Was die Strafen gegen Geistliche betrifft, so war es natürlich, dass die in dieser Periode neu gegen die Laien eingeführten Strafen, mochten sie kirchlichen oder rein weltlichen Charakters sein, auch gegen die ersteren, soweit sie überhaupt gegen dieselben in Frage kommen konnten, verwendet wurden, so von den kirchlichen der kleine Bann[4], das Lokal-Interdikt, die Entziehung der Gnade des Papstes und des kirchlichen Begräbnisses[5], von den letzteren[6] die Geldstrafe, die Vermögenskonfiskation[7], die Konfiskation einzelner Sachen[8], das Exil, die Ausweisung[9], die Infamie[10], die Brandmarkung[11], der Verlust weltlicher Ämter und Rechte, die Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter und die Acht[12], und zwar haben dieselben mit geringen Ausnahmen[13] den Charakter gemeinrechtlicher Strafen erlangt[14].

Auch die Disciplinarstrafen im eigentlichen Sinne haben eine reichere Ausbildung erfahren. Neu eingeführt worden sind während dieser Periode die Entziehung einzelner Amtsrechte[15] und der geistlichen Standesrechte[16], sowie der einmalige Verlust einzelner aus dem Amt herfliessender Befugnisse[17]. Ferner hat sich die früher einheitliche Strafe der Deposition in die Deposition im eigentlichen Sinn und die Degradation geschieden[18], und die Suspension in eine grössere Anzahl verschiedener Arten gespalten[19].

III. Die Zwangsbusse und die *Monitio*. Neben die unter I. und II. er-

[1] Das ist erst geschehen, als die Berechtigung dieser Anschauung überhaupt bestritten wurde, so Ausgangs dieser Zeit von Marsilius v. Padua, s. Friedberg, Zeitschr. f. K. R. 8, 128. 130.

[2] c. 2 (Bonifaz VIII.) in Extr. comm. de sent. exc. V. 10; c. 3 (Clem. V.) eod. (poenae spirituales et temporales); Seyne 1267 c. 6, M. 23, 1181 (per privationem beneficii vel suspensionem officii vel alias temporaliter vel spiritualiter ad superioris arbitrium puniatur"); Paris 1212 o. 1213 P. IV. c. 14, M. 22, 842 setzt der poena pecuniaria die poena spiritualis gegenüber.

[3] Petri Blesensis u. 1180 speculum iuris can. c. 6, ed. Reimarus 1837 p. 25, stellt die poenae spirituales und corporales als temporales der aeterna gegenüber. Die spiritualis scheidet er in diejenige, „qua spiritus hominis offenditur", d. h. die excommunicatio, diejenige „qua res spiritualis adimitur", z. B. eine Kirche oder das Recht zum Eintritt in den geistlichen Stand, und diejenige, „qua status hominis deformatur", wie die Infamie. Als Beispiel der corporalis bezeichnet er die Verknechtung. Bernardi Papiens. summa decretal. V. 33 §. 4 ed. Laspeyres. Ratisbon. 1860. p. 255 theilt die poena canonica in die spiritualis (Rüge, Personal-Interdikt oder Suspension, Exkommunikation, Infamie, Deposition), die corporalis (exilium, ieiunium, carcer, verberatio) und in die pecuniaria ein.

[4] S. 77.

[5] S. 78.

[6] Welche allerdings ebenfalls schon zum Theil im westgothischen Reich im Gebrauch gewesen sind, Bd. IV, S. 816.

[7] S. 79. 81.

[8] S. 81.

[9] S. 81, vereinzelt auch die zeitweise Konfination an einen bestimmten Ort, s. a. a. O.

[10] S. 84.

[11] S. 84. Wegen der Verknechtung und decalvatio s. ebendaselbst.

[12] S. 85.

[13] Der Entziehung der Gnade des Papstes, S. 77, des Exils S. 81 und der Konfiskation einzelner Sachen, S. 81.

[14] Von älteren Strafen gehören hierher die Prügelstrafe und Freiheitsentziehung.

[15] S. 63.

[16] S. 64.

[17] S. 65.

[18] S. 58.

[19] S. 67 ff.

wähnten Strafen ist weiter die jetzt durch Verrichtung einer Reihe einzelner Busswerke zu leistende Zwangsbusse als Strafe in der Art getreten, dass durch ihre Übernahme andere, für das Vergehen angedrohte Strafen ausgeschlossen werden[1]. Gerade deswegen, d. h. um dem Schuldigen Zeit zur Übernahme der Busse zu lassen, wird schon seit dem 8. Jahrhundert der Erlass einer Mahnung (*monitio evangelica*) an den Thäter vor der Verhängung der Exkommunikation[2] gefordert, und demnächst ist eine solche durch die Partikularsynoden auch vor dem Aussprechen des kleinen Bannes[3] verlangt, ferner in einzelnen päpstlichen Erlassen[4] und Partikular-Verordnungen als Bedingung der Anwendung des Interdikts[5], endlich in päpstlichen Privilegien sogar auch als Voraussetzung der für die Verletzung derselben angedrohten Strafen der Entziehung der päpstlichen Gnade[6] und des Verlustes geistlicher und weltlicher Ämter[7] hingestellt worden. Gerade der letztgedachte Fall, bei welchem eine poena vindicativa, nicht eine Censur in Frage steht[8], zeigt, mag es sich gleich dabei um eine formelhafte Klausel handeln, dass man die monitio begrifflich nicht blos mit den Censuren[9], sondern auch mit den poenae vindicativae für vereinbar erachtet hat, und in der That war dies auch innerlich gerechtfertigt, da die jetzt zur Strafe gewordene Busse geeignet war, ebenso gut wie die Exkommunikation auch jede andere Strafe zu ersetzen, und man daher auch vor der Verhängung der letzteren dem Thäter durch eine monitio die Möglichkeit gewähren konnte, die Strafe durch Übernahme der Busse abzuwenden[10].

[1] S. 88. 89. 100. 113.

[2] S. 10. 89.

[3] Rom 871/78 c. 5. 7; Troyes 878 c. 3, S. 16 n. 11 u. S. 19 n. 7.

[4] Calixt. II. 1120, J. L. n. 6807, M. 21, 214; Hadrian IV. 1155, J. L. n. 10067, M. 21, 814.

[5] Lüttich 1166 c. 8, M. 22, 10; Oxford 1222 c. 28, M. 22, 1160; Exeter 1278 c. 43, M. 24, 827.

[6] Urban II. 1088/99, J. L. n. 5747, S. 35 n. 1; Innocenz II. 1140/43, J. L. n. 8328, M. 21, 420: „Si quis autem huius nostrae constitutionis ... paginam sciens contra eam venire tentaverit, secundo tertiove commonitus, si non reatum suum congrua satisfactione correxerit, indignationem dei omnipotentis et bb. Petri et Pauli apostolor. eius se noverit incursurum"; Hadrian IV. 1157/59, v. Pflugk-Harttung acta pontif. Roman. 3, 199, wenn schon der die monitio betreffende Passus in der überwiegenden Zahl der S. 34 n. 4 angeführten päpstlichen Briefe fehlt.

[7] Gregor VII. 1078 J. L. n. 5094, v. Pflugk-Harttung 1, 51: „Si quis vero regum, sacerdotum, clericorum, iudicum ac secularium personarum ... contra eam (paginam constitutionis) ... venire temptaverit, ammonitus semel et iterum usque tercio per convenientes indutias, si non resipuerit atque predicte ecclesie non satisfecerit, potestatis honorisque sui dignitate careat"; 1079, J. L. n. 5125, Jaffé, mon. Gregor. p. 370 (mit der Einschiebung: imperatorum), so jedoch vereinzelt bei Gregor VII., während in den meisten seiner Briefe, s. d. Citate S. 43 n. 6, die monitio erst als Bedingung der in zweiter Linie bei weiterer Hartnäckigkeit angedrohten Exkommunikation hingestellt wird; dagegen im wesentlichen übereinstimmend mit den erst angeführten Briefen: Urban II. 1093, J. L. n. 5487 u. 1095 n. 5543 u. 5600, M. 20, 643. 706. 828; Paschalis II. 1100, J. L. n. 5849, M. 20, 1088 u. 1101, n. 5858. 5867, M. 20, 982. 1014; Gelasius II. 1118, J. L. n. 6651, M. 21, 173; Calixt. II. 1120, J. L. n. 6822, M. 21, 191; Honorius II. 1125, J. L. n. 7227, M. 21, 335; Lucius II. 1144, J. L. n. 8609, M. 21, 619; Eugen III. 1153, J. L. n. 9714, M. 21, 638; Urban III. 1187, J. L. n. 15960, M. 22, 499; Cölestin III. J. L. n. 16989, M. 22, 622.

[8] Auf die Entziehung der päpstlichen Gnade weise ich absichtlich nicht hin, da diese auch als Censur verwendet werden konnte.

[9] Das behaupten die Bd. IV S 761 citirten Schriftsteller mehr oder minder deutlich.

[10] Es ist indessen zu beachten, dass die monitio auch wie in früherer Zeit, s. Bd. IV. S. 762 n. 6 u. S. 843 n. 4 v. S. 842, dem Zweck gedient hat, bei einer Reihe von Vergehen das zum Thatbestande derselben erforderliche Moment eines hartnäckigen Verhaltens oder der wiederholten Verübung bestimmter Handlungen festzustellen. In dieser Bedeutung kommt sie vor: bei der Exkommunikation für die Verweigerung der Zehnten, S. 11 n. 2 und London 1175 c. 13, M. 22, 150, für die andern a. a. O. gedachten Vergehen, für eigenmächtiges Verlassen des Klosters durch Mönche Urban II. 1090 o. 1092, Jaffé mon. Bamb. p. 144. 161; für Nichtablegen unpassender Kleidung durch Geistliche, London 1175 c. 4, M. 22, 148; const. Paris. Gallon. card. 1210 c. 8, M. 22, 764: „Volentes ... magistris et scholaribus deferre, eatenus erga ipsos rigorem ... nostrae constitutionis (welche verdächtigen Umgang mit Frauen, Tragen unpassender Kleidung und das Wuchern bei Exkommunikation

Was die gemeinrechtliche Gestaltung betrifft, so hat das 3. Lateran-Konzil (1179)[1] die vorgängige monitio nur für die Verhängung der Exkommunikation und der Suspension[2], und Bonifaz VIII. sie in einem einzigen Fall auch für die des Interdikts[3] vorgeschrieben, und zwar soll sie eine dreimalige sein oder ausdrücklich als einmalige für alle drei

verbietet) duximus temperandam, ut antequam periculum excommunicationis incurratur, admonitio generaliter fiat per magistros et comminatio excommunicationis in transgressores. Quibus praemissis, si qui forte contumaces et rebelles extiterint, iterum et nominatim sub eadem comminatione et in scholis moneantur ... „c. 9: „Quodsi forte nec taliter resipiscere voluerint, extunc . . excommunicentur", (wonach aus Milde bei den Scholaren erst ein ganz besonderer Grad von Widerspenstigkeit für die Verhängung der Exkommunikation erfordert wird), bei dem Personalinterdikt add. Wilhelm. Paris. episc. c. 1, M. 22, 766, S. 67 n. 6, s. auch S. 14 n. 6; beim *interdictum ambulatorium* Innocenz III. und Monteil 1248 c. 15, S. 31 n. 3; beim kleinen Bann Lateran. III. 1179 c. 27, S. 18 n. 1; bei der Deposition syn. Papiens. 850 c. 19, Bor. Kr. 2, 122 (Wucher): „si laicus est, excommunicetur, sacerdos autem vel clericus, si ad episcopi admonitionem ab hoc turpi et pestifero negotio se non cohibuerit, proprii gradus periculum sustinebit"; Rudolf v. Bourges u. 850 c. 16, M. 14, 951 (verdächtiger Umgang von Priestern mit Frauen); Rom 853 c. 41, M. 14, 1016 (Priester, welche sich ohne Zustimmung des Diöcesanbischofs von Laien in andere Diöcesen anstellen lassen und nicht in ihre Sprengel zurückkehren), bei der *privatio beneficii* Paschalis II. 1100/15, J. L. n. 6437, S. 62 n. 5; Lateran. II. 1139 c. 4, M. 21, 527 (Geistliche, welche ihre unangemessene Kleidung beibehalten); Rheims 1148 c. 2, M. 21, 714 (desgleichen); c. 6 (Alex. III.) X de cohab. III. 2; Paris 1212 P. I. c. 6, M. 22, 820, S. 62 n. 5; bei der *suspensio ab officio* Aix 1112 c. 3, M. 21, 74: „Si quis vero in solvendo quarta parte magis inobediens extiterit, post tertiam admonitionem officio suspendatur"; bei der *suspensio a beneficio* Paris 1212 P. I. c. 7, M. 22, 819, S. 69 n. 1; bei der Suspension schlechthin London 1200 c. 1, M. 22, 713 (Geistliche, welche die Worte des Kanons und der Offizien undeutlich und zu schnell aussprechen), und bei dem Verlust des Klerikalprivileges c. un. (Bonifaz VIII.) in VI. de vita III. 1, wo der Ausübung der Gauklerkunst während eines Jahres eine kürzere Frist, wenn innerhalb derselben eine dreimalige Mahnung erfolgt ist, gleichgestellt wird. Deutlich ergiebt sich der gedachte Zweck der monitio aus Roffec 1258 c. 2, M. 23, 984: „quos ex tunc in generali monemus et moneri praecipimus et si moniti talia facere praesumpserint, ipso facto excommunicatos esse volumus" und Bourges 1286 c. 25, M. 24, 638: „quod rectores ecclesiarum . . publice semel secundo et tertio diebus dominicis astante plebe in ecclesiis suis moneant . . ne de cetero talia attentare praesumant. Quod si post monitiones contra fecerint, . . excommunicationi subiaceant ipso facto", wo die monitio als Erforderniss der Vollendung des Vergehens hingestellt wird, damit sich die auf dasselbe gesetzte exc. l. s. realisiren kann.

Endlich hat man eine vorgängige monitio auch angewendet, um eine Person, welche durch Gerücht eines nicht zu erweisenden Vergehens bezichtigt war, zum Geständniss oder zur Übernahme der Busse zu bewegen, Leg. K. York 1195 c. 12, M. 12, 656: „suspectus de crimine (d. h. des Haltens von Konkubinen) per famam communem vel verisimilia indicia per decanum loci admoneatur familiariter semel, secundo et tertio, ut se corrigat; quod si non fecerit, decanus adiunctis sibi duobus vel tribus, penes quos eius fama laborat, eum corripiat. Si nec sic videatur corrigi, dicatur ecclesiae, scil. arguatur in capitulo, ut convictus vel confessus canonice puniatur"; London 1200 s. 12, p. 719: „Diffamati fama publica vel verisimilibus indiciis super crimine, de quo vinci non possunt, commoneantur semel, secundo et tertio, ut confiteantur et satisfaciant: si vero incorrecti in negatione perstiterint, indicatur eis purgatio"; Richard v. Salisbury u. 1227 c. 26, M. 22, 1115; Canterbury 1236 c. 19, M. 23, 421.

Wohl nicht auf Straf-, sondern auf andere Rechtssachen beziehen sich die Privilegien Clemens' III. 1188, J. L. n. 16249 u. 16266, Matthaeus Paris chron. maiora ed. Luard 6, 61, für Mönche einzelner Klöster darauf, dass sie erst nach vorgängiger monitio canonica, bez. nach Mahnung durch den Papst andern zu Recht zu stehen brauchen.

[1] c. 6, M. 22, 221 in c. 26 X de appell. II. 28, S. 12 n. 3.

[2] Also der suspensio ab officio, S. 73; bei der susp. ab officio et benef. erwähnt derselben c. 14 (Lateran. IV. 1215 c. 15) X de vita cleric. III. 1, S. 69 n. 2.

Für die Exkommunikation insbesondere ist diese Anordnung durch Lateran. IV. 1215 c. 47 in c. 48 X de sent. exc. V. 39 mit der Erweiterung wiederholt, dass bei der Mahnung behufs des Beweises geeignete Personen zugezogen und die Prälaten, welche gegen diese Vorschriften verstossen, selbst bei gerechtfertigter Verhängung der Exkommunikation mit der interdictio ingressus ecclesiae auf einen Monat, daneben aber nach Bewandniss der Umstände auch mit einer andern Strafe belegt werden sollen.

[3] Wenn nämlich dasselbe gegen denjenigen, welcher wegen Umganges mit einem Exkommunicirten in den kleinen Bann verfallen ist und hartnäckig in demselben verharrt, ausgesprochen werden soll, c. 13 (Bonifac. VIII.) in VI. de sent. exc. V. 11. Allgemein ist sie für das Interdikt nicht angeordnet worden, denn c. 5 (Innoc. IV.) in VI. eod. spricht von dem letzteren blos im Eingang, nicht aber an der die monitio betreffenden Stelle. Es ist daher nicht richtig, wenn Mendelssohn-Bartholdi de monitione canonica. Heidelberg 1860 p. 17 sie bei allen Censuren für erforderlich erklärt. Wegen des Partikularrechts s. o. S. 119 n. 5.

Mal erfolgen[1]. Ihre Unterlassung hat für die Regel keine Nichtigkeit der Verhängung der Strafe zur Folge[2]. Von vornherein ist sie gemeinrechtlich bei den *excommunicationes* und *suspensiones latae sententiae*[3] und bei den generellen Exkommunikationen[4] nicht für nothwendig erklärt worden[5], doch ist sie später in einem Fall bei der excommunicatio l. s. vorgeschrieben worden[6], während sie die Partikularsynoden seit dem 13. Jahrhundert mehrfach sowohl für die erwähnten Censuren latae sententiae[7], wie auch für die General-Exkommunikationen[8] fordern, aber meistens eine allgemein ausgesprochene und öffentlich verkündete, nicht eine an bestimmte Personen gerichtete Mahnung genügen lassen[9].

In dieser, der monitio für immer durch das gemeine Recht gegebenen Ausgestaltung hat sie nach wie vor den schon S. 119 hervorgehobenen Zweck, dem Schuldigen Gelegenheit zur Abwendung der Strafen der Exkommunikation und der Suspension (bez. auch des Interdikts)[10] durch Übernahme der Busse und der erforderlichen Genugthuung[11] zu geben[12], nicht aber den, eine offenbare Widerspenstigkeit und Widersetzlichkeit, sowie den Ungehorsam gegen die kirchlichen Aufforderungen zur

[1] c. 9 (Lyon 1274) in VI. de sent. exc. V. 11: „iudices sive monitionibus tribus utantur sive una pro omnibus, observent aliquorum dierum competentia intervalla, nisi facti necessitas aliter ea suaserit moderanda". Von einer competens monitio sprechen c. 48 (Lateran. IV. 1215 c. 47) X de sent. exc. V. 39; c. 61 (id. c. 48) X de appell. II. 28; c. 5 (Innoc. IV.) in VI. de sent. exc. V. 11. Auch muss sie dem Schuldigen persönlich zugestellt werden c. 48 X cit.

[2] c. 5 (Lyon 1245) in VI. eod. V. 11 bezeichnet solche Sentenzen nur als iniustae. Nichtigkeit tritt allein ein, wenn die monitio vor Verhängung der Exkommunikation, der Suspension oder des Interdikts gegen den im kleinen Bann wegen des S. 120 n. 3 gedachten Vergehens unterlassen wird.

[3] c. 26 (Lateran. III. 1179 c. 6) X de appell. II. 28, vgl. über diese §. 266.

[4] Über diese §. 266. c. 5 cit. V. 11 in VI. verlangt sie allerdings, wenn eine solche vom Richter für die Vergangenheit oder Gegenwart, nicht aber für die Zukunft verhängt wird.

[5] Demnach ist die monitio abgesehen von dem in der vor. Anm. erwähnten Fall erforderlich, wenn eine der gedachten Strafen auf Grund eines dieselbe androhenden Gesetzes oder ohne ein solches arbiträr vom kirchlichen Oberen verhängt wird.

[6] Clem. 1. de stat. monach. III. 10: „si qui vero visitatores ipsos in praemissis impedire praesumpserint . . nisi moniti resipiscant, ipso facto excommunicationis sententiam se noverint incursuros".

[7] Nantes 1264 c. 7, M. 23, 1120: „Si vero aliquis a locorum ordinariis in generali canonica monitione facta, ut a praedictis exactionibus desistatur . . . aliquid attentare praesumserit, extunc volumus ipsum excommunicationis sententiam incurrere ipso facto"; Rouen 1299 c. 3, M. 24, 1205 (post monitionem de contrario generalem) u. c. 5 ibid. (monitione legitima praecedente); Pressburg 1305 c. 5, M. 25, 221; Avignon 1326 c. 8 p. 747; Benevent 1331 u. 1378 c. 20, M. 25, 944 u, M. 26, 629 („monentes . . . una canonica monitione pro omnibus et peremtorie"); Rouen 1335 c. 5, M. 25, 1042 („post monitionem etiam generalem excommunicationis sententiam incurrant ipso facto"); beim Interdikt Avignon 1326 c. 24, p. 762.

[8] Schottisches Konz. 1222 c. 50, M. 22, 1234: „Monitionem . . . statuimus sufficere generalem et si fiat alicuius nomine non expresso, dum ita publice ac solemniter fiat, quod ad eorum notitiam valeat pervenire"; Köln 1266 c. 31, M. 23, 1148: „Et cum de aliis constiterit per evidentiam vel per famam publicam vel iuramentum iniuriam vel damnum passi, si fuerit persona fide digna, vel per fidem testium summarie faciendam, per ordinarium moneatur, ut intra VII dies a tempore monitionis factae de forefacto perpetrato satisfaciat competenter. Alioquin a nobis excommunicatus excommunicatione quam ferimus in his scriptis, extunc per omnes ecclesias publice nuncietur"; Köln 1310 c. 12, M. 25, 240; Benevent 1331 u. 1378 c. 21, M. 25, 945 u. 26, 629: „in contrarium facientes canonica monitione praemissa sententiam excommunicationis proferimus in his scriptis".

[9] S. die vorhergehenden Anmerkungen.

[10] S. 120 n. 3.

[11] Vgl. auch c. 5 in VI cit. V. 11: „Caveant (die kirchlichen Richter) etiam, ne tales sententias excommunicationis sive specialiter sive generaliter in aliquos pro futuris culpis, videlicet: si tale quid fecerint, vel etiam pro commissis sub hac forma: si de illis infra tale tempus minime satisfacerint, proferre praesumant, nisi mora in exhibenda satisfactione, vel culpa seu offensa praecesserit, quibus merito ad iniungendam satisfactionem huiusmodi et taliter prohibenda similia inducantur, aut alia rationabilis quam in ipsis sententiis exprimant, causa subsit" wo der Gesichtspunkt der satisfactio stark betont wird.

[12] Desshalb beziehen sich die betreffenden gemeinrechtlichen Vorschriften auch nicht auf die monitio in den S. 119 n. 10 besprochenen Bedeutungen.

Besserung festzustellen. Wenn die herrschende Meinung[1] letzteres darauf stützt, dass die Censuren nicht das Verbrechen als solches strafen und nicht durch die Strafe das verletzte Recht sühnen, sondern den Schuldigen aus dem Zustande der Sünde herausführen, ihn zur Besserung vermögen und ihn anhalten sollen, für das gegebene Ärgerniss oder den zugefügten Schaden Genugthuung zu leisten, so übersieht sie, dass bei der Bedrohung eines bestimmten Vergehens mit einer s. g. Censur, z. B. der Exkommunikation, die in derselben liegenden Übel gerade für die Begehung der betreffenden Strafthat und als Sühne für das durch Verletzung der Rechtsordnung, nicht für das erst durch eine weitere Widerspenstigkeit gegebene Ärgerniss eintreten sollen[2]. Überdies ruht die gemeinrechtliche Gestaltung der *monitio* auf dem damals von der kirchlichen Gesetzgebung gar nicht erfassten und berücksichtigten Unterschied zwischen den Censuren und Vindikativstrafen (s. S. 125). Entsprechend dem Gelegenheitscharakter derselben hat man wegen des häufigen und leichtfertigen Gebrauches der Exkommunikation und der Suspension gerade für die Anwendung dieser Strafmittel[3] die vorgängige Mahnung vorgeschrieben[4], und wie sie nach Partikularrecht ebenfalls vor der Verhängung von eigentlichen Strafen vorgekommen ist[5], so ist dies gleichfalls nach gemeinem Recht der Fall geblieben, da die Suspension ebenfalls als eigentliche Strafe vorkommt[6], und die monitio für sie schlechthin[7], nicht blos, soweit sie als Censur erscheint, angeordnet worden ist. Endlich darf nicht unbeachtet bleiben, dass das gemeine Recht nur Vorschriften über einzelne Fälle, in denen die monitio vor der Verhängung von Strafen zu erfolgen hat, aufstellt, damit aber nicht die Vornahme derselben in anderen verbietet, und dass das Partikularrecht des 13. und 14. Jahrhunderts eine solche auch über das gemeine Recht hinaus angeordnet hat[8], also auch in der Lage gewesen wäre, sie, wie früher[9], vor der Verhängung von Vindikativstrafen festzusetzen.

[1] S. z. B. Kober Kirchenbann 2 A. S. 146; München kanon. Gerichtsverfahren u. Strafrecht 2, 176.

[2] Die Konsequenz der hier bekämpften Ansicht führt dazu, dass die vielen, die Excommunikation ohne Weiters androhenden Normen dahin aufzufassen wären, dass allein derjenige Schuldige, dessen Widerspenstigkeit und Unverbesserlichkeit vorher festgestellt worden ist, mit dem Banne belegt werden darf. Weiter erscheinen von diesem Standpunkt aus die censurae latae sententiae, (vgl. auch unten §. 266) welche sich von selbst mit der Begehung der That realisiren und für deren Verwirklichung gemeinrechtlich eine vorherige monitio der Regel nach nicht erforderlich ist, S. 121, als etwas dem Wesen der Censur völlig Widersprechendes, während sie nach der hier vertretenen Meinung insofern eine Verschärfung der Strafe bilden, als der Eintritt derselben bei ihnen nicht durch Übernahme der Busse abgewendet werden kann. Katz S. 49 hat hier das Richtige erkannt, aber wenn er die monitio für eine nur formelle Vorschrift erklärt, so ist mir nicht klar, was er damit sagen will.

[3] Für das Interdikt nur in einem Falle, s. S. 120 n. 3. Auch das wäre unerklärlich, wenn die Censur begrifflich die vorgängige monitio erforderte.

[4] Das ergiebt das in der entscheidenden Stelle, c. 26 X de appell. II. 28 angegebene Motiv der Anordnung: „Reprehensibilis valde consuetudo in quibusdam partibus inolevit, ut quum fratres et coepiscopi nostri seu etiam archidiaconi appellaturos quosdam in suis causis existimant, nulla penitus admonitione praemissa suspensionis et excommunicationis in eos sententiam ferant“.

[5] S. 119.

[6] S. auch Kober, Suspension S. 26.

[7] Kober a. a. O. S. 60 behauptet zwar unter Berufung auf Gonzalez Tellez comm. ad c. 9 X de cler. exc. V. 27 n. 11, dass die monitio für die suspensio als Vindikativstrafe nicht erforderlich sei, aber c. 26 X cit. II. 28 unterscheidet nicht zwischen einer solchen und der Censur. Übrigens ist in dem von ihm weiter angezogenen c. 33 (Innoc. III.) X de test. II. 20 nicht von der Verhängung einer suspensio ab off. et a benef. ohne vorangegangene monitio die Rede, sondern von einem denunciare suspensos, d. h. von der Verkündigung einer schon eingetretenen suspensio.

[8] S. 121.

[9] S. 119.

§. 265. *bb. Der Begriff der Strafe. Censuren und Vindikativstrafen. (Strafen gegen Unschuldige.)*

I. Der Begriff der Strafe. Der Begriff der Strafe im kirchlichen Strafrecht ist in dieser Periode kein anderer als in früherer Zeit, und auch für sie trifft die schon widerlegte Auffassung, dass die kirchliche Strafe lediglich im Interesse des Bestraften selbst nicht als Übel, sondern als Wohlthat für denselben, um ihn mit Gott zu versöhnen und dessen Zorn abzuwenden verhängt werde[1], nicht zu.

Von den jetzt zur Anwendung kommenden Strafen der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, der Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern, dem definitiven Verlust kirchlicher Rechte, der Vermögenskonfiskation, der Entziehung weltlicher Ämter, einschliesslich der Absetzung der Fürsten, der Brandmarkung, dem Verlust weltlicher Berechtigungen, der Unfähigkeit zur Erlangung weltlicher Ämter und Stellungen, sowie der Entbindung der Unterthanen vom Treueide[2] lässt sich sicherlich nicht behaupten, dass sie dem Schuldigen nicht als Übel, sondern als Wohlthat behufs seiner Versöhnung mit Gott auferlegt worden sind.

Weiter richtet sich die in dieser Periode neu eingeführte Strafe des Lokalinterdikts und seiner Abart, des interdictum ambulatorium[3], nicht nur gegen den Schuldigen, sondern es zieht auch im Widerspruch gegen alle Gerechtigkeit und alle gesunden Prinzipien des Strafrechtes eine ganze Reihe Unschuldiger in Mitleidenschaft, ja partikularrechtlich hat man diese Ungerechtigkeit in einzelnen Fällen sogar noch gesteigert[4].

Aber auch abgesehen davon wendet das kirchliche Recht dieser Periode Strafen, welche Unschuldige treffen, an. So wird seit dem 13. Jahrhundert theils gemeinrechtlich[5], theils partikularrechtlich als Strafe die Ausschliessung der Descendenz des Thäters vom Erwerbe kirchlicher Ämter und der kirchlichen Weihen, vereinzelt auch weltlicher Würden[6], bis zu einer bestimmten Generation, welche zwischen der ersten und vierten schwankt, für Ketzerei und Apostasie[7], für den Raub von Christen und Verkauf derselben an Sarazenen[8], für Vergehen gegen die Person, die Freiheit, die leibliche Integrität der Geistlichen[9],

[1] Bd. IV S. 747. 748.
[2] S. 116.
[3] S. 19. 31.
[4] So belegt Cognac-Bordeaux 1238 c. 15, M. 23, 491: „Si plures domini homines habeant divisos, pro delicti domini alterius interdicto sui solummodo supponantur. Si vero homines habeant indivisim, subiiciantur omnes communi interdicto“ bei nichtgetheiltem gemeinsamem Territorialbesitz zweier Herren lediglich deshalb wegen des Deliktes eines derselben alle Leute der ungetheilten Besitzungen mit dem Interdikt. Nach Köln 1260 c. 14, M. 23, 1141 soll, wenn die Mehrzahl der Parochianen die Abhaltung des Sendgerichtes und die Entrichtung der Sendabgaben hindert, der ganze Ort mit dem Interdikt belegt werden, obwohl die Minorität völlig schuldlos ist. Ebenso lässt auch Exeter 1287 c. 3, M. 24, 821 bei Delikten der Mehrheit der Parochianen das Interdikt zu.
[5] S. 33; s. ferner Potthast reg. n. 17546 (Bestätigung eines Statuts durch Alexander IV. 1259, welches die gedachte Strafe für Tödtung und Verwundung von Kanonikern festsetzt).
[6] c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V. 9. S. 49 n. 5; const. Urban. V. 1385: Sacrilegorum, bull. Taur. 4, 592, welche für die Wegnahme oder Zerstörung bestimmter Reliquien der Apostel Petrus und Paulus oder einzelner Theile ihres Schmuckes selbst mit Zustimmung des Kapitels der Laterankirche, die nur durch den Papst lösbare Exkommunikation und das nur von ihm aufzuhebende Lokalinterdikt, Verlust aller Kirchenämter, Unfähigkeit zur Erlangung derselben, immerwährende Infamie, weltlichen Bann, Verlust der Lehen, der von den Söhnen und Enkeln besessenen kirchlichen Ämter einschliesslich der bischöflichen und Ausschluss der Descendenz vom Klerikalstand und von kirchlichen und weltlichen Ämtern androht.
[7] Bd. II. S. 487 n. 12. 15.
[8] Leg.-K. Valladolid 1322 c. 23, M. 25, 721.
[9] Leg.-K. Avignon 1209 c. 20, S. 33 n. 12; c. 12 X de poen. V. 37; c. 5 (Bonifaz

gegen die kirchlichen Freiheiten[1], gegen die persönliche Sicherheit und das Leben der das Asylrecht in Anspruch nehmenden Personen[2] und gegen das Kirchengut[3], sowie für die Verhöhnung der Exkommunikation und des Exkommunikators durch Nachahmung der Ceremonien des Anathems[4] festgesetzt.

Endlich finden sich einzelne kirchliche Strafen auch gegen völlig Unschuldige angedroht, vereinzelt gegen Kinder aus incestuosen Ehen die Infamie[5], aber wiederholt seit dem 13. Jahrhundert bei thätlicher Verletzung und Gefangenhaltung von Bischöfen[6], bei Eingriffen in die kirchlichen Freiheiten[7], bei Beeinträchtigungen des Kirchengutes[8] und des Vermögens der Geistlichen[9], bei offenbarem Wucher[10], bei Nichtbeachtung der Exkommunikation[11], sogar lediglich schon wegen der Exkommunikation des Gewalthabers[12] das Personal-Interdikt[13], mitunter die Entziehung des kirchlichen Begräbnisses[14], gegen die Ehefrau, die Kinder, Familienglieder, Bediensteten und Kolonen (mancipia)[15] des Schuldigen, endlich einmal auch bei dem S. 123 n. 6 gedachten Vergehen Verlust der kirchlichen Ämter einschliesslich der bischöflichen Würde ipso iure für die völlig unschuldigen Descendenten des Thäters[16], und bei der Ketzerei Verlust der kirchlichen Ämter, welche Geistliche auf Bitten von Ketzern erlangt haben[17].

In diesen Strafandrohungen für Vergehen, welche sich wesentlich gegen das

VIII.) in VI de poen. V. 9; Clem. 1 de poen. V. 8, S. 33 n. 12 u. S. 49 n. 4; Köln 1266 c. 24. 29, M. 23, 1145 (allerdings hier erst nach einjährigem Verharren in der Exkommunikation, aber c. 24 sogar Ausschliessung der Seitenverwandten bis zum 3. Grad); Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 464 (Angriffe gegen Bischöfe), s. auch weiter die S. 33 n. 12 und §. 287 citirten Partikularkonzilien.

1 Roffec 1258 c. 1, M. 23, 983 (Vereinigungen und Verschwörungen dagegen, nach dreimonatlichem Verharren des Thäters in der Exkommunikation); Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 (Hinderung der kirchlichen Wahlen und der Besetzung von Kirchenämtern); Nogaret 1303 c. 1, M. 25, 588 (Belastung des Klerus mit Abgaben).

2 Leg.-K. Bourges 1276 c. 12, M. 14, 175.

3 Nogaret 1303 c. 10, M. 25, 114 (das Behalten kirchlicher Zehnten, hier auch Ausschluss von der Tonsur), vgl. auch Urban. V. const. Sacrilegorum cit. v. 1385 cit. S. 123 n. 6.

4 Riez 1285 c. 8, M. 24, 578.

5 Lateran I. 1123 c. 5, M. 21, 283, S. 42 n. 2, ferner auch freilich viel später, nämlich durch const. cit. Urban. VI. 1385 §. 2, für die Descendenz des Thäters bei dem S. 123 n. 6 gedachten Verbrechen.

6 Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 464 (familia und familiares, Personalinterdikt bis zur Satisfaktion); Bergamo 1311 c. 12 p. 487 (ebenso).

7 Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 (Verhinderung kirchlicher Wahlen und der Besetzung der Kirchenämter, Personalinterdikt für familia); Nogaret 1315 c. 2, M. 25, 558 (Belastung der Kleriker mit Abgaben, Ausschliessung der Frau, Kinder und Familie vom kirchlichen Begräbniss bis zur Satisfaktion).

8 Worcester 1229 c. 20, M. 23, 184 (hartnäckige Verweigerung des Zehnten, Personalinterdikt für die Familie mit Ausnahme der Kindertaufe und Busse bei Todesgefahr); Bordeaux 1259 c. 13, M. 23, 860 (Zurückhaltung und Besitz kirchlicher Zehnten, Fernhaltung von der kirchlichen Eheschliessung, von der purificatio post partum und vom Abendmahl); Nogaret 1300 c. 10, M. 25, 114 (dasselbe Vergehen, Ausschliessung der Frau, der Kinder und der Familie vom christlichen Begräbniss bis zur Restitution).

9 S. Pölten 1284, M. 24, 507 (Ausübung des Spolienrechts durch Patrone und andere, Personalinterdikt mit Ausnahme der Kindertaufe und Busse bei Todesgefahr für familiares servientes et coloni bis zur Restitution, wenn sie sich nicht innerhalb eines Monats vom Thäter lossagen).

10 Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1099 (nach einmonatlichem Verharren des Wucherers im Bann Personalinterdikt für Frau, Kinder und mancipia).

11 Lemans 1247 c. 15, M. 23, 760 (nach 20tägigem Verharren in der Exkommunikation, Personalinterdikt für die Familie bis zur Absolution des Schuldigen).

12 Cognac-Bordeaux 1228 c. 17, M. 23, 491: „De baronibus excommunicandis statuimus observandum, ut cum eos excommunicari necesse fuerit, personae eorum excommunicationi subdantur et eorum uxores et familiae interdicantur et ipsorum excommunicatio et interdictum familiae publicentur diebus dominicis et festivis“.

13 S. die vorhergehenden Anmerkungen.

14 S. Anm. 7 u. 8.

15 Anm. 9 und 10.

16 const. Urban. VI. 1385 §. 2 cit.: „si qui praedictorum reorum filios vel filiam aut nepotem vel nepotes habeant per rectam lineam descendentes beneficiatum vel beneficiatos, quibusvis beneficiis, etamsi pontificalem adeptus vel adepti fuerint dignitatem, sint ipso iure privati, omni spe promotionis omnino sublata“.

17 c. 2 (Alexander IV.) §. 3 in VI de heret. V. 2.

Glaubensfundament, gegen die Autorität und die Freiheiten der Kirche, gegen die Stellung und persönliche Sicherheit der Geistlichkeit und gegen die Beeinträchtigung des kirchlichen Vermögens richten, zeigt sich deutlich der hierarchische Charakter des kirchlichen Strafrechtes, welchem zur Unterdrückung der Beeinträchtigung der kirchlichen und hierarchischen Interessen alle, selbst dem einfachsten Gerechtigkeitssinn widersprechende Mittel recht sind, und welcher sich nicht scheut, völlig unschuldigen Personen Strafübel zuzufügen, um dadurch einen Druck auf den Thäter zur Unterwerfung unter die Anforderungen der Kirche und Geistlichkeit auszuüben. Diesen Straffestsetzungen gegenüber klingt es fast wie Hohn, wenn man, freilich aus Unkenntniss der Quellen, behauptet hat, dass die Kirche die Strafe als eine Wohlthat verhängt habe. Und wenn die gedachten Strafandrohungen auch vielfach dem Partikularrecht angehören, so können sie doch nicht etwa als blosse, dem gemeinen Recht widersprechende Auswüchse der lokalen Rechtsentwicklung betrachtet werden, denn das letztere kannte ebenfalls derartige irrationelle Strafen und Strafvorschriften, ja auch die Päpste haben solche zu einer Zeit, in welcher ihr oberstes Gesetzgebungsrecht ausser Frage stand, erlassen, und endlich sind jene partikularrechtlichen Bestimmungen niemals durch das gemeine Recht gemissbilligt worden.

II. Die Censuren und Vindikativstrafen. Es ist behauptet worden, dass die kirchlichen Strafen hauptsächlich Censuren, poenae medicinales, auf Heilung des Schuldigen von seinem Fehler berechnet, gewesen seien[1]. Wie dies für die früheren Perioden unzutreffend ist[2], so auch für die hier fragliche Zeit, in welcher sich das gemeine kirchliche Strafrecht in seinen Grundlagen festgestellt hat.

Zunächst hat man ebensowenig wie früher[3] den Unterschied zwischen den Censuren und Vindikativstrafen erfasst. Das zeigt nicht nur der Umstand, dass sich während der ganzen Periode keine feste terminologische Unterscheidung beider Strafarten[4]

[1] v. Bar, Gesch. d. deutsch. Strafrechts 1, 83.

[2] Bd. IV. S. 747 ff. 832. 833.

[3] Bd. IV. S. 832.

[4] Abgesehen davon, dass *censura* im Sinne von rechtlich bindender Vorschrift oder von Gebot, Paris 829 lib. I. c. 17, M. 14, 557; Haito v. Basel 807—23 c. 19, Bor. 1, 365 („considerata qualitate personae iuxta modum culpae agatur censura vindictae"); Mainz 888 c. 23, M. 18, 70; Chalons 894, M. 18, 128 (censura s. spiritus); Johann VIII. 878, J. L. n. 3160, M. 17, 354; Leo IX. 1050, J. L. n. 4212, M. 19, 685 („apostolica censura"); Mainz 1071 M. 20, 11 („regiae potestatis iubente censura") oder auch für Strafvorschrift, Rom 743 c. 5, M. 12, 383, gebraucht wird, kommt es vor für Strafandrohung Ponthion 876 c. 9, LL. 1, 535, namentlich aber für Strafe, sowohl für die kirchliche Meaux 845 c. 33, M. 14, 826; Rom 853 c. 4, p. 1012; Toucy 860 c. 2, M. 15, 559; Mainz 888 c. 27, M. 18, 71; Troslé 909 c. 4, M. 18, 272; Johann XV. 989, J. L. 3832, M. 19, 1230; Mainz 1071, M. 20, 11; London 1108 c. 7, M. 20, 1230; Frider. const. pac. 1158 c. 2, LL. 2, 112; c. 13 (Innoc. III.) X de iud. II. 1, wie auch für die weltliche, conv. episc. ap. Balneol. 1086, M. 20, 619.

Allerdings finden sich Wendungen wie „censura anathematis" admon. gener. 789 c. 60, Bor. 1, 57, „c. excommunicationis", Leo IV. 854, M. 14, 1017 und Avignon 1209 c. 3, M. 22, 786; (vgl. auch Toucy 860 c. 2 cit.), und in Meaux 835 c. 33 cit. kann unter der censura ex patrum auctoritate nur die excommunicatio und die excommunicatio fraterna (s. o. S. 74, Bd. III. S. 474 n. 6 u. Bd. IV. S. 742. 811) gemeint sein, ja Koblenz 860 c. 6; Bor. Kr. 2, 156, wird die Exkommunikation als „medicinalis separatio" bezeichnet, aber andererseits gebraucht Innocenz III. 1209, Potth. n. 3841, opp. ed. Migne 3, 149, censura auch für Absetzung, und Avignon 1209 c. 20, M. 22, 793 für die Unfähigkeit der Descendenz der Mörder v. Geistlichen zu Kirchenämtern.

Wie in den eben angeführten beiden Stellen zweifellose Vindikativstrafen als censurae bezeichnet werden, so umgekehrt als *poena* die Exkommunikation oder das Anathem Rudolf v. Bourges u. 850 c. 12, M. 14, 949; Rheims 1148, M. 21, 517; Rouen 1231 c. 34, M. 23, 216; c. 13 (Innoc. III.) X de jud. V. 6; c. 47 (id.) X de sent. exc. V. 39; das Lokal-Interdikt Hadrian IV. 1156, J. L. n. 10158, M. 21, 803 und die interdictio ingressus ecclesiae S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19, ferner als *vindicta* ebenfalls die Exkommunikation und das Anathem, Friaul 796 c. 12, M. 13, 850 („canonicis coerceatur vindictis, scil. aut iuxta modum et qualitatem culpae excommunicatione mulctetur aut anathematis vinculo penitus vinciatur aut certe honoris pro-

gebildet hat[1], sondern auch das Fehlen jeder eingehenden Erörterung des Unterschiedes in der mittelalterlichen Doktrin, welche sich also des verschiedenartigen Charakters der beiden Strafarten nicht klar bewusst geworden ist[2].

Allerdings hat die Kirche schon in früherer Zeit Censuren in der Bd. IV, S. 748 näher präcisirten Bedeutung gekannt[3] und von ihnen Gebrauch gemacht, also Strafen verwendet, für deren Handhabung der Zweck der Besserung in der Weise ein massgebendes Moment bildete, dass mit der Erreichung desselben das dem Thäter auferlegte Übel in Wegfall zu bringen war. Es kann sich daher nur darum handeln, ob in der hier fraglichen Zeit Änderungen, und in welchen Beziehungen eingetreten sind.

Von den gegen Laien und Geistliche anwendbaren Strafen werden jetzt bis zur Besserung oder bis nach gehöriger Busse oder bis zur Ersatzleistung oder Abstellung des strafbaren Verhaltens die Exkommunikation[4], das Personal-Interdikt[5], der kleine Bann[6], das Lokal-Interdikt[7], die Suspension von kirchlichen Individualrechten[8], die Entziehung der päpstlichen Gnade[9] und die Entbindung der Unterthanen vom Treueid[10] und was die Strafen gegen Kleriker betrifft, die Unfähigkeit, ein kirchliches Amt zu erlangen[11], die verschiedenen Arten der Suspensionen[12] und die excommunicatio fraterna[13] angedroht. Alle diese Strafen erscheinen also als Censuren in dem vorhin gedachten Sinne, und wenn diese Auffassung mit der herrschenden Meinung, welche herkömmlicher Weise nur die Exkommunikation, das Interdikt und die Suspension als Censuren be-

prii gradus amissione nudatus, reus ab ecclesiae gremio evellatur. Hae enim sunt canonicae ultrices vindictae"); cap. missor. 857, LL. 1, 451, sowie das Interdikt, Aimoin. vita Abbon. Floriac. Bouquet rec. 10, 335. S. 21 Anm.; ferner kommt bei Urban II. 1090 u. 1092, J. L. n. 5434 u. 5458 auch gladium excommunicationis, bez. anathematis vor.

[1] c. 20 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40: „quaerenti, quid per censuram ecclesiasticam debeat intelligi, quum huiusmodi clausulam in nostris litteris apponimus, respondemus, quod per eam non solum interdicti, sed suspensionis et excommunicationis sententia valeat intelligi", beweist nichts für das Gegentheil. Gerade die Anfrage, auf welche dasselbe als Antwort gegeben ist, zeigt, dass man damals mit censura keinen festen technischen Begriff verbunden hat. Innocenz selbst stellt nur eine Auslegungsregel für die päpstlichen Reskripte auf und begreift die nicht einmal in allen Fällen den Charakter der Censur tragende Suspension schlechthin und ohne Unterscheidung unter dieser Strafart, wie er auch anderweit die Absetzung als censura bezeichnet, s. vor. Anm. Für die Feststellung des Begriffs der Censur ist also c. 20 cit. nicht verwendbar.

[2] So weit mir bekannt, finden sich in den Glossen zum Dekret Gratians keine Erörterungen, welche auf die Erfassung des Unterschiedes schliessen liessen, ebensowenig behandelt Bernhard v. Pavia, summa decret. V. 32 de poenis, ed. Laspeyres p. 264, wo er die Exkommunikation als poena bezeichnet, den Unterschied, und dasselbe gilt von Hostiensis summa aurea de poen. V. 37 n. 3. Wenn Innocenz IV. zu c. 54 X de test. II. 20 die excommunicatio eine medicina nennt (vgl. auch glossa s. v. disciplina zu c. 37 CXXIV. qu. 3) und c. 1 in VI de sent. exc. V. 11 sagt: „Quum medicinalis sit excommunicatio, non mortalis, non eradicans, dum tamen is, in quem lata fuerit, non contemnat", so führt diese Ausdrucksweise auf Augustin, s. c. 37 CXXIV. qu. 3 (Bd. IV. S. 750 n. 1) zurück und bedeutet nur, dass die Exkommunikation eine Strafe ist, welche die Möglichkeit der Besserung insofern offen lässt, als sie nur nicht missachtet wird. Auch in der glossa ordinaria zu c. 20 X cit. und c. 1 in VI cit. wird der Unterschied zwischen censura und poena nicht berührt. Übrigens heben schon Morinus (Bd. IV. S. 691 n. 1) lib. VI. c. 25 n. 12; van Espen J. E. U. P. III. tit. 11 c. 2 n. 8 und J. H. Böhmer J. E. P. V. 37 § 13 ff. hervor, dass die fragliche Unterscheidung einer späteren Zeit angehört.

[3] Bd. IV. S. 755. 832.

[4] S. 10.

[5] S. 16.

[6] S. 19.

[7] S. S. 21 n. 2 (Alexander II. 1063); Nimes 1096 c. 5, S. 22 n. 2; c. 5 (Innoc. III.) X de donat. IV. 20; Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach stat. Wratislav. p. 301; Köln 1266 c. 20, M. 23, 1144; Riez 1275 c. 8, M. 24, 578. Wenn Katz S. 50 behauptet, dass das Interdikt nicht den Namen der Censur im eigentlichen Sinne verdiene, vielmehr nur eine politische Massregel, eingekleidet in ein geistliches Gewand sei, so verkennt er, dass das Interdikt für den Thäter, nicht blos für die mitbetroffenen Unschuldigen, Nachtheile herbeiführt und durch die Zufügung der letzteren gerade auf den Schuldigen indirekt eingewirkt werden soll.

[8] S. 34.

[9] S. 35 n. 3.

[10] c. ult. de poen. V. 37, s. auch S. 48.

[11] S. 65 n. 10.

[12] S. 73.

[13] S. 74 n. 3.

zeichnet, nicht übereinstimmt, so hat man bisher übersehen, dass alle diejenigen Strafen, welche dem Schuldigen Nachtheile fortdauernden Charakters, wozu nicht allein die eben drei genannten gehören, zufügen, und welche nicht blos, wie z. B. die Geldstrafe und Vermögenskonfiskation, aus einem sich in einem Moment verwirklichenden Übel bestehen, als Censuren verwendet werden können, dass aber keine derselben begrifflich, d. h. wegen des sie bildenden Übels den Charakter der Censur an sich trägt, sondern auch ebenso gut als Vindikativstrafe fungiren kann[1]. Es ist also nichts der Suspension als solcher eigenthümliches, dass diese, wie man allgemein annimmt[2], bald als Censur, bald als Vindikativstrafe vorkommt. Vielmehr bleibt es immer Sache des positiven Rechtes darüber zu bestimmen, welchen Charakter die Strafen haben sollen. Das ist, wie vorhin dargethan, durch das kanonische Recht in der hier fraglichen Periode geschehen.

Vor Allem hat man in derselben die Exkommunikation, welche in den ältesten Zeiten eine reine Vindikativstrafe gewesen ist[3], nunmehr fast ausschliesslich als Censur verwendet[4], und gerade dadurch trat bei ihr dieser Charakter besonders scharf hervor, dass man jetzt durch sie die Übernahme der Busse zu erzwingen suchte[5] und sie durch diese letztere erübrigt werden liess. Dagegen ist der blos noch vereinzelt vorkommende Gebrauch derselben als reiner Vindikativstrafe dadurch verdunkelt worden, dass man in den betreffenden Fällen, d. h., wenn sie schlechthin[6] oder für ewig[7] angedroht war, doch eine Aufhebung derselben bei erfolgter Besserung zuliess[8], und dass der Unterschied, welcher zwischen ihrer Anwendung als Censur und als Strafe bestand, nämlich, dass der Schuldige in ersterem Falle bei erwiesener Besserung ein Recht auf Absolution, in letzterem Falle aber ein solches nicht besass, namentlich wegen der immer seltener werdenden Androhung der excommunicatio perpetua nicht beachtet wurde[9].

Das Lokal-Interdikt ist, soweit mir bekannt, niemals, wie die Exkommunikation, als immerwährendes verhängt worden. Das erklärt sich aus den weitgehenden Folgen desselben, welche neben dem Schuldigen auch eine Reihe von Unschuldigen trafen, und aus denselben Gründen wurde es auch, wenn es schlechthin ausgesprochen war, wohl stets bei erreichter Besserung, also bei Brechung der Hartnäckigkeit und der Widerspänstigkeit des Schuldigen, aufgehoben. So ist auch bei dieser Strafe, ebenso wie bei der Exkommunikation, die Verwendung derselben als Censur scharf hervorgetreten. Auch bei dem Personal-Interdikt und dem verhältnissmässig nicht oft gebrauchten kleinen Bann, Strafen, welche beide sehr selten als lebenslängliche oder schlechthin, ja sogar überwiegend bis zur Abstellung des strafbaren Verhaltens oder bis zur Besserung angedroht worden sind[10], ist dies der Fall gewesen, und die

[1] Daraus ergiebt sich recht deutlich, dass jede Censur wie die poenae vindicativae ein Übel zufügen muss, also den Charakter der Strafe an sich trägt und nicht reines Besserungsmittel ist, wie Katz S. 26 behauptet.

Ferner bildet das Gesagte auch einen weiteren Beweis dagegen, dass Innocenz III. in c. 20 X de V. S. V. 40, S. 126 n. 1, sowohl in allen Fällen, wie auch allein und ausschliesslich der Exkommunikation, dem Interdikt und der Suspension den Charakter der Censur hat beilegen wollen.

[2] Kober Suspension S. 26. 60.

[3] Bd. IV. S. 748 ff.

[4] S. 10.

[5] S. 87. 100. 113.

[6] S. 10.

[7] S. 8 n. 1.

[8] S. 8.

[9] Namentlich, da in allen Fällen eine Absolution zur Beseitigung der Exkommunikation erforderlich war, s. unten §. 269.

[10] S. 16. 19.

Suspension ist wie schon in den früheren Zeiten [1], so auch in dieser häufig als Censur gebraucht worden [2].

Da allein die gedachten Strafen in den Darstellungen des Kirchenrechts seit langer Zeit eine eingehendere Behandlung erfahren, die übrigen aber, abgesehen von einzelnen allein für die Geistlichen bestimmten Disciplinarstrafen, wie der Deposition und Degradation, bisher nur eine stiefmütterliche Berücksichtigung gefunden haben, so erscheint die Ansicht, dass die kirchlichen Strafen hauptsächlich poenae medicinales oder Censuren mit wesentlichem Besserungszweck sind [3], sehr erklärlich.

Aus demselben Grunde kann es nicht befremden, wenn man die Pönitenzen oder Busswerke im engeren Sinne als das hervorragendste Strafmittel der kirchlichen Strafgesetzgebung und das dem Wesen derselben angemessenste Korrektivmittel bezeichnet, und sie gemeinschaftlich mit den Censuren den Vindikativstrafen gegenübergestellt hat [4]. Einmal hat man dabei übersehen [5], dass bei der Bestimmung ihres Wesens diejenigen, welche in Folge der Privatbeichte behufs der Absolution von den gebeichteten Sünden auferlegt und übernommen worden sind, ganz ausser Betracht gelassen werden müssen, denn diese sind eine behufs Reinigung von der Sünde Gott geleistete satisfactio und zugleich eine der Kirche zu verschaffende Genugthuung, durch deren freiwillige Übernahme sich die Reue über die begangene Schuld und der Vorsatz, nicht wieder zu sündigen, bethätigen soll [6], und haben nicht den Charakter eines dem Strafrecht angehörigen Institutes, fallen vielmehr ganz aus der Sphäre desselben heraus [7]. Ferner hat man sich nicht vergegenwärtigt, dass die Busse, soweit sie für das Strafrecht in Betracht kommt, sich in dieser Zeit in eine Reihe einzelner Busswerke, Pönitenzen aufgelöst hat, und dass dieselbe, d. h. die als solche von dem Schuldigen auf sich zu nehmenden Übel [8], von denen einzelne, wie das Fasten, das Exil und die Einschliessungen auch als selbstständige Strafen [9] vorkommen, ebenfalls als Strafe angedroht [10], und ihre Leistung erzwungen wird [11]. Da es dabei vollkommen gleichgültig ist, ob der Thäter bussfertige Gesinnung hat oder nicht, so erscheinen die Poenitenzen in dieser ihrer Anwendung als reine Vindikativstrafen [12]. Nur, soweit sie von vornherein bis zur dargethanen Besserung oder Abstellung des rechtswidrigen Verhaltens auferlegt werden [13], haben sie den Charakter der Censuren, und man darf sie nicht den Vindikativstrafen als eine Abart der ersteren gegenüberstellen [14].

Es fragt sich aber weiter, ob nicht mit Rücksicht darauf, dass die Busse, also die Leistung der Pönitenzen, durch andere Strafmittel, wie namentlich die Exkommunikation erzwungen wird [15], und dass die Censuren, so vor Allem die als solche

[1] Bd. IV. S. 755. 756. 810. 811. 835.

[2] S. 73. Wegen der übrigen Censuren, welche neben den genannten an praktischer Bedeutung zurücktreten, s. S. 126.

[3] v. Bar a. a. O. S. 83.

[4] Katz a. a. O. S. 29. 33. 42. 43.

[5] So Katz S. 43 ff.

[6] Bd. IV. S. 695. 828, s. auch S. 120. 122.

[7] Vgl. auch Meurer i. Arch. f. k. K. R. 49, 190. 202. 204.

[8] S. o. S. 95. 105.

[9] S. 32. 34. 40.

[10] S. 85. 113.

[11] In karolingischer Zeit sogar durch die weltliche Obrigkeit, s. o. S. 88.

[12] Dagegen Katz S. 44, welcher die Busswerke nur für Mittel erklärt, die innere geistliche Busse zu unterstützen, und den Sünder von allen, die Kirchenbusse hindernden Dingen fernzuhalten, nicht aber um ihn zu züchtigen. Das ist nur für die ältere Zeit und die in derselben freiwillig übernommene Busse s. Bd. IV. S. 695. 715. 721. 722 richtig. Aber bei dem später geübten Zwang fehlte jede Garantie, dass bei dem Schuldigen eine innere geistliche Bussgesinnung vorhanden war, da jeder Zwang mit derselben unvereinbar ist, und ferner ist Katz die Umbildung der Busse in eine Reihe einzelner Busswerke, s. S. 99. 105. 108. unbekannt geblieben.

[13] Bd. IV. S. 817. 818.

[14] S. Katz S. 33.

[15] S. Anm. 11.

praktisch am meisten in Betracht kommende Exkommunikation, mit der erzielten Besserung des Schuldigen aufgehoben werden, dennoch die Anschauung gerechtfertigt erscheint[1], dass die Grundidee der kirchlichen Strafmittel die Zurückführung des Schuldigen zur Kirche und zum Gehorsam gegen Gott ist.

Indessen steht dieser Auffassung schon der Umstand entgegen, dass die Kirche nicht nur eine Reihe von Vindikativstrafen kennt und gebraucht hat, sondern dass die Censuren selbst den Charakter der Strafe an sich tragen, und nicht ausschliesslich Besserungsmittel sind. Allerdings ist die Censur die Strafe, welche den Besserungszweck als einen ihr immanenten in sich trägt, ferner soll die Pönitenz ihrem idealen Begriff nach Bethätigung der bussfertigen Gesinnung sein, und wenn die Kirche bei Ausübung ihrer Strafgewalt gerade diese Strafmittel hauptsächlich und namentlich gegen Laien zur Anwendung gebracht hat, so stellt sie damit auch ihr Strafrecht in den Dienst des Besserungszwecks, und ihre strafrechtliche Thätigkeit wirkt ebenfalls dazu mit, ihr Hauptziel die Heiligung der sündigen Menschheit herbeizuführen. Aber etwas wesentlich verschiedenes davon ist es, ob der Hauptzweck der Strafe die Zurückführung des Schuldigen zum Gehorsam gegen Gott oder seine Aussöhnung mit Gott und die Abwendung des göttlichen Zornes[2] ist. Diesen Zweck hat in der Kirche die Handhabung der Seelsorge und der mit ihr verbundenen Sakramente, namentlich des Busssakramentes und des Abendmahls, zu erfüllen, nicht aber die Strafe. Die letztere ist die Reaktion gegen die Verletzung der kirchlichen Rechtsordnung, nicht gegen die Sünde als solche, durch Zufügung von Übeln. Das ist von Anfang an die Grundidee der kirchlichen Strafe gewesen[3] und auch geblieben[4]. Aber daneben will und muss die Kirche mit Rücksicht auf ihre Aufgabe und ihre Ziele auch die Besserung des Schuldigen anstreben. Dies sucht sie dadurch zu erreichen, dass sie denselben zur Übernahme von Übeln zwingt[5], welche in älterer Zeit, weil dieselbe lediglich eine freiwillige war[6], als Zeichen einer reumüthigen Gesinnung und der festen Absicht der Besserung galten, und dadurch, dass sie konsequenterweise auch einzelne dieser Übel, wenn die Besserung oder die Befolgung der Gebote der Kirche erzielt oder sicher gestellt ist, aufhebt. Das ist der Fall bei den Censuren, nicht bei den Vindikativstrafen. Bei diesen letzteren erscheint der Besserungszweck nur als ein die Handhabung der Strafe nicht direkt beeinflussender Nebenzweck[7], ebenso wie der wiederholt namentlich in den Quellen der späteren Zeit ausdrücklich hervorgehobene Zweck, andere von der Begehung der bedrohten Strafthat abzuschrecken[8].

Demnach muss auch die Aufstellung, dass die Grundidee der kirchlichen Strafe die Zurückführung zu Gott gewesen ist, von der Hand gewiesen werden, und das umsomehr, als, soweit der Zweck der Besserung, sei es als ein die Censur immanent bestimmender, sei es als blosser Nebenzweck in Betracht kommt, die Kirche zur Erreichung desselben sich äusserer Zwangsmittel bedient, und diese an und für sich

[1] v. Bar a. a. O. S. 83.

[2] So Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 1, 127.

[3] Bd. IV. S. 747. 748.

[4] S. o. S. 123 ff.

[5] S. o. S. 119.

[6] Bd. IV. S. 695. 715.

[7] Dies tritt darin hervor, dass freilich fast nur partikularrechtlich die Busswerke andere angedrohte poenae vindicativae zu ersetzen vermögen, S. 119.

[8] c. 1 (Clem. III.) X de maled. V. 26; c. 7 (id.) X de poenit. V. 38; c. 17 (Lateran. IV. 1215) X de jud. V. 6; c. 1 (Innoc. IV.) in VI de heret. V. 4; c. un. (Bonifac. VIII.) in VI de schismat. V. 3. Katz S. 26 lässt dies blos von den gegen Geistliche ausgesprochenen Strafen gelten, aber c. 17 X cit. V. 6 spricht allgemein und bezieht sich nicht nur auf die letzteren.

niemals im Stande sind, eine wirklich innere Besserung, sondern nur ein korrektes, den kirchlichen Anforderungen entsprechendes äusseres Verhalten zu erzielen. Auf diese Bahn war die Kirche seit der Zeit, als sie die allein berechtigte religiöse Anstalt geworden war, mit der Einführung der Zwangsbusse gerathen [1], und sie hat dieselbe seitdem innegehalten. Das entspricht der ganzen auf Veräusserlichung gerichteten Entwicklung der katholischen Kirche. Und auf dem Gebiete des Strafrechts wurde diese Entwicklung noch dadurch gefördert, dass die Censuren, namentlich die Exkommunikation nicht nur zur Erzwingung der Beobachtung vieler rein äusserlicher, im Interesse der Wahrung der hierarchischen Stellung und Autorität der Kirche gegebener Verhaltungsvorschriften gegen die Laien, sondern auch der die Amtsführung und Wahrung der Amts- und Standespflichten betreffenden Normen und Regeln gegen die Geistlichen, also ebenfalls vielfach zur Erzwingung von rein äusserlichen Handlungen [2], angewendet worden sind.

§. 266. *cc. Die Verschärfung des Charakters der kirchlichen Strafen und Disciplinarstrafen (Strafen latae sententiae und generelle Strafen).*

Das kirchliche Strafensystem weist in dieser Periode insofern eine weitere Ausbildung auf, als nunmehr der Gebrauch aufkommt, die kirchlichen Strafen und Disziplinarstrafmittel in eigenthümlicher Weise dadurch zu verschärfen, dass sie sich von selbst gleich mit der Begehung der That, ohne dass erst eine besondere Untersuchung der letzteren und eine Verurtheilung des Schuldigen voranzugehen braucht, realisiren, um desto sicherer und eindringlicher von der Verletzung der kirchlichen Ordnungen abzuhalten und dieselbe desto schneller der Ahndung zu unterwerfen. Diese Mittel waren die Qualifikation der Strafen als s. g. *poenae* oder *censurae latae sententiae* und die generelle Verhängung derselben für bestimmte Strafthaten gegen diejenigen, welche sich solcher schuldig gemacht hatten oder machen würden (die s. g. *excommunicationes generales*).

I. *Die poenae* und *censurae latae sententiae*. Während schon in der früheren Zeit seitens der fränkischen Kirche für Geistliche die Enthaltung von gewissen Amtsfunktionen als Disziplinarstrafe vorgeschrieben [3], und auch seit der karolingischen Zeit noch wiederholt von derartigen Strafandrohungen [4], sogar auch später vereinzelt gegen Laien [5] Gebrauch gemacht worden ist, erhält jetzt erst die Unterscheidung zwischen den heute s. g. *poenae* oder *censurae ferendae sententiae* und *latae sententiae*, von welchen letzteren sich die ersten Spuren in der westgothischen Kirche Ende des 7. Jahrhunderts zeigen [6], ihre volle Ausbildung. In Anknüpfung an die zuerst ge-

[1] Bd. IV. S. 816. 833.

[2] Wie schon in früherer Zeit, s. Bd. IV. S. 756.

[3] Bd. IV. S. 841 n. 5.

[4] So Meaux 845 c. 33 (freilich nicht zu Epernay acceptirt) für den auf der Synode ausbleibenden Bischof: „cesset ab officio"; Worms 868 c. 17, M. 15, 872 (Wiederholung von Epaon 517 c. 4, Bd. IV. S. 841 n. 5); Bourges 1031 c. 5, M. 19, 505 (Priester, Diakonen und Subdiakonen, welche ihre Konkubinen nicht entlassen „a proprio gradu et officio cessent"); Mailänder Leg. Konst. 1067, p. 948 (Kleriker, welche die gemachten Anordnungen nicht halten: „proprio officio abstineant"); Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440 (Bischof, der Brandstifter ordnungswidrig absolvirt „per annum ab officio episcopali abstineat"); Rheims 1148 c. 2, p. 714 (ebenso der Bischof bei Nichtanhaltung der Kleriker zum Tragen der Tonsur und passender Kleider bis zum Einschreiten gegen dieselben).

[5] Lateran. I. 1123 c. 16, M. 21, 285 (wer Romfahrer gefangennimmt, bedrückt oder ausplündert „donec satisfaciat, communione abstineat christiana").

[6] Bd. IV. S. 841 n. 6. Hierzu ist nachzutragen c. 11 Dist. II. de cons. (c. 5 Tolet. XII. 681), s.

dachten Strafen, bei welchen der Schuldige wegen des von ihm begangenen Vergehens, ohne erst seine Verurtheilung abzuwarten, das angedrohte Strafübel seinerseits selbst auf sich zu nehmen hatte, thaten zuerst seit dem 8. Jahrhundert einzelne italienische Konzilien [1] und ferner eine Anzahl von Päpsten [2] den Schritt, kirchliche Strafen, vor Allem den grossen Bann, in der Weise anzudrohen, dass dieselben sofort mit der Begehung der strafbaren Handlung gegen den Thäter eintreten sollten [3]. Kann man auch in einzelnen Fällen streiten, ob die angedrohte Strafe diesen Charakter trägt oder nicht [4], so ist es doch keinem Zweifel unterworfen, dass man sich schon im 9. und 10. Jahrhundert des betreffenden Unterschiedes voll bewusst gewesen ist [5], und in den entsprechenden Fällen die fragliche Art der Stafandrohung gewählt hat, weil man damit der letzteren mehr Nachdruck zu geben beabsichtigte. Im Laufe des 12. Jahrhunderts tritt das Bemühen, den erwähnten Charakter der Strafen schärfer als bisher durch die Fassung ihrer Androhung zu kennzeichnen, hervor [6], und da auch schon gleichzeitig die kanonistische Doktrin auf die Eigenthümlichkeit dieser Strafen hinweist [7], so stellen sich nun auch besondere technische Bezeichnungen für dieselben,

a. a. O. S. 814 n. 3, betreffend die Ausschliessung vom Abendmahl auf ein Jahr für den bei der Messe nicht kommunicirenden Priester.

[1] Rom 743 c. 5, M. 12, 383: „Nam qui huiusmodi opus (Eingehen einer incestuosen Ehe) perpetraverit, sciat se anathematis vinculo obligatum et dei iudicio condemnatum atque a s. corpore et sanguine d. n. Jesu Christi alienum", s. auch c. 6 ibid.; weiter Rom 871—78 c. 2 u. Ravenna 877 c. 1, M. 17, 337 (c. 1 Dist. C, Verlust des Rechts auf die Metropolitenwürde bei verzögerter Nachsuchung des Palliums) c. 5 (Ravenna c. 7, Androhung des kleinen Bannes oder auch der Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, s. S. 17 Anm.), ferner c. 6 ll. cc. (des kleinen Bannes: „Quicumque sanctimonialem vel quamcumque feminam in matrimonium vel concubinatum rapuerit, donec eam coram episcopo civitatis et parentibus vel civibus restituat, cum omnibus suis fautoribus excommunicatum se esse cognoscat", s. o. a. a. O.), vgl. auch Pseudo-Isidor Ps. Pelag. II. ed. Hinschius p. 721: „In ipsis enim epistolis vel libellis anathematis vinculo se et successores eorum (die Patriarchen von Konstantinopel) constrinxerunt. Idcirco eos non est necesse excommunicare aut anathematizare, quia ipsi anathematis vinculis propriis manibus professiones suas suaque scripta roboranda constrinxerunt".

[2] Bei Ertheilung von Bestätigungen und Gnadenbeweisen, Benedikt IV. 900, J. L. n. 3527, M. 18, 236: „sciat se (transgressor privilegii) a Jesu Chriti corpore et sanguine alienum et a consortio fidelium christianorum sequestratum et nisi se correctus satisfecerit, perpetuo anathemate damnatum"; Johann XIII. 972, J. L. n. 3762, M. 19, 32: „sciat se auctoritate s. Petri . . . anathematis vinculo innodatum et cum diabolo et Juda traditore . . . aeterno incendio concremandum"; Benedikt VII. 981, J. L. n. 3806, M. 19, 561 (dieselbe Fassung); ähnliche Formulirungen Johann XIII. 969 J. L. n. 3738; Benedikt IX. 1044, J. L. n. 3934, M. 19, 19 u. 620; Johann XVIII. 1004—9, J. L. 3962, Migne 139, 1491: „Quod si aliquis . . . archiepiscopus vel episcopus ipsum locum excommunicare voluerit, ipse sit excommunicatus et locus iste absolutus".

[3] S. die vorige Anm. Über andere Strafen als den grossen Bann vgl. Anm. 1, und Gottesfrieden v. Konstanz 1103, LL. 2, 63 (hier Suspension vom officium und excommunicatio fraterna, S. 74 n. 4).

[4] So z. B. Johann XVIII., J. L. n. 3934, M. 19, 422: „perpetuo anathematis damnationi subiaceat, nisi resipiscens ad satisfactionem pervenerit".

[5] Das ergiebt schon die cit. Stelle Pseudo-Isidors, s. Anm. 1; ferner der Gegensatz der in Anm. 2 citirten Fassungen gegen solche, wie Benedikt VI. 973, J. L. n. 3768, M. 19, 48: „sciat se . . . damnandum et anathematizandum", endlich die Wendung in der römischen Synode Benedikts XVIII. 1015. J. L. n. 4007, M. 19, 363: „qui autem contempserint . . . caveant, ne . . . quoniam nisi resipuerint ab hac nequitia, a cunctis etiam se noverint excommunicatos".

[6] Lateran. I. 1123 c. 11, M. 21, 284: „alioquin extunc eos ab ecclesiae introitu sequestramus"; s. g. London 1136 o. 1138 (s. Rheims 1148 c. 8), M. 21, 517. 719: „Qui sciens communicaverit cum excommunicato, tanquam ex nomine excommunicatus habeatur"; Rudolf v. Lüttich 1166 c. 1, M. 22, 9: „ipso facto cum tota terra sua statim interdicto subiacebit" (c. 6 ibid., Suspension, S. 14 n. 5); c. 26 (c. 6 Lateran. III. 1179) X de appell. II. 28: „culpa quae ipso suo genere suspensionis vel excommunicationis poenam inducat"; auch bei arbiträrer Anwendung von Strafen s. z. B. Eugen III. 1145, J. L. n. 8752, M. 21, 672: „extunc ab episcopali officio te noveris esse suspensum" und ebenso Anastasius IV. 1154, J. L. n. 9858, M, 21, 782.

[7] Summa magistri Rolandi (Alexanders III. vor 1148), zu C XXVI qu. 6, ed. Thaner, Innsbruck 1874 S. 111: „excommunicatorum quidam sunt ipso iure, quidam non"; summa Rufini (u. 1156) C. I qu. 1. her. von Schulte Giessen 1892 S. 178: „de iure excommunicatum", u. C. XVII qu. 1 S. 332: „ipso iure excommunicati".

nämlich die als *ipso iure*[1], *ipso facto*[2] oder *eo ipso*[3] wirkender Strafen und die Ausdrücke, auf welchen die heutige Terminologie: Strafen oder Censuren *latae sententiae*[4] und *ferendae sententiae*[5] oder *a jure* und *ab homine*[6] beruht, fest.

Während die Päpste, die allgemeinen Konzilien und die Partikularsynoden schon im 12. Jahrhundert einen ausgedehnten Gebrauch von den Strafen[7] dieser Art gemacht haben — die Dekretalensammlung Gregors IX.[8] hat im wesentlichen denselben

[1] S. die vor. Anm.; Theodor v. Utrecht 1209, S. 62 n. 5; Richard v. Salisbury u. 1227, M. 22, 1133: „Isti sunt articuli, in quibus incurritur excommunicationis sententia ipso iure", worauf 17 einem vorangegangenen Londoner Konzil entnommene Fälle folgen; schottisches Konz. 1225 c. 18, M. 22, 1227: „ipso iure eis, d. h. beneficiis, privatos"; vgl. ferner Innoc. IV. ad c. 19 X de sent. exc. V. 39; Hostiensis summa aurea de sent. exc. n. 4; c. 16 (Nicol. IV.) in VI de elect. I. 6 („beneficiis ipso iure privati"); c. 37. 49 (Bonif. VIII.) eod. (susp. a benef. et ab episcoporum confirmatione ac consecratione per annum continuum); c. 5 (id.) X de poen. V. 9 (Privation ipso iure von feuda, locationes und beneficia spiritualia und temporalia).

Dieser Ausdruck und die Bezeichnung ipso facto ist auch der gewöhnliche in den Partikularkonzilien seit dem 14. Jahrhundert, s. unten die Citate auf S. 133 n. 3.

[2] c. 1 (Lyon 1245) in VI de hom. V. 4 (Exkommunikation, Deposition, diffidatio, S. 49 n. 3); c. 1 (Lyon 1274) in VI de usur. V. 5 (Suspension, Exkommunikation, Personal- und Lokal-Interdikt); c. 2 (id.) in VI de reb. eccles. III. 9 (susp. ab off. et administratione und a perceptione beneficiorum); Clem. 2 de stat. monach. III. 10 (Exk.); Clem. un. de consang. VI. un. (Exk.); Clem. 3 de poen. V. 3 (Suspension); vereinzelt auch c. 32 (Innoc. III.) de sent. exc. V. 39: „ipso actu excommunicationis sententiam incurrere".

[3] Summa Rufini C. XVII qu. 1, l. c. S. 333: „eo ipso contrahunt excommunicationem"; c. 11 (Lyon 1274) in VI de sent. exc. V. 11 (Exkommunikation); c. 16 (Nicol. IV.) in VI de elect. I. 6 (Privation des Wahlrechts u. Suspension vom Amt); c. 9 (Bonif. VIII.) in VI de off. iud. ord. I. 16 (susp. ab ingressu ecclesiae); c. 15 (id.) in VI de off. iud. deleg. I. 14 u. c. 40 (id.) de elect. I. 6 (Suspensionen); c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V, 9 (Verlust des Bischofssitzes für eine Stadt); c. 1 (Bon. VIII.) in Extr. comm. de sepult. III. 6 (Exkommunikation); Clem. 1 § 4 de haeret. V. 3 (Suspension u. Exk.); Clem. 2 de poen. V. 8 (privatio beneficiorum); Clem. 1 de reb. eccles. III. 4 (susp. ab off.); Clem. 1 §. 1 de privil. V. 7 (Suspension); Clem. 1 de poen. V. 8 (a feudis cadat hoc ipso).

Freilich finden sich noch das 13. Jahrhundert hindurch weniger prägnante, an den Sprachgebrauch der früheren Zeit erinnernde Wendungen, vgl. c. 48 (Lateran. IV). X de sent. exc. V. 48 interdictio ingressus ecclesiae); c. 2 (Gregor IX.) X de solut. III. 23; c. 45 (id.) X de sim. V. 3; c. 1 (Lyon 1245) in VI de sent. et re iud. II. 14; c. 2 (Lyon 1274) in VI de cens. III. 20; Clem. 1 de decim. III. 8; Clem. un. de usuris V. 5.

[4] canon latae sententiae schon in c. 14. 19 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39; Friedrich II. ad Honor. III. 1220, Böhmer acta imp. select. Innsbruck 1880 p. 244: „licet non inciderimus in latam sententiam impedimentis evidentibus"; Vertrag v. S. Germano 1225, LL. 2, 255: predicta omnia observabimus bona fide, lata ex nunc excommunicationis sententia, in quam incidemus, si non transfretaverimus in passagio superscripto"; ferner canon. latae sententiae bei Innocenz III. c. 32 X de sent. exc. V. 39; Glosse zu c. 29 C. XVII qu. 4 s. v. subiaceat; zu c. 1 C. XXIV qu. 1 s. v. in haeresim und zu c. 32 C. XXIII qu. 8 s. v. interdicimus, während die Summa Stephans v. Tournai, her. von v. Schulte Giessen 1891 S. 4. 125. 229 (diese zuerst) und nach v. Schulte d. Glosse zum Dekrete Gratians Wien 1872 S. 17 die Glosse des Johannes Teutonicus den Ausdruck: capitulum, bz. canon datae sententiae aufweisen.

[5] Bei Stephan v. Tournai (s. vor. Anm.) S. 48; „dandae sententiae"; Paris 1212 o. 1213 P. 1 c. 6, M. 22, 821 u. Rouen 1214 P. I c. 7, p. 900: „poena excommunicationis inferendae" genannt.

[6] Sententia iuris, non iudicis in c. 29 (Inn. III.) X de sent. exc. V. 39 und excommunicati a iure in c. 8 (Bonif. VIII.) in VI de priv. V. 7; gleich bedeutend auch suspensus a canone bei Innocenz IV. zu c. 10 X de cler. exc. V. 27 n. 2, sententia canonis in der Glosse zu c. 107 C. XI qu. 3 s. v. violatores, zu c. 5 C. XVII qu. 4 s. v. anathematizamus und im casus zu c. 29 X de sent. exc V. 39. Gegenübergestellt excommunicatio vel juris vel hominis Köln 1260 c. 40, M. 23, 1154; excommunicatus ab homine i. e. a judice und a jure Cahors 1289 c. 24, M. 24, 1030; const. Carol. II. reg. Ende saec. XIII, Giraud, essai sur l'histoire du droit français II 2, 31; sententia canonis vel hominis c. 22 (Bonif. VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

[7] S. die vorhergehenden Anmerkungen, vgl. noch c. 7 §. 3 (Lateran. III. 1179) X de elect. I. 6 (susp. ab ecclesiasticis beneficiis triennio); c. 1 (id.) X de schismat. V. 8 (Suspension ab ordinibus et dignitatibus); c. 3 (id.) X de usur. V. 19 (susp. ab execut. officii); c. 3 (id.) X de rapt. V. 17.

[8] Vgl. ausser den in den früheren Anmerkungen citirten Stellen noch c. 13 (Innoc. III.) X de temp. ord. I. 11 (susp. a collatione ordinum u. ab executione officii sacerdotalis); c. 32 (id.) X de sent. exc. V. 39 (ab executione ordinum et off. susp.); c. 45 (Gregor IX.) X de simon. V. 3. (susp. a collatione ordinum u. ab executione ordinum).

Standpunkt festgehalten —[1], werden sie im Verlaufe des 13. Jahrhunderts und später sowohl durch die Päpste und die von ihnen abgehaltenen allgemeinen Konzilien[2], wie auch durch die Partikularsynoden[3] in einem jedes vernünftige Mass übersteigenden Umfang verwendet, namentlich aber die Zahl derartiger Exkommunikationen auf das Ungemessenste vermehrt[4]. Ja, es wird auch sogar solchen Strafen, mit deren Wesen ein derartiger Charakter begrifflich nicht harmonirt, weil bei ihnen von einem Eintreten ohne Weiteres nicht die Rede sein kann, wie dem Verlust des Bischofssitzes[5], der Konfiskation[6], der Geldstrafe[7] und sogar dem Exil[8], die gedachte Qualität beigelegt[9]. Endlich trat auch gleichzeitig eine Vermehrung der Fälle der poenae l. s. durch die Doktrin ein, welche, nachdem die Unterscheidung zwischen den beiden Arten von Strafen klar erkannt war, nunmehr in die Nothwendigkeit gesetzt wurde, in Betreff der älteren strafrechtlichen Vorschriften im Dekrete Gratians

[1] Nach Navarrus (de Azpilcueta) manuale confessariorum Antw. 1588 C. XXVII p. 49. 50; Kober, Kirchenbann S. 60, hat man etwa 33 auf 26 reducirbare als gemeinrechtlich geltende Fälle der Exkommunikation gezählt; dazu treten aber die anderen im lib. X vorkommenden Strafen der hier fraglichen Art, namentlich die zahlreichen Suspensionen.

[2] S. die vorvor. Anm. u. S. 132 n. 3. 4 u. 6 Navarrus l. c. zählt 32 durch den lib. VI und 50 durch die Clementinen eingeführte Fälle der exc. l. s.

[3] Vgl. in Betreff der verschiedenen Arten von Suspensionen z. B. Leg. K. Mainz 1225 c. 15, M. 23, 7; Beziers 1233 c. 8, p. 272; London 1237 c. 11. 15. 29, p. 452; Leg. Konst. Utrecht 1248, p. 764; Saumur 1253 c. 27, p. 816; Salisbury 1256, p. 906; Arles 1260 c. 10, p. 1008; Mainz 1261 c. 12. 17. 18, p. 1084; Köln 1266 c. 10, p. 1139; Wien 1267 c. 11, p. 1173; London 1268 c. 10. 12. 16. 30. 31. 41. 51. 52, p. 1226; Aquileja 1339, M. 25, 1119; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 228; der privatio beneficii London 1237 c. 16, M. 23, 455; Köln 1266 c. 36, p. 1154; London 1268 c. 11. 13, p. 1227; privatio offficii Leg. K. Bremen 1266, p. 1157. 1159; privatio decanatus Utrecht 1248, p. 766; der interdictio ingressus ecclesiae (für Kleriker, bez. auch Laien) Leg. K. Mainz 1225 c. 4, M. 23, 4; Beziers 1233 c. 11. 23, p. 272; Fritzlar 1246 c. 5. 14, p. 727; Arles 1260 c. 9, p. 1007; Leg. K. Bremen 1266, p. 1158. 1159; Leg. K. Ofen 1279 c. 49, M. 24, 293; Beziers 1310 c. 15, M. 25, 363; Avignon 1337 c. 5, p. 1090; York 1367 c. 2, M. 26, 463; des kleinen Bannes; Mainz 1225 c. 13, M. 23, 7 (perceptio corporis domini); Ravenna 1314 c. 17, M. 25, 548 (exclusio ab omnibus sacramentis ecclesiasticis); des Lokal-Interdikts Köln 1266 c. 2. 4, M. 23, 1136; Cognac 1262 c. 1, p. 1107; London 1268 c. 13, p. 1231; Magdeburg 1315 c. 17, p. 1165; Leg. K. Würzburg 1287 c. 33, M. 24, 859; des Verlustes des Patronatrechtes Mainz 1261 c. 47, M. 23, 1101; der Infamie Tours 1236 c. 8, M. 23, 413 und der Konfiskation, s. die S. 81 n. 6 citirten Partikularkonzilien.

[4] S. z. B. Leg. K. Mainz 1225 c. 13, M. 23, 7; Arles 1234 c. 21, p. 341; Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 6, p. 514; L'Isle 1251 c. 3. 9, p. 796; Lucca 1253 p. 823; Roffec 1258 c. 2. 4. 5, p. 984; Montpellier 1258 c. 1, p. 990; Lambeth 1261, p. 1061; Mainz 1261 c. 45, p. 1100; Bordeaux 1263 c. 5, p. 1110; Nantes 1264 c. 7, p. 1120; Köln 1266 c. 36 p. 1152; Embrun 1267 c. 4, p. 1184; Seyne 1267 c. 7, p. 1181; Clermont 1268 c. 8, p. 1200; London 1268 c. 4, p. 1219; Beziers 1276 c. 13, M. 24, 176; Leg. K. Ofen 1279 c. 49, p. 299; Leg. K. Würzburg 1287 c. 4, M. 24, 852; Rouen 1296 c. 2, p. 1204; Salzburg 1292 c. 2, p. 1077; Aschaffenburg 1292 c. 25, p. 1093; Leg. K. Pressburg 1309 c. 6, M. 25, 220; Avignon 1326 c. 8. 34, p. 747; Benevent 1331 c. 20, p. 944; Rouen 1335 c. 6, p. 1042; York 1367, M. 25, 472. Während Richard v. Salisbury u. 1237 17 Fälle der exc. l. s. aufzählt, s. S. 132 n. 1, und Lemans 1247 p. 760 ein Verzeichniss von 4 a canone durch das gemeine Recht, 3 durch die Provinzialsynoden und 8 durch den Bischof eingeführten Fällen giebt, stellt Cahors 1289 M. 24, 1032 ungefähr 34 Fälle der exc. ipso facto „a iure per summos pontifices constituto", 12 durch einen päpstlichen Legaten, 7 durch das Provinzialkonzil und 14 durch Synodalkonstitutionen eingeführte zusammen. Weitere, nicht auf Vollständigkeit Anspruch machende Verzeichnisse Würzburg 1298 c. 15, M. 24, 1192 und York 1367, M. 26, 472.

[5] c. 5 in VI V. 9 cit.

[6] Vermögen der Ketzer c. 19 (Bonifac. VIII.) in VI de heret. V. 2.

[7] Valence 1268, M. 23, 1055 („ipso facto poenam V morabetinorum incurrat"); p. 1056. 1057; Tarragona 1292 c. 4, M. 24, 1107; Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472; Ravenna 1314 c. 6, p. 539; Tarragona 1329 c. 37. 65. p. 853; Avignon 1337 c. 46, p. 1098; Angers 1365 c. 13. 31, M. 26, 432.

[8] Valence 1268, M. 23, 1056 (für das Tragen nicht passender Kleider „si clericus fuerit alterius dioecesis et in nostra dioecesi commoretur, ipso facto per annum exulet extra dioecesim").

[9] Schon allein gegenüber den gemeinschaftlich festgesetzten Fällen erscheint es unerklärlich, dass Schulte K. R. 2, 388 und Lehrb. 3. A. S. 207 die apodiktische Behauptung aufstellen kann, es gebe keine poenae, sondern nur censurae l. s.

und in den Dekretalen Gregors IX. festzustellen, zu welcher Klasse die in diesen Sammlungen angedrohten Strafen gehörten [1].

Das Wesen der poena und censura latae sententiae besteht darin, dass sie sich sofort mit den sonst der betreffenden Strafe zukommenden Wirkungen durch die Begehung der strafbaren Handlung oder Unterlassung an dem Thäter realisirt [2]. Demgemäss hat derselbe die Pflicht, sich der Strafe entsprechend zu verhalten [3]. Soweit er dies nicht thut, und die Realisirung der Wirkungen von anderer Seite zu geschehen hat [4], kann diese allerdings nur erfolgen, wenn die Thäterschaft zu dem in Frage stehenden Vergehen bekannt oder festgestellt ist. Deshalb hat man für solche Fälle auch die Deklaration des Eintritts der betreffenden Strafe unter Nennung des Schuldigen, und zwar mehrfach unter besonderen Feierlichkeiten (bei angezündeten Kerzen) und zu wiederholten Malen vorgeschrieben [5].

[1] Wobei sie, mitunter sogar durch die Gesetzgebung unterstützt, erst in einzelne Stellen den Charakter der Strafe als latae sententiae hinein interpretirt hat, s. Bd. I. S. 121. n. 7. 8 (privilegium canonis) und dazu c. 12. 13 (Alex. III.) Comp. I. V. 35 u. c. 9 (id.) X de sent. exc. V. 39; Schulte, Glosse zum Dekret S. 15. 17.

[2] Es ändert auch nichts an ihrem Wesen, wenn, was mehrfach geschehen ist, ihr Eintritt erst nach einer bestimmten Frist, L'Isle, 1251 c. 9, M. 23, 797: „nisi infra VIII dies super hoc satisfecerit, sit extunc ipso facto excommunicationis sententia innodatus"; oder erst nach erfolgter vergeblicher Mahnung, s. S. 121 n. 7, vorgeschrieben wird, weil sich dann die Realisirung blos auf eine andere Zeit, den Ablauf der Frist oder den für die Feststellung der Vergeblichkeit der Mahnung erforderlichen Zeitraum verschiebt. Allerdings liegt darin eine gewisse Milderung der Härte der Strafe, ohne dass freilich die letztere ganz beseitigt wird.

[3] Der Exkommunicirte muss sich also von allen gottesdienstlichen Handlungen und Sakramenten und von dem Verkehr mit den anderen Gläubigen fernhalten, der suspendirte Kleriker die Ausübung der kirchlichen Handlungen und Rechte, von denen er suspendirt ist, unterlassen, der mit der Deposition oder der privatio beneficii bestrafte, das Amt niederlegen, der in Geldstrafe verfallene diese zahlen u. s. w. Für die Exkommunikation wird dies nicht bestritten, s. Kober, Kirchenbann 2 A. S. 52, dagegen behauptet derselbe, Suspension S. 45, dass bei geheim gebliebenen Verbrechen die Beobachtung und Vollstreckung dem Gewissen des Thäters anheim gegeben sei, für die Deposition endlich, Deposition S. 206. 211, dass sie, um wirksam zu werden, eine sententia declaratoria des Richters voraussetze. Damit wird aber das Wesen der Strafen l. s. negirt, und es ist eine petitio principii, wenn er sich darauf beruft, dass niemand verpflichtet sei, eine Strafe an sich selbst zu vollziehen. Der durch Richterspruch Exkommunicirte und Deponirte hat sicherlich diese Pflicht, und soll es nicht darauf ankommen lassen, gewaltsam aus der Kirche oder aus dem Amt entfernt zu werden. Soll also — und darin besteht ja gerade das Wesen der poena l. s. — diese letztere, ebenso wie die richterlich ausgesprochene wirken, so muss dasselbe auch für sie gelten, und es ist haltlos, dies blos für die Exkommunikation anzuerkennen, weil diese nicht mit Zufügung eines äusseren Übels, sondern blos mit Entziehung kirchlicher Rechte (ist dies kein äusseres Übel?) strafe, und sich von selbst vollziehe (auch die Entfernung aus der Kirche und die Zurückweisung von den Sakramenten?). Das Prinzip wird übrigens sogar ausdrücklich anerkannt in c. 4 in VI de homic. V. 4 cit.: „postquam probabilibus constiterit argumentis, aliquem scelus tam execrabile commisisse, nullatenus alia excommunicationis vel depositionis seu diffidationis adversus eum sententia requiratur", und c. un. (Paul. IV. 1468) in Extr. comm. de reb. eccles. III. 4: „ipso facto (beneficiis) privati existant illaque absque declaratione aliqua vacare censeantur", von denen c. 4 cit. ausdrücklich Exkommunikation, Deposition und den weltlichen (italienischen) Bann gleichstellt. Das übersieht Kober, Deposition S. 210, wenn er mit Rücksicht darauf, dass die Worte kein unnützes Beiwerk (in der That bilden sie eine genauere Angabe der Konsequenzen) seien, für diese beiden Stellen allein hinsichtlich der Deposition eine Ausnahme macht und argumento a contrario schliesst, dass in allen anderen Fällen für diese eine deklaratorische Sentenz erfordert werde. Allerdings lässt sich nicht leugnen, dass die poena l. s. eine indirekte Selbstdenunziationspflicht durch gewisse Handlungen und Unterlassungen des von ihr Betroffenen herbeiführt, das ist indessen mit ihrem Wesen verbunden, und wenn man diese Pflicht leugnet, verstösst man damit auch gegen das Wesen dieser Strafen.

[4] Wie die Abbrechung des Verkehrs mit dem Exkommunicirten, die Verweigerung der Sakramente ihm gegenüber, die Einstellung des Gottesdienstes bei dem ipso facto eintretenden Lokal-Interdikt, die Wegverlegung des Bischofssitzes aus der vom ipso iure eintretenden Verlust der dignitas pontificalis betroffenen Stadt, die Einziehung der verfallenen Geldstrafe.

[5] So für die Exkommunikation c. 12. 13 (Alex. III.) Compil. I V. 35; c. 9 (id.) X de sent. exc. V. 39; schott. Konzil 1225 c. 33 i. f., M. 23, 1231; Leg. d. Würzburg 1287 c. 23, M. 24, 860, welche sämmtlich keine näheren Voraussetzungen für die Verkündigung angeben, während solche andererseits mit „cum constiterit", Clem.

II. Die generellen Exkommunikationen und Strafen. Im Laufe des 12. Jahrhunderts hat sich die Gewohnheit, generelle Exkommunikationen zu verhängen festgestellt[1], d. h. die verschiedenen kirchlichen Gewalten, die Partikularsynoden[2], die Bischöfe[3], ferner auch die Päpste mit den allgemeinen Konzilien[4] und mit anderen Synoden[5] oder auch allein[6] haben seitdem vielfach allgemeine Exkommunikationen (s. g. *excommunicationes generales*) gegen diejenigen, welche sich gewisser Handlungen oder Vergehen schuldig gemacht[7] oder machen[8] oder bestimmte Ver-

3 de cens. III. 13; Roffec 1258 c. 2, M. 23, 984; Pont Audemer 1279 c. 6, M. 24, 222; oder Köln 1310 c. 2, M. 25, 231; „quamprimum hoc per famam publicam vel rei evidentiam aut per mandatum seu sententiam iudicis constiterit" bezeichnet werden. Auch Beziers 1310 c. 20, M. 25, 362 schreibt vor, dass der Priester den percussor clericorum, welcher ipso iure exkommunicirt ist, nur zu meiden hat, wenn letzterer dies gestanden oder der erstere es gesehen hat und beweisen kann, oder im Falle einer publica fama oder eines Befehls des kirchlichen Richters.

Allgemein für alle hierher gehörigen Strafen, für welche eine Bekanntmachung erforderlich ist, um sie zur vollen Wirkung zu bringen, also ausser der Exkommunikation für das Personal- und Lokal-Interdikt, den kleinen Bann und die Suspension ordnet Compiegne 1329 c. 1, M. 25, 879 an: „incidentes in sententias a canonibus et constitutionibus praedictis (den Provinzial-Synoden), cum de hoc sibi constiterit, nominatim declarent ordinarii sententias huiusmodi incurrisse"; Clem. 3 cit. dagegen nur für die „excommunicationis et interdicti sententias a iure prolatas".

[1] Soweit ich sehe, bilden die ältesten Beispiele London 1102 c. 29, M. 20, 1153: „ut per totam Angliam in omnibus ecclesiis et in omnibus dominicis diebus excommunicatio praefata (gegen die Sodomiten, c. 28) renovetur" und Rheimser Gottesfriedensstatut Calixt' II. 1119, M. 21, 237: „Huius statuti violatores omni die dominico per singulas parochias excommunicentur".

[2] S. die vor. Note und die folgenden Anmerkungen.

[3] Und zwar öfters auf den Diöcesansynoden c. un. (Clem. III. 1187—91, J. L. n. 16639) Comp. II. IV. 10: „consuluit nos discretio tua, utrum hi qui contra inhibitionem annuatim in sua sinodo cum excommunicatione in genere facta clandestina matrimonia contraxerunt"; vgl. auch c. 21 (Caelest. III.) X de sent. exc. V. 39.

[4] Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 231 (c. 6 X de iudaeis V. 6): ut per ecclesias maritimarum urbium crebra et solennis in eos (Christen, welche den Sarazenen Waffen und Schiffsgeräth zur Bekämpfung der Christen liefern) excommunicatio proferatur" u. c. 27, M. 22. 232 (betr. die Exkommunikation der Brabanzonen u. s. w.); Lateran. IV. 1215 c. 3, M. 22, 986 (c. 13 X de haeret. V. 7, generelle Exkommunikation der Ketzer).

[5] So Lucius III. zu Verona 1184, M. 22, 476, s. c. 9 X de haeret. V. 7 (generelle Exkommunikation aller Ketzer und Anordnung der Verkündung derselben durch die Bischöfe an allen Festtagen).

[6] Honorius III. 1220, Potth. 6408 (c. 49 X de sent. exc. V. 39, Verkündigung der Exk. der Ketzer und der Verletzer der kirchlichen Freiheiten „accensis candelis"); Nikolaus IV. 1291, Potth. n. 23589, bull. Taur. 4, 47 u. 105 (generelle Verkündigung der Exkommunikation der Ketzer). Die Anordnung einer solchen Exk. in Honorius III. 1219 (an den Patriarchen v. Grado) Potth. n. 5971, Rodenberg ep. pont. roman. 1, 60: „excommunicationis tam in crucesignatos, quam in nautas, si contra tuam monitionem venerint, generalem sententiam auctoritate nostra subl. appell. obst. promulgando" (um sie zur Überfahrt nach Damiette zu bewegen).

Durch vorstehende Mittheilungen, s. auch Anm. 1, widerlegt sich die Annahme von Hausmann, Gesch. d. päpstlichen Reservatfälle. Regensburg 1868 S. 90. 91, dass diese Gewohnheit von Rom ausgegangen ist.

[7] Odo v. Paris Ende saec. XII. c. 58, M. 22, 684: „praecipitur presbyteris omnibus, quod excommunicent ter in anno, scil. in pascha, in nativitate domini et in festo ecclesiae omnes illos qui scienter celant feuda Paris. ecclesiae et omnes illos qui sciant super hoc aliquid, nisi illud revelaverint Paris. episcopo"; Pariser Konst. zw. 1220 u. 1233 c. 13, M. 22, 768: „Presbyteri in ecclesiis frequenter denuncient eos, qui matrimonia clandestina contrahunt et qui eis faciendis assistunt, esse excommunicatos". Weiter gehören hierher auch die Exkommunikationen der Ketzer durch die Päpste, s. Anm. 6. Vgl. im übrigen noch unten S. 136 n. 7.

[8] Pr. K. Rouen 1190 c. 26, M. 22, 585: „ut singulis dominicis tam in cathedrali quam in singulis parochialibus ecclesiis omnes illi candelis accensis excommunicentur, qui scienter in foro ecclesiastico de cetero pejerabunt iuramentum in s. ecclesiae laesionem vel cuiuslibet personae exhaeredationem", vgl. ferner auch c. 27—31, wo dasselbe für diejenigen, welche sich eigenmächtig in Benefizien eindrängen, ferner für Fälscher, Brandstifter und Giftmischer angeordnet wird; Leg. K. York 1195 c. 11, M. 22, 655: „ut quilibet sacerdos de cetero ter in annis solemniter candelis accensis pulsatisque campanis eos excommunicet qui in recognitionibus aliisque testimoniis scienter et sponte pejerabunt et eos qui malitiose alios facient pejerare eosque singulis dominicis diebus excommunicatos denunciet, ut crebra maledictionis iteratio eos a sua iniquitate retrahat, quos accusatio propriae conscientiae non deterret".

pflichtungen und Auflagen nicht erfüllen würden [1], und zwar öfters in feierlicher Form [2] gewöhnlich an Sonntagen oder Festtagen [3] oder an bestimmten Feiertagen [4] entweder selbst [5] ausgesprochen oder durch ihre untergeordneten Organe in regelmässiger Wiederkehr verkünden lassen.

Dabei hing es von dem Willen der zur Anordnung derartiger Exkommunikationen berechtigten kirchlichen Organe ab, ob die Bannung lediglich diejenigen treffen sollte, welche die damit bedrohten Handlungen erst nach der Publikation der generellen Exkommunikation begehen würden oder auch diejenigen, welche sich solcher bereits vorher schuldig gemacht hatten [6]. Es lässt sich daher nur aus dem Wortlaut und dem Zweck der einzelnen in Frage kommenden Anordnungen und Verkündungen entnehmen, ob das eine oder das andere der Fall sein sollte. Denn zweifellos konnte man durch solche generelle Exkommunikationen nicht nur von der Begehung häufig vorkommender Vergehen für die Zukunft abschrecken oder die Vornahme gewisser Handlungen auf das Nachdrücklichste erzwingen, sondern auch denjenigen Verbrechern, welche die Strafthat schon vorher begangen hatten, aber bisher unentdeckt und unbestraft geblieben waren, in besonders eindringlicher Weise das Gewissen rühren, um sie zur Übernahme der entsprechenden Busse und zur Umkehr zu bewegen [7].

[1] S. 135 n. 6.

[2] S. 135 n. 6 u. 8.

[3] S. die citirten Anmerkungen.

[4] S. 135 n. 1, 7 u. 8 die Päpste schon im 13 Jahrhundert am grünen Donnerstag, Leg. K. Würzburg 1287 c. 40, M. 24, 865: „Cum imponentes et exigentes nova passagia vel antiqua seu concessa augmentantes singulis annis summus pontifex in coena domini anathematis vinculo denunciet subiacere". S. auch Potth. n. 21874. 21897 (Martin IV. 1282 gegen den Grafen Monteferetro und seine Anhänger).

[5] So einzelne Päpste, S. 135 n. 5. 6 und die vorhergehende Anmerkung; ferner die Bischöfe, so z. B. die schottischen auf dem Konzil v. 1225 c. 84, M. 22, 1246, welche unter Anwendung der beim Anathem gebrauchten Verfluchungen eine ganze Anzahl von Verbrechern, so diejenigen, welche sich gegen Bischöfe und Prälaten verschwören, falsche Zeugen, Friedebrecher, Hinterzieher von kirchlichen Zehnten, offenbare Wucherer, öffentliche Räuber, Brandstifter, Verletzer der kirchlichen Immunitäten u. A. exkommuniciren; weiter die englischen s. const. Riccardi Sarum u. 1227 c. 87, M. 22, 1131.

[6] S. 135 n. 1, 7 u. 8.

[7] Schon diese inneren Gründe sprechen gegen die von Kober Kirchenbann 2. A. S. 50 apodiktisch aufgestellte Behauptung, dass sich die generellen Exkommunikationen blos auf die Zukunft bezogen haben. Abgesehen davon sind zweifellos solche auch schon wegen etwaiger vor ihrer Verkündung begangene Vergehen ausgesprochen worden, so Lerida 1229 c. 4, M. 22, 1090: „per omnes ecclesias in praecipuis solemnitatibus excommunicentur omnes illi qui in gradu prohibito scienter matrimonium contrahere praesumpserint vel etiam praesumpserunt", Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 10, M. 23, 515: „excommunicamus omnes conspiratores et colligationes illicitas facientes in clero et contra constitutos in clero. Sententiam autem huiusmodi ad praeterita duximus extendendam, nisi infra mensem.. pro posse duxeri(n)t revocandas". Ferner haben die generellen Verurtheilungen der Ketzer durch die Päpste, S. 135 n. 5, welche damit der damals immer mehr um sich greifenden Verbreitung der Ketzerei entgegentreten wollten, doch nur volle Bedeutung, wenn sie auch auf die schon vorhandenen Ketzer bezogen werden, was schon überdies auch durch den Gegensatz in c. 49 X V. 39 cit., S. 135 n. 6, zwischen der unbedingten Exkommunikation aller Ketzer und der nur bedingten der Verletzer der kirchlichen Freiheiten geboten wird. Wenn ferner Roffec-Bordeaux 1258 c. 1, M. 23, 984 anordnet, „ut tales (die mit der Exkommunikation belegten Verletzer der kirchlichen Freiheiten) in generali et expresse illi, de quibus constiterit, excommunicati denuncientur diebus dominicis et festivis" so kann es sich doch hier nicht blos um solche handeln, welche erst nach der Verkündung der General-Exkommunikation das Vergehen begangen haben, da die Exkommunikation derjenigen, deren Thäterschaft feststand, sofort mit Nennung des Namens verkündet werden soll. Dasselbe gilt von Avignon 1209 c. 3, M. 22, 786: „ut festivis diebus et solemnibus maxime cum synodus celebretur, usurarii omnes . . . generaliter excommunicentur. Si vero fuerint publici et de crimine illo convicti, si post trinam admonitionem satisfacere, voluerint, nominatim eadem feriantur censura". Weiter beziehen sich nicht blos auf die Zukunft die S. 135 n. 7 citirten Stellen, ferner die Exkommunikationen des schottischen Konzils v. 1225 c. 50, M. 22, 1234, wo die wiederholte öffentliche generelle Exkommunikation der sortilegi, venefici, incendiarii, ecclesiarum fractores, falsarii, usurarii manifesti, omnes illi qui se in beneficia intrudunt und noch an-

Kann es keinem Zweifel unterliegen, dass diejenigen, welche die bedrohten Vergehen nach der Verkündung begangen oder die von ihnen geforderten Handlungen nach derselben nicht vorgenommen hatten, ohne Weiteres der im Voraus gegen sie ausgesprochenen Strafe, wie wenn sie besonders gegen sie verhängt worden wäre, verfielen[1], so muss auch angenommen werden, dass dieselbe Wirkung hinsichtlich derjenigen, welche sich eines von der generellen Exkommunikation betroffenen, früher begangenen Vergehens schuldig gemacht hatten, sofort mit der Promulgation derselben eingetreten ist[2]. Freilich liess sich in beiden Fällen die volle Wirkung der Exkommunikation, namentlich die Fernhaltung von den Sakramenten und die Durchführung der Verkehrssperre gegen den unter dieselbe fallenden Schuldigen, wenn seine Thäterschaft unbekannt geblieben war, nicht realisiren, aber abgesehen davon, dass letzteres in den Fällen der Notorietät oder einer späteren Überführung möglich war, und dann auch eine Verkündung der gegen ihn eingetretenen Exkommunikation unter Nennung seines Namens erfolgen konnte[3], hatte sich der Thäter immer selbst von Anfang an als exkommunicirt zu betrachten und konnte, falls er sein Verhalten nicht danach eingerichtet, sondern durch dasselbe die Exkommunikation missachtet hatte, später die Absolution nur unter schwereren Bedingungen, namentlich nur gegen härtere Busse erlangen.

Mit dem 13. Jahrhundert ist die generelle Exkommunikation ein allgemeines Rechtsinstitut der Kirche geworden, und es sind eine ganze Zahl von Strafthaten, sowohl allgemeine kirchliche Vergehen, wie auch Disciplinarvergehen der Geistlichen mit derselben bedroht worden[4], ohne dass eine nennenswerthe Einschränkung der An-

derer Verbrecher angeordnet, in Betreff der Beschützer und Begünstiger der Räuber aber bestimmt wird: „eos autem . . si tertio commoniti per ecclesiasticum iudicem ipsos (die Räuber) a se non abiiciant, ecclesiasticae excommunicationi subiugamus“, also die letztere Vorschrift blos auf die Zukunft, die erstere aber auch mit auf die Gegenwart bezogen werden kann.

Die Zukunft treffen allerdings nur Rouen 1190 c. 26, S. 135 n. 8, c. 49 X V. 39 cit., soweit es gegen die Verletzer der kirchlichen Freiheiten geht; Lerida 1229 c. 20, M. 22, 1094.

[1] So ordnet Clem. III., S. 135 n. 3 an: „Sed quoniam contra interdictum ecclesiae et excommunicationem generaliter factam agere praesumpserunt, nominatim excommunicati denuntiandi sunt pro contemptu, donec ecclesiae satisfecerint“, betrachtet mithin die von der generellen Exkommunikation betroffenen als bereits exkommunicirt, da er nur noch eine Verkündung derselben als Exkommunicirter mit Nennung ihres Namens vor Allem im Interesse des Verkehrsverbots (s. o. S. 3. 4) vorschreibt; vgl. ferner Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 12, M. 23, 516: „Et licet invasores et raptores ecclesiae in genere sint excommunicati, non tamen vitentur, nisi facti evidentia vel confessione propria hoc constaret, quousque fuerint in specie denuntiati“; vgl. weiter Köln 1260 c. 31. M. 23, 1148; Avignon 1279 c. 1. i. f., M. 24, 234; Bourges 1336 c. 12 i. f., M. 25, 1066. Es ist daher auch völlig korrekt, wenn, nachdem eine generelle Exkommunikation durch ein kirchliches Leitungsorgan verhängt war, die niederen Organe (z. B. die Pfarrer) bei den vorzunehmenden generellen Verkündungen angewiesen werden, die betreffenden Missethäter als schon exkommunicirt zu verkünden, so Paris 1220, S. 135 n. 7. Roffec-Bordeaux 1258, S. 136 n. 7, Breslau 1248 §. 19, de Montbach, stat. Wratislav. p. 310 u. Valencia 1273, M. 23, 1078.

Ausnahmen konnten auch hier kraft Privileges eintreten, so z. B. wenn dasselbe, wie das Clemens' IV. 1265 für den König von Frankreich, Potth. n. 19099, darauf ging, von General-Censuren nur bei ausdrücklicher Erwähnung des Namens und der königlichen Würde betroffen zu werden.

[2] Wenn nicht etwa eine besondere Frist für die Besserung gesetzt, wie in den Leg. Konst. v. Tarragona 1239 c. 10, S. 136 n. 7, oder eine vorgängige Mahnung, s. S. 121 n. 8, vorgeschrieben war.

[3] S. Anm. 1.

[4] S. ausser den Citaten in den vorhergehenden Anmerkungen Aquileja 1184, M. 22, 493; London 1200 c. 7, p. 707; Dublin 1214, p. 929; Oxford 1222 c. 1, p. 1150; Arles 1234 c. 15, M. 23, 340; Canterbury 1236 c. 23, p. 423; Trier 1238 c. 1, p. 471; Ferns 1240 o. 1241, 520; Odense 1245, Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten. Hamburg 1886. 1, 292; Beziers 1246 c. 33, M. 23, 699; Cognac 1254 c. 25, p. 872; Lerida Ende saec. XIII. p. 937; Reding 1279 c. 3, M. 24, 261; Köln u. 1280 c. 10. 12, p. 356. 258; Nogaret 1313 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1320 c. 48, p. 796; Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896; Tarragona 1332 c. 2, M. 25, 936. Neben

wendung versucht worden ist[1]. Im Gegentheil haben gerade die Päpste ebenfalls von derselben wiederholt Gebrauch gemacht[2], insbesondere solche Exkommunikationen für bestimmte Vergehen, deren Zahl allmählich vermehrt worden ist, regelmässig an bestimmten Feiertagen[3], namentlich am grünen Donnerstag[4] verkündet, und aus der Zusammenstellung dieser General-Exkommunikationen ist die s. g. *bulla in Coena domini*, deren Anfänge bis in das 13. Jahrhundert zurückreichen, entstanden.

Es ist ersichtlich, dass die generelle Exkommunikation, soweit sie gegen etwaige in Zukunft begangene Strafthaten und Unterlassungen gerichtet ist, eine grosse Ähnlichkeit mit der s. g. *excommunicatio latae sententiae* aufweist. Bei beiden realisirt sich die Strafe, soweit nicht die mangelnde Feststellung der Thäterschaft der in Frage kommenden Schuldigen dies faktisch hindert[5], mit der Begehung der bedrohten That oder mit dem Ablauf der für die Erfüllung einer Handlung gesetzten Frist. Allerdings waltet der Unterschied zwischen beiden Arten der Exkommunikation ob, dass

der früher üblichen Form: excommunicamus omnes etc., s. die citirten Stellen, treten seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts auch andere hervor, so Köln u. 1280 c. 10. 12. 16, M. 24, 356. 358. 361: „excommunicamus in his scriptis"; Compiegne 1300 c. 2, M. 25, 119: „monitione tamen competenti praemissa excommunicamus in his scriptis"; Köln 1266 c. 31, M. 23, 1148: „excommunicatione, quam ferimus in his scriptis"; Riez 1285 c. 23, M. 24, 584: „in his scriptis vinculo excommunicationis innodamus"; ebenso Bergamo 1311 c. 19, M. 25, 495; Salzburg 1274 c. 14, p. 141: „ipso facto sententia excommunicationis, quam ex nunc in ipsum perferimus, sit ligatus". Benevent 1331 u. 1378 c. 38, M. 25, 955 u. M. 26, 638: „excommunicationis sententiam ferimus in his scriptis" (c. 41 ibid. promulgamus); Köln 1300 c. 2, M. 25, 18: „in vos extunc sententiam excommunicationis ferimus in his scriptis"; Köln 1266 c. 40, M. 23, 1154: „excommunicationis sententiam in his scriptis a nobis latam incurrisse"; c. 36, p. 1152: „maiori excommunicationi in his scriptis latae innodamus"; c. 35, p. 1151: „sententiam excommunicationis quam in eos ferimus in his scriptis ipso facto incurrunt"; c. 7, p. 1138: „exnunc sententia excommunicationis innodamus".

[1] Gemeinrechtlich c. 5 (Innocenz IV.) in VI de sent. V. 11, S. 121 n. 11, ist nur vorgeschrieben, dass die kirchlichen Richter von generellen Exkommunikationen pro futuris culpis blos beim Vorhandensein einer rationabilis causa Anwendung machen sollen, partikularrechtlich wird vor übermässigem Gebrauch gewarnt, Chateau-Gontier 1231 c. 10, M. 23, 235: „omnes tam ordinarii quam delegati a generalibus excommunicationis se temperent et refraenent", ebenso Rouen 1235 c. 5, p. 215; Sens 1239 c. 7, p. 710; Bayeux 1300 c. 94, M. 25, 78; ferner wird auch die General-Exkommunikation gegen die mit Gebannten Verkehrenden, abgesehen von der communicatio in crimine oder eines gravis et enormis excessus, s. die citirten Konzilien und Langeais 1278 c. 9, M. 24, 214, oder wegen Schadenszufügungen und Injurien Dublin 1214, M. 22, 929 verboten. Weiter erlauben Rouen 1231 c. 36, M. 23, 218 und Pont. Audemer 1278 c. 18, M. 24, 224 den Priestern blos die generelle Exkommunikation wegen Diebstahls und deposita, bez. deperdita, und Rouen cit. c. 47 untersagt den Äbten, General-Exkommunikationen für ihr Kloster ohne Benehmen mit dem Diözesanbischof zu verhängen.

[2] So Clemens IV. 1266, P. n. 19815, bull. Taur. 3, 765 und Nikolaus IV. 1291: Noverit, Potth. n. 23589, ibid. 4, 47. 105. Schon Clemens IV. 1265 Potth. n. 19099 hat dem König von Frankreich ein Privileg ertheilt, dass er von generales a sede apostolica latae sententiae nicht mit betroffen werde.

[3] Urban V. Apostolatus 1363, bull. Taur. 4, 520: „per nonnullos pontifices, praedecessores nostros et postremo per nos .... excommunicationis et anathematizationis sententiae in certis anni solennitatibus promulgatae fuerunt" nämlich gegen die Seeräuber, gegen diejenigen, welche den Kirchen und Geistlichen neue Zölle auflegen, die Sarazenen mit Kriegsbedarf unterstützen, welche die zum päpstlichen Stuhl hinreisenden oder von dort zurückkehrenden oder die bei der Kurie verweilenden gefangen nehmen, berauben, schwer verwunden oder tödten, die Zufuhr zum päpstlichen Stuhl hindern, die in Geschäften zur römischen Kurie hinreisenden, dort verweilenden oder von da zurückreisenden, ihre Prokuratoren, Advokaten oder die für sie deputirten Auditoren und Richter aus Anlass der betreffenden Geschäfte schlagen, verstümmeln, tödten oder ausplündern, oder päpstliche Gebiete okkupiren oder okkupirt halten.

[4] S. 136 n. 4; so hat schon Bonifaz. VIII. alljährlich die Exkommunikation der Verletzer der zum römischen Stuhl reisenden, Potthast n. 25190 (1302) an diesem Tage erneuert, Baluze vitae papp. Aven. 4, 596 (nach einer Bulle Benedikts XII.); s. auch die Bulle Gregors XI.: Excommunicamus v. 1372, bull. Taur. 4, 539 gegeben in coena domini, ferner Pauls II., Raynald a. 1467 n. 1; 19, 185: „Consueverunt praedecessores nostri annis singulis in die Coenae domini ... ad maiorem detestationem gravium quorundam criminum quoscunque ipsis criminibus illaqueatos solemni publicatione .. excommunicatos denunciare".

[5] S. 137.

diese Wirkung bei der exc. latae sententiae lediglich durch die sie androhende und die Strafe als latae sententiae qualifizirende Verordnung, bei der generellen Exkommunikation aber in Folge der vor der Begehung der That oder Unterlassung bereits verhängten oder ausgesprochenen Exkommunikationssentenz eintritt[1], d. h. die Androhung der ersteren ist ein Akt der Gesetzgebungs- oder Verordnungsgewalt des kirchlichen Oberen, die Aussprechung der letzteren ein die Verhängung der Strafe vorweg nehmender richterlicher Akt[2], und wenn sich auch daraus die Konsequenz ergiebt, dass die Generalexkommunikation mit dem Tode des sie verhängenden kirchlichen Oberen oder mit dem Verlust der Jurisdiktion seitens desselben erlischt[3], während ein die excommunicatio latae sententiae androhendes Gesetz nicht mit dem Aufhören der gesetzgebenden Gewalt seines Urhebers ausser Kraft tritt[4], so verschwindet dieser Unterschied doch praktisch[5], falls ein dazu kompetenter Oberer der generellen Exkommunikation kraft seiner gesetzgebenden Gewalt fortdauernde Gesetzeskraft beilegt[6], oder falls das richterliche Organ, welches sie ausgesprochen hat, fortdauernd besteht und seine Jurisdiktion, wie z. B. die Provinzialsynode — und gerade von solchen sind vielfach generelle Exkommunikationen ausgesprochen — niemals verlieren kann[7]. In derartigen Fällen wird der Unterschied lediglich zu einem rein formellen, und besteht allein darin, dass äusserlich die mit der Begehung der That sich realisirende Exkommunikation bei der exc. l. s. auf einer in der Form eines allgemeinen Gesetzes, bei der exc. generalis in der Form einer generellen Sentenz erlassenen Anordnung beruht[8].

[1] Anders aber, soweit die generelle Exkommunikation mit auf die Vergangenheit gerichtet ist, s. S. 136 n. 6; hier ist sie die Verurtheilung einer Gesammtheit von Thätern, für welche die einzelnen dazu gehörigen . . . Personen noch nicht feststehen. Immerhin ist davon noch der Fall zu unterscheiden, dass wegen einer einzelnen in der Vergangenheit liegenden und festgestellten Strafthat gegen die mehreren Thäter die Exkommunikation unter genereller Bezeichnung ausgesprochen wird. Ein Beispiel bietet die Synode v. Moret 1154, M. 21, 832, S. 13 n. 1.

[2] Hierbei ist allerdings — anders Kober S. 50 — der Vorbehalt zu machen, dass das betreffende Vergehen schon vorher mit der exc. ferendae bedroht war. Im umgekehrten Fall, d. h. wenn der bedrohten Handlung erst durch die generelle Exkommunikation der Charakter eines strafbaren Deliktes gegeben wird, wie dies vielfach geschehen ist, s. S. 135 n. 6 u. n. 7, konkurrirt neben der richterlichen Thätigkeit, welcher nur die Anwendung des bestehenden Rechts anheimfällt, auch jene eigenthümlich, schon mehrfach berührte (s. S. 94 und Bd. IV. 745. 747. 836) sich lediglich für Einzelfälle bethätigende Gesetzgebungsgewalt der kirchlichen Leitungsorgane.

[3] S. auch Kober Kirchenbann S. 50. Unter diesen Voraussetzungen kann der Richter überhaupt nicht mehr oder nicht mehr gültig amtiren. Deshalb wird die nach Verlust der Jurisdiktion begangene Strafthat, mit deren Begehung die Strafe sich erst realisiren könnte, nicht mehr von einer früher von ihm verhängten Sentenz ergriffen. Aus diesem Grunde haben die Päpste stets nach ihrer Thronbesteigung die Bulle: In coena von Neuem publicirt.

[4] Bd. III. S. 835. Für den in der Anm. 2 gedachten Fall gilt dies aber nicht, denn hier handelt es sich lediglich um die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt im Hinblick auf die von der richterlichen Funktion ergriffene That.

[5] Hinsichtlich des Umfanges der Geltung besteht kein Unterschied zwischen beiden Arten der Exkommunikation, denn beide binden nicht diejenigen, welche die strafbare Handlung ausserhalb des Sprengels des die exc. l. s. oder generalis verhängenden Kirchenoberen begangen haben, weil seine jurisdictio, sowohl als gesetzgebende, wie auch als richterliche Gewalt, nicht über seinen Bezirk hinausreicht, c. 21 (Clem. III.) X de sent. exc. V. 39 u. c. 2 (Bonifaz. VIII.) in VI de const. I. 2.

[6] Das ist z. B. freilich erst spät, nämlich durch Pius V. 1568, mit der Bulle in coena domini geschehen. „Volentes praesentes nostros processus ac omnia et quaecunque his literis contenta, quousque alii huiusmodi processus a nobis aut Romano pontifice pro tempore existente fiant aut publicentur, durare suosque effectus omnino sortiri“, s. Le Bret, pragmat. Gesch. d. Bulle in coena domini. Frankfurt 1772. 1, 146.

[7] Auch darin berühren sich beide Arten der Exkommunikation, dass wenn eine in die eine oder andere verfallene Person öffentlich mit Nennung ihres Namens als gebannt verkündet wurde, ohne nähere Spezialisirung nicht zu ersehen war, ob es sich um eine excommunicatio latae sententiae oder eine exc. generalis handelte.

[8] Daher sagt auch Gregor IX. 1230, Potthast

Wenn man trotzdem namentlich seitens der Päpste Jahrhunderte lang die Gewohnheit beibehalten hat, generelle Exkommunikationen zu verkünden, so lag der Grund dafür offenbar darin, dass die Publikation derselben in feierlicher Form den besonderen Zweck erfüllte, den Kirchengliedern die Strafbarkeit gewisser Handlungen in unmittelbarer und besonders eindringlicher Weise zu veranschaulichen. Aus demselben erklärt es sich auch, dass man andererseits schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts und später feierliche Verkündigungen der Fälle, für welche die excommunicatio l. s. angedroht war, vorgenommen und durch die kirchlichen Organe angeorgnet hat[1].

Nicht minder liegt darin der Aufschluss dafür, dass man die Verhängung anderer Strafen in dieser Weise nur selten ausgesprochen hat[2], dass also blos die excommunicatio generalis ein wirklich praktisch bedeutsames Institut geworden ist, obgleich die Kirche eine ganze Reihe von Strafen als s. g. censurae oder poenae latae sententiae charakterisirt hat. Die feierliche Form einer anticipirten, die Strafe verhängenden und feierlich zu verkündenden Sentenz passte nur da, wo es darauf ankam, einen mächtigen und nachhaltigen Eindruck auf die Gemüther zu machen, d. h. nur bei schweren Vergehen und nur für solche, welche wesentlich von Laien begangen wurden, nicht für blosse Disciplinarvergehen der Geistlichen[3].

§. 267. *dd. Die Durchführung der kirchlichen Strafen bei Widerspenstigkeit und Verstocktheit des Schuldigen.*

Für diejenigen Fälle, in denen die Kirche mit ihren Strafmitteln die Übernahme der Busse, Zwangsbesserung oder Genugthuung durch den Thäter oder Abstellung eines die kirchlichen Ordnungen verletzenden Verhaltens zu erreichen suchte, und ferner für diejenigen, in welchen die gegen den Schuldigen verhängte Strafe eine Leistung desselben seinerseits, so bei der Geldbusse die Zahlung der Geldsumme, bei der Konfiskation die Herausgabe der konfiscirten Sachen bedingte, musste sich das Bedürfniss nach weiteren Zwangsmassregeln geltend machen, wenn der Thäter sich gegen die wider ihn verhängten Übel, wie namentlich gegen die Exkommunikation, völlig gleichgültig oder gar verstockt und widerspenstig erwies oder die ihm obliegende Leistung nicht

n. 10096, M. 22, 1137 von Honorius III. mit Bezug auf die von dem letzteren 1220 gegen die Verletzer der kirchlichen Freiheiten verhängte generelle Exkommunikation, S. 135 n. 6: „et super hoc canonem latae sententiae promulgavit", und deshalb nähern sich allmählich die Formeln der generellen Exkommunikation der der exc. l. s. sehr an, s. S. 137 n. 4 a. E.

[1] Lemans 1247, M. 23, 760; Pont. Audemer 1276 c. 6, M. 24, 222: „potestates saeculares clericos capientes . . . denuncientur excommunicati a canone in generali"; Compiegne 1329 c. 9, M. 25, 879: „ut singuli ordinarii . . latas a iure, constitutionibus et statutis praedictis curent et faciant excommunicationis, suspensionis, interdicti, cessationis a divinis sententias et ecclesiasticas censuras generaliter adversus transgressores diligenter publicari"; Ravenna 1335 c. 10, M. 25, 1045; Treviso 1390, M. 26, 761.

[2] S. aber Köln 1266 c. 39, M. 23, 1153: „sententiam suspensionis latam a nobis in scriptis incurrat ipsa omissione"; Köln 1300 c. 1, M. 25, 16: „contrarium facientes non solum ab ingressu ecclesiae suspendimus in his scriptis"; Trier 1310 c. 111, p. 278: „in contrarium facientes extunc, ut exnunc in personas singulares excommunicationis, in collegia vero seu universitates interdicti in his scriptis sententias permulgamus"; Bergamo 1311 c. 12, p. 988: „civitatem . . . ex nunc generaliter supponimus ecclesiastico interdicto".

[3] Daher ergiebt sich auch für die in der vor. Anm. citirten Fälle nichts über eine feierliche Verkündung dieser allgemeinen Sentenzen. Beim Interdikt insbesondere konnte eine etwaige Publikation vor seinem wirklichen Eintritt um so weniger angemessen erscheinen, als sich dadurch seine Folgen doch nicht im voraus realisiren liessen.

vornahm. In karolingischer Zeit hat die kirchliche Gesetzgebung in dieser Hinsicht nur vereinzelte Normen aufgestellt[1], da ihr hier für die Erzwingung der Zwangsbusse der weltliche Arm zu Gebote stand[2]. Auch später hat die Kirche diese Unterstützung gefordert[3] und namentlich seit dem 13. Jahrhundert erhalten[4]. Daraus, sowie aus dem Umstande, dass jeder kirchliche Obere kraft seiner Strafgewalt befugt war[5], bei Hartnäckigkeit des Schuldigen, weil darin wieder ein neues Vergehen lag, weitere und strengere Strafen zu verhängen, erklärt es sich, dass sich keine allgemeinen gemeinrechtlichen Grundsätze über die Steigerung der Strafen festgestellt haben[6]. Erst seit dem 13. Jahrhundert finden sich in den Strafandrohungen für einzelne kirchliche Vergehen nur vereinzelt gemeinrechtlich[7], öfters in den Partikularkonzilien derartige Bestimmungen.

Nach denselben liess man, was die gegen alle Kirchenglieder, Laien und Geistliche anwendbaren Strafen betrifft, den grossen Bann bei Erfolglosigkeit des kleinen Bannes[8] und des Personalinterdikts[9], ferner bei Nichtentrichtung einer Geldstrafe[10] und bei Verweigerung der Herausgabe der der Konfiskation verfallenen Sache, eintreten, während bei den allein für die Geistlichen bestimmten Strafen in Folge der grösseren Mannigfaltigkeit derselben die Steigerungen grössere Verschiedenheiten aufweisen[11].

Bei dem Lokalinterdikt gebrauchte man gegen denjenigen, wegen dessen

[1] Savonières 859 c. 9, S. 7 n. 8, bietet ein Beispiel, wo bei Verharren in der Exkommunikation das Anathem angedroht wird. Vgl. ferner Elne 1047, a. a. O.

[2] Vgl. unten §. 286.

[3] c. 2 (Cap. Vern. 755 c. 9, Bor. I, 35) X de cler. exc. V. 27, und näheres §. 286.

[4] S. den angeführten §.

[5] S. auch Salzburg 1310 c. 2 i. f., M. 25, 127.

[6] Für die Zeit vom 10. bis 12. Jahrhundert weisen die Quellen über die Frage blos sehr weniges auf, nur Elne 1047, S. 7 n. 8, verschärft die Exkommunikation bei Hartnäckigkeit des Thäters durch das Anathem, und London 1151 c. 5, S. 42 n. 3, durch die Infamie, und die S. 76 n. 4 u. S. 59 n. 2 citirten Stellen drohen bei Hartnäckigkeit von Geistlichen gegenüber der Exkommunikation die Deposition und gegenüber der letzteren die erste an. Während dieser Zeit hat aber die Kirche bei ihren Bestrebungen auf Aufrichtung und Durchführung des Gottesfriedens die Unterstützung der weltlichen Gewalten zu erhalten gesucht und auch erlangt; s. §. 281.

[7] c. 14 X de off. iud. ord. I. 31; c. 13 §. 5 X de heret. V. 7; c. ult. de poen. V. 37; c. 7, 18 in VI de heret V. 2; c. 3 in VI de sent. exc. V. 11, s. die folgende Anm.; c. 11 in VI de sent. exc. V. 11; Clem. 2 de sent. exc. V. 10 (S. 142 n. 3.), wegen der Geistlichen s. c. 4 X de cohab. cler. III. 2 u. c. 10 X de iud. II. 1.

[8] c. 3 V. 11 in VI cit. (Lyon 1245 c. 12, M. 23, 622 gegen denjenigen, welcher wegen Verkehrs mit einem Exkommunicirten in den kleinen Bann verfallen ist und trotzdem den Umgang fortsetzt, nach erfolgloser monitio).

[9] Schott. Konz. 1225 c. 75, M. 22, 1244; Worcester 1229 c. 18, M. 23, 181 (nach 15tägigem Verharren in demselben); Gerona 1267, M. 23, 934 (nach 3 Monaten und nach legitima monitio); dagegen Narbonne 1260 c. 15, p. 1036 nach einem Jahr auch Versagung des Begräbnisses in der Erde und in einem Grabmal ausserhalb des Kirchhofes, bei Geistlichen nach Arles 1260 c. 8, M. 23, 1007 statt des grossen Bannes aber privatio beneficii.

[10] Valence 1268, M. 23, 1055 (10 Tage nach Einforderung der ipso facto verfallenen Geldstrafe und zwar als exc. l. s.); Lambeth 1261, p. 1067: „quod laici .. ad exsolvendam quamlibet poenam tam corporales quam pecuniarias canonice per praelatos suos eis inflictas praecise per excommunicationis sententiam pellantur“.

[11] Beispiele bieten Mainz 1225 c. 3 u. 1261 c. 39, M. 23, 3 u. 1095 (erst 40tägiges Fasten im claustrum, dann suspensio a praebenda und vom consortium clericorum, eventuell privatio beneficii); London 1268 c. 5, p. 1221 (susp. ab off., dann auch susp. a benef.); Paris 1212 o. 1213 P. III c. 8, M. 22, 835 (susp. ab off., darauf Absetzung); c. 4 (Alex. III.) X de cohab. cler. III. 2 (susp. a benef., event. Absetzung für immer); Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 807 (susp. a benef., eventuell privatio beneficii); Paris cit. P. I c. 1. 2 (susp. a benef., dann Exkommunikation); Leg. K. Utrecht 1247, M. 23, 769 (susp. ab off. et benef., eventuell Exkommunikation und privatio beneficii); Valence 1248 c. 3, p. 771 (hier nach der erstgedachten Strafe privatio beneficii sine spe restitutionis, ebenso Albi 1254 c. 45, p. 844; Roffec 1259 c. 9, p. 988 nach 40 Tagen Exkommunikation, Narbonne 1260 c. 3, p. 1031 nach einem Monat dieselbe Strafe); Köln 1266 c. 39, p. 1154 (suspensio, nach 8 Tagen Exkommunikation, Köln 1288 c. 1, M. 24, 346 nach einem Jahr privatio beneficii). Vgl. auch S. 59 n. 2.

Strafthat dasselbe verhängt war, als Verschärfungsmittel die Exkommunikation[1] oder die räumliche Erweiterung des Anwendungsgebietes des Interdiktes[2], und gegen diejenigen, welche von demselben mit betroffen waren und dasselbe nicht beachteten, die sonstigen der Kirche zur Verfügung stehenden Strafen[3].

Die hartnäckige Missachtung der Exkommunikation ist, wie schon früher[4], durch feierliche Anathematisirung des Gebannten, wie der Ausdruck lautet, aggravirt worden[5], oder man hat die Lossprechung von der Stellung einer Realkaution selbst im Falle der Todesgefahr abhängig gemacht[6], ferner die Absolution durch das Verlangen schwerer öffentlicher Busse[7] oder durch Vorbehaltung der ersteren für den Papst[8] erschwert, und auch die Versagung jedweden Begräbnisses[9] oder die Ausschliessung von der kirchlichen Bestattung selbst nach erfolgter Absolution[10] angedroht. Mehrfach wird auch das *interdictum ambulatorium* als Verschärfungsmittel gebraucht[11] und die Behandlung des Verstockten als Ketzer[12] angeordnet. Gegen Fürsten, Grundherren, Städte, Kommunen und Körperschaften hat man vielfach das Lokal-Interdikt verwendet[13]. Weiter hat man selbst zu nicht rein kirchlichen Strafen,

[1] Gregor IX. 1230, Potthast n. 8572; Canterbury 1236 c. 41, M. 23, 428.

[2] So Köln 1266 c. 20—22, M. 23, 1143 desjenigen über den Ort der Gefangenhaltung des Klerikers nach einem Monat auf den ganzen Dekanat und nach weiteren 14 Tagen auf den ganzen Distrikt des betreffenden schuldigen Herrn; vgl. ferner Lambeth 1261, p. 1068 und Gregor IX. 1230 cit. —

Bergamo 1311 c. 12, M. 25, 488. 489 verpflichtet alle Kleriker und Mönche, die länger als ein Jahr im Interdikt verharrende Stadt zu verlassen.

[3] Aschaffenburg 1292 c. 9, M. 24, 1088 (gegen Laien, welche Leichen auf Friedhöfen begraben oder begraben lassen, exc. l. s., deren Aufhebung dem Metropoliten vorbehalten wird); Mainz 1310, M. 25, 348 (ebenso, und Vorbehalt für den Erzbischof oder Diöcesanbischof); Anse 1294, M. 24, 1228 (für Laien, welche die Geistlichen durch Bitten oder sonst zur Abhaltung des Gottesdienstes oder zur Spendung der Sakramente bestimmen, exc. l. s., für Geistliche, welche sich dazu verstehen, ausserdem privatio beneficii ipso facto und Unfähigkeit zur Erlangung von Beneficien in der Kirchenprovinz).

Gemeinrechtlich, Clem. 2 de sent. exc. V. 10, ist nur für weltliche Herren, welche die Abhaltung des Gottesdienstes erzwingen, die dem Papst verbehaltene exc. l. s. angedroht.

Weiter gehören hierher die §. 274 angeführten Strafvorschriften gegen Geistliche, welche an interdicirten Orten celebriren oder die Sakramente spenden.

[4] S. 141 n. 1 u. 6.

[5] Tours 1239, c. 9, M. 23, 500.

[6] So Mainz 1261 c. 37, M. 23, 1093 im Falle der Verstockheit des Exkommunicirten statt der sonst üblichen Verbalkaution; Benevent 1331 c. 64, M. 25, 970 nach 15 Tagen.

[7] Langeais 1278 c. 6, M. 24, 213 (nach einem Jahr „non sine magna solennitate et gravi poena et publica absolvatur").

[8] Leg. K. Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790 (nach 6 Monaten); Leg. K. Valence 1248 c. 17, M. 23, 776 (für diejenigen öffentlich Exkommunicirten, welche sich trotz des Verbots des Prälaten in den Gottesdienst eindrängen und deswegen noch besonders exkommunicirt sind); c. 11 (Lyon 1274 c. 31) in VI de sent. exc. V. 11 (nach 2 Monaten).

[9] Selbst ausserhalb des Kirchhofes in Särgen oder in der Erde nach einem Jahr, Cognac 1260 c. 15, M. 23, 1036.

[10] Nach Ablauf eines Jahres, Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472 s. auch c. 29 ibid.

[11] Laval 1242 c. 8, M. 23, 553 (nach einem Jahr); Brokmer Bischofssühne 1276, v. Richthofen, friesische Rechtsquellen S. 146 (nach 6 Wochen); schott. Konzil 1225 c. 52, M. 22, 1235 (nach 40 Tagen, zugleich mit dem Lokal-Interdikt).

[12] c. 7 (Alex. IV.) in VI. de heret. V. 2; c. 18 i. f. (Bonifaz. VIII.) eod. (vgl. auch unten in der Lehre von den Inquisitionsgerichten); Leg. K. Albi 1254 c. 28, M. 23, 810; Bordeaux 1261 c. 2, p. 1009 (beide nach einem Jahr); Compiegne 1301 c. 7 u. 1304 c. 4, M. 25, 90. 121 (nach 2 Jahren); Leg. K. Pressburg 1309 c. 7, M. 25, 221 (nach einem Jahr); ebenso: Beziers 1310 c. 17, p. 364; Bergamo 1311 c. 12. 15, p. 488; Paris 1316 c. 3, M. 26, 19. Darüber, dass dies faktisch nicht überall, z. B. nicht in Frankreich geschehen ist, und dass sich namentlich die Ketzerinquisitionen nicht damit befasst haben, s. Lea history of the inquisition. New-York 1888. 2, 122.

[13] Schott. Konz. 1225 c. 52 cit. (Anm. 11); Worcester 1229 c. 18, M. 23. 181. 182 (nach 3, bez. 8 Tagen); Trier 1238 c. 5, p. 480 (nach 3 Tagen); Cognac 1238 c. 17 p. 491 (nach 2 Monaten über die Burgen der Barone, nach 2 weiteren Monaten über alle ihre Besitzungen und nach einem Jahr Behandlung als Ketzer); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach p. 300 (nach 40 Tagen); Köln 1266 c. 1. 2. 37, p. 1135.

wie zu Geldbussen [1], zur Infamie [2], zum Verlust der Kirchenlehne [3] und zur Unfähigkeit, aus Testamenten zu erben [4], und bei Fürsten zur Entbindung der Unterthanen vom Treueid [5] gegriffen, ja endlich auch gegen die Familie und die Leute des Verstockten das Personal-Interdikt [6], sowie gegen die Kinder und Enkel desselben die Unfähigkeit zum Erwerbe des Klerikates und kirchlicher Ämter [7] angedroht.

Gegen Geistliche, welche sich gegen die Exkommunikation verstockt zeigen, waren an sich alle gegen die Laien gebrauchten Strafen mit wenigen Ausnahmen anwendbar [8], jedoch hat man gegen sie, abgesehen von der Geldbusse [9], auch Disziplinarstrafen, wie die Suspension vom Offizium und von allen Benefizien [10], die privatio beneficii [11], die Absetzung [12] und die Unfähigkeit zu kirchlichen Würden [13] verwendet.

§. 268. *ee. Das Verhältniss der Strafen zu einander.*

Es liegt auf der Hand, dass von den seitens der Kirche gebrauchten Strafen unter denjenigen, welche die kirchliche Rechtsstellung und die kirchlichen Rechtsgüter berühren, die Exkommunikation die schwerste, das Personal-Interdikt eine leichtere und der kleine Bann eine noch mildere Strafe bildet, nicht minder, dass auf dem Gebiete der Disziplinarstrafmittel ein ähnliches Verhältniss hinsichtlich der Degradation, der Deposition, der privatio beneficii und den verschiedenartigen Suspensionen obwaltet. Im übrigen aber beginnen die Zweifel. So fragt es sich, ob das Lokal-Interdikt und das interdictum ambulatorium der Exkommunikation gleich zu stellen oder als eine schwerere Strafe als diese zu betrachten ist, weiter wie sich die schweren Strafen weltlichen Charakters, z. B. die andauernde Freiheitsentziehung, die Verknechtung, die Vermögens-Konfiskation, das Exil und der weltliche Bann zur Exkommunikation und zum Interdikt, ferner die Prügelstrafe, Zwangsfasten und Geld-

[1] Cognac 1238 c. 18, M. 23, 491 (nach 40 Tagen); Bordeaux 1251 c. 28, p. 864 (ebenso); Arles 1234 c. 13, p. 340 (nach einem Monat, für jeden Monat des Verharrens im Bann 5 solidi, zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den weltlichen Herrn); Avignon 1326 c. 41, M. 25, 765 (5 solidi für jeden Monat); Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472 (nach einem Jahr); s. auch Benevent 1331 c. 64, p. 970. — Konfiskation des Vermögens wird nur im Anschluss an die weltlichen Gesetze angedroht, Narbonne 1227 c. 1, M. 23, 21 und Beziers 1246 c. 36, M. 23, 700.

[2] c. 13 §. 5 (Lateran. IV.) X de haeret. V. 7 (nach einem Jahr); Leg. K. Valence 1248 c. 13, M. 23, 774 (nach einem Monat denuncientur infames), s. auch o. S. 141 n. 6.

[3] Nach einem Jahr Köln 1266 c. 25, M. 23, 1146.

[4] Langeais 1278 c. 6, M. 24, 213.

[5] S. 48 n. 11 u. n. 13.

[6] Lemans 1246 c. 36, M. 23, 760 (nach 20 Tagen für die Familie); Mainz 1261 c. 44, p. 1099 (nach einem Monat für Frau, Kinder und mancipia des Wucherers).

[7] Roffec 1258 c. 2, M. 23, 983 (nach 3 Monaten); Köln 1266 c. 24, p. 1145 (nach einem Jahr, hier sogar bis zum 3. Grade der absteigenden und der Seitenlinie); c. 29 ibid., p. 1148 (nach einem Jahr bis zum 4. Grade); L'Isle 1288 c. 14, M. 24, 961 (bis zum 4. Grade der absteigenden Linie, auch weltlicher Würden).

[8] Mainz 1261 c. 37, S. 142 n. 6 behandelt sie den Laien gleich; Breslau 1248 §. 1, de Montbach p. 301 schreibt öffentliche Exkommunikation in der ganzen Provinz nach 20 Tagen vor.

[9] Tarragona 1292 c. 5 u. 1329 c. 28, M. 24, 1108 u. 25, 853 (welche sich nach einem Jahr erhöht); Avignon 1326 c. 41, M. 15, 765 (10, bez. 15 solidi für jeden Monat des Verharrens in der Exkommunikation).

[10] Tarragona 1292 u. 1329 cit. (nach einem Jahr und zwar auch nach der Absolution noch für die Zeit, welche der Geistliche über das erste Jahr hinaus hartnäckig gewesen ist, neben der Geldstrafe).

[11] Nach 2 Jahren Angers 1279 c. 4, M. 24, 310; nach einem Jahr: Köln 1280 c. 1, p. 346; Bourges 1286 c. 9, p. 629; Mailand 1287 c. 28, p. 882; Bergamo 1311, M. 25, 491.

[12] c. 14 (Lateran. IV. 1215 c. 9, M. 22, 998) X de off. iud. ord. I. 31 (bei Verstocktheit); Leg. K. Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790 (nach 6 Monaten); Breslau 1248 §. 4, de Montbach p. 302 (nach 3 Monaten).

[13] Lerida Ende saec. XIII., M. 23, 938 (nach einem Jahr).

strafe zum Personal-Interdikt und zum kleinen Bann oder die verschiedenen bisher nicht genannten Disciplinarstrafen zu einander verhalten. Liessen sich auch noch weitere, hierher gehörige Fragen aufwerfen, so wäre dies doch völlig unnütz. Weder gemeinrechtlich noch partikularrechtlich haben sich ebensowenig wie früher in dieser Zeit feste allgemeine Normen über die Werthung der einzelnen Strafen und der einzelnen Disciplinarstrafen in ihrem gegenseitigen Verhältniss zu einander noch der letzteren zu den ersteren festgestellt.

Neben den wenigen dem 14. Jahrhundert angehörigen Vorschriften, welche nur Einzelfälle berühren[1], bieten die Bestimmungen über die Durchführung der Strafen bei Hartnäckigkeit des von denselben Betroffenen[2] zwar einen gewissen Anhalt dafür, wie man die Strafen unter sich gewerthet hat, indessen ist einmal für die Verwendung derselben nicht blos die grössere Härte der Strafe, sondern auch der rein praktische Gesichtspunkt, die Widerspenstigkeit möglichst zu brechen, massgebend gewesen[3], und ferner ergeben diese Vorschriften[4] nicht mehr, als sich ohnehin aus dem Charakter der in Frage kommenden Strafen entnehmen lässt.

Endlich scheitert auch jeder Versuch die gedachte Werthung durch eine Erörterung, welche Strafen für die schwereren und welche für die leichteren Vergehen angedroht worden, festzustellen. Die kirchliche Gesetzgebung hat, wie sich aus den Darlegungen im §. 275 ergeben wird, keineswegs das Princip, die Vergehen je nach ihrem Charakter mit schwereren oder leichteren Strafen zu bedrohen, festgehalten, geschweige denn durchgeführt.

§. 269. *ff. Die Aufhebung der Strafen. Begnadigung. Absolution. Ablass.*

I. Im Allgemeinen. Aus den Quellen der hier fraglichen Zeit ergiebt sich, dass eine Beseitigung der gegen einen Schuldigen verhängten Strafe durch Begnadigung, durch Absolution und durch Ablass erfolgen kann, während ihnen die Straf-

[1] So Salzburg 1303, M. 25, 228 (welches die Strafe der Exkommunikation für heimliche Ehen aufhebt): „committimus plebanis, ut eisdem (welche solche geschlossen haben) et qui in posterum contra constitutionem praedictam venerint, iniungant stare ad modum poenitentium ante foras ecclesiae tribus diebus dominicis vel festivis, quando maior adest populi multitudo; eos qui in hoc contumaces extiterint vel rebelles, puniant ipsi plebani pro facultate cuiuslibet in aliqua poena pecuniaria competenti, custodi ad fabricam nostrae ecclesiae cathedralis Salisburg. sub certo testimonio assignanda"; Leg. K. Pressburg 1309 c. 5, M. 25, 219. 220 (Verwandlung der bisher den clerici concubinarii früher angedrohten Exkommunikation in eine Geldstrafe): „Confidimus enim, quod spirituali poena excommunicationis quae quamvis sine comparatione periculosior, minus tamen peccatis exigentibus formidatur, in temporalem mutata vindictam subditorum mutabuntur et mores . . . Statuimus, ut quicumque clericus . . . deliquerit, excommunicationis poena . . . cessante, quartae partis redditum beneficiorum suorum . . . damnationi subiaceat", welche nur ergeben, dass die Exkommunikation gegenüber der öffentlichen Busse und der Geldstrafe als die härtere Strafe erachtet wird; ferner Salzburg 1310 c. 2, M. 25, 127, welches für Prälaten, wenn sie sich von den Kloster-Offizialen nicht in der vorgeschriebenen Zeit Rechnung legen lassen, die Strafe der suspensio ab ingressu ecclesiae, s. Salzburg 1281 c. 2, M. 24, 398 in die suspensio ab administratione temporalium mildert.

[2] S. §. 267.

[3] So für die Anwendung der Exkommunikation bei Hartnäckigkeit des Schuldigen gegenüber dem Lokal-Interdikt, S. 141, des letzteren und des interdictum ambulatorium bei Verstocktheit gegenüber der Exkommunikation, S. 142, weiter der Deposition gegenüber der Exkommunikation und der letzteren gegenüber der ersteren, S. 141 n. 6. Wie man für diese Fälle wegen des durch praktische Rücksichten gebotenen Wechsels der Strafen nicht auf ihre Gleichwerthigkeit schliessen darf, so wird man deshalb, weil gegen den in der Exkommunikation verharrenden auch Geldstrafen, die Infamie, der Verlust der Kirchenlehne und Entbindung der Unterthanen vom Treueid angedroht werden, S. 142, nicht annehmen können, dass diese sämmtlich schwerere Strafen als die Exkommunikation bilden.

[4] S. 141 u. S. 142.

verjährung sowohl als Vollstreckungs- wie auch als Verfolgungs-Verjährung unbekannt ist. Man hat zwar behauptet, dass dem kanonischen Recht auch das Institut der Begnadigung fremd sei[1], indessen bedarf diese Meinung, da sie lediglich auf unzureichender Kenntniss der Quellen beruht, keiner weiteren Wiederlegung[2]. Nur so viel ist sicher, dass sich abgesehen von gewissen Normen über die Zuständigkeit zur Begnadigung[3] keine besonderen Grundsätze darüber im kanonischen Recht entwickelt haben.

II. Die Absolution. Die Absolution wird herkömmlicher Weise als die Aufhebung einer ausgesprochenen Censur aufgefasst, und ihr Wesen darin gesetzt, dass der Schuldige, wenn der Zweck der letzteren, die Besserung erreicht sei, ein Recht auf ihre Ertheilung habe[4], während ein solches Recht auf Begnadigung nicht bestehe. Im Grossen und Ganzen ist dies wohl zutreffend, aber doch nicht ausnahmslos und für alle Fälle, vielmehr erscheint sie als der für die Beseitigung gewisser Strafen, namentlich der herkömmlicher Weise als Censuren gebrauchten, erforderliche äusserliche Akt, welcher unter gewissen Umständen auch den Charakter der Begnadigung an sich tragen kann. Das wird sich ergeben, wenn zuvörderst auf die nähere Gestaltung der Absolution, wie sie die Quellen darbieten, eingegangen worden ist.

Die letzteren erfordern eine Absolution

1. bei der Exkommunikation.

Wenn eine solche einmal verhängt ist, so dauert dieselbe so lange fort, bis ihre Aufhebung durch einen besonderen Akt, die Rekonziliation[5] oder die Absolution[6],

[1] Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 56.

[2] Schon das dict. Gratiani zu c. 7 C. II. qu. 3 spricht von „aboleri clericorum infamiam per Romanum pontificem". Vgl. ferner c. 3 (Alex. III.) X ne cler. III. 50; c. 13 (Innoc. III.) u. c. 15 (Honor. III.) X de temp. ordin. I. 11; c. 33 i. f. (Innoc. III.) X de test. II. 20; c. 45 (Gregor IX.) X de simon. V. 3 und des Weiteren §. 285.

[3] Nämlich betreffend die Vorbehalte für den Papst, das Provinzialkonzil u. s. w. s. den §. 285.

[4] S. z. B. Kober, Kirchenbann 2. A. S. 451; München, kanon. Strafverfahren 2, 255; Katz S. 56 n. 5; v. Schulte Lehrb. 3. A. S. 212; Silbernagl K. R. 2. A. S. 409; Friedberg K. R. 3. A. S. 248.

[5] Darüber konnte noch im Anfang dieser Periode mit Rücksicht auf die Gestaltung des Busswesens kein Zweifel sein, denn zunächst bedurfte es der Übernahme der Busse seitens des Exkommunicirten unter Mitwirkung des Bischofs, s. o. S. 87. 94 und nachher für den Wiedereintritt des ersteren in die vollen kirchlichen Rechte der Rekonziliation desselben. Als man später, namentlich seit dem 11. Jahrhundert schon gleich bei Übernahme der Busse die Rekonziliation eintreten liess, S. 108. 109, blieb diese doch immer ein besonderer, die Exkommunikation beseitigender Akt.

[6] Dieser Ausdruck wird seit dem 11. und 12. Jahrhundert s. unten S. 146 n. 4 und oben S. 108 n. 6 u. S. 109 n. 4, die regelmässige Bezeichnung für den gedachten Akt, vgl. auch die in der folg. Anm. citirten Dekretalenstellen. Genau genommen war sie ursprünglich ein Theil des Rekonziliationsaktes — s. Burchard. Wormat. decret. XI. 8, welcher die bei Regino II. 418 (c. 108 C. XI qu. 3, S. 109 n. 3) dafür fehlende Formel, vgl. die Worte: Deus misericors bis ad sacramentum reconciliationis admitte bringt, — und zwar der wesentliche Theil. Als die öffentliche Busse immer mehr an Bedeutung verlor, und eine feierliche Rekonziliation ebenfalls immer seltener wurde, S. 113, musste man mindestens diesen Theil beibehalten. Seit dem 13. Jahrhundert tritt auch bei ihm, ebenso wie bei der Privatbeichte, S. 113, statt der früheren deprekativen die indikative oder imperative Form auf, so fast gleichzeitig bei Hostiensis summa aurea lib. V tit. de sent. exc. n. 145. v. tertium: „Auctoritate dei omnipotentis et bb. apostolorum Petri et ecclesiae sanctae suae et nostra absolvimus te a tali sententia et restituimus te communioni et participationi ecclesiae et omnium fidelium et ecclesiasticis sacramentis" und Lemans 1248, M. 23, 761: „Ego a. d. p. o. et b. Mariae et bb. ap. P. et P. et omnium sanctorum et domini episcopi vel officialis vel decani, te absolvo ab ista excommunicatione, de qua satisfecisti", wiederholt Clermont 1268 P. II c. 7., p. 1210 (welche alle von der feierlichen Absolution handeln, während Nismes 1284, M. 24, 559 für die nicht feierliche die Formel aufweist: Auctoritate, qua fungor, absolvo te ab omni vinculo excommunicationis, quo ligatus eras pro tali facto et praecipio tibi, quod de cetero talia vel consimilia facere non praesumas"). Wesentlich waren diese Formeln aber nicht, vielmehr genügte eine Erklärung des kirchlichen Richters, in welchem die Absicht, die Exkommunikation aufzuheben, zum Ausdruck gelangt, so ist z. B. die Wiederaufnahme Heinrichs V. in die kirchliche Gemeinschaft 1122 ohne jede Förmlichkeiten erfolgt, Watterich vitae pontif. 2, 149; Hefele Konz. Gesch. 5, 354. 374. Wo aber diese Absicht nicht klar

auch *relaxatio*[1] genannt, erfolgt[2], wird also in keinem Fall[3], selbst nicht einmal wenn sie ungerechterweise verhängt ist[4], von selbst hinfällig.

Als Bedingung der Absolution wird aber die Satisfaktion gefordert[5], d. h. die durch Übernahme der Busse, früher auch durch die Leistung derselben[6] bezeigte reumüthige Gesinnung und die ernstliche Absicht der Besserung unter Aufgabe des bisherigen schuldhaften Verhaltens[7] in Verbindung[8] mit der Sühne des begangenen Unrechts[9]. Schon seit dem 12. Jahrhundert hat man zur Sicherung der später von dem Schuldigen zu machenden Leistungen vor der Ertheilung der Absolution auch einen Eid desselben, den in dieser Hinsicht ihm von der Kirche, d. h. dem kirchlichen Oberen, gegebenen Befehlen und Anweisungen nachzukommen, verlangt[10], ohne allerdings die Ausschwörung desselben als nothwendige Bedingung der Gültigkeit der Ab-

erkennbar ist, z. B. wenn der Papst auch wissentlich mit einem Exkommunicirten brieflich oder sonst verkehrt, c. 41 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; Clem. 4 eod. V. 10, oder wo eine solche gar ausgeschlossen erscheint, kann selbstverständlich von einer Absolution nicht die Rede sein.

[1] Vgl. z. B. c. 1 (Alex. III.) Comp. I. V. 14; ep. Caelest. III. 1198, J. L. n. 17128, M. 22, 644; Paris 1212 P. IV. c. 14, M. 22, 842.

[2] Wenn nach cap. de reb. eccles. 787—813 c. 4 Bor. 1, 186 der hartnäckige Zehntenverweigerer, tam diu extra ecclesia excommunicetur, donec sacerdoti satisfaciat, so kann das nicht bedeuten, dass er mit der Entrichtung des Zehntens ohne Weiteres der Exkommunikation ledig ist, denn gerade für diesen Fall wird sonst, Rouen saec. IX c. 3, Bruns I. 2, und Mainz 852 c. 3, Bor. Kr. 2, 185 satisfactio und emendatio verlangt, also Besserung und Genügeleistung, mithin auch Busse. Gestritten hat man erst später darüber aus Anlass des Falles, dass jemandem als Bedingung der Absolution eine eidliche Kaution auf Gehorsam gegen die Kirche auferlegt wird, aber durch c. 15 (Clemens III.) 30. 39 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39 ist entschieden, dass die blosse Leistung derselben vor der Ertheilung der Absolution die Folgen der Exkommunikation, also auch diese letztere selbst, nicht beseitigt.

[3] Sofern sie überhaupt gültig ist.

[4] So schon Nikolaus I. ep. 866 J. L. n. 2819, M. 15, 251; weiter Limoges 1031, M. 19, 540: „Quemadmodum b. Gregorius attestatur ... si pastor ligat aliquem aut juste aut injuste aut ob culpam aut sine culpa, observanda est excommunicatio, ne is qui forsitan ligatur, ipsam excommunicationem ex alia culpa mereatur". Zur Zeit Heinrichs IV. hat man darüber gestritten, s. Sdralek, d. Streitschriften Altmanns v. Passau. Paderborn 1890 S. 29. 42. 103, aber auf dem Leg. K. zu Quedlinburg 1085 c. 1, M. 20, 603 ist dahin entschieden worden: „ut quicumque ab episcopo suo nec officio nec communione privato excommunicatus esset, etsi iniuste, nullatenus tamen reciperetur ad communionem, nisi absolutus ecclesiastico more".

[5] Nicol. I. ad Adon. Vienn. 858—67, J. L. n. 2896 c. 7: „Ut ... fiant neque absolutiones inordinate, nisi satisfactio ordinabiliter regulis patrum consentiens praecedat".

[6] S. 145 n. 5.

[7] Die S. 10 n. 6 citirten Stellen sprechen theils von satisfactio, theils von digna poenitentia, theils von emendare, theils kombiniren sie diese Ausdrücke.

[8] Wenn c. 108 (Regino II. 418) C. XI qu. 3 („si .. veniam postulat et de futuris cautelam spondet") von München kanon. Gerichtsverfahren 2. 259 als Versprechen, dasselbe Delikt nicht wieder begehen zu wollen aufgefasst wird (s. auch Kober Kirchenbann S. 312), so ist dies zu eng, wie denn auch die in der vor. Anm. citirten Stellen von einem solchen speziellen Versprechen nichts wissen. Gemeint ist ein Gelöbniss, künftighin ein den kirchlichen Forderungen entsprechendes Leben führen zu wollen.

[9] S. 10 n. 7, also Ersatz des zugefügten Schadens oder Sühne des Unrechts gegenüber dem durch das Vergehen Verletzten, s. namentlich Reg. II. 418 cit., vor Allem wird dies bei Verletzung des Kirchengutes und Räubereien gegen dasselbe und bei derartigen Vergehen gegen Geistliche, von Unvermögenden mindestens aber die Leistung einer Kaution durch Bürgschaft oder Eid auf allmähliche Abtragung der Schuld als Bedingung der Absolution gefordert, Rheims 1148 c. 9, M. 21, 719; London 1151 c. 3, 4. p. 751, wo dem absolvirenden Oberen bei Nichtbeachtung dieser Vorschrift die Pflicht zum Schadenersatz auferlegt, und dem erheblichen Nachlass gewährenden Geistlichen susp. ab off. angedroht wird, s. weiter auch Aquileja 1184, M. 22, 494; Toul 1192 c. 2, M. 22, 648; c. 8 (Innoc. III.) X de off. iud. ord. I. 31; c. 2 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. II. Mitunter finden sich auch erschwerende Vorschriften für die Absolution, so z. B. c. 2 (Alex. IV.) pr. in VI de heret. V. 2 und const. Nikolai IV. v. 1280: „Noverit §. 18, bull. Taur. 4, 48 (Ausgrabung des unstatthafter Weise begrabenen Ketzers aus dem kirchlichen Grabe mit eigenen Händen).

[10] c. 10 (Alex. III.) c. 11 (id.) X de sent. exc. V. 39 (secundum morem ecclesiae); c. 12 (Urban III.) X eod. (Betonung der hierauf gehenden römischen Praxis); Innocenz III. 1198 reg. I. 25, Migne 1, 23; c. 8 (Inn. III.) X de off. iud. ord. I. 31. Ein Beispiel bietet der von Raimund VI. von Toulouse 1209 geleistete Eid, M. 22, 769; Hefele 5, 841.

solution hinzustellen [1]. Für absolut nothwendig hat man dagegen die Bethätigung der reumüthigen Gesinnung durch die Sühne des verursachten Schadens erachtet, und deshalb betonen die Partikularkonzilien seit dem 13. Jahrhundert gegenüber einer hervortretenden laxen Praxis die Unzulässigkeit der Absolution [2] ohne eine solche vorherige Sühne.

Mit derselben Anschauung hängt es auch zusammen, dass sogar noch Alexander III. für den Fall einer seitens eines Exkommunicirten in der Todesgefahr erlangten Absolution bei nicht erfolgter Satisfaktion die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses angeordnet hat [3], selbst aber seinerseits später von dieser Forderung abgestanden ist, und nur die Erben zur Leistung der Satisfaktion für verpflichtet erklärt, eine Auffassung, welche demnächst gemeinrechtlich sanktionirt worden ist [4]. Nicht minder hat man zunächst für die Absolution der reumüthig verstorbenen Exkommunicirten dieselbe Forderung gestellt [5], aber später eine analoge, ebenfalls gemeinrechtlich anerkannte Milderung dahin eintreten lassen, dass die Absolution des Todten schon erfolgen kann, wenn er vor dem Tode sichtliche Zeichen von Reue und von seiner Unterwerfung unter die Gebote der Kirche an den Tag gelegt hat, und dass dann die Erben für die Leistung der Satisfaktion zu haften haben [6].

Die Auflagen, welche bei der Absolution gemacht wurden, waren abgesehen von dem sich nach Lage des einzelnen Falles bemessenden Schadensersatz, namentlich in Bezug auf die zu leistenden Busswerke verschieden, und richteten sich nach der Schwere des begangenen Vergehens [7], nur sollte dem Exkommunicirten niemals einzig und allein eine Geldstrafe auferlegt werden [8]. Ja, wenn die Exkommunikation blos zur Erzwingung einer Handlung, z. B. des Erscheinens vor Gericht oder einer Zahlung auferlegt war, konnte, falls der Exkommunicirte sich dazu verstand, von der Übernahme von Busswerken und von anderen Leistungen keine Rede sein, vielmehr musste hier die Absolution erfolgen, sowie der Exkommunicirte der Anforderung entsprochen oder für die Erfüllung derselben genügende Sicherheit geleistet hatte [9].

[1] c. 51 (Honorius III.) X de sent. exc. V. 39, wo auch ein blosses Handgelübde für ausreichend erklärt wird.

[2] So Leg. K. Avignon 1209 c. 12, M. 22, 790; Arles 1274 c. 10, M. 23, 339 (arbiträre Bestrafung des diese Vorschrift nicht beachtenden Absolvirenden); Bordeaux 1238 c. 8, p. 489; Roffec 1258 c. 8, p. 986, welches dies auch bei Kranken fordert, und einen blossen Eid derselben, dass ihre Erben Ersatz leisten werden, nicht für ausreichend erklärt); Cognac 1262 c. 4, p. 1108; Clermont 1268, p. 1210.

[3] c. 7 (Alex. III. 1159—81) Compil. I. V. 14.

[4] c. 5 (Alex. III. 1159—81) X de raptor. V. 17; c. 14 (Gregor. IX.) X de sepult. III. 28.

[5] Limoges 1031, M. 19, 539: „Omnes enim noverunt, in ss. conciliis (offenbar Hindeutung auf die Bd. IV S. 724 n. 1 angeführten Stellen) sic institutum, ut si quis ab episcopo suo excommunicatus interfectus aut obitu proprio mortuus absque reconciliatione fuerit, nullatenus christianorum sepultura sepeliatur, nisi episcopus satisfacientibus pro eo amicis vel parentibus absolutionem et licentiam ex hoc concesserit"; ep. Lanfranci ad abbat. T., M. 20, 34, nach welcher die Leiche einer gebannten Ehebrecherin auf so lange vom Kirchhof entfernt werden soll, bis der Ehebrecher oder ein anderer nach Bestimmung des Bischofs Genugthuung geleistet hat.

[6] c. 28. 38 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39. Wenn Tarragona 1239 c. 12, M. 23, 516 die Gewährung des kirchlichen Begräbnisses trotz der Absolution noch von der vorherigen Erstattung des Schadens abhängig macht, so handelt es sich hier um eine absichtliche Verschärfung wegen der Schwere des Vergehens (invasio et depraedatio rerum ecclesiasticarum), ebenso auch in der Anweisung des päpstlichen Grosspönitentiars v. 1281 im Arch. f. k. K. R. 64, 54.

[7] S. 100. 107. 113.

[8] Leg. K. Paris 1212 P. IV c. 14, M. 22, 842: „ne ab excommunicatis poena tantum pecuniaria exigatur nulla poena spirituali inflicta", wiederholt Rouen 1214 P. III c. 14, p. 919. Unzulässig war sonst sie aber nicht, spricht doch Lateran. IV. 1215 c. 49, M. 22, 1035 von Gegenden „in quibus ex consuetudine, cum excommunicatus absolvatur, pecuniaria poena mulctatur". Nur das Fordern und Erpressen von Geld für die Absolution war verboten, s. Lateran. IV. cit. u. Innocenz IV. 1244 Potth. n. 12254.

[9] c. 9 (Clem. III.) Comp. II. II. 19; c. 25 (Alex. III.) X de appell. II. 28; Alex. III. app. Later. XLIX. 16, M. 22, 425; Leg. K. Avignon 1209 c. 12, M. 23, 190: „Si vero excommunicationis sententia feriatur in aliquem qui citatus ad iudicium venire contempsit, ad eam relaxandam sufficit, si, quod iuri pareat, praestiterit

Andererseits muss aber die Absolution dem Exkommunicirten ertheilt werden, sobald der Zweck der Exkommunikation erreicht ist, d. h. sobald er in bussfertiger Gesinnung die bereits erwähnten Leistungen übernimmt oder in dem eben zuletzt gedachten Falle die von ihm geforderte Handlung vorgenommen hat. Wird das auch nur vereinzelt ausgesprochen[1], so ergiebt es sich schon begrifflich daraus, dass unter der gedachten Voraussetzung der Zweck der Exkommunikation[2] erfüllt ist und es nunmehr eine Ungerechtigkeit sein würde, den Exkommunicirten länger seiner kirchlichen Rechte zu berauben. Man hat allerdings in einzelnen Fällen namentlich im 13. und 14. Jahrhundert für die Ertheilung der Absolution härtere Anforderungen als die vorher besprochenen gestellt[3], aber in diesen handelt es sich stets um eine für längere Zeit an den Tag gelegte Verstocktheit und eine hartnäckige Verweigerung des Gehorsams gegen die Gebote der Kirche, welche sowohl Zweifel an der Aufrichtigkeit der später dargelegten Bussfertigkeit entstehen lassen, als auch eine Verschärfung des durch die Exkommunikation gegen den Schuldigen verhängten Übels rechtfertigen.

Mit der Ertheilung der Absolution werden alle Folgen der Exkommunikation beseitigt[4], jedoch hat das Partikularrecht dieser Zeit mitunter für schwerere Vergehen[5] und in den vorhin gedachten Fällen[6], um die Strafe zu vergrössern, ausdrücklich das Fortdauern einzelner Folgen der Exkommunikation[7] angedroht.

Im 11. Jahrhundert sind vereinzelt auch resolutiv bedingte Absolutionen vorgekommen[8]. Im 13. Jahrhundert werden rechtlich als solche die später s. g. *absolutiones ad reincidentiam* behandelt, d. h. diejenigen, welche aus Anlass einer Todesgefahr von dem Priester oder in diesem Falle und bei sonstigen, der Angehung des kompetenten Oberen entgegenstehenden Hindernissen von einem anderen kirchlichen Jurisdiktionsbeamten[9] ertheilt oder von dem Papst und den päpstlichen Legaten unter dem Vorbehalt der Auferlegung der Satisfaktion durch den zuständigen Ordinarius des Losgesprochenen gewährt sind[10], denn wenn ein solcher nicht nach seiner

iuramentum", Cognac 1238 c. 8, M. 23, 489: „nec latas (exc. sent.) pro contumacia, nisi praesenti adversario vel per contumaciam absente volumus relaxari"; Nismes 1284, M. 24, 559.

[1] Für die ältere Zeit s. Rom 853 c. 47, M. 14, 1014, S. 98 n. 9; c. 11 (Innoc. III.) X de const. I. 2: „quum tam iuris canonici, quam nostri moris existat, ut is qui propter contumaciam communione privatur, quum satisfactionem congruam exhibuerit, restitutionem obtineat"; c. 28 (id.) X de sent. exc. V. 39 (für den reumüthig Verstorbenen).

[2] Vgl. auch S. 87 ff.

[3] Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1099 für hartnäckige Wucherer, welche im Falle der Todesgefahr die Absolution nachsuchen, die Restitution alles durch Wucher Erworbenen, oder, wenn dies nicht voll mit ihrem Vermögen geschehen kann, eidliche und Bürgerschaftskaution, das Fehlende später zu ersetzen, ibid. c. 57 für verstockte Exkommunicirte in dem gedachten Fall Realkaution für die Leistung der Busswerke; ebenso Benevent 1331 c. 64, M. 25, 970.

[4] Einzelne Partikularkonzilien schreiben, damit dies allgemein bekannt werde, die öffentliche Publikation der Absolution vor, London 1268 c. 28, M. 23, 1241.

[5] So London 1343 c. 9, M. 25, 1176.

[6] S. die folgende Anm.

[7] So die Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss, Leg. K. Breslau 1248 S. 4, de Montbach, stat. Wratislaw. p. 301; Ravenna 1311 c. 28, M. 25, 472, und auch zugleich vom Empfang der letzten Ölung, so Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1099 für die bis zur Todestunde verstockten Wucherer.

[8] Schreiben des Bischofs v. Arras an den Kastellan Gonfried 1097, M. 20, 948: „synodalem suspendimus a vobis sententiam excommunicationis (wegen Einbruchs in eine Kirche mit Rücksicht auf die früher vom Adressaten bewiesene Frömmigkeit) . . . Si igitur infra XV dies . . . satisfacere deo et nobis nolueritis, nos et in eos quos iam vocavimus (die Helfershelfer) . . . excommunicationem facere non tardabimus", wonach also offenbar die Suspension der Exkommunikation gegen den Adressaten von selbst fortfallen sollte. Möglicherweise gehört hierher auch Tours 1096, M. 20, 925; Watterich vitae pontif. 1, 603 (Urban II.) „episcopum Strazburgensem de excommunicatione resipiscentem recepit in communionem ita tamen, ut de illatis criminibus se expurgaret.

[9] c. 22 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

[10] c. 22 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11.

Wiedergenesung oder nach Beseitigung des Hindernisses sobald als möglich den Ordinarius behufs der Festsetzung und Übernahme der Satisfaktionswerke, bez. Prüfung der Gültigkeit der vom Priester vorgenommenen Absolution und der Angemessenheit der von diesem gemachten Auflagen angegangen hatte[1], sollte er ohne Weiteres in die Exkommunikation zurückfallen, also die Absolution ihre Wirksamkeit verlieren[2].

Endlich findet sich seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts auch mehrfach eine *absolutio ab cautelam* erwähnt[3], deren Aufkommen nicht vor das 12. Jahrhundert zurückdatirt werden kann[4], weil ein Bedürfniss dazu erst vorlag, als sich der Ausschluss der Exkommunicirten von der communicatio forensis festgestellt hatte[5]. Eine solche wird in Fällen, in welchen eine Nichtigkeit der Exkommunikation sehr wahrscheinlich ist[6], ertheilt, um dem Exkommunicirten die Verfolgung seines Rechtes zu ermöglichen. Ihre Voraussetzung bildet das Vorliegen eines Zweifels darüber, ob die Exkommunikation zu Recht besteht oder nicht, ob also die Absolution erforderlich ist oder ob sie sich wegen vorhandener Nichtigkeit der Exkommunikation erübrigt, und ferner das Vorhandensein einer hohen Wahrscheinlichkeit, dass das letztere der Fall ist[7]. Wenn später in der Sache volle Klarheit gewonnen ist, fällt die Absolution entweder als überflüssig in sich zusammen, oder sie äussert nunmehr ihre regelmässige Wirkung[8],

[1] Lemans 1248, M. 23, 761; Clermont 1268, p. 1211; Nismes 1284, M. 24, 559. 560; Lüttich 1287 c. 28, p. 930; Saumur 1294 c. 2, p. 1123. Von der Nothwendigkeit einer weiteren Absolution pro foro externo sprechen diese Stellen nicht, im Gegentheil schliessen sie eine solche nach ihrem Wortlaut aus. Selbst c. 22 in VI cit. V. 11 erwähnt nichts davon.

[2] c. 22 in VI cit. V. 11; nicht deutlich Embrun 1267 c. 3, M. 23, 1183 und Lüttich 1287 cit., welche von retrudi in sententiam exc. sprechen.

[3] Zuerst bei Innocenz III. 1203, c. 40 X de sent. exc. V. 39.

[4] Nach Kober Kirchenbann S. 543. 544 kommt sie allerdings schon im 11. Jahrhundert bei Gregor VII. reg. IV. 20 (1077), Jaffé mon. Gregor. p. 268 vor: „Walterus de Duaco . . . multis supplicationibus nobis insistit, quatenus ei per . . . misericordiam consilium absolutionis nostro interventu impenderemus apud . . . Remens. archiepiscopum qui eum excommunicavit, indicans nobis quod de ea causa propter quam excommunicatus sit, multotiens ad disceptationem et faciendam iustitiam ante et post excommunicationem se paratum obtulerit. Verum quia relationi suae sine legitima discussione credere non satis . . . rationabile esse putavimus, diffinitivam sententiam pro eius absolutione dare noluimus; eam solummodo misericordiam ex gratia . . . sibi concedentes: ut in eundo et redeundo sacrae communionis licentiam haberet usque in octavum diem postquam rediret ad patriam". Von einer Absolution ist hier keine Rede (Gregor lehnt sie ausdrücklich ab), vielmehr suspendirt der Papst aus Gnade nur eine einzige Wirkung der Exkommunikation, den Ausschluss vom Abendmahl für eine bestimmte Zeit (Kober setzt ohne jede Berechtigung: „und vom Verkehr mit den Gläubigen", hinzu).

[5] S. 6 u. 7. Damit stimmt es vollkommen, dass schon c. 40 X cit. die Ertheilung als eine Gewohnheit des päpstlichen Stuhles bezeichnet.

[6] c. 40 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39: „Nos credimus distinguendum, utrum quis proponat, se post appellationem legitimam interpositam excommunicatione fuisse notatum vel in forma excommunicationis intolerabilem errorem fuisse patenter expressum, in quibus casibus ad probationem eorum, etiamsi absolutionem non petat, debet admitti, sed donec de ipsis consiterit in aliis evitari debet, quanquam apostolica sedes etiam tales consueverit *absolvere ad cautelam*"; pars decisa in c. 38 (Innoc. III.) X de test. II. 20 (Absolution der procuratores einer Partei ad cautelam, über deren Zulassung gestritten wird); c. 7 (Innoc. IV.) §. 5 in VI de sent. exc. V. 11: „Potest quoque archiepiscopus beneficium absolutionis iuxta formam ecclesiae nonnunquam impendere ad cautelam, ut pote, si asseritur in excommunicationis sententia intolerabilem errorem fuisse patenter expressum . . . §. 6 Similiter, si aliquis proponat, se ante diffinitivam sententiam in iudicio vel extra post appellationem interpositam vinculo excommunicationis adstrictum". Vgl. auch Innoc. IV. 1243 Potthast reg. n. 11187, Rodenberg, epist. pontif. Roman. 2, 31. 32.

[7] Daher soll nach c. 2 (Lyon 1245) in VI de sent. exc. V. 11 die Absolution ad cautelam nicht ertheilt werden, wenn der widersprechende Gegner innerhalb 8 Tagen beweist, dass die Exkommunikation wegen eines offenbaren Vergehens verfügt ist. Auch Canterbury 1295 c. 36, M. 24, 1160 verlangt eine vorgängige summarische Untersuchung behufs Feststellung der Wahrscheinlichkeit.

[8] Nach Kober S. 543 tritt gerade umgekehrt die Exkommunikation wieder in ihrem vollen Umfange ein. Er fasst also die Absolution als ein blos die Rechtsverfolgung ermöglichendes Mittel

indessen ist der Absolvirte im letzteren Fall verpflichtet, nunmehr die Satisfaktion wie bei der gewöhnlichen Absolution zu übernehmen, weshalb er schon vorher bei der Ertheilung der absolutio ad cautelam die darauf gerichtete eidliche Kaution zu leisten hat[1].

2. Eine Absolution oder Relaxation wird ferner erfordert, um ein gültig verhängtes Lokal-Interdikt zu beseitigen[2]. Als Voraussetzungen derselben, über welche sich allgemeine Rechtsnormen nicht vorfinden, sind offenbar die gleichen, wie für die Absolution von der Exkommunikation erfordert worden, d. h. derjenige, wegen dessen Schuld das Interdikt verhängt worden ist, hatte neben den Beweisen reumüthiger Gesinnung und Besserung als Satisfaktion dieselben Leistungen wie bei dem grossen Kirchenbann zu übernehmen[3]. Andererseits kommt auch hier der Grundsatz zur

auf, welches mit der Feststellung der Gerechtigkeit der Exkommunikation zusammenfällt, mithin unter dieser Resolutivbedingung ertheilt ist. Wäre dies beabsichtigt gewesen, so hätte man nur die Exkommunikation, wie dies beim Interdikt mehrfach s. S. 27 n. 11, vereinzelt auch sogar bei der ersteren, Potth. n. 25074 (Bonifaz VIII. 1301) geschehen ist, bis zum Austrag der Sache zu suspendiren brauchen. In der That ist auch die in c. 40 X cit. V. 39, S. 149 n. 6, der absolutio ad cautelam entgegengesetzte, blosse Zulassung zur Rechtsverfolgung nichts anderes als eine theilweise Suspension. Weiter spricht gegen Kober der Umstand, dass man die absolutio ad cautelam allein bei hoher Wahrscheinlichkeit der Ungültigkeit der Exkommunikationssentenz ertheilt hat, also in der Voraussetzung, dass sie sich durch die spätere Klarstellung der Sache als überflüssig erweisen, und ihre Wirksamkeit nicht eintreten werde. Hätte man angenommen, dass sie bei Feststellung der Gültigkeit der Exkommunikation in sich zusammenfallen würde, so würde gar kein Grund für eine derartige Erschwerung vorgelegen haben. Endlich wird diese Auffassung der Bezeichnung: absolutio ad cautelam nicht gerecht, denn letztere bedeutet nicht: eine bedingte, sondern eine aus Vorsicht, für den Fall ihrer Nothwendigkeit ertheilte Absolution. Vgl. auch das Beispiel bei Potthast reg. n. 24049 (Bonifaz VIII. 1295) und die folgende Anmerkung.

[1] Gedacht wird derselben allerdings nur für die Suspension, c. 52 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39: „nos sententiam (sc. suspensionis) ipsam relaxavimus ad cautelam, ipso episcopo ... praestante corporaliter iuramentum, quod parebit mandatis, quae idem archiepiscopus sibi propter hoc fecerit, si constiterit, ipsum in eo quo fuit lata praedicta sententia, culpabilem extitisse", aber da die Exkommunikation eine härtere Strafe ist, wird dasselbe ebenfalls für die letztere gelten müssen, so auch Kober S. 546. Dies spricht ausser dem schon Beigebrachten gegen die in der vor. Anm. besprochene Auffassung desselben, denn, wenn die Absolution zusammengefallen, also die Exkommunikation wieder von selbst in Wirksamkeit getreten wäre, hätte man dieses Erforderniss nicht zu stellen gebraucht.

[2] Erwähnt wird derselben schon ep. Sellae u. 991, S. 20 n. 1. Limoges 1031, M. 19, 542: „quod si omnes maiores potestates Lemovicenses pacem consenserint, ut sint omnia absoluta"; Innocenz III. 1198 reg. I. 26, Migne 2, 21 („neutram sententiam relaxaturi, donec ipsi libertati fuerint pristinae restituti"); c. 10 (Lyon 1274 c. 30, M. 24, 101) in VI de sent. exc. V. 11. Dass sie stets nothwendig ist, ergiebt nicht nur der Umstand, dass die Strafe der Exkommunikation an Härte gleichsteht und namentlich zur Brechung der Widerspänstigkeit verstockter Exkommunicirter verwendet wird, s. S. 142, sondern auch das Verbot der absolutio ad cautelam (s. oben im Text), welches die Nothwendigkeit einer Relaxation für alle Fälle voraussetzt. So hat auch Innocenz III. 1199 Potth. n. 716 (c. 5 X de donat. IV. 20) die Bitte, das Interdikt über Leon aufzuheben abgelehnt, weil dies sine congrua satisfactione nicht angehe. Vgl. ferner schott. Konzil 1225 c. 52, M. 22, 1235: „supponat interdicto; quousque dictae sententiae fuerint relaxatae"; Lambeth 1261, M. 23, 1068: „nec ante ... relaxetur sententia quam de damnis et iniuriis satisfactum fuerit competenter"; Breslau 1248 §. 1, de Montbach, stat. Wratislav. p. 301: „nec praedictae sententiae relaxentur ab illis qui eos tulerint, donec et praedicti captivi liberentur et res oblatae restituantur plenarie spoliatis et passis iniuriam competenter fuerit satisfactum et a dictis iniuriatoribus praestitum iuramentum, quod de tanto excessu debeant mandatis ecclesiae obedire".

[3] So spricht schon ep. Sellae cit. von legitima satisfactio vel emendatio; Rheims 1148 c. 4, M. 21, 715 von mandatum adimplere; London 1151 c. 1, M. 21, 751 von condigne satisfacere. vgl. auch die Citate in der vor. Anm.; Köln 1266 c. 20, M. 23, 1144; Riez 1295 c. 8, M. 24, 578: „donec ad mandatum ecclesiae, quam delinquens offendit et praelato, quem irreverenter despexit, sufficiens et idonea satisfactio et realis emendatio praestita fuerit per eumdem". Ja Sens 1239 c. 14, M. 23, 512: „quod quando aliqua terra propter delictum domini terrae vel baillivorum supposita fuit interdicto, nullatenus relaxetur, donec ad arbitrium et moderamen episcopi presbyteris parochialibus de damnis et perditis interdicti occasione illatis plene fuerit satisfactum vel de satisfaciendo cautum", begreift unter der Ersatzleistung auch die Erstattung des den Pfarrern aus Anlass des Interdikts durch die Ausfälle an Zehnten, Oblationen u. s. w. (S. 26 n. 2) entstandenen Schadens.

Geltung, dass die Relaxation beim Vorliegen dieser Voraussetzungen zu erfolgen hat[1]. Nur ist in Betreff der Absolution ausdrücklich gemeinrechtlich festgestellt, dass bei einem Interdikt über Städte, Länder und Ortschaften eine absolutio ad cautelam (s. S. 149) ausgeschlossen sein soll[2].

Gleichgestellt werden muss dem Lokal-Interdikt in allen gedachten Beziehungen das *interdictum ambulatorium*, da dasselbe nichts anderes als eine Abart des Lokal-Interdikts ist[3].

3. Was das Personal-Interdikt, die *interdictio ingressus ecclesiae*, betrifft, so wird der Absolution von demselben mehrfach, namentlich in späterer Zeit, erwähnt[4]. Ob dieselbe stets nothwendig war, darüber schweigen die Quellen. Aus der Natur der Sache folgt indessen, dass eine solche für den Thäter und seine Mitschuldigen[5] statthaben musste, wenn die Strafe entweder schlechthin[6] ohne irgend eine nähere Bestimmung über ihren Fortfall oder bis zur Satisfaktion[7] oder Restitution des Entzogenen[8] verhängt war. Im ersteren Fall konnte ihr Fortwirken nur durch einen besonderen Akt des kirchlichen Oberen beseitigt werden. Im anderen bedurfte es der Feststellung desselben, ob das, was als Satisfaktion oder Restitution geleistet oder angeboten wurde, auch ausreichend, und im letzteren Fall auch, ob die Erfüllung eines etwaigen auf Restitution gerichteten Versprechens genügend gesichert war, ja mitunter war auch mit Rücksicht darauf, dass es sich bei dieser Strafe um sehr verschiedenartige, leichtere und schwerere Vergehen handeln kann, eine nähere Bestimmung des kirchlichen Oberen darüber, worin die Satisfaktion zu bestehen habe[9], erforderlich. Dagegen ist die Absolution nicht erforderlich gewesen, wenn das Personal-Interdikt für eine bestimmte Zeit ausgesprochen war[10], denn hier mussten seine Wirkungen ohne Weiteres mit Ablauf derselben zusammenfallen. Auch hat man ferner in einzelnen Fällen die Beseitigung der Strafe ipso iure für den Fall

[1] Das ergiebt sich aus den S. 150 n. 2 angeführten Gründen.

[2] c. 10 (Lyon 1274) in VI cit. de sent. exc. V. 11.

[3] S. 31.

[4] c. 25 (Alex. III.) X de appell. II. 28; London 1268 c. 28, M. 23, 1241 (wo die Publikation der Relaxation des Personalinterdikts vorgeschrieben wird); Nismes 1284, M. 24, 558 (hier wird die Absolution der Interdicirten in articulo mortis gleichzeitig und nach denselben Regeln, wie die der Exkommunicirten behandelt); London 1342 c. 7, M. 23, 1175. Eine Formel, welche mit der der Absolution von der Exkommunikation identisch ist, giebt Nismes 1284 cit. — Wie bei dem Interdikt und der Exkommunikation, S. 149 n. 8, ist auch hier mitunter eine blosse Suspension vorgekommen, P. n. 19400 (Clemens IV. 1265).

[5] Nicht aber für die unschuldigen Mitglieder der Familie, die Bediensteten und Kolonen derselben, wenn gegen diese das Personal-Interdikt blos wegen des Vergehens des Familienhauptes eingetreten war (S. 124), denn hier fiel dasselbe in Folge der Satisfaktion und der Absolution des Thäters von der gegen ihn verhängten Strafe (Exkommunikation u. s. w.) zusammen.

[6] c. 12 (Lateran. IV) X de poenit. V. 38; Salamanca 1335 c. 25, 1055, s. auch S. 67 n. 6.

[7] S. 16 n. 6; c. 8 in VI de privileg. V. 7; York 1367 c. 2, M. 26, 462; ähnlich „quousque resipuerit" und „usque ad emendationem congruam" bei Gregor VII., S. 66 n. 5 u. 8.

[8] c. 9 in VI de off. iud. ord. I. 16; auch S. 14 n. 2.

[9] S. c. 8 in VI. cit. de priv. V. 7: „ad arbitrium eius, cuius sententiam contempserint, satisfecerint competenter"; ist doch auch in einzelnen Fällen die Übernahme der Busse vorgeschrieben worden, Lambeth 1204 o. 1206 c. 2, S. 14 n. 6. Wenn Gregor VII. 1074, Jaffé mon. Greg. p. 110, in betreff der Helfershelfer des von ihm mit der susp. ab off. und dem kleinen Bann bedrohten Bischofs von Poitiers bestimmt: „Eos . . per quos tantum facinus effecisti, tam laicos quam clericos a corpore et sanguine domini et omni divino officio, usque dum tu ad satisfactionem venias, apostolica auctoritate repellimus", so kann das nicht heissen, dass das Personalinterdikt mit der Satisfaktion des Bischofs ohne Weiteres zusammenfallen, sondern nur dass trotz etwaiger Bussleistung der Thäter ihre Absolution nicht vor der Satisfaktion des Bischofs eintreten sollte, denn es handelte sich um schwere Vergehen (Beleidigung des Legaten und Misshandlung von Geistlichen).

[10] S. 16 n. 8; c. 48 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. 1 (Lyon 1245) in VI. eod. V. 11.

angeordnet, dass eine durch dieselbe zu erzwingende Handlung vorgenommen worden war[1].

4. Ebenso wie bei dem Personal-Interdikt wird der Absolution für den kleinen Kirchenbann gedacht[2]. Da der letztere gleichfalls bis zur Satisfaktion und Genügeleistung[3] oder schlechthin[4] angedroht und verhängt worden ist, so muss aus den für das Personal-Interdikt entwickelten Gründen angenommen werden, dass zu seiner Beseitigung eine solche stets nothwendig war[5].

5. Wesentlich ebenso verhält es sich mit der Aufhebung der verschiedenartigen Suspensionen der Kleriker. Auch zur Beseitigung dieser bedarf es regelmässig einer Absolution oder Relaxation[6]. Sie werden ebenfalls theils bis zur Satisfaktion[7] oder bis zur Genügeleistung oder bis zur Aufgabe des Ungehorsams[8] oder schlechthin[9] oder auch bis zur Aufhebung durch den kirchlichen Oberen[10] angedroht und verhängt. Es trifft für sie also das hinsichtlich der Aufhebung des Personal-Interdikts Bemerkte zu[11]. Ausdrücklich wird auch der *absolutio ad cautelam* gedacht[12]. Eine bestimmte Form für die Absolution ist ebensowenig, wie für die von der Exkommunikation vorgeschrieben[13].

Einer Absolution bedarf es nicht, wenn die Suspensionen auf bestimmte Zeit[14] ausgesprochen sind[15].

[1] Tarragona 1329 c. 47, M. 25, 859: „Ex quo autem dictas constitutiones (über die raptores, invasores rerum ecclesiasticarum) fecerit vel mandaverit observari (Bischof oder Offizial), extunc ipso facto interdictum praedictum absque relatione alia penitus sit sublatum". Aus dieser ausdrücklichen Bestimmung ergiebt sich, dass es der Regel nach der Absolution bedurfte, selbst wenn nur die Erzwingung von Handlungen in Frage stand, s. auch c. 25 X de appell. II. 28 cit., wo es sich um diesen Fall handelt.

[2] c. 29 (Innoc. III.) c. 56 (Gregor IX.) X de sent. exc. V. 39.

[3] S. die S. 19 n. 3 u. 4 citirten Stellen, ferner Gregor VII. 1075 u. Alexander II. 1063, S. 77 n. 3.

[4] S. 19 n. 5; c. 57 (Rom 743) Dist. I de cons.; Albi 1254 c. 31, M. 23, 841; Ofen 1279 c. 32, M. 24, 285; Ravenna 1314 c. 17, M. 25, 548.

[5] Das setzt auch c. 29 X cit. V. 39 offenbar voraus, ebenso Hostiensis summa aurea lib. V. de sent. exc. n. 14: „Et qualiter hec absolutio fieri debeat. In minori excommunicatione non traditur alia forma, nisi quod confiteatur primo sacerdoti et dicat excommunicatus sum, confiteor, et exprimat specialiter causam quare ipsam sententiam incurrit et sic faciat se absolvi (c. 29. 56 X cit. V. 39); debet tamen sacerdos hec verba equipollentia dicere: absolvimus te a vinculo excommunicationis huius quam confessus es . . ., restituimus te ecclesiasticis sacramentis".

Eine Androhung des kleinen Bannes für eine bestimmte Zeit ist in dieser Periode, soweit mir bekannt, nicht vorgekommen.

[6] Erwähnt wird dieselbe z. B. für die suspensio ab officio Eugen III. 1149 J. L. n. 9363, M. 21, 673; c. 8 (Luc. III.) X de purg. can. V. 34; Saumur 1253 c. 4, M. 23, 810; London 1268 c. 5, p. 1221; für die susp. schlechthin c. 16 (Innoc. III.) X de elect. I. 6; c. 51 (id.) X de sent. exc. V. 39; Albi 1254 c. 35. 36, M. 23, 842; London 1268 c. 28 p. 1241; für die susp. a benef. ibid. c. 5 cit.

[7] Mainz 852 c. 8, S. 67 n. 8; Alexander II. 1063 J. L. n. 4518, S. 68 n. 2 bei der susp. ab off.; c. 4 (Alex. III.) X de cohab. III. 2 bei der susp. a benef.; Lateran. III 1179 c. 5, M. 22, 149 beim Recht, einzelne Weihen zu ertheilen.

[8] S. ausser den S. 73 n. 2 citirten Stellen c. 10 (Innoc. III.) de purg. V. 34 bei der susp. schlechthin, ferner S. 68 n. 6 für die susp. a benef.; London 1268 c. 3. 5. 8. 33, M. 23, 1219, bei der Suspension vom Gebrauch der Pontifikalien; Nevers 1246 c. 7, M. 23, 713 bei der susp. a perceptione anniversariorum et omnium distributionum.

[9] Vgl. S. 73 n. 5.

[10] S. 73 n. 4; Ofen 1279 c. 33. 36, M. 24, 285 (susp. ab ordine).

[11] Nach Lage der Sache kann daher auch hier ein eidliches Versprechen als Handgelübde gefordert werden, die Gebote der kirchlichen Oberen erfüllen zu wollen, c. 51 X cit. V 39. Die Partikularkonzilien stellen mitunter besondere Bedingungen für die Absolution auf, so Saumur 1253 c. 4, M. 23, 810 die Zahlung von 5 solidi, London 1268 c. 5, p. 1221 Entrichtung eines bestimmten Theiles der Früchte, dagegen Ofen 1279 c. 66, 24, 303 nur: „poenitentia competenti ac iniuncto sibi, quod in talibus non excedant".

[12] Und zwar ist für dieselbe hohe Wahrscheinlichkeit der Nichtigkeit der Strafe ebenfalls die Voraussetzung, c. 9 (Gregor IX.) X de exc. II. 25; über die dabei zu leistende eidliche Kaution s. S. 150 n. 1.

[13] Partikularrechtlich wird wie für die Absolution von der Exkommunikation und dem Personalinterdikt Publikation derselben angeordnet, London 1268 c. 28, M. 23, 1241.

[14] S. o. S. 73, auch S. 70 n. 7.

[15] S. 51; Kober Suspension S. 127. 246.

6. Das Gesagte trifft endlich auch für die eine Abart der Suspension bildende excommunicatio *fraterna*[1] zu[2].

Aus der vorstehenden Darlegung ergiebt sich, dass eine Absolution bei den gedachten Strafen, sofern sie nur, wie namentlich das Personal-Interdikt oder die verschiedenen Suspensionen, nicht von vornherein auf Zeit verhängt sind, zur Aufhebung derselben erfordert wird. Es bedarf einer solchen also namentlich dann, wenn eine derartige Strafe schlechthin oder auch bis zur Beseitigung durch den kirchlichen Oberen auferlegt worden ist, ja selbst, wenn die auf bestimmte Zeit ausgesprochene Strafe vor Ablauf derselben aufgehoben werden soll. Im letzteren Falle liegt eine Abkürzung der Strafzeit, also eine Begnadigung, welche sich äusserlich durch den Akt der Absolution vollzieht, vor, und gerade ebenso verhält es sich in den erstgedachten Fällen, wenn der kirchliche Obere ohne Rücksicht auf das Vorliegen der als normale Zeichen der Besserung geltenden Voraussetzungen eine Absolution eintreten lässt. Man hat dies im Grossen und Ganzen nicht beachtet[3], weil gerade die als Prototyp der Censuren geltende Exkommunikation in der hier fraglichen Periode nicht mehr auf bestimmte Zeit[4], und auch nur vereinzelt als perpetua angedroht worden[5] ist, und weil dieselbe ferner stets durch die Übernahme der Busse erübrigt wurde[6].

III. Der Ablass[7]. In Anschluss an die schon in der alten Kirche bestehende Praxis, den Büssern einen Theil der Busszeit und damit auch der Bussleistungen zu erlassen[8], sowie in Anschluss an die spätere Sitte, für diese letzteren Ablösungen zu gestatten[9], tritt im 11. Jahrhundert die Übung auf, dass sowohl die Bischöfe[10], wie

Fraglich bleibt, ob nicht auch die blosse Suspension von einzelnen Rechten, wenn sie zur Erzwingung einer Handlung verhängt ist, so namentlich die Suspension der Bischöfe und Prälaten von dem Recht zur Besetzung der Benefizien oder vom Gebrauch der Pontifikalien, s. z. B. London 1268 cit. c. 30. 3. 5. 8. 33, ohne Weiteres zusammenfällt, da in solchen Fällen eine Absolution durch den Erzbischof, oder die Provinzialsynode oder den Papst zu umständlich gewesen wäre. Ein Fall, dass das Aufhören der Strafe in einer hierher gehörigen Anordnung ipso iure vorgeschrieben worden wäre, ist mir indessen nicht bekannt geworden. Man wird also auch für diese Arten der Suspensionen an der Nothwendigkeit der Absolution festzuhalten haben, s. auch Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092, wo des beneficium absolutionis bei der susp. a collatione praebendarum gedacht wird.

[1] S. 74.

[2] Auch für diese war ein die Strafe aufhebender Akt, falls sie nicht blos auf Zeit verhängt war, erforderlich, der sogar auch vereinzelt als absolutio bezeichnet wird, S. 74 n. 3 a. E.

[3] In Betreff der Suspension hat Kober, Suspension S. 126 das Richtige gesehen.

[4] S. 10 n. 11.

[5] S. 8 n. 1 u. 7.

[6] S. 11. 88. 89.

[7] Euseb. Amort, de origine, progressu, valore et fructu indulgentiarum. Aug. Vindel. 1735 u. de indulgentiis, praesertim de iubilaeo. Aug. et Herbipol. 1751; Brunnquell histor. dogmat. Abhandlg. über den Ablass. Bamberg 1816; J. B. v. Hirscher, die kirchl. Lehre v. Ablass. 5. A. Tübingen 1844; J. H. Schoofs, d. Lehre v. kirchl. Ablasse. Münster 1857; Binterim, Denkwürdigkeiten der christkath. Kirche. V. 3, 448 ff.

[8] Bd. IV. S. 719. 823 und oben S. 98.

[9] Bd. IV. S. 827 und oben S. 100 u. S. 105.

[10] Pontius Erzb. v. Arles u. 1016, d'Achery spicileg. ed. II. 3, 383: „Quod si talis est, qui per indictam sibi poenitentiam non introeat ecclesiam nec communionem s. corporis Christi aut osculum pacis accipiat nec capillos sibi tondat aut radat nec linum vestiat nec feria secunda aut quarta aut sexta aliquid gustet praeter panem et aquam, hic talis ad iam dictam ecclesiam si venerit, in die vid. dedicationis eius aut semel in anno cum sua vigilia et adiutorium dederit ad opera ecclesiae s. Mariae . . ex parte d. n. J. Christi . . . et ex nostra sit absolutus ab ipso die, quo suam vigiliam fecerit, de tertia parte maiorum peccatorum, unde poenitentiam habeat acceptam usque ad ipsum diem revertentis anni et habeat licentiam intrandi in totas ecclesias per totum annum, communicandi et pacem accipiendi et tondendi et radendi et lini investiendi et filios de s. fonte suscipiendi, excepto quadragesimali tempore et ieiuniis de quatuor temporibus, et si tres dies de septimana sunt ei vetati per poenitentiam, unum reddimus ei, ut comedat et bibat . . sicut alius christianus . . . duos alios ieiunet . . denique illos qui de minoribus peccatis sunt confessi et poenitentiam habeant acceptam . . absolvimus de una medietate acceptae poenitentiae usque ad annum"; Abaelardi ethic. c. 25, Migne patrol. 178, 672: „Sunt nonnulli sacerdotum non tam per errorem quam per cupiditatem decipientes, ut pro nummorum oblatione satisfactionis iniunctae poenas con-

auch die Päpste[1] bei gewissen Gelegenheiten, namentlich bei der Einweihung von Kirchen und anderen Festlichkeiten für den Besuch solcher Kirchen an bestimmten Tagen, später auch für Leistungen zu frommen Zwecken, namentlich zum Baue von Gotteshäusern u. s. w.[2], jedem Büsser den Erlass eines bestimmten Theiles seiner Busszeit zusichern. Die wesentliche Neuerung liegt darin, dass ein solcher Erlass, welcher sich sowohl auf die öffentliche in Folge kirchlicher Verurtheilung, wie in Folge der Privatbeichte übernommene Busse bezog[3], allgemein und im Voraus, also nicht durch den kirchlichen Beamten, welcher die Busse auferlegt hatte, ausgesprochen wurde, sowie ferner darin, dass er lediglich durch die Leistung gewisser Handlungen bewirkt werden sollte. Soweit die Busswerke als Strafe auferlegt waren, lag darin ein Akt der Begnadigung.

Indessen ging der Zweck dieser neuen Praxis nicht in erster Linie auf diese Wirkung. Die Busse[4] hatte nicht nur die Bedeutung einer Ersatzstrafe für ein begangenes Vergehen, sondern bildete auch zugleich die Gott zu leistende Genugthuung für jede begangene Sünde[5], um diese und ihre Folgen zu beseitigen. Mit Rücksicht hierauf versprach man gleichzeitig auch schon seitens der Päpste[6] und der Bi-

donent et relaxent. Non solum sacerdotes verum etiam . . . episcopos ita impudenter in hanc cupiditatem exardescere novimus, ut cum in dedicationibus ecclesiarum vel in consecrationibus altarium vel benedictionibus coemeteriorum vel in aliquibus solemnitatibus populares habent conventus, unde copiosam oblationem expectant, in relaxandis poenitentiis prodigi sunt, modo tertiam modo quartam poenitentiae partem omnibus communiter indulgentes sub quadam scilicet specie caritatis, sed in veritate summae cupiditatis".

[1] Nikolaus II. 1060 (bei Einweihung der Kirche in Farfa), Muratori antiqu. Ital. 5, 1039: „omnibus poenitentibus, qui . . . aderant, remissionem trium annorum fecit et constituit, ut haec remissio annaliter fiat omnibus, qui in ipsa die cum votis et donis . . . annue venire studuerint"; Urban II. für La Cava 1092, Muratori rer. Ital. SS. 6, 237: „ut si qui in poenitentiae statu existens sacrosanctas aedes adierit uno die ante ipsius consecrationem et per totum diem sequentem necnon in die coenae dominicae et salvatoris passionis illam indulgentiam consequatur quam consequeretur in eundo et redeundo ad s. Jacobum Compostellanum, ceteris vero anni diebus ad dictam basilicam causa devotionis accedentibus IV annorum et totidem quadragenarum contulit indulgentiam" (die ausführlichere, bei Baronius ann. 1092 n. 19, M. 20, 653 mitgetheilte und überall ausgeschriebene Formel gehört einer falschen Bulle, J. L. n. 5467 an); Urban II. 1096 (Angers), hist. comit. Andigav., d'Achery spicil. ed. II. 2, 234: „edicto iussit, ut in eodem termino quo dedicationem fecerat, indictum publicum celebraretur uno quoque anno apud s. Nicolaum et septima pars poenitentiarum populo convenienti ad illam celebritatem dimitteretur"; Alexander III. 1163, Loewenfeld epist. roman. pontif. p. 133: „unum annum de iniuncta poenitentia dei fidelibus a die dedicationis usque ad octavas pentecostes illuc causa devotionis euntibus relaxavimus et his qui in anniversario ipsius dedicationis die et tribus diebus sequentibus illuc accesserint, XX dies iniuncte penitentie nichilominus indulgemus"; ähnlich: Lucius III. 1182, v. Pflugk-Harttung acta rom. pont. 3, 410; Cölestin III. 1196, Loewenfeld p. 261.

[2] Clemens III. 1188, v. Pflugk-Harttung 3, 356: „omnibus qui prefato operi de facultatibus suis subsidium contulerint oportunum, de iniuncta sibi penitentia peccatorum suorum XXX dies auctoritate apostolica relaxamus"; vgl. weiter Append. Later. P. XLIV. c. 57, M. 22, 407: Cölestin III. 1192, Loewenfeld p. 247 und Jaffé L. n. 15545 u. 17524. — Die Bischöfe der Normandie setzten mit päpstlicher Genehmigung 1184 für Gewährung von Spenden für das heilige Land fest, M. 22, 485: „1. Si in poenitentia fuerint quae VII annos excedat, trium annorum venia gaudebunt. 2. Si in poenitentia vel minori fuerint pro criminali, duorum annorum veniam habebunt. 3. Peccata vero, de quibus homo recordari non poterit, omnia relaxentur dummodo de contemptu poenituerit".

[3] Denn ein Unterschied wird nicht gemacht und der Ablass des Pontius (S. 153 n. 10) hat offenbar die öffentliche Busse im Auge.

[4] Welche damals in eine Reihe einzelner Busswerke aufgelöst war, S. 99. 108.

[5] Bd. IV S. 696 n. 5 u. S. 821.

[6] Benedikt IX. 1040 (bei Einweihung einer Kirche in Marseille), Gallia christiana I instr. p. 111: „atque in pristino absolutionis decere ponimus, quo poenitens qui ad eius limina tritis passibus venerit ... indulta facinora peccaminum absolutus omnium criminum squaloribus libere ad propria redeat laetus, eo scilicet tenore, ut transacta peccata sacerdotibus confiteatur et de reliquo evideatur" (l. emendetur); Alexander II. 1071 (Monte Casino) chron. Casin. SS. 7, 721: „omnibus que per octo continuos dies ob devotionem tantae solemnitatis ibidem recurrere possent, confessorum peccatorum absolutione facta". Gregor VII. 1080, Jaffé mon. Gregor. p. 404: „omnibus sibi (Rudolf von Schwaben) fideliter adhaerentibus absolutionem omnium peccatorum ....

schöfe [1] die Tilgung der Sünden im Falle der Leistung von frommen Werken, namentlich gewichtiger Dienste zum Wohle der Kirche [2], wobei allerdings vielfach betont wird, dass der Betreffende seine Sünden gebeichtet und Busse auf sich genommen haben muss [3]. Überall ist in den betreffenden Stellen vom Erlass der Sünden [4] die Rede, nicht aber, wie

vestra (Petrus und Paulus) fretus fiducia largior"; Hadrian IV. 1157, Loewenfeld p. 125 (aus Anlass einer Reliquienbeisetzung): „convenientibus peccatorum suorum remissionem faciatis"; Lucius III. 1185, p. 227 u. 1185 v. Pflugk-Harttung 3, 320 (Aufforderung zu Almosen für kirchliche Bauten: „iniungimus vobis in remissionem peccatorum"), s. auch die Anm. 2.

[1] (Südfranzösische Bischöfe bei einer Kirchweihe in Maguelone 1137, M. 19, 572): „decreverunt, ut si quis homo in vita sua haereditatem suam ad ecclesiam supradictam post mortem suam concesserit et de peccatis suis confessus fuerit, in caemeterio ecclesiae memoratae sepultus fuerit, ab omnibus peccatis, de quibus poenitentiam suscepit, absolutus sit et particeps fiat vitae eternae et regni dei. Addiderunt etiam, ut quicumque homo cuiuscumque provinciae ad solemnitatem dedicationis huius ecclesiae quae per singulos annos celebratur, advenerit, de iusto labore suo ... oblationem sanctam deo fecerit et peccata sua eo die vel infra VIII dies confessus fuerit, apostolicam absolutionem et eamdem habeat et remissionem peccatorum et vitam aeternam accipiat". (Der Zweifel Mansi's an der Ächtheit dieser Stelle ist unbegründet, weil seine Annahme, dass solche Plenarablässe erst viel später vorkommen, nicht richtig erscheint, s. die vor. Anm.)

[2] Hierher gehört namentlich die Theilnahme an den Kreuzzügen, Clermont 1095 Urban II., cons. synod. M. 20, 821: „Nos autem de misericordia dei et b. Petri et Pauli apostolor. auctoritate confisi, fidelibus christianis qui contra eos arma susceperint et onus sibi peregrinationis assumpserint, iniunctas pro suis delictis poenitentias relaxamus. Qui autem ibi in vera poenitentia decesserint, et peccatorum indulgentiam et fructum aeternae mercedis se non dubitent habituros"; Lateran. II. 1123 c. 11, M. 21, 284: „Eis qui Hierosolymam profisciscuntur et ad christianam gentem defendendam et tyrannidem infidelium debellendam efficaciter auxilium praebuerint, suorum peccatorum remissionem concedimus"; Eugen III. 1145, J. L. n. 8796, p. 627: „Peccatorum remissionem et absolutionem omnipotentis dei et b. P. apostol. princ. auctoritate nobis a deo concessa talem concedimus, ut qui tam sanctum iter devote inceperit et perfecerit sive ibidem mortuus fuerit, de omnibus peccatis, de quibus corde contrito et humiliato confessionem susceperit, absolutionem obtineat"; Gregor VIII. 1187, n. 16019, M. 22, 530: „Eis autem qui corde contrito et humiliato spiritu itineris huius laborem assumpserint et in poenitentia peccatorum et fide recta decesserint, plenam suorum criminum indulgentiam et vitam pollicemur aeternam. Sive autem supervixerint sive mortui fuerint, de omnibus peccatis suis, de quibus rectam confessionem fecerint, impositae satisfactionis relaxationem de omnip. dei misericordia et apostolor. P. et P. authoritate et nostra se noverint habituros"; Konvent zu Lemans 1188, p. 575: „Statutum est a d. papa, ut quicumque clericus vel laicus crucem susceperit, ab omnibus peccatis, de quibus poenituerit et confessus fuerit, autoritate dei et bb. apostolor. P. et P. liberatus est et absolutus".

Weiter die Theilnahme an der Bekämpfung der Sarazenen in Spanien, Gelas. II. 1118, J. L. n. 6165, M. 21, 170: „si quis vestrum accepta de peccatis suis poenitentia in expeditione hac mortuus fuerit, nos eum sanctorum meritis et totius ecclesiae catholicae precibus a suorum vinculis peccatorum absolvimus"; des Königs Roger II. von Sizilien Honorius II. 1127, Falco Beneventanus bei Watterich vitae pontif. 2, 168: „ex auctoritate divina et b. Mariae virginis et ss. apostolorum ... eorum vid., qui delictorum suorum poenitentiam sumpserint, si in expeditione illa morientur, peccata universa remisit; illorum autem qui ibi non mortui fuerint et confessi fuerint, medietatem donavit".

[3] Von vorheriger Beichte sprechen chron. Casin. S. 154 n. 6, Maguelone 1137, s. o. Anm. 1, Eugen III. 1145 s. vor. Anm. und Gregor VIII. 1187, a. a. O.; von Busse Urban II., s. vor. Anm., Gelasius II.; Honorius II., s. vor. Anm. a. E., Gregor VIII., 1187; von beiden Maguelone 1137 a. a. O., auch schon der h. Hildebert Sermo in ded. s. Nicolai (vgl. d'Achery spicil. 2, 234 cit., S. 154 n. 1.) sagt (opp. Migne 171, 750): „Scire debetis quia non quaelibet peccata vobis relaxantur hic, sed illa, de quibus poenituistis et confessi fuistis". Noch im 13. Jahrhundert wechseln die Formeln, indem sie bald die Busse, bald die Beichte erwähnen, sogar bei demselben Papst, z. B. bei Innoc. III. 1198, Potth. n. 320, Migne 1, 265: „Omnibus autem qui propter hoc (Kreuzzug) in persona propria laborabunt, de dei et apostolor. P. et P. auctoritate confisi, plenam peccatorum suorum, de quibus cordis et oris egerint poenitentiam, veniam indulgemus. Caeteros vero qui ad opus huiusmodi exsequendum de bonis suis congrue ministrabunt iuxta muneris quantitatem et praecipue iuxta devotionis affectum remissionis huius participes esse censemus" (im wesentlichen ebenso 1198, P. n. 347, l. c. p. 311), dagegen 1213, n. 4725, l. c. 3, 410; M. 22, 957 und Lateran. 1215, M. 22, 1067: „nos de omn. dei mis. et bb. ap. P. et P. auth. confisi ex illa quam nobis ... deus ligandi atque solvendi contulit potestate, omnibus qui laborem propriis personis subierint et expensis, plenam suorum peccaminum, de quibus veraciter fuerint corde contriti et ore confessi, veniam indulgemus et in retributione iustorum salutis aeternae pollicemur augmentum" (letztere Formel auch Lyon 1245, c. 17, M. 23, 632).

[4] S. auch noch Cölestin III. 1195, J. L. n. 17260, Migne 206, 1106: „Quicumque igitur bis in anno, secunda scil. feria paschae et die dedicationis ecclesiae vestrae ... nomine peregrinationis ecclesiam vestram visitabunt, a peccatis

die heutige katholische Kirche in Betreff des Ablasses lehrt[1], von den vor Gott schuldigen, zeitlichen und natürlichen (nicht kirchlichen Rechts-) Strafen, welche der Sünder trotz der sakramentalen Lossprechung von seinen Sünden und der dadurch eintretenden Beseitigung der ewigen Strafen[2] noch bei seinen Lebzeiten oder nach seinem Tode über sich ergehen lassen muss. Selbst aber, wenn die Annahme richtig wäre, dass die bisher besprochenen Ablässe sich lediglich auf die nach der sakramentalen Lossprechung fortdauernden Sündenstrafen bezogen haben[3], so würde dies nichts daran ändern, dass der Ablass seit dem Verlaufe des 12. Jahrhunderts und namentlich in seiner weiteren Ausbildung kein Rechtsinstitut geblieben ist. Da derselbe keine Beziehung auf die kirchlichen Strafvergehen und kirchlichen Strafen, sondern nur auf die Sünden und Sündenstrafen hat, so gehört die Darlegung seiner weiteren Entwicklung nicht in die Rechts-, sondern die Dogmengeschichte.

Für das Gebiet des Kirchenrechts kommt seitdem allein die Frage nach der Befugniss zur Ertheilung von Ablässen in Betracht.

Im Anfang der gedachten Periode hat man dieselbe schon auf die der Kirche übertragene Binde- und Lösegewalt[4], also modern gesprochen auf die jurisdictio[5], gegründet. Zuerst ist eine solche von den Päpsten und den Bischöfen konkurrirend ausgeübt worden[6]. Indessen hat das IV. Lateran-Konzil (1215)[7] das Recht der Bischöfe dazu auf Ablässe von 40 Tagen[8], bei Kirchenweihen von einem Jahre beschränkt[9], und den Erzbischöfen ist bald nachher die Befugniss, innerhalb dieses materiellen Umfanges Ablässe für ihre ganze Provinz zu gewähren[10], ausdrücklich bestätigt worden.

patrum et matrum, quae sine laesione fuerunt, de parte dei et nostra se noverint absolutos, poenitentias et peccata quae de eorum memoria recesserunt remittimus et de poenitentiis sibi' iniunctis XL dies".

[1] S. statt vieler Schoofs S. 94. 132.

[2] Bd. IV S. 84.

[3] Schoofs S. 51, nach welchem dies sogar besonders klar (!) aus den Formeln Innocenz' III., S. 155 n. 3, obwohl diese kein Wort darüber aufweisen, hervorleuchten soll.

Eine Erörterung dieser dogmengeschichtlichen und dogmatischen Frage gehört nicht hierher. Geschichtliches Material dazu, aus welchem sich ergiebt, dass noch im 13. Jahrhundert darüber verhandelt worden ist, welche Bedeutung und Wirkung der Ablass habe, sowie darüber, dass sich die heutige katholische Lehre erst während des Laufes des 13. Jahrhunderts festzustellen begonnen hat, bei Gieseler, Kirchengeschichte III. 2, 505 ff. 512 ff. III. 3, 282 ff.; vgl. übrigens auch noch c. 2 (Clem. VI. 1343) in Extr. comm. de poenit. V. 9.

[4] Zuerst seitens der Päpste freilich in nicht sehr zuversichtlich lautenden Wendungen, so Gregor VII. S. 154 n. 6 und auch noch Gelasius II. 1118, S. 155 n. 2, anders aber schon Honorius II. 1127, Eugen III. 1145, S. 155 n. 2, Innocenz III. 1213 und Lateran. 1215, S. 155 n. 3. Cölestin III. 1196 cit., Loewenfeld p. 261 bezieht sich direkt auf Matth. XVI. 18. 19. Vgl. auch Abälard eth. c. 25, Migne 178, 673: „Qui de sua iactantes potestate, quam, ut aiunt, in Petro vel apostolis susceperunt, cum eis a domino dicereturr: „Quorum remiseritis peccata etc" (Ioann. XX. 23).

[5] c. 4 (Alex. III.) X de poenit. V. 38, welches ausspricht, dass die bischöflichen Ablässe nur den Untergebenen des Bischofs zu Gute kommen, „quum a non suo iudice ligari nullus valeat vel absolvi".

[6] S. o. S. 154. 155, s. auch c. 14 X de poenit. V. 38 (folgende Anm.).

[7] c. 62, M. 22, 1050 (c. 14 X cit. V. 38): „quia per indiscretas et superfluas indulgentias, quas quidam ecclesiarum praelati facere non verentur et claves ecclesiae contemnuntur et poenitentialis satisfactio enervatur: decernimus, ut cum dedicetur basilica, non extendatur indulgentia ultra annum sive ab uno sive a pluribus episcopis dedicetur; ac deinde in anniversario dedicationis tempore quadraginta dies de iuncta poenitentia non excedat. Hunc quoque dierum numerum indulgentiarum litteras praecipimus moderari, quae pro quibuslibet causis aliquoties concedantur: cum Romanus pontifex, qui obtinet plenitudinem potestatis, hoc in talibus moderamen consueverit observari.

[8] Hierbei kehrt die alte Formel wieder, welche allerdings jetzt nicht mehr den ursprünglichen Sinn hat, dass sie auch von den richterlich auferlegten Bussstrafen Nachlass gewährt.

[9] Doch haben noch später Partikularkonzilien gegen Bischöfe wegen Überschreitung dieser Grenzen Strafbestimmungen erlassen müssen, s. Aquileja 1339, M. 25, 1119 und Padua 1350, M. 26, 228.

[10] Was freilich mit c. 4 X cit. V. 38, s. Anm. 4 insofern nicht übereinstimmt, als die Untergebenen des Diöcesanbischofs nicht mehr der vollen Jurisdiktion des Metropoliten unterstanden, Bd. II S. 16. Aquileja 1339, M. 25, 1119 gestattet daher auch die Ausübung

2. Die Entwicklung und der Charakter des kirchlichen Strafrechts.

a. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen.

aa. Die kirchlichen Strafvergehen.

§. 270. a) *Die kirchliche Strafgesetzgebung in Betreff der einzelnen Strafvergehen.*

Am Ende der hier in Rede stehenden Periode, d. h. mit der Vollendung der offiziellen Dekretalensammlungen hat die Entwicklung des kirchlichen Strafrechts insofern ihren Abschluss gefunden, als durch dieselben eine feste gemeinrechtliche Grundlage hergestellt worden ist, auf welcher der spätere und auch noch der heutige geltende Rechtszustand ruht.

Zur Gewinnung eines tieferen Einblickes in den Gang der Entwicklung und eines sicheren Urtheils über den Charakter des kirchlichen Strafrechtes erscheint es geboten, näher, als dies für die früheren Perioden[1] erforderlich war, auf die Thätigkeit der kirchlichen Strafgesetzgebung seit der karolingischen Zeit bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts einzugehen. Denn es kommt für diesen Zweck nicht nur darauf an, festzustellen, welche Handlungen die Kirche als Strafvergehen qualifizirt, sondern auch darauf, mit welchen von ihnen sich die Gesetzgebung am eingehendsten beschäftigt, endlich weiter darauf, welches der verschiedenen Gesetzgebungsorgane vorwiegend das eine oder andere Vergehen berücksichtigt hat[2].

Selbstverständlich werden ebenso wie früher auch in dieser Zeit unter den strafbaren Handlungen diejenigen, welche sich auf die Grundtypen der drei alten schweren Sünden, den Abfall vom Glauben, die Fleischessünden und die Tödtung zurückführen lassen[3], wiederholt in den kirchlichen Strafverordnungen der Regelung unterzogen.

Von den Vergehen der erstgedachten Art wird die Ketzerei, sowie jede Art der Theilnahme an der letzteren und die Begünstigung derselben und der Ketzer erst wieder[4] seit dem 11. Jahrhundert durch die Legatenkonzilien, zunächst blos mit der früheren Strafe der Exkommunikation[5], aber schon im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts durch die Päpste, insbesondere die päpstlichen und allgemeinen Synoden, je nach der Verschiedenheit der Fälle mit einer ganzen Reihe weiterer Strafen, nämlich der Vermögenskonfiskation[6], der Strafe ewigen Gefängnisses[7], der Infamie[8],

dieses Rechtes den Patriarchen und Erzbischöfen nur innerhalb ihrer Diöcese oder wenn sie bei der fremden Kirche anwesend sind und der Diöcesanbischof zustimmt, vgl. Bd. II S. 16.

[1] Bd. IV. S. 743 ff. 830 ff.

[2] Absolute Vollständigkeit lässt sich bei dem weitschichtigen und zerstreuten Material nicht erreichen. Es kommt auch nur darauf an, dasselbe in solchem Umfange heranzuziehen, dass sich sichere Schlüsse daraus ziehen lassen.

[3] Bd. IV. S. 746. 830.

[4] Bd. IV. S. 844. Für die karolingische Zeit s. Nicäa 787 c. 9, M. 13, 751, welches nur die Verheimlichung von Schriften gegen die Bilder bei Geistlichen der höheren Weihen mit der Absetzung, bei Mönchen und Laien mit der Exkommunikation ahndet; Pavia 850 c. 21, Bor. Kr. 2, 122 (congrua disciplina gegen herumirrende Geistliche, welche Irrthümer im Volk verbreiten).

[5] Toulouse 1056 c. 3, M. 19, 849.

Gratian hat in sein Dekret (s. namentlich C. XXIII. und XXIV.) nur älteres Material, vor Allem Stellen von Augustin und Gregor I., auch einzelne pseudoisidorische Stücke, vgl. auch c. 118 (Felix III.) Dist. IV. de consecr., aufgenommen. Dasselbe gilt von den sich speziell auf die Ketzereien von Geistlichen beziehenden Stellen, welche er beibringt, s. c. 17 (Martin v. Braga) Dist. XXX; c. 32 (Ancyra) Dist. L.

[6] S. 39 n. 7 (vgl. auch a. a. O. n. 5) u. Lucius III. 1184 zu Verona c. 9 X de heret. V. 7 (gegen Geistliche zu Gunsten ihrer Kirchen).

[7] S. 41 n. 7 u. 8; Gregor IX. 1231 (Potth. n. 8753, Boehmer acta sel. 2, 665; Innocenz IV. Noverit 1254 §. 2 u. Nikolaus IV. 1278 Noverit §. 2, bull. Taur. 3, 589 u. 4, 47.

[8] S. 43 n. 1; const. Gregor. IX. 1231 (Potth.

mit dem Verluste von weltlichen Ämtern[1], einschliesslich der Herrscherrechte, also auch bei Fürsten mit der Absetzung[2], mit dem Verlust von Lehnen und von Ländern[3], des Rechtes auf Handelsverkehr[4], des Bischofssitzes[5], sowie mit der Unfähigkeit nicht nur zu kirchlichen, sondern auch zu weltlichen Ämtern[6] und mit der Entbindung der Unterthanen vom Treueid[7], für Geistliche mit der Degradation[8], bez. auch der Deposition[9] unter gleichzeitiger Verpflichtung der weltlichen Fürsten zur Verfolgung und zur weltlichen Bestrafung der Ketzer[10] bedroht[11]. Ja, seit dem 12. und während des 13. Jahrhunderts hat der Erlass von Strafgesetzen gegen die Ketzer, sowie die Aufstellung besonderer Vorschriften und die Schaffung eigener Einrichtungen zur Durchführung dieser Anordnungen eine Hauptthätigkeit der gesetzgebenden Organe der Kirche, sowie eine Hauptsorge der Päpste[12] gebildet.

Dagegen wird der Apostasie, des Abfalles vom christlichen Glauben überhaupt, offenbar wegen eines mangelnden praktischen Bedürfnisses nur selten gedacht[13]. Erst im 13. und 14. Jahrhundert kommen einzelne päpstliche Bullen vor, welche mit Rücksicht auf die inzwischen entstandene päpstliche Inquisition die Verfolgung der zum Judenthum und Christenthum abfallenden Christen, namentlich getaufter Juden und Sarazenen in gleicher Weise, wie die der Ketzer anordnen[14], und im 14. Jahr-

n. 8753), Boehmer acta select. 2, 665 und Nicolaus IV. const. Noverit cit. §. 4, neben welcher noch als weitere Folgen Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern, zum Wählen für solche, Intestabilität, Verlust der testamenti factio und des Erbfolgerechtes §. 5 ff. hervorgehoben werden.

[1] S. 47 n. 3 u. 4; const. Gregor IX. 1231 cit.

[2] S. 47 n. 4.

[3] S. a. a. O.

[4] S. 48 n. 2.

[5] S. 34 n. 2.

[6] S. 49 n. 4; const. Nicolai IV. cit. §. 5.

Nach Innoc. IV: Ad exstirpanda 1252 §. 9 u. Cum in 1254, bull. cit. 3, 556. 558, Alex. IV. 1255 §. 4 ff., ibid. p. 611, auch Zerstörung des Hauses, in welchem Ketzer gefunden werden, sowie Infamie und Geldstrafe für den Eigenthümer des Hauses zu Gunsten der Kommune bei Vermeidung ewigen Kerkers.

[7] S. 48 n. 12.

[8] S. 60 n. 3; c. 13 (Lateran. IV. 1215) § 1, X de haer. V. 7; const. Gregor IX. cit. u. const. Nicol. IV. cit. §. 1.

[9] c. 13 cit. §. 5; Nicol. IV. const. cit §. 13.

Vgl. über die Anwendung dieser verschiedenen Strafen auch §§. 286 und 297.

[10] S. unten §. 286.

[11] Vgl. die Lateransynoden III. 1179 c. 27, M. 22, 232 und IV. 1215 (c. 13 X cit. V. 7); die päpstlichen von Toulouse 1119 c. 3, M. 21, 226; Tours 1163 c. 4, p. 1177 und Verona 1184, c. 9 X cit. V. 7; die Legatenkonzilien Montpellier 1195, M. 22, 668, Avignon 1209 c. 1 ff., p. 785, von Toulouse 1219 c. 1 u. 1229 c. 1 ff. c. 15 bis 17, M. 22, 1135 u. 23, 194, Mainz 1233 c. 1—3, Mone, Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins 1852. 3, 135; Beziers 1233 c. 1 ff., M. 23, 270; Tarragona 1242, p. 553, Monteil-Valence 1248 c. 9 bis 11, p. 773, endlich auch die auf diesen fussenden Provinzialkonzilien Arles 1234 c. 4 ff., p. 337; Trier 1238 c. 31, p. 483, Mainz 1261 c. 1, p. 1079; Mailand 1287 c. 10. 11, M. 24, 875; Tarragona 1292 c. 8. 9, p. 1109; Beziers 1299 c. 1. 3, p. 1215; Trier 1310 c. 50, 51, M. 25, 261 (betreffend die Begarden); Mainz 1310, p. 334; Bergamo 1311 c. 1, p. 479; Tarragona 1317 c. 1 u. 1329 c. 41, p. 627 u. 855; Benevent 1331 c. 65, p. 971; Paris 1347 c. 14, M. 26, 20; Benevent 1378 c. 1, p. 620; Prag 1381 c. 2, p. 692, von Synoden mehrerer Provinzen Narbonne n. 1235 c. 1 ff., M. 23, 355 und Albi 1254 c. 1 ff., von Diöcesansynoden S. Pölten 1284, M. 24, 510.

Partikularrechtlich kommt als Strafe auch Brandmarkung S. 43 n. 3 vor. Die dauernde Freiheitsberaubung wird als *immuratio*, Albi 1254 cit. c. 24 bezeichnet, ein Ausdruck, welcher demnächst in der Inquisitionspraxis der übliche geworden ist, Bernardus Guidonis practica inquisitionis ed. Douais. Paris 1886 I. n. 16. 17, p. 14. 15; III. n. 22 p. 119; Limborch sent. Tholosanae p. 201, als Anhang zu dessen histor. inquisitionis. Amsterdam 1692.

[12] S. die vor. Anm.; die Titel de hereticis in X lib. V. 7 c. 8 ff.; in VI. lib. V. 2 und in Clem. V. 3; const. Nicolai IV. Noverit cit., die Aufnahme der Exkommunikation der Ketzer in die bulla: In coena Domini, s. Gregor XI. const. Excommunicamus v. 1372, bull. Taur. 4, 539 und unten §. 286.

[13] Szaboles 1092 c. 9, M. 20, 761 (Ausweisung gegen die Ismaheliten genannten Kaufleute, welche nach der Taufe wieder vom Christenthum abfallen).

[14] c. 13 (Bonifaz VIII.) in VI. de heret. V. 2, s. weiter unten in der Lehre von der persönlichen Zuständigkeit der päpstlichen Inquisitionsgerichte (§. 293). Während Gratian nur c. 24 C. II qu. 7 den rückfällige getaufte Juden betreffenden c. 64 Tolet. IV. 633 neben verschiedenen Stellen der Väter reproduzirt, setzt für das gemeine Recht zunächst Lateran. IV. 1215 c. 70, M. 22, 1058 (c. 4 X de apost. V. 9) gegen getaufte Juden, welche die jüdischen Riten beibehalten, arbi-

hundert wird eine Art der Apostasie, nämlich das Anbeten der Dämonen, das Darbringen von Opfern für diese, das Beschwören derselben und das Eingehen von Bündnissen mit ihnen päpstlicherseits unter Strafe gestellt[1]. Dagegen finden sich schon in karolingischer Zeit[2], und auch noch später in einzelnen Ländern[3] Verbote gegen die Beobachtung heidnischer Gebräuche. Ferner gehören hierher eine Reihe von Strafvorschriften, welche seit den Zeiten der Kreuzzüge und des dadurch vermehrten Verkehrs mit dem Morgenlande gegen die Unterstützung der Sarazenen[4] und gegen den Verkehr mit denselben[5], erlassen sind, während Verbote hinsichtlich des Umganges mit Juden sowie auch mit Sarazenen zwar vereinzelt schon früher[6], häufiger und namentlich gemeinrechtlich[7] aber erst seit der gedachten Zeit[8] vorkommen[9].

trären Strafzwang und erst Bonifaz VIII. c. 13 in VI. de heret. V. 2 gegen Christen, welche zum jüdischen Ritus übergehen oder zurückkehren, dieselben Strafen, wie gegen die Ketzer, fest.

[1] Const. Joann. XXII: Super illius v. 1326, bull. Taur. 4, 315 (exc. l. s. und bei Hartnäckigkeit ausser der Güterkonfiskation alle Strafen der Ketzer).

[2] Rom 743 c. 9, M. 12, 384 (c. 14 C. XXVI. qu. 7, Anathem); Theodulf v. Orleans u. 797 c. 38 (Ausschluss auf 5 Jahre), M. 14, 960, S. 10 n. 11.

[3] So für England Enham 1009 c. 4 (arbiträrer Strafzwang oder Ausweisung) M. 19, 306; für Ungarn Szaboles 1092 c. 22 (arbiträre Strafe) M. 20, 772 und Gran 1114 c. 7, (40tägiges Fasten, minores 7 Hiebe) M. 21, 101, nachdem hier schon früher, const. eccles. Andreae reg. u. 1048 c. 1, M. 19, 631, staatlicherseits das Heidenthum bei Todesstrafe und Vermögenskonfiskation verboten worden war.

[4] Lieferung von Waffen, Schiffsgeräth an dieselben und Führung ihrer Schiffe, Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 230 in c. 6 X de iud. V. 6 (Exkommunikation und Verknechtung, wiederholt Montpellier 1195, M. 22, 668, Lerida 1229, M. 22, 1094 c. 20), erneuert durch das allgemeine Konzil v. Lyon 1245 c. 17, M. 23, 631 (und Valence 1268 p. 1057); c. 1 (Clemens V.) de Judaeis V. 2 (dem Papst vorbehaltene Exk. ipso facto, Verknechtung und Infamie); c. un. (1317) in Extr. Joann. XXII. tit. 8 (dasselbe); Leg. K. Valladolid 1322 c. 21, M. 25, 110 (Lieferung von Lebensmitteln, exc. l. s.). Das Verbrechen hat dann auch Aufnahme in die Bulle: In coena domini gefunden, s. const. Urbani V: Apostolatus v. 1363 § 2. u. Gregor XI.: Excommunicamus v. 1372 §. 4, bull. Taur. 4, 520. 540. Breslau 1248 §. 20, de Montbach, stat. synod. eccles. Wratislav. p. 310 exkommunicirt alle Christen einschliesslich der Fürsten, welche die Hülfe von Heiden gegen Christen anrufen, ihnen Sold geben oder von ihnen annehmen, sich mit ihnen verbünden und ihnen Waffen auf irgend eine Weise, namentlich durch Verkauf oder Schenkung, zukommen lassen.

[5] Dienen christlicher mancipia als Ammen oder Gesinde bei Sarazenen und Juden, Later. III. 1179 c. 26, M. 22, 231 in c. 5 X de iud. V. 6 (Exk., wiederholt Montpellier 1195, M. 22, 669, Legatenkonzil Tarragona 1239 c. 4, M. 23, 513, Avignon 1279 c. 6, M. 24, 237; Poitiers 1280 c. 6, p. 384; S. Pölten 1284, p. 510 (öffentliche Verkündung der Exk.); Tarragona 1329 c. 33, M. 25, 850;) Cohabitation von Christinnen mit Sarazenen und Juden (Busse und Ausschluss v. kirchlichen Begräbniss), Tarragona cit.; Verkauf von Christen an Sarazenen (dem Papst vorbehalhaltene exc. ipso iure) Syn. Stat. Lerida Ende des 13. Jahrh. c. 32, M. 23, 937. Vgl. auch Clem. III. 1191—98, J. L. n. 17646, c. 8 Comp. II. lib. III. 17.

[6] So des Verkaufes von Sklaven an Juden, sowie der Verheirathung von Christinnen durch die Gewalthaber an Juden und der Eheschliessung christlicher Wittwen mit solchen (Anathem) Rom 743 c. 10, M. 12, 384; des Essens und Zusammenwohnens mit ihnen (7tägige Busse, ev. Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, s. S. 14 n. 3, beim inferior 100 Hiebe), Coyaca 1050 c. 6, M. 19, 788.

[7] S. Anm. 4 u. 5; Verbot der Übertragung amtlicher Gewalten an Juden und Heiden, arbiträrer Strafzwang durch das Provinzialkonzil (nach Leg. K. Valladolid 1322 c. 21, M. 25, 719, exc. ipso facto) und der Bevorzugung der von Juden vorgeschlagenen jüdischen Zeugen vor den christlichen bei Prozessen gegen Christen (Exk.), Lateran. IV. 1215 c. 69, M. 22, 1058 (c. 16 X de iudaeis V. 6 u. c. 21 X de test. II. 20). Andererseits bedroht aber Lateran. III. 1179 c. 26, M. 22, 231, c. 6 X de iud. V. 6 Fürsten, welche gestatten, dass bekehrten Juden ihre Besitzungen, ihr Vermögen und ihre Erbschaften entzogen werden, mit dem Banne. Schon Alexander II. 1063, J. L. n. 4528, hat M. 19, 904, c. 11 C. XXIII qu. 8, sich gegen ihre Tödtung ausgesprochen, und 1367 Urban V. in der const. sicuti iudaei die Verwundung, Misshandlung, Tödtung, Beraubung und Bedrückung solcher Juden, welche nicht gegen den christlichen Glauben intriguiren, und die Beeinträchtigung ihrer Friedhöfe mit der Exkommunikation oder mit Entziehung der Ämter bedroht, bull. Taur. 4, 521.

[8] Abgesehen davon, dass Gratian Trullanum 692 c. 11 in c. 13 C. XXVIII qu. 1 (Verbot des intimen Verkehrs mit Juden, Kleriker Absetzung, Laien Exk.) wiedergiebt.

[9] Fornikation von Juden mit Christinnen Salisbury 1256, M. 23, 912 (namentliche Exk.); Wien 1267 c. 17, p. 1175 (Peitschung und Aus-

Gegen die sich als theilweise Verletzung des christlichen Glaubens darstellenden Vergehen der Bethätigung des Aberglaubens, der Wahrsagerei, der Zauberei und der Giftmischerei ist in dieser Periode zunächst von Neuem die römische[1] und die karolingische Kirche[2], später auch wiederholt die kirchliche Partikular-[3], nicht aber die allgemeine Gesetzgebung eingeschritten, vielmehr haben sie nur dadurch, dass eine Anzahl sie betreffender älterer Kanonen in das Dekret[4] und einzelne einschlägige Stellen in die Sammlung Gregors IX. aufgenommen worden sind[5], den Charakter als gemeinrechtlich verbotener Vergehen erhalten[6].

weisung der Christin); Leg. K. Valladolid 1322 c. 7, M. 25, 702 (öffentliches Halten ungläubiger, also jüdischer und maurischer Konkubinen durch Geistliche, Verlust der Benefizien ipso facto und Unfähigkeit zur Erlangung solcher, Nichtbenefiziaten die zuletzt gedachte Strafe, bez. Unfähigkeit zum Empfang der höheren Weihen, nach zweijähriger Hartnäckigkeit Gefängniss und weitere arbiträre Strafen); — Ammen- und Gesinde-Dienst in den Häusern der Juden Narbonne 1227 c. 2, M. 23, 21; Worcester 1229 c. 17, p. 187 (Exk.); Beziers 1246 c. 38, p. 701; Wien 1267 cit. c. 16; Salamanca 1335 c. 12, M. 25, 1005 (exc. l. c.); Speisen mit Juden, Theilnahme an ihren Hochzeiten und anderen Festlichkeiten, sowie Ankauf von Fleisch und anderen Speisen von ihnen Wien 1267 cit. c. 18; Leg. K. Valladolid 1322 c. 21, M. 25, 718 (auch in Betreff der Sarazenen); Tarragona 1329 c. 75, p. 873 (exc. ipso facto); Gebrauch jüdischer, bez. maurischer Ärzte Beziers 1246 cit. c. 42; Albi 1254 c. 69, M. 23, 852 (Exk.); Salamanca 1335 c. 12, M. 25, 1055 (arceatur ab introitu ecclesiae et a communione fidelium, also Personal-Interdikt); Avignon 1337 c. 69, p. 1105 (arbiträre Strafe); Annahme von Geld seitens der Juden behufs Deposition in der Kirche Worcester 1229 cit. c. 17 (Exk.); Handeltreiben und Verkehrpflegen mit Juden Narbonne 1227 c. 2 cit. (Exk.); Vermiethung und Verkauf von Häusern an Juden Ravenna 1317 c. 14, M. 25, 612 (exc. ipso facto); Salamanca 1335 c. 12, p. 1055 (ebenso); Hinderung der Austreibung der Ungläubigen während des Gottesdienstes aus den Kirchen und Einführung derselben zu den nächtlichen Vigilien Leg. K. Valladolid cit. c. 8 (exc. ipso facto); Nichtdurchführung der die Juden beschränkenden Vorschriften seitens der Fürsten Mainz 1258, M. 23, 1000 (Lokal-Interdikt); Wien 1267 cit. c. 19 (Untersagung des Eintritts in die Kirche und Ausschluss von der Theilnahme am Gottesdienst).

[1] Rom 743 c. 9, M. 12, 384 (c. 13 C XXII qu. 7 Anathem). Über die frühere Zeit s. Bd. IV. S. 830 n. 7.

[2] Stat. Rhispac. 799—800, S. 41 n. 1, Paris 829 lib. III. c. 2, M. 14, 595 (Liebestränke, Zauberei, Wettermachen, Beschwörungen unter Bezugnahme auf Ancyra c. 24 fünfjährige Busse); Pavia 850 c. 23, Bor. Kr. 2, 122 (ars magica, acerrima poenitentia, S. 86 n. 1); Tribur 895 c. 50, M. 18, 155, Tödtung durch Gift und Kräutertrunk, doppelte Busse des Mordes); Cap. 806—13 c. 1, Bor. 1, 142 (Hingabe des Chrisma zur Zauberei, Priester und Diakon Absetzung, andere Kleriker Prügel und Karzer, Laien nur weltliche Strafe des Handabhauens); cap. Aquisgr. I. 809 c. 10 und cap. missor. 809 c. 21 p. 149 150 (Priester, Absetzung).

[3] Seligenstadt 1023 c. 6, Bresslau, Heinrich II. 3, 350 (Priester, welche das corporale zur Löschung einer Feuersbrunst in das Feuer werfen, Anathem); Normännisches Konz. u. 950 c. 6, M. 18, 433 („de magicis artibus aruspicum cunctorumque incantatorum seu histrionum penitus delendis"); Enham 1009 c. 4, M. 19, 306 (incantatores, magi, phytonici, venefici, arbiträre Bestrafung oder Ausweisung) Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (malefici Exk.); Compostella 1056 c. 5, M. 19, 857. 858 (auguria, et incantationes et lunae prosemina, Anathem); London 1075, M. 20, 452 (sortes, aruspicia, divinationes vel aliqua huiusmodi opera diaboli, Exk.); Szabolcs 1092 c. 34, p. 777 (strigae, arbiträre Strafe); Leg. K. London 1125 c. 15, M. 21, 332 (sortilegi, arioli et auguria quaeque sectantes eisque consentientes, Exk. u. Infamie); Rouen 1190 c. 29, K. 22, 586 (venefici, sortiarii, Exk.), London 1200 c. 7, p. 717 (jährliche Exk. der sortiarii); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 33, M. 22, 1117 (sortiarii, auxilium daemonum invocantes, sacramentis et sacramentalibus abutentes; Exk.) u. c. 58 ibid., p. 1125 (sortilegia u. maleficia in nuptiis, Exk.); schottisches Konz. 1225 c. 50, p. 1234 (öffentliche Exk. der sortilegi et venefici); Canterbury 1236 c. 23 p. 423 (ebenso); Arles 1234 c. 15, M. 23, 340 (ebenso betreffs der divini et sortilegi et omnes eorum divinationem vel sortilegium scienter accedentes); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (der sortiarii); Leg. K. Valladolid 1322 c. 24, M. 25, 721 (sortilegi, malefici, incantatores, divinatores und diejenigen, welche sie befragen, exc. l. s.); Salamanca 1335 c. 15, p. 1056 (im wesentlichen ebenso); Benevent 1378 c. 5, M. 26, 621 (exc. l. s. und öffentl. Verkündung derselben).

[4] S. C. XXVI qu. 1—4, namentlich qu. 5. 7. 13. 14.

[5] c. 1 (poenit. Theodor.) u. c. 2 (Alex. III.) X de sortileg. V. 21.

[6] In Anhalt daran verordnen die späteren Partikularkonzilien seit dem 13. Jahrh., wie schon einzelne ältere, die wiederholte öffentliche und feierliche Exkommunikation, so Canterbury 1236, M. 23, 423 der sortiarii u. s. w., wie bei Richard v. Salisbury (s. Anm. 3); Ferns 1240 c. 1241, p. 520 der venefici, veneficae et magicis incantationibus utentes (ebenso Durham 1255, p. 903); Beziers 1246 c. 33, p. 699 der sortilegi, divini; Lemans 1247, p. 749 der sortilegia de sacramentis ecclesiae facientes; Mainz 1261 c. 30, p. 1091 der sortilegi. Die sortilegia bei der Ehe verbieten

Ebensowenig hat sich die kirchliche Gesetzgebung bis zum Ende des 13. Jahrhunderts mit allgemeinen Strafbestimmungen über das gleichfalls in diesen Zusammenhang gehörige Vergehen des Schismas befasst[1], und erst eine in einem Spezialfall[2] erlassene Dekretale Bonifaz' VIII., welche ihre Anordnungen auch auf ähnliche Fälle ausgedehnt wissen will[3], hat durch ihre Einverleibung in den liber Sextus die Bedeutung eines allgemeinen Gesetzes erlangt[4].

Weiter ist endlich in diesem Zusammenhang das Verbrechen der Simonie zu behandeln, denn wenn auch dasselbe hauptsächlich von Geistlichen verübt werden kann, so ist doch principiell eine Begehung durch Laien und eine Betheiligung solcher an demselben nicht ausgeschlossen.

Das nach Simon Magus[5] benannte Vergehen, welches als direkte Versündigung gegen den h. Geist wegen des darin liegenden Versuches, sich denselben dienstbar zu machen, betrachtet wurde[6], war durch die römische Kaisergesetzgebung dem Majestätsverbrechen gleichgestellt[7], ist aber schon seit dem 6. Jahrhundert als Ketzerei bezeichnet worden[8]. In der früheren Zeit, also im römischen, sowie im merovingischen und westgothischen Reich, erscheint es als die Ertheilung und der

insbesondere und zwar bei Strafe der Exk. Lemans 1247, p. 749; Valence 1255, p. 890; Clermont 1268, p. 1200; Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 357; Nogaret 1290 c. 4, p. 1068; Grado 1296 c. 23, p. 1169 (sortilegi, herbarii, malefici generelle Exk., für verheirathete Männer und Frauen, qui praetexto captandi vel observandi amoris quaecumque maleficia faciunt, Anathem); abweichende Straffestsetzungen haben darüber Worcester 1240 c. 15, S. 15 n. 8 a. E. u. Tours 1236 c. 9, S. 43 n. 5. Trier 1310 c. 84, M. 25, 269 für Wahrsagen aus den Sternzeichen der Geburt und Beobachtung dieser Wahrsagungen für den Hausbau und die Eheschliessung, interd. ingressus ecclesiae et sacramentorum, event. auch exc.

Speziell den Handel mit Gift und den Giftmord betreffen Riez 1285 c. 13. 14, M. 24, 580 (Apotheker, welche Gift ohne Anzeige an die weltliche Obrigkeit verkaufen oder weggeben, sowie diejenigen, welche es zum Giftmord von ihnen erwerben oder einen solchen begehen, endlich diejenigen, welche Rath dazu ertheilen, dem Papst vorbehaltene exc. ipso facto, für den clericus beneficiatus Degradation u. Auslieferung an den weltlichen Richter); L'Isle-Arles 1288 c. 14, p. 961 (Vergiftung oder Verkauf oder Überlassung von Gift zum Morde oder Verheimlichung solcher Anschläge, exc. ipso facto, bei verweigerter Satisfaktion Descendenten bis zur 4. Generation unfähig zu kirchlichen Ämtern, kirchlichen und weltlichen Würden, Kleriker privatio beneficii ipso facto, Degradation und Auslieferung an die weltliche Obrigkeit); Avignon 1326 c. 17. 18. 25. 754 (im wesentlichen Wiederholung der citirten Konzilien).

[1] Daher bringt Gratian auch nur Stellen von Kirchenvätern (so vor Allem von Cyprian) und von älteren Päpsten wie Leo I. und Pelagius I. (vgl. c. 21. 23. 24. 27. 31. 33. 34 C. XXIV qu. 3; c. 25. 42. 43 C. XXIII qu. 1; c. 5. 7. 9 C. VII qu. 1; c. 70. 112 C. I qu. 1), welche das Schisma als die Lostrennung vom rechtmässigen Bischof auffassen. Als seit dem 11. Jahrhundert wiederholt Spaltungen in der Kirche durch die Aufstellung von Gegenpäpsten und zwiespaltige Papstwahlen entstanden, hat man sich mit der Festsetzung von Massnahmen für die einzelnen Fälle hinsichtlich der schismatischen Geistlichen begnügt, Bd. I. S. 47 n. 7 u. S. 83 c. 1; c. 1. 2 X de schismat. V. 8, und später ist anscheinend mit Rücksicht darauf, dass mit dem Schisma in vielen und gerade den schwersten Fällen für die Regel die Ketzerei konkurrirt, bei der detaillirten Ausbildung der Ketzergesetze (S. 157. 158) kein Bedürfniss zu allgemeinen, blos das Schisma betreffenden Anordnungen hervorgetreten.

[2] In seinem Streit mit den Colonna, Potthast reg. n. 24519; Raynald a. 1297 n. 35 ff.

[3] Im Auszug in c. un. in VI h. t. V. 3. (die Strafen sind im wesentlichen dieselben, wie für die Ketzerei).

[4] Die Rückgängigmachung der von Bonifaz VIII. gegen die Colonna verhängten Massnahmen durch Benedikt XI. 1303, c. un. in Extr. comm. V. 4, hat daran selbstverständlich nichts geändert.

[5] Act. apost. VIII. 18 ff.; can. 30 apostol.

[6] Wegen Matth. X. 8; s. auch Acta apost. cit.; c. 19 (Ambr.) C. I. qu. 1 und Braga II. 572 c. 3 in c. 22 C cit.

[7] L. 31 i. f. C. J. de episc. I. 3, auch in c. 4, C. XV qu. 3.

[8] Tours 567 c. 27: „nullus episcoporum de ordinationibus clericorum praemia praesumat exigere, quia non solum sacrilegium, sed et haereticum est, sicut in dogmatibus ecclesiasticis (d. h. von Gennadius v. Marseille saec. V) habetur insertum, non ordinandum clericum qui per ambitionem ad imaginem Simonis magi pecuniam offert sacerdoti; quia dicitur: Gratis accepistis, gratis date"; s. auch Toledo VI 638 c. 4 (simoniaca haeresis); c. 13. 28 (Gregor. I.) C. I qu. 1.

Empfang der Weihen[1] und einzelner kirchlicher Ämter[2], ferner als die Gewährung einzelner Sakramente und der bei denselben gebrauchten heiligen Öle[3], endlich auch des Begräbnisses[4] gegen Entgelt, unter welchem seit dem 6. Jahrhundert jeder weltliche Vortheil begriffen worden ist[5]. In der karolingischen Zeit hat man dasselbe[6] unter Festhaltung der Bezeichnung als Ketzerei[7] über die gedachten Fälle hinaus abgesehen von der Erweiterung der heiligen Handlungen, deren Spendung gegen Entgelt verboten worden ist[8], auch auf die simonistische Einwirkung bei Prälaten-, insbesondere Bischofswahlen[9], weiter auf eine derartige[10] Erwerbung von Kirchen durch die Priester (offenbar seitens der eigenthumsberechtigten Grundherren[11]) und

[1] c. 30 apost. cit. (Absetzung u. Exk.); Chalcedon 451 c. 2 in c. 8 C. I qu. 1 (Absetzung, für die Unterhändler, wenn Geistliche, ebenfalls, für Laien Exk.); Nov. Justin. 6 c. 1. 9 u. Nov. 123 c. 2 §. 1, Bd. IV. S. 793 n. 6 (vgl. auch Nov. 56: Verbot der Annahme gewisser Aufnahmegeschenke neu kreirter Kleriker, Absetzung); Orleans II. 533 c. 3. 4 (Absetzung); Orleans IV. 549 c. 10 (ebenso); Tours 567 c. 27 cit. (Exk. für Verkäufer und Käufer bis zur nächsten Synode); Braga II. 572 c. 3 (Anathem für beide) in c. 22 C. I qu. 1; Barcelona II. 599 c. 1 (ohne Strafandrohung); Toledo VI. 638 c. 4 (Exk. für den Ordinandus und für ihn u. den Ordinator Vermögenskonfiskation); Chalons 644 c. 16 (Verlust des simonistisch erworbenen Ordo); Toledo VIII. 653 c. 3 in c. 7 C I qu. 1 (Absetzung des simonistisch Geweihten und ewige Busse desselben im Kloster, diejenigen, welche Geschenke angenommen haben, Kleriker Absetzung, Laien ewiges Anathem); Braga III. 675 c. 7 (Absetzung des Ordinator u. des Geweihten); Trullanum 692 c. 22 (dasselbe); c. 6 (Gelasius I.) 28. 115—117. 120 (Gregor I.) C. I qu. 1; c. 3 (id.) C. VII qu. 1; Rom 595 c. 5, M. 9, 1226 in c. 4 C. I qu. 2 u. c. 1 X de simon. V. 3 verbietet auch den bei der Ordination betheiligten Geistlichen und Notaren für das Lesen der Schrift, so wie die Ausstellung der Urkunden etwas zu fordern.

[2] Chalc. 451 c. 2 cit. (Anstellung von Ökonomen, Kirchenanwälten, Kirchenhütern und anderen Kirchendienern).

[3] Elvira 306 c. 48 in c. 104 C. I qu. 1 (der Taufe, Absetzung); Braga II. 572 c. 4. 7 in c. 102. 103 (des Balsams an die einzelnen Kirchen für die Taufe, sowie der Taufe ohne Strafandrohung); Barcelona II. 599 c. 2 (des an die Priester für die Konfirmation zu vertheilenden Chrisma, ohne Strafandrohung); Toledo XI 675 c. 8 in 101 C. I qu. 1 der Taufe, der Konfirmation, des Chrisma, s. auch Bd. IV. S. 810 n. 5; Trullanum 692 c. 23 in c. 100 C. cit. (des Abendmahls, Absetzung); c. 99 (Gelasius I.) C cit. (der Taufe und Konfirmation, Absetzung).

[4] c. 12 (Gregor I.) u. c. 13 (Hieron.) C. XIII qu. 2.

[5] Gregor I. hom. in evang. I. 4. 4, Migne patrol. 76, 1092 u. in c. 114 C. I qu. 1 unterscheidet 3 Arten von Entgelt, das munus ab obsequio, d. h. die servitus indebite impensa, das munus a manu d. h. Geld und das munus a lingua, d. h. favor, Gunst, Empfehlung; s. auch c. 115. 117 (Gregor I.) C. I qu. 1.

[6] Über die Simonie bei der Ertheilung und dem Empfang der Weihen s. Pippin. cap. Vern. 755 c. 24, Bor. 1. 37 (als haeresis simoniaca ohne Strafandrohung verboten); Nicäa 787 c. 5, M. 13, 750 (Wiederholung von c. 30 apost. u. Chalcedon c. 2 cit.), Friaul 796 c. 1, M. 13, 845 (als haeresis simoniaca verboten); Admon. gen. Kar. 789 c. 21, Bor. 1, 55 (Verweisung auf Chalcedon cit.); Haito v. Basel 807—23 c. 12, B. 1, 362 (Exk., auch für die Theilnehmer): Cap. eccles. 818. 819 c. 16, B. 1, 278 (Absetzung des Ordinators und des Geweihten); Rom 826 c. 2, B. 1, 372 (Bezugnahme auf Chalcedon cit., wiederholt Rom 853 c. 2, M. 14, 1012); Paris 829 lib. I c. 11, M. 14, 544 (dasselbe); Aachen 836 I. c. 5, p. 675 (canonica disciplina); cap. Papiae 845—50 c. 4, Bor. Kr. 2, 81 (ohne Strafandrohung); Karol. Pist. 869 c. 6, LL. 1, 510 (als haeresis simoniaca bezeichnet) und bei der Spendung der heiligen Handlungen Ghaerbold v. Lüttich 802—10 c. 5, Bor. 1, 245 (der Taufe u. Kommunion, Absetzung); Hloth. I. cap. de reb. eccles. 825 c. 1, p. 332 (der Konsekration und Dedikation der Taufkirchen, Xenodochien und Oratorien, ohne Strafandrohung). Aachen 836 I. c. 5, M. 14, 675 (der Weihe von Kirchen, der Ertheilung von Chrisma, sowie der immutatio titulorum, d. h. der Änderung der Patrone der Kirchen, canonica disciplina); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 18, M. 14, 952 (der Taufe, des Begräbnisses, der Busse und des Abendmahls, Absetzung); Hinkmar v. Rheims cap. superadd. 857 c. 2, M. 15, 492 (des Begräbnisses).

[7] S. die vor. Anm. u. Anm. 9—11; Joann. VIII. ad Rostagn. 878, L. n. 3148, M. 17. 81.

[8] Der Busse, der Weihe der Kirchen und der immutatio titulorum, s. Anm. 6 a. E.

[9] Paris 829 lib. I. c. 11, M. 14, 544 (unter Hinweis auf die Bestrafung der haeresis simoniaca durch Chalcedon cit.); Meaux-Epernay 845/46 c. 43, M. 14, 824 u. LL. 1, 391 in c. 3 C. I qu. 7 (Ermahnung der Bischöfe, Könige, höheren Beamten u. s. w. dafür sorgen „ut nemo per simoniacam haeresim regiminis locum obtineat quacumque factione, calliditate, promissione seu commoditate aut datione per se aut per amissam personam"). Vgl. auch Bd. II. S. 524 n. 1.

[10] Attigny 822 c. 6, Bor. 1, 358: „ut heresis simoniaca ita caveatur, ut non solum propter munerum acceptionem sed neque consanguinitate familiaritatis aut cuiuslibet amicitiae aut obsequii causa deinceps ullus prebeat".

[11] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 16, M. 13, 998 (Geben von Geld für eine Kirche an Geistliche

auf die Annahme neuer Professen in den Klöstern [1] ausgedehnt. Im 10. und im Anfang des 11. Jahrhunderts [2] gehen die wenigen Synoden [3], welche der Simonie erwähnen, noch nicht über diese Umgrenzung des Begriffs hinaus [4]. Dies geschieht erst, als seit Heinrich III. Papstthum und Kaiserthum im beiderseitigen Einverständniss die Reform der verweltlichten Geistlichkeit unternehmen [5], und nunmehr auch die bisher bei der Vergebung der Bisthümer übliche Entrichtung von Geschenken [6] als Simonie verpönt wird [7]. Hatte man schon in karolingischer Zeit mit Rücksicht auf die den Grundherren kraft ihres Eigenthums über ihre Kirchen geübten Verfügungsgewalt [8] den Verkauf der letzteren an die anzustellenden Geistlichen und den Kauf derselben durch diese verboten [9], weil sie die Kirchen nicht ohne Weihe erhalten und verwalten konnten [10], so lag derselbe Grund, nachdem man in Folge der herrschenden Reformtendenzen gegen die in früherer Zeit nicht anstössig gefundene Sitte, bei Gewährung von Ämtern und von Belehnungen Geschenke zu geben und anzunehmen [11],

oder Laien, um sie dem angestellten Priester zu entziehen, Absetzung oder langjährige Busse im Gefängniss, wiederholt Rudolf v. Bourges u. 850 c. 17, M. 14, 951); Rouen 9. Jahrh. c. 7 (im wesentlichen dasselbe, Absetzung, ebenso für Kauf einer erledigten Kirche, auch in c. 33 C. VII qu. 1); Haito v. Basel c. 12 cit., Bor. 1, 364 (als haeresis simoniaca bezeichnet das per munera ecclesiam occupare und mit Absetzung bedroht); Mainz 847 c. 12, Bor. Kr. 2, 179 (im wesentlichen wie Theodulf cit., Strafe: Absetzung, vgl. auch c. 2 X de sim. V. 3; wiederholt Mainz 888 c. 5, M. 18, 66) dagegen Mainz 852 c. 19, Bor. Kr. 2, 191 (Strafe wie bei Theodulf). — S. g. statuta Bonifacii Anhang saec. IX c. 7, M. 12, 384 (Verbot an die Laien, für die Übertragung ihrer Kirchen an Priester Geschenke zu fordern. Vgl. auch Bd. II S. 624 n. 2).

[1] Nicäa 787 c. 19, M. 13, 755 (Absetzung des Klostervorstehers).

[2] Vgl. A. Dresdener, Kultur u. Sittengesch. d. italien. Geistlichkeit im 10. u. 11. Jahrh. Breslau 1890. S. 32 ff., dessen Unterscheidung in betreff eines älteren und neueren Begriffs der Simonie ich aber nicht als richtig ankennen kann, s. übrigens auch Michaeli d. Zeitschr. für kath. Theologie 1891. 15, 333.

[3] S. auch Dresdener 48, zugleich darüber, dass dies keinen Beweis für die geringe Verbreitung der Simonie in der damaligen Zeit bildet.

[4] Hohenhaltheim 916 c. 28, LL. 2, 558. 559 (Erlangung der Weihen gegen Entgelt, auch der Bisthümer per ambitum, canonica districtio); Rom 981, M. 19, 77 (Verbot der entgeltlichen Weihen für alle Grade der Kleriker, Berufung auf can. 30 apost. cit. u. Chalcedon c. 2 cit.); Ravenna 997 c. 1, p. 219 (Verkauf der geweihten Hostie an Bischöfe bei ihrer Konsekration seitens der Subdiakonen und des Chrismas an die Erzbischöfe seitens der Bischöfe, Anathem); Poitiers 1000 c. 2, p. 268 (Nichts für Busse u. Firmelung ohne Strafandrohung); Ravenna 1014—16, p. 362 (Anathem für Verkauf des Chrismas u. der commendationes animarum, sowie für die von den Vätern verurtheilten simonistischen Handlungen). Auch die cap. Attos v. Vercelli (945—60) c. 24, p. 250 verbieten nur die Erhebung von Entgelt für das Begräbniss.

[5] Bd. II. S. 541.

[6] Bd. II S. 541 n. 2 u. 3; Bresslau, Konrad II. 1, 88. 89. 160; Dresdener S. 57 ff. 63 ff.; Bröcking, franz. Politik Leos IX. Stuttgart 1891 S. 22 ff.

[7] So die Synode Heinrichs III. zu Pavia 1046 Bd. III. S. 567 n. 6 u. S. 724 n. 6, welche die Erwerbung von Weihen und allerministeria ecclesiastica gegen irgend welches Entgelt bei Strafe der Absetzung und des Anathems für die schuldigen verbietet; Synode Leos IX. zu Rheims 1049 c. 2, M. 19, 741 (das gleiche, nur statt der Strafe blos digna satisfactio erwähnt, gleichzeitig c. 5 Verbot, etwas für das Begräbniss, die Taufe, die Eucharistie und die visitatio infirmorum zu fordern; im Übrigen s. über Leo IX. noch Hefele Konz. Gesch. 4, 734. 746. 743); Leg. Konz. Toulouse 1056 c. 4, M. 19, 848 (Kauf von Bisthümern, Abteien und Priesterstellen durch Kleriker u. Mönche, Verkauf derselben durch Grafen und andere weltliche Gewalten, Exk.), ausserdem c. 1 (Bischöfe, die Weihen gegen Entgelt ertheilen, Absetzung) u. c. 3 (Verbot der Dedikation der Kirchen gegen Geld). Auch die Prov. Syn. Rouen 1048 c. 2, p. 752 verbietet freilich ohne Strafandrohung die Bestechung der Fürsten und ihrer Familiaren, um zu Bisthümern zu gelangen, ferner c. 6 die Weihe von Klerikern seitens des Bischofs gegen Geld und die Forderung von Geschenken seitens der Archidiakonen und bischöflichen Notare für die Ordination, endlich c. 14 bis 18 die Erhebung von Geld für das Chrisma, die Dedikation von Kirchen, für die Taufe und für die Busse bei Strafe der Absetzung, ebenso Compostella 1056 c. 2, p. 858 den Verkauf von Weihen, sowie von „sacra ministeria, oleum nec ulla de ordine ecclesiastico" (ohne Strafandrohung).

[8] Bd. II S. 623 ff.

[9] S. S. 162 n. 11 u. Bd. II S. 624 n. 4.

[10] So schon Hinkmar v. Rheims cap. dat. presbyt. c. 5, M. 15, 496.

[11] Waitz, deutsche Verf. Gesch. 7, 293; Dresdener S. 40. 41.

empfindlicher geworden war[1], auch im Betreff der Bisthümer vor, welche damals noch als ein von den Fürsten, insbesondere auch vom deutschen König und Kaiser zu vergebender Komplex geistlicher Befugnisse und weltlicher Besitzungen und Rechte betrachtet wurden[2].

Als dann die kirchliche Reformpartei in Rom ihr Bestreben nicht nur auf die Beseitigung des Einflusses der weltlichen Gewalt, vor Allem des deutschen Kaiserthums auf die kirchlichen Angelegenheiten, sondern auch auf die Unterwerfung desselben unter das Papstthum richtet[3], wird nicht nur die früher schon hervorgetretene Anschauung geltend gemacht[4], dass, da das zum kirchlichen Amt gehörige Gut unzertrennlich mit demselben verbunden sei, und nicht ohne die Weihe erworben werden könne, der Kauf des kirchlichen Gutes sich immer zugleich als Kauf der Weihe darstelle[5], sondern man betrachtet jetzt auch die Vergebung der kirchlichen Ämter auf dem bisher üblichen Wege der Laieninvestitur ebenfalls als Simonie[6]. Wenngleich schon bald nach Beginn der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts einzelne der von Rom geleiteten Synoden möglicherweise den Begriff der Simonie auch auf die unentgeltliche Erwerbung durch die Laieninvestitur haben ausdehnen wollen[7], haben sich doch die folgenden Partikular-Konzilien diese Erweiterung nicht angeeignet[8], und ebensowenig halten die unter Gregor VII. zusammengetretenen päpstlichen Legaten- und anderen Synoden[9] an derselben fest, die ersteren vielleicht deshalb, weil

[1] Bd. II. S. 541.

[2] Bd. II. S. 523. 531. 536. 548. 546 n. 4. 584.

[3] Bd. II. S. 541.

[4] Vgl. S. 163 n. 10 und auch Rouen 1048 c. 2 cit., S. 163 n. 7.

[5] ep. Widonis ad archiep. Mediolan. (1031 — 1045) Mon. Germ. libell. de lite imp. 1, 5 in c. 7 C. I qu. 3; Petri Damiani ep. V. 13, Migne patr. 144, 364; Humberti cardinal. libri III adv. simoniacos III. 1 ff., Mon. Germ. libelli de lite imper. 1, 198 ff., s. auch Dresdener S. 42; Meyer v. Knonau, Heinrich IV. und Heinrich V. 1, 110.

[6] So findet Peter Damiani, opusc. XII contra clericos c. 1, l. c. 145, 464. 465 in dieser Erwerbung eine Simonie durch munus ab obsequio, nämlich durch die obedientia subiectionis, welche er für noch schlimmer erklärt als die durch Geld, weil sich der Geistliche dadurch dem Herrn gewissermassen als servus vendititius unterwerfe, vgl. dazu Meyer v. Knonau 1, 55 n. 3 u. 56, s. auch Bd. II S. 542 n. 1. 2 u. Dresdener S. 42.

[7] Rom 1059 c. 9, M. 19, 898: „ut per simoniacam haeresim nemo ordinetur vel promoveatur ad quodlibet ecclesiasticum beneficium „kann in der die Simonie nicht näher erläuternden Fassung, möglicherweise durch das vorhergehende c. 6, (c. 20 C. XVI qu. 7, Bd. II S. 542 n. 4) nach welchem ein Geistlicher weder umsonst noch gegen Entgelt von Laien Kirchen empfangen soll, seine nähere Bestimmtheit empfangen. Beide Kapitel wiederholt Rom 1063 c. 6. 8, M. 19, 1023. Weiter ordnen übrigens beide Synoden an, M. 19, 899, die letztere c. 2, p. 1023, c. 109 C. I qu. 1, dass die Nachsuchung und die Ertheilung der Weihe durch einen simonistischen Bischof auch ohne Simonie die Absetzung des Konsekrators und des Geweihten nach sich ziehen soll; ferner gehören noch hierher die beiden Legatenkonzilien v. Vienne u. Tours 1060, s. Bd. II a. a. O.

[8] Die beiden Konzilien von Rouen 1072 c. 13, M. 20, 38 und 1074 c. 1, p. 397 verbieten, das erstere blos den Verkauf und Kauf von Pfarrkirchen durch Laien, Geistliche und Mönche, das letztere den von Archidiakonaten, Dekanaten und Pfarrkirchen, sowie die Sitte eines Antrittsgeldes bei der Erwerbung von kirchlichen Ämtern.

Selbst die Mailänder Legatenkonstitutionen v. 1067, M. 19, 946. 947 bedrohen allein die Aufnahme von Mönchen gegen Geld, die entgeltliche Ordination von Klerikern, eine solche Konsekration von Kirchen, die entgeltliche Vertheilung des Chrisma, sowie die Forderung und Annahme von Geschenken durch Laien seitens der zu ordinirenden Kleriker mit dem Anathem, und auch das Legatenkonzil Gerona 1068 c. 1, p. 1070 verbietet, indem es ausdrücklich blos das pretium muneris vel obsequii saecularis erwähnt, ebenfalls nur den Kauf und Verkauf von Kirchen und kirchlichen honores durch Laien und Geistliche.

[9] So Rom 1074, s. Bd. II S. 543; Rom 1075, Jaffé mon. Gregor. p. 523. 524, Bd. II S. 544 n. 1. Während das Leg. Konz. Poitiers 1078 c. 4, p. 998 in Übereinstimmung damit nur die Annahme von Geschenken für die Weihen, die Benediktion von Kirchen und für andere Segnungen durch die Bischöfe verbietet, bedroht Rom 1078, c. 3, Jaffé mon. Greg. p. 333, c. 3, C. I qu. 3, s. auch Bd. II S. 548, ebenfalls blos die Bischöfe, welche Präbenden, Archidiakonate, Propsteien und andere kirchliche Ämter verkaufen, mit der Suspension, (indem es noch zugleich die Bd. II S. 548 n. 6 mitgetheilten Bestimmungen über die simonistischen Ordinationen trifft), endlich das Leg. Konz. Gerona 1078 c. 2, M. 20, 517 die entgeltliche Weihe oder Promotion von Klerikern und den

jene von einzelnen Mitgliedern der kurialen Reformpartei vertretene Ansicht noch nicht allgemein bekannt geworden war [1], Gregor VII. wahrscheinlicherweise deshalb, weil die besprochene Ausdehnung des Begriffs von der kurialen Reformpartei als Mittel zur Bekämpfung der Laieninvestitur benutzt worden, dasselbe aber, als der Papst seine direkten, die Investitur als solche betreffenden Vorschriften erlassen hatte [2], entbehrlich geworden war [3]. Von den weiteren, der Zeit des Investiturstreites angehörigen Synoden begründet allerdings die Viktors II. zu Benevent 1087 das Investiturverbot [4] gegen die Fürsten und Laien mit dem Hinweis auf die Simonie [5], aber die Konzilien Urbans II. halten ebenso wie die Gregors VII. an der Unterscheidung beider fest [6], und in denjenigen seiner Nachfolger am Ende des 11. und Anfang des 12. Jahrhunderts [7] wird wohl das Investiturverbot erneuert, aber das Verbot der Simonie daneben nicht wiederholt [8]. Dagegen hat Urban II. insofern auf die um die Mitte des 11. Jahrhunderts geltend gemachten Anschauungen [9] zurückgegriffen, als er den Verkauf von kirchlichen Sachen und Gütern aus Habsucht und Gewinn, namentlich aber von Kirchen und Zehnten (Altären), als Simonie bezeichnet [10], andererseits aber dabei für den Begriff derselben die Gewährung eines Entgelts in dem längst festgestellten wei-

Verkauf von ecclesiastici honores mit Absetzung des Käufers und Exk. Auch das Prov. Konz. London 1075, p. 450 bezeichnet unter Berufung auf Gregor VII. lediglich den Verkauf und Kauf der höheren Weihen und Seelsorger-Ämter als Simonie.

[1] Was dagegen die S. 164 n. 8 citirten Legaten-Konstitutionen betrifft, so liegt die Erklärung wohl darin, dass für sie kein Bedürfniss zu der immerhin bedenklichen Ausdehnung vorlag.

[2] Bd. II. S. 544 ff.

[3] Es kann kein Zufall sein, dass gerade die römischen Synoden v. 1075 u. 1078, S. 164 n. 9 neben ihren citirten Vorschriften über die Simonie die Investiturverbote als selbstständige Anordnungen hinstellen und nicht unter den Begriff der Simonie begreifen, umsoweniger, als Gregor VII. 1079 reg. VI. 34, Jaffé p. 370 bei der Erörterung über die rechtmässige Nachfolge in einem Bisthum ausdrücklich zwischen den nullo interveniente munere, videl. a manu, ab obsequio et a lingua electi vel promoti, also den simonistisch beförderten (s. auch S. 162 n. 5) und denen, qui per saecularem potestatem ad hanc dignitatem pervenerint, videl. dono (also unentgeltliche Verleihung, Investitur) vel confirmatione unterscheidet, und auf der Synode 1080, Bd. II S. 549 wohl die Investiturverbote, aber nicht die Bestimmungen über die Simonie erneuert hat.

[4] Wiederholung von Rom 1080, Bd. II S. 549 n. 3 u. S. 550 n. 1.

[5] Petr. chron. Mont. Casin. III. 70, SS. 7, 752: „cum omnes vendentes et ementes 318 patres in Nicaeno conc.... excommunicaverunt dicentes: „Qui dat et recipit, anathema sit“.

[6] So unter Urban II. Melfi 1089, M. 20, 721 (c. 1, Versuch der Erlangung der bischöflichen und anderer Dignitäten und Offizien dato vel promisso vel pretio vel servitio ea intentione impensa vel precibus und Gewährung derselben, für beide Absetzung, ebenso beim Kauf und Verkauf der Archidiakonate, Archipresbyterate, Dekanate, Präposituren von Kirchen und Kanonikaten seitens des Bischofs, andererseits c. 8, s. Bd. II S. 550 n. 7), Piacenza 1095 p. 805 (c. 1—7 Bestimmungen über die simonistisch geweihten Geistlichen, c. 108 C I qu. 1, u. c. 13, Verbot von Gebühren bei Chrisma, Taufe und Begräbniss, andererseits Investitur-Verbot, s. a. a. O. n. 3); Clermont 1095 c. 8, p. 817 (c. 6 u. 8 Verbot des Kaufes von Präbenden, Altären und kirchlichen Benefizien und der Forderung von Begräbnissgebühren, andererseits c. 15—17, s. Bd. II S. 550 n. 4); Rom 1099 c. 1 ff., p. 961 (Wiederholung von c. 1—7 u. c. 13, hier c. 12, von Piacenza, c. 17 Verbot der Erhebung von Eintrittsgeldern seitens der Äbte von den Professen u. c. 18 der Erhebung von Leistungen, Handtüchern, Teppichen u. s. w. seitens der Erzbischöfe und Bischöfe für die Konsekration von Bischöfen und die Benediktion von Äbten, daneben auch Investiturverbot, c. 17 i. f., s. Bd. II S. 550 n. 5). In Übereinstimmung hiermit erklärt Urban II. 1089, Loewenfeld, ep. romanor. pontific. p. 62: „symoniacos eos dicimus, qui vel precio vel promissione vel precibus vel servicio eius gratia intencionis impenso ordines vel honores ecclesiasticos emisse noscuntur“.

[7] S. Bd. II S. 550. 551.

[8] Eine Reminiscenz an die früheren Anschauungen, s. folgende Anm., bietet allerdings die Äusserung Paschalis' II. über die Synode v. Bari Bd. II S. 550 n. 5.

[9] S. 164.

[10] Epist. 1088—99, J. L. n. 5743, M. 20, 660 in c. 8. 12 C I qu. 3 („quisquis res ecclesiasticas propter sua lucra vendit et emit, cum eodem Symone donum dei pecunia possidere existimat“; und päpstl. Konz. Nismes 1096 M. 20, 933 c. 1, Bd. II S. 438 n. 3. Ebenso bedroht das unter Paschalis II. gehaltene Legatenkonzil v. Poitiers 1100 c. 9, M. 20, 1123 den käuflichen Erwerb von Altären und Zehnten durch Kleriker und Mönche, welches ausserdem c. 2 das Fordern von Scheeren und Handtüchern für die Ertheilung der Tonsur, c. 13 von Handtüchern und ähnlichen Sachen bei

teren Sinne[1] als wesentlich voraussetzt[2]. Dabei ist die kirchliche Gesetzgebung des 12. Jahrh. stehen geblieben[3], und nunmehr werden die entgeltliche Verleihung und Erwerbung der Weihen, der Tonsur, der Kirchen und der verschiedenen Kirchenämter, weiter die entgeltliche Spendung der Sakramente und gewisser heiliger Handlungen, sowie auch die entgeltliche Überlassung und Vertheilung bestimmter heilbringender Sachen, wie des Chrismas, endlich die Aufnahme neuer Mitglieder in die Klöster und Orden von den päpstlichen[4], Legaten-[5], allgemeinen[6] und Partikular-Synoden[7] als

der Konsekration der Bischöfe und Benediktion der Äbte bei Strafe der Exk. verbietet.

[1] S. 162 n. 5 u. S. 165 n. 3.

[2] Urban II. ep. cit. erwähnt ausdrücklich des munus a lingua, ab obsequio und a manu, ebenso sprechen Nismes und Poitiers ausdrücklich von Kaufen und Verkaufen.

[3] Insbesondere hat man die Laien-Investitur als solche nicht wieder unter die Simonie subsumirt, s. päpstl. Konz. Rheims 1119 c. 2, M. 21, 235, welches das Investiturverbot selbstständig gegenüber den Simonie-Verboten in c. 1. 4 aufstellt.

[4] Toulouse 1119 c. 1. 9, M. 21, 226 (entgeltliche Ordination oder Promotion, Absetzung der simonistisch Beförderten, Verbot des Entgelts für das h. Öl, Chrisma und Begräbniss); Rheims 1119 c. 1. 4, p. 235 (Verkauf und Kauf von episcopatus, abbatiae, decanatus, archidiaconatus, presbyteratus, praepositurae, praebendae, altaria, quaelibet ecclesiastica beneficia, promotiones, ordinationes, consecrationes, dedicationes ecclesiarum, clericalis tonsura, sedes in choro, quaelibet ecclesiastica officia, Absetzung für Käufer u. Verkäufer, event. Anathem, sowie Verbot des Entgelts für Taufe, Chrisma, h. Öl, Begräbniss, infirmorum visitatio und letzte Ölung); Clermont 1130 c. 1, p. 438 (simonistische Ordinationen und Beförderungen, namentlich zu Präbenden und honores ecclesiastici, Verlust des erlangten Offiziums und Amtes, Infamie); Rheims 1148 c. 16, p. 717 (nichts für Chrisma, h. Öl und Begräbniss); Tours 1163 c. 6, p. 1178 (c. 8 X de simon. V. 3, Geldforderung für Aufnahme der Mönche, jährlicher Verkauf der Priorate und Kaplaneien der Mönche u. Weltgeistlichen, Forderung von Bezahlung für die Übertragung der Leitung derselben, sowie für Begräbniss, Chrisma u. h. Öl), c. 5 ibid. (c. 3 X ne praelati V. 4, Bestellung von Priestern zur Leitung von Kirchen gegen jährliche Abgaben) u. c. 7 ibid. (c. 2 X eod. V. 4, Bestellung von Dekanen und Erzpriestern zur Vertretung der Bischöfe und Archidiakonen und zur Verwaltung der geistlichen Gerichtsbarkeit gegen jährliche Abgabe, Absetzung der so bestellten und gegen zuwiderhandelnde Bischöfe districtio canonica).

[5] London 1125 c. 1—3, M. 21, 330 (Verbot simonistischer Ordinationen, der Gebührenforderung für Chrisma, h. Öl, Taufe, Busse, visitatio infirmorum oder letzte Ölung, Abendmahl und Begräbniss, der Forderung von Tapeten, Handtüchern u. ähnlicher Gegenstände bei der Konsekration der Bischöfe u. Äbte, sowie der Dedikation von Kirchen, alle Anordnungen ohne Strafandrohung); London 1138 c. 1. 3. 17 (nichts für Chrisma, Öl, Taufe, Busse, visitatio infirmorum, desponsatio mulierum, letzte Ölung, Abendmahl u. Begräbniss, Ex., ferner Wiederholung von London 1125 c. 3 cit. über die Konsekration der Bischöfe u. Benediktion der Äbte, endlich Vermiethung der Schulen durch die magistri scholarum an Andere, ecclesiastica vindicta); Diokles 1199 c. 1, M. 22, 701 (Verkauf von Weihen und Benefizien durch den Bischof, Absetzung für immer für den Bischof und den Käufer).

[6] Lateran. I. 1123 c. 1, M. 21, 282 (c. 10 C. I qu. 1, entgeltliche Ordinationen und Promotionen, Verlust des erworbenen Ordos u. Amtes); Lateran. II. 1139 c. 1. 2, p. 526 (c. 15 C. I qu. 3, S. 42 n. 2, Verkauf von Präbenden, Prioraten, Dekanaten, honores, kirchlichen Beförderungen, Sakramenten, Chrisma, h. Öl, Konsekration von Altären und Kirchen, Verlust der simonistisch erworbenen Weihen und Ämter, Infamie für beide Theile und den Vermittler), c. 24 ibid. (nichts für Chrisma, h. Öl u. Begräbniss); Lateran. III. 1179 c. 7, M. 22, 221 (c. 9 X de sim. V. 3, nichts für die Inthronisation und Einsetzung von Geistlichen, für Begräbniss, für Segnung der Brautleute und für andere Sakramente), c. 10 ibid. (c. 2 X de stat. monach. III. 35, nichts für Aufnahme von Mönchen, Amtsverlust, nach c. 2 X cit. aber nur Suspension für den Abt, für den Geber Fernhaltung von den höheren Weihen, entgeltliche Verleihung der Priorate u. Obedienzen, Amtsverlust für beide Theile); c. 15 ibid. (c. 1 X ne prael. V. 4, Bestellung von Dekanen gegen Entgelt und Ausübung der bischöflichen Gerichtsbarkeit durch dieselben gegen eine Abgabe, Absetzung für den Zahlenden u. für den Bischof Verlust des Verleihungsrechtes für den Dekanat); c. 18 (c. 1 X de magistr. V. 5, nichts für die Ertheilung der licentia docendi, Absetzung).

[7] Gran 1114, M. c. 41 ff., M. 21, 107 (Verbot der Vereinbarung des Priesters über Oblationen für Messen, des Kaufes und des Verkaufes von Kirchen, sowie der Geldforderungen für Taufe und Begräbniss); London 1127 c. 1. 3, p. 355, (S. 34 n. 2, Verkauf und Kauf von Kirchen, kirchlichen Benefizien und Ehrenstellungen, Absetzung für Kleriker u. für Laien Exk. und Verlust ihres Rechtes an der Kirche oder an dem Benefizium; Geldforderung für Aufnahme von Mönchen, Kanonikern u. Nonnen); London 1175 c. 7—9, M. 22, 149 (Forderungen für Ordination, Chrisma, Taufe, letzte Ölung, Abendmahl und Dedikation von Kirchen, Anathem, ebenso für die entgeltliche Aufnahme von Mönchen, Kanonikern und Nonnen, Verlust des Patronatrechtes für entgeltliche Präsentation).

Simonie behandelt. Neu ist nur die Bedrohung einzelner Fälle derselben mit der Strafe der Infamie[1]. Ferner findet sich auch abgesehen von der näheren Spezialisirung der kirchlichen Ämter und Stellungen[2], der bei der Anstellung von Geistlichen in Frage kommenden Akte[3] und der Sakramente, heiligen Sachen und Handlungen[4], insofern eine Erweiterung des Thatbestandes, als jetzt auch den früheren Fällen die entgeltliche Ertheilung der Erlaubniss zu lehren[5] gleich behandelt, und weiter die Entrichtung von Geld oder Geldeswerth vor oder nach der Überlassung der kirchlichen Ämter oder der Vornahme der heiligen Handlungen dem Kaufe gleichgestellt wird[6].

Diese Gestalt der Entwicklung des Simonie-Verbotes bietet auch Gratian in seinem Dekrete dar, in welches er einen grossen Theil, sowohl des gemeinrechtlichen Materials seit dem allgemeinen Konzil von Chalcedon[7], wie auch des partikularrechtlichen aufgenommen hat[8]. Auch er stellt die Laien-Investitur nicht mehr mit der Simonie zusammen, behandelt dieselbe vielmehr gesondert von der letzteren[9].

Die Konzilien des 13. u. 14. Jahrh., sowohl die allgemeinen[10], wie die Legaten-[11]

[1] Clermont 1130 c. 1, S. 166 n. 4 u. Lateran. II. 1139 c. 1, S. 166 n. 7.

[2] Rheims 1119 c. 1, S. 166 n. 4; Tours 1163 c. 5. 7, s. a. a. O. u. Lateran. III. 1179 c. 15, S. 166 n. 6.

[3] Lateran. III. 1179 c. 7, S. 166 n. 6; London 1175 c. 9, S. 166 n. 7 a. E.

[4] So wird jetzt wiederholt auch einer derartigen Spendung der letzten Ölung und der Einsegnung der Brautleute s. S. 166 n. 4 ff., auch der Lesung von Messen gegen Oblationen s. Gran. 1114 c. 41 erwähnt.

[5] London 1138 c. 17, S. 166 n. 5. Lateran. III. 1179 c. 15, S. 166 n. 6. S. auch Bd. IV S. 500 n. 8.

[6] Lateran. II. 1139 c. 2, S. 166 n. 6. Ebenso wie schon unter Gregor VII. s. S. 164. 165, wird auch jetzt wieder die unentgeltliche Verleihung von Kirchen nicht als Simonie, sondern besonders unter Strafe gestellt, London 1125 c. 3, M. 21, 331 u. Lateran. II. 1139 c. 25, M. 22, 532.

[7] S. 166 n. 4.

[8] S. die in den Anmerkungen von S. 166 n. 4 ab und auch die an den hier aus Bd. II angeführten Stellen citirten Kanonen, vgl. noch c. 2. 4 (Nicäa 787) C. I qu. 7; c. 6. 99 (Gelasius I.) C. I qu. 1; c. 118 (Symmachus) C. cit. u. c. 1 (id.) C. I qu. 6; c. 2. 5. 13. 28. 114 ff. 120 (Gregor I.) C. I qu. 1; c. 10 (id.) C. I qu. 3; c. 2. 3 (id.) C. I qu. 6, c. 5 (Leo IV.) C. I qu. 7; c. 107. 109. 110 (Nicol. II.) C. I qu. 1; c. 9 (Alexander II.) C. I qu. 3; c. 106 (Chalons 813) c. 105 (Tribur 895?) C. I qu. 1, c. 9 (Basilius) c. 16 (Ambros.) c. 23 (Hieron.) C. I qu. 1; c. 11 (Beda) C. I qu. 3; c. 11. 22 (Tharasius v. Konstantinopel) C. I qu. 1; c. 1 (Humb. card. adv. simon. I. 4, M. G. libelli de lite 1, 108) C. cit.; c. 7 (Widon. ep. M. G. l. c. p. 6) C. I qu. 3, sowie c. 3. 12 C. I qu. 1 u. c. 1. 2. 3 C. I qu. 3, deren Quellen bisher nicht haben ermittelt werden können, welche aber wohl der zweiten Hälfte des 11. Jahrh. angehören.

[9] Nämlich in C. XVII qu. 7 und auch C. XII qu. 2, s. Bd. II S. 548 n. 6 u. S. 549 n. 2. 3.

[10] Lateran. IV. c. 22 (in c. 2 X de reliqn. III. 45, s. Bd. IV S. 265); c. 63, ibid. M. 22, 1051 (c. 39 X de sim. V. 3, Taxen für Konsekrationen der Bischöfe, Benediktion der Äbte und der Ordination der Kleriker, Annehmer und Geber als Simonisten zu bestrafen) c. 64 ibid. (c. 40 X eod., Aufnahmegeld für Nonnen, Mönche und Regularkanoniker, Geber und Forderer aus dem Kloster ausgeschlossen und in ein strengeres zu ewiger Busse) c. 65 ibid. (c. 41 X eod.; s. S. 38 n. 6); c. 66 ibid. (c. 42 X eod. Geistliche, welche für die Exequien und Einsegnung der Verlobten oder für Sakramentsspendung Geld fordern, Bestrafung durch die Bischöfe, andererseits aber auch Aufrechterhaltung der löblichen Gewohnheiten, d. h. in betreff freiwilliger Gaben der Gläubigen).

[11] Const. card. Gallon. 1208 c. 2, M. 22, 763 (nichts für Taufe, Begräbniss, Benediktion und Sakramente, keine Strafandrohung); Paris 1212 u. 1213 P. I c. 11, p. 822 (nichts für Jahresmessen; auch keine Verträge darüber mit Geistlichen u. Vermittlern derselben, damit nicht die Sakramente u. Sakramentalien verkauft werden, ohne Strafandrohung); c. 14 ibid. p. 833 (nicht Verkauf der Landdekanate auf Zeit oder für immer ausser den zu Tours u. im Lateran. III. festgesetzten Strafen, S. 166 n. 4 u. S. 166 n. 6, noch abiträre schwere Strafe durch die Prälaten), ibid. P. IV c. 12, p. 841 (Verbot der Simonie bei der Ordination, der Kollation der Benefizien, der Einsegnung der Nonnen, „in illicita servientium seu creditorum seu quorumcumque remuneratione in spiritualibus pro servitio temporali et in aliis variis articulis simoniae, salvis honestis et licitis consuetudinibus ecclesiarum") c. 13 ibid. (nicht Begräbniss der in der Exkommunikation Verstorbenen und Absolution derselben gegen Geld) c. 14 ibid. (nichts für die Dispensation vom Aufgebot); Mainz 1225 c. 9. 10. 11, M. 23, 6 (Präsentation der Kleriker durch die Patrone unter Ausbedingung eines Antheils an den Zehnten und sonstigen kirchlichen Einnahmen, Exk. u. Interdikt über die Besitzung des Patrones, für die präsentirten Kleriker Verlust des Amtes und Unfähigkeit ein Benefizium zu erhalten bis zur päpstlichen Dispensation, Bischöfe und Archidiakonen, welche den

und die Partikular-Synoden[1] halten sich innerhalb der bisherigen Bahnen, nur, dass einzelne abgesehen von weiteren Spezialisirungen der in Frage kommenden Hand-

so präsentirten Klerikern die Seelsorge übertragen, Suspension vom Institutions- und Verleihungsrecht für immer, Einführung des Simonieeides für die Kleriker); Lerida 1229 c. 7, M. 22, 1091 (Nichts für Konsekration von Kirchen, Benediktion und Einsetzung der Äbte, Ordination der Kleriker, für die Exequien und Jahresmessen, sowie die Einsegnung der Brautleute, sonst susp. ab officio); Beziers 1233 c. 8, p. 272 (Bischöfe, welche Geistliche nicht ohne eidliche Zusicherung, die ersteren und ihre Nachfolger nicht wegen eines zu geringen Titels belästigen zu wollen, weihen, susp. ab ordine) c. 22 ibid., p. 276 (Laien, die sich und ihr Vermögen Klöstern übergeben, um kirchliche Benefizien zu erhalten, Verlust des erlangten Benefiziums und Verlust des Besetzungsrechtes für den betreffenden Fall für den Kollator); London 1237 c. 4, p. 449 (Geistliche, welche Entgelt für Beichte und Busse, sowie die anderen Sakramente fordern, remotio a beneficio et perpetua suspensio ab officio), c. 20, p. 457 (Archidiakonen, welche sich für die Unterlassung der Visitation und der Bestrafung Geld bezahlen und um Geld zu erpressen, ungerechte Urtheile fällen, doppelter Ersatz des Erpressten zu frommen Zwecken und ausserdem poena canonica); Bremen 1266, p. 1260 (Simonie bei der Verleihung von Benefizien, beide Theile Busse, event. Exk.); London 1268 c. 2, p. 1217 (Entgelt für Chrisma, Öl und Busse, Bischöfe und Archidiakonen, die in der Bestrafung nachlässig, erstere Suspension a pontificalibus letztere ab officio); Bourges 1276 c. 3, M. 24, 170 (delegirte Richter, Exekutoren und Konservatoren, welche für die Aufhebung von Exkommunikationen, Suspensionen und Interdikten Geld oder Geldeswerth fordern oder annehmen, dem päpstlichen Legaten vorbehaltene Exk. und nur Absolution bei voller Restitution).

[1] London 1200 c. 8, M. 22, 717 (Wiederholung von Lateran. III. 1179 c. 7, S. 166 n. 6, unter Hinzufügung des Verbotes, Geld für die Erlaubniss, Gottesdienst zu halten und für die Ertheilung der Lehrbefugniss zu erheben); c. 14 ibid. p. 720 (Wiederholung v. Lateran. III. c. 14, s. a. a. O.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 13. 56, p. 1111. 1125 (Nichts für Sakramente u. Sakramentalien, namentlich Suspension des Priesters wegen Geldforderungen für Exequien, Benediktion der Verlobten, Aufgebot und Assistenz bei der Eheschliessung, ebenso auch bei solchen für Jahresmessen s. c. 15); c. 51 ibid. p. 1123 (Archidiakone, Offiziale und Dekane, welche etwas für die Verwaltung, Verzögerung oder Beschleunigung der kirchlichen Rechtspflege annehmen oder sich für ein spirituale etwas geben oder versprechen lassen, Exk. für beide Theile); schott. Konzil 1225 c. 76, p. 1244 (Verbot, die Spendung des Abendmahls von der Entrichtung von Oblationen abhängig zu machen, ohne Strafandrohung); Trier 1227 c. 5, M. 23, 30 (Nichts für Einsegnung der Brautleute und Spendung des Abendmahls, ohne Strafandrohung); Canterbury 1236 c. 8 p. 419 (nichts für Jahresmessen, sonst Suspension); Chateau Gontier 1238 c. 38 p. 496 (Verbot für den Ordinator, Präsentanten und Dritten, sich vom Weihekandidaten versprechen zu lassen, dass er den Ordinator wegen der Weihe mit nichts behellige); Tours 1239 c. 4, p. 498 (Verbot, die Spendung der Sakramente von vorherigen Geldzahlungen abhängig zu machen unter Gestattung der Forderung der gewohnheitsmässigen Gebühr nach derselben, als Strafe Verlust der letzteren und 5 solidi zu Gunsten der Kirchenfabrik); Worcester 1240 c. 17 p. 531 (Auferlegung von Busse und von Messen aus Habsucht zur Erlangung von Geld, arbiträre Strafe event. Ausweisung aus dem Bisthum und Geldstrafen); c. 25 ibid. p. 534 (Archidiakonen nichts für Vertheilung des Chrismas und der h. Öle, ebensowenig die ersteren, sowie ihre Offizialen kein Geld fordern für Nichtbestrafung von kirchlichen Verbrechen, sonst Absetzung der schuldigen Dekane und Priester, für Archidiakonen und Pfarrer schwere arbiträre Strafe durch den Bischof); c. 28. 29 ibid. p. 536 (nichts für Segnung der Verlobten, für Begräbniss, Sakramente, insbesondere Abendmahl, aber auch hier unter Wahrung der frommen Gewohnheiten der Gläubigen); Beziers 1246 c. 7, p. 699 (Wiederholung von Beziers 1233 c. 8, S. 167 n. 11); Lucca 1253 p. 822 (Gastmähler von Prälaten und Pfarrern beim Antritt für ihre Parochianen, von Regularen für die Mitglieder des Klosters beim Eintritt in dasselbe, susp. ab off. et ben., diejenigen, welche solche Leistungen hartnäckig fordern, Exk.); Trier 1310 c. 10, M. 25, 251 (dasselbe unter Erweiterung auf die Kanoniker, exc. l. s.); Valence 1262, M. 23, 1052 (Promotionen von Klerikern aus Gunst der Laien, Exk.); Mainz 1261 c. 41, p. 1098 (Wiederholung von Mainz 1225 c. 9—11, S. 167 n. 11); Clermont 1268 P. I c. 11, p. 1201 (Geld für Sakramente, insbesondere Beichte, Abendmahl, Benediktion und Begräbniss vor der Spendung, Strafe der Simonie, nach der Spendung Annahme erlaubt); Aschaffenburg 1292 c. 3, M. 24, 1083 (dasselbe, Exk. und ausserdem für Pfarrer susp. ab off. et benef., für andere Ausweisung aus dem Archidiakonat); Angers 1279 c. 2, M. 24, 508 (Geld für Ordinationszeugnisse, Kleriker der höheren Weihen susp. ab off. ipso iure, andere und Laien exc. ipso facto, s. auch c. 1 X de simon. V. 3, S. 162 n. 1); S. Pölten 1284, p. 514 (Verträge über die Bezahlung des Begräbnisses, censura ecclesiastica); Exeter 1287 c. 8 (Ausstellung von Urkunden über den Ordinationstitel unter Verabredung der Rückgabe an den Aussteller nach der Ordination, Kleriker als simoniaci susp. ab off. et benef. ipso iure, Laien exc. l. s.); Saumur 1315 c. 3, M. 25, 226 (Annahme von Geld für Beförderung von Klerikern zu Benefizien, Priester susp. ipso facto, andere exc. l. s.); vgl. weiter Leg. K. Valladolid 1322 c. 19, M. 25, 714 (sehr ausführlich in betreff der Weihen und Ämterbesetzung); Toledo 1324 c. 6, p. 733 (in betreff der Messen); Benevent 1331 c. 13, 14, p. 939 und Benevent 1378 c. 13, M. 26, 624 (Simonie bei der Verleihung,

lungen[1] mit Rücksicht auf die inzwischen nicht nur üblich, sondern auch schon theilweise zu Pflichtleistungen gewordenen Stolgebühren die Entrichtung derselben, falls die Spendung der Sakramente und Sakramentalien nicht von der vorgängigen Zahlung abhängig gemacht wird, vielmehr die letztere erst nachher erfolgt, ausdrücklich aus dem Thatbestand der Simonie ausscheiden[2], und dass weiter einzelne Partikularsynoden behufs erleichterter Unterdrückung der Simonie von den auf Präsentation zu Seelsorge-Ämtern zu befördernden Klerikern die eidliche Ablehnung jedes simonistischen Handels, den s. g. Simonie-Eid, verlangen[3].

Mit den demselben Jahrhundert angehörigen Dekretalen Gregors IX., der einzigen offiziellen Sammlung, welche einen eigenen Titel *de simonia*[4] aufweist[5], ist die Entwicklung im wesentlichen zum Abschluss gekommen. Auch sie bieten kein anderes Bild als die vorstehend angeführten Konzilien. Denn neben einigen älteren Stücken[6] geben sie ausser den citirten Kanonen des III. und IV. Lateran-Konzils[7] und der Synode von Tours[8] eine Reihe päpstlicher Dekretalen von Alexander III. an, welche abgesehen von einer gleichmässigeren Festsetzung der Strafen[9], den Thatbestand der Simonie an einzelnen Fällen genauer bestimmen, insbesondere dadurch, dass sie die verschiedenen Arten, wie die Simonie geübt werden[10] und an welchen Objekten dies geschehen kann[11], näher spezialisiren, und berühren sich vielfach mit einer Reihe von Vorschriften der o. S. 166 besprochenen Konzilien[12], ohne etwas Neues von Erheblichkeit zu bringen[13].

Was die Fleisches- oder Unzuchtsverbrechen betrifft, so wird des Ehebruches sowohl in den karolingischen Quellen[14], wie auch später in den Partikular-Konzilien[15] gedacht, und wenn dies verhältnissmässig selten geschieht, ja sogar die

Erwerb von Benefizien und Präsentation auf solche, exc. l. s.); Rouen 1335 c. 5, M. 25, 1042 (simonistische Präsentationen).

[1] S. 167 n. 11 (Paris 1212 u. 1213 P. I c. 11 u. IV c. 13. Beziers 1233 c. 8; Lerida 1229 c. 27) u. S. 168 n. 1 (Richard v. Salisbury u. 1227 c. 13. 16. 51; Chateau Gontier 1238 c. 38; Beziers 1246 c. 34; Lucca 1253, p. 822).

[2] Paris cit. P. IV c. 12, S. 167 n. 11; Tours 1239 c. 4; Worcester 1240 c. 29; Clermont 1268 P. I c. 11, S. 168 n. 1; Beziers 1310 c. 10, M. 25, 362.

[3] Mainz 1225 c. 11 u. 1261 c. 41 (S. 168 n. 1); Chateau Gontier 1231 c. 3, M. 23, 234.

[4] V. 3.

[5] Die Extravagantes communes enthalten allerdings einen 2 Kapitel umfassenden Titel de simonia V. 1. Aus lib. VI gehört hierher c. 1 (Gregor IX.) de test. II. 10.

[6] c. 1—7 h., t. s. auch S. 162 n. 1. u. 11.

[7] S. 166 n. 6 u. S. 167 n. 10.

[8] S. 166 n. 4.

[9] c. 11. 13 (Alex. III.) c. 25 (Clem. III.) c. 30 (Innoc. III.) X h. t.

[10] c. 13. 17. 18. 20 (Alex. III.) c. 23. 26. 27 (Clem. III.) c. 33—35. 37 (Innoc. III.) c. 45 (Gregor IX.) X h. t., ferner c. 4 (Alex. III.) c. 8 (Gregor IX.) X de pact. I 35; c. 7 (Alex. III.) c. 9 (Luc. III.) X de transact. I. 36; c. 5 (Urban III.) c. 6 (Clem. III.) X de rer. permut. III. 19; c. 3 (Alex. III.) X de magistr. V. 5.

[11] c. 10. 11. 15. 19. 21 (Alex. III.) c. 24 (Luc. III.) c. 25 (Clem. III.) c. 29. 36. 38 (Innoc. III.) c. 45 (Gregor IX.); c. 10 (Coelest. III.) X de transact. I. 36; c. 6. 16 (Alex. III.) X de jurepatr. III. 38, s. Bd. III, S. 81.

[12] So in Betreff der Stolgebühren, s. o. S. 167 n. 9 u. S. 166 n. 5, vgl. ferner c. 37 X cit. mit Beziers 1233 c. 8 S. 167 n. 11 u. Trier 1227 c. 5, S. 168 n. 1. Der Simonie-Eid (s. oben im Text) ist dagegen nicht von den Dekretalen recipirt.

[13] Was sich daraus erklärt, dass offenbar manche vor der Vollendung der Gregorischen Dekretalensammlung erlassenen Konzilsbestimmungen durch die in die erstere aufgenommenen, früher ergangenen Dekretalen beeinflusst sind, s. die vor. Anm.

[14] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26 (c. 17 C. XXII qu. 1), M. 13, 1001 (in Betreff der Priester und Diakonen einsd. cap. II p. 1015); Hloth. I. de exp. c. Sarac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66: Rudolf v. Bourges u. 850 c. 36. 42, M. 14, 960. 962 (hier auch Halten von Konkubinen neben der Frau nach Ancyra c. 20, Toledo 400 c. 17, Elvira c. 64. 65); Mainz 852 c. 10. 15, Bor. Kr. 2, 189. 190 (ebenso wie Rudolf v. Bourges). Rom 853 c. 37, M. 14, 1014; Worms 868 c. 44, M. 15, 877; Mainz 888 c. 19, M. 18, 69; Nantes (saec. IX.) c. 12 (c. 4 C. XXXII qu. 4) 14, M. 18, 169, vgl. auch Tribur 895 c. 45, p. 153 (c. 6 C. XXXIV qu. 1), welche sämmtlich längere durch Exkommunikation zu erzwingende (zum Theil öffentliche) Busse, bei Geistlichen zugleich Absetzung als Strafe festsetzen.

[15] Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Busse, ev. Exk.); Legatenkonzil Toulouse 1056 c. 12, p. 849 (Exk.); Szaboles 1092 c. 18, M. 20, 769 (Busse); Legatenkonzil Dioklea 1199 c. 4, M. 22, 702

allgemeine Gesetzgebung der Kirche über das Vergehen des Ehebruchs keine Bestimmungen getroffen hat, so erklärt sich dies offenbar daraus, dass, da der Ehebruch schon seit den ältesten Zeiten der Kirche als schweres Verbrechen galt, und in den älteren Partikularkonzilien mit Strafe bedroht war[1], seine Strafbarkeit kraft gemeinen Gewohnheitsrechtes längst feststand[2].

Ebenso verhält es sich auch mit der Bigamie, nur finden sich unter den nicht zahlreichen Bestimmungen, welche dieselbe betreffen[3], und von denen manche den Fall im Auge haben, dass der Mann seine Frau eigenmächtig entlässt und eine andere heirathet[4], gerade mehrere von Päpsten[5] und von römischen[6], bez. päpstlichen Konzilien[7] und von Legatensynoden[8] erlassene[9].

Auch hinsichtlich des schon seitens der älteren Kirche[10] mit Strafen bedrohten Vergehens des *stuprum*, bez. der *fornicatio*, der blossen Unzucht unverheiratheter Männer mit Jungfrauen, Wittwen und anderen unverheiratheten Deflorirten fliesst die kirchliche Gesetzgebung während dieser Periode sehr spärlich[11], und zwar befasst sich

(Ehebruch der Geistlichen, Absetzung). Öffentliche, zu wiederholende allgemeine Exkommunikation der publici oder manifesti adulteri schreiben im 13. u. 14. Jahrh. vor Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23; Arles 1234 c. 15, p. 340; Beziers 1246 c. 33, p. 699; Valence 1273, p. 1058; Arles 1275 c. 18, M. 24, 152, Nogaret 1307 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1326 c. 48, p. 796: dagegen Trier 1238 c. 35, p. 483 (öffentliche Busse, wobei die Ehebrecherin auf der Schulter einen alten Lappen und in der Hand einen Sack zu tragen hat); Leg. K. Valladolid 1322 c. 22, M. 25, 720 (öffentliches Halten einer Konkubine oder Halten einer ungläubigen Beischläferin durch verheirathete Männer, exc. l. s); Benevent 1331 und 1386 c. 57, M. 25, 966 u. M. 26, 648 (verheirathete Männer, welche Konkubinen halten und verheirathete Frauen, welche sich andern zu Konkubinen hergeben, exc. l. s.). Angers 1365 p. 30, M. 26, 444 (exc. l. s. für adulteri notorii).

[1] Bd. IV S. 699 n. 1; S. 701 n. 2, S. 702 n. 6.

[2] So weist Gratian ausser den S. 169 n. 14 citirten Stellen, s. c. 24 C. XXVII qu. 2; c. 5. 10 C. XXXII qu. 1; c. 3. 4. 5. 7. C. cit. qu. 4; c. 4. 16. 23 C. cit. qu. 5; c. 4 C. cit. qu. 6. wesentlich Stellen aus Kirchenvätern, und nur in Betreff des Ehebruchs der Geistlichen c. 29 Dist. L. u. c. 10 Dist. L XXXI Orange 441 c. 23 und Orleans III. 538 c. 7 auf, und auch tit. X de adult. V. 16 handelt in seinen wenigen Stellen nicht ex professo von der Bestrafung des Ehebruchs als solchen.

[3] Cap. Karol. 769 c. 5, Bor. 1, 45 (Geistliche, die mehrere Frauen haben, Absetzung); Compostella 1056 c. 3, M. 19, 856. 857 (Exk.), Rouen 1072 c. 18, M. 20, 39 (Heirath bei nicht sicherem Tode des abwesenden Mannes); Tours 1236 c. 8, s. S. 43 n. 5 letzter Absatz.

[4] Gottesfrieden v. Elne 1027, M. 19, 483; Rheims 1049 c. 12, p. 742; Legatenkonzilien v. Tours 1060 c. 9 und Gerona 1068 c. 4, M. 19, 928. 1071.

[5] Nicol. I. ad Bulgar. c. 51, M. 15, 419 (c. 19 C. XXIV qu. 3).

[6] v. 826 u. 853 c. 37, Bor. 1, 376 u. M. 14, 1024 (hier Verbot, neben der Frau eine Konkubine zu halten, bei Strafe der Exk.), v. 1059 c. 12, M. 19, 899 (ebenso).

[7] Rom 1063 c. 10, M. 19, 1026 (wie Rom 826, s. vor. Anm.) und Rheims 1049 (Anm. 4).

[8] S. Anm. 4.

[9] Gratian behandelt die Bigamie fast ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt der Irregularität, s. die Bd. I S. 22. 23 in den Anmerkungen angeführten Stellen und oben Anm. 5. Dasselbe gilt auch von der Dekretalensammlung Gregors IX. (vgl. I. 21), welche nicht einmal im V. Buche einen entsprechenden strafrechtlichen Titel aufweist. — Von späteren Partikularsynoden gehört hierher Ravenna 1311 c. 29, M. 25, 472 (Heirath der zweiten Frau unter Verstossung oder gar Beibehaltung der ersten, Exk. und bei Hartnäckigkeit trotz geleisteter Satisfaktion vor dem Tode, Entziehung des christlichen Begräbnisses).

[10] Bd. IV S. 699 n. 1; S. 702 n. 2; S. 709 n. 3 (Carthago 345 c. 4).

[11] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001 (fornicatio) Exk., auch in c. 17 C. XXII qu. 1; Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 (Zwangsbusse im Ergastulum für unenthaltsame Wittwen); Nantes saec. IX c. 13, M. 18. 169: „Si qua mulier non habens virum aut vir non habens uxorem fuerint fornicati, tribus annis poeniteant" (also ohne Unterschied, ob die Frau Jungfrau oder Wittwe ist). Ferner wird in dem Legatenkonzil von Gerona 1078 c. 9, M. 20, 509 die Exkommunikation gegen notorische oder unverbesserliche Konkubinarier angedroht, und dann im 13. u. 14. Jahrh., Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23; Beziers 1246 c. 33 p. 699; Cognac 1254 c. 25 p. 872; Nogaret 1303 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1326 c. 48 p. 796 die wiederholte öffentliche Exkommunikation der concubinarii, bez. publici focarii et fornicatores vorgeschrieben, von Lemans 1247 und Clermont 1268, M. 23, 749. 1002; Leg. K. Ofen 1279 c. 47, M. 24, 291 das öffentliche Halten von Konkubinen bei Strafe der interdictio ingressus ecclesiae und im Fall weiterer Hartnäckigkeit bei schwerer arbiträrer Strafe, von Angers 1365 c. 30, M. 26, 333 bei Strafe der exc. l. s., sowie von Gerona 1257 c. 10, M. 23, 910 die publica fornicatio bei Strafe der Ex-

nur die Partikulargesetzgebung mit derartigen Vorschriften. Wohl deshalb, weil das Vergehen überall kraft Gewohnheitsrechtes als strafbar galt und überall bestraft wurde, hat die allgemeine Gesetzgebung nicht weiter eingegriffen. Eine weitere Bekräftigung hat dieses Gewohnheitsrecht durch das Dekretum Gratians[1] erhalten, während die Dekretalensammlung Gregors IX. das stuprum einer Jungfrau, falls der stuprator dieselbe heirathet, straflos lässt[2].

Was speziell die *fornicatio* der Geistlichen betrifft, so ist die Zahl der Strafbestimmungen, mit denen die Gesetzgebung der karolingischen Zeit[3], sowie der päpstlichen[4] und allgemeinen Synoden[5] gegen dieselben eingeschritten ist, nicht erheblich, soweit es sich um die einmalige, gelegentliche Unzucht oder um die alle verschiedenen, auch die schwereren Fälle derselben umfassende s. g. *incontinentia* handelt[6], namentlich ist in dieser Periode die Unzucht des Priesters oder des Bischofs mit dem Tauf- oder Beichtkinde nur durch das partikuläre, nicht durch das gemeine Recht als ein besonders schweres Vergehen[7] gekennzeichnet worden[8].

Indessen ist zu beachten, dass im Zusammenhang mit den auf Durchführung des Cölibats gerichteten Bestrebungen[9] zunächst vereinzelt[10], dann aber seit dem 11. Jahrhundert[11], und vor Allem seit der Mitte desselben durch die von Rom aus

kommunikation verboten. S. auch Leg. K. Valladolid 1322 c. 22, M. 25, 720 (Halten einer ungläubigen Konkubine, exc. l. s.).

Für die *meretrices* insbesondere ordnet ein normännisches Konzil u. 950 c. 6, S. 40 n. 7, Ausweisung; Szaboles 1092 c. 34, M. 20, 777 arbiträre Strafe an.

[1] Welcher ausser c. 17 C. XXII qu. 1, s. vor. Anm., freilich wesentlich nur Stellen aus Kirchenvätern, so von Augustin c. 20. C. XXVII qu. 1, c. 5 C. XXVIII qu. 1., c. 11 C. XXXII qu. 8., c. un. C. cit. qu. 7, von Hieronymus c. 4 C. XIV qu. 6; c. 12 C. XXII qu. 4, von Isidor c. 15 C. XXXII qu. 7 über die Unerlaubtheit der fornicatio beibringt.

[2] c. 1 (Exod. XXII. 16 ff.) u. c. 2 (Gregor I. s. Bd. IV S. 817 n. 6) X de adult. et stupr. V. 16.

[3] Karlm. cap. 742 c. 6, Bor. 1, 25 (Zwangsbusse im Gefängniss und Prügel); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1015 (Priester u. Diakonen, längere Zwangsbusse); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 16, M. 14, 951 (Priester, Absetzung für immer); Worms 868 c. 11, M. 15, 871 (c. 33 Dist. L, Priester, Absetzung); Mainz 888 c. 19, M. 18, 67 (Busse).

[4] Nismes 1096 c. 12, M. 20, 936 (Absetzung).

[5] Lateran. IV. 1215, M. 21, 1003 in c. 13 X de vita et hon. cler. III. 1.

[6] So Lateran. IV. cit. (vor. Anm.). Daher ordnet dieses auch an, dass der Schuldige je nach der Schwere seines Vergehens milder oder schwerer in Gemässheit der canonicae sanctiones gestraft werden soll, indem es zugleich allerdings blos für den Fall, dass er mit der Suspension belegt worden ist und doch fortamtirt, die Strafe der Absetzung für immer festsetzt. Mit den canonicae sanctiones sind offenbar die von Gratian reproducirten Vorschriften über die fornicatio der Geistlichen, s. c. 9 (Neocaes. 314—325 c. 1) Dist. XXVIII; c. 12. 13 (can. ap. 25) Dist. LXXXI; c. 5 (inc.) Dist. LXXXII; c. 33 cit. u. c. 34 (Hraban) Dist. L und über die Haltung von Frauen und Konkubinen (s. gleich nachher) gemeint, doch hat man im 13. Jahrh. wegen blosser Fornikation gegen Geistliche nicht mehr die Absetzung verhängt, s. z. B. zu c. 6 Dist. LXXXI s. v. removeantur: „communiter autem dicitur, quod pro simplici fornicatione quis deponi non debet, cum pauci sine illo vitio inveniantur".

[7] „Grave adulterium", schottisches Konz. 1225 c. 53, M. 22, 1236.

[8] Richard v. Salisbury u. 1227 M. 22, 1109 (für Priester 15 jähr. Busse und dann immerwährende Einsperrung im Kloster); cit. schott. Konz. (Priester 12, Bischof 15 Jahr Busse, bei bekanntgewordenem Verbrechen Absetzung), freilich in Anhalt an c. 8 (Ps. Symm. J. Kalt. n. 768) c. 9. 10 C. XXX qu. 1, welche anscheinend einem Bussbuch, s. auch Schmitz, Bussbücher, Mainz 1883 S. 406, entnommen sind; anders Exeter 1287 c. 18, M. 24, 807 (clerici beneficiati, amotio a benef. ipso facto, andere susp.).

[9] Bd. I S. 148 ff.

[10] S. o. S. 53 Anm.; Worms 868 c. 9, M. 15, 871 (Absetzung); Mainz 888 c. 19, M. 18, 69, ebenso Augsburg 952 c. 1, Bd. I S. 150 n. 1 (desgleichen).

[11] Kaiserl. Syn. Pavia 1022 c. 1. 2, Bd. I S. 150 n. 8 u. Bd. III S. 564 n. 1 (Absetzung); Bourges 1031 c. 5, S. 65 n. 7 (Zurückversetzung auf die Stufe des Lektorats); Compostella 1056 c. 6, M. 19, 858 (Priester und Diakonen Trennung von ihren Frauen oder Exk.); Rouen 1072 c. 15, M. 20, 38 (Verlust des Amtes); Lillebonne 1080 c. 3, S. 62 n. 4 (desgleichen); London 1127 c. 5, M. 21, 356 (Absetzung, Pfarrpriester ausserdem Infamie).

Nur die zweite Ehe der Priester und Diakonen und die Ehe mit einer Wittwe oder verstossenen Frau bestrafen Szaboles 1092 c. 1, M. 20, 753 (s. auch const. eccles. Colom. II. 4 p. 1177) und Gran 1114 c. 54, M. 21, 110 mit Busse, event. Absetzung, da Szaboles c. 3 noch die erste Ehe gestattet, wogegen das Halten von Konkubinen nach Gran cit. c. 56 mit Absetzung bedroht wird.

geleitete kirchliche Gesetzgebung[1], welcher dann die partikuläre folgt[2], den Geistlichen der höheren Weihen, mitunter auch allen Benefiziaten[3] die Eingehung von Ehen und das Zusammenwohnen mit den Ehefrauen, sowie das Halten von Konkubinen —[4] und als solche konnten auch die ersteren rechtlich nur gelten, seitdem

[1] Legat. Konz. Toulouse 1056 c. 7, M. 19, 848 (Priester, Diakonen und clerici, qui tenuerint ecclesiasticos honores, Entziehung des Amtes und Exk.) päpstliche Synoden v. Rom 1059 c. 3, M. 19, 897 (Suspension v. Amt und Einkünften), v. Rom 1063 c. 3 p. 1025 (c. 6 Dist. XXXII, ebenso). Legatenkonzilien: Tours 1060 c. 6, M. 19, 927 (Nicht Entlassen der Frauen oder Konkubinen, Absetzung, vgl. S. 53 n. 4) Gerona 1068 c. 7, S. 53 n. 5 (Absetzung, bei Hartnäckigkeit Strafe des Incests), Mailänder Konstit. 1067, M. 19, 947 (Verlust des officium u. beneficium), Gerona 1078 c. 1, M. 20, 518 (Absetzung bis zu geleisteter Genugthuung), päpstliche Synoden v. Melfi 1089 c. 2, M. 10, 723 (c. 10 Dist. XXXII, Absetzung), v. Rom 1099 c. 13, M. 20, 963 (desgleichen), v. Troyes 1107 c. 4 p. 1223 (ebenso für sacerdotes uxorati u. concubinarii, bei Hartnäckigkeit auch Exk.) u. v. Rheims 1119 c. 5, Bd. I S. 155 n. 4 (Verbot des Amtes auch für Subdiakonen); allgemeines Konzil Lateran. I. 1123 c. 21, c. 8 Dist. XXVII, Bd. I S. 155 n. 5 (Lösung der Ehen u. Busse), päpstliche Syn. v. Clermont 1130 c. 4, M. 21, 438. 458 (vgl. Bd. III S. 525 n. 3 u. o. S. 62 n. 5, Verlust des Amtes), Legatenkonz. London 1125 c. 13, M. 21, 332 (Absetzung) u. Rouen 1128 c. 1 p. 375 (Priester Verlust des Amtes); allgemeine Konzilien Lateran. II. 1139 c. 6, M. 21, 527, c. 2 Dist. XXVIII (Verlust des Amtes) u. Lateran. III. 1179 c. 11, M. 22, 224 in pars decisa v. c. 4 X de exc. prael. V. 31 (desgleichen); Leg. Konzilien: London 1138 c. 8, M. 21, 512 (desgleichen) York 1195 c. 12, M. 22, 656 (Infamie für Priester, bei Hartnäckigkeit Suspension ab officio et beneficio), Dioklea 1199 c. 2, p. 701 (Verlust des Amtes), Pariser Legatenkonst. 1208 c. 1, p. 765 (Kleriker, die focariae trotz an sie gerichteter Ermahnung halten, Exk.); Paris 1212 P. I c. 4, p. 820 (Exk., beneficiati ausserdem suspensio ab officio et beneficio); Mainz 1225 c. 2, M. 23, 3 (Verlust des Amtes, wie auch Anathem); Minden 1230 c. 12, p. 212 (Kanoniker und Chorvikare, Suspension von der Präbende, vom officium und interdictio ingressus ecclesiae); London 1237 c. 15. 16. p. 455 (clerici uxorati ipso iure a beneficiis remoti, concubinarii suspensio ab officio et beneficio und bei Nichtbeachtung derselben Verlust des Amtes ipso iure); Utrechter Legat. Konst. 1247 o. 1248 p. 764 (Kleriker, welche ihre Konkubinen nicht entlassen, Suspension ab o. et b. ipso iure, bei Hartnäckigkeit Exk. und Verlust der Ämter, bei weiterer Weigerung Vermögenskonfiskation); Bremen 1266 p. 1157 (Kleriker Verlust des Amtes ipso iure, solche der höheren Weihen, welche mit der Konkubine de facto eine Ehe schliessen, Absetzung für immer); London 1268 c. 8 p. 1223 (Kleriker Suspension ab o. et b., bei Fortamtiren Verlust der Ämter ipso iure); Leg. K. Würzburg 1287 c. 3, M. 24, 841 (privatio benef. ipso facto).

[2] Lillebonne 1080 c. 3, S. 62 n. 4; London 1108 c. 5. 10 (Absetzung, Infamie und Konfiskation des beweglichen Vermögens, S. 42 n. 3). London 1200 c. 10, M. 22, 718 (Geistliche der höheren Weihen, Verlust des Amtes); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 6 p. 1108 (Priester, dieselbe Strafe); Oxford 1222 c. 35 p. 1161 (desgleichen für clerici beneficiati et in ordinibus sacris); schott. Konz. 1125 c. 62, p. 1241 (Priester, Verlust des Amtes); Worcester 1240 c. 34, p. 537 Verweisung auf London 1237 c. 15. 16 cit. (vor. Anm.); Lemans 1247 P. III p. 755 (Exk.); Lucca 1253 p. 824 (clerici in sacris et beneficiati susp. ab off. et ben., bei Weiteramtiren Verlust des Amtes ipso iure); Durham 1255 p. 898 (susp. ab off.); Lerida Ende des 13. Jahrh. p. 936 (clerici in sacris und beneficiati, Susp., beim Fortamtiren depositio in perpetuum); Norwich 1257, p. 967 (ebenso).

[3] S. die vor. Anm., seltener den Klerikern schlechthin, s. aber Salisbury 1256 p. 907 (susp. ab off. et benef.); Köln 1260 c. 1, p. 1013 (Busse im carcer canonicalis); Valence 1268, p. 1056 (Geldstrafe von 30 Morabetini ipso facto); Mainz 1261 c. 39 p. 1095 (susp. ab off. et ben. eventuell Anathem); Wien 1267 c. 3. p. 1171 (Verlust des Amtes).

[4] Für alle Kleriker stellen das Verbot des Konkubinenhaltens auf Pavia 1022 cit. c. 1. 2, S. 171 n. 11; Pariser Leg. Konst. 1208 c. 1 cit., o. Anm. 1; London 1237 c. 15. 16 cit. (s. a. a. O.); schott. Konz. 1225 c. 18, M. 22, 1227 (susp. ab off. et ben. ipso facto, bei Fortamtiren privatio benef. ipso iure); die in der citirten Anm. a. E. angeführten, eine Anzahl der in den beiden vorhergehenden Anmerkungen angeführten Stellen; Leg. K. Würzburg 1287 c. 5, M. 24, 852 (privatio benef. ipso iure); Pennafiel 1302 c. 2 M. 25, 101 (subtractio fructuum ad tempus, eventuell spoliatio beneficii, non beneficiati in sacris susp. ab off., eventuell schwerere arbiträre Strafe); Leg. K. Valladolid 1322 c. 7 p. 700 (sehr ausführlich, sich von der Geldstrafe an steigernde Strafen); Benevent 1331 c. 56, M. 25, 965 (für verschiedene Stellungen und Weihestufen Geldstrafen von 4 bis zu einer Unze); Benevent 1378 c. 55, M. 26, 647 (ebenso); blos für clerici in sacris und beneficiati Oxford 1222 c. 35, Lucca 1253, Lerida Ende des 13. Jahrh., s. Anm. 2; Leg. K. Ofen 1279 c. 12, M. 24, 278 (exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 2, p. 347 (ebenso); Bourges 1286 c. 7, p. 638 (privatio beneficii); Exeter 1287 c. 18, p. 807 (susp. ab off. et ben. ipso iure, eventuell Exkommunikation und beim Fortamtiren privatio beneficii für immer); Grado 1296 c. 15, p. 1168 (exc. ipso facto, eventuell privatio beneficii); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (amissio fructuum beneficiorum, eventuell privatio beneficiorum, wiederholt Rouen 1313 c. 2, M. 25, 526); Leg. K. Pressburg 1309 c. 5 M. 25, 219 (Verlust des vierten Theiles der Einkünfte der Benefizien unter Beseitigung der durch Ofen

die Ehen der erwähnten Geistlichen für nichtig erklärt worden waren[1] — in zahlreichen Anordnungen untersagt, und mit diesen Strafbestimmungen zugleich die am häufigsten vorkommende Art der Fornikation derselben getroffen worden ist, sowie dass diesen Vorschriften noch die besonderen Strafandrohungen gegen die Frauen und Konkubinen der Geistlichen ergänzend zur Seite treten, welche sowohl einzelne päpstliche[2] wie auch Partikularsynoden[3] erlassen haben.

Was die beiden für die Entwicklung des gemeinen Rechts hauptsächlich in Frage kommenden Rechtssammlungen betrifft, so giebt Gratian die Anordnungen der citirten Lateran-Konzilien wieder[4], die Sammlung Gregors IX. weist dagegen nur Dekretalen Alexanders III.[5] und Innocenz III.[6] auf, in denen gegen alle Kleriker, wenn sie auf wiederholte Mahnung ihre Konkubinen nicht entlassen, als Strafe die Entziehung des Amtes einschliesslich des Einkommens unter gleichzeitiger Suspension vom Ordo festgesetzt[7], und auch die Exkommunikation als Mittel, um die Lösung der faktischen Ehen der Geistlichen der höheren Weihen[8] und die Übernahme der Busse seitens derselben herbeizuführen, vorgeschrieben wird[9].

Weiter gehört in diesen Zusammenhang die Eheschliessung durch Mönche und Nonnen[10], sowie die Fornikation derselben[11], welche freilich, da es sich

1279 cit. vorgeschriebenen Exk.); Bergamo 1311 c. 6, p. 483 (privatio beneficii in perpetuum, Nichtbeneficiaten Geldstrafe und Verlust des Schutzes der Kirche). Vgl. weiter noch Aquileja 1339 p. 1118; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 226.

[1] Bd. I. S. 155. 156. Daher sagt auch Dioklea 1199 c. 2 cit., S. 172 n. 1 mit Recht: „adulteras potius quam uxores".

[2] Rom 1049 c. 1051 und Melfi 1089 c. 12 (s. S. 49 n. 6, Verknechtung). S. auch c. 30 (Toledo IV 655) Dist. LXXXI (Verkauf in die Sklaverei).

[3] Augsburg 952 c. 4, S. 36 n. 6 u. S. 43 n. 5 (Prügel und Abscheeren des Haares); London 1108 c. 10, S. 49 n. 7 (Verknechtung und Überlieferung des Vermögens an den Bischof); London 1127 c. 7, S. 40 n. 8 u. S. 49 n. 7. (Ausweisung und bei Nichtbesserung Verknechtung); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 8 M. 22, 1108 (bei Verweigerung der Busse interdictio des osculum pacis und des panis benedictus, S. 15 n. 8, dann Exkommunikation, wiederholt Canterbury 1236 c. 4, M. 23, 418); Oxford 1222 c. 35 u. schott. Konz. 1225 c. 81, S. 14 n. 6 (Suspension von den kirchlichen Mitgliedsrechten); Rouen 1231 c. 11, M. 23, 215 (öffentliches Scheeren in der Kirche und bei Weigerung der Busse Exk.); Worcester 1240 c. 34 p. 537 (Ausschliessung von panis benedictus, aqua benedicta u. osculum pacis); Durham 1255, p. 898 (Exk. u. Ausschl. v. kirchlichen Begräbnisse); Salisbury 1256 p. 908 (Exk. ipso facto), Lerida Ende saec. XIII p. 936 (Exk. u. sepultura asinorum); Köln 1260 c. 1 p. 1013 (Verweisung aus dem kirchlichen Immunitätsbezirk durch Anwendung der Exk. in ihre Pfarreien zur Busse); London 1262 c. 8, p. 1224 (Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten); Köln u. 1280 c. 2, M. 24, 347 (Exk. u. öffentliche Verkündung derselben).

[4] S. 172 n. 1 (ausserdem Fragmente von Alexander II. 1061—73, J. L. n. 4477. 4612 in c. 16—18 Dist. LXXXI, Strafe der Absetzung, s. aber auch S. 62 n. 4) und ebenso in Betreff der Konkubinen Melfi 1089 cit. (s. Anm. 2). Vgl. endlich noch c. 19 (Ps. Is.) Dist. LXXXI u. c. 4 (Carthago 401) Dist. LXXXIV (Fortsetzung der vor der Weihe geschlossenen Ehe durch Priester und Diakonen nach ihrer Ordination, Absetzung).

[5] c. 4. 6 X de cohab. clericor. III. 2; c. 1. 2 X de cler. coniug. III. 3.

[6] c. 5 X l. c. III. 3.

[7] c. 6 cit. Für die Geistlichen der höheren Weihen ordnet c. 4 cit. zunächst nach erfolgter fruchtloser Mahnung susp. a b. und bei weiterer Hartnäckigkeit Verlust des Amtes für immer (s. S. 63 n. 5) an.

[8] Wegen derjenigen der niederen Weihen, denen die Ehe nicht verboten war, denen daher nur das Halten von Konkubinen untersagt werden konnte, s. Bd. I. S. 156.

[9] c. 1 X cit. III. 3, ja Clem. un. de consang. IV. tit. un. hat die Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen mit der excomm. lat. sent. bedroht, ohne aber damit die Auferlegung anderer Strafen ausschliessen zu wollen.

[10] Rom 743 c. 5, M. 12, 383 (Anathem für denjenigen, der eine Nonne heirathet); Karol. II. in Vern. pal. 844 c. 45, LL. 1, 384 (Zwangsbusse, event. Exk. für Mönche und diejenigen, welche Nonnen heirathen); Rom 853 c. 32, M. 14, 1013 (ebenso für Mönche und Nonnen, s. auch c. 36 ibid.); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 (lebenslängliche Zwangsbusse für Nonnen in ergastulo, für die Männer Busse); Tribur 895 c. 23, M. 18, 144 (c. 17 C. XXVII qu. 1; Heirath der Nonnen; Zwangsbusse); Troslé 909 c. 8, S. 40 n. 4 (ewiges Exil für diejenigen, welche eine Nonne heirathen; päpstliches Konzil Pisa 1135 (Busse für heirathende Mönche und Nonnen); all g. Lateran-Konz. II. 1139 c. 7. 8, M. 21, 527 (c. 40 C. XXVII qu. 1 dasselbe) und ebenso päpst. Syn. Rheims 1148 c. 7, M. 21, 715); Odo v. Toul 1192 c. 6. M. 22, 649 (öffentliche Exk. für heirathende Mönche, ihre Frauen und Familien), endlich Clem. un. cit. (s. vor. Anm.) ipso facto Exk. für heirathende Mönche und Nonnen und diejenigen, welche mit letzteren eine Ehe schliessen.

[11] Karlm. cap. 742 c. 6 (Busse im Gefängniss und Haarscheeren für unkeusche Nonnen (S. 43

hierbei nicht, wie bei dem Cölibat der Geistlichen, erst um die Durchführung früher niemals zu allgemeiner Geltung gekommenen Normen, sondern um längst feststehende, in praktischer Wirksamkeit befindliche Strafverbote handelte[1], durch die kirchliche Gesetzgebung dieser Periode keine so eingehende Berücksichtigung gefunden hat.

Anders verhält es sich mit dem Incest[2], d. h. der Heirath zwischen solchen

n. 5); Pippin. 754/55 c. 2, Bor. 1, 31 (Geistliche, welche mit Nonnen Unzucht treiben, Absetzung, niedere Prügel und Gefängniss), vgl. ferner noch Friaul 796 c. 11 (S. 16 n. 11); Toucy 860 c. 2 cit. (vor. Anm., für Fornikation der Nonnen die schon erwähnte Strafe); Worms 868 c. 20, M. 15, 873 (Nonne Busse). — Karol. II. in Verno pal. 844 c. 5 cit. (stupratores sanctimonialium öffentliche Busse, event. Exk.); Hloth. I. de exp. c. Sarac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (ebenso); Mainz (Leg. Konz.) 1225 c. 13, M. 23, 6. 7 (unzüchtige Anträge an Nonnen, Kleriker susp. ab off., Laien Ausschliessung v. Abendmahl, für fleischlichen Verkehr Exk. ipso facto und für die Nonnen Unfähigkeit, Klosterämter zu erhalten und Verbleiben auf dem letzten Platz im Kloster und Chor, im wesentlichen wiederholt Köln 1310 c. 9, M. 25, 239); Narbonne 1260 c. 1, M. 23, 1029 (öffentl. Exk. der corruptores sanctimonialium); Lambeth 1281 c. 17, M. 24, 416 (Geistliche und Laien, exc. ipso facto).

[1] S. die Citate Bd. IV S. 699 n. 1 u. S. 708 n. 2 unter Nr. 2; ferner C. XXVII qu. 1, wo sich ausser einzelnen der a. a. O. citirten Stellen noch andere z. B. c. 6 (Trull. 692) c. 30 (Nov. Justin), namentlich auch ältere päpstliche Dekretalen c. 11. 14. 28 finden; c. 3 (l. 5. C. Just. I. 3) C. XXXVI qu. 3.

Schon in früherer Zeit, s. c. 14. 17 C. XXVII cit. qu. 1, ebenso auch noch in späterer, Mainz 1225 cit. (vor. Anm.) ist das Vergehen als *sacrilegium* und *incestus* bezeichnet worden.

[2] Rom 721 c. 4—9, M. 12, 263 (Heirath mit der commater spiritualis, Mutter des Täuflings, oder des Vaters desselben mit der Pathin und nahen Verwandten und Verschwägerten, Anathem); wiederholt Rom 743 c. 5. 6, p. 383; Pippin. cap. 754 o. 755 c. 2, Bor. 1, 31 (Ehe von Geistlichen mit der commater oder der Pathin, sowie mit nahen Verwandten, Absetzung, bei niederen Prügel und carcer, vgl. auch S. 40 n. 10; Compend. 757 c. 17. 18, Bor. 1, 39 (incestuoser Ehebruch mit der Tochter oder Schwester der Frau, Busse); Vermer. 758 c. 3, Bor. 1, 40 (Priester, Ehe mit der Nichte, Absetzung), Friaul 796 c. 8, M. 13, 848 (Ehe mit nahen Verwandten, lebenslängliche Busse); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1013 (Ehe mit Schwager, Exk. bis zum Tode, Mann Busse); cap. missor. gen. 802 c. 33, Bor. 1, 97 (incestuose Fornikation, Zwangsbusse); Haito v. Basel 807—823 c. 21, Bor. 1, 365 (Ehen zwischen nahen Verwandten, Verschwägerten, mit den Eltern des Täuflings und den Taufkindern, Busse); s. g. cap. exc. c. 8, B. 1, 174 (incestuosi Zwangsbusse, ev. Exk., vielleicht entnommen aus Mainz 847 c. 28, Bor. Kr. 2, 183), Hloth. I. de exp. c. Sarac. c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (ebenso); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 41, M. 14, 962 (Ehen mit Schwager oder Schwägerin, Busse); Mainz 847 c. 29, Bor. Kr. 2, 183 (Ehen und Fornikation mit nahen Verwandten und Verschwägerten, magna districtio, d. h. Zwangsbusse); Mainz 852 c. 10, Bor. Kr. 2, 189 (Incest, Busse); Toucy 860 c. 4, M. 15, 559 (qui stupra inaudita — das kann nur Incest bedeuten — committunt, Zwangsbusse, ev. Exk.); Worms 868 c. 33. 34. 36. 63, M. 15, 875. 876. 879 (Fornikation mit nahen Verschwägerten, mit der commater, Busse); Tribur 895 c. 43 ff., M. 18, 153 (Fornikation mit nahen Verschwägerten, Busse); Troslé 909 c. 8, p. 288 (Heirath naher Verwandten, immerwährendes Exil); Bourges 1031 c. 17. 18, M. 19, 505 (allgemeines Verbot der Ehen zwischen Verwandten bis zum 7. Grad und Verschwägerten ohne Strafandrohung); Gottesfrieden v. Elne u. 1027, p. 483 (incestuose Ehen bis zum 6. Grad, Exk.); päpstl. Konz. Rheims 1049 c. 11, p. 742 („ne quis incestuosae coniunctioni se copularet"); Coyaca 1050 c. 4, p. 788 (incestuosi, Busse, event. Exk.); Compostella 1056 c. 3, M. 19, 856 (Ehe mit der Frau des Bruders, Exk.) c. 6 p. 858 (mit Verwandten, Busse, ev. Exk.); Leg. Konz. v. Toulouse 1056 c. 12, p. 849 (Exk. der incestuosi); päpstl. Konz. Rom 1059 c. 11 p. 898 (Verbot der Ehen bis zum 7. Grade der Verwandtschaft, ohne Strafandrohung, wiederholt Rom 1063 c. 9, p. 1026, s. c. 17 C. XXXV qu. 2 u. 3); Leg. Konz. Tours 1060 c. 9, p. 928 (Ehen mit Verwandten oder von Verwandten ausserehelich oder ehelich fleischlich erkannten Frauen, Busse, event. Exk.); Leg. Konz. Gerona 1068 c. 3, p. 1071 (incestuosi Exk.); London 1075, M. 20, 452 (blosses Verbot ohne Strafandrohung); Lillebonne 1080 c. 2, p. 560 (gegen incestuose Ehen canonica iustitia); päpstl. Konz. Troja 1093 c. 1, S. 41 n. 14 (gegen solche Infamie und Exk.); päpst. Konz. Nismes 1096 c. 10, M. 20, 936 (Exk.); London 1102 c. 24, p. 1152 (Verbot bis zum 7. Grad, ohne Strafandrohung, aber die Verletzung als crimen bezeichnet); allgem. Later. Konz. I. 1123 c. 5, M. 21, 283 (Infamie für Kinder aus incestuosen Ehen); Leg. Konz. London 1125 (Verbot für Verwandte und Verschwägerte bis zum 7. Grad, ohne Strafandrohung); Nantes 1127, p. 353 (für incestuose Ehen Exk.); päpstl. Synoden v. Clermont 1130 c. 12 p. 440, v. Rheims 1131 c. 16 p. 461 und allg. Later. Konz. II. 1139 c. 17, p. 530 (Wiederholung von Lateran. I. cit.); Leg. Konz. Dioklea 1199, M. 22, 703 c. 6 (Verbot bis zum 4. Grad, Exk.). In Spezialfällen ist im 12. Jahrh. auch Exk., event. Vermögenskonfiskation für incestuosen Geschlechtsverkehr Rheims 1157 c. 1, S. 39 n. 5, und das interdictum ambulatorium S. 31 n. 3 angedroht worden. Wiederholte öffentliche Exkommunikation der incestuosi ordnen an das L. K. Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23 (wiederholt Beziers 1246 c. 33, p. 699); Lerida 1229 c. 4, M. 22, 1091; Lerida Ende saec. XIII M. 23, 937, und die Clem. un. cit. de consang.

Verwandten oder Verschwägerten, ferner zwischen denjenigen durch die Taufe oder Firmelung in s. g. geistliche Verwandtschaft getretenen Personen, zwischen welchen die Kirche die Ehe ausschloss, und dem ausserehelichen Geschlechtsverkehr zwischen allen diesen, da gerade in der fraglichen Zeit die Kirche sich nicht nur bemüht, die hier in Betracht kommenden Eheverbote bei den germanischen Völkern, namentlich bei den Franken zur Durchführung zu bringen, sondern dieselben auch bis zum 13. Jahrhundert immer weiter auszudehnen sucht[1] und sich dazu ihres strafrechtlichen Apparates bedient. Sowohl Gratian, wie die Dekretalensammlungen behandeln den Ausschluss der Ehen unter den nahen Verwandten und Verschwägerten hauptsächlich vom eherechtlichen Gesichtspunkt aus, und daraus erklärt es sich, dass die strafrechtliche Seite bei ihnen wesentlich zurücktritt[2].

Die Entführung von Jungfrauen, Wittwen und Frauen (*raptus*) ist zwar in der karolingischen Zeit noch wiederholt von der kirchlichen Gesetzgebung[3], später aber blos sehr vereinzelt durch die Partikularsynoden[4] mit Strafen bedroht worden, während die allgemeine Gesetzgebung der Kirche sich mit diesem Vergehen wohl deshalb so gut wie gar nicht[5] befasst hat, weil das Dekretum Gratians darüber ein ausreichendes Material bot[6].

Noch viel dürftiger hat die kirchliche Gesetzgebung der früheren Zeit das Ver-

IV. tit. un. belegt die wissentliche Schliessung von Ehen in den verbotenen Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgraden mit der exc. ipso facto (s. dazu noch S. 173 n. 9).

[1] Vgl. darüber vorläufig Freisen, Gesch. d. canon. Eherechts. Tübingen 1888 S. 371 ff. 439 ff. 507 ff. 555 ff., da hier auf die nähere Entwicklung der Eheverbote und ihre Einschränkung seit Innocenz III. nicht näher eingegangen werden kann.

[2] Gratian giebt c. 8—10 C. XXXIV qu. 1 u. 2 Auszüge aus Tribur 895 bez. cap. Compend. 757 und in der C. XXXV, wo das Eheverbot ausführlich behandelt wird, strafrechtliche Vorschriften aus Pseudoisidor qu. 2. 3 c. 2, aus Tribur cit. c. 6, aus älteren spanischen Konzilien c. 8. 9 und qu. 8 c. 3, aus Ben. Levita (über die die geistliche Verwandschaft betreffenden Verbote s. C. XXX qu. 1—qu. 4), und in den hierher gehörigen Titeln X Buch IV cit. 11—14 wird nur gelegentlich der den incestuosi aufzuerlegenden Busse s. IV. 13 c. 2. 3. 4 und der ecclesiastica districtio IV. 14 c. 5 gedacht. Über die Clementinen vgl. a. Ende der vorvor. Anm.

[3] Rom 721 c. 11, M. 12, 264 (c. 5 C. XXXVI qu. 2 Entführung einer Jungfrau, Anathem), Rom 743 c. 7, p. 383 (ebenso); Cap. eccles. 818. 819 c. 23, Bor. 1, 278 (c. 4 C. XXXVI qu. 2, vgl. auch c. 33 C. XXVII qu. 2, für dasselbe Vergehen unter Berufung auf Chalc. 451 c. 27 = c. 1 L. XXXVI qu. 2, für Kleriker Absetzung, Laien Anathem) c. 24 (c. 34 C. XXVII qu. 2 Raub verlobter Jungfrauen, öffentliche Busse für den raptor und die zustimmende rapta, bei nachheriger Ehe, Anathem) c. 25 (von Nonnen, lebenslängliche Busse und erst beim Tode Abendmahl); Karol. II. in Vern. pal. 844 c. 6 (Raub verlobter Jungfrauen Exk., event. weltliche Strafe); Meaux-Epernay 846 c. 67 M. 14, 855; LL. 1, 392 (Raub v. Nonnen, öffentliche Busse, Nonne Busse an angemessenem Ort, event. Exk.), c. 68 (c. 4 X de purg. can. V. 34, Raub v. verlobten Jungfrauen Busse, event. Anathem, Geistlicher, der Mithelfer, Absetzung), Pavia 850 c. 10, Bor. Kr. 2, 119 (Raub v. Jungfrauen, auch verlobten und Wittwen, Anathem, der mithelfende Geistliche Absetzung); Pistes 862 c. 4 LL. 1, 482 (in Betreff des raptus feminarum auf die früheren Vorschriften verwiesen); Rom 871/878 c. 6, Maassen, römische Synode aus d. Zeit v. 871 bis 878 S. 13, u. Ravenna 877 c. 6, M. 17, 338 (Raub v. Nonnen u. Frauen, kleiner Bann, event. Anathem, S. 16 n. 11); Troslé 905 c. 8, M. 18, 286 (Wiederholung der älteren Kanonen, wie Chalcedon, und der Kapitularien).

[4] Leg. Konz. Tours 1060 c. 9, M. 19, 928 (Raub der Ehefrau eines anderen, Exk.); Gran 1114 c. 53 (Raub der Braut eines anderen, Busse und compositio, ev. Verknechtung); Lerida 1229 c. 12, M. 22, 1092 (Raub v. Frauen durch Geistliche, Degradation); Breslau 1248 §. 8, de Montbach, stat. syn. Wratislav. p. 309 (Verbot für Geistliche und Laien, den Ehekonsens der entführten Jungfrau oder Frau entgegenzunehmen, schwere arbiträre Strafe).

[5] Aus den Dekretalen Gregors IX. kommen nur in Betracht c. 4 X cit. V. 34, s. Anm. 3, ferner die blos den raptus als Ehehinderniss betreffenden c. 6 (Luc. III. 1159/1181, J. L. n. 13855) de raptor. V. 16 und c. 7 (Innoc. III. Potth. n. 1066) ibid.

[6] Vgl. ausser den Anm. 3 citirten Stellen noch c. 47 (Johann VIII. 873/82) C. XXVII qu. 2; ferner C. XXXVI qu. 1 und namentlich qu. 2.

brechen der Nothzucht[1] und der Kuppelei[2] behandelt, denn über beide finden sich nur wenige partikularrechtliche Anordnungen[3].

Was endlich die widernatürliche Unzucht betrifft, so bietet auch die kirchliche Gesetzgebung[4] in dieser Beziehung kein reichhaltiges Material, indessen ist eine Art derselben durch das gemeine Recht[5] unter Strafe gestellt worden.

Hinsichtlich des letzten der drei alten schweren Verbrechen. der Tödtung, weisen in dieser Periode zunächst die karolingischen Quellen eingehende Bestimmungen auf[6].

[1] Compend. 757 c. 13, Bor. 1, 38 (c. 32 C. XXVII qu. 2) spricht für oppressio sponsae filii durch den Vater Trennung der Ehe mit dem Sohne und ein Verbot an den Vater, die Braut, sowie an diese, überhaupt zu heirathen, aus); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 (vim inferre sacratis deo viduis et virginibus et viduis, Zwangsbusse); Enham 1009 c. 28, M. 19, 310 (Nothzucht an Nonnen und Wittwen, Vermögenskonfiskation); Szaboles 1092 c. 32, M. 70, 775 (vim inferre virgini vel mulieri eunti de villa in villam, Busse, wie bei Tödtung); Cicester 1246, M. 23, 714 (öffentliche wiederholte Exk. der pudicitiae raptores). Gratian bietet ausser dem schon cit. Kanon nur einige, nicht die strafrechtliche Seite behandelnde Stellen aus Kirchenvätern, s. c. 4. 6—9. C. XXXII qu. 5.

[2] Pavia 850 c. 9, Bor. Kr. 2, 119 (Eltern, die ihre Töchter verkuppeln, Zwangsbusse); Toucy 860 c. 2, M. 15, 559 („ut quaedam viduae incontinentes filias suas lascivis iuvenibus in concubinas substituerint", Busse in ergastulo); London 1268 c. 8, M. 23, 1224 (Aufnahme von Klerikern in das eigene Haus, um ihnen Gelegenheit zur Unzucht zu gewähren oder wissentliche Gestattung derselben, oder wissentliche Vermiethung oder Überlassung der Häuser an Konkubinen der Geistlichen, Kleriker susp. ipso iure ab ingressu ecclesiae, Laien arbiträre Strafe). Leg. L. Ofen 1279 c. 48, M. 24, 292 (Duldung von meretrices, publici adulteri, adulterae, incestuosi, incestuosae auf den Besitzungen und in den Häusern von Weltlichen und Geistlichen, sowie von geistlichen Korporationen und Instituten oder Vermiethung, Überlassung und Verkauf von Häusern an dieselben, Ausschluss ab ingressu ecclesiae et a perceptione sacramentorum bis zur Entfernung und zur Überweisung des erhaltenen Entgelts für fromme Zwecke). Als Kuppelei im weiteren Sinne betrachtet Pavia 850 c. 9 cit. die mit Zwangsbusse bedrohte Verhinderung der Ehen der Töchter durch die Eltern und die dadurch veranlasste Unzucht der ersteren. Gratian hat keine der älteren, hierher gehörigen Kanonen, wie Elvira 306 c. 12, Bd. IV, S. 699, noch der vorhin citirten in sein Dekret aufgenommen und handelt von der Kuppelei nur gelegentlich des Ehebruchs im dict. zu c. 10 C. XXXII qu. 1.

[3] Für die Nothzucht erklärt sich dies wohl daraus, dass später das weltliche Recht dieselbe fast überall mit dem Tode bestrafte, s. unten §. 281.

[4] Karol. M. admon. gen. 789 c. 49 (Hinweisung auf das die Bestialität mit schwerer Busse belegende c. 16 Ancyra 314, Bd. IV. S. 702 n. 2 v. S. 701 u. S. 719 n. 4, unter Ausdehnung auf widernatürliche Unzucht zwischen Männern); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1014. 1015 (ebenso unter Bezugnahme v. Ancyra); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 43, M. 14, 962 (wesentliche Wiederholung v. Theodulf); päpstliche Synode Rheims 1049 i. f. M. 19, 742 („Pari modo d. h. excommunicatione damnavit — Leo IX. — et Sodomitas"; vgl. dazu über die Verbreitung der Sodomie innerhalb der Geistlichkeit Italiens Dresdener, Kultur- u. Sittengesch. d. italien. Geistlichkeit. Breslau 1890. S. 323 ff.); Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Bestialität, Busse, event. Exk.); London 1102 c. 28, M. 20, 1152. (Sodomie, Exk., Geistliche zum Aufsteigen unfähig und Absetzung, Laien Verlust der weltlichen Würden). Die Legatenkonzilien Paris 1212 o. 1213 P. IV c. 20. 21, M. 22, 843 u. Rouen 1214 P. IV. 21. 22, V. 920 verweisen im wesentlichen auf Lateran. III., s. die folgende Anm.

[5] Allg. Konz. Lateran. III. 1179 c. 11, M. 22, 224 in c. 4 X de exc. prael. V. 31 (für incontinentia contra naturam Geistliche Absetzung und Ausstossung aus dem Klerus oder Einsperrung zur Busse in ein Kloster, Laien Exk.). Gratian hat nur wenige Stellen aus Augustin und Ambrosius c. 11—14 C. XXXII qu. 7 in sein Dekret aufgenommen, nicht dagegen Ancyra c. 16 cit. und Tolet. XVI. c. 3 (Bd. IV. S. 830 n. 9).

[6] Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 13, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1) u. cap. II, p. 1022 unterscheidet nach Ancyra 314 c. 22. 23 (c. 42 Dist. L) zwischen dem homicidium *voluntarium*, der vorsätzlichen Tödtung oder der per insidias und derjenigen, welche Jemand *casu, non volens* begangen, d. h. der fahrlässigen Tödtung, für welche eine geringere Busse festgesetzt wird; Mainz 847 c. 32. 23 Bor. Kr. 2, 182, welches Ancyra c. 22. 23, Agde 506 c. 37 (c. 20 C. XXIV qu. 2) u. c. 2, sowie Elvira 306 c. 5 (c. 43 Dist. L., Bd. IV, S. 703 n. 4) citirt, zwischen dem h. *sponte* und *non sponte* commissum; ebenso Rudolf v. Bourges u. 850 c. 39, M. 14, 961 (unter Citirung von Ancyra); Worms 868 c. 27. 28. 29, M. 15, 874 (c. 40. 41 u. 50 Dist. L.; c. 12 C. XV qu. 1) das h. *odii meditatione vel propter avaritiam*, die fahrlässige und die zufällige Tödtung, obschon es den wahnsinnigen Thäter einer wenn auch leichteren Busse als die zurechnungsfähigen unterwirft; Tribur 895 c. 52. 54, M. 18, 156, ebenfalls unter Citirung von Ancyra zwischen dem h. non sponte und sponte commissum (wenn es übrigens c. 53 für Tödtung des Sohnes non sponte, sed casu Busse festsetzt, andererseits aber c. 36 p. 150, c. 51 Dist. L, für einen Fall unzweifelhaft kasueller Tödtung Straflosigkeit ausspricht, so muss es in c. 53 cit. die fahrlässige Tödtung im Auge haben); Nantes saec. IX c. 17.

In der Folgezeit treffen neben einzelnen Partikularsynoden[1] hauptsächlich die Gottesfriedens-Ordnungen[2] aus dem 11. und aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts Bestimmungen über das gedachte Verbrechen, während seitdem der Tödtung nur selten in den Partikular-Konzilien gedacht wird[3]. Dagegen weist Gratian in seiner Sammlung ein reiches Material auf, indem er ausser den schon vorher citirten älteren und karolingischen Kanonen[4] auch eine Anzahl von päpstlichen Dekretalen aus dem

18, M. 18, 172 (wie Theodulf cit.); Troslé 909 c. 13, M. 18, 297 giebt ebenfalls die von Mainz 847 cit. angeführten älteren Kanonen wieder. Von besonderen Fällen der fahrlässigen Tödtung wird mehrfach die Erdrückung von Kindern im Schlaf durch die in demselben Bett schlafenden Eltern, bez. die Mutter hervorgehoben; Theodulf v. Orleans cap. II, M. 13, 1013 (hier auch Busse für den im Hause befindlichen, also nicht gegen die Unsitte einschreitenden Vater); Mainz 852 c. 9, Bor. Kr. 2, 189; Worms 868 c. 35, M. 15, 876; ferner die Tödtung des durch die Mutter in die Nähe des Feuers gelegten Kindes durch aus dem Kessel laufendes heisses Wasser, Tribur 895 c. 37, M. 18, 150.

Tödtung aus Nothwehr bedroht Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1012 mit leichterer Busse als die vorsätzliche und fahrlässige, ferner Tribur 895 c. 11, M. 18, 138, die in Folge von Zwang durch einen Priester oder Diakon verübte Tödtung mit Absetzung.

In Anhalt an das ältere Recht, s. Elvira 306 c. 5 cit. ist auch die Tödtung von Sklaven und Sklavinnen, Mainz 847 c. 22 cit.; Rudolf v. Bourges c. 4, M. 14, 961; Worms 868 c. 38. 39, M. 15, 876 (s. auch Troslé 909 cit. c. 13) sowie die von Heiden ausserhalb eines Krieges oder Gefechtes für bussfällig erklärt worden, Worms 868 c. 27 cit. (aber nur Busse von 40 Tagen nach Tribur 895 c. 34, M. 18, 149, wenn bei der Bekämpfung von Heiden die von diesen gefangenen Christen mitgetödtet worden sind); vereinzelt wird auch auf den gerichtlichen Zweikampf Zwangsbusse und Exk., für den Getödteten die Strafe der Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses festgesetzt, Valence 855 c. 12, S. 33 n. 2.

Besonders hervorgehoben wird der Vater-, Bruder- und Verwandten-Mord, cap. missor. c. 37. Bor. 1, 98 (Busse und weltlicher Zwang dazu); Mainz 847 c. 20, Bor. Kr. 2, 181 (poenitentia districta); Worms 868 c. 30, M. 15, 874 (Busse); die Tödtung der Frau und Heirath einer anderen cap. Worms 829 c. 3, Bor. Kr. 2, 18 (c. 7 C. XXXIII qu. 2, öffentliche Busse); der Kindesmord und die Kinderabtreibung, Theodulf v. Orleans cap. II, M. 13, 1012. 1013 (Busse in Anhalt an Ancyra 314, c. 21); Mainz 847 c. 21 (Bor. Kr. 2, 181, ebenso unter Berufung auf Ancyra c. 21; Elvira 306 c. 63 u. Lerida 524 o. 546 c. 2); Rudolf v. Bourges c. 35, M. 14, 962 (wie Theodulf); Worms 868 c. 35, M. 15, 876 (Kinderabtreibung wie homicidium bestraft); die Tödtung im Streit mit mehreren Personen, Mainz 852 c. 11, Bor. Kr. 2, 189 (34 C. XXII qu. 8, Bestrafung jedes einzelnen als homicida); die Tödtung von Bischöfen u. Priestern Worms 868 c. 26, M. 15, 874 (10jährige Busse); Mainz 847 c. 24. 25, Bor. Kr. 2, 182 (c. 24 C. XVII qu. 4 von Priestern 12jährige Busse); Mainz 888 c. 16, M. 18, 68 (ebenso); Vienne 892 c. 2, p. 121 (von Geistlichen Busse, ev. Exk.); Tribur 895 c. 5, p. 136 (10jährige Busse); Nikolaus I. (J. L. n. 2864 in c. 23 C. cit. erst kleiner Bann, ev. Anathem).

Vgl. ferner noch über homicidium im Allgemeinen Hloth. I. de exp. c. Sarac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (poenitentia publica); Toucy 860 c. 4, M. 15, 559 (Exk. bez. Zwangsbusse); Rom 871/878 c. 7 u. Ravenna 877 c. 7, S. 16 n. 11 (kleiner, event. bei Bussverweigerung grosser Bann).

[1] Hohenaltheim 916 c. 24, LL. 2, 558 (Tödtung v. Priestern und Mönchen, sowie parricidium schwere Busse); Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Zwangsbusse, ev. Exk.).

[2] Gottesfriedensurkunde v. 1041, M. 19, 594 (langjähriges Exil u. Wallfahrt nach Jerusalem als Busse für homicidium); Gottesfrieden Wilhelms v. d. Normandie 1042, p. 598 (30 Jahre Busse im Exil u. Schadenersatz, ev. Exk. u. Versagung des christlichen Begräbnisses); Tulujas u. 1065, M. 19, 1042 (bei homicidium sine aliquo casu während des Gottesfriedens lebenslängliches Exil, cum casu, also bei fahrlässiger Tödtung, Exil auf arbiträre, durch den kirchlichen Richter zu bestimmende Zeit); Narbonne 1054 c. 5 p. 828 (ebenso lebenslängliches Exil bei h. voluntarium); Vich 1068, M. 19, 1073 (Geldbusse); Terouanne 1030/1078 c. 1. 2, Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. 12, 112 (Exil auf 30 Jahre mit Busse und Satisfaktion, sonst Exk.); Soissons 1083—96 c. 11, a. a. O. S. 114 (auferlegte Busse im Exil); Lütticher Gottesfrieden 1081, Kluckhohn Gottesfrieden S. 64 n. 11 (Verlust des Vermögens und Ausweisung aus dem Bisthum); Kölner 1083 u. Mainzer 1085, LL. 2, 56 (ebenso); Anjou zu Clermont 1095 c. 3. 6, M. 20, 912 (7 Jahre Exil, bei Versöhnung mit den Verwandten des Getödteten 30 Pfund an den Bischof, bez. auch den Grafen, vgl. S. 40 n. 3); Rheimser Gottesfrieden Calixt' II. 1119, M. 21, 237 (lediger Mann Eintritt in ein Kloster oder Wallfahrt nach Jerusalem, verheiratheter Busse nach Bestimmung des Bischofs, bei Tödtung aus Nothwehr Busse im Lande ohne Exil ev. Interdikt); Terouanne nach 1119 c. 8, cit. Zeitschr. 12, 116 (Bussleistung im Exil).

[3] S. aber Leg. Konz. v. Dioklea 1199 c. 4, M. 22, 702 (Tödtung durch Priester, Absetzung für immer) u. v. Bremen 1266 (Tödtung in publico private oder öffentliche Busse nach Bestimmung des Bischofs, event. Versagung des christl. Begräbnisses).

[4] Vgl. S. 176 n. 6; c. 12 (can. apost. 25) Dist. LXXXI u. c. 22 (Tours 813) C. XXXIII qu. 5, und ausser einer Reihe von Stellen aus Kirchen-

9. bis 11. Jahrhundert, welche Einzelfälle betreffen, aufgenommen hat[1]. Andererseits behandeln die Dekretalensammlungen die Tödtung wesentlich[2] unter dem Gesichtspunkt der Irregularität[3], und erst im 13. Jahrhundert hat die Gesetzgebung der allgemeinen Konzilien mit vereinzelten Vorschriften[4], so namentlich über das Dingen von Assassinen zum Morde[5] eingegriffen[6].

Abgesehen von dem Fall der Tödtung der Kinder durch ihre Eltern, namentlich durch die Mutter, welcher in der Dekretalensammlung Gregors IX. besonders ausgezeichnet ist[7], hat sich aber die von den Päpsten geleitete Gesetzgebung des 12. Jahrhunderts veranlasst gefunden, im Interesse der Wahrung des Ansehens der Geistlichkeit und des persönlichen Schutzes derselben die Tödtung von Geistlichen im Gegensatz zu der karolingischen Zeit[8] in umfassendem Masse unter besonders schwere Strafen[9]

vätern namentlich auch über kasuelle Tödtung c. 11 C. XVI qu. 1; c. 41 C. XXIII qu. 5, über Tödtung im Wahnsinn c. 5 C. XV qu. 1, und über die Kinderabtreibung c. 7—10 C. XXXII qu. 2, sowie aus Benediktus Levita über die Tödtung von Geistlichen c. 23—28 C. XVII qu. 4, noch im Allgemeinen C. XXIII qu. 5.

[1] c. 15 (Nicol. I. 858/867 J. E. 2850, M. 15, 258) C. XXXIII qu. 2 (Busse eines Muttermörders), c. 6. 39 (id. J. E. n. 2854) Dist. L. (Tödtung durch Geistliche aus Nothwehr), c. 49 (id. J. E. 2846) Dist. cit. (kasuelle Tödtung), c. 38 (Steph. V 887. 888, J. L. n. 3433) l. c. (Tödtung der Gefangenen der Sarazenen, non sponte); c. 47 (Urban II. 1088—99, M. 20, 713) C. XXIII qu. 5 (Tödtung von Exkommunicirten, welche ausdrücklich nicht für homicidium erklärt, aber mit angemessener Busse bedroht wird). — Der Stephan V. zugeschriebene c. 8 C. XXXIII qu. 2 gehört nicht diesem Papst, sondern Paulinus v. Friaul an. Vgl. übrigens auch S. 104 n. 6.

[2] S. aber gleich nachher zu Anm. 7.

[3] So im tit. X de homic. volunt. vel. casuali V. 12 sämmtliche Stellen von c. 8 an — während c. 1—4 (Stellen aus der Bibel, den Kirchenvätern und Pönitentialbüchern) das homicidium als solches, c. 6 (Alex. III.) die Theilnahme (bei Klerikern mit Absetzung, Busse im Kloster und int. introitus ecclesiae auf 5—7 Jahre bestraft), c. 5 (inc.) die dem homicidium hier gleichgestellte Unfruchtbarmachung durch Tränke und andere Mittel, c. 7 (Alex. III.) die Tödtung durch Überschreiten der Grenzen des Züchtigungsrechtes (für Priester Absetzung) betreffen —; im lib. VI tit. 4 c. 2. 3 und in Clem. V. 4 das c. un., vgl. Bd. I. S. 41 ff., woraus sich ergiebt, dass die fraglichen päpstlichen Dekretalen allerdings allgemeine Bedeutung für die Unterscheidung von vorsätzlicher, fahrlässiger und zufälliger Tödtung, sowie für die Lehren von der Zurechnung und den Strafausschliessungsgründen haben. Der Kinderabtreibung, welche spätere Partikularkonzilien, s. z. B. Lemans 1247, M. 23, 760. 761 mit Exk. bestrafen, wird c. 20 (Innoc. III.) X eod. ebenfalls nur unter dem gedachten Gesichtspunkt erwähnt.

[4] So Lyon 1245 in c. 1 in VI tit. cit. V. 4 u. M. 23, 670; vielleicht auch Clem. un., falls die Stelle dem Konzil v. Vienne 1311 angehört.

[5] Welches, selbst wenn der Tod nicht eingetreten ist, ebenso wie das Aufnehmen, Vertheidigen und Verbergen der Assassinen, s. Bd. I. S. 43 n. 1, mit der exc. ipso facto, der Deposition ipso facto von allen kirchlichen und weltlichen Ämtern und Würden, sowie mit der diffidatio, dem weltlichen Bann, s. S. 49 n. 5, bestraft wird, c. 1 cit. in VI.

[6] Von späteren Partikularkonzilien s. S. Quentin 1271 c. 3, M. 24, 19 (Tödtung in der Kirche, neben den sonstigen Strafen interdictio ingressus ecclesiae für die Lebenszeit, nur Dispens durch das Provinzialkonzil), ferner Riez 1285 c. 24, M. 24, 581 (das Geben eines Abtreibungsmittels, Strafen wie für Giftmord, s. o. S. 160 n. 6).

[7] Durch den tit. V. 10 de his, qui filios occiderunt, in dem c. 1 (Alex. III.) u. c. 2 (Luc. III.) für die Tödtung des Sohnes durch die Mutter, c. 3 (Luc. III.) für die Erdrückung von Kindern im Schlaf durch die Eltern Zwangsbusse vorschreiben. Ferner gehört hierher noch c. 7 (Clem. III.) X de poenit. V. 38 (griechische Priester, welche ihre Kinder im Schlafe erdrücken, bei Vorsatz Entfernung vom Amt für immer und Zwangsbusse, bei Fahrlässigkeit letztere und zeitweise Suspension vom Messelesen). Von Provinzialkonzilien enthält das Seeländer 1201—23, G. Finke, Konzilienstudien. Münster 1891 S. 40 ff. ausführliche, hierher gehörige Vorschriften.

[8] S. S. 176 n. 6 u. S. 177 n. 4.

[9] Das Leg. Konzil. v. London 1138 c. 10, M. 21, 512, bedroht die Tödtung eines Geistlichen mit dem dem Papst zur Absolution vorbehaltenen Anathem und bei Unbussfertigkeit mit Entziehung des kirchlichen Begräbnisses, s. weiter S. 33 n. 12, ferner Lateran. IV. 1215 c. 45, M. 22, 1030 (c. 12 X de poen. V. 37) die Patrone, Advokaten, Vicedomini, Lehnsträger und Inhaber von Benefizien der Kirche für Tödtung des leitenden Geistlichen und der anderen Kleriker derselben mit Verlust ihrer Stellungen, Lehne und Benefizien, sowie ihre Descendenten bis zur vierten Generation mit Unfähigkeit, in den geistlichen Stand zu treten und Prälaturen in den Klöstern zu erhalten, das L. K. Avignon 1209 c. 20, M. 22, 793 die Tödtung von Geistlichen überhaupt für die Descendenten aus der Parentel des Thäters bis zur dritten Generation mit Unfähigkeit, ein kirchliches Benefizium zu erlangen oder zu behalten, ebenso auch Rennes 1273 c. 1, M. 24. 33,

zu stellen[1], und seit dem 14. Jahrhundert ist durch die Päpste in der Bulle: In coena domini die Tödtung, ebenso die Gefangennahme, Verwundung, Verstümmelung und Beraubung derjenigen, welche wegen ihrer Geschäfte zur römischen Kurie reisen oder von derselben zurückkommen, ihrer Vertreter aller Art und der für sie deputirten Richter und Auditoren[2], ferner auch der Rompilger mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation bedroht worden[3].

Endlich ist auch die schon früher partikularrechtlich festgesetzte Bestrafung des Selbstmordes[4], welcher bei Gratian ebenfalls berücksichtigt wird[5], gemeinrechtlich, wenngleich nur mehr indirekt anerkannt worden[6].

Was die übrigen in der hier fraglichen Periode von der kirchlichen Gesetzgebung berührten Strafthaten betrifft, so ist die Körperverletzung und das thätliche Angreifen von Personen, soweit es sich um Laien handelt[7], in karolingischer Zeit selten[8], häufiger aber, soweit diese Delikte an befriedigten Personen überhaupt oder an anderen während der befriedeten Zeit verübt werden, von den Gottesfriedensordnungen mit Strafe bedroht worden[9], in denen denselben die Gefangennahme[10],

welches für Geistliche Absetzung ipso facto, Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien und Anathem ipso iure festsetzt; Rouen 1299 M. 24, 1228 (Unfähigkeit bis zum vierten Grad) und das L. K. Tarragona 1239 c. 7, M. 23, 515 die interfectores clericorum mit dem interdictum ambulatorium (s. S. 31). Vgl. ferner c. 10 (Innoc. III.) X de poen. V. 37, S. 47 n. 4. Weiter kommen aber hier die zahlreichen Vorschriften über die percussio clericorum, welche von den Bd. I S. 118 angeführten päpstlichen Konzilien, bez. dem II. Lateran. Konz. v. 1139 erlassen sind (vgl. noch L. K. Dioklea 1199 c. 5, M. 22, 702), sowie c. 5 (Bonifac. VIII.) in VI de poen. V. 9 über die percussio cardinalium, s. Bd. I S. 350 und Clem. 1 eod. V. 8 über die percussio episcoporum in Betracht, da unter dieser auch der Mord und die Tödtung von Geistlichen mit inbegriffen ist, vgl. a. a. O. S. 119.

[1] Darin sind auch die Partikularkonzilien nachgefolgt; so z. B. Tarragona 1266 c. 1. 2, M. 23, 1130 (interdictum ambulatorium für occisores clericorum) und Köln 1266 c. 28, p. 1147 (für dieselben neben der Exkommunikation das interdictum ambulatorium, Verlust kirchlicher Lehne, Besitzungen und Ämter, sowie Unfähigkeit der Thäter diese zu erwerben, wiederholt Köln 1310 c. 2, M. 25, 231); Bremen 1266, M. 23, 1158 und Wien 1267 c. 5, p. 1171; Aschaffenburg 1292 c. 14. 15, M. 24, 1038; Tarragona 1329 c. 36, M. 25, 851; Aquileja 1339, p. 1111. 1124; Lavaur 1368 c. 122, M. 26, 539.

[2] Urban V. const. Apostolatus v. 1363 §§. 2, bull. Taurin. 4, 520; Gregor XI. const. Excommunicamus v. 1372 §§. 7. 10, ibid. p. 540.

[3] Gregor XI. const. cit. §§. 8. 10.

Wegen Tödtung der Juden s. S. 159 n. 7.

[4] Vgl. Bd. IV. S. 830 n. 8; Braga I. 563 c. 16 (c. 12 C. XXIII qu. 5), in karolingischer Zeit wiederholt von Theodulf v. Orleans u. 797 c. 4, M. 14, 961 (Strafe, Versagung des kirchlichen Begräbnisses).

[5] S. die vor. Anm. u. c. 9. 10 (August.) c. 11 (Hieronym.) C. cit.

[6] c. 11 (Innoc. III.) X de sepult. III. 28, vgl. auch S. 33 n. 6 u. n. 11. S. noch Geiger, der Selbstmord im Kirchenrecht im Arch. f. k. K. R. 61, 225 ff.

[7] Vgl. auch §. 281.

[8] Rom 871—78 c. 7, Maassen, röm. Synode S. 14 u. Ravenna 877 c. 7, M. 17, 338 (membrorum truncatio, S. 16 n. 11).

[9] Elne 1027, M. 19, 483 (assalire homines ad ecclesiam oder cum foeminis euntes Emenda, ev. Exkommunikation); Gottesfrieden Wilhelms v. d. Normandie 1042, 597 (nec assaliat nec vulneret, Strafe wie bei Tödtung, s. S. 177 n. 2); Vich 1068, M. p. 1072 (villanum, viduas vulnerare, debilitare, comprehendere, auch invadere, iniuriam oder malefacta facere, Geldbusse); Terouanne 1030—78, s. a. a. O., (hominem vel feminam assaltare, vulnerare, Strafe wie bei Tödtung); Lütticher 1081, Kluckhohn, Gottesfrieden S. 64 n. 11 (assultus facere, fuste, gladio aut aliquo armorum genere usque ad collisionem in quemcunque desaevire, Strafe wie Tödtung, S. 177 n. 2); Kölner 1083 u. Mainzer 1085, LL. 2, 54 (aliquem violare aut defectare, Strafe ebenso, s. a. a. O.); Soissons 1083/1096 c. 2, s. a. a. O. (cultores terrarum ecclesiae invadere, Geldbusse; dasselbe wiederholt Terouanne nach 1119, s. a. a. O.); päpstlich bestätigter Friede des Grafen v. Anjou zu Clermont 1095 (percussio, vulneratio hominum seu feminarum, Restitution des Schadens, nach 7 Tagen aber Festsetzung desselben durch den Bischof, Geldemende an diesen und Exk.); Rheimser Friede Calixt.' II. 1119, M. 21, 237 (vulnerare, hostiliter percutere, für die Strafe auf die früheren Gewohnheiten verwiesen).

[10] Tulujas u. 1065, M. 19, 1041 (Wittwen, villani, Geldbusse); Narbonne 1054 c. 5 (apprehendere) s. S. 177 n. 2; Vich 1068 cit. s. vor. Anm.; Soissons cit. c. 3 (peregrinos et mercatores capere, Geldbusse); Angers-Clermont c. 2 cit., (s. auch ibid. c. 4); S. Omer 1099 c. 3 M. 20, 971; (Frauen, arbiträre Strafe).

das Hinterhaltlegen[1] und die Verübung sonstigen Unrechtes an Personen[2] mehrfach gleichgestellt wird. Nicht nur ist ihnen darin die Partikular-[3], sondern auch die allgemeine kirchliche Gesetzgebung[4] gefolgt, und dadurch, dass diese letztere den Gottesfrieden zu einem allgemeinen Gebote der Kirche gemacht hat[5], sind die erwähnten Delikte ebenfalls gemeinrechtliche und gemeinrechtlich strafbar geworden[6].

In viel umfassenderem Masse aber hat die kirchliche Gesetzgebung die erwähnten Vergehen, sofern sich dieselben gegen die Geistlichen richten, zum Gegenstand ihrer Anordnungen gemacht. Schon die römischen[7] und die fränkischen Konzilien[8] der karolingischen Zeit beschäftigen sich damit, indem sie diesen Delikten zum Theil jede Art der Injuriirung gleichstellen[9]. Nicht minder enthalten die Gottesfriedensordnungen[10] und auch einzelne Provinzialsynoden[11] derartige Bestimmungen. Vor Allem haben aber im 11. und im 12. Jahrhundert die päpstlichen und allgemeinen

[1] Elne 1027 cit.; Narbonne c. 5 cit. (Exil).

[2] Narbonne c. 5 cit., Vich 1068 cit. — Leg. K. Würzburg 1287 c. 25, M. 24, 861 (offendere von Personen, welche sich zur römischen Kurie und zu den Kurien der Bischöfe und Erzbischöfe begeben und von dort zurückkehren).

[3] So verbietet Rheims 1049 c. 10, M. 19, 742 pauperes captoribus vexare; Palencia 1129, c. 12, M. 21, 387 das invadere von viatores, mercatores, peregrinos, sacra limina petentes et mulieres bei Strafe der deputatio in monasterium vel exsilium.

[4] Lateran. I. 1123, M. 21. 285 (Exk. für das capere von „romipetas, peregrinos apostolorum limina et aliorum sanctorum oratoria visitantes").

[5] Päpstl. Konzil zu Clermont 1095, unter Urban II. c. 1, M. 20, 816. 902. 904; Troyes 1107 unter Paschalis II., M. 21, 9. 10; Ztschr. d. Savigny-Stiftg. f. Rechtsgesch. 12, 115; cit. Statut Calixt' II. 1119 M. 21, 236; Lateran. I. 1123 c. 13, p. 284; päpstliches Konz. Rheims 1131 c. 11 p. 460; Lateran. II. 1139 c. 12, p. 530; Lateran. III. c. 21, M. 22, 229 (c. 1 X de treuga I. 34). Vgl. auch Kluckhohn, Gesch. des Gottesfriedens S. 93 ff.

[6] Denn, wenn die in d. vor. Anm. zuletzt angeführten 4 Konzilien auch nur allgemein die Verletzung des Gottesfriedens, falls keine entsprechende Satisfaktion geleistet wird, mit der Exkommunikation bedrohen, und Lateran. II. cit. c. 11, ebenso wie Lateran. III. cit. c. 22 (c. 2 X eod. I. 34) anordnen, dass zu allen Zeiten „presbyteri, monachi, clerici conversi, peregrini, mercatores, rustici euntes et redeuntes et in agricultura existentes" bei Strafe der Exk. unbehelligt bleiben sollen, so bildeten danach die im Text besprochenen Delikte in allen Fällen Friedensbrüche, und mussten als solche bestraft werden. Endlich hat auch Lateran. III. cit. c. 24 (c. 3 X de rapt. V. 17) noch besonders das capere christianos pro negotiatione vel aliis honestis causis navigio vectos verboten.

Die späteren Partikularkonzilien erwähnen der gedachten Delikte nur selten, s. aber Grado 1296 c. 11, M. 24, 1169 (Kleriker, welche gegen Laien das Schwert ziehen oder sie thätlich angreifen oder ihnen schwere Injurien zufügen, dieselbe Geldstrafe, mit welcher der Laie für die Verübung dieser Vergehen durch das weltliche Gericht bestraft wird).

[7] Rom 863 c. 12, M. 15, 660 (episcopum percutere, verberare aut caedere, Anathem); Rom 871—78 c. 4, Maassen röm. Synode S. 13 (episcopos percutere, detruncare, infamare, kleiner Bann, ev. Anathem) c. 5 ibid. (ebenso Ravenna 877 c. 5, M. 17, 338 iniuriam facere personis ecclesiasticis, dieselben Strafen s. auch c. 21 §. 3 C. XVII qu. 4) ferner c. 23 (Nicol. I. J. E. 2864) C. XVII qu. 4, presbiterorum flagellatores . . . kleiner Bann, ev. Exk.); endlich c. 31 (Ps. Is.) C. XI qu. 1 (Kleriker, die ihren Bischöfen nachstellen, Absetzung, Infamie und Auslieferung an die Kurie).

[8] Valence 892 c. 2, M. 18, 121 (Kleriker, castrare, aliquo membro detruncare, temere dehonestare, Laien Zwangsbusse, ev. Exk.); Troslé 909 c. 5 (unter Citirung von Stellen aus Pseudo-Isidor und Benedikt Levita gegen das iniuriam facere clericis, Anathem).

[9] S. Rom 871 c. 4 u. Valence 892 c. 2 cit.; ferner Ravenna 877 c. 4 (duces sollen die Bischöfe nicht vor Laien obiurgare, kleiner Bann, ev. Anathem); Mainz 888 c. 7, M. 18, 66 (clerico iniuriam vel calumniam inferre, Exk.). Das allgemeine Konzil Nicäa II. 787 c. 16, M. 13, 754 (c. 1 C. XXI qu. 4) bedroht schon die Beleidigung und Verhöhnung nicht prächtig, sondern ärmlich gekleideter Kleriker, mit epitimium (also arbiträrer Strafe, s. aber S. 78 n. 9).

[10] Elne 1027, p. 483 (assalire clericum et monachum sine armis incedentem, Emenda, event. Exk.); Tulujas u. 1065, M. 19, 1041 (apprehendere und injurias facere gegen clericum arma non ferentem, monachum, sanctimonialem, Geldemenda); Vich 1068, p. 1073 (die gedachten Personen invadere oder ihnen injuriam vel malefacta facere, doppelte Emenda); Terouanne nach 1119 c. 15, Ztschr. d. Savigny-Stiftg. f. Rechtsgesch. 12, 117 (iniustitiam facere clericis, monachis, monialibus, Strafe durch den Bischof). S. Omer 1099 c. 3, M. 20, 971 (capere clericos u. monachos, vindicta).

[11] Hohenaltheim 916 c. 24, LL. 2, 548 (s. auch c. 22 C. XXIV qu. 3, manum mittere in episcopum, lebenslängliche Busse im Kloster oder 12 Jahre strenge Busse ausserhalb desselben); Charroux 989 c. 3, M. 19, 90 (invadere, capere, percutere clericum arma non ferentem).

Synoden[1] theils im Interesse der Wahrung des von der Kirche für die Geistlichen beanspruchten privilegium fori, theils aus den schon S. 178 hervorgehobenen Gründen die Gefangenhaltung von Geistlichen, sowie jede Art der thätlichen Verletzung derselben unter schwere Strafe gestellt und dadurch das s. g. privilegium canonis geschaffen[2]. Später sind dann von den Päpsten[3] und den Partikularsynoden[4], einer-

[1] Rheims 1049 c. 9, M. 19 (violentiam inferre aliquibus sacri ordinis iter agentibus); c. 22 (Alex. II. 1062 J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (comprehendere, percutere, vi a sede expellere episcopum, Anathem und Konfiskation des Vermögens zu Gunsten der Bischofskirche, clericum, kanonische Busse und Komposition, nach anderer Lesart Absetzung von weltlichen Würden, event. Exk. s. S. 47 n. 3); Melfi 1089, S. 40 n. 5; Nismes 1096 c. 4 (s. S. 41 n. 14 capere episcopum, abbatem archidiaconum, presbyterum, Infamie, Verlust der Würden, Exk. und Interdikt der Besitzungen bis zur Satisfaktion, caeteros clericos canonum sententia, also Exk., s. die früheren Anführungen); allgem. Konz. Lateran. I. c. 20, M. 20, 286 (Verletzung der persönlichen Sicherheit der Kleriker und Zufügung von molestiae, Exk.); vgl. ferner die Bd. I. S. 118 angeführten Synoden; London 1138 c. 10, M. 51, 512 (incarcerare, nefarias manus inferre, dem Papst vorbehaltene Exk.); Leg. Konz. Dioklea 1199 c. 5, M. 22, 702. Über die von den Päpsten in hierher gehörigen Einzelfällen verhängten Strafen s. S. 21 n. 2.

[2] S. darüber und über die weitere Entwicklung des Privilegs durch das Dekretalenrecht Bd. I. S. 118 ff.

[3] Vgl. das S. 33 n. 12 erwähnte Statut Innocenz' IV.; die Dekretalen Honorius' III. 1225 und Bonifaz' VIII. (c. 5 in VI de poen. V. 9), s. Bd. I. S. 350 betreffend die Gewaltthätigkeiten gegen Kardinäle; Clemens' V. in Clem. 1. de poen. V. 8, s. o. S. 33 n. 12. Vgl. auch die folgende Anm. und c. 7 (Honor. III.) de iniur. V. 36. S. 38 n. 7.

[4] Während Rheims 1157, M. 21, 483 für die vexatio und laceratio personarum ecclesiasticarum nur animadversio canonica vorschreibt, wird seit dem 13. Jahrhundert auch häufig das Interdikt angedroht, s. Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 805 (neben der Exk. für die Gefangennehmung von Prälaten, Kanonikern und anderen Stiftsgeistlichen durch weltliche Grosse), vgl. weiter die Anführungen S. 31 n. 5; S. 47 n. 4 u. §. 287 ferner Trier 1238 c. 6, M. 23, 480 (minas inferre de corpore gegen personae ecclesiasticae, Exk. u. Interdikt); Velle, bestätigt 1246 durch Alexander IV. 1247, p. 921. 945, s. Hefele, Conc. Gesch. 6, 58 (für captio des Bischofs, amissio membri, atrox iniuria gegen denselben seitens des Königs oder aber unter seinem Mitwissen, Interdikt über das Königreich); Cognac 1238 c. 2 u. 1261 c. 1, p. 487. 1107 (interdict. ambulatorium über Orte, wohin gefangene oder angegriffene kirchliche Personen gebracht werden); Köln 1266 c. 1. 28 (für percussio u. mutilatio clericorum neben Exk. das Interdikt und für mutilatio dieselben Strafen, wie für Tödtung, S. 179 n. 1; c. 30 ibid. für minas inferre de corpore vel de rebus nur öffentliche Verkündung der Exk.; c. 31: falls aber die percussio von einem Kleriker verübt worden, Verkündung der eingetretenen exc. ipso facto in der ganzen Diöcese, ev. wiederholtes feierliches Anathem und nach einem Jahr privatio beneficii ipso iure; c. 33: im Fall der Tödtung und der mutilatio, sofortiger Eintritt der privatio benef. u. des interdictum ambulatorium ipso facto an allen Orten, wo der schuldige Kleriker hinkommt; c. 32: bei Gefangennehmung eines Geistlichen durch einen anderen, welcher gegen den ersteren einen Prozess hat, Verlust der Sache, ev. Verlust des Benefiziums, Unfähigkeit zur Erlangung anderer u. interdictum ambulatorium, Wiederholung dieser Vorschriften Köln 1310 c. 2, M. 25, 231); Tarragona 1266 c. 2. 3, M. 23, 1130 (für mutilatio u. captio neben Exk. auch interdictum ambulatorium, s. a. a. O.); Leg. K. Bremen 1266 p. 1158 (für enormiter vulnerare, mutilare, captivare u. occidere ausser der dem Papst vorbehaltenen Exk. Verlust der von der Kirche innegehabten Sachen und Anfall des Vermögens an dieselbe ipso iure, auch Interdikt über die Diöcese, in der der Geistliche gefangen gehalten wird); Leg. K. Wien 1267 c. 4, p. 1171 (wiederholte öffentliche Exk. derjenigen, qui clericos capiunt, verberant, occidunt, in ipsos violentas manus iniiciunt, aber nach c. 5 bei enormis violatio, mutilatio, captivatio und occisio die dem Papste vorbehaltene Exk., Verlust der von der Kirche geliehen erhaltenen Sachen und Interdikt über die Diöcese, in der der Geistliche gefangen worden ist oder gefangen gehalten wird); Rennes 1273 c. 1, M. 24, 33 (für manus iniicere und mutilare dieselben Strafen wie für Tödtung, s. S. 178 n. 9, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 5, M. 25, 1072); Pont. Audemer 1279 c. 4. 6, M. 24, 222 (öffentliche Verkündung der Exk. für die manus iniectio in clericos und für Gefangennehmung und Gefangenhaltung von Klerikern, im letzteren Fall aber zunächst generell); Münster 1279 c. 20, p. 320 (im wesentlichen dasselbe); Leg. K. Würzburg 1287 c. 25, p. 860 (Schlagen und Gefangennehmung der Nuntien des Papstes, der Erzbischöfe und der Bischöfe, exc. ipso facto); Nogaret 1290 c. 6, p. 1068 (episcopum hostiliter malitiose cum armis insequi, invadere, percutere, capere, dem Papste vorbehaltene exc. ipso facto, Ausschluss vom Klerikalstand, Verlust der kirchlichen Lehne und anderer von der Kirche erhaltenen Ländereien ipso iure, für Söhne des Thäters oder seiner Gehülfen und Rathgeber privatio beneficii ipso iure und Unfähigkeit, solche zu erhalten, für alle Zerstörung der Gebäude, immerwährende Infamie, öffentliche feierliche Verkündung der Exk. bis zur Genugthuung, Interdikt ipso iure über den Ort des Verbrechens und die Orte, wo die Schuldigen aufgenommen werden, interdictum ambulatorium über die übrigen, an welche sie zufällig hinkommen, c. 7:

seits in Folge der bei kirchlichen Wirren und politischen Kämpfen gegen die Geistlichkeit geübten Gewaltthätigkeiten, andererseits in Folge der Versuche der weltlichen Fürsten, die kirchliche Gerichtsbarkeit in Kriminalsachen der Geistlichen einzuschränken [1], die Strafen für die erwähnten Delikte noch verschärft worden [2].

Während von den weiter in Frage kommenden Vergehen die Kirche zwar den Zweikampf, einschliesslich des gerichtlichen, für unerlaubt erklärt hat [3], ist derselbe von ihr doch nur gemeinrechtlich für die Kleriker [4], nicht aber für die Laien [5] bei Strafe verboten worden. Den gerichtlichen Zweikampf, welcher zu innig mit dem germanischen Prozessrecht verwachsen war, konnte sie, so lange dasselbe in Herrschaft stand, nicht zu beseitigen unternehmen. Andererseits aber hätte ein blosses strafrechtliches Verbot des aussergerichtlichen Zweikampfes und die Freilassung des gerichtlichen die ausdrückliche Billigung einer Einrichtung enthalten, welche die Kirche von ihrem Standpunkte aus für berechtigt zu erklären, ausser Stande war [6]. So blieb ihr nichts anderes, als eine passive Haltung übrig, und eine solche konnte sie um so mehr einnehmen, als sie nicht gehindert war, die etwa bei einem gerichtlichen Zweikampf vorgefallene Tödtung oder Körperverletzung ihrerseits als solche zu bestrafen [7].

Dagegen hat sich die Kirche seit dem 12. Jahrhundert bemüht, die Turniere, welche ihr ebenfalls als eine das Seelenheil gefährdende, auf eitlem Stolz auf die körperliche Kraft und Gewandtheit beruhende Sitte erschienen, durch ihre strafrechtlichen Verbote zu unterdrücken. Es waren fast ausschliesslich die Päpste auf ihren päpstlichen Synoden und die allgemeinen Konzilien, welche durch Bedrohung der im Turnier gefallenen mit Versagung des kirchlichen Begräbnisses dagegen eingeschritten

bei den gleichen Vergehen gegen Äbte, Prioren, Archidiakone, Kathedralkanoniker und Pfarrer dieselben Strafen, jedoch nicht Verlust der Benefizien für die Söhne, Zerstörung des Hauses und Unfähigkeit zum Klerikalstand); vgl. weiter auch Aschaffenburg 1292 c. 14. 15, M. 24, 1089, 1090; Rouen 1299 p. 1223; Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 463; Bergamo 1311 c. 16, p. 492. Leg. K. Pressburg 1309 c. 1, M. 25, 215 (welches sich mit Clem. 1. cit., V. 8, s. vor. Anm., berührt und noch höhere Strafen als diese, so u. A. Freiheit der Vasallen vom Treueid und Unfähigkeit der Söhne der Thäter zum Klerikalstand für die Verletzung, Gefangenhaltung und Verfolgung von päpstlichen Legaten, Erzbischöfen und Bischöfen androht). — Trier 1310 c. 21, M. 25, 255 (minas inferre, bei Nichtleistung von Sicherheit gegen Realisirung auf monitio des Oberen Exk.); Tarragona 1329 c. 43, p. 859; Salamanca 1335 praef. p. 1048; Aquileja 1339, p. 1111; Toledo 1347 c. 2, M. 26, 122.

Trier 1227 c. 9, M. 23, 33. 34 für diejenigen, welche Geistliche durch Gewalt zur Absolution von der Exkommunikation oder zum Widerruf derselben zwingen, öffentlich wiederholte Exk. — Leg. K. Tarragona 1239 c. 11, p. 518 (Abfassung von Schmähschriften gegen Geistliche bei nicht unverzüglicher Vernichtung, Exk.).

[1] S. §. 287.

[2] Ausserdem haben die Päpste seit dem 14. Jahrh. in der Bulle: In coena domini die Gefangenhaltung, Beraubung und schwere Verwundung derjenigen, welche zur römischen Kurie reisen oder von dort zurückkehren, mit der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation bedroht, const. Urbani V.: Apostolatus v. 1363 §. 2 und Gregor XI. const. Exkommunicamus c. 1372 §. 6. 10, bull. Taur. 4, 520.540. Vgl. dazu S. 180 n. 1 u. 4.

Wegen der Juden s. S. 159 n. 7.

[3] c. 22 (Nicol. I.) C. II qu. 5, u. Alex. III. J. L. n. 12117, M. 21, 93.

[4] c. 1 (Alex. III.) c. 2 (Coelest. III.) X de cleric. pugnant. in duello V. 14 (Deposition, doch ist mildere Strafe zulässig, wenn dabei weder eine Tödtung noch Verstümmlung stattgehabt hat). Noch das Leg. K. Padua 1350, M. 26, 227 bedroht nur die Laien jeden Standes, welche Geistliche zum geistlichen Zweikampf zwingen und Geistliche, welche diesen freiwillig übernehmen, mit der exc. ipso facto und der Verkündung der Exk.

[5] Für diese kommt ein Strafverbot nur sehr vereinzelt vor, s. S. 176 n. 6.

[6] Dass dies der Grund war, ergiebt sich aus dem Umstande, dass das Laienduell seit dem 16. Jahrh. durch die Päpste und durch das Tridentinum ebenfalls unter Strafe gestellt worden ist, s. Bd. I. S. 31 n. 5. 6 und unten.

[7] c. 2 cit. V. 14 erklärt den von einem Geistlichen für den gerichtlichen Zweikampf gestellten Kämpfer, welcher den Gegner getödtet hat, für einen homicida.

sind [1], und durch deren Verordnungen das Kämpfen im Turnier als gemeinrechtliches Vergehen qualificirt worden ist [2]. Im 13. und 14. Jahrhundert ist die kirchliche Gesetzgebung sogar so weit gegangen, auch die Abhaltung von Turnieren überhaupt, namentlich im Interesse der Förderung der Kreuzzüge bei Strafe der Exkommunikation und des Interdikts [3] zu untersagen. Da indessen diese Vorschriften nur für eine bestimmte Zeit oder blos für bestimmte Länder erlassen [4], und diese letzteren auch zum Theil widerrufen worden sind [5], so ist das gemeine Recht auf dem Standpunkt der Dekretalensammlung Gregors IX. stehen geblieben [6].

Vereinzelt steht da das vom II. Lateran-Konzil 1139 [7] erlassene und in die Dekretalensammlung Gregors IX. übernommene Verbot [8], die Kunst der Schleuderer und Pfeilschützen gegen Christen auszuüben [9].

Die Selbstverstümmlung, namentlich die Selbstentmannung, welche in den Quellen wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Irregularität behandelt und in der hier fraglichen Periode so gut wie gar nicht berührt wird [10], muss, wenngleich auf dieselbe gemeinrechtlich keine Strafe gesetzt ist, doch als ein gemeinrechtliches, aber arbiträr strafbares Vergehen angesehen werden, denn die durch dieselbe veranlasste, durch das gemeine Recht anerkannte Irregularität fliesst aus einem Delikt her, und damit ist die betreffende Handlung zugleich als ein solches qualifizirt [11].

Ebenfalls sehr selten wird in den Quellen der Kinderaussetzung erwähnt [12]. Als Strafe ist gemeinrechtlich für den Vater der Verlust der väterlichen Gewalt ipso iure festgesetzt [13], was selbstverständlich nicht ausschliesst, dass sie auch arbiträr oder, falls sie sich zugleich als dolose oder kulpose Tödtung qualifizirt, als solche bestraft werden kann.

Auch des Menschenraubes wird nur vereinzelt gedacht, aber gerade die beiden denselben betreffenden Stellen sind in die Dekretalen Gregors IX. aufgenommen [14], so dass sich das Vergehen ebenfalls als gemeinrechtliches darstellt.

[1] S. S. 33 n. 3 u. n. 11. Unter den hier citirten Synoden gehört allein Rheims 1157 nicht in die oben erwähnte Kategorie.

[2] c. 1 (Lateran. III. 1179 c. 20) X de torneam. V. 13.

[3] Allg. Konz. Lyon 1245 c. 17, M. 23, 621. 622. 633 (auf 3 Jahre bei Strafe der Exk.); ep. Gregorii X an Rudolf von Habsburg 1274—76, Kaltenbrunner, Aktenstcke d. Gesch. d. deutsch. Reichs unt. Rudolf. Wien 1889 S. 112, worin Rudolf v. Habsburg unter Berufung auf III. Lateran. und das II. Lyoner Konzil (?) zur Verhinderung der Turniere während des Kreuzzuges aufgefordert wird); Clemens V 1312 auf dem allg. Konz. v. Vienne für Frankreich, England, Deutschland und einige andere Länder bei Strafe der dem Papst vorbehaltenen Exk. u. des Interdikts nach c. un. in Extrav. Ioann. XXII de torneam. IX; s. auch Hefele 6, 528. Das Provinzialkonzil Bordeaux 1260 c. 10, M. 23, 1040 verbietet (ohne Androhung einer speziellen Strafe) die Turniere auf 2 Jahre, während das Leg. K. Würzburg 1287 c. 4, M. 24, 852, den Klerikern der höheren Weihen bei Vermeidung der Exk. l. s. unbeschränkt die Betheiligung an denselben untersagt.

[4] S. die vor. Anm.

[5] So die Anordnung Clemens' V. durch Johann XXII. 1316, c. un. cit. (Anm. 3).

[6] S. Anm. 2.

[7] c. 29, M. 21, 533 in c. un. X de sagittar. V. 15.

[8] Bedroht ist das Vergehen mit der Exkommunikation.

[9] Falsch München Strafrecht 2, 428, welcher aus c. un. X cit. ein Verbot der Einübung der Feinde der Christen in den betreffenden Waffen gegen die letzteren herausliest. Der Wortlaut ergiebt indessen, dass gewisse mörderische Waffen und gewisse mörderische Kampfweisen nicht gegen Christen gebraucht werden sollen.

[10] Bd. I. S. 45 u. die dort aus dem Dekrete citirten Stellen.

[11] Setzt doch auch c. 9 (Martin v. Braga c. 21, s. noch Nicäa 325 c. 1) Dist. LV für den Kleriker Absetzung fest.

[12] Gratian bringt allein Arles II. 443 v. 450 c. 51 in c. 9 Dist. LXXXVII bei, s. auch die folgende Anm.

[13] c. un. (Gregor. IX.) X de infant. expos. V. 11, während allerdings nach Arles cit. der Vater, welcher sich erst 10 Tage nach der Aussetzung meldet, als homicida bestraft werden soll.

[14] Nämlich Exodus XXI. 16, welches die kirchlich nicht recipirte Todesstrafe s. S. 50, für denjenigen, qui furatur hominem et vendiderit eum androht, in c. 1 X de furt. V. 18, und Alexander

Was die ferneren Strafthaten betrifft, welche sich nicht auf die Grundtypen der drei alten schweren Sünden zurückführen lassen, so findet sich

die Blasphemie, die Gotteslästerung, in den kirchlichen Rechtsquellen der früheren Zeiten[1] nicht als Strafvergehen erwähnt[2]. Gratian weist allerdings einige Stellen namentlich aus den Kirchenvätern, welche sie als schwere Sünde oder als verboten bezeichnen[3], und einen seiner Herkunft nach unbekannten Kanon auf, nach welchem sie bei Geistlichen mit Absetzung, bei Laien mit dem Anathem bestraft wird[4], aber erst Gregor IX. hat eine dieselbe unter Zwangsbusse stellende Anordnung erlassen, und dieser durch ihre Einverleibung in seine Dekretalensammlung den Charakter eines allgemeinen Kirchengesetzes gegeben[5].

Auch in Betreff des Meineides, einschliesslich des falschen Zeugnisses, fliessen die Quellen dieser Periode verhältnissmässig spärlich. Allerdings wird in denselben noch während der karolingischen Zeit mehrfach davon gehandelt[6], indessen von da ab bis Gratian geschieht des Meineides nur selten Erwähnung[7]. Dies erklärt sich wohl daraus, dass an sich an der gemeinrechtlichen Strafbarkeit des durch die zehn Gebote verbotenen Meineides und der Geltung der denselben unter Strafe stellenden Kanonen der älteren Kirche[8] kein Zweifel bestehen konnte. Gratian bietet dagegen ein reiches Material, indem er namentlich die früheren Konzilien[9], sowie einzelne fränkische[10],

III. 1159—81, J. L. n. 13855 in c. 4 X de raptor V. 17, welches für den Raub christlicher Frauen und Kinder durch Sarazenen Geld- und Prügelstrafe, und bei hinzukommender Tödtung und Verstümmlung der Geraubten, Auslieferung der Schuldigen an die weltliche Gewalt zu härterer Bestrafung anordnet. Das Leg. K. Valladolid 1322 c. 23, M. 25, 721 setzt auf den Raub von Christen durch Christen und Verkauf und Überlassung derselben an Sarazenen, exc. l. s., auch nach der Absolution Verlust des kirchlichen Begräbnisses, sowie Unfähigkeit der Descendenten bis zum dritten Grad zum Klerikalstand und zu den kirchlichen Benefizien.

[1] Selbst in den Beichtbüchern wird derselben nicht gedacht, denn das Bigotian. VIII. 4; Cummean. X §. 7, Wasserschleben Bussordnungen S. 459. 485 und Casinense c. 72, Schmitz, Bussbücher S. 414 erwähnte blasphemare bedeutet: üble Nachrede, nicht Gotteslästerung.

[2] Die Erklärung dafür liegt wohl darin, dass sie sich in früheren Zeiten gewöhnlich zugleich als Ketzerei darstellte.

[3] c. 4 (Gregor I.) Dist. XXII (hier die Blasphemie gegen den h. Geist als nicht vergebbare Sünde bezeichnet); c. 10 (Hieronym.) C. XXIV qu. 3; c. 13 (Pelag I.) C. XXIV qu. 3. Dagegen erklären c. 5 (Ps. Isid.) C. XXV qu. 1 u. c. 15 (Hieron.) C. XXXIII qu. 5 das Zuwiderhandeln gegen die canones und gegen das Wort Gottes für Blasphemie.

[4] c. 10 (Ps. Pius) C. XXII qu. 1.

[5] c. 2 X de maled. V. 26, S. 113 n. 4. Übrigens weisen auch die V compilationes antiquae keinen dem des liber X entsprechenden Titel auf. Von späteren Partikularkonzilien verschärft Ravenna 2311 c. 27, M. 25, 471 die Strafe noch durch die unter allen Umständen eintretende interdictio ingressus für einen Monat; Benevent 1378 c. 3, M. 16, 620 durch Exkommunikation und Geldstrafe.

[6] Admon. gen. 789 c. 63, Bor. 1, 58 (c. 14 C. XXII qu. 5, Unfähigkeit der Meineidigen zum Zeugniss sowie zum gerichtlichen Eide und zur Eideshülfe); Theodulf v. Orleans u. 797 c. 26, M. 23, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1, periurium Busse, event. Exk.) u. c. 27 (periurium u. falsches Zeugniss, Busse event. Exk.); eiusd. cap. II p. 1014 (für beides 7 Jahre Busse); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 37, M. 14, 960 (sciens periurium 7 Jahre Busse); Valence 855 c. 11, M. 15, 9 (Über- und Gegenschwören im Gericht als Meineid mit Busse bedroht); Toucy 860 c. 3, p. 559 (Meineid u. falsches Zeugniss, Busse, ev. Exk.); Troslé 909 c. 11, M. 18, 295 (Busse u. Exk. unter Bezugnahme auf Benediktus Levita und Lerida 524 c. 546 c. 7, Bd. IV. S. 709 n. 3).

[7] Hohenaltheim 916 c. 22. 25, LL. 2, 558 (lebenslängliche Busse im Kloster oder 12jährige härtere ausserhalb desselben bei sciens et voluntarium periurium, dagegen, wenn Jemand inscius seductus necessitatis causa, a domino compulsus falsch geschworen, geringe Busse unter Belegung des Anstifters mit der Strafe des Thäters), c. 24 ibid. (c. 19 C. XXII qu. 5, Bruch des Treueides gegen den König beim Laien Busse und Ausschluss v. Abendmahl bis zur Todesstunde, bei Geistlichen der höheren Weihen Degradation); Leg. Konz. Toulouse 1056 c. 12, M. 19, 849 (Busse, ev. Exk. für periuri); Rheimser Gottesfrieden Calixts II. (für einen Spezialfall der Verletzung eines promissorischen Eides durch Kapläne depositio ab ordine, also Absetzung).

[8] Vgl. Bd. IV S. 703 c. 4; S. 708 n. 2; S. 709 n. 3; S. 807 n. 1; S. 830 n. 10. S. auch die folgende Anm.

[9] c. 12 (can. apost. 25) Dist. LXXXI; c. 11 (Lerida cit.) LXXII qu. 4; c. 7 (Agde 506 c. 7) Dist. L; c. 20 (Agde cit. c. 37) C. XXIV qu. 3; c. 7 (Macon I. 581 c. 17) C. XXI qu. 5).

[10] S. Anm. 6; ferner aus Pseudo-Isidor über die Infamie und Ausschliessung vom Zeugniss

und auch spätere Rechtsquellen [1], benutzt. Dieser Umstand mag es veranlasst haben, dass, während seit dem Ende des 12. und im 13. Jahrhundert die Partikularsynoden [2] vielfach Strafen, namentlich die öffentliche wiederholte allgemeine Exkommunikation gegen Meineidige, einschliesslich der falschen Zeugen, festsetzen, die Dekretalensammlungen, selbst die Gregors IX., keine besonderen strafrechtlichen Titel über den Meineid enthalten, und die letztere nur in anderen Titeln einzelne, denselben gelegentlich behandelnde päpstliche Dekretalen aufweist [3].

Von den Vergehen, welche gegen das Vermögen gerichtet sind, wird der

und von der Anklage c. 9 C. III qu. 1 u. c. 17 C. VI qu. 1; c. 18 (Halitgar. poen.) l. c.

[1] S. 184 n. 7. Vgl. im Übrigen aus Augustin c. 1 C. XXII qu. 2; c. 5. 6. 8. 10 C. XXII qu. 5; c. 3 (Ps. Egbert) c. 4 (Pelag I.) c. 9 (Isidor.) c. 11 §. 1 (inc.) ibid.

[2] Rouen 1190 c. 26, M. 22, 585 (wiederholte öffentliche generelle Exk. derjenigen, welche „in foro ecclesiastico vel saeculari falsum de cetero praestiterint iuramentum in s. ecclesiae laesionem vel cuiuslibet personae exheredationem); York 1195 c. 1, p. 655 (wiederholte generelle Exk. meineidiger Zeugen); Leg. Konz. Dioklea 1199 c. 4, p. 702 (Meineid bei Klerikern Absetzung); London 1200 c. 7, p. 717 (wiederholte öffentliche generelle Exk. der „periuri supra sacramentis"); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 33 p. 1117 (ebenso in Betreff der testes periuri super s. evangelium, vgl. auch c. 32 ibid.); Oxford 1222 c. 50 p. 1234 (das Gleiche in Betreff derjenigen, welche wissentlich falsches Zeugniss ablegen); Schottisches Konzil 1225 c. 69 (ebenso betreffs „testes periuri, per quos aliquis amittit haereditatem aut beneficium ecclesiasticum aut terrenum und wissentlich falscher Zeugen in causa matrimoniali"); Narbonne 1227 c. 6, M. 23, 26. 27 („quicunque in transgressione iuramenti manifeste deprehensus in ecclesia publice denuncietur esse periurus. Quodsi admonitus satisfacere noluerit, tunc excommunicetur candelis et pulsatis campanis singulis diebus dominicis et festivis et denuncietur intestabilis et infamis et nec ad testimonium nec ad alios legitimos actus admittatur. Et idem de falsis testibus", wiederholt Beziers 1246 c. 45, p. 703, Nogaret 1303 c. 7, M. 25, 113; Beziers 1310 c. 9, p. 361; Marciac 1326 c. 15, p. 781); Worcester 1229 c. 20, M. 23, 184 (testes corrupti et corruptores testium, Infamie und Zeugnissunfähigkeit, wiederholte öffentliche Verkündung als infam in der Kirche, ferner für personae viles Prügelstrafe, für andere arbiträre, vom Bischof nach dem Vermögen des Schuldigen festzusetzende Geldstrafe); Tours 1236 c. 12, p. 414. 415 (Prügelstrafe, wenn nicht der Richter eine Ablösung durch arbiträre Geldstrafe gestattet); Worcester 1240 c. 40, p. 539 (testes corrupti, subornatores et compositores als infam, unfähig zum Zeugniss und zu actus legitimi); Ferns 1240 o. 1241, p. 520 (falsche Zeugen und subornatores in Sachen, wo es sich um exhaeredatio handelt, Exk.); Cicester 1246, p. 714 (öffentl. wiederholte generelle Exk. der Zeugen, welche falsches Zeugniss zur Verhinderung der Wirksamkeit gültiger Ehen, und zur Verschleppung von Prozessen ablegen); Lemans 1247, p. 760. 761 (Exk. ipso facto für „qui ad coniungendum vel disiungendum falso matrimonia vel ad exhaeredandum aliquem scienter deponunt falsitatis testimonium"); Leg. K. Breslau 1248 §. 2, de Montbach stat. Wratislav. p. 300 (falsches Zeugniss, Strafe der Leiter, s. S. 43 n. 5, und dann öffentliche Busse, bei Verweigerung Exk., ferner Zeugnissunfähigkeit); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356 (falsches Zeugniss gegen eine schon geschlossene oder zu schliessende Ehe, öffentliche wiederholte generelle Exk. und Strafe der Leiter gegen die Schuldigen); Leg. K. Valladolid 1322 c. 5, M. 25, 699 (exc. ipso facto).

Leg. K. Valence 1246 c. 6—8, M. 23, p. 772 (Einschärfung der Vorschriften der früheren Konzilien und für Bruch des Eides pro pace, pro defensione seu libertate ecclesiae durch Korporationen, Interdikt); Durham 1255, p. 902 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der falschen Zeugen und ihrer Anstifter); Grado 1296 c. 23, M. 24, 1169 (derjenigen, welche zum Schaden des nächsten vor dem päpstlichen oder weltlichen Richter falsches Zeugniss ablegen und andere dazu instruiren oder verleiten); Leg. K. London 1237 c. 29, M. 23, 462. 462 (advocati qui per se vel alios testes subornant vel partes instruunt falsum ponere vel supprimere veritatem, susp. ipso facto ab off. et benef.); Exeter 1281 c. 8, M. 24, 797 (falsche Zeugen über die Erfordernisse der Ordination und Anstifter derselben, exc. ipso facto); Tarragona 1292 c. 4, p. 1107 (Kleriker beim Handeln gegen abgelegte Eide ausser den anderen Strafen auch Geldstrafe von 20 Morabetini ipso facto, wiederholt Tarragona 1329 c. 37, M. 25, 853); Lambeth 1330 c. 10, p. 896 (öffentlich wiederholte Exk. der periuri super sacrosancta); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 232 (Subornation von Zeugen, exc. l. s.); Benevent 1378 c. 12, p. 623 (falsche Zeugen und Gebrauch derselben, Exk. u. arbiträre Strafe).

[3] So c. 10 (Alex. III.) X de iureiur. II. 24 (Absetzung eines Klerikers wegen Bruch eines promissorischen Eides), u. c. 12 (Urban II.) X eod. (meineidige Bischöfe sollen härter als andere bestraft werden). Ein Theil der anderen Dekretalen dieses Titels und desselben tit. (II. 11) in VI hat allerdings insofern für die Feststellung des Thatbestandes des Meineides eine indirekte Bedeutung, als in denselben von der Gültigkeit erzwungener Eide und von Eiden über etwas Unerlaubtes gehandelt wird. Vgl. auch c. 10 X de iud. II. 1, S. 59 n. 2. Das falsche Zeugen endlich wird in einer keine Strafvorschrift enthaltenden Stelle Isidors in c. 1 X de crim. falsi V. 20 erwähnt.

Diebstahl, dessen gemeinrechtliche Strafbarkeit ebensowenig wie die des Meineides mit Rücksicht auf die zehn Gebote einem Zweifel unterliegen konnte, so weit es sich nicht um besondere Qualifikationen dieses Vergehens handelt, in den kirchlichen Rechtsquellen der fraglichen Zeit nicht oft berührt[1]. Auch das Dekretum Gratians enthält wenig eigentliche Strafbestimmungen[2], und von den Dekretalensammlungen weist allein die Gregors IX. einen besonderen, aber nur kurzen Titel auf[3].

Häufiger wird dagegen des Raubes und der Verübung von Räubereien und Plünderungen und zwar sowohl in den karolingischen Rechtsquellen[4] und den Gottesfriedensordnungen[5], wie auch in den Partikular-[6], den päpstlichen[7] und den allgemeinen Konzilien[8] bis zu den Zeiten Gratians gedacht. Das Dekret des letzteren enthält allerdings nur ein dürftiges Material[9], aber bald nach seiner Abfassung haben sowohl

[1] S. aber für die karolingische Zeit Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1013. 1014 (7 Jahr Busse); Rudolf v. Bourges u. 850, M. 14, 960 (5 Jahr Busse); Tribur 895 c. 31, M. 18, 148 (c. 31 C. XIII qu. 2, Versagung der kirchlichen Handlungen für den bei Begehung des Diebstahls getödteten Verbrecher); für die spätere Zeit Coyaca 1050 c. 4, M. 19, 788 (Busse, ev. Exk.); Lillebonne 1080 c. 13, M. 20, 558, c. 19 ibid. p. 561 (Diebstahl der Kleriker, Geldemende an den Bischof); Szaboles 1092 II. c. 13, M. 20, 781 (Kleriker bei kleineren Objekten, wie Gänsen, Hühnern, Äpfeln u. dergl. Prügel, sonst Degradation); Gran 1114 c. 58, M. 21, 110 (Kleriker, Absetzung u. Vermögenskonfiskation, bei Vermögenslosen Verknechtung); London 1200 c. 7, M. 22, 717 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der fures); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (der fores atrociores); Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5; Salzburg 1274 c. 14, M. 24, 140 (Geistlicher wegen furtum carcer episcopalis, offenbar nach Absetzung).

[2] Abgesehen von c. 31 C. XIII qu. 2 cit.; c. 32 ibid. (poenitent. inc.); c. 12 (can. apost. 25) Dist. LXXXI, Bd. IV, S. 739 n. 1); c. 9 (Ps. Is.) C. III qu. 5 u. c. 10 (id.) C. XII qu. 2 (Infamie u. Ausschluss v. Zeugniss u. Anklagerecht) bringt er nur Stellen aus Kirchenvätern, c. 3. 12. 13. 15 C. XIV qu. 5; c. 1 C. XIV qu. 6; c. 10. 11 C. XXXII qu. 4; c. 29 Dist. I. de poen. (sämmtlich von Augustin); c. 11 (Gregor. I.) C. XII qu. 2; c. 3 (id.) C. XIV qu. 6; c. 26 (inc.) Dist. V de consecr. bei, welche allerdings über den Begriff und Thatbestand des Diebstahls handeln.

[3] V. 18 de furtis. Die Quellen der 5 Kapitel sind Exod. XXI. 15 (s. o. S. 183 n. 14), c. 31 C. XIII qu. 2 cit., poenit. Halitgar. (Diebstahl an Esswaaren und Kleidung aus Noth), Hieronymus (über die Haftbarkeit des conscius furti) und die Bd. I, S. 41 n. 2 citirte, die Irregularität betreffende Dekretale Alexanders III. S. übrigens auch c. 10 X de iud. II. 1, S. 59 n. 2.

[4] Hlothar. I. de exped. c. Saracen. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66 (alienarum rerum pervasores et praedones, Busse, ev. Exk.); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 37. M. 14, 960 (5 Jahr Busse); Chiersy 857 c. 9, LL. 1, 482 (Verbot der Räubereien unter Zusammenstellung einer collectio de raptoribus, allerdings wesentlich gegen die Beraubung des Kirchengutes gerichtet); Pistes 862 c. 4, LL. 1, 481 (rapinae et assaliturae domus, öffentliche Busse, event. Exk.); Tousy 860 c. 4, M. 15, 559 (rapinas exercere, Exk.); Rom 871/878 c. 7, Maassen S. 14 (u. gleichlautend Ravenna 877 c. 8 (S. 16 n. 11); Vernens. 884 c. 5 ff., LL. 1, 552 (Busse, ev. Exk.); Tribur 895 c. 31, S. 33 n. 1; Troslé 909 c. 7, M. 18, 283 ff. (Exk.).

Für das 10. Jahrh. vgl. Charroux 989, M. 19, 90 (gewaltsames Wegnehmen von Sachen aus Kirchen, Anathem, sowie Raub von Zug- und Nutzthieren der Landleute und Armen, bei Nichtersatz, ebenso).

[5] Wilhelms v. d. Normandie 1042, M. 19, 598 (depraedationes während der befriedeten Zeiten 30 Jahr Busse im Exil u. Ersatzleistung, sonst Exk.; für den Raub v. Thieren, Geld oder Kleidung, Ersatz u. 7 Jahr Busse, ev. Exk.); Tulujas u. 1065 p. 1041 (Raub v. Vieh, Ersatz, bei Weigerung doppelt, Hälfte an den Bischof, bez. Grafen); Narbonne 1054 c. 21 ff. (rapinae et praedae während der befriedeten Zeiten, Exk. s. c. 26 ff. ibid.); Terouanne 1030/1078, Ztschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. 12, 112 (wie Normandie cit.); Vich 1068, M. 19, 1073 (Raub v. Vieh, Strafen wie Tulujas cit.); S. Omer 1099 c. 4, M. 20, 971, cit. Ztschr. 12, 113 c. 3 (depraedatio von peregrini, also namentlich Wallfahrern u. Kaufleuten, Bestrafung nach dem Herkommen).

[6] Lillebonne 1080 c. 13, M. 20, 558 u. c. 19, ibid. p. 562 (Kleriker für Raub, Geldemenda an den Bischof); Rouen 1096 c. 4, p. 924 (raptores et qui in castris congregantur propter rapinas et domini qui eos retinuerint in castris suis, Exk. u. Interdikt der Territorien der Herren); Oviedo 1115, M. 21, 131 (Wegnahme von gezähmten und ungezähmten Rindern, Exk., ev. 15 Jahr Busse, theilweise im Exil); Rudolf v. Lüttich 1161 c. 1, M. 22, 9 (praedam facere, Personal-Interdikt und Interdikt der Besitzungen des Thäters ipso iure).

[7] Rheims 1049 c. 10, M. 19, 742 (pauperes rapinis vexare, keine best. Strafe); Rom 1059 c. 15, p. 873. 916 (depraedare peregrinos, feminas, pauperes und bona rapere, Exk.); Nismes 1096 c. 11, M. 20, 936 (raptores, die beim Rauben das Leben verloren und nicht mehr gebeichtet haben, Versagung des christlichen Begräbnisses).

[8] Lateran. I., 1123 c. 16, M. 21, 285 (Pilger spoliare rebus, Exk.).

[9] Vgl. ausser den schon vorher citirten, ebenfalls den Raub erwähnenden c. 31. 32 C. XIII qu. 2 u. c. 9 C. III qu. 5, s. Anm. 4, noch c. 13

Eugen III.[1] wie auch Alexander III.[2] neue Verordnungen[3] erlassen, welche zum Theil auch der Dekretalensammlung Gregors IX. einverleibt worden sind. An diese schliessen sich dann noch im 12., sowie im 13. und 14. Jahrhundert eine Reihe von Synoden, welche seitens päpstlicher Legaten abgehalten worden sind[4], mit weiteren Vorschriften an, und gleichzeitig sind ihnen auch die übrigen Partikularkonzilien gefolgt[5]. Besonders ausgezeichnet hat die allgemeine kirchliche Gesetzgebung den Seeraub gegen Christen und die Ausübung des Strandrechts[6] gegen dieselben im Falle eines Schiffbruches, und zwar durch Bedrohung mit der Exkommunikation latae sententiae[7].

In umfassendem Masse ist aber die Kirche mit ihrer Strafgewalt gegen den Diebstahl, den Raub und überhaupt gegen die Verletzung fremden Eigenthums eingeschritten, sofern sich diese Vergehen gegen die Geistlichen und die Kreuzfahrer, sowie gegen die Kirchen richten.

Was zunächst die Geistlichen[8] betrifft, so sind zwar die speziell zum Schutze

(Augustin.) C. XIV qu. 5; c. 1 (August.) C. XIV qu. 6; c. 4 (Ps.-Is.) C. III qu. 4, wobei freilich in Betracht kommt, dass die a. a. O. angeführten Stellen mehrfach zugleich von der widerrechtlichen Aneignung fremder Sachen überhaupt handeln.

[1] c. 2 (1145/1153 J. L. n. 9656) X de raptor. V. 17 (nach welcher bei Räubereien in Rom, wenn die Thäter die Übernahme der Busse und die Rückgabe des Geraubten hartnäckig verweigern, aber im Tode reuig sind, ihnen zwar das Abendmahl gewährt, aber kein Geistlicher sich am Begräbniss betheiligen und für sie Oblationen annehmen darf, sowie die Geistlichen, wenn sie diese Anordnung verletzen oder die Räuber zu Unrecht zur Busse zulassen, abgesetzt werden sollen).

[2] Lateran. III. 1179 c. 24, M. 22, 230 (c. 3 X de rapt. cit. (spoliare rebus suis christianos pro negotiatione vel aliis honestis causis vectos, Exk.) u. c. 27 ibid. (öffentlich wiederholte generelle Exk. derjenigen, welche Räuberschaaren, wie Brabanzonen, Aragonier u. s. w. halten, und Gleichstellung derselben mit den Ketzern).

[3] Vgl. vor. Anm. Die Verordn. Eugens III. hat durch Tilgung der Beziehung auf Rom eine allgemeine Bedeutung erhalten. Abgesehen von c. 2 u. 3 cit. bietet der Titel nur noch in c. 1 das den Raub betreffende Vernens. 884 c. 5, S. 186 n. 4, dagegen handeln die anderen Kapitel von der Verletzung der Kirchen, von Brandstiftung, sowie von Menschenraub u. von der Entführung.

[4] Montpellier 1195, M. 22, 668 (Exk. der aragonischen Räuber-mainatae, d. h. Räuberbanden, und Seeräuber, sowie generelle wiederholte Exk. ihrer Helfershelfer und Beschützer); Avignon 1209 c. 10, M. 22, 789 (öffentliche Exk. derjenigen, welche räuberische Schaaren, wie Aragonier, Brabanzonen u. s. w. halten, ferner c. 16. Exk. d. raptores); Paris 1212 o. 1213 P. V. c. 1, p. 849 (Räuber, Verlust der testamenti factio activa); Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5 (Degradation der Kleriker für rapina); Toulouse 1229 c. 36, M. 23, 202 (für Aufnahme v. latrones, ruptarii und lacinones Ersatzpflicht der von letzteren angerichteten Schäden u. Strafe des Friedensbruchs, c. 40 Raub fremder Sachen Strafe des Friedensbruchs, c. 39 bei furari castra vel villas de his quae tenentur ab ecclesia vel a rege, Vermögenskonfiskation, dem Papst vorbehaltene Exk. und Verweisung über das Meer ohne Recht, in die Besitzungen zurückzukehren); Beziers 1233 c. 26 p. 278 (öffentliche Exk. der raptores); London 1237 c. 18 p. 456 Halten und Beschützen der latrones Exk.); Würzburg 1287 c. 50, M. 24, 862 (spoliatores stratarum et raptores transeuntium per villas, pupillos, viduas et personas alias ausser den weltlichen Strafen, Anathem ipso iure, s. auch c. 25 ibid.); Pressburg 1309 c. 6, M. 25, 220 (depraedationes et disturbationes publicae, exc. ipso facto, Kleriker auch privatio beneficii).

[5] Rudolf v. Lüttich 1161 c. 1, M. 22, 9 (praedam facere, Personal-Interdikt für den Thäter u. Lokal-Interdikt der Besitzungen desselben ipso facto); London 1200 c. 7, p. 717 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der atrociores raptores); Richard v. Salisbury u. 1127 p. 1118 (desgl. für raptores publici, c. 37 latrones publici et praedones); Oxford 1222 c. 20, p. 1158 (Exk. für Halten von Räubern zur Begehung v. Raub und Gestattung des Wohnens derselben); schottisches Konz. u. 1225 c. 50, p. 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der raptores publici et notorii); Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23 (desgleichen); Canterbury 1236 c. 23, p. 423 (ebenso); Beziers 1246 c. 33, p. 699 (dasselbe); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (dasselbe); Salamanca 1335 c. 13, p. 1056 (exc. l. s.). — Leg. K. Ofen 1279 c. 68, M. 24, 306 (vinearum et agrorum dissipatores, depopulatores et destructores, exc. ipso facto); S. Pölten 1284, p. 510 (depopulatores agrorum et vinearum nocturni exc. ipso facto u. öffentliche Verkündung derselben).

[6] Gegen dieses schon Lateran. 1110, M. 21, 9 (Exk.).

[7] Lateran. III. 1179 c. 24 i. f., M. 22, 230 in c. 3 X de raptor. V. 17; ebenso Innocenz III. 1215, M. 22, 1063 (Begünstiger der Seeräuber). Im 14. Jahrhundert ist dieser Fall in die Bulle: In coena aufgenommen, Urban V. Apostolatus v. 1363 §. 2 u. Gregor XI.: Excommunicamus v. 1372 §. 2, bull. Taurin. 4, 520. 540.

[8] Pistes 862 c. 4, LL. 2, 481 (Busse, ev. Exk.); Narbonner Gottesfrieden 1054 c. 15, M. 19, 830

ihres Gutes gegebenen Strafnormen wesentlich von den päpstlichen und von den Partikular-Synoden, und zwar vor Allem zahlreich erst von den letzteren seit dem 13. Jahrhundert, nicht aber durch die allgemeine Gesetzgebung der Kirche erlassen[1], indessen ist zu beachten, dass nicht nur die allgemeinen Strafandrohungen gegen Diebstahl und Raub[2] ebenfalls für die gegen ihr Vermögen gerichteten Delikte galten, sondern dass auch eine etwaige bei Begehung derselben gegen sie geübte gewaltsame

(aliquid apprehendere ex bonis clericorum, monachorum, sactimonialium vel rapiendo auferre, Exk., s. c. 26 ff. ibid.); päpst. K. Rom 1059 c. 15, p. 873. 916 (depraedare clericos, monachos et eorum bona rapere, Exk.); S. Omer 1099 c. 3, M. 20, 911 (spoliatio der Bischöfe, Äbte, Kleriker und Mönche, vindicta); päpstl. K. Clermont 1095 c. 31 p. 818 (Geistlicher, welcher res episcoporum et clericorum bei Lebzeiten oder beim Tode derselben diripiat vel in usus proprios auferat, Anathem, in c. 46 C. XII qu. 2 in das invadere durch Laien verändert); Leg. K. Poitiers 1100 c. 15, p. 1124 (Kirchenvögte, welche Sachen des Bischofs bei dessen Lebzeiten oder nach seinem Tode an sich reissen, Exk.); päpst. K. Toulouse 1119 c. 4, M. 21, 227 (diripere et tenere domus et bona episcopi deficientis et clericorum, Exk. als sacrilegi); päpst. K. Clermont 1130 c. 3, p. 438 (direptio der bona verstorbener Bischöfe u. Kleriker, Exk., wiederholt päpstl. K. Rheims 1131 c. 3, p. 458 und allg. K. Lateran. II. 1139 c. 5); allg. K. Lateran. I. 1123 c. 20, M. 21, 286 (clerici und monachi sollen hinsichtlich ihrer Sachen tuti sein, bei nicht rechtzeitiger Ersatzleistung Exk.); Odo v. Toul 1192 c. 1. 2, s. unten S. 190 n. 6; Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 23, 1132 (generelle Exk. derjenigen, welche etwas aus den Häusern der Bischöfe und anderer Geistlichen gegen deren Willen auferunt vel consumunt vel iniuriose tractant); Chateau Gontier 1231 c. 23, M. 23, 238 (Anstiftung von verworfenen Personen zur depraedatio der bona und homines clericorum durch tyranni, Haftung der letzteren für den Schaden); Canterbury 1236 c. 41, p. 428 (invasio der possessiones clericorum et religiosorum durch weltliche Beamte, Interdikt über die Besitzungen, bei Hartnäckigkeit Exk.); Trier 1238 c. 2. 3, p. 479 (über Orte, wo der praedo oder der Abkäufer desselben die praeda aus dem Gute kirchlicher Personen und Institute hinbringt, Interdikt; für den Räuber bei Hartnäckigkeit Exk. und gegen die Ländereien des Oberherrn desselben, welcher ihn nicht zur Restitution zwingt, ebenfalls das Interdikt); Mainz 1261 c. 38, p. 1093 (Interdicirung der Orte und Städte, in welche das Spolium oder die praeda spiritualium gebracht ist); Cognac 1261 c. 1, p. 1107 (interdictum ambulatorium ipso facto für die erwähnten Orte und für die invadentes und occupantes von Sachen der Kirchen und Geistlichen); Köln 1266 c. 4, p. 1136 (praedones, raptores, invasores bonorum ac rerum ecclesiarum et ecclesiasticarum personarum, eorum receptatores, adiutores, praedarum emptores bei Nichtrestitution auf Ermahnung öffentlich zu verkündende Exk. ipso facto — und diese auch für nobiles und andere, wenn sie das gedachte Vergehen aus Anlass von Kriegs- und anderen Zügen begehen c. 6 ibid.; ferner Interdikt ipso facto über Orte, wohin die geraubten Sachen der Kleriker hingebracht sind, oder wo sich der Käufer derselben aufhält, und zwar auch nach Entfernung des letzteren oder der Sachen noch für 2 Monate, sofern der Aufenthalt länger als 3 Tage gedauert hat und in der Zwischenzeit keine Genugthuung geleistet ist; für die Beraubung eines Klerikers durch einen anderen dieselben Strafen wie für eine derartige percussio, s. c. 31 ibid., S. 181 n. 4; Leg. K. Bremen 1266, p. 1158 (Interdikt über Orte, wohin gewaltsam den Klerikern abgenommene Sachen gelangt sind); Seyne 1267 c. 10, p. 1282 (Okkupation, Usurpation und Belästigung der Güter geistlicher Personen, Exk. ipso facto); Wien 1267 c. 5, p. 1171 (Interdikt über Orte, wo res clericorum violenter ablatae aufbewahrt werden); London 1268 c. 13, p. 1231 (Exk. ipso facto für consumere, auferre, contrectare von Sachen in Häusern, Gütern, Grangien und anderen Orten, welche Bischöfen und geistlichen Personen gehören, ohne Willen der letzteren oder der Verwalter derselben); Avignon 1279 c. 1, M. 24, 233 (Belästigung und Beraubung der Güter der geistlichen Personen, bei nicht innerhalb 3 Tagen erfolgter Satisfaktion exc. ipso facto, nach weiteren 3 Tagen Interdikt ipso facto und Verkündigung dieser Strafen, generell oder unter Nennung der Namen durch die ganze Provinz nach Belieben des Ordinarius); vgl. weiter Macon 1286 c. 2, p. 613; Nogaret 1290 c. 8. 9, M. 24, 1069; Bremen 1292, p. 1095; Leg. K. Würzburg 1287 c. 25; p. 860 (Beraubung der Nuntien des Papstes, der Erzbischöfe und Bischöfe, exc. ipso facto); Pressburg 1309 c. 4, M. 25, 218 (für invasio und occupatio von Gütern der Kirchen, frommer Institute und Geistlichen ausser Exk. auch Entbindung der Vasallen vom Treueid und Interdikt). S. ferner noch Trier 1310 c. 2—4. 6, M. 25, 248; 1326 c. 11. 12, p. 748. 750. Übrigens erwähnen einzelne dieser Konzilien auch zugleich der Beraubung der Kirchen, s. folg. S.

Speziell gegen das Spolienrecht richten sich ausser den schon oben citirten Konzilien v. Toulouse 1119 c. 4, Clermont 1130 c. 3, Lateran. II. 1139 c. 5 noch Köln 1266 cit. c. 7 p. 1138 (gegen Laien jeden Standes und jeder Würde, welche sich de bonis clericorum sive in vita sive in morte intromittant Exk. ipso facto, bei Verharrung in derselben während eines Monats, Strafen wie gegen die ecclesiae invasores); Leg. K. Ofen 1279 c. 49, M. 24, 294 (interdictio ingressus ecclesiae und participationis sacramentorum ipso iure bis zur Restitution); Leg. K. Würzburg 1287 c. 26, p. 861 (exc. ipso facto).

[1] S. die vor. Anm.

[2] S. o. S. 186.

Handanlegung sich immer zugleich als das durch das privilegium canonis geschaffene Vergehen der percussio clericorum[1] darstellte[2].

Nur von der allgemeinen kirchlichen Gesetzgebung sind die besonderen Strafvorschriften gegen die Antastung der Güter und des Vermögens der Kreuzfahrer und zwar von dem Gesichtspunkt aus, dass das Vergehen eine Verletzung des ihnen gewährten päpstlichen Schutzes bildet[3], erlassen[4].

Dagegen hat die Kirche in viel ausgedehnterem Umfange als zum Schutze von Hab und Gut der Geistlichen zum Schutze des kirchlichen Gutes im weitesten Sinne von ihrer Strafgesetzgebung Gebrauch gemacht. Das allgemeine 2. Konzil von Nicäa[5], die karolingischen Kapitularien und Konzilien[6], die von den Päpsten im 9. Jahrhundert abgehaltenen Synoden[7], später die Partikularsynoden bis in das 12. Jahrhundert hinein[8], die Gottesfriedensordnungen[9], die Legaten-, päpstlichen

[1] Bd. I. S. 119.

[2] Aus diesem Grunde erklärt es sich, dass das Dekret Gratians und die Dekretalensammlungen, die Verletzungen der Geistlichen in Bezug auf ihr Vermögen so gut wie gar nicht, s. aber c. 21 §. 2 C. XVII qu. 4 u. c. 46 C. XII qu. 2 cit. behandeln.

[3] Vgl. §. 277.

[4] S. Clermont 1095, M. 20, 827.820; Lateran. I. 1123 c. 11, M. 21, 284; Lateran. IV. 1215 M. 22, 1063; Lyon 1245 c. 17, M. 23, 630. Von ihnen droht Lateran. I. c. 11 für das distrahere et auferre bona die Exk., die anderen aber nur censura ecclesiastica an. Im 14. Jahrhundert finden sich auch Strafvorschriften gegen die Beraubung der Rompilger und derjenigen, welche zur römischen Kurie reisen, s. S. 179 n. 3 u. S. 182 n. 2.

[5] Von 787 c. 13, M. 13, 753 (c. 5 C.XIX qu. 3, Restitution der widerrechtlich in grössere Gebäude umgewandelten Kirchen und Klöster bei Strafe der Deposition für Geistliche, der Exk. für Laien und Mönche).

[6] Cap. 769 c. 18, S. 14 n. 2; Cap. Francica u. 803? c. 4, Bor. 1, 336 (subtrahere des kirchlichen Eigenthums, namentlich der Oblationen, Zehnten u. s. w. Exk.); Mainz 847 c. 6, wiederholt Mainz 852 c. 2, Bor. Kr. 2, 177 (inhoneste tractare et infringere possessiones dei consecratas, Exk.); Epernay 846 c. 24, LL. 1, 390 (Einschreiten gegen depraedatores et oppressores ecclesiarum et rerum ad easdem pertinentium angeordnet); Valence 855 c. 8, M. 15, 7. 8 (invadere, exspoliare praedia et possessiones ecclesiarum u. c. 9: ablatio dotum et possessiuncularum ecclesiarum Exk.); Chiersy 857 c. 9, S. 186 n. 4; Toucy 864 c. 4, M. 15, 559 (subtrahere et diripere res ecclesiarum, Busse, ev. Exk.); Pistes 862 c. 4, LL. 1, 481 (ablatio sacrarum rerum und rapinae gegen die Kirchen, Busse, ev. Exk.); Fismes 881 c. 5, M. 17, 541 (praedare res pauperum et ecclesiarum, Exk.); Mainz 888 c. 6, M. 18, 66 (res, facultates ecclesiarum, monasteriorum et xenodochiorum subtrahere, Exk.) u. c. 11 ibid. (vexatio praediorum usibus secretorum coelestium dicatorum, entnommen aus Ps. Isid. Urban I. c. 5 ed. Hinschius p. 145, auch c. 13 C. XVII qu. 4, ausser Exk. noch Infamie und carcer infernalis oder exilium); Vienne 892 c. 1 u. 3, M. 18, 121 (iniusta invasio et possessio rerum ecclesiasticarum, Exk.); Tribur 895 c. 7, M. 18, 136 (res ecclesiae rapere et auferre, 3 Jahre Ersatz und bischöflicher Bann, s. §. 279); Troslé 909 c. 4, M. 18, 272 (res ecclesiae sacratas auferre, possessiones ad ius ecclesiae pertinentes vel aliquid ecclesiae consecratum vel donatum tollere, invadere, fraudare, rapere, Infamie, öffentliche Busse, event. Anathem) u. c. 14 ibid. (res ecclesiasticas invadere beim Tode des Bischofs quasi episcopi proprias, Exk.).

[7] Rom 871/878 c. 5 (Maassen S. 13), ebenso Ravenna 877 c. 5, M. 17, 338 (c. 21 §. 3 C. XVII qu. 4, ecclesiam dei violare et aliqua inde abstrahere, kleiner Bann, ev. Anathem); Troyes 878 c. 3, p. 349 (päpstliche Exk. der unbussfertigen pervasores rerum ecclesiasticarum); vgl. ferner das von Johann VIII. daselbst erlassene Spezialgesetz über das Sakrilegium, s. S. 37 n. 2 u. c. 21 pr. C. XVII qu. 4. S. auch die Einzelentscheidungen von Nikolaus I. 868—67, J. L. n. 2840 in c. 17 C. XII qu. 2 (für nefariae invasiones et depraedationes violentae des kirchlichen Besitzthums und arreptio des Altars, der Abendmahlgefässe u. des Chrisma zu profanem Gebrauch (siebenjährige Busse) u. 862, J. L. n. 2697, M. 15, 343 (c. 22 C cit., Invasion u. Direption der res semel deo contributae atque dicatae, Exk.).

[8] Hohenaltheim 916 c. 11, LL. 2, 556 (Christi et ecclesiae pecunias et res abstrahere, Strafe des Sakrilegs); Poitiers 1000 c. 1, M. 19, 267 (infractio ecclesiarum, Exk.); Leon 1012 c. 4, p. 337 (rapere ab ecclesia infra coemeterium, Strafe des Sakrilegs); const. eccles. Stephan reg. Hung. u. 1016 c. 1, p. 368 (Wiederholung v. Mainz 847 c. 6 cit., s. Anm. 6); S. Giles 1050 c. 2, p. 843 (Raub von Sachen in den Kirchen u. im Umkreise v. 30 Schritt, Exk.); Oviedo 1115 c. 3, M. 21, 132 (S. 49 n. 9); Rheims 1157 c. 2, p. 843 (res ecclesiasticas vexare et lacerare, animadversio canonica).

[9] Elne 1027, M. 19, 483 (invadere res ecclesiarum et monasteriorum, Exk.); Narbonne 1054 c. 11. 26 ff., p. 830 (infringere ecclesiam, mansiones in circuitu ecclesiae, violenter auferre aliquid ex omnibus quae sunt infra XXX passus ecclesiae, Exk., s. auch c. 16 ibid.); Tulujas u. 1065, M. 19, 1045 (infringere ecclesiam, cimeteria, sacraria, XXX passuum in circuitu eccle-

und die allgemeinen Synoden[1] weisen darauf bezügliche Vorschriften auf. Gratian bietet ebenfalls ein ausreichendes, freilich zum Theil falschen Quellen[2], zum Theil aber auch gerade der hier besprochenen Periode angehöriges Material[3]. Die Gregorische Dekretalensammlung, welche bei der Vollständigkeit des Dekrets der fraglichen Delikte nur gelegentlich gedenkt[4], weist aber andererseits eine durch ihre Aufnahme zum allgemeinen Gesetz erhobene Dekretale Cölestins III. (1191—98) auf, welche die Strafe für den mit Einbruch verbundenen Kirchenraub dadurch verschärft, dass sie dem Papst die Absolution von der eintretenden Exkommunikation vorbehält[5]. Endlich haben sich auch die Partikularkonzilien[6] seit dem Ende des 12. Jahrhunderts

siae, Bussleistung an die Kirche u. Komposition für Sakrileg an den Bischof); Vich 1068 p. 1073 (invadere ecclesiam, spatium aut mansiones quae in circuitu usque ad XXX passus sunt, doppelte Restitution des Schadens und Komposition für Sakrileg an den Bischof); S. Omer 1099 c. 1. 2, M. 20, 970, Ztsch. d. Savigny-Stiftg für Rechtsgesch. 12, 113 (infringere ecclesiam et atrium, invasio terrarum ecclesiae, 9 Pfund Busse und Ersatz c. 12 ibid.); Teroanne nach 1119 c. 4, cit. Zeitschr. 12, 116 (invasio u. devastatio terrarum ecclesiae, keine bestimmte Strafe).

[1] Leg. Konz. Toulouse 1056 c. 8, M. 20, 848 (Zurückhaltung von Abteien durch Laien zum eigenen Nutzen, Exk. und ebenso c. 11 für Wegnahme der zur dos der Kirchen bestimmten Allodien); Rom 1059, p. 873 (c. 6 C. XVII qu. 4, Einbrechen in Kirchen und Kapellen und ihren Umkreis v. 60, bez. 30 Schritt, und Sachen abstrahere, Exk.); Rom 1078 c. 1, M. 20, 509 (c. 4 C. XII qu. 2, invadere praedia ecclesiastica, Exk.) u. c. 10 ibid. (Usurpation der praedia s. Petri zum Eigenthum oder Nichtanzeigen der wissentlich verhehlten, Strafe des Sakrilegs und 4fache Busse); päpstl. Konz. Nismes 1096 c. 6, p. 935 (Laien, welche der Kirche Oblationen, Zehnten und terrae vorenthalten, Exk.) u. c. 5 ibid. (invadere u. violare res episcopii beim Tode des Bischofs durch tyranni, Interdikt über die Kirchen der Diöcese); Leg. Konz. Poitiers 1100 c. 14, p. 1121 (Laien, die Antheile von Oblationen und Vermächtnissen für sich erheben, Exk.); päpstl. Konz. Toulouse 1119 c. 4, M. 21, 227 (diripere et tenere primitias, oblationes et coemeteria, Exk. als sacrilegus); päpstl. Konz. Rheims 1119 c. 3, p. 235 (auferre, invadere, potestate tyrannica detinere possessiones ecclesiae, Exk.); allgem. Konz. I Lateran. 1123 c. 8 p. 283 (Invasion und gewaltsame Retention der päpstlichen Stadt Benevent, Anathem), c. 14 (in c. 14 C. X qu. 1, Wegnahme der Oblationen von den Altären der Kirchen durch Laien, Exk.) u. c. 20 (Verbot der Angriffe und Beeinträchtigungen der Kirchen und ihrer Güter); Leg. Konz. London 1138 c. 11, p. 513 (usurpare res mobiles et immobiles ecclesiarum); päpstl. Konz. Rheims 1148 c. 6, p. 715 (Kirchenvögte, welche vom Kirchengut etwas usurpiren, Versagung des christl. Begräbnisses); ibid. c. 1 p. 718 (invadere, diripere, depopulari, distrahere res ecclesiasticas, Exk.).

[2] So namentlich aus Pseudo-Isidor s. c. 1. 5—7. 10 C. XII qu. 2 u. c. 12. 13. 15. 18 C. XVII qu. 4; aus Benedikt Levita c. 3 C. XII qu. 3.

[3] S. die vorhergehenden Anmerkungen; ausserdem ist vertreten ein Pönitentiale c. 2 C. XVII cit., ferner Gregor. I c. 2 ibid. u. c. 8 C. XII qu. 2 und Pelagius I. c. 2 ibid.

[4] c. 2 (Eugen III.) X de raptor. V. 17 (violatio ecclesiarum), s. des Weiteren S. 187 n. 1 u. 3, u. c. 7 (Ps. Is.) X de R. J. V. 41.

[5] c. 22 X de sent. exc. V. 39.

Speziell zum Schutze der Besitzungen der römischen Kirche, also des Kirchenstaates und der von derselben zu Lehn gehenden Länder sind im 14. Jahrhundert gegen die Okkupanten und Detinenten päpstliche Verordnungen, welche exc. ipso facto und Interdikt über die Länder der Schuldigen, sowie Verlust aller Lehne der Kirchen androhen, erlassen, s. die Konstitutionen Clemens' VI.: Etsi volentes v. 1346, Innocenz' VI. c. 1355: Debemus u. Licet disponentes, bull. Taurin. 4, 484. 510. 513, welche dann in die Bulle: In coena domini übergegangen sind, Const. Urbans V. 1363 §. 2 u. Gregors XI.: Excommunicamus §§. 9. 10. ibid. p. 520. 540. Endlich gehört auch hierher const. Bonifacii IX.: Caeca v. 1390, ibid. p. 604, welche die Okkupation von Gütern der päpstlichen Kammer mit der poena dupli und bei einem Werth über 10 Goldgulden mit der dem Papst vorbehaltenen Exc. ipso iure, Verlust aller Kirchenämter und Unfähigkeit zu solchen ipso iure, bei Laien mit Konfiskation aller Lehne und Güter im Kirchenstaat und in den Besitzungen der Kirchen, der Lehne zu Gunsten der Lehnsherren, der Güter zu Gunsten der Kammer, bedroht.

[6] Odo v. Toul 1192 c. 1 u. 2, M. 22, 649 (an Orten, durch welche etwaige der Kirche oder dem Geistlichen zu Unrecht entzogene Güter gebracht werden, während der Zeit der vorübergehenden Durchbringung Interdikt, an denjenigen aber, wo sie ganz oder zum Theil aufbewahrt oder verkauft oder sonst weggegeben werden, abgesehen von der Exk. der raptores u. emptores Interdikt bis zur Restitution und Satisfaktion, während dessen Unschuldigen zwar das Sakrament der Beichte und das Viatikum, nicht aber das Begräbniss im Vorhof der Kirche gewährt werden darf; falls Fürsten und Edle des Landes per violentiam bona diripuerint, aber Interdikt über ihr ganzes Territorium), ibid. c. 5 (gewaltsame Wegnahme der den Klöstern gehörigen Ochsen und Karren durch die weltlichen Herren, Exk. auch für die-

bemüht, und zwar manche sogar durch Androhung härterer Strafen als früher, die Beeinträchtigungen des Kirchenguts möglichst zu unterdrücken.

jenigen, welche ihnen in Kenntniss der Wegnahme Lasten zur Beförderung geben, sowie Interdikt über die Orte, wo die Lasten hingebracht werden); Leg. Konz. Dioklea 1199 c. 9 M. 22, 704 (iniuste detinere thesauros ecclesiae, Exk.), Theodor v. Utrecht 1209 p. 805 (rapere vel detinere per violentiam bona ecclesiae vel ecclesiasticae personae ad ecclesiam spectantia bei Nichtrückgabe Exk. und öffentliche Verkündung derselben, event. über die Kirche des Aufenthaltes des Schuldigen Interdikt, dann Verkündung der Exk. im ganzen Dekanat, schliesslich Ermahnung des Herrn und event. Interdikt über diesen, bei subtrahere vel detinere praebendas fratrum durch Kanoniker, Exk. und Entziehung der Einkünfte, ev. ipso iure Verlust der Dignität und Präbende); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1131. 1132 (generelle Exk. derjenigen, qui malitiose ecclesias suo iure privare praesumunt); Oxford 1222 c. 1, p. 1150 (dasselbe); schott. Konz. 1225 c. 33 p. 1230. 1231 (öffentliche Verkündung der ipso facto der Exk. verfallenden invasores et perturbatores possessionum ecclesiasticarum, s. auch c. 50: öffentliche, wiederholte generelle Exk. der ecclesiae fractores u. der laici detinentes, invadentes, fraudantes et auferentes possessiones ecclesiasticas); Leg. Konz. Toulouse 1229 c. 39, M. 23, 203 (s. o. S. 187 n. 4.) Trier 1238 c. 2. 3 (s. o. S. 187 n. 8); Cognac 1238 c. 2, M. 23, 487 (Orte, wo res ecclesiae hingebracht werden, Interdikt und wenn der Herr, bez. Beamte desselben nicht den Reinigungseid über den Nichtbesitz oder die Nichtmöglichkeit, die Sache zu restituiren leistet, Exk.); Leg. Konz. Tarragona 1239 c. 12. 15, M. 23, 515. 516 (Exk. für gewaltsame bewaffnete Invasion, Deprädation u. Aneignung von res ecclesiasticae, homines ecclesiarum et res locorum religiosorum einschliesslich der fautores et receptatores malefactorum und Versagung des christlichen Begräbnisses für die malefactores principales, wenn sie zwar mit Absolution, aber ohne entsprechende satisfactio gestorben sind, bis diese von den Erben geleistet wird), endlich auch Interdikt über die Orte, wo sich die ersteren befinden); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (gener. Exk. derjenigen, qui possessiones ecclesiasticas invadere, ad bona ecclesiastica manus iniuste extendere, aliquid de iisdem bonis auferre, consumere vel incuriose contractare praesumpserint[a]); Cicester 1246, p. 714 (wiederholte öffentliche generelle Exk. derjenigen, qui ecclesias suo iure malitiose privant); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach, stat. Wratislav. p. 300 (violenter et indebite occupare decimas, possessiones ac alia bona ecclesiarum et ecclesiasticorum virorum, Exk., event. Interdikt über die Besitzungen der Thäter, schlimmstenfalls Angehen der Oberlehensherrn und bei Nachlässigkeit derselben Exk. oder Interdikt über ihre Länder); L'Isle (Arles) 1251 c. 9, M. 23, 797 (ipso facto Exk. für eigenmächtige Pfändung von Pfründen u. gewaltsame Invasion oder Okkupation der Güter derselben); Westminster 1253, bestätigt von Inocenz IV. 1251, Potthast reg. n. 15534, M. 23, 819 (Exk. ipso facto für diejenigen, qui scienter et malitiose ecclesias pervaserint vel spoliant iure suo); Cognac 1255 c. 27, p. 872 (gener. Exk. derjenigen, qui suam matrem ecclesiam diminuunt, eius redditus et alia iura parochialia retinendo) u. c. 28 (Exk. ipso facto für saziare vel occupare ecclesias, prioratus, domus, possessiones); Durham 1255, p. 902 (gener. Exk. derjenigen, welche malitiose ecclesias suo iure privare praesumpserint aut invadere aut ad bona ecclesiastica manus extendederint und detinent occupatas ecclesias et ecclesiastica beneficia per violentiam); Roffec-Bordeaux 1258 c. 2, p. 984 (öffentliche Bekanntmachung der Exk. ipso facto derjenigen, qui infringunt ecclesias, rapiendo bona contenta ibidem, bei Satisfaktion doppelter Schadenersatz); Montpellier 1258 c. 1, p. 990 (Exk. ipso facto u. öffentliche Verkündung derselben, auch in anderen Diöcesen, für temere invadere, occupare bona ecclesiastica, rapere res ecclesiarum seu monasteriorum); Lambeth 1261 p. 1068 (invadere bona ecclesiastica, Verkündung der exc. ipso facto, und eventuell auch Interdikt über die Besitzungen und Aufenthaltsorte der Thäter, für spoliare ecclesias possessionibus Anathem in forma iuris und alle Strafen des Sakrilegs); Cognac 1261 c. 1 (S. 187 n. 8); Köln 1266 c. 2, p. 1136 (effractores ecclesiarum et monasteriorum, exc. l. s., Verkündung derselben, eventuell Interdikt über die Besitzungen, vgl. auch c. 4. 6 ibid., S. 187 n. 8); Seyne 1267 c. 8. 10, p. 1181 (Okkupation von kirchlichen Gütern, Exk.); Chateau Gontier 1268 c. 1, p. 1261 (indebite occupare aut invadere ecclesias, prioratus, domos, possessiones et alias res ecclesiasticas, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 6, M. 25, 1074, hier auch Lokalinterdikt); Compiegne 1270, M. 24, 13 (invasores bonorum ecclesiasticorum, Anathem und Interdikt über die Orte, wo sich die geraubten Sachen oder die Thäter befinden); Rennes 1273 c. 4. 5, p. 35 (exc. ipso facto und Interdikt über die Aufbewahrungsorte); Avignon 1279 c. 1, p. 232 (sehr ausführlich, Strafen: exc. ipso facto, Verkündung derselben in der ganzen Provinz und Interdikt); Leg. K. Ofen 1279 c. 62. 53, p. 275 (ebenfalls sehr ausführlich, Strafen: exc. ipso facto und Verkündung derselben); Aquileja 1282, qu. 435 (gleichfalls sehr speziell, Strafen: exc. ipso facto und Interdikt über die Ländereien von Kommunen); S. Pölten 1284, p. 514 (Usurpation von Kirchenlehnen, exc. ipso facto und Verkündung derselben); Macon 1286 c. 2, p. 613 (ähnlich); Leg. K. Würzburg 1287 c. 20, p. 857 (Usurpation, Okkupation und widerrechtliche Zurückhaltung des Kirchenguts, Anathem l. s. und Interdikt ipso facto über die Besitzungen der Thäter); Mailand 1287 c. 13, p. 876 (sehr ausführlich, Geistliche exc. ipso facto und eventuell privatio omnium beneficiorum ipso iure, Laien exc. l. s. und eventuell Interdikt); Aschaffenburg 1292 c. 25, p. 1093 (Anathem ipso facto); Magdeburg 1315 c. 13, M. 23, 1163 (res ecclesiarum

Das Vergehen der Unterschlagung findet sich nur selten erwähnt. Namentlich wird derselben in Bezug auf Laien [1], sehr vereinzelt, nicht so selten, insbesondere seit dem 13. Jahrhundert, soweit sie sich als Amtsverbrechen der Geistlichen hinsichtlich der kraft ihrer Stellung in ihre Hand gelangenden Kirchengüter und kirchlichen Einkünfte darstellt [2], gedacht. Gratian bringt in Betreff dieses Vergehens ebenfalls blos ein wenig umfangreiches Material bei [3], und von den Dekretalensammlungen weist allein die Clemens' V. eine (möglicherweise auf dem Konzil Vienne 1311 erlassene) Anordnung auf [4].

et personarum ecclesiasticarum spoliare, diripere, invadere, Exk., Verkündung derselben in der ganzen Provinz, Interdikt über die Orte, wo die Thäter ihren Sitz oder ihren Aufenthaltsort haben, und interdictum ambulatorium über diejenigen Orte, wo sie hinkommen oder den Raub hinbringen mit Ausnahme der Kathedralstädte) c. 14 ibid. (Patrone, welche nach dem Tode der Geistlichen die dos der Kirche und die letztere überhaupt spoliiren, ausser censura ecclesiastica Verlust des Präsentationsrechtes für den Vakanzfall), c. 15 ibid. (Vögte, welche das Kirchengut berauben, exc. ipso facto). Vgl. weiter Nogaret 1290 c. 11. 12, M. 24, 1071; Grado 1298 c. 28 p. 1170; Nogaret 1303 c. 19, M. 25, 116; Köln 1310 c. 6, p. 237; Trier 1310 c. 2. 111. 112, p. 248. 277; Ravenna 1310 c. 26, p. 469; Bergamo 1311 c. 11, p. 485 (sehr ausführlich); Ravenna 1314 c. 17, p, 548; Senlis 1318, p. 630; Leg. K. Valladolid 1322 c. 17, p. 713; Tarragona 1329 c. 23. 29, p. 845 u. 1332 c. 2, p. 936; Benevent 1331 c. 23. 24, p. 946; Salamanca 1335 c. 5. 8, p. 1050; Aquileja 1339 p. 1115. 1166; Noyon 1344, M. 26, 1; Magdeburg 1344, p. 13; Toledo 1347 c. 2, p. 123; Leg. K. Padua 1350 p. 223; Beziers 1351 c. 2, p. 244; Angers 1365 c. 24, p. 436; Lavaur 1368 c. 105—107, p. 528; Narbonne 1374 c. 17, p. 601; Benevent 1378 c. 7. 23. 24, p. 622. 630; Salzburg 1386 c. 9. 12 p. 729.

London 1343 c. 14, M. 25, 1180 (Laien, welche sich das Gras und die Bäume auf Kirchhöfen aneignen, Exk. und öffentliche Verkündung derselben).

Trier 1310 c. 64, M. 25, 264 (eigenmächtiger Verkauf und Verpfändung von Kelchen, und Kirchengeräthen, Geistliche der höheren Weihen susp. ipso facto, andere und Laien exc. l. s., Geistliche bei Verpfändung auch Verlust ihrer Forderungen); Benevent 1378 c. 4, M. 26, 621 (Stehlen der gedachten Sachen aus Kirchen und Kapellen exc. l. s.); ibid. c. 27, p. 631 (Stehlen von Urkunden aus den Akten der Kirche exc. l. s.).

Tours 1282 c. 4, M. 24, 470 (Geistliche, welche Kelche, Kreuze, Bücher, Reliquien und sonstigen Kirchenschmuck stehlen, exc. ipso facto und auch poena corporalis); Köln 1266 cit. c. 31 (Spoliation einer Kirche durch Kleriker, dieselben Strafen, wie für die percussio clerici durch einen Geistlichen).

[1] Leg. Konz. Montpellier 1195, M. 22, 669. 670 (qui oblationes defunctorum aut negant ecclesiis aut difficile reddunt, Exk.); Rouen 1231 c. 36, M. 20, 218 (Gestattung von General-Exkommunikationen durch Priester allein bei furta et deposita, d. h. bei Unterschlagung deponirter Sachen). Theilweise gehört hierher Vienne 892 c. 3, M. 18, 122, welches, wenn es die Exk. für denjenigen, qui eleemosynam episcopi vel presbyteri aegrotantis seu defuncti qualibet fraude violare praesumat androht, damit auch den Fall einer Unterschlagung durch etwaige, mit Ablieferung an die Kirche betraute Laien umfasst. Toul 860 c. 1, M. 15, 558 sucht mit seinem unter Strafe des Anathems gegebenen Verbot des accipere et dare oblationes ausserhalb der Kirche ohne Genehmigung der kirchlichen Oberen offenbar der Möglichkeit der Unterschlagung durch Geistliche oder Laien vorzubeugen.

[2] Cap. episcop. Papiae 845—50 c. 5, Bor. Kr. 2, 82 (Archipresbyter u. Geistliche von Titelkirchen, welche die kirchlichen Abgaben und Einkünfte in ihren eigenen Häusern oder in gemietheten Besitzungen aufbewahren und verbergen, correptio durch den Bischof, ev. durch die Synode); Hinkmar v. Rheims 874 c. 2, M. 15, 492 (Verkauf des für die matriculari der Kirche bestimmten Zehntantheils durch die Priester, Absetzung); Theodor v. Utrecht 1209 („subtrahere praebendas s. S. 190 n. 6). Leg. K. Tarragona 1239 c. 6, M. 23, 518 (retinere fraudulenter et non restituere bona ecclesiastica praelati et beneficiati defuncti durch die mit der Bewahrung für den Nachfolger betrauten Verwalter, Exk. ipso facto); Mainz 1261 c. 19, p. 1086 (Vorenthaltung der stipendia für die Kanoniker durch die Pröpste, Archidiakonen und andere Verwalter, bei Hartnäckigkeit suspensio ipso iure ab officio administrationis und andere zulässige Strafen, denn eine solche kann in Folge von Unterschlagungen erfolgen); London 1268 c. 17, p. 1233 (Geistliche an den salvo iure matricis ecclesiae concessis capellis, welche die der Mutterkirche gebührenden Oblationen und Einkünfte nicht abliefern, Suspension bis zur Restitution); c. 6 ibid. (Prälaten, welche die Einkünfte vakanter, ihnen unterstehender Kirchen in ihren Nutzen anwenden, susp. ab off. bis zur Restitution); Chateau Gontier 1268 c. 3, p. 1265 (Prioren, welche bei ihrer Versetzung die Priorate und Äbte, welche vakante Priorate bonis mobilibus denudant, arbiträre Strafe).

[3] c. 7. 8 (Martin v. Braga) C. X qu. 2 (Verwendung des Kirchenguts seitens der Bischöfe in ihrem Nutzen), c. 6 (Augustin) u. c. 8 (Origenes) C. XIV qu. 6 (wo der Fundsdiebstahl der rapina gleichgestellt wird).

[4] Clem. 1 de decim. III. 8 (Mönche, welche sich die anderen Kirchen gehörigen Zehnten aneignen, bis zur Restitution ab officio, admini-

In Verwandtschaft mit der Unterschlagung steht das schon in älterer Zeit[1] erwähnte und nicht minder von Gratian berücksichtigte[2] Vergehen der Nichtausführung von Testamenten oder der Hinderung der Durchführung der letzteren, welches namentlich seit dem 13. Jahrhundert[3], soweit es sich um Pflichtwidrigkeiten der Erben und Testaments-Exekutoren handelt[4], mit Strafe bedroht, und auch als gemeinrechtlich strafbares Vergehen qualifizirt worden ist[5].

Unter den weiter hierher gehörigen Vergehen wird die eigenmächtige Pfändung[6] und widerrechtliche Zurückhaltung fremder Sachen[7] nur in einigen Partikularkonzilien mit Strafe bedroht.

stationibus et beneficiis, in Ermangelung solches dagegen Exk.).

[1] S. die folgende Anm.

[2] c. 10 (Valson 452 c. 4) C. XII qu. 2 (Zurückhaltung der Oblationen Verstorbener, offenbar zunächst seitens der Erben, exc.) und c. 11 (Agde 506 c. 4) ibid. (Geistliche und Laien, welche die den Kirchen vermachten und gespendeten Oblationen für sich behalten, Exk.).

[3] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 33, M. 22, 1117 (öffentliche wiederholte Exk. der malitiose impedientes executionem rationabilium testamentorum, ebenso schott. K. 1225 c. 50, p. 1234, Canterbury 1236 c. 23, p. 423, Cicester 1246, p. 714, Lambeth 1330 c. 7, M. 25, 896); Narbonne 1227 c. 8, M. 23, 23 (qui testamenta defunctorum publicare et complere post competentes admonitiones renuerint, Exk., wiederholt Beziers 1246 c. 33, p. 699); Lambeth 1261, p. 1070 (exc. ipso facto für Hinderung der Ausführung der Testamente durch Laien); Saintes 1282 c. 5, M. 27, 467 (Verheimlichung von Testamenten, Nichtausführung derselben und Verwendung des Nachlasses in den eigenen Nutzen, exc. ipso facto); Exeter 1287 c. 50, p. 832 (Testaments-Exekutoren, welche die Ausführung von Testamenten, und Nachlassschuldner, welche ihre Belangung im geistlichen Gericht durch die Testaments-Exekutoren hindern, Exk.; London 1342 c. 7, M. 25, 1174. 1175); Trier 1310 c. 48, p. 261 (Testaments-Exekutoren, welche sich bei der Auszahlung der Legate und Nachlassschulden oder für die Ausführung des Testaments Geld bezahlen lassen, exc. ipso facto). Vgl. auch noch Benevent 1331 u. 1378 c. 15. 16, M. 25, 941 u. M. 26, 626; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 230. — Valence 1268 c. 23, M. 23, 1052. 1053 (Nichtausführung der Testamente zu frommen Zwecken, exc. ipso facto); Mailand 1287 c. 21, M. 24. 867 (Hinderung der Ausführung solcher Testamente durch Behalten oder Okkupation der legirten Sachen, exc. ipso facto, im wesentlichen wiederholt Benevent 1331 u. 1378 c. 22. 41, M. 25, 945 u. 26, 629); Grado 1296 c. 24, M. 24, 1169 (Testaments-Exekutoren, welche die Ausführung solcher Testamente ein Jahr lang hinten anhalten, generelle Exk.); Trier 1310 c. 13. 76, M. 25, 252. 267 (gegen solche Testaments-Exekutoren exc. ipso facto); Ravenna 1311 c. 31, p. 474 (für dieselben als Strafe Unfähigkeit, künftighin Testaments-Exekutor zu sein und Übergang der Testamentsausführung auf den Bischof, wiederholt Aquileja 1339, p. 1122); London 1343 c. 8, p. 1275 (Hinderung der Ausführung der Testamente der Kleriker durch den Bischof, susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto).

[4] Avignon 1279 c. 14, M. 24, 282 (Erben und Notare, welche auf kirchliche Anordnung Testamente zu Gunsten frommer Zwecke an die Kirche nicht innerhalb 8 Tagen vorlegen, Exk. und Verkündung derselben); Riez 1285 c. 16, p. 582 (Notare, welche dies unterlassen, exc. ipso facto); Ravenna 1311 c. 3, M. 25, 474 (dasselbe); Trier 1310 c. 63, p. 266 (für Erben und Testaments-Exekutoren dieselbe Strafe), vgl. weiter noch Bergamo c. 26, p. 502; Avignon 1326 c. 20, p. 756; Benevent 1331 u. 1378 c. 17, M. 25, 942 und M. 26, 627, ferner Aquileja 1339, M. 25, p. 1122 und Leg. K. Padua 1350, M. 26, 230 (dieselbe Strafe für Notare unter Ausdehnung der Anzeigepflicht auf alle Testamente).

[5] c. 17. 19 (Gregor IX.) X de testam. III. 26 (Anordnung von Zwang, also auch strafrechtlichem Zwang gegen Kleriker und Laien zur Ausführung der Testamente, insbesondere der Verfügungen zu Gunsten frommer Zwecke und kirchlicher Institute); Clem. un. eod. III. 6 (arbiträre Bestrafung der Mönche, auch der exemten, durch den mit der Aufsicht über sie als Testaments-Exekutoren betrauten Ordinarius bei nicht erfolgter Rechenschafts-Ablegung über die betreffenden Testamente). —

Partikularrechtlich wird auch die Hinderung der nach Landesgewohnheit stattfindenden Regelung der Hinterlassenschaften ab intestato verstorbener Personen durch den Bischof mit wiederholter öffentlicher Exk., schottisches Konz. 1225 c. 50, M. 22, 1234, die Hinderung der Bezahlung der Schulden aus dem Mobiliarnachlass derartig verstorbener und die Ausschliessung der Kinder und Verwandten, sowie die Hinderung der gewohnheitsmässigen Verfügung des Bischofs über einen solchen Nachlass mit Exk., Lambeth 1268, p. 1069, weiter die wissentliche Einklagung von Nichtschulden gegen Testaments-Exekutoren mit Exk., Exeter 1287 c. 50, M. 24, 830. 832, bedroht.

[6] Gottesfrieden von Vich 1068, M. 19, 1073. 1074 (Pfändung während des Gottesfriedens bei Verzögerung des Ersatzes das Doppelte); Oviedo 1115 c. 1, S. 40 n. 6; Leg. K. Toulouse 1229 c. 40, M. 23, 203 (Strafe des Friedenbruchs, Emenda an den Herrn, Verlust des Anspruchs und bei Nichtexistenz eines solchen als Strafe der Werth der gepfändeten Sachen); L'Isle 1251 c. 9, S. 190 n. 6); Marciac 1326 c. 55, M. 25, 798 (Pfändung der in den Kirchen niedergelegten Depositen der Kirchen und Kleriker, exc. l. s. und Verkündung derselben); Salamanca 1335 c. 13, p. 1055 (von Grundstücken, Arbeitsvieh und landwirthschaftlichen Geräthen, exc. l. s.).

[7] Vereinzelt Ravenna 1314 c. 7, M. 25, 542

Der Erpressung wird zuerst in dem allgemeinen Konzil von Konstantinopel (869) in der Gestalt des Amtsmissbrauches der Erzbischöfe gegenüber ihren Suffraganbischöfen gedacht[1]. In demselben Jahrhundert haben auch einzelne römische Synoden in Spezialfällen Strafen dafür festgesetzt[2]. Während die Folgezeit keine Vorschriften darüber aufweist[3], und selbst Gratian nur ein spärliches Material beibringt[4], hat das 4. allgemeine Laterankonzil[5] und ebenso möglicherweise das von Vienne (wenn nicht Clemens V. allein[6]) je eine darauf bezügliche, sie ebenfalls nur als Amtsverbrechen berührende Strafbestimmung erlassen. Beide haben Aufnahme in die betreffenden Dekretalensammlungen gefunden[7]. Endlich erwähnen auch die Partikularsynoden des 13. Jahrhunderts, wenngleich nicht häufig, des fraglichen Vergehens[8], wobei zugleich einzelne Fälle desselben als Simonie behandelt werden[9].

Auch in Betreff der Hehlerei ist das Material nicht reich. Vereinzelt wird dieselbe in den Partikularsynoden, sowie auch in päpstlichen Konzilien der vorgratianischen Zeit[10], öfters erst seit dem Ende des 12. Jahrhunderts[11] erwähnt, und in

(Advokaten, Prokurotoren und andere, welche an einer ihnen übergebenen Urkunde einer Kirche oder eines Klerikers ein Retentionsrecht wegen Schulden derselben ausüben, exc. ipso facto, Geistliche, welche sich während der nächsten 5 Jahre ihrer Dienste als Advokaten u. s. w. bedienen, jedes Mal Geldstrafe von 10 Ravennaten).

[1] c. 19, M. 16, 172 (Bedrückung und Erpressung von Einkünften unter dem Vorwande der Visitation, Absetzung und Exk.).

[2] So Rom 871—78 c. 16 unter Berufung auf Constantinop. cit. für das turpis lucri gratia vel exquisitis admonitionibus aggregare episcopos seitens der Metropoliten aus Anlass des Verhaltens des Erzbischofs v. Ravenna, gegen welchen schon die römische Synode unter Nikolaus I. 862, M. 15, 598, ein solches Verbot erlassen hatte, Maassen römische Synode 871—78 S. 4. 18. 19.

[3] Allein das römische Konzil 1078 c. 9, M. 20, 510 bedroht die Auferlegung von gravamina oder servilia servitia an Äbte und Kleriker durch die Bischöfe mit der Absetzung, und begreift damit auch den Fall der Erpressung in sich.

[4] c. 128 (l. 2 Dig. XLVII. 13) C. I qu. 1 (Bedrohung mit einer Kriminal-Anklage) u. c. 5 (Ps. August.) §. 2 C. XXV qu. 1 (Missbilligung der concussio durch Soldaten).

[5] c. 34, M. 22, 1022, c. 8 X de immun. eccles. III. 8 (Verbot der Extorsion von übermässigen procurationes und servitia seitens der Prälaten gegen ihre Untergebenen, Restitution und Betrag des Erpressten zur Strafe an die Armen).

[6] Clem. 2 de haeret. V. 3 (Verbot an die Ketzerinquisitoren „ne praetextu officii inquisitionis quibusvis modis illicitis ab aliquibus pecuniam extorqueant" bei Strafe der Exk. ipso facto).

[7] S. d. vor. Anm.

[8] Vgl. das Leg. Konz. Avignon 1209 c. 16, M. 22, 791 (Erpressung von Lösegeld gegen Gefangene, Anathem) u. Chateau Gontier 1231 c. 14, M. 23, 236 (Erpressung von Geld durch Prälaten bei Einsetzung von firmarii, s. Bd. III S. 78 n. 10, doppelter Ersatz des Erpressten an die ecclesia mater).

[9] London 1237 c. 20, S. 167 n. 11, u. Worcester 1240 c. 17, S. 168 n. 1.

[10] Cap. ep. Papiens. 845—50 c. 5 (S. 192 n. 2, Laien, welche sich dem a. a. O. erwähnten Vergehen als socios praebent, also die unterschlagenen Einkünfte bei sich verbergen lassen, werden als Diebe bestraft); Rom 1078 c. 10 (S. 190 n. 1, denn das Verborgenhalten der Usurpation der Grundstücke des h. Petrus und die Unterlassung einer Anzeige darüber kann wenigstens im weiteren Sinne hierher gerechnet werden); Rouen 1096 c. 4, M. 20, 924 (emptores praedarum, Anathem).

[11] Rudolf v. Lüttich 1166 c. 7, M. 22, 9 (emtor praedae, Exk.); Mainz 1310, M. 25, 320 (ebenso); Leg. K. Montpellier 1195, M. 22, 668 (Ankaufen von Sachen bei Räuberschaaren, öffentliche wiederholte Exk.); schottisches Konzil 1225 c. 50, M. 22, 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. derjenigen, qui raptores et fures manutenent); Mainz 1261 c. 20, p. 1087 („nullus praedam aliquam scienter emere vel tenere praesumat, alioquin nisi ipsam restituat, excommunicationis sententia percellatur").

Leg. K. Tarragona 1239 c. 12, M. 23, 516 (für omnes qui praedam clericorum et locorum religiosorum et hominum eorundem receperint scienter et voluntarie in castris suis vel emerint, Exk. und Interdikt über die Orte, wo sich die Sachen befinden); Lemans 1247 P. II, p. 752 (Besitzer geraubten Kirchengutes, welche dasselbe nicht herausgeben, Interdikt über die Besitzungen und in Ermangelung solcher censura ecclesiastica); S. Pölten 1284, p. 514 (wissentlicher Ankauf zu Unrecht veräusserten Kirchenguts, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung); Mailand 1287 c. 17, M. 24, 878 (das unerlaubte Behalten von Büchern, Kreuzen und anderen zum Gottesdienst bestimmten Geräthschaften, exc. ipso iure); Bergamo 1311 c. 23, M. 25, 497 (Behalten von Anderen zu Unrecht entzogenen Sachen oder Verfügung darüber, anstatt die letztere dem Bischof zu überlassen, Kleriker int. ingressus ecclesiae und susp. a celebratione missarum, Laien Ausschluss von den Sakramenten und von der Theilnahme an kirchlichen Handlungen ipso facto); Ravenna 1317 c. 16,

ihnen zum Theil ebenso, wie in der einzigen Stelle der Dekretalensammlung Gregors IX. [1], dem Diebstahl ausdrücklich gleichgestellt oder mit denselben Strafen, wie der letztere und der Raub bedroht [2].

Nur sehr selten wird in den partikularrechtlichen Quellen der absichtlichen Vermögensbeschädigung, soweit dieselbe nicht als Plünderung, s. o. S. 186, in Betracht kommt [3], und desgleichen der absichtlichen Benachtheiligung der Gläubiger und sonstigen Berechtigten, wie der Kirche, des Königs und der Erben (Frau und Kinder) durch Schenkungen seitens der Laien und Kleriker, welche dem Tode nahe sind [4], gedacht [5].

In weiterem Umfange ist dagegen die kirchliche Gesetzgebung gegen die Brandstiftung eingeschritten. Abgesehen von einzelnen karolingischen Erlassen [6], Partikularkonzilien [7] und Gottesfriedensordnungen [8], haben sie die Päpste, sowohl auf ihren Synoden [9], wie auf den allgemeinen Konzilien [10], schon früh mit Strafen bedroht. Nach der Vollendung des Gratianischen Dekrets, welches nur Stellen aus der eben gedachten Zeit bringt [11], sind die Strafen sowohl durch die Partikularsynoden während des 12. bis

p. 617 (Nichtüberweisen solcher Sachen an den Bischof im Testament, Geistliche, welche der Errichtung beiwohnen, exc., diejenigen, welche Hülfe zur Umgehung der Anordnung leisten, int. ingressus ecclesiae et particicipationis sacramentorum); Benevent 1331 und 1378 c. 20, M. 25, 944 u. 26, 628 (ähnlich, als Strafe aber exc. l. s.).

Clermont 1268, M. 23, 1206 (qui scienter celant feuda ecclesiae, wiederholte öffentliche Exk.); Köln 1280 c. 12, M. 24, 358 (dasselbe, Exk.); Mailand 1287 c. 16, p. 878 (dasselbe, exc. ipso facto und eventuell Verlust jedes etwaigen Rechts an den Gütern). — Tarragona 1329 c. 52, M. 25, 862 (Verheimlichung und Zurückhaltung von kirchlichen Privilegien und Urkunden, exc. l. s.).

Ferner kommen noch diejenigen Anordnungen in Betracht, welche das Interdikt für solche Orte festsetzen, an welche gestohlene oder geraubte Sachen der Kirchen und Kleriker gebracht sind, s. ausser den Citaten S. 190 n. 6 noch z. B. Leg. K. Bremen 1266, p. 1158 und Wien 1267 c. 4, p. 1171; Nogaret 1303 c. 16, M. 25, 115; Avignon 1326 c. 23, p. 751; Marciac 1326 c. 53, p. 797, (int. ambulatorium), sowie die Vorschriften, nach welchen Laien, wenn sie die Restitution widerrechtlich veräusserten Kirchengutes verweigern, mit Strafen bedroht werden c. 13 (Konstantinopel 869 c. 15) C. XII qu. 3; Oxford 1222 c. 36, M. 22, 1162; c. 2 (Lyon 1274 c. 22, M. 24, 95) in VI de reb. eccles. III. 9 (Exk. ipso facto, event. Interdikt); Mailand 1287 c. 14, M. 24, 877 (exc. ipso iure); Pennafiel 1301 c. 15, M. 25, 108 (ebenso).

[1] c. 4 (Hieron.) X de furt. V. 8. Im Dekret findet sich ebenfalls nur eine Stelle: c. 5 (Ambros.) C. XIV qu. 5 („Rapinam emere non licet").

[2] S. die vorhergehenden Anmerkungen.

[3] Tours 1282 c. 4, M. 24, 470 (Herausschneiden, Verkleinern und Zerstören von Blättern in Büchern der Kirche oder Verderben der Schrift auf denselben, exc. ipso facto).

[4] London 1343 c. 9, M. 25, 1176 (exc. ipso facto für die Schenker und ihre Theilnehmer, für die ersteren auch nach Absolution Versagung des kirchlichen Begräbnisses); York 1367 c. 6, M. 26, 466 (int. ingressus ecclesiae ipso facto für die Schenker und ihre Theilnehmer, für die ersteren auch die Versagung des kirchlichen Begräbnisses).

[5] Ein Fall culposer Beschädigung in Ravenna 1314 c. 7, M. 25, 541 (Notare, welche die von ihnen seitens kirchlicher Personen verlangten Urkunden nicht rechtzeitig ausstellen und abliefern, und dadurch den Kirchen Verluste verursachen, exc. ipso facto, während welcher kein Geistlicher bei Strafe von 10 librae ipso facto ihre Notariatsdienste in Anspruch nehmen darf).

[6] Ed. Pistens. 862 c. 4, LL. 1, 482 (Verbot der incendia unter Hinweis auf die divinae et humanae leges).

[7] Toucy 860 c. 4, M. 15, 559 (incendia committere, durch Busse zu beseitigende Exk.); Hohenaltheim 916 c. 24 (ecclesiam dei incendere, lebenslängliche Busse im Kloster oder ausserhalb desselben 10 Jahre strenge Busse).

[8] Tulujas u. 1065, M. 19, 1041 (mansiones villanorum incendere, einfacher Ersatz, bei Verzögerung das Doppelte, wovon die Hälfte an den Bischof), Vich 1068, p. 1073 (incendere mansiones pagensium, clericorum arma non ferentium et columbaria et palearia, Strafe wie Tulujas); Lütticher Gottesfrieden 1081, Kluckhohn Gottesfrieden S. 64 n. 11 (Vermögenskonfiskation und Ausweisung aus dem Bisthum); Fulco v. Anjou 1095 c. 6, M. 20, 912 (Verbrennen der Häuser der Landleute, Strafe des Gottesfriedensbruches).

[9] Rom 871—78 c. 7, Maassen, röm. Synode S. 14 (domorum incendia facere, ebenso Ravenna 877 c. 7, M. 17, 338, s. S. 16 n. 11 und c. 31 C. XXIII qu. 8); Clermont 1130 c. 13, M. 21, 440 (c. 22 C. XXIII qu. 8, ignem apponere, Exk., als Busse Kreuzzug nach Jerusalem oder Spanien, für den bei der That umgekommenen Brandstifter Versagung des kirchlichen Begräbnisses, wiederholt Rheims 1131 c. 17, M. 21, 461 und Rheims 1148 c. 15, p. 717).

[10] Lateran. II. c. 18. 19, M. 21, 531 (Wiederholung von Clermont 1130 c. 13, s. vor. Anm.).

[11] Ausser den vorher citirten (s. Anm. 9) noch

14. Jahrhunderts[1] wie auch durch päpstliche Anordnungen[2] verschärft worden. Von den Dekretalensammlungen hat die Gregors IX. gerade diese letzteren aufgenommen[3]. Jedenfalls ist es unrichtig, dass, wie behauptet worden ist[4], die Grundsätze des kanonischen Rechts auf der rein germanischen Auffassung, dass die Brandstiftung lediglich eine widerrechtliche Schadenszufügung sei, beruhen.

Was weiter das Vergehen des Wuchers betrifft, so hatte die ältere Kirche den Laien das Zinsnehmen nur vereinzelt[5], dagegen den Klerikern allgemein untersagt[6]. In karolingischer Zeit ist aber, wie fast gleichzeitig in England[7], so auch für das fränkische Reich dieses Verbot auf die Laien ausgedehnt worden[8]. Mit dem 11. Jahr-

c. 8 C. XII qu. 2, eine einen Spezialfall betreffende Dekretale Gregors V. 998, J. L. n. 3890, M. 19, 204.

[1] Rudolf v. Lüttich 1166 c. 1. 8. 9, M. 22, 9 (unter Berufung auf Eugen III., d. h. Rheims 1148 c. 15, s. S. 195 n. 9, Personalinterdikt, eventuell Anathem und Interdikt über die Besitzungen des Thäters); Rouen 1190 c. 29, p. 586 (generelle öffentliche wiederholte Exk. der incendiarii); London 1200 c. 7, p. 717 (desgleichen); Richard Salisbury u. 1227 p. 1117. 1118 (ebenso); Canterbury 1238 c. 1, M. 23, 423 (ebenso); Trier 1238 c. 1, p. 477 (nur der locorum religiosorum incendiarii et receptatores eorum); Ferns 1240 o. 1241, p. 520 (Exk. der incendiarii, ebenso Benevent 1378 c. 6, M. 26, 622); Cicester 1246 M. 23, 714 (wiederholte Exk. der incendiarii); Lambeth 1330 c. 14, M. 25, 896 ebenso); Leg. K. Breslau 1248 §. 19, de Montbach stat. Wratislav. p. 310 (ebenso für incendiarii ecclesiarum et infractores coemeteriorum); Durham 1255, M. 23, 902 (Exk. der incendiarii); Köln 1266 c. 2, p. 1135 (incendiarii et effractores ecclesiarum et monasteriorum, exc. ipso facto und Interdikt über ihre Besitzungen, dagegen incendiarii aliarum rerum et bonorum ecclesiarum et monasteriorum öffentliche Exk. und wiederholte Verkündung derselben, eventuell auch Lokalinterdikt); London 1268 c. 13, M. 23, 1231 (incendiarii ecclesiarum, exc. ipso facto, bei Nichtsatisfaktion Interdikt über die Besitzungen des Thäters und in Ermangelung solcher Vertreibung desselben durch den Herrn des Ortes bei Strafe des Interdikts über die Ländereien des letzteren; wenn der Schuldige ein Geistlicher ist und in der Exk. verharrt, Verlust des Benefiziums ipso iure und falls er keins besitzt, Ausschluss von allen kirchlichen Gütern); Rennes 1273 c. 1, M. 24, 33 (ignem immittere in domos episcoporum et abbatum, dieselben Strafen wie für Tödtung, s. S. 178 n. 9); Münster 1279 c. 20, p. 320 (exc. ipso facto); S. Pölten 1284, p. 510 (exc. l. s. und Verkündung derselben für incendiarii nocturni); Trier 1310 c. 1, M. 25, 248 (ebenso); Salamanca 1335 c. 8, p. 1053 (dasselbe).

[2] Clemens III. 1187—91, J. L. n. 16607, M. 22, 566 in c. 19 X de sent. exc. V. 39, welches dem Papst die Absolution von der Exkommunikation vorbehält. Vgl. auch die folgende Anm.

[3] S. die vor. Anm., ausserdem eine Dekretale Alexanders III. in c. 5 X de raptor. V. 17, nach welcher die Brandstiftung an einer Kirche mit Exk. bestraft, aber der Brandstifter nach Busse und Absolution zum christlichen Begräbniss zugelassen wird, ferner c. 5 (Exod. XXII. 6) und c. 6 (poen. Halitgar. L. 6.) X de iniur. V. 36.

[4] So von Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 143. Wenn c. 5 X V. 36 cit. für den Schaden, welcher das auf dem eigenen Acker angezündete, sich weiter verbreitende Feuer an Früchten des Nachbars verursacht, Ersatz anordnet, so handelt es sich hier lediglich um die civilrechtliche Folge, und die Gleichstellung der Brandstiftung mit dem homicidium in Rom u. Ravenna cit. (S. 195 n. 9), die Wendungen in Clermont und den gleichlautenden Synoden, s. a. a. O. u. auch n. 10: „pessima et depopulatrix et horrenda incendiorum malitia“ und „assurgendum est, ut tanta clades tantaque pernicies pro salute populi eradicetur“, die harten von diesen Konzilien auf die Brandstiftung gesetzten Strafen, sowie die Erschwerung der Absolution durch Clemens III., s. o. Anm. 2 zeigen klar genug, dass das kanonische Recht die Brandstiftung als ein gemeinschädliches Verbrechen betrachtet hat. War doch auch diese Auffassung auf weltlichem Gebiete im 12. Jahrhundert vertreten und hat zu dem Erlass des die gegenseitige Unterstützung der weltlichen und geistlichen Gewalten bei Unterdrückung der Brandstiftung festsetzenden Edikts Friedrichs I. v. 1187, LL. 2, 184, (vgl. auch §. 281) geführt.

[5] Elvira 306 c. 10, Bd. IV S. 701 n. 1, vgl. Funk, Gesch. des kirchlichen Zinsverbotes. Univ. Progr. Tübingen 1876 S. 7.

[6] Bd. IV. S. 708 n. 3, s. auch unten S. 197 n. 12. Vgl. ferner Funk S. 8 ff.

[7] Legatensynode Calchut 787, c. 17, M. 12, 947 (freilich ohne bestimmte Strafe).

[8] Admonitio gener. 789 c. 5, Bor. 1, 54 unter Berufung auf Nicäa 325 c. 17 (c. 2 Dist. LXVII u. c. 8 C. XIV qu. 4) und auf Papst Leo I.; stat. Rhispac. 799. 800 c. 10, B. 1, 227 (blos für Kleriker unter Berufung auf Leo I. u. Gelasius I.); Theodulf v. Orleans u. 797 cap. II, M. 13, 1016 (Kleriker Absetzung, Laien Exk.); Aachen 817 816) lib. I c. 40, M. 14, 196 (desgl. unter Wiederholung von Nicäa cit.); Rom 826 c. 12, B. 1, 373 (Geistliche canonica disciplina); Paris 829 lib. I c. 33, M. 14, 570 (im wesentlichen dasselbe); Aachen 836 C. I c. 5, p. 675 (Kleriker Absetzung); Hloth. I cap. missor. 832 c. 4, Bor. Kr. 2, 63 (publica poenitentia); Pavia 850 c. 19 p. 122 (Kleriker Absetzung, Laien Exk.): Rudolf v. Bourges u. 850 c. 36, M. 14, 959 (blosses Verbot); Valence 855 c. 10, M. 15, 9 (canonica severitas gegen Wucherer); Walter v. Orleans u. 858 c. 10, p. 506 (ohne Strafandrohung).

Dabei wird der Begriff des Wuchers schon auf

hundert schreiten, da dasselbe in der Praxis des Lebens vielfach nicht beachtet worden war[1], im Gegensatz zu den Provinzialsynoden, welche des Wuchers kaum gedenken[2], die Päpste gegen den letzteren, theils auf ihren eigenen Synoden[3], theils auf den von ihren Legaten gehaltenen[4], theils auf den allgemeinen Konzilien[5] mit wiederholten Strafandrohungen ein. Allerdings tritt dabei im Vergleich zu dem älteren und karolingischen, noch im 11. Jahrhundert festgehaltenen Recht[6] die Milderung ein, dass die Kleriker blos mit Entziehung des Amtes[7], nicht mehr mit der den Verlust des geistlichen Standes herbeiführenden Deposition[8], die Laien nur mit dem kleinen Bann und Versagung des christlichen Begräbnisses[9], aber nicht, wie früher[10], mit der grossen Exkommunikation bedroht werden, andererseits aber die Verschärfung, dass auch die Infamie als Strafe auf den Wucher gesetzt wird[11]. Das Dekret Gratians[12], welches kurz vor dieser Neuerung zum Abschluss gelangt ist, steht noch auf dem Standpunkt des früheren Rechtes mit der einzigen Ausnahme, dass es ebenfalls der Infamie als Strafe gedenkt[13]. Bei der Erfolglosigkeit der gegen den Wucher gerichteten kirchlichen Bestrebungen, — war derselbe doch auch unter der höheren Geistlichkeit weit verbreitet[14], und sind doch sogar von den Päpsten Indulte auf das Zinsennehmen für Kleriker und Laien und auf Behaltung wucherischen Erwerbes oder auf Annahme von derartigen Schenkungen gegeben worden[15] — haben aber schon seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts die Synoden der päpstlichen Legaten[16]

die Ausbedingung der Rückgabe eines höheren Werthes als des fortgegebenen oder auf die Weggabe eines geringwerthigen Gutes gegen ein werthvolleres ausgedehnt, s. cap. missor. Noviomag. 806 c. 11, B. 1, 132 (c. 4 C. XII qu. 3): „Usura est ubi amplius requiritur quam datur", Theodulf v. Orleans, Paris, Walter v. Orleans a. a. O.

[1] Funk S. 22. 30.

[2] S. aber Gran 1114 c. 59, M. 21, 112 (clerici foeneratores Absetzung, laici Ausschluss v. Zeugniss).

[3] Rheims 1049 c. 7, M. 19, 742 (blosses Verbot des ussuras exercere für Laien und Geistliche); Tours 1163 c. 2, M. 21, 1176 in c. 1 X de usur. V. 19 (Kleriker Verlust des Amtes).

[4] Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 (clerici usurarii deponantur); Gerona 1078 c. 9, M. 20, 1129 (usurarii excommunicentur); Poitiers 1078 c. 10 (clerici ursurarii excommunicentur); London 1125 c. 14, M. 21, 332 (Kleriker Absetzung); London 1128 c. 9 p. 512 (Kleriker remotio ab officio), S. auch die folg. Anm.

[5] Lateran. II. 1139 c. 13, M. 21, 530 (Infamie u. Versagung des christlichen Begräbnisses); Lateran. III. 1179 c. 25, M. 22, 231 in c. 3 X de usur. V. 19 (excommunicatio minor, S. 18 n. 1 u. Versagung des kirchlichen Begräbnisses, sowie Nichtannahme der von Wucherern angebotenen Oblationen; für die diesen Vorschriften entgegenhandelnden Kleriker suspensio ab officio, wiederholt auf dem Legatenkonzil Montpellier 1195, M. 21, 670 (zugleich unter missverständlicher Berufung auf Tours 1163 cit. für Kleriker Suspension vom Amt, bei Hartnäckigkeit nach can. apost. c. 44, c. 1 Dist. XLVII, Absetzung.

[6] S. die vorhergehenden Anmerkungen.

[7] S. Tours cit. u. S. 63 n. 5.

[8] S. 56 u. Bd. IV S. 728. 870.

[9] Lateran. III. cit.

[10] S. namentlich Elvira 306 c. 20 (c. 5 Dist. XLVII) und auch S. 196 n. 8. Mit dieser war an sich die Versagung des Begräbnisses von selbst verbunden, s. o. S. 3 und Bd. IV S. 704.

[11] Lateran. II. 1139 c. 13, S. 42 n. 2.

[12] Abgesehen von den Kanonen, welche die Irregularität der Wucherer betreffen, c. 2 (Ps. Gregor.) Dist. XXXIII; c. 8 (stat. eccl. ant. c. 55) u. c. 4 (Gregor. I.) Dist. XLVII (Bd. I S. 38. 39) und den Stellen aus Kirchenvätern, welche über den Wucher im allgemeinen, namentlich von dem Begriff desselben handeln, wie c. 11 (Ps. Chrysostom.) §. 3 Dist. LXXXVIII; c. 1. 3 (August.) c. 2 (Hieronym.) C. XIV qu. 3; c. 10. 12 (Ambros.) c. 11 (August.) C. XIV qu. 4 bringt dasselbe die schon in den vorhergeh. Anmerkungen citirten Stellen, und ausserdem mehrere, namentlich von der Strafbarkeit, bez. der Absetzung und Exkommunikation der Kleriker handelnde Kanonen älterer Konzilien: c. 2 (Arles I. 310 c. 12) c. 3 (Tarragona 516 c. 2) c. 4. 5 (Nicäa nach Martin v. Braga) c. 6 (Carthago 397 c. 161) C. XIV qu. 4 und ältere päpstliche Dekretalen c. 10 (Leo I.) Dist. XLVI, c. 1 (Gelas. I.) u. c. 8 (Leo I.) C. XIV qu. 4.

[13] c. 2 §. 20 C. III qu. 7 in Anhalt und unter Berufung auf l. 20 C. J. exc. quib. caus. infam. II. 12.

[14] Funk S. 25.

[15] Innocenz IV. 1252, Potth. reg. n. 14733 u. 1253, n. 14992; Alexander IV. 1257, n. 16971. S. auch Gottlob, d. päpstl. Kreuzzugssteuern. Heiligenstadt 1892 S. 249.

[16] Avignon 1209 c. 3, M. 23, 786 (generelle wiederholte öffentliche Exk. der Wucherer, öffentliche namentliche der überführten, ausserdem nach Lateran. III. cit. Ausschluss von der Darbringung von Oblationen und vom christlichen Begräbniss; c. 4 ibid. Exk. der Christen, welche mit Juden wucherischen Verkehr haben und

und andere Partikularkonzilien[1] wieder zu schärferen Strafen, namentlich zur grossen Exkommunikation und ihrer öffentlichen Verkündung gegriffen, sowie Maassnahmen zur strengeren Beachtung und Durchführung des Wucherverbots seitens der Geistlichkeit getroffen[2]. Dagegen hat die Dekretalensammlung Gregors IX. dadurch, dass sie die Kanonen des Konzils von Tours v. 1163 und des 3. Laterankonzils[3] aufgenommen hat[4], für das gemeine Recht den milderen Standpunkt festgehalten, und auch die spätere allgemeine Gesetzgebung der Kirche[5], d. h. das 2. Konzil von

ihnen Zinsen zahlen; c. 11 strenge arbiträre Strafe für die in der Verfolgung der Wucherer nachlässigen kirchlichen Richter und Prälaten); Pariser Legatenkonst. 1208 c. 6 (Kleriker und Mönche, die foenus extorquent, Exk.); Paris 1212 1213 P. V. c. 1, M. 22, 850 (foenerator, Verlust der aktiven Testamentsfähigkeit; c. 5: öffentliche wiederholte namentliche Exk. überführter Wucherer, Vorwerfung der Leichname derselben an die Hunde, sowie Konfiskation des Erwucherten durch die Territorialherren behufs Verwendung nach Anweisung der Kirche; c. 6: Grosser Bann für den Verkehr mit den unter Nennung ihres Namens als exkommunicirt verkündeten Wucherern mit Ausnahme der exceptae personae, S. 5; c. 7: für Geistliche und Äbte, welche solche Wucherer ohne genügende Satisfaktion zu Oblationen, zum kirchlichen Begräbniss oder zum Eintritt in ein Kloster zulassen, die dem Papst vorbehaltene ipso facto exc. u. susp. ab off. et benef.; c. 8: Geistliche, welche ihre Schreibenskunde in den Dienst von Wucherern für deren Gewerbe stellen und Advokaten, welche die Sachen von Wucherern vertheidigen, susp. ab o. et ben., dann Exk., c. 8: Verbot der synogogae oder communia, d. h. Gilden und Vereinigungen von Geschäftsleuten, welche für ihre Mitglieder die Anzeige von wucherischen Geschäften oder die Belangung wegen solcher beim Bischof hindern und mit Strafe belegen unter Androhung des districtum iudicium und Verbot, solche Gemeinschaften als Advokat zu vertheidigen bei Strafe der susp. und Exk.); Wien 1267 c. 8, p. 1172 (öffentliche wiederholte Exk. der usurarii; clerici beneficiati, die in Verstockheit 3 Monat im Bann verharren, privatio beneficii). Andererseits aber Montpellier 1215 c. 5. 9, M. 22, 941 nur Verbot für Kleriker unter Hinweis auf die canones und Androhung der susp. ab off. et ben., sowie für Prälaten, welche im Einschreiten gegen Wucherer nachlässig sind, der interdictio ingressus ecclesiae.

[1] Schottisches Konz. 1225 c. 50, M. 22, 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der usurarii manifesti); Narbonne 1287 c. 8, M. 23, 23 (ebenso); Chateau Gontier 1231 c. 30, p. 239 (Publikation des Wucherverbotes unter Strafe der Exk. sonntäglich durch die Pfarrer, Abschwörung des Wuchers durch verdächtige Personen und bei Überführung des Zuwiderhandelnden Exk. und Versagung des christlichen Begräbnisses bis zur Ersatzleistung und Kirchenbusse); Arles 1234 c. 15, p. 340 (öffentliche wiederholte Exk. der usurarii manifesti, ebenso Beziers 1246 c. 33 p. 699; Cicester 1246, p. 714); Lemans 1247, p. 760 (exc. der publici usurarii); Mainz 1268 c. 25. 44, p. 1098 (wiederholte öffentliche Exk. der usurarii notorii, gegen hartnäckig in der Exk. verharrende Wucherer, auch Entziehung der Sakramente für Frau und Kinder mit Ausnahme der Busse bei Todesgefahr und des baptismus parvulorum); Clermont 1268 c. 6, p. 1210 (wiederholte öffentliche Exk. der notorischen Wucherer); Arles 1275 c. 18, M. 24, 152 (ebenso); Köln u. 1280 c. 14, p. 359 (desgleichen); Avignon 1282 c. 1, p. 439 (ebenso); Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896 (ebenso); Salamanca 1335 c. 14, p. 1055 (ebenso); s. weiter noch Nogaret 1303 c. 14, M. 25, 115; Marciac 1326 c. 48, p. 796; Benevent 1378 c. 8, M. 26, 623; Salzburg 1386 c. 13, p. 731.

S. Pölten 1284, M. 24, 520 (Christen, welche von Juden Zinsen nehmen oder ihnen Geld zur zinsbaren Ausleihung geben, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben).

[2] S. 197 n. 16; S. Quentin 1231 c. 2, Hefele. Konc. Gesch. 5, 1010; Noyon 1280? c. 3, M. 24, 375; Avignon 1282 c. 1, p. 439, wonach die Prälaten jeden des Wuchers verdächtigen von Amtswegen zur Untersuchung ziehen sollen.

Sens 1269 c. 2, M. 24, 4 (Geistliche, welche wucherische Verträge besiegeln, censura ecclesiastica); Arles 1274 c. 14, p. 151 (Beneficiaten und Kleriker der höheren Weihen, welche Getreide und Wein zum Wiederverkauf einkaufen, exc. ipso facto, und Absolution bei Zahlung des Werthes an die Fabrik der Pfarrkirche); ibid. c. 15 (wucherischer Verkauf von Getreide, Wein und von Lebensmitteln durch solche Geistliche, Zahlung des Werths an die gedachte Fabrik); Avignon 1279 c. 12, p. 240 (dasselbe, aber ausdrückliche Aufhebung der Strafe der Exk.).

Leg. K. Würzburg 1287 c. 33, M. 24, 859 (öffentliche namentliche Verkündung der Wucherer und Interdikt ipso facto über den Kirchhof, auf welchem ein Wucherer, ohne dass für ihn Satisfaktion geleistet worden ist, mit Wissen des Kirchenoberen sein Begräbniss erhalten hat).

[3] S. 197 n. 3 u. 5.

[4] S. c. 1. 3 X de usur. V. 19. Im Übrigen bietet der Titel hauptsächlich eine Anzahl päpstlicher Dekretalen seit Alexander III., welche, wie dies auch in den Partikularsynoden des 13. Jahrhunderts geschehen, s. Leg. Konz. Paris 1212 o. 1213 P. II. c. 25, M. 22, 836; Trier 1227 c. 10 u. 1238 c. 34 cit., Worcester 1240 c. 27, M. 23, 536 und Gerona 1257 c. 10, p. 930. 931, Bestimmungen über den wucherischen Charakter einzelner Rechtsgeschäfte treffen, also den Thatbestand des Verbrechens näher feststellen.

[5] Das 4. Lateran-Konzil v. 1215, c. 67, in c. 18 X h. t. V. 19, beschäftigt sich nur mit dem Wucher der Juden gegen Christen und mildert die weitergehenden Vorschriften einzelner Partikularsyno-

Lyon 1274[1] und das von Vienne v. 1311[2], ist davon nicht abgegangen[3], dagegen hat sie in anderer Weise, nämlich durch die Bekämpfung der Unterstützung des Wuchers und der Wucherer, insbesondere durch die strafrechtliche Bedrohung bestimmter Arten der Vorschubleistung[4], und vor Allem durch Bestrafung der Nichtbeachtung der kirchlichen Rechtsnormen seitens der weltlichen Gewalten das Wuchergebot zur praktischen Durchführung zu bringen gesucht[5].

Von den Fälschungsverbrechen wird der Urkundenfälschung in karolingischer Zeit nur einmal, nämlich des Gebrauches falscher päpstlicher Briefe (vor Allem durch Priester und Diakone) zur Verursachung von Unordnungen und zur Schmälerung des bischöflichen Ansehens erwähnt[6], und dann bedroht erst wieder das Provinzialkonzil von Rouen (1098) die Fälscher schlechthin, also alle, welche Urkunden jeder Art, nicht blos päpstliche fälschen, mit der Exkommunikation[7]. Auch das Dekret Gratians weist nur die ersterwähnte Vorschrift[8] und einen älteren Konzilsbeschluss betreffend die Urkundenfälschung durch Kleriker auf[9]. Dagegen hat Innocenz III. mit Rücksicht auf die zahlreich vorkommenden Fälschungen päpstlicher Briefe und Urkunden schon 1198 durch einen Cirkular-Erlass an alle Bischöfe die Strafe der dem Papste vorbehaltenen Exkommunikation für diejenigen, welche falsche päpstliche Urkunden nach Wahrnehmung ihrer Fälschung nicht zerstören, sondern länger als 20 Tage aufbewahren, festgesetzt[10], und ferner durch ein allgemeines Dekret von 1201 die Fälscher päpstlicher Briefe sammt ihren Begünstigern und Vertheidigern mit der

den, s. Avignon 1209 c. 4, S. 197 n. 16, dahin dass die Christen sich nur bei unmässigen Wucherzinsen des Verkehrs mit den Juden enthalten und mit der Exk. belegt werden sollen, bedroht aber die Juden mit der Strafe der Entziehung des Verkehrs blos für den Fall, dass sie solche hohe Wucherzinsen nicht zurückerstatten, vgl. auch Funk S. 25. 26.

[1] c. 26. 27, M. 24. 99 in c. 1. 2 in VI de usur. V. 5.

[2] Vielleicht allerdings auch Clemens V. allein, Clem. un. eod. tit. V. 5.

[3] c. 2 in VI cit. verordnet freilich, dass manifesti usurarii nicht Testamentszeugen sein dürfen, und dass die Testamente derselben, wenn den Bewucherten in denselben nicht Ersatz geboten wird, der Rechtsgültigkeit entbehren sollen. Etwas wesentlich Neues ist dies nicht, da schon Lateran. II. 1139, S. 197 n. 11, die Strafe der Infamie für den Wucher festgesetzt hat. Wenn im Übrigen nähere Bestimmungen über die Sicherung der in Testamenten von Wucherern angeordneten Ersatzleistung getroffen werden, so handelt es sich hierbei gleichfalls um eine Deklaration und Ergänzung des III. Lateran-Konzils, dessen Vorschriften in c. 1 in VI cit. ausdrücklich erneuert werden.

[4] c. 1 in VI cit. verbietet allen Kollegien, Gemeinschaften und einzelnen Personen, fremde Wucherer auf ihren Territorien als Miether von Häusern zu dulden, ihnen sonst den Aufenthalt in den ersteren zu gestatten oder ihnen Häuser zu vermiethen, und verlangt ihre Austreibung bei Strafe der censura ecclesiastica für Laien, dagegen der ipso iure eintretenden Suspension für Prälaten, des Interdikts für kirchliche Kollegien und Korporationen, der Exk. für einzelne kirchliche Personen, eventuell auch bei Verstocktheit des Lokalinterdikts über die Gebiete. Ähnlich schon früher Sens 1269 c. 2, M. 24, 41, welches freilich nur censura ecclesiastica androht; vgl. ferner Benevent 1378 c. 9, M. 26, 623.

Von partikularrechtlichen Vorschriften gehören hierher noch Ravenna 1286 c. 6, M. 24, 621 (Notare, welche ohne Gegenwart des Pfarrers Testamente von Wucherern aufnehmen, Exk.); Benevent 1378 c. 10, M. 26, 623 (ebenso); Bergamo 1311 c. 24, M. 25, 498 (für wissentliche Aufnehmung wucherischer Verträge durch Notare dieselben Strafen wie für die Wucherer selbst, wiederholt Ravenna 1317 c. 15, p. 613).

[5] Clem. un. cit., bedroht alle städtischen Podesta andere Obrigkeiten und Beamten, welche etwaige, die Rechtsgültigkeit wucherischer Geschäfte anerkennende Statuten erlassen, aufstellen oder aufrechthalten oder diesen entsprechende Urtheile fällen, mit der exc. l. s. Ferner sollen nach ihr diejenigen, welche die Sündhaftigkeit des Wuchers hartnäckig leugnen, als Ketzer behandelt werden. Vgl. auch Tarragona 1331 c. 3, M. 25, 900 (Verkündung der Exk. der Richter und weltlichen Beamten, welche auf Zahlung von Zinsen erkennen und Klagen auf Rückforderung von Zinsen abweisen).

[6] Tribur 895 c. 30, M. 18, 147 in c. 3 Dist. XIX.

[7] c. 4, M. 20, 924.

[8] S. Anm. 6.

[9] c. 7 Dist. L, s. Bd. IV S. 806 n. 4.

[10] c. 4 (Potth. reg. n. 202) X de crim. falsi V. 20 und zugleich die öffentliche wiederholte generelle Verkündung der Exk. angeordnet.

Exkommunikation, die Geistlichen ausserdem mit der Degradation behufs Auslieferung zur Bestrafung an den weltlichen Richter, sowie den Gebrauch derartiger Schreiben für Geistliche mit Absetzung, für Laien aber mit der Exkommunikation bedroht[1], endlich auch auf dem IV. Lateran-Konzil 1215 die Erschleichung päpstlicher Briefe ohne Spezialvollmacht unter Strafe gestellt[2]. Alle diese Anordnungen, sowie ausserdem eine ältere Spezialentscheidung Urbans III. betreffend die Bestrafung der Fälschung von Königsurkunden[3] haben Aufnahme in die Dekretalensammlung Gregors IX. gefunden[4]. Während somit das gemeine Recht die Fälschung anderer Urkunden nicht getroffen hat, ist eine solche dagegen von den Partikularkonzilien[5] seit dem Ende des 12. Jahrhunderts und im Laufe der beiden folgenden, und unter diesen auch von einzelnen Legatensynoden[6] mit Strafe bedroht worden.

Der Münzfälschung wird in den kirchlichen Rechtsquellen erst seit dem 12. Jahrhundert gedacht. Zuerst hat sie das I. Lateran-Konzil 1123, ebenso wie die wissentliche Ausgabe falscher Münzen mit der Exkommunikation belegt[7], und ihm sind dann einzelne Partikularsynoden seit dem 12. und 13. Jahrhundert[8] zum Theil

[1] c. 7 (Potth. reg. n. 1276) X eod., s. auch S. 59 n. 3. Schon c. 4 cit., vgl. noch c. 5 (Innoc. III. 1198 Potth. n. 365) X eod. (über die verschiedenen Arten der vorkommenden Fälschungen), stellt der Fälschung den Fall gleich, dass die päpstlichen Schreiben nicht aus der Hand des Papstes, bez. der von ihm dazu bestellten Beamten, sondern aus anderen Händen in Empfang genommen werden, ferner c. 5 cit. das Untermischen unechter Schreiben unter die echten, damit die ersteren zugleich mit den letzteren bullirt werden.

[2] Dies richtet sich gegen die Fingirung von Prozessen und die Bedrückung der für diese angegebenen Prozessparteien seitens der Extrahenten dadurch, dass letztere die ersteren durch Bedrohung mit dem bevorstehenden Prozess zum Ankauf solcher Reskripte zu bewegen und auf diese Weise Geld von ihnen zu erpressen suchten, s. c. 37, M. 22, 1022 in c. 28 X de rescr. I. 3.

[3] c. 3 X de crim. falsi V. 20, S. 43 n. 4 und S. 60 n. 3.

[4] Vgl. die vorhergehenden Anmerkungen; die Fälschung päpstlicher Briefe auch seit Gregor XI. const. Excommunicamus v. 1373 §. 5, bull. Taur. 4, 450 in die Bulle: In coena domini.

[5] Rouen 1190 c. 28, M. 22, 586 (Exk. für Fälscher von Siegeln und für diejenigen, welche wissentlich solche Urkunden gebrauchen); schott. Konz. 1225 c. 20 (öffentliche generelle Exk. der falsarii, wiederholt Lambeth 1330 c. 10, M. 25, 896); Cognac 1238, M. 22, 486 (Exk. aller qui scientes falsis litteris utuntur); Grado 1296 c. 33, M. 24, 1169 (generelle Exk. der falsa instrumenta publica componentes et consulentes seu fieri facientes vel ipsis falsis instrumentis scienter utuntes aut aliena instrumenta in fraudem vendentes et ementes aut penes se dolose retinentes); Benevent 1378 c. 7. 8, M. 26, 622 (Gebrauch falscher Urkunden Exk.); Saintes 1280 c. 10, M. 24, 379 (falsche Besiegelung der Exkommunikationsmandate durch die Exekutoren, als ob dieselben ausgeführt worden wären); Salzburg 1281 c. 17, p. 402 (Fälschung von Siegeln und Briefen der Fürsten und Prälaten oder wissentlicher Gebrauch derselben exc. ipso iure, Kleriker ausserdem Gefängnisstrafe, Laien Bestrafung durch den weltlichen Richter); Saintes 1282 c. 5, p. 468 (Fälschung und Besiegelung von Testamenten für Todtkranke und Wahnsinnige exc. ipso facto). Dagegen erwähnt Lemans 1247 P. 3, 23, 760 nur der päpstlichen Briefe und geht noch über das gemeine Recht hinaus (s. c. 4 X cit.), wenn es alle qui litteras d. papae falsant vel ad hoc adminiculum praestant vel falsas scientes penes se ultra XV dies reservant vel qui falsis utuntur, etiam ignorantes, si crassa sit eorum ignorantia vel supina" mit der dem Papste vorbehaltenen Exk. bedroht. Anse 1299, M. 24, 1225 bestraft diejenigen, welche unter dem Vorgeben, Kreuzfahrer zu sein, sich päpstliche Schreiben erschwindeln und sie zu Bedrückungen anderer missbrauchen, mit exc. l. s.

[6] Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5 (Degradation der Kleriker wegen crimen falsi); London 1227 c. 27, M. 23, 461 (Strafe der Fälscher und derjenigen, welche wissentlich jene Urkunden gebrauchen, für Kleriker, insbesondere Prälaten, welche Urkunden über weltliche bestimmte Personen betreffende Vorgänge und über deren Betheiligung an den letzteren anfertigen und signiren, obwohl dieselben gar nicht mitgewirkt haben und nicht gegenwärtig gewesen sind); Padua 1350, M. 26, 232 (Gebrauch falscher Urkunden exc. l. s.); Mailand 1287 c. 19, p. 878 (nur Fälschung von Briefen und Testamenten der Bischöfe, exc. ipso iure), s. aber Würzburg 1287 c. 37, M. 24, 804 (und Fälschung päpstlicher Bullen, Briefe und Siegel exc. l. s.).

[7] c. 15, M. 21, 285: „Quicumque monetam falsam scienter fecerit aut studiose expenderit, tamquam maledictus et pauperum virorum oppressor et civitatis turbator, a fidelium consortio separetur".

[8] Reichssynode Palencia 1129 c. 17, M. 21, 387 (Exk., als weltliche Strafe daneben Augenausstechung).

unter Verschärfung der Strafe gefolgt[1]. Weder das Dekretum Gratians noch die offiziellen Dekretalensammlungen erwähnen des Delikts anders als beiläufig[2]. Was die Päpste betrifft, so hat Clemens V. 1308 eine die Fälschung von französischen Königsmünzen betreffende Konstitution[3] und ferner Johann XXII. eine allgemeine Verordnung erlassen[4], dass diejenigen, welche durch Alchemie angebliches Gold und Silber herstellen oder dazu anstiften oder bei der Anfertigung helfen, sowie diejenigen, welche von diesen Metallen zu Käufen und Zahlungen Gebrauch machen, zur Strafe soviel Quantität ächtes Gold oder Silber, als das fälschlich hergestellte, zu Gunsten der Armen entrichten[5] und mit ewiger Infamie belegt, diejenigen aber, welche aus solchen falschen Metallen Geldstücke anfertigen oder anfertigen lassen, abgesehen von der Infamie, mit Vermögenskonfiskation, Kleriker ausserdem noch mit der privatio beneficii und mit dauernder Unfähigkeit zu Kirchenämtern bestraft werden sollen.

Der Fälschung von Maassen und Gewichten wird in den kirchlichen Rechtsquellen äusserst selten gedacht[6], indessen ist dieselbe in Folge der Aufnahme einer darauf bezüglichen Stelle in die Dekretalen Gregors IX.[7] als gemeinrechtliches Strafvergehen charakterisirt[8]. Dasselbe gilt auch von der nur vereinzelt erwähnten Kindesunterschiebung durch die unfruchtbare Ehefrau[9].

Die wissentliche falsche Anschuldigung durch Erhebung einer Anklage wird im Anfange der hier fraglichen Periode nicht besonders erwähnt, offenbar weil man noch an dem älteren Recht[10], welches den falschen Ankläger mit der Talion oder auch der Exkommunikation bedrohte, und welches auch in den Fälschungen Benedikts Levitas[11] und Pseudo-Isidors[12] reproduzirt worden ist, festgehalten hat. Gratian giebt neben einzelnen älteren ächten Stücken[13] im wesentlichen die eben ge-

[1] Leg. Konz. Lerida 1229 c. 28, S. 60 n. 5 (Kleriker, Degradation); Trier 1238 c. 43. 44, M. 23, 484 (Einstellung des Gottesdienstes an allen Orten, wo Münzfälschung begangen wird, so auch Trier 1310, c. 29, M. 25, 257, und öffentliche wiederholte Verkündung der Münzfälscher und derjenigen, welche sich wissentlich solcher Münzen bedienen); Salzburg 1281 c. 17 (dieselben Strafen, wie für Fälschung von Siegeln, s. S. 200 n. 5); Leg. K. Würzburg 1287 c. 37, p. 864 (nur für die päpstlichen Münzen exc. ipso facto).

[2] S. c. 97 §. 4 (August) C. I qu. 1 und c. 18 (Innoc. III.) X de iureiur. II. 24.

[3] Bullar. Taurin. 4, 195; wörtlich 1322 wiederholt v. Johann XXII. in c. un. in Extrav. Joann. XXII. de crimine falsi (X). Darin werden die Fälscher solcher Münzen und ihre wissentlichen Vertreiber mit der dem Papste vorbehaltenen Exk. bedroht.

[4] c. un. in Extrav. comm. de crim. falsi V. 6.

[5] Falls der Schuldige zu arm ist, soll sie in eine andere angemessene Strafe, z. B. carcer, umgewandelt werden.

[6] Paris 829 lib. I c. 51, M. 14, 569 richtet sich nur gegen den Gebrauch falscher Maasse, und droht keine Strafe an, dagegen sollen nach ed. Pist. 864 c. 20, LL. 1, 492 diejenigen, welche Maasse fälschen und sich falscher Maasse bedienen, abgesehen von der weltlichen Strafe mit Exk., Kleriker mit der Absetzung belegt werden. Compostella 1114 c. 25, M. 21, 122 bedroht den Kauf und Verkauf nach anderem als dem Normalmaass ebenfalls mit der Exk. und ausserdem mit Geldstrafe von 60 solidi, und Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 Kleriker, welche falsche Gewichte und Maasse halten, mit Exkommunikation.

[7] c. 2 X de emptione III 17 mit der falschen Inskription: Ex concilio Moguntino, dessen Herkunft bisher nicht ermittelt ist, aber wahrscheinlich einem karolingischen Konzil der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts angehört.

[8] Die Veränderung richtiger Maasse und Gewichte wird c. 2 X cit. mit Fastenbusse von 30 Tagen bedroht.

[9] c. 9 (Innoc. III. (Potth. n. 3660) X de poenit. V. 38, welches der Busse für dieses Vergehen erwähnt.

[10] Bd. IV. S. 699 n. 1 u. 758 n. 6; S. 770 n. 3; 840 n. 6 nr. 1.

[11] III. 348. 360. 365. 436. 438.

[12] Fabian. c. 28, ed. Hinschius p. 168 (c. 3. C. II. qu. 3), Eutic. c. 7 p. 211 (c. 3 C. II. qu. 8); Gai. c. 4 p. 214 (c. 1 C. II. qu. 3) Damas. c. 15 p. 504 (c. 2 ibid.); Sixt. III. p. 562 (c. 4 C. II. qu. 8); vgl. ferner cap. Angilram. c. 6. 21. 38 (c. 2 C. V. qu. 6) 47 (c. 5 ibid.) u. 48 (c. 3. C. II. qu. 3), welche zum Theil auch die Strafe der Infamie aussprechen.

[13] c. 6 (Elvira 306) C. V. qu. 6; c. 4 (dasselbe) C. II. qu. 3; c. 8 (Agde 506) C. V. qu. 6; c. 4 (Gregor I.) C. V. qu. 6, c. 3 (Joann. diac. vita Gregor.) ibid., worin für Geistliche auch die Deposition angedroht wird.

dachten falschen Stellen wieder[1]. Weder die spätere allgemeine noch partikulare Kirchengesetzgebung hat sich mit dem Vergehen befasst, dagegen bietet die Sammlung Gregors IX., wenn auch nur wenige Dekretalen, welche dasselbe behandeln[2].

Das letztere gilt auch von dem noch viel seltener erwähnten Vergehen der Kollusion oder Prävarikation, d. h. des Abstehens des Anklägers oder Klägers wider besseres Wissen vom Prozess nach vorgängiger Vereinbarung mit dem Angeschuldigten oder Beklagten, um die Verwirklichung des Rechtes gegen denselben zu dessen Gunsten zu verhindern[3].

Der Bestechung, und zwar der Bestechung der Richter, wird nur vereinzelt in karolingischer Zeit gedacht[4], und später in Bezug auf andere Amtshandlungen ebenfalls selten erwähnt[5]. Auch Gratian bietet nur Weniges[6], und erst im Verlauf des 13. Jahrhunderts[7] haben einzelne Päpste Innocenz IV.[8] und Bonifaz VIII.[9] allgemeine Strafverordnungen über die Bestechung der geistlichen Richter und die Bestechung behufs Erlangung von päpstlichen Gnaden und Berechtigungen erlassen.

Ferner verbietet das gemeine Recht den Advokaten und Prokuratoren bei

[1] S. 201 n. 12.

[2] Im Titel de calumniatoribus V. 3 rührt c. 1, wo für einen Subdiakon wegen falscher Anklage Absetzung, Prügelstrafe und Exil angeordnet wird, von Gregor I., und c. 2 (das letzte), welches wegen wissentlich falscher Denunziation susp. ab o. et b. ausspricht, von Innocenz III. her. Wenn Katz, kanon. Strafrecht S. 146 n. 3 noch c. 8 (Burch. Wormac. XIX c. 27) X de accus. V. 1: „accusasti aliquem et per tuam accusationem occisus est, nisi pro pace hoc feceris, XL dies in pane et aqua .. cum VII sequentibus annis poeniteas. Si autem per tuam delaturam debilitatus est, per III debes quadragesimas poenitere", hierher zieht, weil das Summarium (übrigens auch die Glosse) die Stelle von der wissentlich falschen Anklage versteht, so erscheint dies nicht gerechtfertigt, denn das Kapitel spricht davon nicht, und lässt sich sehr wohl darauf beziehen, dass in Folge des durch die Anklage nöthig gewordenen Zweikampfes die Tödtung oder Verstümmelung des Gegners erfolgt, nicht dass der letztere zu diesen Strafen vom Gericht verurtheilt worden ist.

[3] Gratian erwähnt desselben in c. 8 (lex Rom. Visigoth. cod. Theod. IX. 27 interp. c. 1) C. II. qu. 3, welcher auf das römische Recht verweist, indem er im dictum dazu noch Erörterungen folgen lässt. Die Sammlung Gregors IX. enthält einen eigenen kurzen Titel de collusione detegenda V. 22, in welchem c. 1. 2 (Gregor I.) die Fortsetzung des Verfahrens trotz der Kollusion anordnen, c. 3 (Alex. III.) die Kollusion in einem Benefizialstreit allerdings unter konkurrirender Simonie mit Entziehung der betreffenden Benefizien bedroht und das letzte c. 4 (Gregor IX.) eine durch Kollusion vereitelte Inquisition von Neuem aufgenommen wissen will.

[4] Mainz 847 c. 19, Bor. Kr. 2, 180. 181 (Annahme von Geschenken durch beide Parteien, als Strafe aber blos: „fortiter increpandi").

[5] Römische Synode 1078 c. 11, M. 20, 520 (Duldung der Fornikation der Geistlichen der höheren Weihen oder der Blutschande durch den Bischof in Folge von Bitten oder Geld, Suspension ab officio, auch in c. 1 Dist. LXXXIII).

[6] Ausser der in der vor. Anmerkung citirten Stelle blos solche von Kirchenvätern mit allgemeiner Erwähnung des Verkaufens des Urtheils, s. c. 66 (Gregor I.) c. 71 (August.) c. 78 (Isid.) C. XI. qu. 3 u. c. 15 (Aug.) §. 1 C. XIV. qu. 5.

[7] Die Dekretalen Gregors IX. ergeben nichts.

[8] Auf dem Konzil v. Lyon 1245 in c. 1 in VI de sent. et 12 jud. II. 14, auch M. 23, 658. Danach soll jeder geistliche Richter, ordentliche und delegirte, wenn er bei einem Process aus Gunst oder aus Habsucht gegen die Gerechtigkeit handelt, ipso iure auf ein Jahr ab officio (abgesehen von seiner Pflicht, dem Geschädigten Ersatz zu leisten) suspendirt sein, und wenn er trotz der Suspension celebrirt, der nur vom Papst zu behebenden Irregularität und den anderen durch die Gesetze, d. h. das römische Recht, angedrohten Strafen verfallen).

[9] Abgesehen von c. 11 §. 2 in VI de rescr. I. 3, welches dem delegirten Richter allein die Annahme eines geringen Quantums von Speisen und Getränken oder mässigen Ersatzes für nothwendige Reisekosten seitens der Parteien erlaubt, s. vor Allem c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10 (1295). Letzteres exkommunicirt unter Vorbehalt der Absolution für den Papst alle Kleriker und Laien, welche um eine Gnade oder eine Berechtigung vom apostolischen Stuhl zu erlangen, Versprechungen oder Geschenke machen oder annehmen, ebenso diejenigen, welche die Schuldigen nicht innerhalb 3 Tagen anzeigen (wiederholt durch const. Joann. XXIII. v. 1411: Cum ex debito, bull. Taur. 4, 657 unter Festsetzung der Verluste aller Lehne und Gnaden für Laien neben der vorbehaltenen Exkommunikation); ferner const. Gregors XI. 1375: Solicite vitari, bull. Taur. 4, 577, die dieselbe Strafe gegen Prälaten verhängt, welche sich durch Bestechung Auskunft über die vom römischen Stuhl vorgenommenen Besetzungen, Versetzungen und Kommendirungen von Bisthümern und Klöstern verschaffen.

den geistlichen Gerichten ungerechte Sachen zu übernehmen und fortzuführen [1] und ihren Klienten mehr als die vorgeschriebenen Gebühren abzunehmen [2].

Weiter sind partikularrechtlich eine Reihe von Fällen der Chikane bei der Verwaltung der Rechtspflege und bei der Rechtsverfolgung unter Strafe gestellt worden, so die Erlassung von Vorladungen durch angeblich delegirte oder subdelegirte Richter, ehe dieselben das authentische Delegationsreskript eingesehen haben [3], das Chikaniren anderer durch ungerechte Prozesse, sowie die Anstiftung dazu [4], das Chikaniren durch Missbrauch päpstlicher Briefe und der Briefe von päpstlichen Legaten [5], namentlich durch Gebrauch von etwa früher erlangten Delegationsreskripten für erst später entstandene Ansprüche [6] oder durch Aushändigung solcher an andere gleichen Namens [7], die gleichzeitige Belangung des Beklagten wegen desselben Anspruches bei mehreren Gerichten [8] oder wegen mehrerer gleichzeitig bei verschiedenen Richtern [9], die Ladung der Parteien zur Verhandlung der Sache durch delegirte Richter an entfernte Orte [10], die Cession von Klagen an Kleriker und an andere, sowie die Annahme von solchen Cessionen und die Verfolgung derartiger Klagen als Advokat oder Prokurator in Fällen, in denen die Cession verboten ist [11], die Verfolgung von Ansprüchen vor ausserordentlichen Gerichten auf Grund von fraudulösen Cessionen, Kauf- und anderen Verträgen [12], die Erwirkung königlicher Briefe, um andere ungerechter Weise vor auswärtigen Gerichten zu verfolgen [13], die böswillige Vorschützung von unwahren Einreden in Ehesachen [14] oder auch in anderen Prozessen zur Verschleppung der Sache [15], die chikanöse Erhebung von Prozessen über das Patronatrecht während der Erledigung der Kirche, um den Patron für den betreffenden Vakanzfall um die Ausübung seines Präsentationsrechtes zu bringen [16], die Ver-

[1] Unter Verletzung des von ihnen erforderten Advokaten- oder Prokuratoren-Eides, Lyon II. 1274 c. 19, M. 24, 93 (Strafe des Meineides und doppelter Ersatz des empfangenen Honorars). Ähnlich S. Quentin 1231 c. 3, Hefele, Conc.-Gesch. 5, 1010 und das vielleicht damit identische Noyon u. 1280? c. 4, M. 24, 375 (Advokaten und Prokuratoren, welche bei der Vertheidigung von Wucherern ihren Eid, nur gerechte Sachen zu verhandeln, verletzen, als Meineidige mit Infamie und Ausschluss vom Gericht bedroht). Schon vorher Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I. c. 6, M. 22, 820 (Geistliche, welche wissentlich ungerechte Prozesse übernehmen oder chikanös hinziehen, privatio benef., Nichtbenefiziaten exc.).

[2] Lyon 1274 cit. (ausser Ersatz des zu viel Erhobenen Advokaten Suspension von der Advokatur auf 3 Jahre, Prokuratoren Zurückweisung von der Prokuratur für immer); schon vorher Leg. K. Paris 1212 o. 1213 c. 6 cit., s. vor. Anm.

[3] Bordeaux 1238 c. 2, M. 23, 487 (Exk.); Angers 1365 c. 4, M. 26, 428 (Geldstrafe von 10 librae ipso facto).

[4] Tours 1282 c. 1. 2, M. 24, 469 (Exk.).

[5] Nogaret 1290 c. 3, M. 24, 1067 (durch Geistliche exc. ipso facto, dieselbe Strafe auch für Richter, welche derartige Chikanen dulden); Rouen 1299, p. 1245 (sehr ausführlich), exc. ipso facto); vgl. weiter Macon 1286 c. 3, p. 614; Anse 1299, p. 1225; Avignon 1326 c. 49, M. 25 770).

[6] Bordeaux 1238 c. 2, M. 23, 487 (Exk.); Langeais 1278 c. 7; M. 24, 214 (Kleriker der höheren Weihen Suspension, andere und Laien Exk.); Macon 1286 c. 3, p. 614 (Exk.).

[7] Langeais 1278 c. 7 cit. (unter Bezugnahme auf Gregor IX., s. c. 43 X de rescr. I. 3, die vorhin gedachten Strafen); Macon 1286 c. 3 cit.

[8] Bordeaux 1238 c. 1, M. 23, 487 (Exk.).

[9] Noyon u. 1280? c. 2, M. 24, 378 (exc. ipso facto).

[10] Bourges 1336 c. 5, M. 25, 1060 (für Verletzung der Vorschriften des c. 11 in VI de rescr. I. 3, vgl. §. 283, exc. l. s.); Chateau Gontier 1336 c. 4, p. 1072 (ähnlich); Angers 1365 c. 1—3, M. 25, 1182 (im Wesentlichen dasselbe).

[11] Bordeaux 1238 c. 1, M. 23, 487 (Exk.); Noyon u. 1280? c. 1, M. 24, 373 (Klagen aus einer von einem Privaten nicht vor dem Ordinarius ausgestellten Cession, exc. ipso facto).

[12] Durch Kleriker, Avignon 1326 c. 23, M. 25, 759 (exc. l. s.).

[13] London 1343 c. 16, M. 25, 1182 (exc. l. s.).

[14] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1132 (für Advokaten Exk.); Oxford 1222 c. 1, p. 1150 (ebenso, s. auch c. 42, S. 72 n. 12); schott. Konz, 1225 c. 50, p. 1234. 1235; Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 und Durham 1255, p. 902 (sämmtlich wie Richard v. Salisbury).

[15] Richard v. Salisbury u. Oxford cit. c. 1 (Exk.), s. vor. Anm.

[16] Richard v. Salisbury u. Oxford cit. (Exk.); Cicester 1246, M. 23, 714 (ebenso); Lambeth 1281 c. 10, M. 24, 412 (ebenso).

anlassung der kirchlichen Besiegelung von Vollmachten, welche in fingirten Prozessen für fingirte Prokuratoren ausgestellt sind [1], seitens der Advokaten [2], sowie das Auftreten als fingirter Prokurator und die Herbeiführung der kirchlichen Besiegelung der gedachten Vollmachten [3], endlich die Veranlassung und Einlegung heimlicher Appellationen [4].

Von weiteren Vergehen wird der Beleidigung und zwar der Beleidigung von Klerikern, mehrfach in der hier fraglichen Periode gedacht [5]. Gratian bietet ausser einer diese letzteren betreffenden Vorschrift [6] wenige ältere Kanonen, welche die Verübung von Injurien seitens der Kleriker [7], ferner auch einzelne, welche die verläumderische Behauptung von Verbrechen und die Anfertigung und Veröffentlichung von Schmähschriften [8] betreffen. Die Dekretalensammlung Gregors IX. weist allein eine die Beleidigung des Papstes unter Strafe stellende päpstliche Dekretale auf [9], während gerade die grossbritannischen Partikularkonzilien des 13. Jahrhunderts mehrfach die verläumderische Nachrede von Verbrechen [10], und andere Partikularkonzilien einzelne besonders qualifizirte, aber verschiedenartige Injurien [11] mit Strafe bedrohen.

Unter den, auch vom weltlichen Rechte als strafbar behandelten Verbrechen hat die kirchliche Gesetzgebung die Begehung hochverrätherischer Handlungen, offenbar zum Theil wegen des in denselben liegenden Bruches des Treueides gegen den König [12], sowohl in karolingischer [13], wie auch noch in

[1] Um den abwesenden wahren Berechtigten um sein Recht zu bringen.

[2] Lambeth 1281 c. 13, M. 24, 414 (susp. ab off. advocationis ipso iure und Unfähigkeit für kirchliche Benefizien, verheirathete exc. ipso facto).

[3] Lambeth cit. (als falsarius von jedem actus legitimus ausgeschlossen).

[4] Um zu verhindern, dass sie zur Kenntniss des Gegners kommen, Bergamo 1311 c. 25, M. 25, 496 (exc. l. s., auch für den mitwirkenden Notar).

[5] S. 180 n. 9; Compostella 1114 c. 9, M. 21, 132 (clericos dehonestare, Exk.).

[6] c. 1 C. XXI qu. 1, s. a. a. O.

[7] c. 5 (Stat. eccl. ant. c. 57) Dist. XLVI.

[8] c. 7 (Isid.) C. V qu. 6; c. 2 (Gregor I., Bd. IV S. 714 n. 7) u. c. 3 (Elvira, s. Bd. IV. S. 702 n. 9) C. V qu. 1, ausserdem in c. 1 ibid. cap. Angilr. c. 45, ed. Hinschius p. 765.

[9] c. 1 (Clem. III. 1187—91) X de maledicis V. 26. Ausserdem erklärt c. 23 (Innoc. III.) X de sent. et re jud. II. 27 einen auf die actio iniuriarum wegen einer nicht schweren Beleidigung zu Geldstrafe Verurtheilten (trotzdem, dass die Klage eine actio famosa ist) für frei von der Infamie.

[10] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1132 (Exk. derjenigen „qui gratia lucri vel odii vel favoris malitiose crimen imponunt alicui, cum apud bonas et graves personas non fuerit prius infamatus nec sit ei purgatio indicta"); Oxford 1222 c. 1, p. 1150 (dasselbe); schottisches Konzil 1225 c. 51 (ebenso, aber mit der Beschränkung auf die Nachsage solcher Verbrechen „pro quibus mors, exilium, membrorum mutilatio, exhaeredatio, bonorum spoliatio sequi debet, si iudicialiter convincuntur"); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (wie das zuletzt gedachte Konzil, ferner auch arbiträre Strafe für denjenigen „qui ad defamationem aliquid proponit et probare non potest"); Cicester 1246, p. 714 (im wesentlichen wie Richard v. Salisbury); Durham 1255, p. 902. 903 (desgleichen aber mit der Veränderung „ut infamato apud bonos et graves purgatio indicetur vel alio modo gravetur"; ebenso Lambeth 1281 c. 10, M. 24, 402); Lambeth 1261, M. 23, 1065. 1066 (Nachsage von Verbrechen gegen Geistliche, in Folge deren dieselben verhaftet werden, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben).

[11] S. einerseits Gran 1114 c. 53, M. 21, 109: „si quis ultro uxorem suam adulteram proclamavit, si nobilis est, canonicae poenitentiae compositioni subiaceat, qui vero hoc persolvere voluerit vel non potuerit, tonso capite venundetur in mancipium"; andererseits Leg. K. Tarragona 1239 c. 11, M. 23, 515 (Abfassen von Schmähschriften gegen Kleriker, Beihülfe dabei und Nichtvernichten gefundener Schmähschriften, Exk.); Avignon 1270 c. 8, M. 24, 18 (für das dehonestare des Bischofs, der Priester oder Kleriker factis vel verbis durch einen anderen Geistlichen bis zur Satisfaktion Unfähigkeit zu Benefizien an der betreffenden Kirche); Avignon 1326 c. 44, M. 25, 768 (Schmähungen oder schwere Beleidigungen in bischöflichen Palästen oder in Gegenwart des Bischofs oder des Offizials, exc. l. s. und arbiträre Strafe); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 6, M. 22, 820 (Geistliche, welche als Advokaten sich Schmähungen gegen die andere Partei erlauben, privatio benef., Nichtbenefiziaten Exk.).

[12] Aachen 836 lib. II. c. 12 M. 14, 679, s. die folg. Anm.

[13] Calchut 787 o. 788 c. 12, M. 12, 944 (Lebensnachstellungen gegen den König, ewiges Anathem, Geistliche auch Absetzung); Aachen cit. (für Abfall von Ludwig d. Fr. timore, cupiditate aut qualibet suasione, Bruch des Treueides oder Verbindung mit den Gegnern des Königs für Bischöfe und Geistliche Absetzung, für Laien Anathem); Lauriac 843 c. 2 u. 3, p. 798 (contra regiam

späterer Zeit[1] freilich nicht häufig als kirchliches Vergehen qualifizirt. Gratian hat nur eine dieser Verordnungen in sein Dekret aufgenommen[2], und giebt im Übrigen noch zwei Stellen aus dem Justinianeischen Codex wieder[3]. Dagegen weist das Dekretalenrecht[4] keine darauf bezüglichen Strafbestimmungen auf[5].

Ausser der bisher besprochenen Thätigkeit hat die Kirche, wie sie schon in merovingischer Zeit im Interesse der Aufrechterhaltung eines äusseren christlichen und ehrbaren Verhaltens und zur Sicherung der hierarchischen Interessen der Kirche und des Klerus eingeschritten ist[6], während dieser Periode gerade in den erwähnten Richtungen von ihrer gesetzgebenden Gewalt bei der reicheren Ausgestaltung ihrer Einrichtungen, bei ihrer in der mittelalterlichen Welt immer einflussreicher werdenden Stellung und bei den durch ihren wachsenden Reichthum bedingten, engen Beziehungen zu dem politischen Leben und der weltlichen Ordnung in noch viel umfassenderem Maasse als früher Gebrauch gemacht und in Folge dessen auch manche Handlungen neu als kirchliche Strafvergehen qualifizirt.

In ersterer Beziehung kommen diejenigen Vergehen, welche in der Verletzung kirchlicher und sittlicher Verpflichtungen der Gläubigen bestehen, in Frage. Zunächst gehört hierher die schon in früherer Zeit[7] mit Strafe bedrohte Verletzung der Sonntags- und Feiertagsruhe[8] und der Pflicht, an diesen Tagen dem Gottes-

dignitatem dolose ac callide ac perniciose satagere und hartnäckiger Widerspruch und Ungehorsam gegen die nach geistlichem und weltlichem Rechte zulässigen Befehle der königlichen Gewalt, Anathem); Mainz 847 c. 5, Bor. Kr. 2, 177 (Verschwörungen und Verabredungen von Rebellionen und Widerstand gegen den König, die geistlichen Würdenträger und weltlichen Gewalten, Busse, event Exk.); Worms 868 c. 43, M. 15, 877 (Laien, welche sich bei Bedrängnissen des eigenen Volks, Vaterlandes oder Königs in die Fremde begeben, abgesehen von der Konfiskation des Vermögens ewige Exk. bis zur Todesgefahr); Rom 871—78 c. 13, Maassen, römische Synode S. 17 (ebenso Ravenna 877 c. 11, M. 17, 399 für diejenigen, welche um von ihren Senioren nicht zur Verantwortung gezogen zu werden, in ein anderes Seniorat fliehen, sowie auch für diejenigen, welche sie aufnehmen).

[1] Hohenaltheim 916 c. 20, LL. 2, 557 (Nachstellungen gegen das Leben des Königs, Entziehung der Herrschaft und Usurpation des Thrones, sowie Anschläge mit Verschworenen zum Nachtheil desselben, Anathem; c. 23, c. 19 C. XXII qu. 5, Nachstellungen unter Verletzung des Treueides gegen die Herrschaft und das Leben des Königs, ewige Busse im Kloster und Anathem, nur Zulassung zum Abendmahl in der Todesstunde, für Bischöfe, Priester und Diakonen Degradation); Coyaca 1050 c. 10, M. 19, 790 (Verletzung der Treue gegen den König, andererseits aber Bruch der Verpflichtungen des Königs gegen die Grossen abgesehen vom Verlust der weltlichen Würde auch ewige Exk.); Palencia 1129 c. 14, M. 21, 387 (Verletzung des Gehorsams gegen den König, Exk.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1131. 1132 (Exk. aller, welche den Frieden des Reiches und des Königs stören und die Rechte des letzteren beeinträchtigen); Oxford 1222 c. 1. p. 1150 (ebenso); schottisches Konzil 1225 c. 31, 51 p. 1231. 1235 (ebenso); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 519 (Exk. für Störung des Friedens des Reiches und des Königs); Durham 1255, p. 902 (Exk. für Störung des Friedens des Reiches); London 1343 c. 1, M. 25, 1169 (exc. l. s. und öffentliche generelle Exk. der Friedensstörer); ferner Upsala-Telge 1279 c. 13, Finke, Konzilienstudien z. Gesch. d. 15. Jahrh. Münster 1891 S. 100, welches die Vertreibung, Gefangennahme und Tödtung des von der Kirche gekrönten Königs mit Exk. und Unfähigkeit zur Königswürde bedroht.

[2] Hohenaltheim 916 c. 23 in C. 19 C XXII qu. 5 (s. vor. Anm.), während Friedberg als Quelle dafür noch irrigerweise auf einige Konzilien von Toledo, s. auch Bd. IV S. 831 n. 1, hinweist.

[3] c. 1. 8 C. IX. 8 in c. 23. 22 C. VI. qu. 1.

[4] c. 1 (Clemens III.) X de confess. II. 18 erwähnt nur beiläufig, dass beim crimen laesae maiestatis das Geständniss gegen den Gestehenden wirksam ist, und Clem. 2 de sentent. jud. II. 11 (1313) kassirt die von Heinrich VII. wegen Majestätsvergehens ausgesprochene Absetzung König Roberts von Neapel.

[5] Vereinzelt steht die Polizei-Strafvorschrift der Prov. S. Nogaret 1290 c. 5, M. 24, 1067 (nach welcher Leprosen, wenn sie nicht das vorgeschriebene Zeichen an ihren Kleidern tragen oder Märkte und Messen besuchen, mit 5 Solidi an den Ordinarius bestraft werden); ebenso die von Trier 1310 c. 112, M. 25, 218 (wonach das Ausüben und Lehren der Medizin ohne bischöfliche Erlaubniss mit exc. l. s. bedroht wird).

[6] Bd. IV S. 831.

[7] Bd. IV S. 289 ff.

[8] Für die karolingische Zeit s. Bd. IV S. 291 n. 2 u. S. 292 n. 1, für die späteren Jahrhunderte a. a. O. S. 292 n. 6 und die Citate in den folgenden Anmerkungen, wozu noch treten Szaboles

dienst beizuwohnen[1]. Zu diesen Verboten, welche als gemeinrechtliche zu erachten sind[2], tritt ferner das Zuwiderhandeln gegen das durch das gemeine Recht unter Strafe gestellte Gebot der Erfüllung der österlichen Pflicht in Betreff der Beichte und des Abendmahls[3], weiter die im Zusammenhang mit der Beichtpflicht den Ärzten ebenfalls bei Strafe auferlegte Verbindlichkeit, Kranke zur Herbeiholung des Beichtvaters zu veranlassen[4], sowie das Verbot gegen weltliche Herren und Iustitiarien, zum Tode verurtheilten Verbrechern die Möglichkeit des Busssakraments zu verschliessen[5], sodann die Wahl des Begräbnisses ausserhalb der Parochie ohne Gewährung der portio canonica an die Pfarrkirche[6], das stückweise Begraben eines Leichnams in verschiedenen Kirchen[7], ferner die Schliessung von klandestinen Ehen[8], sowie von Ehen in verbotenen Gra-

1092 c. 16, M. 20, 769 (Markthalten an Festtagen, bei Nichtzerstörung des Verkaufsstandes durch den Schuldigen selbst, Geldstrafe von 55 pensae); const. eccles. Coloman. 1108 II. 7, p. 1170 (Verkauf von Waaren, 4facher Betrag des eingenommenen Kaufpreises und Busse); Cognac 1255 c. 26. 36, M. 21, 872 (Verkündung der ipso facto eintretenden Exk. derjenigen, welche Märkte besuchen und mit Rindern pflügen); Narbonne 1260 c. 4. 5, M. 23, 1031 (Vornahme von gemeinen Handarbeiten und von Transporten von Holz, Getreide, Waaren und Abhaltung von Märkten, Personalinterdikt, event. Exk.) Leg. K. Valladolid 1322 c. 2, M. 25, 698 (ähnlich, Exk.); Exeter 1287 c. 22, M. 24, 812 (Abhaltung von Märkten, Exk.); Rouen 1296 c. 2, p. 1204 (Abhaltung von Gerichtssitzungen durch weltliche Richter, exc. ipso facto); Beziers 1310 c. 15. 16, M. 25, 363 (Personalinterdikt ipso iure, in einzelnen Fällen exc. l. s.).

[1] Vgl. die S. 37 n. 4 citirten Konzilien für Spanien und Ungarn (vgl. dazu auch S. 43 n. 5); Gran 1114 c. 8, M. 21, 102 (Nichtbeobachten der Festtage 40 Tage strenge Busse, also Fasten, minores 7 Hiebe); const. Wilhelm. Paris. c. 11, S. 14 n. 5; Leg. Konzil Toulouse 1219 c. 2, S. 38 n. 4; s. ferner die Citate Bd. IV S. 289 n. 1 und Cognac 1255 c. 1 M. 23, 867 (Exk. für Geistliche, welche fremde Pfarrkinder zu ihrem Gottesdienst zulassen und für die letzteren, wenn sie demselben in fremden Kirchen beiwohnen, c. 26; Verkündung der ipso facto Exk. derjenigen, welche 3 Sonntage ihrer Pfarrkirche fernbleiben); Leg. K. Ofen 1279 c. 34, M. 24, 286 (Parochianen, welche in fremden Parochieen dem Gottesdienst beiwohnen, susp. ipso iure a perceptione sacramentorum, also kleiner Bann); Avignon 1282 c. 5, p. 442 (für dasselbe Vergehen arbiträre Strafe).

[2] Über die hierher gehörigen Stellen des Dekretum Gratians und der Dekretalensammlung Gregors s. Bd. IV S. 293, S. 217 n. 5. 11 u. S. 288 n. 9.

[3] Bd. IV S. 70 u. S. 117; Bezugnahme und Wiederholungen s. z. B. bei Richard v. Salisbury u. 1227 c. 25, M. 22, 1115; Rouen 1222 c. 9, p. 1199; Oxford 1222 c. 57, p. 1238; Narbonne 1227 c. 7, M. 23, 23; Canterbury 1246 c. 18, p. 421; Beziers 1246 c. 46, p. 704; während Toulouse 1229 c. 13, p. 197 im Zusammenhang mit den Maassnahmen gegen die Ketzerei der Albigenser dreimaliges Beichten und Kommuniziren im Jahr unter Androhung der Behandlung des Säumigen als suspectus de haeresi vorschreibt.

[4] c. 13 (Lateran. IV. c. 22, M. 22, 1010) X de poen. V. 38 (interdictio ingressus ecclesiae), vgl. Bd. IV S. 117 n. 4, wiederholt Richard v. Salisbury u. 1227 c. 62, M. 22, 1128; Canterbury 1236 c. 34, M. 23, 425; Ravenna 1311 c. 15, M. 25, 458); Trier 1310 c. 112, M. 25, 182 (aber als Strafe Exk.).

[5] Clem. 1 de poenit. V. 9 (censura ecclesiastica, wiederholt Nogaret 1315 c. 3, M. 25, 558), nur partikularrechtlich ist die Entziehung des christlichen Begräbnisses für Gefangenwärter angedroht, welche den Gefangenen die Gelegenheit dazu entziehen, London 1268 c. 2, M. 23, 1218; Exeter 1287 c. 5, M. 24, 792.

[6] c. 1 (Leo III. 816, J. L. n. 2536) X de sepult. III. 28 (Exk.); Bordeaux 1263 c. 3, M. 23, 1110 (Erben, welche den Verstorbenen ohne Erlaubniss des Kapellans der eigenen Parochie anderswo begraben lassen, Exk.); Marciac 1326 c. 24, M. 25, 785 (Personalinterdikt l. s.).

[7] c. 1 (Bonif. VIII.) in Extr. comm. de sepult. III. 6 (exc. ipso facto dem Papst vorbehalten); Marciac 1326 c. 25, M. 25, 785 (ebenso).

[8] c. 3 §. 2 (Lateran. IV. 1215 c. 51, M. 22, 1089) X de cland. despon. IV. 3 belegt diejenigen, welche eine klandestine Ehe, namentlich eine Ehe ohne Aufgebot schliessen, mit condigna poenitentia. Schon vorher hat London 1200 c. 11, M. 22, 719 eine derartige Eheschliessung und eine solche ausserhalb der Kirche mit Ausschluss von der Kirche bis zur Wiederzulassung durch den Bischof bedroht, und Clemens III. (1187—91) erwähnt c. un. comp. II. lib. IV. 10 genereller bischöflicher Exkommunikation derjenigen, welche matrimonia clandestina schliessen. Auch Alexander III. 1159—81, c. 4, Comp. I. lib. IV. 4 ordnet für eine Diöcese die generelle Exk. derjenigen, welche Ehen ohne Zeugen eingehen, an.

An partikularrechtlichen Anordnungen nach 1215 vgl. Richard v. Salisbury u. 1227 c. 57, M. 22, 1125 (Nichtschliessung der Ehe publice in facie ecclesiae, condigna poenitentia); const. Wilhelm. Paris. 1220—23 c. 13, M. 22, 768 (öffentliche Denunciation derjenigen, welche clandestina matrimonia schliessen und solchen anwohnen, als exkommunicirt); Leg. K. Lerida 1229 c. 4, p. 1091 (vgl. auch M. 23, 917, Exk.

den[1], die Verletzung des Kreuzfahrer-Gelübdes[2], endlich in späterer Zeit die Ausweidung, sowie die Zerstückelung von Leichen und Loslösung des Fleisches von den Knochen derselben[3], wogegen das allgemeine Verbot Gregors VIII. gegen das Anfertigen prächtiger, unpassender und unzüchtiger Kleider für Männer und Frauen[4] durch Nichtaufnahme in die Dekretalensammlung Gregors IX. seines gemeinrechtlichen Charakters entkleidet worden ist[5].

Im weiteren Sinne gehören hierher die Störung des Gottesdienstes[6], die Nichtbeachtung des Fastengebotes[7], und die wissentliche falsche Anzeige von Ehe-

für Schliessung klandestiner Ehen); Chateau Gontier 1231 c. 34 p. 240 (Exk. für die Eheschliessung ohne Aufgebot; arbiträre Busse für Erben und diejenigen, welche Rath gegeben haben, wenn die Ehe blos heimlich geschlossen ist); Seaumur 1253 c. 27, p. 816 (klandestine Ehen, Geldstafe nach Ermessen des Bischofs); Salisbury 1255, p. 911 (Exk. f r Ehen ohne Aufgebot und ohne Gegenwart des Priesters und von Zeugen für die Eheleute und diejenigen, welche der Schliessung anwohnen); Bordeaux 1263 c. 5, p. 1110 (ebenso, nur exc. ipso facto); Clermont 1268 c. 8, p. 1200 (wie Bordeaux); Trier 1227 c. 5, p. 19 (Schliessung der Ehe propria auctoritate sine sacerdote, Exk., auch arbiträre Strafe); Arles 1260 c. 4, p. 1005 (ebenso, öffentliche wiederholte Exk. bis zur Absolution); Worcester 1240 c. 18, p. 530 (Eheschliessung ohne Priester und Zeugen, arbiträre Strafe und nach einem Prozess über eine solche formlos geschlossene Ehe auch für den Sieger öffentliche Busse, nämlich publica diciplina quater in anno in atrio ecclesiae cathedralis et vicis praecipuis civitatis, quotidie in propria parochia); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356 (heimliche Verlöbnisse und heimliche Ehen, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben); S. Pölten 1284, p. 528 (Ehen ohne Aufgebot, Exk.); Bourges 1286 c. 2, p. 627 (klandestine Ehen exc. ipso facto für die Kontrahenten und die der Eheschliessung beiwohnenden Personen); Exeter 1287 c. 7, p. 795 (klandestine Ehen, int. ingressus ecclesiae); Compiegne 1304 c. 1, M. 25, 119 (Schliessung klandestiner Ehen, Veranlassung derselben und Anwohnung, exc. ipso facto); Trier 1310 c. 95. 96. p. 273 (dasselbe, für Priester ipso susp. facto auf 3 Jahr); Benevent 1331 c. 61. 73, M. 25, 968. 975 (ebenso Benevent 1378 c. 61, M. 26, 650, Ehen ohne Aufgebot, Exk.); London 1343 c. 11, M. 25, 1177 (ebenso); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 234 (privatio communionis sacramentorum ipso iure).

Salzburg 1292 c. 1, M. 24, 1076 (Eheschliessung ohne 6 Zeugen und Unterlassung der Anzeige der geschlossenen Ehe an den Pfarrer innerhalb Monatsfrist exc. ipso facto, nach Salzburg 1310, M. 25, 228 statt der exc. aber nur öffentliche Busse und eventuell Geldstrafe).

Avignon 1326 c. 48, p. 769 (Schliessung klandestiner Ehen ausserhalb der eigenen Diözese ohne Erlaubniss des zuständigen Pfarrers exc. l. s. und Verkündung derselben).

[1] c. 8 (Lateran. IV. 1215 c. 50) X de consang. IV. 8 (nur als peccatum und crimen bezeichnet); Leg. K. Lerida 1229 c. 4, M. 21, 1091 (s. auch M. 23, 972 Exk. ipso facto, wenn innerhalb eines Jahres nicht dispensirt wird); Leg. K. Bremen 1266, M. 23, 1109 (interdictio ingressus ecclesiae ipso iure); Grado 1296 c. 24, M. 24, 1169 (generelle Exk.); endlich gemeinrechtlich durch Vienne 1311, Clem. un. de consang. IV. tit. un., mit der öffentlich zu verkündenden exc. ipso facto bedroht, (so auch London 1343 c. 11, M. 25, 1178; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 234); Salamanca 1335 c. 9, M. 25, 1054 (Zeugen, welche verbotenen klandestinen Ehen anwohnen, Geldstrafe von 100 Morapetini).

[2] Lateran. 1123 c. 11, M. 21, 284 (sequestratio ab introitu ecclesiae).

[3] Durch Abkochen, um die Gebeine demnächst an einen entfernten, zur Begräbnisstätte bestimmten Ort zu bringen, ein Verfahren, welches in Folge der Kreuzzüge üblich geworden ist, Raynald. 1299 n. 36. Bonifaz. VIII. 1299 hat, c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6, dieses Vergehen mit der dem Papst vorbehaltenen exc. l. s. bedroht.

[4] S. o. S. 14 n. 4.

[5] v. Schulte, Gesch. d. Quellen des canon. Rechts 2, 16.

[6] c. 2 (Lyon II. 1274) in VI de immun. III. 23, Bd. III S. 167 n. 4 u. S. 354. Über Störung durch Plaudern s. leg. eccles. Stephan. reg. Hung. u. 1016 c. 12, S. 32 n. 4; Seligenstadt 1023 c. 9, Hirsch-Bresslau Heinrich II. 3, 351 (Verbot der colloquia in atriis ecclesiae et in ecclesia, ohne bestimmte Strafandrohung); Leg. K. Bremen 1266, M. 23, 1160 (Laien, welche bewaffnet in die Kirchen und auf die Kirchhöfe kommen, Exk.); Chateau Gontier 1336 c. 7, M. 25, 1074 (Störung des Gottesdienstes durch Tumulte und Angriffe auf andere in der Kirche oder auf dem Kirchhof, exc. l. s.); York 1367 c. 2, M. 26, 463 (Störung des Gottesdienstes bei Vigilien und Exequien in der Kirche durch unpassendes Benehmen, Ausschreitungen u. s. w., interd. ingressus ecclesiae ipso iure).

[7] tit. X de observ. ieiun. III. 46; vgl. ferner c. 4 (Ps. Isid.) Dist. IV; c. 3 (Seligenstadt 1023) Dist. LXXVI; c. 4 (Urban II. 1095) Dist. LXXVII; c. 8 (Laodicea 343—81) c. 13 (Innoc. I.) Dist. III de consecr.; c. 7 (Carol. M admon. gen.) c. 16 (inc.) c. 31 (Rom 1078) Dist. V de consecr. Im Gegensatz zu dem nicht von Gratian aufgenommenen c. 69 apost., Bd. IV. S. 706 n. 3, weisen sämmtliche citirte Stellen für die Nichtbeobachtung der Fastengebote keine Straffestsetzungen auf. Auch partikularrechtlich kommt dies während der hier fraglichen Periode sehr selten vor, s. aber leg. eccles. Steph. u. 1016

hindernissen zur Verhinderung einer Ehe[1], da es sich in allen diesen Fällen zwar um gemeinrechtliche Normen handelt, aber ihre Verletzung vom gemeinen Recht nicht mit Strafen bedroht, die Festsetzung und Anwendung solcher behufs ihrer Durchführung vielmehr den partikulären kirchlichen Organen überlassen geblieben ist.

Andere, unter den hier fraglichen Gesichtspunkt fallende Handlungen hat dagegen nur das kirchliche Partikularrecht durch Bedrohung mit Strafen als kirchliche Vergehen qualifizirt, wie (freilich nur im 9. Jahrhundert das Nichtlernen des Symbols und des Vaterunsers[2]) das Sitzen und Stehen der Laien während des Gottesdienstes im Chor der Kirche[3], die Unterlassung des Begräbnisses von Angehörigen und Sklaven, sowie von armen Kolonen durch den Herrn[4], die Bestattung von Todten ohne Zuziehung des Geistlichen[5], das Betrügen der Pfarrkirche bei anderweiter Wahl des Begräbnisses um die *portio canonica*[6], die Verweigerung der Leistung der portio canonica durch Testaments-Exekutoren und Erben[7], die Abhaltung von Gastmählern bei Leichenfeiern[8], die Errichtung von letztwilligen Verfügungen ohne Zuziehung des Pfarrers oder eines anderen Geistlichen[9], die Verletzung verschiedener eherechtlicher Normen, so die Nichtanzeige und Verheimlichung von Ehehindernissen[10], die chikanöse Anzeige von falschen Hindernissen[11], die Eheeingehung mit einer unmündigen Person[12] oder zwischen Unmündigen[13], die Verheirathung der Tochter und naher Verwandtinnen mit Ketzern, sowie die Zustimmung zu solchen

c. 8. 9. S. 32 n. 7 u. Szaboles 1092 c. 25, M. 20, 772 (12 Tage Zwangsfasten in cippo); Leg. K. Valladolid 1322 c. 16, M. 25, 711 (Nichtfasten in der Quadragesima und während der Quatemberzeiten exc. l. s.); Tarragona 1329 c. 80, p. 875 (dasselbe für Fleischessen an allen kirchlich gebotenen Fasttagen); Salamanca 1335 c. 7, p. 1052 (ebenso und auch für diejenigen, welche an Fasttagen Fleisch kaufen und verkaufen); Avignon 1337 c. 5, M. 25, 1089 (Benefiziaten und Geistliche der höheren Weihen, welche nicht Sonnabends fasten, susp. ab ingressu ecclesiae l. s. für einen Monat).

[1] c. 3 (Lateran. IV. 1215 c. 52) §. 2 i. f. X IV. 3 cit. (nur canonica ultio angedroht). Vgl. dazu auch schott. Konzil 1225 c. 65, M. 23, 1242, das ebenfalls keine bestimmte Strafe festsetzt.

[2] Cap. inc. saec. IX exeunt. S. 32 n. 7.

[3] Schott. Konz. 1225 c. 80, M. 22, 1245 (nur König und Grosse des Reiches ausgenommen, Anathem).

[4] Szaboles 1092 c. 25, M. 20, 772 (12 Tage Zwangsfasten in cippo).

[5] Im Vorhof der Kirche, Rudolf [v. Lüttich 1166 c. 6, S. 14 n. 5.

[6] Mailand 1287 c. 22, M. 24, 879 (exc. l. s.); Benevent 1331 und 1378 c. 18, M. 25, 942 u. M. 26, 627 (ebenso).

[7] Benevent 1331 und 1378 c. 21, M. 25, 945 u. 26, 629 (ex. l. s.).

[8] Trier 1310 c. 55, M. 25, 262 (Exk.).

[9] Aufgestellt theils im Interesse der Wahrung der Vermächtnisse zu frommen Zwecken, so Narbonne 1227 c. 5, M. 23, 22, wiederholt Beziers 1246 c. 44, p. 702 (welche beide den Testator für die Nichtzuziehung des Pfarrers oder eines anderen Geistlichen und von katholischen Männern als Zeugen mit Versagung des kirchlichen Begräbnisses bis zur Satisfaktion an die Kirche, und den Notar, welcher ohne Zuziehung der gedachten Personen einen letzten Willen aufnimmt, mit der interdictio ingressus ecclesiae bedrohen), theils zur Verhinderung der Bedenkung von Ketzern, Arles 1234 c. 21, M. 23, 342, wiederholt Arles 1275 c. 8, M. 24, 147 (Notar, welcher ein Testament ohne den Pfarrer oder Pfarrkaplan aufnimmt, exc. ipso facto; Testator Versagung des kirchlichen Begräbnisses), endlich auch im Interesse der Erreichung der beiden gedachten Zwecke Albi 1254 c. 37. 38, M. 23, 842 (Testator Versagung des kirchlichen Begräbnisses, Notar interdictio ingressus ecclesiae); s. aber Toulouse 1229 c. 16, p. 198, welches die ohne Zuziehung der erwähnten Personen errichteten Testamente blos für nichtig erklärt, während Rouen 1231 c. 21, p. 216 und Canterbury 1236 c. 33, p. 425 nur die Zuziehung des Geistlichen ohne jedes Präjudiz anordnen.

[10] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 58, M. 22, 1125 (Exk.); Mainz 1233 c. 17, Mone, Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 137; ferner 1259, M. 23, 997 und 1261 c. 10, p. 1083 (generelle wiederholte Exk.); Clermont 1268 c. 8, p. 1200 (Exk. für Geben und Annehmen von Versprechen auf Verheimlichung von Ehehindernissen); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 357 (für dasselbe Vergehen und für Nichtanzeige Exk.); S. Pölten 1284, p. 508 (ebenso für Nichtanzeige).

[11] Aquileja 1339, M. 25, 1120 (Geldstrafe von 50 librae, zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den Territorialherrn).

[12] Friaul 796 c. 9, M. 13, 848 (Exk.).

[13] Bourges 1286 c. 2, M. 24, 627 (arbiträre

Ehen oder das Assistiren bei der Schliessung derselben[1], die Eheschliessung mit Töchtern von Priestern, Diakonen oder Subdiakonen[2], die Eheschliessung und Hochzeitsfeier während der geschlossenen Zeiten[3] und die Eheeingehung ausserhalb der Parochie[4], ferner die fleischliche Vermischung der Ehegatten vor der öffentlichen Eheschliessung[5], die bösliche Verlassung des Ehemanns durch die Frau[6] und umgekehrt[7], das Getrenntleben der Eheleute[8] und die eidliche Verpflichtung des Ehemannes oder der Ehefrau, den anderen Gatten nicht bei sich aufzunehmen[9],

die Veranstaltung von Trinkgelagen und die Betheiligung an denselben[10],

die Eingehung von Verbrüderungen und Gesellschaften zur gegenseitigen Unterstützung unter Festsetzung von Strafen für die zuwiderhandelnden Mitglieder[11],

die Verletzung der Pflicht zur Ehrlichkeit dadurch, dass der Gläubiger nach Empfang der Zahlung wissentlich die Schulddokumente zurückbehält[12],

ferner im Interesse der Unterdrückung der Rohheit die Auferlegung von Gottesurtheilen und die Betheiligung dabei[13], sowie die Veranstaltung von Hahnenkämpfen[14]

endlich im Interesse der Beförderung der Friedfertigkeit die Verhinderung der Beilegung von Prozessen durch Vergleiche oder Vereinbarungen seitens eines Dritten, welcher zu diesen Behufe Geld annimmt[15].

In noch viel umfassenderem Masse ist die Kirche mit ihrer Strafgewalt zum Schutze ihrer Einrichtungen, ihrer Rechte, der Geistlichen und des kirchlichen Vermögens, also im Interesse ihrer hierarchischen Stellung, eingeschritten. Es gehört hierher zunächst die Verletzung des Asylrechtes der kirchlichen Gebäude, welche im 11. und 12. Jahrhundert sowohl durch Provinzialsynoden[16], als auch durch die päpstlichen[17], sowie die allgemeinen Konzilien[18], und damit gemeinrecht-

Strafe für die Kontrahenten und die der Eheschliessung anwohnenden).

1 Pressburg 1309 c. 8, M. 25, 222 (exc. ipso facto).

2 Bourges 1031 c. 20, M. 19, 505 (Anathem).

3 Benevent 1331 und Benevent 1378 c. 51. 52, M. 25, 963 und 26, 645 (exc. l. s.).

4 Um verbotene Ehen zu schliessen, Beziers 1310 c. 8, M. 25, 361 (exc. ipso facto).

5 Worcester 1240 c. 14, M. 23, 930 (Exk.).

6 Gran 1114 c. 53, M. 21, 109 (nobilis femina, Busse, femina de plebe Verkauf als Sklavin); Grado 1296 c. 24, M. 24, 1169 (unter faktischer Eheeingehung mit einem andern, generelle Exk.).

7 Leg. K. Dioklea 1199 c. 10, M. 22, 704; Grado 1296 c. 24, M. 24. 1169 (mit Haltung einer Konkubine, generelle Exk.).

8 Gerona 1257 c. 10, M. 23, 930 (Exk.).

9 Lucca 1255, M. 23, 822 (Ehegatten, Aussteller des Vertrages, Zeugen und Berather Exk.).

10 Gran 1114 c. 47. 49 (7 Tage Busse, bei Übung von Zwang gegen den trunken gewordenen durch einen Adligen 40 Tage, bei Wiederholung Exk.); über die Abhaltung von scotalla s. S. 14 n. 6.

11 Namentlich wegen der Gefahr des Meineids Rouen 1190 c. 25. M. 22, 285 (Anathem); Arles 1234 c. 9. M. 23, 339 und Bordeaux 1238 c. 32, p. 494 (ebenso bei nicht eingeholter Erlaubniss des Bischofs); Valence 1248 c. 20 p. 776 (exc. ipso facto); Avignon 1282 c 8 und 1326 c. 27, M. 24, 443 und M. 25, 763 (ebenso).

12 Beziers 1246 c. 33, M. 23, 699 (öffentliche wiederholte Exk.); Clermont 1268 p. 1210 (Exk.); Nogaret 1303 c. 15, M. 25, 115 und Marciac 1326 c. 51, p. 799 (wie Beziers cit.); Trier 1310 c. 103 p. 275 (exc. l. s.); Avignon 1337 c. 27, p. 1095 (dieselbe Strafe für den Gläubiger, welcher das Dokument nicht vernichtet).

13 Leg. K. Valladolid 1322 c. 26, M. 25, 736 (exc. l. s.).

14 Cognac 1260 c. 7, M. 23, 1074 (Exk.).

15 Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87 (Exk. und Restitution des Erhaltenen); London 1268 c. 28, M. 23, 1240. 1241 (Restitution des Empfangenen und gleicher Betrag als Geldstrafe für die Armen, bei Weigerung Exk. ipso facto von der Zeit der Annahme des Geldes ab).

16 Coyaca 1050 c. 12, Bd. IV S. 387 n. 2.

17 Lateransynode v. 1059 (c. 6 C. XVII qu. 4, Exk.) s. Bd. IV S. 387 n. 3; Rheims 1131 c. 14, M. 461 (Handanlegung an diejenigen, welche in eine Kirche oder auf den Kirchhof geflohen sind, Exk.); Pisa 1135 c. 14, p. 490. (Wiederholung von Rheims), Rheims 1148 c. 14, p. 716 (ebenso).

18 Lateran. II. 1139 c. 15 i. f., M. 21, 530 (wie die Anm. 17 citirten Konzilien).

lich[1] unter Strafe gestellt worden ist, ja auch noch von den späteren Partikularsynoden mit solchen bedroht wird[2]; ferner das ebenfalls schon durch das gemeine Recht aufgestellte Verbot der Benutzung der kirchlichen Gebäude und Kirchhöfe zu profanen Zwecken[3], dessen Übertretung nur von der Partikulargesetzgebung mit Strafen belegt, und welches, wenn auch theilweise durch das erstere, wesentlich aber durch die letztere dahin spezialisirt worden ist[4], dass es die Abhaltung von Gerichtsverhandlungen seitens der Laien, insbesondere in Kapitalstrafsachen[5], oder anderer öffentlicher Versammlungen (z. B. von Parlamenten)[6], die Veranstaltung von Aufführungen, Tänzen, Ringkämpfen und Spielen[7], die Abhaltung von Messen und Märkten[8] und die Benutzung als Niederlagen für Getreide, Kisten, Fässer u. s. w.[9], sowie das Weidenlassen von Vieh auf den Kirchhöfen[10] umfasst, weiter das gemeinrechtlich unter Strafe gestellte Einbrechen in Kirchen[11], für welches die Partikulargesetzgebung[12] theilweise die Strafen verschärft hat, ferner

[1] S. die vor. Anm. Über das Dekretum Gratians vgl. Bd. IV S. 387 n. 2 u. S. 393. Die Dekretalensammlungen enthalten zwar einzelne Vorschriften über das Asylrecht, aber keine Strafbestimmungen über die Verletzung desselben.

[2] Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 808 (gewaltsames Herausziehen des Geflohenen, öffentliche Verkündung der Exk. und Geldstrafe von 30 Mark Silber, s. S. 38 n. 3); Leg. Konz. Lerida 1229 c. 19 (Einbruch in Kirchen, um die Geflohenen zu fesseln oder herauszuholen, Entziehung der Nahrungsmittel, um sie zum Herauskommen zu bewegen, s. auch Bd. IV S. 391 n. 11, öffentliche Verkündung der Exk., und bei Herausholung durch Mauren aus der Kirche, Strafe des Sakrilegs und Verknechtung der letzteren oder Zahlung des Werthes derselben als Strafe, s. auch S. 38 n. 5); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87 M. 22, 1132 (Herausholen des Geflohenen oder Verhinderung der Zustellung von Nahrungsmitteln, Exk.); schott. Konz. 1225 c. 26. 66, p. 1229. 1242 (ebenso, aber ohne Strafandrohung); S. Quentin 1231 c. 6, Bd. IV S. 387 n. 2 (für Verletzung Exk. und wenn der Verletzer Jemanden dabei tödtet, Exk. auf Lebenszeit); Lambeth 1261, M. 23, 1068, Bd. IV S. 394 n. 4 (für Entziehung der Nahrungsmittel arbiträre Strafe, für Bewachung des Geflohenen Exk. gegen die Wächter und denjenigen, welcher sie bestellt hat, für Herausholen oder Tödtung des Herausgeholten alle Strafen des Sakrilegs zusammen); London 1268 c. 13, p. 1230. 1231 (dieselben Strafen wie für die Brandstiftung an Kirchen, s. S. 196 n. 1); Clermont 1268 p. 1202 (Verhinderung der Zustellung von Nahrungsmitteln, Exk.); S. Quentin 1271 c. 2, M. 14, 19 (Herausholen aus der Kirche, interdictio ingressus ecclesiae auf ein Jah); Leg. K. Bourges 1276 c. 12, M. 23, 175 (Tödtung, Verwundung und gewaltsames Herausholen des Geflohenen exc. ipso facto, Verlust der von der verletzten Kirche empfangenen Lehne und Benefizien, Unfähigkeit der Descendenten, solche sowie kirchliche Ämter zu erhalten; wiederholt Marciac 1326 c. 11, M. 25, 779); Nogaret 1303 c. 6, p. 113 (Tödtung, Verwundung, Entziehung der Lebensmittel, Anstellung von Wachen, Anzünden der Kirche oder gewaltsames Herausholen, exc. ipso facto); Leg. K. Valladolid 1322 c. 17, p. 712 (ebenso, für Körperschaften Interdikt) vgl. weiter Senlis 1326, p. 832; Salamanca 1335 c. 8, p. 1053.

[3] Bd. IV S. 167.

[4] S. die folgende Anm.

[5] c. 5 (Luc. III.) X de immun. III. 49 u. c. 2 in VI eod. III. 23 cit. (Bd. IV. S. 167 n. 4); London 1175 c. 6, M. 22, 149 (Anathem); Rouen 1190 c. 8, p. 584 (ebenso); schott. Konz. 1225 c. 80, p. 1245 (dasselbe); Bordeaux 1255 c. 12 u. Roffec 1259 c. 10, M. 23, 860. 988 (Abhaltung von Gerichtsverhandlungen durch Prälaten, Kleriker u. Laien in Klöstern, Personalinterdikt); Leg. K. Ofen 1279 c. 43, M. 24, 290 (Exk.); Nogaret 1303 c. 13, M. 25, 115 (exc. ipso facto); Rouen 1313 c. 3, p. 526 (ebenso); Marciac 1326 c. 46, p. 795 (dasselbe).

[6] c. 2 in VI cit. III. 23.

[7] c. 12 (Inn. III.) X de vita cler. III. 1, Bd. IV. S. 167 n. 8; schott. Konz. 1225 c. 75, S. 14 n. 6; Rouen 1231 c. 14, M. 22, 216 (choreas ducere Exk.); Gerona 1267 p. 934 (tripudia, choreae, cantilenae inhonestae, interdictio ingressus ecclesiae u. Ausschluss a participatione sacramentorum, nach 3 Monaten Exk.); Cognac 1260 c. 1. 2. 4 i. f., p. 1033 (Feier non Vigilien u. balleationes, Exk.).

[8] c. 2 in VI cit. III. 23; S. Pölten 1284, M. 24, 510 (Halten von Tabernen und Verkauf von Wein, exc.); Leg. K. Valladolid 1322 c. 17, M. 25, 711 (Halten von Märkten; exc. l. s.).

[9] Seaumur 1276 c. 2, M. 24, 161 (Exk.); S. Pölten 1284, p. 510 (Exk.); Leg. K. Ofen 1279 c. 43, M. 24, 290 (Ablagerung von Unrath auf Kirchhöfen, interdictio ingressus ecclesiae).

[10] Cicester 1292, M. 24, 1097 (Exk. ipso facto für diejenigen, welche den Kirchhof zu verschliessen haben).

[11] S. die o. S. 187 n. 1 u. 3 citirte Verordnung Eugens III., welche allgemein von der violatio ecclesiarum spricht; schon früher Charroux 989, M. 19, 90 (infractio ecclesiarum, Anathem).

[12] Tribur 895 c. 6, M. 18, 136: „Si quis temerarius atrium ecclesiae evaginato gladio praesumptuose intraverit, sacrilegium facit", Busse); Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 808 (Eindringen in die Kirche und Erregung von Streit und Kampf, öffentliche Exk. des Schuldigen und seiner

die gemeinrechtlich bedrohte Ausübung von gottesdienstlichen Handlungen durch nicht Ordinirte, also auch durch die Laien[1], die zwar gemeinrechtlich verbotene, aber nur partikularrechtlich mit bestimmten Strafen belegte Austellung von Reliquien für Geld oder die Verehrung neu aufgefundener ohne päpstliche Genehmigung[2], nicht minder die nur partikularrechtlich verbotene Anbringung von Bildern nicht vom päpstlichen Stuhle anerkannter Heiligen[3],

sodann die im Allgemeinen nur partikularrechtlich mit Strafen belegte Verletzung der kirchlichen Freiheiten und Immunitäten[4], insbesondere die

Helfershelfer, Geldstrafe von 30 Mark Silber und wenn sie nicht aus der Kirche entfernt werden können, Interdikt); Trier 1238 c. 1 i. f. M. 23, 478 (violatores et fractores ecclesiarum, öffentliche wiederholte generelle Exk. und Vorbehalt der Absolution für den Papst); Ferns 1240 o. 1241, p. 519. 520 (infractores ecclesiae, Exc. ipso facto); Durham 1255 p. 902 (ecclesiarum fractores Exk.); London 1268 c. 13 (Ausdehnung der Strafbestimmung für die Brandstiftung auf die effractores ecclesiarum, S. 196 n. 1); vgl. auch die S. 189 n. 9 ff. u. S. 196 n. 1 citirten Stellen.

Das Delikt bildet eine umfassende Vergehenskategorie. Wenngleich darunter sowohl das Eindringen in eine Kirche behufs Diebstahls, Raubes und Plünderung, s. o. S. 186, und Brandstiftung, wie auch die S. 209 besprochene Verletzung des Asylrechts fällt, so deckt es sich doch damit nicht völlig, da es auch das Einbrechen in Kirchen und Kirchhöfe zur Verfolgung von Feinden, ferner um sich zur Vertheidigung darin festzusetzen, umfasst. — Übrigens ist auch durch das gemeine Recht, Lateran. I. 1123 c. 14, M. 21, 285 (c. 14 C. X qu. 1) freilich ohne Strafandrohung, wohl aber durch die Partikularkonzilien, Leg. K. Avignon 1209 c. 9, M. 22, 788; Leg. K. Ofen 1279 c. 53, M. 24, 196; Münster 1279 c. 19, p. 319; Köln u. 1280 c. 11, p. 357; Leg. K. Würzburg 1287 c. 26, p. 862; Mainz 1310, M. 25, 330; Leg. K. Valladolid 1322 c. 17, p. 712; Magdeburg 1315 c. 19, M. 23, 1165 die s. g. *incastellatio* von Kirche und Kirchhöfen d. h. die Einrichtung derselben zu Befestigungen durch Laien bei Strafe der Exk. (meistens der exc. ipso facto) und des Interdikts über die Besitzungen der Schuldigen, mitunter auch über die betreffenden Kirchen, verboten worden.

[1] c. 1 (Hormisda?) X de cleric. non ord. V. 28 (Exk.). Vereinzelt die partikularrechtliche Bestrafung von Laien, welche sich unter Scheeren einer Tonsur für Kleriker ausgeben, mit exc. l. s. Noyon 1344 c. 14, M. 26, 10.

[2] Lateran. IV. 1215 c. 62, M. 22, 1049 (c. 2 X de reliqu. III. 45 s. Bd. IV. S. 265 n. 1); Leg. K. Ofen 1279 c. 27, M. 24, 283 (Geistliche susp. ab o. et ben. ipso iure, Laien interdictio ingressus ecclesiae für einen Monat); Konstanz 1300 c. 19, M. 25, 34 (auch Wegnehmen der Reliquien oder Manipuliren mit diesen durch Laien oder Errichtung von Altären wegen der Reliquien, um die Oblationen für ihre Kirchen zu beziehen, Exk.). S. weiter die Spezialbestimmung in const. Urban. IV.: Sacrilegorum v. 1385, bull. Taur. 4, 592, o. S. 123 n. 6 u. S. 124 n. 16.

[3] Benevent 1378 c. 4, M. 26, 621 (exc. l. s.).

[4] Richard v. Salisbury u. 1227 c. 87, M. 22, 1131. 1132 (Exk. derjenigen, qui per malitiam libertates ecclesiarum infringere vel perturbare contendant); schott. Konz. 1225 c. 49, p. 1234 (ebenso Exk. ipso facto u. öffentliche Verkündung derselben, für diejenigen Prälaten und für Geistliche mit kirchlichen stipendia, welche den Laien bei der Verletzung der Freiheiten der schottischen Kirche Rath geben, und welche Statuten und Briefe zur Beeinträchtigung derselben abfassen, ausserdem auch Verlust des Benefiziums oder der Dignität ipso iure, für Laien ipso iure Verlust der Kirchenlehne) u. c. 50 ibid. (wiederholte öffentliche Exk. der Laien fraudantes et auferentes quaecumque iura ecclesiastica et libertates); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 519. 520 (infringere libertates ecclesiasticas aut ecclesiam suo iure privare, Exk.); Cicester 1246, p. 714 (öffentl. wiederholte Exk. derjenigen, qui per malitiam libertates ecclesiarum invadere vel perturbare contendant); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach, Stat. Wratislav. p. 300 (violatores immunitatum vel aliarum libertatum ecclesiasticarum, Exk., event. Interdikt über die Länder der Schuldigen); Lemans 1248, p. 760 (infringere libertates ecclesiae et minuere iura episcopalia, Exk.); Westminster 1253, bestätigt durch Innocenz IV. 1254, Potthast reg. 15534, M. 23, 819 (Exk. ipso facto derjenigen, welche die der Kirche des Reiches gewährten Freiheiten und garantirten Gewohnheiten violaverint, infregerint, diminuerint, mutaverint, und welche gegen dieselben Statuten errichten oder sie niederschreiben); Durham 1255, p. 902. 903 (öffentliche wiederholte Exk. derjenigen, qui libertates ecclesiae Dunelmensis infringunt vel perturbant); Cognac 1255 c. 27, p. 872 (öffentliche generelle Exk. derjenigen, welche die Freiheit der Kirche beeinträchtigen und gegen dieselbe Verschwörungen machen oder Statuten errichten); Norwich 1257, p. 974 (öffentl. Exk. derjenigen, welche die von Christus gewährten, alten Gerechtsame der Kirche zu vermindern trachten); Montpellier 1258 c. 1, p. 990 (impedire libertates ecclesiarum, Exc. ipso facto u. Verkündigung derselben); Lambeth 1261, p. 1066. 1067 (diejenigen, welche die kirchlichen Richter und Prälaten wegen der Ausübung ihrer kirchlichen Jurisdiktion beim König als Verletzer seiner Rechte denunziren, sollen, wenn die ersteren deswegen Nachtheile erleiden, als Verletzer der kirchlichen Freiheiten öffentlich als exkommunicirt verkündet, nicht minder, s. p. 1068, die Verletzer der kirchlichen Freiheiten als malefactores sacrilegi und als excommunicirt öffentlich denunzirt, sowie bei Hartnäckigkeit ihre Besitzungen mit dem Interdikt belegt werden); Avignon 1326 c. 55, M. 25, 772 (Aufstellung von Statuten und Verboten gegen löbliche kirchliche Gewohnheiten, exc. l. s.).

gemeinrechtlich[1] mit der Exkommunikation bedrohte **Errichtung, Inkraftsetzung, Niederschreibung, Aufrechterhaltung und Beachtung von Statuten** gegen die kirchlichen Freiheiten, sowie das Urtheilen nach denselben[2], die gleichfalls durch das allgemeine III. Lateran-Konzil[3] mit der Exkommunikation belegte Unterwerfung der Bischöfe und Geistlichen unter die weltlichen Gerichte[4], sowie die **Gefangennahme** und die Inhaftirung von

[1] c. 53 (Innoc. III.) de sent. exc. V. 39; Honorius III. 1220, Potth. n. 6408, bull. Taur. 3, 379; c. 49 (Honor. III. 1221, Potth. n. 6469) X eod., s. auch Gregor IX. 1236, Potth. n. 10096, M. 22, 1137; ferner Ravenna 1286 c. 9, M. 24, 623 (welches auch öffentliche Verkündigung der Exk. anordnet und bei Hartnäckigkeit die Privation aller kirchlichen Ehren, Privilegien, Güter und Lehne vorschreibt); Aschaffenburg 1292 c. 19, p. 1092 (auch Strafe der Unfähigkeit zu actus legitimi auf kirchlichem Gebiete).

[2] Vgl. ausser den S. 211 n. 4 angeführten Stellen Beziers 1246 c. 18, M. 23, 696 (Verfasser, Verkündiger, Schreiber der gedachten Statuten und diejenigen, welche sie halten, Exk.); Roflec 1258 c. 1, p. 983 (welches ausserdem auch zugleich Verschwörungen und Vereinigungen zur Beeintrachtigung der kirchlichen Freiheiten, insbesondere durch Verhinderung der geistlichen Gerichtsbarkeit und durch Abhaltung der Gläubigen von Oblationen zu Gunsten der Kirchen bedroht, öffentl. wiederholte Exk., bei Hartnäckigkeit Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss und Unfähigkeit der Söhne und Enkel zur Bekleidung von Kirchenämtern); Leg. K. Bremen 1266 p. 1160; Mailand 1287 c. 10, M. 24, 875, Aquileja 1282, M. 24, 434, Trier 1310 c. 60. 61, M. 25, 263 (exc. ipso facto); Magdeburg 1315, M. 23, 1160. 1165 (exc. l. s. und öffentliche Verkündung derselben); Angers 1365 c. 29, M. 26, 443 (exc. ipso facto). — Leg. K. Bourges 1276 c. 11, M. 24, 174 (diejenigen, welche zur Umgehung des Verbots banna, also Einzel-Befehle und Anordnungen, erlassen, exc. ipso facto; wiederholt Avignon 1279 c. 7, p. 238); Bergamo 1311 c. 27, M. 25, 502 (ebenso); Marciac 1326 c. 49, p. 796 (ähnlich); Mailand 1287 c. 11, M. 24, 875 (diejenigen, welche in Versammlungen in den Städten und Ortschaften, sowie in Kommunen und in Vereinen etwas zur Verletzung der kirchlichen Freiheit vortragen, exc. ipso facto und Verlust der kirchlichen Lehne, des Patronatrechtes und der Advokatie); Salamanca 1335 c. 8, M. 25, 1054.

[3] 1179 c. 4, M. 22, 226. Vgl. auch c. 21 (Alex. III.) X de iurepatr. III. 38 (Exk. für diejenigen, welche die Kirchen ihrer Güter berauben, um die Geistlichen dadurch zum Klagen beim weltlichen Gericht zu zwingen). Übrigens hat auch schon Gratian eine hierher gehörige Stelle, Paris 614 c. 4, Bd. IV S. 850 n. 3, in sein Dekret, s. c. 2 C. XI qu. 1 aufgenommen. S. übrigens noch §. 287.

[4] Lambeth 1261, M. 23, 1060 (für Vorforderung von Prälaten vor das weltliche Gericht zur Verantwortung wegen Ausübung ihres Amtes, namentlich der kirchlichen Jurisdiktion, insbesondere der Strafgewalt, Exk. ipso facto, und wenn auf Vorstellung beim König nicht davon abgestanden wird, Interdikt über die Orte, wo die betreffenden Beamten wohnen, und über die Besitzungen derselben in der Provinz Canterbury; Kleriker, welche dies thun, susp. ab officio, clerici non beneficiati 5jährige Unfähigkeit zur Erlangung eines kirchlichen Amtes in der Provinz; Kleriker, welche derartige Befehle und Ladungen schreiben, kanonische Strafe; wenn der König oder der weltliche Beamte jene nicht widerruft, Interdikt über die Besitzungen des ersteren und der letzteren in der betreffenden Diöcese, schliesslich auch Interdikt über alle Diöcesen); Köln 1266 c. 9. 11. 12, p. 1138. 1140 (öffentlich bekannt zu machende Exk. ipso facto und Verlust ihrer Ansprüche für Laien, welche geistliche Personen vor das weltliche Gericht ziehen, die erstere Strafe auch für die diese Sachen annehmenden und verhandelnden Richter und Schöffen, ev. auch Interdikt über den Ort des Gerichtssitzes); Seyne 1267 c. 7, p. 1181 (Vorladung geistlicher Personen wegen Kriminal- und persönlicher Sachen vor Laien, Exk. ipso facto, c. 12 ibid. desgleichen, sowie Verlust ihrer Ansprüche ipso iure für diejenigen, welche gegen geistliche Personen super spiritualibus seu ecclesiasticis criminalibus vel civilibus beim weltlichen Gericht Klagen anbringen); Leg. K. Ofen 1279 c. 24, M. 24, 282 (weltliche Richter, welche Geistliche vor ihr Forum ziehen, exc.); Avignon 1282, p. 443 (Laien, welche Geistliche vor das weltliche Gericht ziehen, exc. ipso iure); Trier 1310 c. 107, M. 25, 276 (dasselbe); Marciac 1326 c. 9, p. 778 (ebenso); Tarragona 1329 c. 43, p. 855 (dasselbe); Compiegne 1301 c. 3, p. 89 (Bestrafung der Excesse der Geistlichen und Erhebung von Bussen von ihnen, exc. ipso facto); Trier 1310 c. 38, p. 259 (weltliche Herren und Beamte, welche die Kleriker gegen die althergebrachte Gewohnheit hindern, ihre Belästiger und Beleidiger vor dem geistlichen Gericht zu belangen und sie zwingen, dies vor dem weltlichen Richter zu thun, exc. ipso facto und wiederholte öffentliche Verkündung derselben); Macon 1286 c. 3. 5, M. 24, 614 (weltliche Richter, welche Geistliche zwingen, vor ihnen zu Recht zu stehen, schwere arbiträre Strafe, bei Zwang durch Pfändung ihrer Güter, exc. ipso iure und öffentliche Verkündung derselben); Mailand 1287 c. 7, p. 874 (ebenso, Strafe: exc. ipso facto); Rouen 1299 c. 4, p. 1205, wiederholt Rouen 1313 c. 5 u. 7, M. 25, 527 (nur ausführlicher dasselbe).

Cognac 1238 c. 11, M. 23, 490 (weltliche Richter, welche auf die laudatio eines geistlichen oder kirchlichen Instituts als auctor seitens eines Laien die Sache nicht an das geistliche Gericht abgeben oder gegen Klagen der Geistlichen wegen Spoliation Widerklagen der Laien gegen die letzteren zulassen, öffentliche Verkündung der Exk.).

Schottisches Konz. 1225 c. 32, M. 22, 1130 (Pfändung von Sachen der Geistlichen und Verkauf derselben durch Vicecomites, Baillive und

Geistlichen durch weltliche Fürsten, Beamte und Laien[1], das Ansagen der Fehde an Kleriker und an Mönche[2], die gemeinrechtlich strafbare Erlassung von Verboten seitens der weltlichen Fürsten an ihre Unterthanen, etwas von Geistlichen zu kaufen oder an sie zu verkaufen, für sie zu mahlen oder zu backen oder ihnen sonst Dienste zu leisten[3], ferner die in der Bulle: In coena domini seit dem 14. Jahrhundert mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation bedrohte Hinderung der Zufuhr nach Rom[4], die partikularrechtlich untersagte Erlassung von Ausfuhrverboten gegen Geistliche und von Verkaufstaxen für dieselben seitens der Fürsten[5], die ebenfalls gemeinrechtlich unter Strafe gestellte Übung von Repressalien gegen unschuldige geistliche Personen[6], die zunächst nur partikularrechtlich, gegen Ende des 13. Jahrhunderts aber auch gemeinrechtlich verbotene Hinderung und Beeinträchtigung der geistlichen Jurisdiktion[7], sowie die Verweigerung der schuldigen Unterstützung bei der Ausübung der-

Laien, Exk. und Interdikt); Tours 1282 c. 10, M. 24, 472 (weltliche Beamte und Richter, welche Geistlichen die von ihnen verpfändeten kirchlichen Einkünfte und Güter wegnehmen und auf andere übertragen oder in eigener Hand behalten, exc. ipso facto); L'Isle-Arles 1286 c. 16, p. 962 (weltliche Herren, welche Kirchen und deren Leute zur Zahlung der für Wald- und Feldfrevel durch Thiere und Menschen verwirkten banna, d. h. Brüche, mittelst Pfändung und Gefangenhaltung zwingen, exc. ipso facto); ebenso Avignon 1326 c. 45, M. 25, 268.

Anse 1299, M. 24, 1227 (Hinderung der Appellation in kirchlichen Lehnssachen an den kirchlichen Richter durch die weltlichen Beamten, exc. ipso facto).

Vgl. überhaupt noch Bergamo 1311 c. 18, M. 25, 494; Magdeburg 1322 c. 6 p. 686; Avignon 1326 c. 9, p. 747 und auch u. Anm. 7.

[1] S. o. S. 180 ff.

[2] Tarragona 1282 c. 24, 491 (Exk.); Lemans 1247, M. 23, 761 (Fehdeansagen Exkommunicirter an Geistliche Exk.); Tarragona 1292 c. 3, M. 24, 1106 (der Geistlichen an ihre Prälaten, exc. ipso facto und dreijährige Suspension ab off. et a beneficiis, an andere, Suspension bis Zurücknahme der Herausforderung und bei Nichtbeachtung der Suspension Unfähigkeit zur Erlangung kirchlicher Benefizien bis zur Dispensation durch den Papst, wiederholt Tarragona 1329 c. 60, M. 25, 867); Pennafiel 1302 c. 14, M. 25, 108 (Fehdeansagen der Laien und Geistlichen an Bischöfe und Kleriker, exc. ipso facto, Verkündung derselben und Lokalinterdikt); Tarragona 1323 c. 1, p. 727 (im wesentlichen Wiederholung der oben citirten beiden Konzilien); Tarragona 1332 c. 1, p. 933 (Ausdehnung auch auf die Befehdung und Bekriegung ohne Fehdeansage). Vgl. weiter Noyon 1344 c. 3, M. 26, 8; Angers 1365 c. 26, p. 439; Lavaur 1368 c. 108, p. 535; Narbonne 1374 c. 21, p. 604.

[3] c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de immun. III. 23 (exc. ipso facto), wiederholt Tours 1282 c. 11, M. 24, 474; Trier 1310 c. 60, M. 25, 263 (ausgedehnt auch auf das Verbot jeglichen Verkehrs mit den Geistlichen). S. ferner Benevent 1331 und 1378 c. 26, M. 25, 947 u. 26, 631.

[4] Const. Urbans V. v. 1363 §. 2 und Gregors XI. v. 1372 §§. 6. 10, Bull. Taur. 4, 520. 540.

[5] Avignon 1326 c. 34, M. 25, 762 (exc. l. s. und Interdikt über den Ort der Verkündung l. s.); Avignon 1337 c. 40, p. 1047 (ebenso); Tarragona 1331 c. 2, p. 899 (ebenso, auch für Belastung mit Ausfuhr-Abgaben, exc. l. s.); Noyon 1344 c. 5, M. 26, 8 (exc. l. s. und öffentliche Verkündung).

[6] c. un. (Lyon 1274 c. 28, M. 24, 101) in VI de iniur. V. 8 (Exk., für Körperschaften Interdikt), wiederholt Paris 1314 c. 6, M. 25, 533; Leg. K. Würzburg 1287 c. 32. 33. M. 24, 863 (Beschlagnahme kirchlicher Güter für die Schulden einer Einzelperson, Beraubung und Pfändung der Kirchen und kirchlichen Güter wegen Fehden mit dem Kirchenvogt, exc. ipso facto); Nogaret 1303 c. 18, M. 25, 116 (Pfändung von Gütern der Geistlichen für die Schulden anderer exc. ipso facto, Körperschaften Interdikt); Marciac 1326 c. 54, p. 798 (ebenso).

[7] Leg. K. Rouen 1214 P. III. c. 32, M. 22, 922 (Hinderung der Jurisdiktion der Bischöfe bei transgressio fidei vel iuramenti, in rebus mobilibus et immobilibus et causis usurarum, sowie Verfolgung derjenigen, welche solche Sachen an das geistliche Gericht bringen, Einschreiten des Bischofs); Richard v. Salisbury 1227 c. 87 p. 1132 (Exk. derjenigen, welche in den vor das geistliche Forum gehörigen Sachen bei einer Laien-Kurie Mandate extrahiren); Trier 1227 c. 9. 11, p. 33 (wiederholte öffentliche Exk. derjenigen, welche iurisdictionem ecclesiasticam impediunt vel perturbant, insbesondere zuwider der bestehenden Gewohnheit, dass Kleriker ihre Belästiger vor dem geistlichen Gericht belangen, die ersteren zwingen beim weltlichen Richter zu klagen); Lemans 1247, p. 760 (diejenigen, welche die Parochianen hindern, ihr Recht vor dem geistlichen Gericht zu verfolgen, Exk.); Seaumur 1253 c. 25. 26, p. 816 (öffentliche Verkündung der Exk. derjenigen, welche die geistliche Jurisdiktion hindern und durch Drohungen und Pfändungen die Parteien von dem geistlichen Gericht abhalten, sowie die Urtheile solcher Gerichte nicht exequiren oder ihre Exekution hindern); Cognac 1261 c. 2, p. 1107 (Verhinderung der Verhandlung der vor die geistlichen Gerichte gehörigen Sachen vor diesen, Exk.); Leg. K. Bourges 1276 c. 7. 13, M. 24, 172 (weltliche Richter, welche Geistliche in actionibus mere personalibus zum Er-

scheinen und Verhandeln zwingen, exc. ipso iure, und welche sich anmassen über die Begründetheit von kirchlichen Censoren zu befinden oder in causis ecclesiasticis oder spiritualibus eine Jurisdiktion auszuüben, censura ecclesiastica; ferner weltliche Herren und Richter, welche die Parteien in Sachen des kirchlichen Forums von dem Verhandeln vor demselben durch Pfändungen oder sonst abhalten, exc. ipso facto, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 2, M. 25, 1070, nur der letzte Theil Avignon 1279 c. 8, M. 24, 238); Angers 1279 c. 1, M. 24, 307 (Wiederholung von Bourges 1276 c. 7 cit. unter gleichzeitiger Androhung der exc. ipso facto für die Ladung von Geistlichen vor das weltliche Gericht); Roffec 1258 c. 1, S. 212 n. 2; schliesslich gemeinrechtlich c. 4 (Bonifaz VIII.) in VI de immun. III. 33 (diejenigen, welche die Parteien in Sachen des geistlichen Forums vor päpstlichen Delegaten oder vor den Ordinarien zu processiren hindern oder das Prozessiren vor dem weltlichen Gericht durch Gefangennahme der geistlichen Richter, der Parteien, der Verwandten derselben oder durch Pfändung von Sachen der gedachten Personen oder der betreffenden Personen erzwingen, exc. ipso facto, wiederholt Paris 1314 c. 8, M. 25, 533 und Avignon 1326 c. 43 p. 767; Saumur 1315 c. 2, 554 unter Hinzufügung der Strafe des Interdikts); vgl. auch c. 3 (id.) in VI de iureiur. II. 11.

S. ferner Leg. K Ofen 1279 c. 58, M. 24, 149 (Hinderung der Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit, insbesondere der Appellation an den Papst, König und Königin, interdictio ingressus ecclesiae ipso facto, Adlige und weltliche Richter 3 Tage nach fruchtloser Mahnung exc. ipso facto); Münster 1279 c. 23, p. 322 (Hinderung der Verfolgung von Rechtssachen vor den geistlichen Gerichten durch Drohungen, Verbote, Befehle und Verhaftung der die Mandate derselben überbringenden Personen und Zerreissung der Mandate, exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben, eventuell Interdikt ipso facto über die Kirche und den Ort der That); Köln u. 1280 c. 16, p. 361. 362 (dasselbe); Rouen 1299 c. 5, p. 1205, s. auch Rouen 1313 c. 8, M. 25, 528 (für dasselbe Vergehen exc. ipso facto); Compiegne 1301 c. 5, M. 25, 89 (ebenso); Leg. K. Würzburg 1287 c. 25, M. 24, 860 (Hinderung der Jurisdiktion der Nuntien des Papstes, der Erzbischöfe und Bischöfe, insbesondere auch die Wegnahme und Vernichtung ihrer Schreiben, exc. ipso facto); Nogaret 1303 c. 4, M. 25, 112 (Hinderung der Boten des Erzbischofs, der Bischöfe und Richter bei der Vornahme von Ladungen zu Konzilien und Gerichtssitzungen oder von Exekutionen und Wegnahme und Vernichtung ihrer Briefe, exc. ipso facto); Trier 1310 c. 52, M. 25, 262 (Hinderung der gedachten Personen durch Schlagen, Gefangennehmen u. s. w., exc. ipso facto); Bourges 1276 c. 16, M. 24, 177 (Schlagen, Gefangennehmen, Tödten der Boten und Exekutoren der kirchlichen Richter oder Wegnehmen und Vernichten der in ihrem Besitz befindlichen Briefe und Akten, exc. ipso facto), wiederholt Saumur 1315 c. 2, M. 25, 534, unter Hinzufügung der Strafe des Interdikts), Valence 1248 c. 15, M. 23, 768 und Aschaffenburg 1292 c. 16, M. 24, 1090.

Chateau Gontier 1268 c. 2, M. 23, 1282 (Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheit durch Vereinbarungen der Barone und Laien gegen dieselbe, insbesondere, um Unterthanen vom Prozessiren vor dem geistlichen Gericht abzuhalten exc.); Compiegne 1301 c. 4, M. 25, 89 (Vereinigungen von Schöffen und anderen Beamten, um ihre Genossen auf gemeinschaftliche Kosten gegen die Belangung vor den geistlichen Gerichten zu vertheidigen, exc. ipso facto).

Gemeinrechtlich Lyon 1274 c. 20, M. 24, 95 in c. 1 in VI de iis quae I. 20 (gewaltsame Erzwingung der Absolution von Exkommunikationen, Suspensionen oder Interdikten, sowie die Zurücknahme solcher, exc. ipso facto), wiederholt Paris 1314 c. 5, M. 25, 532, ferner Leg. K. Bourges 1276 c. 6, M. 24, 172 und Marciac 1326 c. 8, M. 25, 778 (auch öffentliche Verkündung der Exk.), dagegen schott. Konzil 1225 c. 54, M. 22, 1236 (weltliche Richter, welche die Aufhebung der gedachten Censuren durch Pfändung von Kirchengut oder sonst zu erzwingen suchen, arbiträre Strafe).

Mailand 1287 c. 9, M. 24, 875 (Erlass von Statuten, Befehlen und Verboten gegen excommunicatores, denunciatores excommunicationum et interdictorum und die Beobachter dieser Censuren, öffentliche Verkündung der Exk. und interdictum ambulatorium); Salamanca 1335 c. 17, M. 25, 1058 (Hinderung der Publikation von Exkommunikationen, Interdikten und Suspensionen, exc. l. s.); Nogaret 1303 c. 5, M. 25, 112 (weltliche Herren und Richter, welche sich anmassen über die Rechtmässigkeit von kirchlichen Censuren oder in anderen kirchlichen Rechtssachen zu erkennen oder sonst die kirchlichen Richter in der Ausübung ihrer Jurisdiktion und die diese angehenden Parteien zu hindern exc. ipso facto); Marciac 1326 c. 10, p. 779 (ebenso).

Gemeinrechtlich Lyon 1274 cit. c. 31 in c. 11 in VI de sent. exc. V. 11 (diejenigen, welche wegen einer gegen Könige, Fürsten, Edle oder deren Beamten und Diener verkündeten Exkommunikation, Suspension oder Interdictung die Erlaubniss geben, die Urheber dieser Strafen und die die letzteren, namentlich das Verkehrsverbot beobachtenden Personen zu tödten, gefangen zu nehmen oder sonst, namentlich hinsichtlich ihres Vermögens zu schädigen, und diejenigen, welche von einer solchen Erlaubniss Gebrauch machen oder aus eigenem Antrieb die gedachten strafbaren Handlungen begehen, exc. ipso iure, von welcher nach zwei Monaten der Papst allein absolviren kann); Avignon 1279 c. 10, M. 24, 239 (Sperrung des Verkehrs für die excommunicatores in Betreff der Mühlen, Backöfen u. s. w., Exk., eventuell Verkündung derselben und interdictum ambulatorium).

Leg. K. Ofen 1279 c. 21, M. 24, 320 (Arrestirung von kirchlichen Personen, Gütern und Pensionen, Antragsteller und Richter exc. ipso facto).

Salzburg 1274 c. 5, M. 24, 141 (Befreiung der durch Prälaten in Haft gehaltenen Kleriker und Mönche, exc. ipso facto und womöglich Inhaftirung der Schuldigen); Avignon 1326 c. 42, M. 25, 769 (für dasselbe Vergehen exc. l. s. und Interdikt).

selben durch die kirchlichen Oberen[1], welche in Bezug auf Unterdrückung der Ketzerei[2] und später auch des Muhamedanismus[3] als gemeinrechtliche Pflicht hingestellt worden ist,

die nur partikularrechtlich bedrohte Nichtachtung der Ladungen der Sendgerichte und die Verweigerung der Sendabgaben[4],

die gemeinrechtlich unter Strafe gestellte grobe Missachtung des Interdikts und der Exkommunikation[5] durch weltliche Herren, weiter die nur partikularrechtlich berührte Verhöhnung der Exkommunikation durch Aussprechen einer nachgebildeten Bannformel gegen den Exkommunikator und den Verkünder der Exkommunikation unter Nachahmung des Ritus der ersteren[6], die Nachlässigkeit der weltlichen Beamten in der Handhabung ihrer Amts- und Gerichtsgewalt zum Schutze der Kirchen, Unmündigen und Wittwen[7], sowie der Geistlichen, namentlich die Versagung der weltlichen Justiz gegenüber den Klerikern[8],

Nogaret 1290 c. 5, M. 24, 1068 (weltliche Richter, welche Leproser in Personalsachen vor ihnen zu antworten zwingen, censura ecclesiastica).

Vgl. überhaupt noch Nogaret 1303 c. 3, M. 25, 112; Bergamo 1311 c. 14. 34, p. 490. 511; Marciac 1326 c. 6. 7, p. 777; Senlis 1326 c. 7, p. 802; Compiegne 1329 c. 7, p. 881; Benevent 1331 c. 28, p. 940; Bourges 1336 c. 12, p. 1062; Avignon 1337 c. 18, p. 1092; London 1343 c. 12, p. 1178; Noyon 1344 c. 1. 2, M. 26, 1; Mainz 1334 p. 15; Beziers 1351 c. 9, p. 248; Narbonne 1374 c. 12. 20, p. 599. 604; Benevent 1378 c. 26, p. 632.

[1] Saumur 1253 c. 25, (s. vor. Anm.); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (Hinderung der Ausführung der königlichen Mandate de excommunicatis capiendis, s. §. 286, und Befreiung Gebannter, Exk.), ebenso Lambeth 1281 c. 10, M. 24, 412; Cicester 1246, p. 714 (für dasselbe Vergehen öffentliche Exk.); Lambeth 1261, p. 1061 (Befreiung gefangener Exkommunicirter durch die Vicecomites und Baillive, öffentlich zu verkündende Exk., und für die Verweigerung des mandatum de capiendo excommunicato nach vergeblicher Angehung des Königs Interdikt über die königlichen Städte, Burgen und Ortschaften in der Diöcese des ersuchenden Bischofs, nach London 1343 c. 13, M. 25, 1180 auch öffentliche feierliche Verkündung der auf die gedachte Weise befreiten Exkommunicirten); Leg. K. Ofen 1279 c. 57, M. 24, 298 (Nichtleistung der Rechtshülfe gegen die Nichtbeachtung der Urtheile kirchlicher Richter und Unterlassung des weltlichen Zwanges gegen Exkommunicirte, um sie zum Gehorsam gegen die Kirche zu bringen, censura ecclesiastica); Noyon 1344 c. 6, M. 26, 8 (weltliche Richter, welche verhaftete Geistliche nicht den Ordinarien ausliefern, sondern sie gegen Geld oder sonst freilassen, exc. l. s.).

[2] S. Lateran. II. 1139 c. 23, M. 21, 532; c. 9 (Luc. III. 1184) X de haeret. V. 7; c. 13 (Lateran. IV.) X. eod.; c. 18 in VI. eod. V. 2, und unten §. 286.

Unter diesen Gesichtspunkt fällt auch die Nichterfüllung der allen Gläubigen in Betreff der Ketzer und der der Ketzerei Verdächtigen obliegenden Denunziationspflicht, welche mit der Exkommunikation bedroht ist, Gregor 1227 u. 1231: Excommunicamus, Boehmer acta imperii selecta 2, 665, s. weiter §. 296.

Vgl. ferner Albi 1254 c. 22. 25, M. 23, 838. 839 (Ausführung der Urtheile der Inquisitoren durch die weltlichen Gewalten und Beamten bei Vermeidung kirchlicher Censur und der Behandlung als defensores et fautores haereticorum; Verletzung der Pflicht, die Güter der zu Kerker verurtheilten Ketzer zu konfisciren und die Leichname derselben wieder ausgraben zu lassen, arbiträre Strafe); Paris 1347 c. 4, M. 26, 20.

[3] Clem. un. (Vienne 1311) de judaeis V. 2 (arbiträre Bestrafung); Tarragona 1329 c. 67, M. 25, 868 (unter Bezugnahme darauf exc. ipso facto und Lokalinterdikt über die Besitzungen des Schuldigen).

Über weitere partikularrechtliche, hierher gehörige Vorschriften vgl. noch den citirten §. 286.

[4] Köln 1266 c. 14, M. 23, 1141 (Exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben, bei Renitenz der Mehrzahl der Parochianen Interdikt ipso facto, Adlige exc. ipso facto).

[5] Clem. 2 (Vienne 1311) de sent. exc. V. 10, durch Aufforderung und Zwang der Geistlichen, Gottesdienst abzuhalten, und an öffentlich exkommunicirte und interdicirte Unterthanen, dem Gottesdienst beizuwohnen sowie durch Verhinderung der Ausweisung derselben seitens des Geistlichen, bedroht mit der dem Papst vorbehaltenen exc. l. s.

Partikularrechtlich auch der Verkehr mit einer interdicirten Stadt und das Gewähren von Hülfe an dieselbe, S. 29 n. 8 a. E. Vgl. auch S. 31 n. 3 a. E.

[6] Riez 1285 c. 8, M. 24, 578 (exc. ipso facto und Interdikt über den Ort der That, Erben der Thäter, Anstifter oder Gehülfen Unfähigkeit zum Klerikalstand, clerici beneficiati ausserdem privatio beneficii ipso facto, non beneficiati Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern); Avignon 1326 c. 7, p. 746 (im wesentlichen dasselbe), wiederholt Beziers 1351 c. 8, M. 26, 246; Lavaur 1368 c. 128, p. 542.

[7] Rom 877—78 c. 15 u. Ravenna 877 c. 13, s. o. S. 16 n. 11.

[8] Tarragona 1329 c. 84, M. 25, 876 (exc. l. s.); Lavaur 1368 c. 98, M. 26, 526 (ebenso und öffent-

die Anfechtung und Nichtigkeits-Erklärung der nur in kirchlicher Form errichteten Testamente[1], die Hinderung der Freiheit, letztwillige Verfügungen zu Gunsten von Kirchen und frommen Zwecken zu treffen[2] und der Errichtung von Testamenten überhaupt[3],

die Nichtanerkennung der eidlichen Zustimmung der Frau zur Veräusserung ihrer Mitgift seitens der weltlichen Richter[4] und der Rechtskraft der entschiedenen Sache für die vor das geistliche Forum gehörigen Prozesse durch die letzteren[5],

der durch die allgemeinen Konzilien als kirchliches Strafvergehen charakterisirte Erlass von Verordnungen der weltlichen Gewalt über die Veräusserung kirchlicher Güter und kirchlicher Gefälle, sowie die Vornahme von unberechtigten Verfügungen über dieselben[6],

die gleichfalls durch das gemeine Recht verbotene Belastung der kirchlichen Güter und der Geistlichen mit Abgaben aller Art[7], die nur par-

liche Verkündung der Exk.); Saumur 1276 c. 11, M. 24, 165 (weltliche Richter, welche den Geistlichen wegen der gegen dieselben von Laien geübten Gewaltthaten kein Recht gewähren, exc. ipso facto nach monitio).

[1] Leg. K. Bourges 1279 c. 9, M. 24, 173 (exc. ipso facto).

[2] Avignon 1326 c. 36, M. 25, 763 (exc. l. s.), Aschaffenburg 1292 c. 5, M. 24, 1084 (namentlich für Kranke und durch Beschränkung der Vermächtnisse auf ein gewisses Maximum, Exk. und Interdikt).

[3] Exeter 1287 c. 50, M. 20, 832 (Exk.); London 1327 c. 4, M. 25, 831 (für Hörige, Exk., wiederholt London 1343 c. 7, p. 1174).

[4] Marciac 1326 c. 14, M. 25, 780 (exc. l. s.).

[5] Marciac cit. c. 16, M. 25, 781 (Personalinterdikt l. s.).

[6] Lateran. I. 1123 c. 4, M. 21, 282 in c. 25 C. XVI qu. 7 (Strafe des Sakrilegium); Lateran. IV. 1215 c. 44, M. 22, 1027 in c. 12 X de reb. eccles. III. 13 (censura ecclesiastica); vgl. auch c. 1 (syn. Symmach. 502, Thiel p. 865) und c. 24 (id.) C. VI qu. 7. — Leg. K. Ofen 1279 c. 50, M. 24, 293 (Verfügungen durch Laien und Geistliche über das Gut der Kirchen und Klöster, sowie über die Gerechtsame derselben nach vergeblicher Ermahnung exc. ipso facto); ibid. c. 51 (durch die Patrone, interdictio ingressus ecclesiae et perceptionis sacramentorum ipso iure, Geistliche, welche ihnen die Sakramente spenden, susp. a collatione sacramentorum auf 6 Monate ipso facto); Leg. K. Würzburg 1287 c. 6, M. 24, 852 (Inbesitznahme von Präbenden, kirchlichen Benefizien und Einkünften durch Laien, exc. ipso facto); ibid. c. 31, p. 862 (eigenmächtiger Verkauf von kirchlichen Lehnen, Verkäufer und Käufer exc. ipso iure und Heimfall des Lehns an die als Obereigenthümer berechtigte Kirche); Lambeth 1330 c. 7, M. 25, 895 (ebenso); Avignon 1337 c. 15, p. 1091 (Veräusserung von kirchlichen Lehnen und Emphyteusen unter Verschweigung der Qualität dieser Güter und der darauf für die Kirche ruhenden Abgaben und Dienste, exc. l. s.).

[7] Rheims 1148 c. 6, S. 33, n. 7; Lateran. III. 1179 c. 19, M. 22, 228 in c. 4 X de immun. eccl. III. 49 (Exk.); Lateran. IV. 1215 c. 46, p. 1030 (ebenso) in c. 7 X eod.; c. 24 (Meaux 845 c. 63, M. 14, 834) C. XXIII qu. 8; c. 23 (Luc. III.) X de iure patr. III. 38 (Auferlegung neuer Abgaben durch die Patrone, Kirchenvögte und Vicedomini, Exk.); c. 1 (Alexander IV., Potth. n. 16038) in VI eod. III. 23 (Verbot der Belastung der Kirchen und kirchlichen Personen mit Abgaben wegen des Erwerbes von Häusern, Grundstücken und anderen Besitzes, ohne bestimmte Strafandrohung); c. 4 (Bonifaz VIII.) in VI de cens. III. 20 (Auferlegung von Durchgangs- und Geleitsabgaben, pedagia et guidagia, exc. ipso facto, für Kollegien, Korporationen und Städte Interdikt ipso facto); Clem. 3 de cens. III. 13 (öffentliche Verkündung der in c. 4 in VI cit. angedrohten Censuren); c. un. (Benedikt XI.) in Extr. comm. eod. III. 13 (dasselbe), aufgenommen in die Bulle: In coena domini, s. Benedikt XII. const. Consulto v. 1339; Urban V. const. Apostolatus v. 1363 §. 1 und Gregor XI.: Excommunicamus v. 1372 §. 3, Bull. Taur. 4, 466. 520. 540; c. 3 (Bonifaz VIII. 1296: clericis laicos) in VI. de immun. III. 23 (welches auch die Annahme freiwillig ohne päpstliche Genehmigung geleisteter Abgaben durch Könige, Fürsten und andere mit der exc. ipso facto, für Kommunen mit dem Interdikt und die Leistung und das Versprechen von Abgaben aller Art, selbst freiwilliger, ohne den gedrohten Konsens durch Prälaten und andere Geistlichen mit den erwähnten Strafen belegt, vgl. auch Hefele Konz. Gesch. 6, 289 ff., freilich aber durch Clem. un. de commun. III. 17 widerrufen ist).

An partikularrechtlichen Vorschriften vgl. Valence 855 c. 9, M. 15, 8 (Exk.); weiter London 1151 c. 1, M. 21, 750 (Exk. und Interdikt); Leg. K. Avignon 1209 c. 7, M. 22, 788 (Exk.); Narbonne 1227 c. 12, M. 23, 24 (clerici ne tallientur occasione patrimonii vel personae, censura ecclesiastica); Arles 1234 c. 22, p. 342 (neue Abgaben, censura ecclesiastica); Canterbury 1246 c. 41, p. 428 (Forderung ungerechter Abgaben, Interdikt über die Besitzungen, eventuell Anathem), Cognac 1238 c. 3, p. 487 (Exk.); Albi 1234 c. 71, p. 656 (ebenso und

tikularrechtlich unter Strafe gestellten Beeinträchtigungen des Kirchenguts und der kirchlichen Gerechtsame, welche sich nicht als eins der oben S. 189 ff. erwähnten Vergehen darstellen [1], wie namentlich die Inanspruchnahme des Spolien-[2],

öffentliche Verkündung); Nantes 1264, p. 1120 (auch gegen Durchgangsabgaben, exc. ipso facto, wiederholt Chateau Gontier 1336 c. 3, M. 25, 1071; Angers 1365 c. 22.28, M. 26, 436, hier auch Interdikt ipso facto); Köln 1266 c. 8, M. 23, 1138 (ebenfalls gegen Durchgangsabgaben, Strafe der raptores bonorum ecclesiarum, S. 187 n. 8); Leg. K. Bourges 1276 c. 10, M. 24, 173 (Ausdehnung bestehender Wegeabgaben auf die Geistlichen, exc. ipso facto, wiederholt Marciac 1326 c. 12, M. 25, 780); Leg. K. Würzburg 1287 c. 40, M. 24, 868 (Erweiterung alter und Auferlegung neuer Durchgangsabgaben, öffentliche Verkündung der Exk.); Avignon 1279 c. 1, p. 232 (sehr ausführlich über die Strafen, s. o. S. 187 n. 8); Aschaffenburg 1292 c. 20, p. 1092 (Abgaben aller Art zu Lasten der Geistlichen und des Kirchenvermögens, 4facher Ersatz des Erhobenen); Nogaret 1315 c. 2, M. 25, 558 (ebenso, offenbar ausser Exkommunikation, Unfähigkeit der Brüder und der Descendenz der Schuldigen zum Klerikalstande und zu kirchlichen Benefizien, Versagung des kirchlichen Begräbnisses für Frau und Kinder und Interdikt über die Orte, wo die Abgaben erhoben sind); Köln c. 1280 c. 11, p. 358 (durch Advokaten und andere, Exk., wiederholt Köln 1310 c. 3, M. 25, 236); Leg. K. Ofen 1279 c. 51, M. 24, 294 (durch die Patrone, über die Strafen, s. S. 216 n. 6); Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 710 (S. 34 n. 1); Magdeburg 1315 c. 16. 17, M. 23, 1138 (auch durch die Vögte, Exk. und Lokalinterdikt, Geistliche, welche dazu Rath geben, wenn sie den Verkehr mit dem Herrn nicht auf einen Monat abbrechen, privatio beneficii ipso facto und Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien); Compiegne 1304 c. 2, M. 25, 119 (weltliche Herren, welche unter dem Vorwande, dass Kleriker Handel treiben, von letzteren Abgaben erheben, sich die Entscheidung darüber unter Ausschluss der Kirche anmassen und trotz des Anerbietens der Gestattung der Besteuerung bei Feststellung des Handelsbetriebes durch das kirchliche Gericht nicht von der Belastung abstehen, exc. ipso facto).

Avignon 1326 c. 26, M. 25, 760 und Lavaur 1368 c. 100, M. 26, 527 (Belastung der Armenspitäler mit Abgaben, exc. ipso facto).

Leg. Ofen 1279 cit. c. 59. 60, M. 24, 300 (Belastungen und Bedrückungen aller Art, int. ingressus ecclesiae); Aquileja 1282, p. 455 (ebenso, exc. ipso facto, Interdikt für Kommunen und Lokalinterdikt über die Besitzungen); Nogaret 1290 c. 10, p. 470 (im wesentlichen dasselbe); vgl. weiter noch Benevent 1331 und 1378 c. 25, M. 25, 946 und 26, 631; Angers 1365 c. 25, M. 26, 436; Lavaur 1368 c. 99, p. 526; Bergamo 1311 c. 20, M. 25, 495 (Beeinträchtigungen der den Kirchen zustehenden weltlichen Rechte, insbesondere weltlicher Jurisdiktionsbefugnisse, exc. ipso facto, überdies Kleriker Verlust aller Benefizien, kirchlicher Güter und Rechte, Laien Verlust aller von der Kirche verliehener Lehne und anderer Güter oder Rechte, Kommunen Interdikt).

Vereinzelt Nogaret 1303 c. 17, M. 25, 115 (Belastung der leprosi und reclusi mit Abgaben, exc. und Verkündung derselben); Marciac 1326 c. 53, p. 797 (ebenso).

[1] Rheims 1148 c. 6, S. 33 n. 7; Leg. K. Rouen 1214 P. III c. 34, M. 22, 923 (Veranstaltung von Rekognitionen über die Qualität kirchlicher Ländereien als weltlicher Lehne trotz 30 oder 40jährigen ruhigen Besitzes der Kirche, (Exk.); Avignon 1326 c. 8, M. 25, 747 (weltliche Herren, welche von den Prälaten trotz langjährigen Besitzes den Nachweis der Titel für ihre weltlichen Gerechtsame und Jurisdiktionsrechte fordern, exc. l. s.).

[2] Troslé 909 c. 14, M. 18, 302 (weltliche Grosse, welche sich nach dem Tode des Bischofs der kirchlichen Güter bemächtigen, Exk.); Leg. K. Avignon 1209 c. 7, M. 23, 788 (Spoliation der Kirchen und Klöster nach dem Tode der Bischöfe und anderen Geistlichen, sowie Übernahme der Kustodie und Verwaltung derselben, Exk.); Lambeth 1261, p. 1069 (Exk. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben, eventuell Interdikt und andere Strafen); Köln 1266 c. 7, S. 187 n. 8 a. E.; Mainz 1233 c. 40. Mone Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins 1, 140 (Patrone und Advokaten, welche sich gewaltsam Sachen des verstorbenen Plebans oder Geistlichen aneignen, Exk.); Leg. K. Würzburg 1281 c. 26, M. 24, 861 (Okkupation des Immobiliar- und Mobiliar-Vermögens erledigter Kirchen und verstorbener Geistlichen, Exk.); Trier 1310 c. 67, M. 25, 264 (ebenso); S. Pölten 1284, M. 24, 507 (Okkupation des Vermögens verstorbener Geistlicher durch Patrone und andere, Exk. ipso facto und Versagung der Sakramente gegen ihre Familiaren und Kolonen, welche länger als einen Monat in ihrem bisherigen Verhältniss bleiben, mit Ausnahme des Busssakramentes für Sterbende und der Taufe der Kinder); Salzburg 1281 c. 15, M. 24, 401 (für dasselbe Vergehen, exc. ipso iure und Lokalinterdikt über die Orte, an welche das okkupirte Gut gebracht ist); Aschaffenburg 1292 c. 25, p. 1093 (Okkupation der Pekulien verstorbener Geistlicher, exc. ipso facto); Grado 1296 c. 24, p. 1169 (Kleriker und Laien, welche bei der Vakanz von Kathedralen die Güter der Kirche und des verstorbenen Prälaten verkaufen oder okkupiren, generelle Exk.); Leg. K. Magdeburg 1315 c. 14, M. 23, 1164 (Patrone, welche das Spolienrecht nach dem Tode der Geistlichen gegen die Kirche ausüben, Verlust des Präsentationsrechtes illa vice und Bestrafung als invasores rerum ecclesiasticarum); Ravenna 1317 c. 1, M. 25, 600 (Kanoniker, Kleriker und Patrone, welche über die Einkünfte und Güter vakanter Kirchen verfügen, Verlust des Wahl-, bez. Präsentationsrechtes für den Vakanzfall); Nogaret 1315 c. 1, M. 25, 557 (weltliche Herren, welche sich erledigter Kirchen bemächtigen, exc. ipso

sowie des Regalien- und Vogteirechts über Kirchen[1],

die Anwendung von Zwang gegen die der Jurisdiktion der Kirche unterstehenden Personen zur Ansiedlung in einer neu gegründeten Ortschaft[2],

die nur partikularrechtlich bedrohte Errichtung von Kirchen[3] oder von Altären[4] ohne Genehmigung des Bischofs und ohne Benediktion des Grundsteins[5],

die Vergebung und Verleihung (Investitur) oder Okkupation von Kirchen und kirchlichen Ämtern durch Laien, welche seit dem 11. Jahrhundert durch die von Rom geleiteten, die päpstlichen, Legaten- und allgemeinen Synoden, später auch durch die Partikularkonzilien[6] unter Strafe gestellt worden ist, die gemeinrechtlich verbotene Belästigung der geistlichen Personen oder ihrer

facto und Unfähigkeit ihrer Söhne und der von ihnen empfohlenen Kandidaten, in dem betreffenden Vakanzfall die Kirchen zu erhalten); Avignon 1326 c. 24, p. 759 (exc. l. s.); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 225 (dasselbe).

[1] Lyon 1274 c. 12, M. 22, 90 in c. 13 in VI de elect. I. 6 (exc. ipso facto).

[2] Mailand 1287 c. 15, M. 24, 877 (exc. ipso facto, Interdikt ipso iure gegen Kommunen und auch Lokalinterdikt über die Besitzungen der Thäter).

[3] Mainz 1233 c. 25, Mone, Zeitsch. f. Gesch. des Oberrheins 3, 137 und 1261 c. 14, M. 23, 1084 (Laien Exk., Kleriker und Regularen, susp. ab officio); Mailand 1287 c. 24, p. 879 (exc. ipso iure); Trier 1310 c. 62, M. 25, 264 (exc.) s. auch Bd. IV S. 319.

[4] Lavaur 1368 c. 23, M. 26, 499 (exc. l. s.); vgl. auch c. 25 (Bd. IV S. 399 n. 8) Dist. I de consecr. (Priester Absetzung, Laien Exk.).

[5] Mainz 1261 c. 14 cit. (Anm. 3).

[6] Rom 853 c. 41, M. 14, 1016 (Laien, welche Priester aus fremden Diöcesen ohne Konsens ihres Bischofs anstellen, Exk.); Rom 1059 c. 5 (c. 20 C. XVI qu. 7, M. 19, 827, noch ohne Strafandrohung); Leg. K. Tours 1060 c. 8, M. 19, 928 (Vergebung von Oblationen, Zehnten, Almosen als Benefizien durch Laien, Anathem); ferner seit Beginn des Investiturstreites (abgesehen von Rom 1075, Bd. II S. 544 n. 1) Rom 1078 (Anathem, s. a. a. O. S. 548 n. 4) und in Ergänzung dazu die weitere römische Synode (Exk. für die die Benefizien annehmenden Kleriker, a. a. O. S. 548 n. 6, M. 20, 509, c. 13 C. XVI qu. 7); Leg. K. Poitiers 1078 c. 1, M. 20, 490 (Bd. II S. 579 n. 6, Laien, welche trotz des Investiturverbotes Kirchen gewaltsam zurückhalten, Exk. und Interdikt über die Kirchen); Rom 1080 c. 2 (Bd. II S. 549 n. 3, c. 12 §. 1 C. XVI qu. 1, M. 20, 517. 531, betreffend die Verleihung durch Kaiser, Fürsten und Laien) u. c. 1 ibid. (wiederholt aus Rom 1074, Bd. II. S. 543. 549 n. 2 u. o. S. 34 n. 3, betr. die Bestrafung der Geistlichen durch Entziehung der gratia b. Petri und Suspension der kirchlichen Mitgliedschaftsrechte); die Bd. II S. 550 citirten päpstlichen Synoden, welche zum Theil auch die Absetzung androhen); Nismes 1096 c. 8, M. 20, 936; die a. a. O. S. 551 citirten Konzilien, s. auch c. 16—19 (Troyes 1107) C. XVI qu. 7; Vienne 1112, durch welches die Laien-Investitur für Häresie erklärt worden ist, Bd. II S. 556; Rheims 1119 c. 2, a. a. O. S. 557 n. 8; Leg. K. London 1125 c. 4, M. 21, 331 (Verbot des Empfanges von Kirchenzehnten und Benefizien aus der Hand von Laien für alle Geistlichen, canonica ultio, wiederholt auf dem General-K. London 1127 c. 11, p. 358, vgl. auch c. 1 ibid., S. 34 n. 2); Leg. K. Rouen 1128 c. 3, M. 21, 376 (Verbot an Äbte und Mönche, Kirchen und Zehnten aus der Hand von Laien anzunehmen, ohne Strafandrohung); päpstliche Konzilien Clermont 1130 c. 6 u. Rheims 1131 c. 7, M. 21, 439. 459 (Rückgabe der Kirchen durch die Laien an die Bischöfe, sonst Exk.); Leg. K. London 1138 c. 5, p. 512 (keine Benefizien aus der Hand von Laien, ohne Strafandrohung); allgem. II. Lateran-K. 1139 c. 10, p. 528 (Wiederholung von Clermont u. Rheims cit.), c. 25, p. 532 (Verlust des durch die Laien-Investitur erworbenen Benefiziums); Lateran. III. 1179 c. 14, M. 22, 226 (c. 4 X de iurepatr. III. 38, Annahme von Kirchen aus Laienhand, Exk., event. Absetzung); Leg. K. Dioklea 1199 c. 8, p. 703 (Geben und Annehmen von Benefizien aus Laienhand, Geber und Annehmer Exk.); Lucca 1253, M. 23, 822 (kein Benefizium aus Laienhand; Verlust desselben); Lambeth 1261, p. 1063. 1064 (Intrusion in Benefizien durch Laien, Exk. und öffentliche Verkündung derselben, bei Hartnäckigkeit Entziehung der Benefizien in den anderen Diöcesen durch die betreffenden Bischöfe, nach Ablauf eines Jahres Unfähigkeit, in der erzbischöflichen Provinz ein Benefizium zu erhalten, der Laienprokurator Exk. und öffentliche Verkündung derselben, ebenso des die Handlungen des letzteren billigenden Herren und der fautores et cooperatores intrusoris, endlich auch Interdikt über die Länder derjenigen, welche Kleriker intrudiren, und wenn es der König ist, nach Mahnung durch den betheiligten Diöcesanbischof Interdikt über die königlichen Besitzungen in der Diöcese); Leg. K. Bremen 1266, p. 1159. 1160 (Laien, welche durch Innehaltung von Pfarrkirchen die Besetzung derselben seitens der Kirchenoberen hindern, Exk.); Leg. K. Würzburg 1287 c. 21, M. 24, 858 (Annahme und Innehaltung von kirchlichen Benefizien durch Laien, exc. ipso facto); Tarragona 1329 c. 76, M. 25, 870 (Innehaltung von Kirchen durch Laien, exc. l. s.); Benevent 1378 c. 30, M. 26, 633 (Okkupation von Kirchen und kirchlichen Ämtern, exc. l. s.).

Kirchen, Klöster und Benefizien wegen nicht erfolgter Berücksichtigung der empfohlenen Kandidaten bei Wahlen[1], verschiedene Missbräuche der Patrone, von denen einzelne durch das gemeine Recht[2], andere nur partikularrechtlich[3] seit dem Verlaufe des 13. Jahrhunderts mit Strafe belegt worden sind[4],

die partikularrechtlich bedrohte Übernahme des Amtes als Kirchenpfleger ohne Zustimmung des kirchlichen Oberen[5],

die gemeinrechtlich verbotene Verletzung der Vorschriften über die Beobachtung des Konklaves seitens der weltlichen Obrigkeiten[6] und die Wahl eines Mächtigen (Kaisers, Königs u. s. w.) zum senator urbis ohne päpstliche Erlaubniss[7],

die nur partikularrechtlich bedrohte Gestattung des Zutritts von Laien zu Prälatenwahlen[8], die Eingehung von Vereinigungen und Verschwörungen, sowie die Erregung von Tumulten zur Verhinderung der Wiederbesetzung erledigter Dignitäten und anderer kirchlicher Stellen mit geeig-

[1] Lyon II. 1274 c. 11, M. 24, 89 in c. 12 in VI. de elect. I. 6 (Exk. ipso iure); Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 (ausser der Exk. l. s. noch für Kleriker und Mönche privatio aller ihrer Benefizien, Priorate und Verwaltungen ipso iure u. Inhabilität für solche, für Laien Lokalinterdikt über ihre Familien und Unfähigkeit ihrer Nachkommenschaft zur Erlangung kirchlicher Benefizien bis zum 4. Grade, Strafen, deren Aufhebung dem Papste vorbehalten ist. Partikularrechtlich: Grado 1296 c. 25 (eidliche Verpflichtung der Kleriker und Laien in Betreff der Wahlen für vakante Kirchen, Anathem).

[2] Lateran. III. 1179 c. 14, M. 22, 226 in c. 4 X de iurepatr. III. 38 (willkürliche Einsetzung und Entfernung der Geistlichen, Exk., s. dazu auch Leg. K. London 1125 c. 9, M. 21, 332 und S. 216 n. 6 u. 7); vgl. ferner Leg. K. Wien 1267 c. 11, M. 23, 1173 (eigenmächtige Bestellung durch den Laienpatron, Verlust des Patronatrechts ipso iure, den geistlichen Patron susp. ipso facto, die erstgedachte Strafe auch für Veräusserung der Dotation der Pfarrkirche durch jeden Patron); Avignon 1326 c. 30, M. 25, 761 (eigenmächtige Kollation durch den Patron, Verlust des Präsentationsrechtes für den Vakanzfall ipso facto); Aschaffenburg 1292 c. 8, M. 24, 1085 (Patrone, welche, trotzdem dass der Kirchenobere wegen missbräuchlichen Eindringens des Präsentirten in die Stelle die letztere zu besetzen hat, eigenmächtig über das Benefizium verfügen, Verlust des Patronatrechts ipso facto, Johanniter, Templer und andere Regularen Verlust der betreffenden und anderer ihnen zustehender Kirchen).

[3] Fritzlar 1243 c. 5, M. 23, 727 (Vorbehalt eines Theils der kirchlichen Einkünfte durch den Patron bei Präsentation des Geistlichen, letzterer susp. ipso iure und Verlust des betreffenden Benefiziums, Patron censura ecclesiastica, und bei Hartnäckigkeit Verlust des Präsentationsrechtes); Mainz 1261 c. 24, p. 1090 (für dasselbe Vergehen Verlust des Präsentationsrechts für den nächsten Vakanzfall); ibid. c. 47. p. 1101 (Vergebung der Kirchen an Mönche, Verlust des Patronatsrechts ipso iure für immer); Chateau Gontier 1231 c. 15, p. 236 (Präsentation von illitterati durch Laien und geistliche Patrone, Verlust des Präsentationsrechtes illa vice); Auch 1300 c. 6, M. 25. 24 (Präsentation gegen Geld und Präsentation unfähiger Kandidaten, Verlust des Präsentationsrechtes illa vice, ausserdem für Laien exc. ipso facto, für Kleriker und Mönche interdictio ingressus ecclesiae ipso facto, für die Präsentirten im Fall des Wissens von der unerlaubten Präsentation Inhabilität für kirchliche Ämter ipso facto, für den instituirenden Prälaten, welcher ohne Untersuchung anstellt oder die erwähnten Strafen nicht publiciren lässt, susp. a conferendis beneficiis auf eine vom Ordinarius arbiträr zu bestimmende Zeit); Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, p. 709 (Intrusion von Kindern und anderen unfähigen Kandidaten durch die Patrone, exc. ipso facto und namentliche Verkündung derselben, intrusi Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf zwei Jahre ipso iure, Prälaten, welche derartige Übergriffe dulden oder gar solche Kandidaten instituiren, susp. a collatione beneficiorum auf 6 Monate); Leg. K. Würzburg 1287 c. 12, M. 24, 855 (Behalten der Patronatskirche durch die Patrone und Hinderung der Besetzung durch den Ordinarius, exc. ipso facto und Verlust des Präsentationsrechtes illa vice); Leg. K. Ofen 1279 c. 51, p. 294 (Änderung der Einrichtungen und Ämter der Patronatskirche, wegen der Strafen s. S. 216 n. 6); vgl. ferner Wien 1267 c. 11 cit., s. vor. Anm.

[4] In der früheren, namentlich in der karolingischen Zeit ist dies noch nicht geschehen. Von den Bd II S. 624 n. 1 citirten Stellen enthält blos Worms 829 c. 1, Bor. Kr. 2, 12, eine und zwar eine weltliche Strafandrohung.

[5] Leg. K. Würzburg 1287 c. 35, M. 24, 863 (exc. ipso facto).

[6] Bd. I S. 268 n. 2.

[7] c. 17 (Nicol. IV. 1278) in VI de elect. I. 6 (päpstlich reservirte Exk.).

[8] Bergamo 1311 c. 17, M. 25, 493 (Wähler, welche die Laien zulassen, Suspension vom Wahlrecht für den Vakanzfall, Laien, welche sich einmischen, exc. ipso facto).

neten Kandidaten[1],

die eigenmächtige Schliessung von Kirchen durch Laien[2],

die schon oben S. 178. 180 besprochene Tödtung, Gefangenhaltng[3], percussio, Vergewaltigung[4] und Injuriirung von Geistlichen, insbesondere auch die Vertreibung eines Bischofs aus seiner Bischofsstadt[5],

die Beeinträchtigung des Kirchenguts und des Vermögens der Geistlichen durch Diebstahl, Raub, Plünderung, Hehlerei und Brandstiftung[6], ja vereinzelt sogar auch blos die Herbeiführung der Gefahr einer solchen Beeinträchtigung durch an sich erlaubte Geschäfte[7],

die hartnäckige Verweigerung der Leistung der schuldigen Kirchenzehnten und kirchlichen Abgaben, welche nicht nur in der karolingischen Gesetzgebung[8], später auch in den päpstlichen und den Legatenkonzilien[9] sowie in den Partikularsynoden[10] als kirchliches Vergehen erscheint, sondern auch durch Auf-

[1] Leg. K. Bourges 1276 c. 1, M. 24, 168 (exc. ipso facto, Laien ausserdem Interdikt über ihre Familien, dauernder Ausschluss der Descendenten bis zum 4. Grad von allen Dignitäten und anderen Kirchenstellen in der Diöcese des delictum commissum, Kleriker und Mönche Verlust aller Privilegien und aller kirchlichen Ämter ipso facto, sowie Unfähigkeit, solche wieder zu erhalten; Auch 1300 c. 1, M. 85, 82 (offene oder geheime Hinderung von Wahlen zu Kirchenstellen oder der Wiederbesetzung derselben, Strafen wie S. 219 n. 1).

[2] Grado 1298 c. 24, M. 24, 1169 (generelle Exk.).

[3] S. noch Mailand 1287 c. 8, M. 24, 874 (weltliche Herren und Vorsteher von Ortschaften, welche die eidliche Versicherung, dass sie keine Geistlichen gefangen halten und nicht den Kirchen entzogene Sachen im Besitz haben oder den letzteren nicht dolos aufgegeben haben, verweigern, exc. ipso facto); Leg. K. Valladolid 1322 c. 1, M. 25, 697 (diejenigen, welche die zu den Provinzial- und Diöcesan-Synoden reisenden oder von denselben zurückreisenden Geistlichen gefangennehmen oder sonst belästigen, exc. ipso facto).

[4] Leg. K. Valladolid 1322 c. 7, M. 25, 703 (diejenigen, welche Geistliche der höheren Weihen zwingen, sich Konkubinen zu halten, exc. ipso facto, Kommunen Interdikt l. s., s. auch Bd. I S. 156 n. 9); Noyon 1344 c. 13, M. 26, 10 (weltliche Herren, welche Geistliche scheeren und in weltliche Kleider stecken lassen, exc. l. s.); Angers 1365 c. 25, p. 438 (Zwang zu ungewohnten Eiden exc. und interdictum l. s).

[5] c. 22 (Alex. II. 1062, J. L. n. 4477) C. XVII qu. 4 (s. o. S. 47 n. 3 u. S. 181 n. 1); Ravenna 1311 c. 26, M. 25, 463 (für Kommunen und ihre Territorien Interdikt ipso facto, für die betheiligten Rektoren, Grossen, ihre Rathgeber, deren Söhne und Enkel Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien, für diejenigen, welche zu dem gedachten Zweck eine Vereinigung oder Verschwörung eingegangen sind, exc. ipso iure, für Kleriker ausserdem privatio beneficiorum ipso facto, für Kommunen, welche den vertriebenen Bischof nicht aufnehmen und ihn an der Ausübung seiner Jurisdiktion über seine Diöcesanen hindern, Interdikt, und für die Mitbischöfe und den Klerus, welche sich weigern, den vertriebenen Bischof zu unterhalten, für den letzteren exc. ipso facto, für die ersteren Strafe durch das Provinzialkonzil), vgl. weiter Bergamo 1311 c. 12. 27. 28, p. 481. 505; Aquileja 1339. p. 1115.

[6] S. 187 ff.

[7] Toledo 1339 c. 1, M. 25, 1145 (An- und Verkauf von Gütern in den dem dominium temporale der Kirche unterliegenden Orten durch Nichtvasallen der Kirche, exc. l. s.).

Aus früherer Zeit gehört auch in diesen Zusammenhang das päpstliche K. Pavia 1022 c. 5, LL. 2, 562 (Sklaven der Kirche, welche etwas durch Freie und auf den Namen derselben kaufen oder erwerben, Prügel und Einsperrung, bis der Kirche die über die Geschäfte ausgestellten Urkunden ausgeliefert werden).

[8] Cap. 787/813 c. 3. 4, Bor. 1, 186, S. 36 n. 9; Mantuan. II. 787 c. 8, ibid. p. 197, s. a. a. O.; Haito v. Basel 807—23 cap. eccl. c. 15 (Bestreitung des Rechts des Bischofs auf ein Viertel des Zehnts durch Geistliche oder Laien, Exk. u. Bestrafung durch die Synode); Meaux-Epernay 845—46 c. 62, bez. 63, M. 14, 833; LL. 1, 392 (Verweigerung der nonae et decimae und Unterlassung der Reparatur der Kirchen, Exk., event. weltlicher Zwang); Rouen saec. 9 c. 3, Bruns I. 2. 269 (c. 5 C. XVI qu. 7, S. 11 n. 2); Pavia 850 c. 17, Bor. Kr. 2, 221, S. 16 n. 11; Mainz 852 c. 3, Bor. Kr. 2, 183, S. 11 n. 2; Valence 855 c. 10, M. 15, 9 (Zurückhaltung der nonae et decimae als Sakrileg mit Exk. bedroht); Mainz 888 c. 17, M. 18, 68, S. 11 n. 2; Ravenna 898 c. 1, Bor. Kr. 2, 124 (Exk.); Troslé 909 c. 6, M. 18, 279 (Einschärfung der früheren Kapitularien); Hohenaltheim 916 c. 18, LL. 2, 557, S. 11 n. 2.

[9] Rom 1059 c. 5, M. 19, 898 (Zurückhaltung der Zehnten, Primitien, Oblationen, Exk.); Rom 1063 c. 5, p. 1025 (dasselbe auch in c. 6 §. 2 Dist. XXXII); London 1138 c. 16, M. 21, 513 (Verweigerung der Zehnten und Primitien, Exk.); aus späterer Zeit Bourges 1276 c. 8, M. 24, 173 (hartnäckige Verweigerung des Zehnten auf Grund der Verjährung, Exk.).

[10] London 1175 c. 13, M. 22, 150 (Unterlassung der Leistung der Zehnten de grano, de vino, de fructibus arborum, de foetibus animalium, de

nahme einzelner dasselbe betreffender Bestimmungen in das Dekret[1] und die Dekretalensammlungen[2] gemeinrechtliche Bedeutung erhalten hat, der Besitz und die Annahme von Kirchenzehnten (auch von Oblationen) durch Laien, sowie die Verfügung über dieselben zu Gunsten der letzteren durch solche oder auch durch Geistliche, Vergehen, welche ebenfalls als gemeinrechtliche zu bezeichnen sind[3],

lana, de butyro et caseo, de lino et canape et de reliquis quae annuatim presolvuntur auf 3 malige Mahnung, Anathem); Rouen 1190 c. 23, p. 585 (fast wörtlich wiederholt); London 1200 c. 9, p. 718 (Bezugnahme auf Rouen); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 31, p. 1117 (Exk. nach 3 maliger Mahnung); schott. Konz. 1225 c. 43. 44, p. 1232. 1233 (Hinderung der Geistlichen, die Zehnten einzusammeln, gewohnheitswidrige Nichteinbringung derselben in die Scheunen u. Hinwerfen derselben auf die Äcker, Exk.); Worcester 1229 c. 15. 20, M. 23, 180. 182. 184 (Abziehen von Abgaben und von Schnitterlohn vor der Auszehntung, Exk.; Zehntung in Abwesenheit des Pfarrers oder seines Beauftragten, censura ecclesiastica, sowie Nichtduldung der Zehntung von Heu, Untersagung aller Sakramente für die Familie mit Ausnahme der Kindertaufe u. der Busse bei Todesgefahr); London 1343 c. 4, M. 25, 1172 (für die gedachten und ähnliche Missbräuche, exc. l. s.); York 1367 c. 5, M. 26, 465 (ebenso); Trier 1310 c. 24, M. 25, 256 (Leistung der Zehnten in den Häusern und unter Abzug der auf die zu zehntenden Sachen verwendeten Kosten, Exk.); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (Verweigerung der Zehnten nach 3 maliger Mahnung, Exk.); Cicester 1246, p. 710. 714 (öffentlich wiederholte Exk.); York 1250, p. 792 (nach 3 maliger Mahnung suspensio ab ingressu ecclesiae, dann censura ecclesiastica, ebenso auch Merton 1305 c. 1, M. 25, 7); Salisbury 1255, M. 24, 914 (ebenso); Marseille 1263, p. 1114 (öffentliche Exk.); Grado 1296 c. 11, p. 1167 (exc. ipso facto); Benevent 1331 und 1378 c. 43, M. 25, 959 und M. 26, 642 (ebenso); Pennafiel 1302 c. 7, M. 25, 103 (exc. und Ausschluss vom kirchlichen Begräbniss selbst bei nicht namentlicher Exk.); Leg. K. Wien 1267 c. 7, p. 1172 (bei Nichtleistung des Zehnten, einschliesslich des Novalzehnten, interdictio ingressus ecclesiae ipso facto); Embrun 1275—86 c. 4, p. 1184 (Verweigerung des Zehnten während eines Interdikts oder einer Exkommunikation, exc. ipso facto); L'Isle-Arles 1288 c. 15, M. 24, 962 (Wegbringen des ungezehnteten Getreides aus der Parochie und Verweigerung der Verzehntung, exc. ipso facto); Benevent 1331 c. 44, M. 25, 959 (nicht rechtzeitige Entrichtung der Zehnten, exc. l. s.).

Bordeaux 1255 c. 25, M. 23, 864 (Verweigerung der schuldigen Prokurationen, Oblationen und Pfarrabgaben, Entziehung des kirchlichen Begräbnisses); Exeter 1287 c. 52, M. 24, 835 (hartnäckige Verweigerung der Mortuarien, Verkündung der Exk.).

Münster 1279 c. 21, M. 24, 320 (hartnäckige Zurückhaltung der von kirchlichem Gut zu leistenden Pensionen durch Geistliche u. Laien, Verlust des Rechts an den mit der Pension belasteten Kirchengütern). — Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806 (pactionarii ecclesiae, also solche, welche kraft eines pactum Abgaben, offenbar für geliehene Güter, an dieselbe zu zahlen haben und diese nicht entrichten, Exk. und öffentliche Verkündung derselben).

[1] Ausser c. 66 (Augustin ?) C. XVI qu. 1 s. c. 6 (cap. inc.) C. XVI qu. 7; c. 1 §. 1 (Rom 1078) l. c. u. dictum Gratiani zu c. 1 C. XIII qu. 1 P. II §. 1, in denen sich freilich keine Strafandrohungen finden, vgl. auch noch die S. 220 n. 8 u. 9 citirten Stellen.

[2] c. 1 (Hieronym.) X de decim. III. 30 (ohne Strafandrohung); c. 3. 4 (Alex. III.) X. eod. (censura ecclesiastica für Verweigerung der Zehnten von Mühlen, Fischfang, Heu, Wolle, Bienen und Früchten aller Art); c. 21 (Clem. III.) eod. (dasselbe); s. auch c. 1 (Gregor. IX.) in VI de decim. III. 13 (ohne Strafandrohung).

[3] Rom 1078 c. 6, M. 20, 510 in c. 1 C. XVI qu. 7 (Laien, welche die ihnen von Bischöfen, Königen oder sonst übertragenen Zehnten behalten und nicht der Kirche zurückstellen, crimen sacrilegii und ewige Verdammniss); c. 3 (inc., aber ebenfalls dem 11. Jahrhundert angehörig) C. cit. und c. 13 C. I. qu. 3 (Bischöfe, die Zehnten an Laien vergeben, gleich Ketzern und Simonisten ewige Verdammniss, ebenso für die Laien); c. 39 (nach Melfi 1089 c. 6?) C. XVI qu. 7 (canonica ultio für Mönche, welche Zehnten von Laien annehmen); allgemeines II. Lateran-Konz. 1139 c. 10, M. 21, 532 (Wiederholung von Rom 1078 cit.); päpstliche Synoden vom Rheims 1148 c. 8, p. 716 (dasselbe) und von Tours 1163 c. 3. M. 21, 1177 in c. 17 X de decim. III. 30 (Verleihung von Zehnten und Oblationen an Laien durch Prälaten, Absetzung der letzteren); allgemeines III. Lateran-K. 1179 c. 14, M. 22, 226 in c. 19 X de decim. III. 30 (Übertragung der von Laien zu Unrecht besessenen Zehnten durch diese an andere Laien, für die Annehmenden Verlust des kirchlichen Begräbnisses, s. auch Alexander III. in c. 7 i. f. X de praescript. II. 26 und c. 17 X de decim. cit., wo Verzicht auf den seitens eines Abtes einem Laien verliehenen Zehnten bei Strafe der Exk. verlangt wird).

Vgl. ferner Bordeaux 1254 c. 13. 14, M. 23, 860 (Nichtrestitution widerrechtlich besessener Zehnten durch Laien, Suspension von einzelnen kirchlichen Mitgliedschaftsrechten für den Schuldigen und seine Familienglieder, S. 15 n. 8; Kleriker, welche zustimmen, öffentlich zu verkündende Exk.), c. 16 ibid. (Verkauf, Kauf und Verpfändung kirchlicher Zehnten durch Laien, Exk.) ibid. c. 21 (Laien und Geistliche, welche ausser den hergebrachten Zehnten noch Novalzehnten erheben, Exk.); Köln 1266 c. 5, p. 1137 (Usurpation und Detention von Zehnten, einschliesslich der Novalzehnten, wiederholte öffentliche Verkündung der Exkommunikation);

die nur partikularrechtlich unter Strafe gestellte Beinträchtigung der Kirchen in Betreff der Zehnten[1] oder in Betreff der Verfügung über dieselben[2], die unberechtigte Erhebung von Zehnten durch Laien und Geistliche[3], sowie die Schädigung der Kirchen durch Hinderung der Leistung der schuldigen und üblichen Oblationen[4],

das Verlangen der Ausrichtung von Gastmählern oder der Gewährung von Getränken und ähnlicher Reichnisse von Äbten, Pfarrern und deren Vikaren seitens der Laien bei gewissen Gelegenheiten[5],

die hartnäckige Verweigerung der schuldigen Lehnsdienste und Abgaben seitens der kirchlichen Vasallen[6],

die Nachlässigkeit der Kirchenvögte in Betreff der Vertheidigung der Rechte der Kirchen und der Geistlichen derselben[7],

das Einsammeln von Geld durch Laien mit Kelchen ohne bischöfliche Genehmigung[8], und

die Verwaltung von Hospitälern durch nicht Tonsurirte und verheirathete Laien, welche nicht Residenz halten[9].

Abgesehen von diesen Vergehen ist schon in der karolingischen Zeit die Missachtung der kirchlichen Autorität und der kirchlichen Gebote und Anordnungen aller Art, insbesondere die Auflehnung gegen die letzteren[10], die Missachtung

Leg. K. Wien 1267 c. 7, p. 1172 (Usurpation von Zehnten durch Laien interdictio ingressus ecclesiae ipso facto); Münster 1279 c. 20, M. 24, 320 (Usurpation von Novalzehnten durch Laien, exc. ipso facto); Tours 1282 c. 12, p. 472 (ebenso, öffentliche generelle Exk.); Bourges 1286 c. 25, p. 638 (eigenmächtiges Vergeben von Zehnten durch Laien und Geistliche an Mönche und Annahme derselben, exc. ipso facto); Saumur 1294 c. 5, p. 1124 (Okkupation von Zehnten, exc. l. s.); Nogaret 1303 c. 10, M. 25, 114 (detentores decimarum ante restitutionem mit Frauen und Kindern vom kirchlichen Begräbniss ausgeschlossen, bei Begräbniss derselben Interdikt über den Ort desselben, ferner für sie und ihre Descendenten bis zum 4. Grad Unfähigkeit zum Klerikalstand und zu kirchlichen Benefizien, für den solche übertragenden Ordinarius susp. a collatione beneficiorum); Marciac 1326 c. 28. 31 ff., p. 786 (ebenso); Lambeth c. 10 (öffentliche generelle Exk. der detentores decimarum); Benevent 1331 und 1378 c. 44, M. 25, 959 und 26, 642 (Okkupation von Zehnten, exc. ipso facto).

London 1343 c. 6, M. 25, 1174 (Wegnahme von Oblationen und Verfügung darüber, exc. l. s.).

[1] Aschaffenburg 1292 c. 26, M. 24, 1094 (Betrügen von Pfarrkirchen um ihre Zehnten, exc. ipso facto, Kleriker ausserdem Verlust aller ihrer Benefizien und Unfähigkeit, solche zu erlangen, Laien Unfähigkeit ihrer Descendenten bis zum 4. Grade dazu); Tarragona 1298? c. 11, p. 1111 (Exk. für Erschwerung der Erhebung der Zehnten).

[2] Schottisches Konz. 1225 c. 77, M. 22, 1244 (Lehnsherren, welche in eigennützigem Interesse ihre Leute hindern, den Pfarrern den Zehnten abzukaufen, Exk.); Durham 1275 c. 1, M. 24, 155 (jede Hinderung des Zehntgenusses durch Patrone oder Laien, exc. ipso facto); Rouen 1335 c. 6, M. 25, 1046 (ebenso); Tarragona 1332 c. 5, p. 938 (Hinderung der Zehntberechtigten durch weltliche Herren, Scheunen und Keller zur Aufbewahrung der Zehnten zu miethen, kaufen oder zu benutzen, Exk.).

[3] Bordeaux 1224 c. 18, M. 23, 861 (Laien, welche als Zehntherren Zehnten von den sanctuariis der Kirchen, d. h. von den dorthin gegebenen Opfern und Oblationen annehmen, Exk.).

[4] Exeter 1287 c. 12, M. 24, 802 (Exk.); Trier 1310 c. 60, M. 25, 263 (weltliche Verbote, Zehnten, Primitien, Oblationen u. s. w. zu entrichten, exc. ipso facto); Avignon 1326 c. 35. 36; M. 25, 763 (exc. l. s.); Chateau Gontier 1336 c. 8, p. 1075 (Hinderung der Entrichtung der schuldigen Oblationen, exc. l. s.).

[5] Tarragona 1298? c. 11, M. 24, 1111 (Exk.); Tarragona 1329 c. 44. 50, M. 25, 856 (ebenso); Trier 1310 c. 65, p. 265 (Auferlegung derartiger Verpflichtungen durch Laien, exc. ipso facto).

[6] Rouen 1299, M. 24, 1227 (exc. ipso facto und feierliche wiederholte Verkündung derselben, eventuell auch Verlust der Lehne).

[7] Leg. K. Würzburg 1287 c. 22, M. 24, 858 (Verlust des Advokatierechtes ipso facto, bei Beraubung der Kirche auch exc. l. s.).

[8] Also als angebliche Quästuarier Trier 1310 c. 53, M. 25, 262 (Exk.).

[9] Ravenna 1311 c. 25, M. 25, 163 (Unfähigkeit zu den Weihen und zu kirchlichen Benefizien).

[10] Lauriac 843 c. 1, M. 14, 797: „Si quis publicus divinae legis praevaricator vel pro manifestis criminibus erga ecclesiastica iusta et rationabilia iudicia contemptor repertus fuerit vel inflatus ac tumidus monitis ecclesiasticis ac sanctorum patrum constitutionibus contradictor vel subsannator comprobatus fuerit, si monitis episcopalibus obtemperare distulerit, anathematizetur";

der Kanones[1] und der päpstlichen Dekretalen[2], der Autorität der Kirchenoberen[3], namentlich der Bischöfe[4] und vor allem der römischen Kirche[5] und des Papstes[6] sowohl seitens der Geistlichen als auch der Laien als kirchliches Strafvergehen behandelt worden. Wenn gerade seit der späteren karolingischen Zeit zugleich die Anschauung von einer bischöflichen Banngewalt, also einem Recht bei Strafe gewisse Handlungen zu gebieten und zu verbieten, hervorgetreten, und später auch das gleiche Recht der Synoden und des Papstes als *bannus* bezeichnet worden ist[7], so waltet doch, obgleich sich die besprochenen Anordnungen damit insofern berühren, als sie, eben so wie das Bannrecht, auf dem germanischen Rechtsgedanken beruhen, dass jede Verletzung des geltenden und bestehenden Rechtszustandes ein Unrecht bildet[8], der Unterschied ob, dass die erwähnten Vorschriften eine solche allgemein und im Voraus als kirchliches Strafvergehen qualifiziren, während kraft der Banngewalt nur immer konkrete, mehr oder minder genau bezeichnete Handlungen unter Strafe gestellt wurden, und es dazu stets einer ausdrücklichen Erklärung und Anordnung des Inhabers der Banngewalt bedurfte. Aus dem Umstande, dass derartige allgemeine Strafandrohungen, wie die angeführten, unter welche im Grunde alle einzelnen kirchlichen Strafvergehen begriffen werden konnten, gerade wegen ihrer Allgemeinheit, insbesondere bei der Schwäche der päpstlichen Gewalt seit Ende des 9. Jahrhunderts und bei der ebenfalls eine energische Machtentfaltung der bischöflichen Strafbefugnisse hindernden Zerrüttung der Verhältnisse während des Zerfalls des karolingischen Reiches wirkungslos bleiben mussten, erklärt es sich, dass die Päpste, wie vereinzelt schon vor der karolingischen Zeit[9], so auch vielfach seit derselben die Beachtung ihrer Privilegien, Anordnungen und Entscheidungen noch besonders unter Strafe gestellt[10], und damit für jeden einzelnen Fall der Verletzung derselben spezielle Delikte geschaffen haben[11], nicht minder, dass ihnen darin auch die Bischöfe und Synoden gefolgt sind[12].

c. 4: „Quicumque superbiae facibus accensi vel protervia stomachati haec quae pro s. matris tranquillitate sacerdotalique rigore et regia dignitate a nobis unanimiter definita manibusque propriis roborata sunt, violare aut quolibet argumento irrumpere tentaverint, placet eos anathematizari"; syn. Pistens. 862 c. 4, LL. 1, 482 (Verachtung der kirchlichen Autorität, Exk.); Valence 855 c. 13, M. 15, 13 (contemptores et rebelles adversus ecclesiam et sacerdotalem auctoritatem, Busse oder Exk.).

[1] Karol. M. cap. 769 c. 5, Bor. 1, 45 (Missachtung der canones durch Geistliche, Absetzung); admon. gen. 789 c. 60, p. 57 (Auflehnung der Bischöfe gegen die canones der allgemeinen Konzilien, Anathem).

[2] Admon. 789 cit. c. 58 (Auflehnung der sacerdotes gegen die constituta decretalia, bei Hartnäckigkeit, Absetzung); stat. Rhispac. 799. 800 c. 12, Bor. 1, 227 (ebenso, zugleich auch Absetzung des Bischofs, welcher deswegen deponirte Geistliche aufnimmt, und Bedrohung der Laien).

[3] Mainz 847 c. 5, Bor. Kr. 2, 177 (coniurationes, conspirationes rebellionis et repugnantiae contra ecclesiasticas dignitates, Exk.).

[4] Verschwörungen der Kleriker und Mönche gegen die Bischöfe Worms 868 c. 74, M. 15, 88 (nach Chalced. 451 c. 18, in c. 21 u. 23. 24 C. XI qu. 1); s. auch S. 222 n. 10.

[5] Rom 871—78 c. 1, Maassen S. 10 (perturbatio der römischen Kirche, Exk.).

[6] Rom 863 c. 6, M. 15, 652 in c. 18 C. XXV qu. 2 (Missachtung der dogmata, interdicta, sanctiones vel decreta pro catholica fide, pro ecclesiastica disciplina, pro correctione fidelium, pro emendatione sceleratorum vel interdictione imminentium vel futurorum malorum a sedis apostolicae praeside promulgata, Anathem). Vgl. ferner auch S. 45 n. 1.

[7] S. unten §. 279.

[8] R. Löning, d. Vertragsbuch. Strassburg 1876. 1, 541. 567. 580 ff.

[9] Vgl. S. 43 n. 6.

[10] S. das Privileg. Zacharias' für Fulda 751, Jaffé monum. Mogunt. p. 228 (dazu Harttung, diplomat. histor. Forschungen Gotha 1879 S. 195 ff.; Hahn Bonifaz u. Lul. Leipzig 1883 S. 266 n. 4; Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 1, 535 n. 3), hier das Anathem, was dann sehr häufig vorkommt, s. S. 11 n. 2; S. 37 n. 6 u. 7 u. S. 43 n. 6; ferner wird auch der Verlust der geistlichen und weltlichen Würden, S. 43 n. 6; der Gnade des Papstes, S. 34 n. 3, Geldstrafe S. 37 n. 6. u. 7; ja in einem Schiedsspruch päpstlicher Delegaten auch die Infamie, S. 42 n. 1 angedroht.

[11] Allerdings haben sie daneben auch gelegentlich auf den Satz, dass die Verachtung der Anordnungen der Päpste ein Vergehen sei, zurückgegriffen, so Gregor VII. 1077 s., welcher dasselbe als idolatria bezeichnet, S. 45 n. 1.

[12] S. §. 279.

Gratian hat einzelne jener allgemeinen Anordnungen in sein Dekret aufgenommen [1], und die Dekretalensammlung Gregors IX. weist ebenfalls ein Paar hierher gehörige allgemeine Aussprüche auf [2], während die Partikularkonzilien seit dem 13. Jahrhundert nur des speziellen Falles der Verschwörung und der Vereinigung gegen die geistliche Gewalt oder die kirchlichen Oberen seitens der Laien und der Kleriker erwähnen [3], und allgemein blos die Missachtung kirchlicher Anordnungen durch die letzteren und die Mönche unter Strafe stellen [4].

Eine Unterart des hier fraglichen Vergehensbegriffes bildet auch an und für sich die Nichtbeachtung der kirchlichen Strafen durch die von denselben betroffene Person und durch andere. Indessen ist die Strafbarkeit einzelner hierher gehöriger Fälle, insbesondere die des verbotenen Umganges mit den Exkommunicirten schon längst vor der Aufstellung des vorher besprochenen allgemeinen Vergehensbegriffes festgesetzt worden [5], und bei dem hervorragenden Interesse der Kirche an der Durchführung der von ihr verhängten Strafen hat die kirchliche allgemeine und partikuläre Gesetzgebung fort und fort zu diesem Zweck besondere Vorschriften erlassen, über welche bereits oben in der Lehre vom kirchlichen Strafensystem gehandelt worden ist (vgl. §. 267) [6].

Weiter gehört auch die Verletzung des Gottesfriedens hierher, und zwar stellt sich diese nicht blos als Ungehorsam gegen die Anordnungen der Kirche, sondern sogar als Auflehnung gegen das direkte, durch die letztere nur zur Verkündigung

[1] S. ausser den S. 223 n. 4 u. 6 citirten Stellen noch c. 11 (Pseudo-Isid.) C. XI qu. 3 (Ungehorsam von Klerikern, sowie Fürsten und Laien gegen die Bischöfe, Infamie und Exk.); c. 22 (id.) C. XI qu. 1 (Verschwörungen der Geistlichen und Laien gegen die Bischöfe, die gedachten Strafen, bei Geistlichen Absetzung), c. 32 (Ps.-Is.) C. XXIV qu. 1 S. 47 n. 3 (Störung des Friedens der Kirche, Verlust weltlicher Würden, Vornehme Vermögenskonfiskation, andere Prügel und Exil), während c. 35 (Orleans 534) ibid. nur von Verschwörungen der Geistlichen handelt.

[2] c. 2 (Ps. Gregor.) X de M. O. I. 33 (Zuwiderhandeln gegen Anordnung des Bischofs, Exk.); c. 4 (Ps.-Is.) X eod. (ohne Strafe).

[3] Schott. Konzil 1225 c. 46, M. 22, 1233 (conspiratores contra episcopos, exc. als scismatici et infames); Trier 1238 c. 37, M. 23, 484 (conspirationes quae fiunt per inspectationem ignis vel gladii, Kleriker susp., Laien Exk.); Cognac 1238 c. 2. M. 23, 487 (conspirationes et coniurationes contra ecclesiam vel ecclesiasticam personam, Exk.); Leg. K. Tarragona 1239 c. 10, p. 515 (conspirationes et colligationes illicitas facientes in clero et contra constitutos in clero, ebenso); Anse 1299, M. 24, 1223 (exc. ipso facto); Bergamo 1311 c. 12, M. 25, 487 (Verschwörungen und Verbindungen zur Verfolgung und Vertreibung des Bischofs aus der Stadt, Geistliche exc. ipso facto, privatio beneficiorum und Unfähigkeit zu Benefizien, Laien exc. ipso facto, Verlust des kirchlichen Begräbnisses und bei hartnäckigem Verharren in der Exk. interdictio ingressus ecclesiae für die Familie und die Familiaren, für Kommunen Interdikt und Verkündung aller dieser Strafen durch die ganze Provinz). — Leg. K. Avignon 1209 c. 19, M. 22, 792 (Kleriker conspirationes et coniurationes detestabiles, kanonische Strafe); Lerida Ende des 13. Jahrh., M. 23, 938 (Kleriker conspirationes contra maiorem, susp. ipso facto); Leg. K. Ofen 1279 c. 17, M. 24, 279 (coniurationes, conspirationes et colligationes intra personas ecclesiasticas, exc. ipso facto, privatio perpetua aut temporalis beneficiorum und andere arbiträre Strafen).

[4] Schottisches Konzil 1225 c. 47, M. 22, 1233 (Missachtung der rechtmässigen Befehle der Archidiakonen und Dekane durch Geistliche, susp. ab off., bei Hartnäckigkeit schwerere Strafe); Lerida Ende des 13. Jahrh. M. 23, 938 (doloses Verweigern der Annahme von Schreiben des Bischofs oder Erzbischofs, susp. ab off. ipso facto); Roffec 1258 c. 3, M. 23, 985 (Missachtung der Urtheile der Diöcesanbischöfe durch Mönche, Austreibung aus der Diöcese und censura ecclesiastica gegen ihre Ordensoberen, um sie dazu zu veranlassen); Leg. K. Wien 1267 c. 9, p. 1173 (Auflehnung der Welt- und Klostergeistlichen gegen die Korrektion durch ihre Prälaten und Anrufung der weltlichen Gewalt gegen die letzteren, Absetzung).

Theodor v. Utrecht 1209 M. 22, 807 (Ungehorsam der Kanoniker, susp. a benef., eventuell privatio beneficii); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I. c. 5, M. 22, 820 (Nichtleistung der debita obedientia durch Kleriker gegenüber dem Prälaten, speziell auch Nichtbeichten bei ihm susp. a benef., eventuell Exk.).

[5] Bd. IV S. 704. 801 und o. S. 3 ff.

[6] Vgl. auch S. 31 n. 3 a. E.; S. 42 n. 3; S. 47 n. 4 und S. 73 n. 10, s. auch §. 274.

gebrachte Gebot Gottes[1] dar. Auch bei diesem Vergehen, welches seit dem 12. Jahrhundert[2] als gemeinrechtliches erscheint und sowohl im Dekrete Gratians[3], wie auch in der Dekretalensammlung Gregors IX.[4] Berücksichtigung gefunden hat, handelt es sich um einen Gattungsbegriff, aber trotz der Bedrohung des Vergehens in seiner Allgemeinheit[5], und abgesehen davon, dass die dauernde Befriedung bestimmter Personen und Sachen (*pax*), seitdem sie mit dem Gottesfrieden im eigentlichen Sinne in Verbindung gebracht worden ist[6], stets durch besondere Strafvorschriften geschützt wird[7], werden daneben bestimmte einzelne, unter den allgemeinen Begriff fallende Strafthaten spezialisirt und besonders mit Strafe bedroht, so z. B. Mord und Tödtung[8], thätliche Angriffe auf nicht dauernd befriedete Personen[9], Bestreitung zweifelloser Schulden durch die Schuldner oder Bürgen[10], ja es wird selbst das Nichtbeschwören des Gottesfriedens[11] und die Verweigerung der Hülfe und Mitwirkung bei der Durchführung des letzteren und bei der Bestrafung der Verletzer desselben[12] ebenfalls als Gottesfriedensbruch unter Strafe gestellt. Ebenso verhält es sich mit der Verletzung der seit dem Ende des 12. und namentlich seit dem 13. Jahrhundert in Frankreich vorkommenden Friedensgebote und Friedensvereinigungen[13], welche gleichfalls von

[1] Kluckhohn, Gesch. des Götterfriedens. Leipzig 1857 S. 43; Huberti, Gottesfrieden u. Landfrieden. Ansbach 1892. 1, 275. 278. 282. 289.

[2] Lateran. I. 1123 c. 13, M. 21. 284 (für jeden Bruch des Gottesfriedens Exk.); wiederholt Lateran. II. 1139 c. 12, p. 529 unter Bezeichnung der befriedeten Zeiten und unter Bedrohung der Bischöfe, welche die Duchführung des Friedens unterlassen und sich dabei nicht gegenseitig unterstützen, mit Verlust ihres Amtes; ebenso Lateran. III. 1179 c. 21, M. 22, 229 in c. 1 X de treuga I. 34.

[3] c. 25 (Rom 1059 c. 15. 16, M. 19, 916) C. XXIV qu. 3, nach welchem die treuga, wie sie von den Bischöfen der einzelnen Provinzen festgesetzt ist, bei Strafe der Exk. beobachtet werden soll.

[4] c. 1. 2 X tit. cit. I. 34, freilich hier zu einer Zeit, als das Institut schon so gut wie abgestorben war. Kluckhohn S. 105 u. Huberti 1, 496, welche deshalb die Aufnahme der citirten Kapitel befremdend finden, haben übersehen, dass dieselben sich schon in der Compil. I als c. 1. 2. des entsprechenden Titels I. 24 finden, und dass auch die Comp. V. einen solchen (I. 17) mit Stellen über die Aufrichtung von Friedensvereinigungen, Potthast reg. n. 5337. 7731, aufweist. Die glossa ordin s. v. frangere zu c. 1 X I. 34, welche die Strafe für die Bischöfe, s. Anm. 2, für obsolet erklärt, hat allerdings keine Kenntniss mehr von dem Institut, wohl aber Bernhard v. Pavia, s. summa decret. I. 24, ed. Laspeyres p. 19.

[5] Welche fort und fort vorkommt, Gottesfriedensbrief v. 1041, M. 19, 593; Narbonne 1054 c. 4, p. 828 (Anathem) u. c. 26, S. 37 n. 3; Rom 1059 c. 16 cit. s. o. Anm. 3; Tulujas 1065, p. 1042 (doppelter Ersatz des verursachten Schadens); Lillebonne 1080 c. 1, M. 20, 555 (Strafe nach der geltenden Gewohnheit), Lütticher Gottesfriede 1081, Kluckhohn S. 64 n. 11 a. E., Kölner 1083 u. Mainzer 1085, LL. 2, 56; Troja 1093 c. 2, M. 20, 790 (sämmtlich Exk.); Clermont 1095 c. 1, p. 816 (keine besondere Strafe); Rheimser Statut Calixts II. 1119, S. 31 n. 3; Lateran. I. 1123 c. 13, s. o. Anm. 2; ferner gleichlautend: Clermont 1130 c. 8, M. 21, 439; Rheims 1131 c. 11, p. 460; Lateran. II. 1139 c. 12 u. Lateran. III. 1179 c. 21, s. a. a. O.; Auch 1140 c. 4, Bouquet rec. 14, 392 (Schadenersatz); Rheims 1157 c. 31, M. 21, 844 (Schadenersatz, sonst ultio canonica).

[6] Kluckhohn S. 52; Huberti 1, 294. 314. 315.

[7] Es gehören hierher Geistliche, Mönche, Nonnen, Pilger, Kaufleute, Landbebauer, Hirten, Frauen, Kirchgänger, Wallfahrer; Kirchen und ihre Umgebungen, falls sie nicht befestigt sind, Besitzungen der Geistlichkeit, Wohnungen der Landbauern, Haus- und Zugthiere, Heerden, Ölbäume und ihre Früchte, s. Narbonne 1054 c. 9. 10, M. 19, 829; Rom 1059 c. 15 (c. 25 C. XXIV qu. 3); Tulujas 1065, M. 19, 1015, S. 179 n. 10 u. S. 186 n. 5; Vich 1068, p. 1073; Clermont 1095 c. 1, M. 20, 816; Gottesfriede v. Clermont 1095 c. 4 ff., p. 912; Rouen 1096 c. 12, p. 923; c. 23 (Later. I. 1123 c. 17) C. XXIV qu. 3; Rheims 1131 c. 10, M. 21, 460; Lateran. II. 1139 c. 11, p. 529: Rheims 1148 c. 11, p. 716; Rheims 1157 c. 3, p. 844; Lateran. III. 1179 c. 22, M. 22, 229 (c. 2 X h. l. 34).

[8] S. 40 n. 3 u. S. 177 n. 2.

[9] S. 179 n. 9.

[10] Narbonne 1054 c. 8, M. 19, 829 (Exk. und Interdikt).

[11] Rouen 1096 c. 3. 4, M. 20, 923. 924 (für alle Personen über 12 Jahr, Anathem); S. Omer 1099 c. 5 p. 972 (für Herren von Städten, Burgen und Befestigungen, Anathem und Interdikt); Auch 1140 c. 3, Bouquet 14, 393 (für alle Personen über 7 Jahr, Exk. und Interdikt).

[12] Rouen 1096 c. 3. 4, s. vor. Anm.; vgl. weiter o. Anm. 2; Auch 1140 c. 1, Bouquet 14, 392 (Fürsten und Barone Exk. und Interdikt).

[13] Kluckhohn, S. 129 ff.; Huberti S. 504 ff.

der Geistlichkeit ausgehen und im Gegensatz zu der treuga dei im eigentlichen Sinne einen dauernden, immerwährenden, nicht auf bestimmte Zeiten beschränkten Frieden zu schaffen bezwecken[1]. —

Bisher ist absichtlich des Verbrechens des s. g. *sacrilegium*[2] nicht erwähnt[3]. Ebensowenig wie in der früheren Zeit hat die gedachte Bezeichnung in dieser Periode eine der Art feststehende Bedeutung erlangt, dass darunter ein einziges, in seinem Thatbestande gegen andere genau abgegränztes Vergehen bezeichnet würde, vielmehr wird der Ausdruck: *sacrilegium* fort und fort für eine ganze Reihe der verschiedenartigsten Strafthaten gebraucht, nämlich für die Simonie[4], für Angriffe auf das Leben, die Gesundheit und Freiheit der Geistlichen, sowie für die sonstige Injuriirung derselben[5], für Diebstahl und Raub von Kirchengut[6] und von Sachen der Geistlichen[7],

[1] Leg. K. Montpellier 1195 M. 22, 667 (für Verletzung des Friedens Exk., Lokalinterdikt und Entbindung der Unterthanen vom Treueid, für Nichtdurchführung seitens der Bischöfe Verlust des Amtes; daneben für Verletzung der dauernd befriedeten Personen, Geistlichen u. s. w. Exk.); Avignon 1209 c. 10. 16, M. 22, 791 (Exk., wo ebenfalls neben den Verletzern des Friedens die Räuber und Wegelagerer besonders genannt werden); Montpellier 1215 c. 41, p. 935 (öffentliche wiederholte Exk. der violatores pacis); Toulouse 1226 c. 29. 30, M. 23, 201 (Exk. und Güterkonfiskation, c. 34 auch die Rebellion der Vasallen gegen ihren Herrn als Friedensbruch behandelt); Beziers 1233 c. 26, p. 278 (öffentliche wiederholte Exk. der violatores et fractores pacis, raptores et conspiratores). Auch die eidliche Bestärkung dieser Friedensvereinigungen wird unter Androhung von Strafen gefordert, Avignon 1209 c. 10, M. 22, 789 (districtio ecclesiastica); Montpellier 1215 c. 32, p. 949 (censura ecclesiastica); Toulouse 1229 c. 28, p. 201 (Pflicht aller Personen über 14 Jahr zur Beschwörung des Friedens, censura ecclesiastica), Beziers 1233 c. 26 cit. (ebenso); Beziers 1246 c. 16 p. 695 (Erneuerung von Toulouse 1229 c. 28); Valence 1248 c. 2. 21, p. 771 (Erneuerung des Friedens alle drei Jahre, sonst Exk.).

Das Gesagte trifft endlich auch zu für den auf alle Zeiten des Jahres, freilich blos für die Dauer von 4 Jahren seitens Innocenz' IV. auf dem allgemeinen Konzil von Lyon 1245 c. 17, M. 23, 632 angeordneten Frieden, dessen Verletzung ebenfalls mit Exkommunikation und Interdikt bedroht wird.

[2] Nicht zugänglich ist mir gewesen: Jo. Sam. Frid. Boehmer praes., Theoph. Christophor. Teicher, de variis sacrilegii speciebus ex mente iuris canonici. Halae Magdeb. 1727.

[3] Wenn Katz, Grundriss des kanon. Strafrechts S. 71 unter Berufung auf „Regino II. 283 (Anaklet a. 103) 284 (Urban I. a. 227)" behauptet, dass Sakrileg nach älterem kanonischen Recht jede Beschädigung des Kirchenvermögens durch Diebstahl und Raub gewesen sei, so weiss er offenbar nicht, dass die von ihm als echt citirten Stellen pseudoisidorisch sind, also dem 9. Jahrh. angehören. In der That bezeichnen aber Augustin in c. 6 §. 4 C. XXVI qu. 1 das Betreiben magischer Künste und in c. 35 C. XXIII qu. 5 das Schisma, die Wiedertaufe und die Blasphemie, Ambrosius in c. 3 C. XVII qu. 4 den Widerruf von Schenkungen an die Kirche, Siricius in c. 50 C. XXVII qu. 2 die Einsegnung der Ehe mit der ihrem früheren Bräutigam untreuen Braut, Gregor I. in c. 4 C. XVII qu. 4 die Zurückhaltung von Vermächtnissen an die Kirche und in c. 1 C. I qu. 3 die Simonie, ferner Vaison 442 c. 4 (c. 10 C. XIII qu. 2) das ecclesiam fraudare, Clermont 535 die Schliessung einer incestuosen Ehe, Orleans IV 541 c. 4 die Oblation anderer Gegenstände als Wein und Wasser im Kelch bei der Messe und c. 15 das Essen heidnischer Opferspeisen, Agde 506 c. 40 (c. 14 C. XXVIII qu. 1) das Essen von Speisen der Juden, Tours 567 c. 27, S. 161 n. 8, die simonistischen Weihen, Toledo IV. 633 c. 58 die Beschützung der Juden gegen den christlichen Glauben und c. 65 (c. 31 C. XVII qu. 4) die Gestattung der Verwaltung öffentlicher Ämter durch Juden, endlich Toledo VIII. c. 12 die Nichtbeachtung der früher gegen die Juden gegebenen Gesetze (Toledo IV. c. 59) als Sakrileg.

[4] S. 161 n. 8.

[5] c. 12 (Ps.-Isid.) C. XVII qu. 4 (sacerdotes insequi); c. 21 §. 3 (Ravenna 877 c. 5 u. Rom 871—78 s. 5, S. 16 n. 11) C. cit.; c. 29 (Lateran. II. 1139, iniectio manuum violenta in clericos) C. cit., Hohenaltheim 916 c. 24, S. 180 n. 11; Charroux 989 c. 3, s. a. a. O.; Köln 1266 c. 1. 19. 20, M. 23, 1135. 1143; c. 2 (Innoc. IV.) in VI de re iud. II. 14 (Gefangennehmung von Kardinälen und Prälaten); c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de poen. V. 9 u. Clem. 1 eod. V. 8, s. S. 181 n. 3.

[6] c. 10 (Ps.-Is.) C. XII qu. 2 (ecclesiasticas oblationes et quod deo sacratum est, rapere); c. 5 (Ps.-Is.) C. XVII qu. 5 (ecclesiae raptores atque sacrarum facultatum alienatores); c. 17 (Ps.-Is.) C. cit. (pecunias vel res ecclesiae auferre); s. ferner von den Citaten auf S. 189 n. 6 Pistes 862 c. 4, Fismes 881 c. 5, Tribur 895 c. 7 und Troslé 909 c. 4; Hohenaltheim 916 c. 11, S. 189 n. 8; Leon 1012 c. 4, a. a. O.; Rom 1078 c. 10, S. 190 n. 1; Oviedo 1115 c. 3, S. 49 n. 3 u. S. 189 n. 8; Toulouse 1119 c. 4, S. 190 n. 1; Lateran. I. 1123 c. 4. s. a. a. O.; Köln 1266 c. 4, S. 187 n. 8. Die Beschränkung, welche c. 21 §. 2 (inc.) C. XVII qu. 4 (vgl. auch Maassen, Jahrb. d. gem. Rechts 2, 234 n. 23) macht: „sacrilegium committitur auferendo sacrum de sacro vel non sacrum de sacro sive sacrum de non sacro" ist in diesen Vorschriften keineswegs festgehalten.

[7] Köln 1266 c. 4. 7, S. 187 n. 8; namentlich

für Hehlerei von kirchlichen Vermögensstücken[1], für das Einbrechen in Kirchen und das Plündern derselben und ihrer Besitzungen[2], für Brandstiftung an Kirchen[3], für Verfügungen der Fürsten und Laien über das Kirchengut und Veräusserungen desselben seitens der letzteren[4], für die hartnäckige Verweigerung der Zehnten durch Laien[5], für den Besitz und die Zurückhaltung kirchlicher Zehnten seitens derselben[6], für die Verletzung des Asylrechtes[7] und der Heiligkeit der Kirche durch Handgemenge[8] in derselben und Betreten derselben mit gezücktem Schwert[9], für die Herausnahme von Leichen aus den Gräbern[10], für die Beeinträchtigung der kirchlichen Freiheiten[11], für die Vorladung von Geistlichen vor das weltliche Gericht[12], für die Hinderung der ordnungsmässigen Besetzung der Kirchenämter[13], für die Bedrückung der Bischöfe mit Abgaben durch die Erzbischöfe[14], für die Eheschliessung und Fornikation mit Nonnen[15], für das Messelesen und Taufen durch Priester, welche nicht wissen, ob sie geweiht sind[16], für das Behalten inkompatibler Benefizien[17], für hochverrätherische Handlungen[18], für das Essen von Speisen der Juden[19], ja auch für den Ankauf von Sachen für Kirchensklaven durch Freie, als deren Vermittler[20].

Alle diese verschiedenen Strafthaten[21] unter einen einheitlichen Begriff zu bringen, ist nicht möglich, und wenn man auch schon früh verschiedene Begriffsbestimmungen formulirt hat[22], so haben diese doch den Sprachgebrauch der kirchlichen Gesetzgebung nicht beeinflusst, vielmehr sind sie lediglich mit Rücksicht auf diesen in der einen oder anderen Quelle abgefasst worden[23]. Daraus erklärt es

nach dem Tode des Bischofs, Troslé 909 c. 14, M. 18, 302.

[1] Pavia 845—50, c. 5, S. 194 n. 10; Toul 860 c. 1, S. 192 n. 1.

[2] c. 12. 13 (Ps.-Is.) C. XVII qu. 4; c. 21 §. 1 (inc.) u. §. 4 (Meaux 845 c. 40, M. 14, 833) C. cit., Tribur 895 c. 7 cit.; c. 22 (Hohenaltheim 916 c. 24) C. XXIV qu. 3; c. 22 (Coelest. III.) X de sent. exc. V. 39; Roffec 1258 c. 2. S. 190 n. 6; Lambeth 1261, s. a. s. O.; Köln 1266 c. 2. 3, M. 23, 1136.

[3] c. 22 C. XXIV qu. 3 cit., S. 195 n. 7; Köln 1266 c. 2 cit.

[4] Lateran. 1123 c. 4, S. 216 n. 6; s. auch c. 17 C. XII qu. 2 cit., S. 226 n. 6; Bonifac. ep. 70 (a. 748), Jaffé mon. Mogunt p. 208. 209 (Ansichreissen von Klöstern, um als Laienabt über sie zu verfügen).

[5] Cap. 787—813 c. 3. 4, S. 36 n. 9; Valence 855 c. 10, S. 220 n. 8.

[6] c. 1 (Rom 1078) C. XVI qu. 7 u. Rheims 1148 c. 8, s. S. 221 n. 3.

[7] c. 21 §. 2 (inc.) C. XVII qu. 4; Lerida 1229 c. 19, S. 210 n. 2.

[8] S. 210 n. 12.

[9] Tribur 895 c. 6 (c. 11 C. XXVII qu. 1) s. S. 210 n. 12.

[10] Hincm. Rhem. cap. superadd. 857 c. 2, M. 15, 492: „sacrilegium est, corpus indevote ac irreligiose propter cupiditatem (weil dem Priester nichts für das Begräbniss gezahlt worden), a sepulcro ejicere“.

[11] Lambeth 1261, M 23, 1068.

[12] Nismes (Urban II.) 1096 c. 14, M. 20, 936.

[13] c. 125 (Paschalis II. 1099—1118, J. L. n. 6606.) C. I qu. 1.

[14] Konstantinopel 869 c. 19 u. Rom 871—78 c. 16, S. 194 n. 1 u. 2.

[15] Karol. II. in Verno pal. 844 c. 5; Tribur 895 c. 23; Mainz 1225 c. 13, s. S. 173 n. 10 u. 11.

[16] Responsa Stephani II. 754, J. L. n. 2315, c. 10, M. 12, 560. 561.

[17] Lerida 1229 c. 1, M. 22, 1089; Lambeth 1281 c. 6, M. 24, 408.

[18] Calchut 787 o. 788 c. 12 u. Hohenaltheim 916 c. 23. 24, S. 204 n. 13 u. S. 205 n. 2.

[19] Worms 868 c. 7, M. 18, 79 (Wiederholung von Agde c. 40, S. 226 n. 3).

[20] Pavia 1022 c. 6, LL. 2, 562.

[21] Die Aufzählung bei Katz ist weder vollständig noch korrekt. Die von ihm angezogenen Stellen (s. z. B. S. 72 n. 5. 6. 8. 9) gebrauchen zum Theil das Wort: sacrilegium nicht.

[22] S. einerseits Troslé 909 c. 4, M. 18, 272: „sacrilegium est sacrae legis violatio: quod cum per multa specierum dividatur crimina et sit sacrilegium schismatis (Berufung auf Augustin, s. S. 226 n. 3) . . . sit etiam sacrilegium blasphemi sermonis et cuiusque contra sacram legem usurpatae actionis, specialius tamen illud sacrilegium denotatur, quod a praedonibus de rebus ecclesiae agitur“; andererseits c. 3 (Bonifatius pp., in Wahrheit Bened. Lev. II. 405) C. XII qu. 2, nach welchem ein Sakrileg durch auferre, vastare, invadere an Allem, homo, animal, ager vel quicquid semel fuerit consecratum begangen wird; Tribur 895 c. 4, M. 18, 135: „quia, ut Hilarus papa . . . scribit (verlorener Brief, s. Thiel, epistolae rom. pontif. 1, 173 n. X), iniuria sacerdotum et ecclesiarum sacrilegium est“, und S. 226 n. 6.

[23] So auch von Gratian. Er giebt im dict. zu c. 20 C. XVII qu. 4 pr. die S. 226 n. 6 mitgetheilte

sich, dass sich eine feste und sichere Bedeutung des Sakrilegium in der Doktrin der hier fraglichen Zeit nicht festgestellt hat[1], und dies um so mehr, als in den kirchlichen Verordnungen das Wort *sacrilegium* schlechthin und ausschliesslich nur äusserst selten[2] zur Bezeichnung eines kirchlichen Vergehens gebraucht[3], vielmehr der Thatbestand desselben trotz der Verwendung jenes Ausdrucks daneben für die Regel näher charakterisirt worden ist, und durch den letzteren nur das Zuwiderhandeln gegen die strafrechtliche Norm lediglich wegen der dabei obwaltenden eigenthümlichen Verhältnisse, z. B. der Weihe der Person oder der Sache[4], der durch Gelübde übernommenen Verpflichtung[5], der besonders zu achtenden Rechte und Forderungen der Kirche[6], der den Sakramenten schuldigen Ehrfurcht[7], als ein hervorragend schweres gekennzeichnet werden soll.

§. 271. *β. Die Tendenz und der Charakter der kirchlichen Strafgesetzgebung.*

Überblickt man die vorangehende Darstellung der gesetzgeberischen Thätigkeit der Kirche hinsichtlich der einzelnen Strafvergehen (S. 157 ff.) in ihrer Gesammtheit, so drängt sich von selbst die Wahrnehmung auf, dass sich dieselbe während der hier fraglichen Periode noch mehr als früher[8], in erster Linie auf den Schutz ihrer hierarchischen Interessen gerichtet hat, und dass in dieser Beziehung sowohl die Päpste und die von ihnen abhängigen d. h. die allgemeinen, die besonderen päpstlichen und die Legaten-Synoden als auch die Partikularkonzilien von der gleichen Tendenz beherrscht sind.

Das zeigt einmal die Fülle der S. 209—224 besprochenen Strafthaten, denen ihre kriminalrechtliche Bedeutung, wie z. B. der Laien-Investitur[9], der Beeinträchtigung

Definition wieder, bemerkt aber §. 1, dass auch die manus iniectio violenta in clericos Sakrileg sei, weiter reproduzirt er im dict. zu c. 29 ibid. P. II §. 1: „committunt etiam sacrilegium qui contra divinae legis sanctitatem aut nesciendo committunt aut negligendo violant et offendunt; aut qui de principali iudicio disputant, dubitantes an is dignus sit, quem princeps elegerit vel qui intra provinciam, in qua provinciales et cives habentur, officium gerendae ac suscipiendae amministrationis desiderant, lib. 9 Cod. de crimine sacrilegii „den Inhalt der leges 1. 3. 4 des betreffenden Titels (29), und bezeichnet endlich im dict. zu c. 30 l. c. auch die Übertragung öffentlicher Ämter an Juden als Sakrileg. Auch die summa Rufini (u. 1156) herausg. v. v. Schulte, Giessen 1892 S. 132 giebt mehrere verschiedene Definitionen des Sakrilegium.

[1] Es ist also unrichtig, wenn Katz S. 71 behauptet, dass das spätere Recht in dem Sakrileg eine Verletzung der kirchlichen Weihe sieht, muss er sich doch selbst S. 72 zu dem damit im Widerspruch stehenden Ergebniss bekennen, dass sich die einzelnen Unterarten des Sakrilegs schon sehr weit von dieser Bedeutung des Verbrechens entfernen. Das heisst in Wahrheit, dass diese sog. Unterarten keine Unterarten mehr sind.

[2] Soweit mir bekannt, kommt die Bezeichnung und zwar sacrilegi schlechthin nur vor in Hlothar. I cap. de exped. Sarrac. 846 c. 6, Bor. Kr. 2, 66, wo den Bischöfen aufgegeben wird, nach den incesti, adulteri, sanctimonialium stupratores, homicidae, sacrilegi, alienarum rerum pervasores atque praedones zu forschen, um sie der öffentlichen Busse zu unterwerfen, wo wohl die Verletzer des Kirchengutes und der Geistlichen, da davon sonst nicht die Rede ist, gemeint sind, und ferner in der S. 37 n. 2 citirten Anordnung Johanns VIII. v. 878, in welcher mit Rücksicht auf die in Bezug genommene C. 13 C. J. de episc. I. 3 unter Sakrileg jede Verletzung der Privilegien der Kirche, also auch mit Rücksicht auf das Privileg der Vermögensfähigkeit jede Beeinträchtigung ihres Vermögens zu verstehen ist.

[3] Daraus erklärt es sich auch, dass die Dekretalensammlungen keinen besonderen Titel über das Sakrileg aufweisen. Wenn in c. 7 X de R. J. V. 41 in der dort wiedergegebenen Pseudo-Isidor-Stelle, s. Hinschius p. 184 das injuste agere in sacratis rebus et episcopis als Sakrileg bezeichnet wird, so ist damit auch keine andere Delikte ausschliessende Definition aufgestellt.

[4] Wie bei den bezeichneten Vergehen gegen Geistliche, Fürsten (S. 226 n. 5. 6 u. 227 n. 18) und den geweihten Sachen.

[5] S. 227 n. 15.

[6] S. 227 n. 2.

[7] S. 227 n. 16.

[8] Bd. IV S. 831.

[9] S. 218.

der kirchlichen Gerichtsbarkeit[1] und der kirchlichen Freiheiten[2], sowie der Belastung des Kirchenguts und der Geistlichen mit Auflagen[3] lediglich gegeben worden ist, um die weitgehendsten Ansprüche gegenüber den Staaten und Fürsten zur Geltung und Anerkennung zu bringen, ferner die Charakterisirung des Ungehorsams gegen kirchliche Anordnungen aller Art als allgemeines Strafvergehen[4].

Weiter aber kommt Folgendes in Betracht. Während in der karolingischen Periode noch diejenigen kirchlichen Verbrechen, welche zugleich gemeine Strafvergehen sind, wie Ehebruch[5] und Fleischessünden (Fornikation oder Stuprum, Entführung, Nothzucht, Kuppelei, widernatürliche Unzucht)[6], Meineid[7], Diebstahl[8], Raub[9] und Hochverrath[10] mehr oder minder eingehend von der kirchlichen Strafgesetzgebung berücksichtigt werden, ist dies im allgemeinen in der späteren Zeit nicht mehr der Fall, und wenn es geschieht, betreffen die einschlagenden Strafbestimmungen, wie die gegen Tödtung, Körperverletzung, Diebstahl, Raub, speziell die Verübung dieser Verbrechen gegen Geistliche, gegen das Kirchengut und das Vermögen der ersteren[11], oder sie zielen, so die Vorschriften über die Konkubinen und die Eheschliessung der Geistlichen[12], darauf ab, bestimmte im hierarchischen Interesse der Kirche aufgestellte Forderungen, z. B. den seit dem 11. Jahrhundert wiederbelebten Cölibat[13], durchzuführen.

Abgesehen von den eben gedachten Vergehen hat die kirchliche Strafgesetzgebung in dieser Periode die meiste Aufmerksamkeit den Verbrechen der Simonie[14], des Wuchers[15], des Incestes im Sinne der Eheschliessung in verbotenen Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgraden[16], der Brandstiftung[17] und vor Allem seit dem 12. Jahrhundert dem Verbrechen der Ketzerei[18] zugewendet.

Dass sie durch die Gesetzgebung gegen die Ketzerei und den dadurch geübten Glaubenszwang ihre vitalsten Interessen und die Grundlagen ihrer Machtstellung zu wahren suchte, bedarf keiner weiteren Ausführung. Für die Bekämpfung der Simonie ist für sie nicht nur der Gesichtspunkt, die Reinheit der Hände ihrer Diener bei der Verwaltung der Heilsgüter, sowie ihre Autorität und die Würde der Geistlichen zu wahren, sondern auch das Bestreben massgebend gewesen, den Einfluss der Laien auf die Vergebung der Kirchen und der kirchlichen Ämter auszuschliessen. Die strafrechtlichen Vorschriften gegen den Wucher, welche allerdings die Ausbeutung der wirthschaftlich Schwachen unter Hintenansetzung des Gebotes christlicher Nächstenliebe verhindern sollten, stellen sich gleichzeitig als Versuche dar, den Güterverkehr und das wirthschaftliche Leben der mittelalterlichen Welt zu beherrschen, und ebenso liegt den erwähnten Eheverboten die Tendenz zu Grunde, unter Beseitigung des staatlichen Rechtes die Herrschaft über das Eherecht zu erlangen und dasselbe ausschliesslich nach rein kirchlichen Anschauungen zu regeln. Die Strafbestimmungen gegen die Brandstiftung[19] endlich mussten vor allem der Kirche zu Gute kommen, weil für sie

[1] S. 212. 213.
[2] S. 211. 212.
[3] S. 216.
[4] S. 222.
[5] S. 169.
[6] S. 170 ff.
[7] S. 184.
[8] S. 186.
[9] S. 186.
[10] S. 204.
[11] S. 178 ff.
[12] S. 187 ff.
[13] S. 171 ff.
[14] S. 161.
[15] S. 196.
[16] S. 174.
[17] S. 195.
[18] S. 157.
[19] S. 195.

nicht nur die gottesdienstlichen Gebäude, sondern auch die Baulichkeiten auf ihren zahlreichen und ausgedehnten Besitzungen in Frage standen, gerade so, wie der zunächst von der Kirche partikularrechtlich eingeführte und nachher als gemeinrechtliche Einrichtung angenommene Gottesfriede, welcher dazu bestimmt war, eine allgemeine Rechtssicherheit in Zeiten roher Gewaltthätigkeiten herbeizuführen [1], eine wesentliche Bedeutung für den Schutz der Kirchen, der Geistlichen und des Vermögens beider gegen thätliche Angriffe, Raub und Plünderungen [2] beanspruchte.

Weiter ist es charakteristisch, dass jene hierarchischen Tendenzen, welche die kirchliche Strafgesetzgebung dieser Periode beherrschen, vor Allem in den von den Päpsten abhängigen Synoden hervortreten, und sich gerade die päpstliche Gesetzgebung, welche damals noch vielfach in Gemeinschaft mit den letzteren geübt wird [3], überwiegend mit Strafbestimmungen dieses Charakters befasst hat. Das gilt nicht nur von den oben S. 228 u. 229 gedachten Strafvergehen, von der percussio clericorum [4], von der Errichtung und Inkraftsetzung von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten [5], von der Unterwerfung der Bischöfe und Geistlichen unter die weltlichen Gerichte [6], von dem Erlass von Verordnungen der weltlichen Gewalt über die Veräusserung kirchlicher Güter und der Verfügung darüber [7], von der Belastung derselben und der Geistlichen mit Abgaben aller Art [8], von der Laien-Investitur [9] und von dem Besitze von Kirchenzehnten durch Laien [10], sondern auch von der Ketzerei und von der Nichtdurchführung der Ketzervorschriften seitens der Fürsten [11], von der Simonie [12], von dem Konkubinen-Halten [13] der Kleriker und der Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen [14], vom Wucher [15], vom Inceste [16] und von der Brandstiftung [17].

Wo dagegen die päpstliche Gesetzgebung nur vereinzelt eingegriffen hat, handelt es sich theils um solche Strafthaten, welche mit einem der berührten Vergehen, wie die Unterstützung der Sarazenen [18], der Rückfall in das Judenthum [19], der Umgang mit Juden [20], das Schisma [21] und die Gotteslästerung [22] mit den Verbrechen gegen den christlichen Glauben, also auch der Ketzerei, in naher Verwandtschaft stehen, theils um solche, welche gerade direkt gegen den Papst gerichtet sind, wie die Beleidigung des letzteren [23], oder welche die amtlichen Interessen desselben verletzen, wie die Fälschung päpstlicher Briefe [24], ferner um Vergehen, welche sich gegen das Vermögen der Kirchen richten, wie die Unterschlagung [25], die Hehlerei [26] und die Nichtausführung der Testamente zu frommen und kirchlichen Zwecken [27], weiter um Handlungen der Kleriker, welche mit der für dieselben erforderten Sittenreinheit und Milde, wie die widernatürliche Unzucht [28] und der Zweikampf [29], in Widerspruch

1 S. 177. 179. 186. 224 u. unten §. 281.
2 S. 177. 179. 186.
3 Bd. III S. 726. 734 ff..
4 S. 180.
5 S. 212.
6 S. a. a. O.
7 S. 216.
8 S. a. a. O.
9 S. 218.
10 S. 221.
11 S. 157. 215.
12 S. 161.
13 S. 171.
14 S. 172.
15 S. 196.
16 S. 174.
17 S. 195.
18 S. 159.
19 S. 158.
20 S. 159.
21 S. 161.
22 S. 184.
23 S. 204.
24 S. 199.
25 S. 192.
26 S. 194.
27 S. 193 n. 3.
28 S. 176.
29 S. 182.

stehen oder, wie die Bestechung kirchlicher Beamten[1] und Richter, sowie die Erpressung seitens derselben[2], grobe Amtsmissbräuche darstellen, oder endlich um schwere Verletzungen des Ordensgelübdes, wie die Eheschliessung und Fornikation der Mönche[3].

Gegenüber diesen Vorschriften, welche entweder das hierarchische Interesse zu fördern bestimmt sind oder die äussere Autorität der Kirche und das Ansehen der Geistlichen aufrecht zu erhalten bezwecken, treten diejenigen zurück, welche die kirchlichen Pflichten der Gläubigen betreffen[4], ferner auch diejenigen, für welche, wie für die Dingung von Assassinen[5], die Tödtung von Kindern durch die Eltern[6], den Kampf im Turnier[7], den Gebrauch besonders gefährlicher Waffen zur Bekämpfung der Christen[8], die Verübung von Räubereien[9], das Strandrecht[10], den Menschenraub[11], die Kinderaussetzung[12], die Münzfälschung[13], die Kinderunterschiebung[14], sowie die wissentlich falsche Denunziation[15] und die wissentlich falsche Anzeige von Ehehindernissen[16], der Gesichtspunkt schweres, ethisches und religiöses Unrecht unter Strafe zu stellen, in Frage kommt.

Gerade in Betreff der gemeinen Vergehen weist nicht nur die Gesetzgebung der karolingischen Zeit[17], sondern auch die der Partikularsynoden, namentlich aus dem Ende des 12. und aus dem 13. Jahrhundert ein viel reicheres Material als die päpstliche auf[18].

Mag dieses überwiegende Hervortreten der Verfolgung hierarchischer Zwecke in der kirchlichen, einschliesslich der päpstlichen Gesetzgebung auch zum Theil seine Erklärung darin finden, dass die Kirche die gemeinen Vergehen deshalb weniger zu berücksichtigen brauchte, weil schon die ältere kirchliche Gesetzgebung hinsichtlich der letzteren eingehende Strafbestimmungen, welche grösstentheils in den mittelalterlichen Rechtssammlungen, namentlich im Dekrete Gratians[19], verarbeitet worden sind, aufgestellt hatte, zum Theil auch darin, dass mit der Erhebung des Gottesfriedens zu einer allgemeinen kirchlichen Einrichtung eine Reihe von Gewaltthätigkeits- und Eigenthumsvergehen als Friedensbrüche mit Strafe bedroht waren[20], so liegt doch zweifellos der Hauptgrund für die gedachte Erscheinung darin, dass die Kirche, vor Allem aber das Papstthum, seit der Mitte des 11. Jahrhunderts, bei dem Streben nach der entscheidenden Machtstellung in der mittelalterlichen Welt die Durchführung der darauf abzielenden Maassnahmen (wie der Beseitigung der Laien-Investitur und der Simonie, der Ausdehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit

[1] S. 202.
[2] S. 194.
[3] S. 173.
[4] Der Sonntags- und Feiertagsheiligung, der Erfüllung der österlichen Pflicht, der Haltung der Fastengebote, und der Erfüllung der Aufgebotspflicht, s. S. 205 ff.
[5] S. 178.
[6] S. a. a. O.
[7] S. 182.
[8] S. 183.
[9] S. 186.
[10] S. 187.
[11] S. 183.
[12] S. 200.
[13] S. 201.
[14] S. a. a. O.
[15] S. 201.
[16] S. 208 n. 1.
[17] S. 229.
[18] S. 160 (Wahrsagerei, Zauberei, Giftmischerei), S. 169 (Ehebruch) S. 184 (Meineid); S. 186 (Raub), S. 199 (Urkundenfälschung), S. 204 (verläumderische Nachrede) und S. 204 (hochverrätherische Handlungen).
[19] S. 160 (Wahrsagerei, Zauberei, Giftmischerei), S. 169 (Ehebruch), S. 170 (Stuprum und Fornikation), S. 175 (Entführung), S. 177 (Tödtung), S. 184 (Meineid), S. 193 (Nichtausführung von Testamenten), S. 195 (Brandstiftung), S. 201 (wissentlich falsche Anschuldigung), S. 204 (Beleidigung).
[20] S. 224. 225.

und der Beachtung des Asylrechtes, der Immunität des kirchlichen Gutes und der Geistlichen, der kirchlichen Ehegesetzgebung und der Beherrschung des Güterverkehrs durch die Wucherverbote) durch den Erlass von Strafbestimmungen zu sichern und zu fördern, sowie auch durch solche die Beeinträchtigungen der vitalen Grundlagen der Kirche (durch den Abfall vom Glauben), die Schädigung des kirchlichen Vermögens und des Vermögens der Geistlichen (durch Diebstahl, Raub, Plünderung und Brandstiftung) und die Missachtung und Verletzung der Personen der Geistlichen (durch s. g. percussio clericorum und Tödtung) hintenan zu halten gesucht hat.

Es soll damit nicht geläugnet werden, dass der Kirche ein wesentliches Verdienst daran zukommt, gegenüber den germanischen Rechtsanschauungen den öffentlich rechtlichen Charakter des Vergehens zur Geltung gebracht zu haben, dass sie weiter nach ihrem Vermögen durch den Gottesfrieden die Übung schwerer Gewaltthaten zu hindern sich bemüht hat, dass sie auch sonst durch ihre Strafgesetzgebung neuen Vergehens-Erscheinungen und überhaupt der Rohheit der Sitten entgegengetreten ist[1], ja dass diesem Zweck selbst eine Reihe der wesentlich zum Schutze ihrer hierarchischen Interessen getroffenen Strafbestimmungen, wie die gegen die Beraubung des Kirchengutes und des Gutes der Geistlichen, gegen die percussio clericorum, gegen die Verletzung des Asylrechts und der Immunität und gegen die Profanation der Kirchen[2], gedient haben. Aber trotzdem lässt sich ein zielbewusstes Vorgehen auf strafrechtlichem Gebiete in den Strafbestimmungen der Päpste nur soweit es sich um die die kirchliche Machtstellung betreffenden Fragen, nicht aber, soweit es sich um die Benutzung der kirchlichen Strafgewalt und Strafgesetzgebung zur Unterdrückung gemeiner Verbrechen, zur Milderung der Rohheit und zur Förderung der wahrhaft sittlich-religiösen Bildung und Besserung des Volkes handelt, erkennen.

Dem Charakter der ganzen Zeit entsprechend ist die kirchliche Strafgesetzgebung, vor Allem die der Päpste, eine Gelegenheitsgesetzgebung gewesen, beeinflusst durch die Lage der gerade obwaltenden Verhältnisse; und durch die im Verlauf dieser Periode hervortretenden Bestrebungen der Kirche und der sie leitenden Päpste nach Erringung der höchsten Machtstellung ist daher auch die Hauptrichtung und die Hauptthätigkeit der kirchlichen Strafgesetzgebung bestimmt worden.

§. 272. γ. *Die Behandlung des kirchlichen Strafrechts in den Sammlungen des Corpus iuris canonici.*

I. Das Dekretum Gratians weist keinen besonderen strafrechtlichen Theil auf, vielmehr hat sein Verfasser nur gelegentlich der sonst von ihm behandelten Gegenstände eine Reihe strafrechtlicher Kanonen beigebracht. Dabei berücksichtigt er einzelne gemeine Verbrechen nur sehr wenig[3], und unter denen, für welche er das Material in vollständigerer Weise gesammelt hat[4], nehmen bei ihm ebenfalls diejenigen, mit welchen sich die päpstliche Gesetzgebung im Interesse der Wahrung der Autorität der Kirche und der hierarchischen Machtstellung vorzugsweise beschäftigt

[1] S. 231.
[2] S. 187 ff. 179. 209. 211.
[3] So die Bigamie, S. 170, die Nothzucht, S. 176, die Kuppelei, S. 176, die widernatürliche Unzucht, S. 176, die Selbstverstümmelung, S. 183, die Kinderaussetzung, S. 183, den Diebstahl, S. 186, den Raub, S. 186, die Erpressung, S. 194, die Hehlerei, S. 194, die Urkundenfälschung, S. 199, die wissentlich falsche Anschuldigung, S. 201 und die Bestechung S. 202.
[4] S. 231 n. 19 und S. 233 n. 2.

hat[1], eine hervorragende Stelle ein[2]. Wie die ganze kirchliche Gesetzgebung den Charakter der Gelegenheitsgesetzgebung trägt, so ist auch bei ihm die Behandlung des kirchlichen Strafrechts nicht nur aus dem eben gedachten Grunde, sondern auch deshalb, weil er die strafrechtlichen Normen nicht nach einem einheitlichen System gesammelt hat, eine rein gelegentliche.

II. Die Dekretalensammlungen. Denselben Charakter tragen die offiziellen Dekretalensammlungen Gregors IX., der liber Sextus und die Clementinen. Sie weisen nur in ihrem fünften Buche einen dem Strafrecht gewidmeten Theil auf, aber selbst die umfangreichste Kompilation, die Gregors IX., welcher die früheren compilationes antiquae zu Grunde liegen, bietet ebensowenig, wie die letzteren ein in Betreff der einzelnen Vergehen auch nur annähernd vollständiges strafrechtliches Material dar, und hinsichtlich der beiden anderen, welche sich lediglich als Ergänzungen und Nachträge zu den ersteren darstellen, kann davon selbstverständlich keine Rede sein.

In der ersteren fehlen besondere Titel über die Bigamie[3], die Nothzucht[4], die Kuppelei[5], die widernatürliche Unzucht[6], die Unterschlagung[7], die Hehlerei[8], den Meineid[9], die Münzfälschung[10], die Fälschung von Maass und Gewicht[11], die Kindesunterschiebung[12], die Erpressung[13] und die Beleidigung[14]. Von den durch eigene Titel vertretenen Strafthaten, so weit es sich nicht allein um Vergehen der Kleriker handelt[15], enthalten ein ergiebiges Material nur die Titel III. über die Simonie[16], VI. über die Juden und Sarazenen[17], VII. über die Ketzer[18], IX. über die Apostaten und Wiedertäufer[19], XIII. über die Turniere[20] und XIX. über den Wucher[21]. Ausserdem können noch, weil sie in einzelnen Kapiteln die Materie erschöpfen, Titel XV. über die Sagittarier[22] und XXVI. de maledicis über die Beleidigung des Papstes[23] und die Blasphemie[24], hierher gerechnet werden. Dagegen weisen verhältnissmässig wenig oder mindestens wenig strafrechtliches und nicht ausreichendes Material auf: II. über die wissentlich falsche Anschuldigung und Denunziation[25], VIII. über das Schisma[26], X. über die Tödtung von Kindern durch die Eltern[27], XI. über die Kinderaussetzung[28], XVIII. über den

[1] S. 228 ff.

[2] Die Laien-Investitur und in Verbindung damit die Simonie S. 167. 218, die Auflehnung gegen kirchliche Anordnungen, S. 224, die Verletzung des Gottesfriedens S. 225 n. 3, die Nichtachtung des Cölibats, Bd. I S. 155, 156, die Tödtung und percussio clericorum, S. 177 n. 4 u. S. 180, die Beraubung der Kirchengüter, S. 190, die Verfügung von Laien über dieselben, S. 216, die Verletzung des Asylrechts, S. 210 n. 1, der Wucher, S. 197, und die incestuosen Ehen, S. 175, während sich die geringe Berücksichtigung der Unterwerfung der Geistlichen unter die weltliche Gerichtsbarkeit, S. 212 n. 3, und die Behandlung der Ketzerei, S. 157 n. 5 daraus erklärt, dass die hier in Frage kommenden Bestimmungen erst seit der Zeit der Abfassung seines Werkes und nach derselben erlassen sind.

[3] S. 170.

[4] S. 176.

[5] S. a. a. O.

[6] S. a. a. O.

[7] S. 192.

[8] S. 194.

[9] S. 185.

[10] S. 200.

[11] S. 201.

[12] S. a. a. O.

[13] S. 194.

Das Gesagte gilt auch von den V. compilationes antiquae.

[14] Mit Ausnahme eines Falles, s. unten Anm. 23. Der tit. XXXVI de iniuriis et damno dato handelt von dem Schadensersatz in civilrechtlicher Beziehung, nicht von der Beleidigung.

[15] Es gehören hierher tit. IV. V. XXIV. XXV. XXVII—XXXI.

[16] S. 169.

[17] S. 159.

[18] S. 157.

[19] S. 158.

[20] S. 183.

[21] S. 198.

[22] S. 183.

[23] S. 204.

[24] S. 184.

[25] S. 202.

[26] S. 161.

[27] S. 178.

[28] S. 183.

Diebstahl [1], XXI. über die Wahrsagerei [2] und XXII. über die Kollusion [3]. Ja, sogar der umfassende Tit. XII. über die Tödtung behandelt dieselbe wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Irregularität [4]. Tit. XVI. de adulteriis et stupro, welcher nur wenige ältere Stellen über das letztere giebt [5], berücksichtigt den Ehebruch blos vom Standpunkt des Eheprocesses [6] und tit. XX. de crimine falsi fast allein die Fälschung päpstlicher Briefe [7]. Im tit. XVII. de raptoribus endlich sind wenige, den Raub und die Brandstiftung von Kirchen, sowie die Verletzung derselben, ferner den Menschenraub und das Strandrecht betreffende Dekretalen [8] mit einigen die Entführung von Jungfrauen vom eherechtlichen, nicht vom strafrechtlichen Standpunkt aus behandelnden Briefen [9] zusammengestellt. Endlich finden sich auch strafrechtliche Vorschriften über eine Reihe bisher nicht aufgeführter Delikte, mitunter auch über einzelne bereits erwähnte, in den andere Vergehen oder allgemeine strafrechtliche Materien betreffenden Titeln [10], ja sogar auch in solchen, welche nicht dem Buch V angehören [11].

Von einer systematischen oder auch nur von einer den Anspruch auf Vollständigkeit machenden Darstellung der kirchlichen Strafvergehen ist demnach in der Sammlung nicht die Rede, vielmehr ist in derselben die Behandlung der Strafvergehen, wie die des kirchenrechtlichen Materials überhaupt lediglich durch äussere Umstände, nämlich durch die Gruppirung des strafrechtlichen Materials nach den Titeln der ebenfalls nicht systematisch angelegten fünf älteren Kompilationen, bei welchen man sich an das Vorbild der Anordnung im Codex Justineanus, daneben auch zum Theil an den Dekalog gehalten hat [12], und durch das zufällige Vorhandensein von etwaigen einschlägigen Dekretalen bestimmt worden.

Was die beiden anderen offiziellen Sammlungen, den liber Sextus und die Clementinen betrifft, so reicht das von ihnen beigebrachte Material ebenfalls nicht einmal dazu aus, die Lücken der Gregorischen Sammlung derart zu ergänzen, dass sie gemeinsam mit derselben eine vollständige Behandlung der kirchlichen Strafvergehen darbieten [13].

1 S. 186.
2 S. 160.
3 S. 202.
4 S. 178.
5 S. 171.
6 S. 170.
7 S. 200.
8 S. 196. 183. 187.
9 S. 175.
10 So betreffend den Menschenraub, S. 183, die Entführung S. 175 n. 5, das falsche Zeugniss, S. 185 n. 3, die Hehlerei, S. 195 n. 1, die widernatürliche Unzucht, S. 176 n. 5, die Unfruchtbarmachung, S. 178 n. 3, die percussio clericorum in c. 1 ff. X de sent. exc. V. 39, die Tödtung von Geistlichen durch Patrone u. s. w., S. 178 n. 9, und die Verletzung des österlichen Gebotes S. 206 n. 4, sowie der a. a. O. gedachten, den Ärzten auferlegten Verpflichtung.
11 Hierher gehört das Halten von Konkubinen seitens der Geistlichen S. 173 n. 5 u. 6, die Verletzung des Cölibats S. 173 n. 9, der Selbstmord S. 179 n. 6, der Meineid S. 185 n. 3, die Fälschung päpstlicher Briefe S. 200 n. 2, die Münzfälschung S. 201 n. 2, die Fälschung von Maass und Gewicht S. 201 n. 7, die Nichtausführung von Testamenten S. 193 n. 5, die Schliessung klandestiner Ehen S. 206 n. 8, die wissentliche falsche Anzeige von Ehehindernissen S. 208 n. 1, der profanirende Gebrauch von Kirchen und Kirchhöfen S. 210 n. 5 u. 7, die Erlassung von Verordnungen über die Veräusserungen kirchlicher Güter S. 216 n. 6, die Beraubung der Kirchengüter zu dem S. 212 n. 3 gedachten Zweck, die Belastung der Kirchen und Geistlichen mit Abgaben S. 216 n. 7, die S. 219 n. 2 erwähnten Missbräuche der Patrone, die hartnäckige Verweigerung der Entrichtung von Zehnten S. 221 n. 2, der Besitz von kirchlichen Zehnten S. 221 n. 3, das Zuwiderhandeln gegen die Anordnungen des Bischofs S. 224 n. 2 und die Verletzung des Gottesfriedens S. 225 n. 4.
12 München Strafrecht S. 263; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 794 n. 1.
13 Im liber Sextus sind durch besondere Titel nur vertreten die Ketzerei S. 158 n. 12, das Schisma S. 161 n. 3, die Tödtung S. 178 n. 4, der Wucher S. 199 n. 1 und in dem Titel de iniuriis die Übung von Repressalien gegen geistliche Personen S. 213 n. 6, in den Clementinen sogar blos die Apostasie S. 215 n. 3, die Ketzerei S. 158 n. 12, die Tödtung Bd. I S. 43 n. 24 und der Wucher S. 199 n. 2 u. 3. Im ersteren werden allerdings noch in anderen Titeln behandelt die Gewaltthätig-

So hat das kirchliche Strafrecht, selbst in den offiziellen Sammlungen des Mittelalters, den umfassendsten gesetzgeberischen Akten der Päpste, namentlich in Betreff der kirchlichen Strafvergehen keine übersichtliche und erschöpfende Behandlung erfahren, und auch in ihnen sind hauptsächlich diejenigen Vergehen, welche die Kirche wesentlich im hierarchischen Interesse verfolgt hat[1], berücksichtigt, wenngleich dies weniger äusserlich hervortritt, da blos einzelnen der letzteren, wie den Glaubensverbrechen, der Simonie und dem Wucher[2], in der Gregorischen Sammlung ausserdem der Blasphemie, bez. der Beleidigung des Papstes und der Fälschung päpstlicher Briefe[3] eigene strafrechtliche Titel gewidmet sind, die übrigen aber an anderen Stellen gelegentlich verwandter Materien behandelt werden[4].

§. 273. δ. *Die kirchliche Strafgesetzgebung in technischer Beziehung.*

Der Gelegenheitscharakter der kirchlichen Strafgesetzgebung, welcher schon in den vorigen §§. hervorgehoben worden ist, zeigt sich weiter darin, dass in den kirchlichen Anordnungen der verschiedensten Art, den karolingischen Kapitularien und Synoden, ferner den capitula episcoporum dieser Zeit, sodann in den Gottesfriedensordnungen, Partikular-Konzilien, päpstlichen, Legaten- und allgemeinen Synoden zwar die Thatbestände gewöhnlich formulirt sind, aber in Bezug auf dasselbe Vergehen mit mannichfacher Verschiedenheit in Einzelheiten, und dass niemals der Versuch gemacht worden ist, in dieser Beziehung eine wirkliche Einheit in den Vergehenstypen herbeizuführen[5]. Ja diese Buntscheckigkeit der strafrechtlichen Vorschriften erscheint noch zum Theil dadurch gesteigert, dass man namentlich in karolingischer Zeit vielfach auf die älteren Kanones, selbst unter Nebeneinanderstellung einzelner nicht völlig übereinstimmender Vorschriften zurückgegriffen[6], und auch manchmal wohl mit

keiten gegen Kardinäle S. 178 n. 9, die Bestechung von Richtern S. 202 n. 8 u. 9, die Störung des Gottesdienstes S. 207 n. 6, der profanirende Gebrauch der Kirchen S. 210 n. 5 u. 8, die Ausschliessung der Geistlichen seitens der weltlichen Gewalten vom Verkehr im Kaufen, Verkaufen u. s. w. S. 213 n. 3, die Belastung der Kirchen und Geistlichen mit Abgaben S. 216 n. 7, und die hartnäckige Verweigerung von Zehnten S. 221 n. 2, in den Clementinen die Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen, sowie der Mönche und Nonnen S. 173 n. 9 u. 10, die wissentliche Eingehung von Ehen in verbotenen Graden S. 174 n. 2 u. S. 207 n. 1, die thätliche Verletzung und Tödtung von Bischöfen S. 178 n. 9, die Belastung der Kirchen und Geistlichen mit Abgaben S. 216 n. 7 und die Unterschlagung von Zehnten S. 192 n. 4.

[1] S. 229.

[2] Vgl. S. 233.

[3] S. 233 n. 23 u. 24 u. S. 234 n. 7.

[4] S. 234 n. 10 u. 11.

Wegen der Behandlung der Disciplinarvergehen der Geistlichen in den gedachten Sammlungen s. §. 274.

[5] Beispiele bieten die Zusammenstellungen über die einzelnen Strafvergehen S. 157 ff.

[6] So in umfassendem Maasse die sog. admonitio generalis 789, Bor. 1, 52 ff.; cap. eccles. 818—19 c. 23, ibid. 1, 278 (s. Chalc. 451 c. 27 in c. 1 C. XXXVI qu. 2) u. c. 24 (Ancyra c. 11 unter Hinzufügung der publica poenitentia als Strafe für den Raub von nicht verlobten und von verlobten Jungfrauen); Paris 829 lib. I c. 11, M. 14, 544 (simonistischer Erwerb von kirchlichen Ämtern und Betheiligung der Laien an der Simonie, Chalced. c. 2 in c. 8 C. I qu. 1); ibid. III. c. 2, M. 14, 595 (Wahrsagerei und Zauberei, Ancyra c. 24); Karol. II. cap. Vern. pal. 844 c. 6 LL. 1, 385 (Jungfrauenraub, Ancyra c. 11); Mainz 847 c. 21, Bor. Kr. 2, 181 (Abtreibung und Tödtung unehelicher oder im Ehebruch erzeugter Kinder, Ancyra c. 21, Elvira c. 63, Lerida c. 2) u. c. 22. 23 ibid. (Tödtung u. falsches Zeugniss, Ancyra c. 22; Agde c. 37 in c. 20 C. XXIV qu. 3, Elvira c. 5 in c. 43 Dist. L, Ancyra c. 23); Rudolph v. Bourges u. 850 c. 39, M. 14, 961 (Tödtung, Ancyra c. 22. 23 cit.), c. 40 ibid. (Tödtung v. Sklaven, Epaon 516 c. 34 u. Elvira c. 5 cit.); ibid. c. 41 (Tödtung unehelicher Kinder u. incestuose Ehen, Ancyra c. 21 cit. u. Neocäsarea c. 2); ibid. c. 42 (Ehebruch u. Halten von Konkubinen neben der Frau, Ancyra c. 20, Toledo 400 c. 17, Elvira c. 64. 65), u. c. 43 (widernatürliche Unzucht, Ancyra c. 16); Mainz 852 c. 16, Bor. Kr. 2, 190 (Halten von Konkubinen neben der Frau, Toledo 400 c. 17 cit.); Worms 868 c. 38. 39 (Tödtung v. Sklaven, Epaon

Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse, namentlich die Entwicklung des Busswesens [1], die in Bezug genommenen Anordnungen modificirt hat. [2]

Auch das Dekretum Gratians mit seinen aus den kirchlichen Rechtsquellen der ganzen vor ihm liegenden Zeit entnommenen Stellen war bei dem von dem Verfasser desselben befolgten Plane nicht geeignet, das kirchliche Strafrecht irgend einen Schritt aus seiner bisherigen Zerrissenheit herauszuführen, und ebensowenig haben die offiziellen Dekretalensammlungen den Zweck verfolgt, dasselbe einheitlicher zu gestalten.

Als gleichzeitig seit dem 13. Jahrhundert die Partikulargesetzgebung eine rege Thätigkeit auf dem fraglichen Gebiete entwickelt [3], ist sie zwar in manchen Beziehungen durch die allgemeinen Konzilien des Mittelalters und durch einzelne, in den Dekretalensammlungen enthaltene päpstliche Anordnungen beeinflusst worden, ja manche Synoden, vor Allem die Legatenkonzilien, haben die vorhingedachten Vorschriften durchzuführen bezweckt, aber dabei hat man sich doch in den Einzelheiten nicht streng an dieselben gehalten, vielmehr manches ergänzt und abgeändert, sowie auch eigene selbstständige Festsetzungen getroffen, weil erst gerade während dieser Zeit das oberste päpstliche Gesetzgebungsrecht für die ganze Kirche zur Anerkennung gelangt ist [4], und sich daher damals noch keine feste und sichere Anschauung über das Verhältniss desselben zur kirchlichen Partikulargesetzgebung, namentlich hinsichtlich der Berechtigung der letzteren abweichende Normen zu erlassen, hatte feststellen können.

Zu einem Bewusstsein der geschilderten Lage, welche dem Gelegenheitscharakter der kirchlichen Strafgesetzgebung entspricht, ist die damalige Zeit nicht gelangt. Wie man schon in den früheren Perioden der kirchlichen Entwicklung unbefangener Weise Rechtsnormen, welche für bestimmte Zeiten und bestimmte Gebiete erlassen waren, auf andere Zeiten und Verhältnisse übertragen hatte, so that man dies auch jetzt, und wenn es nicht angänglich war, dieselben wörtlich anzuwenden, so benutzte man sie wenigstens als Direktiven, sei es für einzelne Fälle, sei es für den Erlass weiterer und neuer Anordnungen. Auf diese Weise konnte man die Widersprüche bei der Anwendung etwaiger, nicht miteinander harmonirender Normen für die Praxis des Lebens unschädlich machen, und gerade auf dem Gebiete des Strafrechtes musste diese Methode um so berechtigter erscheinen, als in der Strafgewalt der kirchlichen Leitungsorgane auch das Recht lag, im gegebenen Falle einzelne, bisher nicht strafbare Handlungen durch Bedrohung mit Strafen oder Verhängung von solchen zu kirchlichen Vergehen zu machen [5], und aus diesem Recht auch die Befugniss folgte, beim Vorliegen widersprechender Normen die eine vor der anderen zur Anwendung zu bringen oder unter Absehung von allen eine selbstständige neue Anordnung zu treffen.

c. 34 u. Elvira c. 5 cit.); Köln 887, M. 18, 48 (Incest u. Unzucht v. Nonnen, Agde 506 c. 61 in c. 5 C. XXXV qu. 2 u. 3, Lerida c. 9 in c. 9 C. cit., Toledo VI. c. 7, Elvira c. 13 in c. 25 C. XXVII qu. 1 u. Chalced. c. 16); Mainz 888 c. 6 M. 18, 66 (Veräusserung u. Wegnahme von Kirchengut, Orleans V c. 13, 15); Tribur 895 c. 54 (Tödtung Ancyra c. 22 cit.).

In der nachkarolingischen Zeit kommt dies viel seltener vor, s. aber Augsburg 952 c. 1. 2. 4. 7, LL. 2, 27; Limoges 1031, M. 19, 545. 546; Generalsynode London 1075, M. 20, 451. 452.

[1] S. o. S. 85 ff.

[2] Vgl. z. B. Rudolf v. Bourges c. 42; Worms 868 c. 38 u. Tribur c. 54, s. S. 235 n. 6.

[3] S. die Zusammenstellungen zu den einzelnen Strafvergehen, S. 157 ff.

[4] Bd. III S. 740.

[5] Bd. IV S. 836. Darüber, dass es während der hier fraglichen Periode dabei verblieben ist, s. §. 279.

Meistens haben, wie schon bemerkt, die kirchlichen Gesetzgebungsorgane in ihren Festsetzungen die Thatbestände der einzelnen, von ihnen unter Strafe gestellten Vergehen selbst formulirt, mehrfach, so namentlich bei denjenigen, welche auch bürgerliche Delikte bilden, z. B. in Betreff des Diebstahls, des Raubes, der Zauberei, ist dies aber nicht geschehen[1], so dass es zweifelhaft bleiben musste, welcher Begriff, namentlich ob der römisch- oder deutschrechtliche Begriff des betreffenden Vergehens dabei vorausgesetzt war[2]. Auch dieses Mangels einer festen Begriffsbestimmung der Delikte ist man sich in der damaligen Zeit nicht bewusst gewesen. Daher haben auch die Dekretalensammlungen, welche freilich für manche, speziell die Kirche interessirenden Vergehen, wie für den Wucher[3] und den Meineid[4] in einzelnen Stellen Material zur Feststellung des Deliktsbegriffes beibringen, diese Lücke principiell nicht auszufüllen gesucht, und wenn daraus in der Praxis kaum Schwierigkeiten hervorgetreten sind, so hat dies offenbar gleichfalls seinen Grund in der vorher erwähnten Befugniss der mit der Strafgewalt ausgestatteten kirchlichen Organe, für den einzelnen gegebenen Fall der Anwendung auch zugleich den deliktsmässigen Charakter der in Frage kommenden Handlungen näher zu bestimmen.

So bietet die kirchliche Gesetzgebung einschliesslich der erwähnten Sammlungen wesentlich eine Masse von Vorschriften dar, welche in der Bestimmung der Thatbestände theils nicht miteinander harmoniren, theils aber in dieser Beziehung lückenhaft sind. Während sich die Praxis so gut es eben gehen musste, damit abzufinden hatte, blieb die Zusammenarbeitung des Materials der Wissenschaft überlassen, und da diese ihren Ausgangspunkt von der Beschäftigung mit den erwähnten Sammlungen nahm, andererseits aber dabei auf dem römischen Recht fusste, so kann es nicht Wunder nehmen, dass nunmehr das partikularrechtliche Material völlig bei Seite gelassen wurde, und dass man andererseits zur Ergänzung der gedachten Lücke das römische Recht heranzog[5].

§. 274. *bb. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen der Geistlichen.*

I. Einleitung. Im Vergleich zu den früheren Perioden[6] weist die hier in Frage stehende Zeit eine reichere Ausgestaltung des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafrechts für die Geistlichen auf. Dazu haben nicht nur die schon o. S. 51 berührten Verhältnisse, welche auch für die Umbildung des kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafsystems massgebend gewesen sind, geführt, sondern es ist dafür auch der Umstand von Bedeutung gewesen, dass die Kirche gerade während dieser Zeit einmal im Interesse ihrer Machterweiterung den Geistlichen theils neue Pflichten

[1] Gratian bringt allerdings für manche Vergehen, so z. B. für den Diebstahl einzelne hierfür in Betracht kommende Äusserungen der Kirchenväter bei, s. S. 186 n. 2, aber maassgebende gesetzliche Vorschriften waren dieselben an sich nicht.

[2] Diese Fragen sind bisher nicht einmal berührt worden. München in seinem kanonischen Strafrecht nimmt durchgängig ohne Weiteres das römische Recht als Grundlage des kanonischen an und ergänzt dasselbe durch das Corpus juris civilis. Katz greift beliebig und unkritisch das ihm passend Erscheinende heraus, so wenn er z. B. S. 126 für den Begriff des Diebstahls im kanonischen Recht das Moment der Heimlichkeit für wesentlich erachtet und dies auf germanischen Einfluss zurückführt, sich aber dabei auf Augustin (c. 13 C. XIV qu. 5) beruft, welcher überdies den Diebstahl als omnis illicita usurpatio rei alienae definirt.

[3] S. 198 n. 4.

[4] S. 185 n. 3.

[5] Vgl. darüber die Darstellung der folgenden Periode.

[6] Bd. IV S. 752. 833.

auferlegt[1], theils andere schon früher bestehende verschärft oder wieder zur Durchführung gebracht[2], ferner aber auch der namentlich seit dem 13. Jahrhundert hervortretenden Veräusserlichung des Kirchenwesens und den daraus entspringenden Missbräuchen[3] zu steuern versucht hat.

II. Die einzelnen Disciplinarstrafvergehen. Zur näheren Klarlegung der stattgehabten Entwicklung erscheint es zunächst geboten, eine Übersicht über die verschiedenen Handlungen und Unterlassungen zu geben, welche die kirchliche Gesetzgebung, sei es die allgemeine, sei es die partikuläre in der betreffenden Zeit als Disciplinarstrafvergehen charakterisirt hat[4].

Von denjenigen Vergehen, welche sich 1. als Verletzungen der die Amtsführung betreffenden Pflichten darstellen, kommen in Betracht:

zunächst was die Aufnahme in den Klerus betrifft,

die Ertheilung der Tonsur und der Weihen an irreguläre und nicht geeignete Kandidaten durch den Ordinator[5], die Ertheilung beider durch den nicht zuständigen Bischof[6], der Empfang der Ordination durch einen solchen[7], die Erschleichung der Weihe ohne erforderlichen Titel[8] oder die sonst vorgeschriebenen Nachweise[9], die Ertheilung der Weihen an mehr Kleriker für eine Kirche als aus den Einkünften derselben unterhalten werden können[10], die Übung von Zwang bei der Ordination[11], der Empfang der Weihen zu anderen als den erlaubten Zeiten[12], sowie mehrerer, nicht kumulirbarer Weihen an ein und demselben Tage[13], die Erlangung der Weihen per

[1] So die Vermeidung der Annahme der Investitur aus Laienhand, der Verleihung von Zehnten an Laien, der bedeutend erweiterten Nichtangehung der weltlichen Gerichte in kirchlichen Rechtssachen und in Strafsachen gegen Geistliche, die Verhinderung unerlaubter Ehen.

[2] So die Cölibatspflicht, die Pflicht zur Obedienzleistung. —

[3] S. z. B. der Kumulation der Kirchenämter, der Nichtbeachtung der Residenzpflicht, der Simonie, dem Missbrauch der Strafgewalt und der Jurisdiktion namentlich zu Bedrückungen und Erpressungen, sowie der Nichtbeachtung kirchlicher Strafen und ihrer Rechtsfolgen.

[4] Dass hierbei keine absolute Vollständigkeit zu erreichen ist, liegt auf der Hand.

[5] Rom 743 c. 11, M. 12, 384 (canonica damnietas); Rom 871—78 Maassen, röm. Synode S. 21 (Absetzung), letzteres offenbar in Anhalt an c. 1 (Nicäa 325 c. 2) Dist. XLVIII; c. 2 (Zosimus) Dist. XXXVI; c. 1 (Innoc. I.) c. 5 (Toledo 633) Dist. LI u. c. 3 (Cölestin I.) Dist. LXXXI, welche für den Ordinator und den Ordinirten Absetzung androhen. Vgl. weiter Bd. I S. 103. 107; Lucca 1253, M. 23, 823 (Erschleichung eines ordo sacer durch einen Priestersohn oder Unehelichen, exc. ipso iure und susp. ab ordine für den geweihten, für wissentliche Präsentation solcher zur Weihe ebenfalls exc. ipso facto); Trier 1310 M. 25, 274 (ebenso); Tarragona 1282 c. 7, M. 24, 492 (Ertheilung an Descendenten solcher Personen, welche Bischöfe getödtet, verwundet, gefangen gehalten oder sonst thätlich angegriffen haben, susp. von der Ertheilung des gegebenen Weihegrades auf 2 Jahr, und falls die gedachten Vergehen gegen andere Prälaten begangen waren, auf 1 Jahr); Leg. K. Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 704 (an unwissende Kandidaten, susp. a collatione ordinum und für den geweihten susp. vom empfangenen Ordo auf ein Jahr ipso facto).

[6] Metz 888 c. 15, M. 18, 68 (nur öffentliche Rüge, s. S. 78 n. 7); anders Rom 871—78 cit.; päpstl. K. Benevent 1091 c. 3, M. 20, 739 (Absetzung); London 1175 c. 5, M. 22, 148 (Susp. von der Ertheilung der widerrechtlich gegebenen Weihegrade); vgl. ferner Bd. I S. 99 n. 5 u. S. 100 n. 2. 3. 6 und diesen Bd. o. S. 71 n. 1.

[7] Bd. I S. 98 n. 8 u. S. 99 n. 5; vgl. auch Lucca 1253 M. 23, 823; Salisbury 1256, p. 909; Gerona 1261 c. 12, p. 931.

Wegen der Ordinationen durch Bischöfe, die auf ihr Amt verzichtet haben, durch exkommunicirte, interdicirte, häretische und simonistische Bischöfe, s. Bd. I S. 50. 83.

[8] Lucca 1253, M. 23, 823 (exc. l. s. u. susp. ab ordine), im übrigen s. Bd. I S. 77. 78.

[9] Exeter 1279 c. 8, M. 24, 797 (susp. ab off. et ben., ev. bei Nichtaufgabe des Beneficiums Exk. als rei ecclesiasticae invasor).

[10] Leg. K. Valladolid 1322 c. 9, M. 25, 705 (susp. von der Kollation des ertheilten Ordos ipso iure).

[11] Rom 871—78 cit. c. 17 (Anathem), s. ferner c. 1 (Orleans III. 538) Dist. LXXIV u. Bd. I S. 111 n. 2.

[12] Bd. I S. 114. 115 und diesen Bd. o S. 71 n. 7; Trier 1310, M. 25, 251.

[13] Bd. I S. 113 und diesen Bd. S. 71 n. 7.

saltum[1] und die Ausübung der Funktionen der höheren Weihen ohne den Besitz der erforderlichen niederen[2];

hinsichtlich der Beobachtung der die Organisation der Kirche betreffenden Bestimmungen die Weihe von Klerikern und die Ertheilung der Konfirmation an Angehörige einer fremden Diöcese, sowie die Vornahme von Jurisdiktionshandlungen in fremden Sprengeln ohne die Genehmigung des Diöcesanoberen[3], die Aufnahme oder Zulassung von fremden Klerikern zum Amtiren durch den Bischof ohne Genehmigung ihres Diöcesanoberen[4] oder das eigenmächtige Celebriren solcher in anderen Diöcesen[5], die Ausübung von Pontifikalhandlungen durch unbekannte Bischöfe in fremden Bezirken ohne vorherige Prüfung des Metropoliten und ohne Erlaubniss des betreffenden Diöcesanbischofs[6], oder die Zulassung der ersteren durch den letzteren zum Amtiren[7], die Empfangnahme der Weihen von fremden Bischöfen und die Entnahme des Chrismas und des h. Öls von solchen[8],

die Zulassung von Quästuariern ohne bischöfliche Genehmigung durch Geistliche[9], das Abwendigmachen der Pfarreingesessenen von ihrem zuständigen Pfarrer seitens eines anderen[10], die Annahme fremder Pönitenten ohne Genehmigung des sie bei der Busse beaufsichtigenden Priesters[11], die Zulassung fremder Parochianen zum Gottes-

[1] Bd. I S. 111.

[2] Rouen 1072 c. 10, M. 20, 37 (Absetzung), s. aber c. 1 (Alex. II.) Dist. LII u. Bd. I S. 111 n. 8.

[3] Benevent 1331 c. 53, M. 25, 964, wiederholt Benevent 1378, M. 26, 646 (Geldstrafe von 10 Unzen).

[4] Rom 743 c. 11 cit., S. 238 n. 5; cap. Vern. 755 c. 12, Bor. 1, 35 (unter Berufung auf Chalcedon c. 20, c. 4 Dist. LXXI), ebenso cap. Haiton. Basil. 807—23 c. 13, B. 1, 364 und Tribur 895 c. 16, M. 18, 146 (unter gleicher Bezugnahme) Exk., dagegen Benevent 1091 c. 3 cit., S. 238 n. 6, Absetzung, ebenso wie c. 1 C. XXI qu. 2 (Trullanum 692) u. Nicäa 787 c. 10, M. 13, 751; s. ferner Bd. II S. 491; Fritzlar 1246 c. 14, M. 23, 730 (Zulassung fremder Geistlichen ohne Prüfung ihrer Zeugnisse seitens des Bischofs, eventuell des Domkapitels, für den schuldigen susp. ab off. et ben. auf 3 Jahr, daneben auch arbiträre Strafe, wiederholt Mainz 1261 c. 17, p. 1085); Cognac 1260 c. 6, p. 1034 (Zulassung fremder Priester zum Celebriren, exc. für celebrans und admittens); Gerona 1261 c. 13, p. 931 (Annahme fremder Geistlicher durch Kleriker und Prälaten ohne spezielle Erlaubniss ihres Bischofs, interd. ingressus ecclesiae ipso facto auf ein Jahr); Leg. K. Ofen 1279 c. 32, M. 24, 285 (Zulassung fremder Kleriker zum Celebriren ohne Zeugniss ihres Bischofs, Fernhaltung a divinorum perceptione et ingressu ecclesiae); Münster 1279 c. 5, p. 313 (im wesentlichen dasselbe, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 1, p. 346 (wie Münster cit.); S. Pölten 1284, p. 506 (susp. ab ingressu ecclesiae et a divinis); Nogaret 1303 c. 1. 2, M. 25, 111 (für den Annehmenden und Angenommenen exc. ipso facto). Marciac 1326 c. 1. 2, p. 776 (ebenso); S. Pölten 1284, p. 505 (Seelsorger, welche in erlaubten Fällen unwürdige Vikare annehmen oder solche, die sich als unfähig erweisen, nicht entfernen, susp. ab ingressu ecclesiae).

[5] Schottisches Konz. 1225 c. 15, M. 23, 1226 (clerici transeuntes et ignoti, welche ohne Erlaubniss des Bischofs, Offizials oder Archidiakons in einer fremden Diöcese gottesdienstliche Handlungen vornehmen, susp. ab off. ipso iure); Benevent 1331 u. 1378 c. 38, M. 25, 955 u. 26, 638 (exc. ipso facto). — Übrigens hat auch Gratian eine ältere, hierher gehörige Stelle, Antiochia c. 13 (Bd. IV S. 773 n. 3, welche die willkürliche Ertheilung der Weihen und das Amtiren in fremden Diöcesen mit Absetzung bedroht) in c. 6 C. IX qu. 2 aufgenommen.

[6] Ravenna 1311 c. 24, M. 25, 462 (susp. a pontificalibus et ab off. ipso iure).

[7] Leg. K. Padua 1350, M. 26, 233 (susp. a collatione ordinum auf ein Jahr ipso facto).

[8] Benevent 1331 u. 1378 c. 49, M. 25 u. 26, 644 (exc. l. s.).

[9] Leg. K. Paris 1212 c. 1213 P. I c. 8, M. 22, 821 (auch von Predigern, Benefiziaten susp. a benef., andere exc.); Mainz 1261 c. 17, M. 23, 1085 (susp. ab off. et benef.); Poitiers 1280 c. 10, M. 24, 386 (exc.); S. Pölten 1284, p. 105 (nach Ablauf eines Monats susp. ab off. ipso iure); Exeter 1287 c. 24, p. 829 (schwere arbiträre Bestrafung). Gemeinrechtlich hat erst in Anhalt an c. 14 (Lateran. IV. 1215 c. 62) X de poenit. V. 38 die Clem. 2 eod. V. 9 für die Zulassung von Quästuariern ohne päpstliche oder bischöfliche Schreiben arbiträre Bestrafung angedroht.

[10] Namentlich, um ihm die Zehnten zu entziehen, Theodulf v. Orleans u. 797 c. 14, M. 13, 998 (Amtsentsetzung oder langjähriger carcer); Ravenna 877 c. 18, M. 17, 340 (Aneignung der Zehnten zum Nachtheil des zuständigen Pfarrers, kleiner Bann).

[11] c. 2 (inc.) C. IX qu. 2, wiederholt c. 3 Dist. VI de poen. (Absetzung).

dienst und zu den Sakramenten[1], die Errichtung von Altären und Ausübung von Jurisdiktionshandlungen durch Geistliche einer fremden Provinz[2],

gewisse gegen die Vorschriften über die Verschiedenheit der Riten[3] verstossende Handlungen[4],

die Neu-Errichtung von Kanonikaten und Präbenden aus den Einkünften des Kapitels und die Theilung solcher ohne bischöfliche Erlaubniss[5],

betreffend die Besetzung und Erwerbung der kirchlichen Ämter die Anstellung von nicht geeigneten Kandidaten in solchen[6], die Nichteinholung des für das erworbene Amt vorgeschriebenen Ordos innerhalb der festgesetzten Zeit[7], die

[1] Leg. K. Ofen 1279 c. 33, M. 24, 285 (susp. ab executione ordinum ipso iure, für die Parochianen kleiner Bann); Cognac 1255 c. 1, s. S. 206 n. 1; Leg. K. Valladolid 1322 c. 10, M. 25, 706 (Pfarrer und Parochianen, exc. ipso iure); Tarragona 1292 c. 6, M. 24, 1108 (Spendung der Sakramente, 20 Morabotini, wiederholt Tarragona 1329 c. 59, M. 25, 854).

[2] Tarragona 1329 c. 9, M. 25, 840 (exc. l. s.).

[3] Bd. IV S. 426.

[4] Lateran. IV. 1215 c. 9, M. 22, 998 (das sich Eindrängen des Bischofs eines verschiedenen Ritus als Bischof in die Diöcese neben dem Bischof eines anderen Ritus, Exc., event. Absetzung, s. Bd. II S. 40 n. 2 u. S. 172 n. 5); l. c. c. 4, 989 (c. 6 X de bapt. III. 42, Wiedertaufen eines von Lateinern getauften Kindes durch einen griechischen Geistlichen, Exk. u. depositio ab omni off. et benef.); Melfi 1284 c. 4, M. 24, 572 (susp. ipso facto, s. S. 73 n. 6).

[5] Bergamo 1311 c. 8, M. 25, 484 (Exk., auch für denjenigen, welcher ein solches Benefizium annimmt).

[6] Valence 855 c. 7, S. 78 n. 7; ferner die Anstellung derjenigen, welchen es an dem erforderlichen Alter, [Bd. II S. 484, fehlt, Lateran. III. 1179 c. 3, M. 22, 218 (c. 7 X de elect. I 6, bei Wahlen Verlust des Wahlrechts für die Geistlichen für den Erledigungsfall und 3jährige susp. a benef., für den Bischof Verlust des Rechts, die betreffenden Ämter zu vergeben, s. auch Angers 1365 c. 8, M. 26, 430); Köln 1300 c. 1, M. 25, 16 (Archidiakonen und andere, welche Kandidaten vor dem fünfundzwanzigsten Jahr Pfarrämter verleihen, susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto) — solcher, welche wegen ihrer Sitten und Kenntnisse ungeeignet sind, Lateran. IV. 1215 c. 30, M. 22, 1018 (c. 29 X de praeb. III. 5, nach zweimaliger Rüge durch das Provinzialkonzil, von demselben zu verhängende, und vom Papst oder dem vorgesetzten Patriarchen aufzuhebende susp. a conferendis beneficiis für den Bischof, bez. das Kapitel); Mainz 1261 c. 12, M. 23, 1084 (Verleihung von Seelsorge-Ämtern an illitterati, nicht vierzehnjährige und Minoristen, für Bischof int. ingressus ecclesiae, für Archidiakonen susp. ab off. ipso iure); — Trier 1310 c. 15, M. 25, 252 (Annahme der Verleihung von Benefizien vor Erlangung der Tonsur, exc. l. s.). — Anstellung der Kinder von Geistlichen, Leg. K. Gerona 1078 c. 5, M. 20, 518 (Übertragung der von den Vätern besessenen Ämter an die Söhne, Exk.); päpstl. K. Nismes 1096 c. 7, M. 20, 995 (Besitz von Kirchen und ihrer Güter zu erblichem Recht, susp. a benef. für die betreffenden Kleriker bis zur Restitution); päpstl. K. Clermont 1130 c. 11, M. 21, 439 (Fordern und Vindiziren der väterlichen Kirchenämter, debita poena, wiederholt Rheims 1131 c. 15, p. 461 u. Lateran. II. 1139 c. 16, p. 530); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 20, M. 22, 824 (ebenso susp. a benef., Exk.); Lateran. IV. 1215 c. 31 (c. 16 X de fil. presb. I. 17, Anstellung der Söhne, namentlich der unehelichen, von Kanonikern an Säkularkirchen ihrer Väter, für die anstellenden susp. a benef., wiederholt Rouen 1222 c. 13, p. 200), vgl. auch Bd. II S. 476; Tarragona 1282 c. 7, M. 24, 492 (die S. 238 n. 5 gedachten Strafen für die Verleihung von Ämtern an die erwähnten Personen) — die Ertheilung der bischöflichen Konsekration, also auch der bischöflichen Würde, an einen nicht rechtmässig gewählten Kandidaten, Lateran. I. 1123 c. 10, M. 21, 283 (c. 3 Dist. LXII, Absetzung auf immer für den Konsekrator und den Gewählten).

Übrigens weist Gratian noch zwei ältere Stellen, c. 5 (Toledo IV. 633) Dist LI u. c. 3 (Cölestin I.) Dist. LXXXI auf, welche die Konsekration eines gesetzlich unfähigen oder wegen Verbrechens unwürdigen Kandidaten zum Bischof an dem Konsekrator mit Absetzung ahnden.

[7] Rom 871—78 c. 2, Maassen, römische Synode S. 12 (ebenso Ravenna 877 c. 1. 2, M. 17, 337, s. auch Bd. II S. 676 n. 6, für den die Konsekration verzögernden Bischof Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, S. 16 n. 2, event. Verlust des Rechtes auf die Würde. für die nicht rechtzeitige Ablegung des Glaubensbekenntnisses und Nachsuchung des Palliums, ebenfalls Verlust des gedachten Rechtes, s. auch Bd. II S. 28 n. 4 u. Bd. III S. 201 n. 5); Leg. K. London 1125 c. 6, M. 21, 331 (Geistliche, welche sich auf Aufforderung des Bischofs nicht weihen lassen, Verlust ihrer Kirchen und Benefizien), London 1127 c. 4, p. 356, päpstliche Synoden v. Clermont 1130 c. 6, p. 439, v. Rheims 1131 c. 9, p. 459, v. Pisa 1135 c. 7, p. 489; allg. K. Lateran. II. 1129 c. 10, p. 528 (c. 3 Dist. LX), päpstl. S. Rheims 1148 c. 9, p. 716; allg. K. Lateran. III. 1179 cit., M. 22, 219 (Bd. II S. 482, Geistliche, welche zu Archidiakonen oder Diakonen befördert sind und nicht auf Aufforderung des Bischofs oder innerhalb der vorgeschriebenen Zeit die entsprechenden Weihen nehmen, Verlust der betreffenden Stellung); Leg. K. Lerida 1229 c. 2, M. 22, 1090 (Äbte, Prioren u. Inhaber von Pfarrbenefizien, welche nicht

Verletzung der für die Wahl des Papstes[1] und für die Prälatenwahlen gegebenen Vorschriften[2], das Eingehen von Verbindungen und Verbrüderungen behufs Beeinflussung der eben gedachten Wahlen[3], die Annahme von Anstellungen auf Kirchenämter durch Laien[4] oder das eigenmächtige Sicheindrängen in solche Stellungen[5],

rechtzeitig den Priestergrad erwerben, subtractio beneficiorum); Saumur 1253 c. 5, M. 23, 810 (Archidiakonen, welche nicht innerhalb eines Jahres die Diakonatsweihe, Erzpriester und Ruraldekane, welche nicht innerhalb dieser Frist den Grad des Priesters erwerben, subtractio beneficiorum); Lyon II. 1274 c. 13, M. 24, 90 (c. 14 in VI de elect. I. 6); c. 35 (Bonif. VIII.) eod., s. Bd. II S. 482 n. 13. 14; Clem. 2 de aetat. I. 6, s. S. 72 n. 4 u. 5, vgl. weiter Ravenna 1317 c. 3, M. 25, 601; Avignon 1337 c. 51, p. 1101.

[1] Papstwahldekret Nikolaus' II. 1059, Bd. I S. 250 u. Scheffer-Boichorst, Neuordnung d. Papstwahl durch Nikolaus II. Strassburg 1879 S. 16 (Anathem u. Absetzung von allen Graden für den unrechtmässigen Eindringling und seine Anhänger); Lateran. III. 1179 c. 1, M. 22, 218 (Bd. I S. 265, Exk. u. Entziehung aller höheren Weihen für den gleichen Fall); Lyon II. 1274 c. 2, M. 24, 81 (c. 3 in VI de elect. I. 6, Bd. I S. 268 n. 4, Versprechungen, Verträge und Eide der Kardinäle in Bezug auf die Papstwahl, Busse).

[2] Lateran. IV. 1215 c. 24, M. 22, 1011 (c. 42 X de elect. I. 6, Verletzung der vorgeschriebenen Wahlarten, Verlust des Wahlrechts für den betreffenden Vakanzfall); vgl. weiter Lateran. II. 1139 c. 28, M. 21, 533, s. Bd. II S. 603); Lateran. IV. 1215 c. 25, M. 22, 1014 (c. 43 X eod., Bd. II S. 647 n. 4); Lateran. IV. cit. c. 26 (c. 44 X eod., Bestätigung unfähiger Kandidaten, Verlust des Bestätigungsrechtes für den nächsten Vakanzfall und susp. a perceptione beneficii); s. auch S. 240 n. 6; ferner c. 26 (Innoc. III.) X eod.; c. 1 §. 2 (Innoc. IV.) in VI de elect. I. 6 (Bd. II S. 669 Anm.); c. 5 (Lyon II. 1274) eod. (Bd. II S. 671 n. 4); c. 6 (id.) u. c. 16 (Nicol. III.) eod. (Bd. II S. II S. 670 n. 2 u. S. 671 n. 2); c. 37 (Bonifaz. VIII.) eod. (Wahl eines unfähigen durch den Compromissar, susp. a benef. auf 3 Jahr); c. 44 (ibid.) eod. (Vernachlässigung der Untersuchung über die ordnungsmässige Wahl vor der Bestätigung und Konsekration, susp. ipso facto, vom Recht Bischöfe zu bestätigen und zu konsekriren, auf ein Jahr), endlich Lateran. IV. 1215 c. 25, M. 22, 1014 (c. 43 X de elect. I 6, s. Bd. II S. 667 n. 4).

[3] Mainz 1261 c. 13, M. 23, 1084 (mit oder ohne eidliche Bekräftigung, Exk.).

[4] Rom 853 c. 14, M. 14, 1016 (Priester, welche sich von Laien in anderen Diöcesen anstellen lassen oder sich selbst einer Kirche bemächtigen, Absetzung); Pavia 850 c. 18, Bor. Kr. 2, 121 (Kleriker, welche Anstellungen von Laien ohne bischöfliche Approbation annehmen, Exk.); vgl. ferner die S. 218 n. 6 citirten, das Investiturverbot betreffenden Synoden; päpstl. K. Benevent 1091 c. 2, M. 20, 739 (Kapläne, welche über die Zahl ohne bischöfliche Genehmigung amtiren und von Laien Zehnten annehmen, susp. ab off. et benef.); Lateran. I. 1123 c. 18, M. 21, 285 (Priester, welche Kirchen und Zehnten aus der Hand von Laien ohne Genehmigung des Bischofs empfangen, Exk.); päpstl. K. Rheims 1148 c. 2, M. 21, 718 (Geistliche, welche wider Willen des Bischofs Einkünfte von Kirchen annehmen, Anathem, ferner für die Priester, welche für sie ministriren, Anathem u. Absetzung); c. 21 (Alex. III.) X de jurepatr. III. 38 (Erlangen von Benefizien durch Laien ohne Betheiligung des Bischofs, Absetzung); Leg. K. Ofen 1279 c. 23, M. 24, 281 (Intrusion in kirchliche Benefizien oder Annahme derselben aus Laienhand, exc. ipso iure); Leg. K. Würzburg 1287 c. 6, p. 852 (Annahme, Okkupation und Behalten von Präbenden, Benefizien und kirchlichen Einkünften exc. ipso iure, eventuell privatio beneficiorum ipso facto und Unfähigkeit zur Erlangung von Dignitäten und Kirchen); Leg. K. Pressburg 1309 c. 3, M. 25, 217 (Annahme von Bisthümern und kirchlichen Benefizien aus Laienhand oder Behalten derselben, nur durch den Papst behebbare Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien und bei späterer kanonischer Erwerbung des so erhaltenen Amtes Verlust desselben ipso iure, Kleriker und Laien, welche dem Okkupanten Gehorsam leisten, exc. l. s., Körperschaften Interdikt); Salamanca 1335 c. 4, p. 1050 (Annahme von Benefizien aus Laienhand, exc. l. s. und Unfähigkeit, das betreffende Benefizium im Vakanzfall zu erhalten). Vgl. noch die S. 218 n. 6 angeführten Konzilien des 12. u. 13. Jahrh., sowie die folg. Anmerk.

[5] c. 4 (Alex. III.) X de renunc. I. 9 (canonica ultio); c. 18 (Bonifaz. VIII.) in VI de praeb. III. 4 (Kleriker, welche mit Gewalt Kurat-Ämter okkupiren oder wissentlich sich ohne Recht in solche eindrängen, Verlust des bisher innegehabten Kuratamtes ipso iure, beim Eindrängen in Dignitäten, Personate und andere Ämter, Verlust des etwaigen ihnen auf diese zustehenden Rechtes). — Rouen 1190 c. 27, M. 22, 585 (intrusio in ecclesiastica beneficia propria aut laica potestate, Exk.); schott. Konz. 1225 c. 50, M. 22, 1234 (öffentliche wiederholte generelle Exk. der intrusi); Ferns 1240 o. 1241, M. 23, 520 (ebenso derjenigen, welche sich in kirchliche Benefizien eindrängen und sie mit Gewalt oder mit Hülfe von Laien behalten); Lambeth 1261, p. 1063. 1064 (Okkupation von Parochial-, Präbendal-Kirchen, kirchlichen Benefizien, Dignitäten und Personaten durch Eigenmacht oder mit Hülfe von Laien, Verlust des okkupirten Amtes ipso iure, Exk. u. öffentliche Verkündung derselben, nach 2 Monaten auch Entziehung der Einkünfte der übrigen Benefizien und nach einem Jahr Unfähigkeit, kirchliche Ämter in der Provinz zu erhalten); Seyne 1267 c. 11, p. 1182 (Annahme der Okkupation von Kirchen und Benefizien ohne Erlaubniss des Oberen, Exk.); Salzburg 1274 c. 23, M. 24, 143 (Okkupation

sowie andere Regelwidrigkeiten bei der Erlangung von Kirchenämtern[1], ferner unberechtigte Anstellung von Vikaren[2], die Übertragung von Präbenden oder der Seelsorge durch niedere kirchliche Jurisdiktionsbeamte[3] und die Ausübung der Seelsorge ohne bischöfliche Autorisation[4], die Verleihung von noch nicht erledigten Ämtern[5] und die wissentliche Annahme derselben[6], die eigenmächtige Intrusion in derartige Ämter[7] oder das Erschleichen derselben durch Präsentationen der Patrone und Veranlassung heimlicher und eiliger Untersuchungen seitens der Prälaten[8], das Sicheindrängen in die Benefizien Abwesender oder die Okkupation derselben mit Gewalt oder auf Schleichwegen[9], die betrügliche Unterschiebung eines andern zur Ablegung der

oder Annahme von Benefizien aus der Hand von Laien, ohne Erlaubniss des Prälaten, Verlust des betreffenden Amtes ipso iure und Exk., nach einem Jahr Entziehung der übrigen Benefizien und Unfähigkeit, solche zu erlangen); Münster 1279 c. 6, p. 313 (Annahme von Pfarrkirchen aus der Hand des Patrons oder Celebriren mit Wissen desselben ohne Genehmigung des Kirchenoberen, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 15, p. 360 (ebenso und bei Annahme eines Beneficiums aus Laienhand, Absetzung); Leg. K. Würzburg 1287 c. 14, p. 855 (Annahme einer Kirche oder eines Beneficiums aus der Hand eines Laien oder Unberechtigten oder Zurückbehaltung eines solchen mit Gewalt oder Laienhülfe, Anathem ipso iure); Mailand 1287 c. 13, p. 876 (Okkupation von Kirchen, privatio omnium beneficiorum ipso iure); Rouen 1299, p. 1215 (gewaltsame Okkupation von Ämtern exc. ipso facto und Verkündung derselben in der Diöcese, event. der Provinz und auch nach Absolution noch Unfähigkeit für kirchliche Benefizien auf 2 Jahr); Köln 1310 c. 13, M. 25, 240 (eigenmächtige Annahme und Innebehaltung von Kuratämtern, exc. ipso iure); Ravenna 1311 c. 20, p. 460 (Sicheindrängen mit Hülfe von Laien in Dignitäten und Benefizien, dem Provinzialkonzil vorbehaltene exc. ipso facto und Verlust des Klerikalprivilegs, sowie Unfähigkeit zur Erlangung kirchlicher Benefizien); Tarragona 1329 c. 78 p. 874 (Kleriker, welche sich durch Laiengewalten präsentiren oder Benefizien übertragen lassen, exc. l. s. und Unfähigkeit, die betreffenden Benefizien zu erhalten); vgl. weiter noch Bergamo 1311 c. 9, M. 25, 484; Benevent 1331 c. 30, p. 649; Leg. K. Padua 1350, M. 26, 225; Benevent 1378 c. 14, p. 625 und die vor. Anm.

[1] Mainz 1261 c. 12, M. 23, 1084 (Kleriker, welche sich dem Bischof oder Archidiakon gegenüber fälschlich als präsentirt ausgeben, susp. ab off. ipso iure und bei Täuschung des Prälaten spoliatio ab omnibus beneficiis in perpetuum); ibid. c. 24 (Kleriker, welche sich bei der Präsentation durch den Patron Abzüge von den Beneficialeinkünften machen lassen und dies dem Bischof nicht anzeigen, susp. ipso iure, ebenso schon Mainz 1233 c. 48, Mone Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 141); Riez 1285 c. 22, M. 24, 584 (Präsentirte, welche ohne Erlaubniss des Ordinarius einen Eid in die Hand des Patrons oder eines anderen leisten, Exk.).

Theodor v. Utrecht 1209, M. 22, 806 (derjenige, welcher unter Verletzung der Freiheiten der Utrechter Kirche Benefizien auf Kosten der Kathedrale zu erlangen sucht, susp. a perceptione beneficii, bis er durch corporalis disciplina Busse leistet und der Kathedrale 5 Pfund als Strafe zahlt, S. 79 n. 1.

Tarragona 1329 c. 25, 846 (Verlust des Kollationsrechtes ipso iure für den Vakanzfall bei heimlicher Verleihung von Benefizien).

[2] Cognac 1269 c. 5, M. 23, 11087 (durch den Archidiakon, Dekan oder Erzpriester ohne Konsens des Prälaten, Exk.); Leg. K. Ofen 1279 c. 10, M. 24, 276 (Archidiakonen und Pfarrer, welche Vikarieen an verheirathete Kleriker oder Laien übertragen, susp. ab off. und privatio beneficii, für den letzteren Exk.).

[3] Lateran. III. 1179 c. 7, M. 21, 283 (durch Archidiakonen, Archipresbyter, Pröpste und Dekane ohne bischöfliche Genehmigung, Exk.).

[4] Leg. K. Tarragona 1239 c. 14, M. 23, 516 (durch die auf Pfarrkirchen instituirten oder präsentirten Kleriker, Verlust des auf die Kirche erlangten Rechts); Ravenna 1317 c. 2, M. 25, 601 (privatio beneficii und Exk.); Narbonne 1260 c. 3, M. 23, 1031 (Spendung der Sakramente ohne solche Genehmigung, susp. ab off. et benef., event. Exk.).

[5] Bergamo 1311 c. 8, M. 25, 484 (bei Kanonikaten für Verleiher und Annehmende exc. ipso facto).

[6] c. 1 (Gelas. I.) X de conc. praeb. III. 28, s. Bd. III, S. 475; Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 709 (Annahme von Präsentationen auf solche Ämter durch Kleriker, Unfähigkeit zur Erlangung des betreffenden Beneficiums ipso facto).

[7] London 1342 c. 12, M. 25, 1166 (exc. ipso facto und Unfähigkeit, solche Benefizien zu erhalten, für den Verleiher susp. ab off. et benef.).

[8] Lambeth 1281 c. 14, M. 24, 414 (Ausschluss von dem fraglichen Beneficium für immer und von der Erlangung anderer auf 3 Jahr); Bergamo 1311 c. 9, M. 25, 434 (ähnlich).

[9] Leg. K. London 1237 c. 11, M. 22, 452 (susp. ab off. et ben. ipso facto, dieselbe Strafe für Vertheidigung des Beneficiums mit Waffengewalt); Leg. K. Breslau 1248 §. 4, de Montbach stat. Wratislav. p. 301 (Okkupation, namentlich mit Hülfe von Laien, bei Hartnäckigkeit Exk. u. wiederholte Verkündung derselben in der Diözese, dann in der ganzen Provinz und nur durch päpstlichen Dispens zu hebende Unfähigkeit, Benefizien in der letzteren zu erhalten, bei Reue, aber nicht geleistetem Schadensersatz trotz Absolution Entziehung des kirchlichen Begräbnisses).

bei den Ämtern päpstlicher Kollation erforderlichen Prüfung in den Wissenschaften [1], die Beunruhigung von Geistlichen in ihren kirchlichen Ämtern durch andere mit Anwartschaften versehene Kleriker, um Pensionen zu erpressen [2], die Inbesitznahme von Bisthümern und Klosterprälaturen durch die unmittelbar vom päpstlichen Stuhl ernannten, bestätigten, konsekrirten, bez. benedicirten Bischöfe oder Regularen ohne die vorgeschriebenen päpstlichen Urkunden über ihre Beförderung oder Weihe und die Annahme derselben durch die Kapitel oder Konvente ohne vorgängige Vorlegung der gedachten Zeugnisse [3], die Theilung von Präbenden bei ihrer Verleihung in mehrere [4], sowie die Annahme von Cessionen von Präsentationen seitens eines präsentirten Klerikers an einen anderen bei Streit über das Patronatrecht [5];

hinsichtlich der Aufgabe und des Verlustes der Kirchenämter

das eigenmächtige Verlassen eines solchen [6] oder der einseitige Verzicht darauf [7], die eigenmächtige Absetzung oder Vertreibung der angestellten Geistlichen [8] und die Annahme bedingter unerlaubter Resignationen [9];

betreffs der Pflichten der kirchlichen Amtsträger die andauernde Nichterfüllung der Pflicht, die Horen täglich zu rezitiren, seitens der Geistlichen der höheren Weihen und solcher mit Benefizien [10], die Nichtbeachtung der Residenzpflicht [11], die Verletzung des Verbots der Kumulation von Kirchenäm-

[1] Const. Benedikts XII.: Quoniam nonnulli 1339, bull. Taur. 4, 462 (für beide exc. l. s. und privatio beneficiorum ipso iure, bei Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zum Erwerbe solcher).

[2] Rouen 1190 c. 24, M. 22, 285 (Exk.).

[3] c. 1 (Bonifaz VIII.) in Extrav. comm. de elect. I. 3 (für die ersteren Verlust der Amtseinkünfte bis zur Vorlegung der Briefe, für die letzteren susp. a perceptione beneficiorum suorum bis zur Aufhebung durch den Papst, s. auch Bd. II S. 677 n. 5 und dazu const. Alexanders V. v. 1410: Ex iniuncto, bull. Taur. 4, 654). — Bergamo 1311 c. 30, M. 25, 509 (Unterlassung des Nachweises der Verleihung nach erlangtem Besitz des Benefiziums durch den Geistlichen, susp. ipso iure a perceptione fructuum et administratione, event. privatio beneficii ipso iure).

[4] Leg. L. Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092 auf Grund des keine Strafe androhenden päpstl. K. Tours 1163 c. 1, c. 8 X de praeb. III. 5 (collator susp. ipso iure collatione ordinum bis zur Absolution durch den Papst). Das gemeine Recht hat dagegen die Theilung unter dem Gesichtspunkt der Simonie verboten, s. Bd. III S. 107 n. 2.

[5] Leg. K. Valladolid 1322 c. 8, M. 25, 710 (Unfähigkeit, das Benefizium im betreffenden Erledigungsfall zu erhalten, ipso facto).

[6] Hohenaltheim 916 c. 28, LL. 2, 558 (Kleriker, welcher eigenmächtig seine Kirche oder den ihn anstellenden Herrn verlässt und nicht zurückkehren will, Exk.); päpstl. K. Nismes 1096 c. 9, M. 20, 936 (aus Ehrgeiz um eine reichere Kirche zu erlangen, Verlust beider Kirchen, S. 62 n. 4).

[7] Wegen der Bischöfe s. Bd. III S. 267. 268, der Benefiziaten c. 4 (Alex. III.) X de renunc. I. 9 (canonica ultio); c. 8 (Inn. III.) X eod. (Verzicht in Laienhand und Wiederempfang durch dieselbe, Verlust des Benefiziums); Lucca 1253, M. 23, 822 (Verzicht in die Hand eines Laien, arbiträre Strafe).

[8] Leg. K. London 1125 c. 9, M. 21, 332, S. 76 n. 3 durch Äbte oder einen anderen Geistlichen ohne Urtheil des Bischofs, Exk.).

[9] Leg. K. London 1268 c. 33, M. 23, 1246 (Prälat, welcher Verzichte unter der Bedingung annimmt, dass der Verzichtende, wenn er nicht auf ein anderes Amt gewählt wird, das aufgegebene Benefizium wieder erhalten soll, und es auch zurückverleiht, Bischof susp. ab usu pontificalium, andere Prälaten susp. ab off. bis zum Widerruf der Verleihung).

[10] Pennafiel 1301 c. 1, M. 25, 101 (vgl. S. 69 n. 4 u. S. 73 n. 6); Bd. I. S. 141. 142.

[11] Für die karolingische Zeit s. die Bd. III. S. 222 n. 4 citirten Stellen, welche meistens keine, nur selten arbiträre Bestrafung androhen, während sich in den älteren von Gratian übernommenen Stellen wiederholt Strafen festgesetzt finden, c. 20 (Gregor I.) C. VII. qu. 1 (unverbesserlicher Bischof, Einsperrung in ein Kloster), c. 23. 24 C. cit. (Bd. III. S. 221 n. 1, Exk., bez. Absetzung), c. 29 (Agde 506 c. 64, Bd. IV S. 732 n. 7) C. cit., vgl. ferner die Bd. III S. 221 in den Anmerkungen mitgetheilten Stellen. Das Dekretalenrecht droht die Entziehung des Benefiziums an, vgl. Bd. III S. 224 n. 3, ebenso auch die Partikularkonzilien Oxford 1222 c. 14, M. 22, 1156; Leg. K. London 1237 c. 10, M. 23, 451 (für Vikarien, Verlust ipso iure); Cognac 1238 c. 5, p. 488 (capellani von Pfarrkirchen, Entziehung des Amtes); Leg. Konst. Utrecht 1247 c. 1248, p. 766 (Dekane nach 2 Monaten ipso iure Verlust des Dekanates); Saumur 1251 c. 31, p. 818 (Kanoniker mit praebendae sacerdotales privatio praebendarum durch den Bischof); Bordeaux 1255 c. 1, p. 857 (Kleriker, welche Kirchen haben, privatio beneficii ipso iure); Valence

tern[1] und des mit diesem im Zusammenhang stehenden weiteren Verbotes, Ämter zu Kommenden[2] auszuthun und als solche anzunehmen[3];

hinsichtlich der Verwaltung der kirchlichen Funktionen und kirchlichen Ämter

1255, p. 894 (dasselbe für Pfarrer); Ravenna 1317 c. 9, M. 25, 609 (ebenso für alle zur Residenz verpflichteten Kleriker); Köln 1310 c. 15, M. 25, 241 (Vikare an Kollegiat- und anderen Kirchen nach Ablauf eines Jahres privatio beneficii ipso iure); Ravenna 1317 c. 10, p. 619 (Geistliche, privatio beneficii ipso facto); Benevent 1331 u. 1378 c. 33, M. 25, 951 u. 26, 635 (ebenso) s. aber andererseits Köln 1300 c. 2, M. 25, 17 (Exk. für Pfarrer); Wien 1267 c. 12, M. 23, 1174 (für Pfarrer subtractio der Früchte des Benefiziums); Seyne 1267 c. 6, p. 1181 (dieselbe Strafe für Präbendaten, Pröpste und andere Dignitäre, eventuell auch privatio beneficii oder susp. ab off. oder eine andere poena spiritualis oder temporalis); Salzburg 1267 c. 8, M. 24, 139 (susp. a perceptione fructuum et administratione temporalium, bei deren Nichtbeachtung Verlust des Benefiziums ipso iure); Trier 1310 c. 70, M. 25, 266 (Pfarrer susp. a benef.); c. 12 ibid. p. 251 (Benefiziaten, Verlust der Benefizial-Einkünfte); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 233 (Pfarrer, Verlust des vierten Theils der Einkünfte, eventuell privatio beneficii ipso iure), s. auch Angers 1365 c. 17, p. 413.

Leg. K. Ofen 1279 c. 16, M. 24, 278 (Inhaber von Kurat-Ämtern, welche die Seelsorge durch Vikare ausüben lassen, Verlust der Einkünfte auf ein Jahr ipso iure zu Gunsten ihrer Kirche), c. 57 ibid. p. 303 (Pfarrer, welche Mönche ohne Erlaubniss ihrer Oberen für sich celebriren lassen, susp. ab executione ordinum ipso facto); Poitiers 1280 c. 3, p. 382 (Pfarrer, welche Subkapellanen eigenmächtig die Seelsorge übertragen, Exk., auch für die letzteren); Pont Audemer 1279 c. 2, M. 24, 221 (Priester und Kapläne, welche auf Mahnung die schuldigen Messen nicht lesen, als non residentes subtractio fructuum beneficiorum); Trier 1310 c. 11, M. 25, 251 (vicarii perpetui, welche zu ihrer Vertretung andere Vikare präsentiren, exc. l. s.).

Leg. K. Ofen 1279 c. 31, M. 24, 285 (Kleriker, welche das Land oder die erzbischöfliche Provinz ohne Urlaub verlassen, susp. ipso facto auf ein Jahr von allen Benefizien), c. 44 ibid. p. 390 (Kanoniker für Fortbleiben von den Offizien Verlust der distributiones quotidianae ipso iure, eventuell härtere Strafe, ebensolche für Pfarrer und andere Geistliche); Avignon 1337 c. 49, M. 25, 1100 (Suspension vom vierten Theil der Benefizien ipso iure).

[1] Während sich in den Rechtsquellen der karolingischen Zeit, s. Bd. III S. 245, blos vereinzelt arbiträre Strafandrohungen finden, vgl. a. a. O. n. 3, und die älteren Stellen, welche Gratian in seinem Dekret vgl. C. XXI qu. 1 u. 2 beibringt, nur selten Strafen aufweisen, s. c. 3 (Toledo XVI. c. 5, Bd. IV S. 813 n. 5) C. X qu. 3 und c. 3 (Chalced. 451) C. XXI qu. 2 (Bd. III 244 n. 1), ja auch die Konzilien des 11. Jahrhunderts, abgesehen von Tours 1060 c. 5, M. 19, 927 (canonica ultio) ihre Verbote noch nicht unter Strafe stellen, ist dies seit dem 12. Jahrhundert sowohl durch die allgemeine kirchliche Gesetzgebung — Lateran. III. 1179 u. Lateran. IV. 1215, s. Bd. III S. 247. 249; Lyon II. 1274, a. a. O. S. 251, Johann XXIII, s. S. 253 — wie auch durch die Partikularkonzilien geschehen. Vgl. in letzterer Beziehung London 1127 c. 8, M. 21, 357 (2 Archidiakonate in verschiedenen Bisthümern, Exk.); Leg. K. Paris 1212 c. 1213 P. I c. 19, M. 22, 824 (Exk. für dans et accipiens); Leg. K. Lerida 1229 c. 1, p. 1089 (bei Nichtaufgabe des früheren inkompatiblen Benefiziums nach Ermahnung, Exk.); Leg. K. Breslau 1248 §. 14, de Montbach, statuta Wratislaviens. p. 307 (Kleriker, welche mehrere Kuratbenefizien oder Personate behalten, nach Ermahnung Verlust aller Benefizien); Valence 1282, M. 23, 1054 (bei Annahme einer zweiten Kaplanei Verluste beider ipso iure, bei Annahme einer solchen durch Kleriker, welchen keine priesterlichen Funktionen obliegen, canonica ultio); Leg. K. Bremen 1266, p. 1159 (bei hartnäckiger Beibehaltung mehrerer Dignitäten, Personate oder Seelsorge-Ämter, Verlust aller ipso iure); Wien 1267 c. 6, p. 1171 (im wesentlichen dasselbe); Leg. K. London 1268 c. 30, p. 1243 (wer trotz eidlichen Versprechens bei Institution in einen Personat oder in ein Seelsorge-Amt die früheren Ämter nicht aufgiebt, abgesehen von der Strafe des Meineides privatus ipso iure beneficiis habitis et habendis, der dies duldende Prälat bis zur Abstellung suspensus a collatione et institutione in beneficiis); Köln 1280 c. 15, M. 24, 360 (Priester, welche trotz ausreichender Ämter gleichzeitig an anderen Kirchen als Vikare fungiren, censura ecclesiastica); S. Pölten 1284, p. 508 (Benefiziaten, welche zu ihrem Benefizium noch eine Vikarie annehmen, privatio beneficiorum ipso iure). Leg. K. Würzburg 1287 c. 10, p. 854 (Priester, welche zwei Vikarieen behalten, ipso iure Verlust der ersteren und bis zur Aufgabe derselben, Verlust der Einkünfte der zweiten), s. auch Anm. 3 a. E.

[2] Bd. III S. 109.

[3] Saumur 1253 c. 28, Bd. III S. 110 n. 2; Cognac 1260 c. 4, M. 23, 1033 (wer sich ohne bischöfliche Verleihung die Kommende einer Kirche anmasst, Exk.); Leg. K. London 1268 c. 31, p. 1245 (Kommendirung mehrerer Kirchen an denselben Geistlichen, Nichtigkeit und Bischof bis zur Abstellung des Missbrauchs ipso facto suspensus a collatione seu praesentatione beneficiorum); Reading 1279 c. 1, M. 24, 260 (Annahme zweier Seelsorgebenefizien in titulum oder in commendam oder das eine in titulum und das andere in commendam nehmen, privatio ipso iure und dem Papst vorbehaltene Exk. ipso facto).

bestimmte Verstösse beim Feiern der Messe[1], die Spendung der Sakramente an öffentlich Exkommunicirte und Interdicirte, sowie an interdicirten Orten[2], bestimmte Missbräuche bei der Spendung der Taufe[3] und des Abendmahls[4], nicht minder bei der Verwaltung der Beichte[5], namentlich die Verletzung des Beichtgeheimnis-

[1] Das blos partikularrechtlich mit besonderen Strafen (Bd. IV S. 188) bedrohte Lesen der Messe an nicht geweihten oder anderen ungeeigneten Orten, cap. Karol. I. 769 c. 14, Bor. 1, 46 (Absetzung); Paris 829 lib. I. 29, M. 14, 566 (Bischof und Priester Absetzung); Szaboles 1092 I. c. 29, M. 20, 775, S. 80 n. 5; London 1321 c. 6, M. 25, 676 (susp. ipso facto a divinorum celebratione auf einen Monat, wiederholt London 1342 c. 1, p. 1157);

das Messelesen ohne Ministranten, Paris 829 lib. I. c. 48, M. 14, 567 (kanonische Bestrafung), s. Bd. IV S. 192 n. 4, oder unter Zuziehung des unehelichen Sohnes als solchen, Trier 1310 c. 87, M. 25, 270 (exc. l. s.)

das Abbrechen der Messe ohne Nothwendigkeit, Rom 743 c. 14, M. 12, 365 (c. 57 Dist. I. de consecr., kleiner Bann, s. Bd. IV S. 192); andererseits c. 16 (Toledo VII 646) C. VII qu. 1 (Exk.);

das Nichtkommuniciren des Priesters bei der Messe, Rouen saec. IX c. 2, Bruns I. 2, 268 (Absetzung); ohne Strafbestimmungen Admon. gen. 789 c. 6, Bor. 1, 54 und Rouen 1072 c. 4, M. 20, 36. Gratian giebt Toledo XII c. 5 (Bd. IV S. 314 n. 3) in c. 11 Dist. II de consecr. (Ausschliessung vom Abendmahl) wieder.

Das Biniren, erst seit dem 13. Jahrh. verboten und gemeinrechtlich nicht unter Strafe gestellt, Bd. IV S. 184. 185, Leg. Konst. Tarragona 1239 c. 6, M. 33, 514 (exc. ipso iure und privatio off. et ben.); Köln 1279 c. 7, M. 24, 351 (exc. ipso iure); Leg. K. Würzburg 1287 c. 7, p. 853 (harte arbiträre Bestrafung);

das zu schnelle oder zu langsame Lesen des Messkanons, sowie auch der anderen Offizien, London 1200 c. 1, M. 22, 713 (Susp.);

das Celebriren vor Exkommunicirten, Interdicirten und an interdicirten Orten, Lüttich 1166 c. 12, S. 52 Anm. unter d; päpstl. K. Rheims 1148 c. 7. 8, M. 23, 719. 515 (durch Kapläne oder andere Priester in Gegenwart eines Exkommunicirten, mit dem der König verkehrt, Exk. und Absetzung); Leg. K. Mainz 1225 c. 7, M. 23, 5 (Priester, welche vor öffentlich als exkommunicirt verkündeten Personen celebriren, Absetzung, Infamie, Intestabilität und allein vom Papst aufzuhebende Unfähigkeit kirchliche Ämter zu erlangen); Trier 1238 c. 4, M. 23, 479 (Zulassung Exkommunicirter, Geistliche soviel Wochen bei verschlossenen Thüren celebriren, als die Zahl der Tage beträgt, an denen sie dies gethan, Pfarrer und Vikare Susp.); Rouen 1190 c. 30, M. 22, 586 (Priester, welche trotz Interdiktes des Bischofs celebriren, Exk.);

Trier 1238 c. 7. 8, M. 23, 480 (Priester, welche an interdicirten Orten celebriren, arcta custodia und Busse, wiederholt Trier 1310 c. 7, M. 25, 250); Köln 1266 c. 41, M. 23, 1154 (Priester, welcher nicht vom Celebriren ablässt und innerhalb 15 Tagen Busse leistet, exc. ipso facto, nach weiteren 15 Tagen privatio omnium beneficiorum ipso iure, bei Nichtbenefiziaten Unfähigkeit, Benefizien zu erlangen); Leg. K. Ofen 1279 c. 57 (für Celebriren an interdicirten Orten, exc. ipso facto).

Gemeinrechtlich ist erst durch Bonifaz VIII. in c. 8 in VI de privileg. V. 7 für das Celebriren an interdicirten Orten, vor öffentlich Exkommunicirten und Interdicirten abgesehen von den durch das Recht für besondere Fälle ausgesprochenen Strafen die interdictio ingressus ecclesiae ipso iure festgesetzt worden, s. auch c. 18 (id.) in VI de sent. exc. V. 11; Bd. IV S. 192 u. Bd. I S. 53. Singulär ist die S. 27 n. 11 angeführte Vorschrift des vorhin citirten Konzils Trier 1238 c. 4, welches die dort erwähnten Strafen androht;

Kleriker, welche letztwillig angeordnete Messen ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten übernehmen und mit den Erben über das dafür Ausgesetzte unterhandeln, Valence 1262, M. 23, 1051 (susp. ab introitu ecclesiae auf einen Monat).

[2] c. 8 (Bonifaz VIII.) in VI de privil. V. 7 (ausser den für besondere Fälle festgesetzten Strafen interd. ingressus ecclesiae ipso iure, wiederholt Avignon 1279 c. 9, M. 24, 239); Köln u. 1280 c. 12, p. 362 (Priester, welcher einen eigenen oder fremden exkommunicirten oder interdicirten Parochianen wissentlich zu einem Sakrament zulässt, susp. ipso facto); Salzburg 1281 c. 13, p. 401 (susp. ab omni officio ipso facto) s. auch vor. Anm.

[3] c. 22 (inc.) Dist. IV de cons. (Verweigerung der Taufe gegenüber einem Kranken, beim Tode desselben Absetzung); Aquileja 1336, M. 25, 1120 (Zulassung von mehr als einem Pathen bei Taufe und Konfirmation, Geldstrafe von 5 Pfund).

[4] Aachen 816 o. 817 lib. I c. 41, M. 14, 197 Wiederholung von Nicäa in c. 18, Bd. IV S. 65 n. 1, Diakonen, welche den Priestern das Abendmahl reichen, Absetzung); c. 29 (s. Bd. IV S. 64 n. 5) Dist. II de cons. (Überlassung des Viaticums an Laien und Frauen, um es zu Kranken zu bringen, Absetzung); Leg. K. Würzburg 1287 c. 8, M. 24, 853 (Priester, welcher das Abendmahl heimlich und ohne die vorgeschriebenen Feierlichkeiten zu Kranken trägt, arbiträre Strafe); Salamanca 1335 c. 6, M. 25, 1052 (dafür Geldstrafe von 60 solidi).

Trier 1227 c. 3, M. 23, 28 (Priester, welcher zu Ostern das Abendmahl ohne vorherige Beichte der Todsünden giebt, weil er zu spät mit dem Abhören der österlichen Beichten angefangen hat, Susp. u. Exk.).

Avignon 1337 c. 4, M. 25, 1090 (Pfarrer, welche ihren Pfarrkindern den Empfang der österlichen Kommunion ausserhalb der Pfarrkirche gestatten oder den Priestern eine derartige Spendung erlauben, exc. l. s.), Beziers 1351 c. 6, M. 26, 246.

[5] Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 12, M. 12, 826 (Beichtehören durch Priester ohne Erlaub-

ses[1], ferner das Zuwiderhandeln gegen die Vorschriften über die Konsekration von Kirchen[2], sowie über die Aufbewahrung des Chrismas und der Eucharistie[3] und über die Reinhaltung der kirchlichen Gefässe und Geräthe[4], weiter die Nichtunterhaltung des ewigen Lichtes in den Kathedral-, Kollegiat- und Klosterkirchen[5],

die Nichthinderung oder Begünstigung unerlaubter Ehen[6] und die Benediktion

niss des Oberen oder Seelsorgers, Beneficiat susp. a benef., andere Exk.); Lambeth 1281 c. 7, M. 24, 409 (Exk.); Mailand 1287 c. 23, p. 879 (exc. ipso facto);

Münster 1279 c. 15, M. 24, 316 (Beichthören an dunkelen Stellen der Kirche oder ausserhalb derselben, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 8, p. 353 (ebenso);

Poitiers 1280 c. 5, M. 24, 383 (Beichthören und Ertheilung der Absolution durch Diakone, exc. ipso facto);

Lambeth 1281 c. 6, p. 408 (Ertheilung der Absolution in den vorbehaltenen Fällen, Exk.); Salzburg 1386 c. 2, M. 26, 727 (susp. ab off.); ibid. c. 3 (Missbrauch der für diese Fälle ertheilten Vollmachten, susp. a divinis ipso iure); Bourges 1286 c. 16, M. 24, 635 (Absolution von Exkommunicirten, exc. ipso facto), Aquileja 1339, M. 25, 1116 (Priester, welche die Beichtenden nicht über die Entrichtung ihrer Zehnten befragen und ihnen vor der Gewährung derselben die Absolution ertheilen, exc.).

[1] c. 2 Dist. VI de poen., s. Bd. IV S. 126 n. 7 u. c. 12 (Lateran. IV. 1215) X de poenit. V. 38, vgl. a. a. O. S. 127. 132.

[2] Nicäa 787 c. 7, M. 13, 751 (Konsekration von Kirchen ohne Reliquien durch den Bischof, Absetzung); s. aber Bd. IV S. 401 n. 6.

Leg. K. London 1268 c. 3, M. 23, 1219 (Unterlassung der Nachsuchung der Konsekration einer neuerbauten Kirche seitens des Rektors beim Bischof direkt oder durch Vermittelung des Archidiakons innerhalb Jahresfrist, susp. ipso iure für Rektor, bez. Archidiakon, dagegen für den säumigen Bischof susp. ipso iure vom Gebrauch der Dalmatika, Tunika und der Sandalen bis zur Vornahme der Konsekration.

[3] Lateran. IV. 1215 c. 20, M. 22, 1007 (c. 1 X de cust. euchar. III. 44, Bd. IV S. 82 n. 9, susp. ab off. auf drei Monate und wenn in Folge der Fahrlässigkeit Missbrauch damit getrieben worden, schwerere Strafe); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 17, M. 22, 1111 u. Canterbury 1236 c. 9, M. 23, 419 (dieselbe Strafe für Nichtverschlossenhalten des Taufsteines, des Chrismas und des h. Öls); Benevent 1378 c. 6, M. 26, 622 (exc. l. s.); Leg. K. Ofen 1279 c. 21, M. 24, 281 (hier des Chrismas, des h. Öls und der Eucharistie gedacht, Strafe wie Lateran. IV. cit.); Köln u. 1280 c. 4, p. 349 (des Taufsteines, exc. l. s.); Saintes 1280 c. 4. 5, p. 378 (für Nichtreinhalten des Taufsteines und unpassende Aufbewahrung der Sakramente, 5 Solidi, des Chrismas schwere Strafe); Avignon 1326 c. 5, M. 25, 745 (Nichtverschliessen des Taufsteines 5 Solidi). — Bergamo 1311 c. 5, M. 25, 482 (Nichterneuerung der Hostien für Kranke, des Chrismas und des h. Öls, sowie unpassende Aufbewahrung, 40 Papienses).

Wegen der Benutzung des Chrismas und des Corporale zu abergläubischen Zwecken durch Geistliche, s. o. S. 160 n. 2 u. 3.

[4] Tarragona 1329 c. 65, M. 25, 869 (Geldstrafe von 20 solidi ipso facto); Salzburg 1386 c. 7, M. 26, 728 (susp. ab off.).

[5] Saumur 1276 c. 1, M. 24, 161 (arbiträre Strafe).

[6] Rouen 1072 c. 14, M. 20, 38 (Zulassung von heimlichen Eheschliessungen und Nichtprüfung der Verwandtschaftsgrade durch Priester, Absetzung); London 1175 c. 18, M. 22, 151 (heimliche Kopulirung durch Priester, susp. ab off. auf 3 Jahre); Lateran. IV. 1215 c. 51, M. 22, 1139 (c. 3 X de despons. IV. 3, Priester, welcher Ehen in verbotenen Graden nicht hindert oder Eheschliessungen ohne vorgängiges Aufgebot beiwohnt, susp. ab off. auf 3 Jahre, bei schwerer Schuld auch härtere Strafe, wiederholt Richard v. Salisbury u. 1227 c. 57, M. 22, 1125, Worcester 1240 c. 13, M. 23, 540 u. London 1328 c. 8, M. 25, 833); schott. Konz. 1225 c. 65, M. 22, 1242 (Assistiren des Priesters bei klandestinen Ehen, kanonische Bestrafung); Worcester 1229 c. 12, M. 23, 180 (Priester, der einer Eheschliessung ohne Aufgebot beiwohnt, Susp., einer solchen Verlobung, gravis poena tam spiritualis quam pecuniaria); Leg. K. Breslau 1248 §. 16, de Montbach stat. Wratisl. p. 308 (Kopulation fremder Parochianen durch Priester, arbiträre Strafe, bei verbotenen Ehen, für vicarius und plebanus Ausweisung aus dem Bisthum für immer, für Pfarrer susp. ab off. et benef. auf ein Jahr, bei Wiederholung spoliatio beneficii); Saumur 1253 c. 27, M. 23, 816 (Kleriker, welche klandestine Ehen kopuliren oder dies ihren Vikaren befehlen, susp. ab off. et benef. ipso iure auf 3 Jahr); Cognac 1255 c. 39, p. 876 (Zulassung zur Eheschliessung ohne Erlaubniss des Kapellans des anderen Theils, Exk.); Bordeaux 1263 c. 5, p. 1110 (Kleriker, welche heimlichen, d. h. auch den nicht vor dem zuständigen Geistlichen oder mit Erlaubniss des letzteren zu schliessenden Ehen assistiren, exc. l. s. und susp. ab off. et ben. ipso facto); Leg. K. Bremen 1266, p. 1159 (Zulassung von Ehen in verbotenen Graden, susp. ab off. ipso facto); Clermont 1268 c. 8, p. 1200 (Priester, welche klandestine Ehen oder Ehen fremder Parochianen ohne Zustimmung des zuständigen Geistlichen kopuliren, susp. a benef. auf 4 Jahre, Kleriker, welche solchen Eheschliessungen anwohnen, exc. ipso facto); Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356 (Priester, welche klandestine Ehen kopuliren oder ihnen beiwohnen, harte Bestrafung, auch Exk.); Exeter 1287 c. 7, p. 795 (susp. ab off. auf 3 Jahre); York 1367 c. 9, M. 26, 470 (exc. l. s.); Grado 1296 c. 29, M. 24, 1170 (Priester, welche Ehen fremder Parochianen ohne Zeugniss ihres Bischofs oder ohne Aufgebot zulassen, interdictio ingressus ecclesiae ipso iure), vgl. auch

einer zweiten Ehe[1],

die Gestattung des kirchlichen Begräbnisses in Fällen, in welchen dasselbe verboten ist[2], das Begrabenlassen von Exkommunicirten auf den Kirchhöfen oder nahe bei denselben oder mehrerer Exkommunicirter nebeneinander[3], die Zulassung der Bestattung fremder Parochianen[4], die Veranstaltung des Begräbnisses solcher, ehe die Wahl desselben bei der fremden Kirche festgestellt ist[5], die Beisetzung Unberechtigter in dem kirchlichen Gebäude selbst[6], die Anstiftung der Kirchenglieder zu Versprechungen und Eiden, ihr Begräbniss bei einer bestimmten Kirche zu wählen oder die getroffene Wahl nicht zu ändern[7], sowie Versuche, die Wahlfreiheit hinsichtlich des Begräbnisses, namentlich zu Ungunsten von Kloster- und anderen Kirchen zu beschränken[8];

die Ausübung des Predigtamtes ohne Erlaubniss des Diözesanbischofs oder ohne päpstliches Privileg[9], die Übertragung des Predigtamtes für gewisse Sprengel an Quästuarier oder andere Geistliche als nutzbares Recht gegen eine Abgabe (zur Firma)[10], sowie die eigenmächtige Zulassung von Quästuariern zum Predigen[11],

die Vornahme unzulässiger Verfügungen über Kirchen und kirchliches Gut[12],

London 1328 c. 8, M. 25, 834 u. 1343 c. 14, p. 1177; Aquileja 1334, p. 1120 (nur Geldstrafe).

[1] c. 1 (Alex. III.) X de sec. nupt. IV. 21 (susp. ab off. et ben.).

[2] c. 2 (Eugen. III.) X de raptor. V. 17, S. 187 n. 1 u. 3 u. S. 190 n. 4; Lateran. III 1179 c. 25 (c. 3 X de usur. V. 19, s. S. 197 n. 5; Mainz 1261 c. 35, M. 23, 1090 (der notorischen Wucherer, spoliatio beneficiorum); allgem. K. Vienne 1311 (Clem. 1 de sepult. III. 7, interdicti tempore in casibus a iure non concessis, für publice excommunicati, nominatim interdicti et usurarii manifesti, exc. ipso facto), anders früher c. 8 (Bonifaz VIII) in VI de privil. V. 7 (ausser den vom Recht angedrohten Strafen nur interdictio ingressus ecclesiae), ebenso wie c. 8 cit. auch Leg. K. Bourges 1276 c. 15, M. 24, 176; Bourges 1286 c. 16, p. 635; Avignon 1279 c. 9, p. 239; Compiegne 1304 c. 1, M. 25, 128. Anders Salzburg 1280 c. 13, M. 24, 401 (susp. ab omni off. ipso facto); Aquileja 1282, p. 437 (ebenso); Salamanca 1335 c. 3, M. 25, 1049 (Begraben von öffentlichen Konkubinen der Kleriker, exc. l. s.). — Münster 1279 c. 18, M. 24, 319 (Laien, die einem Begräbniss auf einem interdicirten Kirchhof beiwohnen, exc. l. s., Geistliche susp. ab off. ipso iure); Köln u. 1280 c. 11, p. 359 (ebenso). Const. Nicolai IV. Noverit 1280 §. 18, bull. Taur. 4, 48 (Begräbniss von Ketzern exc. l. s. und Absolution nur nach eigenhändiger Ausgrabung) s. auch S. 146 n. 9.

[3] So dass es den Anschein hat, als ob dort ein Kirchhof vorhanden wäre, Saintes 1282 c. 1, M. 24, 465 (exc. ipso facto).

[4] Bordeaux 1265 c. 5, M. 23, 1110 (ohne Erlaubniss des zuständigen Kapellans, Exk.); Münster 1279 c. 19, M. 24, 319 (dasselbe); Köln u. 1280 c. 11, p. 357 (ohne Wahrung der Messe in der Pfarrei, Exk.); Nogaret 1303 c. 9, M. 25, 113 (Personalinterdikt ipso iure); Angers 1279 c. 3, M. 24, 309 (exc. ipso iure, für Priester, welche solchen Begräbnissen beiwohnen, susp. ipso facto auf 6 Monate).

[5] Rouen 1299 p. 1223 (Verlust des der gewählten Kirche letztwillig Vermachten zu Gunsten der Pfarrkirche und bei hartnäckiger Verweigerung der Rückgabe des Leichnams für den schuldigen Geistlichen int. ingressus ecclesiae ipso iure).

[6] Valence 1262, M. 23, 1061 (Rektor privatio beneficii ipso facto, Kleriker, welche dem Begräbniss beiwohnen, suspens. ab introitu ecclesiae ipso facto); Nogaret 1303 c. 8, M. 25, 113 (sepelientes exc. ipso iure); Marciac 1326 c. 22, p. 784 (ebenso).

[7] c. 1 (Bonifaz VIII.) in VI de sepult. III. 12 (exc. — nach Clem. 3 de poen. V. 8 ipso iure und dem Papst vorbehalten — und bei hartnäckiger Verweigerung der Herausgabe des Leichnams und der aus Anlass des Begräbnisses erhaltenen Vermögensvortheile, Interdikt ipso iure); ähnlich schon Arles 1275 c. 10, M. 24, 149 (wer Jemanden bestimmt sein Begräbniss bei einer anderen als der Pfarrkirche zu wählen, Exk.); Mailand 1287 c. 12, p. 879 (ebenso).

[8] Mainz 1261 c. 9. 51, M. 23, 1083. 1104. (Exk.); Arles 1275 c. 10 cit. (Hinderung von letztwilligen Verfügungen in Betreff des Begräbnisses exc. ipso facto).

[9] Mailand 1287 c. 27, M. 24, 880 (exc. ipso facto) s. Bd. IV S. 452.

[10] Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 8, M. 22, 584 (Benefiziaten susp. a benef., andere Geistliche exc.).

[11] Mainz 1233 c. 29, Mone, Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 139 (susp. ab off. et benef. bis zur Satisfaktion).

[12] Rouen 1190 c. 19, M. 21, 284 (Kleriker und Mönche, welche Kirchen und Zehnten an Laien zur Firma, s. Bd. III S. 78 n. 10, geben, Exk.); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 12, M. 22, 822 (Priester, welche neben ihren eigenen Kirchen andere zur Firma nehmen oder die ersteren in dieser Art austhun, um nicht selbst die Verwaltung zu führen, susp. a benef. für Bene-

namentlich die Verleihung von Zehnten und Oblationen an Laien[1], die unstatthafte Veräusserung, sowie die Verschleuderung gottesdienstlicher Sachen und des Kirchenvermögens seitens der Bischöfe und sonstigen Verwalter des Kirchengutes[2], insbe-

fiziaten, sonst Exk.); Oxford 1222 c. 22, p. 1158 (Geistliche, welche ihre Archidiakonate, Dekanate und andere officia zur Firma austhun oder ohne Genehmigung des Kirchenoberen die dazu gehörigen Einkünfte in dieser Weise verleihen, Susp. von dem betreffenden Amt auf ein Jahr); Salisbury 1256, M. 23, 908 (Firma-Verleihung der beneficia foranea ohne Konsens des Bischofs, als Strafe Betrag der Früchte eines Jahres); Narbonne 1260 c. 33, p. 1036 (Übernahme von anderen Kirchen in Firma durch Pfarrer ohne bischöfliche Erlaubniss, amissio proprii beneficii); Leg. K. London 1263 c. 21, p. 1236 (das Geben von Dignitäten, Dekanaten, sowie von Einkünften aus der kirchlichen Jurisdiktion oder von Altären oder aus der Sakramentsverwaltung, ferner von Kirchen an Laien, namentlich an die Patrone, zur Firma, ein Drittel der Einkünfte des Firma-Objektes an die Fabrik der Kathedrale); Exeter 1287 c. 25, M. 24, 814 (Geben und Annehmen von kirchlichen Benefizien zur Firma, subtractio fructuum, eventuell amissio beneficii, Firmarverleihung von Kirchen, Zehnten und anderen Einkünften an Laien, beide Theile Exk.); s. auch noch London 1342 c. 3, M. 25, 1172.

Gemeinrechtlich c. 6 (Alexander III.) X de clerici III. 50 (welches Innehaben von Kirchen durch Mönche seitens der Kleriker und Laien und auch durch letztere zur Firma bei Strafe der Exk. verbietet).

Rouen 1190 c. 20, M. 22, 584 (Zahlen und Annehmen von privatim vereinbarten Pensionen aus Kirchen und Benefizien, privatio beneficii und Exk.).

Theodor von Utrecht 1209, M. 22, 806 (Prioren oder Kanoniker, welche ihren Mitkanonikern die Präbenden entziehen oder ihre übliche Verpachtung hindern, exc. und nach einem Jahr privatio dignitatis vel praebendae ipso iure).

[1] Päpstl. K. Tours 1163 c. 3, M. 21, 1177 (c. 1 X de decim. III. 30, Absetzung) s. auch die vor. Anm.

[2] Nicäa 787 c. 12, M. 13, 752 (c. 19 C. XII qu. 2, Veräusserung von Grundstücken durch Bischöfe und Äbte an Fürsten und an Laien, auch unter Zwischenschiebung von Klerikern, Absetzung); Konstantinopel 869 c. 15, M. 16, 168 (c. 13 C. cit., dasselbe unter Ausdehnung auf Kostbarkeiten der Kirche); Leg. K. Gerona 1068 c. 12, M. 19, 1072 (Verschleuderung der Güter der canonicae und Klöster, Exk.); päpstl. K. Guastalla 1106, M. 20, 1211 (Veräusserung von Besitzungen durch Äbte, Archipresbyter oder Kirchenpröpste ohne Genehmigung des Kapitels oder Bischofs, Absetzung); Gran 1114 c. 14. 38, M. 21, 101. 106 (Kirchenvorsteher, welche die Güter ihrer Kirche verschleudern, doppelter Ersatz, bei Unvermögen Absetzung, für Äbte allein die letztere); Dekretum Gratians, welches ausser den citirten Stellen noch eine Anzahl älterer, die Absetzung androhender Kanonen, so c. 20 (Symmachus) c. 23 (Gelasius I.) c. 35 (Agde 506) c. 41 (Orleans III. 538) C. XII qu. 2, c. 1 (Symmachus) C. XVII qu. 4, sowie auch zweifelhafter, c. 18 (Leo IV., M. 14, 1025) und falscher, c. 21 (Ps.-Is.) C. XII cit. aufgenommen hat; Rouen 1190 c. 23, M. 22, 585 (Kleriker, welche Wohnungen und Kirchengüter ohne Vorwissen des Bischofs verpfänden oder veräussern, Exk.); Oxford 1222 c. 36, M. 22, 1166 (Äbte, Prioren, Dekane, Archidiakonen, Inhaber von Dignitäten und Personaten und andere Kleriker, welche ihre kirchlichen Einkünfte verpfänden oder sonst veräussern, bei Nichtzurückerstattung des abhanden Gebrachten auf ihre Kosten Entziehung des Amtes); Arles 1275 c. 7, M. 24, 148 (Veräusserung und Verpfändung von Kelchen und anderen Kirchengeräthen ohne bischöfliche Erlaubniss, Veräusserer und Erwerber exc. ipso facto); Leg. K. Ofen 1279 c. 36, p. 287 (Veräusserung von kirchlichen Immobilien ohne Konsens des zuständigen Oberen, Erzbischöfe und Bischöfe susp. ab executione pontificalium ipso facto, andere Prälaten ab executione ordinum); Köln u. 1280 c. 12, p. 358 (Veräusserung kirchlicher Güter ohne den erforderlichen Konsenz, Exk.); Salzburg 1281 c. 1, p. 397 (ebenso, susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure); Avignon 1282 c. 3, p. 441 (dasselbe, exc. ipso facto); Mailand 1287 c. 14, p. 877 (ebenso, susp. ab off. et ben. ipso iure); Trier 1310 c. 111, M. 25, 277 (exc. ipso facto, Körperschaften Interdikt); Avignon 1326 c. 51, p. 771 (Verlust der Früchte eines Jahres); s. weiter Benevent 1331 u. 1378 c. 26. 27, M. 25, 953 u. 26, 637.

Während der Titel X de reb. eccles. non alien. III. 13 nur ältere Strafbestimmungen, c. 1 (Clermont 535, Exk.); c. 5 (Nov. VII c. 1 unter Bezugnahme von l. 14 C. J. I. 2) und c. 6 (Symmachus, Anathem) aufweist, verbietet c. 2 (Lyon II. 1274 c. 22, M. 24, 95) in VI eod. III. 9 bei Strafe der susp. ab off. et administratione Immobilien oder Rechte der Kirchen ohne Genehmigung der Kapitel und ohne spezielle Erlaubniss des Papstes an Laien als Oberherren aufzutragen oder sie zu Kirchenvögten zu bestellen und bedroht die Kleriker, welche derartige Verfügungen den Kirchenoberen anzuzeigen verabsäumen mit dreijähriger Susp. ipso iure von der Perception ihrer Benefizien an der betreffenden Kirche, vgl. auch hierzu noch Saumur 1314 c. 1, M. 23, 553.

Zur Verhütung von Verschleuderungen verpflichtet Saumur 1253 c. 4, M. 23, 810 die Archidiakonen, Erzpriester und Ruraldekane, Verzeichnisse der Geräthe und Einkünfte ihrer Kirchen bei Vermeidung der Suspension, welche nur nach Zahlung von 10 Solidi für jede nicht inventarisirte Kirche an die Fabrik der Kathedrale aufgehoben werden darf, anzufertigen; Avignon 1326 c. 53, M. 25, 772 alle Verwalter kirchlichen Gutes bei Verlust eines Zehntels der Früchte ihres Benefiziums; andererseits ist auch die Unterlassung des Widerrufes ungültiger Veräusserungen von Kirchengut durch die Kirchenvorsteher und ihre Nachfolger unter Strafe gestellt, Avignon 1270

sondere auch die Verpfändung für fremde Schulden [1], die Veräusserung der Einkünfte ihrer Kirchen durch Rektoren und Prioren gegen ein einmaliges Kapitalsäquivalent [2], die Abschliessung von Verträgen über Zehnten und andere Gebührnisse der Pfarrkirchen durch die Pfarrer mit Mönchen [3], endlich die Wegnahme, Aneignung, Verbrauchung und Verschwendung von Gütern und Einkünften erledigter Kirchen [4];

weiter eine Reihe von Missbräuchen bei der Ausübung der Amtsrechte und bei der Amtsverwaltung, so das unerlaubte Tragen des Palliums durch die Erzbischöfe [5], die unbefugte Konsekration und Verschleierung von Jungfrauen durch Priester [6],

die Ertheilung von Ablässen durch Bischöfe und Prälaten über die gemeinrechtlich gestatteten Gränzen [7] hinaus [8] und in unzulässiger Form [9], die Gewährung unstatthafter Ablässe durch die Quästuarier [10],

die Hinderung von Appellationen an den erzbischöflichen Stuhl [11] oder der Jurisdiktion der Suffraganbischöfe und anderer unterer kirchlicher Richter durch die Offizialen und Richter des Erzbischofs [12], die unbefugte Ausdehnung ihrer Befugnisse durch die iudices conservatores [13], die Usurpation der bischöflichen Jurisdiktion namentlich in Betreff der Besetzung von Ämtern und Entscheidung von Rechts-

c. 1, M. 24, 17 (censura ecclesiastica) und Köln u. 1280 c. 11 p. 358 (Exk.).

[1] c. 2 (Gregor IX.) X de solut. III. 23 (susp. ab administratione spiritualium et temporalium); S. Quentin 1271 c. 1, M. 24, 19 (Prälaten und Äbte, welche andere Darlehne als für kirchliche Geschäfte aufnehmen, susp. ipso facto); Tarragona 1317 c. 5, M. 25, 629 (Verpfändung der Benefizialgüter durch Geistliche unter königlichem Siegel, exc. ipso facto wiederholt Tarragona 1329 c. 58, p. 860; Lavaur 1368 c. 58, M. 26, 512).

[2] Beziers 1310 c. 14, M. 25, 363 (Personalinterdikt).

[3] Avignon 1326 c. 50, M. 25, 771 (Anathem).

[4] c. 40 (Bonifaz VIII.) in VI de elect. I. 6 (der Kathedral-, Kollegiat- und Regularkirchen — abgesehen von den Ausnahmen der Clem. 7 eod. I. 3. — durch die Kapitel, Konvente und einzelne Kleriker derselben, susp. ab officiis et beneficiis quibuscumque ipso iure bis zur vollen Restitution); c. 9 (id.) in VI de off. iud. ord. I. 16 (anderer Kirchen, Dignitäten, Personate und Priorate durch diejenigen Prälaten, welchen sie in irgend einer Weise unterstehen, für Bischöfe und höhere Würdenträger susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure, für andere susp. ab off. et benef. bis zur Wiedererstattung); Riez 1285 c. 18, M. 24, 583 (exc. ipso facto; Tarragona 1329 c. 26, M. 25, 847 (ebenso).

Aschaffenburg 1292 c. 7, M. 24, 1085 (Einziehung der Einkünfte einer erledigten Patronatskirche seitens des zur Institution Berechtigten während eines Prozesses über das Patronatrecht, privatio des ius investiendi ad aliqua beneficia in perpetuum).

Tarragona 1331 c. 2, M. 25, 897 (Nichtrechnungslegung und Herausgabe des Testaments des verstorbenen Bischofs durch den Verweser, exc. l. s.).

[5] Konstantinopel 869 c. 27, M. 16, 178 (Absetzung); Rom 871—78 c. 3, Maassen röm. Synode S. 17 u. Ravenna 877 c. 3, M. 17, 337, s. Bd. II S. 30 n. 6 und o. S. 63 n. 7.

[6] Paris 829 lib. I c. 41, M. 14, 563 (arbiträre Bestrafung); Cap. Compend. 757 c. 4, Bor. 1, 40 (bei Anwendung von Zwang, Absetzung); Tarragona 1317 c. 4, M. 25, 619 (Fordern und Annehmen des Keuschheitsgelübdes von Jungfrauen seitens Unberechtigter, Exk.).

[7] c. 14 (Lateran. IV 1215) X de poenit. V. 38.

[8] Aquileja 1334, M. 25, 1119 (Verlust des Rechtes zur Ertheilung von Indulgenzen auf einen Monat); Leg. K. Padua 1350, M. 26, 228 (ebenso).

[9] Leg. K. Padua 1350, M. 26, 228. 229 (von 40 Tagen de indulgentia Christi fidelium, susp. ab ingressu ecclesiae et a divinis ipso iure).

[10] Clem. 2 de poenit. V. 9 (arbiträre Strafe durch die Bischöfe).

[11] Riez 1285 c. 23, M. 24, 584 (durch Suffraganbischöfe, ihre Offizialen und andere, exc. ipso facto); Bourges 1286 c. 33, p. 641 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure auf einen Monat, für Advokaten exc. ipso iure); Marciac 1326 c. 17, M. 25, 81 (Bischöfe ebenso, andere Richter Personalinterdikt ipso facto); Salamanca 1335 c. 2, p. 1049 (exc., für Gefangenhaltung des Appellanten durch Bischof interd. ingressus ecclesiae, durch andere exc. l. s.).

[12] Bourges 1286 cit. c. 34, p. 641 (s. vor. Anm.).

[13] c. 15 (Bonifaz VIII.) in VI de off. iud. deleg. I. 14 (susp. ab off. ipso iure auf ein Jahr und für denjenigen, welcher den conservator dazu veranlasst hat, exc. l. s., vgl. auch Bd. I S. 179); vorher schon Roffec-Bordeaux 1255 c. 9, M. 23, 988 (susp. ab off. et benef. und nach 14 Tagen Exk.).

sachen[1] oder in Ehe- und anderen wichtigen Sachen[2], das Abhalten von Gericht durch die Archipresbyter und ihre Stellvertreter ohne Genehmigung des Bischofs[3], die Verhängung der Exkommunikation, der Suspension und des Interdikts durch Archipresbyter und Pfarrer ohne Ermächtigung des Bischofs oder ohne Erlaubniss der Provinzial- und Diöcesansynode[4], die Bestellung ungeeigneter und unwissender Delegaten in Ehesachen durch die Archidiakonen oder durch andere kirchliche Richter und ihre Offizialen[5], die parteiische Ausübung des Richteramtes durch die kirchlichen Beamten[6], die Duldung von Chikanen und ungerechten Proceduren bei päpstlichen Delegationen zu Gunsten der das Reskript nachsuchenden Partei gegen die andere seitens der Delegaten[7], der Erlass missbräuchlicher Citationen durch die Delegaten der Ordinarien und Ausdehnung der Delegationsreskripte auf nicht darin benannte Personen[8], die Verhandlung von Rechtssachen ausserhalb des Jurisdiktionsbezirkes[9], die Zulassung von Exkommunicirten als Kläger und Zeugen[10], die wissentliche Besiegelung von Vollmachten, bei denen der Nachsuchende nicht mit dem Aussteller identisch ist, durch die Archidiakonen[11], die Verhängung von Exkommunikationen ohne gerechten Grund[12] und ohne vorherige Mahnung[13], die Verhängung der Exkommunikation, des Interdikts und der Suspension ohne schriftliche Sentenz, ohne Angabe des Grundes und ohne Zustellung an den davon Betroffenen[14], die Verkündung des Interdikts unter unerlaubten Ceremonien[15] oder die Anwendung solcher gegen die in dem Bann verharrenden Exkommunicirten[16], die Verhängung von übermässiger Prügelstrafe durch den Bischof[17], die Verkündung von Absolutionen der Gebannten durch den Pfarrer ohne das erforderliche bischöfliche Absolutionszeugniss[18],

[1] Benevent 1331 und 1378 c. 29, M. 25, 949 u. 26, 632 (exc. l. s. und privatio beneficii).

[2] Bourges 1286 c. 3, M. 24, 627 (arbiträre Bestrafung).

[3] Clermont 1268 c. 8, M. 23, 1211 (exc. ipso iure und für Pfarrer und Vikare, welche auf Mandate solcher Usurpatoren Vorladungen erlassen, Susp.); Poitiers 1280 c. 2, M. 24, 382 (in wichtigeren Sachen, wie namentlich betreffend Ehen, Zauberei, Sakrileg und Wucher, Geldstrafe von 20 Pfund Turonesen).

[4] Clermont 1268 c. 8, M. 23, 1211 (Suspension).

Wegen eines anderen Falles der Überschreitung der Jurisdiktionsbefugniss s. Friaul 796 c. 7, M. 13, 847: „ut nullus episcoporum presbyterum vel diaconum vel archimandritam (Abt) in dispendio honoris condemnare praesumat absque huius venerandae sedis consultu. Si quis post haec prohibita temerarius usurpare tentaverit, non erit ambiguus de sui honoris periculo“.

[5] York 1367 c. 8, M. 26, 469 (für die ersteren susp. ab off., für die Offizialen exc.).

[6] S. 202 n. 8; Köln 1266 c. 16, M. 23, 1142 (exc. ipso facto).

[7] Roffec-Bordeaux 1258 c. 9, M. 23, 987. 988 (susp. ab off. et benef. und nach 14 Tagen Exk.).

[8] Leg. K. Bourges 1276 c. 2, M. 24, 170 (exc. ipso facto und Verlust der richterlichen Befugnisse für alle Sachen).

[9] Bourges 1286 c. 3, M. 24, 627 (arbiträre Bestrafung); London 1342 c. 11, M. 25, 1165 (Archidiakonen, welche die Partei zur Purgation ausserhalb des Dekanates vorladen und von derselben zu viel Eidhelfer verlangen, susp. ipso facto).

[10] Leg. K. Ofen 1279 c. 55, M. 24, 297 (Interdicirung des Richteramtes auf einen Monat).

[11] Lambeth 1281 c. 13, M. 24, 423 (susp. ab off. et benef. ipso iure auf 3 Jahre).

[12] Lateran. IV. 1215 c. 47, M. 22, 1031 (c. 48 X de sent. exc. V. 39, arbiträre Strafe).

[13] Lateran. IV. cit. (interd. ingressus ecclesiae auf einen Monat, wiederholt Mainz 1225 c. 4, M. 23, 3. 4 und Oxford 1222 c. 28, M. 22, 1160, nach welchem letzteren auch bei derartiger Verhängung von Suspension und Interdikt arbiträre Strafe angedroht wird). S. auch S. 120 n. 2.

[14] c. 1 (Lyon 1245, M. 23, 671) in VI de sent. exc. V. 11 (susp. ab ingressu ecclesiae et divinis auf einen Monat).

[15] Lyon II 1274 c. 17, M. 24, 92 (c. 2 in VI de off. iud. ord. I. 16, Hinwerfen des Kreuzes, der Bilder und Statuen der Jungfrau Maria oder von Heiligen, sowie Auflegung derselben auf Dornen und Brennnesseln, harte Bestrafung).

[16] Avignon 1337 c. 8, M. 25, 1090 (exc. l. s.).

[17] c. 2 (Gregor I.) X de clerico percussore V. 25 (susp. ab administratione missarum auf zwei Monate), wogegen Gratian nur ältere Kanones in c. 7 (cap. apostol. 28) Dist. XLV u. c. 8 (Braga III) ibid. mit härteren Strafen (Absetzung oder Exil) wiedergiebt, s. auch Bd. IV S. 803 n. 5 u. S. 815 n. 10.

[18] Bordeaux 1263 c. 1, M. 23, 1109 (Exk.).

der Erlass der Strafe für schwere und notorische Delikte gegen Geld durch die kirchlichen Richter[1], die Besiegelung von leeren Zetteln und Urkunden durch die kirchlichen Beamten oder die Überlassung der Siegel zu diesem Zweck an andere[2],

die Ausübung von pfarrlichen Funktionen durch nicht dazu ermächtigte Priester[3], das Messelesen durch Diakone[4], das Sicheindrängen der Kanoniker ohne höhere Weihen und ohne Stimmrecht in die Verhandlungen des Kapitels und das Beziehen von Distributionen für die Theilnahme an den letzteren[5], das Ablehnen der Aushülfe in der Seelsorge seitens der Kapläne, um durch Messelesen für Lebende und Todte gegen hohe Stipendien Geld zu verdienen[6], die Eingehung von Abkommen durch Bischöfe mit den Geistlichen auf Nichtvisitation der letzteren während mehrerer Jahre gegen Zahlung bestimmter Geldsummen[7], die Verwendung der Amtsbefugnisse und der amtlichen Stellung zu Bereicherungen[8] und Bedrückungen[9], insbesondere die Verhängung von Exkommunikationen und Ertheilung von Absolutionen zur Erpressung von Geld[10], die Erhebung übermässiger Prokurationen[11] oder das Fordern solcher ohne Abhaltung der Visitation[12], sowie die Benutzung der Inquisitionsgewalt zur Belästigung von Unschuldigen[13] oder zur Erpressung von Geld[14], ferner die Zuvielerhebung von Einkünften erledigter Benefizien und Pfründen durch die dazu berechtigten Bischöfe, Prälaten und anderen Personen[15], die Überhebung von Gebühren für Einführung in Benefizien und für Urkunden über Ertheilung der Weihe und der Institution seitens der Archidiakonen[16], die Forderung zu hoher Gebühren seitens der Unterbeamten der Prälaten für die von ihnen zu entwerfenden Ausfertigungen, Ladungen und anderen Akte[17], oder das Verlangen von Gebühren für die

[1] London 1342 c. 10, M. 25, 1165 (Wiedererstattung des doppelten Betrages des Geldes, eventuell susp. ab off. ipso iure). Vgl. weiter noch Bourges 1276 c. 3, S. 167 n. 11 a. E.

[2] Poitiers 1280 c. 1, M. 24, 38 (exc. l. s.).

[3] Trier 1310 c. 86, M. 25, 269 (exc. l. s.), vgl. Bd.II S. 302 u. III S. 233.

[4] c. 2 X de cler. non ord. V. 28 (S. 70 n. 5).

[5] Avignon 1337 c. 48, M. 25, 1100 (susp. a perceptione fructuum ipso facto auf einen Monat und bei Nichtrückzahlung des Empfangenen auch Ersatz des doppelten Betrages).

[6] Lambeth 1362, M. 26, 419 (susp. ab off. ipso iure, und bei Erhebung von Stipendien über die vorgeschriebene Taxe dieselbe Strafe).

[7] Apt 1365 c. 9, M. 26, 449 (Restitution des Doppelten).

[8] c. 7 §. 1 (Nicäa 787) Dist. XVIII, s. S. 80 n. 4; Nogaret 1303 c. 11, M. 25, 114 (Annahme von Geschenken durch den Archidiakon und seine Begleiter bei der Visitation, für ersteren susp. ab off. ipso iure bis zum Ersatz des Doppelten, für letztere exc. l. s. und Ersatz des Doppelten).

[9] S. o. S. 194 n. 2 u. 3, Leg. K. Ofen 1279 c. 37, M. 23, 289 (Beschwerung von Kirchen und Klöstern durch ungewohnte Abgaben, censura ecclesiastica).

[10] Lateran. IV. 1215 c. 49, M. 22, 1035 (Anathem).

[11] S. o. S. 194 n. 5; c. 1 (Innoc. IV.) §§. 5. 6 in VI de cens. III. 20 (doppelter Ersatz); Lyon II 1274 c. 24, M. 24, 97 (c. 2 in VI eod., für Bischöfe bis zur Gewährung des doppelten Ersatzes int. ingressus ecclesiae ipso iure, für niedere Prälaten susp. ab off. et benef. ipso iure); Leg. K. Ofen 1279 c. 14, M. 24, 277 (censura ecclesiastica); London 1321 c. 2, M. 25, 672 (int. ingressus ecclesiae, bez. auch susp. ab off. et benef. ipso facto, wiederholt London 1342 c. 7, p. 1165). Vgl. weiter Marciac 1326 c. 28, p. 790.

[12] Lyon II. 1294 c. 24 cit.; Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 15, M. 22, 823 (Verlust des Empfangenen, eventuell Exk.); Lemans 1247, M. 23, 761 (Exk.); Leg. K. Breslau 1248 §. 22, de Montbach stat. Wratislav. p. 310 (vierfacher Ersatz des Empfangenen); Leg. K. London 1268 c. 19, M. 23, 1234 (int. ingressus ecclesiae bis zur Restitution).

[13] Clem. 1 (Vienne 1311) §. 4 de haeret. V. 3. (ausser etwaigen arbiträren Strafen Bischöfe und höhere Kirchenbeamte susp. ab off. ipso iure auf 3 Jahre, andere die dem Papst vorbehaltene exc. l. s.).

[14] Clem. 2 eod., S. 194 n. 6.

[15] Johann XXII a. 1312 in c. 2 in Extr. Joann. XXII de elect. (I) und in c. un. in Extrav. comm. ne sede vac. III. 3 (von mehr als der Zehnttaxe, bez. bei fehlender Taxe von mehr als der Hälfte der Früchte, für Bischöfe und höhere susp. a pontificalibus und int. ingressus ecclesiae ipso iure, für andere bis zur Zurückerstattung des zuviel Erhobenen exc. ipso iure).

[16] London 1321 c. 3. 4 u. 1342 c. 2. 3, M. 25, 1158. 1159 (susp. ab off. et ingressus ecclesiae ipso iure, bez. susp. ab off. et benef., clerici non beneficiati int. ingressus ecclesiae ipso iure).

[17] Ravenna 1311 c. 33, M. 35, 474 (Suspension

Besiegelung der Briefe des Bischofs seitens der Kleriker[1], die Participation der Ordinarien an den Gebühren der Notare ihrer Kurien[2], die Nichtablieferung der Oblationen von abhängigen Kapellen durch die Kapläne an die Mutterkirchen[3], die Hinderung der Beschlagnahme der den Geistlichen zustehenden Grosszehnten, um sie zur Erfüllung der Baulast derselben zu verwenden[4], die Veranstaltung von Vigilien bei Leichen in Privathäusern[5], endlich das Verlassen des Gottesdienstes namentlich an hohen Festtagen vor der Beendigung durch die Kleriker[6],

ferner die Vernachlässigung der Amtspflichten, so das Nichabhalten der Provizialsynode durch den Erzbischof[7] und der Diöcesansynode durch den Bischof[8], die Unterlassung der zu bestimmten Perioden vorgeschriebenen Rechnungslegung durch Prälaten, Äbte und andere kirchliche Verwalter[9], die Nichtentrichtung der Quart von Zehnten, Mortuarien und Oblationen an den Bischof[10],

die Lässigkeit der Bischöfe in der Handhabung ihrer Strafgewalt[11], die Unterlassung des Einschreitens der Bischöfe und anderer kirchlicher Oberer, namentlich aus Gunst oder Geld gegen unenthaltsame, vor Allem Konkubinen haltende Geistliche[12], die Vernachlässigung der Ketzerverfolgung durch die Bischöfe[13], die Unterlassung der Ketzer-Inquisition seitens der letzteren oder seitens anderer Inquisitoren gegen einzelne Personen aus Gunst oder Hass oder um weltlichen Vortheils willen[14], die Lässigkeit der Prälaten bei der Verfolgung und Bestrafung von Verletzungen der kirchlichen Personen und der Kirchen[15], sowie des Wuchers[16], ferner bei der Ahndung der Kleriker, welche mit der Vertheilung des Chrisma, des h. Öls und der

vom Amt für den Notar bis zur nächsten Provinzialsynode); Toledo 1347 c. 4, M. 26, 126 (andere Beamte, Geldstrafe von 1000 Marobetini ipso facto); vgl. auch London 1342 c. 11, M. 25, 1166.

[1] Clermont 1268 c. 5, M. 23, 1208 (Suspension).

[2] Leg. K. Padua 1350, M. 26, 234 (int. ingressus ecclesiae ipso iure bis zur Restitution).

[3] Exeter 1287 c. 9, M. 24, 798 (trotz des auf Entrichtung geleisteten Eides, ausser der Strafe des Meineides susp. ipso facto und für Laien, welche die Ablieferung hindern, exc. l. s.).

[4] Ravenna 1335 c. 8, M. 25, 1043 (exc. l. s.).

[5] London 1342 c. 10, M. 25, 1177 (Exk.).

[6] Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 1, M. 22, 819 (susp. a benef. event. Exk.).

[7] Nicäa 787 c. 6, M. 13, 750 (c. 7 Dist. XVIII, kanonische Strafe); Lateran. IV 1215 c. 6, M. 22, 991 (c. 25 X de accus. V. 1, susp. ab executione officii); Leg. K. Valladolid 1322 c. 1, M. 25, 697 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure). S. auch Bd. III S. 491 n. 3 u. S. 639.

[8] Lateran. IV 1215 c. 6 cit., Valladolid 1322 c. 1 cit. (dieselben Strafen); Gratian giebt in c. 17 Dist. XVIII Toledo XVI c. 7, Bd. III S. 584 n. 3 u. 4, wieder.

[9] Leg. K. Ofen 1279 c. 34, M. 24, 286 (gegen Prälaten arbiträre Strafe, für andere Verlust der Administration ipso facto und nach dem Grade der Schuld auch arbiträre Strafe); Salzburg 1281 c. 2, M. 24, 398 und Salzburg 1310 c. 2, M. 25, 227 (für Prälaten der Konventualkirchen und Klöster, susp. ab administratione temporalium ipso iure, eventuell schwerere arbiträre Strafe).

[10] Benevent 1331 u. 1378 c. 45, M. 25, 960 u. 26, 643 (exc. l. s.).

[11] Rom 871/78 c. 12; Ravenna 877 c. 10, S. 66 n. 3.

[12] Rom 1078 c. 11, M. 20, 510 (für Bischöfe susp. ab off.), Lateran. IV. 1215 c. 14, M. 22, 1003 (c. 13 X de vita et hon. III. 1, für Prälaten Absetzung); London 1108 c. 9, M. 20, 1230 (Archidiakonen und Dekane, welche nicht schwören wollen, dass sie das Konkubinenhalten durch Priester nicht dulden werden, Verlust ihrer Ämter); Leg. K. York 1195 c. 12, M. 22, 655 (Dekane, welche die Konkubinen haltenden Geistlichen ihren Prälaten nicht anzeigen, susp. ab off.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 49, M. 22. 1123 (s. S. 74 n. 8, wo auch schwere Bestrafung der nicht denunzirenden Vikare und Hilfspriester angeordnet wird); Köln u. 1280 c. 1, M. 24, 345 (Nichtbestrafung unenthaltsamer Kleriker, iuris ultio); Leg. K. Pressburg 1309 c. 5, M. 25, 225 (exc. l. s.).

[13] Lateran. IV 1215 c. 3 i. f., M. 22, 990 (c. 13 §. 8 X de haeret. V. 7, Absetzung).

[14] Clem. 1 §. 4 de haeret. V. 3 cit. (die S. 251 n. 13 gedachten Strafen); Leg. K. Valence-Monteil 1248 c. 9. 10, M. 23, 773 (Verweigerung der Rechtshülfe gegenüber den Ketzer-Inquisitoren censura ecclesiastica, bei Hartnäckigkeit Bestrafung als defensor haereticorum, Bischof, welcher die Urtheile gegen Ketzer nicht verkündet, bis zur Vornahme der Verkündung int. ingressus ecclesiae).

[15] Köln 1266 c. 30, M. 22, 1153 (susp. ipso facto, nach 8 Tagen exc. l. s.).

[16] Montpellier 1215 c. 9, S. 197 n. 16 a. E.

Spendung der Sakramente Simonie treiben[1], oder welche weltlichen Geschäften obliegen, Wirthshäuser besuchen, keine Tonsur oder keine passenden Kleider tragen[2], das Nichteinschreiten des Bischofs gegen Incest[3], sowie gegen Brandstifter[4] und Zehntverweigerer[5], die Nachlässigkeit der Richter bei der Bestrafung von Advokaten, welche ungerechte Wuchersachen vertheidigen[6], die Verabsäumung der Ermahnung öffentlich wegen Verbrechen diffamirter Personen zum Geständniss und der Anhaltung derselben zur purgatio canonica seitens der Archidiakonen, Dekane und Offiziale[7], die Nachlässigkeit der Bischöfe in Betreff der Publikation der regelmässig zu verkündenden generellen Exkommunikationen der Ketzer[8] und der Mittheilungen von Exkommunikationen an andere und in Betreff der Verkündung von solchen und von Interdikten auf Ersuchen[9] oder in Betreff der Gewährung der Rechtshülfe bei Verfolgung der Verletzer der Geistlichen, kirchlichen Güter und Rechten[10], die Nichtanzeige der die Residenzpflicht verletzenden Pfarrer seitens der Dekane an den Bischof[11], der Kleriker, welche spielen, Konkubinen halten oder unpassende Kleider tragen, seitens der Pfarrer an den letzteren[12], die Unterlassung der Publikation der Exkommunikationssentenzen durch die kirchlichen Richter[13], sowie der schuldigen Verkündung der Namen der Exkommunicirten durch Pfarrer, Pfarrkapläne und Hebdomadarien der Konventualkirchen[14], die Nichteinreichung der jährlichen Verzeichnisse der Konfitenten und Kommunikanten durch die Pfarrer an den Bischof[15] oder die Nichtführung von Verzeichnissen über die Erfüllung der Beichtpflicht seitens der Pfarrkinder[16], die Nachlässigkeit der Pfarrer, bez. Priester in Betreff der Anzeige

[1] Leg. K. London 1268 c. 2, M. 23, 1167 (Bischof susp. a pontificalibus ipso iure, Archidiakonen susp. ipso facto); Aschaffenburg 1292 c. 3, M. 24, 1083 (Archidiakone, welche auf ihren Synoden und Kapiteln eine Inquisition darüber unterlassen, exc. l. s.), insbesondere wegen der Simonie auch c. 101 (Toledo IX 675) C. I qu. 1 (Bischof exc. auf 2 Monate, S. 14 n. 4) und London 1268 c. 2, S. 167 n. 11.

[2] Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081 (susp. a dignitatibus des Bischofs durch den Metropoliten, anderer Prälaten durch den Bischof); s. auch Rouen 1148 c. 2, M. 21, 714 (Bischof susp. ab off.); London 1268 cit. c. 4, M. 23, 1221 (Bischöfe susp. ab usu pontificalium ipso facto, Archidiakonen und Prälaten susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto).

[3] Aus Gunst oder für Geld Rom 1078 c. 11, M. 20, 510 (susp. ab off.).

[4] S. die S. 195 n. 9 u. 19 citirten Konzilien v. Clermont, Rheims und Lateran. II, sowie c. 32 C. XXIII qu. 8 (Schadensersatz und susp. ab off. auf ein Jahr).

[5] Noyon 1280? c. 5, M. 24, 376 (susp. vom Richteramt auf einen Monat).

[6] Ravenna 1286 c. 7, M. 24, 622 (arbiträre Strafe).

[7] Canterbury 1236 c. 19, M. 23, 422 (susp. ab off. ipso iure).

[8] Verona 1184, M. 22, 478 (c. 9 X de haeret. V. 7, susp. a dignitate et administratione auf 3 Jahre).

[9] Rom 871—78 c. 11. 12, Maassen röm. Synode p. 17 und Ravenna 877 c. 10, M. 17, 339 (Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten, eventuell härtere Strafe, vgl. o. S. 13 ff.); Leg. K. Mainz 1225 c. 8, M. 23, 5 (Bischöfe, welche dem Ersuchen um Verkündung der Exkommunikation nicht entsprechen, bis zur Vornahme derselben Ausschluss vom Verkehr mit den Kanonikern ihrer Kathedrale, s. S. 74 n. 4; wiederholt Mainz 1310, M. 25, 347); Valence 1248 c. 16, M. 23, 775 (interd. ingressus ecclesiae auf einen Monat, wiederholt Avignon 1279 c. 10, M. 24, 240); Leg. K. Ofen 1279 c. 57, p, 303 (exc. ipso facto, Körperschaften Interdikt); Bergamo 1311 c. 14, M. 25, 490 (für Bischof int. ingressus ecclesiae, für den Offizial susp. a divinis officiis); Alcala 1326 c. 2, p. 802 (für Bischof susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure, wiederholt Tarragona 1329 c. 47, p. 858); Salamanca 1335 c. 6, p. 1054 (susp. ab off. ipso facto auf einen Monat).

[10] Avignon 1326 c. 15, M. 25, 752 (susp. a pontificalibus ipso iure).

[11] Köln 1300 c. 2, M. 25, 17 (exc. ipso facto).

[12] Valence 1268, M. 23, 1056. 1058 (Geldstrafe von 5 Morabetini ipso facto).

[13] Angers 1365 c. 31, M. 26, 444 (Geldstrafe von 20 Solidi ipso iure).

[14] Köln 1266 c. 40, M. 23, 1154 (exc. ipso facto und beim Fortcelebriren privatio beneficii); Nogaret 1303 c. 7, M. 25, 113 (int. ingressus ecclesiae auf einen Monat).

[15] Benevent 1331 u. 1378 c. 67, M. 25, 972 u. M. 26, 653 (Geldstrafe von einem Augustalis).

[16] Salamanca 1335 c. 16, M. 25, 1057 (exc. ipso facto).

derjenigen, welche öffentlich Verbrechen begangen haben [1], welche die Sonntags- und Feiertags-Ruhe durch Arbeiten verletzen [2], welche mit Exkommunicirten verkehren [3], welche widerrechtlich Zehnten besitzen [4] oder als Erben und Testaments-Exekutoren die Ausführung letztwilliger Verfügungen zu Gunsten der kirchlichen Institute unterlassen [5],

die Unterlassung der Einforderung von Zehnten [6], bez. der Novalzehnten [7] durch die Pfarrer,

das Nichtachten des Bischofs auf die Anstellung von vicarii perpetui mit congrua portio bei inkorporirten Kirchen [8] und die Nichtanstellung geeigneter Vikare durch die Inkorporationsberechtigten [9],

die Nichtwahrnehmung der Besetzung von Patronatskirchen im Fall der dem Patron entzogenen Präsentation [10],

die Unterlassung der Annahme geeigneter Prediger durch die Bischöfe, namentlich der Anstellung solcher oder von Beichtvätern an den Kathedral- und anderen Konventualkirchen [11], die Verabsäumung des Predigens durch Pfarrer und Kapläne an Sonntagen [12], die wissentliche Nichtbeachtung der Aufforderung der Pfarrer und ihrer Vertreter an die zum Predigen und Beichthören ermächtigten Religiosen seitens der letzteren, beim Predigen an bestimmten Festtagen den Gläubigen ihre Pflicht zur Entrichtung der Zehnten einzuschärfen [13] und diese bei der Beichte als Gewissenssache hinzustellen [14],

die Lässigkeit der Pfarrer in Betreff der Celebrirung der Messen [15], die Nichtabhaltung des Gottesdienstes durch die Priester [16], die Verabsäumung der Spendung des Busssakramentes und des Abendmahls durch die Pfarrer an Todtkranke, so dass diese ohne Empfang der Sakramente versterben [17], die Unterlassung der Ankündigung

[1] Hincm. cap. 856 c. 1, S. 67 n. 7.

[2] Bourges 1286 c. 32, M. 24, 641 (Suspension).

[3] L. c. c. 15, M. 14, 639 (schwere arbiträre Bestrafung).

[4] Cognac 1260 c. 18, M. 23, 1037 (Anathem).

[5] Trier 1310 c. 76, M. 25, 267 (susp. ab off.).

[6] Merton 1305 c. 6, M. 25, 7 (aus Furcht oder Gunst, susp. ipso facto bis zur Zahlung einer halben Mark Silber an den Archidiakon).

[7] Cognac 1260 c. 19, M. 23, 1038 (Exk. und amissio beneficiorum).

[8] Beziers 1233 c. 11, M. 23, 272 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso iure auf einen Monat), vgl. hierzu Bd. II S. 448. 452.

[9] Köln 1300 c. 2, M. 25, 17 (exc. ipso facto).

[10] Leg. K. Würzburg 1287 c. 12, M. 24, 855 (susp. a collatione ordinum auf ein Jahr).

[11] Lateran. IV. 1215 c. 10, M. 22, 998 (c. 15 X de off. iud. ord. I. 31, districta ultio, s. auch Bd. IV S. 465).

Aus früherer Zeit vgl. Pavia 850 c. 5, Bor. Kr. 2, 118 (welches den Bischöfen bei Verabsäumung der Pflicht, ihrem Klerus die kirchlichen Dogmen und die h. Schrift auseinander zu setzen, sowie an Sonntagen und Feiertagen für das Volk zu predigen, arbiträre Bestrafung androht, s. aber dazu Bd. IV S. 464).

[12] Benevent 1331 u. 1378 c. 62, M. 25, 969 u. M. 26, 650 (Geldstrafe von einem Augustalis).

[13] Clem. 3 de poen. V. 8 (harte Bestrafung durch ihre Vorgesetzten).

[14] Clem. 3 cit. V. 8 (susp. ab off. praedicationis ipso iure bis zur Erfüllung der Anforderung, und bei weiterem Predigen exc. l. s.).

Vgl. auch Canterbury 1236 c. 16, M. 23, 421 (Priester, welche den Laien beim Predigen namentlich an Festtagen und bei der Beichte nicht genügend einschärfen, dass jeder ausseereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Mann und Frau eine Todsünde ist, Strafe der fornicatores).

[15] Exeter 1287 c. 21, M. 24, 810 (subtractio fructuum bis zur Erfüllung der Pflicht); Tarragona 1329 c. 59. 81, M. 25, 865 (dieselbe Strafe); Benevent 1331 u. 1387 c. 62, M. 35, 969 u. 26, 650 (arbiträre Strafe).

[16] Unter Veranstaltung des üblichen Glockengeläutes zur Verdeckung der Versäumniss, Exeter 1287 c. 21, M. 24, 810 (festangestellte susp. ab ingressu ecclesiae auf einen Monat oder länger, andere Ausweisung aus der Diözese). — Gratian giebt nur stat. eccles. ant. c. 49 in c. 3 Dist. XCI und Toledo 400 c. 5 in c. 9 Dist. XCII (Kleriker, welche den Vigilien nicht beiwohnen, Entziehung des Stipendium, Bd. IV S. 809, und welche nicht zum Gottesdienst kommen, bei Hartnäckigkeit Absetzung) wieder.

[17] Pennafiel 1301 c. 3, M. 25, 102 (privatio beneficii in perpetuum); Salamanca 1335 c. 16, p. 1057 (ebenso).

der Fasten und der Feste an den Sonntagen [1], der Einforderung des neuen Chrismas [2], sowie des Begräbnisses armer Pfarrkinder durch die Pfarrer [3], die Nichtabhaltung des den Kanonikern obliegenden Wochengottesdienstes [4], sowie von Litaneien und Prozessionen [5], und die Nichthinderung von Störungen des Gottesdienstes bei Vigilien und Exequien [6],

endlich das Nichtführen oder Nichtbeschaffen eigener Siegel seitens der Leiter von Kirchen oder deren Vertreter [7], und die wissentliche Unterlassung der Anzeige über den Anfall von Vermächtnissen an die Kirche oder zu frommen Zwecken seitens der Pfarrer an die Ordinarien und Offizialen [8].

2. Was diejenigen Disciplinarvergehen betrifft, welche sich als Verletzungen der den Klerikern obliegenden Pflicht zum Gehorsam und zur Treue gegen die kirchlichen Oberen darstellen, so wird neben den schon o. S. 222 ff. gedachten Anordnungen, welche die Missachtung der kirchlichen Anordnungen aller Art durch Laien und Geistliche unter Strafe stellen [9], mehrfach der Ungehorsam der letzteren ohne nähere Spezialisirung ebenfalls mit solcher bedroht [10], und seitdem sich die Leistung des Obedienzeides für die Geistlichen bei oder nach der Erwerbung aller wichtigeren Ämter als Rechtspflicht festgestellt hatte [11], liess sich die Verletzung der Gehorsamspflicht strafrechtlich auch zugleich als Eidbruch behandeln [12].

Nichtsdestoweniger hat die kirchliche Gesetzgebung und zwar selbst noch während der Zeit, in welcher die Obedienzeide längst üblich geworden waren, einzelne Fälle des Ungehorsams speziell herausgehoben und dadurch als selbstständige Disciplinarstrafvergehen charakterisirt.

Abgesehen von der verhältnissmässig selten durch allgemeine Anordnungen unter Strafe gestellten Nichtleistung oder der Verweigerung des Obedienzeides selbst [13], gehören hierher

[1] Benevent 1331 u. 1378 c. 63, M. 25, 969 u. 26, 651 (Exk.).

[2] Leg. K. Valladolid 1322 c. 14, M. 25, 710 (susp. ab off. ipso facto auf 3 Monate, bei Fortgebrauch des alten susp. a perceptione beneficii ipso iure); wiederholt Salamanca 1355 c. 6, p. 1052.

[3] Auf ihre Kosten, Benevent 1331 u. 1387 c. 54, M. 25, 964 u. M. 26, 647 (Exk. und Geldstrafe von einem Augustalis).

[4] Auch 1308 c. 2, M. 25, 196 (subtractio fructuum für eine Woche); wegen der Vernachlässigung des Chordienstes, s. auch noch Bourges u. 1214, M. 22, 931, S. 80 n. 8.

[5] Benevent 1331 u. 1378 c. 35, M. 25, 953 u. M. 26, 636 (Kanoniker und Seelsorge-Priester Strafe von drei Tarenern).

[6] York 1367 c. 2, M. 26, 462 (Geldstrafe von 20 solidi).

[7] Köln u. 1280 c. 16, M. 24, 361 (exc. l. s.).

[8] Mailand 1287 c. 20, M. 24, 879 (exc. ipso facto).

[9] Hierher gehört auch weiter c. 3 (stat. eccl. ant. c. 56) Dist. XLVI (clericus qui adulationibus et proditionibus vacare deprehenditur, ab officio degradetur"), da sowohl der Verrath, wie übertriebene Schmeichelei gegen den Oberen eine Verletzung der Treupflicht ist.

[10] Neuching 771, S. 74 n. 3; Worms 868 c. 19, M. 15, 872 (Ungehorsam des Priesters und Diakons gegen Anordnungen des Bischofs in Bezug auf das von ihm an einer Kirche übertragene Amt, Exk. und Absetzung); c. 11 (Honor. III.) X de M. et O. I. 33 (hinsichtlich der Kleriker an den Kardinaltiteln unter Anerkennung der Strafgewalt der Kardinäle über dieselben, s. Bd. I S. 352); Ravenna 1311 c. 21, M. 25, 461 (Kleriker, welcher trotz dreimaliger Mahung im Ungehorsam gegen den Bischof weiter verharrt, Exk. und susp. ab off. et benef.); Ravenna 1314 c. 6, p. 541 (susp. ipso facto, nach einem Monat exc. l. s.).

[11] Bd. III S. 199. 206. 210 ff.

[12] So befiehlt z. B. Innocenz III. 1202, Potth. n. 1753, reg. de negot. imp., opp. ed. Migne 3, 1074 dem Erzb. Johann v. Trier im Hinblick auf den geleisteten Obedienzeid, Otto IV. anzuerkennen, widrigenfalls sein Legat ihn als exkommunicirten Eidbrecher öffentlich an Sonntagen und Festtagen verkünden werde, vgl. Winkelmann, Philipp v. Schwaben S. 263, und Alexander IV., Potth. n. 16506, bull. Taurin. 3, 639, in gleicher Weise dem Erzb. Gerhard v. Mainz, bei Strafe der Exkommunikation nicht Konradin zum deutschen König zu wählen. Vgl. auch c. 15 (Honor. III.) X de exc prael. V. 31 und unten S. 258 n. 3.

[13] Alcala 1326 c. 1, M. 25, 803 (Bischof, welcher nach seiner Konsekration durch einen anderen Bischof ohne Genehmigung des Metropoliten dem letzteren nicht innerhalb eines

die Verletzung der Pflicht zur visitatio liminum seitens der Bischöfe[1], das unentschuldigte Ausbleiben der letzteren und der anderen zum Erscheinen verbundenen Geistlichen auf dem Provinzialkonzil sowie das Verlassen desselben[2], das Nichterscheinen der Priester und der anderen dazu verpflichteten Kleriker auf der Diöcesansynode und das frühzeitige Weggehen von der letzteren[3], das Nichtmitbringen[4] oder Nichtbeschaffen der Synodalstatuten durch die gedachten Geistlichen[5],

das Nichtleisten der an die Kathedrale schuldigen Abgaben[6], das hartnäckige Versagen der herkömmlichen Ehrenbezeugungen seitens der Pfarrer und Kleriker gegenüber dem Bischof[7] und seitens der Kanoniker gegenüber dem Prälaten[8],

das Widerstandleisten gegen Abhaltung von Visitationen[9],

die Verweigerung der Annahme eines höheren Ordos aus der Hand des Bischofs, wenn dies das Interesse der Kirche gebietet[10],

Nichtleistung der schuldigen Abgaben (Zehnten, Mortuarien u. s. w.) an den Bischof[11],

Jahres den Oberdienzeid leistet, susp. ab ingressu ecclesiae bis zur Erfüllung der Pflicht; Mainz 1261 c. 38, M. 23, 1093 (Kapläne der Adligen, welche, ehe sie dem Bischof oder Archidiakon Gehorsam geleistet haben, celebriren, Verkündung derselben als suspendirt und exkommunicirt bis zur Leistung).

[1] Rom 743 c. 4, M. 12, 382 (kanonische Bestrafung). Gratian giebt diese sich nur auf die Bischöfe der römischen Provinz beziehende Anordnung in c. 4 Dist. XLIII offenbar deshalb wieder, weil die Erfüllung der Pflicht schon seit dem 11. Jahrhundert auch von den anderen Bischöfen in ihren Obedienzeiden angelobt werden musste, Bd. III S. 203 n. 3, S. 204 n. 2. 4. Aus dem letzteren Grunde sind wohl während der hier fraglichen Periode keine weiteren gemeinrechtlichen Vorschriften darüber erlassen worden.

[2] Worms 868 c. 16, M. 15, 872 (exc. fraterna, s. S. 74 n. 3); Gratian bringt die schon Bd. III S. 476 n. 6 u. S. 490 n. 2 angeführten älteren Kanonen, für die spätere Zeit s. c. 25 (Lateran. IV. cit., S. 252 n. 7) X de accus. V. 1 und Bd. III S. 447 n. 2; Tarragona 1329 c. 15, M. 25, 842 (Einberufung des Bischofs durch den Erzbischof nach der Metropole und Verbleiben des ersteren in derselben während der von dem letzteren bestimmten Zeit); Benevent 1331 und 1378 c. 70, M. 25, 973 und M. 26, 654 arbiträre Geldstrafe).

[3] Rudolf v. Bourges u. 850 c. 12, M. 14, 949 (Exk.); Rom 853 c. 40, M. 14, 1015 (canonica correptio); Gran 1114 c. 65, M. 21, 114) s. ferner für das 11. Jahrhundert Bd. III S. 589 n. 3 und für die spätere Zeit a. a. O. S. 594 n. 8; Paris-Sens 1248 c. 14, M. 23, 767 (canonici non residentes der nicht die Synode beschickenden Kapitel mit Verlust der distributiones quotidianae auf 8 Tage zu Gunsten der Armen und der Kirchenfabrik bestraft); Lemans 1247, p. 735 (Priester, welche sich nicht pünktlich bei Eröffnung der Synode und nicht in der vorgeschriebenen Kleidung einfinden, Suspension); Leg. K. Ofen 1279 c. 19, M. 24, 280 (gegen Ausbleibende und Weggehende arbiträre Strafe); Köln u. 1280 praef., p. 345 (Geistliche, welche bei der Eröffnung nicht jejuni erscheinen, exc. l. s.); Saintes 1280 c. 2, p. 377 (Ausbleibende susp. ipso facto); Tarragona 1329 c. 16, M. 25, 842 (Seelsorge-Priester analoge Strafe wie die des c. 15 cit., s. vor. Anm.).

Darüber, dass auch für das unentschuldigte Fernbleiben von den allgemeinen und päpstlichen Konzilien des Mittelalters namentlich, weil darin eine Verletzung der dem Papst angelobten Obedienz gefunden wurde, Strafen verhängt worden sind, s. Bd. III S. 360 n. 4 u. S. 523 n. 1.

Nicht minder zog auch das Nichterscheinen der Geistlichen auf den Archidiakonats- und Dekanatsversammlungen Strafen, der Regel nach Geldstrafe und Suspension, nach sich, Bd. II S. 196 n. 4. S. 270. 275; Lemans 1247, M. 23, 767 (susp. ab off.).

[4] Köln u. 1280 praef. cit. (vor. Anm., Geistliche, welche eine Kirche leiten, exc. l. s.).

[5] Benevent 1331 und 1378 c. 72, M. 25, 974 u. M. 26, 626 (Exk. und 4 Unzen); Salzburg 1386 c. 17; M. 26, 732 (susp. ab ingressu ecclesiae ipso facto); Saintes 1280 c. 8, M. 24, 337 (auch zugleich Nichtkennen der Statuten, arbiträre Strafe).

[6] Ravenna 997 c. 2, M. 19, 219 (S. 80 n. 4).

[7] Unterlassung des Geläutes beim Durchzuge des Bischofs seitens der Pfarrer und Kleriker, Rouen 1314 c. 6, M. 25, 539. 540 (Geldstrafe von 5 solidi ipso iure, bei Nichtzahlung Verdoppelung).

[8] Aschaffenburg 1292 c. 13, M. 24, 1083 (Ausschluss von der Theilnahme am Kapitel und dem Präbendenbezug ipso facto, ev. auch härtere arbiträre Strafe; bei Intrusion in die Kapitelsitzungen und in den Bezug der Einkünfte Interdikt über die Kirche, event. Spoliation der Benefizien, diejenigen, welche den Intrusen zulassen, exc. l. s.).

[9] Ravenna 1314 c. 8, M. 25, 542. 543 (von Mönchen und Geistlichen auf Grund angeblicher usucapio libertatis, exc. l. s. und Interdikt über die Kirche).

[10] c. 6 (Alex. III.) X de aet. I. 14 (privatio beneficii) s. auch c. 3. 4 (Carthago 419) Dist. LXXIV (Absetzung). Vgl. Bd. I S. 109. 110 u. Bd. II S. 483 n. 7.

[11] Benevent 1331 und 1378 c. 45, M. 25, 960 u. 26, 643 (exc. l. s.).

die Nichtbeobachtung der Anordnungen und Urtheile der kirchlichen Oberen [1],

das wissentliche und hartnäckige weitere Celebriren und Amtiren von Geistlichen unter Missachtung ihrer Deposition oder Degradation [2], einer gegen sie ausgesprochenen Exkommunikation [3], eines über sie verhängten Personal-Interdikts [4] oder einer gegen sie verfügten Suspension [5],

das Gewähren von Beistand, Hülfe und Vertheidigung seitens der Geistlichen an percussores, captivatores von geistlichen Personen, an spoliatores ecclesiarum et clericorum, Exkommunicirte, Suspendirte, Interdicirte und offenbare Wucherer [6],

das Celebriren an Orten, an welche geraubtes kirchliches Gut gebracht worden ist [7],

das Fortamtiren von Burgkapländen und Hofgeistlichen und fernere Verweilen derselben bei Herren, welche trotz Ermahnung nicht für die Rückgabe des in ihre Burgen oder Ortschaften gebrachten Kirchenraubes sorgen [8],

das Angehen des weltlichen Gerichts seitens der Geistlichen in Rechtssachen gegen andere Kleriker oder in den vor das geistliche Forum gehörigen Angelegenheiten [9],

[1] Trier 1310 c. 102, M. 25, 275 (Exk.); Compiegne 1301, p. 90 (dem Bischof unterworfene Äbte, welche Verbindungen eingehen, um die Ausübung der Strafgewalt desselben auf gemeinsame Kosten zu hindern und sich dagegen zu vertheidigen, exc. ipso facto).

[2] c. 1. 2 X de cler. exc. V. 27, S. 55 n. 1 a. E.; c. 3 (Alex. III.) X eod.

[3] (Seit der Zeit, in welcher die Exkommunikation nicht mehr wie früher die Deposition ohne Weiteres nach sich zog, s. o. S. 75) Rheims 1148 c. 11, M. 21, 719, (S. 52 Anm. unter b.); c. 3 (Alex. III.) X eod. V. 27 (nach vergeblicher Mahnung Deposition); c. 6 (Innoc. III.) X eod. (dieselbe Strafe) und c. 4 (id.) eod. (nur mit der Milderung, dass bei einer grossen Anzahl d. h. bei mehr als 40 hartnäckigen Geistlichen blos für die Hauptschuldigen die Deposition, für die übrigen die susp. ab off. ad tempus als Strafe festgesetzt wird). Abgesehen von Rouen 1190 c. 32, M. 22, 586 (welches für den suspendirten allein das Cessiren a divinis officiis für ein Jahr, S. 70 n. 4, für den exkommunicirten aber dessen Schickung nach Rom zur Bestrafung durch den Papst anordnet), stimmen damit die Partikularkonzilien der Folgezeit überein, Odo v. Toul 1192 c. 8, M. 22, 650 (carere in perpetuum beneficio et officio, also Absetzung s. S. 63 n. 5); Leg. K. Mainz 1225 c. 6, M. 23, 5 (exkommunicirte und suspendirte deponantur sine spe restitutionis ab officiis et beneficiis, infames et intestabiles, ad beneficia ecclesiastica nullatenus admittantur, unter Vorbehalt der Begnadigung für den Papst, wiederholt Fritzlar 1246 c. 2. p. 729 und Mainz 1261 c. 40, p. 1096); Trier 1238 c. 7. 8. p. 480 (exkommunicirte und interdicirte Geistliche und Mönche bei Hartnäckigkeit strenge Haft und Busse, also offenbar auch Absetzung, wiederholt Trier 1310 c. 7, M. 25, 250, ebenso zugleich auch für suspendirte); Salzburg 1274 c. 13, M. 24, 140 (exkommunicirte und ab off. suspendirte Priester, dieselben Strafen wie Trier); anders Köln 1266 c. 40, M. 23, 1154 (nur privatio beneficiorum); Ravenna 1314 c. 9, M. 25; 543 (ebenso). Wegen der Irregularität s. Bd. I S. 52.

[4] c. 2. 3. 4 cit. X V. 27 (Absetzung), vgl. auch die vor. Anm.

[5] c. 13 X de vita cler. III. 1, s. o. S. 62 n. 3 und weiter S. 73 n. 10.

Wegen des Cebrirens vor Exkommunicirten, Interdicirten und an interdicirten Orten, s. o. S. 245 n. 1 u. 2.

[6] Köln 1266 c. 35, M. 23, 1151 (exc. ipso facto und öffentliche Verkündung derselben bis zur Genugthuung).

[7] London 1151 c. 7, M. 21, 752 (per annum officio careat); Odo von Toul 1192 c. 1—3, M. 22, 649 (für Nichtbeachtung des Interdikts in solchen Fällen und für nichtgehörige Verkündung der namentlich exkommunicirten Verbrecher carere officio et beneficio in perpetuum).

[8] Päpstl. K. Tours 1163 c. 10, M. 21, 1179 (c. 1 Comp. II lib. III. 27, ordine et beneficio carere, also Absetzung); allgemeiner Köln 1266 c. 36, M. 23, 1152 (Kapläne, welche ihre exkommunicirten Herren nicht zur Busse zu bewegen suchen und über einen Monat bei ihnen verweilen, exc. ipso iure und Verkündung der Exk., nach weiteren zwei Monaten privatio omnium beneficiorum ipso facto).

[9] Rom 743 c. 12, M. 12, 385 (gegen einen Kleriker, Absetzung oder Exk.); Gran 1114 c. 25, M. 21, 103 (in causis ecclesiasticis, Verlust des Anspruches und Busse).

Gratian giebt blos einzelne ältere Kanonen s. Bd. IV S. 789 n. 9 u. S. 863 n. 2 in c. 11 (Carthago 407), c. 42 (Toledo 589 c. 13) c. 43 (Hippo 393) u. c. 44 (cod. eccl. Afric. c. 15) C. XI qu. 1 wieder, und die Dekretalen Gregors IX. weisen als einzige, speziell hierher gehörige Stelle c. 15 (Honor. III.) X de exc. prael. V. 31 (Belangung eines Bischofs im weltlichen Gericht, vgl. aber hierzu S. 212) auf.

Im übrigen s. Rouen 1190 c. 21, M. 22, 584 (gegen andere geistliche Personen super negotio

die Übernahme von Verpflichtungen seitens der Kleriker, sich wegen eigener oder fremder Schulden dem weltlichen Gerichtszwang zu unterwerfen[1], das Sichstellen der Kleriker vor dem weltlichen Gericht oder das Zahlen der Bussen seitens der ersteren an das letztere[2], das Begehen von Delikten, über welche die weltlichen Gerichte zu entscheiden haben[3],

die Nachsuchung und Annahme des Schutzes von Laien seitens der Kleriker gegen die von Kirchenoberen erlassenen Anordnungen, verfügten Prozesse und verhängten Strafen[4],

die Herbeiführung der Einmischung mächtiger Laien in streitige Bischofs- und Prälatenwahlen und die Ertheilung von Versprechungen an dieselben, um durch ihre Hülfe dabei Prälaturen zu erhalten[5],

die Aufreizung von Fürsten und weltlichen Obrigkeiten durch Prälaten und Geistliche zu Akten, welche die Freiheiten der Kirche beeinträchtigen[6],

die Gewährung von Schutz gegen die Kirche und gegen geistliche Personen seitens der Geistlichen an Laien[7], die Übernahme der Vertretung von turbatores ecclesiasticae libertatis durch Geistliche vor dem kirchlichen Gericht[8], oder das Fungiren derselben als Assessoren und Räthe bei Angelegenheiten, welche gegen die kirchlichen Freiheiten gehen[9],

ecclesiastico, Verlust des Anspruchs und Exk.); Rouen 1231 c. 23, M. 23, 216 (Verbot für Mönche und Kleriker, die gewohnheitsmässig im geistlichen Gericht verhandelten Sachen ohne besondere Erlaubniss des Bischofs an das weltliche Gericht zu bringen, ohne spezielle Strafandrohung); Laval 1242 c. 5, p. 552 (namentlich in civilibus et criminalibus causis ausser der in den Kanonen verhängten Strafe, d. h. der Absetzung, s. vorher, noch censura ecclesiastica); Roffec-Bordeaux 1258 c. 5, p. 985 (Klagen und Antworten vor dem weltlichen Gericht ohne Erlaubniss des Prälaten in Sachen des forum ecclesiasticum, exc. l. s.); Köln 1266 c. 10, p. 1139 (gegen Kleriker im eigenen Namen oder im Namen der Kirche oder eines Andern, Verlust des Anspruches, bei Nichtabstehen trotz Mahnung susp. ab off. et benef., beim Fortamtiren nach derselben Exk. und öffentliche Verkündung derselben, bei fernerer Hartnäckigkeit über drei Monate privatio beneficii ipso iure, bei Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern); Seyne 1267 c. 12, p. 1181 (gegen geistliche Personen oder super spiritualibus seu ecclesiasticis criminalibus vel civilibus, Verlust des Anspruches ipso iure und exc., dieselben Strafen auch für Verträge darüber); Clermont 1268, p. 121 (gegen Kleriker ausser in Betreff eines feudum saeculare, dem Papst vorbehaltene Exk.); Seyne 1269 c. 5, M. 24, 5 (Publikation einer päpstlichen Dekretale, welche für das Citiren Geistlicher durch Geistliche vor das weltliche Gericht Verlust des Anspruchs und in Kriminalsachen Verlust des Amtes, sowie die dem Papst vorbehaltene Exk. androht); Leg. K. Ofen 1279 c. 5, M. 24, 282 (Geistliche, welche vor weltlichen Gerichten klagen oder zu Recht stehen, Exk.); Avignon 1282 c. 7, p. 445 (Geistliche, welche andere vor das weltliche Gericht ziehen, exc. ipso facto); Nogaret 1290 c. 5, p. 1068 (ebenso); Trier 1310 c. 107, M. 25, 276 (dasselbe); Avignon 1326 c. 20, p. 470 (Verlust des Anspruchs und susp. a benef. ipso facto); Tarragona 1329 c. 4, p. 855 (exc. l. c. und Verlust der Klage); Bourges 1336 c. 11, p. 1002 (capitula und conventus Suspension, sonst exc. l. s.); Lavaur 1368 c. 94, M. 26, 524 (exc. l. s.); Salzburg 1386 c. 14, p. 731 (ebenso); Macon 1286 c. 3, M. 24, 614 (Vorladen von Geistlichen und Mönchen und Antworten derselben vor dem weltlichen Gericht schwere arbiträre Strafe); Bourges 1286, p. 644 (Ergreifen des Rekurses gegen die kirchlichen Gerichte an den weltlichen Richter, exc. l. s.).

[1] Exeter 1287 c. 41, M. 24, 823 (susp. a divinis auf drei Jahre); Compiegne 1329 c. 3, M. 25, 880 (susp. oder arbiträre Strafe).

[2] Rouen 1299 c. 3, M. 24, 1205 (exc. ipso facto); Rouen 1313 c. 4. 6, M. 24, 527 (dasselbe).

[3] Exeter 1287 c. 41, M. 24, 823 (von Wild- und Fischdiebstählen exc. ipso iure, eventuell privatio beneficii ipso facto, Nichtbenefiziat susp. ab executione ordinum auf fünf Jahre).

[4] Avignon 1270 c. 7, M. 24, 18 (Exk., eventuell subtractio beneficii); Salzburg 1281 c. 18, p. 402 (exc. ipso facto).

[5] Aschaffenburg 1292 c. 10, M. 24, 1087 (exc. ipso facto, Verlust der Wählbarkeit für die Prälatur und des Klagerechts für etwa dabei gegebene Darlehne).

[6] Tarragona 1292 c. 10, M. 24, 1109 (exc. ipso facto und Verlust der Benefizien an der verletzten Kirche oder an den beeinträchtigten Orten, wiederholt Tarragona 1329 c. 46, M. 25, 857); Avignon 1326 c. 25, p. 759 (Rathgeben zu solchen Verwaltigungen, dem Papst vorbehaltene exc. l. s.).

[7] Leg. K. Pressburg 1309 c. 2, M. 25, 217 (exc. ipso facto, gegen andere als Bischöfe auch privatio beneficii).

[8] Bourges 1336 c. 13, M. 25, 1066 (exc. l. s.).

[9] Roffec-Bordeaux 1258 c. 6, M. 23, 986 (Exk.).

das regelmässige Verweilen von Geistlichen der höheren Weihen, von Klerikern mit Benefizien oder von Mönchen an den Höfen der weltlichen Grossen[1],

die Unterlassung der seitens der Kirchenoberen angeordneten Verkündungen von Synodalkonstitutionen[2] oder Exkommunikationen durch die Pfarrer[3].

3. Was die Disciplinarvergehen, welche sich als Verletzungen der Pflicht zur Beobachtung eines dem Klerikalstande und dem kirchlichen Amte entsprechenden Verhaltens darstellen, anlangt, so kommen unter diesem Gesichtspunkt in Betracht:

das Nichttragen der als Zeichen des Klerikalstandes[4] vorgeschriebenen Tonsur[5],

[1] Tarragona 1292 c. 10 und 1329 c. 46, M. 24, 1109 und M. 25, 857 (exc. ipso facto).

[2] Macon 1286 c. 5, M. 24, 615 (schwere arbiträre Strafe); Nogaret 1290 c. 10 i. f., p. 1071 (interd. ingressus ecclesiae ipso iure); Aschaffenburg 1292 c. 18, p. 1091 (der die Juden und den Verkehr mit ihnen betreffenden Vorschriften, exc. ipso facto).

[3] Salzburg 1281 c. 13, M. 24, 401 (int. ingressus ecclesiae und susp. ab off. auf 15 Tage, bei wiederholter Unterlassung härtere Strafe); Macon 1286 c. 5 cit. (s. vor. Anm.); Bergamo 1311 c. 12. 14, M. 25, 488 (int. ingressus ecclesiae ipso iure, bei Hartnäckigkeit exc. ipso iure); Angers 1365 c. 32, M. 26, 444 (Geldstrafe).

[4] Bd. I S. 104. 130.

[5] Rom 721 c. 17, M. 12, 264 (c. 23 Dist. XXIII, und c. 4 X de vita cler. III. 1 Anathem, wiederholt Rom 743 c. 8, p. 384); decr. Tassilon. c. 18, LL. 3, 468 (correptio oder exc.); Mainz 847 c. 15, Bor. Kr. 2, 180 (Wiederholung von Rom 721 c. 17, cit.); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787 (Priester und Diakone 60 Solidi an Bischof und Absetzung, S. 80 n. 5); Rouen 1072 c. 11, M. 20, 37 (exc.); Lateran. II. 1139 c. 4, M. 21, 527 (c. 5 C. XXI qu. 4, bei Hartnäckigkeit privatio beneficii); päpstl. K. Rheims 1148 c. 2, p. 714 (ebenso); London 1175 c. 4, M. 22, 148 (Zwangsscheeren durch den Archidiakon und bei Hartnäckigkeit exc.); Rouen 1190 c. 5, p. 582 (S. 65 n. 3, susp. a benef., Nichtbenefiziaten Verlust des Klerikalprivilegs); York 1195 c. 6, p. 654 (privatio beneficii, Nichtbenefiziaten Zwangsscheeren durch Archidiakon oder Dekan); Leg. K. Montpellier 1195, p. 670 (ohne spezielle Strafandrohung); Leg. K. Dioklea 1199 c. 7, p. 703 (canonica districtio); Theodor von Utrecht 1209, p. 808 (subtractio beneficii); Leg. K. Paris 1212 c. 1213 P. I c. 1, p. 819 (bei Hartnäckigkeit susp. a benef., eventuell exc.); add. zu Paris 1208 c. 1, p. 766 (interdictio ingressus ecclesiae); Leg. K. Montpellier 1215 c. 9, M. 22, 942 (susp. ab off. et benef.); schott. Konz. 1225 c. 11, p. 1225 (bei Hartnäckigkeit susp. ab off. und arbiträre Strafe); Worcester 1240 c. 21, M. 23, 533 (Benefiziaten Geldstrafe des zehnten Theils der Jahreseinkünfte, andere Fernhaltung von den höheren Weihen und von Benefizien, bis sie die Tonsur eine angemessene Zeit getragen haben); Mainz 1261 c. 2, M. 23, 1081 (subtractio officii vel beneficii); Lerida Ende des 13. Jahrh. p. 936 (Benefiziaten susp. ab omnibus beneficiis und nach Gehorsamsleistung noch susp. a perceptione beneficiorum auf so lange Zeit, als sie vorher ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind, andere Geistliche susp. ab introitu ecclesiae); Leg. K. London 1268 c. 2, p. 1220 (Priester. Dignitäre, Inhaber von Seelsorge-Ämtern und Kanoniker bei Hartnäckigkeit susp. ab off. ipso facto, nach 3 Monaten susp. a benef. und Absolution nur nach Zahlung des sechsten Theils der Jahreseinkünfte, andere Kleriker arbiträre Strafe; Port Audemer 1279 c. 21, M. 24, 225 (nach Mahnung Verlust des privilegii fori bei Excessen); Ravenna 1286 c. 3, p. 617 (jedes Mal 50 solidi); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (amissio fructuum beneficiorum auf ein Jahr, bei Hartnäckigkeit privatio beneficiorum); Trier 1310 c. 14, M. 25, 152 (exc. l. s.); Bergamo 1311 c. 33, p. 512 (jedes Mal 20 solidi); Ravenna 1314 c. 10, p. 543 (Geldstrafe von 10 solidi ipso facto, eventuell nach monitio exc. ipso facto); Magdeburg 1315 c. 21, M. 23, 1166 (susp. a perceptione benef. bis zum Tragen der Tonsur); Ravenna 1317 c. 4, M. 25, 603 (40 solidi); Tarragona 1317 c. 7, p. 630 (bei Hartnäckigkeit Verlust des Klerikerprivilegs und andere arbiträre Strafen); Sens 1320 c. 4, p. 650 (auch für Tragen des Bartes, Kanoniker und Benefiziaten der Stifter nach monitio Verlust der halben Distributionen ipso facto, andere arbiträre Strafe, wiederholt Paris 1323 c. 4, p. 730); Avignon 1337 c. 46, M. 25, 1098 (Nichttragen der Tonsur und Tragen eines Bartes Verlust des hundertsten Theils der Früchte ipso iure, eventuell susp. von allen Früchten der Benefizien bis zur Entrichtung, Nichtbenefiziaten Geldstrafe von 12 Denaren ipso facto); London 1343 c. 2, p. 1170. 1171 (Nichttragen der Tonsur, Tragen eines langen Bartes und von Ringen, susp. ab off. ipso iure, nach 3 Monaten auch susp. a benef. und nur Absolution nach Entrichtung eines Fünftel des Jahresertrags des Benefiziums, bei Einmischung in die Benefizien privatio beneficii, Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien auf 4 Monate ipso facto).

Die von Gratian aufgenommenen Stellen enthalten ausser den schon citirten keine Strafbestimmungen, s. c. 22 (Agde 306, nur Zwangsscheeren), c. 21 (Ps.-Is.) und c. 32 (Martin v. Braga) Dist. XXIII und dasselbe gilt von X de vit. et hon. cler. III. 1, s. c. 5 (stat. eccl. ant.) c. 7 (Alex. III. Zwangsscheeren) und c. 15 (Lateran. IV. 1215, M. 25, 1005). Vgl. weiter noch c. 15 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39; c. un. (Bonif. VIII.) in VI de cler. coniug. III. 2, Bd. I S. 119 n. 3.

ferner das Nichttragen einer angemessenen, bescheidenen, einfachen, dem Klerikalstand entsprechenden Kleidung[1] und das Tragen prunkvoller, unpassender oder unzüchtiger Gewänder, Kopf- und Fussbekleidungen, sowie von Ringen und anderen Schmucksachen[2], endlich das Tragen von Waffen[3],

das Nichtmeiden des vertraulichen, zu Missdeutungen Veranlassung gebenden Verkehrs mit Frauenzimmern, namentlich das Zusammenwohnen mit solchen, bei denen der Verdacht eines derartigen unerlaubten Umganges nicht ausgeschlossen[4] ist[5], ferner die schon o. S. 171 ff. besprochene Verletzung des Cölibatsgebotes durch die

[1] Bd. I S. 130.

[2] Nicäa II. 787 c. 16, M. 13, 433 (c. 1 C. XXI qu. 4, s. o. S. 78 n. 9); Rom 743 c. 3, M. 12, 382 (c. 3 C. cit., Ausschluss von der Kirchengemeinschaft); Rom 826 c. 12, Bor. 1, 373 (c. 4 C. cit., canonica disciplina); Leg. K. Montpellier 1195, M. 22, 670 (Anathem); Leg. K. Montpellier 1215 c. 6, M. 22, 941, S. 65 n. 10; Tours 1239 c. 3, M. 23, 498 (Ausgehen in nicht geschlossener Kleidung, 5 solidi); Worcester 1240, p. 533 (für dasselbe Vergehen, Benefiziaten Geldstrafe des zehnten Theils der Jahreseinkünfte); Valence 1261, p. 1056 (Verlust des Eigenthums an den unpassenden Kleidern ipso iure); Leg. K. Ofen 1279 c. 3 (Priester, Konfiskation prächtiger Kleider und bis zur Besserung susp. a benef. ipso facto); ibid. c. 4 (ebenso Konfiskation von Ringen und als Geldstrafe der Werth derselben an die Armen, bis zur Auslieferung und Zahlung interdictio ingressus ecclesiae); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (Verlust der fructus beneficiorum auf ein Jahr, bei Hartnäckigkeit privatio beneficiorum). Toledo 1324 c. 2, M. 25, 732 (Verlust der unpassenden Kleider ipso facto); Avignon 1337 c. 47, p. 1099 (dieselbe Strafe); Benevent 1331 c. 47, M. 25, 961 (exc.); Paris 1347 c. 2, M. 26, 19 (Kanoniker Verlust der Hälfte der Distributionen, andere arbiträre Strafe); Angers 1365 c. 12, p. 431 (Kanoniker susp. a voce capituli et distributionibus quotidianis, andere a fructibus beneficiorum auf einen Monat ipso iuro); vgl. ferner von den S. 259 n. 5 citirten Konzilien Coyaca 1050, Lateran. II. 1139, Rheims 1148, London 1175, add. zu Paris 1208, Paris 1212 o. 1213, schottisches 1225, London 1268, Lerida Ende 13. Jahrh., Ravenna 1314, Magdeburg 1315, Tarragona 1317, Sens 1320 und Paris 1323, London 1343, ll. cc., welche dieselben Strafen, wie für das Nichttragen der Tonsur festsetzen, und Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 2, M. 22, 820 (unpassender Schmuck und unpassende Sättel für Pferde, susp. a benef., event. Exk.).

Während noch c. 15 (Lateran. IV. 1215 c. 16, M. 22, 1005) X de vita III. 1 keine Strafe festgesetzt — über Gratian s. d. vorhergehenden Citate und über c. 45 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39 s. S. 65 n. 1 — bedroht Clem. 2. eod. III. 1 Kleriker, welche öffentlich nicht passende Kleider tragen, beneficiati mit susp. a perceptione fructuum ipso facto auf 6 Monate, Dignitäre und Inhaber von Seelsorge-Benefizien damit auf ein Jahr (diese auch für Tragen unpassender Kopfbedeckungen), andere in den höheren Weihen mit Unfähigkeit zu Benefizien für dieselbe Zeit, Kleriker für Tragen von unangemessenen Kopfbedeckungen mit der letzteren Strafe auf ein Jahr, Kleriker, welche ein zu kurzes Oberkleid oder gefütterte Röcke (Tabarden) tragen, Abgabe derselben an die Armen, sonst bei Benefiziaten Suspension, bei anderen die gedachte Strafe der Unfähigkeit auf ein Jahr.

Lerida 1229 c. 16, M. 22, 1093 (Kanoniker und Kleriker der Konventualkirchen, welche während des Gottesdienstes in weltlicher Tracht durch die Kirchen gehen, Entziehung der canonica portio auf 3 Tage); Nevers 1246 c. 7, M. 23, 732 (ebenso, Kanoniker 10, andere Kleriker 5 sol. an die Kirchenfabrik, bis zur Zahlung privatio perceptionis omnium anniversariorum et distributionum, eventuell härtere arbiträre Strafe); Beziers 1351 c. 11 (Betreten der Kirche während des Gottesdienstes in unpassender Kleidung, Kanoniker privatio distributionum für den betreffenden Tag, Benefiziaten 12 Denare); Norwich 1257, p. 972 (Geistliche in divinis officiis in unpassenden Kleidern, Suspension).

[3] Meaux-Epernay 846 c. 37, M. 14, 827 u. LL. 1, 390 (c. 6 C. XXIII qu. 8, Absetzung); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787, S. 80 n. 5. Gerona 1068 c. 5, p. 1071 (Absetzung S. 76 n. 4); Leg. K. Poitiers 1078 c. 10, M. 20, 499 (c. 2 X de vita III. 1, Exk.); Leg. K. Gerona 1078 c. 6, p. 518 (ebenso); London 1175 c. 11, M. 22, 150 (Absetzung); Valence 1269, M. 23, 1056 (Verlust der Waffen und Geldstrafe von 15, bez. beim Tragen während der Nacht 20 solidi); London 1268 c. 4, p. 1219 (exc. ipso facto und bei Hartnäckigkeit privatio beneficii, Nichtbenefiziaten Unfähigkeit zu kirchlichen Benefizien auf 5 Jahre); Lerida Ende des 13. Jahrh., M. 23, 936, s. o. S. 69 n. 6. Ravenna 1286 c. 3, M. 24, 617 (40 solidi); Grado 1296 c. 20, p. 1169 (exc. l. s.); Rouen 1299 c. 1, p. 1203 (s. vor. Anm.); Bergamo 1311 c. 3, M. 25, 481 (arbiträre Geldstrafe); Ravenna 1314 c. 10, p. 543 (Geldstrafe von 10 solidi ipso facto, event. Exk.); Ravenna 1317 c. 4, p. 603 (40 solidi); Avignon 1326 c. 39, p. 765 (Verlust der Waffen, sowie 100 solidi und Tragen bei Nacht 10 librae); Benevent 1331 und 1378 c. 46, M. 25, 960 und 26, 646 (Geldstrafe von 15 Karlin).

Die Dekretalensammlung Gregors IX. — über Gratian s. vorher — enthält ausser c. 2 X III. 1 cit. nur noch c. 25 (Clem. III.) ibid. (Verlust des Klerikalprivilegs bei Nichtablegung der Waffen auf dreimalige Mahnung).

[4] Bd. I S. 131.

[5] Rom 826 c. 15, Bor. 1, 374 (Nichtunterlassen des verdächtigen Umgangs seitens der Majoristen nach Mahnung, canonica iudicatio, in c. 22 Dist. LXXXI und c. 2 X de cohab. III. 2 in excommunicatio umgeändert); c. 1 (Nicol. I.) Dist. XXXIV (ebenso, eventuell Absetzung); Rudolf

Geistlichen der höheren Weihen und das ebenfalls schon o. S. 173 berührte Halten von Konkubinen seitens der Kleriker aller Grade, das Aufziehen der unehelichen Kinder im eigenen Hause [1], die Anwesenheit bei den Hochzeiten oder Taufen oder Verlöbnissen, Begräbnissen derselben [2] und den Hochzeiten und Begräbnissen der Konkubinen [3], mitunter bei den Taufen, Verlöbnissen und Eheschliessungen der ehelichen Descendenten [4], das Ausrichten feierlicher Hochzeiten für die unehelichen und ehelichen Kinder [5], das Dotiren oder die sonstige Bereicherung der Konkubinen und unehelichen Kinder aus kirchlichem Gute [6], das Erbauen und Ankaufen von Häusern und Grundstücken aus kirchlichen Mitteln für die Konkubinen [7] und unehelichen Kinder [8], sowie das letztwillige Vermachen des aus kirchlichen Mitteln Erworbenen an die eben gedachten Personen [9], ferner auch an die eheliche Descendenz und nahe Verwandte [10],

v. Bourges u. 850 c. 16, M. 14, 951 (Absetzung); Mainz 852 c. 7, Bor. Kr. 2, 188 (desgleichen); Hinkmar cap. a. 874 c. 3, M. 15, 495 (bei Hartnäckigkeit Absetzung); Troslé 909, c. 9, M. 18, 288 (Absetzung); Compostella 1056 c. 3, M. 19, 856 (Busse); Bourges 1336 c. 10, M. 25, 1062 (Exk.). Vgl. ausserdem c. 20 (Ps.-Is.) Dist. LXXXI (Absetzung und Exk.) und c. 29 (Gregor I.) D. cit. (Absetzung). — Hierher gehören weiter Nicäa 787 c. 18, M. 13, 754 (das Halten einer Unfreien oder Freien im Episcopium, Absetzung); Coyaca 1050 c. 3, M. 19, 787 (Gestattung des Wohnens von verheiratheten Laien innerhalb der Befriedigung der Kirche, 60 solidi an Bischöfe und Absetzung).

In Betreff des Zusammenwohnens mit Frauen, bei welchen der Verdacht eines unerlaubten Umgangs nicht ausgeschlossen ist, s. Bd. I S. 132; vgl. noch cap. missor. 802 c. 24, Bor. 1, 96 (Absetzung); stat. Rhispac. 799. 800 c. 7, B. 1, 228 (Geistliche der höheren Weihen, Absetzung, andere Prügel); Ghaerbold. Leod. cap. 802—10 c. 1, B. 1, 243 (Priester, Absetzung); cap. eccles. 818. 819 c. 17, B. 1, 278 (kanonische Bestrafung); cap. Olonn. II 825 c. 5, B. 1, 328 (Absetzung); Aachen 836 C. II c. 11, M. 14, 682 (ebenso); Rudolf v. Bourges u. 850 c. 16, p. 951 (ebenso); Poitiers 1000 c. 3, M. 19, 268 (desgleichen); Coyaca 1050 c. 3, p. 787 (Priester und Diakon 60 solidi an den Bischof und Absetzung); London 1108, M. 20, 1259 (ohne Strafandrohung); Sens 1269 c. 1, M. 24, 3 (Exk. und öffentliche Verkündung derselben); Köln 1280 c. 1, p. 345, (Anathem); Bergamo 1311 c. 6, M. 25, 483 (Geldstrafe von 10 librae); Benevent 1331 c. 55, M. 25, 965 (clerici beneficiati Geldstrafe von einer Unze); Bourges 1336 c. 10, p. 1062 (Exk.); Benevent 1378 c. 56, M. 26, 648 (Geistliche der höheren Weihen und Benefiziaten eine Unze).

Gratian weist wesentlich ältere Kanonen auf, s. Bd. I S. 132 n. 1—3, welche keine bestimmten Strafen festsetzen, und dasselbe gilt auch von der Dekretalensammlung Gregors IX. s. c. 1. 2 (Rom 826 cit.) c. 9 (Innoc. III.) X de coh. III. 2, was offenbar damit zusammenhängt, dass das betreffende Disziplinarvergehen für die Regel auch zugleich das unter bestimmte Strafen gestellte Vergehen des Haltens von Konkubinen bildete (s. oben im Text) und sich in der Praxis von demselben nicht scharf abgrenzen liess, vgl. auch Bd. I S. 132 n. 5.

Über das Verbot des unbefugten Eintritts in die Klausur der Nonnenklöster s. Friaul 796 c. 12, M. 13, 850 (Exk. oder Absetzung); c. 8 (Lateran. III. 1179 c. 11, M. 22, 225) X de vita III. 1 (Deposition, s. S. 64 n. 4) und c. un. (Bonifaz VIII.) in VI de statu regul. III. 16 (ohne Strafandrohung) und Bd. I S. 133 n. 1; Mainz 1261 c. 22, M. 23, 1087 (debita ultio); Salzburg 1287 c. 2, M. 24, 851 (auch inhonestae collocationes et ludi noxii cum monialibus, Exk.).

[1] Durch Priester und clerici beneficiati Bourges 1286 c. 8, M. 24, 628 (arbiträre Bestrafung).

[2] Köln u. 1280 c. 2, M. 24, 347 (poena canonica); Leg. K. Valladolid 1322 c. 6, M. 25, 699 (Prälaten susp. a collatione ordinum auf sechs Monate ipso facto, Benefiziaten Verlust der Hälfte der Einkünfte oder Benefizien auf ein Jahr ipso facto, andere Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf ein Jahr).

[3] Köln u. 1280 c. 2 cit.

[4] Leg. K. Valladolid 1322 c. 6 cit (s. Anm. 2).

[5] S. Pölten 1284, M. 24, 506 (durch Priester, susp. ab executione ordinum, eventuell auch privatio beneficii).

[6] Köln u. 1280 c. 2 cit (s. Anm. 2).

[7] Oxford 1222 c. 37, M. 22, 1162 (arbiträre Bestrafung); schottisches Konz. 1225 c. 33, p. 1228 (ebenso); Exeter 1287 c. 12, M. 24, 807 (clerici beneficiati Exk.), Lambeth 1331 c. 8, M. 25, 895 (susp. a perceptione fructuum auf ein Jahr).

[8] S. die Citate in der vor. Anm. und Valence 1262, M. 23, 1055 (privatio beneficii).

[9] Leg. K. Mainz 1225 c. 5, M. 23, 4 (abgesehen von der Nichtigkeit der Verfügung Anathem und Versagung des kirchlichen Begräbnisses, diejenigen, welche das Testament ausführen, exc. l. s. und Interdikt über die Kirche des betreffenden Geistlichen, wiederholt Fritzlar 1243 c. 11, p. 728, Mainz 1310 M. 25, 320, hier ohne Androhung des Anathems); Köln 1310 c. 15, p. 241 (Legiren und Schenken von Einkünften des Gnadenjahres, Versagung des kirchlichen Begräbnisses); Leg. K. Minden 1230 c. 10, M. 23, 262 (Kanoniker, welche den gedachten Personen etwas von ihrem Gnadenjahr oder erworbenen kirchlichen Einkünften vermachen, Versagung des kirchlichen Begräbnisses); s. auch Valladolid 1322 c. 6 cit. (Anm. 2).

[10] Köln 1300 c. 5, M. 25, 18 (Exk. und Verkündung derselben); Valladolid 1322 c. 6 cit.

die nichtgebührende Achtung vor den gottesdienstlichen Handlungen[1],

sowie die Vernachlässigung der den Priestern als solchen[2] obliegenden Pflicht, das Lesen der Messen nicht andauernd zu unterlassen[3],

die Verletzung gewisser vor Allem dem Klerikalstand obliegender ethisch-religiöser Pflichten, wie der Pflicht, sich der Habsucht[4], des Ehrgeizes[5], der Leistung unerlaubter und unnützer Eide[6], sowie der Undankbarkeit zu enthalten[7], und der Pflicht, für die Vermeidung von Streitigkeiten zu sorgen[8], insbesondere sich des Prügelns und Schlagens anderer zu enthalten[9],

die Betheiligung an gewissen mit der Würde des geistlichen Standes unvereinbaren Vergnügungen[10], wie die Betheiligung an Tänzen mit Frauenzimmern[11] und der Besuch von Schauspielen, mimischen und ähnlichen Vorstellungen[12],

[1] Lateran. IV. 1215 c. 17, M. 22, 1006 (c. 9 X de celebr. missar. III. 41, s. S. 73 n. 6; Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 1, p. 829 (unpassende Gespräche und Herumlaufen in der Kirche, sowie Verweilen ausserhalb des Chors während der Horen und der Messe, susp. a benef., event. Exk.); c. un. (Joh. XXII 1324/5) in Extr. comm. III. 1 (unpassende Musik beim Gottesdienst, susp. ab off. auf 8 Tage).

[2] Bd. IV S. 182.

[3] Lateran. IV. 1215 c. 17, M. 22, 1006 (c. 9 X de celebr. missar. III, 41, Prälaten susp.); Ravenna 1314 c. 13, M. 25, 546 (Priester, welche auch das einmalige Lesen der Messe im Jahr unterlassen, privatio omnium beneficiorum).

Früher auch die Nachlässigkeit in Betreff der Erwerbung der nöthigen Kenntnisse durch die geweihten Geistlichen, Karol. M. cap. 769 c. 15. 16, Bor. 1, 46 (S. 56 n. 8, susp. ab off. bis zu genügender Ausbildung, eventuell Absetzung, wiederholt Riculf v. Soissons 889 c. 1, M. 18, 83); Rom 826 c. 4, Bor. 1, 372 u. 853 c. 4, M. 14, 1012 (susp. ab off. bis zur genügenden Ausbildung); Gran 1114 c. 6, M. 19, 100 (Absetzung).

Vereinzelt auch Lerida 1229 c. 14, M. 22, 1094 (Geistliche, welche sich durch ihre Schuld Irregularitäten zuziehen, so lange das Hinderniss dauert, susp. a perceptione beneficiorum).

[4] Cap. eccles. 818. 819 c. 7, Bor. 1, 277 (Kleriker, welche Vergabungen von Vermögensstücken zur Benachtheiligung und ohne Wissen der Kinder und Verwandten annehmen), c. 8, ibid. (Kanoniker, welche andere, um deren Vermögen zu erlangen, bereden, sich tonsuriren zu lassen, in beiden Fällen Bestrafung durch sententia synodalis vel imperialis).

Weiter gehört auch hierher, wenngleich nicht allein unter diesen Gesichtspunkt, die unten S. 264 zu besprechende Betreibung von Handel und von Gewerben).

[5] Toulouse 1056 c. 5, M. 19, 818 (Kleriker, welche Mönche werden, um Abtsstellen zu erlangen, bei Versuch, sich diese zu verschaffen, Exk.).

[6] Lateran. III. 1179 c. 16, M. 22, 227 (c. 1 X de his quae III. 1, Geistliche, welche unstatthafte Gewohnheiten ihrer Kirche beschwören, Ausschliessung vom Abendmahl bis nach geleisteter Busse); Leg. K. Barcelona 1229 c. 9. M. 23, 190 (eidliche Verpflichtung bei Geschäften der Kirche, der Ansicht eines andern unbedingt zuzustimmen, Exk.); Mainz 1261 c. 13, p. 1084 (eidliche Verbindungen und Verbrüderungen in Betreff der Behandlung kirchlicher Geschäfte, Exk., ferner zu gegenseitiger Absolution ausser Exk. für diejenigen, welche der Vereinigung beigetreten sind, spoliatio omnium officiorum et beneficiorum in perpetuum). — Valence 1268 c. 23, 1054 (Kleriker, welche die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen eidlich bestärken, privatio benef. ipso iure, Nichtbenefiziaten in sacris exc. ipso facto); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 7, M. 22, 821 (Kleriker, welche sich eidlich verpflichten, keine Bücher oder andere Sachen zu verleihen, keine Darlehne zu nehmen oder zu geben und nicht für andere zu bürgen susp. a benef., Nichtbenefiziaten Exk.).

[7] Allerdings nur vereinzelt Hohenaltheim 916 c. 38, LL. 2, 560 (S. 84 n. 13).

[8] Hierher gehört S. Pölten 1284, M. 24, 511 (Geistliche, welche Depositen über 10 librae annehmen und geben, ohne zwei Zeugen zuzuziehen, exc. ipso facto, auch exc. für Zeugen und den Depositar, welche nach dem Tode des Deponenten eine Anzeige über das Depositum an den Bischof unterlassen).

[9] c. 1 (inc.) X de cler. percussore V. 25 (bei Unverbesserlichkeit Absetzung).

S. noch c. 6 (stat. eccl. ant. c. 60). Dist. XLVI (Kleriker, welcher unanständige Reden führt, Absetzung).

[10] Bd. I S. 133, doch enthalten die hier mitgetheilten, namentlich auch die gemeinrechtlichen Vorschriften keine bestimmten Strafandrohungen.

[11] Grado 1296 c. 16, M. 24, 1168 (arbiträre Strafe).

[12] Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (Exk.); Lerida für das 13. Jahrh. M. 23, 936 (susp. ab omnibus beneficiis und nach Absolution Verlust des Benefizialgenusses für die Zeit, welche das unerlaubte Verhalten gedauert hat); Leg. K. Ofen 1279 c. 8, M. 24, 275 (susp. ab off. et benef.). Blosse Verbote enthalten z. B. Mainz 852 c. 23, Bor. Kr. 2, 191; Prag 1346, M. 25, 84.

Vgl. Ravenna 1286 c. 1, M. 24, 615 (Geistliche, welche Schauspielern und Spassmachern etwas, auch nur zum Lebensunterhalt beim Durchreisen verabreichen, doppelter Betrag als Strafe an ihre Kirche für die Armen).

nächtliches Ausgehen[1], insbesondere nächtliches Herumschwärmen und Lärmen auf den Strassen[2], das Umherziehen im Lande, namentlich in der Gesellschaft von fahrenden Schülern[3],

die Völlerei und Trunksucht[4], sowie der Besuch der Wirthshäuser ohne gerechtfertigten Grund[5], die Theilnahme an Schmausereien oder Trinkgelagen[6] und die Veranstaltung von solchen[7],

das gewohnheitsmässige Spielen oder das Spielen an öffentlichen Orten oder des Gewinnes wegen oder das Zusehen bei Spielen der Laien[8],

[1] Trier 1310 c. 55 u. Marciac 1326, M. 25, 262. 783 (ohne Licht, wo dies verboten ist, dieselbe Geldstrafe, welche für Laien festgesetzt ist, bei verweigerter Zahlung das Doppelte).

[2] Köln 1279 c. 1, M. 24, 346 (susp. a praebenda für einen Monat). — Gratian giebt stat. eccles. ant. c. 48 in c. 4 §. 1 Dist. XCI (Kleriker, welche sich auf Märkten herumtreiben, Absetzung) wieder.

[3] Salzburg 1292 c. 3, M. 24, 1078 (Verlust des Klerikalprivilegs ipso facto, und wenn sie etwas von Klöstern, Kirchen und Geistlichen zu erpressen suchen, Gefängniss), vgl. auch noch Salzburg 1274 c. 16, p. 141 u. S. Pölten 1284, p. 511 (welche die Unterstützung der fahrenden Schüler und clerici vagi durch Geistliche ersteres mit int. ingressus ecclesiae bis zur Zahlung eines Pfundes für das h. Land, letzteres mit Geldstrafe, eventuell int. ingressus auf einen Monat bedrohen) und Mainz 1233 c. 46, Mone, Ztschr. f. Gesch. des Oberrheins 3, 141 (Aufnahme und Unterstützung von vagi scholares, suspensio und harte Bestrafung).

[4] Friaul 769 c. 3, M. 13, 846 (Trunksucht Absetzung); Aachen 836 C I c. 6, M. 14, 675 (Bischöfe, Absetzung); Atto v. Vercelli c. 69, Auspeitschung, s. S. 79 n. 1; Gran 1114 c. 48, M. 21, 109 (Priester im ersten Fall 3 pensae, im zweiten und wenn er andere zum Trinken zwingt und betrunken macht, Absetzung).

c. 1 (can. apost. 42. 43) Dist. XXXV (Bischof und Priester, dampnetur, nach der Quelle: Absetzung, andere Geistliche Exk.); c. 9 (Agde 506, s. Bd. IV S. 732 n. 7) Dist. cit. (Trunkenheit, Suspension von den kirchlichen Mitgliedschaftsrechten); c. 14 (Lateran. IV c. 15, M. 22, 1003) X de vita III 1 (crapula et ebrietas, auch Zutrinken, bei Nichtsatisfaktion susp. ab off. et ben., wiederholt Lemans 1247, M. 23, 755); Rouen 1299 c. 1, M. 24, 1203 (amissio fructuum beneficiorum auf ein Jahr, bei Unverbesserlichkeit privatio beneficiorum).

Richard v. Salisbury u. 1227 c. 11, M. 22, 1110 (Vortrinken, bei Unverbesserlichkeit susp. ab off. et benef., wiederholt Canterbury 1236 c. 6, M. 23, 413); Valence 1268, p. 1055 (Betrinken, 10 solidi, bei Unverbesserlichkeit kanonische Strafe, s. vor. Abs.).

[5] Gran 1114 c. 59, M. 21, 112 (Absetzung S. 52 Anm. unter a.); London 1175 c. 2, M. 22, 147 (ebenso); Salzburg 1267 c. 12, M. 24, 140 (susp. ab off., bis er 2 Tage bei Wasser und Brot gefastet); Leg. K. Ofen 1279 c. 8, p. 275 (bei Hartnäckigkeit susp. ab off. et ben.); Münster 1279 c. 1, p. 312 (exc. ipso facto); Würzburg 1287 c. 2, p. 851 (arbiträre Strafe); Benevent 1331 u. 1378 c. 48, M. 25, 961 u. M. 26, 644 (Geldstrafe); Magdeburg 1315 c. 21, M. 23, 1166 (susp. ab ingressu ecclesiae); — c. 15 (Lateran. IV. 1215, M. 22, 1005) X de vita III. 1 enthält keine Strafandrohung.

[6] Gran 1114 c. 47, M. 21, 108 (Theilnahme an Gelagen, susp. ab off. und 40 Tage Busse); London 1175 c. 2 cit. (vor. Anm.); c. 9 (Lateran. IV. 1215 c. 17, M. 22, 1006) X de celebr. miss. III. 41 (susp.); Rouen 1299 c. 1 cit. (s. vorvor. Anm.); die Bd. I S. 133 n. 8 citirten Stellen bei Gratian enthalten keine Strafandrohungen.

[7] Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 16, M. 22, 823 (inhonestae commessationes in domibus clericorum et atriis ecclesiarum, susp. a benef., bez. Exk.); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 11, M. 22, 1110 (kanonische Strafe, wiederholt Canterbury 1236 c. 6, M. 23, 418); Worcester 1240 c. 33, p. 357 (susp. ab off.).

[8] Rom 826 c. 11, Bor. 1, 373 (Spiele überhaupt, canonice iudicetur); Augsburg 952 c. 3, LL. 2, 28 (Bischöfe, Priester und Diakonen, für fortgesetztes Würfelspiel Absetzung nach c. 42 apost. = c. 1 Dist. XXXV); Leg. K. Gerona 1068 c. 11, M. 19, 1071 (ohne bestimmte Strafandrohung); Lemans 1247, M. 23, 761 (Kleriker der höheren Weihen und Beneficiaten, welche um des Gewinnes Würfel spielen, Exk.); Valence 1268, p. 1055 (Kleriker der gedachten Art, welche Kegel und Würfel spielen, Geldstrafe von 5 Morabetini ipso facto, bei Nichtzahlung exc. l. s.); Lerida Ende 13. Jahrh. p. 936 (Kleriker nicht Kegel und Würfel spielen und solchen Spielen beiwohnen, susp. ab omnibus beneficiis und nach Satisfaktion auf so lange Ausschluss vom Genuss der Benefizien, als das unerlaubte Verhalten gedauert, Nichtbenefiziaten susp. ab introitu ecclesiae); Salzburg 1276 c. 12, M. 24, 140 (Würfel und Kegelspielen in Wirthshäusern, susp. ab off. ipso facto bis sie 2 Tage gefastet, beim dritten Mal privatio beneficii, Nichtbenefiziaten arbiträre Strafe); Leg. K. Ofen 1279 c. 8, p. 275 (Kleriker Würfel und Kegelspielen, bei Hartnäckigkeit susp. ab off. et ben.); Salzburg 1287 c. 2, p. 851 (Kegelspielen arbiträre Strafe); Trier 1310 c. 13, M. 25, 254 (Würfelspielen Exk.); Benevent 1331 und 1378 c. 46, M. 25, 960 u. M. 26, 643 (Kegelspielen, Geldstrafe).

c. 15 (Lateran. IV. 1215 c. 16, M. 22, 1005) X de vita III. 1 (Verbot des Würfel- und Kegelspielens und des Anwohnens bei solchen Spielen) enthält keine Strafandrohung.

Vgl. übrigens noch Bd. I S. 133.

die Betreibung der Jagd[1],

die Ausübung von Gaukler-, Spassmacher- und ähnlichen Künsten[2],

das Betreiben des Handels um des Gewinnes willen[3], das Halten von Wirthshäusern[4], Bordellen[5], Würfel- und Spielbuden[6] und Fleischereien[7],

das Betreiben der Medizin und Chirurgie durch die Geistlichen der höheren Weihen[8],

das Betreiben weltlicher Geschäfte[9], insbesondere für Laien[10], namentlich die Übernahme von Verwaltungen und Pachtungen von den letzteren[11], von Vormund-

[1] Cap. missor. 802 c. 19, Bor. 1, 95 (Halten von Jagdhunden, Falken und Sperbern, Absetzung); Rom 826 c. 12, p. 373 (Ausübung der Jagd, canonica disciplina); Mainz 852 c. 6, Bor. Kr. 2, 187 (Halten von Jagdfalken u. s. w., Bischof, Personalinterdikt auf 3 Monate, Priester auf 2 und Diakone auf einen, im wesentlichen wiederholt Worms 868 c. 17, M. 15, 872); Augsburg 952 c. 2, LL. 2, 27 (Halten von Jagdhunden und Habichten, Suspension); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. I c. 2, M. 22, 820 (desgleichen, susp. a benef., eventuell Exk.).

Von den Bd. I S. 134 n. 1 citirten Stellen des Dekrets weist nur c. 2 (Agde 506 oder Epaon 517) Dist. XXXIV eine Strafandrohung auf. Diese ist in dem auf derselben Quelle beruhenden c. 1 X de cler. venat. V. 24 dahin verändert, dass auf das Halten von Jagdhunden durch den Bischof das Personalinterdikt auf 3, durch den Priester auf 2 Monate, durch den Diakon die susp. ab off. gesetzt ist, die übrigen Stellen des liber X (s. Bd. I a. a. O.) haben ebenfalls keine Strafbestimmungen.

[2] c. 2 (Gelas. I) Dist. LXXXVIII (Absetzung); c. un. (Bonifaz VIII.) in VI de vita cler. III. 1 (nach Ablauf eines Jahres Verlust des Klerikalprivilegiums ipso iure, bei kürzerer Zeit erst nach dreimaliger monitio, wiederholt Salzburg 1310 c. 23, M. 25, 227).

[3] Die älteren Stellen bei Gratian, Bd. I S. 134 n. 6, enthalten keine bestimmten Strafandrohungen, ebenso wenig die meisten der einschlagenden Provinzialkonzilien, s. z. B. Paris 829 lib. I c. 26, M. 14, 557; London 1175 c. 10, M. 22, 150; Rouen 1190 c. 9, p. 583; const. Gallon. 1208 c. 6, p. 764; gemeinrechtlich ist Exk. (so auch Münster 1279 c. 1, M. 24, 312 und Trier 1310 c. 18, M. 25, 254) und nach dreimaliger Mahnung Entziehung des Klerikalprivilegs angedroht, Bd. I S. 135, s. aber andererseits Benevent 1331 u. 1378 c. 50, M. 25, 962 und 26, 645 (Geldstrafe von einer Unze); — Mailand 1287 c. 12, M. 24, 875 (Ausbedingung von Lohn für Depositen, ausser Nichtigkeit der Verabredung exc. ipso facto).

Wegen wucherischer Geschäfte der Geistlichen s. o. S. 196 ff.

[4] c. 3 (Trullan. 692) Dist. XLIV (bei Unverbesserlichkeit Absetzung); Worcester 1240, c. 33, M. 25, 537 (susp. ab off.); Leg. K. Ofen 1279 c. 5, M. 24, 274 (bei Hartnäckigkeit ingressus ecclesiae); Münster 1279 c. 1, p. 313 (Verkauf von Wein und Bier, exc. l. s.); Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (Exk.); Benevent 1331 u. 1378 c. 50 cit. (s. vor. Anm., als Strafe eine Unze).

Gemeinrechtlich Clem. 1 (Vienne 1311) de vita III. 1 (nach Mahnung verheirathete Kleriker und unverheirathete, welche die Klerikaltracht abgelegt haben, Verlust des Klerikalprivilegs ipso iure, andere unverheirathete Kleriker blos Verlust des Privilegs in Bezug auf ihr Vermögen, nicht auf ihre Person, wiederholt Angers 1337 c. 38, M. 25, 1097; Prag 1346, M. 26, 83).

[5] Bergamo 1311 c. 3, M. 25, 481 (dieselbe Strafe, wie Laien nach weltlichem Recht, nur nicht Lebens- und Leibesstrafen, und andere arbiträre Strafen, wie Gefängniss und privatio beneficii).

[6] Mailand 1287 c. 5, M. 24, 874 (auch für Darlehne zur Betreibung solcher Buden exc. ipso facto); Bergamo 1311 c. 3 cit. (s. vor. Anm.).

[7] Clem. 1 cit. und Angers 1337 c. 38 cit. (s. Anm. 4).

[8] Über das gemeine Recht, welches keine bestimmte Strafe androht, s. Bd. I S. 136, vgl. ferner Beziers 1310 c. 13, M. 25, 365 (Priester ohne bischöfliche Erlaubniss, Personalinterdikt ipso iure).

[9] Pont Audemer 1279 c. 20, M. 24, 224 (nach Mahnung Verlust des Privilegs der Abgabenfreiheit und bei Nichttragen der Tonsur und der geistlichen Kleidung auch des privilegium fori); Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (saeculares negotiationes, Exk.); s. auch c. 3 (can. apost. 7) Dist. LXXXVIII (Absetzung).

[10] Leg. K. London 1138 c. 9, M. 21, 512 (remotio ab off. et benef.).

[11] Pavia 850 c. 18, Bor. Kr. 2, 121 (conductores, procuratores, exactores fiscalium rerum vel redituum aut vectigalium, Exk. für die Kleriker und diejenigen, welche sie bestellen); päpstl. Konz. Rheims 1148 c. 4, M. 21, 718 (actores et praepositi, Exk., eventuell privatio beneficii); c. 4 (Lateran. III 1179 c. 12, M. 22, 225) X ne cler. III. 50 (procuratores villarum, alieni a ministerio, d. h. Absetzung, S. 52 Anm. unter f.); schott. K. 1225 c. 22 (actores vel administratores saecularium personarum in negotiis saecularibus, susceptio administrationum rerum seu negotiorum saecularium, alieni a ministerio ecclesiastico); Salzburg 1292 c. 2, M. 24, 1077 (conductores et procuratores laicorum, exc. ipso facto, bei Hartnäckigkeit Verlust der Benefizien, des Klerikalprivilegs und Unfähigkeit zu Kirchenämtern ipso iure); Trier 1310 c. 18, M. 25, 254 (conductores aut procuratores rerum saecularium); Chateau Gontier 1231 c. 11, M. 23, 236 (Kleriker, welche sich zu tributarii saecularium machen, susp. ab off. et benef. und Absolution nur nach Zahlung einer Mark Silber an die Kathedralfabrik).

schaften und Kuratelen für dieselben[1], das Übernehmen von Bürgschaften[2], sowie von Stellungen und von Ämtern seitens der Laien, vor Allem der weltlichen Herren und Fürsten[3],

die Ausübung der Advokatur und Prokuratur vor den weltlichen, sowie auch unter Umständen vor den geistlichen Gerichten[4], sofern nicht ein Ausnahmefall vorliegt[5],

[1] Ravenna 1311 c. 4, M. 25, 482 (ohne Genehmigung des Bischofs, 100 solidi).

[2] c. 1 (can. apost. 20) X de fidejuss. III. 22 (Absetzung); Bergamo 1311 c. 4, M. 25, 482 (100 solidi).

[3] Leg. K. Gerona 1068 c. 10, M. 19, 1071 (ministri laicorum, bei Hartnäckigkeit Absetzung); Compostella 1114 c. 9, M. 21, 192 (diejenigen, welche Geistliche zu villici oder nutritores ihrer Kinder machen, Exk.); c. 5 (Alex. III.) X ne clerici III. 50 (officium vicecomitis et praepositi saecularis, Anathem, fast wörtlich ebenso London 1179 c. 3, M. 22, 148); c. 4 (Lateran. III.) X eod. (s. S. 264 n. 11; vorher schon Leg. K. Avranches 1172 c. 12, M. 22, 140: privatio beneficii); Rouen 1190 c. 9, M. 22, 583 (officium vicecomitis vel saecularis praepositatus, susp. ab off. et privatio benef.); Trier 1238 c. 22, M. 23, 481 (ministri, baillivi, iustitiarii keinen Schutz des Klerikalprivilegs bei Verhaftungen durch Laien und spoliatio benef.); Valence Monteil 1248 c. 3, p. 771 (für Kleriker in sacris, Kanoniker und Benefiziaten, welche judicatus, consulatus, assisoria et alia officia publica übernehmen, susp. ab off. et benef., nach einem Jahr privatio beneficii sine spe restitutionis, wiederholt Albi 1254 c. 45, p. 844); Narbonne 1260 c. 2, M. 23, 1030 (Kleriker in sacris und Seelsorge-Geistliche, die eine bajulia oder iudicatura von Laien haben oder kaufen, susp. ab off. et ben.); London 1268 c. 7, p. 1222 (Kleriker in sacerdotio Übernahme der Jurisdiktion von Weltlichen, susp. ab off. et benef. ipso facto); Salzburg 1292 c. 3, M. 24, 1077 (Ämter aller Art, namentlich derjenigen der iustitiarii und vicecomites, wegen der Strafen s. S. 264 n. 11); Rouen 1299 c. 2, p. 1203 (sacerdotes curati und clerici beneficiati officium iustitiae saecularis, amissio fructuum beneficiorum auf ein Jahr, bei Hartnäckigkeit privatio beneficii); Bergamo 1311 c. 2, M. 25, 481 (öffentliche Ämter, namentlich Rektorate von Kommunen, Konsulate, Tabellionate, Vikariate, Vicedominate, exc. ipso facto); Avignon 1326 c. 26, p. 759 (Ämter des iudex oder baillivus, Benefiziaten susp. a benef. ipso facto, andere Personal-Interdikte).

Speziell ist den Klerikern die Übernahme und Ausübung der Kriminalgerichtsbarkeit und die Betheiligung an der Verwaltung derselben, soweit dadurch die Vollstreckung der Todes- oder von verstümmelnden Strafen herbeigeführt werden kann (an den iudicia sanguinis) untersagt, c. 5 (Alex. III.) X ne clerici III. 50 (Kleriker der höheren Weihen Absetzung unter Berufung auf Toledo XI. 675 c. 6 in c. 30 C. XXIII qu. 8, vgl. auch ibid. c. 29 aus Toledo IV. c. 31); London 1175 c. 3, M. 22, 148 (fast wörtlich wie c. 5 X cit.); Lerida 13. Jahrh. M. 23, 936 (Kleriker, Benefiziaten susp. ab omnibus beneficiis und nach Absolution so lange Ausschluss von der perceptio beneficiorum, als er hartnäckig war); London 1268 c. 6, p. 1222 (Kleriker judex und assessor in causis sanguinis susp. ab off. ipso facto und arbiträre Strafen) Exeter 1287 c. 24, M. 24, 813 (Kleriker, Verlust der Benefizien). S. auch S. 50 n. 7.

[4] Lateran. III. 1179 c. 12, M. 22, 225 (theilweise und zwar ohne Strafandrohung in c. 1 X de postul. I. 37, Kleriker in sacris und andere, welche kirchliche Stipendien haben, alieni ab ecclesiastico ministerio, d. h. Absetzung, s. S. 52 Anm. unter f.); c. 3 (Gregor. IX.), eod. (Kleriker, welcher von der Kirche ein Benefizium hat, bei Advokatur oder Prokuratur für Fremde gegen die Kirche, spoliatio beneficii); Leg. K. Avignon 1209 c. 19, M. 22, 792 (clerici in sacris stipendiati Advokatur im weltlichen Gericht gegen kirchliche Institute, kanonische Strafe); Leg. K. Paris 1212 o. 1213 I c. 6, M. 22, 820. 821 (clerici beneficiati, Dekane, Dignitäre Ausübung der Advokatur gegen Übereinkunft, privatio beneficii, andere Exk.); Roffec-Bordeaux 1258 c. 6, M. 23, 986 (clerici beneficiati Advokaten im weltlichen Gericht ausser in den erlaubten Fällen, s. folgende Anm., Exk.); Arles 1263 c. 9, M. 23, 1007 (clerici beneficiati in weltlichen Gerichten abgesehen von Ausnahmefällen, susp. ingressus ecclesiae ipso facto, bei Hartnäckigkeit privatio beneficii); London 1268 c. 6, p. 1222 (clerici schlechthin, im übrigen ebenso, bei causae sanguinis für Kläger susp. ab off. ipso facto, sonst arbiträre Strafe); Avignon 1279 c. 13, M. 24, 241 (Änderung von Arles 1263 cit. dahin, dass eine Ausübung mit Genehmigung des Bischofs straflos erfolgen kann, aber für Advokation des clericus beneficiatus gegen die Kirche oder eine kirchliche Person im weltlichen oder geistlichen Gericht ohne Bestellung durch den geistlichen Richter, exc. ipso facto); Bergamo 1311 c. 4, M. 25, 482 (Kleriker, Prokuratoren ausser in den gesetzlich gestatteten Fällen ohne bischöfliche Erlaubniss, 100 solidi); Tarragona 1326 c. 7, p. 840 (Kleriker Advokation gegen die Kathedrale ohne bischöfliche Erlaubniss ausser für sich und seine Angehörigen und seine Kirche, privatio beneficii); Avignon 1326 c. 26, p. 759 (Kleriker mit Seelsorge oder in sacris Prokurator oder Syndikus im weltlichen Gericht susp. a beneficiis ipso iure, Nichtbenefiziat Personalinterdikt); Tarragona 1332 c. 3, M. 25, 938 (clerici beneficiati für Laien gegen einen Kleriker im weltlichen oder geistlichen Gericht, exc. ipso facto); Bourges 1336 c. 7, M. 25, 1061 (clerici in sacris und beneficiati im weltlichen Gericht gegen eine Kirche oder einen Geistlichen abgesehen von den Ausnahmefällen und ausser für einen Geistlichen oder eine Kirche, exc. ipso facto).

[5] Bd. I S. 137.

die Leistung von Kriegsdiensten und die Theilnahme an kriegerischen Unternehmungen und Fehden [1],

endlich das Aufgeben des Klerikalstandes (*apostasia a clericatu*) [2], also die Ablegung der Tonsur und geistlichen Tracht sowie Führung eines weltlichen Lebens, wie die Laien, auch unter Übernahme weltlicher Beschäftigungen, Stellungen und Ämter [3].

III. Die Tendenz und der Charakter der kirchlichen Strafgesetzgebung in Betreff der Disciplinarstrafvergehen. Überblickt man die unter II. gegebene Zusammenstellung der kirchlichen Disciplinarstrafvergehen, so fällt es zunächst in das Auge, dass an der näheren Ausgestaltung des Disciplinarstrafrechtes der partikulären Gesetzgebung ein viel umfassenderer Antheil als der allgemeinen und päpstlichen gebührt. Diese Erscheinung hängt nicht nur damit zusammen, dass die einzelnen lokalen kirchlichen Gewalten, weil sie den Verhältnissen näher standen, leichteren Einblick in etwaige hervortretende Missbräuche erhalten konnten, und daher schneller auf die Bedrohung derselben mit Strafen hingeführt werden mussten, sondern auch damit, dass das Papstthum seit der Mitte des 11. Jahrhunderts und später, wie es bei der Verfolgung seiner hierarchischen Machtinteressen den sich zugleich als gemeine Verbrechen darstellenden Strafvergehen verhältnissmässig geringe Aufmerksamkeit geschenkt hat [4], so auch hinsichtlich der Disciplinarvergehen des Geistlichen, in erster Linie denjenigen Handlungen der Geistlichen, welche es im Interesse jener Ziele unterdrücken musste, die eingehendste Berücksichtigung hat zu Theil werden lassen. Dies zeigt, woran hier wieder zu erinnern ist, die Bedrohung der Verletzung des Cölibatsgesetzes und des Konkubinenhaltens durch die Geistlichen [5], die damit in Verbindung stehende Ausschliessung der Kinder von Geistlichen von den väterlichen Ämtern [6], ferner die das Korrelat zum Verbote der Laien-Investitur [7] bildende Bestrafung der Annahme von Kirchenämtern aus Laienhand [8], und der eigenmächtigen Intrusion in solche [9], sowie einer Reihe von Regelwidrigkeiten bei den Papst- und Prälatenwahlen [10]. Sodann gehören in diesen Zusammenhang die als Vergehen qualifizirte Unterlassung der Ketzerinquisition [11], die Verleihung von Zehn-

[1] Meaux-Epernay 845—46, c. 37 LL. 1, 390 (c. 6 C. XXIII qu. 8, Absetzung — die übrigen Bd. I S. 26 n. 9 citirten Stellen aus karolingischer Zeit haben für ihre Verbote keine bestimmten Strafen festgesetzt, ebensowenig Lateran. IV. 1215 c. 18, M. 22, 1006 in c. 9 ne clerici III. 50 [Verbot für Kleriker die Anführung von Bogenschützen, Schleuderern u. s. w. zu übernehmen] wohl aber c. 5 [Toledo IV. 633] C. XXIII qu. 8 [Kleriker, welche sich mit Waffen an Parteikämpfen betheiligen, Absetzung und ewige Busse], und c. 5 [Innoc. III.] X de poenis V. 37 [Kleriker, welche Kriegsschiffe anführen oder auf ihnen kämpfen und andere dazu anreizen, Deposition] —); Tours 1060 c. 7, M. 19, 927 (Kriegsdienste leisten, Verlust des Benefiziums und des consortium clericorum, d. h. Absetzung S. 53 n. 5); Bergamo 1311 c. 2, M. 25, 481 (Theilnahme an Gefechten abgesehen von den Fällen der Nothwehr und der Vertheidigung der Kirche, exc. ipso facto s. auch ibid. c. 16); Tarragona 1317, c. 7, p. 630 (freiwilliges Sichelnmischen in Gefechte ausser zur Vertheidigung der Kirche, Verlust des Klerikalprivilegs); Avignon 1326 c. 38, M. 25, 765 (Halten, Anführen und Aufnehmen bewaffneter Schaaren ohne Genehmigung des Bischofs, exc. ipso facto).

[2] Bd. IV S. 182.

[3] Tribur 895 c. 27, M. 18, 145 (Zwang zur Rückkehr durch den Bischof, eventuell Anathem unter Berufung auf Chalcedon 451 c. 7, s. c. 3 C. XX qu. 3); päpstl. K. Rheims 1049 c. 8, M. 19, 742 (ohne Strafandrohung); Rom 1059, p. 873 (Exk.); Leg. K. Rouen 1074 c. 9, M. 20, 399 (Anathem); London 1102 c. 11, p. 1151 (Exk.); c. 1 (Alex. III.) X de apost. V. 9 (Verlust des Klerikalprivilegs).

[4] S. 231.

[5] S. 171 ff.

[6] S. 240 n. 6.

[7] S. 218.

[8] S. 241.

[9] S. a. a. O.

[10] S. 241. n. 1 u. 2; auch der eigenmächtige Verzicht der Bischöfe auf ihr Amt, S. 243.

[11] S. 252 n. 13 u. 14.

ten an Laien [1], die Auftragung kirchlicher Güter an dieselben als Oberherren [2], und die Nichthinderung unerlaubter Ehen [3]. Nicht minder bilden einen Beweis dafür die weite Ausdehnung der Gehorsamspflicht gegen den päpstlichen Stuhl [4] und die Bedrohung der Nichtbeachtung der kirchlichen gegen Laien und Kleriker verhängten Strafen und ihrer Rechtsfolgen seitens der Geistlichen [5]. Endlich ist es charakteristisch, dass das Einschreiten der Päpste und der von ihnen beeinflussten Gesetzgebung mit strafrechtlichen Normen gegen bestimmte Missbräuche, wie die Kumulation von Ämtern [6], die Nichtbeachtung der Residenzpflicht [7] und die Ertheilung von Anwartschaften [8], gerade dadurch, dass die ersteren aus hierarchischem und eigennützigem Interesse vielfach von jenen Vorschriften dispensirt haben [9], eines durchschlagenden Erfolges beraubt worden ist.

Allerdings hat die päpstliche und die allgemeine Gesetzgebung der Kirche auch in dieser Zeit eine Anzahl von Disciplinarvorschriften erlassen, welche nicht von jener Tendenz beherrscht sind, aber bei einer Reihe derselben, so bei den Vorschriften über die Beobachtung der den Geistlichen obliegenden Standespflichten [10], über die Qualifikation der Kandidaten für die Kirchenämter [11] und die regelmässige Abhaltung der Provinzial- und Diöcesansynoden [12] handelte es sich zum Theil um solche, welche sich als Einschärfung älterer Bestimmungen oder einzelner sich aus denselben ergebender Konsequenzen darstellen, bei andern um solche, welche durch die eine Neuregelung erheischenden Umbildungen bisheriger Einrichtungen [13] oder die Einführung neuer kirchlicher Gebote [14] oder durch neu entstandene Verhältnisse [15] erfordert worden sind. So tritt die gesetzgeberische Thätigkeit in diesen Beziehungen hinter der auf die Durchführung hierarchischer Tendenzen gerichteten wesentlich zurück, und daraus erklärt es sich auch, dass solche Disciplinarstrafnormen, welche entschiedenen Missbräuchen, so der egoistischen Ausübung und Verwendung der Leitungsgewalt der kirchlichen Oberen entgegentreten [16], nur vereinzelt vorkommen, und einzelne derselben überdies noch zum Schutze des kirchlichen Gutes gegen derartige Übergriffe [17] erlassen sind.

In allen diesen Beziehungen ist die Thätigkeit der Partikularsynoden eine weit umfassendere gewesen [18], aber auch diese haben namentlich seit dem 13. Jahrhundert

[1] S. 248.
[2] S. 248 n. 2.
[3] S. 246.
[4] S. 255 n. 12.
[5] S. 245 n. 1 u. 257.
[6] S. 243.
[7] S. a. a. O.
[8] S. 242.
[9] Bd. III S. 233. 248 ff. und Bd. II S. 474.
[10] Wie des Tragens der Tonsur, S. 259, passender Kleidung S. 260, des Nichtführens von Waffen, S. 260, der Vermeidung verdächtigen Umgangs mit dem weiblichen Geschlecht, S. 260, der Beobachtung der Pflicht zum Messelesen, S. 262, der Unterlassung unnützen und unerlaubten Schwörens, S. 262, der Vermeidung der Trunksucht und Völlerei, S. 263, der Nichthaltung von Wirthshäusern, S. 264, der Nichtübernahme weltlicher Ämter und Stellungen, S. 264, sowie der Prokuratur und Advokatur, S. 265, der Nichtausübung der Kriminalgerichtsbarkeit, S. 265, der Fernhaltung von Jagden, S. 264, und von kriegerischen Unternehmungen und Fehden, S. 266.
[11] S. 240.
[12] S. 252 n. 7 u. 8, auch der ordnungsmässigen Aufbewahrung des Chrismas und der Eucharistie, S. 246.
[13] Hierher gehören die Vorschriften über die Ordination seit dem 12. Jahrhundert, seit dem Aufkommen der absoluten Ordinationen, S. 238 und über die Anstellung von Beichtvätern und Predigern bei den Kapiteln S. 254.
[14] So die Bestrafung der Verletzung des Beichtgeheimnisses, S. 245.
[15] Wie die durch Entstehung der neuen Mönchsorden im 13. Jahrhundert hervorgerufenen Verordnungen über die Ausübung des Predigtamtes, S. 247 und S. 254 n. 13 u. 14.
[16] S. 249 n. 13; S. 250 n. 12 bis 14; S. 251 n. 11 bis 15.
[17] S. 247. 248 u. 249.
[18] S. die oben unter II gegebene Übersicht, insbesondere ist dies hinsichtlich der Bedrohung von Amtsmissbräuchen, s. S. 249, der Fall gewesen.

die hierarchischen Ziele der päpstlichen und allgemeinen Gesetzgebung durch ihre Normen unterstützt, indem sie die in dieser Richtung erlassenen Anordnungen derselben durch die von ihnen gegebenen Vorschriften zur Durchführung zu bringen gesucht haben[1].

IV. Das Dekretum Gratians und die Dekretalensammlungen. Wie das Dekretum Gratians keinen besonderen strafrechtlichen Theil aufweist, so fehlt in demselben auch ein besonderer, die Disciplinarvergehen der Geistlichen behandelnder Abschnitt. Dies erscheint insofern gerechtfertigt, als es in der Natur der Sache liegt, dass die die Disciplinarvergehen mit Strafe bedrohenden Vorschriften nicht als selbstständige Anordnungen, wie die allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen, sondern lediglich im Zusammenhang mit den die Amtsverwaltung und die amtlichen Verpflichtungen regelnden Normen, als deren Verletzung sich das Disciplinarvergehen charakterisirt, hingestellt werden. Daraus erklärt es sich auch, dass nicht einmal die Dekretalensammlung Gregors IX. einen eigenen Abschnitt über die Disciplinarvergehen der Geistlichen enthält, sondern abgesehen von wenigen, solche speziell behandelnden Titeln im Buch V.[2], ebenso wie die übrigen Sammlungen[3] die betreffenden Anordnungen in denjenigen Titeln, welche von den einzelnen Amtshandlungen und amtlichen Verpflichtungen handeln, beibringt[4].

V. Die Amtsverbrechen und die gemeinen Strafvergehen der Geistlichen. Schon das ältere kirchliche Strafrecht bietet insofern eine Analogie zu den heutigen s. g. Amtsverbrechen dar, als gewisse schwere Verstösse der Geistlichen gegen die Disciplin mit allgemeinen, zugleich für die Laien anwendbaren Strafen bedroht worden sind[5]. Dieselbe Erscheinung tritt auch in dieser Periode hervor, aber es kommt in der letzteren ebensowenig wie früher zu einer festen Ausgestaltung des Begriffes des Amtsdeliktes und zu einer rationellen Abgränzung desselben gegenüber den anderen Disciplinarvergehen.

Wenn das gemeine und noch in weiterem Umfange das partikulare Recht, namentlich seit dem 13. Jahrhundert, eine Anzahl von Disciplinarvergehen der Geistlichen mit der harten, auch für Laien anwendbaren Strafe der Exkommunikation bedroht hat, so ist dabei zum Theil die Schwere des Vergehens, vor Allem seine Richtung auf Untergrabung der kirchlichen Autorität[6] oder auf Störung der von der

[1] Vgl. hierzu die Citate zu den S. 267 angeführten Stellen. Ja, mitunter sind sie auch darüber hinausgegangen, wie in der Bestrafung der Bedenkung und der Bereicherung der Konkubinen und unehelichen Kinder der Geistlichen, S. 261, ferner in der Bedrohung der Angehung der weltlichen Gerichte durch die Geistlichen in kirchlichen Rechtssachen und gegen Geistliche und der Anrufung des Schutzes und der Intervention der weltlichen Gewalt gegen die Kirche und ihre Oberen, während das gemeine Recht speziell in letzterer Beziehung keine, in ersterer nur wenige Vorschriften aufweist, s. S. 257. 258.

[2] Nämlich tit. XXIV. XXVII—XXXI und tit. IV. V, während tit. XIV de clericis pugnantibus in duello, und tit. XXV de clerico percussore gewöhnliche Strafvergehen betreffen.

[3] In diesen fehlen, abgesehen von dem tit. de excessibus praelat. (V. 6 in VI. und in Clem.) den vorhin citirten entsprechende Titel.

[4] S. namentlich die tit. I—IV lib. III. X de vita et honest. clericor., de cohabitatione clericorum, de clericis coniug., de clericis non residentibus; in VI lib. III tit. I—III und in Clem. lib. III. 1., im übrigen s. die Citate in der Übersicht unter II.

[5] Bd. IV S. 254. 833.

[6] Für das gemeine Recht s. Lateran. III. 1179 c. 7, S. 242 n. 3. Gemeinrechtlich und partikularrechtlich gehört hierher die Gewährung des kirchlichen Begräbnisses an Exkommunicirte u. s. w. S. 247 n. 2, blos partikularrechtlich der beharrliche Ungehorsam gegen den Bischof, S. 255 n. 10, die eigenmächtige Absetzung von Geistlichen, S. 243 n. 8; das Celebriren an interdicirten Orten, S. 245 n. 1, oder trotz des Interdiktes S. a. a. O.; das Gewähren der Absolution an Exkommunicirte, S. 245 n. 5, das eigenmächtige Beichthören, a. a. O., die Hinderung der

Kirche verfolgten hierarchischen Ziele[1], ferner die Verstärkung des Schutzes für das kirchliche Gut[2] und die Sicherung der kirchlichen Abgaben und Forderungen[3], sodann die Wahrung einzelner für die Kirche besonders wichtiger Ordnungen[4], weiter die energische Unterdrückung bestimmter Missbräuche[5], endlich auch der Umstand massgebend gewesen, gegen Geistliche ohne Amt, gegen welche die härteste Disciplinarstrafe, die Absetzung, nicht anwendbar war, mit einer möglichst schweren Strafe einzuschreiten[6]. Aber auf einen einheitlichen Gesichtspunkt lassen sich diese Disciplinarvergehen, von denen einzelne namentlich partikularrechtlich vielfach auch mit reinen Disciplinarstrafen belegt worden sind[7], nicht bringen. Zudem findet sich auch die Exkommunikation für verhältnissmässig leichte Delikte angedroht[8], und ferner werden für eine Anzahl von Disciplinarvergehen der Geistlichen mildere, ebenfalls gegen Laien gebrauchte Strafen, so vor Allem die interdictio ingressus (das

Jurisdiktion der kirchlichen Oberen, S. 249 n. 11 u. 12, die Nichtverkündung von Exkommunikationen, S. 253 n. 14; die Anrufung der Laien zum Schutz der Kleriker gegen die kirchlichen Oberen, Herbeiführung der Einmischung von solchen in kirchliche Wahlen und die Anreizung derselben zu Eingriffen in die kirchlichen Freiheiten, S. 258.

[1] In Betracht kommen hier gemeinrechtlich und partikularrechtlich die Annahme von kirchlichen Ämtern aus Laienhand, c. 3 X de iurepatr. III. 36, vgl. auch S. 218 n. 6 u. S. 241 n. 4; partikularrechtlich die eigenmächtige Intrusion in kirchliche Benefizien und Okkupation derselben namentlich unter Hülfe von Laien, s. a. a. O, n. 5 und einzelne andere Regelwidrigkeiten bei der Erlangung von kirchlichen Ämtern, S. 242 n. 1 (Riez 1285 c. 22) u. a. a. O. n. 9 das unerlaubte Angehen der weltlichen Gerichte seitens der Kleriker und die freiwillige Unterwerfung unter dieselben S. 257 n. 9 u. S. 258 n. 2; das Gewähren von Beistand an percussores, captivatores der Geistlichen u. s. w., S. 257 n. 6 u. n. 8 (Köln 1266 c. 36); weiter gemeinrechtlich die erst durch Clem. un. IV. tit. un. mit der Exkommunikation bedrohte Eheschliessung der Geistlichen der höheren Weihen, S. 173 n. 9 und partikularrechtlich das Halten von Konkubinen, S. 172 n. 4 u. S. 173 n. 1.

[2] Unter diesen Gesichtspunkt fallen: partikularrechtlich gewisse unerlaubte Veräusserungen von Kirchengut, S. 248 n. 2, und S. 249 n. 4; oder Verleihungen von solchem (zur Firma), S. 247 n. 12; die Verpfändung von Benefizialgütern, S. 249 n. 1; die Aussetzung von Vermächtnissen von Erwerbnissen aus Kirchengut an nahe Verwandte, S. 261 n. 10; die Nichtanzeige des Anfalls frommer Vermächtnisse, S. 255 n. 8, die Zurückhaltung des Testamentes des Bischofs, S. 249 n. 4 a. E.

[3] Es gehören hierher partikularrechtlich die Unterlassung der Rückforderung widerrechtlich besessener Zehnten, S. 254 n. 4, der Einforderung des Novalzehnten, S. 254 n. 7; sowie die Hinderung der Beschlagnahme des für die Bestreitung der Baulast bestimmten Zehntens S. 252 n. 4.

[4] Hier kommen in Frage gemeinrechtlich die Aufrechterhaltung der Verschiedenheit der Riten S. 240 n. 4; gemeinrechtlich und partikularrechtlich die unzulässige Einwirkung auf die Wahl des Begräbnisses, S. 247 n. 7 u. 8; partikularrechtlich die Gestattung der österlichen Kommunion ausserhalb der Pfarrei, S. 245 n. 4 a. E.; die Reichung derselben ohne Beichte der Todsünden s. a. a. O.; die Nichtführung von Verzeichnissen über die Beichtenden S. 253 n. 16; verschiedene Verstösse bei der Celebrirung der Messe, S. 245 n. 1; die Eheschliessung ohne Erlaubniss des zuständigen Geistlichen (Cognac 1255 c. 39) S. 246 n. 6; die Unterlassung des Begräbnisses armer Pfarrkinder S. 255 n. 3.

[5] Von partikularrechtlichen Vorschriften gehören hierher die Bedrohung der Kumulation von Benefizien, S. 244 n. 1; der Nichtbestrafung unenthaltsamer Kleriker S. 252 n. 12 a. E.; das Nichtverschlossenhalten des Taufsteines, Chrismas und h. Öles, S. 246 n. 3; der Nichtanstellung geeigneter Diakone durch die Inkorporationsberechtigten, S. 254 n. 9; des Waffentragens der Geistlichen (Grado 1296 c. 20) S. 260 n. 3; des verdächtigen Umganges derselben mit Frauen, (Köln u. 1280 c. 1) S. 260 n. 5; des Eingehens eidlicher Verbindungen durch die Geistlichen, S. 262 n. 6; des Spielens der letzteren, S. 263 n. 8 und der Hingabe von Darlehnen für die Unterhaltung von Spielbuden, S. 264 n. 6; der Übernahme weltlicher Stellungen, öffentlicher Ämter und der Advokatur durch Geistliche, S. 264 n. 11. S. 265 n. 3. 4.

[6] So partikularrechtlich für unerlaubtes Beichthören, S. 245 n. 5; für Überlassung des Predigtamtes an Quästuarier gegen eine Abgabe, S. 247 n. 10; s. weiter S. 262 n. 6. Vereinzelt kommt auch für diese die Ausweisung aus der Diözese, S. 254 n. 16, suspensio ab ordine S. 258 n. 3 u. interdictio ingressus ecclesiae (Lerida saec. XIII.) S. 259 n. 5 u. S. 263 n. 8 vor.

[7] S. die Anführungen zu den in den vorangehenden Anmerkungen citirten Stellen.

[8] So z. B. für die Nichtbeschaffung von Kirchensiegeln, S. 255 n. 7; die Unterlassung der Anzeige über den Anfall ven Vermächtnissen, S. 255 n. 8, sowie der Ankündigung der Fasten und Feste an Sonntagen, S. 255 n. 1.

Personalinterdikt), sowohl gemein-[1], wie auch partikularrechtlich[2] verwendet[3]. Alles dies zeigt klar, dass das kirchliche Recht keinen festen, dem heutigen Begriff des Amtsdeliktes verwandten Begriff aufgestellt oder auch nur erfasst hat. Die Erklärung dafür liegt einmal in der Planlosigkeit der Strafandrohungen für die verschiedenen Disciplinarvergehen. Ferner kommt in Betracht, dass der Gegensatz zwischen den die kirchlichen Mitgliedschaftsrechte der Laien und die kirchlichen Amtsrechte der Geistlichen treffenden Strafen, weil die ersteren, wie z. B. die Exkommunikation, auch bei den letzteren zum Theil die Amtsrechte mit berühren, nicht ein so schroffer ist, wie zwischen den Strafen des modernen staatlichen Kriminalrechts und den heute für die öffentlichen Beamten zur Anwendung gebrachten Disciplinarstrafen. Endlich aber ist zu beachten, dass andererseits das kirchliche Recht die Geistlichen für die Begehung gewöhnlicher kirchlicher Strafvergehen, wennschon nicht in allen Fällen, doch mehrfach blos mit kirchlichen Disciplinarstrafen, nicht mit denselben Strafen, namentlich nicht mit der Exkommunikation, wie die Laien bedroht hat[4], und dass damit auch für die ersteren die Gränze zwischen den Disciplinar- und kirchlichen Vergehen zum Theil verwischt worden ist.

§. 275. *b. Die kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafvergehen, ihre Eintheilungen und die Bemessung der Strafen für dieselben.*

I. Der Begriff des kirchlichen Strafvergehens. Mit dem in den vorangehenden §§. dargelegten Charakter der Rechtsentwicklung auf dem Gebiete des kirchlichen Strafrechts hängt es zusammen, dass man auch in dieser Periode eine schärfere Abgränzung des Begriffes der Sünde (peccatum) und des Strafvergehens (crimen), als sie schon die Kirchenväter aufgestellt haben, nicht versucht hat[5].

II. Die Bedeutung der Bezeichnungen: *crimen*, *delictum*, *excessus*. Ferner hat sich jetzt ebensowenig, wie in der früheren Zeit[6] eine feste Scheidung der Vergehen und eine feste Terminologie für eine solche gebildet. Die Bezeichnung *crimen* wird

[1] c. 8 in VI de privil. V. 7, S. 245 n. 1 u. 2; c. 9 in VI de off. iud. ord. I. 16, S. 249 n. 4; c. 48 X de sent. exc. V 39, S. 250 n. 13; c. 2 in VI de cens. III. 20, S. 251 n. 11.

[2] S. 245 n. 1 (Valence 1268); S. 246 n. 6 (Grado 1296 c. 29); S. 254 n. 16, S. 259 n. 2 u. 5 (add. zu Paris 1208).

[3] Nur sehr vereinzelt gemeinrechtlich das Lokalinterdikt S. 247 n. 7 und partikularrechtlich die Infamie S. 42 n. 3.

[4] Gemeinrechtlich c. 4 X de exc. praelat. V. 31 (Sodomie, Geistliche Absetzung und Ausstossung aus dem Klerikalstand, Laien Exk., s. S. 176 n. 5); s. weiter c. 10 X de iud. II. 1 und c. 7 X de crim. falsi. V. 20, S. 59 n. 2 u. 3; partikularrechtlich Theodulf v. Orleans cap. II. (Zinsennehmen Kleriker Absetzung, Laien Exk., S. 196 n. 8; ebenso Gran 1114 und Wien 1267 c. 8, S. 197 n. 2 u. S. 197 n. 10); London 1127 c. 13 (Simonie, Kleriker Absetzung, Laien Exk., S. 166 n. 7, ebenso Mainz 1225 c. 9, S. 167 n. 11); nicht minder wird für den Meineid dem Kleriker vielfach die Absetzung, den Laien dagegen Exkommunikation angedroht, s. S. 184 n. 6 u. S. 185 n. 2; endlich gehört auch hierher Hohenaltheim 916, S. 184 n. 7 (Bruch des Treueides, Laien Zwangsbusse, Geistliche der höheren Weihen Degradation). Ferner werden sogar die Geistlichen für Vergehen, für welche gegen Laien die Exkommunikation festgesetzt ist, nur mit der susp. ab off. (Mainz 1233 u. 1261, S. 218 n. 3 Errichtung einer Kirche ohne bischöfliche Erlaubniss und Lambeth 1261, S. 212 n. 4. Vorforderung von Prälaten vor das weltliche Gericht) oder mit der Suspension schlechthin (Trier 1310 S. 192 n. 6 v. S. 190 eigenmächtiger Verkauf und Verpfändung von Kirchengeräthschaften) belegt.

[5] Daher weist Gratian auch lediglich die schon Bd. IV S. 744 n. 12 aufgeführten Stellen in seinem Dekret auf.

[6] Bd. IV S. 831.

für Tödtung[1], Incest[2], Entführung von Nonnen[3], Meineid (einschliesslich des falschen Zeugeneides)[4], Raub[5], Brandstiftung[5], widerrechtliche Aneignung von Kirchengut[6], sowie für die Fornikation[7], namentlich der Geistlichen der höheren Weihen[8] gebraucht. In gleicher Bedeutung damit kommt *caussa criminalis* für Tödtung, Ehebruch, Diebstahl und Zauberei[9] vor. Dass weiter die Ausdrücke: *criminalia vitia*[10], *criminalia peccata*[11], *crimina mortifera*[12] dieselbe Bedeutung haben, ergiebt sich daraus, dass als solche einzelne der auch als crimina bezeichneten Strafthaten aufgezählt[13] werden. Dasselbe gilt von der Verbindung: *crimen mortale*. Als solches erscheint der Regel nach dasjenige, welches mit der Exkommunikation bedroht wird[14], und dies trifft für die vorhin aufgezählten Vergehen zu.

Demnach hat man in der karolingischen und in der nachfolgenden Zeit unter *crimen* eine schwerere Strafthat in einer nicht fest begränzten und auch nicht näher begränzbaren Bedeutung verstanden. Aber die Hinzufügung der Worte: *mortifera, capitalia* und *gravia* zu *crimina* zeigt zugleich, dass *crimen* auch in dem Sinne von Strafthat schlechthin genommen worden ist.

In diesen beiden Bedeutungen kommt das Wort *crimen* auch bei Gratian[15], in den Dekretalensammlungen[16] und in der Glossatoren-Litteratur der betreffenden

[1] Homicidium cap. episc. Papiens. 845—850 c. 12, Boret. Kr. 2, 83; Toucy 860 c. 4, M. 15, 599; Worms 868 c. 26, M. 15, 874; insbesondere auch für parricidium Mainz 847 c. 20, Boret. Kr. 2, 181.

[2] Mainz 847 cit. c. 28; cap. ep. Papiens. cit. c. 12 (incesta matrimonia mit nahen Verwandten und mit Nonnen). Dasselbe bedeutet wohl: stupra inaudita Toucy 860 c. 4, M. 15, 559.

[3] Meaux-Epernay 845/846 c. 67, M. 14, 855; LL. 1, 392.

[4] Toucy cit. c. 3, M. 15, 559.

[5] A. a. O. c. 4.

[6] A. a. O. c. 4 u. Troyes 878 c. 3, M. 17, 349.

[7] Tribur 895 c. 18, M. 18, 153.

[8] Rom 823 c. 15, Boret. 1, 374; Rudolf v. Bourges c. 16, M. 14, 951; Worms 868 c. 11. 12, M. 15, 871. 872; Mainz 888 c. 19, M. 18, 67; Mailänder Legaten-Konstitutionen v. 1067, M. 19, 947.

[9] Worms 868 c. 10, M. 15, 871.

[10] Theodulf v. Orleans c. 26, M. 13, 1001 (c. 17 C. XXII qu. 1), wiederholt bei Rudolf v. Bourges c. 36, M. 14, 960, wo als solche erscheinen: periurium, adulterium, fornicatio und homicidium, und am erst angeführten Orte c. 27 auch das falsum testimonium den aufgezählten Vergehen gleichgestellt wird.

[11] Bei Rudolf v. Bourges c. 36, M. 14, 960: Meineid und falsches Zeugniss, bei Hinkmar Rhem. cap. superadd. c. 1, M. 15, 491 homicidium, adulterium und periurium, Karoli II. ed. Pistens. 861 c. 20, LL. 1, 492 auch Fälschung von Maass und Gewicht. Schlechthin kommt der Ausdruck vor: Fismes 881 c. 7, M. 17, 553 und Rouen 1072 c. 19, M. 20, 40.

[12] S. Basel 991 c. 52, M. 19, 152 homicidium, adulterium und veneficium.

[13] S. die vorhergehenden Anmerkgen.

[14] Meaux-Epernay 845/846 c. 56, M. 14, 832 u. LL. 1, 392: „anathema nonnisi pro mortali debet imponi crimine"; s. auch Rudolf v. Bourges c. 29, M. 14, 957; ebenso *gravia crimina* Chalons 813, c. 47, M. 14, 103. Auch *crimen capitale* Seligenstadt 1023 c. 18, Hirsch-Bresslau, Heinrich II. 3, 352 und *flagitium capitale* Mainz 888 c. 19, M. 18, 69 kann nichts anderes bedeuten. Stellt doch auch Regino II. c. 419 (cap. inc.) denjenigen, welcher Vater und Mutter schlägt und ihnen flucht, dem homicida gleich, indem er diese Vergehen gleichfalls als crimina capitalia bezeichnet.

[15] Dict. zu c. 3 Dist. XXV §. 4 bemerkt er, dass crimen im weiteren Sinn jedes peccatum sei, quod ex deliberatione procedit, und c. 1 Dist. LXXXI giebt er die Bd. IV S. 744 n. 10 citirte Stelle Augustins wieder.

[16] Als crimina werden bezeichnet: *apostasia* c. 3 (Inn. III.) X de apost. V. 9; *Simonie* c. 31 (id.) X de simon. V. 3; c. 1 (Gregor IX) in VI test. II. 10; *incestus* c. 15 (Inn. III.) X de purg. can. V. 34; *adulterium* c. 7 (id.) X de adult. V. 16, c. 8 (id.) X de poenit. V. 38; c. 25 (id.) X de purg. can. V. 34; *fornicatio* c. 5 (Alex. III.) X de divort. IV. 19; c 8 (Inn. III.) X de poenit. V. 38); *homicidium* c. 23 (id.) X de accus. V. 1; c. 8 (id.) X de poenit. V. 38; *furtum* c. 2 (Alex. III.) X de divort. IV. 19; *Wucher* c. 4 (Alex. III.) X de usur. V. 19; *periurium* c. 23 (Inn. III.) X de accus. V. 1; c. 8 (id.) X de poenit. V. 38; *falsum* s. tit. de crimine falsi V. 20; *percussio* c. 1 (Gregor I.) X de cler. perc. V. 25.

c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1 unterscheidet in Betreff der Geistlichen die crimina, wegen deren eine Suspension oder Absetzung zu verhängen ist, und andererseits das adulterium et alia crimina minora, bei denen der Bischof nach erfolgter Busse das Fortamtiren gestatten kann, wobei sich die auffällige Thatsache, dass Alexander III. das adulterium der Geistlichen als geringeres Vergehen bezeichnet, trotz aller Künsteleien der Glosse zu c. 4 cit. s. v. de adulteriis — sie weist gegenüber c. 16 (Ps.-Isid.) C. XXXII qu. 7 auf c. 11 ibid. hin — nicht wegläugnen lässt.

Zeit[1] vor. Gleichbedeutend damit sind auch die seltener vorkommenden Bezeichnungen: *delictum*[2], ferner *excessus*, ein Wort, das freilich, wenngleich nicht ausschliesslich[3], hauptsächlich für die Vergehen der Kleriker[4] gebraucht wird.

III. Scheidung der schwereren und leichteren Vergehen. Von einer festen Scheidung der schwereren und leichteren Vergehen ist, wenngleich sich einige Ansätze dazu namentlich in der Litteratur dieser Zeit finden, welche eine solche mit Rücksicht auf die Schwere der Strafe vorzunehmen suchen[5], ebenfalls keine Rede. In der That konnten und können solche Versuche auch zu keinem Resultat führen. Denn wie schon o. S. 144 hervorgehoben und hier näher zu begründen ist, hat die kirchliche Gesetzgebung keineswegs das Princip festgehalten, die Vergehen, je nach ihrem Charakter mit schwererer und leichterer Strafe zu bedrohen.

Es ist zwar auch in dieser Periode wiederholt, wie schon in früherer Zeit[6], ausgesprochen worden, dass von der Exkommunikation in Gemässheit der älteren Kanonen blos bei schwereren Vergehen Gebrauch gemacht werden[7] und später, dass dies nur aus einer gerechtfertigten Ursache geschehen[8] soll, aber die kirchliche Ge-

[1] Vgl. die Summa Stephans v. Tournai zu Dist. XXV cit., her. von v. Schulte S. 38; Glosse zu dict. Dist. cit. s. v. casus; ferner Hostiensis summa aurea V. 1 n. 14, welcher als capitalia crimina, d. h. quae depositionem inducunt aufzählt: sacrilegium, homicidium, falsum testimonium, rapina, sub quo continetur usura, furtum, dann aber auch superbia, invidia, avaricia et si largo tempore tenetur, iracundia, ebrietas, si assidua sit, ferner dilapidatio (heiliger Gefässe, kirchlicher Kleinodien und Güter durch die kirchlichen Verwalter), periurium, homicidium incestum, duplex contumacia (z. B. wenn exkommunicirte, suspendirte oder interdicirte Kleriker weiter ministriren) und die Simonie.

[2] c. 5 (Alex. III.) X de adult. V. 16. in Bezug auf Ehebruch und c. 6 pr. (id.) X de homic. V. 12 auf Tödtung, c. 14 (Gregor IX.) X de sepult. III. 28 auf Tödtung, Brandstiftung, percussio clericorum, violatio ecclesiarum und incestus, andererseits auch tit. de delictis puerorum V. 23, wogegen *scelus* ein schwereres Vergehen bedeutet, so c. 6 (Innoc. III.) X de poen. V. 37 (latronicia vel alia magna scelera, welche mit Absetzung und detrusio in monasterium bestraft werden sollen), c. 1 (Gregor IX.) in VI de test. II. 10 (in Betreff der Simonie u. c. 2 (Innoc. IV.) in VI de re jud. II. 14, wo unter den scelera Friedrichs II. als gravissima bezeichnet werden: vielfacher Meineid, Sakrileg (Gefangennahme von Kardinälen u. Prälaten), Ketzerei, endlich die Bedrückung und Aussaugung des speziellen Patrimoniums Petri, nämlich des Königreichs Sizilien.

[3] c. 14 X III. 28 cit. c. 2 in VI de re jud. II. 14 werden die scelera Friedrichs II. auch als excessus bezeichnet; s. ferner c. 6 (Alex. III.) X de homicid. V. 12.

[4] S. den nach dem Vorgange der Compilatio I. (V. 27) sich in den Dekretalen Gregors IX. findenden Titel: de excessibus praelatorum et subditorum, ferner c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1 („clericum depositum pro suis excessibus"); c. 1 (id.) X de cler. pugn. V. 14 (gravis et enormis excessus vom Zweikampf des Klerikers); c. 31 (Inn. III.) X de sim. V. 3 (in Bezug auf simonia, periurium, dilapidatio); c. 27 (Gregor IX.) X de accus. V. 1 (dilapidatio bonorum episcopatus); c. 35 (Inn. III.) X de sent. exc. V. 39 (excessus gleich crimina); c. un. (Bonifaz. VIII.) X de cler. coniug. III. 2 (excessus vel delicta); c. 3 (id.) in VI de poen. V. 9 (excessus gleich crimina); c. 15 (id.) in VI de sent. exc. V. 11.

[5] So schon bei Alexander III. c. 4 X II. 1 cit., s. S. 271 n. 6; Summa Rufini, her. von v. Schulte S. 53: „specialiter autem in clericis est crimen, unde a suo officio degradari merentur"; Petrus Blesensis sog. speculum iur. canon. c. 58, ed. Reimarus Berol. 1837 p. 106 unterscheidet das crimen adeo enorme, quod penam sanguinis vel deportationis importet, welcher letzteren er bei Klerikern die Degradation gleichstellt, und das crimen, das nicht höher, als mit der relegatio, bedroht ist, mit welcher er die Suspension und Exkommunikation in eine Linie setzt, und rechnet c. 12, p. 34 ausdrücklich das homicidium und die simoniaca heresis zu den crimina enormia; vgl. ferner auch Hostiensis l. c., s. Anm. 1, welcher freilich kirchliches Strafvergehen und Sünde nicht genügend auseinanderhält.

[6] Bd. IV S. 747 n. 2 u. S. 836 n. 6.

[7] Cap. missor. 803 c. 2, Bor. 1, 115: „ut excommunicationes passim et sine causa non fiant", wiederholt Worms 868 c. 56, M. 15, 879; Meaux-Epernay 845—46, M. 14, 432 u. LL. 1, 392: „nisi unde docet canonica auctoritas" (c. 41 C. XI qu. 3); Worms 868 c. 13, M. 15, 872: „ut nullus sacerdotum quemquam rectae fidei hominem pro parvis et levibus causis communione suspendat praeter eas culpas, pro quibus antiqui patres arceri iusserunt aliquid committentes". Für die Deposition verlangt Chalons 813 c. 42 in c. 38 C. XVI qu. 7 dasselbe.

[8] c. 48 (Lateran. IV. 1215 c. 47) X de sent. exc. V. 39; c. 5 (Innoc. IV.) in VI. eod. V. 11. Allgemeiner Paris 1212 P. IV c. 14, M. 22, 842: „ne praecipitanter excommunicent, interdicant vel suspendant", wiederholt Rouen 1214 P. IV c. 19, p. 919.

setzgebung hat sich keineswegs an diese Direktive gehalten. Gemeinrechtlich wird die Exkommunikation als Strafe verwendet nicht nur für solche Vergehen, welche eine schwere sittliche Verfehlung bilden [1], nicht nur für die Verbrechen gegen den Glauben [2] und für diejenigen, welche sich gegen die Autorität und die Kompetenzen der kirchlichen Gewalten [3], gegen die von der Kirche beanspruchten Freiheiten und Rechte [4], gegen die Geistlichkeit [5] und gegen das kirchliche Vermögen [6] wenden, und welche der hierarchische Geist der Kirche gerade wegen dieser Richtung als besonders schwer charakterisirt hat, sondern auch für solche, bei denen die sittliche Schuld eine geringe ist oder es mindestens sein kann, und welche sich hauptsächlich nur als Verletzung äusserer Gebote der Kirche darstellen [7]. Partikularrechtlich ist vollends von der Exkommunikation noch in viel umfassenderem Masse, namentlich ebenfalls für leichte Vergehen [8] Gebrauch gemacht geworden, und zwar in dem Umfange, dass man sie beinah als die für die Regel auf jedes kirchliche Strafvergehen gesetzte Strafe bezeichnen kann [9].

Nicht minder hat sich die Kirche auch in Betreff der Disciplinarvergehen der Geistlichen der Exkommunikation in einer die rationellen Grenzen überschreitenden Weise als Strafmittel bedient [10], und namentlich ist dieselbe partikularrechtlich ebenfalls für leichte derartige Delikte angedroht worden [11]. Wenn man endlich noch berücksichtigt, dass die Exkommunikation auch als Exekutionsmittel zur Beitreibung von Geldforderungen kirchlicherseits benutzt worden ist [12], so zeigt die dargelegte Verwendung der Exkommunikation schon allein zur Genüge, dass die kirchliche Strafgesetzgebung bei der Aufstellung ihrer Strafandrohungen keineswegs das Princip zur Durchführung gebracht hat, die Strafen entsprechend dem schwereren und leichteren Charakter der Vergehen verschieden zu bemessen.

Bestätigt wird dies weiter dadurch, dass sich partikularrechtlich zur gleichen Zeit [13] für ein und dasselbe kirchliche Strafvergehen verschiedene Strafen, und zwar nicht blos solche, welche sich wenigstens hinsichtlich ihrer Schwere nahe stehen, wie die Exkommunikation und das Lokal-Interdikt (namentlich in Verbindung mit dem

[1] Z. B. für widernatürliche Unzucht S. 176, Dingen von Assassinen zum Morde, S. 178, Raub S. 187, insbesondere Seeraub S. 187, Brandstiftung S. 196, Ehebruch S. 169 und Entführung S. 175.

[2] Für Ketzerei, Apostasie und Schisma S. 157. 158. 161.

[3] So die Vergabung von Kirchenämtern durch Laien S. 218; die Hinderung der geistlichen Jurisdiktion S. 213; die gewaltsame Erzwingung von Exkommunikationen und Absolutionen S. 214 Anm.; die Misshandlung der Exkommunikatoren, s. a. a. O., sowie gröbliche Missachtung der Exkommunikation und des Interdikts S. 215.

[4] Die Verletzung des Asylrechtes S. 209; den Erlass von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten, S. 212, die Unterwerfung der Geistlichen unter die weltliche Gerichtsbarkeit, S. 212, und die Belastung der Kirchengüter und Geistlichen mit Abgaben S. 216.

[5] Wie die percussio clericorum S. 180, die Übung von Repressalien gegen Geistliche, S. 213, die Kaufs- und Verkaufssperre gegen dieselben, S. 213 n. 3.

[6] S. 190 n. 1 ff.

[7] So z. B. die Verweigerung der Zehnten, S. 221; die Wahl des Begräbnisses ausserhalb der Pfarrei ohne Gewährung der portio canonica, S. 206, und die Eheschliessung in den weiteren Verwandtschafts- und Schwägerschaftsgraden, S. 174.

[8] So z. B. für die Nichtbeachtung der Fasten, S. 207, das Stehen der Laien im Chor der Kirche S. 208, die Nichtanzeige von Ehehindernissen S. 208; die Eheschliessung während der geschlossenen Zeit, S. 209; die Errichtung von Kirchen ohne bischöfliche Erlaubniss S. 218; ja auch die Ausübung und das Lehren der Medizin ohne bischöfliche Genehmigung S. 205 n. 5.

[9] Das ergiebt die Zusammenstellung S. 157 ff.

[10] S. 269.

[11] S. a. a. O. n. 8.

[12] Vgl. §. 279.

[13] Solche Fälle, in denen eine Änderung der Gesetzgebung betreffs der Strafen stattgefunden, s. z. B. S. 197 ff., S. 247 n. 2 und S. 144 n. 1, bleiben hier selbstverständlich ausser Frage.

Personalinterdikt gegen den Thäter)[1] oder bei Geistlichen die Absetzung[2], sondern auch solche, von denen die eine jedenfalls leichter als die andere erscheint, wie die Exkommunikation und das Personal-Interdikt[3] oder diese und der kleine Bann[4] oder auch Geldstrafe[5]; nicht minder für ein und dasselbe Disciplinarvergehen der Geistlichen bald Exkommunikation, privatio beneficii, suspensio ab officio et beneficiis und subtractio fructuum[6], bald Exkommunikation, suspensio ab off. et benef., suspensio ab off. und susp. a benef.[7], bald Exkommunikation verbunden mit privatio beneficii, susp. ab off. et benef. und blosser Verlust eines auf die Kirche erlangten Rechtes[8], bald Exkommunikation, privatio beneficii, susp. a benef. und subtractio fructuum beneficii[9], bald Exkommunikation, Personalinterdikt und privatio beneficii[10], bald Exkommunikation, Personal-Interdikt und susp. ab off. et beneficii[11], bald Exkommunikation, susp. ab ordine und Geldstrafe[12], bald Exkommunikation in Verbindung mit dem Verlust des Klageanspruches, Deposition, susp. a benef.[13], bald Exkommunikation und Personal-Interdikt[14], bald Absetzung, Personal-Interdikt, susp. ab off. et ben. und Geldstrafe[15], bald Absetzung und Geldstrafe (mitunter verbunden mit Konfiskation der Waffen[16]) angedroht finden[17].

Aus den vorstehenden Ausführungen ergiebt sich, dass sich eine feste Klassificirung der kirchlichen Strafmittel nach Massgabe ihrer gegenseitigen Werthung, wie dies für die modernen Strafmittelsysteme möglich ist, nicht aufstellen lässt. Der Grund dafür liegt darin, dass der hier fraglichen Zeit bei der Ausübung der gesetzgeberischen Thätigkeit die Schaffung eines umfassenden Strafrechts, welche zu der Aufstellung und der Zugrundelegung allgemeiner leitender Principien hätte führen müssen, völlig fern gelegen hat, dass man vielmehr je nach Gelegenheit und Bedürfniss nur immer in Einzelfällen vorgegangen ist, und lediglich nach Massgabe der augenblicklichen Verhältnisse, mitunter auch in Anhalt an frühere ältere Kanonen zu den einzelnen, sich darbietenden Strafmitteln gegriffen hat.

[1] Für Räubereien, S. 186 n. 6 und für Plünderung der Güter der Kleriker, S. 187 n. 8.
Hierher gehört auch die Androhung bald der Exkommunikation, bald der öffentlichen Busse für Meineid, S. 184 n. 6.

[2] Für Wucher S. 197 n. 4.

[3] Für das Halten von Konkubinen durch Laien, S. 170 n. 11; die Ausübung des Spolienrechtes, S. 188 Anm. a. E.; die Brandstiftung, S. 196 n. 1; die Nichtachtung der Sonntagsruhe S. 205 n. 8; die Schliessung klandestiner Ehen, S. 206 n. 8 oder verbotener Ehen, S. 207 n. 1; die Verletzung des Asylrechts, S. 210 n. 2; die Abhaltung von Gerichtsversammlungen in Kirchen, S. 210 n. 5 und die Verweigerung der Zehnten, S. 220 n. 10.

[4] Für den Besuch des Gottesdienstes in fremden Pfarreien, S. 206 n. 1 und für die Schliessung klandestiner Ehen, S. 206 n. 8 (s. übrigens auch die vor. Anm.).

[5] Für bestimmte Unregelmässigkeiten im Prozess, S. 203 n. 3.

[6] Für das Halten von Konkubinen durch Geistliche, S. 172 n. 4.

[7] Für die Zulassung von Quästuariern, S. 239 n. 9.

[8] Für Ausübung der Seelsorge ohne bischöfliche Erlaubniss, S. 242 n. 4.

[9] Für Verletzung der Residenzpflicht S. 243 n. 11.

[10] Für die Gestattung der Beisetzung Unberechtigter in kirchlichen Gebäuden, S. 247 n. 6.

[11] Für ordnungswidrige Annahme fremder Kleriker, S. 239 n. 4.

[12] Für Zulassung fremder Parochianen zum Gottesdienst und zu den Sakramenten, S. 240 n. 1.

[13] Für das Angehen des weltlichen Gerichts in den vor das geistliche Forum gehörigen Rechtssachen, S. 257 n. 9.

[14] Für das Begräbniss fremder Parochianen, S. 247 n. 4.

[15] Für den Besuch der Wirthshäuser durch Kleriker, S. 263 n. 5.

[16] Für unerlaubtes Tragen von Waffen durch Geistliche, S. 260 n. 3.

[17] Weitere Beispiele s. S. 245 n. 1 (Biniren der Messe), S. 247 n. 12 (Verleihung von Kirchen zur Firma), S. 248 n. 2 (unerlaubte Veräusserungen von Kirchengut), S. 252 n. 12 (Unterlassung des Einschreitens gegen geistliche Konkubinarier), S. 259 n. 5 (Nichttragen der Tonsur), S. 260 n. 2 (Tragen unpassender Kleider), S. 260 n. 5 (unerlaubtes Zusammenwohnen mit Frauen), S. 262 n. 12 (Besuch von Schauspielen), S. 263 n. 4 (Trunksucht) und S. 263 n. 8 (Würfelspielen).

IV. Die Bemessung der Strafen für die einzelnen Strafvergehen. Es ist schon vorher (s. S. 272) dargelegt worden, dass die Kirche bei der Bemessung der Strafen keineswegs das Princip, die Vergehen je nach ihrem Charakter mit schwereren oder leichteren Strafen zu bedrohen, durchgeführt hat. Es fragt sich indessen, ob sich nicht ein anderes ermitteln oder wenigstens eine bestimmte Tendenz feststellen lässt, welche bei der Auswahl der Strafen für die verschiedenen Vergehen massgebend gewesen ist. In dieser Beziehung bietet sich ein Anhalt in der Thatsache dar, dass eine Reihe von Vergehen kumulativ mit mehreren Strafen belegt worden sind. Während dies in karolingischer Zeit noch nicht häufig vorkommt[1], haben schon seit dem 11. Jahrhundert, namentlich aber seit dem Ende des 12. Jahrhunderts die Päpste[2] und die von ihnen abhängigen Synoden[3] wiederholt von solchen Strafandrohungen Gebrauch gemacht. In Folge dessen weist das gemeine Recht eine Anzahl hierher gehöriger Fälle auf[4], und dieselbe Erscheinung tritt auch in der kirchlichen Partikulargesetzgebung[5] und zwar seit dem 13. Jahrhundert[6] in noch grösserem Umfange hervor.

[1] Für Ehebruch der Geistlichen längere Busse und Absetzung, S. 169 n. 15, für Beraubung der Kirchen öffentliche Busse und Infamie, S. 189 n. 6; für Erpressungen bei Visitationen, S. 194 n. 1, Exkommunikation und Absetzung.

[2] So z. B. Alexander II., S. 181 n. 1, für thätliche Verletzung und Vertreibung von Bischöfen Anathem und Vermögenskonfiskation. Vgl. auch weiter Anm. 4.

[3] Für das unrechtmässige Okkupiren des päpstlichen Stuhles Papstwahldekret Nikolaus' II. v. 1059, S. 241 n. 1, Anathem und Absetzung von allen Graden; für Annahme der Investitur aus Laienhand Rom 1080, S. 34 n. 3, Entziehung der Gnade des Papstes und Personal-Interdikt; für Zurückhaltung von Kirchen durch Laien, Poitiers 1078, S. 218 n. 6, Exkommunikation und Lokal-Interdikt über die Kirchen; für Gefangennahme von Geistlichen der höheren Weihen Nismes 1096 c. 4, S. 41 n. 14, Verlust der Würden, Exkommunikation und Interdikt über die Besitzungen der Thäter; für Eingehung incestuoser Ehen Troja 1093 c. 1, S. 174 n. 2, Infamie und Exkommunikation; für Zauberei London 1125 c. 15, S. 160 n. 3, dieselben Strafen. S. auch die folgende Anm.

[4] Für Lieferung von Waffen u. s. w. an die Sarazenen c. 6 (Lateran. III.) X de iud. V. 6, S. 159 n. 4, Exkommunikation und Verknechtung; für Theilnahme von Klerikern an einem Morde, c. 6 (Alex. III.) X de homicid. V. 12, S. 178 n. 3, Absetzung, Busse im Kloster und Personalinterdikt auf 5 bis 7 Jahre; für Ketzerei c. 13 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7, S. 158 n. 8, Laien Exkommunikation und Vermögenskonfiskation, Kleriker Degradation und die eben gedachte Strafe; für das Bestätigen unfähiger Kandidaten c. 44 (Lateran. IV.) X de elect. S. 241 n. 2, Verlust des Bestätigungsrechts für den nächsten Erledigungsfall und susp. a perceptione beneficii; für das Wiedertaufen lateinisch getaufter Kinder durch griechische Geistliche c. 6 (Lateran. IV.) X de baptismo III. 42, S. 240 n. 4, Exkommunikation und depositio ab omni off. et benef.; für das Dingen von Assassinen c. 1 (Lyon 1245) in VI de homic. V. 4, S. 178 n. 5, exc. l. s., Deposition ipso facto von allen kirchlichen und weltlichen Ämtern und weltlicher Bann; für die percussio u. s. w. von Kardinälen c. 5 (Bonifaz VIII.) in VI de poen. V 9, ewige Infamie, weltlicher Bann, Vermögenskonfiskation, Verlust der kirchlichen Lehne, weltlichen und kirchlichen Ämter, Unfähigkeit der männlichen Descendenz bis zum zweiten Grade zu den kirchlichen Weihen und kirchlichen Ämtern; für percussio von Bischöfen Clem. 1 de poen. V. 8, Exkommunikation, Verlust aller kirchlichen Lehne, Besitzungen, Benefizien, Unfähigkeit der männlichen Descendenz bis zum 2. Grade zu kirchlichen Ämtern und Lokal-Interdikt, für die Herstellung von falschen Münzen aus etwaigem durch Alchemie gewonnenem Gold und Silber c. un. (Joann. XXII.) in Extrav. de crim. falsi comm. V. 6, S. 201, Vermögenskonfiskation und ewige Infamie, Kleriker ausserdem privatio beneficii und Unfähigkeit zu Kirchenämtern; vgl. ferner die citirten Konstitutionen Clemens' VI., Innocenz' VI. und Bonifaz' IX. S. 90 n. 5, Urbans VI. S. 123 n. 6 und Benedikts XII. S. 243 n. 1.

[5] Coyaca 1050 c. 3, S. 259 n. 5 für Nichttragen der Tonsur Geldstrafe und Absetzung; London 1108 c. 5. 10, S. 172 n. 2, für Eheschliessung der Geistlichen höherer Weihen Absetzung, Infamie und Konfiskation des beweglichen Vermögens; Rheims 1148 c. 7. 8, S. 245 n. 1, für Celebriren vor Exkommunicirten Exkommunikation und Absetzung; Rouen 1190 c. 20, S. 247 n. 12 a. E. für Zahlen und Annehmen privatim vereinbarter Pensionen aus Kirchen privatio beneficii und Exkommunikation; Odo v. Toul 1192 S. 190 n. 6 für Raub von Kirchengut und Ankauf desselben Exkommunikation und Lokal-Interdikt.

[6] Köln u. 1280 c. 10, S. 185 n. 2, für falsches Zeugniss Exkommunikation und Strafe der Leiter; Bergamo 1311 c. 23, S. 194 n. 11, für Hehlerei Kleriker Personalinterdikt und susp. a celebratione missarum, Laien Personalinterdikt; Benevent. 1378 c. 3, S. 184 n. 5 für Blasphemie Exkommunikation und Geldstrafe; Valladolid 1322

Die Vergehen, welche in dieser Weise als besonders schwer charakterisirt werden, sind wenngleich nicht ausschliesslich doch überwiegend solche, bei denen die hierarchischen Interessen, die Autorität der Kirche und der kirchlichen Beamten, die persönliche Integrität der Geistlichen, die Sicherheit des kirchlichen Vermögens und desjenigen der Kleriker, die Erhebung der kirchlichen Abgaben und die Geltung der s. g. kirchlichen Freiheiten gefährdet werden. Es liegt demnach auf der Hand, dass die gedachten Strafbestimmungen durch die Tendenz, die erwähnten Interessen durch möglichst viele, harte und abschreckende Strafen zu

c. 23, S. 183 n. 14, für Raub und Verkauf von Christen an Sarazenen Exkommunikation l. s., Ausschliessung vom kirchlichen Begräbniss auch nach der Absolution und Unfähigkeit der Descendenten bis zum dritten Grad zum Klerikalstand und zu kirchlichen Ämtern; Theodor v. Utrecht 1209, S. 181 n. 4 für die Gefangennehmung von Prälaten u. s. w. Exkommunikation und Interdikt; Nogaret 1290 c. 6, a. a. O. n. 4, für Verfolgung u. s. w. von Bischöfen dem Papst vorbehaltene Exkommunikation l. s., Ausschliessung vom Klerikalstande, Verlust der kirchlichen Lehne und Besitzungen ipso facto, für die Söhne des Thäters privatio beneficii ipso facto und Unfähigkeit solche zu erhalten, für die Thäter und ihre Söhne ausserdem Zerstörung ihrer Gebäude, ewige Infamie, öffentliche Verkündung der Exkommunikation, sowie Interdikt ipso iure über den Ort des Vergehens und die Orte, wo die Schuldigen aufgenommen werden, endlich auch interdictum ambulatorium über diejenigen, wohin sie kommen; Toulouse 1229 c. 39, S. 187 n. 4, für furari castra vel villas de his quae tenentur ab ecclesia vel a rege Vermögenskonfiskation, dem Papst vorbehaltene Exkommunikation und Verweisung über das Meer; Köln 1266 c. 4, S. 187 n. 8, für Beraubung der Kirchengüter und Güter der Geistlichen Exkommunikation l. s. und Interdikt über die Orte, wohin die geraubten Sachen gebracht sind und wo sich der Käufer aufhält; Magdeburg 1315 c. 13, S. 191 Anm. a. E. (im wesentlichen ebenso); Pressburg 1309 c. 4, S. 187 n. 8 a. E. für dasselbe Vergehen Exkommunikation, Lokal-Interdikt und Entbindung der Vasallen vom Treueid; Bourges 1276 c. 12, S. 210 n. 2, für Verletzung des Asylrechts Exkommunikation l. s., Verlust der kirchlichen Lehne und Benefizien, Unfähigkeit der Descendenz zur Erlangung solcher; Theodor v. Utrecht 1209 S. 210 n. 12 für Eindringen in Kirchen Exkommunikation und Geldstrafe, die S. 210 n. 12 a. E. citirten Konzilien für incastellatio von Kirchen Exkommunikation und Interdikt; schott. Konz. 1225 c. 49, S. 211 n. 4 für Verletzung der kirchlichen Freiheiten Exkommunikation, ausserdem Laien Verlust der Kirchenlehne, Prälaten und Geistliche Verlust der Benefizien ipso iure; Riez 1285 c. 8, S. 215 n. 6 für Verhöhnung der Exkommunikation excommunicatio ipso facto und Interdikt über den Ort der That, clerici beneficiati privatio beneficii ipso facto, andere Unfähigkeit zu kirchlichen Ämtern; Aschaffenburg 1292 c. 5, S. 216 n. 2 für die Verhinderung von Testamenten zu frommen Zwecken Exkommunikation und Interdikt; Nogaret 1315 c. 2, S. 216 n. 7, für Erhebung von Abgaben von Geistlichen und von Kirchen ausser Exkommunikation Unfähigkeit der Brüder und der Descendenz des Schuldigen zum Klerikalstande und zu kirchlichen Benefizien, Versagung des kirchlichen Begräbnisses für Frau und Kinder und Interdikt über die Orte, wo die Abgaben erhoben sind; Bergamo 1311 c. 20, S. 216 n. 7 a. E. für Beeinträchtigung der den Kirchen zustehenden weltlichen Rechte Exkommunikation l. s., ausserdem Kleriker Verlust aller Benefizien, kirchlichen Güter und Rechte, Laien Verlust aller von der Kirche geliehenen Lehne und Güter oder Rechte, Kommunen Interdikt; Auch 1300 c. 1, S. 220 n. 1, für Belästigungen wegen nicht erfolgter Berücksichtigung von Kandidaten bei Wahlen Exkommunikation l. s., Kleriker und Mönche ausserdem privatio aller Benefizien, Priorate und Verwaltungen ipso iure und Inhabilität für solche, Laien Personalinterdikt über ihre Familien und Unfähigkeit ihrer Nachkommenschaft zur Erlangung kirchlicher Benefizien bis zum 4. Grade; Auch 1300 c. 6, S. 219 n. 3, für simonistische Präsentation Verlust des Präsentationsrechtes illa vice, ausserdem Laien Exkommunikation l. s., Kleriker und Mönche Personalinterdikt; Bourges 1276 c. 1, S. 220 n. 1, für unerlaubte Verhinderung der Besetzung kirchlicher Stellen mit geeigneten Kandidaten Exkommunikation l. s., überdies Laien Interdikt über ihre Familien, Ausschluss der Descendenz bis zum 4. Grade von Kirchenämtern, Kleriker und Mönche Verlust aller Privilegien und Kirchenämter und Unfähigkeit, letztere wieder zu erhalten; Aschaffenburg 1292 c. 26, S. 222 n. 1, für Betrügen der Pfarrkirchen um die Zehnten Exkommunikation l. s., Kleriker ausserdem Verlust aller Benefizien und Unfähigkeit solche zu erlangen, Laien Unfähigkeit ihrer Descendenten bis zum 4. Grade dazu.

In Betreff der Kumulirung von Strafen gegen Geistliche vgl. Lambeth 1261, S. 241 n. 5, Rouen 1299, s. a. a. O., Ravenna 1311 c. 20, s. a. a. O.; London 1342 c. 12, S. 242 n. 7; Breslau 1248 §. 4, S. 242 n. 9; London 1268 c. 30, S. 244 n. 1; Mainz 1225 c. 7, S. 245 n. 1; Benevent 1331 c. 29, S. 250 n. 1; Bourges 1276 c. 2, S. 250 n. 8; Cognac 1260 c. 19, S. 254 n. 7; Benevent 1331 c. 54, S. 255 n. 3; Ravenna 1311 c. 21, S. 255 n. 10, Ravenna 1314 c. 8, S. 256 n. 9; Aschaffenburg 1292 c. 10, S. 258 n. 5; Tarragona 1292 c. 10, S. 258 n. 6; Mainz 1261 c. 13, S. 262 n. 6 und Salzburg 1292 c. 2, S. 264 n. 11.

schützen und zu sichern, diktirt sind. Berücksichtigt man weiter, dass hauptsächlich für die charakterisirten Vergehen zugleich solche Strafen, welche völlig Unschuldige treffen (S. 123 ff.), angedroht werden, und dass ferner die umfassende Benutzung der Exkommunikation zum grossen Theil auf ihrer Verwendung als Strafmittel für die hier fraglichen Delikte beruht (S. 273), so lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass die hierarchische Tendenz ebenso wie sie für die Aufstellung der kirchlichen Strafvergehen von massgebendem Einfluss gewesen ist (S. 228 ff.), auch bei der Bemessung der Strafen für die letzteren das wesentlich bestimmende Moment gebildet hat.

Daneben, in zweiter Linie, tritt auch eine Verschiedenheit der Bemessung der Strafen nach der Verschiedenheit des Standes und der Stellung der Schuldigen hervor.

Was zunächst den Unterschied zwischen den Klerikern und Laien betrifft, so ist zwar auch in dieser Periode vielfach die schon aus alter Zeit datirende Milderung beibehalten worden[1], dass für solche Vergehen, für welche die Laien mit der Exkommunikation bestraft werden, bei Klerikern die Deposition, bez. Degradation eintritt[2], aber im übrigen lässt sich eine allgemeine Tendenz, die letzteren im Verhältniss zu den Laien mit leichteren Strafen zu belegen, nicht nachweisen[3].

Während weiter hinsichtlich der Bestrafung der Laien nicht gemeinrechtlich, sondern nur vereinzelt in den Partikularsynoden des 11. bis 13. Jahrhunderts sich eine Verschiedenheit der strafrechtlichen Behandlung der höheren und niederen Stände insofern zeigt, als die letzteren für diejenigen Vergehen, für welche die ersteren mit Zwangsbusse belegt werden, Prügelstrafe oder Verknechtung zu erleiden haben[4], finden sich viel grössere Verschiedenheiten und zwar in viel weiterem Umfange bei der Bestrafung der Geistlichen. Einmal ist eine solche Verschiedenheit bei den Disciplinarstrafen naturgemäss dadurch bedingt worden, dass diese je nach der Stellung und dem Umfange der Amtsrechte verschiedene sein mussten, namentlich seit der Zeit, als sich die Sitte der absoluten Ordinationen festgestellt hatte[5], und in Folge dessen Kleriker mit Ämtern oder Benefizien und solche ohne die letzteren vorkommen. Seitdem unterscheiden daher die Strafandrohungen mehrfach zwischen den clerici beneficiati und non beneficiati, wobei allerdings die letzteren neben Strafen, welche offenbar denen gegen die Benefiziaten im wesentlichen als gleichwerthig aufgefasst werden[6], auch vereinzelt mit zweifellos härteren Strafen belegt

[1] Bd. IV S. 753.

[2] Nicäa 787 c. 13, S. 189 n. 5; die S. 196 n. 8 citirten Stellen; ed. Pistens. 864 c. 20, S. 201 n. 6; Aachen 836 c. 12, S. 204 n. 13; c. 25 Dist. I de cons. S. 218 n. 4.

[3] Vereinzelt werden allerdings Kleriker in Fällen, in denen gegen Laien die Exkommunikation festgesetzt ist, blos mit der suspensio ab officio oder der suspensio schlechthin bedroht, Mainz 1233 c. 25 u. 1261 c. 14, S. 218 n. 3; Münster 1279 c. 18, S. 247 n. 2 und Lerida Ende saec. XIII S. 224 n. 3. Andererseits ist aber gerade in dieser Zeit gegen Geistliche in viel grösserem Umfang als früher von der Exkommunikation Gebrauch gemacht worden, s. o. S. 268.

[4] Vgl. die Reichssynoden von Coyaca 1050 c. 6, S. 159 n. 6 und Gran 1114 c. 8. 53, S. 206 n. 1 u. S. 209 n. 6, sowie ferner Worcester 1229 c. 20, S. 185 n. 2.

[5] Bd. I S. 63 ff.

[6] Clem. 2 de vita cler. III. 1 suspensio a perceptione fructuum auf 6 Monate, andere Unfähigkeit für dieselbe Zeit, Benefizien zu erhalten, Avignon 1337 c. 46, S. 259 n. 5, für Benefiziaten Verlust eines Theils der Einkünfte, andere Geldstrafen; Valladolid 1322 c. 6, S. 261 n. 2, einerseits Verlust der halben Benefizialeinkünfte auf ein Jahr und andererseits Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien auf ein Jahr; London 1331 c. 3. 4. und 1342 c. 2. 3, S. 251 n. 16 einerseits suspensio ab off. und ab ingressu ecclesiae und andererseits susp. ab ingressu ecclesiae; Avignon 1326 c. 26, S. 265 n. 4, suspensio a beneficio einerseits und andererseits Personal-Interdikt; Exeter 1287

werden[1]. Ausserdem wird auch mitunter nach dem Weihegrade[2], sowie nach dem Amte und der Würde[3] unterschieden. Letzteres gilt namentlich für die Bischöfe. Gegen diese werden einerseits härtere Strafen als gegen die anderen Geistlichen[4], andererseits aber auch gleichwerthige[5], ja, freilich nicht gemeinrechtlich[6], sogar mildere Strafen[7] angedroht.

3. Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt.

a. Die Organe für die Ausübung derselben.

§ 276. *aa. Im Allgemeinen (die Bischöfe und die Synoden).*

Wie in den früheren Zeiten[8] übt der Bischof auch jetzt noch die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt über die Laien[9] und Geistlichen[10] seiner Diöcese aus.

Einzelne karolingische Anordnungen haben zwar die Verhängung des Anathems im Sinne der feierlichen Verfluchung und Exkommunikation[11] dem Metropoliten und der Provinzialsynode vorbehalten[12], indessen sind diese weder im ganzen karolingischen Reich in Geltung gewesen, noch haben sie sich dauernd in Kraft erhalten[13].

c. 41, S. 258 n. 3; einerseits privatio beneficii und andererseits susp. ab executione ordinum auf 5 Jahr; Köln 1266 c. 41, S. 245 n. 1, privatio omnium beneficiorum und für Nichtbenefiziaten dauernde Unfähigkeit zur Erlangung von Benefizien; London 1342 c. 2, S. 259 n. 5 privatio beneficii und andererseits Unfähigkeit zu Benefizien auf 4 Monate.

[1] Rouen 1190 c. 5, S. 259 n. 5, mit Verlust des Klerikalprivilegs, Benefiziaten dagegen mit susp. a benef., Paris 1212 P. I c. 6, S. 265 n. 4 und Valence 1268 c. 23, S. 262 n. 6 mit Exkommunikation, die letzteren dagegen mit privatio beneficii; Paris 1212 P. I c. 7. 8. 12, S. 262 n. 6. S. 239 n. 9 u. S. 247 n. 12, ebenfalls mit Exkommunikation, Benefiziaten dagegen mit susp. a benef.

[2] Cap. Pippin. 754/755 c. 2, S. 173 n. 11, für minores Prügel und Gefängnissstrafe, für die anderen Absetzung. Vgl. des Weiteren S. 78. 79.

[3] Nevers 1246 c. 7, S. 260 n. 2, Kanoniker höhere Geldstrafe als andere; Paris 1347 c. 2, S. 260 n. 2, Kanoniker Verlust der Hälfte der Distributionen, andere arbiträre Strafe; Angers 1365 c. 12, s. a. a. O., erstere susp. a voce capituli et distributionibus quotidianis, andere a fructibus beneficiorum auf einen Monat; London 1268 c. 5, S. 259 n. 5, Priester, Dignitäre, Inhaber von Seelsorge-Ämtern und Kanoniker susp. ab off., andere arbiträre Strafe; Nogaret 1308 c. 11, S. 251 n. 8, Archidiakon susp. ab off., andere excommunicatio l. s.; Valladolid 1322 c. 6, S. 261 n. 2, Prälaten susp. a collatione ordinum auf 6 Monate, Benefiziaten Verlust der halben Benefizial-Einkünfte auf ein Jahr.

Gemeinrechtlich vgl. Clem. 1 de vita cler. III. 1, wird auch in einem Fall ein Unterschied zwischen *clerici coniugati et non coniugati* gemacht, s. S. 264 n. 4.

[4] c. 1 X de cler. venat. V. 24, s. S. 264 n. 1; auch c. 12 (Urban III.) X de iureiur. II. 24 verlangt eine härtere Bestrafung für die Bischöfe wegen Meineides. Vgl. auch Bergamo 1311 c. 14, S. 253 n. 9, für Bischof Personalinterdikt, für den Offizial susp. a divinis officiis, s. S. 70.

[5] So c. 7 (Lateran. III.) X de elect. I. 6, S. 240 n. 6 Verlust des Rechts, Ämter zu vergeben, für die Wähler aber Verlust des Wahlrechts für den Erledigungsfall und dreijährige susp. a benef.; c. 2 (Lyon 1274) in VI de cens. III. 20, S. 251 n. 11, und c. 9 (Bonif.) in VI de off. iud. ord. I. 16, S. 249 n. 4, interdictio ingressus ecclesiae, für andere susp. ab off. et benef.; ferner Mainz 1261 c. 12, S. 240 n. 6 ebenso einerseits für den Bischof, andererseits für den Archidiakon.

[6] Über die Veränderung von can. 41. 43 apost. in c. 1. Dist. XXXV. s. S. 263 n. 4.

[7] London 1268 c. 3, S. 246 n. 2, susp. ab usu pontificialium, andere dagegen suspensio, ibid. c. 33 S. 243 n. 9 für Bischof dieselbe Strafe, für andere Prälaten susp. ab off., Pressburg 1309 c. 2, S. 258 n. 7, excommunicatio für Bischöfe und andere, für letztere aber ausserdem privatio beneficii.

[8] Bd. IV S. 757. 836.

[9] Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 25; syn. Francof. 794 c. 6, B. 1, 74; Cap. missor. 802 c. 33. 38, B. 1, 97. 98; Tribur 895 c. 2, M. 18, 134; Rom 898 c. 12, M. 18, 226 (c. 1 X de offic. iud. ord. I. 31): „Habeant igitur episcopi singularum urbium in sua diocesi liberam potestatem adulteria et scelera inquirere, vindicare et iudicare secundum quod canones censuerunt absque impedimento alicuius ...", worin zugleich der Unsitte entgegen getreten wird, dass die weltlichen Richter Fleischesvergehen vor ihr Gericht ziehen, um sie gegen Erpressung von Geld nicht zu bestrafen oder von den Herren der schlechten Dirnen sich Lösegeld bezahlen zu lassen.

[10] Cap. 813? c. 9, B. 1, 183; Rom 826 c. 14, Boret. 1, 373 (wiederholt Rom 853, M. 14, 1094); s. auch S. 279 n. 1.

[11] S. 8. 9.

[12] S. 8 n. 3.

[13] Denn die späteren Quellen erwähnen darüber nichts.

Wenn bei der Handhabung der Strafjurisdiktion über die Geistlichen mitunter der Theilnahme der Diöcesansynode gedacht wird[1], so ist diese doch nicht nothwendig gewesen, vielmehr haben die Bischöfe in der karolingischen Zeit, ebensowenig wie früher[2], in allen Fällen ihr Presbyterium dabei betheiligt[3]. Allerdings ist in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts von einzelnen Päpsten[4] und Konzilien[5] die Absetzung von Priestern und Diakonen von der Zuziehung einer bestimmten Anzahl von Bischöfen abhängig zu machen gesucht worden[6], aber auch diese Anordnung hat keinen durchschlagenden Erfolg gehabt[7]. Und wenn in Folge dessen die päpstliche Gesetzgebung von Neuem im 12. Jahrhundert dem Bischof die Zuziehung des Kapitels bei der Ausübung der Strafgewalt über die Kleriker aufgegeben hat[8], so ist auch diese Vorschrift ebensowenig, wie die früher gedachten Anordnungen, zur Durchführung gelangt[9].

Die zweite Instanz bildete der Metropolit mit der Provinzialsynode[10].

[1] Cap. Pipp. 754/755 c. 3, B. 1, 31: „De presbyteris et clericis . . . ut archidiaconus episcopi eos ad synodum commoneat una cum comite. Et si quis contempserit, comes eum distringere faciat, ut ipse presbyter aut defensor suus LX solidos componat et ad synodum eat. Et episcopus ipsum presbyterum aut clericum iuxta canonicam auctoritatem defudicare faciat"; vgl. ferner in Betreff der Äbte Paris 829 VI. 37, M. 14, 562: „quod si episcopo suo obedire superbiende renuerint, synodali iudicio aut corrigantur aut certe principali autoritate interveniente, honore praelationis priventur".

[2] Bd. IV S. 837.

[3] Wenn Friaul 796 c. 7, M. 13, 847 (S. 250 n. 4) die Deposition der Priester, Diakonen und Äbte durch den Bischof bei Strafe der Absetzung von der vorherigen Verständigung des Metropoliten (Patriarchen) abhängig macht, so zeigt dies gerade, dass die Zuziehung des Presbyteriums nicht üblich war. S. auch die folg. Anm.

[4] Nikolaus I. 858/867, J. E. n. 2855, und Johann VIII. 874, n. 2992, Loewenfeld epist. p. 28. 30 verlangen bei Priestern die Zuziehung von 5, bez. 6 Bischöfen und erklären die von dem Bischof allein verhängte Absetzung (p. 30: „a suo tantum episcopo vel a compresbyteris depositum") für nichtig.

[5] Tribur 895 c. 10, M. 18, 138: „ut nullus episcopus deponatur nisi a XII episcopis, presbyter a VI, diaconus a III."

[6] Im Anhalt an die Vorschriften der afrikanischen Kirche, Bd. IV S. 768 n. 8, welche Tribur cit. ausdrücklich anzieht.

[7] Eine Bezugnahme darauf bietet allerdings Rouen 1072 c. 26, M. 20, 39: „si aliquis lapsus dignus depositione repertus fuerit et ad eum deponendum tot coepiscopos, quot auctoritas postulat, scil. in sacerdotis VI, in diaconi depositione III: unusquisque qui adesse non poterit, vicarium suum cum sua auctoritate mittat". Aber gerade die Ertheilung von Privilegien, wie das Benedikts VII. v. 980 (J. L. n. 1803), Archives historiques de la Gironde. Paris-Bordeaux 1859 c. 5, 176 für den Abt von Fleury, dass in Kriminalsachen gegen ihn: „non unius episcopi iudicio sententia terminetur, sed provincialis concilii exspectetur censura" und das Gregors VII. 1073/1085 v. Pflugk-Harttung 2, 140 für die Äbtissin eines Klosters: „ut si qua contra eam huiusmodi querela surrexerit, non solus episcopus Florentinus causam exigat, sed adhibitis sibi duobus vel tribus episcopis et caeteris timentibus deum ac religiosis viris, subtili hoc investigatione perquirat, quatenus, cunctis concorditer iudicantibus, canonicae districtionis censura aut eam ferire aut innocentem possit absolvere", zeigen, dass an sich diese Beschränkung ausser Übung gekommen war. Dass die Kanonensammler, so namentlich Gratian (c. 1ff. C. XV qu. 7) eine Anzahl der den Bischof beschränkenden älteren Kanones, Bd. IV S. 768 n. 6. 7. 8 u. S. 837 n. 6, wiedergeben, beweist an sich nichts für die lebendige Übung.

[8] c. 1 (Alex. III.) X de exc. prael. V. 31; c. 4 (id.) X de his quae fiant a prael. III. 10; c. 2 (Coelest. III.) X de his quae fiunt a maiore parte III. 11; vgl. dazu Bd. II S. 154 n. 10. 11 u. S. 156 n. 1.

Wegen der Beschränkung der bischöflichen Strafgewalt über die Kanoniker s. Bd. II S. 145 und unten §. 278.

[9] c. 3 (Bonifaz VIII.) in VI de consuet. I. 4, welches die Statthaftigkeit eines abändernden Gewohnheitsrechtes anerkennt. S. im Übrigen Bd. II S. 155 n. 1. 2 u. S. 156 n. 3.

[10] Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35, wo allerdings nur der Metropolit genannt wird, hier wohl ohne das Recht der Provinzialsynode in Abrede zu stellen.

Wenn Schröre, Hinkmar, Erzb. v. Rheims, Freiburg i. Br. 1884 S. 320 behauptet, dass Hinkmar so weit gehe, den Metropoliten an Stelle der Provinzialsynode als Appellationsinstanz hinzustellen, so hängt dies mit den Ausführungen desselben über die Metropoliten erster Ordnung (Primaten) zusammen, s. a. a. O. S. 370, und beweist an sich nichts für den praktischen Rechtszustand. Wird sich allerdings kaum läugnen lassen, dass Hinkmar und andere Erzbischöfe auch ohne die Provinzialsynode über Appellationen entschieden haben, so handelt es sich doch in den zahlreichen, von Schröre S. 320 m. 35 angeführten Fällen nicht überall um zweitinstanzliche Sachen.

Aber, wie schon in der merovingischen Zeit[1], können die Befugnisse der erst- und zweitinstanzlichen Behörden stets durch die höheren Leitungsorgane, mithin die des Bischofs durch die verschiedenartigen Synoden[2], die des Metropoliten und der Provinzialsynode durch die grösseren Synoden wahrgenommen werden[3]. Damit hängt es auch zusammen, dass nach karolingischem Recht, falls die untere Instanz, also namentlich der Bischof ausser Stande ist, seine Strafgewalt zur Wirksamkeit zu bringen[4] oder sich in der Ausübung derselben säumig zeigt, die höhere Instanz für ihn einzutreten befugt ist[5]. Während in den zuletzt gedachten Anordnungen die Keime zu dem später entwickelten und näher durchgebildeten Devolutionsrecht liegen, hat sich der Grundsatz, dass die verschiedenartigen Synoden bei der Verwaltung der Strafgewalt an Stelle des Bischofs oder einer niederen Synode treten können[6], das Mittelalter hindurch praktisch in Übung erhalten[7].

[1] Bd. IV S. 837.

[2] So hat die Provinzialsynode zu Metz 888 c. 9. 10. 11, M. 18, 80 eine Reihe von Strafurtheilen gegen Nonnen und Laien erlassen, ebenso die von Chalons s. S. 894, M. 18, 127 (auf Veranlassung des Bischofs v. Autun) über einen des Mordes seines Bischofs bezüchtigten Mönch und Diakon geurtheilt. Auch Hinkmar v. Rheims verweist die Strafsache eines Priesters an die Provinzialsynode, ep. ad Hadrian. II. 871, M. 16, 686.

Häufiger ist, namentlich im Laufe des 9. Jahrh., die Verhandlung von Strafsachen in erster Instanz durch die Reichssynoden, namentlich der einzelnen Theilreiche, vgl. Soissons 744 c. 2, B. 1, 29 (Verurtheilung des Ketzers Aldebert, wobei freilich zweifelhaft bleibt, ob hier nicht die Kompetenzbestimmungen für Bischöfe, weil er als solcher amtirte, s. S. 82 n. 2, zur Anwendung gekommen sind); Chiersey 849, M. 14, 919 (Absetzung des Mönches Gottschalk wegen seiner Prädestinationslehre, Schrörs, Hinkmar Erzb. v. Rheims S. 103. 490); Mainz 851 c. 11, LL. 1, 414 (Aburtheilung zweier Laien wegen Ehebruchs und Entführung, sowie wegen fünffachen Mordes); Savonières 859 c. 4. 5 LL. 1, 464 (eines Diakons und Subdiakons, welche sich der Bischöfe von Bayeux und Langres bemächtigt haben sollten); westfränkische Synode v. 862 (Exkommunikation der Judith, Tochter Karls d. K. und ihres Entführers Balduin Eisenarms v. Flandern, Hincm. ann. a 862, SS. 1, 456; Schrörs S. 228); Mainz 888 c. 18, M. 18, 69 (eines Laien, welcher eine incestuose Ehe geschlossen und sich trotz seines Eides nach der Trennung mit der Frau wieder vereinigt hatte).

Ein festes Princip ist nicht erkennbar. Abgesehen von der Möglichkeit der Überweisung einer Sache durch den an sich zuständigen Bischof (s. Abs. 1) an die Synode ist nur bekannt, dass Hinkmar den Mönch Gottschalk aus Misstrauen in die Energie seines Diöcesanbischofs (Rothad v. Soissons) diesem nicht zur Aburtheilung überlassen hat, Schrörs S. 104; Hefele, Conc. Gesch. 4, 141.

[3] Tribur 875 c. 2, M. 18, 134: „idem episcopus praecepit, ut veniret laicus et de tam nefando scelere satisfactionem procuraret agere. Qui nequaquam consensit, sed communem episcoporum synodum appellavit".

[4] Cap. Vernens. 755 c. 5, B. 1, 34 (wonach zunächst der Metropolit und eventuell der synodus publicus, also die Provinzial- oder Reichssynode, an Stelle des Bischofs einzuschreiten hat); Francof. 794 c. 6 cit., welches nur des Metropoliten gedenkt; Pavia 855 c. 5. 9, LL. 1, 431. 432, welche bei Nichtausreichen des Bischofs auf die synodalis auctoritas verweisen.

[5] Cap. Olonn. eccles. II c. 6 u. cap. de reb. eccles. 825 c. 2, B. 1, 328. 332: „Si episcopus contestationem vel correptionem huiusmodi neglexerit aut post hoc sinodale concilium infra XL dies emendatione digna non emendaverit (d. h. die Entfernung der Konkubinen der Priester und die Bestrafung der letzteren) „iudicio metropolitani sui sententiam subiaceat", d. h. wenn der Bischof und auch die Diöcesansynode (eine andere kann nicht gemeint sein) nicht einschreitet, soll alles (d. h. sowohl die Abstellung der Konkubinen und die Bestrafung der konkubinarischen Geistlichen, wie auch die des säumigen Bischofs, nicht blos diese allein) dem Metropoliten und seinem Gericht anheimfallen.

[6] Vgl. darüber im Allgemeinen Bd. III S. 490.

[7] Von Provinzialsynoden bieten Beispiele die v. Jonquères 909; von Fimes 935, v. S. Thierry 953, Nimwegen 1015, Mainz 1023, Geisleden 1023; Soissons 1092 s. Bd. III S. 483 n. 3; ferner Orleans 1022; M. 19, 380, S. 51 n. 8; Limoges 1031, M. 19, 545: „Tunc accusabantur quidam, qui propter presbyterii gradum pecuniam dederunt, et alii qui duas uxores ante diaconatum habuerant, alii autem qui in clericatu sibi virilia amputaverant, alii vero, qui in laicali ordine homicidium fecerunt et postea monachi facti gradum diaconi susceperunt. Dictum de his in concilio est: Nulla his misericordia potest tribui, quia omnes deponantur"; von Reichssynoden Hohenaltheim 916 c. 21. 34, LL. 2, 558 (Verurtheilung Erchangers und seiner Genossen wegen Hochverraths und Sakrilegs), ferner die von Ingelheim 948 c. 1. 3, LL. 2, 25, s. auch p. 20. 21, — wegen ihres Charakters vgl. Bd. III S. 533 —, auf welcher gegen den Herzog Hugo wegen Hochverrath und Vertreibung des Erzbischofs v. Lyon verhandelt worden ist; S. Basol bei Rheims 991, S. 51 n. 8; wegen der Synoden mehrerer Sprengel und Provinzen vgl. Bd. III

Für die kirchlichen Straf- und Disciplinarvergehen der Bischöfe blieb, wie in der merovingischen Zeit[1], die Provinzial-[2] oder die Reichs-(National-) Synode[3] das richterliche Organ, und zunächst auch die einzig entscheidende Instanz, denn von einer ausdrücklichen Anerkennung oder gar einer Bethätigung des oberrichterlichen Rechtes des Papstes über die fränkische Kirche ist bis zur Mitte des 9. Jahrhunderts im Frankenreich keine Rede gewesen[4]. Erst in der zweiten Hälfte desselben tritt in Folge des Einflusses der Pseudoisidorischen Dekretalen und der Schwächung der königlichen Gewalt ein Umschwung und eine Änderung des Rechts ein, welche letztere des besseren Verständnisses wegen im Zusammenhange mit der Weiterentwicklung des bereits früher ausgebildeten päpstlichen oberstrichterlichen Rechtes über die Kirche[5] zu erörtern ist[6].

§. 277. *bb. Der Papst.*

Das oberstrichterliche Recht, welches die Päpste seit dem 5. Jahrhundert sowohl in Appellationssachen, wie auch in erster Instanz über die Bischöfe der verschiedenen Stellungen in einem Theil des Abendlandes zur Geltung gebracht hatten[7], konnte in Folge der Bildung der germanischen Reiche und der geschlossenen Landeskirchen derselben nicht mehr zur Bethätigung kommen[8]. In der That sind auch bis zum

S. 534 n. 4 und wegen der päpstlichen Synoden § 277.

[1] Bd. IV S. 838.

[2] Cap. Vern. 755 c. 13, B. 1, 35 (in Betreff der episcopi vagantes): „ab officio suspendatur interim quod ad sinodum exinde venerit et ibidem secundum canonicam institutionem accipiat sententiam", wo jedenfalls in erster Linie die Metropolitansynode gemeint ist; syn. Francof. 794 c. 10, B. 1, 75: „ut (Gaerbodus) ab eodem gradu episcopatus quod de se habere dicebat deponeretur a praedicto metropolitano (v. Rouen) sive (d. h. et) a conprovincialibus episcopis", Stellen, welche das frühere Recht als in Geltung stehen voraussetzen, weshalb es nicht auffallen kann, dass direkte, dasselbe wiedergebende Quellen — Bened. Lev. III. 314 (so Kober, Deposition S. 429) kann doch nicht angeführt werden, s. auch Bd. II S. 10 n. 6 — fehlen. In Übereinstimmung damit steht die Bestrafung Rothads v. Soissons durch die Provinzialsynode v. 861 daselbst, S. 74 n. 3 und Bd. II S. 10 n. 2; Schröre, Hinkmar S. 241.

[3] So ist gegen Felix v. Urgel wegen der adoptianischen Ketzerei auf der Regensburger Synode, Bd. III S. 549 n. 8 verhandelt, und derselbe hier auch möglicherweise (sicher ist dies nicht, vgl. Hefele 3, 674) abgesetzt worden, vgl. überhaupt Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 261. 264. Was die Absetzung Anselms v. Mailand, Wolfads v. Cremona und Theodulfs v. Orleans 818, Simson Ludw. d. Fr. 1, 120 ff.; Hinschius, decret. Pseudo-Isidor. p. CCXXI. CCXXII; Jesses v. Amiens zu Niemwegen 830, Simson 1, 363; Hinschius p. CCXXXII; Agobards v. Lyon zu Diedenhofen 835, Simson 2, 137; Hinkmars v. Laon 871 zu Doucy, Schröre S. 340 ff.; Bd. II S. 12 n. 2, betrifft, so hat es sich freilich in allen diesen Fällen nicht allein um kirchliche Vergehen oder Disciplinarvergehen der Bischöfe gehandelt, aber es trifft hier das Bd. IV S. 838 n. 4 Bemerkte zu. Vgl. ferner Tribur 895 c. 10, S. 279 n. 5, welches sich sowohl auf die Provinzial-, wie auch auf eine grössere (Reichs-) Synode bezieht.

[4] S. R. Weyl, Beziehungen d. Papstthums unt. d. Karolingern. Breslau 1892. S. 171 ff. A. A. Kober, Deposition S. 428. Die Reception der Dionyso-Hadriana unter Karl d. Gr., Bd. III S. 707, ist dafür nicht entscheidend, denn trotz derselben kam es noch immer darauf an, das Verhältniss der einzelnen Kanones, also in dem hier fraglichen Punkte die Vorschriften des Konzils zu Sardika, bez. des daraus hergeleiteten oberstrichterlichen Rechtes des Papstes zu der Verfassung des Frankenreichs, namentlich der leitenden Stellung des Königs in den kirchlichen Angelegenheiten (vgl. auch Bd. IV S. 839), näher festzustellen, und das ist für die gedachte Zeit nicht erfolgt, denn die von Kober angezogenen weltlichen Gesetze sind Fälschungen Benedikts, Bd. II S. 10 n. 1, und der Brief Hadrians I. an Tilpin J. E. n. 2411, welcher eine praktische Bethätigung des päpstlichen Rechts beweisen soll, ist ebenfalls unecht, Bd. I, S. 602. (Was G. Hahn, Bonifaz u. Lull. Leipzig 1883 S. 276 n. 1 u. S. 346 gegen die behauptete Unechtheit geltend macht, würde höchstens den sich auf Lull beziehenden, nicht aber den hier in Frage kommenden Theil des Briefes treffen, und Langen, Gesch. d. röm. Kirche v. Leo I. Bonn 1885 S. 715 n. 1, hat bei seiner Polemik gegen mich den Kardinalpunkt verkannt, dass es sich bei der Primatialstellung und bei dem Recht, nur durch den Papst gerichtet zu werden, um Anschauungen handelt, welche der Zeit Hadrians I. völlig fremd waren.)

[5] S. Bd. IV 783. 784.

[6] Vgl. den folgenden §.

[7] Bd. IV S. 787.

[8] A. a. O. S. 839.

9. Jahrhundert nur vereinzelte Spuren seiner Ausübung nachweisbar, welche sich theils aus der Hinneigung der Geistlichkeit zu römischen Anschauungen[1], theils aus der Machtstellung des Papstes in gewissen Gebieten, wie in Italien[2], erklären.

Erst die nach dem Tode Karls des Gr. beginnende Auflösung des karolingischen Reiches, der Widerstreit der sich bekämpfenden und die Hülfe des Papstes in Anspruch nehmenden politischen und kirchlichen Parteien und insbesondere die Bestrebungen der kirchlichen Reformpartei, deren Programm in den Pseudo-Isidorischen Dekretalen seinen prägnantesten Ausdruck gefunden hat, ermöglichten es dem Papstthum[3], das theoretisch stets festgehaltene[4] oberstrichterliche Recht von Neuem zu bethätigen.

[1] Schon Wilfrid der Ältere v. York hat gegen seine durch eine northumbrische Synode 678 im Einverständniss mit König Egfried erfolgte Entsetzung nach Rom appellirt, und wenn er gleich durch das römische Konzil unter Agatho 679 restituirt worden ist, Haddan und Stubbs, councils relat. to Great Britain 3, 136, so ist doch seitens des Königs dieser Spruch nicht beachtet worden, und Wilfrid musste in die Verbannung gehen, Obser, Wilfrid d. Ält., B. v. York. Heidelberg 1884 S. 51. 53. 60 ff. Als er später (erst nach 8 Jahren) restituirt, dann aber 703 (o. 702) durch die Synode zu Estrefield vertrieben worden war und von neuem an den Papst appellirt hatte, Haddan und Stubbs 3, 251, erschienen zwar auf der von Johann VI abgehaltenen römischen Synode 704, Abgesandte des Erzb. v. Canterbury, Haddan und Stubbs 3, 236, indessen konnte die vom Papst unter Freisprechung Wilfrids in England zur weiteren Untersuchung der Sache angeordnete Synode, J. L. n. 2142, Haddan und Stubbs 3, 262, erst nach stattgehabtem Thronwechsel 706 zu Nidd, l. c. p. 264 abgehalten werden, und erst hier erlangte Wilfrid seine Restitution, vgl. auch Obser, S. 77. 79. 84 ff.

Was die römische Synode unter Zacharias 745 betrifft, welcher die Verurtheilung der ketzerischen Bischöfe Aldebert und Clemens ausgesprochen hat, S. 82 n. 2, so ist diese seitens des Papstes auf Veranlassung von Bonifatius abgehalten worden, nicht auf Berufung der Betheiligten. Da dieselben schon vorher auf fränkischen Synoden verurtheilt waren, s. oben a. a. O. u. S. 280 n. 2, so handelte es sich für Bonifatius darum, die Unterstützung des Papstes in einer den Glauben betreffenden Angelegenheit zu erlangen (Jaffé, mon. Mogunt. p. 138: „quod meam mediocritatem defendere et adiuvare et per scripta vestra populum Francorum et Gallorum corrigere studeatis"). Wenngleich die Entscheidungen des Papstes in Glaubenssachen auch im Frankenreich an sich anerkannt, Bd. III S. 700 n. 3, und die beiden Bischöfe auf Betreiben des Bonifatius anscheinend wieder in Haft genommen wurden, so kann doch Pippin die Aburtheilung derselben durch den Papst, welcher offenbar ohne seine Genehmigung angegangen war (vgl. Bd. IV S. 839), nicht als eine definitive und massgebende anerkannt haben (s. auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 1, 518; Weyl a. a. S. 178), denn 747 giebt Zacharias dem Bonifatius auf, Jaffé p. 182, aus Anlass eines in Aussicht genommenen Konzils: „ad medium deducantur sacrilegi illi, ut eorum subtili indagatione causa cribretur. Quos si deviantes a rectitudinis tramite usque quaque repperiritis et convicti fuerint inclinati ad viam converti rectitudinis, ut bonum atque placitum in oculis vestris parierit, cum principe provinciae disponite secundum ss. canonum sancita. Si autem in superbia perstiterint, contumaciter proclamantes reos non esse, tunc cum probatissimis atque prudentissimis sacerdotibus, II vel III, praedictos ad nos dirigite viros, ut profunda inquisitione coram sede apostolica eorum inquiratur causa et iuxta quod meruerint, finem suscipiant", ordnet also eine nochmalige Verhandlung der Sache (vielleicht in Übereinstimmung mit Pippin) an. Über das Weitere sind wir nicht unterrichtet, und wenn die passio Bonifatii, Jaffé p. 474, welche einer Degradation des Aldebert gedenkt, ihn in Fulda inhaftirt sein, dann entweichen und sterben lässt, so können sich diese Thatsachen sehr wohl vor der Abhaltung der in Aussicht genommenen Synode ereignet haben.

Dass der durch eine Synode abgesetzte Bischof Gewilib von Mainz nach Rom appellirt hat, wie vielfach angenommen wird, s. z. B. Hauck 1, 516, kann allerdings aus Zachar. ep. Jaffé p. 151: „quia sine cuiuscumque consultu apud nos properat et, dum advenerit, ut domino placuerit, fiet", entnommen werden, aber da Bonifatius die Stellung eines römischen Legaten einnahm, so waren Beschwerden über ihn nicht ausgeschlossen, wennschon es freilich darauf ankam, ob die weltliche Gewalt die etwaigen vom Papst erlassenen Verfügungen anerkannte. Weiteres über den Erfolg dieser Appellation ist nicht überliefert.

[2] Andreae Dandol. chron. VII c. 1 pars 22, Muratori, ss. rer. Ital. 12, 134: „Post obitum Donati patriarchae (v. Grado) Polensis episcopus contra statuta canonum ad Gradensem sedem se contulit, et a Gregorio (II.) papa (724 o. 725) indignus utraque sede iudicatus ad supplicationem cleri et populi Venetiae et Istriae in prima sede restitutus est"; vgl. auch ep. Gregor. II. ad episc. Venet. v. 725, J. L. n. 2172, Ughelli Italia sacra 5, 1088.

[3] Vgl. hierzu des Näheren Bd. II S. 9 ff.

[4] Abgesehen von den vorigen Anmerkungen zeigen dies auch die Festsetzungen in der Bestellungsurkunde Sergius' II. für Drogo v. Metz als apostolischen Vikar für Gallien und Germanien v. 844, Bd. I S. 395. 396 n. 1, s. auch

Insbesondere hat Nikolaus I.[1] (858—867) diesen Anspruch des päpstlichen Stuhles wieder zu umfassender praktischer Anwendung gebracht, indem er nicht nur auf die an ihn gelangten Appellationen[2] in höchster Instanz entschieden[3], sondern auch die Befugniss der Provinzialsynoden in Strafsachen der Bischöfe, selbstständig (blos mit Vorbehalt der Berufung an den päpstlichen Stuhl) zu urtheilen verneint[4] und das von ihm beanspruchte Recht der massgebenden Entscheidung[5] auch gegenüber den fränkischen Bischöfen[6] siegreich behauptet[7] hat.

Auch nach dem Tode Nikolaus' II.[8] haben die Appellationen an den päpstlichen

Schröers S. 50, und in dem Privileg Benedikts III. v. 855 für Hinkmar v. Rheims, Bd. I S. 604.

[1] Dass auch schon vor ihm einzelne Appellationen, z. B. von Priestern, vorgekommen sind, ergiebt c. 5 (Leo IV. 852. 853, betr. das Westfrankenreich J. L. n. 2624) C. I qu. 4. Es hängt dies damit zusammen, dass die Bischöfe wohl nicht selten willkührlich vorgingen (vgl. Hincm. ep. ad. Joann. VIII. de iudiciis et appellationibus episcoporum 877 c. 26, Migne patr. 126, 243, s. auch S. 279 n. 4 u. 5), und die Appellanten (Priester und Laien) ihrerseits auf mildere Beurtheilung in Rom hofften, wie dies das Angehen des römischen Stuhles um Auferlegung der Busse, S. 106, zeigt.

[2] Wegen der Appellationen der Thietberga, Gemahlin Lothars II. s. Bd. II S. 11 n. 8. Vgl. die folgende Anm. Selbst Hinkmar v. Rheims hat in der Angelegenheit des Rothad v. Soissons das Appellationsrecht verurtheilter Bischöfe auf Grund des Konzils von Sardika, s. des näheren Bd. II S. 10; Schröers S. 254. 255, und später auch in der Angelegenheit des Ansegisus (Bd. I S. 597) anerkannt, Schröers S. 373.

[3] Und zwar ohne dass die Mittelinstanz, die Provinzial- oder höhere Synode angegangen war. Das ergeben die bestrafte Priester betreffenden Anweisungen c. 10 (Nic. I. J. E. n. 2839) C. II. qu. 1 und c. 12 (id. J. E. n. 2780) C. III qu. 9: „ut si presbiter post excommunicationem suam apostolicam sedem adire voluerit, nullus iter eius impedire praesumat".

[4] So in der Sache Rothads, Bd. II S. 10. 11 und Schröers S. 243. 246 ff. 256. 259.

[5] S. die vor. Anm. und über die Gründe, auf welche sich Nikolaus I. stützt, Bd. II S. 11 und Schröers S. 258 ff. namentlich S. 259 n. 82.

[6] Wegen der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über italienische Bischöfe, so den Erzbischof v. Ravenna s. die römischen Synoden v. 861. 862 u. 863, M. 15, 598. 668; Hefele 3, 249. 260. 274.

[7] Ausser der erwähnten Rothadschen Angelegenheit gehört weiter die direkt von Nikolaus auf der römischen Synode v. 863 ausgesprochene Verurtheilung der Erzbischöfe Thietgaud und Günther, Bd. II S. 11 n. 8, hierher. Auch die Synode v. Troyes 867 erkennt ausdrücklich die entscheidende Stimme des Papstes bei Absetzungen der Bischöfe an, ep. synod. 15, 795: „ut quae de statu sacri pontificalis ordinis statuta sunt, ut immota de cetero maneant, mucrone apostolico quorumcumque metropolitanorum temeraria praesumptione suppressa, quia etiam reliquorum episcoporum quorumcumque seu quantorumcumque audaci conniventia penitus summota, privilegia et decreta servari innovata constitutione decernatis, ita ut nec vestris nec futuris temporibus praeter consultum Romani pontificis de gradu suo quilibet episcoporum deiiciatur, sicut eorumdem sanctorum antecessorum multiplicibus decretis (vgl. Bd. IV S. 788 n. 5) et numerosis privilegiis stabilitum modis mirificis extat"; vgl. dazu auch Schröers S. 288.

Ja auch das oberste Richterrecht über die orientalischen Patriarchen (Bd. IV S. 784) hat Nikolaus I. durch die Verurtheilung und Absetzung des Photius auf der römischen Synode v. 863, M. 15, 178. 274 u. 16, 106, wieder zur Geltung zu bringen gesucht, aber freilich ohne dauernden Erfolg.

Die Absetzungen des Bischofs Gregor v. Syrakus durch die eben gedachte römische Synode, s. Mansi l. c. und des Bischofs Rodoald v. Porto durch die v. 864, M. 15, 183 gehören nicht hierher, denn hier handelte es sich um zur römischen Provinz gehörige Bischöfe.

[8] Und trotz des c. 26 des allgemeinen Konzils v. Konstantinopel 869, M. 16, 177: „ut quicumque presbyter aut diaconus a proprio episcopo depositus fuerit propter aliquod crimen vel si quamlibet iniustitiam se pati dixerit et non acquieverit iudicio proprii episcopi dicens eum suspectum se habere et vel propter inimicitiam quam erga se tenuerit vel propter gratiam quam aliis quibusdam praestare voluerit, idcirco in se fuisse tale quid operatum, potestatem habeat ad metropolitanum ipsius provinciae concurrere et eam quam putat iniustam depositionem vel aliam laesionem denuntiare: metropolita vero ille libenter suscipiat huiuscemodi et advocet episcopum qui deposuit vel alio modo clericum laesit et apud se cum aliis etiam episcopis negotii faciat examen, ad confirmandum scil. sine omni suspicione vel destruendum per generalem (*al.* amplioremm, unter allen Umständen Provinzialsynode) synodum et multorum sententia clerici depositionem. Similiter etiam episcopos concurrere ad patriarchale caput decernimus, qui a metropolitis suis talia se pertulisse fatentur, ut apud patriarchas et metropolitas qui sub ipso sunt, iustam et sine suspicione sententiam quod movetur negotium accipiat. Insuper etiam nullo modo quisquam metropolitanorum [vel] episcoporum a vicinis metropolitis vel episcopis provinciae suae iudicetur, licet quaedam incurrisse crimina perhibeatur, sed a solo patriarcha proprio iudicetur: cuius sententiam rationabilem et iudicium iustum ac sine suspicione fore decernimus, eo quod apud eum honorabiliores quique colligantur ac per hoc

Stuhl fortgedauert[1], und wenn sich gleich im Westfrankenreich gegen diese Ausdehnung der päpstlichen Rechte Widerspruch[2] und zwar nicht ohne Erfolg[3] erhoben hat, ja selbst einzelne Synoden noch in alter Weise die Strafgerichtsbarkeit über Bischöfe selbstständig ausgeübt haben[4], so ist dies doch nicht von von durchschlagender Bedeutung gewesen. Vielmehr konnten die Päpste immer noch in manchen Fällen ihr oberstes Richterrecht ausüben[5], und vollends haben die seit der Ottonischen Zeit von den Kaisern im Verein mit den Päpsten abgehaltenen Synoden[6], welche u. A. auch Strafsachen der Bischöfe und selbst der Laien verhandelt haben[7], der

ratum et firmum penitus sit quod ab ipso fuerit iudicatum. Si quis autem non acquieverit eis quae a nobis edita sunt, excommunicatus existat", Anordnungen, welche hinsichtlich der Priester und Diakonen dem älteren Recht, Bd. IV S. 764, entsprechen und ebenso auch betreffs der Bischöfe und der Metropoliten, a. a. O. S. 768. 769, falls man das Verbot gegen die benachbarten Metropoliten und Suffraganbischöfe blos auf das Richten über einen Metropolitanbischof, nicht, wie das wohl inkorrekte [vel] im Widerspruch mit der vorhergehenden Stelle und dem Justinianischen Recht erfordert, auch auf das Richten über jeden einfachen Bischof bezieht. Im Abendland konnten diese Bestimmungen deshalb nicht von Einfluss sein, weil sie ein direktes Verbot der Diakonen und Priester den obersten Richter anzugehen, nicht aussprachen, und was die Gerichtsbarkeit über die Bischöfe und Metropoliten betraf, hier der römische Bischof an die Stelle des Patriarchen trat, falls aber das [vel] wirklich ächt ist, sogar darin dem letzteren die ausschliessliche Gerichtsbarkeit über alle Bischöfe, nicht blos über die Metropoliten, beigelegt sein würde.

[1] Hincm. ep. ad. Hadrian. II. 871, M. 16, 686; eiusd. ep. ad Hildebald. ep. Suesson., Flodoard. hist. Rem. III, 23, SS. 13, 532; annal. Bertin. a. 876 (Synode von Ponthion, Bd. III S. 557): „et sic iterum post multas contentiones de presbyteris diversarum parochiarum ad missos apostolici reclamantibus" (vgl. dazu auch das Urtheil über den Priester Adalgaud LL. 1, 534). Nicht hierher gehört ep. Joann. VIII. 875, Loewenfeld p. 33 betreffend eine Appellation gegen den unter Rom stehenden Bischof v. Florenz.

[2] Ep. Liutberti Mogunt. ad Adrian. II. 871, Jaffé mon. Mogunt. p. 332: „scire dignetur, quod si quando iustitia dictante criminibus publicis . . . resistere et eis cum adiutorio coepiscoporum nostrorum finem vel modum imponere conamur, potentiores quilibet, parvitatem nostram spernentes, quasi fera bestia vitam nostram lacerare . . consueverunt, adicientes et comminantes, apud vos de nobis se vindicaturos et de gradu episcopali deposituros"; ferner gehört die S. 283 n. 1 erwähnte Schrift Hinkmars hieher, welche wohl kaum in die Hände des Papstes gelangt ist, und in welcher er in Betreff der Bischöfe seine schon früher S. 282 n. 2 gedachte Auffassung, in Betreff der Priester aber die Ansicht vertheidigt, c. 13—19, Migne 126, 236 ff., dass diesen gegen die Entscheidung des Bischofs blos die Berufung an die Provinzialsynode zusteht, vgl. Schröre S. 374.

[3] So hat der von Johann VIII. 876 dem Ansegis von Sens übertragene Vikariat über Gallien und Germanien mit dem Rechte, statt des Papstes Synoden abzuhalten, Bd. I S. 597, keine Anerkennung gefunden, Schröre S. 358 ff. 361 ff., und in dem Streite Hinkmars v. Rheims mit Hinkmar v. Laon lag in dem Verhalten Hadrians II. und in der Bestätigung der Absetzung des Laoner Bischofs durch Johann VIII. ein Zurückweichen des Papstthums vor, Bd. II S. 12 und Schröre S. 350. 360.

[4] So hat 886 ein Konzil mehrerer Erzbischöfe zu Nimes gegen zwei Bischöfe die Degradation, S. 52 Anm. unter b, und 899 eine bairische Provinzialsynode gegen den Bischof Wiching v. Passau die Absetzung ausgesprochen, annal. Fuldens. a. 899.

Wenn Tribur 895 c. 30, M. 18, 147 (c. 3 Dist. XIX) dem römischen Stuhl die Entscheidung über Geistliche im Fall des Verdachtes der Fälschung päpstlicher Briefe vorbehalten hat, so ist dies offenbar nur aus dem Grunde geschehen, weil die Fälschung in Rom am sichersten festgestellt werden konnte.

[5] In Italien ist das oberstrichterliche Recht des Papstes unbeanstandet geübt worden, Johann VIII. hat z. B. auf seinen römischen Synoden 879 den Erzb. Ausbert v. Mailand abgesetzt, J. E. n. 3294. 3305. 3306, M. 17, 164. 165. 166; 880 eine vom Erzb. v. Ravenna gegen den Herzog Deusdedit ausgesprochene Exkommunikation aufgehoben, J. E. n. 3328, M. 17, 205 und 881 den eben genannten Erzbischof exkommunicirt, J. E. n. 3354, M. 17, 216. Auch die Reichssynode v. Hohenaltheim 916, Bd. III S. 560, welche in c. 13, Bd. II S. 13 n. 2, nur der Appellation gegen die Urtheile der Provinzialsynode erwähnt, lässt in c. 30. 31, LL. 2, 559 die Ausübung einer Strafgewalt über die dort genannten Bischöfe hervortreten, und ferner hat Agapit II. 949 die Verurtheilung des Bischofs Hugo v. Rheims durch die Synode v. Ingelheim bestätigt, Flodoard. ann. 949, SS. 3, 399 und der Provinzialsynode v. Rheims 975, auf welcher die Exkommunikation gegen B. Theobald v. Amiens ausgesprochen worden ist, S. 285 n. 1, ein päpstlicher Legat beigewohnt.

[6] Vgl. Bd. III S. 565.

[7] So Rom 962 (Exkommunikation des ehem. Rheimser Bischofs Hugo) Bd. III S. 565 n. 2; Pavia 997 (Suspensionen verschiedener Bischöfe, Jaffé, mon. Mogunt. p. 351; Rom 998 (Absetzung des B. v. Vich, M. 19, 227); Rom 998 o. 999 c. 5. 6 (Suspensionen und Absetzungen französischer Bischöfe) und c. 1 (Androhung des Anathems gegen den König v. Frankreich, M. 19, 225).

späteren Bethätigung dieses Rechtes freie Bahn geschaffen[1], wie denn schon gegen Ende des 10. Jahrhunderts die Synode von S. Basol (991) mit ihrem Versuch, die Absetzung eines Bischofs trotz der vorher an den Papst eingelegten Appellation selbstständig zu verhängen[2], schliesslich gescheitert ist[3].

Für die Verwirklichung der Reformtendenzen, welche seit der Mitte des 11. Jahrhunderts von der Kurie verfolgt wurden, und welche die Päpste zunächst wesentlich durch die von ihnen selbst oder die von ihren Legaten abgehaltenen Synoden in der Kirche durchzuführen suchten[4], war die unmittelbare Handhabung der Strafjurisdiktion über die Bischöfe von wesentlicher Bedeutung, da sie der Kurie das Mittel bot, diejenigen, welche sich ihren Bestrebungen widersetzten, aus ihren Stellungen zu entfernen, andererseits aber auch ihre Anhänger gegen Absetzung durch die Gegenparteien zu schützen. Deshalb wird nicht nur seit der Mitte des 11. Jahrhunderts in den Kreisen der Reformpartei[5] und seitens der Päpste im Anhalt an die Lehren Pseudo-Isidors der Satz betont, dass kein Bischof ohne Zustimmung des päpstlichen Stuhles abgesetzt werden dürfe[6], sondern auch im umfassendensten Masse durch sie oder ihre Legaten[7] von diesem Rechte Gebrauch gemacht[8]. Ja, schon seit Ende des 11. und Anfang des 12. Jahrhunderts hat dieses päpstliche

[1] Vgl. auch die Synode v. Rheims 975, welche unter Vorsitz eines päpstlichen Legaten den Bischof Theodor v. Amiens exkommunicirt hat, M. 19, 59.

[2] Bd. II S. 13 n. 2 u. Bd. III S. 569. Wenn Kober Deposition S. 457 bemerkt, dass die Majorität der Synode nicht gewagt hat, die frühere Disciplin als geltende hinzustellen, und ihre Kompetenz nur auf einen Nothfall, den der Unthätigkeit des Papstes in der Angelegenheit, gegründet habe, so wird von ihr allerdings auch auf dieses Moment Bezug genommen, aber ihr Widerstand war zugleich ein principieller, da sie das Recht des Papstes, die alten Kanonen zu ändern in Zweifel gezogen, und dadurch die pseudo-isidorische Praxis der Päpste zurückgewiesen hat, Bd. III S. 724 n. 7.

[3] Denn eine Legatensynode zu Rheims 995 hat ihre Beschlüsse kassirt, Bd. III S. 570, und Gerbert, der Gegner des abgesetzten Bischofs, die Seele der früheren Opposition, hat als Papst, diesen selbst restituirt, ep. Silvestr. II 999, J. L. n. 3908, M. 19, 242: „Quapropter tibi, Arnulfo Remensi archiepiscopo, quibusdam excessibus pontificali honore privato, subvenire dignum duximus, ut quia tua abdicatio Romano assensu caruit, Romanae pietatis munere credaris posse reparari“.

Allerdings kommen noch später vereinzelte Anklänge an das alte Recht vor, s. die S. 56 n. 4 citirte Vorschrift der Synode v. Limoges 1031, welche aber wohl kaum aus einer Opposition gegen die römische Lehre hervorgegangen ist.

[4] Bd. III S. 330. 517 ff. 534.

[5] S. ep. Deoduin. episc. u. 1050, Bd. II S. 13 n. 3.

[6] Leo IX. ad Thom. ep. Carth. 1053, J. L. n. 4304, M. 19, 658: „Hoc autem, nolo, vos lateat, non debet praeter sententiam Romani pontificis . . . episcopos damnari vel deponi . . . quia licet etsi vobis aliquos episcopos examinare, diffinitivam sententiam absque consultu Romani pontificis non licet dare, quod in ss. canonibus (d. h. Pseudo-Isidor) statutum, si quaeritis, potestis invenire; Alexander II. ad episc. Daniae u. 1061, J. L. n. 4474, Loewenfeld p. 38: „neminem archiepiscopum neque patriarcharum episcopum posse deponere canonice, nisi prius data fuerit sententia sedis apostolice“; vor Allem Gregor VII. dictat. II. 55 a (S. 51 n. 8).

[7] Denen der cit. dictat. dieses Recht ebenfalls beilegt.

[8] So von Leo IX. zu Rheims 1049, S. 54 n. 3; durch Legaten Viktors II. zu Lyon und Lisieux 1055, M. 19, 837. 842; Hefele 4, 788; durch Alexander II. 1063 J. L. n. 4538, M. 19, 978; Ewald, neues Arch. 5, 340 n. 67; durch Legaten desselben Winchester 1070, M. 19, 1079; durch Gregor VII. auf den Synoden 1075, Jaffé, mon. Gregor. II. 52 a, p. 170. 172; 1078, V. 11 a, p. 305; 1080, VII. 14 a. p. 399, durch Legaten Gregors 1073 I. 16 p. 29 u. V. 11 p. 301; vgl. ferner wegen Hermanns v. Bamberg V. 1—3 (1077) p. 203 u. K. Beyer i. d. Forschgen z. deutsch. Gesch. 22, 535. 537 ff. 553. 552; durch Paschalis II. 1106 zu Guastalla, Chron. reg. Colon. SS. 17, 746, vgl. auch Guleke, Deutschlands innere Kirchenpolitik. Dorpat 1882 S. 38. 42 ff., durch Legaten Paschalis' II. 1100, M. 20, 1118; Hefele 5, 261; durch Honorius II. 1127, Jaffé mon. Bamberg. p. 399. 405 ff., 1128, G. Schmidt, Urkdbch. des Hochstifts Halberstadt 1, 133; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 212; durch Innocenz II. 1135 zu Pisa, Bd. III S. 525 n. 3; Ztschr. f. K. R. 16, 151; durch Legaten Hadrians IV. 1153 zu Worms (Absetzung Erzb. Heinrichs v. Mainz) Böhmer-Will, Regest. d. Mainzer Erzbischöfe 1, 350; Hefele 5, 536.

Recht so gut, wie allgemeine Anerkennung[1] gefunden[2], und wenn man sich auch in vereinzelten Fällen darüber hinwegsetzte[3] oder sogar selbst Widerstand leistete[4], so konnte dies doch an dem Ergebniss der Entwicklung nichts mehr ändern.

Aber nicht blos durch die Verhängung von Absetzungen, sondern auch in anderen Beziehungen haben die Päpste in der erwähnten Zeit ihre Strafgewalt über die Bischöfe geübt, und dieselben zur Verantwortung gezogen[5], um so mehr, als sich in

[1] Charakteristisch ist einmal, dass Rouen 1072 c. 20, S. 279 n. 7, im Gegensatz zu seinen Vorlagen, den afrikanischen Konzilien und der Synode v. Tribur 895 c. 10, a. a. O. n. 5 u. 6, nur noch die Zahl der zur Absetzung von Priestern und Diakonen, nicht der zur Deposition eines Bischofs erforderlichen Bischöfe angiebt und ferner, dass auf der von Heinrich IV. veranlassten Synode v. Mainz 1085 die Bischöfe der Gregorianischen Partei unter dem Vorsitz der Legaten des Gegenpapstes Clemens' III. (Wibert) abgesetzt worden sind, Böhmer-Will 1, 220; Hefele 5, 182.

[2] Siegfried von Mainz betont allerdings 1073, Jaffé mon. Bamb. p. 86 (Forschgen. z. deutsch. Gesch. 21, 413) mit Rücksicht auf die von Alexander II. erfolgte Suspension seines Suffragans Jaromir v. Prag: „Debuit namque iuxta decreta canonum ad nos primum causa deferri et ille ad concilium vocatus intra provinciam inter fratres suos audiri. Ego vero et fratres mei deberemus ad apostolicam sedem velut ad caput nostrum referre, si tanta res esset, ut per nos nec posset nec deberet terminari" noch das Recht der Provinzialsynode, freilich aber auch ohne Erfolg, Max Herrmann, Siegfried I. v. Mainz. Inaug. Diss. Jena 1889. S. 71. 78 ff.

[3] So die erzbischöfliche Synode v. Rheims, welche den von Urban II. freigesprochenen Bischof v. Beauvais nochmals aburtheilte und deren Erkenntniss dann der Papst vernichtete, ep. v. 1094, J. L. n. 5522, M. 20, 711. Im J. 1112 hat in Mailand eine Gegenpartei den Erzb. Grossulanus zu verdrängen und abzusetzen versucht und einen anderen (Jordan) gewählt, Jaffé mon. Bamb. p. 288; Auemüller, Gesch. d. Verfassung Mailands 1075—1117. Halle 1881. S. 29; Hefele 5, 332, aber von definitivem Erfolg ist dies nicht gewesen, vielmehr riefen beide Parteien Paschalis II. an, welcher 1116 (auf der Lateransynode) Grossulanus auf sein früheres Bisthum zurückversetzte und dem Jordan das Bisthum Mailand übertrug M. 21, 146 ff.; Hefele 5, 333. 335. Ohne die Mitwirkung des Papstes ist also auch diese Angelegenheit nicht erledigt worden.

[4] Legatenkonzil v. Poitiers 1110, M. 19, 1119: „Ipse vero (B. v. Autun) quamquam depositus, quamquam a consortio et communione ecclesiae sequestratus, stolam retinuit et annulum, bona tamen episcopii clerici providebant et disponebant: omnimodis id aegre ferente archiepiscopo (Erzb. Hugo v. Lyon), quod extra voluntatem suam et accusatus et depositus foret a se sacratus episcopus: querimonia extra provincia ventilata per manus legatorum nec ad se qui metropolitanus et primas erat, infra provinciam relata secundum scita canonica".

Nachhaltig war nur der Widerstand in England, Paschal. II. ad reg. Henric. I. et episc. Angliae 1117, J. L. n. 6453, M. 20, 1067: „Vos autem inconsultis nobis etiam episcoporum negotia definitis, cum martyr Victor ecclesiae Romanae pontifex dicat: Quamquam conprovincialibus episcopis accusati causam pontificis scrutari liceat, non tamen definire inconsulto Romano pontifice permissum est" (Hinschius Ps.-Is. p. 127). Zephyrinus ... quoque ...: Iudicia episcoporum maioresque causae a sede apostolica et non ab alia sunt terminanda" (ibid. p. 132).

Wenn nach Szaboles 1092 c. 4, M. 20, 761: „Si quis autem episcopus aut archiepiscopus ab illicitis coniugiis separari nolenti, spreto synodali decreto (s. c. 1) aut consilium aut consensum praebuerit aut ei ecclesiam dederit aut aliquid quod in ordinem pertinet, agere permiserit, a rege et coepiscopis suis secundum quod rationabile videbitur, is dijudicetur", so handelt es sich hier bei der Festsetzung der Kompetenz der Reichssynode nicht um die Absetzung.

[5] Vgl. d. Vorladung des B. v. Laon allerdings auf Anklagen aus Frankreich durch Silvester II. nach Rom 1001, J. L. n. 3914, M. 19, 241; Aufträge Alexanders II. zu Untersuchungen gegen Bischöfe 1061 u. 1063, J. L. n. 4473. 4527, M. 19, 944. 945. Namentlich sind seit der Mitte des 11. Jahrh. vielfach Suspensionen und Exkommunikationen gegen Bischöfe verhängt worden, von Leo IX. zu Rom 1050 (Exk. d. Bischöfe d. Bretagne) J. L. n. 4225, M. 19, 679 u. zu Vercelli 1050 (Erzb. v. Ravenna), Watterich vit. pontif. 1, 106. 189; vgl. auch Bröcking, französ. Politik Leos IX. Stuttgart 1891 S. 28; von Alexander II. zu Rom 1063 (Exk. d. Gegenpapstes Cadalus v. Parma) Annal. Altham. SS. 20, 812; von Gregor VII. zu Rom 1075. 1076 u. 1078. reg. II. 55 a. III. 10 a. VI. 5. 6, Jaffé mon. Gregor. p. 170. 222 ff. 331, vgl. ferner V. 8 (1077) p. 297 u. VIII. 55 (1082) p. 509; und auf den Legatenkonzilien zu Poitiers 1078 u. Toulouse 1079 M. 20, 497. 457; von Paschalis II. zu Guastalla 1106, M. 20, 1213. 1214 (vgl. auch J. L. n. 6445, M. 20, 1009), zu Troyes 1107, M. 20, 1218. 1219; Paschal. II. ad Conrad. Salzb. J. L. n. 6622, M. 20, 418, und auf dem Legatenkonzil v. Valence 1106 p. 1118; Paschal. II. u. 1116, J. L. n. 6539, Jaffé, mon. Mogunt. p. 386 (Beauftragung des Erzb. v. Mainz mit der Untersuchung und der Aburtheilung d. B. Adelbert v. Augsburg „ad quem huiusmodi discussio pro metropolitanae dignitatis debito attinet"); auf dem Legatenkonzil zu Chalons a. d. Marne 1128 (B. Heinrich v. Verdun), M. 21, 403: Hefele 5, 403; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg 1, 249; von Gelasius II. 1118 (B. Otto v. Bamberg), Jaffé mon. Bamberg. p. 327. 386); von Honorius II. u. 1130 (Erzb. Friedrich v. Köln) J. L. n. 7403 u. 8371; Bern-

vielen Fällen von vornherein gar nicht übersehen liess, ob es zu einer Absetzung kommen würde oder nicht[1]. Soweit die Päpste dabei (und dies ist in der Regel noch im 11. Jahrhundert geschehen) in Gemeinschaft mit den von ihnen einberufenen Synoden handelten[2], hätte diese Ausübung der Strafgewalt, da sie von ihnen nicht als ausschliessliche Befugniss, wie die zur Absetzung der Bischöfe beansprucht wurde, vom Standpunkt des damaligen Rechtes damit gerechtfertigt werden können, dass nach dem letzteren jedes höhere synodale Organ die Zuständigkeit der ihm untergeordneten kirchlichen Oberen und Synoden wahrzunehmen befugt war[3], und dass die päpstlichen Synoden der hier fraglichen Zeit eine solche oberste Stellung besessen haben[4]. Da indessen das Papstthum erst seit der Mitte des 11. Jahrhunderts bemüht war, den letzteren diesen Charakter zu geben, so leitete man das erwähnte Recht in Übereinstimmung mit Pseudo-Isidor aus dem Primate her, und, nachdem sich unter Theilnahme der erwähnten Synoden eine feste Praxis festgestellt hatte[5], konnte schon Gregor VII. dasselbe[6] ausdrücklich für eine von der Mitwirkung der Synoden unabhängige Primatialbefugniss erklären[7].

Unter dem Einfluss der geschilderten Übung hat die Doktrin die Widersprüche, welche das Dekretum Gratians insofern aufweist, als es sowohl einzelne ältere, die früheren Kompetenzen der Metropoliten und Synoden anerkennenden Kanonen[8], andererseits aber auch einzelne Stellen aus den in sich selbst nicht übereinstimmenden pseudoisidorischen Dekretalen, welche die Zuständigkeit des Papstes für alle Strafsachen aussprechen[9], aufgenommen hat, in der Weise ausgeglichen, dass sie der bisherigen Übung gemäss die Befugniss zur Absetzung der Bischöfe dem Papste allein und ausschliesslich zusprach[10], in den sonstigen Strafsachen der Bischöfe aber die Zuständigkeit der früher berechtigten Organe anerkannte[11]. Innocenz III. endlich, unter welchem die Ausübung des Absetzungsrechtes durch den Papst oder die von ihm beauftragten Legaten ohne jede synodale Mitwirkung bereits die Regel geworden ist[12], hat die fragliche Befugniss als eine dem Papst mittelbar durch das göttliche

hardi, Lothar v. Supplinburg S. 218; Beispiele aus der Zeit Innocenz' II. und Eugens III. bei Bernhardi, Konrad III. 1, 442 u. 2, 708. 726.

[1] Vgl. ep. Arnold. II ep. Colon. ad Eugen. III. 1152, Jaffé, mon. Corbeiens., p. 518 (betr. die Verhandlung einer Anklage gegen d. B. v. Minden auf der Kölner Provinzialsynode): „Post huiusmodi confessionem eum purgationem suam innocentiae nobis offerret . . . non fuimus ausi eam audire .. quia talium excessuum vindictam vobis soli servastis“.

[2] Vgl. die vor. Anmerkungen.

[3] S. 280.

[4] Bd. III S. 517 ff.

[5] Bd. III S. 520. 726.

[6] Beispiele der alleinigen Ausübung s. S. 286 n. 5.

[7] In dem dictatus, s. Bd. II S. 15 n. 4. Die Entwicklung ist also hier ebenso wie bei der Ausbildung des päpstlichen Gesetzgebungsrechtes verlaufen, vgl. Bd. III S. 728.

[8] S. die Bd. IV S. 758 n. 2, S. 763 ff. in den Anmerkungen, S. 775 n. 2 und S. 837 n. 5. 6 angeführten Stellen.

[9] c. 6 (Ps. Dam.) C. III qu. 6 und die Anführungen Bd. II S. 11 n. 7.

[10] Gloss. zu c. 6 C. III qu. 6 s. v. Non tamen diffinire: „suspendere et excommunicare potest metropolitanus, Dist. XII c. 13 (Toledo 675), C. XI qu. 3 c. 4 (Sardica) et Dist. XVIII c. 4 (Antioch.): itemque absolvere potest secundum plerosque, si est innocens . . . Ego contrarium credo, ut hic et c. V qu. 4 c. 1 et 2 (Augustin), sed obiicitur C. VI qu. 3 c. 3 (cap. incert.) et C. XXI qu. 5 (Antioch.), ubi dicitur, quod primas et concilium deponit episcopum. Sed illud fuit de licentia papae vel loquitur secundum ea tempora, quando causae episcoporum non deferebantur ad sedem apostolicam, Dist. XIX c. 1 (Nicol. I.)“.

[11] S. die vor. Anm.

[12] S. z. B. Potthart n. 2105 (Androhung bei Nichtbefriedigung der Bisthumsgläubiger 1204), n. 2516 (1205), n. 2601 (1205), n. 3113 (1207), n. 3530 (1208), n. 3841. 3842 (1209), n. 4519 (1212), n. 4533 (1212), n. 4555 (1212), n. 4668 (1213), n. 4730 (1213), n. 4739 (1213), n. 4748 (1213) und wegen der Absetzung Adolfs v. Köln 1205 Potth. n. 2442, Schwemer, Innocenz III. u. d. deutsche Kirche 1198—1208. Strassburg 1882 S. 108 ff. Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 366.

Recht verliehene in Anspruch genommen[1]. Nachdem diese Erklärung Aufnahme in das Dekretalenrecht gefunden hatte[2], war das päpstliche Reservatrecht der Absetzung der Bischöfe vom Standpunkt der katholischen Kirche aus principiell nicht mehr anzufechten[3] und ist daher bis heute in Geltung geblieben. Was die übrigen Strafsachen der Bischöfe betrifft, so hat das Dekretalenrecht dagegen den Standpunkt, welchen die an Gratian anknüpfende Theorie[4] und Praxis[5] eingenommen hat, festgehalten[6], ohne dass dadurch dem Papste das schon früher ausgeübte Recht genommen war, einzelnen Bischöfen Privilegien dahin zu ertheilen, dass gegen sie nur mit spezieller Zustimmung des päpstlichen Stuhles oder blos durch einen Legaten a latere die Verhängung einer Exkommunikation oder Suspension oder eines Interdikts statthaft sein sollte[7].

Auch in Betreff der Nichtbischöfe[8], insbesondere der Äbte[9] und in Betreff der Laien[10] haben die Päpste theils auf Grund ihrer Primatialstellung, theils auf Grund

[1] c. 2 (Potth. n. 575 v. 1199) X de translat. I. 7: „... Non enim humana, sed potius divina potestate coniugium spirituale dissolvitur, quum per translationem [vel] depositionem aut [etiam] cessionem auctoritate Romani pontificis, quem constat esse vicarium Jesu Christi, episcopus ab ecclesia removetur: et ideo tria haec, quae praemisimus, non tam canonica quam institutione divina soli sunt Romano pontifici reservata ... Unde cum non sit maius vinculum episcopi ad ecclesiam quam electi, maxime quum fuerit confirmatus, immo idem penitus et non aliud, idem iuris obtinet in utroque. Sicut ergo episcoporum translatio [vel etiam] depositio et cessio, sic et electorum post confirmationem spiritualis ratione coniugii soli est Romano pontifici reservata". Dass Innocenz III. den Gedanken Gregors VII. (S. 287 n. 7) klarer stellend, nicht an eine direkte göttliche Übertragung des Depositionsrechtes denkt, sondern dasselbe nur als Ausfluss des göttlich eingesetzten Primates auffasst, ergiebt ep. I. 46, 1198, P. n. 53; Migne, opp. 1, 45: „Cum ex illo generali privilegio, quod b. Petro et per eum ecclesiae Romanae dominus noster indulsit, canonica postmodum instituta continentia maiores ecclesiae causas esse ad sedem apostolicam perferendas ac per hoc translationes episcoporum sicut depositiones eorum et sedium mutationes ad summum apostolicae sedis antistitem de jure pertineant".

[2] S. d. vor. Anm.

[3] Allerdings hat noch 1306 der Erzb. Heinrich v. Köln den B. Otto III. v. Münster wegen Verschleuderung der Kirchengüter, Meineides und Verletzung der Treue gegen den Erzbischof mit einer Diöcesansynode trotz der Appellation des Angeschuldigten zur Absetzung verurtheilt, aber die Kurie erklärte die in Folge dessen stattgehabte Neuwahl Konrads 1308 o. 1309 für nichtig, und die Restitution des entsetzten Bischofs konnte nur deshalb nicht erfolgen, weil derselbe vor der Entscheidung der Kurie gestorben war, Perger, Otto v. Rietberg, Münster 1858. S. 27 ff. 57 ff., Hefele 6, 424; Loegel, d. Bischofswahlen zu Münster, Osnabrück und Paderborn seit d. Interregnum. Paderborn 1883. S. 211 ff. 239. Dagegen ist der Erzbischof Heinrich v. Mainz 1346 durch Clemens VI. allein abgesetzt worden, C. Müller, d. Kampf Ludwigs d. Baiern m. d. röm. Curie 2, 214. 226.

[4] S. 287 n. 10.

[5] D. h. also an der Konkurrenz des Papstes neben dem Erzbischof, s. einerseits Innoc. III. Potth. n. 2019 (1203), n. 2129 (1204), n. 4323 (1211), n. 4634 (1213), ferner noch n. 1936 (1204) u. n. 2087 (1203), Schwemer S. 51, 100, und andererseits n. 4021 (1210), und wegen der Ausübung der Strafgerichtsbarkeit gegen Nichtbischöfe Schwemer S. 17.

[6] c. 29 (Lateran. IV. 1215) X de praeb. III. 5; c. 52 (Honor. III.) X de sent. excomm. V. 39; c. 1 i. f. (Innoc. IV.) in VI de off. ordin. I. 16, s. des Weiteren Bd. II. S. 16 n. 2. Gegenüber den Erzbischöfen musste dagegen, weil sie unmittelbar unter dem Papst standen, nunmehr die Strafgewalt des Papstes völlig in den Vordergrund treten, s. P. n. 18157.

[7] S. das Privileg Innocenz' III. 1206, P. n. 2934, Migne 2, 1042 für den von ihm zum Priester und Bischof geweihten Bischof v. Arras; Gregors IX. 1235 für d. Erzb. v. Gran, Theiner, mon. hist. Hungariae 1, 139, P. n. 10049, u. 1241 für den B. Prag auf Ausschluss der Exkommunikations-, Interdicirungs- und Suspensionsgewalt des Metropoliten v. Mainz für vier Jahre, P. n. 11023, Würdtwein, nova subsidia 9, 30; Innocenz IV. 1245 für d. Erzb. v. Rheims P. n. 11614, und f. d. B. v. Brandenburg P. n. 11740, s. weiter P. n. 11761. 11921. 12077. 12101 a. 13772. 14026. 14035. 15537. 19651. 24125.

[8] S. wegen der Verurtheilung Berengars v. Tours zu Rom 1050 durch Leo IX. 1050, M. 19, 709; Hefele 4, 744, vgl. ferner Alexand. II. ep. 1064, J. L. n. 4548, M. 19, 958 (Äbte) und das Legatenkonzil zu Poitiers 1078 (S. 286 n. 5).

[9] 1146 ist Heinrich v. Corvey, epist. Wibert. 84, p. 158. 150 p. 232. 489 u. 1148 Aleholf v. Fulda durch einen Legaten Eugens III., ibid. 79, p. 154 u. 85 p. 158, Bernhardi, Konrad III. 2, 489. 697 abgesetzt worden, s. auch die Anm. 5.

[10] Exkommunikationen mehrerer Nonnen zu Lucca 1062, M. 19, 1021, des Grafen v. Anjou 1049, Bröcking, französ. Politik Leos IX. Stuttgart 1891, S. 37. 99 ff., eines normannischen Grafen zu Melfi 1067, p. 1063 durch Alexander II.,

der von ihnen ertheilten Schutzbriefe[1] ein unmittelbares Richterrecht ausgeübt[2], und wenn dies öfter hinsichtlich der Könige, Fürsten und weltlichen Grossen[3] als der gewöhnlichen Geistlichen geschehen ist, so erklärt sich diese Erscheinung daraus, dass die Handhabung der Strafgewalt über die ersteren von entscheidender Bedeutung für die Machtstellung des Papstthums war, während bei den letzteren derartige wichtige Interessen nicht in Frage kamen[4].

Was endlich die Stellung des Papstes als höchsten Appellationsrichters über die kirchlichen Oberen und die lokalen Synoden betrifft, so konnte diese, nachdem sie schon seit Leo I. im Anhalt an das Konzil von Sardika zur Geltung gebracht[5], und während der karolingischen Periode von Neuem zur Bethätigung gelangt war[6], kaum mehr principiell in Frage gezogen werden[7]. In den letzten Zeiten der Karolinger und während der Ottonischen Kaiserzeit sind allerdings, was sich aus der damaligen Lage des Papstthums erklärt, sehr wenig Appellationen nach Rom vorgekommen[8]. Aber, als das Papstthum seit der letzten Hälfte des 11. Jahrhunderts die führende Rolle in der Kirche übernimmt, mehren sich die Appellationen fortdauernd[9]. In

mehrerer weltlicher Grossen, des oströmischen Kaisers zu Rom 1075 u. 1078, Heinrichs IV. ebendaselbst 1076 durch Gregor VII., Jaffé, mon. Gregor. p. 170. 231. 330. 223, weltlicher Grossen durch Innocenz II. zu Pisa 1135, Ztschr. f. K. R. 16, 151. Wegen der Absetzung Heinrichs IV. und anderer deutscher Könige und Kaiser s. S. 43 ff. Vgl. auch S. 284 n. 7 a. E.

[1] So droht schon Johann XIII. 971, J. L. n. 3752, M. 19, 27 dem dux Alfric wegen Verletzung des Klosters Glaston („quae ad proprietatem et tutelam Romani pontificis pertinere dignoscitur") Exkommunikation und Anathem an; vgl. ferner das Schreiben eines Abtes an Benedikt VIII. v. 1022, M. 19, 407, nach welchem der Papst wegen der Verletzung des Klosters „qui sub tuitione et defensione s. Romanae ecclesiae constabat", die Thäter exkommunicirt hat. S. weiter Anastas. IV. 1153 J. L. n. 9784. 9785; M. 21, 778 und A. Blumenstock, d. päpstl. Schutz im Mittelalter. Innsbruck 1890. S. 118. Ob auch eine ähnliche Androhung Johanns XV. 991/996 J. L. n. 3861, M. 19, 82 auf diesen Gesichtspunkt zurückzuführen ist, lässt sich aus dem kurzen Schreiben nicht ersehen.

[2] Im 13. Jahrh. sind gegen die Verhängung der Exkommunikation, der Suspension und des Interdikts durch päpstliche Legaten oder Delegaten, bez. Subdelegaten ebenfalls für Äbte und Klöster, Potth. reg. n. 13374. 13783. 13802. 14084. 14115 a. 14271. 14493, für Kapitel, P. n. 13782. 13812. 13883. 14571. 15532 und für Laien, namentlich für städtische Obrigkeiten P. n. 14447. 14840 von den Päpsten Privilegien, theils auf bestimmte Jahre, theils unbeschränkte Privilegien ertheilt werden.

[3] So schon Johann VIII. gegen Lambert v. Spoleto 878, dessen Exkommunikation die Synode v. Troyes ausdrücklich anerkannt hat, c. 2, M. 17, 348; Hefele Conc. Gesch. 4, 528. 529, vgl. weiter S. 288 n. 10.

[4] Vielmehr die Anklagesachen gegen diese nur in besonderen Fällen, so namentlich im Fall der Aufstellung ketzerischer Lehrmeinungen, die Aufmerksamkeit der Päpste beanspruchten.

[5] Bd. IV. S. 783. 784.

[6] S. 283 n. 2 u. S. 284.

[7] So erkennt sie z. B. die Synode von Hohenaltheim 916 c. 13, Bd. II S. 13 n. 2 ausdrücklich an.

[8] Daher findet sich auch eine Opposition gegen diese Befugnisse des Papstes sehr selten. Ein Beispiel bietet die Synode v. S. Basol, welche auf die afrikanischen Konzilien und den afrikanischen Streit Anfangs des 5. Jahrh., Bd. IV S. 780, Bezug nimmt, M. 19, 136 ff., S. 285 n. 2. Auch das Verbot der Synode v. Seligenstadt 1023 c. 16, ohne Erlaubniss des Bischofs nach Rom zu gehen, verfolgt offenbar u. A. die Tendenz, die Appellationen an den Papst einzuschränken, vgl. Bd. III. S. 485.

[9] Vgl. z. B. Alexander II. 1064/1067, J. L. n. 4068, M. 19, 954; Urban II. 1094 J. L. n. 5522, M. 20, 711: „Nos itaque accusationem illam et sententiam illam contra ss. canonum instituta prolatam omnino irritam esse censemus et Belvacensem episcopum loco suo et officio restitutum firmamus ... Illum autem ita absolutum esse censemus, ut si qua deinceps quaestio emerserit, solo Romanae sedis iudicio terminetur"; vgl. ferner die Appellation Ivos v. Chartres gegen die Vorladung zu der französischen Reichssynode zu Rheims, Bd. III. S. 570 n. 6, M. 19, 796; und Hildeb. archiep. Turon. ep. II. 41 (82) ad Honor. II. u. 1125, Migne, patrol. 171, 265: „Quaslibet igitur appellationes in Romana vigere vel suscipi ecclesia cis Alpes auditum non est nec in sacris traditum institutis. Quodsi forte huiusmodi emerserit novitas, ut placeat omnem indifferenter admittere appellationem, pontificalis censura peribit et omnino conteretur ecclesiasticae robur disciplinae ... quis episcopus habebit in promptu non omnem dico, at aliquam ulcisci inobedientiam? Eius virgam quaevis appellatio quassabit ... severitatem emolliet, adducens illi silentium et reis impunitatem delictorum; sic fiet, ut sacrilegia ac rapinae, fornicationes ac adulteria pernicioso pullulent incremento".

Folge dessen macht sich zuerst in England[1], dann auch in Deutschland und Frankreich das Bestreben geltend, dieselben möglichst zu hindern[2], und wenngleich trotz einer von Innocenz II. 1135 erlassenen, das Recht des päpstlichen Stuhles scharf betonenden Konstitution[3] die an sich nicht unberechtigte Opposition[4] der Bischöfe[5] einzelner Länder, welche auch durch die weltliche Gewalt unterstützt wurde[6], fortwährte, so war dieselbe doch nicht von dauerndem Erfolg. Schon gegenüber dem in dieser Zeit veröffentlichten Dekrete Gratians, welches die die Freiheit der Appellationen nach Rom anerkennenden älteren echten und die pseudoisidorischen Dekretalen wiedergab[7], war es unmöglich, die rechtliche Statthaftigkeit derselben zu leugnen, und vollends konnte gegenüber der Machtstellung des Papstthums unter Alexander III., welcher die betreffenden Befugnisse auch gegenüber den weltlichen Fürsten zur Anerkennung brachte[8], von einer Beschränkung derselben keine Rede mehr sein.

[1] Paschal. II. ad reg. Heinr. I. et episc. Angliae 1117, J. L. n. 6453, M. 20, 1067: „Vos oppressis apostolicae sedis appellationem subtrahitis, cum ss. patrum conciliis decretisque sancitum sit, ab omnibus oppressis ad Romanam ecclesiis appellandum". Hier waren früher, d. h. bis zum Verlauf des 12. Jahrh., wenigstens nach dem Bericht der englischen Schriftsteller solche Appellationen nicht üblich gewesen, Reuter, Alexander III. 1, 575 n. VIII.

[2] Vgl. die folgende Anm.

[3] J. L. n. 5494 (an den deutschen Episkopat), Theiner, disquis. criticae p. 207: ... „Inde etiam generali lege ecclesiae promulgatum, ut maiores causae ad examinationem sedis apostolicae devolvantur et oppressi omnes ad eam appellent (Bd. IV. S. 783 n. 1 u. S. 787 n. 7). Privilegium enim sibi in hoc appellandi sancta Romana reservavit ecclesia . . . Ceterum quod in laicis culpabile videtur, in clericis criminosum. At vero iuxta imperiales sanctiones, si iudices ordinarii provocationes estimaverint respuendas, XXX pondo auri mulctantur . . . Quanta igitur animadversione sit plectendus iudex ecclesiasticus, qui doctrinam matris suae s. Romanae ecclesiae abiicit et privilegium b. Petri infringere nititur . . . Exhortamur igitur fraternitatem vestram in domino, ut quemadmodum dignitatem vestram desideratis illibatam a sede apostolica custodiri, ita erga subditos mites sitis et praerogativam audientiae in nullo imminuere aut infringere de caetero attemptetis". Möglicherweise ist auch ein gleiches Schreiben an die französischen Bischöfe ergangen, Giesebrecht, Gesch. der deutsch. Kaiserzeit 4, 445; Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 638 n. 13.

[4] Vgl. Bernhard v. Clairveaux ep. 178 ad Innoc. II. u. 1135 und de consideratione ad Eugen. III. u. 1152 c. 2, Migne 182, 340 u. 761, welcher, ebenso wie Hildebert, S. 289 n. 9, die daraus entsprechende Zerrüttung der Disciplin hervorhebt.

[5] So der englischen auf dem Londoner Konzil v. 1151, M. 21, 754. In Frankreich hat dagegen die Synode v. Sens 1141 in der Angelegenheit Abälards auf Appellation des letzteren, obwohl die Rechtsgültigkeit derselben bestritten werden konnte, M. 21, 562, Hefele 5, 458, die Entscheidung über die Person des Angeschuldigten „reverentiae deferentes" dem Papst überlassen, M. 21, 563; Innoc. II. J. L. n. 8148. 8149, M. 21, 564. 565.

[6] So musste Hadrian IV. in dem Vertrage mit König Wilhelm I. v. 1156, Watterich vitae rom. pontif. 2, 353 auf das Recht der Annahme von Appellationen aus Sizilien verzichten, während sie den Klerikern in Apulien, Calabrien und in den sonstigen Landestheilen unter Innehaltung des regelmässigen Instanzenzuges freigelassen wurde. In England liess Heinrich II. in den auf der Reichsversammlung zu Clarendon 1164 angenommenen Konstitutionen c. 8, Reuter, Alexander III. 1, 575: „De appellationibus si emerserint, ab archidiacono debent procedere ad episcopum et ab episcopo ad archiepiscopum; et si archiepiscopus defuerit, in iustitia exhibenda ad dominum regem perveniendum est postremo, ut praecepto ipsius in curia archiepiscopi controversia terminetur, ita quod non debeat ulterius procedere absque assensu regis" die Appellationen nach Rom ohne königliche Erlaubniss verbieten.

[7] c. 16. 17 (Gelas. I.) C. IX qu. 3, Bd. IV S. 787 n. 7; c. 3 ff. c. 16 C. II qu. 6, wozu Gratian, dicta zu c. 10. 12. 14, offenbar mit Rücksicht auf einzelne beschränkende Ansichten, welche die Appellation nur dem von Pseudo-Isidor als oppressus bezeichneten, dem Unrecht erleidenden oder wenigstens ungerecht Verurtheilten, gestatten wollen, ausführt, dass „nulli appellanti induciae sunt denegandae. Ceterum, si causa frustratoriae dilationis appellaverit, a iudice, ad quem provocatum fuerit, condemnabitur. Tempus vero appellationis est ante datam sententiam vel post datam. Quociens enim se pregravari senserit, libere potest appellare".

[8] So gegen Heinrich II., welcher bei seiner Reconciliation zu Avranches 1172, Watterich 2, 590 n. 2: „Appellationes nec impedietis nec permittetis impediri, quin libere fiant in ecclesiasticis causis ad Romanam ecclesiam, bona fide et absque fraude et malo ingenio" (ibid. p. 419) das frühere Verbot widerrufen musste, Reuter 3, 151. So bestimmt auch später noch das Konzil v. Rouen 1190 c. 13, M. 22, 584, dass die Bischöfe und ihre Offizialen denjenigen, welche ad apostolos (d. h. nach Rom) appelliren, nicht hinderlich sein sollen.

Unter Alexander III.[1] hat sich das mittelalterliche Recht, nach welchem dem Papst die Stellung einer obersten Appellationsinstanz[2], ferner aber auch die des erstinstanzlichen Richters für die ganze Kirche zukommt, definitiv festgestellt[3], und dieselbe findet nunmehr in der jetzt von der Doktrin gebrauchten Bezeichnung des Papstes als *iudex ordinarius omnium*[4] (d. h. aller Kirchen und aller Kleriker[5]) ihren Ausdruck.

§. 278. *cc. Die niederen Organe (Pfarrer, Kapitel, Archidiakonen).*

In Folge der spezielleren Durchbildung der kirchlichen Verfassung, der Entwicklung einer Reihe von Ämtern als Hülfsämtern für die Bischöfe, der Entstehung und der korporativen Gestaltung der Kapitel sowie der Ausbreitung und der zunehmenden Bedeutung des Ordens- und Klosterwesens ist in der hier fraglichen Periode die Beschränkung der Strafgewalt auf die Träger der ursprünglichen kirchlichen Leitungsämter und auf die Synoden fortgefallen, und es sind zu den bisherigen eine Reihe von neuen Amtsträgern und kirchlichen Organen hinzugetreten, welche ebenfalls einen Antheil an der Strafgewalt erworben haben.

1. Die Priester und Pfarrer. In der karolingischen Zeit[6] erscheinen nach einzelnen Stellen[7] die Priester (vor Allem wohl die Pfarrer) im Besitze des Exkommunikationsrechtes, also im Besitze einer selbstständigen Strafgewalt[8]. Sie haben dieselbe in einzelnen Gegenden wahrscheinlich daher erlangt, dass sie, nachdem die Zwangsbusse in erster Linie an Stelle der Strafe der Exkommunikation getreten war[9], die erstere, sofern sie nicht eine öffentliche zu sein brauchte[10], ihrerseits dem Schul-

[1] Schon das Later. III. 1179 setzt sie als völlig unbestritten voraus, und untersagt nur c. 6 (c. 26 X de appell. II. 26) die Appellation der „subiecti contra disciplinam ecclesiasticam ante ingressum causae" und weiter „ne monachi sive quicunque religiosi, quum pro aliquo excessu fuerint corrigendi, contra regularem praelati sui et capituli disciplinam appellare praesumant".

[2] Auch gegenüber den Entscheidungen ihrer Legaten und der von diesen abgehaltenen Konzilien haben die Päpste ihr oberstes Prüfungs- und Appellationsrecht festgehalten. Das zeigt sich in der Bestätigung derartiger Urtheile, s. Alexander II. 1064 u. 1061/1067, J. L. n. 4548. 4606, M. 19, 956. 959; Gregor. VII. reg. I. 16 u. V. 11, Jaffé, mon. Greg. p. 29. 301, Jouarre 1134, M. 21, 446; Hefele 5, 424; Gregor VIII. 1187, J. L. n. 16075, M. 22, 511, welcher auf Appellation die Sentenz des Legatenkonzils v. Mouson aufhebt; Hefele 5, 733. 734. Mitunter haben sie freilich die Appellation gegen das Urtheil des Legaten von vornherein ausgeschlossen, Urban II. 1089, J. L. n. 5419, M. 20, 679.

Eine weitere Konsequenz dieses obersten Rechtes ist auch die in Aussicht gestellte päpstliche Bestätigung von Urtheilen, welche die Bischöfe erst ergehen lassen sollen, s. z. B. Eugen III. 1153 J. L. n. 9688. 9690, M. 21, 688. 689.

[3] Das zeigt die vermehrte Anbringung der Sachen in Rom gerade seit der Zeit des gedachten Papstes und die damit zusammenhängende Ausbildung des Institutes und der Lehre von der iurisdictio delegata, Bd. I S. 172. Vgl. ferner c. 20 (Gregor. IX.) X de foro compet. II. 2.

[4] Innoc. IV. appar. ad decret. Gregor. IX. ad c. 17 X II. 2 n. 2.

[5] omnium ecclesiarum et clericorum, gl. casus zu c. 20 X II. 2 cit.

[6] Die früheren Zeiten angehörigen Stellen, nämlich const. apost. VIII. 27, s. Bd. IV S. 763 n. 6; c. 11 (Nov. Justin. 123) C. II qu. 1, a. a. O. S. 750 n. 3 a. E. und syn. inc. loci, a. a. O. S. 842 n. 1 können aus einer Übertragung der Strafgewalt seitens des Bischofs an den Priester erklärt werden.

[7] Cap. missor. c. 8, LL. 1, 455: „Ut unusquisque presbyter in brevia (l. e)t in sua parochia omnes malefactores vid. raptores, rapaces, adulteros, incestos, homicidas, latrones et eos extra ecclesiam faciat nisi penitentiam agere voluerint. Si se emendare noluerint, ad episcopi praesentiam perducantur"; Karol. cap. Pistens. 869 c. 10 p. 510: „Ut nemo episcopus, nemo presbyter excommunicet aliquem antequam causa probetur propter quam ecclesiastici canones hoc fieri iubent, et donec illum qui peccavit et inde aut sponte confessus aut aperte convictus fuerit, secundum evangelicum praeceptum ut ad emendationem et poenitentiam redeat, commonitum habeat".

[8] Das ergeben die Stellen in der vor. Anm., für welche die Subintelligirung einer Übertragung der Stellvertretung des Bischofs ausgeschlossen ist.

[9] S. 86 ff.

[10] S. 94.

digen auferlegen konnten[1] und ihn bei etwaiger Hartnäckigkeit nicht nur thatsächlich vom Gottesdienst fernhielten, sondern ihn auch im Interesse einer schleunigen Repression ihrerseits exkommunicirten[2]. Auch in den folgenden Jahrhunderten[3] kommen noch Spuren einer solchen Strafgewalt vor. Es kann demnach nicht in Abrede gestellt werden, dass sich seit der karolingischen Zeit eine Strömung geltend gemacht hat, welche der Erwerbung einer gewissen Strafjurisdiktion durch die Pfarrer günstig gewesen ist[4]. Andererseits ergiebt sich aber, dass diese keinen durchschlagenden Erfolg gehabt hat, und deshalb sind später, als sich die Lehre festgestellt hatte, dass den Pfarrern keine *iurisdictio externa* zukomme[5], die Fälle, in denen einzelne Pfarrer sich im Besitze solcher Rechte erhalten hatten, als singuläre Erscheinungen be-

[1] S. 94.

[2] Betreffen doch die beiden cit. Stellen gerade das Verhältniss der Busse zur Exkommunikation.

[3] Für das 11. Jahrhundert gehört, abgesehen von Seligenstadt 1023 c. 20, welches den Priestern verbietet, ohne Geheiss des Bischofs Jemand „in ecclesiam introducere, cui pro aliquo delicto illam ingredi non liceat", sich also gegen die Ausübung des in der Strafgewalt liegenden Absolutionsrechtes richtet, noch hieher Limoges 1031, M. 19, 540: „Presbyteri autem de ignotis causis, episcopi de notis excommunicare est, ne episcopi vilescat auctoritas". Von bischöflichen Reservatfällen, d. h. vom Vorbehalt der Lossprechung von Strafen, ist hier — so Kober, Kirchenbann 2 A. S. 473; Hefele 4, 695 — nicht im entferntesten die Rede, vielmehr ergiebt die Stelle, dass die Priester das Exkommunikationsrecht schlechthin ausgeübt haben, denn sie belässt es ihnen noch für die nicht bekannt gewordenen Sünden und Vergehen. So zweifelhaft die Unterscheidung zwischen den causae ignotae und notae bleibt, so können unter den letzteren doch nicht mit Tho'massin, vetus et nova disciplina P. I lib. II c. 26 n. 6, die blos im Wege der Privatbeichte dem Priester mitgetheilten Sünden verstanden werden, denn wegen dieser konnte keine Exkommunikation, sondern nur eine beichtväterliche Fernhaltung vom Abendmahl erfolgen.

Für das 12. Jahrh. vgl. Rheims 1148 c. 12, M. 21, 719 (517): „Si quis episcoporum vel sacerdotum aliquem vinculo excommunicationis (p. 517: anathematis) innodaverit" u. c. 16, p. 720 (516): „qui vero ea corpora excommunicatorum (die unbegraben liegen bleiben sollen) infra coemeterium vel in lapide vel in ligno vel extra vel infra (516: vel in aqua) vel in domibus clericorum posuerit a sacerdote illius loci (das kann nur der Pfarrer sein) excommunicetur nec nisi ab episcopo illius provinciae solvatur, unius anni poenitentia corrigendus", ferner das Schreiben Alexanders III. an die Plebanen v. Poggio Imperiale di Firenze 1173/1176, J. L. n. 12666, v. Pflugk-Harttung acta 3, 244, worin dieser in Betreff eines v. Innocenz II. in den päpstlichen Schutz genommenen Hospitals mit Rücksicht auf die von ihnen vorgenommene Exkommunikation der Mönche und Kleriker desselben bemerkt: „Sicut enim non liceret vobis, clericos alterius episcopatus excommunicare, ita quoque et multo minus licuit vobis, monachos vel clericos nostros excommunicationi aut interdicto subicere", also ihnen nicht das Recht der Exkommunikation als solches, sondern nur mit Rücksicht auf den päpstlichen Schutzbrief (s. u. § 282) abgesprochen wird; sowie die Bd. II S. 296 n. 6 angeführten Stellen; für das 13. die Citate ebendaselbst, Tarragona 1253, M. 23, 806, nach welchem den Priestern die Befugniss ertheilt wird, sich gegenseitig von der excommunicatio minor loszusprechen; Weisthum der Kanoniker des Doms u. der anderen Stifte zu Worms v. 1243 Boos, Urkdbch. d. Stadt Worms. Berlin 1886. 1, 143, wonach dem Pleban v. S. Magnus: „quemlibet parochialem parrochie inobedientem et ei sacramentaria iura aput extraneos rapiendo recalcitrantem licet per censuram ecclesiasticam ad ovile et ad viam veritatis revocare, hoc tamen adiecto, quod sine provido consilio et deliberata sententia iuratorum parrochie nullum possit in subditos suos excommunicationem effulminare"; London 1200 c. 9, M. 22, 718 und Canterbury um 1236 c. 40, M. 23, 427. 428 handelt es sich dagegen um eine kraft Delegation der Provinzialsynode durch die Priester zu verhängende Exkommunikation; vgl. auch Syn. Stat. v. Lemans 1247, M. 23, 762, wo ausdrücklich den Pfarrern das Recht gewährt wird, für eine ganze Reihe von Fällen die interdictio ingressus ecclesiae und die Exkommunikation zu verhängen, s. ferner Clermont 1268, ibid. p. 1211.

[4] Daraus erklärt es sich auch, dass die Kapitel und ihre Würdenträger vielfach eine Strafgewalt geübt (s. unten zu No. 2), und dass die Kardinäle, soweit sie nicht Kardinalbischöfe waren, schon im Mittelalter eine iurisdictio quasi episcopalis, mithin auch die Strafgewalt über ihre Titelkirchen erlangt haben, Bd. I S. 352 n. 2. (Hierzu noch nachzutragen: ep. Alex. II. bei v. Pflugk-Harttung acta pontif. 2, 120. Wenngleich ich diese mit J. L. n. 4736 Alexander II. absprechen und sie wegen ihrer ungewöhnlichen Form und Fassung betreffs ihrer Ächtheit beanstanden möchte, so liegt ihr doch — worauf die nach der Adresse folgende kurze Inhaltsangabe ebenfalls hindeutet — möglicher Weise der Beschluss einer römischen Synode aus dem 11. Jahrh. zu Grunde.)

[5] Also mit Ablauf des 13. Jahrhunderts, s. Bd. II S. 296 n. 4. Daher sprechen auch einzelne Konzilien des 14. Jahrh. den Pfarrern ausdrücklich das Recht zur Exkommunikation ab, s. z. B. Prag 1349, M. 26, 104.

trachtet und auf besondere Gründe, namentlich auf eine Ersitzung, zurückgeführt worden[1].

2. Die Kapitel. Ursprünglich hatte der Bischof, wie über alle anderen Geistlichen, so auch über die Mitglieder der Kapitel die Strafgewalt. In der karolingischen Zeit[2] hat sie aber schon an seiner Stelle der unter ihm stehende Archidiakon oder Präpositus ausgeübt. Nach der Aufhebung der vita communis war es gewöhnlich der Dekan, welcher eine solche Gewalt über die Kanoniker und den sonstigen Klerus der Kirche, soweit die Beobachtung der Statuten, die Innehaltung der Gottesdienst-Ordnung und etwaige andere Disciplinarvergehen in Frage kamen, mit dem Beirath des Kapitels handhabte[3]. Daneben blieb allerdings die Jurisdiktion des Bischofs bestehen, indessen gelang es den Kapiteln bei ihrem Streben nach selbstständiger Verwaltung ihrer Angelegenheiten und nach möglichster Unabhängigkeit vom Bischof theils auf dem Wege päpstlicher Privilegien, theils durch eigene Zugeständnisse der Bischöfe die Jurisdiktion der letzteren vielfach insoweit zu beschränken, als seitens derselben Strafen, vor Allem die Exkommunikation, die Suspension und die Interdicirung der Kirche nur nach vorgängiger Benachrichtigung[4] oder gar nur mit Zustimmung[5] des Kapitels verhängt werden durften. Zum Theil haben sie sogar darüber hinaus die Ausschliessung des bischöflichen Strafrechts über die zum Kapitel gehörigen Geistlichen[6] und selbst auch die völlige Exemtion von der bischöflichen Gewalt erlangt[7].

Abgesehen davon haben die Kapitel oder ihre Würdenträger auch über den Kreis des Stiftsklerus hinaus einzelne Rechte der Strafgewalt erworben[8], so namentlich die Befugniss diejenigen, welche sich Verletzungen ihrer Güter oder Gerechtsame

[1] Nach Massgabe des im Text Bemerkten modifizirt sich das Bd. II S. 296 Gesagte, es sind also das Citat a. a. O. n. 2 und c. 3 (Alex. III.) X de off. iud. ordin. den vorhin angeführten Stellen (S. 292 n. 3) an die Seite zu setzen und nicht aus dem Besitze besonderer Ämter neben dem Pfarramt zu erklären.

[2] Bd. II S. 53; Alfr. Schröder, Entwicklg. d. Archidiakonats. Augsburg 1890 S. 67.

[3] A. a. O. S. 92. 95 n. 7; Paschalis II. 1104 (Kollegiatkirche), Lucius III. 1184/1185, v. Pflugk-Harttung acta 1, 82 u. 3, 314.

Dass diese Gewalt lediglich auf leichtere Vergehen und leichtere Strafen beschränkt gewesen sei, so Ph. Schneider, d. bischöfl. Domkapitel. Mainz 1885 S. 145 n. 2, ist nicht richtig. Vgl. das Statut Theodors v. Utrecht 1209, M. 22, 806: „Si prior vel canonicus subtrahat vel detineat praebendam fratrum vel impediat, quominus bona ecclesiae debito more locentur, excommunicetur per hebdomadarium ad mandatum decani vel maioris de capitulo, si decanus praesens non fuerit, et reditus ipsius subtrahantur. Et si ad annum in malitia sua perseveraverit et ad unitatem redire noluerit, ipso iure sit dignitate vel praebenda privatus"; l. c. p. 807: „Si aliquis canonicus penitus fuerit inobediens, suspendatur per decanum a beneficio et per capitulum et si monitus tribus vicibus infra annum incorrigibilis permanserit, beneficium ei abiudicetur per decanum et capitulum".

Allerdings sind auch mitunter besondere päpstliche Ermächtigungen zur Verhängung schwererer Strafen, so für das Kapitel zu Bologna zur Entziehung der Kleiderpfründen bei Entwendung von Kapitelssachen, Alexander III. 1174/1176, v. Pflugk-Harttung acta 3, 245, für das Bremer zu der der Pfründen bei Nichtzahlung der schuldigen Abgaben, Cölestin III. 1195, J. L. n. 17188, Lappenberg, Hamburger Urkdbch. 1, 260, oder auch allgemein zur Verhängung von Strafen für gewisse Vergehen, Cölestin III. 1193, M. 22, 621 (für die Kanoniker in Genua: „illam quoque ordinationem, qua provisum est inter vos, ut capitulum vestrum puniendi canonice fratrem suum, qui se in utilitatibus ecclesiae pertractandis a communitate nequiter segregaverit, habeat potestatem, in sua firmitate concedimus permanere"), ertheilt worden.

[4] Bd. II S. 145 n. 6.

[5] A. a. O. S. 146 n. 1. Das consilium verlangt Lucius III. 1184/1185 (Genua), v. Pflugk-Harttung 3, 315.

[6] Bd. II S. 146. Lateran. IV. 1215 c. 7 (c. 13 X de off. iud. ord. I. 31) erkennt die Strafgewalt des Kapitels, wo sie hergebracht ist, ausdrücklich an, wahrt aber dem Bischof, falls das letztere trotz seiner Ermahnung gegen Schuldige nicht einschreitet, die Befugniss, seinerseits mit Strafen vorzugehen. Eine Anwendung betr. Linkoln unter Innocenz IV. 1245, Potthast n. 11833; Felten, Robert Grosseteste, B. v. Linkoln. Freiburg i. Br. 1887. S. 35.

[7] Bd. II S. 147.

[8] Seit dem 11. Jahrh.

erlaubten, mit Strafen, insbesondere mit der Exkommunikation und dem Interdikt zu belegen[1], ferner auch das Recht, das Interdikt über die ihnen unterstehenden Kirchen[2] und auch wohl selbst über die Kathedralkirche zu verhängen[3].

3. Weiter haben auch die Archidiakonen eine Strafgerichtsbarkeit innerhalb ihrer Archidiakonatssprengel[4], insbesondere die Sendgerichtsbarkeit[5], und

4. endlich nicht minder die Klöster und ihre Oberen sowohl in Folge der Erwerbung von Archidiakonalrechten[6], wie auch in Folge päpstlicher Privilegien abgesehen von dem Kreis der zu ihnen gehörigen Personen eine Strafgewalt nicht nur über die Verletzer und Beeinträchtiger ihrer Güter und Gerechtsame[7], sondern auch über die von ihnen abhängigen Kirchen, die von ihnen angestellten Priester und die ihnen zugewiesene Bevölkerung[8] erlangt.

[1] Und zwar bald mit, bald ohne Zustimmung des Bischofs, Bd. II S. 145 n. 1. S. 146 n. 4. 5, Anastasius IV. 1153, v. Pflugk-Harttung 3, 128 (Pisa, nach vergeblicher Anrufung des Bischofs): „tibi, fili archipresbyter et aliis sacerdotibus vestris canonicam in eos sententiam promulgandi licentiam damus"; Honorius III. 1217, Potthast, reg. n. 5603 (Paris ebenfalls nach vergeblicher Anrufung des Bischofs); Alexander III. 1163/1176 (Bologna, Exkommunikation mit Genehmigung des Bischofs) ibid. p. 241, andererseits Paschalis II. 1100/1115, J. L. n. 6432, M. 20, 1070 (Chartres, Exkommunikation u. Interdikt ohne Betheiligung des Bischofs); vgl. ferner Lucius III. 1183, J. L. n. 14930, Migne 201, 1227, hier allgemein das Recht zur Verhängung von censura ecclesiastica eingeräumt, und 1184/1185 J. L. n. 15254 (Exkommunikation in parochianos malefactores"); Calixt II. 1122/1124, Loewenfeld epistolae p. 81 (Exkommunikation, anscheinend selbständig); Innocenz III. 1198, Migne 1, 267 (ebenso); Urban IV. 1262, Potth. n. 18294 (für Xanten Interdikt und Anathem), Nikolaus IV. 1289, P. n. 23011 (für Lyon Einräumung des „gladius spiritualis"); Martin IV. 1282 P. n. 21857, M. 24, 389 (Tours) dipl. d. B. v. Schwerin 1273 (für den Diakon des Kollegiatstiftes Bützow), Mecklenb. Urkdbch. 2, 456: „reservata duntaxat decano auctoritate, quoad detentorum decimarum seu redditnum praebendalium canonicorum Butzoviensium in praedicta parrochia commorantium si legitime satisfacere non curarint, ut auctoritate propria excommunicare valeat". Vgl. auch Bd. II S. 146.

[2] Bd. II. S. 147; Alexander III. 1170/1180, v. Pflugk-Harttung 3, 274: „presbyter autem qui in eadem ecclesia ministrabit, generale interdictum et sententiam, quam in aliquem specialiter archipresbiter in sua parochia tulerit, suscipiet et servabit". Doch verordnet schon andererseits Gelasius II. 1120, J. L. n. 6817, M. 21, 198 bei Ertheilung des päpstlichen Schutzes an die Kanoniker in Besançon: „vestris archipresbyteris et archidiaconis interdicimus, ut ecclesias vestras et earum presbyteros seu clericos praeter archiepiscopi et totius capituli vestri commune consilium interdictionis sententiae subdere non praesumant".

[3] Bd. II S. 147 n. 5. 6. Schon seit dem Ende des 12. Jahrhunderts waren aber die Päpste genöthigt, gegen den Missbrauch dieser Befugniss einzuschreiten. Clemens III. 1195, J. L. n. 16608, M. 22, 568, verbietet die Verhängung durch einen Kanoniker allein, und Lateran. IV. 1215 c. 7 (c. 13 X de off. iud. ord. I. 31) erklärt den Bischof für nicht verpflichtet, ein vom Kapitel ohne genügenden Grund, namentlich aus Feindseligkeit gegen ihn, über die Kathedralkirche verhängtes Interdikt zu beachten und bestellt den Metropoliten zum päpstlichen Delegaten für die etwa entstehenden Streitigkeiten. Über die spätere Gesetzgebung s. Bd. II S. 147 n. 6.

[4] S. darüber Bd. II S. 187. 188. 194. 198 und A. Schröder, Entwicklg. d. Archidiakonats S. 76, welcher S. 77 n. 28 die Synode Walters v. Sens, er citirt c. 13, M. 18, 323, noch nach der herkömmlichen irrigen Ansicht in das 10. Jahrh. setzt, während sie in das 13. gehört, Bd. III S. 588 n. 1.

[5] Bd. II S. 199 u. §. 288. Über die Erwerbung derselben durch Erzpriester, Klöster und auch Pfarrer Bd. II S. 199 und den citirten §. 288.

[6] S. d. vor. Anm.

[7] In demselben Umfange, wie die Kapitel, s. Anm. 1, vgl. ep. Clement. III. 1188, J. L. n. 16365, Migne patr. 204, 1411 für Montecasino ep. Coelest. III. 1192, J. L. n. 16811. 16820, Migne 206, 916 für Clüny, die ältere Privilegien (s. vorher) in Bezug nehmende ep. Innoc. III. für Montecasino 1203, Migne opp. 2, 204, Potth. n. 2057 (auch n. 2076) auf Verhängung der Exkommunikation nach vergeblicher Anrufung der Bischöfe; ferner Honorius III. 1217 (Dol ohne diese Beschränkung) Pressutti, regesti del pontef. Onorio III. n. 748. 763. 1416 (Widerruf desselben). Bei Innocenz III. 1198, P. n. 151, Migne 1, 182 wird dem Abt die Ausübung des Exkommunikations- und Interdicirungsrechtes vice nostra übertragen, er soll also nicht kraft eigenen Rechts, sondern als ein für alle Mal durch päpstliches Privileg bestimmter Delegat mit der ihm übertragenen Strafgewalt vorgehen, wenn die Bischöfe nicht rechtzeitig gegen die Übelthäter einschreiten.

[8] Vgl. z. B. Priv. Paschalis' II. 1105, J. L. n. 6053, M. 20, 1058; Eugens III. 1145, J. L. n. 8778, v. Pflugk-Harttung acta 1, 71; Lucius III. 1185, J. L. n. 14939: „ut quotiens homines eorum contingerit accusari (des Klosters Savigny), non nisi in curia eorum, iustitiam facere compellantur ita ut magis debeant per idoneam poeni-

§. 279. *b. Der Charakter der Straf- und Disciplinarstrafgewalt (bannus episcopalis und papalis) und die Trübung desselben.*

Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt ist während dieser Periode trotz der Fortentwicklung des kirchlichen Strafrechtes und namentlich trotz der vermehrten Bedrohung bestimmt ausgezeichneter Handlungen mit Strafen nicht zu einem blossen Recht der Verhängung der durch die Kirchengesetze ein für alle Mal festgesetzten Strafen geworden, sondern jetzt noch, wie in der früheren Zeit zugleich auch das Recht der kirchlichen Organe, vor Allem der Synoden und Bischöfe, für einzelne, nicht durch die Kanones bedrohte Handlungen im gegebenen Falle Strafen zu verhängen und die ersteren dadurch als kirchliche Vergehen zu qualifizieren, verblieben [1]. Seit der späteren karolingischen Zeit hat man nach der Analogie des königlichen Bannrechts [2] die vom Bischof, ja auch die von den Synoden und von den Päpsten kraft ihrer Amtsgewalt unter Androhung von arbiträren Strafen erlassenen Gebote und Verbote *bannus episcopalis* [3] bez. *synodalis* und *s. Petri* genannt. Als derartige Strafen kommen Geldbussen [4], ferner die Auferlegung von Buss-

tentiam corrigi, quam poena pecuniaria multari". Das Nähere in der Lehre von den Orden. Noch Innocenz III., 1214/1215, Potthast n. 4956, c. 2 Comp. IV. de praescr. II. 10 verlangt aber dafür, insbesondere für die Exkommunikation und das Interdikt, dass „interdictio huiusmodi contineatur expressa in privilegiis eis concessis".

[1] Bd. IV S. 745. 836.

[2] R. Schröder, deutsche Rechtsgeschichte. Leipzig 1889. S. 110. 115; Sohm, fränk. Reichs- und Gerichtsverfassg. Weimar 1871. S. 106 ff. 171; Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 34 ff.

[3] conc. Mogunt. 852 c. 8, Bor. Krause 2, 188: „si quis presbiter vitae suae neglegens pravis exemplis mala de se suspicari permiserit et populus ab episcopo iuramento seu *banno* christianitatis infamiam eius patefecerit"; Synodalkanon v. Ende des 9. Jahrh. (überschrieben: concil. Vermariensi c. XX. II) bei Phillips cod. Salisburg. S. Petri IX. 32. Wien 1864 S. 67: „Quicunque per contemptum *banni episcopalis* ab ecclesia eliminantur et ex hac distinctione poenitentiae subiciuntur, quadragesimam in pane et sale et aqua ita ieiunent ante foras ecclesiae, nudis pedibus, laneis induti, communione privati ..." Ferner soll nach Tribur 895 c. 20, M. 18, 142 der Bischof diejenigen, welche Geistliche verwunden, *per bannum a se impositum* vorfordern. Weiter kommt namentlich bei Privilegien, Schenkungen und Entscheidungen eine Sicherung der getroffenen Verfügungen durch derartige Strafandrohungen sehr häufig vor, s. z. B. gesta archiepisc. Magdeburg. (979) SS. 14, 385; dipl. 1031: „episcopus suae episcopalis potestatis bannum imposuit" bei G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 1, 52, für das 11. bis 13. Jahrh. s. a. a. O. p. 74. 75. 102. 106. 108. 121. 153. 177. 178. 208. 223. 261. 264. 265. 274. 283. 284. 290. 292. 296. 299. 300. 301. 305. 311. 313. 321. 322. 323. 326. 340. 341. 344. 345. 346. 347. 352. 371. 372. 380. 385. 397. 439. 464. 535. 551. 552 u. 2, 34. 366, — hier am häufigsten die Wendungen: *banno* (oder) *banni auctoritate confirmare* (oder) *roborare*, ebenso dipl. v. 1089, vita Adalberon. Wirziburg. c. 10, SS. 10, 134 und Utrechter Diplom v. 1132, v. Richthofen, Untersuchgen der fries. Rechtsgesch. 2, 648 —; Wiegand Urkdbch. d. Stadt Strassburg 1879 1, 53. 58. 58. (Kruse, Verfassgsgesch. v. Strassburg. Inaug. Diss. Berlin 1884 S. 10 versteht unrichtiger Weise unter dem Banne das Verordnungsrecht des Bischofs als Stadtherrn.)

Die auf den Diöcesansynoden erlassenen Strafbefehle werden als *bannus synodalis* bezeichnet, G. Schmidt a. a. O. 1, 360. 363. 374. 376. 384. 385. 461. 468. 525. 543. 544 (12. Jahrh.).

Auch in päpstlichen Urkunden findet sich, wennschon selten, bannus in derselben Bedeutung, ep. Leon. IX. v. 1049, J. L. n. 4200. v. Pflugk-Harttung acta pontif. Roman. 3, 8: „sub banno s. Petri interdicimus".

[4] Dass schon Ausgangs der karoling. Zeit von den Bischöfen der Versuch gemacht worden ist, solche zur Anwendung zu bringen, ergiebt das falsche, in das Ende des 9. oder in den Anfang des 10. Jahrh. gehörige cap. de clericor. percussoribus, Boret. 1, 359, c. 1: „Si quis subdiaconum calumniatus fuerit, vulneraverit et debilitaverit, et convaluerit, V quadragesimas sine subditis annis peniteat et 300 solidos cum sua compositione et episcopalibus bannis episcopo componat: si autem mortuus fuerit, singulas suprascriptas quadragesimas cum sequentibus annis poeniteat et 400 solidos cum tripla sua compositione et episcopalibus bannis triplicibus episcopo conponat" (auch c. 2. 3 ibid.) in Verbindung mit dem offenbar derselben Zeit angehörigen Verzeichniss von Kompositionen und bischöflichen Bannbussen für Beleidigungen von Klerikern der verschiedenen Weihegrade, Phillips, d. grosse Synode v. Tribur. Wien 1865 S. 72, welches den Vermerk aufweist: „Si aliquis aliquem susceptis his ordinibus iniuriaverit, singulo gradui singulam exhibeat ordinatio compositionem. Et quot compositiones exhibuerit ordinatio, tot *pannos* exsolvat episcopo". Die Synode v. Tribur 895 c. 8

werken[1], endlich auch die Exkommunikation[2] vor, und daher werden diese Strafen ebenfalls mit dem Ausdruck *bannus*[3] bezeichnet.

In der Strafgewalt ist ferner die im Vergleich zu dem eben gedachten Recht geringere Befugniss enthalten, für diejenigen Vergehen, für welche keine bestimmte Strafe festgesetzt ist, sondern nur Bestrafung schlechthin[4] oder arbiträre[5] oder angemessene[6] oder kirchliche[7] oder kanonische[8] oder auch harte[9] Bestrafung gefordert

M. 18, 137: „Nemo contemnat neque transgrediatur bannum ab episcopis superpositum . . . Quapropter nos . . . non quaestum pecuniarium, sed lucrum quaerentes animarum, statuimus . . . ut si quis inventus fuerit corrupisse bannum ab episcopis impositum, XL dierum castigatione corripiatur, tantum in pane, sale et aqua" richtet sich offenbar gegen diese Praxis, indem es als Strafe für die Verletzung des bischöflichen Bannes ein 40tägiges Fasten anordnet.

Darüber, dass auch die Päpste für die Verletzung ihres Bannes Geldstrafen verhängt haben, s. S. 37 n. 7 u. Alex. III. 1170/1180, J. L. n. 13532, v. Pflugk-Harttung 3, 274: „si qui autem precepti . . fuerint transgressores, singuli banno X librarum se noverint subiacere".

[1] S. die vor. Anm. geg. Ende u. S. 295 n. 3.

[2] Can. Vermar. cit. und vita Adalberon. cit. (S. 295 n. 3): „Haec episcopali banno atque huiusmodi anathemate ambo episcopi confirmavimus"; Thietmar. chron. III. 1, SS. 3, 758 in Verbindung mit gest. archiep. Magdeb. cit. (a. a. O.); die Halberstädter Urkunden aus dem 12. Jahrh. bei G. Schmidt 1, 106. 108. 121. 125, in denen der Sicherung durch den Bann die Androhung des Anathems für die Verletzung folgt. Auch Wendungen, wie ibid. 1, 158: „adhibitis caeli clavibus banno concludo", S. 217: „banno episcopali tamquam celi clavibus obseramus" und verwandte S. 220. 245, so namentlich auch „banno et sigillo confirmare", s. Breslau, Hdbch. der Urkundenlehre. Leipzig 1889 1, 534 und die Anführungen daselbst S. 535 n. 1, weiter: „gladio spiritali vel banno" deuten auf die Exkommunikation.

[3] So die Geldstrafe, S. 295 n. 4, ferner die Exkommunikation, S. 3 Anm. v. S. 1, ja selbst das früher ebenfalls mit excommunicatio bezeichnete Interdikt, S. 19 n. 11. Exkommunikation bedeutet bannus wohl auch in Tribur 895 c. 7 (betr. Raub und Wegnahme v. Kirchengütern) M. 18, 137: „ut res ecclesiae tripliciter componantur, insuper vero bannus episcopalis requiratur" und in stat. Radulfi ep. Leod. u. 1166 c. 3, M. 22, 9 (betr. Theilnahme an Brandstiftung von Kirchen und Kirchenraub) „nisi vere paenituerint et ablata proportione sua reddiderint et de cetero nullatenus se venturos in damnum ecclesiae iureiurando firmaverint et de bannis episcopo vel archidiacono satisfecerint".

Nicht damit zu verwechseln ist die sich aus dem ursprünglichen Gebrauch von bannus erklärende Bedeutung von Archidiakonat-Gerechtsamen, Bd. II S. 200 n. 1 u. 635 n. 1; dipl. 1141 u. 1164, Hasse, schlesw. holst. Lauenb. Regesten. Hamburg 1886 1, 38. 58. und die daraus weiter abgeleitete von: Archidiakonalbezirk, s. die Halberstädter Urkunden aus dem 13. u. 14. Jahrh. bei G. Schmidt a. a. O. 2, 188 („orientalis banni archidiaconus") 233. 348. 408. 572. 586 u. 3, 111. 114. 146. 178. 181. 341. 364. 418. 508. 511. 512.

[4] Rom 835 c. 39, M. 14, 1015 (in eo vindicandum); Paris 829 lib. I c. 41, p. 563 (ut canonicae auctoritatis transgressor feriatur); Clem. 2 de poenit. V. 9 (ab episcopis puniri); Clem. un. de judaeis V. 2 (castigari).

[5] Paris 1212 o. 1213 P. I c. 9, M. 22, 821 u. Rouen 1214 P. I c. 10, p. 901 (arbitrio praelatorum puniri); Paris l. c. c. 14 u. Rouen l. c. c. 19 (iuxta arbitrium praelatorum gravi poena plecti); Oxford 1222 c. 37, M. 22, 1162 (arbitrio superioris puniri); vgl. weiter schott. Konz. 1225 c. 23, p. 1228; Breslau 1248 §. 16, de Montbach, stat. Wratislav. p. 309 (ad arbitrium episcopi poena debita puniri); London 1268 c. 8, M. 23, 1224,; Bourges 1286 c. 3. 8, M. 24, 621; Würzburg 1287 c. 2, p. 851. Grado 1296 c. 16, p. 1168 (ad arbitrium praelatorum acrius puniri); Compiegne 1329 c. 3, M. 25, 880.

[6] Paris 829 lib. I c. 43, M. 14, 564 (congrua correctione coerceri); Pavia 850 c. 21, Bor. Kr. 2, 122 (congruenti disciplina macerari); London 1127 c. 6, M. 21, 356 (digne corrigi); Mainz 1261 c. 22, M. 23, 1087 (debita ultio).

[7] Valence 855 c. 10, M. 15, 9 (districtione ecclesiastica feriri); Koblenz 922 c. 8, LL. 2, 17 (ecclesiastica coerceri censura); c. 9 ibid. (ecclesiasticis correptionibus subiacere); c. 12 (Lateran. IV.) X de reb. eccles. III. 13 (per ecclesiasticam censuram compellere); Albi 1254 c. 22, M. 23, 838 (ebenso); Fritzlar 1243 c. 5, p. 707 (p. c. eccles. compesci). Doch bedeutet censura ecclesiastica auch so viel wie die Exkommunikation, s. z. B. York 1250, M. 23, 791, wo sie der interdictio ingressus ecclesiae entgegengesetzt wird.

[8] Rom 743 c. 4, M. 22, 382 (canonibus subiacere, s. auch c. 4 Dist. XCIII); c. 7 (Nicäa 787 c. 6) Dist. XVIII (canonicis poenis subici); Theoduif v. Orleans u. 797 add. II, M. 13, 1068 (canonico iudicio subdi, s. c. 52 Dist. I de cons.); Hludov. I. cap. eccles. 818. 819 c. 17, Bor. 1, 278 (canonica invectione feriri); Rom 826 c. 11, B. 1, 373 (canonice iudicetur) u. ibid. c. 12 (canonicae subiacere disciplinae); Aachen 836 I. c. 5, M. 14, 675 (ebenso); Paris 829 lib. I c. 48, M. 14, 567 (canonicae correctioni subiacere); Rom 853 c. 40, p. 1015 (canonicis correptionibus subiacere); Tours 1060 c. 3, M. 19, 927 (canonica multari sententia) u. c. 5 (canonica ultione feriri); Lateran. I. 1123 c. 18, M. 21, 285 u. London 1125 c. 4, p. 331 (canonicae ultioni subiacere); London 1127 c. 6, p. 356 (canonice corripi); Dioklea 1199 c. 7, M. 22, 703 (districtione canonica compelli); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 12 (canonice punire); Valence 1268, M. 23, 1054. 1056 (ultio canonica und poena canonica); Köln 1280 c. 2, M. 24, 347 (poena canonica).

[9] c. 15 (Lateran. IV.) X de off. iud. cod. I. 31 (districta ultio); c. 2 (Lyon 1274) in VI de off.

wird, unter den zulässigen Strafen in Anhalt an die etwaigen in der Rechtsnorm gegebenen Direktiven[1] die passende auszuwählen und zu verhängen.

In Betreff der Handhabung der kirchlichen Strafgewalt wird die frühere Regel wiederholt, dass von derselben blos bei schwereren Verfehlungen Gebrauch gemacht, und dass insbesondere die Exkommunikation in Gemässheit der alten Kanones nur wegen solcher Vergehen verhängt werden soll. Diese Norm ist durch die Aufnahme in das Dekretum Gratians und in die Dekretalensammlungen zwar gemeines Recht geworden[2], eine massgebende praktische Bedeutung hat sie indessen nicht erlangt[3].

Dies zeigt schon der Umstand, dass seit dem 12. Jahrhundert vielfach päpstliche Privilegien für die Angehörigen von Klöstern[4], Kapiteln[5], Hospitälern[6], ja auch für Bischöfe[7], Äbte[8], einzelne Kanoniker[9], Fürsten[10], Städte[11] und königliche Beamte[12] vorkommen, nach welchen die letzteren nur aus einem gerechtfertigten und klar erwiesenen Grunde[13] exkommunicirt und ihre Kirchen mit dem Interdikt belegt[14], sowie, dass soweit Geistliche in Frage stehen, diese auch nur unter derselben Voraussetzung suspendirt werden dürfen[15], denn daraus lässt sich offenbar auf eine einseitige und egoistische Handhabung der kirchlichen Strafgewalt schliessen, gegen welche man sich durch die gedachten Privilegien, wegen deren Verletzung päpstliche Ahndung eintreten konnte, zu schützen suchte.

Dazu kam aber noch folgendes. Die Kirche bedurfte nicht nur der Zwangsmittel, um nöthigenfalls ihre Diener zur Erfüllung ihrer amtlichen Funktionen und zur Beobachtung ihrer Amtspflichten anzuhalten, sondern auch, um bei ihrer sich in anderen als Strafsachen immer mehr erweiternden Gerichtsbarkeit die Urtheile der geistlichen Gerichte zur Durchführung zu bringen. In beiden Beziehungen benutzte sie die ihr zu Gebote stehenden kirchlichen Strafmittel. Ein Anhalt dafür bot sich

iud. ord. I. 16 (ultrix procedat dura sententia); Clem. 3 de poenis V. 8 (graviter arguere); Saintes 1280 c. 5, M. 24, 378 (graviter punire); Würzburg 1287 c. 7, p. 853 (acriter punire).

[1] So wenn zwar dem arbitrium des Oberen Spielraum gelassen ist, aber schwere Strafe verlangt wird, s. die vor. Anm. und S. 296 n. 5, oder wenn zunächst eine bestimmte Strafe angedroht ist, aber für gewisse Fälle eine härtere angewendet werden soll, c. 1 (Lateran. IV.) X de euchar. III. 44 u. c. 3 (id.) X de cland. despons. IV. 3.

Wenn für Fälle der n. 8 S. 296. in denen kanonische Bestrafung angeordnet ist, keine Strafe festgesetzt ist, s. z. B. Rom 743 c. 4 cit., so heisst dies so viel, dass der kirchlich Obere eine überhaupt nach den Kanones zulässige Strafe verhängen soll, während er dann, wenn für dasselbe Vergehen verschiedene Kanones verschiedene Strafen androhen, s. S. 235. 236, unter diesen auszuwählen hat.

[2] Die Nachweisungen hierüber s. S. 272 n. 7 u. 8.

[3] Ebensowenig wie für die Ausübung der Strafgesetzgebung, s. a. a. O.

[4] Alexander III. 1165 J. L. n. 11195, Migne 200, 369; 1180? J. L. n. 13720, Loewenfeld ep. pontif. roman. p. 201; Clemens III. 1188 u. 1189 J. L. n. 16309. 16447, Lalore, collection des cartulaires du diocèse de Troyes. Paris 1875. 6, 232 u. 1, 134; Innocenz III. 1202, Potthast n. 1626, opp. ed. Migne 4, 94; 1202, P. n. 1722, l. c. 1, 1064; 1204 P. n. 2518, l. c. 2, 315; 1209 P. n. 3741, l. c. 3, 59, s. ferner P. n 4357. 5942 (Honorius III. 1218).

[5] Cölestin III. 1193, J. L. n. 16989, M. 22, 622.

[6] Urban III. 1187, J. L. n. 15960, M. 22, 499.

[7] Innocenz III. 1199 P. n. 869, l. c. 1, 790; Honorius III. 1217, P. n. 5452.

[8] Innocenz IV. 1254 P. n. 15469.

[9] Honorius III. 1217, Pressutti, Regesti del pontef. Onorio III. Roma 1884 n. 478. 490. 526.

[10] Innocenz III. 1199, P. n. 680, Migne 2, 585; s. auch P. n. 1540 (1201). P. n. 1883, Migne 2, 46; Gregor IX. 1235, P. n. 10056.

[11] Gregor IX. 1229, P. n. 8351 (Montpellier).

[12] Gregor IX. 1231, P. n. 8770.

[13] Die regelmässige Formel lautet: „absque manifesta et rationabili causa". Dass es sich dabei aber nicht blos etwa um notorische Thatsachen handelt, folgt daraus, dass auch der Ausdruck: „evidens et manifesta causa" (J. L. n. 11195) vorkommt und vorgängige Citation (J. L. n. 15960) oder Innehaltung des ordentlichen Verfahrens (P. n. 1883: „semper etiam admonitio canonica praemittatur, nisi fuerit talis excessus, qui iudiciarium ordinem non requirat") verlangt wird.

[14] S. auch S. 28.

[15] J. L. n. 11195. 16989 und Potth. 869. 1626. 2158 cit.

darin, dass mehrfach jeder Ungehorsam gegen die Anordnungen der kirchlichen Gewalten als strafbares Vergehen qualifizirt worden ist[1]. In letzterer Beziehung kam weiter in Frage, dass der bewusste Vertragsbruch nicht nur als ethisches Unrecht, sondern auch als kirchliches Strafvergehen behandelt werden konnte[2].

Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, namentlich seit dem 13. Jahrhundert haben die kirchlichen Gewalten in umfassendstem Masse auch bei reinen Geldforderungen von den kirchlichen Strafmitteln, namentlich von der Exkommunikation, auch von dem Interdikt und bei Geistlichen von der Suspension, Gebrauch gemacht. Das geschah seitens der Päpste und der Kurie[3], ferner auch seitens der übrigen kirchlichen Oberen und der kirchlichen Gerichte[4]. Sicherlich hat zu der weiten Verbreitung dieser Verwendung der kirchlichen Strafen hauptsächlich der Umstand beigetragen, dass dieselben ihrem Wesen nach geeignet waren, als Exekutionsmittel benutzt zu werden und sich in den damaligen Zeiten vor Allem gegen mächtige Grosse und Herren immer noch wirksamer als andere Mittel weltlichen Charakters erwiesen[5]. Dabei ist ihre Anwendung keineswegs auf die oben gedachten Fälle des Vertragsbruches und des Ungehorsams

[1] S. darüber S. 222 ff.

[2] S. die schon der Compilatio I. angehörigen Stellen (Carthago 348 c. 12) und c. 3 (Gregor. I.) X de pactis I. 35; vgl. dazu W. Sickel, die Bestrafung des Vertragsbruches. Halle 1876. S. 47 ff.

[3] Alexander III., S. 23 n. 10; Honorius II. 1225 u. 1226, Potth. 7437. 7582, Rodenberg, epist. pontif. roman. 1, 195. 226; Innocenz IV. 1254 P. n. 15353; Clemens IV., Raynald. ann. 1265 n. 18 (welchem sich Karl v. Anjou bei der Belehnung mit Sizilien verpflichten musste, einen jährlichen Zins von 8000 Unzen Goldes bei Vermeidung der Exkommunikation ipso iure, eventuell des Interdikts über das Königreich, schlimmenfalls des Heimfalls des Landes an die römische Kirche zu zahlen); Alexander IV. 1255, P. n. 15872; Urban IV. 1261 Hauthaler, aus d. vatikan. Regesten. Wien 1887. S. 71 ff.; Benedikt XIII. 1303, P. n. 25316; Matthaeus Paris chron. mai. 1229, ed. Luard 3, 187. 188; Annal. Rudberti Salisburg u. 1260, SS. 9, 795: „Ulricus archiepiscopus manens in Bavaria, licet possessionem episcopatus non valeret adipisci, tamen a nuntio . . . pape excommunicatur pro IV milibus marcarum argenti, quas pape et curie promiserat et omnia iura episcopalia ei interdicuntur"; dipl. 1280, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 2, 431 (Forderung der Prokuration seitens eines päpstlichen Nuntius unter bedingter Verhängung der suspensio ab ingressu ecclesiae, eventuell der Exkommunikation und des Interdikts über die Kirche); vgl. weiter Souchon, Gesch. d. Papstwahlen. Braunschweig 1888 S. 79. 80 u. wegen der Beitreibung der Kreuzzugssteuern Gottlob, d. päpstl. Kreuzzugssteuern des 13. Jahrh. Heiligenstadt 1892. S. 67. 71. 75. 86. 89. 102. 176. 191. 231 ff. Ferner war schon im 13. Jahrhundert in Rom zur Sicherung der Annaten- und Servitienzahlungen an die Kurie die Ausstellung exekutorischer Instrumente, der s. g. obligationes camerales in Verbindung mit der von praecepta de parendo üblich, in denen ebenfalls die suspensio ab administratione spiritualium et temporalium et ab executione pontificalium, sowie die excommunicatio maior als Exekutionsmittel gebraucht werden, Briegleb, über exekutorische Urkunden, 2 A. Stuttgart 1845 1, 127; Durantis speculum jud. lib. II. part. 2 rubr. de renunciatione et conclusione n. 33 u. dazu Briegleb S. 125. Sogar auch die Erfüllung der auf den französischen Messen eingegangenen Messschulden wurde durch Androhung des päpstlichen Interdikts und der Exkommunikation gesichert, L. Goldschmidt, Lehrb. des Handelsrechts 3 A. 1, 233.

[4] S. die Nachweisungen bei Sickel S. 48, wonach sie bei Pachtgeldern, Zinsen, Verpflichtungen und Käufen, Rentenverträgen u. s. w. vorgekommen sind. Vgl. noch für d. 14. Jahrh. G. Schmidt a. a. O. S. 3, 367. Vielfach räumte der Schuldner selbst dem Gläubiger das Recht ein, ihn exkommuniciren und auch sein Land mit dem Interdikt belegen zu lassen, s. a. a. O., Durantis l. c., Briegleb 1, 123; Esmein, debiteurs privés de sépulture in Extrait des mélanges d'archéologie et d'histoire publiés par l'école française de Rome 1885 und dazu Zeitschr. f. vergleichende Rechtswissenschaft 1886. 6, 457. Derartige Klauseln finden sich auch in Inhaber-Papieren, Brunner, d. französische Inhaberpapier. Berlin 1879 S. 34. Vgl. ferner Lemans 1248, M. 23, 161; Mainz 1290 o. 1298, M. 24, 1210, nach welchem Geistliche, wenn sie ihre Kontraktsschulden gegen die Kirche nicht bezahlen, nach bestimmter Frist der suspensio ipso iure verfallen sollen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass auch zur Durchführung zweifelhafter Rechtsansprüche gegen die Gegner, welche sie bestritten, von den kirchlichen Strafmitteln Gebrauch gemacht worden ist, so z. B. vom Erzb. v. Salzburg 1296 gegen Rudolf v. Habsburg wegen streitiger Bergwerke, Arch. f. Kunde österr. Geschichtsquellen 2, 284.

[5] Abgesehen von dem noch theilweise in Frage kommenden, unten (S. 300 n. 1) gedachten Moment.

beschränkt gewesen, sondern man hat sie vielfach, ohne die Schuld des Pflichtigen an der Nichterfüllung seiner Verbindlichkeit oder auch gar nur seine Zahlungsfähigkeit zu berücksichtigen[1], lediglich wegen der objektiven Thatsache des Nichtleistens verhängt[2].

Wenn die Päpste selbst und ihre Legaten seit derselben Zeit mit den gedachten Strafen die von ihnen gemachten Geldauflagen, ihre Forderungen auf Abgaben und andere Leistungen zur Durchführung zu bringen suchten[3], so kann es nicht befremden, dass damals weder seitens der obersten[4], noch seitens der partikulären kirchlichen Gesetzgebung[5] in irgend welchem nennenswerthen Masse gegen diese Verkehrung des Charakters der kirchlichen Strafgewalt und der kirchlichen Strafmittel eingeschritten worden ist, und dass sich die Klagen darüber sogar bis in das 16. Jahrhundert hineinziehen[6].

Aber noch in anderer Beziehung als der ebengedachten hat die kirchliche Strafgewalt über das ihr begriffsmässig zukommende Gebiet hinaus Verwendung gefunden. Die Kirche, vor Allem das Papstthum, hat kein Bedenken getragen, die kirchlichen

[1] Die Zahlungsfähigkeit berücksichtigt allerdings Salzburg 1281 c. 14, M. 24, 401: „ut quicumque violenta sanguinis effusione coemeterium vel ecclesiam execraverit, ad expensas pro reconciliatione impendendas . . . tenetur. Si solvendo fuerit rebellis, per censuram ecclesiasticam a rectore loci auctoritate huius concilii arctetur: si vero solvendo non fuerit, alias pro dioecesani arbitrio puniatur". Auch c. 3 (Gregor. IX.) X de solut. III. 23 ordnet wenigstens die Aufhebung der gegen einen unvermögenden Schuldner wegen einer Geldschuld verhängten Exkommunikation gegen Kaution, bei Verbesserung der Vermögensverhältnisse zu zahlen, an.

[2] Das ergiebt schon das vielfache Vorkommen der Exekutionsklauseln. 1445 wird bestimmt, Kühns, Gesch. der Gerichtsverfassung i. d. Mark Brandenburg. Berlin 1865 1, 275, dass der gebannte arme Schuldner wegen anderer Schulden nicht nochmals exkommunicirt, sondern nur in dem ausgesprochenen Bann verbleiben soll. Auch solche Verbote, wie Würzburg 1287 c. 29, M. 24, 862, dass Frauen und Mütter wegen der Schulden ihrer Ehemänner und Kinder anders als im Falle der Beerbung derselben exkommunicirt, und Apt 1365 c. 23, M. 26, 454, dass etwaige gegen die Schuldner verhängte Exkommunikationen nach deren Ableben öffentlich verkündet werden, lassen die rücksichtslose Verwendung der Strafmittel erkennen. Vgl. auch Anm. 5.

[3] S. o. S. 298 n. 3.

[4] Wenn Sickel S. 51 behauptet, dass Bonifaz VIII. untersagt habe, das Lokal-Interdikt wegen Geldschulden zu verhängen, so ist dies nicht richtig. c. 2 in Extrav. comm. V. 10. v. 1302, eine Dekretale, welche offenbar in verschiedenen Ausfertigungen existirt hat, s. Potth. n. 25155, Theiner, cod. diplom. dom. temporal. Rom 1861 1, 385; Volger, Urkdbch d. Stadt Lüneburg. Hannover 1872 S. 139, verbietet dies nur ohne specielle Genehmigung des apostolischen Stuhles. Dass diese Bestimmung als gemeinrechtliche aufgefasst worden ist, ergiebt die Anordnung ihrer Beobachtung durch Clemens V. 1308 o. 1309, Hennes cod. diplom. ord. S. Mariae Theutonic. Mainz 1845 1, 433, ihre Publikation für Mainz 1319, Boehmer, cod. dipl. Moenofrancofurt. S. 450 und ihre Mittheilung nach deutschen Diöcesen durch Bonifaz IX. 1390, Guden cod. diplom. 5, 836.

[5] Wenn Ravenna 1314 c. 19, M. 22, 549 die Verhängung des Lokalinterdikts pro causis mere pecuniariis verbietet und ein solches für nichtig erklärt, weil non solum saepe puniantur insontes, immo excrescit indevotio populi, pullulent haereses ac ecclesiis et ecclesiasticis personis sine culpa eorum, debita subtrahuntur obsequia, und Marciac 1326 c. 55, p. 798, dieselbe in solchen Sachen an die specielle Erlaubniss des päpstlichen Stuhles (s. die vor. Anm.) knüpft, so treffen diese Verordnungen nur die gröbsten Missbräuche der gedachten Praxis, um die daraus für die Kirche selbst erwachsenden Nachtheile zu verhüten. Prag 1349, M. 26, 79, welches ein gleiches Verbot an die päpstlichen Delegaten und Subdelegaten richtet, erklärt sich aus dem Bestreben, die Überschreitung der Befugnisse derselben zurückzuweisen.

[6] Appellatio interposita per universitatem Parisiens. v. 1406, Martène et Durand, thesaur. anecdot. 2, 1302: „Ab hoc (papa) pauperes hujus regni sacerdotes ita fuerunt oppressi, ut et excommunicationem et ab officio suspensionem multo tempore passi sunt"; Nicolaus de Clemanges de ruina eccles. c. 9, v. d. Hardt, concil. Constant. T. I. P. 3, 14: „Quis nescit, tot abbatibus totque aliis praelatis, cum decessissent, camerae prae inopia obnoxii, negata funeralia . . . negatam humationem, nisi forte in agris aut hortulis aut prophanis aliis sedibus clanculo tumulati sunt"; Gravamina nationis German. c. 34, Gaertner corp. iur. eccles. 2, 180: „Romae caeterisque in locis per archiepiscopos ac episcopos aut certe eorum ecclesiasticos iudices multi christianorum ob causas prophanas, ob pecuniae denique at turpis quaestus amorem excommunicantur multorumque sed eorum in fide

Strafmittel, namentlich die Exkommunikation und das Interdikt, nicht minder die Absetzung von Fürsten und die Entbindung der Unterthanen vom Treueide zur Durchsetzung ihrer kirchenpolitischen Ziele, insbesondere bei ihren Bestrebungen auf Erlangung der obersten Machtstellung in der mittelalterlichen Welt und auf Bildung und Schaffung eines eigenen kirchlichen Territoriums im umfassendsten Masse zu gebrauchen[1]. Ganz abgesehen davon, dass die geistliche Macht in diesen Kämpfen und Streitigkeiten sich vielfach das Richteramt in eigener Sache beilegte, standen überdies bei denselben keineswegs Angelegenheiten in Frage, bei denen der eine Theil das Verhalten des anderen lediglich unter dem kriminalistischen Gesichtspunkt der Begehung eines kirchlichen Vergehens aufzufassen und zu behandeln berechtigt war, ja mitunter sogar rein weltliche, durch die Politik der Kurie gebotene oder in dieselbe hineinpassende Massregeln, gegen welche ein Widerstreben vollends kein als Strafthat zu qualifizirendes schweres Unrecht bildete[2]. Wenn die hierarchische Auffassung auch in der Lage war, jede Abweisung und Bekämpfung der Forderungen und Prätensionen der kirchlichen Macht zu einem kirchlichen Delikt, bald zu dem Vergehen der Verletzung der Freiheiten der Kirche[3], bald (und dies in allen Fällen) zu dem von Gregor VII. sogar als Götzendienst bezeichneten Vergehen des Ungehorsams gegen die Kirche zu stempeln[4], so wird dadurch die Thatsache nicht widerlegt, dass es immer eine Verkehrung der Zwecke der Strafgewalt blieb, die letztere als Hauptförderungsmittel einer vielfach auf rein weltliche Ziele gerichteten Politik zu benutzen und auf diese Weise jeden Widerstand gegen die kirchlichen Machtgelüste niederzuschlagen.

§. 280. *c. Der Umfang der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt in Betreff der Personen.*

Hinsichtlich des personellen Umfanges der kirchlichen Strafgewalt ist es während der hier fraglichen Periode bei dem früheren Recht verblieben[5], und wenn sich auch die Tendenz geltend gemacht hat, die Juden[6] in gewissen Fällen der Bestrafung

infirmorum conscientiae per hoc aggravantur . . . et ob pecuniae lucrive tantulum aut alioqui res minimi pretii ad internecionem usque animae, corporis, honoris atque rei familiaris contra divina humanaque iura perducuntur"; c. 35 (gegen den Missbrauch des Interdikts).

[1] Es mag, da sonst ein grosser Theil der mittelalterlichen Geschichte unter diesem Gesichtspunkt hier behandelt werden müsste, blos auf die Anführungen S. 43 ff. S. 48; weiter S. 25. 255 n. 12 u. S. 301 ferner auch Winkelmann, Friedrich II. 1, 77. 169. 170. 183. 212. 264. 266 u. Kaltenbrunner, Aktenstücke d. deutsch. Reichs unt. Rudolf I. Wien 1889. S. 48 verwiesen werden. Übrigens ist der gedachte Gesichtspunkt ebenfalls bei der Anwendung der Exkommunikation behufs Beitreibung der päpstlichen Geldforderungen, da die Kurie selbstverständlich zur Durchführung ihrer Politik auch Geldmittel brauchte, mit bestimmend gewesen.

[2] S. z. B. die Behandlung Ankonas durch Nikolaus II. 1059, Mayer v. Knonau, Heinrich IV. u. Heinr. V. 1, 144; vgl. weiter Potth. n. 17174, 17280 (Alexander IV. 1238); die const. Johanns XXII.: Si fratrum v. 1317, bull. Taur. 4, 254 (Inanspruchnahme der Regierung des imperium bei seiner Erledigung und Bedrohung derjenigen, welche weiter als Reichsvikare fungiren, mit Exkommunikation und Interdikt), vgl. auch C. Müller, Kampf Ludwig d. Baiern mit d. röm. Kurie, Tübingen 1879 1, 39, und S. 255 n. 12.

[3] S. z. B. Honorius III. 1222, Rodenberg epist. roman. pontif. 1, 134; Winkelmann Friedrich I. 1, 183.

[4] S. 45 n. 1.

[5] Bd. IV S. 757. 842.

[6] Neben ihnen gedenkt auch bei der Nichtentrichtung der schuldigen Zehnten Lerida 1229 c. 5, M. 22, 1091 der Sarazenen. Schon vorher hat Alexander III. c. 4 X de raptor. V. 17 die Bestrafung derselben wegen Raubes christlicher Frauen und Kinder mit Geldstrafe und Auspeitschung für statthaft erklärt.

durch die kirchlichen Gerichte zu unterwerfen[1], so haben sich doch feste gemeinrechtliche Normen[2], in wie weit die Kirche mit den von ihr recipirten weltlichen Strafen gegen sie einzuschreiten befugt sei[3], nur für einzelne Fälle[4] festgestellt[5].

Was die Christen betrifft, so hat die Kirche ihre Strafgewalt über diese nicht nur, wie früher ohne Ansehung des Ranges und der Stellung der betreffenden Personen[6] zur Anwendung gebracht, sondern dieselbe, vor Allem seit Gregor VII.[7] in viel umfassenderem Masse als in den älteren Zeiten gegen die Fürsten[8], insbesondere auch gegen die Kaiser und Könige[9] ausgeübt.

[1] S. 50 n. 1; ferner erwähnt Chateau Gontier 1231 c. 33, M. 23, 239 der Überführung der Juden wegen Lästerung des christlichen Glaubens vor dem geistlichen Richter, und Lambeth 1261 c. 11, M. 23, 1068, bestimmt, dass der König und die königlichen Beamten die Gestellung eines Juden, welcher sich an kirchlichen Dingen und Personen vergriffen hat, vor das geistliche Gericht nicht hindern sollen, und droht dem Juden, welcher sich nicht stellt, den Ausschluss vom Verkehr mit Christen, s. unten Anm. 2, an.

[2] Aus c. 14 (Inn. III.) X de iudaeis V. 6, nach welchem der Bischof einen jüdischen percussor clericorum, wenn derselbe seiner Jurisdiktion untersteht, mit einer Geldstrafe belegen, anderenfalls aber den zuständigen Gerichtsherrn angehen soll, damit dieser dem beleidigten Kleriker und der Kirche Genugthuung verschaffe, ist nichts zu entnehmen, denn hier ist zweifellos, so auch Gonzalez Tellez ad c. cit. n. 2, die weltliche Gerichtsbarkeit des Bischofs gemeint.

[3] Dass von dem Gebrauch rein kirchlicher Strafmittel nicht die Rede sein konnte, ist bei der Stellung der Juden ausserhalb der Kirche selbstverständlich. Daher droht auch Szaboles 1092 c. 26, M. 20, 773 den an christlichen Festtagen arbeitenden Juden nur Konfiskation des Arbeitsgeräthes an, und seit dem 13. Jahrhundert kommt als gemeinrechtliche und partikularrechtliche Strafe gegen sie die Entziehung des Verkehrs mit den Christen vor, s. S. 50, welche auch nur mit der Lerida 1229 c. 5 cit. erwähnten districtio canonica gemeint sein kann, partikularrechtlich ferner auch Geldstrafe, Poitiers 1280 c. 7, M. 24, 384 (für Halten christlichen Gesindes und Geben von Darlehnen an Christen gegen Zins oder ohne Zeugen, 50 solidi, drei Viertel an die Armen der Parochie, ein Viertel Denunzianten-Antheil).

[4] S. darüber in der Lehre von der persönlichen Kompetenz der Inquisitionsgerichte § 293.

[5] Des Weiteren s. auch die Darstellung des geltenden Rechts.

[6] Das ergiebt die Einführung der Strafe des Verlustes weltlicher Ämter und Würden in das Strafsystem, s. o. S. 43 ff.

[7] S. o. S. 43 ff.

[8] S. z. B. die Androhung des Bannes gegen Herzog Hugo v. Francien durch die Synode zu Ingelheim 948 und die Exkommunikation desselben durch die zu Trier 948, Bd. III S. 533, weiter die Androhung der gleichen Strafe gegen Herzog Aelfrich wegen Beraubung eines Klosters durch Johann XIII. 971, J. L. n. 3752, M. 19, 27, gegen mehrere Grafen wegen desselben Vergehens durch Johann XV. 991—996, M. 19, 82; die Exkommunikation Herzogs Heinrichs II. v. Baiern 976 zu Regensburg wahrscheinlich durch eine Reichssynode, LL. 2 app. p. 171 u. 3, 485, des normannischen Grafen Wilhelm durch Alexander II. zu Melfi 1067, J. L. n. 4634, M. 19, 1063, des Grafen Roger v. Sizilien durch Honorius II. auf der Synode zu Troja 1127, Watterich 2, 164; des Herzogs Matthäus v. Lothringen durch Eugen III. 1147, J. L. n. 9144, M. 21, 637; des Herzogs Wladislaws v. Böhmen durch den Erzb. v. Gnesen 1146, J. L. n. 9325, Bernhardi Konrad III. 1, 469; desselben, sowie des Herzogs Heinrich v. Baiern und des Pfalzgrafen v. Wittelsbach durch den Erzbischof v. Salzburg u. den Bischof v. Regensburg 1146, Bestätigungsbulle Eugens III. 1146, J. L. n. 6251, Migne 180, 1145, Bernhardi a. a. O. S. 481; vgl. ferner aus dem 13. Jahrh. Potthast n. 6347.

[9] Beispiele bieten für die karolingische Zeit die Exauktoration Ludwigs d. Fr. unter Mitwirkung der Bischöfe des Reichs 833, S. 94 n. 9, die Exkommunikation Lothars II. u. Karls d. K. sowie der Familien derselben durch Hinkmar v. Rheims 852 o. 853, J. E. n. 2618, neues Arch. d. Ges. f. ält. deutsch. Geschichtskunde 5, 390. 391, v. Noorden, Hinkmar Erzb. v. Rheims. Bonn 1863 S. 127; Schröre, Hinkmar Erzb. v. Rheims S. 60; die Androhung, vielleicht auch die Verhängung der Exkommunikation gegen Ludwig d. Deutschen wegen des Einbruchs in das Gebiet Karls d. K. durch Hinkmar 859, M. 16, 782. 783 u. die darauf bezügliche Erklärung der Metzer Synode 859 c. 10. 11, LL. 1, 460.

Das Recht der Bischöfe zu solchen Massregeln hat Karl d. K. ausdrücklich anerkannt, Savonières (bei Toul) 859 c. 3, LL. 1, 462: „iudicio episcoporum . . . quorum paternis correptionibus et castigatoriis iudiciis me subdere fui paratus et in praesenti sum subditus“.

Auch in Betreff der Todten hat sich dieselbe gegen die früheren Zeiten in der Richtung erweitert, dass nunmehr neben das Verbot der Oblationen und Gebete[1] die Verweigerung des christlichen Begräbnisses als selbstständige Strafe für diejenigen getreten ist, welche bei der Verübung bestimmter Vergehen und in Folge derselben das Leben verloren hatten[2], und dass man andererseits in Anhalt an die seit dem 5. Jahrh. gemilderte Busspraxis[3] von der Absolutionsgewalt gegen diejenigen, welche in der Exkommunikation verstorben waren, Gebrauch gemacht hat[4]. Ja seit der Mitte des 12. Jahrhunderts hat die Doktrin[5] die Zulässigkeit einer Anklage und Verurtheilung von Todten wegen Ketzerei, mitunter auch wegen Simonie und wegen Sakrilegs[6] vertheidigt, und seit dem Anfang des 13. Jahrhunderts ist man in Folge dessen und in Anhalt an das römische Recht[7] bei der Gleichstellung der Ketzerei mit dem

Aus späterer Zeit gehören hierher die wiederholten Exkommunikationen Heinrichs IV. durch Gregor VII. und Paschalis II., S. 13 n. 3, sowie die Absetzung desselben durch Gregor VII., S. 44; die Exkommunikationen Heinrichs V., s. S. 13 n. 2; die Friedrichs I. 1160 u. 1167 (sowie die mit der letzteren verbundene Absetzung) durch Alexander III., S. 46 n. 8, ferner die Absolution des Kaisers durch die bevollmächtigten Legaten des Papstes, Reuter, Alexander III. 3, 302; die Exkommunikationen und Absetzungen Ottos v. Braunschweig und Friedrichs II., s. a. a. O. u. Winkelmann, Friedrich II. 1, 334.

Über die Verhängung der Zwangsbusse gegen König Robert v. Frankreich und die Androhung des Bannes gegen denselben durch die kaiserliche Synode zu Rom 998 o. 939 c. 1, M. 19, 225, über hierher gehörige Massnahmen Gregors VII. gegen Philipp I. v. Frankreich o. S. 44 n. 1 und die Exkommunikation des letzteren durch die Legatensynode zu Autun 1094 wegen seines Verhältnisses zu Bertrade M. 20, 799, sowie die später erfolgte Absolution 1096 J. L. n. 5774, M. 20, 687, Hefele, Conc. Gesch. 5, 247 und die erneuerte Bannung auf dem Legatenkonzil v. Poitiers 1100 M. 20, 1120; über die Exkommunikation Rogers v. Sizilien auf der Lateransynode 1139 M. 21, 536 und über die anderer sicilischer Könige vom 12. bis 14. Jahrh. Scaduto, stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887 p. 136 n. 4, endlich über die Exkommunikation des Gegenkönigs Konrad o. S. 13 n. 2.

Wegen der Anwendung des Interdikts gegen Königreiche und Könige s. S. 26 n. 1. 4. 5. S. 27 n. 11; vgl. ferner über Androhung des Interdikts gegen den König wegen Verhinderung der geistlichen Gerichtsbarkeit, Nichtunterstützung derselben durch Verweigerung des mandatum de capiendo excommunicato und wegen Intrusion von Geistlichen in Benefizien Lambeth 1261, M. 23, 1060. 1063. 1064. 1065, o. S. 212 n. 4 u. S. 218 n. 6.

[1] Bd. IV S. 758.

[2] S. o. S. 32.

[3] Bd. IV S. 723 u. 724 n. 1.

[4] So hat die Synode zu Troslé 921 den getödteten Grafen Erlebald von der Exkommunikation losgesprochen, M. 18, 343, ja Limoges 1031, M. 19, 539 (s. S. 147 n. 5) bezeugt schon eine derartige feste Praxis; s. weiter a. a. O. n. 6.

[5] Unter Berufung auf die durch das 6. Konzil v. Konstantinopel (553), s. c. 6 C. XXIV qu. 2, ausgesprochenen Anathematisirungen von Urhebern ketzerischer Lehren, Bd. IV S. 758 n. 2, vgl. auch die folgenden Anmerkgen.

[6] So Paucapalea in seiner Summa zum Dekret zu der vor. Anm. cit. quaestio, Ausgabe von v. v. Schulte. Giessen 1890 S. 105: „Haeretici enim, ut in quinta synodo ostenditur, post mortem accusari vel damnari possunt"; desgleichen Roland (nachmals Alexander III.) in seiner Summa, her. v. Thaner. Innsbruck 1874 S. 101, welcher sich ausserdem darauf beruft, dass wenn ein Exkommunicirter nach seinem Tode rekonziliirt werden dürfe, andererseits „si post decessum alicuius ipsius haeresis appareat et manifeste probetur, iam defunctus poterit excommunicari" und hinzufügt: „crimina quaedam sunt, pro quibus et post mortem aliqui accusari possunt et dampnari, quaedam non. Nam pro crimine simoniae et haereseos et sacrilegii excommunicari valent post mortem, pro aliis minime", wobei sich die Ausdehnung auf die Simonie aus der Zusammenstellung derselben mit dem crimen laesae maiestatis, welchem die Ketzerei als gleichstehend betrachtet wurde, bei Gratian dict. zu c. 22 C. VI qu. 1 erklärt, und das Sakrileg wohl auch wegen seiner Verwandtschaft mit dem gedachten crimen von Alexander III. angereiht worden ist.

[7] Vgl. l. 11 D ad leg. Iuliam maiest. XLVIII. 4 und l. 4 §. 4 C. de heret. I 5 („In mortem quoque inquisitio tendatur, nam si in criminibus maiestatis licet memoriam accusare defuncti, non immerito et hic debet subire iudicium").

Majestätsverbrechen[1] so weit gegangen ein förmliches Strafverfahren gegen Verstorbene zuzulassen[2] und näher[3] auszubilden[4].

§. 281. *d. Die sachliche Zuständigkeit der kirchlichen Straf- und Disciplinargewalt und der kirchlichen Gerichte.*

I. In Betreff der Laien. Sowohl im römischen, wie auch im merovingischen Reich hatte die Kirche ihre Strafgewalt über die Laien wegen der von den letzteren begangenen kirchlichen Strafthaten ohne Rücksicht darauf, ob diese zugleich ein weltliches Vergehen bildeten oder nicht, ausgeübt[5]. Von einer Kollision beider, der weltlichen und der kirchlichen Strafgewalt, konnte dabei keine Rede sein, weil die Kirche sich nur solcher Strafmittel bediente, welche allein die kirchliche Rechts-

[1] S. S. 302 n. 6; c. 10 (Innoc. III.) X de heret. V. 7; const. Friderici II. 1220. 1232. 1239, LL. 2, 244. 287. 288. 326 ff. (so auch noch Karl IV. 1369 bei Fredericq, corpus inquisitionis Gent 1889. 1, 216).

[2] Nachdem schon in 1205 in Toulouse, Havet l'hérésie et le bras seculier in bibliothèque de l'école des chartes. Paris 1880 XLI, 584 n. 4, und dann noch mehrfach gegen verstorbene Ketzer vorgegangen war, Henner, Beiträge zur Organisation und Kompetenz der päpstlichen Ketzergerichte Leipzig 1890 S. 336 n. 2 wurde dies Verfahren durch die Anweisung des Konzils v. Beziers 1246 für die Inquisitoren c. 18, M. 23, 719 („ad haereticorum seu credentium condemnationem qui non fuerint reconciliati canonice ante mortem, citatis eorum heredibus sive aliis qui de iure citandi fuerint et concessa eisdem opportuna copia defendendi, similiter procedatis") und durch Albi 1254 c. 25, M. 23, 839 („ut si per inquisitionem reperiatur aliquos defunctos fuisse hereticos tempore mortis suae, exhumentur et eorum cadavera sive ossa publice comburantur, deffensione legitima eorum heredibus renovata", und schon gleichzeitig durch die Päpste, Alexander IV. 1258 §. 7 P. n. 17382, bull. Taur. 3, 665 (c. 8 §. 7 in VI. de heret. V. 2) u. P. n. 17400, ibid. p. 666 (c. 3 in VI. de heret. V. 2), Urban IV. 1262, P. n. 18395, Eymericus director. inquisitorum cum comm. Pegnae Romae 1585 p. 141 für statthaft erachtet.

Mit Recht bemerkt Henner 1 S. 337, dass der Prozess nicht blos gegen das Andenken, die memoria defuncti, geführt wurde, weil mit dieser Auffassung weder die Ausgrabung und Verbrennung der Leichname, noch auch die Konfiskation der Güter der Verstorbenen, s. den vor. Absatz, namentlich c. 8 §. 7 de heret. V. 2, in Einklang steht.

Übrigens hat die spätere Doktrin in Anhalt an c. 3 und c. 8 §§. 6. 7 in VI de heret. cit., s. auch Beziers 1246 c. 18 cit., nur gegen verstorbene heretici und credentes, nicht gegen die fautores, receptatores u. s. w., die Einleitung eines Prozesses für statthaft erachtet, Pegna comm. 92 ad Eymeric. III. qu. 43, s. auch Henner S. 338, wennschon die Praxis noch im 14. Jahrhundert eine solche eintreten liess, freilich aber nur ein Erkenntniss auf Ausgrabung der Gebeine aus geweihter Erde, aber weder die Verbrennung derselben noch die Konfiskation des Vermögens des Verstorbenen für statthaft erachtet hat, Bernardus Guidonis, practica heretice pravitatis. ed. Douais. Paris. III. n. 26 p. 122; Limborch, liber sententiarum inquisit. Tholosonae p. 203. 250 als Anhang zu dessen historia inquisitionis. Amsterdam 1692. Ob der Prozess schon bei Lebzeiten des betreffenden begonnen hatte oder nicht, war aber gleichgültig, nur hat die spätere Doktrin die Einleitung eines Verfahrens, soweit es sich um die Vermögenskonfiskation handelte, bei bona fides, d. h. Unkenntniss der Erben von der Ketzerei ihres Erblassers, nach 40 Jahren, nicht aber, soweit es sich um die Verurtheilung des Andenkens des Verstorbenen, sowie die durch dieselbe ermöglichte Ausgrabung der Gebeine und des Eintritts anderer Strafen für die Descendenten, wie z. B. die Unfähigkeit zu Ämtern handelte, für ausgeschlossen erachtet, s. Pegna l. c.

[3] Vgl. Bernard. Guidon. I. n. 22—29 p. 19 u. III. n. 24—28 p. 120. Beispiele aus dem 13. u. 14. Jahrhundert s. bei Molinier l'inquisition dans le midi de la France. Paris 1880 p. 361. 363 und études sur quelques manuscripts . . . concernant l'inquisition. Paris 1887 p. 85. 86. 106. 124 n. 1 c. 3; Limborch lib. sententiar. inquis. Tholosonae 1307—1313 als Anhang zu Limborch hist. inquisitionis. Amsterdam 1692 p. 33. 79. 162 ff. 203. 244. 248 ff. 250. 333. 364; Fredericq corpus document. inquisitionis hereticae pravitatis Neerlandicae. Gent 1889 p. 120. 181 ff. 248 ff. Vgl. auch Henner S. 337. 338.

[4] In der früheren Zeit ist nur einmal ein Verfahren gegen einen Todten, nämlich den Papst Formosus, dessen ausgegrabene Leiche vor die römische Synode v. 897 gestellt wurde, veranstaltet, aber von den Zeitgenossen als etwas Unerhörtes bezeichnet worden, Jaffé-Loewenfeld p. 439; Dümmler Auxilius u. Vulgarius. Leipzig 1866 S. 10.

[5] Allerdings waren einzelne kirchliche Vergehen sowohl durch das römische, wie auch das merovingische Recht, Bd. IV S. 793. 846, ebenfalls mit weltlichen Strafen bedroht worden, aber dadurch sollte gerade die Wirksamkeit der kirchlichen Strafgewalt gesichert werden.

stellung und die kirchlichen Mitgliedschaftsrechte berührten, nicht aber weltlichen Charakters[1] waren[2].

Im merovingischen Reich füllte das die Vergehen und die Strafe unter öffentlich rechtlichen Gesichtspunkten betrachtende kirchliche Strafrecht neben einem weltlichen Strafrecht, welches nur wenige öffentliche, d. h. mit öffentlicher Strafe bedrohte Vergehen kannte, im übrigen aber auf einer privatrechtlichen, namentlich geschlechtsgenossenschaftlichen Auffassung des Verbrechens und der Strafe ruhte, und daher dem Verletzten die Verfolgung des gegen ihn begangenen Unrechts überliess[3], eine entschiedene Lücke aus, und hätte diesem Bedürfniss im vollsten Masse entsprechen können, wenn nicht im Verlaufe der merovingischen Periode die Geistlichkeit, insbesondere die höhere, in deren Hand die Ausübung der Strafgerichtsgewalt lag, immer mehr der Verweltlichung anheimgefallen wäre.

Wenn im Beginn der karolingischen Periode, namentlich durch die Handhabung des königlichen Amtsrechtes und des mit demselben verbundenen Königsbannes, die Idee der öffentlichen Strafe in weiterem Umfange als früher zur Geltung gebracht wurde[4], so geschah dies zugleich dadurch, dass die karolingischen Könige — wenngleich durch die Kirche dazu angeregt —, mit denselben Mitteln die Durchführung der kirchlichen Strafen, namentlich die Leistung der von der Kirche für die verschiedenen Verbrechen auferlegten Bussen erzwangen[5] und so das kirchliche Strafrecht für den Schutz der öffentlichen Rechtsordnung dienstbar machten.

Mit dem Verfall des karolingischen Reiches und mit der zunehmenden Schwäche der königlichen Gewalt beginnt aber auf dem Gebiete des weltlichen Strafrechts eine rückläufige Bewegung, in Folge welcher die Auffassung von dem öffentlichrechtlichen Charakter des Verbrechens und der Strafe, sowie der öffentlichrechtlichen Pflicht zur Verfolgung der Strafthaten wieder mehr in den Hintergrund tritt[6]. Während aus diesen Gründen die Handhabung einer wirksamen weltlichen Strafrechtspflege verkümmert, fährt die Kirche nicht nur in der Ausübung ihrer Strafgewalt fort, sondern sie schafft sich sogar bald nach der Mitte des 9. Jahrhunderts in Deutschland in den Sendgerichten Organe, welche den öffentlich rechtlichen Charakter ihrer Strafrechtspflege dadurch scharf zum Ausdruck bringen[7], dass sie mit ihrem Rügeverfahren, soweit möglich, die Bestrafung aller kirchlichen Vergehen herbeizuführen bezwecken und bei ihrer weitgesteckten Zuständigkeit auch die am häufigsten vorkommenden und schwersten weltlichen Verbrechen, wie Tödtung, Ehebruch und andere Fleischesverbrechen, Diebstahl, Raub, Meineid und falsches Zeugniss, mit kirchlicher, also

[1] Bd. IV S. 737. 803. Für das westgothische Reich trifft dies freilich nicht zu, Bd. IV S. 804. Aber hier ist der Staat vollkommen von der Kirche beherrscht und droht im Einverständniss mit ihr auch für rein staatliche Vergehen kirchliche Strafen an, stellt also seine Strafgewalt der Kirche im umfassendsten Masse zur Verfügung, a. a. O. S. 848. 849.

[2] Demnach konnte das Bedenken, dass Jemand wegen desselben Vergehens zweimal bestraft wurde, überhaupt nicht entstehen.

[3] v. Bar, Hdbch. d. Strafrechts. Berlin 1882 1, 51 ff.; R. Schröder, Lehrb. d. deutsch. Rechtsgesch. S. 330 ff.; v. Liszt, Lehrb. d. deutsch. Strafr. 4 A. S. 37 ff.; Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 536 ff. 585 ff.

[4] v. Bar S. 67; Schröder S. 340. Von einer Kollision in Betreff der sachlichen Zuständigkeit der weltlichen und geistlichen Gerichte ist aber noch keine Rede gewesen, vielmehr konnte damals wegen der Vergehen, welche die Kirche mit Strafe belegte, auch im weltlichen Gericht die Anklage unabhängig davon erhoben und von diesem auf die weltliche Strafe erkannt werden, vgl. die die einzelnen Gerichtsverhandlungen wegen Tödtung, Frauenraub, Incest und Diebstahl betreffenden Formeln bei Zeumer, formulae Merovingici p. 152. 154. 156. 237. 357. 537.

[5] Vgl. a. S. 88 und unten §. 286.

[6] v. Bar 1, 87 ff.; v. Liszt S. 43.

[7] S. §. 288.

öffentlichrechtlicher Strafe belegen[1]. In ähnlicher Weise wirkt in Frankreich, wo die Sendgerichte keinen festen Fuss gefasst haben[2], die zur Bekämpfung des Fehderechtes durch die Kirche noch vor der Mitte des 11. Jahrhunderts herbeigeführte Aufrichtung des Gottesfriedens, der *treuga dei*[3]. Wenn durch denselben auf Grundlage eines behaupteten direkten göttlichen Gebotes[4] ein allgemeiner Friede für bestimmte gebundene Tage, gewöhnlich von Donnerstag Abend bis Montag früh, sowie für die kirchlichen Hauptfeste und gewisse Festwochen, nicht minder in Anhalt an die frühere Anschauung von der Nothwendigkeit eines höheren Friedensschutzes für bestimmte Personen und Sachen[5] auch die unbedingte und immerwährende Befriedung solcher, namentlich der Geistlichen, Landbauer, Kaufleute, Pilger und Wallfahrer, sowie der Zug- und Nutzthiere, Ölbäume[6] (*pax*)[7] angeordnet wurde, so musste sich jede Verletzung dieses Friedens, namentlich jede rohe, zugleich ein weltliches Vergehen bildende Gewaltthat auch als ein kirchliches Verbrechen darstellen und als solches der Bestrafung der Kirche und ihrer Strafgerichtsbarkeit anheimfallen. In der That erscheinen in den verschiedenen Gottesfriedensordnungen die Bischöfe (bez. auch die Kanoniker) als Richter über die Gottesfriedensbrüche[8] und neben ihnen die weltlichen Gewalten, namentlich diejenigen, welche sich an der Aufrichtung

[1] S. §. 288.

[2] Wenigstens nach dem jetzigen Stande des Quellenmaterials. Ebenso auch Fournier, les officialités au moyen age. Paris 1889 p. 286.

[3] Kluckhohn, Gesch. des Gottesfriedens. Leipzig 1857. S. 3 ff.; Huberti, Gottesfrieden und Landfrieden. Ansbach 1892 1, 20. 29 ff. 234 ff. 279. 291. 293.

[4] Kluckhohn S. 43; Huberti S. 269. 275. 278. 282. 289.

[5] S. die Nachweisungen bei Huberti 1, 47.

[6] S. 225 n. 7.

[7] Kluckhohn S. 52; Huberti 1, 294. 314. 315.

[8] Gottesfrieden v. Tulujas für die Provinz Narbonne 1065 (Huberti 1, 333. 336. 337), M. 19, 1042: „compositione mali quod intulit in duplo componat, ita ut medietatem istius duplae compositionis habeat querulator et alteram medietatem habeat episcopus et ipse comes, qui adiutor fuerit episcopo ad hanc iustitiam faciendam .. Si quis autem infra hanc trevam hominem occiderit sine aliquo casu . . . ut omnibus diebus vitae suae exilio damnetur, si autem cum casu fecerit, egrediatur tamen a terra usque ad triennium (l. terminum) quem episcopus vel canonici existimaverint esse imponendam . . . (p. 1043) De praedicta autem treva vel pace querela ad episcopum vel ad eius canonicos seu fatigatio omni tempore fiat"; Lillebonne 1080 c. 1, M. 20, 555 u. 559: „Qui vero eam observare contempserint vel aliquatenus fregerint, episcopi secundum quod prius statutum est, eos iudicando iustitiam faciant. Si quis autem episcopo suo inde inobediens fuerit, domino in cuius terra habitat, episcopus hoc demonstret et ille eum subdat episcopali iustitiae. Quod si et dominus facere contempserit, regis vicecomes inde per episcopum requisitus omni remota excusatione faciat"; Gottesfrieden des Grafen Fulco v. Anjou (zu Clermont von Urban II. 1095 bestätigt) M. 20, 912, c. 2: „Si vero vocatus (wegen percussio, vulneratio und captio) ab episcopo aut a ministris eius infra VII dies venerit, damnum tantum restituat et si non venerit . . . excommunicabitur et post excommunicationem restituet damnum ad iudicium episcopi et episcopo emendabit C solidos"; c. 3: „Qui autem in pace domini hominem occiderit, VII annos erit exul a patria, nisi talem pacem fecerit cum parentibus mortui, ut ipsi deprecentur episcopum pro eo et postea emendabit 30 libras inter episcopum et comitem, si occisio facta fuerit in receptaculis comitis"; vgl. ferner S. Omer 1099 c. 1, M. 20, 969; Rheimser Statut Calixts II. 1119, M. 21, 236; das den Gottesfrieden für die ganze Kirche einführende erste Laterankonzil 1123 c. 13, M. 21, 283: „Si quis treugam diffregerit, usque tertio ad satisfactionem ab episcopo admoneatur. Quod si tertio admonitus satisfacere contempserit, episcopus vel cum metropolitani consilio vel cum duobus aut uno vicinorum episcoporum in rebellem anathematis sententiam dictet et per scripturam episcopis circumquaque denunciet"; päpstliche Synode Rheims 1131 c. 11, M. 21, 460 (nur dass hier die Zuziehung des Metropoliten oder der benachbarten Bischöfe nicht angeordnet wird); päpstl. K. Rheims 1148 c. 11, p. 716; Terouanne um 1150 c. 6, Ztschr. d. Savignystiftg. 12, 114; Sdralek, Wolfenbüttler Fragmente. Münster 1891 S. 145.

Dasselbe ergiebt sich auch aus den Ordnungen, welche für die Verletzung des Friedens lediglich kirchliche Strafmittel, namentlich die Exkommunikation androhen, vgl. Synode v. Elne 1027, M. 19, 483 (Huberti 1, 234. 240); Montriond 1041, Huberti 1, 299. 302; Steindorff, Heinrich III. 1, 140 n. 2; Narbonne 1054 c. 4. 5, M. 19, 857; Friede H. Wilhelms v. d. Normandie 1042, M. 19, 597, päpstliche Synode Troyes 1107, M. 20, 1218.

Vgl. übrigens auch noch Huberti 1, 321. 446. 448. 449. 453. 535.

des Gottesfriedens betheiligen[1], wesentlich nur als die Vollstrecker der Urtheile des geistlichen Gerichtes oder als die Gehülfen für die Ermöglichung der Ausübung der Jurisdiktion desselben[2], nicht aber als Richter über die Verletzung des Friedens[3].

Allerdings wird in einer der ältesten Urkunden über den Gottesfrieden[4] und in den ältesten deutschen derartigen Ordnungen[5] die Bestrafung durch den weltlichen, wie auch den kirchlichen Richter meistens je nach den verschiedenen Seiten der den Gottesfrieden verletzenden Strafthat vorgesehen, ja eine solche war an sich auch da, wo die Gottesfriedensordnungen die weltliche Strafgewalt unerwähnt lassen[6], an sich nicht ausgeschlossen[7], indessen musste trotzdem die Strafgewalt der Kirche thatsächlich in den Vordergrund treten, denn während diese die betreffenden Strafthaten von amtswegen als öffentliche Vergehen verfolgte und gerade ihrerseits das dringendste Interesse hatte, die sich nur zu oft gegen die Geistlichen, ihre Besitzungen und

[1] S. die in der vor. Anm. cit. Ordnungen von Elne, v. Lillebonne und Fulcos v. Anjou.

[2] Vgl. die eben citirten Ordnungen, namentlich Fulco v. Anjou c. 8: „Si quis baronum comitis forisfecerit ei, clamorem faciet ad archiepiscopum, antequam vadat super illum cum exercitu, et si voluerit venire salvo conductu per ammonitionem archiepiscopi ad curiam suam, rectitudinem accipiet comes ab eo iudicio archiepiscopi; et si noluerit venire et postea comes eat cum exercitu super eum, non violabit pacem“ .. c. 9: „quod si quis baronum violaverit domini pacem, comes et omnes alii eant super eum, si archiepiscopus eos submonuerit“; Rheims 1157 c. 3, M. 21, 844: „Quorum vero improbitas temerare ista praesumpserit, nisi commoniti emendare festinaverint, canonica ultione feriendi sunt. Porro dominus suus, cuius hoc est, conveniatur, ut eum satisfacere vel iudicium subire compellat ... Deinde regia sublimitas interpellabitur. Ipsa vero pro suo officio quo ecclesias tueri debet, ad emendationem cogere poterit improbos“; leges Edwardi confessor. (Privatsammlg. aus der ersten Hälfte des 12. Jahrh.) c. 2 §. 9, Schmid, Gesetze d. Angelsachsen S. 492: „Quod si quis ei forisfecerit, episcopus faciat suam iustitiam et si pro iustitia episcopi emendare noluerit, ostendat regi et rex constringat forisfactorem, ut emendat cui forisfecerit et episcopo et sibi. Et sic iuste gladius gladium iuvabit“.

[3] S. aber Anm. 4 u. 5.

[4] In dem Schreiben der Bischöfe von Arles, Avignon und Nizza, sowie des Abtes v. Cluny 1041, M. 19, 594 (Huberti 1, 273): „si quis in ipsis diebus treuvae dei homicidium fecerit, exul factus atque a propria patria eiectus, Jerusalem tendens, longinquum illic patiatur exilium. Si vero in aliis quibuslibet rebus supradictam treuvam dei et pacem fregerit, examinatus per decreta legum secularium iuxta modum culparum cogatur persolvere et per ss. canonum regulas duplicata poenitentia iudicabitur. Quod ideo dignum ducimus, ut si promissionem illic factam in aliquo corrumpere praesumpserimus, mundano et spirituali iudicio dupliciter condemnemur“. Wenn Rudolph. Glaber V. 1, Duchesne 4, 55 der Todesstrafe erwähnt, so kommt diese sonst nirgends vor, und es muss seine Angabe daher auf Irrthum beruhen, vgl. Huberti S. 280. 287. 288.

[5] Nämlich in dem Lütticher Gottesfrieden 1081, Kluckhohn S. 64 n. 11, dem Kölner 1083, LL. 2, 54 und dem Mainzer 1085, LL. 2, 55 (welcher freilich nicht wie Pertz a. a. O. annimmt, als Reichsgesetz erlassen worden ist, Kluckhohn S. 75, aber andererseits sich auch nicht als blosser Entwurf, so Brock, Entstehg. des Fehderechts i. deutsch. Reich 1887 S. 11 darstellt); denn hier kommen nicht nur Strafen, auf welche die kirchlichen Gerichte nicht erkennen konnten, wie z. B. für Sklaven Enthauptung und Handverlust vor, sondern Köln und Mainz p. 57 bestimmen auch: „non magis in comitum aut tribunorum vel potentum quam in totius communiter populi potestate et arbitrio constabit, ut vindictas superius dictatas violatoribus s. pacis inferant“ und verbieten p. 57. 58 die Bestrafung schuldiger Geistlichen durch die Laiengerichte. In dem Dekret des Bischofs Wilhelms v. Auch 1146, Bouquet voc. 14, 392 (Huberti 1, 490): „Si quis autem treugas violare tentaverit, post commitionem factam, si non satisfecerit, princeps suus et episcopus cum clero et populo cogant eum iniuriam passis satisfacere ad arbitrium episcopi et principis sui et aliorum vicinorum baronum. Quodsi princeps seu barones vel populus dissimulaverint, tam princeps quam barones excommunicentur et tota terra eorum interdictio subiciatur“ handelt es sich wohl um ein gemischtes Gericht, bei welchem der Bischof die entscheidende Leitung, namentlich auch der Exekution hat.

[6] S. 305 n. 8.

[7] Denn an und für sich gebührt die Wahrung des Friedens und der Rechtsordnung in erster Linie der weltlichen, insbesondere der königlichen Gewalt. Darauf ist auch in Deutschland im 11. Jahrhundert von einzelnen Bischöfen, so von Gerard von Cambrai hingewiesen worden, Huberti 1, 205, und gerade in den deutschen Gottesfriedensordnungen wird mehrfach auch der weltlichen Bestrafung gedacht, s. Anm. 5. Wenn Huberti 1, 335. 345 in Tulujas 1065 cit. c. 2 das Strafensystem für die Verletzung der pax im Gegensatz zur treuga, s. S. 305 insofern gegen früher bedeutend verändert findet, als nicht mehr blos kirchliche Strafmittel, sondern auch weltliche unmittelbar festgesetzt seien, und und sich dafür auf die Anordnung: „sacrilegii compositionem emendet praefatae sedi (Bischof)

ihre Grundholden kehrenden Gewaltthaten so viel wie möglich zu unterdrücken [1], war die Thätigkeit der weltlichen Strafgerichte bei dem überwiegend privatrechtlichen Charakter des germanischen Strafrechts in den meisten Fällen von einem Antrage des Verletzten abhängig und versagte vielfach gegenüber einem mächtigen Gegner.

Gerade das hervorgehobene Moment hat auch ganz abgesehen von der Gottesfriedensbewegung dazu geführt, dass die Kirche in dieser Zeit mit ihrer Strafgerichtsbarkeit die nach unserer Anschauung der weltlichen Gewalt obliegende Aufgabe in wirksamerer Weise als diese zu erfüllen im Stande war. Indem sie eine Reihe von Delikten, welche wie die Tödtung und andere Gewaltthätigkeiten vom weltlichen Recht nicht mit öffentlicher Strafe bedroht waren, mit ihren kirchlichen Strafmitteln, vor Allem mit der Exkommunikation und dem Interdikt belegte [2], trug sie dabei auch den Interessen des Verletzten insofern Rechnung, als sie diese Strafen nur durch genügende Sühne, zu welcher auch die Ersatzleistung gehörte [3], von vornherein abzuwenden gestattete, oder wenn sie schon verhängt waren, allein nach einer solchen wieder beseitigte [4], ferner aber weiter insofern, als sie mit ihren Strafen gleichmässig gegen hoch und niedrig vorging [5].

Sodann bot das Asylrecht der Kirche eine weitere Gelegenheit, ihre Strafjurisdiktion auszudehnen, da derjenige, welcher dasselbe erlangt hatte, um von ihr nicht ausgeliefert zu werden oder mindestens Verschonung mit der Todesstrafe und anderen Leibesstrafen zu erhalten, sich den kirchlichen Strafen, namentlich den kirchlichen Bussen, welche ihm für sein Vergehen auferlegt wurden, unterwerfen musste [6].

Endlich kam weiter der Umstand in Betracht, dass schon seit der karolingischen Zeit der Grundsatz galt, dass die weltlichen Beamten die Handhabung der kirchlichen Strafgerichtsbarkeit zu unterstützen und zur Durchführung der kirchlichen Strafen mit weltlichem Zwang einzutreten hatten [7], also die Ausübung der kirchlichen Strafgerichtsbarkeit zugleich als eine im Interesse des Staates geübte Funktion galt.

Aus allen diesen Gründen wird es erklärlich, dass sich in der Zeit vom 10. bis 12. Jahrhundert aus der ursprünglichen Konkurrenz der kirchlichen und weltlichen Strafgerichtsbarkeit,, von denen jede das Delikt unter einem anderen Gesichtspunkt straft, ein die weltliche Kriminalgerichtsbarkeit in den Hintergrund drängendes Über-

et querelanti malefacta in duplo restituat" beruft, so hat er übersehen, dass die Kirche auch in dieser Zeit von Geldstrafen Gebrauch hat, s. S. 36, und dass die Ersatzleistung des verursachten Schadens, welche auch in anderen Gottesfriedensordnungen angedroht wird, Voraussetzung der Abwendung der Exkommunikation oder der Aufhebung einer schon ausgesprochenen ist, s. S. 10. 146 ff.

[1] Die Auffassung von Huberti 1, 321, dass die Kirche wegen ihrer ausgedehnten geistlichen Gerichtsbarkeit der nunmehr erstarkenden weltlichen, insbesondere königlichen Gerichtsbarkeit Konzessionen habe machen müssen, und deshalb die Idee des Gottesfriedens mit den weltlichen Grossen zu realisiren versucht habe, halte ich nicht für richtig. Zunächst war die Gerichtsbarkeit der Kirche bei der Einführung des Gottesfriedens keine übermässig ausgedehnte, und jedenfalls konnte ihr das Recht weltliche Missethaten, welche sich auch als schwere Sünden und kirchliche Strafvergehen charakterisirten, mit Kirchenstrafen, wie namentlich der Exkommunikation zu belegen, gar nicht bestritten werden. Vielmehr hat sie sich zur sicheren Durchführung des Gottesfriedens mit den weltlichen Grossen in das Einvernehmen gesetzt, und die Anführungen von Huberti 1, 140 ff. 284 ff. selbst beweisen, dass von Versuchen der Fürsten und Grossen, die weltliche Jurisdiktion gegenüber der Steckung der Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit in den gedachten Beziehungen zu wahren, keine Rede gewesen ist. Erst seit dem 12. Jahrhundert, namentlich aber im 13. Jahrhundert erlassen die französischen Könige ihrerseits auch weltliche Friedensgebote, und erst im letzteren treten bei Verletzungen derselben die staatlichen Gerichte ein, Huberti 1. 533 ff. 548.

[2] S. 177 ff. 186 ff.

[3] S. 10. 146 ff.

[4] S. 89.

[5] S. 301.

[6] S. Bd. IV. S. 386. 387.

[7] S. unten §. 286.

gewicht der kirchlichen Gerichtsbarkeit entwickelt hat. Wenn sich in Folge dessen auch nur selten eine die weltliche Gerichtsbarkeit ganz ausschliessende Kompetenz der Kirche für einzelne gewöhnliche Vergehen der Laien durch Gewohnheit[1] festgestellt hat oder durch ausdrückliche Vorschrift[2] eingeführt worden ist, so hat doch die Kirche bei der Ausübung ihres Rechtes, für die von ihr als Vergehen qualifizirten Sünden Strafen anzudrohen und diese durch ihre Gerichte aburtheilen zu lassen, den Anspruch erhoben, dies ohne Rücksicht auf eine etwaige Konkurrenz der weltlichen Gerichte zu thun, und zugleich verlangt, dass die weltliche Gewalt bei der Ausübung ihrer desfallsigen Jurisdiktion sich der dadurch geschaffenen Lage fügen, ja sogar des Beiraths der Bischöfe bedienen sollte[3]. Dass das letztere praktisch nicht durchführbar war, lag auf der Hand, da die Bischöfe in der damaligen Zeit weder in der Lage waren noch Neigung gehabt haben würden, sich an allen weltlichen Gerichtssitzungen zu betheiligen, und auch die weltlichen Inhaber der Strafgerichtsbarkeit kaum sich dazu verstanden hätten, Geistliche als Stellvertreter der Bischöfe zu ihren Gerichten, sei es als Rathgeber oder als Schöffen zuzulassen, wie das letztere umgekehrt mit den Laien als Urtheilfindern in den ursprünglich rein kirchlichen, den Send-Gerichten, geschehen war[4]. Ja, selbst der Anspruch der Kirche, alle Vergehen ohne jede Rücksicht auf die etwaige weltliche Bestrafung derselben vor ihr Forum zu ziehen, liess sich in voller Schroffheit nicht aufrecht erhalten. In den älteren Zeiten hatte eine doppelte Bestrafung desselben Vergehens keine Schwierigkeit gehabt, weil das weltliche und das geistliche Gericht ein solches, jedes unter einem anderen Gesichtspunkt zu beurtheilen hatte. Dies musste sich ändern, als die Kirche in ihr Strafsystem auch weltliche Strafen, namentlich Geldbussen für die Laien aufgenommen hatte[5] und ihrerseits dahin wirkte, dass dem Verletzten behufs Abwendung der Exkommunikation von dem Schuldigen Sühne geleistet wurde[6], andererseits aber auf dem Gebiete des weltlichen Strafrechts seit dem 11. und vor Allem seit dem 12. Jahrh. die öffentlichen Strafen wieder mehr hervortreten[7], daneben aber noch das frühere

[1] So in der Normandie, s. Lillebonne 1080, M. 20, 558 u. 563 (c. 37): „Parochianorum crimina episcopo pertinentia, ubi consuetudo fuerit, episcoporum iudicio examinentur. Si contradictio iudicationis (d. h. des Rechtes zum Aburtheilen) facta fuerit, ante episcopum diffiniatur ... Has consuetudines episcopi habeant in illis locis, in quibus eos tempore Rodberti comitis vel Willelmi regis eius concessione hactenus habuerunt". Welche Vergehen dies waren, ergiebt sich freilich nicht.

[2] S. const. eccles. Königs Koloman v. Ungarn v. 1103 c. 18, M. 20, 1171: „Si quis homicidia (l. homicida) apud comitem vel quemlibet inveniatur, per nuncium episcopi ad poenitentiam quaeratur, quem si mittere renuerit, eadem cum homicida sententia feriatur. Parricidia et caetera quae praetitulavimus homicidia, episcoporum censuris vacare decrevimus, qui iuxta qualitatem facinorum et personarum, prout ipsis visum fuerit, canonice huiusmodi facinus deliberent. Simplicia vero huiusmodi homicidia, ab archidiacono et iudice seculari iudicentur, de quibus ipsi nonam et decimam (d. h. von der durch Stephan I. festgesetzten Geldstrafe v. 110 Goldpensen) partem inter se dispartiant"; c. 19: „Mulieres partum suum necantes archidiacono allatae poenitentiam agant"; c. 20: „Raptus mulierum episcopus seu archidiaconus dijudicet"; c. 22: „Adulteri episcopi vel archidiacono adducti debitis poenarum iudiciis deputentur". (Auch c. 21: „Maleфici per nuncium archidiaconi vel comitis inventi dijudicentur" hat wohl das kirchliche Forum im Auge.)

[3] Das zeigt c. 18. 19 Later. I 1139, M. 21, 531 (c. 32 C. XXIII qu. 8). Es droht für Brandstifter die Exkommunikation, die nur durch Entschädigung des Verletzten und durch Busse (Wallfahrt nach Jerusalem) beseitigt werden kann, an und fügt dann c. 20 hinzu: „Sane regibus et principibus facultatem faciendae iustitiae consultis archiepiscopis vel episcopis non negamus" (erneuert zu Rheims 1148 c. 15, M. 21, 717).

[4] S. §. 288.

[5] S. o. S. 36 ff.

[6] S. o. S. 10. 146 ff.

[7] Namentlich in Folge der Aufrichtung der Landfrieden, R. Schröder, Deutsch. Rechtsgesch. S. 614 ff., vgl. im Allgemeinen Geib, Lehrb. d. deutsch Strafrechts 1, 196. 203 ff., v. Bar, Hdbch. d. deutsch. Strafrechts 1, 87 ff., v. Liszt, Strafr. 4. A. S. 44; Schäffner, Gesch. d. Rechtsverfassg. Frankreichs 3, 427 ff.; R. Henderson, Verbrechen und Strafen in Eng-

Kompositionensystem wenn auch mit verändertem Charakter beibehalten wurde[1]. Bei dieser Sachlage liessen sich ungerechte Doppelstrafungen der Schuldigen nicht mehr vermeiden, und weiter musste die Frage nach der Präjudizialkraft des Urtheils des weltlichen Gerichtes für das geistliche und umgekehrt des letzteren für das erstere entstehen. Endlich kam noch in Betracht, dass die weltlichen Gerichtsherren in der übermässigen Ausdehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit nur eine Schmälerung ihrer Rechte, vor Allem ihrer Gerichtseinnahmen sehen konnten, und sich daher veranlasst fanden, den kirchlichen Forderungen Widerstand zu leisten[2].

Unter diesen Verhältnissen hielten die Päpste, allerdings für Einzelfälle, daran fest, dass die kirchliche Strafgerichtsbarkeit bei Verweigerung oder Verzögerung der Rechtsgewährung seitens der weltlichen Richter stets einzugreifen befugt sei, und wenngleich sie im Übrigen in den Fällen, in welchen das Vergehen sowohl nach weltlichem wie nach kirchlichem Recht strafbar war, dem Geschädigten die Wahl zwischen dem geistlichen und weltlichen Gericht offen gelassen und damit die Prävention als entscheidend anerkannt haben[3], so bezieht sich die betreffende päpstliche Anordnung doch nur auf das Sakrilegium. Jedenfalls blieb eine solche Wahl dann ausgeschlossen, wenn nach Recht und Gewohnheit die Zuständigkeit des einen oder anderen Gerichts begründet war[4].

Das in dieser Beziehung massgebende Recht bildete aber für die Päpste das kanonische Recht oder vielmehr dasjenige, welches sie als solches durchzusetzen versuchten. Dabei wurden die Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit von ihnen so weit als möglich gesteckt[5]; insbesondere hat Innocenz III. den Grundsatz aufgestellt, dass die Kirche jede Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt einer von der Partei oder von dem Angeklagten dabei begangenen Sünde[6] vor das Forum der

land während d. Zeit v. Wilhelm I. (1066—1087) bis Eduard I. (1272—1307). Philos. Inaug. Diss. Berlin 1890.

[1] Geib 1, 212.

[2] Schon 1152 hatten es die Laienfürsten in Deutschland zu Ulm durchgesetzt (Eugen. III. ad Wibald. 1152, Jaffé mon. Corbeiens. p. 538, auch M. 20, 765: „quod qui pro rapinis et incendiis aecclesiasticis bonis illatis excommunicationi subdantur, novo iudicio excommunicatos dedicant, nisi prius in laicorum iudicio damnationis sententia feriantur") dass, wie namentlich das folgende ergiebt: „Quod si forte tam tu quam fratres nostri episcopi putaveritis sustinendum, hoc procul dubie inde proveniet, ut nulli episcoporum in partibus illis liceat contra cuiuslibet facinoris reum disciplinam aecclesiasticam exercere", wenn die wegen Beraubung kirchlicher Güter und Brandstiftung mit der Exkommunikation belegten Thäter nicht vorher vor das weltliche Gericht gezogen worden waren, sie erst nach einer Verurtheilung in demselben der Exkommunikation durch den geistlichen Richter unterworfen, also die vorher verhängten Exkommunikationen als nichtig betrachtet werden sollten.

Aus denselben Gründen haben auch freilich etwas später die weltlichen Gewalten, namentlich die Städte, die Sendgerichte in eine gewisse Abhängigkeit von sich zu bringen und ihre Zuständigkeit zu beschränken gesucht, s. u. §. 288.

[3] c. 8 (Luc. III.) X de foro comp. II. 2.

[4] c. un. (Bonifac. VIII.) in VI de exc. II. 12. Danach soll der weltliche Richter, wenn vor ihm auf Grund eines Urtheils des geistlichen Gerichtes die exceptio rei iudicatae vorgebracht wird, falls die Kompetenz des letzteren durch consuetudo oder ius begründet war, zur Beachtung der Einrede nöthigenfalls durch kirchliche Censuren angehalten werden, andererseits wird aber auch den geistlichen Richtern aufgegeben, die auf Grund des Erkenntnisses eines weltlichen Gerichtes erhobene Einrede der Rechtskraft unter den angegebenen Voraussetzungen zu berücksichtigen.

[5] c. 26 (Innoc. III. 1210) X de V. S. V. 40 werden alle Sachen, welche den Bruch der unter päpstlicher Autorität zustande gekommenen Friedensvereinigungen — und der Gottesfriede gehörte seit der päpstlichen Synode v. Clermont 1095 c. 1, M. 20, 816; vgl. auch Lateran. I. 1123 c. 13, M. 21, 285; Lateran. II. 1139 c. 12, Lateran. III. c. 21, M. 21, 530 u. 22, 229 (c. 1 X de treuga I. 34); Kluckhohn S. 43 ff. ebenfalls dazu — betreffen, für das kirchliche Forum in Anspruch genommen.

[6] c. 13 X de iud. II. 1 (1204), Streit zwischen Philipp II. v. Frankreich und Johann ohne Land v. England. Dasselbe ist offenbar gemeint, wenn c. 2 in VI. 10. II. 12 cit., s. Anm. 4, die auf das Urtheil des weltlichen Gerichtes gestützte exceptio rei iudicatae nicht „in eis, quae animarum periculum inducunt" durchgreifen lässt.

kirchlichen Gerichte zu ziehen berechtigt sei, und wenngleich an sich principiell eine rein kirchliche Bestrafung eines in Civilsachen begangenen ethischen Unrechtes nicht ausgeschlossen erscheint, ja Innocenz III. sogar eine Entscheidung der Kirche über die Angelegenheit selbst, in Bezug auf welche die Sünde begangen war, ablehnt[1], so musste doch jene Forderung, weil sich in der hier fraglichen Zeit die kirchliche Strafgerichtsbarkeit der weltlichen völlig analog ausgestaltet hatte, und die von ihr angewandten Strafmittel nicht mehr rein kirchliche waren, mindestens immer zu einer indirekten, eventuell der Beurtheilung durch das weltliche Gericht präjudizirenden und die Rechte des letzteren schmälernden Entscheidung der vor dasselbe gehörenden Rechtsangelegenheit führen[2].

Es kann daher nicht Wunder nehmen, dass die weltlichen Gewalten und Gerichtsherren, wenngleich sie da, wo es das Interesse der von ihnen zu wahrenden Friedensordnung gebot, sich auch der Hülfe der geistlichen Gerichtsbarkeit zu bedienen suchten[3], andererseits die weite Ausdehnung der kirchlichen Gerichtsbarkeit seit Ende des 12. und im 13. Jahrhundert vielfach bekämpften und einschränkten[4], dagegen aber die Päpste und die Geistlichkeit ihren Standpunkt so viel wie möglich festzuhalten und zu vertheidigen suchten[5].

[1] L. c.: „Non enim intendimus iudicare de feudo . . . sed decernere de peccato, cuius ad nos pertinet sine dubitatione censura, quam in quemlibet exercere possumus et debemus".

[2] So in dem S. 309 n. 6 erwähnten Fall über die Felonie des Vasallen gegen den Lehnsherrn. Gerade mit Rücksicht auf die desfallsigen Ansprüche Innocenz' III. wurde in der zwischen dem König Philipp II. und den weltlichen Grossen getroffenen Vereinbarung von 1204, in den sog. capitula de interceptionibus clericorum adversus iurisdictionem dom. regis, vgl. Dove, de jurisd. ecclesiast. apud Germanos Gallosque progressu diss. inaug. Berolin. 1855 p. 124; Brussel, nouvel examen de l'usage général des fiefs en France. Paris 1750. 2 app. p. XXVII (auch v. Warnkönig u. Stein, französ. Staats- u. Rechtsgesch. 3, 340) erklärt: „Primum capitulum est, quod clerici trahunt causam feodorum in curiam christianitatis propter hoc quod dicunt, quod fiduciae vel iuramentum fuerunt inter eos, inter quos causa vertitur et propter hanc occasionem perdunt domini iustitiam feodorum suorum. Responsio: In hoc concordati sunt rex et barones quod bene volunt, quod ipsi cognoscant de periurio et transgressione fidei; sed nolunt quod cognoscant de feodo; et si quis convictus fuerit de periurio et transgressione fidei, iniungant ei penitentiam; sed propter hoc non amittat dominus feodi iustitiam feodi nec propter hoc se capiant ad feodum".

[3] Friedrich I. erklärt nicht nur in der const. pacis v. 1158, LL. 2, 112: „Episcopos quoque locorum ecclesiastica censura violatores huius sanctionis, donec ad satisfactionem venerint, coercere volumus", sondern auch in der const. contra incendiarios v. 1187, LL. 2, 184: „Proscriptum vero, quem pro incendio sententiam proscriptionis incurrisse omnibus notum fuerit, dioecesanus episcopus, si ad satisfactionem inobediens extiterit, a communione ecclesie dei et fidelium Christi abiciat et extraneum reddat nec eum absolvat, quoadusque laeso dampnum restituat; et e converso, quem episcopus legitimis iudiciis citatum iustitia dictante excommunicaverit et hoc iudici insinuaverit, iudex eum banno proscriptionis condempnet nec prius eum absolvat, quam coram episcopo de his, pro quibus condempnatus est, satisfaciat. Quodsi a proscriptione illa praedicto modo fuerit absolutus, et episcopo suo voluerit obedire, incendium primum abiuret; deinde sit in arbitrio episcopi qualem ei penam iniungat, visitandi videlicet sepulchrum dei aut limina Jacobi apostoli".

[4] Vgl. Anm. 2; Vereinigung der französischen Barone 1246, Matthaeus Paris chron. mag. 1247 ed. Luard 4, 593: „statuimus et sancimus ut nullus clericus vel laicus alium de cetero trahat in causam coram ordinario iudice vel delegato, nisi super haeresi, matrimonio vel usuris, amissione omnium bonorum suorum et unius membri mutilatione transgressoribus imminente, certis a nobis super hoc exsecutoribus deputatis, ut sic iurisdictio nostra resuscitata respiret, et ipsi hactenus ex nostra depauperatione ditati . . . reducantur ad statum ecclesiae primitivae".

[5] Ep. Innoc. IV. 1247, Potth. n. 12385. 12386, Rodenberg epist. 2, 201. 203, worin er die i. d. vor. Note gedachten Festsetzungen für nichtig erklärt und die Beobachter derselben zu exkommuniciren befiehlt. S. ferner Bourges 1276 c. 13, M. 24, 176 und dazu Schäffner, Gesch. d. Rechtsverfassg. Frankreichs 2, 626. Vgl. noch über diese Streitigkeiten in Frankreich Dove l. c. p. 128. 132 ff. Für Deutschland ordnen Heinrich VII. zu Worms 1232 c. 2. 3 (Koch) Samml. d. Reichsabschiede 1, 17 und Rudolf I. const. pacis 1287 c. 29. 30. LL. 2, 450 an, dass weder die geistlichen noch die weltlichen Gerichte ihre Grenzen überschreiten sollen. Damit war aber ebensowenig etwas geholfen, wie mit der gleichen Anordnung des Lateran. IV 1215 c. 42, M. 22, 1027: „Sicut volumus, ut jura clericorum non usurpent laici, ita velle debemus, ne clerici jura

Was des näheren den Umfang betrifft, innerhalb dessen die Kirche ihre Strafgerichtsbarkeit hat ausüben können, so ist ihr weltlicherseits niemals die Zuständigkeit hinsichtlich derjenigen Vergehen bestritten worden, welche sich gegen den Glauben und die eigenthümlichen Lebensbedingungen der Kirche richteten.

So war es überall anerkannt, dass die Aburtheilung der Ketzer entsprechend den Vorschriften des kirchlichen Rechts[1] vor das geistliche Gericht gehörte[2], und

sibi vendicent laicorum. Quocirca universis clericis interdicimus, ne quis praetextu ecclesiasticae libertatis suam de cetero iurisdictionem extendat in praeiudicium iustitiae saecularis, sed contentus existat constitutionibus scriptis et consuetudinibus hactenus approbatis"; denn gerade die Absteckung der Grenzen durch die Kirche wurde von den weltlichen Gewalten vielfach als unberechtigt erklärt und bekämpft.

[1] S. Bd. IV S. 789. 844. 845 n. 1; c. 9 (Luc. III. 1184) c. 13 (Lateran. IV 1215) X de haeret. V. 7; c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2: „prohibemus . . . dominis temporalibus . . . ne ipsi de hoc crimine, quum mere sit ecclesiasticum, quoquomodo cognoscant vel iudicent" u. c. 19 (id.) eod., nach welchem die Strafe der Vermögenskonfiskation vor der Verurtheilung durch den kirchlichen Richter seitens der weltlichen Herren nicht verfügt werden soll.

[2] Vereinigung Richards I. mit dem Clerus der Normandie 1190 c. 2, M. 22, 591: „omnes de fidei laesione et juramenti transgressione quaestiones in ecclesiastico foro tractabuntur"; für Deutschland und Reichsitalien Friedrichs II. Krönungsgesetz v. 22. Nov. 1220, LL. 2, 244: (c. 6) „universos hareticos ab ecclesia denotatos"; Frider. II. const. 2 contra heret. 1232, ibid. p. 288: „ut heretici quocumque nomine censeantur, ubicumque per imperium ab ecclesia dampnati fuerint et seculari iudicio assignati, animadversione debita puniantur"; edict. contra heret. 1238, ibid. 2, 326. 327, und den auf der Provinzialsynode zu Mainz gegen den Grafen v. Sayn wegen Ketzerei verhandelten Prozess, Böhmer-Will, regesta archiepisc. Mogunt. 2, 227; Hefele Conc. Gesch. 5, 1029; Kellner, Konrad v. Marburg. Prag 1882. S. 155 ff.; für Frankreich vgl. S. 310 n. 4; s. g. Etablissements de S. Louis (u. 1273) I. 127, ed. Viollet. Paris 1881. 2, 240: „Et s'il estoit soupeçoneus de la foi, la joutise laie le devroit donques prandre et envoier à la joutise ordinaire; car quand sainte eglise ne puet plus fere, elle doit apeler l'aide des chevalier et le bras seculier et la force selonc droit escr. ou Code de episc. et cler. l.: „Si quis in hoc genus" (l. 3 C. J. I. 3). Et quand li juges l'avroit examiné, se il trovoit, que il fust bougres, adonc si le devroit envoier à la joutise laie et la joutise laie si le doit faire ardoir"; Beaumanoir († 1296), les coutumes du Beauvoisis, c. 11 n. 2, ed. Beugnot Paris 1842. 1, 157: „Verités est que toutes accusations de foy, à savoir mon qui croit bien en le foy et qui non, la connissance en apartient à sainte église; car, porce que saint eglise est fontaine de foi et de creance, cil qui proprement sont estavli à garder le droit de sainte eglise, doivent avoir le connissance et savoir le foi de çascun, si que s'il a aucun lay qui mescroie en le foy . . . auçois se veut tenir en se malvesè erreur, il soient justiciés comme bougres et ars (verbannt). Mais en tel cas doit aidier le laie justice a sainte eglise, car quant aucuns est condampnés comme bougres, par l'examination de sainte eglise, sainte eglise le doit abandoner à le laie justice et le justice laie le doit ardoir"; vgl. auch Ordonnanz Philipps IV. v. 1298, Isambert, recueil des anciennes lois françaises. Paris (s. a.) 2, 718; für England s. Radulph. de Diceto ymagines histor. ed. Stubbs 1, 318; Guillelm. Newbrig. hist. II. 13 ed. Hamilton 1, 123, nach welchem ein Konzil zu Oxford 1165 o. 1166 mehrere Ketzer zur Auspeitschung und demnächst der König dieselben zur Brandmarkung und Ausweisung verurtheilt hat; 5 Richard II. (1382) st. 2 c. 5, Statutes at large 1, 440: „qe commissions du roi soient directz as viscontz et autres ministres du roi ou a autres suffisantz persones apres et selonc les certifications des prelats eut a faires en la chancellerie de temps en temps, darester touz tieux prechours et lour fautours maintenours et abettours et de les tenir au arest et forte prisone, tanqe ils veullent justifier selonc reson et la ley de sainte esglise"; 2 Henr. IV. (1400) c. 15: „Item quod dictus dioecesanus per se vel per commissarios suos contra huiusmodi personas arrestatas . . . publice et iudicialiter procedat"; 2 Henr. IV. (1414) st. 1 c. 7: „Et portant que la conisaunce des heresies errors ou Lollardies apparteignent as juges de sainte esglise et nemye as juges seculers". Wenn nach der Fleta (u. 1270) II. c. 52 §. 14, ed. London 1665, p. 113: „Item de usurariis, sortilegis, apostatis" und nach Britton I. 30. 2, 179: „de sorciers et sorceresses, de renyez (Apostaten) et mescreauntz", für welche Fleta I. 37 §. 2 p. 54; Britton I. 10(9) p. 42: „et meymes tiel jugement eynt sorciers et sorceresses et renyez et sodomites et mescreauntz apertement atteintz", die Strafe der Verbrennung festgesetzt ist, der Sheriff die Inquisition bei seinen Rundreisen auch auf Ketzer ausdehnen soll, geschah dies wohl, um sie zunächst durch die Kirche aburtheilen zu lassen, mochte mitunter auch das Gericht des Königs als des Advokaten der Kirche gleich selbst dazu schreiten.

Für das Königreich beider Sizilien vgl. Frider. II. constit. regni Siciliae 1231 tit. 1, Huillard Bréholles, hist. dipl. Frid. II. IV. 1, 5 bis 7: „diligenter investigari volumus huiusmodi scelerum patratores et per officiales nostros . . . inquiri ac inquisitione notatos . . . a viris ecclesiasticis et prelatis examinari jubemus; per quos si evidenter inventi fuerint a fide catholica saltem in aliquo deviare ac . . . in erroris concepti constantia perseverent, presentis nostre legis edicto

dass die weltliche Gewalt diesem nöthigenfalls die Verdächtigen und Beschuldigten zu gestellen, sowie nach der Verurtheilung die weltliche Strafe zu verhängen und zu vollstrecken verpflichtet sei [1].

Während die verhältnissmässig selten erwähnte Apostasie [2] stets und das Schisma wenigstens regelmässig unter den Begriff der Ketzerei im weiteren Sinne, der Verläugnung des kirchlichen Glaubens [3], fielen und somit in demselben Umfange, wie die Ketzerei, zur Zuständigkeit der geistlichen Gerichte gehörten, wurde dieselbe auch in Betreff der Zauberei (*sortilegium*, *magia*), weil mit diesem Vergehen ebenfalls ein dem christlichen Glauben widersprechendes Denken und Handeln verbunden war, mindestens überwiegend [4] anerkannt [5].

Da die Kirche den Wucher, die usuraria pravitas, ihrerseits zuerst für strafbar erklärt und ihn damit zu einem kirchlichen Vergehen gestempelt hatte [6], so beanspruchte sie selbstverständlich auch die ausschliessliche Zuständigkeit in Betreff desselben [7], und in der That hat sie dieselbe in Spanien [8], ferner wenigstens in Deutschland [9], in Frank-

damnati mortem pati Patarenos decernimus . . . ut vivi in conspectu populi comburantur flammarum commissi iudicio"; vgl. auch tit. 2 p. 8.

Für Spanien Siete Partidas Alonsos X (IX) P. I t. 6. l. 58, ed. Madrid 1829. 1, 174: „Todo ome que fuesse accusado de heregia e aquel contra quien mouiessen pleyto por razon de usuras o simonia o de perjuro o de adulterio . . . o por razon de sacrilejo . . . todos estos pleytos sobredichos que nascen destos pecados, que los omes fazen, se deuen judgar e librar por juyzio de santa eglesia"; vgl. auch P. VII. t. 26 l. 2, l. c. 3, 554.

[1] S. die vorige Anm. und C. Henner, Beiträge z. Organisation der päpstlichen Ketzergerichte. Leipzig 1890 S. 347, vgl. auch §. 286.

[2] Vgl. Fleta und Britton, S. 311 n. 2; auch Henderson S. 35; const. regni Sicil. tit. 3, p. 8; siete partides P. VII t. 24, l. 4 ff. 3, 549 ff.

[3] S. d. Citate S. 311 n. 2.

[4] So in Frankreich, Beaumanoir c. 11 n. 25, Beugnot 1, 167: „Li autres cas de quoi li connissance apartient a sainte eglise, si est de sorceries, car li sorcier et les sorcieres si errent contre le foy et quiconques erre contre le foi, il doit estre amonestés par sainte eglise qu'il delaissent lor erreurs et viegnent à amendement de sainte eglise. Et s'il n'obeist à lor monnission, saint eglise les doit condampner, si que par droite justice et par droit jugement de sainte eglise, il soient condampné et tenu por mescreant. Et adont le justice laie doit penre tex manieres de gens. Et tele pot estre l'erreurs, que cil qui est pris, a mort deservie, si que on voit apertement que le sorcerie de quoi il uzoient, pot metre home à mort ou feme; et s'on voit qu'il n'i ait point de peril de mort, griés prison lor doit estre apareillié por l'erreur, dusqu'à tant qu'il venront à amendement et qu'il delairont lor erreur du tout en tout"; Parlamentsarret v. 1282, les Olim ou régistres des arrets etc. ed. Beugnot, Paris 1839. 2, 205 n. 8: „cum III mulieres sortilege Silvanectis fuissent capte et per maiorem et juratos iusticiate, super hoc fuit conquestus episcopus dicens cognicionem et punicionem huius criminis ad se pertinere, maiore et juratis e contrario dicentibus, se esse in possessione cognoscendi de tali crimine et de isto specialiter cognoscere potuerant et debuerant, quia ibi fuerat cutis incisio et sanguinis effusio . . . pronunciatum fuit, cognicionem huiusmodi criminis ad ecclesiam pertinere.

Die deutschen Quellen, treuga Heinrici (VII v. 1224?, s. Schröder, Rechtsgesch. S. 616 n. 14) c. 21, LL. 2, 268: „Heretici, incantatores, malefici, quilibet de veritate convicti et deprehensi, ad arbitrium iudicis poena debita punientur"; Sachsensp. II. 13 §. 7; Goslarische Statuten, her. v. Göschen Berlin 1840 S. 38; Deutschspiegel 111; Schwabensp. 174 (Lassberg), Hamburger Stadtrecht v. 1270 XII. 8, v. 1292 P. VIII, v. 1497 O. XIX Lappenberg, die ältesten Stadt-, Schiff- u. Landrechte Hamburgs. Hamburg 1845. S. 69. 158. 305, stellen die Magie und die Vergiftung mit der Ketzerei zusammen und drohen dafür auch die Strafe derselben, das Verbrennen an, ebenso die englischen (s. S. 311 n. 2), und noch im 14. und 15. Jahrhundert ist die Zauberei durch die Sendgerichte abgeurtheilt worden, S. §. 288.

[5] Doch tritt andererseits auch, so im Augsburger Stadtrecht v. 1276, v. Freyberg, Sammlung deutscher Rechtsalterthümer. Mainz 1828 1, 67, bei der „an den Leib gehenden" Zauberei oder Giftmischerei die Auffassung hervor, dass es sich dabei um eine Rechtsverletzung gegen die Person und ein vor das weltliche Gericht gehöriges Verbrechen handle, Osenbrüggen, Alamannisch Strafrecht. Schaffhausen 1860 S. 373 ff. Die const. regni Sicil. tit. 73, p. 167 bedrohen die Verabreichung von Liebestränken, wenn durch dieselben der Verlust des Lebens und der Sinne herbeigeführt wird, mit Todesstrafe, sonst ebenso wie die Beschwörungen, mit Güterkonfiskation und einjährigem Gefängniss, behandeln also das Vergehen als weltliches.

[6] Bd. IV S. 746 n. 4; Funk, Gesch. d. kirchlichen Zinsverbotes (Univer. Progr.) Tübingen 1876 S. 2. 7; vgl. auch o. S. 196 ff.

[7] Tit. X de usur. V. 19. c. 3 ff.; Legatenkonzil Rouen 1214 P. III c. 32, M. 22, 922, Mainz 1261 c. 44, M. 23, 1098, Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein, synodicon Herbipolense p. 218.

[8] S. S. 311 n. 2 a. E.

[9] Schwabensp. 161 (Lassberg); Augsburger

reich[1] und in England[2] bis zum 14. Jahrhundert fast unbestritten ausgeübt[3]. Dagegen wurde in den beiden zuletztgedachten Ländern das Vermögen der des Wuchers schuldigen Personen von den weltlichen Gerichten zu Gunsten des Gerichtsherrn[4] eingezogen[5], und später, etwa seit dem 14. Jahrhundert hat man die Wucherer auch

Stadtrecht 1276, Walch, Beiträge z. deutsch. Recht 4 (1773) S. 89; Colmar 1293 c. 16, Gaupp, deutsch. Stadtrechte des Mittelalters, Breslau 1851. 1, 117: „daz si (die Bürger) vor nieman sollent ze rehtte stan, niwant . . . in der stat vor unsirne rihter, es ensi denne umbe e oder umbe wucher oder umbe pfant gut". Auch der Umstand, dass die norddeutschen Stadtrechte des Wuchers nicht erwähnen, M. Neumann, Gesch. d. Wuchers i. Deutschland, Halle 1865 S. 73 ff., spricht für die ausschliessliche Zuständigkeit der geistlichen Gerichte, und noch über das 14. Jahrh. hinaus ist der Wucher in den Sendgerichten gerügt worden, s. §. 288. Nachweisungen für die Schweiz bei Friedberg de finium inter ecclesiam et civitatem reg. iudicio. Diss. inaug. Berol. 1861 p. 101 n. 2.

[1] Établissements de S. Louis I. 91, ed. Viollet 2, 148: „Quand en la terre au baron a aucun userier ou en quelque terre que ce soit et il est provez, li mueble si en doivent estre au baron. Et puis si doit estre puniz par sainte eglise por son pechié, car il apartient à sainte eglise de chastoier chascun pecheor de son pechié, selon le droit escrit en decretales de iudiciis in capitulo Novit" (c. 13 X cit. de jud. II. 1.); Beaumanoir c. 68 n. 5, Beugnot 2, 477: „Voirs est que qui vent pledier d'usure, la connissance en apartient à sainte eglise. Ne porquant, se uns uzeriers demandoit à court laie se dete et s'averse partie se deffendoit par cause d'usure, le justice laie pot bien connoistre de l'uzures. Donques il est el cois de celi qui se deffent, d'aler à le cort de crestienté ou demourer en le cort laie; mais puisqu'il ara plet entamé en l'une des cors, il ne le pot pas lessier por penre l'autre cort; ançois convient que le querele soit determinée en le cort là u li ples est entamés"; Ordonn. Ludwigs X. 1315, Ordonnances du Louvre. Paris 1723 ff. 1, 615: „Inhibemus districte omnibus seneschallis . . . quod dictos praelatos, personas ecclesiasticas et jurisdictionem ecclesiasticam non impediant nec perturbent directe vel indirecte, quominus contra quascunque personas ecclesiasticas vel seculares cognoscant libere de crimine usurarum et dictarum usurarum restitutionem fieri faciant, ut de antiqua et approbata consuetudine pertinet ad eosdem". Vgl. auch Ordonn. Philipps V. c. 10 v. 1316, Ordonnances du Louvre 1, 640; Fournier, les officialités p. 93. S. aber auch unten S. 314 n. 1.

[2] 15 Edward III. (1341) st. 1 c. 5, Statutes at large 1, 294: „acorde et assentuz est qe le roi et ser heirs eient la conisaunce des usureres mortz et qe les ordinaires de seinte esglise eient la conisaunce des usureres vifs, desicome a eux attient faire compulsion par censures de seint esglise pour le pecche, de faire restitution des usures prises contre la lei de seinte eglise"; 5 Henry VII (1487) c. 6: „reserving to the church this punyshment, nothwithstanding the correccion of their soulles, accordyng to the laws of the same", vgl. auch 11 Henry VII (1495) c. 8. Dass die Kirche die Wucherer schon im 12. Jahrh. ohne Widerspruch der weltlichen Gewalt durch ihre Gerichte hat bestrafen lassen, ergiebt Glanvilla (1187/89) tractatus de legibus et consuetudinibus Angliae VII. 17, Phillips, engl. Reichs- u. Rechtsgesch. 2, 104: „Usurarii vero omnes res sive testatus sive intestatus decesserunt, domini regis sunt; vivus autem non solet aliquis de crimine appellari nec convinci, sed inter ceteras regis inquisitiones solet inquiri et probari, aliquem in tali crimine decessisse, per XII legales homines de vicineto et per eorum sacramentum. Quo probato in curia omnes res mobiles et omnia catalla que fuerunt ipsius usurarii mortui, ad usus domini regis capientur penes quemcunque inveniantur res ille".

[3] Nicht aber im Königreich beider Sizilien, denn die in der const. regn. Sic. aufgenommene const. Wilhelms II. aus dem Ende des 12. Jahrh. tit. 6, p. 10 ordnet an „ut . . questiones usurariorum que ad curiam nostram adducte fuerint, in eadem definiantur et determinentur".

[4] Wie dies auch bei den Ketzern, welche Laien waren, geschah.

[5] So in England s. Glanvilla l. c. (s. Anm. 2), hier nach stattgehabter gerichtlicher Untersuchung, nicht aber wenn der Wucherer sich bei Lebzeiten gebessert und Busse gethan hatte, l. c. §. 4, vgl. auch Bracton de legibus Angl. C. III tr. 2 de corona c. 1, ed. Twiss 2, 244 und dazu das Mandat Eduards I. v. 1276 an die Richter de inquirendo super christianis judaizantibus eo quod pro pecunia usuras extorquerent, Rymer foedera I. 2, 539. Dass es ebenso in der Normandie war, zeigt das Verbot der Einziehung der Güter wucherischer Kleriker durch die weltlichen Gerichtsherren in der S. 311 n. 2 citirten Vereinigung v. 1190 c. 6, M. 22, 592: „De bonis clericorum etsi dicantur usurarii, vel quocunque genere mortis praeventi, nihil pertinet ad saecularem potestatem: sed episcopali auctoritate in pias causas distribuentur". Vgl. auch arrest. parlam. 1258, Olim 1, 62; für Frankreich s. noch établissements de S. Louis l. c., s. Anm. 1.

Vereinzelt ist dies auch in Deutschland vorgekommen, Burgdorfer Handfeste v. 1316 §. 152, Gaupp, deutsche Stadtrechte 2, 117: „Si quis burgensium nostrorum manifestus usurarius fuerit, si contigerit illum mori, omnia bona sua que dimittit sunt domini".

Wurde vor dem weltlichen Richter aus dem wucherischen Geschäft geklagt, so konnte der Beklagte dem Kläger die Einrede des Wuchers entgegensetzen, wenn er aber die Verweisung der Sache an das geistliche Gericht nicht beantragte, hatte der weltliche Richter hinsichtlich der civilrechtlichen Gültigkeit des Vertrages über den Wucher zu befinden, vgl. Beaumanoir l. c., s. Anm. 1; für Deutschland verlangt dagegen das Magdeburger Schöffenurtheil, Wasserschleben, Samml. deutsch. Rechtsquellen. Giessen 1860 1, 417: „waz wucher sey ader nicht, daz geburt geistlicher gewald czu irkenne vnde czu entscheidin vnde vns nicht mer. mit den worten

bei Lebzeiten mit weltlicher Strafe[1] belegt, sowie sie der weltlichen Gerichtsbarkeit unterworfen[2].

Ähnlich wie hinsichtlich der Zuständigkeit in Betreff des Wuchers ist die Entwicklung betreffs des Ehebruches gewesen. Die Kompetenz, welche die Kirche hinsichtlich dieses Vergehens beanspruchte[3], ist ihr weder in England[4], noch in Deutsch-

das der czinsman spricht, der kouff sey wucher domete mag her dem czinsherrn seyne were des czinses nicht gebrechin, sunde her sal om seyne czinse von dem husze gebin . . . also lange bis her geczukenis brenget von der geistlichen gewald, daz der kauff wucher sey", zur Substanziirung der Einrede die Beibringung der Entscheidung des geistlichen Gerichts, dass Wucher vorliege.

Das Münchener Stadtrecht art. 371, her. v. Auer München 1840 S. 143 gestattet dem Kläger, einen Kauf wegen Wuchers vor dem weltlichen oder auch mit Zustimmung des Rathes und so lange der Beklagte gesund (nicht wenn er krank) ist oder gegen seine Erben vor dem geistlichen Gericht anzufechten.

[1] Wenn auch durch die Vereinigung des Grafen Fulco und des Bischofs v. Angers v. 1082, Du Cange, glossarium s. v. adulterium: „super querela quam diu contra comites habuerant episcopi, vid. de adulteriis et usurariis quos antiquitus ad solius episcopi iustitiam pertinuisse constabat; sed postea ministrorum ecclesiae negligentia et incuria seculares iudices usurpaverant, non absque episcoporum contradictione et iusta querimonia. Super hac igitur querela talis concordia facta est, utriusque consensu, ut praepositus comitis et archidiaconi episcopi communiter adulteros et usurarios laicos distringant et totam multam emendationis inter comitem et episcopum per medium partiantur", für die frühere Zeit die Zuständigkeit des kirchlichen Gerichtes bezeugt ist, so haben doch trotz der principiellen Anerkennung des geistlichen Forums die französischen Könige im 13. Jahrhundert den Wucher durch besonders ernannte Kommissare bestrafen lassen (wie dies die Abschaffung aller dafür ernannten Kommissare durch Philipp v. Valois, Ordonnance v. 1345 art. 13, Isambert cit. 4, 521 zeigt), ja nach dem dem Ende des 14. Jahrh. angehörigen Bouteiller, somme rurale II. 2, ed. Charondas le Caron 1161 p. 654: „(le roy) y peut mettre et commettre commissaires et inquisiteurs et les (usuriers) condamner à amende pour le fait de l'usure. Et ainsi le fait et a accoustumé de faire, soit en terre de haut justicier ou autre, soit en ville privilegié ou en terre de pair de France ou de baron, car à luy en appartient la cognoisance et aux evesques et non a autres quels quils soient", wurde der Wucher als ein dem König vorbehaltener Fall behandelt, worüber nur seinen Kommissaren konkurrirend mit dem Bischof die Entscheidung zustand, vgl. Brewer, Gesch. d. französ. Gerichtsverfassg. Düsseldorf 1835 2, 819.

[2] Magdeburg-Breslauer systemat. Schöffenrecht (gegen Mitte des 14. Jahrh.) III. 2 c. 12 (her. v. Laband. Berlin 1863) S. 75: „daz her wissentlich genomyn hatte wucher, do mag man en vmme schuldigin vor gerichte, vorsachit hers, her mag unschuldig werden vor gerichte uf den heylegin; bekennit hers, so sol her der stat vor busin by der stat kore, daz sint sechs vnde dryzsic schillinge, als dicke hers getan hat unde sol daz wuchir wedir geben deme, von deme her daz wuchir genomyn hatte"; fast wörtlich wiederholt im Schöffenrecht d. Dresdner Handschrift, Wasserschleben, Samml. deutsch. Rechtsquellen 1, 82). Das Glogauer Rechtsbuch (Ende des 14. Jahrh.) c. 327, 1, 41 erwähnt der Busse von 36 Schillingen an die Stadt und der Schadloshaltung des Bewucherten, setzt also ebenfalls Zuständigkeit des städtischen Gerichtes voraus; nach Ruprecht v. Freysing II. c. 74, her. v. v. Maurer S. 322: „Ob ein wuechrär jn ainer stat ist, den sol man ruegen. jst er ein priester, so sol man jn annttburttenn seiner maisterschafft. jst er ein lay, so sol jn der richter dreystund manenn, das er das wuecher widergeb und tuet er des nicht, man sol jn offennlich ruegenn vor der kristenhait und sol jm haut vnd har abslagenn vnnd sol jn aus der stat stossenn. der richter sol sich seins guets untterwindenn vnd sol allen den jren schaden davon abthuen von den er das wuecher genommenn hat" straft das weltliche Gericht den unverbesserlichen Wucherer mit Stäupung, Haarscheeren, Verbannung und Konfiskation des Vermögens, aus welchem die Bewucherten zu entschädigen sind, während nach Kulmer Recht V. 65 §. 7. 8 her. v. Lemann. Berlin 1838 S. 191 der dreimal vergeblich zur Zurückerstattung gemahnte Wucherer durch den geistlichen Richter exkommunicirt, und wenn er ferner unverbesserlich ist, durch den weltlichen Richter unter Konfiskation seines Vermögens aus der Stadt verbannt, sowie vom weltlichen oder geistlichen Richter an Haut und Haar gestraft werden soll.

[3] S. ausser dem tit. X de adult. V. 16 noch Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein p. 218; Freysing 1440 c. 22, Hartzheim 5, 278; Bamberg 1491 tit. 13 u. 48, ibid. 5. 602, 626; Regensburg 1512, l. c. 6, 85.

[4] Vgl. die Gesetze Knuts I. (1016—1035) II. §§. 50—54, Schmid, Ges. der Angelsachsen 2 A. S. 301; sowie die zw. 1113—1118 entstandene Privatsammlung, s. g. leges Henrici I. c. 11, §. 5. c. 21; c. 73, §. 6, ibid. S. 443. 447. 473, welche das adulterium zu den placita christianitatis rechnen, an denen allerdings der König hinsichtlich der Bussgefälle Theil hat; Edward I. 1285 stat. circumspecte agatis, Statutes at large 1, 126 (M. 25, 566): „non puniendo eos (i. e. clericos), si placitum tenuerunt in curia christianitatis de his quae mere sunt spiritualia, viz. de correctionibus quas praelati faciunt pro mortali peccato, viz. pro fornicatione, adulterio et huiusmodi, pro quibus aliquando infligitur poena corporalis, aliquando pecuniaria (als Ersatz für die erstere), maxime si convictus fuerit de huiusmodi liber homo". Die Kompetenz der Kirche wird auch dadurch bestätigt, dass in den englischen Statuten und

land[1] noch im Königreich beider Sizilien[2] noch in Spanien[3] während des 13. Jahrhunderts bestritten worden. Aber der weltliche Richter konkurrirte daneben in so weit als ein sonstiges Vergehen mit dem Ehebruch verbunden[4], oder als der Ehebruch mit Todesstrafe[5] oder anderer weltlicher Strafe bedroht war[6], endlich aber auch in so weit als da, wo der Ehemann die im Ehebruch betroffene Frau und ihren Mitschuldigen tödten durfte[7], der erstere, wenn er von diesem Recht Gebrauch

Rechtsbüchern über die Zuständigkeit in Betreff des Ehebruchs nichts erwähnt wird; vgl. ferner Henderson, Verbrechen u. Strafen in England S. 37. 46. S. nachher S. 323 n. 3.

[1] Hier gehört der Ehebruch vor die Sendgerichte, s. u. §. 288. Wenn das Prager Rechtsbuch c. 87, Rössler deutsche Rechtsdenkmäler. Prag 1845 1. 125 den Ehebrecher dem: papstlichen urteyll unterliegen lässt, so ist damit nicht das Urtheil des geistlichen Gerichtes, so Friedberg diss. cit. p. 105 n. 2 gemeint, vielmehr hat man aus dem jus pali (dem Recht, die Ehebrecher zu pählen) in der Vorlage aus Missverständniss papali gemacht und mit *päpstlich* übersetzt, Tomaschek S. 251; Magdeburger Fragen (Ende des 14. Jahrh.) III. 7 d. 1, her. v. Behrend. Berlin 1865 S. 197: „Sachen dy sich czu der e des rechtis treten, sal man wiszen vor den geistlichen richter, wenne der wertliche richter hat keyn gerichte dor obir".

[2] Const. regn. Sicil. tit. 83 p. 171 verbietet ausdrücklich die Eingriffe der weltlichen Richter in die Zuständigkeit des geistlichen Gerichts. Das dem 13. Jahrh. angehörige Stadtrecht v. Palermo c. 75, v. Brünneck, Siciliens mittelalterl. Stadtrechte: Halle 1881 S. 54 weist die Ehebruchssachen vor den Archidiakon, welcher, abgesehen von den kirchlichen Strafen gegen den Ehebrecher auch auf Gefängniss, gegen die Ehebrecherin auf Einsperrung in ein Kloster zu erkennen befugt ist, v. Brünneck S. 358.

[3] Siete partidas P. I t. 6 l. 58, S. 311 n. 2 a. E.

[4] So nach const. regn. Sic. tit. 83 cit.: „. . . excepto si per insultum vel per violentiam adulterium committatur. Quod si acciderit, judicetur ab ecclesia de adulterio quod spectat ad judicium ecclesie, et hoc quod spectat ad judicium seculare, vid. de insultu et violentia in nostra curia judicetur".

[5] Schwabensp. (L.) 201 k: „Ob ieman bi eins mannes wibe lit, der uberhuorer und die uberhuorerin diu beidiu sampt sin dez todes schuldig. ob si fuir daz weltlich gerichte komen, so sol man in daz hobet abe slahen"; ibid. art 174; Hamburger Stadtrecht v. 1292 N. IV: „Wert auer ein man begrepen bi eime echten weibe, den scal men toghen to rechte" (wiederholt 1497 O. XI), Lappenberg S. 152. 302; Magdeburger Fragen III. 7. d. 2, Behrend S. 198; Kulmer Recht V. 23. §. 43, Lemann S. 153; Iglauer Stadtrecht c. 58, Tomaschek S. 251; Prager Rechtsbuch 87, Rössler S. 1, 125. Nach dem Wiener Stadtrecht v. 1221 gehörte der Ehebruch vor das geistliche Gericht des Pfarrers, 1340 ist indessen nur der in der folgenden Anm. a. E. gedachte Fall der Bestrafung desselben belassen, im Übrigen aber die Zuständigkeit des weltlichen Richters, welcher die Ehebrecherin und den Mitschuldigen mit der Strafe des Pfählens zu belegen hatte, festgesetzt, Luschin v. Ebengreuth, Gesch. d. älteren Gerichtswesens in Österreich. Weimar 1879. S. 266 u. Tomaschek a. a. O. S. 252; vgl. auch Sachsensp. II. 13 §. 5 und Deutschsp. 110 §. 5, welche allerdings nur bemerken, dass dem in Oberhure (Ehebruch) ergriffenen das Haupt abgeschlagen werden soll, damit aber die Zuständigkeit des weltlichen Richters stillschweigend anerkennen, s. noch Schwabensp. 201 i: „Diz ist umbe ein ê, daz soln rihten geistliche rihter, vnde so ez an lip gat, so suln ez rihten die weltlichen rihter".

Nach den Siete Partidas P. IV t. 9 l. 2 ed. cit. 2, 563: „Mas si la quisiesse el marido acusar para quel diessen pena segund mandan las leyes de los legos, estonce puedelo otrosi fazer ante el juez seglar", kann der Mann die ehebrecherische Frau und ihren Mitschuldigen, nicht aber umgekehrt auch beim weltlichen Gericht anklagen, s. ferner P. VII t. 17 l. 1 u. 13, 3, 517. 527, damit auf die weltlichen Strafen gegen sie, gegen den Ehebrecher auf Todesstrafe, gegen die Frau auf öffentliche Auspeitschung und Einsperrung in ein Kloster, l. 15. l. c. p. 529, erkannt wird.

[6] Lübecker Recht, Hach, das alte Lübische Recht. Lübeck 1839. Cod. II c. 10 S. 251, wonach der Vogt richten soll nach der Stadt Rechte; die Magdeburger Fragen III. 7 dist. 1 cit. erklären, dass: „habin dy radmanne obir sulche sache pynliche willekor gemacht", dieselben vor das städtische Gericht gehören. Für leichtere Fälle kommen auch Geldstrafen vor, Bremen, kundige Rolle 1489 c. 55, Oelrichs Sammlg. alter pp. Gesetzbücher d. Stadt Bremen, Bremen 1771. S. 666: „Ock welk borger eyn echte wyff hefft unde eyn ander wyff in sinem huse hefft, dar he in overspele mede levet, dat openbar is, de scal he von sik laten by viff marken"; weitere Nachweisungen bei Friedberg diss. cit. p. 105 n. 5 a. E.

Gerade die leichteren Fälle werden öfters ausdrücklich an das geistliche Gericht gewiesen, so Schwabensp. 368 (L.), nach welchem beim Ehebruch der die Gäste bedienenden Frau eines Gastwirths: „wen sol uiber si nuit rihten alse uiber ander frouwen, wen sol si nuit offenlich ruogen, si suln ouch nuit offenliche buozzen, in sol ir luitpriester heimliche buozze geben"; Wiener Recht v. 1340, Rauch rer. Austr. scriptor. Vindobon. 1793 3, 58: „Wirt aber ein chonmann (Ehemann) mit einem ledigen weib begriffen an der uberhuer, den sol der pharrer nach geistlichen recht puezzen".

[7] Grimm, Rechtsalterthümer S. 743: Rechtsbuch nach Distinktionen IV. 11. d. 2, Ortloff S. 203; Ruprecht v. Freysing II. 15, v. Maurer S. 252; Iglauer Stadtrecht c. 58, Tomaschek S. 251; Brünner Schöffenurtheil bei Rössler,

gemacht hatte, unter Wahrung bestimmter Formen (z. B. nach Erhebung des Gerüfftes) vor dem weltlichen Gerichte darthun musste, dass die Tödtung in Ausübung seiner gedachten Befugniss von ihm vorgenommen worden war[1]. In Frankreich dagegen, wo der Ehebruch ebenfalls mit weltlicher Strafe bedroht worden war[2], hat sich diese Entwicklung schon früher vollzogen[3], da hier schon im 13. Jahrhundert die ausschliessliche Zuständigkeit der weltlichen Gerichte anerkannt war[4].

Die Bigamie, welcher in den hier in Betracht kommenden weltlichen Rechtsquellen Frankreichs, Englands und Siziliens nicht gedacht wird[5], galt in Deutschland noch im 13. Jahrhundert als ein vor die Sendgerichte gehöriges Vergehen[6], doch ist hier gerade seit derselben Zeit in Folge der Bedrohung dieses Verbrechens mit der Todes-[7] und anderen weltlichen Strafen[8] eine gleiche Entwicklung, wie hinsichtlich des Ehebruchs, eingetreten, und die Bestrafung des gedachten Vergehens zur Kompetenz der weltlichen Gerichte gezogen worden[9].

Hinsichtlich der geschlechtlichen Unzucht zwischen ledigen Männern und Frauen, der *fornicatio* oder des *stuprum*, ist dagegen, nachdem die Bestrafung des gefallenen Mädchens durch die eigene Familie und die Ausübung der Rechte der letz-

deutsche Rechtsdenkmäler 2, 228; Apenrader Skraa v. 1335 c. 34, Corp. statut. Slesvic. 2, 226; vgl. auch Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 213; const. regn. Sicil. tit. 81 p. 171.

[1] S. vor. Anm. Über die Tödtung ohne Beachtung dieser Formen befindet aber nach Iglau c. 60 und nach dem Deutschbroder Stadtrecht der geistliche Richter, Tomaschek S. 253, und nach Ruprecht v. Freising a. a. O. soll der weltliche Richter den Ehemann, wenn dieser vor ihm „den todschlag bewirtt, zue hant schicken an den geistlichen richter".

[2] Gewöhnlich mit schimpflicher Auspeitschung durch die Strassen und mit Amende (Geldstrafe an den Gerichtsherrn) Olim 1, 909, n. 70; Ordonnances du Louvre 7, 424; 8, 95. 108. 160 u. 9, 386. Auch hatte der Ehemann das Recht, den auf der That ertappten Ehebrecher zu tödten, Beaumanoir c. 30 n. 101 ff., c. 57 n. 12, Beugnot 1, 454; 2, 236. S. ferner Schäffner, Gesch. d. Rechtsverfassung Frankreichs 3, 467.

[3] Dass früher ebenfalls die geistlichen Gerichte die Zuständigkeit gehabt haben, zeigt das S. 314 n. 1 cit. Dipl. v. 1082; Fournier les officialités p. 92.

[4] Beaumanoir erwähnt nichts davon, dass der Ehebruch vor die geistlichen Gerichte gehört, und die Parlaments-Arrets v. 1336 u. 1338, Durand de Maillane, les libertez de l'église Gallicane 1, 456 verbieten denselben, in Ehebruchssachen zu verhandeln und zu entscheiden. Vgl. auch die Erklärung des Generalprokurators v. 1517, ibid. p. 454: „Verum est, que quant ... aux crimes de adultère, de parjures, de sacrilege, de usures et autres semblables ... si les dits cats sont commis par un lais le juge laie en retient la cognoissance ... et se pratique ainsi par toutes les cours souveraines de ce royaume".

[5] Offenbar deshalb, weil sie praktisch gewöhnlich mit dem Ehebruch konkurrirt, Schäffner 3, 468.

[6] S. u. §. 288.

[7] Goslarische Statuten, her. v. Göschen, Berlin 1840. S. 49. 322; Kraut, Das alte Stadtrecht v. Lüneburg. Göttingen 1846. S. 26; Iglauer Stadtrecht c. 59, Tomaschek S. 253; Prager Rechtsbuch c. 204, Rösler 1, 162. Vgl. auch Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 1, 288 und die folgende Anm.

[8] Lübecker Stadtrecht Ende des 12. Jahrh. bei Hach, d. alte lüb. Recht. Cod. I c. 57 S. 203: „Si quisquam legitimam uxorem hic duxerit et alias legitimam uxorem habuerit et ipsam reliquerit, posteriori renuntiabit et ipsa sui ipsius cum qua ad consortium viri declinavit excipiet substantiam et insuper medietatem substantie viri percipiet, vir autem ob nequitiam facti sui X marcas argenti iudici et civitati componet. Quodsi facere nequiverit, precipitabitur", welch letzteres Wort bald als Enthaupten, bald als Ausstellen am Pranger erklärt wird, Hach S. 78, in der That aber wohl so viel als: Zur Schau ausstellen und zugleich auch das nach Herunterstossen von dem erhöhten Ort der Ausstellung erfolgende Verjagen aus der Stadt bedeutet, während Cod. II v. 1294 c. 9, Hach S. 249, abweichend von Cod. III c. 113 S. 412, welcher die Ausstellung am Pranger mit 2 Mark Silber abkaufen lässt, den Mann mit Todesstrafe belegt; vgl. auch dipl. u. 1250, Urkdbch d. Stadt Lübeck 1, 153. S. ferner Bremen 1303, Oelrichs S. 166; Basel (Anfang des 15. Jahrh.) Ochs, Gesch. v. Basel 3, 185. Weitere Nachweisungen bei Friedberg l. c. p. 107 n. 4.

[9] S. Bremen und Basel cit. in der vor. Anm. und über das Hamburger Recht §. 288. Nach Ochs, Gesch. v. Basel. Basel 1819 3, 185 wurde der bigamus in Basel ausser von den Offizialatsgericht auch von der Stadt mit Geldbusse bestraft.

Auch die Siete Partidas P. VII tit. 17 l. 16, ed. cit. 3, 530 schreiben weltliche Strafen (Verbannung auf eine Insel für 5 Jahre und Verlust des Vermögens an die Kinder, eventuell an die königliche Kammer) vor, ohne irgend der Zuständigkeit des geistlichen Gerichts zu erwähnen

teren gegen den Beischläfer mehr und mehr ausser Übung gekommen war[1], die Gerichtsbarkeit der Kirche in Deutschland[2] und in England[3] nicht in Frage gestellt worden, und erst seit dem 14. Jahrhundert hat man dieses Vergehen mitunter mit weltlichen Strafen belegt und vor die weltlichen Gerichte verwiesen[4] oder auch die Bestrafung im geistlichen, wie auch im weltlichen Gerichte eintreten lassen[5].

Nicht minder hat die Kirche hinsichtlich des Vergehens der Blutschande im Mittelalter die alleinige Jurisdiktion ausgeübt[6], und erst später — in Deutschland und Frankreich sind offenbar die Strafen der merovingischen und karolingischen Gesetzgebung nicht in Geltung geblieben[7], — ist dieselbe wieder mit weltlichen Strafen bedroht worden[8], und damit ihre Bestrafung auch der weltlichen Gerichtsbarkeit anheimgefallen.

Die Vergewaltigung und Entführung von Frauenpersonen, welche mit weltlicher Strafe bedroht[9] war, gehörte demgemäss zur Zuständigkeit der weltlichen Gerichte[10]. Dasselbe war der Fall hinsichtlich der fleischlichen Vermischung eines

[1] Wilda, Strafrecht d. Germanen S. 809 ff. 818.

[2] Hier der Sendgerichte, s. u. §. 288; Magdeburger Schöffenurtheil bei Wasserschleben, deutsche Rechtsquellen c. 57 S. 410, welches der Gewandschneiderinnung das Recht abspricht, einem vom geistlichen Gericht wegen Unzucht bestraften Gewandschneider („Eyne frye ledige dirne hat mir nachgesaget, wy ich solde sy behuret vnde swanger gemacht habin vnde hat mir dormitte eyn geruchte gemacht, so daz mich dy prelaten czu geistlichem rechte vorgeladin habin vnde gepynigt haben") die Innung und die Ausübung des Handwerks zu verbieten. Vgl. auch Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 275 276.

[3] S. 314 n. 4.

[4] Medebacher Stadtrecht 1350 n. 45, s. u. §. 288; Bremen kundige Rolle v. 1489 c. 48, Oelrichs S. 667: „Item welk vrouwe unde man in billigen nachten in unkuschheit ghefunden wurdin. Is denne de man wertlik, so schall me om myt der vrowen setten in der stadt veste unde dar pynigen". Vgl. auch Kühns, Gesch. d. Gerichtsverfassung in d. Mark Brandenburg. Berlin 1865 1, 277. 278.

[5] Wendisch-Rügianischer Landgebrauch, her. v. Gadebusch. Stralsund 1777 S. 329: „De Landprowest mochte thom weinigsten einmahl alle yahr in ötlikem Caspel und Parkeken up Ruigen einen Synodum up einem Sondach halten" (folgt die S. 114 n. 4 mitgetheilte Stelle und dann heisst es von den Bestraften) „vurböthen ehre Missedath, wenn sie alle weltliche Overgerichtsgewalt gestillet"; Ordn. d. Grafen Johann v. Nassau v. 1498, corp. const. Nassov. Dillenburg 1796. 1, 61: „unde obe is (overspiele und ketzerei) woll im sende geroeget vnd vurbracht vnd doch davon nit gestandenn were, sullen die verbrechenden personen, man oder wip icliche bus mit zweien Rinschen gulten verfallen synn".

Die Siete Partidas, welche den dauernden Konkubinat nicht mit weltlicher Strafe belegen, P. IV tit. 14 l. 2, ed. cit. 2, 614, bestrafen das Stuprum mit ehrbaren Wittwen und Jungfrauen, nicht aber mit bescholtenen, bei Verführung derselben durch List oder Schmeichelei mit Verlust des halben Vermögens (bei niederen Personen mit öffentlicher Auspeitschung und Verbannung auf eine Insel auf 5 Jahre) und lassen hinsichtlich des Forum die Vorschriften über den Ehebruch (S. 315 n. 5) massgebend sein, P. VII. t. 19 l. 2 u. t. 18 l. 2, ed. cit. 3, 533. 531.

[6] In Deutschland wird sie wiederholt als Sendvergehen, das mit Busse (Harmschaar) auch Geldbusse, eventuell auch mit Exkommunikation belegt ist, aufgeführt, s. u. §. 288, Osenbrüggen S. 288.

[7] Bd. IV S. 846 u. u. §. 286.

[8] Osenbrüggen S. 288. 289; Schäffner 3, 468.

Nach den Siete Partidas P. VII t. 17 l. 2. 3, ed. cit. 3, 531 kommt die weltliche Strafe des Ehebruchs (Todesstrafe) zur Anwendung und es gilt für das Forum ebenfalls dasselbe, wie für den Ehebruch, S. 315 n. 5.

Über die öffentlichen Dirnen, welche nicht unter geistlicher Gerichtsbarkeit standen, vgl. Friedberg l. c. p. 109.

[9] Für Deutschland, wo meist die Todesstrafe für Nothzucht, vgl. Geib 1, 226; Osenbrüggen S. 283. 291; Tomaschek, deutsch. Recht in Österreich S. 142. 248. 250; Hasenöhrl, österreich. Landesrecht i. 13. u. 14. Jahrh. Wien 1867. S. 128; für Frankreich, wo als Strafe theils Verbannung, theils Vermögenskonfiskation, theils (im 13. Jahrh.) Kerker und Todesstrafe vorkommt, Schäffner 3, 468. 469; für England (hier Blendung und Entmannung), Henderson S. 45 (später Todesstrafe 13 Edw. I v. 1285, Westm. stat. II c. 34, Stat. at large 1, 107; Britton l. c. 15, Nicholes 1, 55 u. Myrror of justice c. 3 s. 21, Houard 4, 611; für Sizilien const. regn. Sic. tit. 20. 21. 22 l. c. p. 23 ff.; für Spanien Siete partidas P. VII t. 19 l. 3, ed. cit. 3, 535 (Todesstrafe und Verlust des Vermögens an die Frau).

[10] Nur nach einzelnen Sendrechten in Deutschland vor die Sendgerichte, s. u. §. 288. Auch nach dem Stadtrecht von Palermo c. 75, v. Brünneck S. 57. 358 erkennt im Gegensatz zu den const. regn. Sic. cit. (s. vor. Anm.) das

Juden mit einer Christin und umgekehrt[1], ferner meistens hinsichtlich des fleischlichen Verkehrs mit einer Nonne[2], und ebenso hinsichtlich der Kuppelei[3] und widernatürlichen Unzucht[4].

Betreffs der Blasphemie, welche von der Kirche als ein vor ihr Forum gehöriges Verbrechen behandelt wurde[5], hatte die päpstliche Gesetzgebung im 13. Jahrhundert an die weltlichen Gewalten das Verlangen gestellt[6], dass diese neben den kirchlichen Strafen[7], auch weltliche Strafen, insbesondere Geldbussen dafür festsetzen sollten. In Folge dessen wurde das Vergehen nunmehr auch weltlicherseits theils mit Kirchen- und Geldstrafen[8], theils aber auch namentlich in schwereren Fällen mit Leibesstrafen[9] und sogar auch mit dem Tode[10] bedroht. War die Kirche

geistliche Gericht, der Archidiakon, und die Strafe ist lediglich eine der Entführten zu zahlende Geldstrafe.

[1] Schwabensp. 322 (L.): „vnde sol man si beidvi vber einander legen vnde sol si brennen, wan der cristen man hat cristenes glouben verlougenet"; Ruprecht v. Freising I. art. 208, v. Maurer S. 223; Augsburger Stadtrecht 1276, v. Freyberg, Sammlg. teutsch. Rechtsalterth. 1, 41; Osenbrüggen S. 279. Wie man in Deutschland darin eine Art Ketzerei fand, so auch in Frankreich 3, 470, wo ursprünglich die Verbrennung ebenfalls als Strafe angewendet wurde. Für England vgl. Fleta I c. 37. §. 3, ed. cit. p. 54: „Contrahentes vero cum Iudaeis vel Iudaeabus, pecorantes et sodomitae in terra vivi confodiantur"; für Spanien Siete partidas P. VII. t. 24 l. 9 u. t. 25 l. 10, ed. cit. 3, 547. 553. Hier ist diesem Vergehen die Vermischung des Mauren mit einer Christin gleichgestellt und Steinigung des Juden oder Mauren, für die Christin aber zunächst nur Vermögens- und erst im Wiederholungsfall Todesstrafe vorgeschrieben.

[2] Denn dieser wird nach dem Kaiserrecht II. 57, her. v. Endemann Cassel 1846 S. 96 mit Enthauptung bestraft. Für England vgl. 13 Edw. I (1285) st. Westm. II c. 34, Stat. at large 1, 107: „Qui monialem a domo sua abducat, licet monialis consentiat, puniatur per prisonam III annorum et satisfaciat domui, a qua abducta fuerit competenter, et nichilominus redimatur ad voluntatem regis". Dagegen gilt nach den Siete Partidas, s. S. 317 n. 5, für die fleischliche Vermischung und Entführung von Nonnen dasselbe, wie für die Begehung dieser Verbrechen mit ehrbaren Frauen. Die Bestrafung fällt also sowohl dem geistlichen, wie dem weltlichen Gericht, diesem zur Verhängung der weltlichen Strafe anheim, während sie die Entführung einer Nonne aus dem Kloster als Sakrileg, welches vor die geistlichen Gerichte gehört, mit der Exkommunikation bedrohen, die durch die von der Kirche festzusetzende Busse an das Kloster beseitigt werden kann, P. I tit. 18. l. 6, ed. cit. 1, 346. Auch in Deutschland kommt vereinzelt die Zuständigkeit der Sendgerichte vor, s. u. §. 288.

[3] Nur selten wird diese in Deutschland als Sendvergehen erwähnt, s. u. §. 288. Nach den const. regn. Sic. tit. 79. 84. 85, p. 170. 172. 173, trifft die Kupplerinnen die Strafe des Naseabschneidens, in leichteren Fällen Auspeitschung, und nach den Siete partidas P. VII t. 21, l. 2. 3, 539 je nach den verschiedenen Fällen eine verschiedene weltliche Strafe (Todesstrafe den Kuppler und die Kupplerin bei der Verkuppelung ehrbarer Ehefrauen, Jungfrauen, Wittwen und Nonnen, sowie den die eigene Frau verkuppelnden Mann), so dass also die Kompetenz des weltlichen Gerichtes für die Verhängung der gedachten Strafen zweifellos ist.

[4] Die friesischen Sendrechte behandeln sie als Sendvergehen, s. u. §. 288. Auch in Frankreich gehörte sie zu Anfang vor die geistlichen Gerichte, Schäffner 3, 470. Seitdem aber das Vergehen mit Todesstrafe, gewöhnlich durch Verbrennen bedroht wurde, Ruprecht v. Freising II art. 49, v. Maurer S. 292; Osenbrüggen S. 289; Beaumanoir c. 30 n. 11, Beugnot 1, 413; Bonteiller, somme rurale I. 28, p. 173; Fournier les officialités p. 92. 179, Henderson S. 36; Fleta l. c. (s. Anm. 1), Myrror of justice c. 4, s. 14, Houard 4, 654; Siete Partidas P. VII. t. 21 l. 2, ed. cit. 3, 538, musste die Zuständigkeit des weltlichen Gerichtes eintreten.

[5] c. 2 (Gregor. IX.) X de maled. V. 26; Narbonne 1374 c. 15. 16, M. 26, 600.

[6] S. vor. Anm.

[7] Öffentliche Busse mit Ausschliessung von Betreten der Kirche und mit Speisung von Armen, eventuell interdictio ingressus ecclesiae und Entziehung des kirchlichen Begräbnisses.

[8] So das Iglauer Stadtrecht c. 43, Tomaschek S. 237, welches sich auf das päpstliche Recht bezieht, die Strafen desselben wiederholt und hinzufügt: „det ad opus ecclesie XL solidos vel XXX secundum posse suum". Blosse Geldbussen kommen in den alamannischen, namentlich den schweizerischen Rechten vor, Osenbrüggen S. 385. Auch die Siete Partidas P. VII t. 28 l. 2 ff. drohen im wesentlichen nur Vermögensstrafen an.

[9] Annageln der Zunge, Rechtsbuch nach Distinktionen IV. 28, Ortloff S. 385 oder Ausreissen oder Abschneiden derselben, so namentlich die österreichischen Stadtrechte des 13. Jahrh., Tomaschek S. 238, s. auch Osenbrüggen S. 386 und const. regn. Sicil. tit. 91 p. 175.

[10] Für die Regel durch Verbrennen, Bamberger Urtheil v. 1487, Zöpfl, d. alte Bamberger Recht. Heidelberg 1839. S. 139; ebenso England Henderson S. 35. Für Frankreich vgl. Ordonnances du Louvre 1, 93. 296; 2, 48; 8. 130; 13,

bei ihrer Anforderung offenbar davon ausgegangen, dass das Urtheil des kirchlichen Gerichtes für den weltlichen Richter bindend sein sollte[1], so kam es doch mit Rücksicht auf die Veränderung der Bestrafung nunmehr dazu, dass die weltlichen Gerichte ausschliesslich über die Blasphemie aburtheilten[2], und dass sich nur für leichtere Fälle der Gotteslästerung, namentlich für Fluchen, die Zuständigkeit der geistlichen Gerichte, in Deutschland die der Sendgerichte, welche nicht auf Leibesstrafen erkannten[3], erhielt[4].

Der Meineid, welcher von altersher kirchlichen Strafen unterlegen[5] und dessen Bestrafung die Kirche für sich in Anspruch genommen hatte[6], war schon in karolingischer Zeit mit öffentlicher Strafe, dem Abhauen der Hand bedroht[7], also zugleich als weltliches Verbrechen charakterisirt worden[8]. Seit dem Zerfall des karolingischen Reiches, in Folge dessen die weltliche Strafe offenbar ausser Übung gekommen war, hatte die Kirche wieder allein die Gerichtsbarkeit über dieses Verbrechen ausgeübt[9], und wenn sie gleich noch bis zum Ausgang des Mittelalters daran festgehalten hat[10], so wurden doch seit dem 13. Jahrhundert auch auf den Meineid schwere weltliche Strafen gesetzt[11], und damit auch die Zuständigkeit der weltlichen Gerichte (freilich mit Ausnahme Spaniens[12]) wieder in Anspruch genom-

247; 14, 498; Schäffner 3, 459; Fournier, les officialités p. 91.

[1] Denn noch c. 2 X cit. V. 26 wird die weltliche Strafe als unmittelbare Folge des kirchlichen Urtheils, welche nöthigenfalls auch unter Mitwirkung des Bischofs vollstreckt werden soll, hingestellt.

[2] S. das S. 318 n. 10 citirte Bamberger Urtheil v. 1487.

[3] S. u. §. 288.

[4] S. u. §. 288. Gerade, dass die Blasphemie in den späteren Sendrechten nur vereinzelt erwähnt wird, beweist, dass sie überwiegend vor die weltlichen Gerichte gehörte. Nach dem Iglauer Stadtrecht, S. 318 n. 8, stand dagegen ihre Bestrafung wohl dem geistlichen Gerichte zu, da dasselbe im wesentlichen das c. 2 X de maledic. V. 26 reproduzirt, wennschon auch in dieser Zeit die weltlichen Gerichte ebenfalls auf kirchliche Strafen erkannt haben, vgl. Osenbrüggen S. 112. 113 und für Frankreich Parlam. Arret v. 1277, Olim 2, 102 n. 13: „ordinatum extitit, quod facit IV processiones".

[5] Bd. IV S. 850 n. 15.

[6] Vgl. auch Wilda, Strafrecht der Germanen S. 982.

[7] Cap. Harist. 779 c. 10, Boret. 1, 49; Capit. missor. 802 c. 36, ibid. p. 98; cap. Theod. villa II. 805 c. 5 p. 123; ed. Pistens. 864 c. 9, LL. 1, 490; Wilda S. 983. 984; Bruner, deutsche Rechtsgesch. 2, 682.

[8] So dass sowohl das weltliche als auch das geistliche Gericht darüber zu erkennen hatte, ed. Pistens. 864 c. 9 cit. (vor. Anm.): „secundum legem mundanam, ut periurus puniatur . . . et secundum legem ecclesiasticam poenitentia sublugatur".

[9] S. u. §. 288.

[10] Vgl. Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein syn. Herbipol. S. 218; dipl. 1430 bei Guden, cod. diplom. 3, 544, C gravamina nationis german. v. 1522 c. 70, Gaertner corp. iur. eccles. 2, 200; auch die Glosse zum sächs. Weichbildrecht zu art. 28, her. v. v. Daniels u. v. Gruben. Berlin 1858 S. 321 bemerkt hinsichtlich der Zuständigkeit der geistlichen Gerichte: „Ouch so rurit er do meyneydere X 1, 1 de jud. c. 13: Novit ille".

[11] Augsburger Stadtrecht 1276 bei Walch 4, 203; Basel Ochs, Gesch. d. Stadt u. Landschaft Basel 3, 171; Bremen 1303, Oelrichs S. 42; Frankfurt a. M. 1352 c. 35, §. 1, Senckenberg select. jur. 1, 33; Schwabensp. 367 I (L.); Lübeck Cod. II c. 108, Hach S. 301; Rechtsbuch nach Distinktionen V. 27 dist. 1, Ortloff S. 308; Magdeburger Fragen I. 1. d. 13. 17. u. 16 d. 4. 6, Behrend S. 29. 31. 141. 142. Weitere Nachweisungen bei Friedberg l. c. p. 98 n. 8 u. Osenbrüggen S. 387 (als Strafen kommen vor: Abhauen der Hand, später der Schwurfinger, Ausreissen der Zunge, Verlust der Zeugniss- und Eidesfähigkeit, Ehrlosigkeit, Verwirkung des Raths-, Richter- und Schöffenamts, in leichteren Fällen auch Geldbussen); für Frankreich s. Beaumanoir c. 39 n. 64, Beugnot 2, 118; Schäffner 3, 473 (Durchstechen der Zunge mit glühendem Eisen und Vermögenskonfiskation); für England s. g. leges Henrici I. c. 11. §. 6. Schmid, Gesch. d. Angelsachsen S. 443: „Qui perjurium super sancta commiserit, perdat manum suam vel dimidiam weram (Wergeld) et hoc commune fit domino eius et episcopo". §. 7: „Qui falsum testimonium dicet, non admittatur deinceps ad testimonium, sed reddat regi vel terrae domino halsfang" (Geldbusse); für das Königreich beider Sizilien const. regn. Sicil. tit. 92, p. 175: „Eos qui scienter periurant in iudicia aut extra iudicia, detruncationem manus volumus sustinere".

[12] Die Siete Partidas, welche den Meineid an das geistliche Gericht verweisen, s. S. 311 n. 2 a. E., erklären P. III t. 11, l. 26, ed. cit. 2, 164 in Betreff der gerichtlichen Eide: „non le podemos poner otra pena, si non aquella que Dios le quisiere poner", überlassen also, da sie die Bestrafung

men[1], so dass sich meistens eine konkurrirende Gerichtsbarkeit der beiderseitigen Gerichte entwickelte, sofern sich nicht etwa für gewisse Arten von Eiden[2] oder über-

lediglich Gott anheimstellen, den Meineid der Gerichtsbarkeit der Kirche, bedrohen dagegen den Meineid des Zeugen mit der Strafe der Fälschung (immerwährender Verbannung auf eine Insel und Vermögensverlust an die Erben, bez. den König), welche vor dem weltlichen Richter verfolgt wird, und falls jemand durch denselben Tod oder Verstümmelung erlitten hat, mit demselben Übel, endlich den Bruch des promissorischen Eides mit Verlust der Zeugnissfähigkeit und der Strafe des s. g. Menos valer, dem Verlust der gleichen Rechte mit den Standesgenossen hinsichtlich des Prozesses, der Anklage, des Zeugnisses und der Ehrenrechte (Art der Infamie), welche dem Schuldigen vor allen Gerichten entgegengehalten werden kann, l. c. P. VII. tit. 5. l. 1. 3; tit. 7 l. c. 5. 6, l. c. 3, 395 ff. u. 406 ff.

[1] S. die gravamina episcop. Colon v. 1258, s. u. §. 288; Magdeburger Fragen I. 16 d. 4 cit., Dresdener Schöffengericht c. 3, Wasserschleben deutsche Rechtsquellen S. 82.

In Frankreich hatte noch Philipp II. 1204 die kirchliche Gerichtbarkeit in Betreff des Meineides anerkannt, S. 310 n. 2 (und ebenso auch Richard I. 1190 für die Normandie, S. 311 n. 2), Erklärungen, welche Friedberg l. c. p. 97 trotz ihrer allgemeinen Fassung mit Unrecht gegen Dove diss. cit. p. 125. 161 nur auf die durch Eid bestärkten Verträge, nicht aber auf das Vergehen des Meineides beziehen will, vgl. auch Legatenkonzil Rouen 1214 P. III c. 32, M. 22, 922: „audivimus, quod quidam laici impediunt episcopos et officiales eorum, ne teneant causas super transgressione fidei et iuramenti, in rebus mobilibus et immobilibus et causas etiam usurarum; et capiunt vel etiam capi faciunt super his in foro ecclesiastico conquerentes. Quod de cetero fieri auctoritate qua fungimur, inhibemus". Andererseits ergiebt sich aber (in so weit ist Friedberg gegen Dove beizutreten) aus der Nichtaufzählung des Meineids unter den kirchlichen Vergehen bei Beaumanoir, dass später auch die weltlichen Gerichte den Meineid vor ihr Forum gezogen haben, und dass das letztere mit der Zeit ein exklusives geworden ist, zeigt die Erklärung des Generalprokurators v. 1517, Durand de Maillane, libertez de l'église Gallicane 1, 454, S. 316 n. 4.

[2] Während der Drenther Sendbrief v. 1332 §. 7, v. Richthofen, fries. Rechtsquellen S. 519: „de juramentis factis coram iudicibus temporalibus non ad nos, nisi constitisset certis indiciis se periuriasse" die vor den weltlichen Gerichten gerichteten geschworenen Meineide nur im Fall der Notorietät vor das Sendgericht zieht, werden alle solche Eide durch den Loppersumer Sendbrief v. 1424 §. 9, S. 313 von dessen Zuständigkeit ausgenommen.

Für England konnte nach dem Statut: Circumspecte agatis Eduards I. v. 1285, Statutes at large 1, 127 (M. 25, 566): „De violenta manuum iniectione in clericum et in causa diffamationis concessum fuit alias, quod placitum inde teneatur in curia christianitatis, cum non petatur pecunia, sed agatur ad correctionem peccati et similiter de fidei laesione", das geistliche Gericht nur kirchliche Strafen aussprechen, und wenn Heinrich III. 1247 nach Collier, ecclesiastical history of Great Britain. London 1840 1, 455 dem kirchlichen Gericht die Aburtheilung von Meineidigen, welche schon beim weltlichen Richter angeklagt sind, verboten hat, so standen dabei wohl Eide in weltlichen Angelegenheiten in Frage (also die Ausnahme „cum petatur pecunia"). Nach Reeves history of the english law by Finlason, London 1869. 3, 103: „Perjury in an ecclesiastical cause or matter, was an offence properly cognisable in this (clerical) court. Under the title of perjury we come to sonsider the breach of a voluntary oath, wether taken privately or publicly before an ecclesiastical judge . . . In the case of the vicar of Saltach, who made an obligation and had bound himself to the observance of it, by oath taken before the pope's collector, it was declared by Hankford justice, that no one should be sued before the ordinary for perjury, but where the principal matter on which the perjury arose, was of a spiritual matter; for if it was otherwise, he might in that manner be compelled to perform lay contracts, which belonged only to the temporal carts. A few years after, it was likewise held, that where a man had sworn to make a feoffment, he should not for the above reason, be sued for breach of his oath in the clerical court. These cases happened in the reign of Henry IV. (1399—1411) and the spirit of them was maintained in some opinions deliverered in the present reigns (d. h. Heinrich VI. und Eduards IV. 1422—1483). In 38 Henr. VI the same law was laid down by Fortescue in the exchequer chamber and was admitted by some others of the judges and denied by none. Again in 22 Ed. IV it was declared by Brian, that where faith was made concerning a spiritual matter as to pay tithes or to marry, the breach thereof should be punished in the spiritual court, but not, if it was a temporal matter, hat man aber später in Betreff der Zuständigkeit der beiderseitigen Gerichte in der Weise geschieden, dass wegen solcher Eide, welche in den vor das weltliche Gericht gehörigen Angelegenheiten geschworen waren, eine Anklage wegen Meineides nicht vor das geistliche und umgekehrt gebracht werden konnte. So weist auch 11 Henr. VII: (1495) c. 25, stat. at large 1, 834: „Perjury committed by unlawful maintaining, imbracing or corruption of officers or in the chaucery or before the king's council shall be punished by the discretion of the lord chancellor, treasurer, both chief justices and the clerk of rolls" die erwähnten Meineide vor die weltlichen Richter.

Über Spanien S. 319 n. 12.

haupt für alle die ausschliessliche Zuständigkeit des weltlichen Gerichtes[1] festgestellt hatte[2].

Das Sakrilegium im Sinne von Kirchenraub und Kirchendiebstahl, welches von der Kirche als kirchliches Vergehen behandelt wurde[3], andererseits aber schon unter der fortdauernden Einwirkung altheidnischer Anschauungen durch einzelne germanische Volksrechte mit dem Tode[4] und im Verlaufe des Mittelalters ebenfalls wieder mit Strafen an Leib und Leben bedroht worden ist[5], hat die Kirche selbstverständlich vor ihr Forum gezogen[6]. In Folge der Qualifikation des Sakrilegs als weltlichen Vergehens haben aber auch die weltlichen Gerichte darüber abgeurtheilt[7], und da die Kirche, in deren Interesse eine strenge Bestrafung der Kirchenräuber lag, dieser Ausdehnung der weltlichen Kompetenz nicht entgegentrat[8], so entwickelte sich theils eine elektive[9], theils eine kumulative Konkurrenz der beiderseitigen Gerichte[10], theils wurden nur gewisse Fälle des Sakrilegs vor das weltliche Gericht gezogen, und die Bestrafung der übrigen dem geistlichen Gericht überlassen[11].

[1] So in Frankreich S. 320 n. 1.

[2] Dagegen setzt das Stadtrecht von Königsberg (Franken) v. 1358, Gengler, deutsche Stadtrechte d. Mittelalters 1866 S. 224: „Wär auch dass der bürger einen wissentlich meyneyd schwöre und dass er dess übersagt würde, der sol nach unser gnaden und nach geistlichen recht büssen“ offenbar eine kumulative Konkurrenz des geistlichen und weltlichen Gerichts voraus.

[3] S. z. B. c. 21 (Troyes 878 u. Ravenna 877) §. 2 C. XVII qu. 4; s. auch S. 226.

[4] L. Frision. add. sap. 11, LL. 3, 696; l. Saxon. c. 24, LL. 5, 60; cap. de part. Saxon. c. 3, Bor. 1, 68. Anders freilich Ribuar. LX. 8, LL. 5, 253; Alamann. V. VI, Lehmann p. 70. 74; Baiuar. I. 3, LL. 3, 270, welche nur erhöhte Bussen kennen, Schröder, deutsche Rechtsgesch. S. 337 n. 35.

[5] Sachsensp. II. 13. §. 14; Schwabensp. 174. 248 (L.); Altdorfer Stadtrecht (14. Jahrh.) §. 4, Gengler, deutsche Stadtrechte S. 5; Hamburg 1270. 1292. 1497, Lappenberg S. 63. 168. 304; Glogauer Rechtsbuch c. 538, Wasserschleben, deutsch. Rechtsquellen S. 65; Prager Rechtsbuch c. 33, Rössler 1, 111; friesische Küre XVI Zusatz, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 30; vgl. auch Osenbrüggen S. 305. 306. Jedoch kommen auch blosse Geldbussen vor, s. Rechtsbuch Ludwig d. Baiern c. 177, v. Freyberg, Sammlg. histor. Schriften. Stuttg. u. Tübing. 1827. 4, 448; ebenso auch im Widerspruch mit den vorher citirten Stellen Schwabensp. 331 (L.).

Für Frankreich s. Schäffner 3, 471.

[6] S. §. 288 u. dipl. v. 1235, Urkdbch d. Stadt Lübeck 1, 78; dipl. v. 1290, Guden cod. diplom. 3, 718; Lavaur 1368 c. 39, M. 26, 504; Würzburg 1407 c. 11, Himmelstein syn. Herbip. p. 216.

[7] Dipl. v. 1296, Trouillat, monuments de l'histoire de Bâle. Porrentruy 1852. 2, 606: „quos (die Kirchenräuber) ad presenciam B. villici iudicis tunc temporis in Buescort pro huiusmodi dampnis nobis (Konvent v. Bellay) et ecclesiae nostre illatis fecimus citari“.

[8] c. 8 (Luc. III.) X de foro comp. II. 2.

[9] c. 8 cit.

[10] Die letztere setzt Herzog Albert v. Sachsen 1286 kraft kaiserlicher Machtvollkommenheit aus Anlass eines Streites des Bischofs v. Lübeck mit den Holsteinern fest, Urkdbch d. Bisth. Lübeck 1, 333: „quod non solum dyocesanus sua iurisdictione spirituali, verum etiam dominus temporalis sua iurisdictione temporali super huiusmodi malefactores (d. h. captivatores, mutilatores, occisores, spoliatores clericorum) libere perfruantur, ut tanta perversorum malitia canonice puniatur et eorundem sententia legaliter arceatur“. Ebenso auch in England, Reeves hist. of the english law 3, 106: „That sacrilege was both a spiritual and temporal crime, appears by some cases at common law of a very early date; where it is laid down, that in case of goods stolen out of a church or churchyard the owner might sue them in this court; the same of trees growing in a churchyard. According to Lyndwood, this was now deemed both aspiritual and temporal crime“.

[11] So gehörte in Frankreich nach Beaumanoir c. 11 n. 15, Beugnot 1, 164, welcher jedem des Sakrilegs Schuldigen über das gemeine Recht hinaus, Bd. IV S. 387. 390, das Asylrecht abspricht: „Mais voirs est quant li sacrileges est tix qu'il n'i a larrecin ne mort d'omme, l'amende du meffet est (*al.* la justiche en appartient) au prelat, en quel juridiction li liex sains siet. Et quant il y a larrecin ou mort, le justice en appartient au seigneur lai, en quel justice le liex sains siet“ das in Diebstahl, Raub und Tödtung bestehende Sakrilegium ausschliesslich vor das weltliche Gericht.

Dagegen weisen die Siete Partidas P. I tit. 18, welche als Strafen des Sakrilegs die Exkommunikation und peche de auer, que pone la eglesia, d. h. eine von der Kirche aufzulegende Vermögensbusse bezeichnen, l. 4, das Sakrilegium im Sinne von Kirchendiebstahl und Kirchenraub, s. auch l. 1 ff., lediglich vor die geistlichen Gerichte, S. 311 n. 2 a. E. Vgl. aber noch S. 322 n. 6.

Die zum Begriff des Sakrilegs im weiteren Sinne gehörige Verletzung, namentlich die Gefangenhaltung, die Verwundung und Tödtung von Geistlichen und Religiosen, welche die Kirche zu einem besonders ausgezeichneten Vergehen gemacht hatte[1], unterlag ebenfalls ihrer Jurisdiktion[2]. Aber auch in Betreff dieser Vergehen haben mit Billigung der Kirche[3] die weltlichen Gerichte theils eine elektive[4], theils eine kumulative[5], theils für gewisse Fälle eine ausschliessliche Gerichtsbarkeit[6] ausgeübt.

Der Feier- und Festtagsentheiligung, welche seit der karolingischen Zeit lediglich mit kirchlichen Censuren bedroht worden war[7], und deren Bestrafung daher vor die kirchlichen Gerichte gehörte[8], ist im Mittelalter hinsichtlich einzelner Arten derselben ebenfalls, wenngleich nicht allzuhäufig, mit weltlichen Strafen belegt[9] und damit auch konkurrirend[10], ja sogar vereinzelt selbst unter völliger

[1] Durch das privilegium canonis Bd. I S. 118.

[2] In Deutschland mehrfach der Zuständigkeit der Sendgerichte, s. u. §. 288, vgl. ferner das eine Reihe von Strafen wegen Tödtung eines Klerikers aussprechende Baseler Offizialatsurtheil v. 1296, Trouillat l. c. 2, 621.

[3] c. 8 (Luc. III.) X de foro comp. II. 2 cit.

[4] c. 8 X cit.; Erklärung der Schöffen zu Wetzlar v. 1282, Guden cod. diplom. 5, 83, die Verletzer der Angehörigen des Domkapitels bestrafen zu wollen.

[5] Dipl. v. 1286, S. 321 n. 10 und in England. Hier wurde ebenso wie durch das Statut v. 1285, S. 320 n. 2, für den Meineid zwischen der kirchlichen Strafe wegen des peccatum und der weltlichen wegen des weltlichen Vergehens geschieden, vgl. auch 9 Eduard II. (1314) stat. Clerici c. 1—4, stat. at large 1, 187 (M. 25, 563): „si aliquis violentas manus iniecerit in clericum pro violata pace debet emenda fieri coram rege, pro excommunicatione vero coram praelato, ut imponatur poenitentia corporalis, quam si reus velit sponte per pecuniam redimere dandam prelato vel leso, potest repeti (d. h. peti) coram prelato nec in talibus regia prohibitio locum habet". Danach kann die zur Beseitigung der Exkommunikation auferlegte Busse freiwilllig durch Geld abgelöst, und der zu diesem Behufe versprochene Geldbetrag vor dem geistlichen Gericht eingefordert werden, während im allgemeinen l. c. (M. 25, 563): „si praelatus imponat penam pecuniariam alicui pro peccato et repetat (d. h. petat) illam, regia prohibitio locum habet; verumptamen, si prelati imponant penitentias corporales et sic puniti velint huiusmodi per pecuniam sponte redimere, non habet locum regia prohibitio, si coram prelatis pecunia ab eis exigatur" der Grundsatz gilt, dass der König Verbote gegen Auferlegung von Geldstrafen durch das geistliche Gericht erlassen kann. Übrigens musste diese Konkurrenz stets dann eintreten, wenn mit dem Thatbestande des erwähnten kirchlichen Verbrechens auch zugleich der eines weltlichen Vergehens (z. B. des Mordes) gegeben war, vgl. auch Zürich 1304, Arch. f. schweizer. Gesch. 5, 270: „das der pfaffe die vrevel die im geschiht von einem burger, dem rate klagen soll".

[6] Siete partidas P. I tit. 18 l. 9, ed. cit. 1, 347: „Mas si dixessen las horas e entrasse y alguno en la eglesia e firiesse o matasse a alguno de los clerigos o de los legos que y estouiessen oyendo las horas, si ante el juez seglar fuere acusado e vencido o conosciesse que lo fiziera, deve morir por ello; essa mesma pena deve auer qualquier y matasse algunos dellos non diziendo las horas. E otra tal pena deve auer el que fiziese alguna destas cosas . . . en los portales de la eglesia o en sus cementerios"; wonach die Bestrafung der Tödtung eines Geistlichen oder Laien in der Kirche — darauf ist Todesstrafe gesetzt — vor die weltlichen Gerichte gehört, während für die anderen hierher gehörigen Fälle des Sakrilegs l. 5. 7. 8. 10 l. c. ausser der Exkommunikation in Übereinstimmung mit c. 22 (Alex. II. 1061—73) C. XVII. qu. 4 nur Vermögensstrafen angedroht sind. Vgl. auch S. 318 n. 2.

[7] Bd. IV S. 291.

[8] Bd. IV S. 292 und unten §. 288; Fournier les officialités p. 93.

[9] Schwabensp. 363 (L.): „Wir gebieten das an dem sonnentage nieman nuit veiles habe wan essen vnd trinken. Swer sin gaden of tuot oder sime creme oder sine kelre, daz er iht druf verkouffen wil, der ist dem priester fvinf schillinge schuldig und dem rihter alse viel"; Coesfeld 1411 c. 35 bei Niesert, Münstersch. Urkd.-sammlg. 3, 184; Const. Caroli II reg. Hieros. et Sicil. const. (Ende des 13. Jahrh.) für die Provence, Giraud, essai sur l'histoire du droit franç. au moyen âge. Paris 1846. II. 2, 32: „contra illos, qui non colunt festa: XIII denarios regales coronatos poenae nomine solvere teneantur, quorum VI denarii sunt curiae temporalis et sex alii parochialis ecclesiae et unus exequutoris curiae", l. s. p. 33: „Si vero contigerit, ut die dominica non venerit saltem una persona de qualibet domo . . ., dominus vel domina illius domus XIII denarios reg. coron. pro poena solvere teneatur, nisi excusa necessitatis se valuerit excusare, quorum denariorum VI sint curiae temporalis et VI alii parochialis ecclesiae"; vgl. auch die Verordn. Simons v. Montfort auf dem Konvent zu Pamiers 1212 c. 7, M. 22, 857; Toulouse 1219 c. 2, M. 23, 1135; Toulouse 1229 c. 25, M. 23, 200; s. g. leges Henr. I c. 11 §. 10, Schmid Ges. der Angelsachsen S. 443: „Si liber festis diebus operatur, emendet suum halsfang et saltem erga dominum sedulo componat".

[10] S. Kölner Schiedsspruch v. 1258 wegen der Schlägereien an Festtagen, s. u. §. 288.

Beseitigung der Kompetenz der geistlichen Gerichte zur Aburtheilung vor die weltlichen[1] gezogen worden.

Sodann hat die Kirche, freilich nicht häufig, ihre Gerichtsbarkeit in Injuriensachen[2] und zwar für einzelne Fälle derselben ausschliesslich[3], ferner bei Fälschung von Maass und Gewicht[4], sowie von Münzen[5], bei Verfälschung von Waaren[6], beim s. g. Meinkauf[7], und in Deutschland durch die Send-

[1] So in Frankfurt a. M. und in Medebach, s. u. §. 288.

[2] In Deutschland durch die Sendgerichte, s. u. §. 288; vgl. namentlich das dort citirte Mainzer Synodalprotokoll v. 1502, Guden cod. diplom. 2, 418. 419: „Item 6 albus Elsa Hoffmann ... dixit contra filium suum in cimeterio: Er hab gelogen. . . . Uxor Martins . . . increpavit Cuntz Essing, er hat falsch kunntschaft gebin zu Aschaffenburg an geistlichen rechte . . . Item XV alb. Artz Hamann jactat se condormisse uxori Ossenhausen . . . Item (5 albus) Hans . . . verba iniuriarum mulieri praegnanti . . . Item 3 Flor. Class Schneider, qui dixit, mulierem Mertin Fled esse meretricem, sed probare non potuit". Das Provinzialkonzil v. Trier 1227 c. 11, M. 23, 34 ordnet mit Rücksicht auf die consuetudo tam diu observata quod non extat memoria, dass religiosi et clerici iniuriantes vel molestatores suos coram iudicibus ecclesiasticis in causam traxerint, an, dass die Laiengewalten, welche dies hindern, und nach vorgängiger Mahnung davon nicht abstehen, der Exkommunikation verfallen und ihre Exkommunikationen an allen Sonntagen öffentlich verkündet werden sollen.

[3] So in England. Schon 1237, annal. de Burton in annal. monast. ed Luard. London 1864 1, 256, klagt die Geistlichkeit darüber: „laici faciunt clamare Londoniae voce praeconia, ne quis tractet causam in foro ecclesiae ecclesiae sive de periurio sive de fide laesa, de usura vel simonia vel defamatione, nisi tantum super testamento vel matrimonio et prosequentes huiusmodi causas incarcerant". Das Statut: Circumspecte v. 1285, S. 320 n. 2, hat die kirchliche Gerichtsbarkeit in so weit anerkannt, als es sich um die Bestrafung der Sünde, d. h. die Verhängung von kirchlichen Strafen handelte, jedoch galt auch hier nach dem cit. Statut: Clerici, S. 322 n. 5: „In diffamationibus etiam corrigant prelati supra dicto modo, regia prohibitione non obstante" der Grundsatz, dass die für die auferlegte Busse freiwillig übernommene Geldlösung beim geistlichen Gericht eingefordert verden konnte. Später hat aber in Anhalt daran die Praxis die Kompetenz des geistlichen Gerichts auf solche Fälle eingeschränkt, in welchen dem Beleidigten kein materieller Nachtheil erwachsen war oder in welchen die beleidigenden Behauptungen, wenn sie wahr gewesen wären (wie z. B. der Vorwurf der Ketzerei), einen zur kirchlichen Zuständigkeit gehörigen Gegenstand gebildet hätten, Coke, institutes of the laws of England. London 1639. 2, 492. 493; Friedberg diss. cit. p. 112. Merkwürdigerweise bestimmt das dem Ausgang des 13. Jahrh. angehörige Stadtrecht v. Palermo c. 75, v. Brünneck, sicil. Stadtrechte S. 55: „Cognoscit autem et cognoscere debet idem archidiaconus de iniuriis verbalibus tantum puris et non mixtis, quae purae iniuriae dehonestant fidem vel matrimonium; si vero iniuriae non sint purae sed mixtae cum aliquibus aliis iniuriis quibuscumque ad praetorem regium tantum, de mixtis etiam iniuriis et aliis quae fidem vel matrimonium non dehonestant, civiliter spectat cognitio", s. auch a. a. O. S. 228, die Zuständigkeit des kirchlichen Gerichtes in verwandter Weise.

[4] Durch die Sendgerichte, s. u. §. 288. Während der Kölner Schiedsspruch v. 1258, s. a. a. O., eine konkurrirende Gerichtsbarkeit des weltlichen Richters anerkennt, richtete andererseits aber darüber der weltliche Richter, so nach dem Rechtsbuch nach Distinktionen V. 9 dist. 22, Ortloff S. 295 und nach dem Magdeburg-Breslauer Schöffenrecht I. 6. 9. 11, Laband S. 3. 5. der Rath. Vgl. ferner Lübecker Zollrolle v. 1220—1226, Urkdbch. der Stadt Lübeck 1, 42; Münchener Stadtrecht Art. 280, Auer, S. 108; Berliner Stadtbuch, Fidicin Beiträge z. Gesch. der Stadt Berlin. Berlin 1837 S. 44, Bamberger Stadtrecht tit. 10; Zöpfl S. 27; Westerwolder Landrecht v. 1490 c. 16 §. 2, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 277; Bremer kundige Rolle 1489 c. 74, Oelrichs S. 671; weitere Nachweisungen bei Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 329; Friedberg diss. cit. S. 98 n. 5.

[5] Zum Theil gehörte dieses Vergehen vor die Sendgerichte, s. §. 288; nach den Fivelgoer Küren (13. Jahrh.) §. 19, v. Richthofen a. a. O. S. 287: „qui monetam falsificant, in tribus praecipuis solemnitatibus in singulis ecclesiis denunciabuntur excommunicati et sacra communione indigni". §. 20: „Pena eorum qui publice in furto vel in falsificatione monete inventi fuerint ad iudicium spectat ecclesiae" konkurrirt die Kirche mit geistlicher Strafe. Überwiegend erscheint aber das Vergehen als weltliches, mit Kapitalstrafe bedroht, und untersteht daher ausschliesslicher Kompetenz des weltlichen Gerichts, Wormser Mandat v. 1231, LL. 2, 281; Ruprecht v. Freising I c. 127, v. Maurer S. 147, wie dies auch die Salzburger Pronvinzialsynode v. 1281 c. 16, M. 24, 402 anerkennt, welche den Münzfälschern, wie den Fälschern von Siegeln und Urkunden der Fürsten und Prälaten excommunicatio ipso iure androht, und wenn sie Laien sind, ihre Verurtheilung durch den weltlichen Richter ausdrücklich vorbehält, vgl. auch Osenbrüggen S. 336, Friedberg, diss. cit. p. 98 n. 4.

[6] Nur vereinzelt wird sie als Sendvergehen bezeichnet, s. §. 288. Für die Regel kommen weltliche Strafen vor, Osenbrüggen S. 333.

[7] Dem Kaufe, bei welchem Unredlichkeiten und Betrügereien vorkommen. Für diesen er-

gerichte auch bei Hehlerei, Raub, Diebstahl, Mord, Todtschlag, Mordbrennerei, Brandstiftung und Erdrosselung und Ertränkung von Kindern[1] in Konkurrenz mit dem weltlichen Richter ausgeübt.

Fasst man das Ergebniss der vorstehend (S. 311 ff.) besprochenen Gestaltungen zusammen, so zeigt sich, dass abgesehen von der Ketzerei (und den zu ihr gehörigen Vergehen der Apostasie und des Schismas) in der Feststellung der Kompetenz der kirchlichen und der weltlichen Gerichte eine sehr grosse Verschiedenheit geherrscht hat.

Ein ausschliessliches Forum bildete das kirchliche Gericht für die Bestrafung der Zauberei in Frankreich und England[2], dagegen nur zum Theil in Deutschland[3], weiter für die des Wuchers in Spanien[4], des gewöhnlichen Ehebruchs in Sizilien[5], in früherer Zeit der Fornikation[6], später aber nur noch vereinzelt[7], ebenso blos in älterer Zeit der Blutschande[8], ferner in Spanien für die Bestrafung der Entführung von Nonnen aus dem Kloster[9], des Meineids[10] und des Kirchenraubes[11], endlich in Palermo einer gewissen Art von Injurien[12].

Eine kumulative Konkurrenz beider Gerichte, so dass das geistliche Gericht auf die kirchliche, das weltliche auf die weltliche Strafe erkannte, hat sich festgestellt in Spanien für den Ehebruch[13] und die Fornikation mit ehrbaren Frauenspersonen[14], in Deutschland im 12. Jahrhundert für die Brandstiftung[15], vereinzelt für das Sakrilegium[16], und ebenfalls nur selten für die Bigamie[17] und den Meineid[18], für Schlägereien an Festtagen[19], für die Verfälschung von Maass und Gewicht[20], sowie von Münzen[21] und endlich für den s. g. Meinkauf[22].

kennt der Kölner Schiedsspruch v. 1258, s. §. 288 eine kumulative Konkurrenz des weltlichen und geistlichen Gerichts an. Sonst wird die Zuständigkeit des letzteren nicht erwähnt, ja nach dem Magdeburg-Breslauer Schöffenrecht I. 12, Laband S. 5: „Wer synen spysekouf verkoufet tuwir wen als di rotmann geseczin ond gelobin, duz heysyt meynkouf vnde sullin dy rotmann richtin noch der buyr kor, dy dor uf geseczit is", gehört die Bestrafung vor den Rath.

[1] In allen diesen Fällen aber nur selten, vgl. §. 288.

Für die Brandstiftung hatte allerdings das kirchliche Recht, S. 310 n. 3, ausdrücklich auch die Bestrafung durch die weltliche Gewalt offen gelassen, und demgemäss Friedrich I. in der const. contra incendiarios 1187, LL. 2, 184, die Acht vorgeschrieben, indem er zugleich anordnete, dass der Geächtete ebenfalls durch den Bischof exkommunicirt und umgekehrt der Gebannte vom weltlichen Richter geächtet werden sollte.

[2] Auch in Spanien — die Siete partides erwähnen des Vergehens nicht — nach der Praxis, Gr. Lopez in Glosse 8 zu P. I t. 6 l. 58, ed. Madr. 1, 175.

[3] S. 312 n. 4 u. 5.

Überall in derselben Weise wie bei der Ketzerei, d. h. das weltliche Gericht hat auf Grund des Urtheils des geistlichen Gerichtes die weltliche Strafe zu verhängen, s. S. 311 und a. a. O.

[4] S. 312 n. 8; in Frankreich, England und überwiegend in Deutschland nur bis zum 14. Jahrh. S. 312. 313; doch hat anscheinend im Gebiete des Magdeburger Rechts die ausschliessliche Kompetenz des geistlichen Gerichts länger fortgedauert, s. das S. 313 n. 5 cit. Schöffenurtheil.

[5] S. 315 n. 2; in älterer Zeit auch in Deutschland, später hier noch zum Theil in leichteren Fällen S. 315 n. 6.

[6] S. 316.

[7] S. 317.

[8] S. a. a. O.

[9] S. 318 n. 2.

[10] S. 319 n. 12; sofern es sich nicht um falsches Zeugniss handelte.

[11] S. 321 n. 11.

[12] S. 323 n. 3 a. E.

[13] S. 315 n. 5, für Deutschland vgl. das Schöffenurtheil u. S. 325 n. 21.

[14] S. 317 n. 5.

[15] S. Anm. 1.

[16] S. 321 n. 10, S. 322 n. 5, früher in England auch für den Meineid und für Injurien S. 320 n. 2, S. 323 n. 3.

[17] S. 316 n. 9.

[18] S. 321 n. 2.

[19] S. 322 n. 10.

[20] S. 323 n. 4.

[21] S. 323 n. 5.

[22] S. 323 n. 7. Vereinzelt auch beim Wucher S. 314 n. 1 a. E.

Einer elektiven Konkurrenz, welche die kirchliche Gesetzgebung beim Sakrilegium zulässt[1], wird nur selten gedacht[2], dagegen kommt mehrfach eine Konkurrenz des weltlichen und geistlichen Gerichtes in der Weise vor, dass dasselbe Vergehen je nach seiner Qualifikation vor das eine oder andere Gericht gehört. Dies gilt namentlich von der Blasphemie, hinsichtlich welcher gerade die päpstliche Gesetzgebung eine konkurrirende Bestrafung durch den geistlichen und weltlichen Richter gefordert hatte[3], insofern die leichteren Fälle von dem ersteren, die schwereren dagegen von dem letzteren abgeurtheilt wurden[4].

Hinsichtlich einer Anzahl von Vergehen lässt sich, mindestens nicht für einzelne Länder oder Rechtsgebiete, so hinsichtlich der Vergewaltigung von Frauenspersonen[5], für Deutschland und Spanien der fleischlichen Vermischung von Christen und Jüdinnen und umgekehrt[6], hinsichtlich der Kuppelei[7] und der unnatürlichen Unzucht[8], ferner für Deutschland zum Theil betreffs der Zauberei[9], ferner des Wuchers[10] und des Ehebruchs[11], weiter der Bigamie[12], zum Theil der Fornikation[13], für Deutschland und Frankreich der Blutschande[14] in späterer Zeit, für Deutschland des fleischlichen Verkehrs mit Nonnen[15] sowie der Festtagsentheiligung[16] und anderer nur selten als zur kirchlichen Kompetenz gehörig erwähnter Vergehen[17] mangels genügenden Anhalts in den Quellen[18] das Verhältniss der Zuständigkeit des geistlichen und weltlichen Gerichts mit Sicherheit feststellen. Erledigte sich diese Frage auch praktisch in einer Reihe von Fällen dadurch, dass mit der Vollstreckung der für einen Theil dieser Vergehen angedrohten Todesstrafe, auf welche nur der weltliche Richter erkennen konnte, für eine Thätigkeit des geistlichen Gerichtes kein Raum übrig blieb[19], so bestanden doch andererseits die weltlichen Strafen auch blos in Geldbussen oder körperlichen und entehrenden Strafen, neben denen die Verhängung von kirchlichen an sich nicht ausgeschlossen war.

Von ihrem Standpunkt aus musste die Kirche solche Vergehen, welche zugleich kirchliche Strafvergehen waren, ebenfalls vor ihr Forum ziehen[20], und weltlicherseits ist in Deutschland und in England die Statthaftigkeit einer solchen Konkurrenz principiell sogar theilweise anerkannt worden[21], ja man ist in Deutsch-

[1] S. 321 n. 8.

[2] So in Betreff des Sakrilegs, S. 321 n. 10 und für Sizilien in Betreff des Wuchers, S. 313 n. 3.

[3] S. 318.

[4] S. 318. 319.

[5] S. 317 n. 10; s. auch S. 315 n. 4.

[6] In Spanien auch der von Christen und Maurinnen und umgekehrt, S. 318 n. 2.

[7] S. 318.

[8] S. a. a. O.

[9] S. 312 n. 4 u. 5.

[10] S. 314 n. 2.

[11] S. 314. 315.

[12] S. 316.

[13] S. 316. 317.

[14] S. 317.

[15] S. 318 n. 2.

[16] S. 322.

[17] S. 324 n. 1.

[18] Denn die weltlichen gedenken vielfach nur der Bedrohung des Verbrechens mit weltlichen Strafen, s. z. B. die Anm. 5—7.

[19] Sofern nicht etwa der geistliche Richter dem weltlichen mit seinem Strafverfahren zuvorkam, s. unten Anm. 21.

[20] S. S. 303. 309.

[21] Sachsensp. I. 53 §. 4: „Neman ne weddet umme en sake tries, he ne breke den vrede unde ne sculde bannes an ener dat, de mut wedden to geistlikeme rechte unde to wertlikeme rechte, unde gift ene bute jeneme den he geseret hat"; Schwabensp. art. 82. 249; Ruprecht v. Freising I. c. 57, v. Maurer S. 70: „tuet er ain frävel an einem münster oder jn dem chirchhof es muessnn geistlich und weltlich puessen"; Leipziger Schöffenweisth. bei Zobel, Sachsenspiegel. Leipzig 1661. Fol. 559v: „Hat ein man mit seines weibes rechten und natürlichen und seiner stieftochter zwey kinder gezeuget und ist darumb vor dem geistlichen richter gestrafft, dem er denn verlobet hat, dieselbige dirne nicht mehr bey jhm zu halten, noch fürder solche unthat mit jhr zu

land sogar so weit gegangen, bei vorgängiger Bestrafung durch das geistliche Gericht[1], namentlich durch die Sendgerichte[2] jede weitere weltliche Bestrafung für unstatthaft zu erklären[3], hat aber hieran, offenbar im Interesse der Wahrung der weltlichen Jurisdiktion, in späterer Zeit nicht mehr festgehalten[4].

Da der Schwerpunkt der Frage nicht in der doppelten Bestrafung durch zwei Gerichte an sich, sondern in der Art der Bestrafung lag, und die Verweltlichung des kirchlichen Strafmittelsystems sowohl zur Beeinträchtigung der weltlichen Gerichtsbarkeit und der Gerichtsfälle, sowie zu doppelter Bestrafung führte, so liess sich in der damaligen Zeit eine rationelle Ausgleichung der beiderseitigen Interessen, wie sie in den früheren Zeiten möglich gewesen war und es heute wieder ist, nicht finden, vielmehr suchte man weltlicherseits die Kompetenz der Kirche überhaupt einzuschränken, wie in Frankreich, wo es mit dem 15. Jahrhundert gelungen ist, die ausschliessliche Zuständigkeit der weltlichen Gerichte abgesehen von den rein weltlichen Verbrechen auch für den Ehebruch, den Wucher, den Meineid und das Sakrileg zur Durchführung zu bringen[5] — oder man hinderte wenigstens seitens der weltlichen Herrscher, wie in England, die kirchlichen Gerichte an der Verurtheilung zu Geldstrafen[6], während andererseits die Kirche, indem sie ihre Strafjurisdiktion in ihrer bisherigen Gestaltung gegenüber einer schwachen Staatsgewalt festhielt, entweder, so in Neapel und Sizilien, ihre Forderungen durchzusetzen vermochte[7] oder, wo

treiben, unde di dirne ist niemals gleichwol bey jhm enthalten und sidermals und zum drittin mal bey jhm schwanger worden, und wiewol er nu sich dieser that, daz die dirne zum dritten male von ihm swanger worden sey, nicht bekennet, sondern allein zu den ersten zwei kindern, darumb er auch von dem geistlichen richter gestrafft ist, dennoch möget jhr jhn umb solche ubelthat und mishandlung, das er sich mit seyner stiefftochter vermischet und bey seines eheweibes jhrer mutter lebtagen zwey kinder mit jhr gezeuget und also einen ehebruch und schendliche boshafftige vermischung mit seiner stieftochter begangen und geübt hat, peinlich mit dem schwerdt straffen".

Für England vgl. die königliche Erklärung zu Linkoln, 9 Edw. II. (1314. 1315) c. 1—4, Stat. at large 1, 188: „Quando eadem causa diversis rationibus coram iudicibus ecclesiasticis et secularibus ventilatur, ut supra patet de iniectione violenta manuum in clericum, dicunt, quod non obstante ecclesiastico iudicio curia regis ipsum tractat negotium, ut sibi expedire videtur"; vgl. auch o. S. 322 n. 5.

[1] S. 317 n. 2.

[2] Soester Statut v. 1120, Seibertz, westfäl. Ukdbch. 1, 49; Emminghaus, memorab. Sasatensia. Jenae 1749. p. 102: „Causa que coram praeposito mota fuerit et terminata per iustitiam seu misericordiam, ab alio iudice pertractanda non est"; Soester Schora v. 1350 c. 5, Seibertz 2, 389; Emminghaus p. 139. 140: „welik sake vor dem proveste im sende gehewroget weirt und mit rechte effte mit ghenade gheeyndet weirt, deyne sal man vor nyn andere gherichte vorderen efte claghen, unde hey en sal nümmende anspreken, hey en si eme ghewroghet in deme sende", wiederholt in der neuen Schrae bei Emminghaus p. 200.

[3] Dies hängt damit zusammen, dass vor der Umbildung des Strafrechts vor dem 10. Jahrhundert und bei der Verkümmerung der öffentlichen Strafrechtspflege die geistlichen Gerichte, insbesondere die Sendgerichte thatsächlich allein die meisten weltlichen Vergehen aburtheilten, wie denn z. B. anscheinend die Kompetenz der friesischen Sendgerichte in den §. 288 aufgeführten Verbrechen eine ausschliessliche gewesen ist, sowie damit, dass die Sendgerichte, als sie später namentlich von den Städten in Abhängigkeit gerathen waren (s. a. a. O.), zugleich als städtische Gerichte galten.

[4] S. das den Soester Send betreffende Dokument bei Emminghaus l. c. p. 433: „Wo oich glick der amptleude oder befehlshabern für den send de oveldat gestraffet hedden, dat dadurch gebürlicke strafe, boite, poenitentz dem send nicht verhindert, sich hinwiederum um der forgt an der sendstraffe villen gegen den overfahrer der weltlicken strafe der overtredung vort to fahren nicht benommen werde"; vgl. auch das Weisthum S. 325 n. 21.

[5] S. 316 n. 4; S. 320 n. 1; S. 321 n. 11.

[6] S. 323 n. 3.

[7] Hier hatte sich Karl v. Anjou 1265, ferner Friedrich III. für Sizilien 1372 dem Papst gegenüber verpflichtet, die kirchliche Jurisdiktion im Umfange des kanonischen Rechts anzuerkennen, Raynald. ann. 1265 n. 19, („omnes etiam causae ad forum ecclesiasticum pertinentes libere absque ullo impedimento . . . tractabuntur coram ordinariis et aliis ecclesiasticis iudicibus et terminabuntur per eos") 1372 n. 11; und wenn auch der Vertrag Friedrichs III. nicht lange in Kraft blieb, so sind doch in Folge dieser Koncessionen die Vorschriften der Konstitutionen Friedrichs II. beseitigt worden, Scaduto, stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887 p. 300. 301.

ihr dies, wie in Deutschland[1], nicht gelang, fortwährend mit den weltlichen Gerichten um ihre Kompetenz zu kämpfen hatte und der Übergriffe in das weltliche Gebiet beschuldigt wurde[2].

§. 282. *e. Die Zuständigkeit der Organe der Straf- und Disciplinarstrafgewalt in persönlicher Hinsicht.*

A. Der Papst. Schon S. 281 ff. ist dargelegt worden, dass der Papst

1. mit dem 13. Jahrhundert in Folge seiner Stellung als iudex ordinarius singulorum eine mit allen anderen kirchlichen Organen konkurrirende Gerichtsbarkeit erlangt hat[3].

2. Was dagegen die privative Kompetenz des Papstes[4] betrifft, so kommt

a. zunächst das in dieser Periode definitiv festgestellte[5], ausschliessliche Recht desselben zur Absetzung der Bischöfe in Frage.

b. Ferner steht dem Papst allein das Recht zu, Kaiser, Könige und Fürsten abzusetzen und die Unterthanen derselben vom Treueide zu entbinden, denn derartige Strafen sind seit ihrer Einführung durch Gregor VII. in die Praxis des kirchlichen Strafrechts nur durch die Päpste verhängt worden[6].

Im Übrigen waren die Fürsten nicht von der Strafgewalt des Bischofs ausgenommen[7] und konnten sowohl von diesem[8], wie auch von den höheren kirchlichen Organen, insbesondere den Reichskonzilien[9] und später den kaiserlichen Synoden[10] zur Verantwortung gezogen werden. Seit dem 11. Jahrhundert tritt zwar die Gerichtsbarkeit des Papstes, nachdem der Anspruch desselben auf die oberste und direkte Gerichtsbarkeit über die ganze Kirche zur Geltung gebracht war[11], der Gewalt der gedachten Organe konkurrirend zur Seite[12], schliesst indessen dieselbe an sich nicht

[1] Allerdings findet sich hier nur sehr vereinzelt, so für bestimmte Fälle der Fornikation und der Sonntagsentheiligung im Statut v. Mendebach v. 1315, s. u. §. 288, ein Verbot der kirchlichen Jurisdiktion.

[2] Vgl. C gravamina nationis Germanicae c. 63. 70. 74, Gaertner corp. iur. eccl. 2, 198. 200. 202.

[3] S. o. S. 291 n. 3.

[4] S. o. S. 287. Die ausschliessliche Strafgewalt des Papstes über die Kardinäle, Bd. I S. 348. 349, s. auch röm. Synode v. 1078 (Absetzung des Kardinals Hugo, Jaffé mon. Gregor. p. 305) war in Betreff der Kardinal-Priester und Diakonen durch seine Stellung als Bischof der römischen Kirche von selbst gegeben. Über die Kardinalbischöfe, s. das Beispiel des Rodoalds v. Porto, Bd. I S. 349 n. 1, hat er sie früher in Gemeinschaft mit Synoden geübt, für die spätere Zeit aber kam für sie derselbe Grundsatz, wie für die Bischöfe, zur Geltung.

[5] S. o. S. 288.

[6] S. o. S. 43 ff.

[7] Eine allgemeine Exemtion ist niemals kirchengesetzlich ausgesprochen worden, im Gegentheil hat Gratian c. 11 C. XI qu. 3 das die Fürsten den Bischöfen unterstellende pseudoisidorische c. 57 Clem., Hinschius decr. Ps. Is. p. 53, in sein Dekret aufgenommen, und Paschalis II. 1117 J. L. 6558, M. 20, 1084: „Significavit nobis fraternitas vestra, pro sacrilegiis, pro rapinis, pro incendiis et pro iniquitatibus aliis in regem vos excommunicationis sententiam dictavisse . . . illud etiam Nicaeni concilii considerantes, ut qui ab alio excommunicatur, ab alio non recipiatur" erkennt die von Friedrich Erzb. v. Köln gegen Heinrich V. verhängte Exkommunication als gültig an. S. auch S. 328 n. 2.

[8] Gleichgültig war es dabei, ob die Kompetenz wegen des Domizils oder des forum delicti commissi Bd. IV S. 842 begründet war, vgl. in letzterer Beziehung die vor. Anm. a. E. und J. E. 2618, S. 301 n. 8.

[9] Bd. III S. 490 u. oben S. 280 n. 7.

[10] Welche die Zuständigkeit für die ganze Kirche besassen, Bd. III S. 566. Ein Beispiel bietet der Fall König Roberts v. Frankreich, s. S. 301 n. 8.

[11] S. o. S. 288. 289.

[12] S. o. S. 301 n. 8.

Statt des Papstes konnten auch die Legaten desselben die Strafgewalt ausüben, vgl. die vorher angeführten Beispiele und Bd. I S. 508 n. 7, indessen hat sich weder in der gregorianischen noch späteren Zeit eine feste Rechtsnorm darüber ausgebildet, ob zur Exkommunikation von Fürsten, insbesondere der Kaiser und Könige, eine Spezialermächtigung des Papstes erforderlich sei, Heinrich V. sucht 1117, Jaffé mon. Bamberg.

völlig aus, wenngleich freilich die Bischöfe einzelner Länder es für angemessen hielten, sich wegen der möglichen weittragenden Folgen etwaiger Strafakte gegen ihre Souveräne der vorgängigen Zustimmung des Papstes zu solchen zu vergewissern[1], und andererseits auch die Päpste selbst einzelnen Fürsten (vielfach einschliesslich ihrer Frauen und Kinder) Privilegien dahin ertheilt haben, dass bestimmte schwerere Strafen gegen sie, wie die Exkommunikation[2], die Interdicirung ihrer Länder[3] oder mindestens die ihrer Kapellen[4] nicht ohne besondere Ermächtigung des päpstlichen Stuhles verhängt werden sollten.

B. Die kirchliche Straf- und Disciplinarstrafgewalt, welche den Bischöfen über die Geistlichen und die Laien ihrer Diöcesen zukommt[5], hat in dieser Periode nach einer Seite hin eine Erweiterung, in anderen Beziehungen aber vielfache Beschränkungen erfahren.

1. Dieselben Gründe, aus denen sich die Päpste veranlasst gesehen haben, einzelnen Kapiteln und Klöstern eine Strafgewalt über die Beeinträchtiger ihrer Besitzungen und Rechte zu gewähren[6], haben dieselben auch dazu bewogen, Bischöfen und Erzbischöfen dergleichen, auf eine solche Erweiterung ihrer Rechte gehende

p. 314 die Nichtigkeit der von den päpstlichen Legaten gegen ihn verhängten Exkommunikationen (Bd. II S. 556) damit zu begründen, dass er ihnen die Eigenschaft als Legaten für Deutschland bestreitet. Wenn der Legat Kuno v. Präneste (u. 1115) die Behauptung der Anhänger Heinrichs, dass er den König, welcher ihm weder commissus sei noch seiner Diöcese angehöre, nicht habe bannen können, damit zu widerlegen sucht, mon. cit. p. 512: „Quibus ex ore pape efficaciter respondemus: quia etsi nobis parochiali iure commissus non fuerit, auctoritate tamen spiritus sancti et ss. patrum pro tanto scelere eum merito excommunicare debuimus, attendentes, quod b. Ambrosius Theodosium imperatorem Romanum (Bd. IV S. 757 n. 10) non sibi commissum, licet non papa, non patriarcha, non ecclesie Romane legatus excommunicavit", also behauptet, dass bei schweren Verbrechen jeder Bischof die Strafgewalt ausüben könne, so geht dies sicherlich zu weit. Jedenfalls ergiebt sich aus der Formulirung seiner Rechtsauffassung nichts darüber, ob die allgemeine Übertragung der Legation für einen bestimmten Bezirk genügt hat oder Spezialvollmacht für erforderlich erachtet worden ist. Aus dem Umstande, dass der päpstliche Legat Heinrich IV. zu Ingelheim 1105 die Absolution unter dem Hinweis darauf, dass er sie ohne den Papst nicht gewähren könne, verweigert hat, Watterich 2, 32; Böhmer-Will, reg. archiepisc. Mogunt. 1, 236, lässt sich ebenfalls nichts folgern, da sich die Zuständigkeit für die Verhängung von Strafen und für die Ertheilung der Absolution schon in dieser Zeit nicht mehr gedeckt haben, vgl. §. 285, und über den Umfang der Vollmacht des Legaten nichts bekannt ist. Offenbar hat sich ein Bedürfniss zu einer festen Regelung der Frage nicht herausgestellt, weil die Legaten bei der Wichtigkeit der betreffenden Angelegenheit mindestens in der Regel die erforderlichen Instruktionen vom Papst erhalten oder erbeten haben werden.

[1] So standen die englischen Bischöfe zu Winchester 1139, als die Exkommunikation Königs Stephans in Anregung gebracht war, davon ab, M. 21, 550: „quia principem excommunicare sine apostolici conscientia temerarium esset". Das Salzburger Konzil v. 1274, M. 24. 135 c. 12, welches für die Gefangennahme des Erzbischofs oder eines Bischofs oder für den feindlichen Angriff einer der Kirchen der Provinz das Interdikt für die letztere androht, ordnet allerdings nur an, dass diese Vorschrift auf fürstliche Personen und ihre Güter erst Anwendung finden soll, wenn sie auf Ermahnung nicht von den Feindseligkeiten abstehen oder nicht binnen Monatsfrist Genugthuung leisten.

[2] Cölestin III. 1191, J. L. n. 16736 (für Herzog Heinrich v. Braunschweig und seine Familie), Migne 206, 892; Innocenz III. 1214, P. n. 4911 (für König Johann v. England) Migne opp. 4, 226; Gregor IX. 1232 (für K. Andreas v. Ungarn) P. n. 8991; 1239 (für Otto v. Baiern) P. n. 10699; Innocenz IV. 1245 (für den König v. Ungarn u. dessen Familie) P. n. 11565, s. weiter n. 12047. 12550. 13323. 15090 (nur auf 10 Jahr); Alexander IV. P. n. 15822. 15913. 16517; Urban IV. P. n. 18426; Clemens IV. P. n. 20231; Gregor X. P. n. 20719; Bonifaz IX. P. n. 2439; Kaltenbrunner, Aktenstcke. unt. Rudolf I. S. 379 (1290).

[3] Clemens III. 1188 (für Schottland) J. L. n. 16173; Honorius III. 1218 (für Schottland) P. n. 5924. 5925; 1220 (für die Gräfin von Flandern) P. n. 6338; Gregor IX. 1236. 1237 (Frankreich) P. n. 10260. 10463; Innocenz IV. 1243 (Frankreich) P. n. 11197; 1245 (Ungarn) P. n. 11565 cit., vgl. weiter P. n. 12047. 12550. 13323 citt.; Alexander IV. P. n. 16031. 16313. 16517 cit. 18426 cit.; Clemens IV. P. n. 19776.

[4] Gregor IX. 1233 u. 1236, P. n. 9356. 10260 (des Königs v. Frankreich); Innocenz IV. 1245, P. n. 11738 (des K. v. England unter Ausdehnung auf die Exkommunikation der Kanoniker der Kapellen und der Diener der ersteren); Alexander IV. P. n. 16030.

[5] S. §. 276 und wegen der Konkurrenz der höheren Organe o. S. 280.

[6] S. o. S. 293.

Privilegien zu urtheilen, zunächst dahin, dass dieselben nur für den Fall, dass von den zuständigen Bischöfen und Prälaten kein wirksames Einschreiten zu erlangen wäre[1], später aber auch beliebig ohne diese Vorbedingung, von Censuren Gebrauch zu machen berechtigt sein sollten[2].

2. Was die Beschränkung der Straf- und Disciplinarstrafgewalt der Bischöfe betrifft, so ist eine solche, wenngleich nur vereinzelt durch Verzichte der letzteren auf dieselbe zu Gunsten der Stifter von Kirchen[3], als diese noch als Eigenthum der ersteren betrachtet wurden[4], erfolgt. Weiter haben sie ebenso wie die Päpste einzelnen Kapiteln[5] oder ihren Erzbischöfen[6] oder auch den Mitbischöfen mehrerer zu grösseren Synoden vereinigten Provinzen[7] oder wenigstens der Provinz in Konkurrenz mit ihrer eigenen Jurisdiktion[8] das Recht eingeräumt, Censuren gegen Verletzer der Kirchengüter oder der geistlichen Personen zu verhängen[9].

Handelt es sich hierbei um vereinzelte und vorübergehende Erscheinungen, welche theils durch die spätere Rechtsentwicklung unmöglich gemacht, theils sofort unterdrückt[10] worden sind, so ist die bischöfliche Strafgewalt abgesehen von der

[1] Eugen III. für den Bischof v. Bamberg 1146, J. L. n. 8975, v. Pflugk-Harttung acta 3, 841: „Quia vero bona Bambergensia ecclesiae in diversis episcopatibus vel parrochiis sita sunt et quidam episcopi in coercendis malefactoribus vel turbatoribus earundem possessionum .. negligentes existunt, statuimus, ut si .... episcopi, in quorum parochiis degunt, in eorum correctione negligentes extiterint, liceat vobis in eos canonicam sententiam promulgare". Dagegen hält Cölestin 1197, J. L. n. 17569; M. 20, 620 in dem Priv. für den Erzb. von Rouen diese Beschränkung blos für den Fall aufrecht, dass die Übelthäter nicht der erzbischöflichen Provinz angehören: „si quidem ipsi invasores de provincia tua sint, licitum tibi sit, sublato appell. obstaculo, in personas eorum exceptis Franciae et Angliae regibus ... et eorum familiis et excommunicationis et in terram eorum interdicti sententiam promulgare".

[2] Noch beschränkt Urban III. 1186, J. L. n. 15621, Haddan und Stubbs councils relat. to Great Britain. Oxford 1873. 2, 48, für den B. v. Glasgow: „ut si quisquam ecclesiam vel beneficium ecclesiasticum infra parrochiam tuam forte invaserit ... et ut in detentatione impune perduret, vocem appellationis emiserit, fas tibi sit talem nullius appellatione obstante vinculo excommunicationis astringere", ebenso 1186, J. L. n. 15698 (für den Patriarchen v. Aquileja); anders Priv. Bonifaz' VIII. 1296 für d. B. v. Halberstadt, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 2, 573: „ut in manifestos et notorios raptores, turbatores, molestatores et iniuriatores tuos et ecclesie supradicre, etiam tibi non subditos, tam clericos quam laicos, cuiuscumque condicionis, status vel dignitatis existant, competenti monitione praemissa, possis libere censuram ecclesiasticam exercere, non obstante, si aliquibus a sede apostolica sit indultum, quod interdici, suspendi vel excommunicari non possint per litteras apostolicas non facientes plenam et expressam de indulto huiusmodi mentionem. Nolumus autem quod huiusmodi indulgentia ad reges et regum consortes ac eorum filios et filias quomodolibet extendatur"; ebenso G. Schmidt, päpstliche Regesten. Halle 1886 S. 20; 1296 für den Erzb. v. Capua, Potth. n. 24455, aber beschränkt auf Laien, Kleriker und Bischöfe, welche sich im Königreich Neapel befinden.

[3] Dipl. d. B. v. Pästum 1054, Cod. dipl. Cavensis 7, 121, worin der Bischof gegen 5 Pfund Silber der Stifterin alle Gewalt über die Kirche überträgt und erklärt: „nec ego nec successores mei neque pars ipsius nostri episcopii haveamus potestatem aliquo tempore per qualemcumque modum vel rationem ... ipsam ecclesiam vel hereditatem pertinentem ipsius aecclesiae ad nostram potestatem retinere ... aut presbiteros vel clericos qui per vos in ipsa ecclesia ordinati fuerint, excommunicare vel exinde substraere".

[4] Bd. II S. 626. 627.

[5] So kassirt Lucius III. 1185, J. L. 15378, v. Pflugk-Harttung 1, 323 ein dem Dekan und den Kanonikern von Noyon von dem Bischof Rainald (1175—1188) ertheiltes Privileg: „ut malefactores suos quos vellent, quando vellent sine tuo assensu vinculo anathematis innodarent ... quod quotiens eis aliqua iniuria vel per te (Bischof) vel per castellanum vestrosve ministros seu comminia inferetur, propria possent voluntate ... totam civitatem subicere interdicto, ita etiam quod abbatie et parochiales omnes ecclesie eidem sententia subiacerent" als mit den Kanones in Widerspruch.

[6] So übertrugen Bischöfe der Provinz Ravenna auf der dortigen Provinzialsynode 1261, M. 23, 995 ihrem Erzbischof das Recht „auctoritate omnium eorundem et ipsorum singulorum" gegen malefactores in ihren Diöcesen Bann, Interdikt und Suspension zu verhängen.

[7] Avignon 1279 c. 3, M. 24, 235; Avignon 1326 c. 15, M. 25, 752; Avignon 1337 c. 19, p. 1093.

[8] Aquileja 1339, M. 25, 1125.

[9] Sofern die Strafthat nur in einem zu dem grösseren Verbande gehörigen Jurisdiktionsbezirk begangen war.

[10] S. Anm. 5.

Ausschliessung derselben in erster Instanz für die der Gerichtsbarkeit der Archidiakonen und Erzpriester unterstellten Bezirke und Personen[1] doch dauernd durch die Exemtionen von Klöstern und Orden[2], sowie mindestens auf Jahrhunderte durch solche einzelner Dom- und Kollegiatstifter[3] und deren Zugehörige eingeschränkt worden[4].

Ferner kommen in dieser Periode eine Anzahl päpstlicher Privilegien vor, welche für Klöster, Kapitel und deren Zugehörige, sowie auch für Geistliche und selbst für Laien die bischöfliche Strafgewalt in geringerem oder grösserem Umfange beschränken. Derartige Begünstigungen sind einmal vielfach bei der Aufnahme der Privilegirten in den päpstlichen Schutz (*protectio, tutela, defensio apostolicae sedis*, auch *suscipere in speciales ecclesiae Romanae filios*, bez. *filias*) ertheilt worden[5]. Bei den Klöstern gehen sie dahin, dass kein Bischof oder anderer Prälat gegen die Kirche[6], mitunter auch nur gegen einen Altar[7] in derselben oder gegen die vom Kloster abhängigen Kirchen abgesehen von gewissen Ausnahmefällen von dem Interdikt Gebrauch zu machen[8] befugt sein soll. Mitunter wird zugleich auch das Verbot der Suspension der Kleriker der Klöster ausgesprochen[9]. Am häufigsten lautet das Privileg dahin, dass kein Bischof und Prälat[10] überhaupt oder ein solcher mindestens nicht ohne specielle

[1] S. o. S. 294. Die Strafgewalt der Pfarrer (S. 291) hat wohl nur in erster Instanz mit der der Bischöfe konkurrirt, wie dies anfänglich mit der der Archidiakonen der Fall war.

[2] Das Nähere in der Lehre von den Orden, s. vorläufig Phillips K. R. 7, 903 ff.

[3] Bd. II S. 144 ff.

[4] Wenngleich nicht mehr heute, a. a. O. S. 152.

[5] S. Hadrian IV. 1157, J. L. n. 10315[a], s. unten Anm. 10, u. Innocenz III. P. n. 2203, S. 331 n. 3. Darüber, dass damit nicht ohne Weiteres eine volle Exemtion von der bischöflichen Gewalt verbunden war, s. Bd. II S. 147; Blumenstok, d. päpstl. Schutz S. 93 ff. 163.

[6] Urban II. 1096, J. L. n. 5659, M. 20, 939 (mit Rücksicht auf die Konsekration der Ara der Klosterkirche durch den Papst): „ne quis ulterius archiepiscopus aut episcopus adversus eandem ecclesiam audeat excommunicationis aut interdicti proferre sententiam".

[7] Urban II. 1096—1099, J. L. n. 5627, v. Pflugk-Harttung 1, 67. 68 (auch hier im Hinblick auf die Konsekration des Altars durch den Papst).

[8] Eugen 1145, J. L. n. 8778, v. Pfl. H. 1, 71: „ne ab episcopo vel suorum quolibet successorum ibidem divina officia interdicantur, nisi pro communi culpa cleri vel populi".

[9] Innocenz II. 1141—1143, J. L. n. 8337, M. 21, 402: „Clericos vero eorum, quos contra tenorem privilegiorum sedis apostolicae diceris ab ordinibus suspendisse, in officiis et ordinibus restituimus". Doch wird andererseits die Jurisdiktion der Bischöfe über diejenigen Kleriker, welche nicht Mönche sind, ausdrücklich vorbehalten, Eugen III. 1157, J. L. n. 9493, v. Pfl. H. 3, 108: „Capellanos, qui cellas et ecclesias eiusdem monasterii regunt, nisi pro certis et iustis causis excommunicari vel ab officio suspendi ab episcopo prohibemus"; s. auch Innocenz III. Potthast n. 151 (S. 331 n. 1).

[10] Also namentlich nicht der Diöcesanbischof, welcher auch öfters ausdrücklich genannt wird, Johann XVIII. 1004/1009, J. L. n. 3962, Migne 139, 1491: „ut nullo modo (monasterium) ab ullo archiepiscopo vel episcopo sententiam excommunicationis sustineat". Beschränkter Alexander II. 1068, J. L. n. 4644, Migne 151, 1339: ... statuimus ut Baiocensis episcopus prae qualibet abbatis vel monachorum culpa praefatum monasterium (S. Stephani Cadomense) non praesumat excommunicare vel divinum in eo officium prohibere. Quodsi abbas vel congregatio ordini et professionibus suis contraria gesserit et abbas vel se vel monachos suos regulariter emendare neglexerit, Baiocensis episcopus secreto et amicabili colloquio, ut se vel subiectos suos corrigat, admoneat. Porro si paternae admonitioni obedire contumacia pertinaci contempserit, non quidem eum Baiocensis episcopus ad suae ecclesiae synodum convocet, sed rem ad Rothomagensem archiepiscopum seu ad totius provinciae universale concilium perferat, ut eorum consilio auctoritate, diffinitione audiat, discat, accipiat, quid agi sive statui de eo oportet, sententia tamen de capitalibus apostolicae sedi reservata"; Gregor VII. 1074, Jaffé mon. Gregor. II. 86; v. Pfl. H. 1, 46: „nobis displicet, quod quasi de integro tibi licentiam usurpas prefat. excommunicandi cenobium (S. Gilles, Diöc. Nismes), cum hoc tibi non licere huius s. sedis auctoritas autenticorum testatur in datione privilegiorum (bis auf Alexander II. zurückgehend, s. Pfl. H. 1, 36, J. L. n. 4062). Quapropter ... praecipimus, ut nullius etiam obtentu iusticie ... excommunicando fratres ... cenobii presumas inquietare"; Urban II. 1099, J. L. n. 5787, Migne 151, 542: „nec dioecesano episcopo liceat aliquam eidem monasterio excommunicationem inferre". Paschalis II. 1115, J. L. n. 6476, v. Pfl. H. 1, 109: „ut nullus episcoporum nec etiam Bituricensis presul ... eundem locum, abbatem seu monachos excommunicare ... vel divinum officium ibidem interdicere praesumat";

Erlaubniss des apostolischen Stuhles[1] den Abt und die Mönche exkommuniciren und das Kloster, beziehentlich auch die dazu gehörigen Kirchen und Ortschaften mit dem Interdikt belegen darf, und daneben wird auch mehrfach die Vergünstigung gewährt, dass der Abt oder das Kloster in den wichtigeren Streitsachen, d. h. jedenfalls bei Anklagen wegen schwererer Vergehen, blos vor dem Papst zu Recht zu stehen braucht[2]. Ähnliche Privilegien sind auch den in den päpstlichen Schutz genommenen Stiftern[3], endlich auch aber seltener einzelnen Personen[4] bei der Aufnahme in den päpstlichen Schutz ertheilt worden[5]. Aber andererseits lässt sich nicht behaup-

Calixt II. 1119 u. 1121, J. L. n. 6694 u. 6904, M. 20, 203. 294: „Nec episcopo liceat cuiuscumque dioecesis eundem locum excommunicationis vel cuiuslibet dispositionis occasionibus perturbare"; Eugen III. 1151, J. L. n. 9488, v. Pfl.-H. 3, 105: „ut nec Mantuano episcopo nec ulli episcopo vel archiepiscopo aut alicui persone fas sit, abbatem et monachos, coenobium vestrum aut cellas vestras et conversantes illic fratres, monachos sive clericos excommunicare vel interdicere"; Hadrian IV. 1157, J. L. n. 10315a, ibid. 3, 185: „suscipientes vos in spetiales Romane ecclesie filios . . . statuimus, ut de cetero nulli archiepiscopo vel episcopo liceat super coenobium vel abbatem aut eiusdem coenobii conventum excommunicationis vel interdictionis manum extendere". In Urban II. 1095, J. L. n. 5554, Pfl.-H. 2, 158: „Quodsi episcopus pro hoc locum ipsum calumniari voluerit et ecclesias vel aliquos ad eundem locum pertinentes, excommunicare presumpserit, ipsa excommunicatio annulletur" bleibt es zweifelhaft, ob dem Bischof das Exkommunikationsrecht überhaupt oder das Recht abgesprochen werden soll, wegen des Gebrauchs der Privilegien den Bann zu verhängen. Mit Rücksicht auf die sonst vorliegenden Privilegien dürfte indessen das Erstere anzunehmen sein.

[1] Auch in dem ersteren Fall kann selbstverständlich der Papst den Bischof zur Verhängung der gedachten Strafen ermächtigen. Vgl. auch das auf S. Gilles (s. S. 330 n. 10 im Anfang) bezügliche Privileg Urbans II. 1091, J. L. n. 5453, v. Pfl.-H. 1, 55: „si qua autem in abbatum gravior querela emerserit, nullo modo nisi secundum iussionem Romani pontificis iudicetur nec episcopo cuiquam liceat sine Romani pontificis licentia in monasterium ipsum aut eius monachos excommunicationis intendere ultionem". Im Übrigen s. Alexander II. 1068, J. L. n. 4649, ibid. 1, 44: „ut nullus episcopus aliquo modo habeat licenciam excommunicandi ipsum locum aut cellas sibi subiectas scil. . . . cum eorum pertinentiis praeter papam s. Roman. ecclesiae"; Urban II. 1095, J. L. n. 5580, l. c. p. 60: „ut nulli episcoporum facultas sit, sine Romani pontificis licentia loca vestra vel monachos interdictioni vel excommunicationi subicere" (ebenso Urban II., J. L. n. 5543, M. 20, 706. 707); Paschalis II. 1105, J. L. n. 6053, M. 20, 1058: „Si qua vero in vos gravior querela emerserit, nostrae vel successorum nostrorum audientiae reservetur. Nulli autem vel archiepiscopo vel episcopo licere volumus, ut ecclesiam ipsam vel ipsius abbatem sine Romani pontificis conscientia vel excommunicatione vel interdicto cohibeat"; Eugen III. 1151, J. L. n. 9493, l. c. 3, 108: „Episcopo etiam alicui locum, abbates vel fratres ipsos excommunicare, interdicere . . . sine licentia Romani pontificis nullatenus liceat"; Innocenz III. 1198, Potth. n. 151, Migne 1, 123: „ne ullus omnino archiepiscopus aut alius ecclesiarum praelatus, nisi de speciali mandato Rom. pontificis vel legati ab ipsius latere destinati in monasterium ipsum abbatem vel aliquem fratrum vestrorum interdicti vel suspensionis vel excommunicationis sententiam promulgare praesumat"; 1212, P. n. 4435, l. c. 3, 567: „ut idem monasterium absque Roman. pontificis licentia minime interdicto vel excommunicationi subdatur".

[2] Alexander II. 1068, S. 330 n. 10; Urban II. J. L. n. 5453 u. Paschalis J. L. n. 6053, s. vor. Anm.; Paschalis II. 1110, J. L. n. 6255, Pfl.-H. 1, 103: „tibi quam successoribus tuis facultatem concedimus, in causis gravioribus Romanam ecclesiam appellare".

[3] Der Kollegiatkirche in urbe Agerensi Nikolaus II. 1060, J. L. n. 4432, Migne 143, 1337: „ut nulli episcopo liceat . . . de clericis ibidem commorantibus quemquam excommunicare" . .; dem Kapitel v. S. Agata di Cremona, Eugen III. 1148, J. L. n. 9282, Pfl. H. 2, 91: „nullam episcopus in predicta ecclesia potestatem exerceat neque excommunicandi neque interdicendi"; ferner dem Kapitel der herzoglichen Kapelle in Dijon (welche als filia specialis sedis apost. bezeichnet wird), Innoc. III. 1204, P. n. 2203, Migne 2, 343: „ne quis in vos vel ecclesiam vestram praeter auctoritatem apostolicae sedis excommunicationis vel interdicti sententias audeat promulgare, nisi forte ratione alterius beneficii vel occasione delicti alibi perpetrati; sed nec sic absque manifesta et rationabili causa sententias huiusmodi quisquam in vos ferre praesumat".

[4] Alexander III. 1178, J. L. n. 13129, Loewenfeld epist. pont. p. 164: „ut non liceat Meldensi episcopo personam tuam suspendere vel excommunicare nec aliquid de bonis, quae hucusque possedisti, subtrahere absque manifesta et rationabili causa et Senonensi archiepiscopi vel Romani pontificis conscientia" wo die Erlaubniss des Erzbischofs der des Papstes gleichgestellt ist. (Falsch ist Benedikt VIII. v. 1016, J. L. n. 4015, Pfl. H. 1, 10.)

[5] Denn diese gewähren überwiegend nur die Vergünstigung bei Beeinträchtigungen an den päpstlichen Stuhl appelliren zu dürfen, J. L. n. 4973. 8188. 8299. 16229 („ut si te in aliquo gravari praesenseris, libere tibi liceat, sedem apostolicam" oder wie es in dem ältesten bekannten

ten, dass jede Ertheilung des päpstlichen Schutzes ohne Weiteres eine Befreiung von der Strafgewalt des Ordinarius herbeigeführt habe[1]. Nur so viel ist richtig, dass sich schon in der betreffenden Zeit eine derartige Auffassung geltend gemacht hat[2], und erst Innocenz IV. hat allein die Bedeutung der Klausel: *In speciales et proprios ecclesiae filios recepimus* ein für alle Mal gesetzlich dahin festgestellt, dass mit derselben das Recht, von Niemand anderem als dem Papst oder einem Legaten a latere exkommunicirt und interdicirt zu werden, gewährt werde[3].

Ferner sind solche Privilegien, insbesondere seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, auch ohne gleichzeitige Aufnahme in den päpstlichen Schutz und unabhängig davon, an Kapitel[4], Klöster[5] und andere Korporationen, sowie an die Angehörigen derselben[6]

derartigen Privileg v. Johann VIII. 881, J. E. n. 3342, M. 17, 195 heisst: „te nusquam cuiuslibet episcopi vel sacerdotis subiacere iudicio, quousque in nostram vel successorum nostrorum libere ac securiter sine alicuius obstaculo vel impedimento praesentiam venias") und später, s. Innocenz III. P. n. 680. 701. 1880, Migne 1, 585. 606 u. 2, 46; Honor. III. P. n. 5452; Gregor IX. P. n. 8022, nur den Schutz gegen frivole Exkommunikationen und Interdicirung in der Fassung der S. 297 gedachten Privilegien, indem sie weiter aussprechen, dass, was selbstverständlich ist, Censuren, welche nach eingelegter Appellation an den Papst verhängt sind, der Gültigkeit entbehren. Von Freiheit von Censuren im Sinne der im Text gedachten Privilegien, so Blumenstok a. a. O. S. 158 n. 3, ist aber dabei nicht die Rede.

[1] So Blumenstok S. 104. 105, welcher annimmt, dass die päpstliche Kanzlei die Befreiung von der bischöflichen Strafgewalt als selbstverständliche Folge des Schutzes aufgefasst, und dass diese einen integrirenden Theil des päpstlichen Schutzrechtes gebildet hat. Gegen diese Ansicht, welche nach dem in der vor. Anm. Mitgetheilten jedenfalls für den Personenschutz nicht zutreffend ist — (vgl. auch die ausdrückliche Erklärung Innoc. III. in c. 18 X de priv. V. 33) — spricht der Umstand, dass die Privilegien auf Befreiung von den Censuren in verschiedener Fassung und in verschiedenem Umfange (s. die Anmerkungen auf S. 330 f.) gewährt worden sind, und dass, da in derselben Zeit die Päpste auch Schutzbriefe ohne derartige Vergünstigungen ertheilt haben, vgl. für die Zeit von Viktor II. 1057 bis Clemens III. 1189, Pfl. H. 1, 24. 25. 42. 45. 62. 120; 2, 119. 157; 3, 24. 30. 36. 39. 41. 44. 58. 59. 65. 68. 69. 79. 84. 101. 102. 113. 176. 178. 179. 180. 372, die päpstliche Kanzlei es bei Weglassung des Passus über die Strafgewalt des Bischofs zweifelhaft gelassen haben müsste, in welchem Umfang die Befreiung von derselben Platz gegriffen hätte. c. 12 (Inn. III.) X de priv. V. 33 spricht nicht für, sondern gerade gegen die Ansicht Blumenstok's, denn das hier fragliche Privilegium hat ausdrücklich eine die bischöfliche Exkommunikation ausschliessende Klausel enthalten.

[2] So weist Alexander III, c. 24 (1174, J. L. n. 12378) c. 25 (1162—1170, J. L. n. 11661) Comp. I lib. II. 20 den Anspruch der Suffraganbischöfe und Archidiakonen von Canterbury, mit Rücksicht darauf, dass sie sich und ihre Sprengel bei Appellationen an den päpstlichen Stuhl in den Schutz desselben zu stellen pflegten, deshalb von jeder Jurisdiktion des Erzbischofs befreit zu sein, zurück.

[3] c. 1 (1243 P. n. 15127) in VI de V. S. V. 12: „per illa verba (s. Text) dictos fratres exemptos non intelligi, et ipsos ex illo in proprios eiusdem ecclesiae filios fuisse receptos, quod ab alio quam a Romano pontifice vel legato ab eius latere destinato interdici vel excommunicari a quoquam non valeant declaramus" (was Phillips 7, 982 allerdings dahin versteht, dass aus der Klausel nicht zu folgern sei, dass die Begnadigten von Niemand anders als dem Papst exkommunicirt werden dürften!). Andererseits hat aber Innocenz IV. selbst noch 1251 bei der Inschutznahme der Bürger von Lyon, ihrer Diener und Güter ihnen gleichzeitig in einer besonderen Urkunde das Privileg ertheilt, dass keine Kirche und Parochie der Stadt auf Grund päpstlicher Briefe mit dem Interdikt belegt werden dürfe, wenn in denselben nicht dieser Vergünstigung unter Nennung der Stadt erwähnt sei, P. n. 14188. 14189. Ménestrier, histoire civile de la ville de Lyon 1696 preuv. p. XII. XIII.

[4] So auf Freiheit von der Exkommunikation und von dem Interdikt für Stendal Clemens III. 1189, J. L. n. 16448, Migne 204, 1449 (s. auch J. L. n. 16739), ebenso für das Stift in Montpellier Cölestin III. 1197, J. L. n. 17544, Mémoires de la société archéologique de Montpellier. Montpellier 1840. 5, 526; c. 16 (Inn. III. 1207, P. n. 3012) X de priv. V. 33; Innoc. III. 1198, P. n. 152, Migne 1, 124 (Widerruf eines derartigen früheren Privilegs); Honorius III. 1220, P. n. 6273. 6274, Riedel cod. dipl. Brandenb. 1 Haupth. V. 32 n. 22. 23 (von denen das zweite und ältere das Exkommunikationsprivileg, das erstere und spätere erst die Schutzertheilung enthält).

[5] Urban III., 1186, J. L. n. 15609, Monasticum Anglic. nov. ed. London 1846 1, 148; Cölestin III. 1197, J. L. n. 17566, Migne patr. 206, 1224; Innocenz IV. 1251, Potth. n. 14305 (auf Nicht-Exkommunikation und Interdicirung der Familien, Wohlthäter und derjenigen, welche in den Klostermühlen mahlen lassen oder sonst mit denselben verkehren).

[6] Innocenz IV. 1252, P. n. 14618, Bulaeus hist. univ. Paris. 3, 242 für die Universität Paris, ihre Rektoren, Prokuratoren, Magister und Scholaren; Alexander IV. 1257, P. n. 16952, Le-

gegeben worden [1].

Mit Rücksicht darauf, dass schon im Laufe des 13. Jahrhunderts durch diese und andere Privilegien [2] die Gerichtsbarkeit der Bischöfe eine übermässige Einschränkung erfahren hatte, und in Folge dessen eine wirksame Ausübung der Strafrechtspflege um so mehr gehindert wurde, als die verschiedenartigen, hierher gehörigen Privilegien nicht nur mit einander in Kollision treten [3], sondern auch gerade wegen der Befreiung der Privilegirten von der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit die letzteren zu Gewaltthätigkeiten gegen andere anreizen mussten [4], erliess Clemens IV., nachdem schon Alexander IV. [5] mit einer nicht sehr weittragenden, im wesentlichen nur auf die päpstliche Jurisdiktion berechneten Maassregel [6] vorangegangen war, die Anordnung [7], dass künftighin die in welcher Form auch immer gewährte Vergünstigung *quod interdici a quocumque vel excommunicari non possint nec terrae vel ecclesiae ipsorum ecclesiastico interdicto supponi* das Recht des Ordinarius, gegen die in dieser Weise Privilegirten mit Prozess und Urtheil vorzugehen, nicht ausschliessen sollte [8]. Wenngleich damit die bischöfliche Strafgewalt wieder eine gewisse Erweiterung erfuhr, so war doch dadurch keine durchgreifende Abhülfe geschaffen, denn ganz abgesehen davon,

verkus Urkdbch. d. Stadt Lübeck 1, 222 für die Freiheit der Stadt Lübeck vom Interdikt und der Bürger, ihrer Frauen und Kinder von der Exkommunikation.

Vereinzelt sind Privilegien auf Nichtexkommunikation von Geistlichen, welche an den im Auftrag des Papstes durch dessen Bevollmächtigten geweihten Kirchen fungiren, seitens der Bischöfe, s. Benedikt VIII. 1012/1024, J. L. n. 4054, v. Pflugk-Harttung 2, 65.

Die vom Papst geweihten Geistlichen (Bd. I S. 35 n. 5) haben dadurch nicht die Exemtion von der Strafgewalt des Ordinarius, in dessen Diözese sie angestellt waren, erhalten, c. 7 (Innoc. III.) X de M. et O. I. 33.

[1] Nicht hierher gehören die zahlreich im 13. Jahrhundert fast ausschliesslich von Innocenz IV. an Klöster Äbte, Kapitel, Bischöfe, Städte und Fürsten ertheilten Privilegien, P. n. 11609. 11654. 11642. 12109. 12101a. 12509. 12611. 13782. 13783. 13812. 14115a. 14271. 13883. 14026. 14571. 15090. 15532. 15537. 20560. 24125. 24369, (von denen einzelne auch nur auf mehrere, 2 oder 3 Jahre, gewährt sind, P. n. 13264. 13379. 13802. 15532) dass kein päpstlicher Delegat, Subdelegat, Konservator (Clemens IV. P. n. 20161. 20231. Gregor X. 20560. 20719) oder auch kein päpstlicher Legat (P. n. 12484 Innocenz IV.) ohne spezielle Ermächtigung (P. n. 20346 Clemens IV.; n. 20699 Gregor X.) die Exkommunikation, oder auch allein ein legatus latere (P. n. 19209 Clemens IV.) das Interdikt oder die Strafe des ingressus ecclesiae verhängen dürfe, denn diese befreien an sich nicht von der ordentlichen Strafgewalt, sondern sie schliessen nur das Recht bestimmter päpstlicher Bevollmächtigter aus, ohne besondere Spezialvollmacht von der ihnen übertragenen päpstlichen Jurisdiktion in gewissen Beziehungen Gebrauch zu machen.

[2] S. o. S. 328.

[3] So die Privilegien auf Bestrafung der Beeinträchtiger der Güter, s. S. 293. 294. 328 mit denen, nur vom Papst allein exkommunicirt, suspendirt und interdicirt zu werden, (eine besondere Vorschrift darüber in dem S. 329 n. 2 citirten Priv. v. 1296) oder auch mit solchen, wie denen v. Gelasius II. 1118, J. L. n. 6651, M. 21, 174 (für die Kanoniker in Lucca): „Nulla etiam vestri episcopatus persona sine consensu episcopi vel priorum (Bd. II S. 605), qui loco positi nominantur matricis ecclesiae excommunicetur", und 1118, J. L. n. 6652, M. 21, 175 für ein Stift in Lucca): „Parochianos vestros, nisi forte publico crimine teneantur, nullus invitis vobis excommunicare aut ad poenitentiam praesumat admittere".

[4] Aus diesem Grunde hat Innocenz III. das S. 332 n. 4 erwähnte Privileg, P. n. 152, widerrufen.

[5] Er widerrief nämlich 1255, P. n. 16950, bull. Taurin. 3, 618 alle von Innocenz IV. und von ihm selbst Geistlichen und Weltlichen dahin ertheilten Privilegien: „quod per delegatos vel conservatores aut exequutores a sede apostolica deputatos seu per delegatos ab ipsis" ferner auch die „quod per legatos eiusdem sedis vel per ordinarios aut per delegatos eorum interdici vel excommunicari, quodque ipsis ingressus ecclesiae interdici et quod terrae sane interdicto ecclesiastico supponi non valeant". Ausgenommen waren aber die Privilegien für Fürsten, sofern letztere „reges vel uxores vel filii seu fratres regum aut magnates sublimesque viri qui antiquitus a praedicta sede similem gratiam habuerunt" seien.

[6] Denn dadurch wurden im wesentlichen nur die Anm. 1 erwähnten Privilegien berührt und eine straffere und ungehindertere Ausübung der Jurisdiktion der päpstlichen Delegaten ermöglicht.

[7] 1266, P. n. 19697; bull. Taurin. 3, 764, das wesentliche auch in c. 5 in VI de privil. V. 7.

[8] L. c.: „ad ordinariorum sententias et processus edicto perpetuo prohibemus extendi".

dass in der gedachten Verordnung die den Königen, ihren Gemahlinnen und den königlichen Prinzen, sowie die den Religiosen mit Rücksicht auf ihre Person, ihre Orden und Häuser, Kirchen und Ortschaften ertheilten Privilegien aufrechterhalten waren, traf dieselbe auch nicht diejenigen, in welchen das Recht der Ordinarien, von den betreffenden Strafmitteln Gebrauch zu machen, ausdrücklich beseitigt war, und überdies waren die Päpste dadurch nicht gehindert, neue darauf gehende Privilegien neben den älteren, in grossem Umfange bestehen gebliebenen zu gewähren.

§. 283. f. *Die örtliche Zuständigkeit der Organe der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.*

Wie in älterer Zeit[1] bestimmt sich die Zuständigkeit des an sich über bestimmte Personenklassen[2] zur Ausübung der Straf- und Disciplinarstrafgewalt befugten kirchlichen Oberen, sofern sie nicht ihrer Natur nach die ganze Kirche umfasst[3], sowohl bei Klerikern, wie auch bei Laien, durch das Domizil[4].

Daneben findet sich auch die früher noch selten erwähnte Zuständigkeit des Ortes der begangenen Strafthat, des *forum delicti commissi*, seit der karolingischen Zeit, aber freilich nur als Ausnahme[5] für den Fall anerkannt, dass der Schuldige innerhalb des fraglichen Bezirks angetroffen wird[6]. Erst später seit dem 12. Jahrhundert hat man mit Rücksicht auf einzelne in das Gratianische Dekret aufgenommenen Stellen römischen Ursprungs[7], freilich nicht ohne Schwanken[8], von diesem Er-

[1] Bd. IV S. 758. 769. 839. 843.

[2] S. 280. 281.

[3] Wie die der kaiserlichen, päpstlichen und allgemeinen Synoden und der Päpste, Bd. III 517 ff. 565. und diesen Bd. S. 291.

[4] Über die Zuständigkeit des Bischofs s. ausser S. 278 n. 9 Mainz 888 c. 15, M. 18, 68 (S. 78 n. 7); London 1125 c. 10, M. 21, 332: „Nullus episcoporum alterius parochianum praesumat ordinare aut iudicare, unusquisque enim pro domino stat aut cadit, nec tenetur aliquis sententia non a suo iudice prolata; c. 3 (Cap. Angilr. c. 15, ed. Hinschius p. 761) X de paroch. III. 29; über die Provinzial- (und Primatial-) Synoden die Pseudo-Isidorstellen in c. 1. 2. 11. 16 C. III qu. 2 u. c. 2. 3. C. VI qu. 3, sowie c. 3 (Nicolaus?) ibid.; für die nichtbischöflichen Gerichte; wie des Archidiakons, die Sendgerichte u. s. w., s. S. 294 u. §. 288 ergiebt sich derselbe Grundsatz aus dem allgemeinen Princip.

[5] Carol. Calv. cap. ap. Vern. 884 c. 8 (c. 4 C. VI qu. 3), LL. 1, 552: „Placuit nobis et fidelibus, pro communi necessitate, ut nullus episcoporum graviter ferat, si eius parochianum pro huiusmodi causa depraedationis alter episcopus excommunicaverit". Eine Änderung gegen das frühere Recht liegt nicht darin, s. Bd. IV S. 758 n. 4; S. 770 n. 1; S. 842 n. 3.

[6] Synod. Ticin. 850 c. 11, Boret. Krause 2, 120 (s. S. 87 n. 3); cap. Vern. cit. c. 6 (c. 5 C. VI qu. 3 u. c. 1 X de rapt. V. 17 mit verändertem Text), LL. 1, 552: „De illis autem qui infra parrochiam beneficia et allodia non habent et alterius episcopi parrochiani sunt et dum ad curtem pergunt aut de loco ad locum iter faciunt, rapinas et depraedationes intra parochiam faciunt, placuit nobis, ut si ita prope episcopum, ut ei depraedatio illorum nota fieri possit, antequam parrochiam eius exeant, mittat strenuum et prudentem presbyterum, qui sua vice rationabiliter illos ad emendationem vocet. Si vero vocationem atque ammonitionem episcopi superbe contempserint, simili sententia excommunicationis feriantur, qua et illi qui infra parrochiam res aut beneficia habent; et insuper excommunicentur, ne extra parrochiam exeant, antequam superius statuta adimpleant"; Tribur 895 c. 42, M. 18, 153: „Si quis de uno in alium omnino transmigrat episcopatum et si contingat eum ... aliquod crimen committere episcopus, in cuius dioecesi tunc (d.h. bei Begehung des Verbrechens) commoratur et tali scelere criminabitur, habeat ius et potestatem . . . flagitiosum coercere. Per quos enim melius rei veritas ventilatur et emendatur quam per hos, intra quos habitat et criminosus apparet"; vgl. ferner in Bezug auf clerici et sacerdotes vagi syn. Ticin. 850 c. 18, Bor. Krause 2, 121.

[7] c. 1 (Pseudo-Fabian c. 28 ed. Hinschius p. 168) u. c. 18 (Cap. Angilr.) C. III qu. 6 u. c. 6 (id.) C. II qu. 3 (Palea).

[8] So erklärt noch Stephan v. Tournai unter Wiedergabe des Sinnes des dict. Grat. zu c. 2 C. III qu. 6 in seiner Summe zum Dekret, her. v. v. Schulte S. 196 zu c. 1 cit.: „Hoc verum est, quando non potest cognosci de crimine nisi causa ventiletur in ea civitate, ubi crimen commissum est", und wenn der Bischof v. Lüttich auf die Klage des Corveier Dekans gegen die Brandstifter in Ortschaften des Klosters mit Bezug auf die von Abt Wibald verhängte Exkommunikation, Jaffé mon. Corbeiens. p. 429 (1150)

forderniss abgesehen, und seit dem 13. Jahrhundert dem forum domicilii das *forum delicti commissi* als mit demselben konkurrirend an die Seite gestellt[1], sowie bei der Verhängung einer die Amtsrechte schmälernden Strafe, wie z. B. der Suspension und Deposition gegen einen Geistlichen seitens des Richters des letztgedachten Gerichtsstandes, die Vollstreckung solcher Strafurtheile dem kirchlichen Oberen der Diöcese des amtlichen Wohnsitzes überwiesen[2].

Dagegen kennen die kanonischen Rechtsquellen keinen besonderen Gerichtsstand der Ergreifung (*forum deprehensionis*)[3]. Dies erklärt sich wohl daraus, dass der Gerichtsstand des begangenen Verbrechens bei den stabilen Verhältnissen des Mittelalters schon an und für sich von geringer Bedeutung sein musste, und dass, falls eine Strafthat an einem nicht zu dem Gerichtsbezirk des Wohnsitzes gehörigen Orte begangen war, der Richter des letzteren kaum anders gegen den Thäter einschritt, als wenn er, wie dies vom karolingischen Recht ausdrücklich vorgeschrieben war[4], noch desselben in seinen Sprengel habhaft werden konnte.

Wenn einerseits die Päpste zur Wahrung der Kompetenz der ständigen Kirchenoberen den denselben vorgesetzten höheren Instanzen die Ausübung der Jurisdiktion über die den ersteren unmittelbar untergebenen Personen verboten[5], und nur für den Fall der Nachlässigkeit der unteren Instanzen den Geschädigten durch Privileg das Recht beigelegt haben, den höheren kirchlichen Oberen anzugehen[6], so sind von ihnen doch andererseits auch Vergünstigungen gewährt worden, welche im Interesse der Privilegirten eine Evokation derselben an entfernte Orte verhindern sollten[7] und damit die Konkurrenz der übrigen Gerichtsstände neben dem des Wohnsitzes beseitigen mussten.

erklärt: „se dubitare, utrum liberos homines parrochianos suos excommunicare possitis" (nämlich Wibald, an den der Brief gerichtet ist); vgl. Bernhardi, Konrad III. 2, 860, ferner Cölestin III. noch 1197 (s. das S. 329 n. 1 cit. Priv.) für den Fall der Beraubung der Kirchengüter seiner Provinz dem Erzbischof nur das Recht gewährt, gegen den derselben nicht angehörigen Thäter erst nach fruchtlosem Ersuchen des kompetenten Bischofs mit Censuren vorzugehen, so kann das forum delicti commissi noch keine allgemeine Anerkennung gefunden haben; denn sonst hätte im letzteren Fall blos ein Unterschied zwischen der Diöcese des Erzbischofs, in welcher er auf Grund dieses Gerichtsstandes zuständig gewesen wäre, und den anderen Diöcesen gemacht werden können.

[1] c. 14 (Innoc. III.) u. c. 20 (Gregor IX) X de foro compet. II. 2; vgl. auch Glosse zu c. c. 1 C. III qu. 6 cit. s. v. ibi semper u. c. 1 (Lyon 1245) in VI de privileg. V. 7. Gegen diese Unterwerfung auf Grund des forum delicti commissi sind aber schon im 13. Jahrh. päpstliche Privilegien gegeben worden, s. Potthast reg. n. 12430. 14526 (Innocenz IV. 1247 u. 1252) n. 16599 (Alexander IV. 1256).

[2] c. 14 X cit.

[3] Wohl aber die cit. Glosse (s. Anm. 1) in theoretisirender Weise unter Berufung auf das römische Recht, l. 1 C. ubi de crimine III. 15.

[4] S. o. S. 334.

[5] c. 9 (Innoc. III. 1199, Potthast n. 562) X de off. iud. ord. I. 31 u. c. 1 (Innoc. IV. 1246 P. n. 12062) in VI de suppl. negl. I. 8. Damit war die Anwendbarkeit der für die Synoden geltenden Regel, dass das höhere synodale Organ die Zuständigkeit des niederen auszuüben berechtigt ist, s. o. S. 280, auf die ständigen Jurisdiktionsorgane verneint.

[6] Innoc. III. ep. I. 185 (1198) P. n. 195, opp. Migne 1, 165 für ein Kloster in Auxerre: „cum . . . Autisiodor. epicopus usque adeo . . . vobis sit infestus, ut de parochianis suis malefactoribus vestris per eum iustitiam non possitis habere . . . indulgemus, ut ad Senon. arshiepiscopum pro coercendis ipsis malefactoribus vestrum recursum habere possitis, qui defectum ipsius episcopi de auctoritate nostra debeat in hac parte supplere". Die Jurisdiktion der höheren Instanz beruht danach nicht auf einer Devolution, sondern lediglich auf päpstlicher Ermächtigung. Dies zeigt sich auch darin, dass für ähnliche Fälle blosse Bischöfe und Äbte päpstlicherseits beauftragt worden sind, die Gerichtsbarkeit statt des zuständigen Oberen auszuüben, Innoc. III. ep. I. 163 (1198) P. n. 196, Migne 1, 141.

[7] Lucius III. 1184/85, J. L. n. 15320, Loewenfeld, epist. p. 225: „ut universitas vestra (v. Neu-Tours) nec per se extra civitatem nec . . . aliquis ex ea ad locum non securum extra Turon. dioeces. trahatur in causam"; Innoc. III. ep. I. 157 v. 1198, P. n. 160, Migne 1, 138 (für Kanoniker u. Geistliche v. Tournay): „ne coram alio iudice trahamini nisi per appellationem in causam, quamdiu sub examine . . . episcopi Tornac. vel . . . decani et capituli vestri stare

Kraft der seit dem 12. Jahrhundert anerkannten unmittelbaren Jurisdiktion des Papstes über die Kirche [1] konnte jedermann auch vor demselben belangt, mithin auch vom Papst nach Rom oder an den jeweiligen Sitz desselben vorgeladen werden [2], und nur derjenige, welcher dort zufällig aus einer anderen gerechtfertigten Ursache anwesend war, hatte, wenn er zu Rom belangt wurde, das jus revocandi domum [3]. Da der Papst die Ausübung seiner Gerichtsbarkeit auch Legaten [4] und besonderen Delegaten [5] übertragen konnte, und diese an sich befugt waren, die Parteien nach ihrem jeweiligen Aufenthaltsort zu laden [6], so sah sich schon das 4. Laterankonzil wegen der namentlich durch die Delegationen entstehenden Beschwerungen der Parteien zu der Anordnung veranlasst, dass niemand auf Grund päpstlicher Delegationsreskripte abgesehen vom Fall seines Einverständnisses oder ausdrücklicher anderweiter Bestimmung in dem apostolischen Schreiben auf eine weitere Entfernung als die zweier Tagereisen ausserhalb seiner Diöcese geladen werden durfte [7], aber auch darüber hinaus suchten sich Prälaten [8], Kapitel [9], Orden und Klöster [10], sowie einzelne Städte noch durch weitergehende Privilegien zu schützen [11].

iuri volueritis, praeterquam de nostro vel legati nostro mandato"; über ein ähnliches Prinzip für die Bürger v. Genua v. Innocenz IV. (1243—1254) und v. Alexander IV. s. Arch. f. k. K. R. 64, 12. 13; ein Privileg gegen die Evokation ausserhalb der erzbischöflichen Provinz J. L. n. 17442 (Cölestin III. 1196).

[1] Bd. I S. 172 u. diesen Bd. o. S. 291, vgl. auch c. 56 (Innoc. III.) X de app. II. 28.

[2] Früher im 11. Jahrhundert, als die Päpste ihre unmittelbare Jurisdiktion erst zur Durchführung zu bringen suchten (s. auch S. 281 ff.), ist dies freilich noch bestritten worden, s. Bröcking, französische Politik Leos IX. Stuttgart 1891. S. 34. 37. 49. 52.

[3] c. 20 (Gregor IX.) X de foro comp. II 2. Molitor, kanon. Gerichtsverfahren S. 134 fasst die Stelle irriger Weise dahin auf, dass sie blos für die sich zeitweilig in Rom aufhaltenden Kleriker einen singulären Gerichtsstand bilde, denn damit wird die allgemeine persönliche Jurisdiktion des Papstes und sein Recht nach Rom zu laden, geläugnet, vgl. auch die Glosse in casus zu c. 20 cit. Die Unrichtigkeit dieser Ansicht ergiebt sich auch daraus, dass nach const. Innoc. XXII: Contingit v. 1327, bull. Taur. 4, 323, die Anm. 10 gedachten Privilegien kein Recht gewähren, die Vorladung nach dem Sitz der römischen Kurie abzulehnen.

[4] Bd. IV. S. 511 ff.

[5] Bd. I S. 172 ff.

[6] Die Legaten allerdings nur innerhalb ihres Legationsbezirks, c. 1 (Alex. III.) X de off. 69. I. 30 u. Bd. I S. 513; doch hat man dagegen auch vereinzelt bei Ladungen ausserhalb der Provinz des Angeschuldigten Widerspruch erhoben, s. ep. Stephani Vienn. u. 1146, M. 21, 694. Für die Delegaten fehlt es an besonderen Bestimmungen, wenn aber diese auch nur nach ihrem Residenzort Vorladungen ergehen liessen und dieser meilenweit vom Wohnort des Geladenen entfernt war, so entstanden daraus schwere Lasten für den Citirten.

[7] c. 28 (Lateran IV. c. 37) X de rescr. I. 3. Weiter hat dann das freilich mehr auf andere streitige Rechtssachen als auf Strafprozesse bezügliche c. 11 (Bonifaz VIII.) in VI de rescr. I. 3 bestimmt, dass die vom Papst deputirten Richter überhaupt nur in grösseren Städten und hervorragenden Orten verhandeln, und dass wenn beide Parteien derselben Diöcese angehören, die Sachen, abgesehen von gewissen Ausnahmefällen nicht ausserhalb derselben kommittirt, bei verschiedenen Wohnsitzen aber Citationen in einer dritten Diöcese nicht über eine Tagesreise weit für den Geladenen erfolgen sollten. S. auch S. 203 n. 10.

[8] Honor. III. 1223, Potthast, reg. n. 6983, Hontheim hist. Trevirens. diplom. 1, 699 für den Erzb. v. Trier, die Suffraganen und Unterthanen desselben, dass sie von päpstlichen Delegaten nur nach Städten, in denen copia iurisperitorum vorhanden ist, Gregor IX. 1232 P. n. 8908 für die schottischen Bischöfe und Prälaten, dass sie blos bei ausdrücklicher desfalsiger Erwähnung in den päpstlichen Schreiben ausserhalb des Reiches geladen werden dürften.

[9] Innoc. IV. 1252, Potth. n. 14572 (ausserhalb der Stadt Lyon).

[10] Hierher gehören die freilich noch anderen Zwecken dienenden Privilegien, dass die Privilegirten vor den päpstlichen Delegaten überhaupt dann allein Recht zu geben verpflichtet sein sollten, wenn ihrer speziell im päpstlichen Reskript Erwähnung geschehen ist, welche vereinzelt schon vor dem 4. Later. Konz. vorkommen, Cölestin III. 1196 (Corvey), J. L. n. 17445; Honor. III. 1217, P. n. 5649 (Kloster); 1222 P. n. 6763 (Cluniacenser); Gregor IX. 1228 (Prämonstratenser); 1234 P. n. 9785 (Kloster); 1235 P. n. 9859 (Kloster); 1235 P. n. 9964 (Minoriten s. auch P. n. 11205); vgl. ferner für die weitere Zeit des 13. Jahrh. P. n. 11200. 11280. 12276. 12850. 13908. 19165. Endlich kommen auch Privilegien vor, dass eine Ladung überhaupt nicht über Entfernungen von 2 Tagesreisen hinaus erfolgen darf, so Gregor IX. 1228, P. n. 8099 (für die Äbte der Cistercienser-Klöster) 1228 P. n. 8197 (für die Cluniacenser-Mönche); Alexander IV. 1257 P. n. 17128, Clemens IV. 1265. P. n. 19138.

[11] Perugia Innocenz IV. 1252 u. Martin IV.

§. 284. *g. Die Fortentwicklung des Straf- und Disciplinarstrafverfahrens.*

Ein strafrechtliches Einschreiten[1] konnte in der karolingischen und späteren Zeit, wie früher[2] 1. auf Grund einer Anklage[3], 2. bei Offenkundigkeit eines Vergehens[4] und 3. von Amtswegen[5] gegen Geistliche und Laien eintreten.

Was die Anklage betrifft, so hatte man sich bei einer solchen schon in der merovingischen Zeit nicht mehr streng an den römischen Anklageprozess gehalten[6], und in karolingischer Zeit ist derselbe in Folge der Einwirkung germanischer Rechtsanschauungen und zugleich wegen der sich ebenso wie früher[7] geltend machenden Nothwendigkeit, den Ruf und das Ansehen des geistlichen Standes zu wahren, fast ganz in den Hintergrund getreten.

Aus dem erstgedachten Grunde erklärt es sich, dass man den Laien, welche ein ihnen zur Last gelegtes kirchliches Verbrechen läugneten, die Reinigung durch Eid[8] und in bestimmten Fällen auch durch Gottesurtheil[9] auferlegt

P. n. 14731 u. 21855; Köln 1252, Potth. n. 14739; Lübeck Alexander IV. 1257, Potth. n. 16941; Worms Alexander IV. 1260, P. n. 17866, bull. Taurin. 3, 636: „quod auctoritate litterarum sedis apostolicae quae de hac indulgentia plenam et expressam de verbo ad verbum non fecerint mentionem, trahi extra civitatem Wormat. ad iudicium nequeatis inviti, quando parati fueritis coram vestro ordinario stare iuri“ (s. auch P. n. 17696); früher schon Erfurt Innocenz IV. 1250, P. n. 13962; für Ungarn, dass keine geistliche oder weltliche Person ausserhalb des Reichs citirt werden kann, Innocenz IV. 1252, P. n. 14795.

[1] Vgl. W. Molitor, üb. kanon. Gerichtsverfahren gegen Kleriker. Mainz 1856 S. 54 ff.; F. A. Biener, Beiträge z. Gesch. d. Inquisitionsprozesses. Leipzig 1827 S. 16 ff., K. Hildenbrand die purgatio canonica und vulgaris. München 1841 S. 42 ff.; N. München, d. kanon. Gerichtsverfahren u. Strafrecht. Köln u. Neuss 1865 (2. A. 1874) Bd. I.

[2] Bd. IV S. 758. 770. 839. 843.

[3] Der Erhebung v. Anklagen wird wiederholt gedacht: syn. Francof. 794 c. 39, B. 1, 75; Mainz 851 c. 11, B.-Krause 2, 189: („De Battone qui accusabatur homines V occidisse“); Worms 868 c. 15, M. 15, 872; Mainz 888 c. 19, M. 18, 69; für die spätere Zeit s. z. B. Geisleden 1028, Bd. III S. 484 Anm., u. Limoges, M. 19, 545 S. 280 n. 7; vgl. auch das weiter unten über den Anklage-Prozess Bemerkte.

[4] c. 17 (Stephan. V. 887. 888, J. L. n. 3434) C. II. qu. 1 und unten am Ende dieses §.

[5] Wenn der kirchliche Obere in Folge seiner Aufsichts- und Inquisitionspflicht einzuschreiten hatte, cap. Olonn. 825 c. 5. 6 u. de reb. eccles. 825 c. 7, B. 1, 328. 332; Rom 826 c. 20, B. 1, 374 und Rom 853 c. 20, M. 14, 1006, s. auch §. 288; ihm durch eigene Wahrnehmung, Rom 853 (Verletzung der Residenzpflicht durch den Kardinalpriester Anastasius) M. 14, 1017; durch Hörensagen, ep. Hincm. ad Hadrian I. 871, M. 16, 687 („Ego per multos hoc audiens vocavi eum, d. h. presbyterum ad me“); Anastas. IV. 1154, J. L. n. 9603, M. 21, 773; durch bezichtigende Gerüchte, Chalons s. Saone 894, M. 18, 127, endlich auch durch Anzeige oder Denunziation, Mainz 888 c. 18 u. Tribur 895 c. 2, M. 18, 68. 139 — zu welcher sogar mehrfach so durch die Legaten-Konstitutionen für Mailand 1067, M. 19, 947, für die Laien, durch die Konst. Richards v. Salisbury u. 1227 c. 49, M. 22, 1123 für die Pfarrer in Betreff der presbyteri concubinarii, ferner allgemein in Betreff der Ketzer und der der Ketzerei Verdächtigen, Gregor IX. 1227 u. 1231: Excommunicamus i. f., Fredericq corp. document. inquisitionis Neerlandicae. Gent 1889. 1, 75. 77 (vgl. §. 296) eine Pflicht statuirt worden ist — zum Vorgehen Veranlassung geboten war. S. auch u. S. 350 ff. über das Verfahren per inquisitionem und per denunciationem, vgl. ferner Noyon 1280? c. 3 u. Avignon 1282 c. 1, M. 24, 375 u. 439, welche den Prälaten das Einschreiten von amtswegen bei Verdacht des Wuchers vorschreiben.

Selbstverständlich konnte ein solches wie früher, Bd. IV S. 772 auch auf Selbstanzeige erfolgen.

[6] Bd. IV S. 839 n. 3.

[7] A. a. O. S. 840.

[8] Mainz 847 c. 24, B. K. 2, 182: „Qui presbyterum occidit ... si negaverit, si liber est, cum XII iuret; si autem servus per XII vomeres ferventes se purget“.

[9] So bei Unfreien, s. vor. Anm., ferner wohl auch Mainz 852 c. 13, B. K. 2, 190: „Si maritus uxorem aut uxor maritum interfecerit, equum iudicium sit super eos ... Idcirco uterque eorum in huiusmodi criminis accusatione si negaverit, pari iudicio examinetur“, weiter Arno v. Salzburg 796 c. 9, LL. 3, 475: Venetici et necromantae candentis ferri examine probentur“. Tribur 895 c. 22, M. 18, 143 (vgl. auch §. 288): „Si quis fidelis libertate notabilis aliquo crimine aut infamia deputatur, utatur jure, iuramento se excusare. Si vero tanto talique crimine

hat[1], und dass in den im Laufe der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts nach dem Vorbilde des weltlichen Inquisitionsverfahrens eingeführten Sendgerichten[2] zwar die Sendzeugen als Ankläger auftraten, der Beschuldigte aber die erhobene Rüge ebenfalls seinerseits durch Eid oder Gottesurtheil abzulehnen und sich von dem ihm vorgeworfenen Vergehen zu reinigen hatte[3].

Für die Geistlichen konnte man ebensowenig wie früher den Reinigungseid, falls bei nicht durchgeführtem Beweise der Verdacht einer Strafthat auf einem solchen haften blieb, entbehren. Wenn dieser Eid auch seiner ursprünglichen Bedeutung nach von dem rein germanischen Reinigungseid des Angeklagten verschieden gewesen war, so lag doch eine Verwechselung beider nahe genug, und die Erklärung Gregors II. zu Gunsten der eidlichen Reinigung der Geistlichen[4] konnte daher als Billigung dieses germanischen Prozessinstitutes aufgefasst werden. In Folge dessen hat man während der karolingischen Zeit auch von dem germanischen Anklageprozess gegen Geistliche Gebrauch gemacht[5] und beim Reinigungseid die Zuziehung von Eidhelfern verlangt,

publicatur, ut criminosus a populo suspicetur et propterea superiuretur aut confiteatur et poeniteat aut episcopo aut suo misso discutiente per ignem candenti ferro caute examinetur". Dass auch bei der Erdrückung von Kindern durch die in demselben Bett mit ihnen schlafenden Eltern zur Ablehnung des Vergehens das Gottesurtheil (insbesondere des glühenden Eisens oder Wassers) angewendet wurde, ergiebt c. 20 (Stephan V. 887. 888 an Liutbert v. Mainz J. L. n. 3443, Jaffé mon. Mogunt. p. 335) C. II qu. 5 in Verbindung mit dem angeblichen Wormser Kanon bei Theiner disquisitiones critic. p. 323: „Pro infantium oppressione, qui sciens et per incuriam in hanc negligentiam devenerit, VII annos, qui ignoranter et casu annos V. Ubicunque autem de talibus altercatio fit aut dubietas, iudicio igniti ferri examinetur", von Theiner p. 313 n. 10 dem Wormser Konzil v. 868 m. E. nicht mit durchschlagenden Gründen zugewiesen.

[1] Wenn Mainz 852 c. 13, B. K. 2, 190 bestimmt: „Si autem manifestis indiciis non protest probari eum (quemlibet hominem) homicidam esse nec ipse vult confiteri, omnipotentis dei iudicio ... reservetur eique tamen indicetur, quod communione ecclesiastica indignus sit", so widerspricht dies nicht Mainz 847 c. 24 (s. S. 337 n. 8), denn hier ist vorausgesetzt, dass weder eine Beschuldigung erhoben noch auch irgendwie ein positiver Anhalt für einen Verdacht sich ergeben hat.

[2] S. §. 288.

[3] S. a. a. O.

Danach war der römische Anklageprozess gegen Laien ausser Übung. Aus Mainz 868 c. 42, M. 15, 877, welches nach der Sitte jener Zeit, auf frühere Kanonen zurückzugreifen, blos c. 11 Toledo VI. v. 638, Bd. IV S. 840 Anm. Nr. 1, wieder giebt, lässt sich um so weniger etwas anderes herleiten, als dasselbe allgemein lautet und auch die Geistlichen (über diese s. gleich nachher) betrifft. Wenn ferner Mainz 888 c. 23, M. 18, 70 vorschreibt, dass in Betreff der testes et coniuratores nicht das weltliche, sondern das kirchliche Recht massgebend sein soll und einzelne Vorschriften über Zeugen giebt, so war ein Zeugenbeweis auch ohne den eigentlich formellen römischen Anklageprozess nicht ausgeschlossen, namentlich dann nicht, wenn der kirchliche Richter von amtswegen vorging und die Verdachtsmomente festzustellen suchte.

[4] Bd. IV S. 840 n. 4 a. E.

[5] Syn. Francof. 794 c. 9, B. 1, 75, welche dem des Hochverraths beschuldigten B. Peter v. Verdun, ohne dass ein Anklagebeweis gegen ihn erhoben ist, den Reinigungseid mit zwei Bischöfen oder mit seinem Erzbischof auferlegt. Dass die Eidhelfer dabei für wesentlich erachtet wurden, ergiebt der Umstand, dass es als Gnade des Königs bezeichnet wird, wenn er dem Bischof seine Stellung belässt, obwohl dieser keine Eidhelfer hatte finden können und sich nur dadurch gereinigt hatte, dass er den Eid allein schwur, und einer seiner Vasallen zum Ersatz der Eidhelfer sich freiwillig einem günstig ausgefallenen Gottesurtheil unterworfen hatte.

Nach Mainz 852 c. 8, B. K. 2, 188: „Si quis presbyter vitae suae neglegens pravis exempla mala de se suspicari permiserit et populus ab episcopo iuramento seo banno christianitatis constrictus infamiam eius patefecerit et certi accusatores criminis eius defuerint, admoneatur primo seorsum ab episcopo, deinde sub duobus vel tribus testibus; si non emendaverit, in conventu presbiterorum episcopus eum publica increpatione admoneat; si vero nec sic se correxerit, ab officio suspendatur usque ad dignam satisfactionem. Si autem accusatores legitimi fuerint qui eius crimina manifestis indiciis probare contenderint, et ipse negaverit, hunc ipse cum sociis suis eiusdem ordinis VI viris, si valet, a crimine semetipsum expurget. Diaconus vero, si eodem crimine accusatus fuerit, semetipsum cum tribus diaconis examinet" hat beim Vorhandensein von Anklägern der beschuldigte Geistliche, ohne dass erst der Anklagebeweis erhoben wird, den Reiniungseid mit Eidhelfern seines Weihegrades zu leisten.

Wenn die karolingischen Kapitularien besondere Vorschriften in Betreff der Ankläger aufweisen, s. admonitio generalis 789 c. 30, Boret. 1, 56 („ut laici episcopos aut clericos non accusent nisi prius eorum discutiatur existimationis

letzteres selbst in dem Falle, wenn nicht auf Grund einer Anklage, sondern von amtswegen namentlich wegen blossen Verdachts oder etwaiger bezichtigender Gerüchte gegen einen Geistlichen eingeschritten wurde [1].

Freilich hat sich in der fränkischen Geistlichkeit sowohl gegen die Zuziehung der Eidhelfer für die Geistlichen [2] wie auch überhaupt gegen die ganze Gestaltung

opinio") entnommen c. 21 Chalced. 451, Bd. IV S. 758 n. 6, und syn. Francof. 794 c. 36, B. 1, 77 („de criminosis, ut non habeant vocem accusandi maiores natu aut episcopos suos", aus Carthago 390 c. 6, eod. eccles. Afric. c. 8), so waren diese auch an sich nicht mit dem germanischen Anklageprozess unvereinbar.

[1] Meaux-Epernay 845. 846 c. 68, M. 14, 835; LL. 1, 393: „De his qui sponsas alienas rapiunt vel consensu parentum accipiunt . . . Si vero . . . quis de gradu ecclesiastico talibus nuptiis se consensorem vel interventorem manifeste prodiderit, a gradu proprio repellatur. Et si verisimilibus exinde suspicionibus fuerit propulsatus et canonice nequiverit approbare, secundum ss. patrum statuta se purgare cogatur", s. auch das zu Epernay nicht acceptirte c. 70 ibid. M. 14, 836: „Ut illae quae quasi sanctimoniales sub velamine religionis degere cognoscuntur, sed potius . . . libidinibus et ceteris carnis voluptatibus inservire accusantur . . . si autem manifeste detegi non valeant, erga ecclesiam suae opinionis malam famam legaliter purgare cogantur". Kann es fraglich bleiben, ob nicht in diesen Stellen ein blosser Reinigungseid ohne Eidhelfer verlangt wird, so bezeichnet doch Hinkmar die Zuziehung solcher in seiner zw. 876 u. 877 geschriebenen Schrift: „de presbyteris criminosis" c. 7, Migne patrol. 125, 1096, als einen mos consuetudinarius der cisalpina ecclesia catholica, der schon mehr als 70 Jahre befolgt sei. Ferner ordnet er in seinem capit. ad presbyt. 852 c. 23, M. 15, 485 für den Fall, dass sich bei der Inquisition gegen Geistliche wegen unerlaubten Verkehrs mit Frauen keine glaubwürdigen Ankläger und Zeugen finden, an: „Si autem mala fama ex verisimilitudine per parochiam de presbyteris exierit et accusatores et testes legales defuerint . . . secund. decretum Gregorii junioris (S. 338) sit jusjurandum in medio et habeat malae famae presbyter in sacramento purgationis suae eum testem, quem habebit et iudicem (c. 24). Et quoniam legimus in epistolis b. Gregorii saepe infamatum sacerdotem in purgatione suae famae tantum juramentum praebuisse et legalis atque apostolica et canonica auctoritas trium testimonium recipit ad condemnationem, non absque re videtur, si recipiatur ad purgationem . . . auctoritati convenire ducimus, ut si presbiter infamatus fuerit secundum qualitatem caussae et personae et utilitatem ac sanationem cordium infirmorum aut singulis aut cum aliis duobus testibus (d. h. hier Eidhelfer) aut cum sex aliis VI testibus se ipsum sacramento a mala opinione purget. Et non est contrarium decreto Gregorii jun., quia . . . non diffinivit, utrum ipse solus an cum aliis juret" (vgl. auch c. 22 ibid. in c. 16 C, II qu. 5).

Hildenbrand S. 59 u. Molitor S. 58. 59 ziehen den ersten Theil des c. 8 Mainz 852 (S. 338 n. 5) ebenfalls hierher, indem sie unter der „digna satisfactio" die Ableistung des Reinigungseides verstehen. Schon Richter K. R. §. 226 n. 10 hat darauf hingewiesen, dass damit die Ableistung der Busse gemeint ist. Molitor S. 59 n. 4 beruft sich allerdings dem gegenüber auf c. 13 C. II qu. 5 und auf den Zusatz: „ne populus fidelium in eo scandalum patiatur", hat aber übersehen, dass dieser bei Gratian dem Concil v. Lerida zugeschriebene Kanon eine Verfälschung des ersten Theils v. c. 8 Mainz cit. ist, und dass sich der Zusatz daraus erklärt, dass während die Suspension bei Gratian eine interimistische Massregel bis zu der hier als Leistung des Reinigungseides erklärten satisfactio bildet, sie in c. 8 das Mittel ist, um die Busse zu erzwingen, und durch den Zwang zu der letzteren der Gemeinde der Anlass zum Ärgerniss genommen werden soll. Wenn das c. 8 den Priester in dem hier fraglichen Fall nicht zum Reinigungseid zulässt, so erklärt sich dies daraus, dass die Straffälligkeit durch die Inquisition des Bischofs schon soweit dargethan ist, dass dieser einschreiten und zur Bussleistung mahnen kann. Vgl. übrigens darüber, dass der Reinigungseid sowohl im Fall der Anklage, wie in dem eines blossen Verdachts oder üblen Gerüchtes geleistet wurde, noch unten S. 341 n. 2 a. E.

Auch ausserhalb des Frankenreichs ist in dieser Zeit die Zuziehung von Eidhelfern vorgekommen, so hat sogar Papst Paschalis II. 823 einen Reinigungseid in dieser Art geschworen. Bd. I S. 301, während Leo III. (800) einen solchen noch ohne Eidhelfer geleistet hat, Bd. I S. 300, s. auch Simson, Karl d. Gr. 2, 228 u. Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 99 ff.

[2] Smaragdus (Abt in der Diöcese Verdun in der ersten Hälfte des 9. Jahrh.) lib. de pressuris eccles. P. I überliefert bei Ivo v. Chatres decret. XII. 40: „Nunc . . . in tantum hoc aboletur, ut inordinata accusatione vix locus maneat legitimae defensionis nec approbanda iudicant, quae inique objiciunt, sed tantummodo vindicare, quaeque illata quaerunt. Quod si de defensione apud eos quaeritur, omni synodali censura postposita suis adinventionibus talem fieri dijudicant, quam accusati implere minime valeant vel quae illos iure officii omnino impediant, ut in sacerdotes dei liberius seviant quippe cum secundum Paulum apostolum ipsi sibi sint lex, accusatores, iudices et testes non ratione, sed vi ipsi simul existunt. Satisfactionem igitur accusati sacerdotis sub jurejurando minime dicunt valere, nisi plures etiam sacerdotes secum compellat iurare . . . Quo etenim in s. concilio vel cuius catholici vel apostolici viri decreto sancitum sit, sacerdotes dei a criminibus absolvi non posse, nisi confratrum satisfactione ignoramus. Cum enim sacramenta omnibus inter-

des Strafverfahrens bei Vergehen der Geistlichen auf der Grundlage des germanischen Anklageprozesses, insbesondere gegen die Forderung einer eidlichen Reinigung bei nicht erwiesener Anklage[1] Opposition erhoben, aber andererseits fand die Praxis der fränkischen Kirche in den gedachten Beziehungen auch in der Geistlichkeit[2], namentlich an einzelnen hervorragenden Bischöfen[3] eine Reihe von Vertheidigern, und

dicta sint christianis, valde perniciosum est, sacerdotes ad haec etiam alios cogere, unde tam se custodire, quam et illos debuerunt arguere".

[1] Vgl. die Forderungen des Konzils v. Aachen 836 III. c. 7, M. 14, 689: „Didicimus sane nonnullos episcoporum a quibusdam personis clam temeraria detractione accusatos atque detractos sine approbatione tamen in causis reprehensibilibus qui pontificatus ordini non congruere visae sunt, si approbatae fuerint. Idcirco obnixe precamur, ut si aliquis deinceps accusator annisus fuerit aliquem excessum in episcopali ordine rite reprehendere et ad aures imperiales perducere, ut non facile per cuiuscumque personam officium tanti ministerii in aliquo vilescere videatur. Accusator itaque uti, sicut hactenus, delitiscendo se subtrahere locum non habeat, sed neque accusatus: huius rei veritas synodali conventui pateat ibidemque omni occasione remota utrorum examinatio secundum veritatem examinetur, ut quod quisque meretur, accusatus videl. sive accusator pro merito canonicae disciplinae subiaceat: ne forte quisquam sacerdotum se reprehensibilem exhibere audeat aut etiam quisque leviter inaniterque propriae intemperantiae assensum praebens tanti ordinis viros sine caussa atque probatione vituperare praesumat" (eine Stelle, welche sich zwar in erster Linie wohl auf die Anklagen wegen weltlicher Vergehen bezieht, für die aber das das S. 281 n. 3 bemerkte gilt). Vor allem kommt jedoch Pseudo-Isidor in Betracht. Er hat die sich schon bei Ansegisus cap. I. 133, Boret. 1, 411 findenden falschen Gesten des Silvester aufgenommen, ed. Hinschius p. 449 (c. 2 C. II qu. 4), welche die Anklagen von Laien gegen Geistliche, sowie die eines Priesters gegen den Bischof, eines Diakons gegen den Priester und so fort verbieten, ferner die Verurtheilung eines Bischofs von der Überführung durch 72, des presbiter cardinalis durch 44, des diaconus cardinalis durch 36 und eines anderen Geistlichen durch 36 Zeugen abhängig machen; weiter weist er eine Reihe Vorschriften über die Anklagen der Geistlichen, namentlich die Nothwendigkeit der Unterschrift der Anklage durch den Ankläger und die Bestrafung desselben bei nicht erwiesener Anklage, Eutician. 7 (c. 3 C. II qu. 8) u. Sixt. III., ed. cit. p. 211. 562, und über die Erfordernisse der Ankläger und Zeugen, Clem. 31; Eutician. 8, Calixt 17; Euseb. 18; Felic. II. 12 c. VI. XII, l. c. p. 40. 140. 211. 239. 486. 487 und die hier weiter nachgewiesenen Stellen (solche auch c. 1—11 C. III qu. 4 u. c. 1—13 C. III qu. 5) auf; endlich verwirft er die Verpflichtung der Bischöfe und Priester zum Eide, Cornel. 3 ed. cit. p. 173 (c. 1—3 C. II qu. 5) und Sixt. III. l. c. p. 562. Richtet sich das letztere offenbar gegen den Reinigungseid der Geistlichen, Hildenbrand S. 69 ff., so kann ferner aus dem Zusammenhang aller dieser Stellen nur auf die Absicht geschlossen werden, unter Beseitigung der Praxis der fränkischen Kirche den römischen Anklageprozess wieder herzustellen.

[2] So in Benediktus Levita. Dieser theilt in I. 35. 36 (c. 19 C. II qu. 5) ein Schreiben Karls d. Gr. betreffend eine Anfrage an Papst Leo III. über das Verfahren gegen verbrecherische Priester und eine Entscheidung des letzteren und einer grossen Synode mit, nach welcher ein solcher, wenn die Anklage vom Ankläger und von den Zeugen nicht erwiesen wird, der Angeschuldigte aber dem Bischof oder seinen Amtsgenossen oder seiner Gemeinde verdächtig ist, sich nach dem Beispiele des Papst Leos (III.) mit 3 oder 5 oder 7 oder nach Ermessen des Bischofs mit mehr Eidhelfern, „bonis ac vicinis sacerdotibus" reinigen soll (vgl. auch I. 370), ferner III. 281 einen Nachtrag dazu, in welchem Karl d. Gr. erklärt, dass ihm B. Riculf v. Mainz den ihm früher unbekannten Brief Gregors II. (S. 338) auf einem Wormser Konzil vorgelegt habe, und es den Bischöfen überlässt, sich über die Angelegenheit schlüssig zu machen. Diese Kapitel sind, obwohl sie noch von München 1, 458 ff., Kober, Deposition S. 541 ohne jedes Bedenken für echt gehalten werden, sicher Fälschungen Benedikts, s. Hildenbrand S. 64 ff.; Weizsäcker, d. Kampf gegen den Chorepiskopat. Tübingen 1859 S. 10, welcher freilich das im engsten Zusammenhang mit I. 36 stehende c. 35 nicht beanstandet, und es soll dadurch die bisherige Praxis der fränkischen Kirche legitimirt werden. Daneben weist allerdings Benedikt auch die Vorschriften Pseudo-Silvesters über das Verbot der Anklagen von Geistlichen höherer Weihen durch die niederer, I. 302, ferner gleiche Bestimmungen wie Pseudoisidor in Betreff der Anklagen auf (s. die Nachweisungen in meiner Ausgabe zu den in der vor. Anm. citirten Pseudo-Isidorstellen und auch daselbst S. CCXV). Wenn er also ebenso wie der letztere den römischen Anklageprozess wieder zur Geltung bringen will, so geht er doch nicht soweit wie dieser, welcher sich auch gegen den Reinigungseid wendet, und daher Bened. I. 35. 36 u. III. 281 nicht übernommen hat.

[3] Vor allem an Hinkmar v. Rheims, welcher sich schon 852 (S. 339 n. 1) auf den Brief Gregors II. berufen und zw. 876 u. 877 in der citirten Schrift: „de presbyteris criminosis", Migne patrol. 125, 1093 ff., die bisherige Praxis der fränkischen Kirche zu rechtfertigen versucht hat. Er bezieht sich dafür auf die falsche Entscheidung Leos bei Bened. I. 35. 36, s. c. 1 ff. und wiederholt c. 16. 17. p. 1100. 1101 seine früheren Ausführungen über das Schreiben Gregors II. Wenn er aber daneben an dem römischen Anklageprozess festhält, so erklärt er doch zugleich die excerpta Silvestri über die Ausschliessung der Laien von Anklagen gegen Geistliche und der niederen gegen

behielt in Folge dessen, wenngleich sich ein vorübergehendes Schwanken in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts bemerkbar macht[1], mit dem Ende des 9. Jahrhunderts[2] und vollends mit dem Beginn des 10. Jahrhunderts die Oberhand[3].

höhere für unglaubwürdig, widerspruchsvoll und absurd.

[1] So ersetzt Worms 868 c. 10, M. 15, 871: „Si episcopo aut presbytero caussa criminalis h. e. homicidium, adulterium factum et maleficium (in c. 26 C. II qu. 5 nur presbytero maleficium) imputatum fuerit, in singulis missam et secretam (den Kanon) publice dicere et communicare debet et de singulis sibi imputatis innocentem reddere" bei schweren Verbrechen den Reinigungseid durch die Abendmahlsprobe, mittelst welcher sich auch zu Chalons s. Saone 894, M. 18, 127 (hier als *judicium s. spiritus* bezeichnet) ein des Mordes seines Bischofs durch Gerücht beschuldigter Diakon und Mönch reinigt, und schreibt dieselbe ebenfalls c. 15, ibid. p. 872 (c. 23 C. II qu. 5) für die Mönche vor, um bei einem Diebstahl im Kloster den Dieb zu ermitteln, während andererseits c. 12, p. 872: „Sacerdotes qui in crimine fornicationis fuerint accusati et crimen illis non fuerit comprobatum aut ipsi non manifestaverint, quid aliud agendum est, nisi quod in IX. Caesar. s. concilii cap. legitur ac demonstratur? Tamen si ipsi iuramento se voluerint purificare, licentiam habeant. Similiter et diaconi, si fuerint accusati, peragant", den der Unzucht beschuldigten Priestern und Diakonen bei nicht erwiesener Schuld nach c. 6 Neocaes. (c. 1 C. XVI qu. 8) das Weiterfungiren offen lässt und ihnen gleichzeitig anheim giebt, den etwaigen Verdacht gegen sich freiwillig durch einen Reinigungseid ohne Eidhelfer zu widerlegen.

[2] Schon Mainz 888 c. 19, M. 18, 69: „De presbyteris qui crimine fornicationis sive aliquo capitali flagitio accusantur et non habent collegas cum quibus se excusare possint aut si forte lapsi fuerint, quomodo satisfaciant", welches darauf c. 1 Neocäsarea und c. 4 Carth. 401 (c. 25 cod. eccles. Afric.) anführt, setzt wieder im Gegensatz zu Worms 868 (s. vor. Anm.) voraus, dass die Nichtmöglichkeit der Leistung des Reinigungseides mit Eidhelfern als Überführung gilt, denn es stellt diesem Fall den der Schuld an die Seite und fragt, für beide Fälle gleichmässig, welche Genugthuung einzutreten habe, wennschon es andererseits c. 12, p. 67 das Pseudosilvestrische Verbot der Anklage der Geistlichen höherer Weihen durch die niederer wiederholt. Tribur 895 c. 21, M. 18, 143 (c. 4 C. II qu. 5): „Si quis presbyter contra laicum vel laicus contra presbyterum aliquem habet querimoniae controversiam, episcopo regente sine personarum acceptione finiatur et laicus praejuramento, si necesse sit, constringatur, presbyter vero vice praeiuramenti per sanctam consecrationem interrogetur, quia sacerdos ex levi causa iurare non debeat" setzt bei Streitigkeiten zwischen einem Laien und Geistlichen, also bei Schuldklagen, für den letzteren an Stelle des Reinigungseides die Abendmahlsprobe, und wenn es dies dadurch motivirt, dass die Geistlichen nicht bei geringfügigen Sachen schwören sollen, so gestattet es damit indirekt den Reinigungseid bei Verbrechen.

Auch die Überlieferung besonderer Formulare für solche Reinigungseide spricht für das siegreiche Durchdringen der Praxis der fränkischen Kirche. Die von Marqu. Freher tractat. de existimatione Basil. 1591. III. 2 n. 22 herausgegebenen Formeln, auch bei Hildenbrand S. 81, lauten 1) für den Fall der Bezichtigung durch Gerücht oder Verdacht: „Contra interdicta canonum in accessu et frequentatione ac cohabitatione cum femina vel cum feminis non feci, unde ad vituperationem sacerdotalis ministerii et boni nominis, quod oportet habere sacerdotem, de verisimilitudine exire de me potuisset ista suspicio et mala opinio, quam isti homines N. confinxerunt adversus me. Sic me deus adjuvet per ista s. patrocinia"; 2) für den Fall einer Anklage: „Ego N. presbyter s. Mariae in villa N. profiteor, quia in femina nomine N. qua accusatus fui ab A. viro illustri apud episcopum meum H. Rem. eccles. praesulem, quod corporale peccatum per commixtionem carnis non perpetravi, pro quo ab officio sacerdotali debeam removeri. S. m. d. a. p. i. s. p." und 3) für die Eidhelfer: „Sicut ille presbyter N. hic modo iuravit ad purgandam suam infamiam, sic verum credo. S. m. d. a. p. i. s. p.", Formulare, welche, wie die Bezeichnung H. Rem. und die Verwandtschaft mit dem Sprachgebrauch Hinkmars (S. 339 n. 1) zeigt, zweifellos von diesem herrühren.

[3] So wiederholt Troslé 909 c. 9, M. 18, 291, die von Hinkmar v. Rheims 852 (S. 339 n. 1) gegebenen Vorschriften, vgl. ferner das c. 8 Mainz 852 (S. 338 n. 5) verändert wiedergebende c. 4 der Reichssynode zu Erfurt 937, LL. 2, 18: „Si quis presbyter aut diaconus neglegens vitae suae, mala de se suspicari permiserit et eius infamia coram episcopo canonice denotatur, admoneatur ab episcopo semel, bis ac tertio, ut vel prodendo reatum culpabilem se esse cognoscat et sic iustae correptionis sententiam excipiat aut adhibitis secum collegis iuramentum se expurgando innocentem esse demonstret"; ja zu Hohenaltheim 916 c. 16, LL. 2, 557 erklären sogar die Bischöfe, welche bisher nur selten (S. 338 n. 5) dem Reinigungseid unterworfen worden waren: „Statuimus precipue ob multa scandala eruenda et funditus exstirpanda et perturbationes quae noviter exortae sunt et oriuntur, nec non, ut omnes sciant, nos episcopos tales dei misericordia nequaquam esse, quales dicimur, exemplum s. Leonis papae, qui super 4 evangelia iurans coram populo se purgavit (S. 339 n. 1) sequi et imitari, salva auctoritate canonica" sich demselben künftighin unterziehen zu wollen. In der That hat dann schon die Synode v. Mouson 948, M. 18, 418: „iudicatum est . . . , ut Artaldo praesule retinente communionem et parochiam Remensem, Hugo qui ad duas synodos venire contempsit, communione et regimine Remensis episcopii abstineret, donec ad universalem synodum quae indicebatur kal. Aug. se purgatum occurreret", von der Auferlegung des Reinigungseides gegen Bischöfe Gebrauch gemacht.

Damit war der germanische Reinigungseid mit Eidhelfern[1] in die Praxis der Kirche in Deutschland und in Frankreich definitiv eingeführt, und zwar in seiner Funktion als Beweismittel, so dass, wenn der Beschuldigte den Eid geschworen, die Anklage oder der gegen ihn obwaltende Verdacht als widerlegt, andernfalls aber als erwiesen galt[2]. In Folge dessen musste sich nun das Verhältniss des römischen Anklageprozesses zu der fränkischen Praxis dahin stellen, dass zwar der Ankläger nach den Grundsätzen des ersteren den Beweis der Anklage führen konnte, und bei Erbringung eines vollen Beweises dafür unter Ausschluss des Reinigungseides die Verurtheilung erfolgte[3], andererseits aber wenn der Ankläger überhaupt keinen Be-

[1] Feste Normen hatten sich über die Zahl derselben nicht gebildet, eine solche setzt zwar Mainz 852 c. 8 fest, und ebenso sucht sie Hinkmar zu fixiren (S. 339 n. 1), während Benedikt Levita die Bestimmung dem Ermessen des kirchlichen Richters überlässt. Dagegen sollen sie nach allen mitgetheilten Stellen aus den Standesgenossen des Beschuldigten gewählt werden und zwar von dem letzteren, nur Hinkmar ep. ad. Joann. Camer. de Hunaldo, Migne 126, 113, lässt sie durch den Richter ernennen und nur dann durch den Beschuldigten auswählen, wenn die Ernannten nicht schwören wollen, doch muss der advocatus des Beschuldigten, um den Verdacht der Kollusion zu beseitigen, vorher durch Gottesurtheil erhärten, nicht, dass eine solche nicht stattgehabt hat, so Hildenbrand S. 83, sondern, dass der Beschuldigte die betreffende That nicht begangen hat. Das beweisen die Worte: „Invocatio autem super eum qui ad iudicium exit talis habetur, quod ipse presbyter talem accessum et... cohabitationem contra ss. canones cum illa femina non habuerit, unde mala suspicio et inconveniens sacerdoti possit merito exire". Es soll dadurch der aus der Weigerung der richterlich bestellten Eidhelfer entstehende Verdacht der Schuld und der Verdacht, dass die selbstgewählten Eidhelfer ein Komplott auf gegenseitige Eidhülfe mit dem Beschuldigten gemacht haben, vor dem Reinigungseid und dem Eid der Eidhelfer widerlegt werden.

[2] Für den Fall, dass ein Ankläger dem Beschuldigten gegenüberstand, nimmt dies Hildenbrand S. 88 auch schon für diese Zeit an, nicht aber (S. 84 ff.), falls der Reinigungseid blos wegen einer üblen fama und zur Widerlegung derselben geleistet wurde. Mit Rücksicht darauf, dass nach den Grundsätzen des römischen Anklageprozesses nur derjenige, der durch Beweis, Geständniss oder Notorietät überführt worden war, hätte bestraft werden dürfen, also in solchen Fällen die richterliche Thätigkeit des Bischofs aufgehört habe, behauptet er, dass der letztere dann nur kraft seines Oberaufsichtsrechtes oder kraft seiner Disciplinargewalt den Bezichtigten (Infamirten) zur Ableistung des Reinigungseides habe verpflichten und bei Nichtausschwörung desselben nur die Suspension vom Amte habe aussprechen oder vielmehr die schon zunächst verhängte Suspension fortdauern lassen können. Indessen ist die Unterscheidung zwischen dem Richteramt und der Disciplinargewalt des Bischofs unhaltbar. Die Straf- und Disciplinargewalt äussert sich in dem Strafen und die richterliche Thätigkeit des Bischofs ist sowohl die Vorbereitung der Bestrafung durch Feststellung des Thatbestandes und der Schuld als auch das Mittel, wodurch er jene Gewalt ausübt, und da der Bischof von jeher in der Lage gewesen ist, auch von amtswegen gegen Vergehen der Geistlichen einzuschreiten, Bd. IV S. 791. 839, so kann man die Unmöglichkeit der Bestrafung eines Geistlichen wegen einer demselben durch übles Gerücht zur Last gelegten Strafthat nicht mit der Behauptung begründen, dass die richterliche Gewalt nicht so weit reiche. Es gehört ebenfalls zur richterlichen Thätigkeit die Begründetheit oder Unbegründetheit eines solchen Gerüchtes festzustellen, und mit der ersteren wird auch zugleich die Begehung der Strafthat konstatirt. Verwandte man einmal den germanischen Reinigungseid dazu, eine Anklage zu widerlegen und galt die Nichtableistung als Beweis derselben, so war es ebenso nahe liegend, die letztere auch bei blosser Bezichtigung durch Gerüchte als Überführung in Betreff des fraglichen Vorgehens zu betrachten. Das bestätigt die S. 341 n. 2 mitgetheilte Eidesformel 1, welche auf die Widerlegung der Strafthat selbst gerichtet ist, nach der also, wenn der Eid nicht geschworen war, die Begehung derselben als wahr angesehen werden musste. Ebensowenig findet sich endlich eine Stelle, welche die Behauptung Hildenbrands S. 86, dass die Nichtleistung des Reinigungseides bei mala fama nur die Suspension zur Folge hat, bestätigt. Die Entscheidung der Synode v. Ponthion 876, LL. 1, 534; „.. de Adalgando presbytero... definitum est, ut illi propria ecclesia reddatur et a praefatis kalendis IV mensium dilatio ad famam suam purgandam concedatur. Si post IV menses purgare se canonice non potuerit, nulla eius vox penitus audiatur", kann nur bedeuten, dass die Bedingung der Rückgabe der Kirche die Ableistung des Reinigungseides ist, da sonst der letzte Satz keinen Sinn haben würde, unter allen Umständen kann aber darunter nicht eine Suspension verstanden werden. Mainz 852 c. 8, S. 338 n. 5, worauf Hildenbrand offenbar seine Auffassung aufgebaut hat, ist ebenfalls von ihm falsch verstanden worden, S. 339 n. 1. Nur darin ist ihm beizutreten, dass der Grad der Infamie, auf Grund welcher der Reinigungseid vom Beschuldigten gefordert werden kann, von dem Bischof nach seinem Ermessen bestimmt wird.

[3] Doucy 874 c. 2 i. f., M. 17, 290: „Huntbertus presbyter qui de praefatis comprobatus dicitur et convictus, ad se purgandum de obiecto

weis übernommen[1] oder den angetretenen nicht voll erbracht hatte[2], der Angeklagte noch den Reinigungseid zu schwören verpflichtet war.

Während sich diese Durchsetzung des kirchlichen Strafprozesses mit germanischen Prozesseinrichtungen im Frankenreich vollzog, haben die Päpste zunächst noch an dem römischen Recht festgehalten[3], ja die Voraussetzungen der Überführung des Angeklagten dadurch verschärft, dass sie wiederholt die erschwerenden Vorschriften der Pseudo-Silvestrischen Gesten über die Nothwendigkeit der in denselben angegebenen hohen Zahl der Belastungszeugen als geltendes Recht hingestellt[4], und ferner den Reinigungseid des Beschuldigten (ohne Eidhelfer) nur in dem Sinne und in der Bedeutung, wie die früheren Päpste, namentlich Gregor II.[5], gefordert[6] haben. Zwar haben sich schon Ende des 9. Jahrhunderts auch in Rom die Einwirkungen der germanischen Rechtsanschauungen und der von denselben beherrschten Praxis der fränkischen Kirche geltend gemacht, wie sich daraus ergiebt, dass Stephan V. (887. 888) bei dem Reinigungseid zur Widerlegung üblen Gerüchtes die Zuziehung von Eidhelfern verlangt hat[7]. Indessen hat es sich doch dabei nur um vereinzelte Erscheinungen gehandelt. Erst im Laufe des 11. Jahrhunderts findet sich eine derartige Verschärfung des Eides für die Geistlichen wieder[8], und auch den Bischöfen, welche sich wiederholt der Ableistung von Reinigungseiden haben unterziehen müssen[9], wird

sacrilego adulterio .... non habetur idoneus"; ebenso auch Bened. I. 36 cit.

[1] Um derartige Fälle handelt es sich, s. auch Hildenbrand S. 88, Mainz 852 c. 8 i. f., S. 338 n. 5; Worms 868 c. 10; Mainz 888 c. 19, und Tribur 895 c. 21, S. 341 n. 1 u. 2, und auch das Hinkmarsche Formular 2, S. 341 n. 2, bezieht sich auf einen solchen Fall.

[2] Diesen Fall hat Bened. Lev. I. 36 mit im Auge und in der That lag hier ebenfalls ein dem Gerücht gleichwerthiges Moment vor.

[3] Vgl. z. B. c. 2 (Nicol. I.) C. XV qu. 5; Johannis VIII. a. 873, Loewenfeld, epistol. Roman. pontif. p. 29. 30.

[4] So erklärt Leo IV. 849 an die Bischöfe Britanniens J. E. n. 2599, M. 14, 882 (c. 3 C. II qu. 4) unter ausdrücklichem Hinweis auf Silvester für die Überführung eines Bischofs 72 Zeugen nöthig; in Betreff der Priester vgl. Nicol. I. 858—867, Loewenfeld ep. pontif. Roman. p. 23: „Quod si de aliquo crimine accusatus est et convictus a XLIV testibus non fuerit (S. 340 n. 1) et ipse se hoc perpetrasse negaverit, superest, ut hic presbiter, positis sacrosanctis evangeliis per ea solus iureiurando affirmet se coram sancto concilio ab ipso crimine, quod illi obicitur, esse prorsus immunem sicque de illa calumpnia sibi illata et cum sacerdotio et titulo suo maneat omnino securus".

[5] Bd. IV S. 840. 841.

[6] S. ep. Nicol. cit. (Anm. 4). Wenn Nicolaus I. in (c. 2 C. XV qu. 5 cit.) auf den von einem Priester angebotenen Reinigungseid nicht eingeht, so war in dem betreffenden Falle nach seiner Anschauung gar nichts bewiesen, es lag also kein ausreichender Verdacht zur Abforderung des Reinigungseides vor, was der bei den Päpsten herrschenden Auffassung entspricht, s. vor. Anm.

[7] c. 1 C. XV qu. 5: „Quod si nec sponte confitetur nec accusatores et testes legitimi reperti fuerint et mala fama crebrescit, non publico examine, sed coram te et aliquantis reverentissimis presbiteris et diaconibus tuae ecclesiae secreto iuramento se purificet".

[8] Alexander II. ad ep. Com. 1063, J. L. n. 4505, M. 19, 983 (c. 11 u. c. 7. §. 1 C. II qu. 5): „Purgationem tamen ante te, duobus sibi sacerdotibus junctis, ubi accusator cessaverit, eundem (presbyterum de morte episcopi sui infamatum), ex se praebere tuo committimus arbitrio. Vulgarem denique legem a nulla canonica sanctione fultam, ferventis sive frigidae aquae ignitique ferri contactum aut cuiuslibet popularis inventionis . . . nec ipsum exhibere nec aliquo modo te volumus postulare, immo apostolicae authoritate prohibemus firmissime", Eugen III. 1148 J. L. n. 9356, M. 21, 644: „Si vero . . . Goslinus in probatione defecerit, septima manu sui ordinis purgationem praedictorum clericorum (v. Meaux) suscipias et eos ab infamia quae ipsis imponebatur, fratribus convicinis immunes ostendas et publice nuncies".

[9] Leos IX. Rheimser Syn. 1049, M. 19, 739 (auf Behauptung des Fürsprechers des Erzb. v. Rheims „eumdem archiepiscopum non esse reum simoniacae heresis") „apostolicus praecepit, ut haec ita esse sacramento probaret archiepiscopus . . . At ille canonicas inducias postulavit seque post earum expletionem, quod ratio purgationis posceret, peracturum spopondit" (vgl. auch ibid. p. 741 über die Leistung des Reinigungseides seitens des der Simonie beschuldigten B. v. Coutances); Alex. II. 1063 J. 4519, M. 19, 978: „comperimus, te . . . archidiaconatum non modo pecunia, verum etiam homicidio acquisiisse et nunc . . . episcopatum Suessionensem per . . . simoniacae heresis commercium comparasse. Unde . . tibi interdicimus, ut ordinationem suscipere

päpstlicherseits in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts in einzelnen Fällen[1], seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts aber regelmässig die Zuziehung von Eidhelfern aufgegeben[2].

Mit dem Beginne des 12. Jahrhunderts war demnach in der ganzen Kirche die Übertragung des germanischen Reinigungseides mit Eidhelfern in den kirchlichen Straf- und Disciplinarprozess für die Geistlichen, einschliesslich der Bischöfe recipirt[3]. Für die Mitwirkung der Päpste dabei war wohl vor Allem die Erwägung massgebend, dass sie allein durch ein solches Nachgeben gegenüber den germanischen Anschauungen dem Eindringen der Gottesurtheile in die geistlichen Gerichte bei Untersuchungen gegen Kleriker[4] und insbesondere gegen Bischöfe[5] mit Erfolg entgegentreten konnten[6].

non praesumas, donec ante nos vel legatum nostrum purificare te super hac infamia studeas".

[1] So schon von Gregor VII. 1078 oder wenigstens mit seiner Billigung, Jaffé mon. Gregor. p. 329: „Novit dilectio tua .... quanto iam tempore Tullensis episcopus laboraverit ..., pro repellenda ea quam sibi iniuste obiectam esse contendit, infamia. Sed quia propter imminentem regni commotionem sex simul epicopos ad expurgationem suam convocare non potest, hoc .... concessimus, ut quatuor episcopis ad praesens secum iurantibus expurgatus, episcopale officium per omnia faciat. De duobus autem, qui statuto iudicio interesse debent, indutias usque ad quadragesimam a nobis accepit". Es ist demnach völlig unrichtig, wenn Hildenbrand S. 73. 74 aus der Dekretale Innocenz' II. (1130—1143, J. L. n. 8289, in c. 17 C. II. qu. 5 (auch in c. 5 X de purg. can. V. 35), in welcher, „quoniam nec accusatores nec testes secundum formam canonum et ss. patrum statuta in causa ipsa — gegen den B. v. Trient wegen Simonie — procedere potuerunt", dem letzteren auferlegt wird, „ut tertia manu sui ordinis et IV abbatum et religiosorum sacerdotum de supradicta simonia in vestra praesentia se debeat expurgare", namentlich mit Rücksicht darauf, dass der Papst auch die Norm des Reinigungseides und des Eides der Eidhelfer formulirt, herleitet, dass eine solche Massregel damals (also gegen Mitte des 12. Jahrhunderts) noch nicht „zu den alltäglichen gehört" habe. S. auch die folgende Anm.

[2] Paschalis II. 1102 ad Anselm. Cantuar. 1102, J. L. n. 5909, M. 20, 1022: „Discussione habita nisi se (Ranulphus episcopus) septima sui ordinis manu expurgare potuerit, mox cum litterarum vestrarum testimonio transmittatur ad nos: si autem de conscientia sua trepidans, ad examen nostrum pervenire noluerit, per experientiam vestram ab ecclesia, quam occupat, depellatur"; ad canon. August. 1117, J. L. n. 6548, M. 20, 1010: „et si episcopus vester (Hermann v. Augsburg) de rerum ecclesiasticarum et de perversae vitae conversatione emendationem fecerit et de aliis, quae obiecta sunt, tertia episcoporum vel quinta presbyterorum manu se purgaverit, restitutionem interdicti sibi officii consequatur". S. auch das Legatenkonzil zu Poitiers 1100, wo dem der Simonie angeschuldigten B. v. Autun, M. 20, 1118: „datur locus se purgandi cum idoneis personis". Dem gegenüber kann es nicht in Betracht kommen, dass noch nach Gregor VII. Urban II (1088—1099), c. 2 C. VIII qu. 3, einen Eid ohne Eidhelfer verlangt hat, da es sich hier nur um Beseitigung eines Anstandes der Konsekration, nicht um ein Strafverfahren handelte, ebenso wenig, dass B. Hubert v. Senlis auf dem Legatenkonzil zu Troyes 1104 allein eidlich (ohne Eidhelfer) den Verdacht der Simonie abgelehnt hat, denn diese Eidesleistung war eine durchaus freiwillige, und die Synode hatte die Bezichtigung, M. 20, 1179: „propter insufficientiam accusantium personarum" für „minime probatum" erachtet.

[3] Für England vgl. London 1108 c. 4, M. 20, 1229: „Si vero in duobus aut tribus legitimis testibus vel publica parochianorum fama aliquis eorum accusatur, quod hoc statutum (Verbot der Unzucht der Geistlichen) violaverit, purgabit se adductis secum ordinis sui idoneis testibus VI, si presbyter fuerit, V si diaconus, IV si subdiaconus. Cui autem haec purgatio defecerit, ut transgressor s. statuti iudicabitur".

[4] Hiergegen hat sich schon Alexander II. erklären müssen, S. 343 n. 8.

[5] Mag es dabei auch kaum in Betracht gekommen sein, dass einzelne Bischöfe sich statt durch Eid durch die Abendmahlsprobe gereinigt haben, da dies 1049 zu Mainz unter dem Vorsitz Leos IX. selbst geschehen ist, Adam. gest. Hammab. eccles. lib. III, SS. 7, 346: „Spirensis episcopus Sibico, cui crimen adulterii intendebatur, examinatione sacrificii purgatus est", so hatte sich doch vielfach die Tendenz geltend gemacht, auch andere Gottesurtheile in kirchlichen Strafsachen gegen Bischöfe zur Anwendung zu bringen. In Italien werden Bischöfe, so Peter v. Florenz 1067 und 1103 Grossulanus durch Geistliche dadurch der Simonie überführt, dass sich solche der Feuerprobe unterwerfen, s. über den ersteren die Nachweisungen bei Meyer v. Knonau, Heinrich IV. u. Heinrich V. 1, 600, über den letzteren M. 20, 1140. Auch auf dem Legatenkonzil zu Poitiers 1100 erklären die Ankläger, die Kanoniker v. Autun, den Bischöfen, welche für den angeklagten Bischof als Eidhelfer auftreten wollen, ibid. p. 1119: „si non adquievissent, se quotquot erant canonici, periurium eorum ratione et sacramento declaraturos et iudicio probaturos".

[6] Die entschiedene päpstliche Missbilligung der in der vor. Anm. gedachten Neuerung (s. auch

In Betreff der Laien blieb es selbstverständlich bei dem in der karolingischen Zeit zur Ausbildung gelangten Verfahren mit Reinigungseid und Eidhelfern oder mit Gottesurtheil [1], denn von einer prinzipiell ablehnenden Haltung der Kirche oder auch der Päpste gegen die letzteren [2] ist in dieser Zeit, soweit die Laien in Frage standen, keine Rede [3].

S. 343 n. 8) ergiebt sich daraus, dass Paschalis II. 1105 auf der Synode zu Rom, M. 20, 1160, dem Grossulanus für den Fall, dass der Priester mit 12 Eidhelfern schwören würde, dass der erstere ihn zur Feuerprobe gezwungen habe (s. vor. Anm.), die Absetzung androht, und diese nur nicht erfolgt, weil Grossulanus unter Billigung des Papstes darüber den Reinigungseid mit einem Bischof als Eidhelfer ableistet, und der erstere ihm den Schwur des zweiten Eidhelfers nachlässt.

[1] Über die Anwendung derselben in den Sendgerichten s. §. 288; vgl. ferner Seligenstadt 1023 c. 7 (c. 24 C. II qu. 5) Hirsch-Bresslau Heinrich II. 3, 350 (Gottesurtheil bei Anklage wegen Ehebruches im Falle des Läugnens seitens des einen und des Geständnisses seitens des andern für den ersteren) u. c. 14 ibid.: „Si de adulterio accusati fuerint et ambo negaverint et si orant sibi concedi, ut alter illorum utrosque divino purget iudicio, si unus deciderit ambo rei habeantur"; Geisleden 1028, Bd. III S. 484 (Probe des glühenden Eisens bei Mord); Gottesfrieden v. Vich u. 1068, M. 19, 1071: „De omnibus illis constitutum est, qui interfuerunt malefactis quod si dixerint, se non interfuisse vel malum unde culpantur, se non fecisse, quod expient se per iudicium *aquae frigidae* in sede s. Petri. Quod si facere noluerint, excommunicationi subiaceant. Omnes vero probationes et expiationes quae indicabuntur querelatoribus et redirectoribus pacis et treugae domini fiant per iudicium *aquae frigidae* in s. Petri; Rheimser Gottesfriedensstatut Calixt's II. 1119, M. 21, 237: „Si quis autem appellatus fuerit de infractione huius treviae et ipse negaverit, si miles est, purgabit se sua septima manu, reliqui *vero dei iudicio* examinentur"; Rheims 1157 c. 1, p. 893: „Si quis vero de hac impiissima secta (der ketzerischen Piphili) infamis fuerit et quasi innocens purgare se voluerit, *igniti ferri iudicio* se purgabit"; annal. Marbac., SS. 17, 174: (1212) „haeretici comprehensi sunt in civitate Argentina. Producti vero, cum negarent haeresim iudicio ferri candentis ad legitimum terminum reservantur ... et pauci quidem ex eis innocentes apparuerunt".

[2] Denn c. 20 C. II qu. 5 (S. 337 n. 9) missbilligt die Feuer- und Wasserprobe wesentlich aus Missverständniss der Bedeutung derselben: „Nam ferri candentis vel aquae frigidae examinatione confessionem extorqueri a quolibet sacri non censent canones" und spricht sich nicht über die Gottesurtheile im Allgemeinen aus, ja Calixt II. schreibt sogar den Gebrauch des Gottesurtheils in seinem Gottesfrieden (vor. Anm.) ausdrücklich vor. Hatte doch die Kirche auch in den germanischen Ländern den Gebrauch der Gottesurtheile in den weltlichen Gerichten, abgesehen von vereinzelten Stimmen, z. B. Agobards v. Lyon, Hildenbrand S. 110; Marcks, die polit. kirchl. Wirksamkeit des Erzb. Agobard v. Lyon. Viersen 1888 S. 15 nicht nur nicht bekämpft (Hinkmar v. Rheims vertheidigt sie sogar, Schrörs, Hinkmar S. 190; Sdralek, Hinkmars kanonist. Gutachten. Freiburg i. Br. 1881 S. 41 ff., s. auch o. S. 340 n. 3), sondern denselben einen christlichen Charakter gegeben und kirchliche Ritualien für dieselben festgestellt, von denen sich einzelne sogar selbst, allerdings fälschlich, auf die Päpste Eugen und Leo zurückführen, Zeumer formulae p. 620. 622. 692. 706, und von den Päpsten hat ausser Stephan (s. vor. Anm.) Nikolaus I., c. 22 (J. E. n. 2872, M. 15, 319) C. II qu. 5, nur den der Kirche wegen seiner Blutigkeit anstössigen und ihrem Einfluss entzogenen Zweikampf gemissbilligt.

[3] Dass diese Unterscheidung berechtigt ist, zeigt das Verhalten Ivos v. Chartres in dieser Frage. Ep. 74, Migne patrol. 162, 96 schreibt er unter Berufung auf Stephan V., Nikolaus I. (s. vor. Anm.) und Alexander II., S. 343 n. 8, dem B. v. Lemans, welchen der König von England der Feuerprobe unterwerfen wollte: „monomachiam enim et ferri calidi examinationem nec consuetudo ecclesiastica in discutiendis causis ecclesiasticis nec canonica auctoritas instituit". In zwei anderen Fällen ep. 252 u. 280, ibid. p. 258 u. 281, in denen der Ehemann die Frau aussergerichtlich des Ehebruchs beschuldigt und sich von ihr getrennt hat, die Frau sich aber freiwillig ohne Prozess behufs des Beweises ihrer Unschuld zur Eisenprobe erbietet, erklärt er dies für unstatthaft, bemerkt indessen, ep. 252: „Non negamus tamen, quia ad divina aliquando recurrendum sit testimonia, quando praecedente ordinaria accusatione omnino desunt humana testimonia, non quod lex hoc instituerit divina', sed quod exigat incredulitas humana", und wenn er sich betreffs einer Anklage einer Frau wegen Ehebruchs gutachtlich dahin äussert, ep. 249, ibid. p. 255: „non mihi videntur testes sufficere ad convincendam moecham, quam vivente adultero timore vel amore non publicare nec accusare voluerunt. Quorum etiam quidam lenocinia turpitudinis adulterae ministraverunt et ita, sicut ipsi testantur, consentientes procul dubio fuerunt et ideo ... de se confessis non est credendum super crimen alienum. Si tamen in aliis honesti sunt et ex earum accusatione fama crebrescit et foedus rumor infirmorum conscientiam percutit, cogenda est mulier, ut ad arbitrium praesidentium de obiecto criminis probatarum personarum testimonio se expurget vel si facere non poterit, *candentis ferri* examinatione innocentiam suam comprobet", so lässt er bei Laien auch im geistlichen Gericht das Gottesurtheil subsidiär, d. h. bei nicht voll erwiesener Anklage und bei der Unmöglichkeit des Angeklagten, die erforderlichen Eidhelfer zu finden, zu.

In Folge dieser Entwicklung stellte sich nunmehr d. h. mit dem Ende des 11.[1] und seit dem Anfang des 12. Jahrhunderts des Verhältniss des römisch-kanonischen Anklageprozesses zu dem Verfahren mit den germanischen Beweismitteln, namentlich dem unter Zuziehung von Eidhelfern zu leistenden Reinigungseid, für die ganze Kirche dahin fest, wie es sich zunächst im Frankenreiche (S. 342) herausgebildet hatte[2], nur dass man beim Auftreten von Anklägern von diesen zunächst den Beweis der Anklage forderte, also entgegen den Grundsätzen des germanischen Anklageprozesses[3] weder dem Angeschuldigten von vornherein die Pflicht auferlegte noch ihm das Recht zugestand, der Anklage seinerseits durch den Reinigungseid zu entgehen[4],

[1] In Italien steht man zur Zeit Alexanders II., unter welchem sich die Umbildung in Betreff der Geistlichen zu vollziehen beginnt, im wesentlichen noch auf dem Boden des römischen Anklageprozesses, beziehentlich da, wo von amtswegen eingeschritten wird, auf der Forderung der Erbringung eines vollen Beweises, Mailänder Legatenkonstitutionen v. 1067, M. 19, 947: „statuimus ... nemi nem praedictorum graduum clericum (Priester, Diakon und Subdiakon) ex suspicione damnari ita ut non officio careat et beneficio, nisi ipse forte confessus vel per idoneos testes veraciter sit convictus", und bestraft den Ankläger wegen einer falschen Anklage, namentlich mit der auf das römische Recht zurückführenden Talion (s. auch noch Gran 1114 c. 52, M. 21, 109), wenngleich man bei völlig misslungenem Beweise (S. 343 n. 6) die freiwillige eidliche Reinigung des Beschuldigten gestattet, vgl. synod. Lucens. 1062, M. 19, 1024: „duci ad se fecit (Alexander III.) praedictam abbatissam (welche von 2 Nonnen fälschlich des unerlaubten fleischlichen Verkehrs angeklagt war), in ecclesia S. Martini, assistente innumerabili turba clericorum atque laicorum, non iussu pontificis, quando quidem minus canonicum videbatur, sed ut satisfaceret populo et vulgo coram omnibus in s. textu evangelii iuravit ... abbatissa, quod nocte illa qua accusabatur neque per se neque per interpositam personam aliquis homo a se in monasterium inductus fuerit neque fornicationem commisisse. Re autem agnita aperte declarata est sententia a summo pontifice ... omnes qui tunc ibi affuerant, asserebant reum huius incusationis seu falsitatis erga abbatissam eandem debere pati poenam quam deberet et ipsa quae accusabatur, si vera detulissent, videlicet ut extra monasterium fierent et inclusae manerent sicque se haberent, ut canones de falsis praecipiunt accusatoribus" (womit nicht die Bd. IV S. 770 n. 2 u. S. 839 n. 2 citirten Kanones, sondern Angilr. c. 28, Pseudo-Fabian 28 u. Pseudo Damas. 16, ed. Hinschius p. 168. 504, s. auch c. 2. 3 C. II qu. 3 u. c. 1 C. III qu. 6 gemeint sind).

[2] So wird bei der Erhebung von Anklagen gegen Geistliche zunächst nach den Regeln des römisch-kanonischen Anklageprozesses verfahren, z. B. zu Mainz 1071 gegen B. Karl v. Constanz, Jaffé, mon. Bamberg. p. 75; Hefele Conc. Gesch. 4, 888, ein Accusationslibell mit den Anklagepunkten und ferner „testificationis libelli, in quibus singuli nomen et officium suum designantes, quicquid accusando vel testificando proposuerant, asserunt se probaturos" überreicht, und der Angeklagte: „nititur improbare personas, dicens quod eius infamiae nota essent respersi, quod nec se nec quemquam alium possent canonice accusare", vgl. ferner in Betreff der päpstlichen Synode zu Guastalla 1106, M. 20, 1214: „Adsunt cum suo episcopo (Hermann) nuntii ecclesiae Augustensis: refert legatus quae audierit (zu Augsburg) ... Idonea iteratur accusatio, nulla praetenditur excusatio: facile ab omnibus concordatur, ut talis episcopus deponatur"; s. auch Paschalis II. (nicht Innocenz II., J. L. n. 6619) 1107/18 an Erzb. Konrad v. Salzburg M. 21, 418: „diligenter inquiras, si iudicium (durch welches der Abt v. S. Emmeran wegen Simonie abgesetzt war) ordinabiliter est habitum aut si alii accusatores, alii testes fuerunt, si eo praesente sub iureiurando contra eum dictum est testimonium, si contra eum in scriptis est actum vel ipse licentiam respondendi et defendendi se habuit; si accusatorum vel testium qualitas satis videtur canonibus convenire"; (der bei Mansi 16, 896 nach Ballerinii opp. Leon. M. 3, CCXCIX überlieferte, in Namen und Gesten theilweis verderbte Accusationslibell muss der Zeit Lucius' II. 1144—1145 angehören). Nur bei Anklagen wegen Simonie hielt man sich in Rom für berechtigt von den strengen Regeln abzuweichen, Erklärung der päpstlichen Legaten zu Valence 1100, M. 20, 1116: „Legatis contra respondentibus, in causa simoniae nullum omnino quamquam infamem, quamquam subditam personam removeri ab accusatione, cum Gregorius VII. in concilio Romano ad accusationem cuiusdem abbatis simoniacum quemdam deposuerit episcopum eodem accusatore abbate primo pro eadem simonia, cuius ipse particeps .. fuerat, deposito, sufficientem esse in uno accusatore et uno teste accusationem" und p. 1107: „in causa simoniae, ubi nulla requiritur legalitas". Vgl. auch Anm. 4 a. E.

[3] Nach welchem man in karolingischer Zeit verfahren war, S. 343 n. 1.

[4] Aus der Opposition gegen diese karolingische Praxis erklärt sich offenbar die Umänderung der Worte: „si accusatores legitimi fuerint bis contenderint" in c. 8 Mainz 852, S. 338 n. 5 bei Burchard Worm. decr. II. 181: in „non fuerint" und in c. 12 (hier, wie schon bei Burch. als conc. Agath.) C. II qu. 5 in: „si legitimi accusatores crimina sacerdotis probare non potuerint". Ferner wird zu Valence 1100 (s. Anm. 2) l. c. p. 1117: „Referebant etiam iidem legati, ubi ad iudicium ventum est, dissensionem accrevisse, dicentibus episcopis *pro usu Gallicanae ecclesiae*

während man in Betreff der Laien, für welche auch die Gottesurtheile zugelassen wurden[1], zwar in den streng kirchlichen Kreisen denselben Standpunkt festhielt[2], vielfach aber nach den Regeln des germanischen Anklageprozesses verfuhr[3].

Diesem Ergebniss entspricht die Darstellung Gratians[4]. Indem er davon ausgeht, dass eine Verurtheilung allein unter Innehaltung eines Prozessverfahrens[5] abgesehen von dem Falle der Notorietät (des *manifestum*)[6] stattfinden dürfe, verlangt er weiter, dass das Urtheil blos auf Grund der Überführung oder des freiwilligen Geständnisses des Beschuldigten erlassen werde[7]. Als das regelmässige Verfahren gilt ihm der römisch-kanonische Anklageprozess[8]. Nur, wenn kein Ankläger vorhanden

qui confirmatus erat pro praesentia Urbani pp. in conc. Claromontano itemque in concilii habitis a domno Lugdunensi purgationem imponendam ipsi qui impetebatur, quamvis hoc canonum auctoritatibus firmare non sufficerent. Legatis e diverso respondentibus et canonica assertione firmantibus, accusatorum esse probare quod obiecerint, si legitimi sunt", ein Versuch unter Berufung auf die Sitte der gallikanischen Kirche, d. h. auf die germanische Rechtsanschauung (s. vor. Anm.), den Anklägern die Führung des Beweises abzuschneiden, zurückgewiesen, und später ist durch Honorius III. auch für Schweden die Festhaltung an dem germanischen Rechte, c. 12 (1218, Potth. n. 5821) X de probat. II. 19 reprobirt worden. Andererseits hat man aber römischerseits auch unter den früher gedachten Voraussetzungen an der Pflicht des Angeschuldigten zur Leistung des Reinigungseides festgehalten, s. Schreiben des vom Erzb. v. Lyon beim Papst angeschuldigten Erzb. Stephan v. Vienne an den päpstlichen, mit der Untersuchung beauftragten Legaten, welcher den ersteren in die Provinz Lyon vorgeladen hatte (u. 1146) M. 21, 694: „Illic mihi contra accusatores meos conflictus indicitur et adversus eos, quos nunc penitus ignoro, iubeor arma corripere. De numeroso quoque testium LXXII (S. 340 n. 1) populo mihi sermo non fit, quorum examinatio licet ubique difficilis et longam multorum dierum solemnitatem requirat, in externis tamen finibus multo mihi difficilior extat. Praeterea in horum omni defectu cum canonice et evangelice absolvi debeam .. rursus mihi novus et singularis modus purgationis ingeritur et a ss. canonibus penitus alienus, ut quaeram scil. religiosos et sanctos episcopos quorum maior pars de Viennensis ecclesiae suffraganeis existat . . . In Viennensi provincia cum non sint nisi III episcopi habitum religionis inducti, qualiter ex tribus vel quinque ad purgationem meam assumere valeam prorsus ignoro".

Allerdings haben in besonderen Ausnahmefällen die Päpste den Reinigungseid ohne Weiteres von dem Angeklagten gefordert, Eugen. III. ep. 1150, M. 21, 647: „Sed cum in causa ipsa procedere sicut ratio exigit, minime posset, eum (Priester, der einen Archidiakon beim Papst wegen percussio angeklagt hat) a querimonia sua cessare praecipimus et praedictum archidiaconum super obiectis se canonice purgaturum tuo conspectui mandavimus praesentandum . . et si quinta manu sui ordinis super allatis criminibus se poterit expurgare, ipsum quoque ab impetitione praefati presbyteri absolutum remittas"; und vereinzelt ist sogar noch im 13. Jahrhundert nach den Grundsätzen des germanischen Anklageprozesses selbst unter Mitwirkung päpstlicher Legaten verfahren worden, so gegen den des Mordes des h. Engelbert v. Köln beschuldigten B. v. Münster und den erwählten B. v. Osnabrück, denn auf die blosse Anklage der Kölner Ministerialen auf dem Mainzer von dem Legaten Kardinal Konrad 1225 abgehaltenen Konzile wurde ihnen aufgegeben, sich auf einer Synode zu Lüttich mit 7 Bischöfen als Eidhelfern zu reinigen. Da sie dies aber nicht konnten, wurden sie von dem Kardinallegaten suspendirt, und nachdem sie an den Papst verwiesen worden, von diesem anscheinend ohne weitere Untersuchung abgesetzt, Böhmer-Will, regesta archiepiscop. Mogunt. 2, 191; M. 23, 8. 11; Ficker Engelbert d. H. 1853 S. 179. 185. 356; Winkelmann, Friedrich II. 1, 470. 472. 473.

[1] S. 345.

[2] So Ivo (S. 345 n. 3).

[3] Wie namentlich in den Sendgerichten, vgl. ferner S. 345 n. 1.

[4] Vgl. dazu Molitor S. 85 ff.

[5] Dict. C. II qu. 1 Pars I.

[6] Dict C. cit. P. II (nach c. 14) d. h. des zur Schautragens eines strafbaren Verhaltens, dict. zu c. 15 u. zu c. 20 ibid.: „Aliquando ipsa evidendentia operis reum testatur, quando opere publico crimen suum confiteatur, tunc post secundam et tertiam correctionem sine examinatione damnandus est, si incorrigibilis existat. In hoc itaque ultimo casu intelligenda est auctoritas, illa Ambrosii ibid. (c. 15 ibid.) et Nicolai (c. 16 ibid.): „Manifesta accusatione non indigent", wogegen er selbst noch ein Verfahren verlangt, wenn der Beschuldigte die That leugnet, „veluti si quis negaret, se interfecisse eum, quem sub oculis iudicis in conspectu multorum interfecerit", vgl. hierzu auch Molitor S. 102 u. Meurer, d. Begriff des kirchl. Strafvergehens nach d. Rechtsquellen des Augsb. Bekenntnisses. Leipzig 1883. S. 50 ff.

[7] P. I. C. II qu. 1 cit. u. c. 1 (August.) ibid.

[8] Das zeigt die ausführliche Behandlung, welche er demselben zu Theil werden lässt. In Anhalt an die in den vor. Anm. cit. Stellen führt er schon unter den zum Beweise des darin erwähnten Grundsatzes beigebrachten Kanonen einen c. 4 (Pseudo-Is.), welcher den Anklageprozess betrifft, und zum Schluss einen weiteren c. 14 (l. 3 D. XLVIII. 2) über die Qualifikation der

ist, aber ein übles Gerücht den Geistlichen bezichtigt[1], nicht aber, wenn die erhobene Anklage nicht hat bewiesen werden können[2] —, erklärt er den Beschuldigten nach Ermessen des Richters für verpflichtet sich mit Eidhelfern, deren Zahl der letztere ebenfalls bestimmt, zu reinigen[3], indem er zugleich bis zur Ableistung des Eides die Suspension des Angeschuldigten fordert[4].

Denselben Standpunkt, wie die frühere Praxis und Gratian, haben auch noch die Päpste in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts festgehalten[5], nur bildet sich jetzt gerade mit Rücksicht darauf, dass der Anklageprozess in die erste Linie gestellt ist, die Übung, im Fall eines bezichtigenden Gerüchtes, eine öffentliche Aufforderung dahin zu erlassen, dass diejenigen, welche geneigt sind, den Bezichtigten anzuklagen,

Ankläger an. Nachdem er dann die Lehre vom Manifestum eingeschoben (s. S. 347 n. 6) und in C. II qu. 2 die exceptio spolii besprochen, behandelt er qu. 3 die Bestrafung falscher Ankläger; qu. 5 die Frage, ob der Angeschuldigte „deficientibus accusatoribus" zum Reinigungseid gezwungen werden dürfe; qu. 4 die Zahl der Zeugen; qu. 7 (qu. 6 betrifft die Appellation) die Erfordernisse der Ankläger (darüber auch C. III qu. 4. 5; C. IV qu. 1. 2 u. 3. 4; C. V qu. 5; C. VI qu. 1; C. XV qu. 3, wobei er, s. dict. zu c. 13. 39. 42. 52 C. II qu. 7 die Laien nicht schlechthin, s. S. 340 n. 1, von der Anklage gegen Geistliche ausschliesst) und im Zusammenhang damit an den meisten citirten Stellen zugleich die der Zeugen, während er nirgends (abgesehen von dem Reinigungseide) im Zusammenhang eine andere Verfahrungsart erörtert. Vgl. des Näheren die Darstellung bei Molitor S. 85 ff.

[1] dict. P. I C. II qu. 5; P. II (hinter c. 4) ibid.; zu c. 18 l. c., zu C. VII qu. 5 u. c. 2 ibid.; zu C. XV qu. 5.

[2] Allerdings lässt die Aufnahme des veränderten c. 8 Mainz 852 in c. 12 C. II qu. 5 (S. 346 n. 4) auf das Gegentheil schliessen, aber im dictum zu c. 1 u. in c. 2 C. VI qu. 5 lässt er, wie nach ihm auch Rolandus (Alexander III.) summa C. II qu. 5, her. v. Thaner S. 17; Paucapalea summa ibid. her. v. v. Schulte S. 60 und Stephan v. Tournai summa ibid., her. v. v. Schulte p. 169, den Reinigungseid nur beim Vorliegen einer publica, bez. communis oder popularis infamia zu.

[3] dict. cit. zu c. 18 C. II qu. 5. Von den Gottesurtheilen verwirft er die Probe des heissen Wassers und Eisens, sowie den Zweikampf, ohne zwischen Geistlichen und Laien zu unterscheiden, wenngleich er in Betreff der übrigen Gottesurtheile im Hinblick auf das Gesetz Mosis zweifelt, dict. zu c. 20 C. II qu. 5.

[4] dict. cit. zu c. 18 C. II qu. 5 auf Grund des veränderten c. 8 Mainz 852 in c. 13 ibid., s. S. 339 n. 1, ohne sich darüber auszulassen, ob diese fortwährend dauert, wenn es auch feststeht, dass der Angeschuldigte den Eid nicht zu schwören vermag, oder ob sie blos als provisorische Maassregel bis dahin, dass die Leistung erfolgt oder das Gegentheil sicher ist, dienen soll.

[5] Denn während bei Notorietät c. 11 (Alex. III. 1159/81, J. L. n. 14110) X de simon. V. 3 (vgl. auch Alex. III. in c. 2 X de sortil. V. 21) und bei Überführung durch Geständniss und Beweis sofort auf Strafe, c. 11 cit. u. c. 13 (Alex. III. 1159/81 J. L. n. 13843) V. 3, bei völlig misslungenem Beweise, ja sogar auch nur bei Bestätigung der Anklage durch einen glaubwürdigen Zeugen ohne dass eine infamia entsteht, Alex. III. (1159/81, J. L. n. 13801, in c. 10 X de test. II 20 verb. App. Later. L. 47, M. 22, 445) auf Freisprechung erkannt wird, erfolgt die Auferlegung des Reinigungseides wenn, s. c. 11 X cit. V. 3: „id manifestum non (so App. Later. II. 13, M. 22. 276, in X fehlt dagegen das: non) est nec tamen inde convicti vel confessi fuerint, sed tamen publica infamia laborant", ferner bei wiederholtem Andringen eines nicht völlig glaubwürdigen Anklägers (Reinigungseid mit 3 Priestern), c. 10 (Alex. III. 1166/67 J. L. n. 11338) X de accusat. V. 1, bei Beschuldigung durch die mitschuldige Ehebrecherin unter Bestätigung durch einen anderen Priester, der den Namen des schuldigen verschweigt (mit vicinis V presbyteris); weiter bei publica infamia (simonistische Priester „cum quinta vel sexta manu sui ordinis") c. 13 X cit. V. 3; bei infamia (simonistische Priester cum quinta vel tertia manu su ordinis) Alex. III. in App. Later. L. 47 cit.; c. (Luc. III. 1181/85 J. L. n. 15169) de purg. ca V. 34 (des Mordes beschuldigte Priester cu septima aut quinta manu sui ordinis); Urban III 1186/87 (nicht Alex. III. s. J. L. n. 15511) App. Later. L. 65, M. 22, 451, u. coll. Cass XXI. 12, Boehmer corp. iur. can. 2 app. p. 222 (infamia in Bezug auf Mord gegen eine Priester); ep. Coelest. III. 1194, J. L. n. 17121 M. 22, 599: „si vero accusatores defecerint fama publica fuerit contra ipsum (Erzb. v. York ei purgationem cum tribus episcopis et totide abbatibus authoritate nostra . . . indicatis"; fe ner auch für Laien si de aliquo crimine publi laborat, accusatore et testibus deficientibus c. (Alex. III. 1159/87 J. L. n. 13970) X de pu can. V. 34.

Die Zahl der Eidhelfer ist ebensowenig, w früher, festbestimmt (s. vorher), nur über ih Qualifikation wird bemerkt, dass sie ehrenh und guten Rufes, sowie unbestraft sein, fern das Leben des Bezichtigten, von dem sie zu zogen werden, kennen sollen, sowie dass in B treff ihrer kein Verdacht eines Meineides a Vorliebe, Hass oder wegen Bestechung obwalt darf, c. 5 cit. X V. 16; c. 7 cit. V. 34 u. c (Luc. III. J. L. n. 15206) X eod.

binnen bestimmter Frist die förmliche Anklage anbringen sollen[1], und mit Rücksicht darauf, dass der Reinigungseid mit Eidhelfern in dieser Zeit völlig vom kanonischen Recht recipirt ist, während gleichzeitig die Päpste den Gebrauch der Gottesurtheile namentlich sowohl in den geistlichen Gerichten wie auch für Geistliche zu bekämpfen beginnen[2], wird die Reinigung durch den ersteren nunmehr als *purgatio canonica*[3], die durch die letzteren aber als *p. vulgaris*[4] bezeichnet[5].

Bisher hatte allein der schon aus dem römischen Recht herübergenommene Anklageprozess eine nähere Ausgestaltung durch feste Normen aufzuweisen, dagegen hatte das strafrichterliche Einschreiten von amtswegen, welches zwar stets üblich gewesen[6], aber gegen den Anklageprozess in seiner praktischen Bedeutung zurückstand, für die ganze Kirche nur insoweit eine gleichmässige Regelung erfahren, als es sich um das Verfahren auf Grund einer *infamia* und um den in Folge einer solchen aufzuerlegenden Reinigungseid, die *purgatio canonica*, handelte[7].

Es lag daher nahe genug, in dieser Richtung durch Schaffung einer festeren Ordnung reformatorisch einzugreifen, und das um so mehr, als sich die kirchliche Gesetzgebung gerade gegen Ende des 12. Jahrhunderts bei der zunehmenden Verbreitung der Ketzereien und dem Anwachsen der Zahl der Ketzer genöthigt gesehen

[1] Urban III. in App. Later. L. 65 cit.: „facias publice nunciari, ut si qui de hoc ipsum archidiaconum accusare voluerint, eum secundum iuris ordinem coram vobis accusent... Si vero publica et manifesta denunciatione facta infra XL dies accusator non comparuerit ... secundum qualitatem infamiae ... purgationem canonicam imponatis"; Innoc. III. 1202, Potthast n. 1648, ep. V. 12, Migne 1, 962: „nisi post denunciationem indicendae purgationis publice factam in eccl. Carnotensi legitimus contra eum infra XX dies apparuerit accusator".

[2] Alex. III. ad archiep. Upsalens. 1171/72, J. L. n. 12117, M. 21, 934: „Ferventis vero aquae vel candentis ferri iudicium sive duellum, quod monomachia dicitur, catholica ecclesia contra quemlibet, etiam nedum episcopum, non admittit"; c. 3 (Alex. III. 1174/1181 J. L. n. 14315) X de poen. V. 37 (pars decisa: Verbot an die Archidiakonen v. Coventry in examinatione ignis et aquae Geld von den Laien zu nehmen); c. 8 (Luc. III.) cit. X V. 34 (Nichtigkeits-Erklärung der Reinigung eines des Mordes bezichtigten Priesters durch die Probe des kalten Wassers und Auferlegung des Reinigungseides mit Eidhelfern „quia peregrina iudicia sint inhibita"); Innoc. III. ep. V. 106, 1202 Potth. n. 1759, Migne 1, 106; ep. XI. 46, 1208 P. n. 3342, ibid. 2, 1372 „iudicium autem aquae ferventis non solum in matrimonialibus, verum aliis ecclesiasticis causis recipi canonicis est sanctionibus interdictum"), ep. XIII. 124, 1210, P. n. 4095, l. c. 3, 320; c. 2 (Innoc. III.) X u. c. 3 (Honor. III.) X de purg. vulg. V. 35; Alex. IV. 1247, P. n. 16860, s. §. 288. 1215 hat das IV. Lateran-Konzil c. 18 (c. 9 X de clerici III. 50) die Gottesurtheile dadurch den weltlichen Gerichten zu beseitigen verboten, dass es den Klerikern die Vornahme der liturgischen Handlungen bei den Feuer- und Wasser-Ordalen untersagt.

[3] c. 11 (Alex. III.) cit. V. 3; c. 8 (Luc. III.) cit. V. 34 u. Anm. 1. Auch Eugen III., S. 346 n. 4, gebraucht schon den Ausdruck: „canonice purgare".

[4] In Anhalt an c. 7 §. 1. C. II qu. 5 (S. 343 n. 8) Sicardus v. Cremona summa zum Dekret (1174—1179) zu C. II qu. 5, Hildenbrand S. 186: „Est autem purgatio vulgaris v. candentis ferri et ferventis aquae, monomachia ... canonica quae fit per iuramentum"; Laborans cod. compilationis (1182) l. III p. II t. 1, a. a. O. S. 97; dann compil. I. lib. V. tit. 30; comp. II lib. V tit. 30; compil. III. lib. V tit. 13; comp. V lib. V tit. 14 u. X V. 35.

[5] Hildenbrand S. 90. 91 (ihm folgt Richter-Dove-Kahl K. R. §. 226 S. 832) nimmt an, dass sich erst unter Alexander III. die Neuerung festgestellt habe, dass bei Verweigerung des Reinigungseides nicht mehr, wie früher, regelmässig die Suspension des Beschuldigten, sondern die volle Strafe eingetreten wäre. Das letztere ist zwar richtig, denn Alexander will nach c. 5 X cit. V. 16 nur bei Ehebruch die Strafe der Suspension, dagegen c. 13 X cit. V. 3 u. c. 7 X cit. V. 34 bei Simonie die privatio beneficii und c. 11 X cit. V. 3 die ordentliche Strafe verhängt wissen. Eine Neuerung liegt indessen darin nicht, s. o. S. 342 n. 2.

[6] S. 337 n. 5. Auch das Verfahren in den Sendgerichten gegen die Laien war, wenngleich sich dasselbe in den Formen des germanischen Anklageprozesses bewegte, ein Verfahren von amtswegen, s. u. §. 288.

[7] Vgl. o. S. 338 u. 348. Auf diesem Standpunkt stehen auch noch das Legaten-Konzil v. York 1195 c. 12, M. 22, 656 (nach der S. 119 n. 10 a. E. mitgetheilten Stelle): „inficianti, si convinci non poterit, canonica purgatio indicatur: ita quod numerum duodenarium non excedat. Infra numerum plures paucioresque poterunt recipi secundum statum personae et quantitatem sive qualitatem infamiae pro arbitrio iudicantis" und London 1200 c. 12, ibid. p. 719, S. 119 n. 10 a. E.

hatte zur Unterdrückung und Bestrafung derselben ein besonderes von amtswegen einzuleitendes Verfahren einzuführen[1], indem sie den Bischöfen die Auflage machte, ihre Bezirke halbjährlich oder jährlich selbst zu bereisen oder durch Stellvertreter bereisen zu lassen, um in denselben glaubhafte Männer[2] zur eidlichen Anzeige der Ketzer und etwaiger der Ketzerei verdächtigen Personen zu verpflichten, und weiter anordnete, dass diese auf Vorladung vor den geistlichen Richter sich nach Ermessen desselben von dem ihnen vorgeworfenen Verbrechen zu reinigen hatten[3], wenn sie der Bestrafung entgehen wollten[4].

Innocenz III. hat diesen Gedanken hinsichtlich der Vergehen der Geistlichen verwerthet und zwischen der Verwirklichung desselben und dem Einschreiten gegen die Ketzer waltet insofern ein Zusammenhang ob, als gerade einerseits mancherlei Missbräuche und Missstände im Klerus den ketzerischen Sekten berechtigten Anlass zu Angriffen gegen das bestehende Kirchenwesen boten, und im Interesse ihrer Beseitigung eine straffere Handhabung der Aufsicht und der Disciplin über die Geistlichkeit erforderlich erscheinen liessen, andererseits aber das Verfahren auf infamia mit Reinigungseid die bedenkliche, das Ansehen des Klerus schädigende Folge nach sich zog, dass die Wahrheit des bezichtigenden Gerichts, der den Geistlichen vorgeworfenen strafbaren Handlungen niemals objektiv untersucht wurde, weil der Reinigungseid lediglich wegen der infamia als solcher abgeleistet werden musste[5].

Schon seit Anfang seines Pontifikates ist Innocenz III. zunächst in einzelnen Fällen, in denen Geistliche strafbarer Handlungen bezichtigt waren, von amtswegen eingeschritten, um die Wahrheit der betreffenden Beschuldigungen untersuchen zu lassen, indem er sich dabei auf die Pflicht der kirchlichen Oberen beruft, Missbräuche und unerlaubte Handlungen der Untergebenen zu rügen und zu bestrafen. So unterscheidet er im J. 1199 eine zweifache Art eines derartigen Einschreitens des kirchlichen Oberen[6], nämlich ausser dem *per accusationem*[7], dem früheren Anklage-

[1] c. 8 (Luc. III. Konzil zu Verona 1184) X de haeret. V. 7, im wesentlichen wiederholt auf dem IV. Lateran-Konzil v. 1215, c. 13 §. 7 X eod.

[2] LL. cc. „tres vel plures . . . vel, si expedire videbitur, totam viciniam".

[3] Nach c. 8 cit.: „iuxta patriae consuetudinem" was wegen der Möglichkeit, darin eine Hinweisung auf das Gottesurtheil zu finden, in c. 13 cit. weggelassen ist.

[4] Wahrscheinlich hat dabei das Rügeverfahren der deutschen Sendgerichte als Vorbild gedient, denn die betreffenden Anordnungen sind nach c. 8 cit.: „ad suggestionem culminis imperalis (Friedrichs I.) et principum" erlassen.

[5] Für diesen Zusammenhang spricht weiter auch, dass das IV. Lateran-Konzil 1215 in seinem Kanon über die Abhaltung der Provinzialsynoden (Bd. III S. 491) ebenfalls nach Analogie der Vorschriften über die Erforschung der Ketzer (s. oben im Text) die Verpflichtung, geeigneter Personen in den einzelnen Diöcesen „quae per totum annum simpliciter et de plano . . . investigent, quae correctione vel reformatione sunt digna et ea fideliter perferant ad metropolitanos et suffraganeos et alios in concilio subsequenti" vorschreibt. In allen erwähnten Maassnahmen tritt also der Gedanke der Ausdehnung des strafrichterlichen Einschreitens von amtswegen klar hervor. Es ist daher unrichtig, wenn Biener, Inquisitionsprozess S. 41. 42, jeden Zusammenhang zwischen den hier fraglichen Maassnahmen Innocenz' III. und der Ketzerverfolgung läugnet, obschon er darin Recht hat, dass die Einführung der s. g. inquisitio (s. S. 351) nicht die Ketzerverfolgung bezweckt hat.

[6] c. 3 (Potth. n. 888 ep. II. 260, Migne opp. 1, 820) X de simon. V. 3 beruft er sich dabei auf Genesis XVIII v. 21 u. c. 17 (1206, P. n. 2672 ep. VIII. 200 l. c. 2, 777) X de accus. V. 1 auch auf Luc. XVI v. 2, namentlich um den ihm wiederholt mit Rücksicht auf dict. Grat. P. III u. c. 18 (Augustin) C. II qu. 2 gemachten Einwand, dass Niemand Ankläger und Richter in derselben Sache sein könne, c. un. X cit. III. 12 c. 10 (1199 P. n. 693) X de purg. can. V. 34, zu widerlegen.

[7] An diesem Verfahren hat Innocenz III. nichts geändert. Das Dekretalenrecht ruht hier auf dem Dekrete Gratians, nur in Einzelheiten finden sich Änderungen, so z. B. c. 10 (Alex. III.) X de test. II. 20, nach welchem Laien, s. o. S. 347 n. 8, gegen Kleriker nur dann Anklage erheben können, wenn sie suam vel suorum iniuriam verfolgen. Vgl. im übrigen Molitor S. 138 ff. und auch München 1, 363 ff.

process, das *per denunciationem* und *per inquisitionem*[1], und das, was er zuerst auf dem Wege von Anweisungen und Anordnungen für Einzelfälle in die kirchliche Praxis eingeführt hat, ist demnächst unter seinem Vorsitz durch das IV. Lateran-Konzil v. 1215 für die ganze Kirche als allgemeines Gesetz festgestellt worden[2].

Was zuerst das Verfahren *per inquisitionem*[3] betrifft, so soll dasselbe entweder auf Grund einer *clamosa insinuatio* d. h. mehrfacher sich wiederholender und häufender Anzeigen von Untergebenen gegen einen vorgesetzten kirchlichen Oberen oder einen anderen Geistlichen[4] oder auf Grund einer *publica fama*, d. h. einer öffentlich verbreiteten Meinung, dass Jemand eine kirchliche Strafthat begangen habe[5], eingeleitet werden[6], und zwar steht das Recht dazu den mit der Straf- und Disciplinarstrafgewalt ausgestatteten ordentlichen geistlichen Oberen, also bei Bischöfen dem Papste[7], zu[8].

[1] c. 31 X cit. V. 3, wiederholt c. 24 (Later. IV. 1215 c. 8) X de accus. V. 1.

[2] S. die vor. Anm.

[3] Wenngleich schon ep. Coelest. cit. (S. 348 n. 5): „quia igitur quae praemissa sunt, solicitudinem inquisitionis exposcunt, discretioni vestrae ... inquisitionem horum duximus committendum" eine Vernehmung der Geistlichkeit v. York über die gegen den dortigen Erzbischof angebrachten Beschuldigungen anordnet, so hat hier der Ausdruck: inquisitio noch nicht die spätere technische Bedeutung im Sinne Innocenz' III., denn es wird dabei vorausgesetzt, dass auf Grund dieser Vernehmung entweder sich ein Ankläger meldet oder dass sich eine die Auferlegung des Reinigungseides rechtfertigende publica infamia herausstellt.

[4] c. 31 X cit. V. 3, c. 21 (1212) P. n. 4628) u. c. 24 (Later. IV.) X de accus. V. 1; s. c. 31: „Tunc enim clamor pervenit ad praelatum, quum per publicam famam aut insinuationem frequentem subditorum sibi referuntur excessus et tunc debet descendere et videre, i. e. mittere et inquirere, utrum clamorem, qui venit, veritas comitetur", und diese wiederholten Anzeigen müssen ausgehen, c. 24 X cit.: „non quidem a malevolis et a maledicis, sed a providis et honestis". Vgl. auch c. 18 (1205 P. n. 2516) X eod.: „frequens clamor"; ferner c. 31 cit.: „ea nobis frequenter insinuata quae ab honestate regulari nimium dissonabant". Ebenso bietet in c. un. (1198 P. n. 377) X ut ecclesiast. benef. III. 12 die relatio multorum den Anlass zum Einschreiten. Wenn München, kanon. Gerichtsverfahren 1, 477, obwohl er nicht in Abrede stellen kann, dass in diesem Brief von Inquisition die Rede ist, doch behauptet, dass die hier fragliche Angelegenheit, die Wiederbesetzung der erzbischöflichen Kanzellaria in Mailand, als Gegenstand einer administrativen Verhandlung nicht hierher gehört, so hat er übersehen, dass es sich doch dabei um eine Reihe dem Erzbischof vorgeworfener disciplinarisch strafbarer Handlungen gedreht hat.

[5] c. 24 X cit. V. 1: „denunciante fama"; c. 21 X eod. (infamia); c. 10 X cit. (vulgata infamia) ferner publica fama in c. 31 X cit. V. 3, s. vor. Anm. Es reicht dazu nicht hin, dass blos eine cedula infamationis heimlich von einzelnen dem Prälaten übergeben wird, ebensowenig, dass ohne dass eine infamia entstanden ist, zwei oder drei schwören, sie hätten die Begehung des Verbrechens gesehen, c. 24 §. 1 X cit. V. 1, oder dass ohne Konkurrenz eines öffentlichen Gerüchtes Jemand von zwei oder drei Personen als infamatus bezeichnet wird, §. 2 ibid., endlich darf das Gerücht nicht von malevolis, maledicis und inimicis ausgehen und nicht blos einmal hervortreten, c. 17 X u. c. 24 §. 1 X cit. V. 1.

[6] Die herrschende Meinung, s. z. B. Biener S. 49; Hildenbrand S. 124; Richter-Dove-Kahl K. R. S. 832; Permaneder K. R. §. 356, geht dahin, dass die Inquisition lediglich auf Grund einer infamia eröffnet werden kann, und übersieht, dass Innocenz III. in den citirten Stellen derselben die clamosa insinuatio als zweiten, davon verschiedenen Grund an die Seite stellt. Richtig dagegen München a. a. O. S. 485 ff., welcher mit Recht hervorhebt, dass bei der letzteren das Objekt der wiederholten Anzeige die strafbare Handlung selbst, nicht aber das Gerücht über die Begehung einer solchen bildet.

[7] c. 17. 24 X cit. V. 1 u. c. 31 X V. 3 cit., wo meistens das Wort: praelatus gebraucht wird.

[8] Wenn München a. a. O. S. 483 die Inquisition lediglich auf Verbrechen beschränkt und meint, gesetzlicher Weise könne Niemand wegen geringer Delikte oder Amtsvergehen einer Inquisition unterworfen werden, so ist ein solcher Rechtssatz nirgends in den Quellen ausgesprochen. Diese gedenken des excessus unter näherer Bezeichnung als excessus gravis, c. 17 X u. c. 24 X cit. V. 1, c. 31 X cit. V 3, sowie des crimen c. 21 X eod.; speciell werden als excessus, in Betreff deren eine Inquisition vorgenommen wird, erwähnt Simonie c. 31 X cit. V. 3; Ketzerei c. 10 X de purg. can. V. 34; Tödtung Innoc. III. ep. XII. 136 (1209, P. n. 3850) Migne 3, 160; Abforderung von unstatthaften Versprechen bei der Ordination der Kleriker ibid. XVI. 63, p. 866 (1213 P. n. 4739: „quod eum — Erbischof v. Besançon — per sedem apostolicam vel per alium super obtinendo beneficio non vexarent"), Meineid, Simonie, Incest c. 14 (1198, P. n. 278) X de accus. V. 1; Honor. III. 1220, P. n. 6265, M. 22, 1095 (B. v. Durham „de quo insinuatio clamosa processit, quod ... reus sanguinis, simoniae, adulterii, rapinae, periurii ac dilapidationis multiplicis est effectus: non formidans clericos, orphanos et viros religiosos opprimere, testamenta decedentium impedire, regia iura ... munire ac excommunicatione ligatus ingerere se divinis.

Aus Anlass der clamosa insinuatio oder der fama publica ist zunächst eine präjudizielle Untersuchung von dem betreffenden kirchlichen Oberen darüber anzustellen, ob in der That die gedachten Voraussetzungen für die Eröffnung des Verfahrens, also eine Insinuation der erwähnten Art oder eine genügende und ausreichende Bezichtigung durch öffentliches Gerücht (*diffamatio*) vorliegen[1], sofern dies nicht schon durch die dem kirchlichen Oberen selbst bekannten Thatsachen feststeht[2]. Demnächst wird[3] unter Ladung des Beschuldigten und unter Mittheilung der Punkte, über welche das Verfahren eröffnet ist[4] — und dies sind die ihm durch die clamosa inquisitio oder durch die fama zur Last gelegten Handlungen —, über dieselben, nicht aber über andere, inquirirt[5], d. h. es wird nunmehr, wobei dem Beschuldigten das volle Vertheidigungsrecht gewährt ist[6], Beweis namentlich durch Zeugenvernehmungen[7] erhoben[8]. Zugleich erfolgt bei festgestellter Infamie die Suspension des Angeschuldigten ab officio als interimistische Maassregel[9].

Der Gebrauch des Reinigungseides mit Eidhelfern ist durch Innocenz III. nicht beseitigt worden, aber das Inquisitionsverfahren kann nicht durch das Erbieten zu dem Eide beseitigt werden, vielmehr konkurrirt derselbe mit der Inquisition theils elektiv, theils subsidiär oder succesiv. Einerseits kann nämlich der Richter, wenn ihm die Schuldlosigkeit des Diffamirten wahrscheinlich ist, ohne Eröffnung der Inquisition zur Auferlegung des Reinigungseides mit Eidhelfern an den Beschuldigten schreiten[10]. Falls aber die Inquisition weder die Schuld noch die Unschuld klar ergeben, indessen die Glaubwürdigkeit der fama oder der clamosa insinuatio dargethan hatte, stand es andererseits im Ermessen des Richters von dem Beschuldigten ebenfalls die purgatio

Item etiam appellationibus non defert ad romanam ecclesiam interpositis, statuta generalis concilii non observat, nunquam proponit populo verbum dei, lingua et exemplo vitae pravum subditis praebet exemplum, coram multis curavit, quod pacem, ipso vivente Dunelmensis ecclesia non habebit"); Verschleuderung des Kirchenvermögens seitens eines Bischofs, c. 27 (Gregor. IX.) X eod. Ebensowenig hat crimen oder excessus im kanonischen Recht die feststehende Bedeutung von gemeinem Verbrechen im Gegensatz zum Amts- und Disciplinarvergehen. Auch ist gerade wegen letzterer unter Innocenz III., Gregor IX. und Honorius III. inquirirt worden, ep. XVI. 63 cit.; c. un. X cit. III. 12; c. 27 X cit. V. 1; M. 22, 1098 cit.

[1] c. 14 X cit. V. 1 (hier heisst das Vorverfahren inquisitio famae); c. 19 X u. c. 24 X eod. („sicut accusationem legitima debet praecedere inscriptio . . . sic inquisitionem clamosa insinuatio"); c. 31 X cit. V. 31. Zur Schonung des Bezichtigten ist mitunter eine inquisitio secreta angeordnet worden, Innoc. III. ep. VI. 196 (1204 P. n. 2086) Migne 2, 221.

[2] Denn das Vorverfahren soll blos das Vorliegen der gedachten Voraussetzungen feststellen. Daher bildet auch die Unterlassung desselben, wenn der Beschuldigte trotz seiner Anwesenheit nicht dagegen protestirt oder nichts einwendet, keine Nichtigkeit des Verfahrens, c. 2 (Bonif. VIII.) in VI de accus. V. 1. Vgl. München 1, 493.

[3] Und zwar an Ort und Stelle, weshalb bei den vom Papst angeordneten Inquisitionen stets zugleich die Inquisitions-Kommissarien ernannt werden, c. 31 X cit. V. 3, S. 351 n. 4; c. 22 (Innoc. III.) X de sent. II. 27; c. 27 X cit. V. 1.

[4] c. 24 §. 1 X V. 1 cit.: „Debet esse praesens is, contra quem facienda est inquisitio, nisi se per contumaciam absentaverit et exponenda sunt ei illa capitula, de quibus fuerit inquirendum, et non solum dicta, sed etiam nomina ipsa testium sunt ei, ut quid et a quo sit dictum appareat, publicanda nec non exceptiones et replicationes legitimae admittendae, ne per suppressionem nominum infamandi, per exceptionum vero exclusionem deponendi falsum audacia praebeatur".

[5] c. 21 X cit. V. 1: „quum inquisitio fieri debeat solummodo super illis, de quibus clamores aliqui praecesserunt".

[6] c. 21. 24. 26 (Gregor. IX.) X V. 1, s. auch die vor. Anm. Im Falle des Ungehorsams des Beschuldigten wird freilich ohne ihn verhandelt.

[7] Vgl. c. 24 X cit. V. 1 und die S. 351 n. 8 angeführten Einzelfälle.

[8] Sofern der Beschuldigte die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht gesteht, vgl. c. 1 (Bonif. VIII.) in VI de accus. V. 1.

[9] c. 10 X cit. V. 34: „Licet ergo ecclesiastica constitutio (s. c. 13 C. II qu. 5, S. 339 n. 1) tales ab officio tantum usque ad purgationem canonicam doceat suspendendos, quia tamen eum etiam a beneficio propter immanitatem criminis (Ketzerei) suspendisti, nolumus improbare".

[10] c. 12 (Innoc. III P. n. 1167) X de homic. V. 12; namentlich, wenn sich derselbe dazu

canonica zu verlangen[1]. Die Zahl der Eidhelfer soll nach Innocenz III. höchstens sieben betragen[2], doch hat der Richter die Befugniss, je nach Lage der Umstände auch die Zahl herabzusetzen[3].

Das Verfahren per inquisitionem wird von Innocenz III. als eine *quaestio civilis*[4] im Gegensatz zur *q. criminalis* bezeichnet[5]. Das hat zunächst die Bedeutung, dass prozessualisch nicht die strengen Normen des römisch-kanonischen Anklageprozesses Anwendung finden[6] und weiter die, dass deswegen auch nicht auf die härteste Strafe,

erbietet, Innoc. III. ep. VIII. 98 (1205 P. n. 2547), Migne 2, 667.

[1] c. 21 §. 2 X cit. V. 1: „si nihil per scientiam, sed tantum per famam et eorum qui fuerint inquisiti, credulitatem iuratam contigerit inveniri, et utrum aliquis super eo crimine reputari debeat infamatus, de quo ipsum duo vel tres vel etiam plures dixerint infamatum, licet de ipso nihil sinistri in publico audiatur. Ad quod est nostra responsio, quod propter famam et deponentium credulitatem duntaxat non erit ad depositionis sententiam procedendum, sed infamato canonica poterit indici purgatio secundum arbitrium iudicantis, qui propter dicta paucorum eum infamatum reputare non debet, cuius apud bonos et graves laesa opinio non existit"; c. 19 (Innoc. III. P. n. 2876) X eod.: „si nihil grave probatum fuerit contra ipsum, vos purgationem canonicam ei indicatis"; Innoc. III. ep. XVI. 63 (1293 P. n. 4739) Migne 3, 866, nach welchem der Erzb. v. Besançon wegen eines ihm vorgeworfenen, durch Inquisition bewiesenen Disciplinarvergehens zur suspensio a collatione ordinum bis zur Aufhebung derselben durch den Papst verurtheilt, ihm aber in Betreff anderer mit Rücksicht auf die festgestellte diffamatio der Reinigungseid auferlegt wird.

[2] Innoc. III. ep. II 156 (1199 P. n. 806) Migne 1, 711: „Licet ei (archipresbytero) de rigore canonum septima sui ordinis manus esset purgatio indicenda, tertia manu duntaxat innocentiam suam purgari misericorditer indulgemus super crimine simoniae". Allerdings legt der Papst, c. 10 X de purg. can. V. 34, einem Dekan die purgatio quartae decimae manus auf, indessen handelt es sich hier um eine Milderung, weil mehrere Vergehen in Frage kamen und an und für sich wegen jedes einzelnen dem strengen Recht nach ein besonderer Eid mit 7 Eidhelfern verlangt werden konnte; ep. I. 295 (1198 P. n. 304), wo einem Kleriker je ein besonderer Reinigungseid mit 7 wegen eines Meineides und wegen eines Incestes, dagegen ein solcher wegen Tödtung und wegen Ehebruch mit 13 Eidhelfern auferlegt wird.

[3] 6 Eidhelfer kommen vor Innoc. III. ep. XVI. 63 (1213 P. n. 4739) Migne 3, 866 (3 Bischöfe und 3 Äbte), 5 ep. VIII. 98 cit. (2 Bischöfe und 3 Äbte für einen Bischof) S. 352 n. 10; ebenso IX. 55 (1206 P. n. 2750), Migne 2, 866 und c. 12 (1206 P. n. 2837) de purg. can. V. 34; drei in ep. I. 295 cit. (s. vor. Anm.); ep. II. 156, a. a. O.; V. 12 (1202 P. n. 1648) Migne 1, 961. Auf 7 Eidhelfer hat Honorius III. 1217, Potth. n. 5595, Theiner, mon. Hibern. Rom 1864 p. 4, die geforderte Zahl von 58 Priestern aus solchen für einen des Mordes angeschuldigten Geistlichen herabgemindert.

Hinsichtlich der Qualifikation der Eidhelfer ist es bei früherem Recht verblieben, s. S. 348 n. 5; sie werden aus den Geistlichen desselben Ordos, wie der Beschuldigte genommen (nur bei Bischöfen auch zugleich aus den Äbten, s. Abs. 1), ferner sollen sie guten Rufes sein, Kenntniss des Lebenswandels des Angeschuldigten haben, und daher der Nachbarschaft, bez. Diöcese oder Provinz angehören, c. 10. 11. 13 (Innoc. III.) X de purg. can. V. 34.

Nur die purgatio ist gültig, welche vor dem mit der Sache befassten zuständigen Richter erfolgt ist, also in einem vor dem Papst oder vor Delegirten desselben anhängigen Verfahren vor diesen, nicht vor dem judex ordinarius, c. 15 (Innoc. III. P. n. 3268) X eod. V. 34. Deshalb wird, um den Ruf des Beschuldigten wirksamer wieder herzustellen, in derartigen Sachen der Ordinarius zur Abnahme der purgatio an Ort und Stelle vom Papste delegirt, c. 10 cit. X eod.; Inn. III. ep. V. 12 cit. (s. Absatz 1), und die öffentliche Ausschwörung oder mindestens eine solche vor Zeugen, VIII. 98 cit. u. IX. 55 cit., auch mitunter nach derselben die Veröffentlichung einer Ehrenerklärung angeordnet, ep. XVI. 63 cit.

[4] Schon bei Rolandus (Alexander III.) summa C. II qu. 8, her. v. Thaner S. 17 heisst es: „accusatio alia criminalis, alia civilis. Criminalis nulla nisi in scriptis, civilis vero absque omni scriptura recipitur".

[5] c. 32 (Innoc. III. P. n. 2134) X de sim. V. 3: „quum ageretur non criminaliter, ut deponeretur ab ordine, sed civiliter, ut ab administratione amoveretur, tanquam immeritus et damnosus".

[6] So z. B. nicht hinsichtlich des Anklagelibells und hinsichtlich der Zeugen, s. c. 32 X de sim. V. 3. In demselben Sinne unterscheidet schon Cölestin III. (1191—1198) beim Verfahren in Ehesachen zwischen: criminaliter und non criminaliter agere, J. L. n. 17615, M. 22, 551. 642.

Der deutsche Ausdruck: Civilverfahren für das Inquisitionsverfahren, München 1, 496, ist mindestens schief, und vollends erscheint es unrichtig, wenn von letzterem behauptet wird, dass das Ziel der inquisitio nicht Bestrafung, sondern Zurechtweisung und Züchtigung (als ob Züchtigung keine Strafe sein könnte) gewesen sei. In der That stellt sich die Inquisition eben so gut als Strafverfahren dar, wie der Accusationsprocess, denn sie bezweckt im Interesse der Aufrechterhaltung der Disciplin die Bestrafung der schuldigen Geistlichen, namentlich durch Entfernung derselben aus dem Amt, und wenn sich Innocenz III. bei Einführung der inquisitio auf die Behandlung des ungetreuen Haushalters

die degradatio in dem S. 59 gedachten Sinne, erkannt werden darf[1]. Das letztere galt nicht nur bei voller Überführung durch den Inquisitionsbeweis, sondern auch dann, wenn der Beschuldigte den ihm auferlegten Reinigungseid (S. 352. 353) nicht ordnungsgemäss ausgeschworen hatte[2].

Neben der eben besprochenen Inquisition gegen einen einzelnen Beschuldigten, der s. g. *inquisitio specialis*, kommt auch eine s. g. *i. generalis*[3], d. h. eine Inquisition

im Evangelium (Luc. XVI v. 1. 2) beruft und das Verfahren als ein agere civiliter bezeichnet, so will er damit, d. h. dadurch, dass er dasselbe nicht als Accusationsprozess, als eigentliches criminaliter agere, hinstellt, blos die auf Grund des letzteren möglichen und auch thatsächlich gemachten Einwände (S. 350 n. 6) gegen die von ihm der Inquisition gegebene Gestaltung widerlegen.

[1] c. 24 X cit. de accus. V. 1, S. 60 n. 2 u. c. 17 eod., nicht schlechthin auf einen gelindere als beim Accusationsprozess, so Biener S. 51; Hildenbrand S. 124; Molitor S. 179 u. München S. 502. Ein solcher Grundsatz ist weder in c. 32 X cit. V. 3 noch in c. 24 X cit. V. 1 und c. 31 X cit. („ut iuxta formam iudicii sententiae quoque forma dictetur", denn die Form des Urtheils ist doch nicht gleichbedeutend mit der Art der durch dasselbe festzusetzenden Strafe) ausgesprochen. Des näheren ergiebt sich die Unrichtigkeit dieser Auffassungen auch aus der Art der in einzelnen Fällen verhängten Strafen, so wird gegen einen Dekan wegen Ketzerei die depositio ab officio et beneficio mit detrusio in arctum monasterium, c. 10 X cit. V. 34; gegen die unter Begehung von Simonie in Klöster und Regularstifte eingetretenen Professen Entfernung aus diesen und Verweisung derselben ad agendam poenitentiam in monasteria arctiora, gegen die Äbte, Prälaten und deren Offizialen, welche sich an der Simonie betheiligt, poenitentia und suspensio ab ordine während der Busse, c. 30 X de sim. V. 3, verhängt. Wenn in letzterer Stelle allerdings ausgesprochen wird, dass bei vollem Beweis in einem etwaigen Anklageprozess die dantes et recipientes die ultio canonicae severitatis treffen soll, so bezieht sich dies auf die Anfrage, ob wegen der Verbreitung der Simonie und der vielen Simonisten nicht Milde geübt werden könne, und der Grund für die mildere Strafe liegt nicht darin, dass die Schuld durch die Inquisition festgestellt ist, sondern darin, dass weil durch diese die Schuld vieler leichter, als durch einen etwaigen Anklageprozess ermittelt werden kann, eine harte Bestrafung der vielen, namentlich der Oberen allgemeines Ärgerniss erregen könnte, vgl. c. 32 X cit. V. 3. Die Beantwortung der Anfrage in c. 21 X cit. V. 1: „si contra quempiam per inquisitionem probatum fuerit tale crimen, quod deponeret accusatum criminaliter et convictum" dahin: „In quo quidem duximus distinguendum, utrum sit tale videlicet crimen, quod ordinis executionem suscepti aut retentionem beneficii etiam post peractam poenitentiam impediret, puta, si homicidium commisisset vel adeptum esset ordinem aut beneficium vitio simoniae. Quo casu erit, sicut in accusationis iudicio procedendum; alioquin secundum personae meritum et qualitatem excessus poenam poterit iudicantis discretio moderari", weist weder eine Antinomie zu den früheren Stellen, in denen die Deposition als Strafe vorkommt, auf, so Biener S. 51, noch ist in derselben unter depositio die s. g. verbale Degradation zu verstehen, wie Molitor S. 179 n. 1 annimmt, vielmehr sagt sie nur, dass, bei schweren Vergehen, ebenso wie im Anklageprozess, auch bei der Inquisition, auf die Deposition im eigentlichen Sinn — denn auf Tödtung und Simonie ist gemeinrechtlich nicht Degradation gesetzt, S. 60 n. 3 —, bei leichteren Vergehen aber nach Ermessen des Richters auf mildere Strafe erkannt werden kann, aber nicht muss. Endlich kommt in Betracht, dass das kanonische Recht für einzelne Vergehen und Disciplinarvergehen vielfach keine bestimmten Strafen androht, jedenfalls dem Richter in der Anwendung der verschiedenen Strafen mehr Raum, als unser Strafrecht lässt, mithin sich in der damaligen Zeit kaum bestimmen liess, welches die ordentliche oder regelmässige und folgeweise, welches die ausserordentliche oder mildere Strafe war.

[2] Das ergiebt c. 10 X cit. V. 34 (s. vor. Anm.), welches bei dem nicht durch Reinigungseid widerlegten Verdacht der Ketzerei trotz der die Degradation und Auslieferung an den weltlichen Arm androhenden c. 7 (Luc. III.) X de haeret. V. 7 nur die Deposition mit detrusio in arctum monasterium androht. Wenn Biener S. 52 unter Berufung auf c. 10 X cit. die Anwendung der Strafe in ihrer ganzen Strenge behauptet, so erklärt sich dies daraus, dass er, weil er Deposition und Degradation nicht auseinander hält, die erstere ebenfalls überhaupt als ausgeschlossen betrachtet. c. 13 (Lateran. IV. 1215) X de haeret. V. 7, welches Hildenbrand S. 137. 138 heranzieht, um zu beweisen, dass im Übrigen auch bei der Verweigerung oder Nichtausschwörung des Reinigungseides eine mildere Strafe eingetreten sei, hat mit dieser Frage nichts zu thun, denn es macht gegenüber c. 7 §. 2 cit. V. 7 nur die Änderung, dass der der Ketzerei Verdächtige erst als wirklicher Ketzer gilt, wenn er nach Verweigerung des gedachten Eides in der dann zu verhängenden Exkommunikation noch ein Jahr verblieben ist, ohne zwischen Accusations- und Inquisitionsprozess zu unterscheiden. Dass im Übrigen die volle Strafe in dem hier fraglichen Fall verhängt wurde, zeigt ferner Innoc. III. ep. XVI. 63 cit., (s. S. 351 n. 8): „Quod si forte in purgatione defecerit, ipsum a pastorali regimine amoventes, faciatis ecclesiae Bisuntinae de persona idonea provideri".

[3] Durantis specul. jur. lib. III part. 1. rubr. de inquisitione §. 3 n. 4, ed. Francof. 1612. 3, 31.

gegen kirchliche Korporationen *super reformatione tam in capite quam in membris*, vor. Die letztere kann stattfinden, selbst wenn allein gegen das Haupt[1] der Korporation eine infamia oder clamosa insinuatio vorliegt[2]. Weiter ist ihr nur eigenthümlich, dass bei der Einleitung nach Feststellung der erwähnten Voraussetzung[3] allen Gliedern der Korporation das *juramentum de veritate dicenda*, d. h. ein Eid, in Betreff sämmtlicher zu reformirenden Punkte die Wahrheit zu sagen[4], abgenommen wird[5].

Das Verfahren *per denunciationem*[6] ist nach Innocenz III. dadurch bedingt, dass derselben eine *caritativa correctio*[7], also eine vom Denunzianten an den späteren Denunziaten nach Vorschrift des Evangeliums[8] zu richtende Mahnung auf Besserung voranzugeht, in der Weise, dass der Denunziant bei Fruchtlosigkeit derselben sich mit seiner Denunziation an den kirchlichen Oberen wenden darf[9]. Erst dann schreitet dieser ein[10], und da sich hierbei kein anderes Verfahren, als ein solches von amtswegen denken lässt, so konnte derselbe den Weg des für diesen Fall von Innocenz III. näher ausgestalteten, d. h. des Inquisitionsverfahrens wählen[11]. Erwägt man, dass ein

[1] c. 22 (Innoc. III.) X de sent. et re iud. II. 27, s. auch u. Anm. 4.

[2] c. 22 X cit. II. 27.

[3] c. 22 X cit. II. 27. u. c. 21 X de accus. V. 1, s. ferner c. 17. 18 X eod. Daher bleiben auch von der General-Inquisition Vergehen, in Betreff deren keine infamia vorliegt, ausgeschlossen, c. 17 cit.: „exceptis occultis", s. auch d. folg. Anm.

[4] c. 22 X cit. II. 27 (pars decisa): „de dicenda veritate super statu ecclesiae iuramentum"; c. 17 X cit. V. 1: „quod super his quae sciunt vel credunt esse in sua ecclesia reformanda tam in capite quam in membris exceptis occultis criminibus meram et plenam dicant veritatem". Das infamirte Haupt der Korporation leistet ebenfalls diesen Eid oder auch einen spezielleren dahin: „ut ad inquisita veraciter repondeat". c. 18 X cit. eod.

[5] Im Übrigen hat diese Art der Inquisition nichts besonderes, denn nach Abschluss des oben gedachten Verfahrens wird gegen die einzelnen als verdächtig Ermittelten wegen der ihnen zur Last gelegten Handlungen in derselben Weise, wie bei der Spezialinquisition weiter verfahren, s. die cit. Stellen, vgl. auch Biener S. 52 ff.; Molitor S. 180. 181; München 1, 504.

[6] Petr. Jos. Marx de denunciatione juris canonici. Scafhusi 1859.

[7] c. 31 X cit. V. 3: „denunciationem charitativa correctio . . . debet praevenire"; c. 20. 24. X cit. V. 1.

[8] Matth. XVIII. 15 ff.

[9] c. 20 (Innoc. III.) X V. 1: „vel praefatum episcopum de iam dictis excessibus non fuisse praemonitum ab eisdem . . . a denunciatione ipsa penitus repellatis eosdem".

[10] Während Biener S. 58 das Neue der Reform Innocenz' III. darin setzt, dass die Denunziation zur Inquisition führen kann, Hildenbrand S. 128 dies auf den Fall beschränkt, dass der Denunziant als Beweisführer auftritt, Molitor S. 171 sich Biener nähert, indem er bemerkt, dass die für die Inquisition erforderliche infamia entweder schon durch die Denunziation festgestellt gewesen sei oder doch immer in Folge derselben hätte leicht festgestellt werden können, läugnet München 1, 489. 493 die Zulässigkeit der Inquisition auf Grund einer einzelnen Denunziation. Auch Marx p. 40 erklärt das Denunziationsverfahren für eine von der Inquisition unterschiedene eigenthümliche Prozedur, ohne auf die Besonderheiten nach der Einleitung derselben näher einzugehen.

Richtig ist so viel, dass alle diejenigen Stellen, welche von einer Inquisition in Folge wiederholter und verschiedener Denunziationen sprechen, so die der caritativa correctio ausdrücklich erwähnende Innoc. III. ep. V. 59, ed. Migne 1, 1029; ferner ep. X. 191, ibid. 2, 1293, nicht als durchschlagend in Betracht kommen können, weil in diesen Fällen die inquisitio auf Grund der in denselben vorliegenden insinuatio clamosa (S. 351) statthaft war, und dass die meisten von Biener a. a. O. citirten Stellen nicht beweiskräftig sind, aber andererseits ist es verfehlt, das c. 14 X. cit., nach welchem auf eine nicht beabsichtigte, durch Überschreiten des Mandats seitens des Prokurators erfolgte Accusation zwar das Accusationsverfahren geschlossen, aber andererseits eine inquisitio famae des Beschuldigten angeordnet wird, als beschränkte Freisprechung, die eine Purgation zur Folge haben konnte! (so München 1, 491) aufzufassen, vielmehr behandelt Innocenz die bei seinem Vorgänger allerdings von mehreren Seiten angebrachte Anzeige oder Denunziation, nachdem festgestellt war, dass sie nicht eine Accusation sein sollte, als blosse Denunziation, fasst sie aber, da sie von mehreren ausgegangen war, möglicher Weise als insinuatio clamosa auf.

[11] Das beweist c. 2 (Innoc. III. 1207, P. n. 3100) X de calumn. V. 2. Hier trägt der Papst mehreren Bischöfen in Folge der nuntiatio eines Klerikers gegen seinen eigenen Bischof die examinatio excessuum, auf und die letzteren übersenden ihm die inquisitio ipsa sum depositionibus testium. Auf Grund des Beweisergebnisses wird der beschuldigte Bischof freigesprochen, aber dem Denunzianten der Reinigungseid auferlegt, dass er nicht calumniandi animo denunzirt habe. Ferner gehört hierher c. 19 (Innoc. III.) X de

Verfahren auf Denunziation auch der früheren Zeit nicht unbekannt war[1], und dass schon im 12. Jahrhundert die Doktrin die nachmals s. g. denunciatio evangelica in Anhalt an das Gratianische Dekret[2] zur Begründung eines Strafverfahrens bei Möglichkeit des Beweises für ausreichend erachtete[3], andererseits aber im Hinblick auf das römische Recht eine Anklage ohne Anklagelibell, also im wesentlichen eine blosse Denunziation zuliess[4], so ist es begreiflich, dass Innocenz III. auch hier eingriff, und um den schwerfälligen Anklageprozess auszuschliessen, ausdrücklich die Einleitung eines Verfahrens auf Denunziation statthaft erklärte, andererseits aber für die Zulässigkeit desselben zunächst seitens des Denunzianten die correctio caritativa erforderte[5], um das hier sonst fehlende Gegengewicht gegen böswilliges Denunziren, welches bei der Accusation die Unterschrift des Anklägers unter dem Anklagelibell und die damit im Zusammenhang stehende etwaige Bestrafung bei wissentlich falscher Anklage[6], bei der inquisitio dagegen das Erforderniss der insinuatio clamosa oder der infamia darbot, zu schaffen[7].

accus. V. 1, wo auf die gemeinschaftliche Denunziation zweier Kanoniker gegen einen Bischof in Folge des Einwandes des letzteren, dass die Denunzianten seine offenbaren Feinde seien, den delegirten Richtern die Weisung ertheilt wird: „nisi super praedictis famam ipsius laesam esse noveritis, vos ad inquisitionem illorum subito non procedatis. Quod si ad inquisitionem procedatis", also die Statthaftigkeit einer Inquisition auf Grund einer Denunziation anerkannt ist, während München 1, 493 in der Stelle lediglich ein reines Denunziationsverfahren findet.

[1] Bd. IV S. 772 n. 3 und dazu c. 6 (Innoc. I. 401—407, J. Kaltenbr. n. 915) D. LXXXI; vgl. auch o. S. 337 n. 5.

[2] c. 19 (Augustin) C. II qu. 1 (vgl. Bd. IV S. 759 n. 11).

[3] So Stephan v. Tournai Summa zu C. II qu. 1 in Anhalt an c. 19 cit., her. v. v. Schulte S. 183: „si episcopus solus noverit crimen alicuius non potest eum condemnare nec eius crimen ecclesiae propalare. Sed in hoc casu debet eum corrigere inter se et ipsum solum. Sed si in prima et secunda correctione negaverit crimen, non debet amplius praelatus procedere, ne destitutus probationibus, si eum accuset, proditor habeatur. Si autem, dum corrigit eum praelatus, praesentes fuerint duo testes et ipse confessus fuerit, si noluerit resipiscere, debet dicere ecclesiae. Si postea negavit, habens testes, quibus eum convincat, debet condemnare". Darauf, dass schon früher ähnliche Anschauungen vertreten worden sind, deutet das fragm. Paschalis II. in c. 4 X de test. II. 20, wonach der Denunziant neben den beiden anderen Zeugen auch als solcher zugelassen werden soll.

[4] Dict. §. 1 zu c. 2 C. IV qu. 2.

[5] München 1, 432 ff. 441 will streng zwischen dem blossen, dem römischen summarischen Accusationsprozess entsprechenden und auf Grund desselben entwickelten strafgerichtlichen Denunziationsverfahren, und der denunciatio evangelica nach Matth. XV. 18 cit. „mit dem Endzweck der sittlichen Besserung oder der kirchlichen Censur, die selbst wieder nur sittliche Besserung erzielt" geschieden wissen, obwohl er für beide im Beweisverfahren eine Übereinstimmung annimmt, die sich nach ihm „aus der Frage der Untersuchung von selbst ergiebt". Indem er unter Verweisung auf die Glosse s. v. de accusatione zu C. II qu 8 init. hervorhebt, dass dieselbe drei verschiedene Arten des Strafverfahrens, die Accusation, die Denunziation und die Inquisition, kenne, wobei die erste als die solenne Accusation und die zweite als die römische summarische und zugleich als die evangelische Denunziation aufgefasst werde, meint er, dass dies auch mit seiner Unklarheit und Unbestimmtheit das System Innocenz' III. in den Dekretalen sei (s. S. 445. 446). Hierbei ist völlig übersehen, dass die Glosse in der in den gedruckten Ausgaben überlieferten Gestalt — citirt die angeführte Stelle doch u. A. auch ausdrücklich das von Innocenz III. herrührende c. 16 X de accus. V. 1 — aus der Zeit nach Innocenz III., ja nach der Publikation der Dekretalensammlung herrührt, dass also die Glosse ihre Darstellung gerade auf die Reform des Denunziationsverfahrens durch Innocenz III. stützt.

Die erwähnte Unterscheidung hat früher schon die von München nicht berücksichtigte Schrift von Marx p. 11 bekämpft, welcher letztere andererseits aber annimmt, dass Innocenz III. gar keine Neuerung gemacht habe, p. 46 und sich nachzuweisen bemüht, dass das Denunziationsverfahren in der Gestalt, wie es bei Innocenz III. vorkommt, in den ältesten Zeiten der Kirche bis zur Reception des römischen Anklageprozesses, vgl. auch Bd. IV S. 770 n. 3, das alleinige Strafverfahren gewesen sei, p. 48 ff., und sich neben demselben fortdauernd erhalten habe. Beweise aus der Zeit vom 5. Jahrhundert ab bis zum 11. hat er nicht beigebracht, und was die ältesten Zeiten betrifft, so vermischt er für diese, wie überhaupt bei seiner Darstellung den Bd. IV S. 745 hervorgehobenen Unterschied zwischen der auf Erziehung und Besserung der Gemeindeglieder gerichteten und der strafrichterlichen Thätigkeit.

[6] S. 340 n. 1; S. 346 n. 1 u. S. 347 n. 8.

[7] c. 15 (Innoc. III.) X de praesumpt. II. 23: „quia tamen suggestio eius (des Königs v. Ungarn

Wenn der Schuldige sich auf die an ihn allein oder im Beisein von Zeugen gerichtete Ermahnung freiwillig der Busse unterzog, konnte es zu einem weiteren Strafverfahren nicht kommen[1]. Verweigerte er aber die Übernahme der Busse, gleichviel, ob er die ihm zur Last gelegte Strafthat bestritten oder eingestanden hatte, so wurde auf die Denunziation an den kirchlichen Oberen das Strafverfahren eröffnet[2], und es musste dann der Beweis des fraglichen Vergehens[3] geführt werden, wobei der Denunziant als Beweisführer thätig sein konnte[4], ohne dass ihm aber eine derartige Pflicht[5] oblag. Im Übrigen galt hinsichtlich der Auferlegung des Reinigungseides und der Bestrafung dasselbe, wie für das Inquisitionsverfahren[6], und zwar um so mehr, als durch die Denunziation und das auf dieselbe eingeleitete Verfahren vielfach eine infamia konstatirt werden konnte oder die wiederholte und von verschiedenen Seiten erfolgte Denunziation sich als insinuatio clamosa[7] darstellte[8].

gegen den B. v. Fünfkirchen) non de caritatis ratione, sed ex odii fomite procedere videbatur". Die Bestrafung des böswilligen Denunzianten hat Innocenz III. noch nicht allgemein, sondern nur später in einem Einzelfall angeordnet, c. 2 X V. 2, S. 355 n. 11, und erst durch die Aufnahme der betreffenden Dekretale in die Sammlung Gregors IX. ist sie allgemeines Gesetz geworden.

[1] Das ergiebt der Zweck der denunciatio evangelica, vgl. die Glosse s. v. forma zu c. 24 X cit. V. 1: „Denuntiatio regulariter fit ad poenitentiam peragendam et eius effectus sive finis est poenitentiae impositio".

[2] c. 13 X de iud. II. 1 bezeichnet Innocenz III. dasselbe als ein „de plano cognoscere", d. h. der förmliche Anklageprozess soll ausgeschlossen sein. Dadurch wird die schon o. S. 355 vertretene Auffassung, dass das Verfahren die inquisitio war, bestätigt.

[3] Dieser war allerdings dann, wenn der Schuldige bei der monitio mit Zeugen ein Geständniss abgelegt hatte, leicht zu führen.

[4] Dies hiess: „prosequi inquisitionem", c. 19 X cit. V. 1. Doch waren davon notorische Feinde des Denunzirten ausgeschlossen, l. c.

[5] Für eine solche München 1, 434, unter Berufung auf c. 4 C. V qu. 6; c. 2 X cit. V. 2 und verschiedene den römischen summarischen Accusationsprozess betreffende Stellen, welche alle nichts beweisen, ja aus c. 2 X cit. ergiebt sich sogar, dass der Denunziant nicht die Beweisführung übernommen hatte. Über die Strafe desselben bei wissentlich falscher Denunziation s. ibid., vgl. S. 355 n. 11 u. S. 356 n. 10.

[6] Denn auch das Verfahren auf Denunziation ist keine s. g. criminalis, sondern nur eine civilis quaestio, c. 32 (Inn. III.) X de simon. V. 3 u. c. 16 (id.) X de accus. V. 1. Dass ausnahmslos im Fall des Eingeständnisses blos auf Busse hätte erkannt werden können, so Richter-Dove-Kahl K. R. S. 832, hat keinen quellenmässigen Anhalt, und ebensowenig sagt dies der in Bezug genommene Tancred ordo judiciarius II. 7. §. 2, ed. Bergmann p. 153, welcher je nach der Qualität des Delikts auch andere Strafen verhängt wissen will.

[7] S. 355 n. 10. Wenn Biener S. 59 meint, eine Inquisition hätte auf Denunziation nur bei vorhandener infamia verfügt werden können, so ergiebt sich dies aus c. 14. 19 X cit. nicht, vielmehr nur so viel, dass, wenn die Denunziation von nicht dazu qualifizirten Denunzianten ausgeht, s. Anm. 4, und von vornherein unglaubwürdig erscheint, der Richter, falls nicht die sonstigen Erfordernisse der Inquisition vorliegen, nicht zu dieser zu schreiten braucht, vgl. auch S. 355 n. 11 a. E.

[8] Was das Ausbleiben des geladenen Angeschuldigten, d. h. das Kontumazialverfahren betrifft, so hat die Praxis des 11. Jahrhunderts an dem früheren Recht, dass trotz des Nichterscheinens des Angeklagten oder Angeschuldigten ein Sachurtheil ergehen kann, Bd. IV S. 776 n. 4, festgehalten, so wird unter Leo IX. zu Rheims 1049, M. 19, 739. 741; Hefele, Conc. Gesch. 4, 729. 730, der der Simonie angeschuldigte B. v. Langres, welcher das Konzil nach Erhebung der Anklage verlassen hatte, in den Bann gethan, zu Mantua 1064 der nicht erschienene Gegenpapst Cadalus abgesetzt und exkommunicirt, Annal. Altah. 1064 SS. 20, 814; Hefele, Conc. Gesch. 4, 867, und wenn man in solchen Fällen auch Beweis über die Schuld erhoben hat, Legatenkonzil zu Toulouse 1079, M. 20, 457: „(B. v. Albi) evocatus Tolosam, celebrato ibi concilio et nec agere ipse per se nec acturum etiam procuratorem mittere curavit. Unde comprobato certissime quod esse simoniacus ... (legatus) pontificale ei officium interdixit et excommunicavit eum in concilio illo", so wurde doch andererseits auch das Ausbleiben des Beschuldigten als Geständniss der ihm zur Last gelegten That aufgefasst, Urban II. ad cler. Camerac. 1095, J. L. n. 5598, M. 20, 917: „Gualcherius ... sententiam audire pertimescens concilio (v. Clermont) se subtraxit. Tertio igitur evocatum, cum omnino subterfugisset, nos eius fugam pro confessione habentes, secundum universalis concilii sententiam ex ss. canonum auctoritate prolatam ab omni episcopali ordine deposuimus"; Paschalis II. ad cler. Florent. 1116, J. L. n. 6508, M. 20, 1053: „aequum est enim, ut dilationem sententiae de absentia non lucrentur: quia confitetur de omnibus quisque, si subterfugere iudicium dilationibus putat" (nach ep. Bonif. I 419, J. K. n. 349); Radulph. Leod. episc. decr. u. 1166 c. 3, M. 22, 9: „Omnes enim qui in perpetratione incendii vel praedae auxilium ei praestiterint ... nisi infra legitimas citationes

Wenn Innocenz III. ausser den besprochenen Verfahrungsarten noch eines solchen *per exceptionem* gedenkt[1] und daneben auch des *notorium* erwähnt[2], so gehört das erstgedachte Verfahren, weil sein Zweck nicht auf die Herbeiführung einer Bestrafung geht[3], gar nicht hierher. Im letzteren Falle dagegen, dessen Voraussetzungen

satisfecerint, rei erunt de quocumque crimine accusati fuerint". Gratian giebt ebenfalls solche Stellen wieder, in denen die Zulässigkeit des Sachurtheils anerkannt wird, s. c. 6 §. 1 (Hincm. Rhem.) C. XXIV qu. 3; dict. Gratian zu c. 13 (Pseud. Zephyr.) C. III qu. 9 (= c. 1 §. 4 C. III qu. 8); c. 10 (Bonif. I 419 J. K. n. 349) C. III qu. 9, dessen Worte: „manifestum est, confiteri eum de crimine, qui indulto et totiens delegato iudicio purgandi se occasione non utitur" er nur in diesem Sinne, nicht aber und — vollkommen dem Inhalt entsprechend — nicht dahin auffasst, dass jedes Ausbleiben auf Ladung als Geständniss gilt; andererseits aber solche, nach welchen der den Befehlen des Richters ungehorsame Angeschuldigte mit der Exkommunikation bestraft werden kann, c. 19 (conc. Milev.) C. II qu. 6 und dict. zu c. 18 ibid. Mit Rücksicht hierauf erklären Rolandus summa zu C. III qu. 9, Thaner S. 19, Rufin, v. Schulte S. 237; Stephan v. Tournai summa ibid, v. Schulte S. 198, dass vor der Litiskontestation (vgl. dazu Molitor S. 148) ein Sachurtheil nicht möglich ist, und dass in diesem Falle allein eine Strafe wegen des Ungehorsams, nicht aber wegen des in Frage stehenden Vergehens verhängt werden kann. Was das Dekretalenrecht anlangt, so trifft nach c. 1 (cod. eccl. Afric. c. 87) X de iud. II. 1 den abwesenden Angeklagten die Exkommunikation, in c. 8 (Innoc. III.) X de dolo et cont. II. 14 wird deswegen die suspensio ab officio et beneficio, ferner auch die excommunicatio verhängt, andererseits aber auch zugleich zur Beweisaufnahme und dann zur Verurtheilung (auf depositio perpetua) geschritten, vgl. auch c. 11 (Inn. III.) X de cler. non. resid. III. 4, ohne dass hier zwischen der Zeit vor der Litiskontestation und nach derselben unterschieden wird, ja auch der schon früher in der Praxis angenommene Satz, dass die Entfernung des Angeklagten als Zugeständniss gilt (s. oben ep. Paschal. II. cit.), wird ebenfalls in c. 4 X de praes. II. 23 wiederholt. Die spätere Doktrin folgt aber der früheren und hält an der vorhin erwähnten Unterscheidung fest, so wird nach Tancred ordo iudiciarius P. 2 tit. 4 §. 1, ed. Bergmann p. 136, gegen den ausbleibenden Angeklagten nach weltlichem Recht die Sequestration seines Vermögens, nach den Kanones, c. 1 (Carth. 391) C. IV qu. 5 u. c. 2 (inc.) C. V qu. 2, c. 36 (Carth. 401) c. 37 (Ravenna 877 c. 9) C. XI qu. 3 die Exkommunikation ausgesprochen. Nur, wenn er sich innerhalb eines Jahres stellt, werden diese Maassregeln aufgehoben, und er wird in Betreff des ihm zur Last gelegten Vergehens gehört, andernfalls aber nicht, während bei Kontumaz nach der Litiskontestation Beweisaufnahme und Sachurtheil erfolgt. Auf demselben Standpunkte steht Durantis speculum juris lib. III p. I rubr. de accus. §. 6 n. 1 ff. ed. Franc. 1612 3 u. 4, 12 allerdings mit der Abweichung, dass derselbe den vor der Litiskontestation ausgebliebenen Angeklagten nach Ablauf der Jahresfrist „iuris interpretatione" (s. c. 4 X II. 23 cit.) für confessus erklärt und die Verhängung weiterer Strafen, der Suspension oder der Deposition für statthaft erachtet. — Über das Ausbleiben des Anklägers s. c. 1 C. IV qu. 5 cit., wonach derselbe exkommunicirt wird und c. 3 (Alex. III.) X de dolo II. 14, nach welchem der Angeklagte trotzdem Beweisaufnahme und Sachurtheil verlangen kann, vgl. auch Molitor S. 169.

[1] c. 16 X cit. V. 1.

[2] c. 31 X cit. V. 3: „ut de notoriis excessibus taceatur".

[3] Es handelt sich hier um die Geltendmachung eines Verbrechens zu dem Zweck, entweder die Unfähigkeit eines Anklägers zur Anklage, sowie eines Zeugen zum Zeugniss c. 16 (Innoc. III.) X cit. V. 1 (vgl. auch c. 31 X V. 3), oder die Ungeeignetheit eines Kandidaten zur Erlangung eines kirchlichen Amtes darzuthun, c. 16 cit. Dazu ist die Erhebung einer förmlichen Anklage mit Subscription des Anklägers nicht erforderlich, und in dem betreffenden Verfahren kann nur die Zurückweisung oder Ausschliessung des Beschuldigten, niemals aber dessen Bestrafung erreicht werden. Gratian gedenkt dieser Art des Verfahrens nicht, vgl. auch Molitor S. 105, obwohl es schon früher vorgekommen ist, vgl. c. 13 (Alex. III.) X de test. II. 20. Dass Innocenz III., so Biener S. 18, das Erforderniss zugesetzt zu haben „scheint, dass eine diffamatio in Bezug auf solche Verbrechen nachgewiesen werden muss", ist unrichtig. Von den von ihm in Bezug genommenen c. 23 X de accus. V. 1 u. c. 8 X de test. cog. II. 21 gehört das letztere gar nicht hierher, das erstere behandelt dagegen den Fall, dass dem Prätendenten einer Kanonikatspräbende der Einwand entgegengesetzt wird, dass er wegen Tödtung und Meineides „publice infamatus" sei, beweist also allein, dass auch eine solche exceptio zulässig ist, nicht aber, dass die einredeweise Geltendmachung eines Verbrechens stets davon abhängig gewesen wäre, dass für das letztere eine publica infamia vorlag. Nur die Anordnung Innocenz' III. in c. 16 X cit.: „Post confirmationem vero, quum scil. ordinandus fuerit aliquis vel consecrandus, quia etiam ab obtinendo repellit et deiicit ab obtento (d. h. dem bereits übertragenen Amt), ad extraordinariam quidem poenam secundum arbitrium iudicis discreti, citra vinculum tamen inscriptionis, est excipiens adstringendus, si defecerit in probando pro eo quod crimine sic probato perdit, quod per electionem et confirmationem ei fuerat acquisitum, sed ob hoc prius habita (d. h. die anderen Amtsrechte) non amittit. Licet enim agatur de crimine, non est tamen huiusmodi quaestio criminalis", dass der beweisfällige Excipient nach Ermessen des Richters mit einer ausserordentlichen Strafe belegt werden soll, vgl. auch Molitor S. 188, ist eine Neuerung.

allerdings durch das immer mehr hervortretende Streben, den Begriff des notorium möglichst zu erweitern, allmählich völlig schwankend und unbestimmt geworden sind[1], bedurfte es keines besonderen Verfahrens, sondern nur eines die Strafe aussprechenden Erkenntnisses[2]. Dass der Beschuldigte aber vorher vorzuladen war, lag in der Natur der Sache[3], indessen hat die Praxis[4], insbesondere die päpstliche, dies vielfach nicht für erforderlich erachtet[5].

[1] Mit Rücksicht darauf, dass schon bei Gratian, welcher freilich seinerseits noch an dem einfachen und klaren Begriff des manifestum festhält, s. S. 347 n. 6, in c. 17 (Stephan. V. J. L. n. 3434) C. II qu. 1 („In manifesta et nota pluribus causa non sunt querendi testes), hier freilich noch berechtigter Weise das „pluribus nota" mit dem manifestum zusammengestellt wird, hat die Doktrin sehr bald mehrfach der Bezeichnung: *manifestum*" den Ausdruck: *notorium* substituirt und bei der Bestimmung des Begriffs des letzteren das Gewicht nicht mehr darauf gelegt, dass das Verbrechen durch das zur Schautragen in die öffentliche Erscheinung getreten sein muss, sondern auf das Bekanntsein desselben gelegt, so schon Rolandus (Alexander III.) summa C. II qu. 1, Thaner S. 16: „Sunt et crimina iudici et toti plebi notoria, in quibus minime iudiciarius ordo desideratur"; vgl. auch Stephan v. Tournai summa l. c., v. Schulte S. 158. So tritt denn auch in den Dekretalen die Bezeichnung: „notorium" stark hervor, c. 7 (Luc. III.) X de cohib. cleric. III. 2 (crimen notorium); c. 23 (Innoc. III.) X de elect. I. 6 (excessus notorius examinatione non indiget); wennschon vielfach damit manifestum verbunden wird, so manifestum et notorium in c. 14 (Alex. III.) X de app. II. 28; c. 21 (Innoc. III.) X de iureiur. II. 24; (c. 15 X de purg. can. V. 34 auch: publicum et notorium), und manifestum allerdings auch noch allein, freilich selten c. 23. 24. 26 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40 (manifesta offensa, bez. manifestus hereticus) oder zusammen mit publicum c. 10 (Alex. III.) X de fil. presbyt. I. 17, gebraucht wird. Sachlich wird in den Dekretalen ebenfalls in Übereinstimmung mit der früheren Doktrin das Erforderniss des Notoriums in das allgemeine Bekanntsein des Vergehens gesetzt, s. c. 8 (Innoc. III.) X de cohib. cleric. III 2: „si crimen eorum ita publicum est, ut merito debeat appellari notorium, in eo casu nec testes nec accusator est necessarius, quum huiusmodi crimen nulla possit tergiversatione celari"; c. 15 X cit. V. 34: „dicitur enim, quod crimen eiusdem presbyteri adeo publicum fuerat et notorium, quod nullus inficiationi locus penitus existebat, utpote cuius universae viciniae populus testis erat", und damit der Begriff in das Schwanken gebracht, da nunmehr die Frage entsteht, wie betreffende Allgemeinheit abzugrenzen ist, und ferner mit dem Moment, dass das Verbrechen durch keine Ausflucht müsse abgeläugnet werden können, ein lediglich subjektives Kriterium aufgestellt wird. Ja auch darüber ist Innocenz III. noch hinausgegangen, wenn er mit Rücksicht auf das letztere eine manifesta offensa für eine solche erklärt (c. 24 X cit. V. 40): „quae vel per confessionem vel probationem legitime nota fuerit aut evidentia rei quae nulla possit tergiversatione celari" und nicht minder Gregor IX., c. 10 X de cohab. cler. III 2: „nisi peccatum huiusmodi sit notorium per sententiam seu per confessionem factam in iure aut per evidentiam rei quae tergiversatione aliqua celari non possit". Somit ist im Dekretalenrecht die Gränze zwischen dem notorium und dem durch Zeugen oder sonst, namentlich durch Augenschein oder Geständniss Bewiesenen sowie dem durch richterliches Urtheil Festgestellten völlig verwischt, und der ursprüngliche Begriff des manifestum, wie ihn Gratian definirt hat, völlig aufgegeben, vgl. hierzu Molitor S. 190; Meurer, Strafvergehen S. 52 ff. Wenn Gross, d. Beweistheorie i. canon. Prozess. Wien 1867. 1, 50 mit dem Bemerkten sachlich übereinstimmt, aber den erhobenen Vorwurf mit Unrecht insoweit zurückweist, als es sich um die Begründung der Bestimmung handelt, dass das als manifestum oder notorium Anerkannte als rechtlich gewiss zu betrachten ist, so verfällt er damit seinerseits in denselben Fehler, wie das Dekretalenrecht, und übersieht, dass dasselbe zu einer durchaus unsicheren und unklaren Doktrin, auf welche hier nicht weiter einzugehen meine Absicht ist, s. Durantis speculum iuris. lib. III. p. 1 de notoriis criminibus §. 8, ed. cit. 3 u. 4, 46, geführt hat, s. Molitor u. Meurer a. a. O.

[2] c. 21 (Inn. III.) X de iureiur. II. 24: c. 15 (id.) X de purg. can. V. 34: „quum nimirum, si crimen notorium existebat, non erat utique illi indicenda purgatio, sed in eum condemnationis sententia promulganda".

[3] Denn das Notorium konnte nur den Beweis der Strafthat erübrigen, schloss aber begriffsmässig nicht eine etwaige andere Vertheidigung als durch Bestreiten des Vergehens aus. Daher hat auch die Doktrin die Ladung des Beschuldigten gefordert, Durantis l. c. §. 1 p. 42.

[4] Statuten Theodors v. Utrecht 1209 c. 3, M. 22, 806. (Wenn ein Laie das geraubte oder gewaltsam zurückgehaltene Kirchengut auf Ermahnung nicht innerhalb 14 Tagen zurückerstattet, „episcopus et archidiaconus loci ipsum excommunicabunt et excommunicatum denunciabunt absque citatione".)

[5] Hierher gehört die Verurtheilung eines Bischofs durch Leo IX. auf der römischen Synode v. 1051, Watterich 1, 107: „ubi Gregorium Vercellensem episc. propter adulterium . . . et periuria perpetrata absentem et nescientem excommunicavit", ferner die Abälards und Arnolds v. Brescia durch Innocenz II., von denen weder der eine noch der andere vorher nach Rom geladen war, während freilich gegen den ersteren schon die Synode v. Sens 1141 eine Verurtheilung

Nicht hiermit zu verwechseln ist die weder von Gratian noch von dem Dekretalenrecht erwähnte Möglichkeit der Verhängung einer Strafe ohne jedes weitere Verfahren, falls sich Jemand einer solchen vertragsmässig von vornherein für gewisse Fälle unterworfen hatte[1] oder gar schon bedingter Weise für bestimmte Unterlassungen im Voraus eine kirchliche Strafe gegen sich hatte aussprechen lassen[2], und der definitive Eintritt derselben gegen ihn nur gegebenen Falls[3] verkündet zu werden brauchte[4].

§. 285. *h. Die Absolutions- und Begnadigungsgewalt. Sachliche und örtliche Zuständigkeit. Reservatfälle.*

In der älteren Kirche war es anerkannter Grundsatz, dass dasjenige kirchliche Organ, welchem die sachliche Zuständigkeit zur Verhängung der Strafe gebührt, auch das Recht zur Absolution von Censuren und zur Begnadigung besitzt[5].

Im Laufe der Zeit ist aber diese Regel sowohl in Bezug auf das eine, wie auf das andere vielfach durchbrochen worden[6].

I. Die Reservate für Absolutionen und für Begnadigung. a. Entstehung der Praxis. Zunächst liess sich einem höheren kirchlichen Straforgan,

ausgesprochen hatte, Inn. II. ep. ad Samson. 1141, J. L. n. 8149, M. 21, 565; Hefele Conc. Gesch. 5, 456. 483; Bernhardi Konrad III. 2, 736, welcher letztere allerdings zu weit geht, wenn er meint, dass der Spruch der römischen Kurie wider alles rechtliche Verfahren erfolgt sei. Aus demselben Grunde erklärt sich wohl auch die Exkommunikation Berengars v. Tours auf der römischen Synode v. 1050 unter Leo IX. lediglich auf Grund der Verlesung eines Briefes desselben, ohne dass der Verurtheilte vorher geladen war, M. 19, 760; Hefele 4, 174. 747, wogegen Bröcking, französische Politik Leos IX. Stuttgart 1892 S. 52 das Verfahren des Papstes als ein schweres Unrecht bezeichnet, während dies nur für die abermalige Verurtheilung zu Vercelli 1050, a. a. O. S. 52. 57 ff. zutrifft. Für diese Auffassung spricht auch das Privil. Lucius III. 1182/1183 für das Kapitel v. Troyes, J. L. n. 14879, v. Pflugk-Harttung acta 1, 307: „ut non liceat episcopo vestro . . . notoria culpa excepta aliquam personarum vel canonicorum sine citatione canonica et capituli conscientia excommunicationis, suspensionis vel interdicti vinculo innodare".

Nicht in Frage kommen solche Fälle, wo ohne die Voraussetzung der Notorietät geistliche Obere unrechtmässig ohne jedes Verfahren und Urtheil Strafen haben vollstrecken lassen, s. z. B. Rouen 1119, M. 21, 257. Dagegen richtet sich Rouen 1190 c. 12, M. 22, 584: „ut nullius consuetudinis obtentu quisquam deinceps ab ingressu ecclesiae vel alio quocumque ecclesiastico sacramento arceatur, donec legitime vocatus ad causam, liberam habeat respondendi facultatem, ut ita demum convictus aut viva voce vel saltem iuris interpretatione confessus pro qualitate excessus aequalem reportet a suo iudice sententiam".

[1] Vergleich d. Herzogs v. Lothringen mit dem Kloster Remiremont 1152, M. 21, 762: „et si aliquando . . . per me vel meos fuerit contra hoc factum, nisi infra XL dies, si admonitus fuero, satisfaciam et ablata restituam, meo assensu Treverensis et Tullensis ecclesiae in me et in terram meam sine iudicio dent anathematis sententiam"; Abkommen Philipps v. Hohenfels mit der Mainzer Kirche 1262, Guden cod. diplom. 1, 699 („sine strepitu iudiciali").

[2] So Friedrich II. zu S. Germano 1225 für die Nichterfüllung der hinsichtlich des Kreuzzuges übernommenen Verpflichtungen, S. 132 n. 4; Gregor. IX. ad Frider. 1227, Potthast n. 7972, Rodenberg ep. pont. Roman. 1, 283: „tunc cardinales predicti de imperatoris assensu in eius conspectu . . . sententiam excommunicationis publice auctoritate sedis apostolice protulerunt, in quam incideret imperator, si forsan in aliquo deficeret praedictorum"; vgl. Winkelmann, Friedrich II. 1, 239.

[3] ep. cit.: „imperatorem Fridericum, qui . . . in his tribus articulis manifeste deficiens, in excommunicationis descripte laqueum ultroneus se ingessit, excommunicatum . . . publice nuntiavimus et mandamus ab omnibus arctius evitari": Winkelmann a. a. O. 1, 281 ff.

[4] Freilich bedurfte es dazu der Feststellung, dass die Bedingung realisirt war. Im Falle Friedrichs II. hat Gregor IX. sich dafür auf die Notorietät berufen, s. vor. Anm.

[5] Bd. IV S. 727 n. 2. 3. S. 808 n. 1. Vgl. auch Urban II. ad Richer. Sen. 1096, J. L. n. 5636, M. 20, 665: „Ss. quippe canonum sanxit auctoritas et ea passim ecclesiae consuetudo servat, ut a quolibet iuste excommunicatum episcopo alius absolvere non praesumat. Ipsa etiam suffraganeorum ligamenta metropolitani, qui videlicet eorum maiores sunt, ss. patrum institutionibus prohibentur absolvere".

[6] S. zum Folgenden M. Hausmann, Geschichte der päpstlichen Reservatfälle. Regensburg 1868. S. 28 ff.

falls es in die Lage kam, seine Strafgewalt in einem gegebenen Fall auszuüben, nicht das Recht bestreiten, sich selbst theils zur Verschärfung der Strafe, theils zur Kontrole einer ordnungsmässigen Verbüssung derselben oder einer ausreichenden Genugthuung für das begangene Vergehen die Aufhebung der Strafe vorzubehalten. Vereinzelt hat dies schon Gregor I. gethan [1]. Seit dem 10. Jahrhundert sind dann zuerst von den kaiserlichen Synoden [2], sehr bald aber auch von den Päpsten [3] im Zusammenhang mit ihren Bestrebungen, das oberste Richterrecht über die Bischöfe zur Geltung zu bringen [4], derartige Verfügungen getroffen worden.

Ferner hatte das Papstthum in Folge des Zuströmens der Büsser nach Rom und der Beförderung dieser Sitte durch die Bischöfe schon seit dem 11. Jahrhundert die Stellung einer höchsten Instanz für das Busswesen erlangt, und als solche ein Milderungs- und Begnadigungsrecht hinsichtlich der von den Bischöfen auferlegten Bussen ausüben können [5].

Nachdem die Päpste während der gedachten Zeit auch ein oberstes Gesetzgebungsrecht für die ganze Kirche zur Anerkennung gebracht hatten [6], lag es nahe genug, die gedachten Befugnisse, welche sie bisher nur aus Anlass besonderer, zu ihrer Entscheidung gelangten Einzelfälle geübt hatten, allgemeiner für bestimmte kirchliche Vergehen in Anspruch zu nehmen und die letzteren dadurch als hervorragend schwere zu charakterisiren.

b. Die Absolution. Was das Recht zur Gewährung der Absolution betrifft, so hat zunächst Innocenz II. im Interesse der Abwehr von Gewaltthätigkeiten gegen Geistliche und roher und unwürdiger Behandlung derselben zu Rheims 1131 [7] die durch das allgemeine II. Laterankonzil (1139) wiederholte Anordnung [8] getroffen, dass von

[1] Indem er einem Erzbischof die nur von ihm selbst aufzuhebende Ausschliessung vom Abendmahl androht, ep. III. 7 (592) ed. Ewald 1, 188, vgl. Bd. IV S. 714 n. 7.

[2] Rom 998 o. 999 (Bd. III S. 565 n. 2) c. 2, M. 19, 225: „Erchembaldum Turon. archiepiscopum . . . cum omnibus episcopis qui consentientes interfuerunt his incestis nuptiis regis (Roberti) et Bertae . . . a sacrosancta communione suspendimus, donec ad hanc sanctam sedem apostolicam veniant satisfacturi“ und dasselbe in Betreff des Erzb. v. Bourges und des B. v. Nevers c. 6. Vgl. dazu S. 284.

[3] ep. Alex. II. ad. Widon. Ambian. M. 19, 973: „Si autem . . . iram tibi apostolicae sedis spreta hac nostra admonitione thesaurizaveris: omnino tibi sanctam communionem interdicimus, nisi cum in periculo mortis fueris constitutus, donec ante praesentiam . . . Rem. archiepiscopi, cuius iudicio omnem hanc causam committimus, supradicto abbati satisfacias“, Gregor. VII. reg. III. 1, Jaffé, mon. Gregor. p. 263 (1075, Hermann I. v. Bamberg): „a sacerdotali (officio) sit omnino seclusus, quousque apostolicae se audientiae repraesentet . . . anathematis vinculo eum innodamus, quousque supradicto modo se apostolicae audientiae repraesentet“; reg. VI. 4 (1078) l. c. p. 327: „non parum mirati sumus, . . . te (Heinrich I. B. v. Lüttich) nos de absolutione illius parochiani tui, qui ad nos venit, mordaci invectione reprehendisse, tamquam apostolicae sedis non esset auctoritas, quoscumque et ubicunque vult ligare et absolvere“.

Damit sind nicht solche Fälle zu verwechseln, in denen die Strafgewalt des betreffenden kirchlichen Organs lediglich auf päpstlichem Privileg oder päpstlicher Ermächtigung beruht, und der Papst sich für gewisse Fälle die Absolution vorbehält, s. z. B. Innoc. III., Potthast n. 151, S. 331 n. 1, Migne 1, 123: „si delicti qualitas exegerit, ad sedem apostolicam . . . veniunt absolvendi“, denn hier ist die Strafgewalt von vornherein nur beschränkt übertragen.

[4] S. 281 ff.

[5] S. 106.

[6] Bd. III S. 726 ff.

[7] c. 13, M. 21, 461, Bd. I S. 118 n. 7. Hausmann S. 67 n. 3 weist diese Anordnung schon dem Konz. v. Clermont 1130 c. 10 zu, indessen können spätere, erst dem Ende des 13. u. 14. Jahrhunderts angehörige Zeugnisse, s. M. 21, 440, weil hier die Gefahr einer Verwechselung sehr nahe lag, gegenüber dem anders überlieferten Text der Synode nicht für durschlagend erachtet werden.

[8] c. 15 C. XVII qu. 4, Bd. I S. 118 n. 7, wiederholt Pisa 1135 und Rheims 1148, s. a. a. O., modifizirt durch das Leg. K. London 1138 c. 10, M. 21, 512, welches in Betreff der occisio, incarceratio und percussio clericorum, monachorum und sanctimonialium den Vorbehalt mit den Worten aufstellt: „neque quisquam ei praeter Romanum pontificem, nisi mortis urgente periculo modum poenitentiae finalis imponat“.

der für die thätliche Verletzung von Klerikern verwirkten Exkommunikation allein der Papst auf persönliche Gestellung die Absolution ertheilen könne, und fast gleichzeitig gewährte er einen solchen verstärkten strafrechtlichen Schutz einzelnen von ihm gegebenen Privilegien bei der Ertheilung derselben[1]. Bis in das 13. Jahrhundert hinein haben seine Nachfolger noch einen verhältnissmässig geringen Gebrauch von solchen Reservationen gemacht[2]. Abgesehen von einem sich auf einen Spezialfall beziehenden Vorbehalt Hadrians IV.[3] hat Clemens III. (1187—91) einen solchen in Betreff des mit Einbruch verbundenen Kirchenraubes[4] und der Brandstiftung[5], Cölestin III. (1191—98) in Betreff des Verkehrs mit etwaigen vom Papst gebannten Geistlichen und der Anstellung derselben in kirchlichen Ämtern[6], Innocenz III. in Betreff der Aufbewahrung falscher päpstlicher Briefe über eine bestimmte Zeit hinaus aufgestellt[7], und endlich ist vom IV. Laterankonzil 1215 dem Papst und zwar nicht diesem allein, sondern in Konkurrenz mit ihm auch den lateinischen Patriarchen[8] die Absolution von der durch die Provinzialsynoden gegen Prälaten wegen ordnungswidriger Besetzung von Kirchenämtern verhängten Suspension von dem Besetzungsrecht der letzteren reservirt worden[9]. Zur Zeit des Abschlusses der Dekretalensammlung waren also mit Einschluss des Vorbehaltes von Innocenz II. erst sechs Reservatfälle seitens der obersten Gewalten der katholischen Kirche ausgesprochen, von denen sogar nur 4 von Anfang an eine allgemeine Geltung hatten[10], und zwei dieselbe, da sie zunächst für spezielle Verhältnisse erlassen waren, erst dadurch erhielten[11], dass sie mit den übrigen seit Clemens III. gemachten drei Reservationen Aufnahme in die gedachte Sammlung fanden.

Die Neuerung Innocenz' II. ist ihrer Zeit, mindestens von den Bischöfen einzelner Länder, als ein zweckentsprechendes Mittel angesehen worden, ein in gegebenen Fällen hervorgetretenes Bedürfniss nach Verschärfung der kirchlichen Strafen zu befriedigen, und daher haben schon einzelne Partikularverordnungen bis zum Anfang

[1] Priv. f. Cluny 1132, J. L. n. 7551, M. 21, 405: „Si vero aliqui absque ipsorum monachorum praesentia ea quae ad victum vel vestitum in Clun. coenobio domino servientium pertinent, alicubi depraedati fuerint, nisi infra XL dies commoniti ablata restituerint, eos anathemati subiacere praecipimus et in terra eorum divina prohibemus officia celebrare . . . et nullus eorundem praesumptorum praeter timorem mortis, nisi a Romano pontifice absolvatur".

[2] Wenn Cölestin III. (1191—98) c. 21 §. 2 X de off. iud. del I. 29 von solchen Reservationen spricht, so beweist dies nicht, dass sie damals schon in grosser Zahl vorgekommen sind.

[3] Betreffend die Bestätigung des Verzichts der Herrin von Narbonne auf das Spolienrecht 1156, J. L. n. 10217, M. 21, 826: „Si quis autem hoc attentare praesumpserit..., vinculo se noverit excommunicationis adstrictus et a nemine sine licentia Romani pontificis aut legati ex eius latere destinati possit absolvi".

[4] c. 22 X de sent. exc. V. 39 (zunächst auch nur für einen Spezialfall).

[5] c. 19 X eod. Irrigerweise schreibt Kober Kirchenbann 2. A. diese Reservation schon dem 2. Laterankonzil 1139 c. 18. 19, M. 21, 531 (c. 32 C. XXIII qu. 8) zu.

[6] c. 18 X eod. (hier Clemens beigelegt, s. aber J. L. n. 17054) auch zunächst blos für einen Spezialfall.

[7] Ohne sie zu zerstören, c. 4 X de crim. falsi V. 20.

Hausmann S. 277. 278 findet noch Reservationen Innocenz' III. in c. 29 X de sent. exc. V. 39 und in c. 26 X de off. iud. del. I. 29. Im ersteren handelt es sich indessen um die Absolution derjenigen, welche wegen communicatio in crimine mit einem Gebannten, S. 5 n. 3, ebenfalls der Exkommunikation verfallen, und der Papst spricht hier nur den allgemeinen Grundsatz aus, dass diese als Mitthäter und Begünstiger blos von demselben kirchlichen Oberen, welcher den Thäter zu absolviren befugt ist, die Absolution erhalten können. Das zweite betrifft die nach gemeinrechtlichen Grundsätzen sich von selbst verstehende Befugniss des Papstes, von der durch seinen Delegaten ausgesprochenen Exkommunikation zu absolviren, wenn die Befugniss des letzteren dazu nach Ablauf des Jahres erloschen ist.

[8] Bd. I S. 560.

[9] c. 30, M. 22, 1018, auch in c. 29 X de praeb. III. 5.

[10] Einschliesslich der Reservation Innocenz' II., S. 361 n. 8.

[11] S. Anm. 4 u. 6.

des 13. Jahrhunderts ihrerseits[1] neue Vorbehalte für den Papst, so betreffs der Absolution von der Exkommunikation beim Einbruch in Kirchen und Kirchhöfe und bei der Simonie festgesetzt.

Eine weitere Vermehrung erfuhren aber diese partikulären Reservationen seit der Zeit Innocenz' III. durch die von den päpstlichen Legaten in einzelnen Theilen der Kirche abgehaltenen Synoden[2], denen dann auch die übrigen Partikularkonzilien darin gefolgt sind[3].

Dagegen haben die Päpste bis zum Ende des 13. Jahrhunderts noch einen bescheidenen Gebrauch von derartigen Vorbehalten gemacht. Abgesehen von einigen, fast nur die Ordensangehörigen betreffenden Reservationen[4] hat Gregor X. auf dem

[1] London 1143, M. 21, 604: „ne aliquis, qui ecclesiam coemeteriumque violaverit vel in clerico aut viro religioso manus iniecerit violentas, ab alio quam a papa possit absolvi ..“; Const. Odos v. Paris Ende des 12. Jahrh. M. 22, 678 (welche ausser den beiden Fällen der manus iniectio und der Brandstiftung, s. oben S. 362 noch die Simonie aufzählen). Zweifelhaft bleibt Rouen 1190 c. 26, M. 22, 585 (nach der S. 135 n. 8 mitgetheilten Stelle: „Huius autem constitutionis reos nullus sacerdotum absolvere vel eis poenitentiam dare praesumat, nisi fuerint in articulo mortis constituti, sed huiusmodi periuri et excommunicati ad proprios episcopos remittantur absolvendi et de tanto excessu graviter puniendi et ad eorum maiorem confusionem ad sedem apostolicam transmittantur“) und c. 32, wonach der trotz seiner Exkommunikation celebrirende Priester: „mittatur Romam“, denn im ersteren Kapitel ist wahrscheinlich Absolution durch den Bischof und Wallfahrt nach Rom als Satisfaktion, im anderen Auferlegung der Strafe durch den Papst gemeint.

[2] Avignon 1209 c. 13, M. 22, 790: „ut nulli episcoporum liceat huiusmodi anathematizatos (d. h. qui pertinaciter in excommunicatione per VI menses permanserint) absolvere, sed ad sedem apostolicam, sicut sacrilegi et incendarii (s. die cit. Vorbehalte Clemens' III.) absolvendi mittantur. Periuris vero propter (l. praeter) aliam satisfactionem dictam sedem in praesentia visitare iniungatur. Si forte clerici fuerint, in utroque casu ab officio et beneficio ecclesiastico repellantur, ad quorum neutrum restitui valeant, nisi per summum pontificem vel eius legatum“: Leg. K. Paris 1212 o. 1213 P. V. c. 7; M. 22, 851: „Si qui sacerdotes vel abbates vel quaecumque personae religiosae huiusmodi faeneratores post denunciationem (excommunicationis) in ecclesiis factam ad oblationem aut sepulturam vel habitum religionis sine sufficiente satisfactione spoliatis exhibita scienter receperint, ipso facto se noverint excommunicatos et ab officio et beneficio suspensos et non possunt absolvi nisi a summo pontifice“; Lerida 1229 c. 20, p. 1094: Absolution von der Exkommunikation der den Mauren gegen Christen Kriegsdienste leistenden Christen; Toulouse 1229 c. 39, 23, 203 für Papst oder päpstlichen Legaten beim furare der seitens der Kirche oder des Königs ausgeliehenen castra und villae; Breslau 1248 §. 20, de Montbach stat. Wratislav. p. 310: Absolution der Fürsten und anderer Personen, welche die Hülfe der Heiden gegen die Christen anrufen und die ersteren in Sold nehmen; Valence 1248 c. 17, M. 23, 776 der öffentlich verkündeten Exkommunicirten, welche wegen hartnäckigen Sicheindrängens in den Gottesdienst noch deswegen besonders exkommunicirt sind; Bourges 1276 c. 3, M. 24, 170: Vorbehalt der Absolution für den päpstlichen Legaten bei Exkommunikation der Richter, welche für Absolution von Exkommunikationen, Interdikten und Suspensionen Geld fordern oder annehmen. Wien 1267 c. 11, M. 23, 1171 wiederholt nur die Reservation für die percussio clericorum.

[3] Trier 1227 c. 4, M. 23, 28 ausser den gemeinrechtlichen Fällen percussio clericorum, incendium ecclesiae, fractio ecclesiae und „qui scienter et sponte communicat excommunicato a d. papa et eos recipit in officiis divinis“ (auch in den Synodalstatuten von Cahors 1289 c. 25, M. 24, 1332) noch „qui falsificat literas d. papae, qui communicat aliter excommunicato a. d. papae in crimine scienter impendendo ei auxilium, consilium vel favorem“; Trier 1238 c. 25, M. 23, 482: „suspensi seu clerici excommunicati celebrantes a d. papa tantum absolvantur“; Fritzlar 1243 c. 4, p. 726 (ausser der percussio clericorum vel locorum religiosorum incendia) auch die simonia in ordine perpetrata (ebenso Mainz 1261 c. 8, p. 1082 und Eichstätt 1282 c. 9, Hefele 6, 229); Lemans 1247 P. 3, p. 760 (ausser percussio clericorum, incendium ecclesiae vel cimeterii) qui litteras d. papae falsant vel ad hoc adminiculum praestant.. vel qui falsis utuntur“; Clermont 1268 c. 9, p. 1212: Prozessiren eines Klerikers gegen den anderen beim weltlichen Gericht.

[4] Nach Hausmann S. 328 hat Innocenz IV. (1243—1254) den Minoriten die Aufnahme von Predigermönchen in ihren Orden ohne Entlassung aus ihrem bisherigen Orden und Alexander IV. den Predigermönchen die von Minoriten ohne Erlaubniss der Ordensoberen bei Strafe der päpstlich reservirten Exkommunikation untersagt. Ferner wird c. 1 in Extr. comm. V. 1 dem Papst die Absolution von der Exkommunikation, bez. Suspension reservirt, welche wegen Forderns von Geld- oder Geldwerth bei der Aufnahme neuer Mitglieder seitens der Ordensoberen, einzelner Ordensangehöriger, der Ordenskapitel oder Konvente oder seitens der Gebenden ipso iure eintritt. Hausmann S. 246 weist das c. cit Urban IV. (1261—1265), Friedberg corp. iur. can. 2, 1288 Urban V. (1363) zu, jedoch

allgemeinen Konzil von Lyon 1274[1] ausschliesslich dem Papste die Absolution von der wegen des S. 214 (Spalte 2 Abs. 4) näher bezeichneten Vergehens ipso iure eintretenden Exkommunikation, falls die Schuldigen länger als zwei Monate in derselben verharren, vorbehalten[2], und ebenso Bonifaz VIII.[3] ausser der sich nur als Erweiterung des privilegium canonis darstellenden Reservation der auf die Verletzung der Kardinäle gesetzten Exkommunikation[4] und einem sich lediglich auf die Erlangung von päpstlichen Gnaden beziehenden Vorbehalt[5] blos eine gleiche Anordnung hinsichtlich der von ihm als Censur l. s. für die Ausweidung und Zerstückelung von Leichen[6] angedrohten Exkommunikation getroffen.

Etwas weiter ist Clemens V. gegangen. Er hat dem Papst reservirt 1. die Exkommunikation l. s. gegen weltliche Machthaber, welche an interdicirten Orten die Geistlichen zur Feier des Gottesdienstes auffordern oder zwingen, oder die Unterthanen, selbst öffentlich exkommunicirte und interdicirte, zur Beiwohnung desselben veranlassen oder welche es verhindern, dass solche nach der Aufforderung des Priesters zum Verlassen der Kirche sich entfernen oder ihnen gar das Verbleiben in derselben befehlen[7], 2. gegen diejenigen, welche den Sarazenen in Ägypten Waffen, sonstigen Kriegsbedarf und Lebensmittel liefern[8], 3. gegen Ordensleute, welche die letzte Ölung, das Abendmahl und die Einsegnung von Ehen ohne spezielle Erlaubniss des zuständigen Pfarrers spenden und von einer ipso iure eintretenden Exkommunikation ohne Vorliegen eines durch Gesetz oder Privileg festgestellten Ausnahmefalls oder von den durch Provinzial- und Synodalstatuten angedrohten Strafen oder überhaupt von Strafe und Sünde absolviren[9], 4. gegen Welt- und Ordensgeistliche, welche sich die Wahl des Begräbnisses bei ihren Kirchen oder die Nichtänderung einer solchen Wahl versprechen lassen[10] und 5. der Inquisitoren, welche bei der Verwaltung ihres Amtes aus Gunst oder Gewinnsucht oder gegen Bestechung pflichtwidrig handeln[11].

Während die vier neuen Reservationen Johanns XXII.[12] keine allgemeine Be-

passt die Datumszeile, s. Potth. 2, 1485 weder auf den ersteren noch auf den letzteren.

Weiter theilt das Konzil v. Sens 1269 c. 5, M. 24, 5 das Fragment einer päpstlichen Bulle, welche sich auf Innocenz beruft, mit, nach welcher die Absolution für das Belangen von Klerikern durch Prälaten und andere Kleriker in Frankreich vor den weltlichen Gerichten nur mit speciali mandato sedis apostolicae gestattet sein soll. Da es sich hierbei offenbar allein um eine neuere Dekretale handeln kann, so ist wahrscheinlich Innocenz IV. gemeint, und dieselbe ist entweder Urban IV. (1261—1264) oder Clemens IV. (1265—1268) zuzuweisen.

Endlich hat auch Alexander IV. 1257 in der const.: Improbis, bull. Taurin. 3, 651, die General-Exkommunikation gegen diejenigen, welche in Frankreich Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten erlassen, dem Papst reservirt.

[1] c. 31, M. 24, 102 in c. 11 in VI de sent. exc. V. 11.

[2] Eine lediglich beschränkte Bedeutung hat die Reservation Nikolaus' IV. v. 1278, c. 17 in VI de elect. I. 6, betreffend die Exkommunikation für die Wahl eines Kaisers, Königs oder anderen mächtigen Grossen ohne päpstliche Erlaubniss zum senator urbis Romae.

[3] c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6.

[4] c. 5 in VI de poen. V. 9, Bd. I S. 350.

[5] c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10, s. S. 202 n. 9.

[6] S. 207 n. 3.

[7] Clem. 2 de sent. exc. V. 10 (Konzil v. Vienne 1311).

[8] Clem. 1 de iud. V. 2.

[9] Clem. 1 de privil. V. 7.

[10] Clem. 3 de poen. V. 8.

[11] Clem. 1 §. 4 de haeret. V. 3. Dazu treten noch Clem. 1 de poen. V. 8 betr. die Anwendung der Reservation des privilegium canonis auf percussio und Gefangenhaltung von Bischöfen, ferner const. Prodiens 1308, bull. Taurin. 4, 195 betr. die Fälschung französischer Münzen.

[12] c. 2 in Extr. comm. de regul. III. 8 Reservation der Exkommunikation gegen Religiosen, welche sich ohne Erlaubniss ihrer Oberen in überseeische Länder begeben; c. un. in Extr. Joann. XXII. de poen. tit. 12 für die Tödtung, Gefangenhaltung, Verletzung, Beleidigung, Vertreibung und Beraubung der Rektoren der Mark Ancona und ihrer Beamten, const. Quos praedixit v. 1319, bull. Taur. 4, 285 für die gleichen Vergehen gegen den Rektor v. Benevent; c. 5 in Extr. comm. de praeb. III. 2 der für die Verletzung der Vor-

deutung beanspruchen können, ist gegen Ende des 14. Jahrhunderts in der Bulle: In coena domini[1] die Zahl durch Hinzufügung der Ketzerei, der Seeräuberei, der Auferlegung neuer Durchgangsabgaben, der Fälschung päpstlicher Briefe, der Beraubung, Gefangenhaltung und schweren Verwundung derjenigen, welche zur römischen Kurie reisen oder von dort zurückkehren oder bei derselben verweilen, der Abschneidung der Zufuhr für die römische Kurie, der Tödtung, Verstümmelung, Misshandlung und Beraubung derjenigen, welche in Geschäften sich zur römischen Kurie und von dort fortbegeben, ihrer Vertreter und der ihnen bestellten Richter und Auditoren aus Anlass dieser Geschäfte, sowie derselben Vergehen gegen die Rompilger und der Gefangenhaltung derselben, der Okkupation und Detention der Besitzungen der römischen Kirche, weiter seitens Gregors XI. der Bestechung in Betreff der Kundgebung von päpstlichen Provisionen und Versetzungen[2], seitens Urbans VI. der Wegnahme der Reliquien der Apostel Petrus und Paulus[3] und endlich seitens Bonifaz' IX. der Okkupation und Detention der Güter der apostolischen Kammer[4] vermehrt worden.

Immerhin war die Zahl dieser Reservate bis zur ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts nicht bedeutend[5], und erst im Verlaufe desselben hat sie sich auf etwas mehr als 30 erhöht.

Ebensowenig hat seit dem Ende des 13. Jahrhunderts bis dahin eine nennenswerthe Vermehrung durch die Legaten-[6] und anderen Partikularsynoden[7] stattgefunden.

Nach der Analogie der päpstlichen Reservationen haben auch die Partikular-Kon-

schriften über die Einrichtung des Erzbisthums Toulouse angedrohten Strafen, der Exkommunikation, des Interdikts und der Suspension. Dagegen ist c. un in Extrav. Joann. XXII de crim. falsi tit. 10 blos eine Wiederholung von Clem. V. const. Prodiens cit. s. vor. Anm.

[1] In der von Gregor XI. 1372 verkündeten Fassung: Excommunicamus, vgl. namentlich §. 10, bull. Taurin. 429. Ausser den genannten Vergehen wird auch die schon von Clemens V. vorbehaltene Unterstützung der Sarazenen, S. 364 n. 8, aufgeführt.

[2] Const. Solicite v. 1375 §§. 3. 4, bull. Taur. 4, 577, s. auch S. 202 n. 9.

[3] Const. Sacrilegorum v. 1385 §. 1, ibid. p. 595, vgl. S. 123 n. 6.

[4] Const. Caeca v. 1390 §. 3, ibid. p. 604.

[5] Es sind im Ganzen bis zum Ende der Regierungszeit Johanns XXII. nicht viel mehr als 20.

[6] Padua 1350, M. 26, 224 für die Exk. gegen Laien, welche Kirchen und Kirchengut okkupiren und widerrechtlich detiniren, und p. 228. 229 für die suspensio ab ingressu ecclesiarum et a divinis der Bischöfe, welche unstatthafte Ablässe ertheilen in Konkurrenz mit einem päpstlichen Legaten. Die Legaten-Reservationen, s. S. 363 n. 2, betreffen einschliesslich der eben gedachten 9 Fälle.

[7] Lerida Ende saec. XIII, M. 23, 937 betreffend die Exkommunikation für den Verkauf von Christen und Christinnen an Sarazenen und die suspensio ab omni officio et benef. für Verpfändung von Dignitäten und Personaten; Riez 1285 c. 13. 14, M. 24, 580 die Exkommunikation für Verkauf oder Weggeben von Gift zum Morde oder zum Abortiren und Giftmord (wiederholt Avignon 1326 c. 17. 18, M. 25, 754); Auch 1300 c. 1, M. 25, 82 die Exkommunikation für die Behinderung der kirchlichen Wahlen und Besetzung von Kirchenämtern durch Laien, bez. das Personalinterdikt für ihre Familie; Coutance 1294 c. 4, Bessin conc. Rotomag. Rotomagi 1717. 2, 557. 558, betr. die Exkommunikation der Behinderer der kirchlichen Jurisdiktion, falls die Absolution beim Pfarrer nicht innerhalb der ersten zwei Monate nachgesucht ist, unter Verweisung auf den Vorbehalt in c. 11 in VI de sent. exc., s. o. S. 364 n. 1; Avignon 1326 c. 25, M. 25, 759 derjenigen Geistlichen, welche als Berather der Richter wissentlich Rath gegen Gott, die kirchliche Freiheit oder zum Nachtheil von Kirchen, Prälaten und Leiter von Kirchen ertheilen. Dagegen bildet Prag 1355 c. 49, M. 26, 399 über die Reservation der Exk. für die eigenmächtige Gefangenhaltung eines Klerikers, der Tonsur und geistliches Gewand trägt, nur eine Anwendung des privilegium canonis, und Mainz 1310 c. 48, M. 25, 346 ist blos eine Wiederholung von Fritzlar 1243, S. 363 n. 3.

Vereinzelt Reding 1279 c. 1, M. 24, 266, welches die Absolution von der Exkommunikation ipso iure für die Annahme mehrerer Seelsorgebenefizien ohne päpstliche Dispensation dem Papste oder dem Erzbischofe vorbehält.

zilien während des 13. und 14. Jahrhunderts Vorbehalte der Absolution für das Provinzial-Konzil[1] oder für den Erzbischof[2], allerdings nicht in einem irgend wie beträchtlichen Umfang, aufgestellt.

Zahlreicher sind dagegen die seit dem Beginne des 12. Jahrhunderts vorkommenden Reservationen für die Bischöfe[3]. Diese haben zwar ihre wesentliche Bedeutung für die Lossprechung im Beichtforum gehabt[4]. Indessen besassen bis in das 13. Jahrhundert hinein auch manche Priester, namentlich die Pfarrer eine Strafjurisdiktion und Exkommunikationsgewalt[5], ja noch Innocenz III. und das gemeine Recht des 13. Jahrhunderts[6] haben ihnen das Absolutionsrecht von der excommunicatio latae sententiae im Falle der Beichte des Schuldigen ausdrücklich zugestanden[7]. Deshalb hatte die bischöfliche Reservation auch die Bedeutung, ein derartiges Absolutionsrecht für das forum externum zu beschränken, das um so mehr, als gerade meistens solche Sünden, welche zugleich schwere kirchliche Vergehen waren, von den Bischöfen und von den Partikularkonzilien zum Gegenstande derartiger Vorbehalte gemacht worden sind[8].

c. Die Begnadigung. Sehr bald nach Aufstellung des ersten der vorstehend besprochenen Absolutionfälle[9] haben schon die Päpste begonnen, sich auch ein Begnadigungsrecht in Betreff der kirchlichen Strafen beizulegen, und schon Gratian[10], sowie die ihm folgenden Theorie[11], hat dem Papste eine solche Befugniss in Betreff der Strafe der Infamie zugeschrieben[12].

Zuerst ist dies unter Eugen III. auf dem päpstlichen Konzil zu Rheims 1148[13],

[1] Ravenna 1311 c. 20, M. 25, 460 von der Exkommunikation ipso facto für diejenigen, welche sich mit Hülfe der Laiengewalten in kirchliche Benefizien eindrängen; Avignon 1326 c. 37, M. 25, 763 für diejenigen, welche Verschwörungen und Verbindungen zur Beeinträchtigung der Kirchen und kirchlichen Personen und Oberen in ihrem Vermögen und in ihren Rechten eingehen.

[2] Aschaffenburg 1292 c. 9, M. 24, 1088 von der Exkommunikation ipso facto für diejenigen, welche zur Zeit eines Interdiktes Leichen auf dem Kirchhof begraben, wiederholt Mainz 1310, hier aber Vorbehalt für den Erzbischof oder Diöcesanbischof M. 25, 348; Avignon 1326 c. 27, p. 764 für Theilnahme an unerlaubten Verbindungen und Brüderschaften; Palermo 1388, M. 25, 749 für Geistliche, welche Verschwörungen gegen ihren Prälaten, die Kirche des letzteren oder eine andere geistliche Person zur Beeinträchtigung derselben oder ihres Vermögens machen. S. auch S. 365 n. 7 a. E.

[3] Das älteste Beispiel ist wohl London 1102 c. 28, M. 20, 1152 (Sodomie); s. weiter London 1200 c. 7, M. 22, 717 (Meineid); Dublin 1214, p. 926 (enormia delicta); Richard v. Salisbury u. 1227 c. 32, p. 1117 (Meineid); ferner ausser den Bd. IV S. 105 n. 9 und S. 106 n. 1 citirten Konzilien noch Auch 1300 c. 6; M. 25, 84 (hier auch die Absolution von der interdictio ingressus ecclesiae bei Klerikern reservirt); Trier 1310 c. 93 (hier 39 Fälle aufgezählt) p. 271; Mainz 1310, p. 346; Bergamo 1311 c. 29, p. 507; Avignon 1326 c. 22, p. 757; Ferrara 1332 c. 8, p. 905, Benevent 1331 c. 42, p. 957; York 1367 c. 9, M. 26, 471; Benevent 1378 c. 42, p. 640; endlich Arles 1275 c. 12, M. 24, 150 (wo allerdings päpstliche und bischöfliche Vorbehalte durcheinander aufgezählt werden).

[4] Bd. IV S. 106.

[5] S. 291.

[6] c. 29 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39.

[7] c. 29 cit. bezieht sich auf die für den Verkehr mit dem Gebannten eintretende excommunicatio minor, aber der für die Befugniss angeführte Grund: „quamvis iuris sententia . . . sit ligatus, quia tamen conditor canonis eius absolutionem sibi specialiter non retinuit, eo ipso concessisse videtur facultatem aliis relaxandi“ passt auf alle Exkommunikationen, welche für etwaige zugleich Sünden bildende kirchliche Vergehen angedroht sind. Dagegen unterscheidet die Stelle nicht, wie die heutige Doktrin zwischen der Wirksamkeit der absolutio für das forum internum und externum, und beschränkt die Absolution des Priesters nicht auf das erstere.

[8] S. die Anführungen Anm. 3 und Bd. IV S. 106.

[9] S. 361.

[10] Dict. zu c. 7 (Gregor. I.) C. II qu. 3; s. S. 145 n. 2.

[11] Stephan v. Tournai in seiner Summa über das Dekret, her. von v. Schulte. Giessen 1891 S. 167.

[12] In Gleichstellung des Papstes mit dem römischen Kaiser, s. d. vor. Anm.

[13] c. 6, M. 21, 717: „Clerici qui excommunicatorum consiliis et negotiis communicant vel in domibus vel familiis eorum versantur, quamlibet nobiles fuerint, tam ordinis sui quam beneficiorum ecclesiasticorum periculo subiaceant, nisi a summo pontifice veniam mereantur“ (auch p. 515 als London 1138).

demnächst von Alexander III. zu Tours 1163[1], ferner von Innocenz III.[2], Honorius III.[3], Gregor IX.[4], Nicolaus IV.[5] und Bonifaz VIII.[6] geschehen.

Seit dem Laufe des 12. Jahrhunderts haben die Legatensynoden[7] und einzelne Partikularkonzilien[8] ebenfalls derartige päpstliche Begnadigungsfälle aufgestellt. Nach dem Vorbilde dieser letzteren ist wenngleich sehr selten auch dem Provinzialkonzil[9] oder dem Metropoliten in Gemeinschaft mit einem Suffraganbischof[10] ein solches Recht beigelegt worden.

d. Die Bedeutung der Vorbehalte. Überblickt man die Fälle, in welchen

[1] c. 8, M. 22, 1179 (c. 3 X ne cler. III, 50) für Mönche, welche wegen des Studiums der Physik und des Rechts eigenmächtig das Kloster verlassen haben, und mit der Zurückversetzung auf den letzten Platz ohne Hoffnung auf Zulassung zu Ämtern bedroht werden, „nisi ex misericordia sedis apostolicae".

[2] c. 13 (Innoc. III.) X de temp. ordin. I. 11 (Suspension von der Ertheilung bestimmter Weihegrade und Suspension vom Ordo „donec de illis aliter disponamus"); c. 33 i. f. (id.) X de test. II. 20 (Susp. ab off. et benef. „donec mereantur nostram indulgentiam obtinere").

[3] c. 15 (Honor. III.) X de temp. ord. I. 11 Suspension von der Weihegewalt „donec nostram gratiam meruerint obtinere".

[4] c. 45 X de sim. V. 3 simonistische Ordination: „ordinator a collatione, praesentator vero ab executione ordinum per triennium, et ordinatus ab ordine sic suscepto, donec dispensationem super hoc per sedem apostolicam obtinere meruerit, noverint se esse suspensos".

[5] Const. Noverit. v. 1280 §. 18, bull. Taur. 4, 48 privatio officii für Spendung von Sakramenten an Ketzer und Annahme von Oblationen derselben „ad quod numquam restituantur absque indulto speciali".

[6] c. 1 in Extr. comm. de elect. I. 3 (Kapitel und andere, welche bei der Kurie promovirte Prälaten und Kirchenleiter ohne die erforderlichen päpstlichen Briefe annehmen, „tamdiu sint a beneficiorum suorum perceptione suspensi, donec super hoc eiusdem sedis gratiam meruerint obtinere").

[7] Friedensdekret des Bischofs v. Auch 1140, M. 20, 887. 1148; Huberti Gottesfrieden u. Landfrieden 1, 491 (Bischöfe und Priester, welche lässig bei Durchführung des Friedensgebotes sind, „officii sui suspensione mulctentur, donec apostolicae sedis misericordiam obtinuerint"); Dioklea 1199 c. 2, M. 22, 701 (für Bischöfe wegen Verstösse bei der Ordination von der Suspension vom Ordinationsrecht); Avignon 1209 c. 13 i. f., S. 363 n. 2; Mainz 1225 c. 6, M. 23, 4. 5: suspendirte und exkommunicirte Kleriker, welche celebriren: „tales sine spe restitutionis ab officiis et beneficiis deponantur et infames et intestabiles sint et de cetero ad beneficia ecclesiastica nullatenus admittantur, nisi per poenitentiam approbatam et conversionem laudabilem sedis apostolicae gratiam meruerint obtinere"; c. 10 ibid. simonistisch präsentirte Geistliche „officio beneficioque priventur nec ad beneficium vel actus ecclesiasticos admittantur, nisi cum eis per sedem apostolicam fuerit dispensatum"; Lerida 1229 c. 13, M. 22, 1092 für Prälaten, welche Benefizien getheilt verleihen, von der suspensio a collatione ordinum, donec a sede apostolica absolutionis beneficium obtinuerint; Toulouse 1229 c. 10, M. 23, 196 (Aufhebung der Strafe der Unfähigkeit der reumüthigen heretici perfecti zu öffentlichen Ämtern lediglich durch den Papst oder einen legatus a latere); Valence 1248 c. 12, M. 23, 774 (für hartnäckig in der Exkommunikation verharrende Gebannte von der Infamie); Breslau 1248 §. 4, de Montbach stat. Wratislav. p. 301 (für Geistliche, welche wegen der Okkupation nicht vakanter Benefizien unter Hülfe von Laien hartnäckig in der Exkommunikation verharrt haben, von der Unfähigkeit, kirchliche Benefizien zu erlangen „de dispensatione sedis apostolicae speciali"); Pressburg 1309 c. 3, M. 25, 217 (für Geistliche, welche Benefizien aus Laienhand annehmen und solche behalten, von der vorher gedachten Strafe).

[8] Tarragona 1292 c. 3, M. 24, 1107 (für Geistliche, welche anderen Geistlichen Fehde angesagt und trotz einer desfallsigen Censur celebrirt haben, von der Unfähigkeit, Kirchenämter zu erlangen, wiederholt Tarragona 1329 c. 60, M. 25, 867); Anse 1299, M. 24, 1229 (für Geistliche bei schwerer Verletzung des Interdiktes von derselben Strafe); Auch 1300 c. 1, S. 365 n. 7 (von der Unfähigkeit der Descendenz zu Kirchenämtern).

Fritzlar 1243 c. 12, M. 23 729 und Mainz 1261 c. 2. 40. 41, p. 1081. 1096, sind nur Wiederholungen von Mainz 1225 c. 6 u. 10 cit. (s. vor. Anm.). Trier 1227 c. 15, M. 23, 37 legt die Begnadigung unkeuscher Ordensleute und Äbte von der Unfähigkeit, Klosterdignitäten und Ämter zu erhalten, in die Hand des Papstes oder seines Legaten oder des Ordinarius.

[9] Melun 1226 c. 3. 4, M. 22, 1088 (Klosterprior, welcher ein Darlehen von mehr als 40 Solidi ohne Genehmigung seines Abtes aufnimmt, verliert den Priorat und kann ihn nur durch das Provinzialkonzil wieder erhalten); S. Quentin 1272 c. 3, M. 24, 19: „Si quis in ecclesia aliquem interfecerit, quam diu vixerit, ipso facto ingressu ecclesiae sit privatus, nisi cum ipso per provinciale concilium fuerit dispensatum: salvis aliis poenis quae contra tales in canonicis constitutionibus continentur".

[10] Avignon 1326 c. 7, M. 25, 746 (Dispensation von der Unfähigkeit der Descendenz zu Kirchenämtern für diejenigen, welche ihre Exkommunikatoren durch Nachahmung der Ceremonien der Exkommunikation verhöhnt haben).

derartige Vorbehalte von den Päpsten, beziehentlich von ihren Legaten aufgestellt worden sind, so muss der Gedanke, dass es sich dabei um eine Vergrösserung der päpstlichen Macht gehandelt hat, von der Hand gewiesen werden, denn sie werden gerade in der Zeit, in welcher das Papstthum die massgebende Leitung der Welt zu erlangen sucht, nur verhältnissmässig selten gemacht, und beginnen erst zahlreicher zu werden, als dasselbe längst das gedachte Ziel erreicht hat. Überdies haben einzelne nur eine reine lokale oder partikuläre Bedeutung gehabt[1], welche sie für diesen Zweck völlig ungeeignet erscheinen lässt.

Die anderen haben überwiegend solche Vergehen zum Gegenstand, welche die Autorität der Geistlichkeit[2], die Machtstellung und die Rechte der Kirche[3], namentlich die Beachtung und Durchführung ihrer Strafen[4], sowie die päpstlichen Rechte[5] und die päpstliche Verwaltung[6], nicht minder das Gut kirchlicher Institute und geistlicher Personen[7] gefährden. Berücksichtigt man dies, so kann bei ihrer Aufstellung nur die Tendenz massgebend gewesen sein, die Strafen für die gedachten Vergehen durch Erschwerung ihrer Wiederaufhebung zu verschärfen, und nachdem man einmal von diesem Mittel Gebrauch gemacht hatte, hat man dasselbe auch für Fälle angewendet, in denen es darauf ankam, etwaige aus Anlass neuer kirchlicher Bildungen und Verhältnisse hervorgetretene Missbräuche[8], nicht auszurottende oder schwere Vergehen[9] oder schlimme Verstösse bei der kirchlichen Verwaltung[10] zu bekämpfen.

Dass dies der Sinn und der Zweck der von den Päpsten und ihren Legaten in Anspruch genommenen Reservationen war, ergiebt sich insbesondere daraus, dass selbst die nicht von Legaten geleiteten Partikularsynoden ebenfalls zu Gunsten der Päpste derartige Vorbehalte aufgestellt haben[11], und dass diese[12], ebenso wie die zu Gunsten der Provinzialkonzilien und der Bischöfe von ihnen festgesetzten[13], sich ganz in derselben Richtung, wie die päpstlichen, bewegen.

Die Verschärfung der Strafe lag bei den Vorbehalten aller Art darin, dass der von einem solchen Betroffene die Absolution oder Begnadigung nicht bei dem nahen

[1] So die sämmtlichen Johanns XXII, S. 364 n. 12 und auch eine von Clemens' V., S. 364 n. 11 a. E.

[2] S. c. 15 C. XVII qu. 4, S. 361 n. 8; c. 5 in VI de poen. V. 9, S. 364 n. 4; Clem. 1 eod. V. 8, S. 364 n. 11; Auch 1300 c. 1 und Prag 1355 S. 365 n. 7.

[3] S. 363 n. 4 a. E.; Breslau 1248 §. 4 und Pressburg 1309, S. 367 n. 7.

[4] c. 11 in VI de sent. V. 11, S. 364 n. 1; Clem. 2 de sent. exc. V. 10, S. 364 n. 7; c. un. in Extrav. Joann. XXII de poen. tit. 12, S. 364 n. 12; Rheims 1148 c. 6, S. 366 n. 13; Avignon 1209 c. 3, S. 363 n. 2; Valence 1248 s. a. a. O.; Mainz 1225, S. 367 n. 7; Valence cit. a. a. O.

[5] c. 18 X de sent. exc. V. 39 S. 362 n. 6; c. 1 in Extr. comm. de elect. I. 3, S. 367 n. 6; c. 17 in VI de elect. I. 6, S. 364 n. 2.

[6] c. 1 in Extr. comm. de sent. exc. V. 10; S. 364 n. 5.

[7] c. 22 X de sent. exc. V. 39; S. 362 n. 4; c. 19 X eod., S. 362 n. 5; Toulouse 1229 c. 39, S. 363 n. 2, Padua 1350 S. 365 n. 6.

[8] Hierher gehören die Vorbehalte betreffend die Religiosen, S. 363 n. 4; Clem. 1 de privil. V. 7, S. 364 n. 9; c. 2 in Extr. comm. de regul. III. 8. S. 364 n. 12; auch zum Theil Clem. 3 de poen. V. 8. S. 364 n. 10; betr. den Missbrauch der Inquisitionsgewalt Clem. 1 §. 4 de haeret. V. 3, S. 364 n. 11; die Leichenzerstücklung c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6; S. 364 n. 3; vgl. weiter Tours 1163, S. 367 n. 1; Lerida 1229, S. 365 n. 7; Breslau 1248, s. a. a. O.

[9] c. 45 X de simon. V. 3 (Simonie) S. 367 n. 4; Paris 1212 (Wucher) S. 363 n. 2; Avignon 1209 (Meineid) s. a. a. O.; Mainz 1225 und Bourges 1278 (Simonie), S. 367 n. 7 u. S. 363 n. 2.

[10] c. 13. 15 X de temp. ordin. I. 11, S. 367 n. 2 u. 3; Dioklea 1199, S. 367 n. 7; Padua 1350, S. 365 n. 6.

[11] An und für sich waren die Päpste durch diese nur für einen lokalen Bezirk geltenden Reservationen nicht gebunden, aber selbstverständlich haben sie die Anerkennung derselben nicht verweigert.

[12] Sie betreffen die Wahrung der kirchlichen Gerichtsbarkeit und der Freiheiten der Kirche, die Verletzung der kirchlichen Strafen, die Fälschung päpstlicher Briefe, Fehden der Geistlichen, den Verkauf von Christen an Mauren, die Simonie und den Giftmord, S. 363 n. 3, S. 365 n. 7, S. 367 n. 8.

[13] S. 365. 366. 367.

regelmässig zuständigen Kirchenoberen, sondern bei einem weit entfernten oder wenigstens schwerer zugänglichen nachzusuchen hatte, abgesehen von dem Exkommunicirten, welchem im Falle der Todesgefahr jeder Priester die Absolution zu gewähren berechtigt war [1]. Eine Milderung der Strafe konnte allerdings dadurch eintreten, dass der Papst seine Befugniss von derselben zu entbinden, auf andere übertrug. Indessen ist dies nur geschehen, wenn in einzelnen Distrikten reservirte Vergehen von einer grossen Anzahl von Personen begangen waren [2], anfänglich auch zur Milderung gewisser Härten [3] namentlich bei Verhinderung der schuldigen Personen nach Rom zu kommen [4], später aber vielfach für die Ordensleute [5], während sonstige für Spezialfälle [6] oder generell ertheilte Ermächtigungen seltener vorgekommen sind [7].

Eine anderweite Verschärfung der Strafe bildete es ferner, dass während der Schuldige bei den heute als Censuren bezeichneten Strafen, also der Exkommunikation, dem Interdikt und theilweise auch bei der Suspension, nach erfolgter Besserung für die Regel ein Recht auf die Absolution von der Strafe besass, dasselbe bei der in die Hand der höchsten Instanz gelegten Relaxation der erwähnten Censuren jedenfalls thatsächlich dadurch abgeschwächt wurde [8], dass diese über dieselbe ohne jede weitere Kontrole befindet, und somit die Absolution sich faktisch in eine Begnadigung verwandeln kann.

II. Das Recht des höheren kirchlichen Organs, die Rechte des niederen wahrzunehmen. Abgesehen von den besprochenen Reservaten ist der o. S. 360 gedachte Grundsatz weiter dadurch durchbrochen worden, dass nach mittelalterlichem Recht stets das höhere, zur Verwaltung der Strafgewalt berufene kirchliche Organ die Rechte des niederen auszuüben befugt war [9]. Bei dieser Rechtslage musste die Frage hervortreten, ob, wenn das höhere Organ eine Strafe verhängt hatte, nur dieses letztere oder auch dasjenige, welches an sich zur Verhängung der Strafe zuständig gewesen wäre, das Absolutions- und Begnadigungsrecht auszuüben berech-

[1] Diese Ausnahme ist schon bei dem ersten Reservatfall der percussio clericorum gemacht, Bd. I S. 118 n. 10, und sie wird wiederholt ausdrücklich, s. z. B. c. 17 in VI de elect. I. 6; c. 5 in VI de poen. V. 9; c. 1 in Extr. comm. de sepult. III. 6 hervorgehoben, obwohl sie sich von selbst versteht, c. 22 (Bonifaz VIII.) in VI de sent. exc. V. 11 und S. 148 n. 10. Exorbitant und vereinzelt ist der Ausschluss dieser Befugniss in der Const. Bonifacii IX: Caeca v. 1390 §. 3, bull. Taur. 4, 605: „a qua quidem excommunicationis sententia etiam in articulo mortis praesertim illi ex praedictis qui Romanam curiam sequuntur vel in loco, ubi residet ipsa Camera, morantur ab alio quam a Romano pontifice non possint absolvi". Vgl. o. S. 190 n. 5.

[2] Cölestin III. 1192, J. L. n. 16928, Migne 206, 965; Innocenz III. Potth. n. 605; Honorius III. Potth. n. 6370, Gregor IX. n. 8141; Innoc. IV. n. 11769; Clemens IV. 19297. 19536; Nikolaus IV. 21459. 23069. 23184; Bonifaz VIII. 1296 (50 Kleriker und Laien wegen percussio clericorum) G. Schmidt, päpstl. Urkunden u. Regesten. Halle 1886 S. 24; ferner auch für Wallfahrer nach dem h. Lande, Innocenz III. Potth. n. 363 und für Kreuzfahrer, Innocenz IV. n. 25273; Urban IV. 1262, Fries, Gesch. d. österr. Minoritenprovinz Wien 1882 S. 118 oder für die Bekämpfer von heidnischen Völkern, Alexander IV. 1257 n. 16814.

[3] Ehe sich die Bd. I S. 122 in betreff der percussio clericorum gedachten Ausnahmen festgestellt hatten.

[4] Innocenz III. Potth. n. 220. 318. 605. 827; Honorius III. n. 6468. 8486; Bonifaz VIII. n. 2428.

[5] Gregor IX. Potth. n. 7934; Innocenz IV. 11920. 11980. 14433; Alexander IV. n. 15749. 16577. 16960. 17190. 17492, s. auch Innoc. IV. n. 14128. 14269; ferner für den Kanzler von Paris in Betreff der percussio clericorum verübenden Studenten Innocenz IV. n. 14696 (auf 10 Jahr).

[6] Innocenz IV. P. n. 14423. 14863; Nikolaus IV. 21460.

[7] S. oben Anm. 5 a. E.

[8] Ob auch rechtlich ist zweifelhaft. Schon c. 29 C. XVII qu. 4 (die erste Reservation) ergiebt nichts darüber, ebenso wenig findet sich bei den sonstigen Vorbehalten etwas entscheidendes in dieser Beziehung. Dass man im Allgemeinen einen rechtlichen Anspruch anerkannt hat, lässt sich wohl daraus schliessen, dass meistens von der Einholung des beneficium absolutionis oder Ertheilung desselben die Rede ist, dass also blos der höhere Obere an die Stelle des niederen treten, mithin im Übrigen nichts geändert werden sollte.

[9] S. 280.

tigt sei. Eine prinzipielle Lösung der Frage ist weder durch Gewohnheitsrecht noch durch Gesetz erfolgt, wohl aber haben die Päpste schon seit dem 11. Jahrhundert erfolgreich das Recht beansprucht, allein über die Aufhebung der von ihnen verhängten Strafen zu entscheiden [1].

III. Die päpstlichen Absolutionsprivilegien. Zu den bisher erörterten Fällen tritt seit dem 13. Jahrhundert die Ertheilung des Rechts zur Absolution von der Exkommunikation, vom Interdikt und von der Suspension, welche die Päpste kraft ihrer Privilegien-Gewalt [2] und ihrer obersten Jurisdiktion [3] sei es allgemein [4], sei es in Spezialfällen vorgenommen haben [5].

IV. Ergebniss. Die generellen Vorbehalte, welche die Päpste theils anfänglich mit ihren und mit den allgemeinen Synoden, theils später fast ausschliesslich allein gemacht haben, eben so diejenigen, welche von den Partikularsynoden normirt worden sind, waren kraft des den betreffenden kirchlichen Organen zustehenden Gesetzgebungsrechtes aufgestellt. Das zeigt sich in Bezug auf die letzteren recht deutlich darin, dass diese im 13. und 14. Jahrhundert bei dem Erlasse von Strafbestimmungen ausdrücklich den einzelnen Suffraganbischöfen für ihre Untergebenen das Recht zugesprochen haben, von den seitens der Konzilien angedrohten Strafen der Exkommunikation, der Suspension und auch des Interdikts zu absolviren [6], denn dieses Verfahren

[1] S. den S. 360 n. 5 citirten Brief Urbans II. betreffend König Philipp I. v. Frankreich (nach der mitgetheilten Stelle): „Quodsi a quibuscumque id servatur episcopis, videant fratres nostri, quemadmodum apostolicae sedis valeant acta dissolvere, cum profecto luce clarius constat, apostolicae sedis pontifici non solum episcopos et primates, sed etiam ipsos patriarchas subiectos . . . Nec eos illud credimus ignorare, quod sola nulla synodo praecedente sedes apostolica valeat suo statui restituere, quos synodus inique damnaverit, ipsius vero nemini liceat retrahere iudicia. . . . . nullam solvendi quem ligaverimus, fraternitati vestrae suppetere potestatem", eine Ausführung, welche den Kernpunkt nicht trifft, da es sich bei der Absolution nicht um Beseitigung eines richterlichen Aktes handelt, sondern darum, ob der kirchliche Obere niederer Instanz (also der Bischof), welcher an sich die Strafe auszusprechen befugt war, lediglich deshalb, weil dies ein Höherer gethan, seine Absolutionsgewalt verliert. Indessen ist der päpstliche Anspruch zur Verwirklichung gekommen, da Philipp I. und seine Zuhälterin 1104 durch einen päpstlichen Bevollmächtigten absolvirt worden sind, Paschalis II. J. L. n. 5979, M. 21, 1015; Hefele Conc. Gesch. 5, 273. Innocenz III. ep. I. 25 (1198, Potth. n. 26, Migne 1, 20: „Licet autem superioris sententiam minor relaxare non possit"); ep. IV. 214 (1204, P. n. 2096, l. c. 2, 241: „Porro non modica sumus indignatione commoti, quod tu, frater archiepiscope (v. Nidaros) ipsum et complices eius ab excommunicationis sententia, qua fuerunt nostra auctoritate ligati, usurpando, quod tuum non erat nec ad te pertinebat, absolvere . . . minime dubitasti et ad modum simiae quae simulat actus humanos, simulasti, te velle facere quod non poteras nec de iure debebas, super quo non solum tu incidisse dignosceris in errorem, sed et ipsi qui cum ligati amplius teneantur, se falso aestimant absolutos") behandelt das Recht des Papstes als vollkommen zweifellos und selbstverständlich.

Das Gleiche muss auch für solche Fälle gelten, in denen der Papst nicht selbst die Strafe verhängt, wohl aber die von einem anderen Oberen (z. B. einem Bischof) ausgesprochene Strafsentenz bestätigt hatte, s. z. B. Alexander IV. 1261, Schmid, Urkdbch. d. Bisth. Halberstadt 2, 241.

[2] Bd. III S. 736.

[3] S. o. S. 361.

[4] So für Ordensobere zur Absolution der neu eintretenden Mitglieder (über die frühere Zeit s. z. B. Paris 1212 o. 1213 P. II c. 15, M. 22, 830) von den gedachten Strafen, Innocenz IV. Potth. n. 12189. 15104; Alexander IV. n. 15760. 15903. 15922. 16149. 16322. 16348; Clemens IV. n. 19671; für Ordensgenerale in Bezug auf ihre Untergebenen Alexander IV. n. 15877; für die Dominikaner hinsichtlich der in muhamedanischen Ländern wohnenden Christen Gregor IX. n. 9265; für die Franziskaner in Betreff der unter den Sarazenen vorhandenen Ketzer und Schismatiker, Innocenz IV. n. 14014; für einen Abt in Betreff der Exkommunikation wegen Verletzung der Ordensstatuten n. 14929; für päpstliche Legaten in Betreff der Exkommunikation und der Suspension, Innocenz IV. n. 15318; Clemens IV. n. 17043; für Ketzerinquisitoren Alexander IV. n. 17102.

[5] Innocenz IV. 1243, P. n. 11189, Teulet layettes du trésor des chartes. Paris 1863 2, 524 (für Ludwig v. Frankreich auf Absolution von allen Exkommunikationen mit Ausnahme der auf speziellen Befehl des Papstes verhängten durch die zu Beichtvätern gewählten Geistlichen). Vgl. weiter Innocenz IV. 1251 P. n. 14219. Alexander IV. n. 15716; Clemens IV. n. 19260. 19297; Bonifaz VIII. n. 24680. 24684.

[6] Roffec-Bordeaux 1258 c. 9, M. 23, 988; Chateau-Gontier 1268 c. 7, M. 23, 1266; Rennes

erklärt sich nur aus der Anschauung, dass das Organ, welches die Strafe festsetzt und androht, auch in der Regel allein von derselben zu absolviren befugt ist[1].

In konsequenter Durchführung hätte diese Auffassung dazu führen müssen, den Päpsten, nachdem dieselben das oberste Gesetzgebungsrecht über die Kirche und damit die Herrschaft über das gemeine Recht erlangt hatten[2], allein das Absolutions- und Begnadigungsrecht hinsichtlich der auf Grund des gemeinen Rechtes verhängten Strafen zuzugestehen. Indessen haben die Päpste selbst nicht einmal einen solchen Anspruch geltend gemacht. Zunächst war für sie (mit Rücksicht auf den Grundsatz, dass dasjenige Organ, welches die fragliche Zuständigkeit zur Verhängung der Strafe besitzt, auch dieselbe wieder aufzuheben befugt ist), nach Anerkennung ihres oberstrichterlichen Rechtes namentlich über die Bischöfe[3], und vor Allem ihres Absetzungsrechtes derselben[4], in dem letzten Falle stets[5], in dem ersteren, soweit sie ihr richterliches Recht ausgeübt hatten, die alleinige Zuständigkeit zum Erlass der Strafe begründet[6]. Dazu traten dann die päpstlichen Vorbehalte[7], und endlich die Befugniss, kraft der Privilegien- und Jurisdiktionsgewalt[8] auch besondere Privilegien auf Absolution zu ertheilen. So war ihnen in dieser Beziehung ein weitgehender Einfluss gesichert. Andererseits war es aber auch praktisch unmöglich, die erwähnte Befugniss ausschliesslich in der Hand des Papstes zu konzentriren. Soweit die Absolution von der Besserung und Satisfaktion des Schuldigen abhängig war, wie bei der Exkommunikation, dem kleinen Bann, den verschiedenen Interdikten und Suspensionen, wäre dies völlig undurchführbar gewesen, und ebenso auch für einzelne dieser Strafen, falls sie blos schlechthin oder nach Befinden des kirchlichen Oberen ausgesprochen waren, also eine sich als Begnadigung darstellende Absolution in Frage kam. Eher hätte sich eine solche Beschränkung des Rechts der niederen Instanzen noch bei einer Reihe anderer Strafen, wie namentlich der privatio beneficii und der Deposition ermöglichen lassen, aber, da im Grossen und Ganzen die Natur der am häufigsten vorkommenden, der vorhin genannten Strafen einen derartigen Gedanken kaum aufkommen liess, so haben die Päpste ihn für diese Fälle, so weit hier nicht ihre Zuständigkeit schon aus den eben entwickelten Gründen in Frage kam, bei der für ihre Machtstellung unerheblichen Bedeutung nicht zu verwirklichen unternommen, und das Dekretalenrecht

1273 c. 6, M. 24, 36; Saumur 1276 c. 13, p. 166; Angers 1279 c. 5, p. 310; Saumur 1315 c. 4, M. 25, 556; Chateau-Gontier 1326 c. 69, p. 1076; Angers 1365 c. 34, M. 26, 445, wobei zum Theil ausdrücklich das: post satisfactionem congruam (s. z. Rennes cit.) hervorgehoben wird.

Abweichend hiervon einzelne Konzilien für mehrere Provinzen, so Avignon 1326 c. 69, M. 25, 774: „quod in casibus ubi dispensatio vel absolutio non reperiretur in ordinatione praesentis concilii sedi apostolicae specialiter vel aliter reservata, episcopi pro suae discretionis arbitrio iuxta negotii qualitatem et personarum conditionem provideant et dispensent: aut pro reconciliationis seu dispensationis remedio remittant culpabiles ad suum vel aliquem alium de praedictis metropolitanorum, de quo sibi magis expedire videbitur“, und Apt 1365 c. 29, M. 26, 466 (fast wörtlich gleichlautend).

[1] So gewährt auch das bischöfliche Statut für die Kirche von Nevers 1246 c. 9, M. 23, 734 „ex gratia“ dem Dekan oder den Hebdomadarien das Recht, nach Satisfaktion und Restitution von den darin festgesetzten Strafen der Exkommunikation, des Personalinterdikts und der Suspension zu absolviren.

[2] Bd. III S. 740.

[3] S. 288.

[4] S. 285.

[5] Vielfach auch bei Bestrafung der Erzbischöfe, S. 288 n. 3 u. n. 6, sowie der Patriarchen, Innocenz III. 1190, Potth. n. 512, Migne 1, 464.

[6] S. o. S. 369.

[7] S. o. S. 361 ff.

[8] S. 370.

hat das Absolutions- und Begnadigungsrecht der lokalen Kirchenoberen, vor Allem der Bischöfe, soweit nicht nach der vorstehenden Darlegung Ausnahmen eingetreten waren, anerkannt[1].

V. Die örtliche Zuständigkeit zur Aufhebung der Strafe, insbesondere der Absolution. Der für die sachliche Zuständigkeit geltende Grundsatz, dass dasjenige Organ, welches zur Verhängung der Strafe befugt ist, auch das Recht zur Aufhebung besitzt, hat von den frühesten Zeiten an ebenfalls für die örtliche Zuständigkeit zu der letzteren gegolten[2]. Für die Regel steht also dem Bischof, welcher auf Grund örtlicher Zuständigkeit die Strafe ausgesprochen hat[3], die Wiederaufhebung derselben, namentlich die Absolution von den s. g. Censuren zu; falls er seine Jurisdiktion verloren hat, seinem Nachfolger[4], während der Erledigung des bischöflichen Stuhles für die hier fragliche Zeit dem Kapitel[5], endlich dem Erzbischof, aber nur sofern die Angelegenheit durch Appellation an ihn gelangt ist[6].

Mit Rücksicht auf die seit dem 12. Jahrhundert häufiger gewordene Verwendung der poenae latae sententiae wurde nunmehr auch die Frage praktisch, welcher kirchliche Obere zur Aufhebung derartiger Strafen, namentlich zur Absolution von denselben berechtigt sein sollte. Man konnte hierbei von der Anschauung aus, dass dasjenige Organ, welches die Strafe androht, dieselbe auch wieder aufzuheben habe[7], diesem die Zuständigkeit beilegen oder auch die sich von selbst realisirende poena l. s. der durch Richterspruch verhängten gleichstellen, also dem örtlich zuständigen Ordinarius, das Recht zur Beseitigung zusprechen. Die Durchführung des erstgedachten Prinzipes musste erhebliche praktische Schwierigkeiten bieten, inbesondere bei den häufig vorkommenden Strafen, wie der Exkommunikation und den Suspensionen, die Absolution erheblich erschweren. Daher hat die Praxis, in welcher bei dem Überwiegen der poenae ferendae sententiae die Absolution durch den Ordinarius ohnehin die Regel war, den letzten Weg unter Billigung Innocenz' III.[8] eingeschlagen, und durch die Aufnahme der betreffenden Stelle in die Dekretalensammlung hat der Grundsatz, dass von den poenae l. s. der Ordinarius, also für die Regel der Bischof, die Absolu-

[1] c. 4 (Alex. III.) X de iud. II. 1, wo bei den schweren Verbrechen nicht dem Bischof das Begnadigungsrecht, als solches genommen, sondern seine Ausübung überhaupt für unstatthaft erklärt wird, c. 1 (Alex. III.) X de ordin. ab episc. I. 13; c. 2 (Gregor. IX.) X eod. Wenn daher c. 12 (Lateran. IV.) X de poen. V. 37 die Descenten der die Rechte der Kirche beeinträchtigenden Patrone, Vögte u. s. w. bis zum 4. Grade für unfähig zum Erwerbe von Kirchenämtern erklärt, „nisi cum eis fuerit misericorditer dispensatum", so hat der zuständige Kirchenobere (namentlich der Bischof) die Begnadigung zu ertheilen.

[2] can. apost. c. 33; Eliber. 305 u. 306 c. 53; Arles 314 c. 16; c. 2 (Antioch. 341 c. 6) C. XI qu. 3; c. 21 (Coelest. III.) §. 2 de off. iud. deleg. I. 29.

[3] S. die vor. Anm. und oben S. 334.

[4] c. 40 (Epaon 517 c. 28) C. XI qu. 3.

[5] c. un. (Bonif. VIII.) in VI de M. et O. I. 17, s. Bd. II S. 233.

[6] c. 2 (Alex. III.) Comp. I lib. I. 23; c. 8 (Innoc. III.) X de off. iud. ord. I. 31; c. 5 (Innoc. IV.) 7 (id.) in VI de sent. exc. V. 11, doch ist auch in solchen Fällen der niedere Richter befugt, den Appellanten, weil die Appellation ihm nicht zum Nachtheil gereichen soll, noch zu absolviren, c. 40 (Innoc. III.) X de sent. exc. V. 39, s. auch c. 15 (Bonifaz VIII.) in VI de appell. II. 15; vgl. auch Kober Kirchenbann 2 A. S. 457 ff. Immer kann aber der höhere Richter die Aufhebung der Exkommunikation dem niederen überlassen, hat sie indessen bei Weigerung des letzteren selbst vorzunehmen, c. 8 X cit. I. 31; c. 40 X cit. V. 39.

[7] S. 370.

[8] c. 29 (v. 1199) X de sent. exc. V. 29: „In secundo vero casu a suo episcopo vel a proprio sacerdote poterit absolutionis beneficium obtinere. Quamvis enim et tunc non iudicis, sed iuris sententia excommunicate communicans sit ligatus, quia tamen conditor canonis eius absolutionem sibi specialiter non retinuit, eo ipso concessisse videtur facultatem aliis relaxandi".

tion zu ertheilen habe[1], gemeinrechtliche Geltung erlangt[2].

In Betreff der General-Exkommunikationen, deren Aufstellung ein Ausfluss der richterlichen Gewalt bildet[3], fehlt es in der gedachten Hinsicht an einer allgemeinen Vorschrift. Soweit sie von den Bischöfen ausgesprochen waren, kam die o. S. 372 gedachte Regel zur Anwendung. Im übrigen sind gerade bei solchen Exkommunikationen Reservationen in Betreff der Absolution vorgekommen[4], und was die von den Partikularsynoden verhängten betraf, so erhielten diese, weil sie ständig blieben, dieselbe Natur, wie die poenae l. s.[5].

Die gedachten Vorschriften über die Zuständigkeit zur Absolution cessiren aber im Falle der Todesgefahr oder wenn ein sonstiges ausreichendes Hinderniss vorliegt, den zuständigen Oberen anzugehen. Im ersteren kann auch die Absolution bei jedem Priester und in den anderen bei einem jeden mit der iurisdictio externa ausgestatteten Kirchenbeamten unter eidlicher Verpflichtung, sich dem zuständigen Kirchenoberen zu gestellen und dessen weiteren Anordnungen Folge zu leisten[6], nachgesucht werden.

Endlich haben im 13. und 14. Jahrhundert durch einzelne Partikularsynoden für gewisse Fälle Erweiterungen der Kompetenz zur Absolution entweder zu Gunsten aller Bischöfe einer Provinz[7] oder zu Gunsten des Erzbischofs neben dem zuständigen Bischof in Betreff aller Einwohner der ersteren oder der Diöcese des letzteren stattgefunden[8].

§. 286. *i. Die Stellung des Staates gegenüber der kirchlichen Straf- und Disciplinarstrafgewalt.*

I. Die karolingische Zeit. Mit der Begründung eines neuen Staatskirchenthums unter den Karolingern[9], musste naturgemäss auch die Stellung des fränki-

[1] c. 29 X cit. V. 39 stellt dem „episcopus suus" auch den sacerdos proprius an die Seite. Die übliche Erklärung dafür ist die, dass es sich dabei blos um eine Lossprechung für das forum internum handle, so Kober a. a. O. S. 471. Innocenz III. macht indessen diesen Unterschied nicht, aber da die Anfrage lautet: „absolvi ab excommunicatione possint per confessionem a simplici sacerdote vel episcopi absolutio sit expetenda", so ist dem Priester nur das Recht für den Fall, dass ihm die strafbare Handlung durch die Beichte zur Kenntniss gelangt, also dass sie nicht sonst bekannt geworden ist, beigelegt. Dann gilt sie allerdings nach Innocenz auch für das forum externum, weil man in dieser Zeit auch sonst bei der absolutio in articulo mortis nur im Falle der Genesung Gestellung vor dem kirchlichen Jurisdiktionsoberen, nicht aber eine besondere absolutio pro foro externo verlangt hat, s. o. S. 149 n. 1 u. S. 366 n. 7.

[2] Allerdings handelt c. 29 X cit. nur von der excommunicatio minor l. s., aber die Ausdehnung auf andere Strafen, namentlich die maior, ist schon von c. un. in VI de M. et O. I. 17 gemacht.

[3] S. 139.

[4] So in der Bulle: In coena domini, s. S. 365.

[5] S. 139.

[6] c. 29 X cit. V. 29; c. 22 in VI cit. V. 11; s. auch S. 148 n. 10.

[7] Tarragona 1253, M. 23, 806 (wiederholt Tarragona 1329 c. 27, M. 25, 847), nach welchen der Erzbischof und jeder Bischof der Provinz alle Einwohner derselben, gleichviel welcher Diöcese sie angehören, von der wegen Verletzung kirchlicher Personen und kirchlicher Güter eingetretenen Exkommunikation zu absolviren berechtigt ist.

[8] L'Isle 1251 c. 3, M. 23, 796, nach welchem der Erzbischof neben dem Diöcesanbischof von der Exkommunikation wegen Okkupation und Konfiskation der Güter von etwaigen unter bischöflicher Jurisdiktion stehenden Ketzern, und Leg. K. Würzburg 1287 c. 4, M. 24, 852, wonach derselbe in gleichem Umfang die wegen Betheiligung an Turnieren ipso facto in die Exkommunikation verfallenen Kleriker der höheren Weihen absolviren darf.

[9] Bd. III S. 705 u. P. Hinschius bei Marquardsen Hdbch. d. öffentl. Rechts. Freiburg 1883 S. 194.

schen Staates und Königthums gegenüber der kirchlichen Straf- und Disciplinargewalt eine andere als unter den Merovingern werden.

Zunächst übten nunmehr die Könige, sei es allein, sei es mit den Reichssynoden, wie sie überhaupt die Gesetzgebung in Kirchensachen in die Hand genommen hatten[1], auch dieselbe in Betreff des kirchlichen Strafrechts aus[2].

Insbesondere werden jetzt im Gegensatz zu der merovingischen Zeit, in welcher ausser der Sonntags- und Festtags-Entheiligung[3] blos die Schliessung incestuoser Ehen[4] und die Eheeingehung mit gottgeweihten Jungfrauen[5] zugleich mit weltlichen Strafen belegt waren, unter Erweiterung der betreffenden Strafvorschriften[6] auch einzelne andere kirchliche Vergehen durch Androhung derartiger Strafen, wie das Verharren im Heidenthum[7], die Übung heidnischer Gebräuche[8], die Zauberei[9], die

[1] Bd. III S. 702. 706.

[2] S. z. B. Verbot der Aufnahme von nicht nah verwandten Frauen in die Haushaltung der Geistlichen, cap. missor. gen. 804 c. 24, B. 1, 94 (Absetzung bei Priestern und Diakonen „et hereditatem privetur usque ad nostram praesentiam", d. h. provisorische Frohnung des Vermögens bis zur königlichen Entscheidung); cap. Olonn. eccl. II. 825 c. 5, B. 1, 228 (Absetzung), wogegen nach Pippin. Ital. reg. cap. 800—810? c. 1. 2, B. 1, 207 der einfache Königsbann, bez. der doppelte Königsbann angedroht und der Synode die kirchliche Bestrafung vorbehalten wird; Bestrafung hartnäckiger Zehntverweigerung mit dem grossen Bann, cap. de reb. eccl. 787/803 c. 3, B. 1, 186, cap. Mantuan. II. 787 c. 8, B. 1, 197; Incest Pippin. cap. 754. 755 c. 1. 2, B. 1, 31 (Exkommunikation bei Laien, Absetzung bei Geistlichen der höheren, Prügelstrafe oder Gefängniss bei denen der niederen Weihen); Vermer. 758/768? c. 4, B. 1, 40 (Absetzung für den Priester, welcher Frauen den Schleier zwangsweise aufdringt); Verwandtenmord und Heirath nach Tödtung oder böslichem Verlassen der Frau, cap. Worm. pro lege hab. 829 c. 2. 3, B. Kr. 2, 18 (öffentliche Busse nach Anordnung des Bischofs), s. auch die folgenden Anmerkgen.

[3] In Betreff dieser ist es lediglich bei den früheren Bestimmungen geblieben, da die karolingische Gesetzgebung dafür ihrerseits keine weltlichen Strafen angedroht hat, Bd. IV S. 291. 846.

[4] Bd. IV. S. 846.

[5] Chlotar. II ed. 614 c. 18, B. 1, 23: „De puellas et viduas relegiosas aut sanctaemuniales qui se deo voverant, tam que in proprios domus resedent, quam qui in monastyria posete sunt, nullus nec per praeceptum nostrum conpetat nec trahere nec sibi in coniugio sociare paenitus praesumat . . . Et si quicumque aut per virtute aut per quolibet ordine ipsas detrahere aut sibi in coniugium praesumpserit sociare, capitale sententia feriatur. Et si in ecclesia coniugium fecerit et illa rapta aut rapienda in hoc consentire videbitur, sequestrati ab invicem in exilio deportentur et facultas ipsorum propinquis heredibus societur".

[6] Schon die lex Alamannorum 39 und die lex Baiuw. VII. 2. 3 erweitern das Eheverbot bis zu den Geschwisterkindern und bestrafen die incestuosen Ehen mit Vermögenskonfiskation, bei minores mit Verknechtung als servus fiscalis, während die ältere lex Ribuar. 69, 2, welche den Incest nicht näher definirt, denselben mit Verbannung und Vermögenskonfiskation bedroht. Pippin. cap. 754 c. 1 cit.: „Si homo incestum commiserit de istis causis, de deo sacrata aut commatre sua aut cum matrina sua spiritali de fonte et confirmatione episcopi aut cum matre et filia aut cum duabus sororibus aut cum fratris filia aut sororis filia aut nepta aut consobrina atque sobrina aut cum amita vel matertera de istis capitulis pecuniam suam perdat, si habet: et si emendare se noluerit, nullus eum recipiat nec cibum ei donet. . . . Et si pecuniam non habet, si liber est, mittatur in carcere usque ad satisfactionem. Si servus aut libertus est, vapuletur plagis multis, et si dominus suus permiserit eum amplius in tale scelus cadere, ipsos LX solidos domno rege componat", dehnt das Verbot unter Einbeziehung der gottgeweihten Jungfrauen aber andererseits unter Milderung der Strafe auf Vermögenskonfiskation und Metebann (Brunner, Ztsch. d. Savignystiftg. f. Rechtsgesch. germ. Abth. 11, 71. 89) auch auf die geistliche Verwandtschaft aus. Vgl. ferner Cap. Haristal. long. 779 c. 5, B. 1, 48; cap. de part. Saxon. 775—790 c. 20, B. 1, 69; lex Frision. add. sap. III. 78; Missor. cap. 857 c. 5, LL. 1, 455. Dass cap. miss. gen. 802 c. 33, B. 1, 97 die Bestrafung wieder allein dem kirchlichen Gericht überwiesen habe, so Schröder, deutsche Rechtsgesch. S. 339 n. 50, ist nicht richtig, denn es handelt sich hier lediglich um Erzwingung der kirchlichen Strafe, und eine Instruktion für die Missi kann nicht ohne Weiteres als ein früheren Kapitularien derogirendes Gesetz betrachtet werden, s. auch c. 38 ibid., wonach daneben der Königsbann verwirkt ist, vgl. ferner S. 375 n. 10. Die Provinzialsynode v. Troslé 909 c. 8, M. 18, 288, welche ihre Strafbestimmungen auf das römische Recht (C. Th. III. 12) gründet, gehört nicht hierher.

[7] So für die Sachsen mit Todesstrafe, cap. de part. Sax. cit. c. 8, B. 1, 68.

[8] Cap. Karlm. Lift. 743 c. 4, B. 1, 28 (15 solidi); cap. miss. 802 c. 40, B. 1, 194. Todesstrafe setzt für die Sachsen auf die Vornahme bestimmter heidnischer Gebräuche cap. Sax. cit. c. 4. 6. 7. 9.

[9] Cap. missor. 802 c. 40 cit.; cap. 806—813

hartnäckige Verweigerung von Zehnten[1], die eigenmächtige Ein- und Absetzung von Geistlichen durch die Grundherren[2]; die Bedrückung der Geistlichen mit Abgaben[3], die Wiederzurücknahme der an die Kirche geschenkten Oblationen[4], ja auch die Verletzung derjenigen, welche in dem besonderen Schutze des Papstes stehen[5], zugleich als weltliche Vergehen charakterisirt, ferner für einzelne Disciplinarvergehen der Geistlichen weltliche Strafen festgesetzt[6], ja sogar auch rein kirchliche Strafen für weltliche Vergehen angedroht[7]. Wie auf diesem Wege durch Ausübung des königlichen Amtsrechtes[8] in Anhalt an die Forderungen der Kirche die Herrschaft der privatrechtlichen Auffassung des Strafrechtes eingeengt wurde, so geschah dies auch weiter dadurch, dass bei den Vergehen, welche nach germanischer Auffassung nicht mit öffentlicher Strafe bedroht waren, die kirchlicherseits zunächst an Stelle der Exkommunikation getretene Zwangsbusse[9] ebenfalls kraft königlichen Amtsrechtes durch die aus demselben herfliessende Strafgewalt[10], freilich wesentlich auf Anregung der

c. 1, B. 1, 142; cap. Aquisgr. I. 809 c. 21 u. cap. missor. 809 c. 21, p. 149. 150 (hier für die Annahme und Weitergebung des Chrismas zu solchen Zwecken Handverlust).

[1] Cap. de reb. eccles. 787/803 cit. c. 3. 4 (Steigerung von 15 sol., Königsbann, endlich Exil- und Vermögenskonfiskation).

[2] Cap. Wormat. 829 c. 1, B. 2, 13 (nach Befinden des Königs Königsbann oder Harmschaar, s. S. 109 n. 4); Missor. cap. 857 c. 1, LL. 1, 154 (Königsbann).

[3] Cap. Franc. c. 4, B. 1, 333 (Strafe nach Befinden des Königs).

[4] Cap. miss. gen. 802 c. 15, B. 1, 94 (Königsbann).

[5] Hlothar. I. const. Romana c. 1, B. 1, 323: „ut omnes qui sub speciali defensione domni apostolici seu nostra fuerint suscepti impetrata inviolabiliter iusta utantur defensione: quod si quis in quorumque hoc contemptive violare praesumpserit, sciat se periculum vitae suae subiacere".

[6] So für das Nichterscheinen der Geistlichen auf den Synoden der Königsbann, Pipp. cap. 754. 755 c. 3, B. 1, 31, für Weggabe des Chrismas zur Zauberei bei niederen Klerikern disciplina corporalis et carcer cap. a. 806—818 c. 1 cit. Wegen der Haushälterinnen der Geistlichen s. S. 374 n. 2.

[7] So die Absetzung für Bischöfe und Äbte, welche die Verwerfung guter Denare nicht hindern, cap. missor. Aquisgr. II. 809 c. 7, B. 1, 152 (ed. Pist. 864 c. 9, LL. 1, 490), ferner wird wenigstens Bestrafung: „sinodali vel (= et) imperiali sententia" für Geistliche, welche Laien zu Schenkungen zur Exhäredation ihrer Kinder, und für Kanoniker und Mönche, welche solche behufs Erlangung ihres Vermögens zum Eintritt in die Stifter und Klöster bereden, cap. eccles. 818. 819 c. 8. 9, B. 1, 277, für Fälschung von Maassen neben der weltlichen Strafe Bestrafung durch den Bischof, ed. Pistens. 864 c. 20, LL. 1, 491, angeordnet.

Wenn schon die lex Alamann. I. 2, ed. Lehmann p. 65, die Verletzung von Schenkungen an die Kirche mit der Exkommunikation belegt, so will sie damit wohl nur auf eine bereits in den älteren Kanonen, Bd. IV S. 831 n. 3; Merkel LL. 3, 84 n. 2 u. 270 n. 10 enthaltene Strafbestimmung hinweisen. Dafür spricht, dass auch in den Schenkungsformularen verschiedener Formelsammlungen Ausgangs der merovingischen und Anfangs der karolingischen Zeit, form. Andecav. 46, Marculf. II. 1. 3. 4, form. extrav. I. 18, Merkel 13, Lindenbrog. 1. 2 u. add. 2, ed. Zeumer p. 20. 73. 76. 544. 296. 267. 268. 283 (auch schon in einer dem 7. Jahrh. angehörigen westgothischen Formel 7, l. c. p. 578), sowie in Schenkungsurkunden, Urk. v. 690, Pardessus, diplomata, chartae etc. Lutet. Paris. 1843. 2 n. 460, und in den Urkunden des 8. Jahrh. bei Wartmann, Urkdbch. d. Abtei S. Gallen. Zürich und S. Gallen. 1863 n. 4. 7. 9. 22. 26. 81 (vgl. auch R. Löning, d. Vertragsbruch. Strassburg 1876. S. 1, 558; Brunner in d. Bd. IV S. 290 n. 3 angeführten Abhdlg. S. 152), ja auch, freilich seltener in Formularen zu Freilassungen form. Merkel 13 u. form. extrav. I. 18, ed. Zeumer p. 246. 544, und zu Testamenten, coll. Flav. 8, l. c. p. 477 (s. dazu Agde 506 c. 29 in c. 7 Dist. LXXXVII u. c. 4 in c. 11 C. XIII qu. 2) eine solche Androhung der Exkommunikation vorkommt, und Privatpersonen nicht derartige Strafen wirksam festsetzen, sondern nur auf die betreffenden Vorschriften der Kanones Bezug nehmen konnten. Nicht hierher gehört die Urk. bei Lacomblet, Urkdbch. f. d. Geschichte des Niederrheins 1, 34 n. 69 v. 874, denn die umfassende Verfluchungsformel ist zu ihrer Bestätigung von der Kölner Synode hinzugefügt.

[8] Dies ergiebt sich daraus, dass die betreffenden weltlichen Strafen nicht in den capitulis legibus addendis festgesetzt und ihrem Charakter nach Strafen des königlichen Amtsrechts, vgl. darüber Schröder a. a. O. S. 341, sind.

[9] S. o. S. 85 ff.

[10] So beim Incest cap. missor. gen. 802 c. 33. 38, B. 1, 97. 98 durch Einsperrung und Frohnung des Vermögens bis zu königlicher Entscheidung, bei der Tödtung und beim Verwandtenmord, ibid. c. 32. 37, nach dem cap. pro lege hab. Wormat. 829 c. 1, B. 2, 18 daneben noch Vermögenskonfiskation gegen den Thäter; ferner allgemein cap. Olonn. eccl. I. 825 c. 1, B. 1, 326: „ut si pro quibuslibet culpis atque criminibus quaecumque persona totiens fuerit correpta, ut etiam excommunicatione episcopali pro contemptu dignus habeatur, comitem suum episcopus

Kirche[1] erzwungen, und bei Nichtbeachtung der im äussersten Fall verhängten Exkommunikation[2] auch wieder mit den Strafmitteln des Königsrechts eingeschritten wurde[3].

Endlich ist es eine weitere Konsequenz der Stellung des Staates und der Herrscher zur Kirche, dass die staatliche Unterstützung der kirchlichen Organe bei der Handhabung ihrer Strafgewalt über die Laien[4] und über Geistliche[5] im umfassenden Maasse vorgeschrieben, und die Hinderung der Ausübung dieser Gewalt ebenfalls mit arbiträrer Bestrafung durch den König bedroht wird[6].

sibi consociet, et per amborum consensum huiuscemodi distringatur contemptor, ut iussionibus episcopi sui oboediens existat; si vero assensum non dederit, bannum nostrum persolvat. Quodsi adhuc contumax perstiterit, tunc ab episcopo excommunicetur. Si vero excommunicatus corrigi nequiverit, a comite vinculis constringatur, quousque nostrum is contemptor suscipiat iudicium"; bei der Heirath nach Tödtung oder böslichen Verlassung der Frau, cap. pro lege hab. Wormat. 829 c. 3, B. 2, 18: „Quicumque propria uxore derelicta vel sine culpa interfecta aliam duxerit uxorem, armis depositis publicam agat poenitentiam et si contumax fuerit, conprehendatur a comite et ferro vinciatur et in custodia mittitur, donec res ad notitiam nostram deducatur", und wieder allgemein Carol. II. syn. Suesson. 853 c. 11, LL. 1, 418, M. 14, 982: „Obtentum est etiam a devotissimo principe, ut incesti et quilibet alii perditi, examen episcoporum refugientes per iudices publicos ad nostram presentiam deducantur, ne ulterius illecebram peccandi nutriat impunitas vitiorum"; conv. Confluent. 860 c. 6, B. 2, 155 und syn. Pist. 862 c. 3, s. S. 88 n. 2.

[1] Darauf gerichtete Bitten an die Könige schon in der Synode v. Tours 813 c. 41, M. 14, 89, vgl. ferner die S. 88 n. 2 citirten Stellen, Langres 859 c. 16, Toul 860 c. 3, M. 15, 540. 595. Diese wiederholten Anträge ergeben allerdings, dass die weltlichen Beamten, namentlich die Grafen vielfach nicht eingeschritten sind. Mag dies auch theils aus Nachlässigkeit theils mit Rücksicht auf die mächtige Stellung manches Schuldigen unterblieben sein, so sind doch andererseits dabei wohl auch die germanischen Rechtsanschauungen von Einfluss gewesen, vgl. Valence 855 c. 11, 12, M. 15, 9, welches diejenigen, welche prozessualische Eide nach dem Schwure des Gegners geleistet und jemanden im gerichtlichen Zweikampf getödtet haben, der Busse unterwirft und die Beseitigung der betreffenden Prozesseinrichtungen durch die weltliche Gewalt verlangt.

[2] S. o. S. 87. 88.

[3] Cap. Vern. 755 c. 9, B. 1, 35: „... Quodsi aliquis ista omnia (die Vorschriften über die Exkommunikation) contempserit et episcopus hoc minime emendare potuerit, regis iudicio exilio condamnetur"; cap. Olonn. eccl. I. 825 c. 1, S. 375 n. 10. Dass auch diese Anordnungen später ebenfalls nicht mehr beachtet sind, zeigt die Forderung der Bischöfe Carol. II. cap. Vern. palat. 844 c. 6, LL. 1, 385, und die Erneuerung derselben durch Arnulf Tribur 895 c. 3, M. 18, 135: „praecipimus et auctoritate nostra iniungimus omnibus regni nostri comitibus, postquam ab episcopis anathemate excommunicationis percelluntur, ut ab ipsis comprehendantur et ante nos perferantur: ut qui divina iudicia non verentur, humana sententia feriantur. ... Si enim tam rebelles extiterint, ut comprehendentibus repugnare studuerint et in tali temeritate interfecti fuerint, iudicio episcoporum interfectoribus nulla imponatur poenitentia et praecepto nostro weregeldi nulla ab eis extorqueatur compositio".

Zugleich ergiebt sich hieraus, dass der Exkommunikation als solcher noch keine bürgerlichen Wirkungen beiwohnten.

[4] Schon nach Carlm. cap. 742 c. 5, B. 1, 25 soll der Graf „qui defensor ecclesiae est", den Bischof bei der Abstellung der heidnischen Gebräuche unterstützen (wiederholt Carl. cap. I. 769 c. 6, B. 1, 45), nach cap. Longobard. 780—790, B. 1, 189 bei „homicidiis, periuriis, sacrilegiis et falsis testimoniis et hoc quod nefandum aut contrarium ss. canonibus videtur"; nach syn. Francof. 794 c. 6, B. 1, 74 tritt, wenn das bischöfliche und das Metropolitangericht mit der Ausübung seiner Strafgewalt trotz der Anwesenheit der Grafen nicht zum Ziel gelangt, der König ein. Zu Mersen 851 c. 5, B. 1, 73 treffen die Könige Vereinbarung über die Auslieferung schuldiger Verbrecher, welche sich, um der bischöflichen Bestrafung zu entgehen, in ein anderes Theilreich begeben. (Eine ähnliche Festsetzung auch conv. ap. Sapon. 862 c. 5, B. 2, 160.) Ja, Carol. II. cap. Pap. 876 c. 6, B. 2, 101: „Sed adiutor, si oportuerit, invitatus a pontifice quisque ecclesiae filius existat, ut liceat eis criminalia scelera et alia quaeque corrigenda inquirere, discutere et diiudicare canonice. Quod qui temerare proterve praesumpserit, triplicem legem et triplicem bannum nostrum exsolvat" verpflichtet jeden Laien bei Geldstrafe auf Aufforderung dem Bischof bei der Verwaltung der Strafgerichtsbarkeit behülflich zu sein.

[5] syn. Francof. c. 6 cit. (s. vor. Anm.); cap. missor. gen. 802 c. 15, B. 1, 94 (Mönche, welche durch die Strafgewalt des Bischofs und Erzbischofs nicht gezügelt werden können, sollen vor den König gebracht werden); ferner fordert die Reformsynode zu Paris 829 I. c. 37, M. 14, 562 die Bestrafung von Äbten wegen Ungehorsams gegen ihre Bischöfe „synodali iudicio aut certe principali auctoritate interveniente honore praelationis priventur".

[6] Carol. II. syn. Suesson. 853 (s. Bd. III S. 551 n. 3) c. 10: „Illud . . . confirmatum est, qui disciplina ecclesiastica noxii, sive ingenui sive servi coercentur, nulli audeant eos tueri, et vin-

II. Die Zeit vom Ausgang des 9. Jahrhunderts bis zum 14. Jahrhundert. Wenn das karolingische Königthum, unter welchem die Gestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat hinsichtlich der kirchlichen Straf- und Disziplinargewalt eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Verhältniss, wie es sich früher im Westgothenreich entwickelt hatte, aufweist[1], die Handhabung der kirchlichen Strafgewalt wesentlich zugleich im staatlichen Interesse zur Zurückdrängung der das germanische Strafrecht beherrschenden privatrechtlichen Auffassung im umfassenden Maasse unterstützt hatte, so tritt im Laufe der hier zu besprechenden Zeit gerade diese Konsequenz der in dem karolingischen Staatskirchenthum verkörperten Einheit von Staat und Kirche in der Weise hervor, dass die letztere die ihr bis dahin freiwillig geleistete Unterstützung von dem Staat nunmehr als ihr Recht fordert, ohne ihrerseits dabei auf die staatlichen Interessen Rücksicht zu nehmen.

Es hängt dies damit zusammen, dass das deutsche Kaiserthum, nachdem es schon zur Zeit seiner Wiederaufrichtung nicht mehr in der Lage war, die Verhältnisse des Reiches durch eine zielbewusste einheitliche allgemeine Gesetzgebung zu regeln, und in kirchlichen Dingen nur im Einverständniss mit den Bischöfen und Päpsten gehandelt hatte[2], im Verlaufe des 11. Jahrhunderts die massgebende Leitung über die Kirche an das Papstthum abtreten muss, und dass das letztere in Folge der immer mehr Verbreitung findenden hierokratischen Lehre von der Einheit von Staat und Kirche, nach welcher der geistlichen Gewalt die Souveränität über die weltliche zukommt, die Anschauung zur Geltung bringt, dass der Kaiser und die übrigen weltlichen Mächte lediglich eine den kirchlichen Interessen dienende Stellung einzunehmen haben[3].

1. Die Unterstützung der kirchlichen Strafgewalt durch die weltlichen Gewalten. Im 10. und 11. Jahrhundert finden sich allerdings noch einzelne kaiserliche Anordnungen, welche für weltliche Vergehen[4], ja sogar auch für kirchliche Disziplinarvergehen kirchliche Strafen androhen[5], aber diese weisen theils nur die Erneuerung älterer, schon in karolingischer Zeit ergangener Vorschriften auf[6], theils sind sie unter Mitwirkung der Geistlichkeit auf den Synoden erlassen[7].

dictam eorum in quoslibet ad potestatem episcoporum pertinentium retorquere. Quod si qui deinceps praesumpserint et excommunicationem ecclesiasticam et motum indignationis regiae perpessuros". Das Cap. Pippin. Ital. reg. 782/86, B. 1, 191, räumt sogar dem Grafen eine Aufsicht darüber ein, ob der Bischof die Priester und Kleriker seiner Kirche zur kanonischen Lebensweise anhält und giebt ihm im Fall von Nachlässigkeit des Bischofs ein Recht zum Einschreiten.

[1] Bd. IV S. 487.

[2] Ohne welche auch keine kirchlichen Gesetze erlassen werden, Bd. III S. 723.

[3] Gierke, Deutsches Genossenschaftsrecht 3, 519 ff.

[4] Constit. Francof. Ottos I 951, LL. 2, 26: „ut qui rapiant eas (virgines et viduae) sub nomine simul habitandi, cooperantes et conniventes raptoribus, si quidem clerici sunt, decidant a gradu proprio, si vero laici anathematizentur; et raptores sine spe coniugii perpetuo maneant. Quod si post haec iungere se praesumpserint, utrique anathematizentur"; Heinr. II. leges 1019 c. 2, LL. 2, 38 u. 4, 582, wonach der Verwandtenmord mit Konfiskation des Vermögens bedroht wird, und „ipse (interfector) vero ordinante episcopo publica poenitentia subdetur".

[5] Otto III. const. auf der Synode v. Pavia 998, LL. 2, 37; M. 19, 234, betr. das Verbot der Veräusserung von Kirchengütern: „et sit ei anathema maranatha, nisi resipiscat, ab omnibus episcopis qui huic imperii nostri edicto subscripserunt vel assensum praebuerunt vel praebituri (so richtg statt: praesbyteri) sunt"; Heinrich III. Pavia 1046, betr. die simonistische Erwerbung von Weihen oder kirchlichen Ämtern, s. Bd. III S. 724 n. 6.

[6] Wegen der Const. Ottos I. 951 s. Bd. III S. 724 n. 6. Auch Heinr. II. c. 2 cit. (s. Anm. 4) ist nur eine etwas erweiterte Wiederholung von Hludow. I. cap. pro lege hab. Wormat. 829 c. 2, Bor. Krause 2, 18.

[7] Die für andere Länder, so Frankreich und Spanien vorkommenden königlichen Privilegien und Schenkungsurkunden, in denen für die Verletzung derselben die Exkommunikation angedroht wird, s. die v. 1008 u. 1023, M. 19, 296. 411, sind ebenfalls unter Mitwirkung von Synoden, später auch, so für England 1065

Im übrigen sichert die weltliche Gewalt dagegen nur durch die Androhung weltlicher Strafen entweder allgemeine kirchliche Anordnungen[1] und Einrichtungen[2] oder die der Kirche speziell gewährten Rechte[3].

In ersterer Beziehung kommt vor Allem in Betracht, dass im Verlaufe dieser Zeit dem kirchlichen Verbrechen der Ketzerei[4] von Neuem, wie früher im römischen und westgothischen Reich[5], durch Bedrohung mit weltlichen Strafen der Charakter eines bürgerlichen Vergehens, welchen dieselbe während der merovingischen[6] und karolingischen Zeit[7] verloren hatte, beigelegt worden ist[8].

So weit sich übersehen lässt, ist zuerst im 11. Jahrhundert seitens der königlichen Gewalt in Frankreich[9] und demnächst auch in Deutschland[10] gegen die

(Eduard der Bekenner l. c. p. 1050. 1055) unter der einzelner Päpste (Leos IX. bez. Nikolaus' II.) ergangen. Dass es sich dabei nicht um ein den Königen zustehendes Recht zur Bestrafung durch Exkommunikation gehandelt, sondern diese letztere ihren Rechtsgrund in der geistlichen Gewalt gefunden hat, zeigen eine Reihe anderer derartiger unter Mitwirkung von Synoden und Bischöfen ausgestellter Urkunden bei M. 19, 831 (1024, Graf v. Barcelona), 20, 938 (1096, Graf v. Toulouse), M. 21, 113 (1114 Archidiakon v. Arras), und einzelne, so die sizilische v. 1091 bei Scaduto, stato e chiesa nelle due Sicilie. Palermo 1887 p. 190 n. 6, worin bestimmte Bischöfe um die Exkommunicirung der Verletzer der der Kirche geschenkten Güter gebeten werden. Wenn daher in Urkunden weltlicher Grossen im 11. u. 12. Jahrhundert schlechthin Censuren, namentlich die Exkommunikation angedroht werden, s. Scaduto l. c., so ist damit nur dasselbe gemeint, und es gilt auch für diese das S. 375 n. 7 a. E. Bemerkte.

[1] Die von Heinrich II. erlassenen Strafvorschriften gegen den Konkubinat der Geistlichen zur Durchführung der Vorschriften der Synode v. Pavia 1022, LL. 2, 561, s. Bd. III S. 566 u. auch S. 564 n. 1; ferner die const. Heinrici III. 1054 de illicitis coniugiis für Italien, welche unter Bestätigung der Festsetzungen der canones und der früheren weltlichen Gesetze verbietet, LL. 2, 42, u. 4, 585, dass Jemand die Wittwe oder die Braut seines Verwandten heirathet und den Zuwiderhandelnden einschliesslich der aus solchen Ehen geborenen Kinder Verlust des Vermögens zur Hälfte an den Fiskus, zur Hälfte an die erbberechtigten Verwandten androht, s. auch Steindorff, Heinrich III. 2, 261. 262.

[2] So z. B. das const. Romana c. 1, S. 375 n. 5, wiederholende Privil. Ottos I. für die röm. Kirche 962, Sickel. Innsbruck 1883. S. 181: „(§. 17) ut qui semel sub speciali defensione domni apostolici sive nostra fuerint suscepti, impetrata iuste utantur defensione. Quod si quemquam illorum qui hoc promeruerint, violare presumpserit, sciat se periculum vitae suae esse incursurum".

[3] Bestätigung einer Kirchenstiftung durch König Philipp I. v. Frankreich 1078, M. 20, 502 (der Verletzer „regiae majestatis reus iudicetur").

[4] Bd. IV S. 694. 746.

[5] Bd. IV S. 791. 847.

[6] Bd. IV S. 844; Havet, l'hérésie et le bras séculier au moyen age jusqu'au treizieme siècle in bibliothèque de l'école des chartes. Paris XL (1880) p. 492 ff.

[7] Auch in dieser sind keine weltlichen Strafen auf die Ketzerei gesetzt, und ebensowenig solche gegen den wegen Ketzerei verurtheilten Bischof Felix v. Urgel, S. 281 u. 3 und den Mönch Gottschalk, S. 280 n. 2, verhängt worden, Havet p. 475.

[8] Vgl. hierzu die Anm. 6 citirte Abhandlung l. c. p. 485 ff. 570 ff.; Ficker, die gesetzliche Einführung der Todesstrafe für Ketzerei in Mitthlgen d. Instituts f. österr. Geschichtsforschg. Innsbruck 1 (1880) S. 179 ff. u. dazu Winkelmann a. a. O. 9 (1889) S. 136.

[9] Ademar. Cabannensis III. 59, SS. 4, 143; M. 19, 375: „Eo tempore (1022 auf dem Konzil zu Orleans) X ex canonicis s. crucis Aurelianis, qui videbantur esse religiosores aliis, probati sunt esse manichaei. Quos rex Robertus, cum nollent ad fidem reverti, primo a gradu sacerdotis deponi, deinde ab aecclesia eliminari et demum igne cremari jussit"; Rudolf. Glaber III. 8, M. ibid. 374; Bouquet, recueil 10, 37. Daran schlossen sich weitere derartige Verfolgungen und Bestrafungen, s. Rudolf. Glaber l. c.: „Si qui vero postmodum huius perversitatis sectatores fuere, simili ultionis vindicta ubique fuerunt perditi"; ferner Adem. Cabannensis l. c.: „Nihilominus apud Tolosam inventi sunt manichei et ipsi destructi"; Havet p. 503. Auch die in Anwesenheit des Königs Hugo 1051 abgehaltene Pariser Synode M. 19, 782, bedroht Berengar v. Tours und seine Anhänger („donec aut consentirent catholicae fidei aut mortis poena luituri caperentur") mit der Todesstrafe.

[10] 1051, Herimann. Aug. chron. a. 1052, SS. 5, 130: „Imperator (Heinrich III.) natalem domini Goslare egit ibique quosdam hereticos, inter alia pravi erroris dogmata Manichea secta omnis esum animalis exsecrantes, consensu cunctorum, ne heretica scabies latius serpens plures inficeret, in patibulo suspendi iussit"; Anselmi gest. episc. Leodiens. c. 64, SS. 7, 228; Steindorff, Heinrich III. 2, 165.

Für Italien s. Rud. Glaber IV. 2, SS. 7, 67, Bouquet rec. 10, 45: „Sepissime denique tam Mainfredus marchionum prudentisssimus quam frater eius Alrirus Astensis urbis praesul . . ceterique marchiones ac praesules circumcirca celeberrimos illis (den Katharern) assultus intulerunt (u. 1034) capientes ex eis nonnullos, quos dum non quivissent revocare ab insania, igne

ihres Vergehens vor dem kirchlichen Gericht überführten Ketzer die Todesstrafe[1] verhängt worden[2]. Seitens der kirchlichen Gesetzgebung hat man dagegen in dieser Zeit noch an dem früheren Recht, den rein kirchlichen Strafen, festgehalten[3], aber da abgesehen von vereinzelten Ausnahmen[4] die geistlichen Oberen der weltlichen Ahndung der Ketzerei nicht entgegentraten, so dauerte die einmal aufgekommene Praxis, die Ketzer der Todesstrafe zu unterwerfen, freilich nur in den nördlichen Ländern fort[5]. Aus den südlichen Ländern, aus Südfrankreich, Italien und Catalonien, wird nichts darüber berichtet[6]. Hier ist man nicht nur nicht gegen dieselben eingeschritten[7], sondern hat auch sogar gegen sie Toleranz geübt[8], so dass in Folge dessen die Zahl der Ketzer — und in Frage kamen wesentlich die Katharer in der ersten Hälfte der 12. Jahrhunderts — bedeutend angewachsen war. Ihre Verbreitung veranlasste schon i. J. 1119 die kirchliche Gesetzgebung, namentlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Südfrankreich, die weltlichen Gewalten zur Unterdrückung der Ketzerei für verpflichtet zu erklären[9], und das 2. Lateran-Konzil v. 1139[10] hat diese Vorschrift erneuert. Weiter wurden durch die päpstliche Synode zu

cremavere", s. ferner auch l. c. II. 12, Bouquet 10, 23 (namentlich über Ravenna, Sardinien und auch über Spanien: „partem populi in Hispania corrumpentes et ipsi a catholicis viris exterminati sunt"); Havet p. 570. 571.

[1] Durch Verbrennen oder Hängen, s. die vorigen Anm.

[2] Wenn Havet l. c. p. 501 diese Anwendung der damals nicht gesetzlich vorgeschriebenen Todesstrafe wegen des cit. Berichts Rudolfs III. 8: „regis jussu et universae plebis consensu igne essent crematuri" (Bouquet 10, 38), vgl. auch S. 378 n. 10, auf ein ad hoc mit dem Volk gemachtes Spezialgesetz zurückführt, so halte ich dies für verfehlt. Über Italien und Spanien wird nichts derartiges berichtet, vielmehr kann es sich nur um eine sehr weitgehende und die üblichen Schranken übersteigende Anwendung der im fürstlichen Amt liegenden arbiträren Strafgewalt gehandelt haben, welche aber damals dem Rechtsbewusstsein der betheiligten Unterthanenkreise entsprach, und darum nicht als Missbrauch empfunden wurde.

[3] Änderungen der früheren Kanonen sind nicht nachweisbar, und noch Toulouse 1056 c. 13, M. 19, 840 belegt in Übereinstimmung mit dem bisherigen Recht diejenigen, welche mit Ketzern und Exkommunicirten verkehren, sowie ihre Helfershelfer und Vertheidiger, blos mit der grossen Exkommunikation.

[4] Eine solche bildet B. Wazo v. Lüttich (1042—1048), welcher aus Anlass einer Anfrage des B. v. Chalons sich unter Hinweis auf den Erlöser und die von demselben gegen die Irrenden geübte Geduld gegen die Anwendung des weltlichen Schwertes ausspricht, Anselmi gesta episc. Leod. c. 62. 63, SS. 7, 226. 227. Vgl. auch Havet p. 507.

[5] Soissons 1114, Guibert de Nogent I. 15, Bouquet 12, 306; Brief der Lütticher Kirche an Papst Lucius II. 1144, Martène, amplissima collect. 1, 776. 777; u. 1148, Guillelm. Neubrig. I. 19, M. 21, 721: „discipuli vero eius (des 1148 zu Rheims zur Einsperrung verurtheilten Ende de la Stella, M. 21, 723; Hefele Conc. Gesch. 5, 516) . . . cum sanam doctrinam nulla ratione reciperent . . . curiae prius et postea ignibus traditi ardere potius quam ad vitam corrigi maluerunt"; 1160 in Deutschland, Albric. trium fontium 1160, SS. 23, 845 (Ort unbekannt); 1163 zu Cöln, ann. Colon. maximi 1163, SS. 7, 778. Weitere Beispiele bis zum Anfang des 13. Jahrh. aus dem französischen Burgund, aus Rheims, Auxerre, Troyes, Paris, Strassburg bei Havet p. 511 und P. Fredericq, corp. docum. inquisitionis haereticae pravitatis Neerlandicae. Gent 1889. 1, 40 ff. 49 ff. In einzelnen Fällen ist aber auch blos auf Auspeitschung, Brandmarkung und Verbannung erkannt worden, Hugo v. Poitiers histor. monast. Vizeliac. l. IV i. f., D'Achery, spicileg. 2, 560; Bouquet rec. 12, 343; ferner auch in England auf dem Konzil zu Oxford 1165 o. 1166, s. S. 311 n. 2.

[6] Havet p. 498. 572, welcher zuerst auf diesen Unterschied aufmerksam gemacht hat.

[7] In Italien war während des 11. und 12. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit der Päpste und der Bischöfe durch andere Dinge, vor Allem durch den Kampf mit dem Kaiserthum, in Anspruch genommen. Havet p. 573.

[8] So in Südfrankreich. Noch 1179 klagt das 3. Laterankonzil darüber, dass die Ketzer in der Gascogne, im Albigeois und in Toulouse offen ihren Kultus ausüben und ihre Lehre bekennen, c. 27, M. 22, 232. S. im übrigen Havet p. 574.

[9] Vgl. die von Calixt II. abgehaltene Synode zu Toulouse c. 3, M. 21, 226: „Porro eos qui religionis speciem simulantes, dominici corporis et sanguinis sacramenta, puerorum baptisma, sacerdotium et caeteros ecclesiasticos ordines et legitimarum damnant foedera nuptiarum, tanquam haereticos ab ecclesia dei pellimus et damnamus et per potestates exteras coerceri praecipimus. Defensores quoque ipsorum eiusdem damnationis vinculo, donec resipuerint, mancipamus".

[10] c. 23, M. 21, 532, fast mit denselben Worten, wie Toulouse.

Tours 1163 speziell im Hinblick auf die Ketzer in Toulouse, in der Gascogne und in den übrigen französischen Gebieten den weltlichen Obrigkeiten die Gefangensetzung der Ketzer[1] und die Konfiskation ihres Vermögens als gegen dieselben anzuwendende Strafmaassregeln bezeichnet[2], nachdem Alexander III. kurz zuvor auf dem Konzil v. Montpellier 1162 für weltliche Fürsten, welche auf Mahnung des kirchlichen Oberen die Ausübung ihrer weltlichen Gerichtsbarkeit gegen die Ketzer unterlassen würden, die Strafe der grossen Exkommunikation angedroht hatte[3]. Des 3. Laterankonzil v. 1179, welches nur der Vermögenskonfiskation, nicht der Gefangenhaltung als Strafen gedenkt, ist blos insoweit über die früheren Anordnungen hinausgegangen, als es den Fürsten auch die Verknechtung der Ketzer gestattet[4].

Damit waren nunmehr für das Gebiet der Kirche auch weltliche Strafen, für die Ketzerei, die Vermögenskonfiskation und die Verknechtung, festgesetzt. Da diese aber lediglich von der Kirche selbst verhängt waren, so bedurfte die letztere des weltlichen Armes zur Durchführung dieser Vorschriften, und eine solche war allein dann gesichert, wenn die Ketzerei auch zugleich von den weltlichen Gewalten für strafbar, und somit auch für ein bürgerliches Verbrechen erklärt wurde, nicht aber, so lange es blos von dem etwaigen guten Willen der Fürsten oder selbst auch von der schon in dieser Zeit zum Theil zweifelhaften Wirkung einer gegen die letzteren verhängten Exkommunikation[5] abhing, ob jene Strafen gegen die Ketzer verwirklicht wurden.

Es war daher ein entschiedener Erfolg des Papstthums, dass Kaiser Friedrich I. v. 1184 zu Verona sich mit Rücksicht auf die weite Ausbreitung ketzerischer Sekten in Italien, namentlich in der Lombardei[6], zu gemeinsamem Einschreiten gegen diese mit Lucius III. vereinigte, und der Kaiser durch ein besonderes Gesetz[7], — das erste derartige im Mittelalter — die Ketzer mit dem weltlichen Bann[8], d. h. mit Ausweisung, Entziehung der politischen und prozessualischen Rechte (Infamie), Konfiskation des Vermögens und Wüstlegung ihres Gutes[9], bedrohte, während der Papst[10], unter Erneuerung des Verbotes aller Ketzereien bei kirchlicher Strafe[11], die geistlichen Oberen für berechtigt erklärte, den weltlichen Gewalten das eidliche Gelöbniss zur Verfolgung der Ketzer abzunehmen, und die entsprechende Pflicht, der Kirche zu derselben ihren Arm zu leihen, nicht nur durch Androhung der Exkommunikation

[1] Eine solche ist vorher schon vereinzelt vorgekommen, s. S. 379 n. 5. Bei Innoc. II. 1141 J. L. n. 8149, M. 21, 565 („Abaelardum et Arnoldum de Brixia ... in religiosis locis ... separatim includi faciatis", vgl. dazu Hefele, Conc. Gesch. 5, 487), dagegen handelte es sich, da Abälard Mönch und Arnold v. Brescia Kleriker war, um eine längst gegen solche übliche Strafe, s. S. 82 ff.

[2] c. 4, M. 21, 1177: „Illi vero si deprehensi fuerint, per catholicos principes custodiae mancipati omnium bonorum amissione mulctentur", über einen Anwendungsfall dieser Vorschrift i. J. 1178 s. Havet p. 577.

Schon vorher hatte ein Provinzialkonzil v. Rheims 1157 c. 1, M. 21, 843 gegen die Piphili die Vermögenskonfiskation und Brandmarkung als Strafen festgesetzt, S. 39 n. 5 u. 43 n. 3, dies freilich in einem Gebiet, in welchem nach feststehender Gewohnheit sogar bis zur Verbrennung der Ketzer geschritten wurde, s. S. 379.

[3] M. 21, 1160.

[4] c. 27, M. 22, 232, S. 49 n. 11.

[5] S. Anm. 3.

[6] Scheffer-Boichorst, Friedrich' I. letzter Streit mit der römischen Kurie. Berlin 1866. S. 48.

[7] Der Wortlaut ist nicht aufbewahrt.

[8] Cont. Zwetlens. alt. SS. 9, 542: „et papa eos excommunicavit, imperator vero tam res quam personas ipsorum imperiali banno subiecit"; Watterich 2, 658; Scheffer-Boichorst S. 49.

[9] Ficker a. a. O. S. 184. 188 u. Forschgen. z. Reichs- und Rechtsgesch. Italiens 1, 102 ff. 126. 128. 134. 135.

[10] c. 9 X de haeret. V. 7.

[11] Der Exkommunikation und bei Geistlichen der Degradation. Neu ist nur, dass gegen die letzteren auch die Vermögenskonfiskation zu Gunsten ihrer Kirchen angedroht wird.

und des Interdikts, sondern auch des Verlustes aller weltlicher Würden, (für Städte überdies des Handelsverkehres und des Bischofssitzes) und durch die Festsetzung der Infamie für die Begünstiger der Ketzer verschärfte, indem er im Übrigen nur allgemein die Auslieferung hartnäckiger Ketzer an das weltliche Gericht anordnete, ohne etwas näheres über die Bestrafung durch dasselbe zu bestimmen[1].

Nicht lange nachher erliessen 1194 Alfons II. und 1197 Peter II. von Aragonien für ihre sämmtlichen Gebiete ein Ketzer-Edikt, welches die Ausweisung der Ketzer aus allen ihren Besitzungen verfügte, und nur gegen diejenigen, welche derselben nicht innerhalb bestimmter Frist nachkommen würden, die Vermögenskonfiskation und die Strafe der Verbrennung verhängte[2].

Für einen grossen Theil der abendländischen Welt war jetzt, d. h. gegen Ende des 12. Jahrhunderts, die Ketzerei theils gewohnheitsrechtlich, wie in Deutschland und Frankreich, theils durch besondere gesetzliche Anordnungen, so in Italien[3], Aragonien und Barcelona[4], unter weltliche Strafen gestellt, und wenn auch unter dem in dieser Zeit beginnenden Pontifikat Innocenz' III. im wesentlichen keine neuen Strafen für die Ketzerei eingeführt worden sind[5], so ist dasselbe

[1] Keinen Anhalt hat es, wenn, so anscheinend von Frensdorff, hansische Geschichtsblätter. Leipzig 6, 106, angenommen wird, dass Lucius III. die Todesstrafe im Auge gehabt hat. Die Kirche hat ihrerseits bis zu der hier fraglichen Zeit niemals offiziell die Bestrafung der Ketzer mit Todesstrafe, welche überdies durch das von der Kirche vielfach benutzte römische Recht nicht einmal für alle, sondern blos für bestimmte schwere Fälle der Ketzerei vorgeschrieben war, Bd. IV S. 791. 792, gefordert. Weiter bestanden damals für den Süden Europas, insbesondere für Italien, gar keine weltliche Strafen, und erst Friedrich I. hat diese Lücke in einer Weise, welche mit Rücksicht auf die Wirkungen des von ihm festgesetzten Bannes im wesentlichen auf die Strafen des römischen Rechts hinauskam, ausgefüllt. Da es in Rom nicht unbekannt sein konnte, dass in Deutschland und einem Theile Frankreichs die Ketzer gewohnheitsmässig mit dem Tode bestraft wurden, so ist die unbestimmte Fassung der päpstlichen Anordnung offenbar absichtlich gewählt, um der Anwendung des neuen Rechts für Italien und der des alten Gewohnheitsrechts in den übrigen gedachten Ländern freien Raum zu lassen, vgl. auch Ficker i. d. Mittheilungen a. a. O. S. 184 ff.

[2] Das letztere bei P. de Marca, Marca Hispanica. Paris 1688 col. 1384; M. 22, 673: „... Valdenses ... et omnes alios haereticos ... ab omni regno et potestativo nostro tanquam inimicos crucis Christi christianaeque fidei violatores vel nostros etiam regnique nostri publicos hostes exire ac fugere districte et irremeabiliter praecipimus. Et sub eadem districtione vicariis, baiulis et merinis totius nostrae terrae, ut ad exeundum eos compellant usque ad dominicam passionis domini (d. h. 23 März 1198) mandamus, et si post tempus praefixum aliqui in tota terra nostra eos invenerint, duobus partibus rerum suarum confiscatis, tertia sit inventoris; corpora eorum ignibus concrementur"; das erstere v. 1194 etwas länger bei Eymericus, directorium inquisitorum. Rom 1585. III qu. 14 p. 298.

[3] Hier scheinen bald nach Erlass des Gesetzes Friedrichs I. einzelne Kommunen, mindestens Rimini, durch Statut ihre Rektoren eidlich zur Austreibung der Ketzer verpflichtet zu haben, s. ep. Lucii III. 1184/1185 für Rimini, J. L. n. 15461, v. Pflugk-Harttung acta roman. pont. 3, 317, in welcher dies auch für die nahe liegenden Städte behauptet und die Aufgabe des Statuts von Rimini durch die Bürgerschaft unter der Aufforderung, dasselbe bei Vermeidung des Interdikts zu beobachten, gerügt wird.

[4] S. Anm. 2. Für England war damals noch kein Bedürfniss zu Maassnahmen gegen die Ketzer hervorgetreten. Der S. 379 n. 5 erwähnte Fall steht völlig vereinzelt da.

[5] Das 4. Later. Konzil 1215, welches vor Allem in Betracht kommt, schreibt ebenso wie die Verordnung Lucius III., c. 3, M. 22, 986 (c. 13 X de haeret. V. 7) nur vor, dass die überführten Ketzer von der weltlichen Gewalt: „animadversione debita puniendi" seien. Im Übrigen wiederholt es im wesentlichen die schon erwähnte Verordnung. Ebenso bleibt es im Rahmen des bisherigen Rechts, wenn Innocenz III. 1199, c. 10 X de haer. V. 7, für die seiner weltlichen Hoheit unterworfenen Gebiete die Strafe der Vermögenskonfiskation einführt und in dem Edikt gegen die Patarener im Patrimonium Petri v. 1207, ep. X 130, opp. Migne 2, 1226, als Strafen die Vermögenskonfiskation, Wüstlegung des Hauses, Verbannung und Infamie in der Gestalt der Unfähigkeit zum Zeugniss und der Erlangung öffentlicher Ämter festsetzt. Dasselbe gilt auch für die in ep. IX. 18 (1206) Migne 2, 819, der Kommune von Faenza aufgegebenen Maassregeln zur Unterdrückung der Ketzerei, unter denen ausdrücklich des bannum perpetuum, s. S. 380 n. 9, gedacht wird, ferner auch von ep. I. 298, Migne 1, 256 (1198 für die Lombardei); VIII. 105, ibid. 2, 674 (1205 für Viterbo, wo das diffidare den beständigen Bann bedeutet, S. 49 n. 5).

doch für die Geschichte der Maassnahmen gegen die Ketzer dadurch von Bedeutung geworden, dass gerade der gedachte Papst bei seiner mit der grössten Energie betriebenen Verfolgung derselben[1] die weltlichen Gewalten, welche sich sowohl in Italien[2], wie auch im Süden von Frankreich zum Theil lässig gezeigt[3], ja die Ketzer sogar zum Theil begünstigt hatten[4], zur Bekämpfung derselben angehalten[5] und damit die seitens der Kirche den weltlichen Gewalten auferlegte Rechtspflicht zur Unterdrückung der Ketzer zur praktischen Durchführung gebracht hat, wenngleich es ihm freilich nicht gelungen ist, die Festsetzung von weltlichen Strafen überall in den Gebieten des Südens, in welchen sie bisher nicht erfolgt war, durchzusetzen[6]. Andererseits hat er aber, trotzdem dass er schon die Ketzerei für ein schwereres Vergehen als Majestätsverbrechen erklärt[7], die Hinrichtung der Ketzer von den weltlichen

[1] Für das südliche Frankreich ep. I. 81 (1198, Gascogne), Migne 1, 73; I. 94 (1198 gleichlautende Schreiben an die Erzbischöfe und Suffraganen der Provinzen Aix, Vienne, Arles, Embrün, Tarragona, Lyon und an die Fürsten, weltlichen Grossen und das Volk dieser Provinzen) p. 82; I. 165 (1198 ähnliches Schreiben) p. 142; VI. 243 (1203 Vorwürfe an den Erzb. v. Narbonne wegen seiner Lauheit) 2, 273; für Italien ausser den Nachweisungen in der vor. Anm. ep. I. 509 (1198 für Syrakus) 1, 471; VIII. 85 (1205 (Viterbo), 2, 654; IX. 204 (1204 Faenza) p. 1042; für Ungarn III. 3 (1200) p. 871. Vor Allem kommt aber der von Innocenz III. 1207 veranlasste Kreuzzug gegen die Albigenser, ep. X. 149 (1207) Migne 2, 1246 u. XI. 26—29 (1207) p. 1354 ff., Hefele, Conc. Gesch. 5, 840 ff. in Betracht.

[2] S. für Viterbo, wo selbst Patarener zu Konsuln gewählt waren, ep. VIII. 85 (1205) Migne 2, 656, vgl. Havet l. c. p. 588; Hefele 5, 837.

[3] Das Legatenkonzil zu Montpellier 1195, M. 22, 668 musste hier die für diese festgesetzten Strafen (s. S. 380 n. 3) von Neuem einschärfen, da man hier nicht gegen sie einzuschreiten wagte. Hatte man sich doch 1165 dazu verstanden, ein aus Katholiken und Katharern zusammengesetztes Schiedsgericht zu Lombres über die Ketzerei derselben befinden zu lassen, dessen den letzteren ungünstige Entscheidung aber nicht vollstreckt wurde, M. 22, 158 ff., Hefele 5, 642. 644; Reuter, Alexander III. 3, 667 ff.

[4] Hier namentlich Graf Raimund VI. v. Toulouse, ep. X. 69 (1210), Migne 2, 1166; Hefele 5, 836.

[5] Vor Allem dadurch, dass er überall auf die Ablegung des durch Lucius III. vorgeschriebenen Gelöbnisses, die Ketzer zu verfolgen, drang, gesta Innoc. III. gesta c. 123, Migne 1, CLXI (1207 Viterbo); eine Reihe solcher Eide südfranzösischer Barone und Konsuln v. 1209 bei Migne 3, 128 ff. u. M. 22, 775 (hier wiederholt die Formel: „si . . . persona ecclesiastica nobis aliquos haereticos nominaverit vel credentes vel per nosmetipsos cognoscere poterimus aliquos haeresim praedicare vel facere conventicula aliqua, ipsos persequemur secundum legitimas constitutiones et eorum bona infiscabimus"; wo unter den legitimae constitutiones, wie dies deutlich aus c. 10 cit. X V. 7. erhellt, nur das römische Recht verstanden werden kann; Eid Ottos IV. 1209, LL. 2, 217: „super eradicando autem haereticae pravitatis errore auxilium dabimus et operam efficacem"; für Südfrankreich vgl. Havet p. 582; ferner durch die Preisgebung der Länder lässiger, sich der Exkommunikation nicht fügender Fürsten zur Occupation, s. S. 47 n. 4 und Lossprechung ihrer Vasallen vom Treueid, Strafen, welche Innocenz III. schon vor dem 4. Lateran-Konzil, c. 13 §. 3 X. V. 7 cit., vgl. ep. VII. 212 (1204) Migne 2, 527; ep. X. 69 (1207) p. 1168 XI. 26 (1208) p. 1357 mehrfach angedroht hat; endlich aber auch andererseits durch die Verheissung derselben Ablässe, wie für die Kreuzfahrer ep. VII. 86 (1204) 2, 360; X. 149 (1207) 2, 1246; c. 13 §. 4 X cit. (Lateran. IV. 1215) V. 7.

[6] So verstand man sich in Carcassonne allein dazu in den Statuten art. 120, Giraud essai sur l'hist. du droit français. Paris 1846. 1 preuv. p. 71, den Ketzern das Verweilen in dem betreffenden Gebiet zu untersagen, und in den übrigen Kommunen Südfrankreichs geschah nichts, Havet p. 583, wobei freilich zu beachten ist, dass in Folge der Theilnahme vieler Barone aus Nordfrankreich an dem von Innocenz III. veranlassten Kreuzzuge gegen die Albigenser, Hefele 5, 840, seit 1209—1214 wiederholt in Castres, Minerve, Lavaur und zu les Cassés die Ketzer gemäss der nordfranzösischen Sitte verbrannt worden sind, Bouquet rec. 19, 24. 37. 46. 47, 95; M. 22, 809; Havet p. 584. 593, und sich damit auch hier die Todesstrafe durch Gewohnheit einbürgerte, Havet p. 594. 595. Was Italien betrifft, so wurden 1206 in Prato die Ketzer verbannt, und alle in ihrer Rechtgläubigkeit verdächtige Bürger von der Bekleidung des Konsulats ausgeschlossen, Ficker Mittheilungen a. a. O. S. 184; auch in Florenz war nach ep. IX. 294 (1206) 2, 1042 ein ähnliches Statut ergangen, und Kaiser Otto IV. (s. Anm. 5) hat nach 1209 in Turin und in Ferrara die Ketzer austreiben lassen und sie in den weltlichen Bann gethan, Ficker a. a. O. S. 183.

[7] c. 10 X cit. V. 7: „. . . Quum enim secundum legitimas sanctiones reis laesae maiestatis punitis capite, bona confiscentur eorum . . . quanto magis, qui aberrantes in fide domini dei filium Jesum Christum offendunt, a capite nostro, quod est Christus, ecclesiastica debent districtione praecidi et bonis temporalibus spoliari, quum longe sit gra-

Obrigkeiten nicht gefordert, vielmehr durch das 4. Laterankonzil i. J. 1215 in Anhalt an die Verordnung Lucius' III. (S. 380) nur diejenigen Maassregeln, welche er und seine Legaten schon vorher getroffen hatten[1], für die ganze Kirche sanktioniren zu lassen[2].

Wenngleich trotz aller Anstrengungen Innocenz' III. die Ketzereien weder in Italien noch in Südfrankreich ausgerottet waren, dieselben im Gegentheil sowohl hier, wie auch in andern Ländern immer wieder von Neuem hervortraten, so war doch für die nachfolgenden Päpste, welche fortgesetzt genöthigt waren, die Hülfe der weltlichen Gewalten gegen die Häretiker in Anspruch zu nehmen, durch die Politik Innocenz' III. ein so festes Fundament geschaffen, dass sich fortan kein Fürst mehr ihren Anforderungen hinsichtlich der Verfolgung und Bestrafung der Ketzer entziehen konnte. Daraus erklärt es sich, dass gerade im Laufe des 13. Jahrhunderts die weltliche Ketzergesetzgebung eine grössere Thätigkeit als früher entfaltet, und nunmehr das mittelalterliche Ketzerrecht zum Abschluss gebracht wird.

Für Reichsitalien und Deutschland erliess Friedrich II.[3] bei seiner Krönung 1220, indem er wie Innocenz III. die Ketzerei als eine Beleidigung der päpstlichen Majestät bezeichnet, Bestimmungen über die Ketzer[4], welche als Hauptstrafe zunächst den lösbaren, und bei hartnäckigem Verharren in der Ketzerei den beständigen weltlichen Bann festsetzen und daneben die von Innocenz zur Anwendung ge-

vius aeternam quam temporalem laedere maiestatem" stellt er sogar mit der Todesstrafe für das weltliche Majestätsverbrechen die Strafe der Exkommunikation für die Ketzerei, als Majestätsverbrechen gegen Gott, auf eine Linie. Für die Hinrichtungen der Ketzer, welche der Bischof v. Orvieto aus Anlass der heftigen Streitigkeiten zwischen der Partei der Katholiken und der der Ketzer Ende des 12. Jahrh. in der gedachten Stadt veranlasst hat, vita S. Parentii 2, Acta SS. Mai V, 86, Havet p. 587, und die während des Albigenserkreuzzuges vorgenommenen Ketzerverbrennungen (s. vor. Anm.) kann Innocenz III. nicht direkt verantwortlich gemacht werden, wennschon er andererseits auch nicht dagegen protestirt hat.

[1] Vgl. z. B. das Konzil v. Avignon 1209 c. 2, M. 22, 785. 786, welches in jeder Pfarrei die eidliche Verpflichtung von Priestern und Laien zur Anzeige der Ketzer vorschreibt, und dazu Lateran. 4 cit. in c. 13 §. 7 X de haer. V. 7.

[2] c. 13 X cit., s. dazu S. 382 n. 5 u. S. 381 n. 5.

[3] Welcher schon 1213 u. 1219, LL. 2, 224. 231, in Betreff der Ketzer dasselbe Versprechen, wie Otto IV. hatte ablegen müssen, S. 382 n. 5.

[4] LL. 2, 244 (c. 5): „Chataros, patarenos, leonistas, speronistas, arnaldistas, circumcisos et omnes hereticos utriusque sexus quocumque nomine censeantur, perpetua dampnamus infamia, diffidamus et bannimus, censentes, ut bona talium confiscentur nec ad eos ulterius revertantur ita quod filii ad successionem eorum pervenire non possint, cum longe sit gravius eternam quam temporalem offendere maiestatem (vgl. S. 382 n. 7). Qui autem inventi fuerint sola suspitione notabiles, nisi ad mandatum ecclesiae iuxta considerationem suspitionis qualitatemque personae propriam innocentiam congrua purgatione monstraverint, tamquam infames et banniti ab omnibus habeantur, ita quod, si sic per annum permanserint, ex tunc eos sicut hereticos condempnamus. — (c. 6) Statuimus etiam hoc edicto in perpetuum valituro, ut potestates vel consules seu rectores quibuscumque fungantur officiis, pro defensione fidei prestent publice iuramentum, quod de terris sue iurisdictioni subiectis universos haereticos ab ecclesia denotatos bona fide pro viribus exterminare studebunt, ita quod amodo quandocumque quis fuerit in potestatem sive perpetuam vel temporalem assumptus hoc teneatur capitulum iuramento firmare. Alioquin neque pro potestatibus neque pro consulibus habeantur eorumque sententias decernimus extunc irritas et inanes. Si vero dominus temporalis, requisitus et ammonitus ab ecclesia, terram suam purgare neglexerit ab heretica pravitate, post annum a tempore monitionis elapsum terram ipsius exponimus catholicis occupandum, qui eam exterminatis hereticis absque ulla contradictione possideant et in fidei puritate conservent, salvo iure domini principalis, dummodo super hoc nullum prestet obstaculum nec aliquod impedimentum opponat; eadem nichilominus lege servata contra eos qui non habent dominos principales. Credentes preterea, receptatores defensores et fautores hereticorum bannimus, firmiter statuentes, ut si postquam quilibet talium fuerit excommunicatione notatus, satisfacere contempserit infra annum, extunc ipso iure sit infamis nec ad publica officia seu consilia vel ad eligendos aliquos ad huiusmodi nec ad testimonium admittatur. Sit etiam intestabilis, ut nec testamenti liberam habeat factionem nec ad hereditatis successionem accedat. Nullus preterea ei super quocumque negotio, set ipse alii respondere cogatur. Quod si forte iudex extiterit, eius sententia nullam obtineat firmitatem nec cause aliquo ad eius audientiam perferantur. Si fuerit advocatus,

brachten Strafen in Anschluss an das 4. Lateran-Konzil[1] für das weltliche Gebiet recipiren, freilich aber mehr auf Italien als auf Deutschland[2] berechnet waren[3], und veröffentlichte weiter i. J. 1224, als sich die Strafen des Krönungsgesetzes v. 1220 zur Ausrottung der Ketzerei, namentlich aber in Ober-Italien, nicht ausreichend erwiesen hatten, eine besondere Konstitution[4] für die Lombardei[5], in welcher die Ketzerei zum ersten Mal mit dem Feuertode oder falls dem Schuldigen zum abschreckenden Beispiel für andere das Leben gelassen werden sollte, mit Verlust der Zunge[6] bedroht wurde[7]. Erst nach einigen Jahren, wesentlich in Folge der Bestrebungen eifriger Inquisitoren, fand die Todesstrafe nunmehr auch weitere Verbreitung in Italien[8]. Dieselbe ist insbesondere durch Papst Gregor IX. nicht nur gebilligt worden[9], sondern der letztere wirkte auch in entscheidender Weise auf ihre allge-

eius patrocinium nullatenus admittatur. Si tabellio, instrumenta confecta per ipsum nullius penitus sint momenti". Vgl. Winkelmann, Friedrich I. 1, 114 u. Ficker, Mittheilungen a. a. O. S. 193.

[1] S. 381 n. 5; S. 382 n. 5 u. S. 383 n. 1, s. auch Ficker, Mittheilungen a. a. a. O. S. 192.

[2] Nach ihrer Einleitung sind die betreffenden Vorschriften, „per totum nostrum imperium publicandas", l. c. p. 243, allerdings ebenfalls für Deutschland bestimmt gewesen, und scheinen auch hier publicirt zu sein, Ficker a. a. O. S. 195.

[3] Das ergeben die dem italienischen Recht im wesentlichen entsprechenden, wennschon durch die Steigerung vom lösbaren zum beständigen Banne im Interesse der Übereinstimmung mit den kirchlichen Vorschriften abweichend gestalteten Strafen, Ficker a. a. O. S. 193. Mit Recht erklärt sich der letztere S. 194 ff. (ihm folgt auch Havet p. 600) gegen die Ansicht von Frensdorff a. a. O. S. 105 u. von Eggert, Studien z. Gesch. d. Landfrieden. Göttingen 1875 S. 81, dass Friedrich II. in seinem Gesetz die Todesstrafe vor Augen gehabt habe. Dazu, das mehrfach in demselben gebrauchte: „haereticos exterminare", als: „Vernichten, Tödten der Ketzer" aufzufassen, so Frensdorff, liegt keine Nöthigung vor. Wörtlich heisst es: „über die Grenze bringen, Ausweisen", und gerade diese Strafe war bisher in Italien üblich, nicht aber die Todesstrafe. Eggert meint dagegen, dass der Feuertod deshalb nicht erwähnt sei, weil man ihn für die Ketzer, deren man habhaft geworden, als selbstverständlich betrachtet habe. Dem steht aber entgegen, dass das Gesetz die von ihm bezeichneten Strafen keineswegs auf die nicht erreichbaren oder flüchtigen Ketzer beschränkt. Allerdings wurde der beständige Reichsbann regelmässig wegen Hochverraths im weiteren Sinne als Ungehorsamsbann verhängt und den habhaften Hochverräther traf die Todesstrafe, Ficker S. 170 ff., indessen hat sich das Gesetz weniger an das italienische Reichsrecht, als an das städtische Recht angeschlossen, in welchem der beständige Bann im wesentlichen Ausweisungsbann war, Ficker S. 195. Weiter kommt aber in Betracht, dass der päpstliche Legat Hugo d. Ostier 1221 in Mantua, Bergamo und Piacenza nur das „expellere" der Ketzer und die Aufnahme des kaiserlichen Ketzergesetzes in die städtischen Statuten, nicht aber die Verbrennung der Ketzer gefordert hat, Ficker S. 196; Winkelmann Friedrich II. 1, 170. 172.

[4] Nicht auf Veranlassung des Legaten Erzb. v. Magdeburg, so Ficker S. 197. 430, sondern der Inquisitoren in Brescia, namentlich des B. v. Modena, Winkelmann i. d. Mittheilungen 9, 136 u. Friedrich II. 1, 262.

[5] LL. 2, 252: „. . . ut quicumque per civitatis antistitem vel dioecesanum, in qua degit, post condignam examinationem fuerit de heresi manifeste convictus et hereticus iudicatus, per potestatem, consilium et catholicos viros civitatis et dioecesis earundem, ad requisitionem antistitis illico capiatur, auctoritate nostra ignis iudicio concremandus, ut vel ultricibus flammis pereat, aut si miserabili vite ad coercitionem aliorum elegerint reservandum, eum lingue plectro deprivent, quo non est veritus contra ecclesiasticam fidem invehi et nomen domini blasphemare".

[6] Darüber hatte das weltliche Gericht zu befinden, nicht das geistliche, da ersteres die weltliche Strafe zu verhängen hatte.

[7] Eine Beseitigung des Krönungsgesetzes ist durch diese Konstitution offenbar nicht erfolgt, denn die Strafen desselben waren, gegen den mit Verlust der Zunge bestraften voll, gegen den Verbrannten aber mindestens zum Theil, wie die Vermögenskonfiskation und die Infamie, anwendbar.

[8] Nach einem ersten Versuch 1226 in Rimini. Ficker S. 430; Winkelmann Friedrich II. 1, 283, welcher keinen nachhaltigen Erfolg hatte, ist wahrscheinlich auf Betreiben des früheren Dominikanermönches, des Bischofs Guala erst 1230, Ficker S. 199 ff., die Konstitution v. 1224 den städtischen Statuten v. Brescia einverleibt worden, nachdem vorher ein Zusatz eingerückt war, nach welchem der Podesta die kirchlich verurtheilten Ketzer „secundum leges et iura imperialia et canonica et specialiter infrascriptam legem d. Frederici imperatoris et secundum eius tenorem" zu bestrafen hatte, Monumenta patriae 16, 1584 (125); Ficker S. 199.

[9] Denn er liess nicht nur die Konstitution v. 1224 für die Lombardei 1230 o. 1231 in die päpstlichen Regesten eintragen, Raynald. 1231 n. 18. 19 und dazu Ficker S. 207. 208, sondern gleichzeitig wurden auch vom Senator Annibald der Stadt Rom Konstitutionen gegen die Ketzer erlassen, Böhmer acta imperii selecta, Innsbruck

meine Einführung hin[1]. Noch i. J. 1231 wurde ferner von Friedrich II. für das Königreich beider Sizilien eine Konstitution publicirt, welche hier ebenfalls die Strafe des Feuertodes einführte[2], und wenn auch die 1232 von ihm auf dem Reichstage zu Ravenna erlassene Verordnung[3] wesentlich dazu bestimmt war, den Inquisitoren durch Berufung auf die kaiserliche Autorität neben der päpstlichen die Durchführung ihrer Aufgabe zu erleichtern[4] und die Vollziehung ihrer Forderungen seitens der weltlichen Richter zu sichern, so ist doch durch diese der bisher in Deutschland[5] nur gewohnheitsrechtlich bestehenden Todesstrafe zugleich die kaiserliche Anerkennung[6] ertheilt worden[7]. Ihren Abschluss hat endlich die Ketzergesetzgebung

1870 S. 665, auch Raynald 1231 n. 16 („Omnes heretici in urbe ... singulis annis a senatore, quando regiminis sui prestiterit iuramentum, perpetuo diffidentur. Item hereticos, qui fuerint in urbe reperti, presertim per inquisitores datos ab ecclesia vel alios viros catholicos, senator capere teneatur et captos etiam detinere, postquam fuerint per ecclesiam condempnati, infra octo dies animadversione debita puniendos"). Wenn nach diesen gegen die Ketzer, welche der vom Senator bei seinem Amtsantritt auszusprechenden Ausweisung nicht nachkommen, mit der gebührenden Strafe vorgegangen werden soll, so kann letztere nur die Todesstrafe sein, wie sich dies aus den weiteren Schritten Gregors IX. (s. die folgende Anm.) und daraus ergiebt, dass 1231 zu Rom die erste Ketzerverbrennung stattgefunden hat, Ryccardus de S. Germano 1231, SS. 19, 363: „nonnulli patarenorum in Urbe inventi sunt, quorum alii sunt igne cremati, cum inconvertibiles essent, alii donec peniteant, sunt ad Casinensem ecclesiam et apud Cavas directi".

[1] Indem er eine von ihm 1231 gegen die Ketzer erlassene Verordnung, Raynald 1231 n. 14 u. Böhmer, acta selecta 2, 665 (Bruchstück in c. 15 X de haeret. V. 7, hier §. 1 das richtige: voluerint in noluerint verändert, Ficker S. 204), in welcher auf die animadversio debita hingewiesen wird, gleichzeitig mit den für die Stadt Rom erlassenen Konstitutionen des Senators, und möglicherweise auch der Konstitution v. 1224 für die Lombardei, Ficker S. 209, an alle Erzbischöfe sandte, vgl. Böhmer acta p. 665; Beyer, mittelrhein. Urkdbch. 3, 339; s. auch Potth. n. 8753, um sie in ihren Bezirken zur Annahme zu bringen.

In Folge dieser Schritte des Papstes und der Thätigkeit der Inquisitoren wurden die betreffenden Vorschriften und die lombardische Konstitution unter Weglassung der Strafe des Verlustes der Zunge um 1233 in die Statuten v. Vercelli c. 370 ff. Monum. patriae 16, 1231 ff. s. namentlich c. 379, p. 1234, eingerückt, Ficker S. 208; in Mailand 1233 allerdings nur die römischen Konstitutionen, a. a. O. S. 211, aber schon zu 1233 berichten die memoriae Mediolan. SS. 18, 402: „Mediolanenses incipierunt comburere ereticos". Vgl. hierzu auch Henner, Beiträge z. Organisation d. päpstlichen Ketzergerichte. Leipzig 1890 S. 352 n. 2.

[2] Const. regni Sicil. tit. 1, Huillard-Bréholles, hist. dipl. Frider. II. IV. 1. 5, S. 311 n. 2, während noch Roger 1130—1154 für die „apostatantes a fide catholica", ibid. p. 8, nur Vermögenskonfiskation und Rechtlosigkeit angedroht hatte.

[3] LL. 2, 288, gerichtet an alle Fürsten, Beamten u. s. w. und überhaupt alle Personen im ganzen Kaiserreich, aber nicht den Fürsten zugesandt, sondern lediglich einzelnen mit der Inquisition beauftragten Dominikanerklöstern in Ausfertigungen zugestellt, Ficker S. 215.

[4] Des Näheren wird das Verfahren in Anhalt an die von Gregor IX. publicirten Vorschriften geregelt und den päpstlichen Inquisitoren der kaiserliche Schutz gewährt.

[5] Dass die Konstitution auf Deutschland berechnet war, ergiebt die ausdrückliche Erwähnung der partes Teutonie und Alemannie, Ficker S. 221. S. auch Anm. 7 u. S. 386 n. 2.

[6] L. c. p. 288: „donec per censuram ecclesiasticam condempnatos dampnabili morte perimant" .. u. p. 289: „Item mortis sententia duximus addicendos, si quos hereticorum ad iudicium tractos in extremo vite periculo heresim abiurantes, postmodum de falso iuramento constiterit et fide mentita convinci ac eos contigerit eiusdem morbi spontaneam incurrere recidivam". Wenn unter den sonst erwähnten Strafen der kirchlicherseits und durch das italienische Recht festgesetzten Vermögenskonfiskation nicht gedacht wird, so beruht dies wohl darauf, dass diese für Deutschland durch ein unter König Heinrich 1231 abgegebenes Weisthum ausgeschlossen war, LL. 2, 284: „Quod heredes condempnati bonis eius deberent hereditariis ac patrimonio gaudere, beneficiis eius similiter ad ius et potestatem dominorum, a quibus habebant, redeuntibus; domino vero, cuiuscunque esset homo condempnatus, bonis eius mobilibus innitente; hoc tamen excepto, quod sumptus ad incendium hereticorum faciendi et merces comitis de bonis etiam forent mobilibus recipienda".

[7] Daraus, dass Friedrich II. zu Ravenna kurz vor der ebengedachten Konstitution auch das Gesetz v. 1220 wieder publicirt hat, LL. 2, 287, nur mit dem Zusatz: „Adiicimus insuper, quod hereticus convinci per hereticum possit et quod domus patarenorum, receptatorum, defensorum et fautorum eorum sive ubi docuerint aut manus aliis imposuerint, destruantur, nullo tempore restricture", ergiebt sich, dass er im Zusammenhang mit seiner Politik in Reichsitalien bei der hier vielfach herrschenden Abneigung gegen die Ketzerverbrennung, das Vorgehen der Inquisitoren nicht in ähnlicher Weise wie in Deutschland hat stärken wollen, Ficker S. 221.

Friedrichs II. mit der erneuerten Publikation[1] seiner früheren Konstitutionen i. d. J. 1238 u. 1239[2], welche sich auch zugleich auf das Königreich Arles und Vienne bezogen hat[3], erhalten, und dadurch ist zugleich zum ersten Mal für das ganze Reich als die Art der an den Ketzern zu vollziehenden Todesstrafe die Verbrennung[4] vorgeschrieben worden[5].

Was Frankreich betrifft, so hat hier zunächst eine Ordonnanz Ludwigs VIII. v. 1226 für den Süden des Königreichs die gebührende Bestrafung für die Ketzer[6] angeordnet, worunter mit Rücksicht auf die frühere, in Folge der Kreuzzüge gegen die Albigenser auch auf die südlichen Theile Frankreichs übertragene Praxis nur der Feuertod verstanden werden konnte[7], und das um so mehr, als daneben ausdrücklich auch die Strafe der Rechtlosigkeit und die Vermögenskonfiskation angedroht wird[8], und eine weitere, die erstere erneuernde Ordonnanz Ludwigs IX. v. 1228[9] zugleich bestimmt, dass alle Beamten und Unterthanen verpflichtet sein sollten, die Ketzer aufzuspüren, den geistlichen Gerichten anzuzeigen und gegen sie die von ihnen verwirkte Strafe zu vollstrecken[10].

[1] Welche wohl erfolgt ist, um den ihm päpstlicherseits gemachten Vorwurf der Ketzerei zu widerlegen, Ficker S. 224.

[2] Erst zu Cremona und dann zu Padua, LL. 2, 326, nämlich erstens der Konstitution v. 1232 (S. 385 n. 3), nur mit der wesentlichen Änderung, dass die Beziehungen auf Deutschland getilgt sind, zweitens der sizilischen v. 1231 (S. 385 n. 2), weiter als dritter Konstitution, die richtiger wohl in 2 Theile zu zerlegen ist, des an die zweite sich anzureihenden sizilischen Gesetzes gegen die Begünstiger der Ketzer, const. regn. Sic. tit. 2 bei Huillard-Bréholles IV. 1, 8 und des Gesetzes v. 1220 in der Fassung von 1232 unter Hinzufügung einer Anzahl neuer häretischer Sekten.

[3] 1238 zu Verona, Winkelmann, acta imperii. Innsbruck 1880 1, 311.

[4] Welche die Konstitution für Sizilien v. 1231 als Strafe aufweist, s. Anm. 2.

[5] Allerdings hat Friedrich II., nachdem 1239 zwischen ihm und dem Papst der Kampf von Neuem entbrannt war, die gedachten Gesetze nicht durchgeführt, und auch in den italienischen Städten hat man sich wieder mehrfach zu der alten milden Praxis zurückgewendet, trotzdem, dass Innocenz IV. i. J. 1252 die Konstitutionen Friedrichs II. v. 1238 u. 1239, s. oben, den oberitalienischen Städten mit der Weisung zugehen liess, sie in ihre Statutenbücher einzutragen, Potth. n. 14762, M. 23, 586, bull. Taur. 3, 503, was z. B. in Genua erst 1256 durch Exkommunikation und Interdikt erzwungen werden musste, ann. Jan. SS. 18, 235. 236. Auf Widerstand in Modena lässt Alexander IV. P. n. 17113, bull. Taur. 3, 652 schliessen. Vgl. auch Ficker, a. a. O. S. 224 und Potth. n. 14575. 14607. Dagegen ist in Deutschland die Strafe des Verbrennens, wie früher, üblich geblieben, s. die S. 312 n. 4 citirten Rechtsbücher u. Stadtrechte, ferner die die früheren kaiserlichen Ketzergesetze bestätigende const. Heinrichs VII. v. 1313, LL. 2, 535; Geib, Lehrb. d. deutsch. Strafrechts 1, 227 u. Osenbrüggen, alamann. Strafrecht S. 375; über Böhmen insbes. für das 14. Jahrh. Werunsky, Ztschr. d. Savigny-Stiftg. f. Rechtsgesch. germ. Abth. 9, 78. 82. 103.

[6] Für die Erzbisthümer Arles, Narbonne und die Bisthümer Rhodez, Cahors, Agen und Albi Isambert, rec. général des anciennes lois françaises. Paris (s. a.) 1, 227: „De magnorum et prudentum virorum consilio statuimus, quod haeretici qui a catholica fide deviant, quocumque nomine censeantur, postquam fuerint de haeresi per episcopum loci vel aliam personam ecclesiasticam quae potestatem habeat, condemnati, indilate animadversione debita puniantur; ordinantes et firmiter decernentes, ne quis haereticos receptare vel defensare quomodolibet aut ipsos fovere praesumat. Et si quis contra praedicta praesumpserit facere nec ad testimonium nec ad honorem aliquem de caetero admittatur, nec possit facere testamentum nec successionem alicuius haereditatis habere; bona ipsius mobilia et immobilia ipso facto [hinzusetzen: sint confiscata], ad ipsum vel ipsius posteritatem nullatenus reversura“.

[7] Vgl. auch das Konzil v. Toulouse 1229, welches c. 1, M. 23, 194 von der Bestrafung durch animadversio debita spricht und c. 11, p. 196, für „haeretici qui timore mortis redierint ad catholicam fidem“, ewige Busse in Gefängnisshaft festsetzt.

[8] S. Anm. 6.

[9] Isambert rec. 1, 230.

[10] L. c. p. 232: „ut barones terre et baiuli nostri et subditi nostri presentes et futuri solliciti sint et intenti, terram purgare hereticis et heretica feditate, et precipientes quod predictos diligenter investigare studeant et fideliter invenire, et cum eos invenerint, presentent sine more dispendio personis ecclesiasticis superius memoratis, ut eis presentibus de errore heresis condempnatis, omni odio, prece et pretio, honore, gratia et honore (sic!) postpositis de ipsis festinant er faciant, quod debebunt“.

Für die nördlichen Theile Frankreichs ist, bis Ludwig X. i. J. 1315 die Konstitution Friedrichs II. v. 1220[1] in Frankreich eingeführt hat[2], keine derartige königliche Anordnung ergangen, aber hier hat sich die frühere Praxis des Feuertodes[3] und zwar in Verbindung mit der Konfiskation des Vermögens in Übung erhalten[4].

Endlich ist auch in England, ohne dass sich hier eine gesetzliche Einführung nachweisen lässt, offenbar unter kirchlichem und kontinentalem Einfluss im 13. Jahrhundert die Bestrafung der Ketzerei mit dem Feuertode durch Gewohnheitsrecht festgestellt worden[5], während sie sich in Spanien seit 1198 in fortdauernder Geltung erhalten hat[6].

Wesentlich unter dem Einfluss der Kirche, namentlich unter ihrer Billigung[7], war somit die Ketzerei im Laufe des 13. Jahrhunderts allgemein zu einem mit der Strafe der Verbrennung bedrohten bürgerlichen Verbrechen geworden. —

Abgesehen von der Ketzerei sind auch durch Kaiser Friedrich II. in der schon vorher citirten Konstitution für Reichsitalien und Deutschland[8] das seitens

[1] S. o. S. 383.

[2] Isambert 3, 123.

[3] Über Ketzerverbrennungen s. Mansi 22, 802 (Paris 1210); Albric. trium Fontium 1235 u. 1239, SS. 23, 937. 944; Matthaeus Paris, hist. maior 1238, ed. Luard 3, 520; Annal. Erphord. 1239, SS. 16, 33 und Havet p. 597 n. 2.

[4] Li livres de justice et de plet, ed. Rapetti Par. 1870 (nach 1255) p. 12: „quant l'en ara soupecenos un home de bogrerie (Ketzerei), li juges ordenaires deit requerre le roi ou sa justice qu'i le prangne . . . Après li esveques et li prelaz dou leu, c'est a entendre les persones d'iglise, devent fere l'inquisicion de la loi sor li et demander li de la foi . . . Et s'il est dampnez et por lor jugement . . ., li rois prent le cors et fet livrer a mort et toust li avoirs est siens sauf le doaire a la fame"; s. g. établissements de S. Louis I. 127, S. 311 n. 2 u. I. 90, ed. Viollet 2, 147: „Se aucuns est soupeçoneux de bougrerie, la justise le doit prandre et envoier à l'evesque et se il en estoit provez, l'en le devroit ardoir; et tuit si mueble sunt au baron. Et en tele maniere doit l'en ouvrer d'ome herite, par coi il en soit provez; et tuit si mueble sunt au baron ou au prince . . . Et costume s'i acorde"; Beaumanoir c. 11 n. 2, s. a. a. O. u. c. 30 n. 11; ed. Beugnot 1, 413: „Qui erre contre le foi, comme en mescreance . . . il doit être ars et forfet tout le sien en le manière dessu".

Auch hat man hier in Übereinstimmung mit Toulouse 1229 c. 11, S. 386 n. 7, die nur aus Furcht vor dem Tode bekehrten Ketzer mit Gefängniss bestraft, Havet p. 597. 598.

[5] Vgl. Bracton de legib. Angliae lib. II n. 2 c. 9 n. 2, ed. Twiss. London 1878. 2, 299, s. unten §. 287; Fleta I. 37. §. 4 u. Britton I. 10(9), S. 311 n. 2.

[6] S. o. S. 381 u. S. 311 n. 2 a. E. Vgl. auch Lea, a history of the inquisition of the middle age. New York 1888 1, 323 u. 2, 163.

[7] Vgl. Gregor IX. S. 385 n. 1; Innocenz IV. 1252, S. 386 n. 5 und die mit dem eben citirten Schreiben sich inhaltlich deckenden Briefe desselben Papstes v. 1252 u. 1254, Potthast n. 14575. 14587. 15378 u. 15448; Alexanders IV. 1257 u. 1258, P. n. 16764 u. 17383 und Clemens' IV. v. 1265 u. 1266, P. n. 19433. 19523; ferner die Bestätigung der Gesetze Friedrichs II. durch Clemens IV. 1265, P. n. 19423 und Bonifazius VIII. (1294—1303) in c. 18 in VI de haeret. V. 2: „leges quasdam per Fredericum olim Romanorum imperatorem promulgatas, quatenus . . . haereticorum exterminium prosequuntur . . . approbantes et observari volentes" (nochmals ausdrücklich durch die Bulle Martins IV. Inter cunctas v. 1418 §. 10, Bull. Taur. 4, 668 erneuert). Allerdings hat die Kirche die Ketzerverbrennung nicht aufgebracht, aber sie hat sie gebilligt und für die Ausdehnung derselben auf Gebiete, wo sie nicht üblich war, durch ihre Anordnungen gewirkt, sowie die Beachtung der Ketzergesetze überall von den weltlichen Gewalten gefordert, vgl. auch Henner, Beiträge z. Organisation S. 214.

[8] S. o. S. 383, LL. 2, 243: „c. 1 . . . irritamus et precipimus irrita nuntiari omnia statuta et consuetudines que civitates vel loca, potestates, consules et quecumque alie persone contra libertates ecclesie ac ecclesiasticas personas edere vel servare temptarunt adversus canonicas vel imperiales constitutiones et ea de capitularibus suis mandamus infra II menses post huiusmodi publicationem edicti penitus aboleri; et si de cetero similia attemptaverint, ipso iure decernimus esse nulla et eos sua iurisdictione privatos necnon locum, ubi deinceps talia presumpta fuerint banno mille marcarum precipimus subiacere. Potestates vero consules, rectores, statutarii et scriptores dictorum statutorum necnon consiliarii locorum ipsorum qui secundum statuta vel consuetudines memoratas iudicaverint, sint extunc ipso iure infames, quorum sententias et actus alias legitimos statuimus aliquatenus non tenere. Qui si per annum huius nostre constitutionis inventi fuerint contemptores, bona eorum per totum nostrum imperium mandamus impune ab omnibus occupari, salvis nichilominus aliis penis contra tales in generali concilio (vgl.

Honorius' III. unter die Strafe der Exkommunikation gestellte Vergehen der Errichtung, Inkraftsetzung, Niederschreibung, Beachtung und Anwendung von Statuten gegen die kirchlichen Freiheiten[1], ferner die sich ebenfalls als kirchliche Vergehen darstellende Belastung der Kirchen, frommen Institute und geistlichen Personen durch Obrigkeiten und Private mit Abgaben aller Art[2], sowie die Invasion kirchlicher Güter[3] und endlich die unberechtigte Belangung und Unterwerfung der Geistlichen in Kriminal- und Civilsachen unter das weltliche Gericht[4] mit weltlichen Strafen bedroht und dadurch als weltliche Vergehen anerkannt worden.

Hatte die Kirche in den gedachten Beziehungen ihre Auffassung, dass die weltlichen Obrigkeiten nicht nur zur Anerkennung ihres Strafrechtes[5], sondern auch zur Durchführung desselben mit weltlichen Strafmitteln[6] und zur Gestaltung ihres weltlichen Rechts nach den Forderungen des ersteren[7] verpflichtet seien, zur Geltung gebracht, so stellte sie weiter gleichzeitig die Anforderung an die weltlichen Gewalten, ihr und ihren Organen überall bei der Handhabung ihrer Straf- und Disciplinargewalt mit ihren weltlichen und äusseren Mitteln Unterstützung zu gewähren[8].

Lateran. IV 1215 c. 44, M. 20, 1027 in c. 12 X de reb. eccl. III. 13) promulgatis.

c. 2. Item nulla communitas vel persona publica vel privata collectas sive exactiones, angarias vel parangarias ecclesiis aliisque locis aut ecclesiasticis personis imponere aut invadere ecclesiastica bona praesumant; quodsi fecerint et requisiti ab ecclesia vel imperio emendare contempserint, triplum refundant et nichilominus banno imperiali subiaceant, quod absque satisfactione nullatenus remittatur.

c. 4 Statuimus, ut nullus ecclesiasticam personam in criminali quaestione vel civili trahere ad iudicium saeculare praesumat contra constitutiones imperiales et canonicas sanctiones. Quodsi fecerit, actor a iure cadat, iudicatum non teneat et iudex sit extunc iudicandi potestate privatus" auch als Auth. zu c. 33 C. J. de episc. I. 3.

[1] c. 49 (Honor. III. 1221) X de sent. exc. V. 39. S. S. 212.

[2] S. das dem c. 2 Frider. in dieser Beziehung korrespondirende c. 46 Lateran. 1215, M. 22,1030, auch in c. 7 X de immun. III. 49. Vgl. S. 216.

[3] Ein diesem Theil des c. 2 Frid. entsprechendes kirchliches Gesetz findet sich nicht, s. aber c. 2 (Eugen III.) X de raptor. V. 17 u. c. 22 (Cölestin III.) X de sent. exc. V. 39 s. S. 190. Überdies hat auch Honorius III. 1220 die von Friedrich II. erlassene Konstitution in allen ihren Kapiteln mit den üblichen Strafklauseln genehmigt, Potthast n. 6408, bull. Taurin. 3, 374.

[4] Für c. 4 Frid. gilt das in der vorigen Anm. Gesagte, vgl. c. 17 (Innoc. III.) X de iud. II. 1 u. 35 (id.) X de sent. exc. V. 39. Für den letzten Absatz von c. 4: „ut si qui clericis vel personis ecclesiasticis iustitiam denegare presumpserint, tertio requisiti suam iurisdictionem amittant" bietet sich kein Anhalt in kirchlichen Verordnungen, vielmehr haben erst spätere Partikularsynoden, s. Saumur 1276 c. 11, M. 24, 165; Tarragona 1329 c. 84, M. 25, 876 und Lavaur 1368 c. 98, M. 26, 526 für diesen Fall kirchliche Strafen angedroht.

[5] Das zeigt sich in den Anordnungen, die früher erwähnten Ketzergesetze in die städtischen Statuten einzutragen, s. S. 387 n. 7; Henner S. 358; ferner in der l. 37 der von Innocenz IV. durch die Bulle: Ad exstirpanda v. 1252, P. n. 14592, M. 23, 569; bull. Taurin. 3, 552 für die oberitalienischen Städte zur Einrückung in die Statuten erlassenen, die Ketzerei betreffenden Konstitutionen: „caeterum teneatur potestas seu rector cuiuslibet civitatis seu loci delere seu abradere penitus de statutis vel capitularibus communis quodcumque statutum conditum vel condendum inveniatur contradicere istis constitutionibus seu statutis et legibus quomodolibet obviare"; vgl. auch Innocenz IV. 1253, P. n. 14932, Eymeric. app. p. 14; 1254 P. n. 15448, ibid. p. 25, sowie darin, dass der sein Amt antretende Ketzerinquisitor die weltlichen Beamten des Bezirks bei Strafe der Exkommunikation vorladet, um ihnen einen Eid abzunehmen, dass sie die Ketzergesetze beobachten, Eymer. III. n. 7—10, und einen weiteren dahin, dass sie die Ketzer verfolgen und die Inquisitoren in jeder Weise unterstützen wollen, l. c. n. 11 ff.; Henner S. 357.

[6] S. oben S. 380 n. 2 u. 3 und das: „animadversione debita puniendi" in c. 9 X de haeret. V. 7 (S. 380), Lateran. IV 1215 c. 3, S. 381 n. 5 und in c. 15 X tit. cit., S. 385 n. 1.

[7] S. d. Citate Anm. 5; Alexander IV. 1257. P. n. 17113 (Anordnung der Revision und Abänderung der die Ketzerinquisition hindernden Statuten v. Mantua, bull. Taur. 3, 652) und c. 9 (Urban IV. 1261—1264) in VI de haeret. V. 2, wonach die die Inquisition hemmenden Statuten nichtig sind und widerrufen oder revidirt werden müssen.

[8] Schon Alexander II. ordnete 1065 an, dass, falls der König und die französischen Grossen den Erzb. v. Rheims nicht bei der Vertreibung

Vor Allem hat sie gerade hinsichtlich der Ketzerverfolgung diese Ansprüche bis in das Einzelne hinein ausgebildet. Dies zeigt das von den weltlichen Gewalten unter Androhung schwerer Strafen erforderte eidliche Gelübde, alle und jede Hülfe hinsichtlich der Verfolgung der Ketzer zu leisten [1], namentlich für die Beobachtung der Ketzergesetze in ihren Territorien zu sorgen [2], die Ketzer, wo sie sich finden, zur Anzeige zu bringen [3], sie gefangen zu halten, den zuständigen kirchlichen Gerichten zur Aburtheilung auszuliefern [4] und die von den letzteren verurtheilten Ketzer zur Bestrafung zu übernehmen [5], während den weltlichen Gewalten, für welche das Urtheil des kirchlichen Gerichts schlechthin bindend war, keine Prüfung desselben zugestanden wurde [6]. Sowohl in der letzteren Bezieh-

eines Eindringlings aus dem Bischofsstuhl v. Chartres unterstützen wollen, das Interdikt über das Erzbisthum Rheims und dessen Suffraganbisthümer ausgesprochen werden soll, S. 21 n. 2, und Gregor VII. befiehlt dem Grafen v. Flandern, ep. coll. 42, Jaffé, mon. Gregor. p. 569 (1082?), einen von ihm begünstigten abgesetzten und exkommunicirten ketzerischen Kleriker von der Kirche v. Terouanne zu entfernen; Legatenkonzil v. Poitiers 1106, M. 20, 1208 („Eliae comite Cenomanensi praecepit auctoritate b. Petri . . ., ut si ille deinceps ecclesiam illam monachis violenter auferret, comes ei per potentiam saecularem omnimodis obviaret"); Honorius II. 1126, J. L. n. 7261, M. 21, 537 (Anweisung an d. Erzb. v. Lyon, den exkommunicirten Exabt v. Cluny: „tam per ecclesiae ministros quam per exteras potestates de monasterio trahere et in carcerem ponere"); Eugen III. 1145/47, Anastasius IV. 1153, Hadrian IV. 1155 u. 1155/59, J. L. n. 8985. 9789. 10068. 10465, M. 21, 652. 776. 809. 814 (Aufforderungen an König Ludwig VII. v. Frankreich, zum Schutz des Klosters Vezelay gegen den wegen Bedrückung desselben exkommunicirten Grafen v. Nevers und die Bürger v. Vezelay mit weltlicher Macht einzuschreiten); Cölestin III. 1194, J. L. n. 17128, M. 22, 643 (Verlangen, dass der König und die Königin v. Aragonien einen wegen Bischofsmordes exommunicirten weltlichen Grossen bei Strafe des Bannes und Interdiktes „de toto regno proscribunt"); c. 14 (Lateran. IV c. 9) X de off. iud. ord. I. 31 (Forderung des brachium saeculare zur Beseitigung eines in einer zweisprachigen Diöcese eingedrungenen Bischofs, welcher exkommunicirt und deponirt ist).

Ein prinzipielles Anerkenntniss dieser Forderung enthalten die leges eccles. Steph. reg. Hung. u. 1016 c. 11, M. 19, 372: „Si quis observatione christianitatis neglecta . . . quid in eam commiserit, iuxta qualitatem offensionis ab episcopo per disciplinam canonum iudicetur. Si vero rebellitate instinctus, renuerit sibi impositam sufferre poenam, iterum eodem iudicio restringatur, etiam usque septies. Tandem si per omnia resistens et abnuens invenietur, regali iudicio, scil. defensori christianitatis tradatur".

[1] c. 7 (Luc. III. 1184) X de haeret. V. 7 cit.; c. 13 §. 2 (Lateran. IV) X eod.; S. 382 n. 5; Bulle Innocenz IV. v. 1252: Ad exstirpanda cit. §. 2; c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2.

[2] c. 11 (Clem. IV.) §. 2 in VI eod.

[3] S. 382 n. 5; c. 18 in VI cit.

[4] S. die vor. Anm.; Bulle Innocenz IV.: Ad exstirpanda cit. §. 5 ff. Vgl. auch Henner a. a. O. S. 350 fl.

[5] S. 388 n. 6; const. Innoc. IV. 1252: Ad exstirp. cit. §. 25 ff.; Innoc. IV.: Noverit universitas 1254 §. 1, P. n. 15425, bull. Taur. 3, 588; Innoc. IV.: Cum fratres 1252, P. n. 14584 bull. cit. 3, 551 (die wegen Ketzerei und wegen Begünstigung derselben Exkommunicirten sollen nach Konfiskation ihres Vermögens in den weltlichen Bann gethan werden); Alex. IV.: „Ad audientiam nostram v. 1260, P. n. 17759, bull. cit. 3, 669: „mandamus, quatenus potestates, rectores, iudices, antianos, officiales, quocumque nomine censeantur, quod huiusmodi sententias a vobis (von den Inquisitoren des Franciskanerordens) latas et ferendas, etiam sublato cuiuslibet dilationis obstaculo, executioni demandent, monitione praemissa per excommunicationis in personas potestatum, rectorum, iudicum, antianorum, officialium et consiliariorum ac privationis ab officiis, et in civitates, castra et loca huiusmodi interdicti sententias appellatione remota cogatis".

Im Nothfalle konnten sowohl die Bischöfe, wie auch die Inquisitoren nicht nur die rechtmässige, sondern auch blos die faktische Obrigkeit, sowie auch exkommunicirte weltliche Herren und Beamte, ohne deshalb in Strafe zu verfallen, um derartige Hülfeleistungen ersuchen, c. 6 (Alex. IV.) in VI de heret V. 2. Vgl. Henner S. 355.

[6] S. 312 n. 1. Daher durften die weltlichen Obrigkeiten auch das ipso iure durch die Ketzerei verfallene Vermögen sich erst dann aneignen, wenn das kirchliche Gericht erkannt hatte c. 19 (Bonif. VIII.) in VI de haeret. V. 2.

Was insbesondere die Unterstützung der päpstlichen Inquisitoren betrifft, so fordern zur Gewährung solcher auf Gregor IX. 1232 (Herzog Heinrich v. Brabant) P. n. 8859, Frédericq corp. document. inquisitionis Neerlandicae. Gent 1889. 1, 82; Innocenz IV. 1251 P. n. 14406, Eymeric. ed. cit. app. p. 12 u. 1252 (Fürsten und Obrigkeiten in Ober- und Mittel-Italien) P. n. 14630, Eymeric. app. p. 14; Alex. IV. 1258 P. n. 17404, bull. Taur. 3, 668 u. Eymeric. l. c. p. 33 (an Bischöfe, Geistlichkeit und Obrigkeiten im Hzgthum Spoleto); 1260 P. n. 17822—25 (Cirkularschreiben an eine Reihe von italienischen Obrigkeiten) Eymeric. l. c.

ung[1], wie auch hinsichtlich der übrigen Forderungen haben sich bis auf vereinzelte Ausnahmen[2] die weltlichen Mächte nicht nur der Kirche gefügt, sondern dieselben auch zum Theil ausdrücklich in den von ihnen erlassenen Ketzergesetzen anerkannt und zur Durchführung gebracht[3].

Aber nicht blos in Bezug auf die Ketzergesetze hat die Kirche den charakterisirten Standpunkt eingenommen. Die Hülfe der weltlichen Gewalten hat sie auch gemeinrechtlich in Betreff der Durchführung der gegen die Juden erlassenen kirchlichen Vorschriften[4] und behufs der Unterdrückung des Wuchers[5] und des Muhamedanismus[6] in Anspruch genommen[7], ja einzelne Partikularsynoden haben noch weitere, darüber hinausgehende derartige Anordnungen gestellt[8].

p. 47. 48 (hier unter Androhung der Exkommunikation); Clemens VI. 1306 (Ludwig v. Savoyen) Bernardus Guidonis practica inquisitionis hereticae pravitatis. ed. Douais. Paris 1886 p. 341; für Deutschland Innocenz VI. 1353, Urban V. 1368, Bonifaz IX. 1399 Frédericq 1, 204. 207. 260 (worin mehrfach auch die zur Dispositionsstellung der Gefängnisse für die Zwecke der Inquisition verlangt wird). Insbesondere waren die weltlichen und geistlichen Obrigkeiten — abgesehen von den schon in den vorigen Anmerkungen gedachten, sich auf die Anforderungen der Inquisitoren beziehenden Verpflichtungen — bei Strafe der Exkommunikation gehalten, den Inquisitoren auf Erfordern sicheres Geleit zu gewähren, Alex. IV. 1260 P. n. 17810. 17811, bull. Taur. 3, 670, und in den ersten Zeiten hatte die weltliche Obrigkeit auch die Pflicht, auf ihr Ansuchen die Folterung der Angeschuldigten vorzunehmen, Innocenz IV. Ad exstirp. cit. 1252 c. 26; Henner S. 359. Weltlicherseits ist den Inquisitoren in Übereinstimmung mit diesen Forderungen mehrfach so durch Friedrich II., S. 385 n. 3 und dann durch Karl IV. 1369, Frédericq 1, 211. 212, von diesem sogar unter Bestellung von Fürsten und Edlen als Konservatoren für die Wahrung ihrer Rechte und Privilegien, der königliche und kaiserliche Schutz ertheilt worden.

[1] S. 311. 312.

[2] Namentlich verschiedene italienische Kommunen, s. S. 386 n. 5 und die in den vorangehenden Anmerkungen citirten Bullen, welche fast alle die betreffenden Forderungen italienischen Städten gegenüber stellen und erneuern. S. auch die folgende Anm.

[3] Vgl. die citirten weltlichen Gesetze Friedrichs II. v. 1220 (S. 383), 1224 (S. 384), 1231 (für Sizilien S. 385), 1232 (S. 385) und 1238, bez. 1239 (S. 386), s. namentlich die v. 1232 und die erste Konstitution v. 1238, ferner die Ordonnanzen Ludwigs VIII. und Ludwigs IX. (S. 386). Allerdings ist zu beachten, dass Friedrich II. für Sizilien im Gegensatz zu Deutschland, s. ausser der cit. Const. v. 1231 noch das Gesetz v. 1234, Huillard-Bréholles 4, 462, die Aufsuchung der Ketzer in die Hand weltlicher Beamten, welche dieselben nach vorläufiger Feststellung des Verdachts den geistlichen Gerichten zur weiteren Untersuchung überweisen sollten, gelegt hat. Auch König Jacob v. Aragonien, s. const. v. 1233 c. 4, de Marca, Marca Hispanica. Paris 1688 p. 1726, vgl. auch M. 23, 330 c. 8, hat die Inquisition an den einzelnen Orten einem vom Bischof erwählten Geistlichen und zwei von den königlichen Beamten bestellten Laien übertragen, während diese nach kirchlichem Recht vom Bischof zu ernennen waren, S. 383 n. 1, s. auch Toulouse 1229 c. 1, M. 23, 134.

Vgl. im Allgemeinen auch Henner S. 356. 362.

[4] Lateran. IV. 1215, M. 22, 1064 (c. 18 X de usur. V. 19, Durchführung der Entziehung des Verkehrs der Christen mit Juden, welche übermässige Zinsen von Christen nehmen); ibid. c. 68 (c. 15 X de iud. V. 6, Aufrechterhaltung des Verbots für die Juden, zu Ostern auszugehen seitens der weltlichen Gewalten durch condigna animadversio). Partikularrechtlich ist diese Anforderung dann noch verschärft worden, Albi 1254 c. 70, M. 23, 852 (Durchführung der kirchlichen Anordnung, dass die Juden bestimmte Zeichen an ihren Kleidern tragen bei Vermeidung kirchlicher Censur); Mainz 1258 p. 1000 (Lokalinterdikt, wenn die Fürsten die Judengesetze nicht durchführen); Narbonne 1260 c. 6, p. 1032 (Baillivi, welche die Juden nicht am Markthalten an Sonntagen hindern, Exk.); Beziers 1276 c. 14, M. 24, 176 (bei Nichtkonfinirung der Juden in bestimmte Orte seitens der weltlichen Obrigkeiten censura ecclesiastica); Aschaffenburg 1292 c. 18, p. 1091 (Duldung des Nichttragens der vorgeschriebenen Zeichen, der Führung öffentlicher Ämter und der Haltung christlicher mancipia durch Juden seitens der weltlichen Obrigkeiten, Lokal-Interdikt); Anse 1299, p. 1220 (Duldung der Verwaltung öffentlicher Ämter, Exk.).

[5] c. 1 (Lyon 1274 c. 26) in VI de usur. V. 5, wonach alle fremden Wucherer bei Strafe der Exk., eventuell des Interdikts ausgewiesen und ihnen keine Häuser überlassen werden sollen.

[6] Clem. un. (Vienne 1311) de iudaeis V. 2.

[7] Ausserdem auch zur Vertreibung eines Bischofs, der sich neben dem Bischof eines anderen Ritus eingedrängt hat (arbiträre Bestrafung), Lateran. IV. 1215, M. 22, 998, s. Bd. II S. 40 n. 2 und S. 172 n. 5.

[8] London 1268 c. 13, M. 23, 1231 (Vertreibung der incendiarii ecclesiarum aus dem Orte, Lokal-Interdikt gegen die Herren); Köln u. 1280 c. 2, M. 24, 347 (Ausweisung der Konkubinen der Geistlichen durch die weltliche Obrigkeit); Exeter 1287 c. 18, M. 24, 807 (ebenfalls Einschreiten gegen dieselben); Bergamo 1311 c. 16,

Was sodann die Unterstützung der Kirche bei der Durchführung und Vollstreckung der von ihr verhängten kirchlichen Strafen betrifft, so war der in der karolingischen Zeit gegen die Exkommunicirten in dieser Hinsicht geübte weltliche Zwang[1] mit dem Verfall des karolingischen Reichs in den darauf folgenden Zeiten der Gewaltthätigkeiten und der Schwäche des französischen Königthums ausser Übung gekommen[2]. Erst im 12. Jahrhundert, nachdem sich in Folge der Aufrichtung der Gottesfrieden und der Landfrieden die Nützlichkeit des Zusammenwirkens der kirchlichen und weltlichen Gewalt gezeigt hatte[3], findet sich zuerst für das deutsche Reich, freilich nur für ein einzelnes damals häufig vorkommendes Vergehen, die Brandstiftung, ein Zusammenwirken von Exkommunikation und weltlicher Acht in der Weise angeordnet, dass der Bischof denjenigen, gegen welchen durch den weltlichen Richter die Proscription (Acht) ausgesprochen war, auch in den Kirchenbann thun, und umgekehrt, dass wenn der letztere zuerst vom Bischof ordnungsmässig gegen den Brandstifter verhängt worden ist, derselbe von dem weltlichen Richter auf Ansuchen des ersteren proscribirt werden, und falls der Verurtheilte Jahr und Tag in der Acht und in dem Bann verharrt, seiner Rechtsfähigkeit verlustig gehen soll[4].

Ende des 12. Jahrhunderts ist das auf seiner Machthöhe stehende Papstthum in der Lage, die Pflicht der weltlichen Gewalt zur Unterstützung der Kirche wieder energischer als früher zu betonen[5], andererseits aber auch gezwungen, dieselbe bei der in Folge des Umsichgreifens der Ketzereien sich immer mehr als wirkungslos zeigenden Exkommunikation[6] stärker in Anspruch zu nehmen. Daher hat sich schon Innocenz III. 1203 bei seinen geheimen Verhandlungen mit Philipp von Schwaben versprechen lassen, dass dieser ein allgemeines Gesetz erlassen werde, nach welchem jeder vom Papste Exkommunicirte auch zugleich der Reichsacht verfallen sein sollte[7]. Weiter hat Gregor IX. seiner Dekretalensammlung die für die karolingische Zeit massgebend gewordene Anordnung über die Pflicht der weltlichen Fürsten, gegen die

M. 25, 492 (für Nichteinschreiten der weltlichen Obrigkeiten gegen percussores und insidiatores clericorum, Lokal-Interdikt).

[1] S. 375. 376.

[2] Wenn die Synode v. Enham 1009 unter Mitwirkung des Königs, Hefele 4, 667, c. 25, M. 19, 310 bestimmt hat: „Si etiam quisquam de excommunicatis nisi causa refugii in regis praesumpserit praesentia ante poenitentiae satisfactionem peractam consistere, facultatum proscriptione dampnetur", so war damit nur für einen Ausnahmefall, den des Erscheinens vor dem König, nicht aber allgemein angeordnet, dass dem Bann die Ächtung durch das weltliche Gericht nachfolgen sollte.

Für Deutschland lassen sich bis zum 12. Jahrhundert nur 2 Fälle einer gleichzeitigen Verhängung von Acht und Exkommunikation, nämlich gegen Herzog v. Baiern unter Otto II. (976) Thietmar III. 5, SS. 3, 760; LL. 2 app. p. 171, und gegen Herzog Ernst v. Schwaben unter Konrad II. (1030), Wipo vita Chuonr. II. c. 25, S. 11, 268; Bresslau, Konrad II. 1, 288 nachweisen, s. Bresslau S. 288 n. 4 u. Waitz, deutsche Verfassgsgesch. 6, 494 n. 4.

[3] S. o. S. 310.

[4] Friderlc. I. const. contra incendiarios 1187, LL. 2, 184 (s. zunächst die S. 310 n. 3 mitgetheilte Stelle, dann folgt): „Si autem proscriptus eo quo dictum est modo, desideraverit absolvi, domino imperatori fines imperii sui per annum et diem abiuret. Si quis autem a proscriptione et excommunicatione simul infra annum et diem non fuerit absolutus, universo iure et honore et legalitate sua privatus habeatur, ita ut in ferendo testimonio vel ad causandum de cetero nequaquam sit admittendus. Omni quoque feodali iure perpetuo carebit".

[5] S. o. S. 377; vgl. Innoc. III. ep. II. 1 (1199), Migne 1, 539: „ut temporalis saltem poena corripiat, quem spiritualis non corrigit disciplina"; reg. imp. ep. 77, ibid. 3, 1088: „cum sciamus, quod frequenter gladius spiritualis contemnitur, si materiali gladio non iuvatur".

[6] S. unten S. 396 n. 6.

[7] Philippi promissa (Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 296) c. 9, LL. 2, 209: „Generalem legem statuam et observari faciam semper et ubique per totum regnum, ut quicumque excommunicatus fuerit a domino apostolico, in banno statim sit imperiali".

hartnäckig die Exkommunikation verachtenden Kirchenglieder weltlichen Zwang, namentlich die Strafe des Exils anzuwenden[1], einverleiben lassen[2], und ferner Alexander IV. (1256) die Zulassung von Exkommunicirten als Kläger, Zeugen, Advokaten und Prokuratoren vor den weltlichen Gerichten mit der Exkommunikation bedroht[3]. In Anhalt an diese gemeinrechtlichen Vorschriften haben die Partikularkonzilien des 13. und 14. Jahrhunderts die Lässigkeit der weltlichen Obrigkeiten in der Erfüllung der erstgedachten Pflicht, indem sie als Zwangsmittel Haft, Geldstrafe, Beschlagnahme des Vermögens und Exil fordern, unter kirchliche Strafen gestellt[4] und unter Wiederholung der Vorschrift Alexander IV.[5] auch die Ausschliessung der Exkommunicirten von allen öffentlichen und weltlichen Ämtern bei Strafe der Nichtigkeit ihrer Amtshandlungen und der Exkommunikation, eventuell auch des Interdikts für diejenigen, welche sie anstellen und nicht wieder aus ihren Stellungen entfernen[6], verlangt.

Was die Stellungnahme der Fürsten gegenüber diesen Ansprüchen anlangt, so hat zwar Philipp von Schwaben der oben gedachten Forderung Innocenz' III.[7], deren Erfüllung den Papst zum obersten Richter in Deutschland gemacht haben würde, nicht entsprochen[8], wohl aber hat Friedrich II. in dem Privilegium für die geist-

[1] S. 376 n. 3.

[2] c. 2 i. f. X de cler. exc. V. 27.

[3] c. 8 (Potth. n. 16308) in VI de sent. exc. V. 11.

[4] Utrecht 1209, M. 22, 805 (Lokal-Interdikt); Trier 1238 c. 2, M. 23, 479 (ebenso); Leg. K. Breslau 1248 §. 1, de Montbach stat. Wratislav. p. 300 (Exk. oder Interdikt); London 1268 c. 13, M. 24, 1231 (Lokalinterdikt); Cognac 1261 c. 3, M. 23, 1107; Ofen 1279 c. 57, M. 24, 298; Bourges 1286 c. 31, p. 640 und Mailand 1287 c. 28, p. 880 (sämmtlich censura ecclesiastica); Bergamo 1311 c. 15, M. 25, 491 (Exk.); Lavaur 1368 c. 131, M. 26, 543 (ebenso); Köln 1266 c. 2. 12, M. 23, 1135 (Exk. event. Interdikt), ebenso Rouen 1299, M. 24, 1221; Trier 1310 c. 26, M. 25, 256, und Avignon 1326 c. 41, p. 745 (ebenso); Macon 1286 c. 2, M. 24, 613 (Interdikt), während noch Melun 1216 c. 2, M. 27, 1087 blos eine einfache Forderung an die weltlichen Obrigkeiten, von Haft und Konfiskation Gebrauch zu machen, stellt, und Theodor v. Utrecht u. 1209, M. 22, 808 die Pflicht der weltlichen Obrigkeit, Exkommunicirte aus der Kirche zu entfernen, als selbstverständlich voraussetzt.

[5] Saumur 1276 c. 12, M. 24, 166; Exeter 1287 c. 43, M. 23, 827 (Exk. und öffentliche Verkündung derselben); Senlis 1326 c. 4, M. 25, 801; Bourges 1336 c. 12, p. 1065.

[6] Valence 1248 c. 14, M. 23, 774 (insbesondere von den Ämtern der consules, potestates, rectores, assessores, baillivi), wiederholt Avignon 1279 c. 10. 11 mit Androhung der exc. ipso facto bei Anstellung von öffentlich denuncirten Exkommunicirten und unter Ausdehnung auf vicarii, iudices, clavarii und notarii, eventuell bei Nichtentfernung durch die Anstellenden auch Lokalinterdikt, erneuert Avignon 1326 c. 10, M. 25, 753 (ohne Beschränkung auf die öffentlich Denuncirten); Anse 1299, p. 1221 (wieder mit dieser Beschränkung, bei Nichtentfernung nach unwissentlichen Anstellungen exc. l. s., bei wissentlicher Anstellung Interdikt). —

Vereinzelt ist die Forderung von Köln u. 1280 c. 10, M. 24, 356, S. 43 n. 5, welches bei Vollstreckung der Strafe der Leiter s. a. a. O. die Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit verlangt.

[7] S. o. S. 391.

[8] Vereinzelt steht die im Partei-Interesse erfolgte Ächtung der Bürger v. Cambrai, welche von ihrem Bischof in den Bann gethan waren und mehrere Jahre darin verblieben sind, durch Otto IV. 1209, Böhmer-Ficker acta imperii selecta 1, 207; Huillard-Bréholles hist. dipl. Frid. II. I. 2, 403; Winkelmann a. a. O. 2, 253.

Wenn Kober Kirchenbann S. 443 und Franklin, sententiae curiae regiae. Hannover 1870 S. 15 n. XXI das vom Augsburger Hoftage 1209 auf Veranlassung des Bischofs v. Trient abgegebene Weisthum, LL. 2, 216: „quod si ipse Tridentinus episcopus VII idoneis testibus probare possit, aliquos homines pro excessibus suis banniisse, quod nos hoc bannum deberemus confirmare. Cum igitur ipse Tridentinus episcopus hoc statim VII idoneis testibus probasset, nos bannum suum regia authoritate confirmavimus. Proscribimus igitur et bannimus Adelpertum ... omnes eorum complices", auf das Verhältniss zwischen Exkommunikation und Acht beziehen, also dem bischöflichen Bann die Reichsacht folgen lassen, so ist dabei übersehen, dass es sich um eine Verfestung durch das weltliche Gericht des Bischofs und die in Folge derselben ausgesprochene Reichsacht handelt. Das beweist das „confirmare debere", da der König und das königliche Gericht nicht in der Lage sind, eine

lichen Fürsten[1] v. J. 1220 der von diesen letzteren verhängten, dem Kaiser glaubhaft kundgethanenen Exkommunikation die bürgerlichen Folgen zugestanden, den Verkehr mit dem Exkommunicirten auszuschliessen und ihm das Recht zur Klage und Anklage, sowie zur Urtheilfällung und Zeugnissablegung zu entziehen[2], und weiter bestimmt, dass gegen einen Gebannten, welcher sechs Wochen in dem Banne verbleibe, auch die kaiserliche Acht ausgesprochen werden solle[3], ferner in dem noch im November desselben Jahres erlassenen Krönungsgesetz[4] angeordnet, dass jede Kommune und jede Person, welche ein Jahr in einer wegen Verletzung der kirchlichen Freiheiten verhängten Exkommunikation verharrt habe, ohne Weiteres von selbst dem kaiserlichen Banne verfallen sein sollte und von dem letzteren nicht eher gelöst werden dürfe, als bis sie die kirchliche Absolution erhalten habe[5].

Die letztere Vorschrift, welche lediglich für einen speziellen Fall der Exkommunikation gegeben ist[6], und wesentlich auf Italien berechnet war[7], hat für Deutschland wohl kaum Bedeutung erlangt, dagegen ist hier die Bestimmung des Privilegs praktisch geworden, dass das längere Verweilen im Kirchenbann die Acht nach sich ziehen solle[8]. Zunächst hat man hier an der ursprünglichen Frist von sechs Wochen[9] festgehalten[10], später aber, nämlich schon seit Ende des

verhängte Exkommunikation zu bestätigen, und ferner das Urtheil v. 1220 bei Franklin a. a. O. S. 37 n. LXXIX, Huillard-Bréholles 2, 69: „Item quod liceat dicto patriarche (v. Aquileja) bannire et disbannire quoslibet in iurisdictione sua", welches nur auf den weltlichen, nicht aber den kirchlichen Bann bezogen werden kann.

[1] Winkelmann, Friedrich II. 1, 64 ff.; Weiland, Friedrichs II. Privileg f. d. geistlichen Fürsten in: Historische Aufsätze dem Andenken von G. Waitz gewidmet. Hannover 1886 S. 249 ff. insbes. S. 267. 270.

[2] c. 6, LL. 2, 236: „. . . excommunicatos eorum, dum tamen ab ipsis viva voce vel per litteras eorum vel per honestos nuntios fide dignos nobis denuntiati fuerint, vitabimus; et nisi prius absolvantur, non concedemus eis personam standi in iudicio: sic distinguentes, quod excommunicatio non eximat eos a respondendo impetentibus, set sine advocatis; perimat autem in eis ius et potestatem ferendi sententias et testimonia et alias impetendi".

[3] L. c. c. 7: „Et quia gladius materialis constitutus est in subsidium gladii spiritalis,' excommunicationem, si excommunicatos in ea ultra sex septimanas perstitisse, predictorum modorum aliquo nobis constiterit, nostra proscriptio subsequetur, non revocanda, nisi prius excommunicatio revocetur".

[4] Winkelmann 1, 113.

[5] c. 3, LL. 2, 243: „Item quecumque communitas vel persona per annum in excommunicatione propter libertatem ecclesie facta perstiterit, ipso iure imperiali banno subiaceat, a quo nullatenus extrahatur, nisi prius ab ecclesia beneficio absolutionis obtento".

[6] Denn sie sollte allein die Durchführung der Konstitution Honorius' III. sichern, welche die Aufstellung von Statuten gegen die Freiheiten der Kirche und die Festhaltung an denselben mit der excommunicatio latae sententiae bedroht, S. 212 n. 1; Winkelmann 1, 113 n. 5.

[7] Ganz abgesehen von dem in der vor. Anm. berührten Umstand, welcher schon auf Italien hindeutet, spricht auch die Festsetzung des dem städtischen sühnbaren Bann entsprechenden Reichsbannes dafür, vgl. Ficker, Forschungen z. italienischen Reichs- u. Rechtsgesch. 1, 169. 170, s. auch S. 384 n. 3. Vgl. ferner Weiland S. 271 ff. Die Berufung König Heinrichs (1224) auf eine andere Bestimmung (4) dieses Gesetzes in dem dipl. für Kloster Salem, Winkelmann acta imperii 1, 385; Cod. diplom. Salemitanus. Karlsruhe 1883. 1, 174, beweist, so Weiland, nichts für die praktische Geltung der hier in Frage stehenden Vorschrift, welche freilich, weil sie einen Spezialfall betraf, mit dem Privileg nicht unvereinbar war.

[8] So sind die vom Erzbischof v. Mainz exkommunicirten Erfurter auch vom König geächtet worden, welcher erst nach der kirchlichen Absolution derselben 1234 die Acht aufgehoben hat, Winkelmann acta imperii 2, 67; 1274 hat ferner Rudolf I. gegen den vom Erzb. v. Mainz exkomkomnunicirten Heinrich v. Hessen die Acht ausgesprochen, Guden cod. diplom. 1, 755; Franklin, Reichshofgericht 2, 326.

[9] S. Anm. 3.

[10] Weisth. Konrads IV. v. 1240 f. d. B. v. Brixen LL. 2, 334: „quod ratione gladiorum spiritualis et materialis, quibus sua episcopalis dignitas est fulcita, sex septimanis in excommunicationis vel proscriptionis vinculo perdurantem licite potest iuxta terre consuetudinem actore petente, percellere altero gladiorum, ita quod excommunicati proscribantur et e converso proscripti excommunicationis sententia innodentur"; s. weiter das Abkommen Philipps v. Hohenfels mit der Mainzer Kirche v. 1262, worin er sich bei Verletzung seiner Verpflichtung der Exkommunikation und falls er 6 Wochen in derselben verbleibt, auch der vom Kaiser zu verhängenden Acht unterwirft,

13. Jahrhunderts die Frist wiederholt auf Jahr und Tag bemessen[1], und diese ist seitdem zur reichsrechtlichen geworden[2]. Immer galt indessen der Grundsatz, dass die Acht nicht ohne Weiteres eintrat, sondern dass der weltliche Richter diese erst auf Mittheilung des geistlichen[3] auszusprechen habe, aber bei nachgewiesener ordnungsmässiger Verhängung der Exkommunikation[4] dazu gehalten sei[5]. Eine solche Verpflichtung ist indessen nicht überall, namentlich nicht in den Ländern des sächsischen Rechts anerkannt worden[6], hier hielt man vielmehr an der Anschauung

Guden cod. diplom. 1, 699; Weiland S. 272. Ferner gehört hierhier der bairische Landfrieden v. 1244 c. 21, Quellen u. Erörterungen z. bayr. u. deutsch. Gesch. 5, 81 (derjenige, welcher 40 Tage im Bann ist, soll auf Mittheilung des Bischofs vom Herzog geächtet und derjenige, welcher ungehorsam in der Acht verharrt, vom Bischof gebannt werden); Deutschspiegel 97; Schwabensp. 106. 246 (sechs Wochen und ein Tag); Ruprecht v. Freising I. c. 2, v. Maurer S. 11, und Alter Kulm V. 65. §. 5, Leman S. 191 (dieselbe Frist).

Eine Singularität ist es, dass nach dem Straubinger Landfrieden v. 1255 c. 26, Quellen z. bayr. Gesch. 5, 145, derjenige, welcher blos vierzehn Tage im Bann ist, auf Benachrichtigung seitens des Bischofs geächtet und gleicherweise der vom Herzog geächtete in den Bann gethan werden soll.

An jeder Fristbestimmung fehlt es treuga Henrici (VII 1224?), c. 22, LL. 2, 268, nach welcher auf Mittheilung des Bischofs der Kaiser den Gebannten in die Acht thun soll; vgl. auch Weisthum v. 1234, ibid. p. 302.

[1] Rudolfs I. bair. Landfrieden 1281 c. 29, LL. 2, 428: „Swelich graf, frey oder dinstmann iar und tach in offenem panne ist, den sol man in die eht tun. Ist er aber ein ander man, so sol man in uber sechs wohen in die eht tun. Und swer als lang in der aehte ist, als da vor von dem panne geschriben ist, ouf den gevellet ze gelicher wiz der pan", hat für die höheren Stände schon die längere Frist. Diese allein findet sich in einem Weisthum Rudolfs I. v. 1287, Franklin, sententia curiae regiae S. 15 n. XXI; vgl. ferner Priv. Adolfs v. Nassau für Trier 1232, Günther, cod. diplom. Rhen.-Morell, 2, 488: „promittimus omnes excommunicatos et excommunicandos tua et tuorum auctoritate, ultra annum et diem in excommunicatione permanentes, ex tunc ad tuam et tuorum subditorum requisitionem subicere banno regali, quod vulgariter dicitur: *don in de ahte* et in tali banno eos tenere quousque redierint ad ecclesie unitatem"; Loppersumer Sendbrief v. 1424 §. 17, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 314: „.. ist dat hie den ban lyt eyn iaer, daer nae sal dat werlike recht den provest helven". Drei Jahre hat dagegen der Drenther Sendbrief v. 1332 §. 9, S. 519: „excommunicatus, si infra annum non emendaverat, pena duplicabatur; post II annos poena triplicabatur, post III annos invocabatur bracchium seculare".

Weiland S. 270 ff. erklärt gestützt auf den S. 392 n. 8 erwähnten Fall v. 1209, in welchem Otto IV. die Acht über die Bürger v. Cambrai ausgesprochen hat, nachdem der Bischof „secundum ius curie probasset, quod iidem cives sui per annum et diem in excommunicatione perstitissent" die Frist von Jahr und Tag für die ältere, neben welcher sich die von 6 Wochen nicht eingebürgert habe. Ein anderer Fall der Anwendung der ersteren vor 1220, dem Jahre des Erlasses des Privilegs Friedrichs II. ist indessen nicht bekannt, denn dipl. 1226, Huillard-Bréholles 2, 876 bezieht sich ebenfalls auf das Vorkommniss in Cambrai. Man kann daher nicht behaupten, dass die Frist i. J. 1209 die legale gewesen ist, sondern nur, dass man eine solche — und sie hatte ja nach germanischer Rechtsanschauung eine grosse Bedeutung — für genügend erachtet hat, um die Hartnäckigkeit des Exkommunicirten zu konstatiren. Die Bemessung der Frist durch Friedrich II. auf 6 Wochen war ein Entgegenkommen gegen die Kirche. Da sie noch in einem Theil der Rechtsbücher des 14. Jahrhunderts erwähnt wird, so kann man auch nicht sagen, dass sie sich nicht eingebürgert hat. Allerdings mag sie sich in der Praxis vielfach als zu kurz erwiesen haben. Deshalb ist wahrscheinlich schon in den siebziger Jahren des 12. Jahrh. ein Schwanken eingetreten (dies zeigt der Vorbehalt weiterer Erwägung über das fragliche c. 7 des Priv. v. 1220 bei der Bestätigung Rudolfs I. 1275, LL. 2, 401), und dieses Schwanken hat dazu geführt, für das Reichsrecht die längere Frist als angemessenere anzunehmen, um so mehr als auch für die Stellung von Anträgen auf Achtserklärung die Frist von 6 Wochen wohl praktisch kaum beobachtet wurde.

[2] Kaiserliche Artikel den Ständen zu Frankfurt 1435 übergeben §. 8, (Koch) Sammlung d. Reichsabschiede 1, 150: „.. wenn einer oder mehr Jar und tag in der Reichs-Acht bleiben, dass dann das geistlich Gericht den oder die in den Pan tue, und dessgleichen wer Jar und tag in dem Pan bleib, dass dann ein Romischer Keyser oder Konig den in die Reichsacht thue etc. Also dass ein Swert dem andern geholffen und beigestendig sey".

[3] Vgl. die in den vorhergehenden Anmerkgen angeführten Stellen; nach S. 393 n. 10 auch auf Antrag des Klägers.

[4] Vgl. das S. 393 n. 8 citirte Urtheil v. 1274: „.. se rite et rationabiliter contra dictum nobilem processisse".

[5] Das ergeben ebenfalls die früheren Citate.

[6] Sachsensp. III. 63. §. 2; Görlitzer Landrecht (Anfang des 14. Jahrh.) c. 32 §. 3, Homeyer, Sachsensp. II. Thl. 2, 184: „Do beschiedin sie der sazzin recht: swer so mit dem banne des babistes odir der biscoppe odir der papin von der meinschaft der cristinheit gesun-

fest, dass der Bann nur der Seele, nicht dem Leibe und dem Rechte schade, und dass erst die etwa freiwillig hinzutretende Acht des Königs eine Minderung der Rechtsfähigkeit herbeizuführen vermöge.

Das Gesagte gilt auch von der von Friedrich II. festgesetzten Minderung der Rechtsfähigkeit[1], denn Urtheile und Weisthümer des Königsgerichts haben die Unfähigkeit der Exkommunicirten zum Richter- und Schöffen-Amt[2], ferner zur Klage-Erhebung[3] und endlich auch die Lehnsunfähigkeit derselben[4] wiederholt ausgesprochen[5], während das sächsische Recht in diesen Beziehungen ebenfalls seinen entgegengesetzten Standpunkt[6] bewahrt hat[7].

dir wirt, alein belivit her also ein jar odir zwei oder maniger, her ne liusit da mite wedir sine vriheit noch sin len noch sin erbe. Swer abir (in) des kunigis ban belivit jar unde tach, der vorliusit sine ere unde ouch sin recht unde sine vriheit unde sin erbe unde sin len"; Glogauer Rechtsbuch c. 213, Wasserschleben, Sammlg deutsch. Rechtsqu. S. 28.

[1] S. 393 n. 2. Dass sich diese nur auf das Königsrecht bezogen hat, so Weiland S. 267, nehme ich nicht an. Der Wortlaut nöthigt nicht absolut zu dieser engen Auslegung, durch welche der Anordnung eine sehr beschränkte Anwendung gegeben sein würde. Dass dies auch mindestens in einzelnen Punkten nicht die Auffassung der damaligen Zeit war, zeigen die Anführungen in Anm. 2 u. 5.

[2] Weisthum v. 1250, Winkelmann acta imperii 1, 445. Ein früheres vereinzeltes Beispiel v. 1197, nach welchem der gebannte Richter den Königsbann nicht handhaben konnte, bei Kindlinger, münster. Beitr. III. 1, 107; Weiland S. 267.

[3] v. 1290, Heineccius, antiquitates Goslar. S. 304; Weiland S. 269.

[4] Weisthum 1235, LL. 2, 254: „si ipse (B. v. Brixen) vel alter princeps aut episcopus cum excommunicato cuicunque feudum suum, quamdiu in excommunicatione permanserit, concedere debeat vel negare, et a principibus et magnatibus imperii . . . sententiatum extitit eidem, quod unicuique excommunicato feudum suum negare et detinere possit debita ratione"; v. 1234, Möser, Osnabrück. Geschichten her. v. Abeken Berlin 1843. 4, 350; v. 1237, LL. 2, 324 u. v. 1240, LL. 2, 333 (mit der Begründung in den beiden ersten: „cum excommunicatus ad actus legitimos non sit admittendus").

[5] Ebenso auch einzelne städtische Statuten, Rüden 1310 c. 98, Seibertz, Urkdbch. v. Westfalen 2, 90: „Eff eyn deme anderen nicht antworden enwolde in gerichte . . . und spreke de clegere were to banne, den dan sal de antwordere bewysen . . . myt dem pastore dar he under wonet de to banne syn sal, de de banbreve over ene besegelt hevet, eder myt des geistliken richters breven de ene benennet"; Basel 1457, Schnell, die älteste Gerichtsordnung v. Basel. Basel (s. a.) S. 9.

[6] S. 394 n. 6; Sachensp. II. 63. §. 2; Rechtsbuch nach Distinktionen III. c. 8 d. 3, Ortloff S. 149; Goslarer Statuten, Göschen S. 69; Glogauer Rechtsbuch c. 341, Wasserschleben S. 43; Dresdener Schöffenurtheil c. 197 bei Wasserschleben S. 349. Auch ausserhalb des sächsischen Rechtsgebietes, s. Brünner Schöffenbuch bei Rössler, deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen 2, 26 c. 46, wurde der Exkommunicirte als Kläger bei den weltlichen Gerichten zugelassen.

[7] Wenn Dove, de iurisdict. eccles. progressu. Diss. inaug. Berol. 1855 p. 114 die Anordnungen Friedrichs II. erst gegen das Ende des 13. Jahrh. in praktische Geltung treten lässt, Friedberg, de inter eccles. et civitatem regund. iudicio. Diss. inaug. Berol. 1866 p. 162 aber diese läugnet, so werden beide Behauptungen durch die vorhergehenden Mittheilungen mindestens für die Praxis des Königsgerichtes widerlegt. Was das abweichende Partikularrecht betrifft, so klagt schon 1264 der Erzbischof v. Köln, dass in Köln die gebannten Bürger Urtheil nehmen und auch als Schöffen Urtheil finden, eine Klage, die freilich in dem Schiedsspruch bei Lacomblet niederrhein. Urkdbch. 2, 309, durch den Hinweis auf die Bischofssühne v. 1258, welche nur infames und criminosi condempnati de crimine vom Schöffenamt ausschliesst, ibid. p. 248, für nicht gerechtfertigt erklärt wird. Weiter hat Gregor XI. in Folge der Angriffe des Augustinermönches Johannes Klenkok in seiner Bulle: Salvator generis humani 1374, M. 23, 157, von den beiden vorher citirten Artikeln des Sachsenspiegels den Art. III. 63 §. 2 reprobirt, Homeyer, Johannes Klenkok wider den Sachsenspiegel i. d. Abhandlungen d. Berliner Akademie 1855 S. 377, s. namentlich S. 396 ff. 419 (vgl. weitere Literatur bei Schröder, Lehrb. d. deutsch. Rechtsgesch. S. 625 n. 21) und Karl IV. 1377, Eccard, leges Francorum. Francof. et Lips. 1720 S. 203, für die Diöcesen Magdeburg, Mainz und Köln alle statutarischen Bestimmungen „quod excommunicati laici et publice denunciati in foro civili non repellantur" für kraftlos erklärt. Endlich beschränkt das sächsische Weichbildrecht c. 5 §. 1, her. v. v. Daniels u. v. Gruben Berlin 1858 S. 71 (anders die Handschrift bei Homeyer, Sachsensp. II. Thl. 2, 183. 184) die Ausführungen in Sachs. III. 63 §. 2 auf den Fall einer zu Unrecht ausgesprochenen Exkommunikation, und die Glosse dazu Art. 5, s. v. Daniels u. v. Gruben S. 201 bemüht sich dies als im Einklang mit dem kanonischen Recht darzuthun. Aus der Opposition gegen das sächsische Recht auf eine allgemeine Nichtgeltung des Gesetzes Friedrichs II. zu schliessen, ist verfehlt, vielmehr hat es sich dabei nur um den Kampf gegen dieses sich zäh erhaltende, die kirchlichen

Andererseits wird dagegen sogar partikularrechtlich mit Bezug auf die Sendgerichte über das Reichsrecht hinaus die weiter gehende Pflicht für den weltlichen Richter ausgesprochen, diejenigen, welche über Jahr und Tag hartnäckig im Banne bleiben, mit weltlichen Strafen zu belegen[1], und endlich ist auch in Anhalt an das Privileg Friedrichs II.[2] in einzelnen Statuten der Verkehr mit den Gebannten unter weltliche Strafe gestellt[3], sowie denjenigen, welche sich nicht aus der Exkommunikation lösen wollten, Geldstrafe[4] und auch die Ausweisung aus der Stadt angedroht[5], letzteres offenbar deshalb, um die Verhängung kirchlicher Strafen, namentlich des Interdikts gegen die solche Gebannten duldenden Kommunen von vornherein auszuschliessen.

Nicht so weit, wie in Deutschland, ist man in den anderen Ländern gegangen.

Für den Süden von Frankreich hat Ludwig IX. 1228[6] die Anordnung getroffen, dass die Exkommunicirten von allen zu meiden seien, und denjenigen, welche nicht nach Ablauf eines Jahres die Absolution von der Exkommunikation erlangt haben, ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen konfiscirt und ihnen nur nach erlangter Absolution und Leistung der von der Kirche geforderten Genugthuung auf königlichen Spezialbefehl zurückgegeben werden sollte. Im übrigen hat sich in Frankreich, wo einzelne Konzilien im 13. Jahrhundert das Einschreiten der weltlichen Gewalt gegen die

Forderungen ablehnende Stammesrecht gehandelt. Nach dem Kölner Verbundbrief v. 1396 sind allerdings die Gebannten von der Wahl in den Stadtrath ausgeschlossen gewesen, Hegel Verfassgsgesch. v. Cöln p. CCXIII.

[1] S. 394 n. 1; Bopparder Sendweisthum v. 1412, Grimm Weisthümer 3, 775: „Ist is aber sache, das die persone uber jair in dem banne verlibet, so mag eyn shentdechen merer beswerer brieffe senden off die persone vnd den gesang zu verslagen, vnd als dann so hat das werntliche gerichte, scholtheisse vnd scheffen, die persone straiffen an ir libe vnd an gude, gode vnd eyme shentdechen vnd shentscheffen genoiche zu doin".

[2] S. 393 n. 2.

[3] Münchener Stadtrecht art. 307, Auer S. 141: „Swer dem, von dem ungesungen ist (d. h. dem Gebannten) ze Münichen ze ezzen oder ze trinchen geit oder in hauset oder hofet, als oft er daz tuot, der geit dem richter 1/2 lib dn, der stat 1 lib dn, er wizze dann darumb nicht"; Fivelgoer Küren §. 15, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 286: „Si quis excommunicatos publice ad se colligerit et auxilio defenderit, pro eis lesis satisfaciat et C marcas persolvat".

[4] Die Baseler Gerichtsordnung v. 1457 setzt für denjenigen, welcher länger als 14 Tage im Bann bleibt, eine Geldstrafe v. 10 Schilling und für jede weitere Woche die gleiche Strafe fest, Schnell a. a. O. S. 10.

[5] Frankfurt a. M. 1352 c. 82, Senckenberg selecta juris Francof. a. M. 1734 1, 77: „Wer vrebeliche zu banne ist, das man durch sinen willen ungesungen ist, alse manchen tage alse man durch sinen willen ungesungen ist, alse maniche wochen sal he fur die stad farn adir sul fur ie die woche ein phund geben . . . Wonne man dan von dime III guldin geneme, so ensulde man des geldis nicht me von ime nemen unn salde der furbas alse manchen dag alse man durch sinen willen ungesungen were, alse maniche wochen fur die stad varen"; Königsee (Schwarzburg) 1365, Walch vermischte Beiträge z. deutsch. Recht 7, 49: „Auch sal man von nyemandis wegen singen nederlegen noch gotisdinst, wer daz lenger hindird denne XIV nacht, der sal geben eynen verdung der stadt und ruemen bis daz er daz singen wedir bringet". Auch die Kasseler Statuten v. 1444, Kopp Verfssg. d. geistl. u. Civilgericht. i. d. hessol. Casselischen Landen. Cassel 1769. 1 Beil. S. 32 verlangen, dass der Gebannte bis zur Erlangung der Absolution die Stadt räumt und bestrafen ihn, wenn er vorher zurückkehrt, für jedes Mal mit Geldstrafe und vierwöchentlicher Entfernung aus der Stadt, verlangen aber andererseits, dass Schultheiss und Rath den zu Unrecht Gebannten schützen sollen.

[6] S. die S. 386 n. 9 cit. Ordonnanz, l. c. 1, 233: „. . . quia claves ecclesiae consueverunt in terra illa contempni, statuimus, ut excommunicati vitentur secundum canonicas sanctiones et si aliqui per annum contumaciter in excommunicatione perstiterint, ex tunc spiritualiter (l. corporaliter) compellantur reddire ad ecclesiasticam unitatem, ut quos a malo non retrahit amor dei, saltem pena temporaliter compellat. Unde precipimus quod baiuli nostri omnia bona talium excommunicatorum mobilia et immobilia post annum capiant nec eis aliquo modo restituant, donec predicti absoluti fuerint et ecclesie satisfactum, nec tunc etiam nisi de speciali mandato nostro". Nach Narbonne 1227 c. 1 M. 23, 21 hat sogar schon Ludwig VIII. i. J. 1226 die Verfügung erlassen: „ut quicumque post trinam admonitionem se excommunicari permiserit, in IX libris et uno denario Turonensi puniatur. Si vero per annum contumaciter in excommunicationis sententia permanserit, bona eius omnia cadant in commissum" (vgl. auch Beziers 1246 c. 36, M. 23, 700 u. Valence 1248 c. 13 ibid. p. 774). Auch für Provence bestimmt die allerdings erst dem Ende des 13. Jahrh. angehörige const. Caroli reg. II., Giraud, essai sur l'histoire du droit français. Paris 1846 II. 2, 31, dass nach Jahr und Tag „bona ipsius (d. h. des Exkommuni-

Jahr und Tag in der Exkommunikation Verharrenden durch Verhaftung und Beschlagnahme des Vermögens gefordert hatten[1], ein im wesentlichen mit der gedachten königlichen Anordnung übereinstimmendes Gewohnheitsrecht entwickelt[2]. Ebenso trat, wie in Deutschland, die Unfähigkeit zum Klagen und zum Zeugniss für den Gebannten ein[3].

Nicht minder hat sich in England (anscheinend durch Gewohnheitsrecht[4] und Praxis) eine solche Rechtsminderung[5] und die Anwendung körperlichen Zwanges auf Ansuchen des exkommunicirenden Bischofs, d. h. die Inhaftirung des Exkommunicirten, welcher länger als 40 Tage in dem Banne verblieb, festgestellt[6].

cirten) capiantur per curiam saecularem, cui ille fuerit subditus, tenenda per ipsum, donec fuerit absolutus".

[1] Provinz. Syn. v. Melun 1216 c. 2, M. 22, 1087, s. auch o. S. 392 n. 4.

[2] S. g. établissements de S. Louis I. 127, ed. Viollet 2, 238: „Se aucuns hom est escomeniez 1 an et 1 jour et plus et li officians mandast à la joutise laie ou à son seignor ordinaire qu'il le destrainsist par ses choses prendre ou par le cors, car li jugemenz l'evesque si doit estre mandez à execucion et à fin par l'office dou prevost, selon droit escrit . . . (Berufung auf l. 8 C. de episcopal. aud. I. 4 u. die dazu gehörige Authentika), se mestiers est, si ne le doit pas prandre por quoi ce soit de dette ou de terre; mais la joutise doit tenir toutes ses choses en sa main sauf son vivre, jusqu'à tant qu'il se soit faiz asoudre. Et quant il sera asouz, il doit paier IX lb. d'amende, don li LX s. sunt à la joutise laie et les VI lb. sunt à l'autre joutisce et les doit avoir par la main à la joutise laie". Danach tritt auf Ersuchen des geistlichen Gerichts Inhaftirung des Exkommunicirten und Beschlagnahme des Vermögens desselben (nur die letztere bei Exkommunikation wegen Schuldklagen und Klagen um Grundstücke) bis zur Absolution ein, und bei dieser hat der Schuldige eine Busse von 9 Livres zu zahlen, von welcher der weltliche Richter dem kirchlichen zwei Drittel auskehrt. Beaumanoir, coutumes du Beauvoisis c. 11 n. 32 ed. Beugnot 1, 170 verwirft dagegen bei Schuldsachen jedes Eingreifen des weltlichen Richters gegen den vom geistlichen Gericht bei solchen Prozessen Exkommunicirten („car le laie justice selonc nostre coustume n'est pas tenu à faire paier ce qui est jugié en le cort de sainte eglise en tel cas") und in Betreff der im kirchlichen Gericht verurtheilten Testaments-Exekutoren, wozu er die ausschliessliche Kompetenz desselben anerkennt, bemerkt er c. 11 n. 11, l. c. 1, 161: „Ne porquant, le justice laie ne fet pas ceste contrainte (die Beschlagnahme des Vermögens) au commandement de le justice de sainte eglise, mais à sa supplication. Car de nule rien qui touque en cas de justice temporel, le justice laie n'est tenue à obeir au commandement de le justice esperituel, selonc nostre coustume, se n'est par grace. Mais le grace ne doit pas estre refusée de l'une justice à l'autre, quant ele requiert benignement", alles Einschränkungen, welche im Interesse der Wahrung der weltlichen Gerichtsbarkeit gemacht sind (vgl. l. c. c. 46 n. 11, l. c. 2, 245: „Et porce que lor espée espirituel est plus cruele que le temporel, porceque l'ame y enquort, doivent mult regarder cil qui l'ont en garde, qu'il n'en fierent sans raison, si comme des escommeniemens, qu'il font legierement").

[3] Parlamentsarret v. 1268, Olim 1, 738 n. 32: „Nota quod aliquando agenti in hac curia denegatur responsio eo quod excommunicatus dicatur vel testis aliquis repellitur a testificando, racione excommunicationis sibi imposite, non auditur proponens excommunicationem, nisi statim probet eam, prout debet probari, quia ita voluit rex"; s. auch Arret v. 1270, ibid. p. 817 n. 8. Für die Provence setzt const. Caroli II. (Ende saec. XIII), Giraud II. 2, 31: „statuimus, quod nullus excommunicatus a jure vel ab homine, de cuius excommunicatione sit curia debito modo corta, recipiatur ad aliquod officium pro aliqua temporali curia exercendum" die Ausschliessung von bestimmten weltlichen Ämtern fest.

[4] Auf dasselbe bezieht sich auch die Synode v. Lambeth 1261, M. 23, 1065; vgl. auch Ferns 1240 o. 1241, p. 520.

[5] Bracton de legibus Angliae lib. V. tr. 5 de except. c. 23 n. 1, ed. Twiss 6, 366: „Competit etiam tenenti exceptio dilatoria ex persona petentis eo quod ... fuerit specialiter excommunicatus, excommunicato enim interdicitur omnis actus legitimus ita quod agere non potest nec aliquem convenire, licet ipse ab aliis possit conveniri . . . Qui autem huiusmodi exceptionem proposuerit, oportebit eum habere probationem . . . literas ordinarii . . . testificantes,' quod talis nominatim excommunicatus sit et ex tali causa"; Britton II. c. 18 n. 1, ed. Nicholls 1, 322; Fleta VI. c. 38, ed. Selden p. 431 u. c. 45 §. 1 p. 437 (diese Stelle im wesentlichen Bracton l. c. wiedergebend). Der Myrror of justice II. s. 5, Houard, traité sur les coutumes Anglo-Normandes. 4, 539: „que il ne soit excommengé" verlangt dies von den countors („serjeants scachant la ley del royalme qui servent al common des peoples a pronouncier et deffendre les actions en jugdment"), d. h. von den Fürsprechern.

[6] Bracton l. c. c. 23 n. 3, l. c. p. 370: „ubi quis fuerit rite excommunicatus et in ... excommunicatione perseveraverit per XL dies . . . tunc, ut gladius gladium adiuvet, ad mandatum episcopi vel eius officialis capiatur excommunicatus . . . n. 4 (Schreiben des Königs an den Vicecomes). Significavit nobis vener. pater N. per literas suas patentes, quod A. ob manifestam contumaciam suam excommunicatus est nec se vult per censuram ecclesiasticam justiciari. Quia vero potestas regia sacrosanctae ecclesiae in querelis suis deesse non debet, tibi praecipimus, quod praedictum talem per corpus suum (secun-

Endlich hat auch Peter v. Aragonien i. J. 1210 ein Gesetz erlassen, dass Jeder, welcher sich nicht binnen vier Monaten vom Banne lösen würde, eine zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den König fallende Strafe von 100 Solidi und nach weiteren vier Monaten nochmals diese Summe zahlen[1], falls er aber über ein Jahr in der Exkommunikation verbleibe, ehr- und rechtlos sein und seine Freisprechung, abgesehen vom Fall der Todesgefahr, nur durch einen päpstlichen Delegaten stattfinden[2] solle[2a].

Alle diese Vorschriften kamen aber blos für den Fall zur Anwendung, dass der Exkommunicirte längere Zeit in dem Kirchenbann verblieb und hartnäckig die erforderlichen Schritte zur Lösung desselben verweigerte. So lange dies aber nicht durch Ablauf der vorgeschriebenen Frist festgestellt war, wachte die Kirche eifersüchtig darüber, dass die weltlichen Gewalten nicht gegen den Exkommunicirten einschritten, namentlich nicht sich des Vermögens desselben bemächtigten und verbot, offenbar um sich die Entscheidung über die Lossprechung von der Exkommunikation völlig frei zu halten und nicht Rekriminationen und Erstattungsforderungen des Exkommunicirten ausgesetzt zu sein, jeden derartigen Eingriff in die Rechtssphäre des Gebannten[3].

2. Die Unterstützung der weltlichen Gewalt durch die kirchliche Strafgewalt. Der in der Konsequenz des karolingischen Staatskirchenthums liegende Gedanke, dass die weltliche Macht berechtigt sei, die Unterstützung der geistlichen durch die dieser zu Gebote stehenden Mittel, namentlich durch ihre Strafgewalt, zu fordern, hat sich über die Zeit, in welcher dasselbe schon seiner Auflösung entgegen ging, hinaus erhalten, und in Deutschland noch im 10. und 11. Jahrhundert darin bethätigt, dass gegen aufrührerische Fürsten neben der Acht zugleich auch kirchlicherseits die Exkommunikation ausgesprochen worden ist[4]. Wenn auch noch später,

dum consuetudinem Angliae) justicies, donec sacros. ecclesiae tam de contemptu quam de iniuria ei illata fuerit satisfactum . . . Qui cum captus fuerit et ecclesiae satisfecerit, deliberabitur ad mandatum episcopi . . . Rex vicecomiti salutem. Quia ven. pater N. episcopus significavit nobis, quod talis, quantum ad mandatum suum . . . a te capi et per corpus suum . . . justiciari praeceperimus, beneficium absolutionis impendit, tibi praecipimus, quod a prisona nostra, qua detinetur, ipsum deliberari facias quietum". (Wegen ungerechtfertigter Exkommunikation vgl. noch l. s. c. 11, ed. cit. 6, 218); Fleta l. VI c. 45 §. 2, ed. cit. p. 438.

[1] P. de Marca, Marca Hispanica p. 1397 (s. auch p. 521).

[2] L. c.: „Sitque praeterea post annum, quandiu steterit in excommunicatione ipso iure factus infamis et a pace et a treuga et ducatu nostro eiectus nec ad legitimorum et catholicorum virorum officia vel consilia vel ad aliquos actus legitimos admittatur. Sit etiam intestabilis nec ad hereditatis successionem accedat. Nullus praeterea in iudicio nec extra super quocunque negotio respondeat nec posse esse iudex neque arbiter nec testis nec advocatus nec tabellio nec vicariam seu saioniam tenere in civitate vel extra in aliqua parte regni, nec fidelitatem vel hominaticum, si sit talis persona quae vasallos debeat habere, possit aliquo modo requirere nec aliquis ipsi teneatur ea praestare vel iam praestitam servare, quamdiu steterit excommunicatus et quousque beneficium absolutionis sit concessum". Wenn es in der Verordnung seines Nachfolgers Jacob 1234 c. 18, M. 23, 331 nur heisst, dass der ein Jahr im Bann befindliche durch den König zur schuldigen Satisfaktion gezwungen werden soll, so liegt darin wohl keine Aufhebung des früheren Erlasses, sondern nur ein Versprechen, denselben durchzuführen.

[2a] L. c. Auch wird denjenigen, welche mit einem solchen hartnäckigen Exkommunicirten verkehren, eine wieder zur Hälfte an den Bischof, zur Hälfte an den König zu entrichtende Geldstrafe von 500 aurei angedroht.

[3] Beziers 1246 c. 32, M. 23, 699: „. . . praecipimus principibus, baronibus, baillivis et consulibus, ne si contingat aliquem laicum pro iniuria dicto vel facto illata clerico vel aliqua alia quaestione ecclesiastica excommunicari per ordinarium vel iudicem delegatum vel alias pro tali causa, ut ad res vel bona eiusdem seu parentum suorum occasione praedicta manus suas extendere non praesumant aut interdicere ei furnum, molendinum aut aliquod commercium commune. Quod si fecerint, nisi legitime cessaverint, excommunicentur".

[4] S. 391 n. 2. S. auch Lambert a. 1074, SS. 5, 211, welcher Heinrich IV. die Erklärung in den Mund legt: „Quando quidem nec forenses leges

nachdem das Papstthum die leitende Stellung eingenommen hat, seitens der Kaiser eine solche Unterstützung beansprucht[1], namentlich gleichzeitig mit der Androhung der Acht gegen die hartnäckig im Kirchenbann verbleibenden Exkommunicirten angeordnet worden ist, dass gegen den Geächteten, welcher über Jahr und Tag in der Acht verharre, die geistlichen Oberen auf Anrufen der weltlichen Gewalt die Exkommunikation verhängen sollten[2], so ist doch, soweit nachweisbar, eine solche Pflicht seitens der Kirche niemals ausdrücklich und allgemein[3] anerkannt worden, wennschon wohl meistens abgesehen von Fällen, wo besondere Rücksichten politischen oder kirchenpolitischen Charakters in Frage kamen, dem Ersuchen der weltlichen Obrigkeiten auf Exkommunicirung der Geächteten stattgegeben worden ist[4], da bei der Ächtung für die Regel ein Vergehen vorlag, welches auch zugleich als ein kirchlich strafbares Delikt behandelt werden konnte.

3. Die Beschränkungen der kirchlichen Strafgewalt durch die weltlichen Mächte. Während es im Mittelalter im Princip anerkannt war, dass die Kirche ihre Strafgewalt frei auszuüben berechtigt sei, so sind doch während dieser Zeit in verschiedenen Ländern verschiedene Versuche gemacht worden, dieselbe in einzelnen Beziehungen zu beschränken. Zum Theil hängen diese mit den Bestrebungen zusammen, im Interesse der Wahrung einer gewissen Abgeschlossenheit der Landeskirchen und des Einflusses der Herrscher auf dieselben der unbeschränkten obersten Leitung der einheimischen kirchlichen Angelegenheiten durch den Papst entgegenzutreten, andererseits aber auch mit der seit Ende des 13. und seit Anfang des 14. Jahrhunderts sich geltend machenden Tendenz, die übermässige Ausdehnung der päpstlichen Rechte und namentlich der kirchlichen und päpstlichen Gerichtsbarkeit im Interesse der fürstlichen Macht einzuschränken[5].

Es gehören hierher — Deutschland kommt dabei freilich nicht in Betracht — die schon anderweit besprochenen Versuche, den Zutritt der päpstlichen Legaten zum

contra violentiam Saxonum quicquam proficiant nec iniurias meas, desertus a milite, armis persequi valeo, ad leges ecclesiasticas, iam necessitate coactus, confugiam et ubi humana cessant auxilia, divinam opem implorabo".

[1] Const. pacis Frider. I. v. 1156 c. 4, LL. 2, 102: „Si clericus de pace violata pulsatus fuerit et notatus et proscriptus fuerit, aut pacis violatorem in contubernio suo habuerit, et de hiis in praesentia sui episcopi et sufficienti testimonio convictus fuerit, comiti in cuius comitatu idem clericus hoc perpetraverit, 20 libras persolvat et de tanto excessu secundum statuta canonum episcopo satisfaciat. Si autem idem clericus inobediens extiterit, non solum officio et beneficio ecclesiastico privetur, verum etiam tamquam proscriptus habeatur", wonach gegen hartnäckig die die Lösung aus der Acht und die kirchliche Satisfaktion verweigernden Kleriker die Deposition vorgeschrieben wird.

[2] Dies ist zuerst in der const. gegen die Brandstifter v. 1186, gleichzeitig mit dem erstgedachten Grundsatz, S. 391 n. 4 ausgesprochen worden. Allgemein wird er hingestellt in dem bair. Land- v. 1244 c. 21 und in dem Straubinger v. 1255 c. 16, S. 393 n. 10; ferner im Deutsch- und Schwabenspiegel und bei Ruprecht v. Freysing, s. a. a. O., weiter auch in der Praxis des Königsgerichts seit 1287, s. Franklin, sent. curiae regis S. 15 n. XXI: „quod illi qui proscriptionis sententiam in se animo indurato sustinuerunt per annum et amplius, invocato brachio ecclesiastico debeant excommunicationis sententia innodari, ut eos qui rigore temporalis gladii non terrentur, ad bonum obediencie nervus revocet ecclesiastice discipline"; Franklin, Reichshofgericht 1, 161 n. 3 u. 2, 380. Über die Fortgeltung dieses Satzes im Mittelalter wenigstens in der Theorie s. a. a. O. 1, 355. 356 u. 2, 380.

[3] Allerdings weist das Leg. Konzil Ofen 1279 c. 57, M. 24, 299 die Prälaten und kirchlichen Richter an, auf Erfordern der weltlichen Gerichte, diesen in ihrer Kompetenz auch durch Anwendung von Censuren gegen Renitente Unterstützung zu gewähren.

[4] Vgl. einen solchen Fall bei Franklin 1, 161 ff.

Für die übrigen Länder, namentlich Frankreich und England wird ein analoger Satz nicht erwähnt, was wohl damit zusammenhängt, dass einmal hier der Bann nicht die Acht nach sich zog, und dass das Königthum in diesen Ländern zu der fraglichen Zeit der Hülfe der Kirche entrathen konnte.

[5] Vgl. Bd. III S. 736. 749; P. Hinschius bei

Lande ganz auszuschliessen[1] oder von gewissen Bedingungen, nämentlich von der Zustimmung des Landesherrn abhängig zu machen[2], und die Appellationen an den päpstlichen Stuhl auszuschliessen oder zu beschränken[3], ferner die erst später vorkommenden Verbote, Sachen, welche der königlichen Kognition unterliegen, nach Rom zu ziehen[4], weiter die Zulassung gelegentlicher Appellationen gegen die Überschreitung der Grenzen der kirchlichen Jurisdiktion an den König und die weltlichen Gerichte (Parlamente)[5], sodann die Prüfung der Exkommunikationen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den königlichen Rechten[6], und die Bindung der Zulässigkeit der Exkommunikation, zum Theil auch des Interdikts, gegen die königlichen Vasallen[7] und die königlichen Beamten an die Genehmigung des Königs, während man sich

Marquardsen, Hdbch. d. öffentlichen Rechts I. 1, 198.

[1] Wie in Schottland, Bd. I S. 523.

[2] So in England a. a. O., s. dazu noch M. Maurer, Pabst Calixt II. Th. I. Inaug. Diss. München 1886 S. 48; Friedberg, diss. cit. S. 155; desselben Grenzen zw. Staat u. Kirche S. 729. 731, und in Frankreich, Bd. I S. 525 und Friedberg diss. cit. p. 155, ferner in Sizilien zur Zeit Rogers II. Bd. I S. 519 (1130—1154); hist. pontif. SS. 20, 538; Bernhardi, Konrad III. 1, 348; Scaduto, stato e chiesa delle due Sicilie. Palermo 1887 p. 179; wegen der späteren Änderung unter seinen Nachfolgern s. Sentis, Monarchia Sicula S. 80.

[3] In England unter Heinrich I. und in Sizilien unter Wilhelm I., S. 290 n. 1 u. 6.

[4] In England 27 Edw. III. (1353) st. 1 c. 1; 38 Edw. (1364) st. 2, Richard II. (1392) c. 5, Statutes at large of England. London 1811. 1, 338. 389. 497.

[5] So in Frankreich seit Ende des 13. Jahrh. Schon zur Zeit Philipp's III. (1270—85) wird an den König von dem Pariser geistlichen Gericht appellirt „super quodam iudicio tamquam a pravo et falso dato", Mémoires du clergé 7, 1544; Bourges 1336, M. 25, 1064: „Si personae ecclesiasticae . . . pro suis facinoribus a suis iudicibus capiantur, cogunt saeculares iudices ecclesiasticos quod sibi restituantur, occasione frivolae et interiectae appellationis"; vgl. weiter Friedberg diss. cit. p. 152 und Grenzen S. 484, gestützt auf die Stellung des Königs als Wahrer des Rechts. Hierin liegen die Vorläufer des späteren französischen Instituts des appel comme d'abus.

[6] In England Edw. II. articuli clerici (1314/15) c. 7, Statutes at large 1, 188: „Item littera regia ordinariis dirigitur, qui aliquos suos subditos excommunicationis vinculo innodarunt, quod eos absolvant infra certum diem; alioquin quod compareant responsuri, quare eos excommunicaverunt". Responsio: „Rex decernit quod talis littera numquam exire imposterum permittatur, nisi in casu quo posset inveniri ledi per excommunicationem regiam libertatem".

[7] So in England und in der Normandie schon unter Wilhelm I., Eadmer hist. nov. lib. I, Migne patrolog. 159, 552: „Dux Normanniae usus atque leges quas patres sui et ipse in Northmannia habere solebant, in Anglia servare volens . . . nulli nihilominus episcoporum suorum concessum iri permittebat, ut aliquem de baronibus suis seu ministris sive incesto sive adulterio sive aliquo capitali crimine denotatum publice, nisi eius praecepto, implicaret aut ulla ecclesiastici rigoris poena constringeret", und der darauf ruhende Art. 7 der Konstitutionen Heinrichs II. v. Clarendon v. 1164, Reuter Alexander III. 1, 575: „Nullus qui de rege teneat in capite nec aliquis dominicorum ministrorum eius excommunicetur nec terrae alicuius eorum sub interdicto ponantur, nisi prius dominus rex, si in terra fuerit, conveniatur vel iustitia eius, si fuerit extra regnum, ut rectum de ipso faciat, et ita quod pertineat ad curiam regiam ibidem terminetur et de eo quod spectabit ad ecclesiasticam curiam ad eandem mittatur, ut terminetur", Vorschriften, welche beide im Interesse der freien Verfügung des Königs über seine Vasallen und Beamten gegeben sind. Durch die zu Avranches 1172 erfolgte Unterwerfung Heinrich's II. und sein eidliches Versprechen, die während seiner Regierung eingeführten, unerlaubten Gewohnheiten zu kassiren, Watterich, vitae pontif. 2, 419. 590 n. 2 ist der 7. Artikel, welcher nichts neues war, aber nicht ausser Kraft gesetzt worden, Reuter Alexander III. 3, 151, wie denn auch Eduard III. 1341, Rymer foedera II. 2, 1147 die Verfügung von Censuren gegen seine fideles und servientes und noch 13 Ric. II. (1389) st. 2 c. 3 u. 16 Ric. (1392) c. 1, Statutes at large 1, 485. 497 für Spezialfälle (zur Hinderung der Anm. 4 gedachten Beschränkungen) die Exkommunikation gegen die mit der Durchführung derselben betrauten Beamten bei Strafe (für Prälaten bei Temporaliensperre, für andere bei Gefängnissstrafe und Geldbusse) verbieten. Für die Normandie bezeugen die Barone 1205, Durand de Maillane, les libertez de l'église Gallicane 1, 282 ebenfalls „Item diximus per sacramentum nostrum, quod archiepiscopus vel episcopus vel alia inferior ecclesiastica persona non debet ferre sententiam excommunicationis in barones vel in baillivos aut in servientes domini regis aut in clericos domus suae, rege non requisito vel suo senescallo".

In Betreff der Beamten ist diese Beschränkung in Frankreich, namentlich seit dem 14. Jahrhundert festgehalten worden, s. die Deklaration Karls II. v. 1369, Durand de Maillane l. c. 1, 282, und die weiteren Nachweisungen a. a. O. 1, 283 ff.

in Deutschland, wo bei dem Sinken der kaiserlichen und königlichen Gewalt seit dem 13. Jahrhundert von derartigen Beschränkungen keine Rede war, lediglich damit begnügt hat, vor der Anwendung der Acht gegen die Exkommunicirten die Rechtmässigkeit des Bannes zu prüfen[1], und nur sehr vereinzelt Maassregeln gegen die Auswüchse der kirchlichen Strafgewalt getroffen hat[2].

Wenn endlich die Kirche, insbesondere die Päpste auch die Strafgewalt über die Kaiser und Könige, und zwar nicht nur durch die Verhängung der Exkommunikation über die letzteren, sondern auch durch die Absetzung derselben und die Entbindung ihrer Unterthanen vom Treueide in Anspruch genommen und auch ausgeübt haben[3], so ist ihnen zwar schon mehrfach im Mittelalter, namentlich Ausgangs desselben, eine Berechtigung dazu in dieser weiten Ausdehnung bestritten[4], und die Anschauung vertreten worden, dass eine Absetzung des Kaisers und der übrigen Fürsten entweder nur wegen Ketzerei[5] oder überhaupt nicht zulässig[6], ja selbst die Exkommunikation des deutschen Kaisers nach seiner Krönung einzig und allein durch den Papst[7] und zwar blos wegen Häresie, wegen Verstossung seiner rechtmässigen Gemahlin und wegen Zerstörung von Kirchen[8] statthaft sei, von einer festen Rechtsbildung hat aber in dieser Beziehung selbstverständlich keine Rede sein können, weil sich hierbei die verschiedenartigen Auffassungen der mittelalterlichen Lehre von der Einheit von Kirche und Staat, einerseits das kuriale System von der Oberhoheit der Kirche und des Papstes über die weltliche Gewalt, andererseits eine diese bekämpfende und aus dem Einheitsgedanken die Superiorität der weltlichen Gewalt herleitende Theorie gegenüberstanden[9], und lediglich die jeweiligen politischen und Machtverhältnisse da-

[1] S. 394.

[2] Das Privileg Friedrichs II. für Goslar 1219, Göschen Goslarische Statuten S. 113: „Quicumque in eadem civitate manens ita demum obierit, quod tote vitae suae tempore nunquam ab aliquo fuerit excommunicatus vel denunciatus, ipsum non debet aliquis post mortem suam excommunicatum denunciare" richtet sich gegen die Verkündigung der Exkommunikation von Todten, vgl. dazu S. 302.

[3] S. 301. 327.

[4] So erklärte Philipp II. August v. Frankreich in seinem Streit mit Heinrich II. v. England dem mit Censuren drohenden Cardinallegaten 1189, Roger de Hovedene chronica, ed. Stubbs London 1869. 2, 363: „non pertinet ad ecclesiam Romanam in regnum Franciae per sententiam vel alio modo animadvertere, si rex Franciae in homines suos demeritos et regno rebelles causa iniurias suas et coronae suae ulciscendi insurgit".

[5] Vgl. Heinrich IV. v. Deutschland in ep. ad Hildebrand 1076, LL. 2, 47; Watterich 1, 379: „Me quoque . . . quem ss. patrum traditio soli deo iudicandum docuit, nec pro aliquo crimine, nisi a fide, quod absit, exorbitaverim, deponendum asseruit".

[6] Denkschrift Friedrichs II. an die Prälaten und Gläubigen Englands v. 1245, Huillard-Bréholles hist. dipl. Frider. II. 6, 331: „nusquam vero legitur divina sibi (dem Papst) vel humana lege concessum, quod transferre pro libito possit imperia aut de puniendis temporaliter in privatione regnorum regibus aut terrae principibus iudicare. Nam licet ad eum de iure et more maiorum consecratio nostra pertineat, non magis ad ipsum privatio seu remotio pertinet, quam ad quoslibet regnorum praelatos, qui reges prout assolent, consecrant et inungunt . . . (p. 335). Adparet nihilominus animosa nimis . . . sententia, per quam imperator Romanus . . . lese maiestatis crimine dicitur condemnatus, per quam ridiculose legi subjicitur qui omnibus legibus imperialiter est solutus; de quo temporales pene sumende, cum temporalem hominem superiorem non habeat, non sunt in homine, sed in deo. Spirituales autem penas, per sacerdotales nobis penitencias indicendas tam pro contemptu clavium quam pro aliis transgressionis humane peccatis, nedum a summo pontifice . . . sed per quemlibet sacerdotem reverenter accipimus et devote servamus". Auch einzelne deutsche Fürsten haben damals gegen die Absetzung Friedrichs protestirt, Albert. Stad. 16, 367: „quidam principes ei (papae) rescripserunt: „Non esse sui iuris, imperatorem substituere" und p. 369: „Qua sententia per mundum volante, quidam principes cum multis aliis reclamabant, dicentes: Ad papam non pertinere, imperatorem eis instituere vel destituere".

[7] Schwabensp. 128; Ruprecht v. Freysing I. c. 89, v. Maurer S. 107.

[8] Sachsensp. III. 57 §. 1; Deutschsp. 302; Rechtsbuch nach Distinktionen VI. c. 10 d. 5, Ortloff S. 320; Glogauer Rechtsbuch c. 470, Wasserschleben S. 57.

[9] Die letztere freilich in der Minorität, Gierke, deutsches Genossenschaftsrecht S. 519. 532. 533.

rüber entschieden, in wie weit sich in dem einzelnen Streitfalle die Konsequenzen der einen oder anderen Theorie in praktische Geltung setzen liessen, namentlich aber die Päpste die von ihnen beanspruchte Strafgewalt über die Kaiser und Fürsten zur Durchführung zu bringen im Stande waren[1].

§. 287. *k. Die staatliche Gerichtsbarkeit in Strafsachen der Geistlichen.*

I. Die karolingische Zeit. Auch in der karolingischen Zeit, in welcher gleichfalls die älteren kirchlichen Verbote für die Kleriker, ohne Genehmigung des Bischofs bei den weltlichen Gerichten Anklagen zu erheben, wiederholt worden sind[2], ist der Grundsatz des früheren merovingischen Staatsrechts, dass die Geistlichen der niederen Weihen bei Kriminalvergehen schlechthin dem weltlichen Gericht unterstehen[3], in Geltung[4] geblieben.

Was dagegen die Kleriker der höheren Weihegrade, und zwar zunächst die Priester und Diakonen betrifft, so schreiben eine Reihe von Anordnungen der karolingischen Zeit vor, dass sie in Kriminalsachen von dem geistlichen Gerichte abgeurtheilt werden sollen[5], aber andererseits ergeben die Berichte über einzelne

[1] S. dazu o. S. 46.

[2] conc. Vern. 755 c. 18, B. 1, 36; Worms 868 c. 61, M. 15, 879, vgl. Bd. IV S. 789 n. 9 u. S. 849 n. 7. 8.

[3] Bd. IV S. 858. 860.

[4] Gesta abb. Fontan. a. 738 c. 11, SS. 2, 284: „Accusatus vero (Wido abbas) apud principem Carolum, quod conspirationem adversus ipsum meditatus esset, iussu eiusdem exarchi ad regiam domum compellitur migrare. Qui dum pergeret cum satellitibus regis, venientes in territorium Viromandiae, capitis praecisione damnatur"; vita Hludov. imp. a. 830 c. 45, SS. 2, 634: „Omnes illos huius impiae conspirationis principes . . . ad iuditium adductos, cum iuris censores filiique imperatoris (eos) iuditio legali tamquam reos maiestatis decernerent capitali sententia feriri, nullum ex eis permisit (der Kaiser) occidi, sed . . . laicos quidem praecepit locis oportunis attundi, clericos vero in convenientibus itidem monasteriis custodiri". Vgl. ferner die dem 9. Jahrh. angehörige lex Romana Raetica Curiens. XVI. 2 c. 3, LL. 5, 392: „Nam si criminales causas clerici commiserint, ante provinciales iudices finiantur", s. dazu ibid. 4 c. 1, p. 393. In dem von Alcuin zu 802 berichteten Fall, dass ein Kleriker wegen weltlicher Vergehen vom Bischof v. Orleans verurtheilt worden ist, Jaffé mon. Alcuin. p. 631. 643, hat der Bischof als Missus, also als weltlicher Richter (s. auch p. 644: „in conspectu populi civitatis suae judicavit eos", so auch Löning, deutsch. K. R. 2, 531 n. 2 u. Nissl, d. Gerichtsstand d. Clerus S. 126 n. 4) amtirt. Wird doch sogar in dem Immunitätsprivileg Karls d. K. für das Bisthum Nevers 841, Bouquet 8, 428: „Si quae autem causae adversus supradictae ecclesiae fuerint ortae canonicos, a proprio distringantur episcopo, nisi forte criminalis fuerint actionis, de quibus est ratiocinandum proprio eorum advocato" für Kriminalsachen Rechenschaft in dem weltlichen Gericht des Vogts verlangt. Vgl. überhaupt Löning 2, 529; Nissl S. 125. 245.

Allerdings bemerkt Hinkmar in den quaterniones ad Carol. Calv. 868, M. 16, 764: „Nec clericus, minime autem episcopus publicis iudiciis se potest purgare quia non potest ullius alterius nisi episcoporum et suorum regularium iudicum subdi vel teneri. Neque cuiquam licet episcopum vel alicuius ordinis clericum quolibet modo damnare, nisi canonico episcoporum indicato iudicio", aber hier sucht er dem von ihm verfolgten Zweck gemäss, Schrörs, Hinkmar v. Rheims S. 296, den geistlichen Gerichtsstand möglichst weit zu stecken, s. auch Nissl S. 127 n. 4, und dass er hierbei das, was von den Bischöfen galt, aus Übertreibung generalisirt, zeigt der Umstand, dass er als das zuständige Gericht die Bischöfe, also eine Synode bezeichnet, während die Kleriker der niederen Grade vor ihrem Bischof den Gerichtsstand halten, s. o. S. 278. Für diese Auffassung spricht auch seine Anm. 5 a. E. mitgetheilte Äusserung.

[5] Syn. Francof. 794 c. 39, B. 1, 77: „Si presbyter in criminale opere fuerit deprehensus, ad episcopum suum ducatur et secundum canonicam institutionem constringatur. Et si forte negare voluerit et accusator comprobationem dare non potuerit et coram episcopo definitum esse nequiverit, tunc ad universali concilio illorum ratio deferatur"; Admonitio gener. 789 c. 38, B. 1, 56: „ut clerici [et] eclesiastici [ordines] ordinis, si culpam incurrerint, ut apud ecclesiasticos iudicentur, non apud saeculares", welches das darauf fussende capit. missor. spec. 802? c. 17 (B. 1, 103), Anseg. I. 38, Bened. Lev. I. 77, Hincmar. Rem. ad Carol. Calv., M. 16, 775, Migne 125, 1061 in der Fassung: „clerici ecclesiastici ordinis" wieder geben, so dass also der richtigen Lesart nach nicht die Kleriker aller Grade, sondern nur eine bestimmte Klasse, nämlich die der höheren Weihen (vgl. Hinkmar a. a. O.: „haec constituta

Prozesse, dass der Bestrafung durch das geistliche Gericht eine solche durch das weltliche nachgefolgt ist[1]. Vereinigen lässt sich beides nur durch die Annahme, dass mit den erstgedachten Anordnungen für alle Fälle die vorgängige Aburtheilung derselben im kirchlichen Gericht hat vorgeschrieben werden sollen[2], und damit entsprechend den Forderungen der Kirche eine weitere Vergünstigung im Vergleich zu der merovingischen Zeit gemacht worden ist[3]. Denn wenn der Beschuldigte im geistlichen Gericht zur Deposition verurtheilt worden war, so durfte, weil er dadurch seine Eigenschaft als Kleriker verloren hatte[4], nunmehr gegen ihn wie gegen jeden Laien das weltliche Strafverfahren eröffnet und durchgeführt werden. War er dagegen freigesprochen oder gegen ihn auf eine mildere kirchliche Strafe als die der Absetzung erkannt, so konnte ein weiteres Strafverfahren im weltlichen Gericht gegen ihn wegen derjenigen Handlung, wegen welcher er im geistlichen Gericht vorher angeklagt war, nicht mehr stattfinden, denn er war Geistlicher geblieben. Gegen diese sollten ja nach den angeführten Vorschriften die Kriminalanklagen im kirchlichen Gericht verhandelt werden, dieses schritt aber wegen der bereits erfolgten Aburtheilung selbstverständlich nicht mehr zum zweiten Mal gegen ihn ein. Indirekt ist also durch die erwähnten Anordnungen der Entscheidung des geistlichen Gerichts insoweit eine präjudizielle Bedeutung für das weltliche Strafverfahren beigelegt worden, als eine Verurtheilung durch das erstere, welche nicht auf Absetzung ging, die Verhängung einer öffentlichen weltlichen Strafe gegen einen Priester oder Diakon unmöglich machte, und nur für den umgekehrten Fall, dass auf Absetzung erkannt war, blieb

sunt de his quae ab episcopo vel presbytero seu diacono committantur") vgl. auch Nissl S. 127 n. 4, gemeint sein können.

[1] So 818 in Betreff der Bischöfe und Geistlichen, welche an der Verschwörung König Bernhards Theil genommen hatten, Chron. Moissiac. a. 817, SS. 1, 313: „Teudolfum vero episcopum Aurelianensem . . . synodo facta episcoporum vel abbatum nec non et aliorum sacerdotum, iudicaverunt tam ipsum quam omnes [de ordine ecclesiastico] episcopos et abbates vel ceteri clerici, qui de hoc maligno consilio socii fuerant, a proprio deciderent gradu: quod ita factum est. Nonnulli etiam in exilio missi sunt"; vita Hludov. imp. a. 818 c. 39, SS. 2, 623: „Erant autem huius sceleris conscii quamplures clerici seu laici, inter quos aliquos episcoporum huius procella tempestatis involvit" . . . c. 30: „. . . Episcopos porro hac constrictos immanitate ab episcopis reliquis depositos monasteriis mancipavit. Ceterorum autem nullum vel vita privari vel membrorum amputatione iussit multari, sed secundum quod exigente culpa visum est, alios exiliari (wahrscheinlich die Geistlichen), alios (wahrscheinlich die Laien) attondi"; syn. Suess. 853 c. 5, LL. 1, 417 (Anklage wegen Hochverraths): „. . . Ibi duo monachi (des S. Medardusklosters) . . . eundem Pippinum (v. Aquitanien) abducere conati sunt et pacem christiani populi dissipare . . . Eiectos iussu Rothadi Suession. episcopi ad synodi audientiam archidiaconus deduxit: et partim confessi, partim convicti, conspirationis malum perpetrasse, canonum severitate depositi sunt (presbyteri quippe erant) et separatim in monasteria sui ordinis longe distantia relegati, ut deinceps nemo tale quid committere auderet, nisi qui similia perpeti non timeret"; conc. Duziac. II 874 (das Urtheil gegen Priester Huntfried, welcher des sacrilegum adulterium mit der Nonne Duda angeklagt war, geht dahin c. 5, M. 17, 291. 292): „vel confessus vel convictus — Huntbertus presbyter, — III bus testibus criminis sui consciis, auctoritate sacrarum legum et regularum synodali iudicio a vicariis synodi deponatur et per missos regios in longinquum terrarum ac perpetuum exilium, iuxta imperatorum et regum antiquas et consuetudinarias leges deducatur et aliquo monasterio ipsius exilii sub poenitentia retrudatur, laica tantum communione sibi servata").

[2] Dass diese voranzugehen hat, setzen auch voraus cap. Aquisgr. 809 c. 10, B. 1, 149: „Ut presbiter qui sanctum crisma donaverit ad iudicium subvertendum, postquam de gradu suo expoliatus fuerit, manum amittat" u. cap. missor. Aquisgr. I. 809 c. 21, B. 1, 150: „Si presbiter crisma dederit, ab episcopo degradetur et postmodum ad iudicem manu perdat". Eine Berufung dafür auf c. 17 Cap. Karol. 769 c. 17, B. 1, 40, welches lediglich Paris. 614 c. 4, Bd. IV S. 850 n. 3 wiedergiebt, erscheint unzulässig, da c. 17 dem Kapitular nicht angehören kann, sondern später hinzugefügt worden ist, Boretius l. c. p. 44; Sohm, Ztschr. f. K. R. 9, 213; Nissl S. 131 n. 2.

[3] Weil früher das weltliche Gericht zuerst vorzugehen und nur vor der Verurtheilung des Geistlichen die Sache an das geistliche Gericht zur kirchlichen Bestrafung des Schuldigen abzugeben hatte, Bd. IV S. 859. 860.

[4] S. o. S. 53.

dem weltlichen Gericht die Befugniss, noch seinerseits vorzugehen, ohne dass es dabei an das kirchliche Strafurtheil gebunden war[1].

Die kirchlichen Gerichte, bei welchen die Kriminalanklagen gegen die Priester und Diakonen zuerst anzubringen waren, bildeten die auch sonst, d. h. bei kirchlichen Vergehen zuständigen[2], mithin das bischöfliche Gericht[3] oder eine (Provinzial- oder Reichs-)Synode[4]. Und gerade in dieser konkurrirenden Gerichtsbarkeit lag für den Staat die Sicherheit, dass durch die Überweisung der Kriminalsachen der Geistlichen der höheren Weihen an die kirchlichen Gerichte und die dadurch bedingte Nothwendigkeit des vorgängigen Einschreitens derselben solche Kleriker nicht straflos ausgingen, denn schlimmstenfalls war der König bei Unthätigkeit oder bei nachsichtiger Milde des Bischofs gegen verbrecherische Geistliche immer in der Lage, eine Reichssynode zu berufen[5] und auf dieser seinerseits die Anklage erheben zu können[6].

Hinsichtlich der Bischöfe[7] ist es dagegen im wesentlichen bei dem schon in

[1] Das lässt sich wenigstens aus dem Verfahren gegen den des Hochverraths auf der Synode zu Senlis 873 angeklagten Diakon Karlmann, Sohn Karls d. K., nach dem Bericht der annales Bertin., SS. 1, 494 schliessen. Hier wird erzählt, dass nachdem er „ab omni gradu ecclesiastico laicali sibi communione servata" deponirt und in custodia gesetzt sei, „antiquus et callidus adversarius illum et suos complices ad argumentum aliud excitavit, videl. quia liberius (d. h. jetzt als Laie) ad nomen et potentiam regiam conscendere posset — unde post depositionem eius complices illius ardentius coeperunt se ei iterum coniungere — quatenus mox, ut locum invenire possent, illum a custodia in qua servabatur, educerent et sibi regem constituerent. Quapropter necesse fuit, etiam illa de quibus ab episcopis iudicatus non fuerat in medium revocare et secundum sacrarum legum decreta pro admissis suis iudicio mortis addictum mitiori sententia luminibus acclamatione cunctorum qui adfuerunt orbari". Hält man mit Sohm S. 267, Dümmler ostfränk. Reich 1 A. 1, 798, Hefele, Conc. Gesch. 4, 510 an dem zweimaligen weltlichen Verfahren gegen Karlmann, der Verurtheilung zur custodia (Bd. IV S. 854. 855) und der zur Blendung fest (gegen Nissl S. 43 n. 1, welcher zu Unrecht lediglich eine Verurtheilung auf Grund einer Reihe anderer, nur der Blendung gedenkenden Berichte annimmt, obwohl diese letzteren der ganzen Angelegenheit überhaupt sehr kurz erwähnen), so hat man bei dem zweiten Verfahren auch auf Handlungen Karlmanns, welche vor dem Depositionsurtheil lagen — nur das kann des in medium revocare heissen — zurückgegriffen, also die Verhandlungen des geistlichen Gerichts nicht als präjudiziell und abschliessend für den strafbaren Thatbestand betrachtet. Von diesem Standpunkt aus würde auch anzunehmen sein, dass andererseits das weltliche Gericht rechtlich in der Lage war, den deponirten Geistlichen trotz seiner Deposition freizusprechen, wennschon über solche Fälle nichts berichtet ist, und sie auch praktisch höchst selten vorgekommen sein werden.

[2] S. o. S. 278 ff.

[3] Syn. Francof. 794 c. 39, S. 402 n. 5; capit. missor. Aquisgr. 809 c. 21, S. 403 n. 2. Nissl S. 132 sieht in c. 39 cit. eine Bestimmung, die im Anschluss an eine schon früher zur Gewohnheit gewordene Übung getroffen ist, und welche leichter zu entscheidende Fälle, deren Normalfall die handhafte Ergreifung gewesen sei, an das lokale Gericht des Bischofs verwiesen habe. In der That ist aber gegenüber der merovingischen Zeit, Bd. IV S. 859 n. 6 gar keine Änderung eingetreten, und auch c. 39 cit. gewährt für seine Annahmen keinen Halt, schärft vielmehr dem Bischof nur ein, Sachen, deren Erledigung Schwierigkeiten machen, der Synode zu überlassen.

[4] S. die S. 403 n. 1 u. oben Anm. 1 erwähnten Fälle. Vgl. ferner syn. Suesson. 853 c. 6, LL. 1, 417 . . . „domnus Karolus coram s. synodo quendam diaconum Rhem. eccles. nomine Ragamfridum impetiit, quod praecepta falsa regis nomine compilasset, sicut ad eum quorundam suggestionibus et verisimilibus indiciis esset perlatum. Unde quia putatum est quibusdum significationibus, ut purgationem sui isdem diaconus subterfugere voluisset, alia aliter dicentibus, visum est omnibus . . . ne a parochia Remensi quoquomodo praesumeret abscedere, donec se ab illis quae ei impingebantur, idoneum redderet vel competenter satisfacere procuraret. Quod et omnibus singilatim episcopis illi auctoritate episcopali praecipientibus ex divino mandato est interdictum".

[5] Bd. III S. 552 Anm. 1 unter a, s. auch S. 556, ferner Annal. Bertin. u. 873 cit.: „iubet ergo (König Karl) convocari episcopos regni sui . . . quatenus secundum sacros canones . . . episcopale de illo (den Diakon Karlmann) exequerentur"; Prudent. Trec. ann. a. 853, SS. 1, 429: „Carolus . . . synodum episcoporum iuxta urbem Suessionum . . . adgregans duos presbyteros . . . ipse synodo praesidens, episcopis iudicantibus degradare fecit, eo quod Pippinum furari et cum eo in Aquitaniam fugere disposuissent" (vgl. syn. Suesson. c. 5, S. 403 n. 1).

[6] syn. Suess. 853 c. 6 cit. s. Anm. 4. Dass aber der König allein das Recht der Anklage gehabt habe, so anscheinend Nissl S. 130, wird durch den Bericht über die Verhandlung in c. 5, S. 403 n. 1, s. auch die vor. Anm. a. E., widerlegt. Für das bischöfliche Gericht trifft es vollends nicht zu, syn. Francof. 794 c. 39, S. 402 n. 5.

[7] Da die Äbte in der karolingischen Zeit theils Kleriker der niederen, theils solche der höheren Weihen waren, so mussten je nach ihrem

der merovingischen Zeit[1] festgestellten[2] Rechtszustande, abgesehen von einigen unten

Weihegrade die für die verschiedenen Klassen von Geistlichen geltenden Normen im Einzelfalle zur Anwendung kommen. So finden sich in der That auch bei Äbten, welche nicht die höheren Weihen besassen, Verurtheilungen ohne vorgängige Betheiligung des geistlichen Gerichts, z. B. des Abtes Wala zur Verbannung, vita Hludov. imp. a. 830 c. 45, SS. 2, 634 in Verbindung mit vita Walae a. 830 II. 10. 11. 15, SS. 2, 556. 558. 561 und transl. s. Viti a. 830 c. 12, SS. 2, 580, Simson, Ludw. d. Fr. 2, 3. 4, und auch in folgenden Fällen: gesta abb. Fontan. a. 719 c. 3, SS. 2, 217 (Inhaftirung des Abtes monachus Wanda, Breysig, Jahrb. des fränk. Reichs 714—741 S. 32); gesta cit. a. 738 c. 11, p. 284 (clericus Wido zum Tode verurtheilt und geköpft, Breysig S. 87. 88); vita v. Sturmi 754, SS. 2, 373 (Verbannung des Sturm, Oelsner Jahrb. d. fränk. Reichs unter K. Pippin S. 386 ff.); vita Adalhard. 814, SS. 2, 527, u. transl. v. Viti a. 814, SS. 2, 578 (Verbannung des Abts Adalhard, Simson, Ludw. d. Fr. 1, 21. 22); Rudolf. Fuld. ann. a. 861, SS. 1, 374 (Abt Waldo, welcher nach seiner Absetzung in die Verbannung geht, Dümmler, ostfränk. Reich 1 A. 1, 463) ist wohl anzunehmen, dass die Verurtheilten nur im Besitze der niederen Weihen waren, vgl. auch Nissl S. 135 n. 2.

Wenn freilich auch gegen Äbte der höheren Weihegrade einseitige weltliche Bestrafungen erfolgt sind, gesta abb. Fontanell. a 716 c. 3, SS. 2, 276. 277 („Benignus, abbas et diaconus") und sich diese als Gewaltakte darstellen, so hat man doch mitunter auch bei Äbten der niederen Weihen die Konnivenz geübt, dass man die Angelegenheit durch ein geistliches Gericht untersuchen liess, s. Jaffé, mon. Carolina ep. 68. 69, nach welchen Karl d. Gr. 781 den des Hochverraths angeklagten Abt Potho v. S. Vincenz am Volturno dejicirt hatte — ich setze mit Nissl S. 135 n. 4 ep. 69 vor ep. 68 — aber auf Bitten der Mönche und des Papstes den letzteren mit der Untersuchung der Sache betraute, und dieser zwar die Unschuld des Angeklagten feststellt, indessen noch von ihm einen offenbar vor Karl selbst abzuleistenden Reinigungseid mit zehn Eidhelfern verlangt, so dass das Verfahren doch im weltlichen Gericht abschliesst (abweichende Auffassungen bei Sohm a. a. O. S. 261 u. Löning 2, 530). Ferner hat Hinkmar, welcher die Bestrafung des Abtes und Subdiakons Hukbert, des Mitschuldigen der Königin Theutberga durch das weltliche Gericht i. J. 860 für vollkommen berechtigt erklärt (de divort. Lothar. et Tetberg., Migne 125, 697: „secundum legem examinandus et vel legali iudicio liberandus vel puniendus est . . . Veniat ille . . . et legaliter aut quod ei impigitur, defendens liberetur aut . . . legaliter puniatur"), doch die Möglichkeit im Auge, dass die Sache an das geistliche Gericht abgegeben werden könne, l. c. p. 704: „Ordinem autem constituendi iudicium, si Hucbertus pro hac causa ad audientiam et de civili iniudicatus ad ecclesiasticum iudicium venerit . . . b. Gregorius in commonitorio ad Joannem Defensorem euntem in Hispanias descripsit" (wo das iniudicatus nicht blos auf die Überweisung der Sache vom weltlichen Gericht an das geistliche vor dem Verdikt, so Sdralek, Hinkmars v. Rheims kanon. Gutachten. Freiburg i. Br. 1881 S. 101. 102, sondern überhaupt auf eine von vornherein ohne jede Mitwirkung des weltlichen Gerichts stattgefundene Verweisung zu beziehen ist, so auch Nissl S. 136).

Beispiele, dass bei Äbten der höheren Weihen das für die Priester übliche Verfahren beobachtet worden ist, liegen nicht vor. Denn in dem Fall des Abtes Othmar v. St. Gallen, welcher der Nothzucht angeklagt und von dem Grafen im Thurgau exilirt wurde, vita S. Galli II. 15 a. 746, SS. 2, 24, Ratperti casus s. Galli SS. 1, 63; vita s. Otmari c. 4. 5. 6, SS. 2, 43, bleibt es zweifelhaft, ob derselbe ein höherer Kleriker war, und ferner ob unter dem c. 5 cit. erwähnten concilium eine kirchliche Synode, so Nissl S. 136 oder nicht vielmehr mit Meyer v. Knonau, Mitthlgen z. vaterl. Gesch. v. S. Gallen 12, 101 und Löning K. R. 2, 529 n. 3, das Volksgericht des Grafen zu verstehen ist.

[1] Bd. IV S. 850 ff.

[2] Wie früher lässt der König bei einem gegebenen Anlass z. B. auf Grund einer Anklage den Beschuldigten zur etwaigen näheren Voruntersuchung zu sich entbieten, ann. Einhardi 821, SS. 1, 208: „Fortunatus patriarcha Gradensis cum a quodam presbitero suo . . . apud imperatorem fuisset accusatus, quod Liudewitum ad perseverandum in perfidia . . . hortaretur eumdemque ad castella sua munienda artifices et murarios mittendo iuvaret et ob hoc ad palatium ire iuberetur" (Simson Ludw. d. Fr. 1, 173. 175. 222); Synode zu Douci 871 c. 9, M. 16, 672 (betr. Hinkmar v. Laon) „ab eo, d. h. rege, mandatus, ut veniret et rationem redderet de his, unde accusatus erat", nöthigenfalls behufs zwangsweiser Vorführung zunächst in Haft nehmen, gesta episc. Autissiod. c. 12, SS. 13, 394 (Bischof Ainmar v. Auxerre u. 737) und beruft, wenn die Unschuld des Angeschuldigten nicht festgestellt ist, oder auch, wenn kein Bedürfniss nach einer besonderen Feststellung der Belastung vorliegt (so 818 wegen Verschwörung des Königs Bernhard, Einhard. ann. a 818, SS. 1, 205) eine Synode, sofern nicht etwa sich Gelegenheit bietet, die Angelegenheit auf einer aus anderen Gründen zusammentretenden Synode (vgl. z. B. Francof. 794 c. 9, B. 1, 75: Peter v. Verdun; Savonières bei Toul 859, M. 15, 530: Wenilo v. Sens) zur Verhandlung zu bringen. Vgl. hierzu auch Nissl S. 50 ff. Die Synoden sind meistens Reichssynoden, vgl. Bd. III S. 554 n. 3, Frankfurt 794, Savonières 859 und Douci 871 (Absetzung Hinkmars v. Laon), aber auch Synoden der Bischöfe mehrerer Provinzen, so z. B. Valence 855, M. 15, 1, gewesen. Um das Erscheinen des beschuldigten Bischofs zu sichern, konnte derselbe unter Aufsicht und Bewachung gestellt, Douci 871 c. 8, M. 16, 663 (Hinkmar v. Laon) und bei etwaigem Fluchtverdacht auch in Haft genommen werden, ep. syn. Tricass. ad Nicol. I. 867, M. 15, 792 u. Carol. Calv. ad Nicol. I. 867, M. 16, 798 (Ebo v. Rheims

zu besprechenden Veränderungen geblieben[1].

Nissl S. 67). Wie in merovingischer Zeit erhebt der König wiederholt selbst die Anklage, so z. B. Ludwig d. Fr. gegen Ebo v. Rheims zu Diedenhofen 835, ep. syn. Tricass. cit., M. 15, 793: „in episcoporum synodo Ebo praesens ab imperatore praesente est accusatus", und zwar seit der Mitte des 9. Jahrh. durch Überreichung eines förmlichen libellus accusationis, so Karl d. K. gegen Wenilo v. Sens zu Savonières, LL. 1, 462 (s. auch syn. ep. Sapon. a 856 c. 6, ibid p. 464) und gegen Hinkmar v. Laon zu Douci 871, M. 16, 578. Den Vorsitz auf der Synode führte einer der Metropoliten des Reichs, so Drogo v. Metz und Hetti v. Trier zu Diedenhofen 835 bei der Absetzung Ebos M. 14, 660, Hinkmar v. Rheims zu Douci 871, s. c. 8. 10, M. 16, 671. 675, zu Savonières 859 wahrscheinlich der Ezbischof v. Lyon, M. 15, 529. 530, und die Berichte über sonstige derartige Synoden, zu Aachen 818, Einhard. ann. SS. 1, 205: „episcopos (Anselm v. Mailand, Wolfold v. Cremona und Theodor v. Orleans) synodali decreto depositos", zu Niemwegen 830 (Thegani vit. Lud. c. 37, SS. 2, 598) „et ibi Jesse — v. Amiens — iusto iudicio episcoporum depositus est" lassen erkennen, dass der König bei der Untersuchung und Urtheilsfällung nicht anwesend war. Das hängt mit der Ende der Regierungszeit Karls d. Gr. hervortretenden Scheidung der Behandlung der geistlichen Angelegenheiten durch die Bischöfe allein zusammen Bd. III S. 551. 554, während Karl selbst noch zu Frankfurt 794 c. 9, B. 1, 73 in der Anklagesache gegen Peter v. Verdun an dem Erlass eines Beweisurtheils auf einen Reinigungseid („definitum est etiam ab eodem domno rege sive a sancto synodo") als Vorsitzender (von Nissl S. 93 übersehen) theilgenommen hat, eine Abweichung gegen die merovingische Zeit, Bd. IV S. 854, welche sich aus der Veränderung der Stellung der Reichssynoden und des Vorsitzes auf denselben, Bd. III S. 541. 549. 551, erklärt. Erwies sich die Anklage als unbegründet (so wurde die gegen Petrus v. Verdun, Francof. cit. c. 9 durch Gottesurtheil widerlegt, ebenso gelang es Hildemann v. Beauvais sich zu Diedenhofen zu rechtfertigen, ep. Hincm. ad Nicol. I. 862, Migne 126, 79 u. Flodoard. hist. Rem. eccles. II. 20) oder zog der König die Anklage zurück (wie gegen Wenilo v. Sens, ann. Prudent. Trec. a 859, SS. 1, 453: „absque audientia episcoporum Karolo regi reconciliatur"), so unterblieb jede weltliche Bestrafung. Wurde aber der Schuldbeweis für das Verbrechen geführt, dann sprach die Synode die Absetzung aus, wie z. B. gegen die an der Verschwörung des Königs Bernhard betheiligten Bischöfe, Einhard. ann. a. 818 cit., gegen Jesse von Amiens 830, Theg. vit. cit., gegen Ebo 835 und Hinkmar v. Laon 871 (das Depositionsurtheil gegen den letzteren bei M. 16, 676). Vgl. überhaupt Nissl S. 68 ff. Nunmehr konnte der König unter Beirath der Reichsgrossen, also mit dem Reichstag oder dem Hofgericht die weltliche Strafe, die Todesstrafe aussprechen, welche indessen vielfach in Exil oder Klosterhaft umgeändert wurde, so gegen die an der Verschwörung von 818 betheiligten Bischöfe, Einhard. ann. a. 818 cit. u. vita Hlud. c. 30, SS. 2, 623, gegen Ebo v. Rheims, epist. Fuld. XIII. Forschgen z. deutsch. Gesch. 15, 392, Simson, Ludwig d. Fr. 2, 136, Nissl S. 87 n. 4 und gegen Hinkmar v. Laon, s. dessen reclamatio, M. 17, 353: „Post haec transmissus sum in exilium, in quo per II annos sanus, sed aliquanto tempore ferro vinctus custoditus sum. Duobus annis ferme peractis, insuper caecatus sum et usque modo retentus", Nissl S. 83 ff. (insbesondere S. 86 n. 3). Dass man ein kirchliches Kontumazialurtheil auf Absetzung für die weltliche Verurtheilung nicht genügend erachtet zu haben scheint, so Nissl S. 83 n. 1, lässt sich nicht darauf stützen, dass nach der in dieser Weise zu Diedenhofen 835 erfolgten Absetzung Agobards v. Lyon und Bernhards v. Vienne, vita Hludov. c. 54, SS. 1, 640, der Kaiser auf dem Reichstag zu Stramiac l. c. c. 57, p. 642: „causam ecclesiarum Lugdunensis atque Viennensis vacantium ventilari fecit, eo quod episcopi dudum illarum Agobardus quidem iussus ad rationem non venerit, Bernardus autem Viennensis affuerit quidem, sed rursus fugam inierit. Sed haec quidem res imperfecta remansit propter absentiam, ut predictum est, episcoporum", denn nicht über die Bischöfe, sondern über die vakanten Kirchen sollte verhandelt werden, und bei den lückenhaften Berichten bleibt es vollkommen dahingestellt, ob die beiden Bischöfe nicht, ebenso wie Ebo und Bartholomäus v. Narbonne, Simson 2, 137. 138 nach dem Synodalurtheil verbannt worden sind.

Sichere Nachrichten über ein einseitiges Vergehen der weltlichen Gewalt, wie es in der merovingischen Zeit öfters stattgefunden hat, Bd. IV S. 855 n. 5, kommen, abgesehen von der Exilirung des Bischofs Eucherius von Orleans 733 durch Karl Martell, vita Eucherii c. 7. 8, Mabillon, acta SS. O. B. saec. III. 1, 557; Breysig, Jahrb. d. fränk. Reichs 714—741 S. 70. 71, für die karolingische Zeit nicht vor, vgl. auch Nissl S. 61. 62, denn gest. abbat. Fontanell c. 12, SS. 2, 286: „... Reginfredus (B. v. Rouen) pro insolentia morum ac pravitatibus suis etiam a clericis Rothomagensibus apud Pippinum regem accusatus (u. 755) ... Quo ejecto de episcopatu" bleibt es zweifelhaft, ob nicht die Erwähnung der Aburtheilung durch eine Synode unterlassen ist.

[1] Gegen die bisher dargelegte Gestaltung des Verfahrens gegen Geistliche in weltlichen Kriminalsachen kann nicht, so Löning deutsch. K. R. 2, 530 n. 1 auf Pippin. Ital. reg. cap. 800—810? c. 4, B. 1, 208 (Longob. c. 12 in LL. 1, 193) hingewiesen werden. Hier heisst es: „De illis hominibus vel sacerdotibus aut quibuslibet per regnum nostrum, qui propter premia aut parentellam de nostra iustitia inquirentibus aut emendantibus vicia veritatem obfuscare volunt missis vel fidelibus nostris, ut se in periuria mittant, iubemus atque precipimus, ut si suspitio fuerit, quod periurassent, ut postea ad campum vel ad crucem iudicetur, ut ipsa veritas vel periurium fiant declarata. Et si domini fuerit voluntas, quod per ipsa iudicia veritas aut periurium declaretur, tunc volumus atque iubemus, ut si sacerdos vel clericus fuerit, dupliciter bannum nostrum persolvat, sicut superius decrevimus et

Wie schon in der merovingischen Zeit die Geistlichkeit gegen die Regelung der staatlichen Kriminalgerichtsbarkeit über die Geistlichen angekämpft hatte, so hat man noch vor Ablauf der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts aus demjenigen Kreise des fränkischen Klerus heraus, welcher das karolingische Staatskirchenthum für die durch die damaligen politischen Wirren herbeigeführte Schädigung der Kirche verantwortlich machte und eine selbständige Stellung der kirchlichen Gewalten erstrebte, im Interesse derselben und mit Rücksicht darauf, dass während der Kämpfe der verschiedenen Parteien wiederholt Bestrafungen von Geistlichen, insbesondere von Bischöfen wegen Hochverraths durch das Königsgericht erfolgt waren, nunmehr über die Forderungen der merovingischen Zeit hinausgehend, theils unter Berufung auf nicht geltende römische Kaiser-Konstitutionen die völlige Freiheit der Kleriker in Civil- und Strafsachen von jedem weltlichen Gericht zu begründen [1], theils diese Ansprüche durch Fälschungen unter dem Titel von Kapitularien der fränkischen Könige, wie Benedikt Levita, oder unter der Autorität der ältesten römischen Päpste, wie Pseudo-Isidors durch seine falschen Dekretalen und durch die s. g. Angilramschen Kapitel, in die Praxis einzuführen [2] gesucht.

Konnten auch die betreffenden Vorschriften jener falschen Kapitularien und Dekretalen bei den vielen Widersprüchen, welche sie in den Einzelheiten darboten, nicht direkt verwirklicht werden [3], so stimmten sie doch darin überein, dass sie das oberst-

postea secundum sanctos canones iudicetur; et si laicus fuerit, widrigeld suum ad partem nostram persolvat". Mag man unter dem sacerdos blos den Priester oder auch zugleich den Bischof verstehen, so soll hier im Widerspruch mit dem früher Dargelegtem zunächst durch Gottesurtheil, also im weltlichen Gericht festgestellt werden, ob der betreffende Geistliche einen Meineid begangen hat. Ist dies der Fall, so ist er gehalten, 120 Solidi zu zahlen und muss dann vom geistlichen Gericht bestraft werden. Es ist aber zu beachten, vgl. Brunner, Zeugen u. Inquisitionsbeweis d. karol. Zeit. Wien 1866 S. 69. 70, dass es sich hier um den Eid von Inquisitionszeugen in Fiskalsachen, bei königlichen Gerechtsamen, handelt, und dass der falsche Eid hier nicht mit der Strafe des Handverlustes, sondern nur des doppelten Königsbannes, bez. beim Laien des Wergeldes bedroht ist. Es steht demnach hier kein öffentliches, todeswürdiges Verbrechen, sondern nur eine Verletzung der königlichen Rechte in Frage. Daher finden die Regeln über die Verhandlung von Kriminalsachen der Priester (und der Bischöfe) über die criminalia negotia hier keine Anwendung, vielmehr haben die mit der Inquisitionsgewalt betrauten Beamten festzustellen, ob eine Verletzung des Inquisitionsrechtes des Königs stattgefunden hat, und die Pflicht zur Zahlung des Königsbannes eingetreten ist, und es bleibt daneben dem geistlichen Gericht die Ausübung der Disciplinarstrafgewalt wegen des begangenen Meineides offen. Diese Auffassung bestätigen auch die c. 1. 2 cap. cit. Das erstere bedroht Geistliche, welche andere als die durch die Kanonen zugelassenen Haushälterinnen bei sich aufnehmen mit dem Königsbann, und das zweite ordnet in Betreff desjenigen, welcher nach der Publikation dieser Bestimmung weiter dagegen handelt, an: „bannum nostrum dupliciter componat et postea ipse reus appareat in sancta synodo et secundum canones iudicetur", lässt also die Strafe des Königsbannes ebenfalls vor der synodalen Verhandlung realisirt werden. Die Strafe gilt also auch hier nicht als eine für ein öffentliches Verbrechen angedrohte, der Todesstrafe und ihren Surrogaten (Bd. IV S. 854) gleichstehende Kriminalstrafe.

[1] So der Diakon Florus v. Lyon (zw. 815 u. 843) in seinem Commentar, herausgegeben von von Maassen, ein Commentar des Florus v. Lyon z. einigen, d. s. g. Sirmondschen Constitutionen Wien 1879 S. 25 ff., s. auch daselbst S. 21 ff. und M. Conrat (Cohn) Gesch. d. Quellen u. Literatur d. röm. Rechts i. früheren Mittelalter. Leipzig 1889 1, 253.

[2] Die Aburtheilung aller Anklagen gegen Geistliche durch das kirchliche Gericht, insbesondere durch den Bischof wird verlangt Ben. Lev. I. 378. III. 145. 422 und Ps. Is. Marcellin. 3, ed. Hinschius p. 226; Pontian. 3 p. 147; die Verhandlung der Anklagen in der Provinz des Angeklagten B. L. II. 113. 381, Ps. Is. Pius 9, p. 119; B. L. III. 82. 103, Ps. Is. Damas. 19 p. 505, Angilram. c. 9, ed. Hinschius p. 760, und zwar gegen Bischöfe vor mindestens 12 Bischöfen B. L. II. 307, Ps. Is. Anacl. 15 p. 73, Zeppher. 5 p. 121 oder vor den Primaten B. L. III. 89. 381. 153. 154, Ps. Is. Stephan. 10 p. 185. Fel. I. 9 p. 201; Angilr. c. 4 p. 758 oder vor der Provinzialsynode B. L. III. 106. 314; Ps. Is. Dam. 8 p. 502; Angilr. c. 17 p. 762 oder endlich auch vor dem Papst, B. L. III. 152, indessen soll die Entscheidung der erwähnten Gerichte gegen Bischöfe niemals definitiv sein, vielmehr die Verurtheilung derselben nur mit Zustimmung des Papstes erfolgen dürfen, B. L. II. 381, Ps. Is. Marcelli 2. 10 p. 224. 228, Jul. 4 p. 459, Dam. 8 p. 502. Vgl. noch Hinschius decret. Pseudo-Isid. p. CCXIV. CCXV.

[3] Hinschius l. c. p. CCXIV.

richterliche Recht des Papstes in dem weiten Umfange, dass ihm allein das definitive Urtheil über die Bischöfe vorbehalten bleiben sollte, anerkannten[1]. Damit war der bisherige Rechtszustand, nach welchem die vom König berufene Synode über die Bischöfe definitiv urtheilte, und der König mit seinem Gericht auf Grund einer solchen Verurtheilung die weltliche Strafe zu verhängen befugt war, negirt. Offiziell hat zwar die fränkische hohe Geistlichkeit von der weltlichen Gewalt eine dahin gehende Änderung nicht gefordert[2], indessen haben gerade die schon anderweit berührten kirchlichen und politischen Verhältnisse, welche es dem Papstthum sowie einzelnen Anhängern der kirchlichen Reformpartei ermöglicht hatten, bei der Schwäche des späteren karolingischen Königthums das bisherige fränkische Staatskirchenrecht in verschiedenen Beziehungen zu unterhöhlen[3], nachdem es Nikolaus I. wieder gelungen war, das oberstrichterliche Recht des Papstes über die Bischöfe in kirchlichen Straf- und Disciplinarsachen zur praktischen Geltung zu bringen[4], auch dazu geführt, die weltliche Gerichtsbarkeit, insbesondere das richterliche Recht des Königs über die Geistlichen und insbesondere die Bischöfe in Frage zu stellen[5], denn mit dem aus Anlass der Absetzung Hinkmars von Laon abgegebenen Anerkenntniss Karls des Kahlen, dass ein weltliches Straferkenntniss gegen Bischöfe erst nach einer päpstlichen Bestätigung des Absetzungsurtheils erfolgen könne[6], war eine der wesent-

[1] S. S. 407 n. 2.

[2] Zu Aachen 836 C. III c. 7, M. 14, 689: „Didicimus sane nonnullos episcoporum a quibusdam personis clam temeraria detractione accusatos atque detractos, sine approbatione tamen, in causis reprehensibilibus quae pontificali ordini non congruere visae sunt, si approbatae fuerint. Idcirco obnixe precamur, ut si aliquis deinceps accusator annisus fuerit, aliquem excessum in episcopali ordine rite reprehendere et adaures imperiales perducere, ut non facile per cuiuscumque personam officium tanti ministerii in aliquo vilescere videatur. Accusator itaque uti, sicut hactenus delitescendo se subtrahere locum non habeat, sed neque accusatus: huius rei veritas synodali conventui pateat ibidemque omni occasione remota utrorum examinatio secundum veritatem examinetur, ut quod quisque meretur, accusatus videl. sive accusator pro merito canonicae disciplinae subiaceat" richtet sich allerdings gegen die bisherige Praxis, dass der König auf ihm unterbreitete Denunziation oder Anklage seinerseits die Synode beruft, und wenn er selbst die Anklage erhebt, der ursprüngliche Ankläger hinter ihm völlig verschwindet, und verlangt, dass ein solcher stets vor der Synode erscheine, damit diese seine Glaubwürdigkeit untersuchen und ihn nöthigenfalls bei falscher Anklage bestrafen könne (a. M. Nissl S. 63 n. 1, der die Stelle dahin auffasst, dass sie stets Koncilsberufung durch den König, selbst dann, wenn dieser in der Voruntersuchung keinen Schuldbeweis gefunden habe, fordere), indessen erklärt die Synode andererseits C II c. 12, dass ein Bischof und Geistlicher, welcher von Kaiser Ludwig d. Fr. abfallen oder den Treueid gegen ihn verletzen sollte, „gradum proprium canonica aut synodali sententia amittat", tastet also die Grundlage des bisherigen Rechtszustandes nicht an.

[3] Hinsichtlich der Stellung der Metropoliten und der Provinzialsynoden Bd. II S. 9 ff., der Reichssynoden und des kirchlichen Gesetzgebungsrechtes Bd. III S. 354 ff. u. S. 711 ff. 717 ff.

[4] S. o. S. 283.

[5] Nicht nur die Synode v. Troyes 867, S. 283 n. 7 hat anerkannt, dass kein Bischof ohne Wissen des Papstes abgesetzt werden könne, sondern auch auf der Synode zu Douci 871 haben die Bischöfe, mit Einschluss Hinkmars v. Rheims, das Absetzungsurtheil über Hinkmar v. Laon nur vorbehaltlich der nach dem Konzil v. Sardica dem apostolischen Stuhl zustehenden Rechte und Privilegien ausgesprochen, M. 16, 671 ff.; vgl. Bd. II S. 12 n. 2 u. dazu S. 10; Schröre, Hinkmar Erzb. v. Rheims S. 263. 343 ff.; Nissl S. 85.

[6] Ein solches enthält sein Brief an Hadrian II. v. 871 trotz seines energischen Tones, vgl. Migne 124, 886: „valde mirati sumus, ubi hoc dictator epistolae . . . invenerit, esse apostolica auctoritate praecipiendum, ut rex, corrector iniquorum et districtor reorum ac secundum leges ecclesiasticas atque mundanas ultor criminum, reum legaliter ac regulariter pro excessibus suis damnatum sua fretum potentia Romam dirigat . . . (p. 893): et cum ita sacrae leges, tam ecclesiasticae quam mundanae de damnato episcopali et synodali concilio decernant, non est nostri regii ministerii, reum et sacrorum canonum iudicio condemnatum . . . nostra potentia fretum quoquam dirigere, cum apertissime ss. canones definiunt et leges Justiniani ac caeterorum imperatorum catholicorum edicta, qualiter et pro quibus et a quibus debeat episcopus iudicari et post iudicium quid et qualiter et per quos sit inde apostolicae sedi agendum, quae non abnuimus, sed incunctanter ac competenter annuimus", denn er richtet sich nur gegen das vom Papst in Anspruch genommene Recht der

lichen Grundlagen des bisherigen Rechtszustandes, die inappellable Verurtheilung durch die einheimische Synode aufgegeben, weil damit die Zulässigkeit des weltlichen Strafverfahrens von der schliesslichen Entscheidung durch eine fremde, die Schuld des Angeklagten möglicher Weise von besonderen Gesichtspunkten aus bemessende Instanz abhängig gemacht wurde.

II. Die Zeit seit dem Verfall des karolingischen Reiches. 1. Einleitung. Zu einer definitiven Beseitigung des karolingischen Rechtszustandes ist es Ende des 9. Jahrhunderts noch nicht gekommen[1], vielmehr ist noch bis zum Ende des 10. Jahrhunderts sowohl in Deutschland[2], wie auch in Frankreich[3] im wesentlichen in Gemässheit des karolingischen Rechtes gegen hochverräthische Bischöfe und

Selbstentscheidung namentlich auf eine vor dem Urtheil erhobene Appellation, vgl. Schröers S. 344; Nissl S. 85.

Aus der Übersendung des des Hochverraths verdächtigen Patriarchen Fortunatus v. Grado, S. 405 n. 2, an den Papst zur Aburtheilung seitens Ludwigs d. Fr. 824 lässt sich nicht schliessen, dass letzterer schon ein solches Recht anerkannt hat, da sich der Patriarch in Folge der gegen ihn erhobenen Beschuldigung i. J. 821 nach Konstantinopel geflüchtet hatte und 824 als Mitglied einer oströmischen Gesandtschaft nach dem Frankenreich zurückgekehrt war, Einhardi ann. a. 824, SS. 1, 212. 213, mithin Ludwig d. Fr. kein Interesse hatte, ja es bedenklich finden konnte, eine weltliche Bestrafung des Patriarchen zu veranlassen, andererseits aber, soweit es sich nicht um das weltliche Verbrechen handelte, der Papst der zuständige Richter war.

[1] Denn Hadrian II. und vor Allem Johann VIII. sind in dem Prozess gegen Hinkmar v. Laon von dem zunächst seitens des ersteren eingenommenen Standpunkt abgegangen, und der letztere hat 876 sogar das Absetzungsurtheil der Synode von Douci bestätigt, Bd. II S. 12; Schröers S. 350. 351. 360.

[2] Contin. Regin. 944, SS. 1, 619: „rex (Otto I.) apud Duisburgum ... placitum cum primoribus Lothariensium et Francorum habuit, ubi factione Chonradi ducis Ruodbertus archiepiscopus Trevirensis et Richarius episcopus Tungrensis (v. Lüttich) infidelitatis apud regem arguuntur, sed in brevi ab obiecto sibi crimine liberantes", woraus sich mindestens so viel ergiebt, dass Otto I. das Recht zur Veranlassung einer Untersuchung gegen die beschuldigten Bischöfe für sich in Anspruch genommen ha.

[3] Flodoard. ann. a. 931, SS. 3, 380: „Bovonem quoque Catalaunensem episcopum qui a se desciverat ... rex (Rudolfus) capiens tradidit Hugoni et episcopatum ipsius Miloni tribuit"; Richeri hist. I. 62, SS. 3, 585: „Bovo Catalaunensium episcopus a regiis stipatoribus captus eo quod et ipse desertor a rege defecerat, regi oblatus est. Qui apud regem prodentibus suis factis conscius convictus ergastulo mancipatur". Da Bovo nach Flodoard a. 947, SS. 3, 394 als Bischof v. Chalons gestorben ist, so kann entweder nur eine vorläufige Administration seines Bisthums durch Milo stattgefunden, und es sich nur um eine Untersuchungshaft gehandelt haben oder Bovo ist nach seiner Absetzung, die möglicherweise auf den Synoden zu Chateau-Thierry 933 o. zu Fimes 935 erfolgt sein könnte, und nach erlittener Strafhaft später restituirt, Nissl S. 57 n. 2. Bei dem 995 des Hochverraths beschuldigten Bischof Adalbero v. Laon, Richeri hist. IV. 96—98, SS. 3, 653 (c. 98 p. 654: „Episcopus utpote a conscio convictus rem ita esse quaerenti confessus est ... res penitus innotuit. Detentus ergo regum iussu atque desertor custodibus datur") scheint es sich nur um eine vorläufige Inhaftnahme gehandelt zu haben.

Ergeben schon die bisherigen Stellen die fortdauernde Übung des königlichen Rechtes, gegen hochverrätherische Bischöfe vorzugehen, und die Nichtanerkennung einer ausschliesslich kirchlichen Gerichtsbarkeit über dieselben, so wird jeder Zweifel durch den vor der französischen Reichssynode v. S. Basol (bei Rheims) 991 auf Veranlassung der Könige Hugo und Robert v. Frankreich gegen den Erzbischof Arnulf v. Rheims verhandelten Hochverrathsprozess (Bd. III S. 569) beseitigt. Nachdem hier die Schuld des Angeklagten untersucht, M. 19, 113 ff. (auch in dem Prozess gegen Hinkmar v. Laon hatte schon die Anklageschrift lediglich die Grundlage für die inquisitorische Thätigkeit der Synode abgegeben, Nissl S. 72. 73) und die auf die pseudoisidorischen Dekretalen gestützte Vertheidigung c. 19—22, M. 19, 121, insbesondere die Geltendmachung der exceptio spolii und der Zuständigkeit des Papstes zurückgewiesen war c. 24—27, l. c. p. 129, wurde Arnulf auf Grund seines Geständnisses veranlasst, dies schriftlich abzufassen und auf sein Bischofsamt zu verzichten, demnächst ihm aber feierlich (unter Lossprechung des Klerus und des Volks von ihren Eiden) aufgegeben, sein Amt niederzulegen, c. 53. 54, l. c. p. 152, eine Form der Absetzung, welche schon in dem Prozess gegen Ebo v. Rheims vorgekommen, s. o. S. 57 n. 9, ist. Dass nach der damaligen, mit der früheren noch übereinstimmenden, Rechtsanschauung die Absetzung Arnulfs durch die Synode ebenso wie früher, seine Verurtheilung zur Todesstrafe durch die Könige zur Folge haben musste, ergiebt der auf der Synode gestellte, mit Rücksicht auf die zu erwartende Milde der Könige fallen gelassene Antrag, von diesen vor Eröffnung der Verhandlungen die Zusicherung des Erlasses der Todesstrafe zu verlangen, c. 3—6, l. c. p. 113. Diese ist auch in der That gegen Arnulf nicht vollstreckt, wohl aber ist er von den Königen bis 996 in Gefäng-

Priester[1] eingeschritten worden. Aber gerade in Bezug auf die Stellung des Papstes zu der ursprünglich zuständigen einheimischen Synode hat man damals in Frankreich eine überaus schwankende Haltung beobachtet, indem man zuerst das Selbstentscheidungsrecht des Papstes thatsächlich anerkannte[2], dann aber das letztere theils als für den Einzelfall wegen besonderer Verhältnisse nicht in Betracht kommend erklärte[3], theils dasselbe sogar aus prinzipiellen Gründen in Abrede stellte[4] und andererseits wieder die Entscheidung der Synode wegen der eigenthümlichen Sachlage als inappellabel und unanfechtbar hinzustellen sich bemühte[5]. Bei der Bedeutung, welche die Stellung des Papstthums in der Ottonischen Zeit erlangt hatte, so wie gegenüber der bisherigen Entwicklung des oberstrichterlichen Rechtes des Papstes ist dieser in sich verfehlte Versuch, durch Berufung auf die vorpseudoisidorischen Kanonen das ältere fränkische Recht[6] wieder zur Geltung zu bringen gescheitert[7], und in den fol-

nisshaft gehalten worden, M. 19, 190; Hefele, Conc. Gesch. 4, 647. 648.

[1] So ist auf der Synode v. S. Basol 991 der an dem Hochverrath Erzbischofs Arnulfs betheiligte Priester Adalgar, welcher gegen den letzteren ausgesagt hatte, ebenfalls in derselben Weise, wie der Erzbischof, abgesetzt worden, l. c. c. 11. 55 p. 115. 153. Da er sich freiwillig unter der Bedingung „ne quid violentiae pateretur" c. 55 cit. gestellt hatte, darf wohl angenommen werden, dass seitens der Könige weder die Todesstrafe noch eine verstümmelnde Strafe gegen ihn verhängt worden ist.

[2] 988 hatte König Hugo Johann XV. gebeten, gegen den hochverrätherischen Erzbischof einzuschreiten, M. 19, 97, und seitens der französischen Bischöfe war sogar von dem Papst der Erlass eines Urtheils gegen ihn verlangt worden.

[3] Deshalb weil nach Auffassung der Synode v. Basol der Papst den den Brief des Königs (s. vor. Anm.) überbringenden Gesandten lange Zeit (nach M. 19, 195 18 Monate) ohne Antwort habe warten lassen, also: „sedem apostolicam huic iudicio (dem der Synode) non praeiudicare", c. 25—27, M. 19, 129.

[4] Indem sich die Synode auf die seitens der afrikanischen Bischöfe in ihrem Streit mit Zosimus und dessen Nachfolgern dargelegten Rechtsanschauungen, Bd. IV S. 780, berief, c. 27 ff., p. 130 ff. Vgl. weiter noch o. S. 285 n. 2 und Bd. II S. 13 n. 2.

[5] Wie früher Ebo v. Rheims zu Diedenhofen 835 vor von ihm gewählten Bischöfen als testes confessores, LL. 1, 370 seine Schuld bekannt (nicht, so Schröre S. 31, das Rechtsmittel der Appellation an drei gewählte Richter ergriffen) und sich seines bischöflichen Amtes für unwürdig erklärt hatte, M. 14, 629, so war auch dasselbe von Arnulf vor von ihm gewählten „confessores episcopi" oder „testes confessionis", c. 40, M. 19, 146, geschehen, vgl. auch Nissl S. 73 n. 1 u. S. 77 n. 4. Schon in der karolingischen Zeit hatte man diese testes confessores irriger Weise als iudices electi, von denen nach den afrikanischen Kanonen c. 15. 96 (Hippo 393 c. 10 und Carth. XI. 407 c. 2) nicht appellirt werden dürfe, betrachtet, so Hinkmar de praed. diss. post. c. 36, Migne 125, 389 u. M. 14, 659: „elegit (Ebo) sibi per consensum synodi episcopos iudices peccatorum suorum, quos canones electos appellant, de quibus scriptum est in concilio Africano c. 63 (s. die cit. Stellen), ut ab electis iudicibus provocari non licet", und die Synode v. S. Basol citirt nicht nur diese Äusserung c. 28, M. 19, 136, sondern eignet sich diese Auffassung auch an, c. 40, p. 147: „Jam enim eum qui sibi delectos iudices constitueret, ad alterius non posse commeare iudicium, certum erat. Iam episcopi invidia Romani privilegii carere videbantur, cum Arnulphus nec ad alios iudices nec ad sedem apostolicam provocasset vel ante electorum iudicum audientiam", um die Unzulässigkeit eines weiteren Angehens des päpstlichen Stuhles darzuthun.

[6] Auf letzteres beruft sich die Synode v. S. Basol für das Recht der weltlichen Gewalt zur vorläufigen Inhaftnahme der angeschuldigten Bischöfe c. 23, M. 19, 128 und für die sofortige Exekutionsfähigkeit des synodalen Absetzungsurtheils c. 28 p. 135.

[7] Denn durch die unter Mitwirkung eines päpstlichen Legaten 995 zu Rheims abgehaltenen Synode ist die Absetzung Arnulfs kassirt worden, Bd. III S. 570. Ja, gegen den B. Aszelin v. Laon, welcher von König Robert wegen verschiedener „crimina publica" u. A. auch des Ungehorsams gegen den letzteren angeklagt und auf die Ladung vor eine grössere Synode ausgeblieben war, rief der König im Verein mit dieser letzteren die Hülfe des Papstes an, welcher in Folge dessen den Bischof nach Rom vorlud, ep. Silvestr. II. ad Azelin 1001?, M. 19, 241. — An den Reichssynoden zu Bamberg 1012, Thietm. chron. VI. 40, SS. 3, 823: „in qua Metensis presul Thiedricus a rege increpatus quod in epistola suimet hunc iniuste apud papam accusaret" und zu Coblenz 1012, Bd. III S. 561 n. 3, Thietm. VI. 33, SS. 3, 831: „Huic ab omnibus episcopis ibidem convenientibus interdictum est, ut ante purgacionem missam non caneret", auf welchen auf Veranlassung des Königs gegen den hochverrätherischen Bischof v. Metz, Theodorich II. verhandelt worden ist, haben allerdings keine päpstlichen Legaten theilgenommen, aber es ist auch hier nicht auf Absetzung, sondern nur auf Suspension vom Messelesen erkannt worden, Hefele, Conc. Gesch. 4, 668. 669; Hirsch, Heinrich II. 2, 282. 324. 343.

genden Jahrhunderten sind etwaige Absetzungen von Bischöfen für die Regel durch bischöfliche Synoden unter Mitwirkung päpstlicher Legaten erfolgt[1].

2. Die Bischöfe. Indessen konnten die Fürsten andererseits unmöglich darauf verzichten, ihrerseits die Bischöfe in denjenigen Fällen, in denen sich diese eine Verletzung der ihnen als weltlichen Fürsten, als Vasallen, als Beamten und als Unterthanen obliegenden Pflichten hatten zu Schulden kommen lassen, zu bestrafen, und eine solche Befugniss dem Papste ausschliesslich zugestehen. Dieses Recht haben sie daher und zwar im 11. Jahrhundert sogar noch unter Billigung streng kirchlich gesinnter Geistlichen ausgeübt[2]. Im Zusammenhang damit bot sich den germanischen Herrschern, namentlich bei hochverrätherischen Handlungen der Bischöfe, ein Mittel zur Ausschliessung jedes kirchlichen Verfahrens und jeder Einmischung des Papstes in ihrem anerkannten Rechte dar, alle Verletzungen ihrer Herrscherwürde vom blossen Ungehorsam bis zum Hochverrath[3] seitens der weltlichen und geistlichen Fürsten[4] mit arbiträren Strafen, namentlich mit Gefangenhaltung oder mit Verbannung zu belegen[5]. Dagegen wurde allerdings das Recht zur einseitigen Absetzung von Bischöfen, zu

[1] S. z. B. Windsor 1070, M. 20, 6, die einer Anzahl englischer Bischöfe, vielleicht allerdings weniger wegen ihrer Vergehen, als weil sie hochverrätherischer Handlungen gegen Wilhelm I. (den Eroberer) fähig gehalten wurden, und ihre Stühle mit diesem ergebenen Normannen besetzt werden sollten, Hefele 4, 886. Auf der zahlreich besuchten Mainzer Synode der Wibertisten i. J. 1085 sind ferner in Anwesenheit Heinrichs IV. unter Theilnahme der Legaten des Gegenpapstes Clemens III. eine Anzahl gregorianischer Bischöfe, 2 Erzbischöfe und 13 Bischöfe als „rebelles imperatori" abgesetzt, Ekkeh. chron. SS. 6, 206; Böhmer-Will reg. 1, 220; Köhncke, Wibert v. Ravenna. Leipzig 1888 S. 106; Sdralek, d. Streitschriften Altmanns v. Passau. Paderborn 1890 S. 14; und ebenso ist auf Verlangen Alfons' VI. v. Kastilien u. 1088 der des Hochverraths verdächtige Erzb. Didacus v. Compostella durch die von einem päpstlichen Legaten zu Husillos abgehaltene Synode deponirt und dann vom König in das Gefängniss geworfen worden, Gams, Kirchengeschichte Spaniens III. 1, 6. 7 u. Hefele 5, 199. Ebensowenig ist der Herzog Sobeslav v. Böhmen selbst gegen den der Betheiligung an einem hochverrätherischen Komplott (1131) beschuldigten Bischof Meginhard v. Prag eingeschritten, hat vielmehr die Sache zunächst dem Spruch des Bischofs Otto v. Bamberg und des Erzbischofs v. Mainz überlassen, der günstig ausfiel. Als dann Innocenz II. auf eine erneuerte, bei ihm angebrachte Anschuldigung 1133 die Angelegenheit einem päpstlichen Legaten übertragen, und dieser sich anscheinend den Erzbischof v. Mainz substituirt halte, reinigte sich Meginhard vor diesem und einer Anzahl von ihm berufener Bischöfe, Bernhardi, Lothar v. Supplinburg S. 418 ff.

[2] So erklärte B. Wazo v. Lüttich Heinrich III. (1046) zu Aachen, als es sich um die Bestrafung des Erzb. Widger v. Ravenna handelte (s. unten S. 412 n. 3), Anselm. gest. episc. Leod. c. 58, SS. 7, 224: „Summo ... pontifici oboedientiam, vobis autem debemus fidelitatem. Vobis de secularibus, illi rationem debeamus de his quae ad divinum officium attinere videntur ideoque mea sententia quicquit iste contra aecclesiasticum ordinem admiserit, id discutere pronuntio apostolici tantummodo interesse. Si quid autem in saecularibus quae a vobis illi credita sunt, negligenter sive infideliter gessit, procul dubio ad vestra refert exigere". Auch als Wazo 1048 von Heinrich III. 1048 wegen nicht erfüllter Heerespflicht in eine Geldbusse von 300 Pfund Silber genommen worden war, hat er das Recht des Königs zu dieser Bestrafung nicht in Frage gestellt, Steindorff Heinrich III. 2, 50. Von diesem Standpunkt aus erklären sich auch Strafandrohungen für kaiserliche Bestätigungen, wie die im dip. Loth. III. v. 1136 für das Kloster Neumünster, Lappenberg, Hamburg. Urkdbch 1, 138 u. Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten 1, 27: „ut nullus archiepiscopus, episcopus, dux, marchio .... nulla denique magna parvave persona in his concessis eos inquietare .... praesumat. Si quis vero contra hoc .. conatus fuerit, C libras auri, medietatem camerae nostrae et medietatem predictis componat fratribus".

[3] Vgl. Waitz, deutsche Verfassungsgesch. 6, 473, Ficker, Forschgen z. Reichs- und Rechtsgesch. Italiens 1, 173 u. 3, 400. Darüber, dass schon der blosse Ungehorsam als Hochverrath betrachtet wurde, s. const. Heinr. III. v. 1054, LL. 2, 42 u. 4, 639: „Decet imperialem solertiam contemptorem suae praesentiae capitali dampnare sententia".

[4] Waitz a. a. O. 6, 472. 478.

[5] Davon haben die deutschen Kaiser und Könige einen umfassenden Gebrauch gemacht, so hat Otto I. 939 Erzb. Friedrich v. Mainz ein Jahr lang in einem Kloster in Haft halten lassen, Böhmer-Will reg. I, 102; ebenso Otto II. 978 den B. Heinrich v. Augsburg, vita Oudalrici c. 28, SS. 4, 417; Konrad II. die Bischöfe v. Piacenza, Cremona und Vercelli nach Deutschland in die Verbannung und in Haft geschickt, ann. Magdeburg. 1037, SS. 16, 171: „ex senatus decreto predictos episcopos trans Alpes conservandos contulit"; Bresslau, Konrad II. 2, 267;

welcher nur in vereinzelten Fällen, so von Konrad II.[1] und Friedrich II.[2] und zwar erfolgreich[3] geschritten worden ist, mit Rücksicht darauf, dass durch eine solche

Heinrich III. 1054 den B. Lietbert v. Cambrai wegen Ungehorsams gegen seine Befehle bis zur Befolgung derselben in Haft gehalten, Steindorff, Heinrich III. 2, 282, und 1055 B. Gebehard v. Regensburg wegen seiner Betheiligung an der Verschwörung des Herzogs Welf einem weltlichen Grossen in Haft gegeben (allerdings 1056 schon wieder begnadigt) a. a. O. 2, 323. 345. Gleiche Maassregeln sind von Heinrich IV. gegen B. Wernher v. Merseburg, Lambert ann. 1075, SS. 5, 227, B. Adalbert v. Worms 1078, SS. 3, 129; römische Synode v. 1080, M. 20, 536 („Adalbertus ... adhuc ab eo contra sedis apostolicae praeceptum in captione cruciatur") und gegen B. Burchard v. Münster, ann. Hildesh. 1106, SS. 3, 111; von Heinrich V. gegen B. Godehard v. Utrecht, Ekkeh. SS. 6, 26 („quasi pravi consilii particeps et ob hoc maiestatis reus habitus custodiae traditus") und 1112 gegen den mächtigen Adalbert v. Mainz, welcher 3 Jahre in Haft blieb, Ekkeh. 1112, SS. 6, 246; Böhmer-Will 1, 264. 250, verhängt worden. Auch Konrad III. hat 1149 den B. Heinrich v. Minden wegen Beleidigung der königlichen Würde nach Aachen vor das Fürstengericht geladen, ep. Conradi III., Jaffé mon. Corbeiens. p. 317: „miramur te non solum mandata nostra set officium tuum non implere. Satis diu patrocinatus es enormitati mulierum quae ibidem habitaverant et nimium contradixisti, ne divini cultus religio per nos et nostros ibidem firmaretur ... Pro his igitur et aliis, in quibus nos offendere nequaquam dubitasti .. tibi ... praecipimus, ut in proxima nativitate domini praesentiam tuam apud Aquisgrani nobis exhibeas, responsurus nobis iudicio principum de his quae circa nos et mandata nostra neglexisse visus fueris"; Bernhardi, Konrad III. 2, 767.

Für England vgl. ep. Paschalis II. ad Heinr. I. n. 1117, J. L. n. 6552, M. 20, 1012: „Audivimus electum Eboracensem (Thurstan) ... sine iudicio ab Eboracensi ecclesia sequestratum (wegen Ungehorsams in dem Primatialstreit mit Canterbury Bd. I S. 617), quod nimirum divinae iustitiae et ss. patrum institutionibus adversatur".

Von einer Verurteilung durch das Königsgericht ist, wie Waitz 6, 474 n. 2 mit Recht bemerkt, in den aufgezählten Beispielen nicht die Rede gewesen, vgl. auch in Betreff Adalberts v. Mainz Anselm Gemblac. 1115, SS. 6, 376: „sine audientia et iudicio custodiae mancipaverat". Selbst in ann. Magdeb. 1037 cit. ist das: ex senatus decreto kaum auf das Fürstengericht, so Bresslau 2, 266 n. 2, sondern auf den königlichen Rath zu beziehen, vgl. auch Wipo vita Chuonradi II. c. 35, SS. 11, 272: „III episcopi Verc. Cremon. Placent. apud imperatorem accusati sunt, quos imperator exulari fecit. Quae res displicuit multis, sacerdotes sine iudicio dampnari", wo offenbar der Mangel jeglichen gerichtlichen Verfahrens, nicht blos der eines solchen vor dem geistlichen Gericht gerügt wird. Dass aber andererseits auch der König das Fürstengericht, wenn er wollte, betheiligen konnte, zeigt ep. Conradi III. cit.

[1] Er hat zunächst 1037 gegen den Erzb. Aribert v. Mailand wegen Nichtbeachtung einer kaiserlichen Ladung die Inhaftirung verfügt, ann. Magdeb. 1037, SS. 16, 171: „consiliante senatu ... eumque Aquilejiensi patriarchae custodiendum mandavit" (wie die übrigen Quellen ergeben, Bresslau 2, 233 n. 1, handelte es sich auch hier um eine arbiträre Maassregel, nicht um eine gerichtliche Verurteilung), ihn dann nach seiner Flucht für einen Reichsfeind erklärt, Arnulf II. 13, SS. 8, 11: „suum et reipublicae palam Heribertum denunciat inimicum" (Ficker a. a. O. 1, 168) und ihn schliesslich unter Ernennung eines Nachfolgers aus kaiserlicher Machtvollkommenheit abgesetzt, Arnulf II. 14, ibid. p. 15: „.. rex magis intumuit in tantum, ut Heribertum adiudicaret propria dignitate privandum. Stabilita igitur deliberatione praesulatum tradidit Ambrosio Mediolanensis ecclesiae cardinali presbitero suoque capellano, etsi videntibus, non tamen volentibus episcopis."

[2] Dieser hat auf dem Reichstag zu Würzburg 1165 den Erzb. Konrad v. Mainz abgesetzt, gest. archiepisc. Salisb. SS. 11, 102: „archiepiscopus Chunradus de sua sede propulsus est"; annal. S. Petri Erphesf. SS. 16, 23: „Mogontinus electus ob praedictam causam ab imperatore episcopatu est privatus"; Böhmer-Will reg. 2, 8, weil sich der letztere der Ableistung des vom Kaiser und von einer Anzahl Fürsten geschworenen Eides, niemals Alexander III. oder einen von seiner Partei gewählten Nachfolger anzuerkennen, LL. 2, 135; Böhmer-Will 2, 6; Hefele. Conc. Gesch. 5, 647, durch die Flucht entzogen und sich zu Alexander III. nach Frankreich begeben hatte, Böhmer-Will 2, 7; Hefele 5, 649.

[3] Denn da der um die Gunst Konrads II. buhlende Papst Benedikt IX. sich wegen des fortgesetzten hochverrätherischen Verhaltens Ariberts zu einer die Absetzung nachträglich legalisirenden Handlung, der Exkommunikation des kaiserlich abgesetzten Erzbischofs verstehen musste, Annal. Hildesh. 1038, SS. 3, 102: „praedictus ... Mediolanensium metropolitanus ab apostolico pontifice post crebras commoniciones communi episcoporum decreto in paschis anathematizatus est"; Bresslau 2, 286, so war das Vorgehen Konrads II. unter besonders günstigen Verhältnissen erfolgt. Den von Friedrich I. abgesetzten Erzbischof v. Mainz hat allerdings Alexander III. trotz der kaiserlichen Absetzung konsekrirt, Böhmer-Will 2, 10, und wenn auch der von ersterem auf den Mainzer Stuhl beförderte Christian I. zunächst nicht in den völlig unangefochtenen Besitz seines Erzbisthums gelangt ist, so hat er doch in Folge des Friedens v. Venedig (1177), nachdem Konrad auf Veranlassung des Papstes das Erzbisthum Mainz aufgegeben hatte, a. a. O. 2, 15. 48; Varrentrapp, Erzb. Christian v. Mainz, Berlin 1867. S. 88 ff., die päpstliche Konfirmation erhalten.

Nicht hierher gehört der Fall des Erzb. Widger v. Ravenna. Diesen hat zwar Heinrich III. nach

die geistliche Stellung und die geistlichen Rechte des Bischofs direkt betroffen wurden, gegenüber dem seit Jahrhunderten bestehenden Rechtszustande[1], an welchem das Rechtsbewusstsein der damaligen Zeit festhielt[2], den Herrschern nicht zugestanden, und es konnte daher ein derartiges Recht gegenüber dem die Absetzung der Bischöfe für sich beanspruchenden Papstthum nicht durchgesetzt werden[3].

Ja, sogar gegen die arbiträre Strafgewalt, welche die Fürsten in den vorhergedachten Beziehungen (s. S. 411) gegen die Bischöfe ausübten, hat das Papstthum[4] schon im 12., vor Allem aber seit dem 13. Jahrhundert angekämpft[5], indessen haben

Herim. Aug. 1046, SS. 5, 126: „Widgerum qui Ravennae praesulatum iam biennio inepte et crudeliter nondum consecratus tenebat, ad se vocatum episcopatu privavit" abgesetzt (eine Nachricht, welcher vor der Erzählung der gesta episcop. Leod. Anselmi c. 58, SS. 7, 227 von der Abdankung Widgers der Vorzug zu geben ist, Steindorff, Heinrich III. 1, 296), indessen geschah dies nach synodaler Verhandlung der zahlreich in Aachen auf der Reichsversammlung erschienenen Bischöfe, Steindorff a. a. O. 1, 294. 296, also auf einer Reichssynode, und ferner handelte es sich nach gest. Anselmi cit. um kirchliche Vergehen des Erzbischofs, namentlich um die nicht rechtzeitige Nachsuchung der bischöflichen Konsekration und um die Feier der Messe vor der letzteren mit den bischöflichen Insignien. Der Umstand, dass die Entscheidung nicht dem Papste vorbehalten worden oder dass kein päpstlicher Legat mitgewirkt hat, findet seine Erklärung darin, dass sich damals das ausschliessliche Reservatrecht des Papstes zur Absetzung der Bischöfe noch nicht definitiv festgestellt hatte, s. o. S. 285. Endlich war der Erzbischof wegen verzögerter Nachsuchung der Konsekration nach c. 1. 2 Ravenna 877 (c. 1 Dist. C., Bd. II S. 676 n. 4) bereits seiner erzbischöflichen Würde verlustig gegangen, und daher stellte sich die Absetzung lediglich als die Entfernung Widgers aus dem von ihm widerrechtlich beibehaltenen Amte dar, eine Auffassung, welche anscheinend auch Petrus Damiani in seinem Belobigungs- und Ermunterungsschreiben an Heinrich III. in dieser Angelegenheit, ep. VII. 2, opp. 1, 119; Steindorff a. a. O. 1, 297, gehabt hat.

[1] Bd. IV S. 794 ff. 850 ff. und o. S. 281.

[2] Wenn Waitz a. a. O. 7, 297 behauptet, dass in der Zeit des Kampfes sich die deutschen Könige das Recht beigelegt haben, die Bischöfe „geradezu abzusetzen, ohne dass auch nur immer die Form der Zustimmung einer kirchlichen Versammlung gewahrt blieb", so geht dies entschieden zu weit. Seine Berufung auf Berthold. Zwifalt. c. 8. SS. 10, 102 ist völlig unzutreffend, denn dieser hat bei den Absetzungen von Bischöfen, deren er gedenkt, die Mainzer Synode v. 1085, v. S. 411 n. 1, im Auge, und die Heinrich V. in Laurent. gest. Virdun. c. 18, SS. 10, 502 zugeschriebene Äusserung: „eum regem pariter et summum sacerdotem ... praedicasse, eius iuris esse, ut praesules faciat et deponat, dialectasse" beweist als eine offenbare Übertreibung, für welche sich, soweit die Absetzung in Betracht kommt, keine Beweise erbringen lassen, nichts. Eine solche enthält auch hinsichtlich Heinrichs IV. ep. Conrad. Salzburg. ad Heinr. V., Hansiz, Germania sacra. Aug. Vindel. 1727. 2, 943: „Scitis enim qualiter d. imperator nos ad iudicium non vocatos ... et judicio destituit et officio ac potestate spiritualium et temporalium actionum, quantum in ipso est, privavit".

Darüber, dass das einseitige Vorgehen Konrads II. gegen Aribert v. Mailand in den kirchlichen Kreisen seiner Zeit gemissbilligt worden ist, s. Arnulf. II. 14 i. f., S. 412 n. 1; Wipo vita Chuonr. II. c. 35, SS. 11, 572: „Referebant nobis quidam... Heinricum (später Heinrich III.) filium imperatoris, salva reverentia patris clam detestari praesumptionem caesaris in archiepiscopum Mediolanensem ... et merito, quia sicut post iudicialem sententiam depositionis nullus honor exhibendus est, sic ante iudicium magna reverentia sacerdotibus debetur".

[3] Spätere Beispiele solcher einseitiger Absetzungen lassen sich nicht nachweisen, wohl aber Bitten der Fürsten an den Papst, die Stühle hochverrätherischer Bischöfe mit anderen zu besetzen, also jene zu entfernen, so Philipps III. v. Frankreich wegen des der Majestätsbeleidigung gegen die Königin beschuldigten B. Petrus v. Bajeux, Raynald. ann. a. 1278 n. 33 ff.; Eduards I. 1275 wegen der Bischöfe v. S. Andrews und Glasgow, Rymer foedera I. 2, 528 und Eduards II. wegen des Bischofs v. Herford 1325 ibid. II. 1, 601. Ludwig X. d. Zänker hat allerdings d. B. Peter v. Chalons s. Marne wegen Beschuldigung des Giftmordes 1315 vor die v. ihm einberufene Synode v. Senlis stellen lassen, aber nach einer mehrfachen Vertagung ist 1316 eine Freisprechung erfolgt, M. 25, 559 ff.; Hefele 6, 372.

[4] Vgl. ep. Paschal II. S. 411 n. 5, s. auch Lateran. III. 1179 c. 14, M. 22, 226.

[5] Als B. Ekbert v. Bamberg, welcher der Beihülfe an der Ermordung Philipps v. Schwaben bezichtigt wurde und nach Ungarn geflohen war, von Otto v. Braunschweig geächtet worden, so ann. Admunt. SS. 9, 591 (die ann. Marbac. SS. 17, 171 berichten allerdings nur: „ob hoc non modico tempore cogitur exulare"), vgl. Winkelmann, Philipp v. Schwaben 1, 477, erklärte Innocenz III. 1209 dem Kaiser Otto, Potthast n. 3841, Migne opp. 3, 149: „detestandum est tamen et illud iniquum iudicium quod contra .... Pabemberg. episc. extitit inordinate praesumptum: quoniam, etsi forte culpabilis super hoc idem episcopus potuisset ostendi, ordinate tamen et aequo debuerat examine iudicari. Unde nos ipsum negotium volentes reducere ad tramitem rationis, dudum ... Hugolino Ostiensi

die Herrscher, weil sie die Bestrafung solcher Handlungen unmöglich in die Hand einer Macht, welche die letzteren unter völlig anderen, den kirchlichen und staatlichen Interessen fremden Gesichtspunkten beurtheilen musste, legen konnten, trotz aller päpstlichen Proteste an diesen Befugnissen[1] festgehalten.

episcopo et .. Leoni tit. s. Crucis presbytero cardinali tunc apost. sedis legatis illud commisimus sub hac forma, ut si super nece praedicti ducis accusatore contra praedictum episcopum legitimo comparente fuisset coram ipsis culpabilis comprobatus, ab omni officio et beneficio ecclesiastico sublato cuiuslibet contradictionis et appellationis obstaculo deponere procurarent, alioquin indicerent ei purgationem canonicam, in qua si forte deficeret, censura eum simili condemnarent, quod si legitime se purgaret, denunciarent eum subiecto crimine penitus innocentem; ante omnia providentes ut si quid contra eum vel eius ecclesiam esset perperam attentatum in statum debitum revocarent", vgl. auch Innocenz III. 1209, Potth. n. 3617. 3842, Migne 2, 1534; 3, 150 u. de negotio imp. n. 183, ibid. p. 1166. Der Prozess ist dann zwar nicht vor den zuerst ernannten Legaten, aber vor anderen päpstlichen Kommissaren 1211 zu Ende geführt und hat mit der Wiedereinsetzung der Ekberts geendet, Winkelmann 1, 478. Ob Alexander III. 1169, J. L. n. 11648 für Upsala, Migne patrol 200, 609, wonach weder der Erzbischof noch ein anderer Prälat vor Laien angeklagt oder vor ein weltliches Gericht gezogen werden soll, hierher gehört, ist nicht zu ersehen.

[1] So Friedrich II. in Sizilien, Will man auch die von ihm gegen den B. Harduin v. Cefalu 1222 verhängte Temporaliensperre nicht hierher rechnen, weil sie, wenngleich der Bischof sich schon verschiedene Übergriffe erlaubt hatte, doch aus Anlass einer Klage des Domkapitels über Verschleuderung des Kirchenguts erfolgt ist, Winkelmann, Mitthlgen d. Inst. f. österr. Geschichtsforschg. Erzgsbd. 1. S. 299. 302, so hat Friedrich II. doch denselben Bischof als proditor aus dem Königreich ausgewiesen, ep. Frider. II. ad Gregor. IX. 1236, Huillard-Bréholles hist. dipl. Frid. II. 4, 911; Gregor. IX. ad Frid. 1236, Potth. n. 10255; Rodenberg, epistol. 1, 603: „Cephaludensis episcopus, archidiaconus Salemitanus et Sorane civitatis ecclesiae ... quare isti perpetui exilii et ille perpetue patiantur ruine dispendia, ignoramus, nisi quod dum contra pacem inter te ac ecclesiam reformatam spiritualia sicut secularia iudicas, dum eos ... non convictos non confessos pena iudicium preveniente condemnas"; Winkelmann a. a. O. S. 306. Weiter ist von ihm gegen B. Nikolaus v. Tarent wegen Verschwörung und Beraubung des königlichen Gutes die Temporaliensperre und die Ausweisung, — von Honor. III. ep. 1226, Potth. n. 1581, Rodenberg 1, 219 ebenfalls als eine ohne Prozess vor dem Urtheil zu Unrecht verfügte Strafe bezeichnet —, verhängt worden, und in gleicher Weise scheint er auch gegen den Bischof v. Catania vorgegangen zu sein, Winkelmann, Kaiser Friedrich II. 1, 278 n. 1.

Für Frankreich s. Arrêt v. 1267, Durand de Maillane, les libertez de l'eglise Gallicane. Lyon 1771. 1, 678; „Demum auditis hinc inde propositis, cum idem episcopus (v. Chalons) quod super hoc actum fuit, ratione baroniae suae egerit et de forisfacto facto in sua laicali iustitia quam tenet a rege, accusatus, judicatum fuit, quod super hoc in ista curia dictus episcopus responderet, non obstantibus propositis ab eodem"; weiter Raynald. annal. n. 1278 n. 33 ff., wonach Philipp III. dem B. v. Bajeux, s. S. 413 n. 3, welcher geflohen war, die Temporalien mit Beschlag belegt hat; ibid. 1301 n. 26 über die Inhaftirung des B. v. Pamiers wegen hochverrätherischer Handlungen und Beleidigung des Königs unter Philipp IV. d. Schönen, vgl. auch Hefele 6, 322. 329. 332.

Aus England gehört hierher die Verurtheilung des Thomas Becket v. Canterbury 1164 durch die grosse Gerichtskurie zu Northampton auf Veranlassung Heinrichs II. wegen Verletzung der Lehnspflicht zur Überlieferung an die Gnade des Königs, d. h. zugleich zum Verlust seiner Güter, einer Strafe, die in eine Geldbusse von 500 Pfund verwandelt wurde, Lappenberg-Pauli, Gesch. v. England 3, 47; Reuter, Alexander III. 1, 403; Hefele, Conc. Gesch. 5, 632; ferner die Inhaftirung der des Hochverraths beschuldigten Bischöfe v. S. Andrews u. Glasgow durch Eduard I., s. Schreiben desselb. an den Papst v. 1275, Rymer, foedera I. 2, 528 und durch Eduard II., sowie die Inhaftirung des Bischofs v. Lichfield durch denselben 1308, ibid. II. 1, 39. 144. 148, vgl. auch ep. Clement. V. ibid. p. 41. 42. Unter Eduard III. ist 1334 die dem Bischof v. Dower wegen Nichttheilnahme am Parlament auferlegte Geldstrafe v. 100 Mark, weil die Verurtheilung zu Unrecht geschehen war, erlassen, ibid. II. 2, 878, ferner der Befehl gegeben, den Bischof v. Man in Schottland 1340 vor den König nach London zu bringen: „ibidem super aliquibus nos tangentibus responsurus", ibid. II. 2, 1141; über die Verurtheilung des Bischof v. S. Andrews durch Robert Bruce v. Schottland s. das Schreiben Johanns XXII. bei Theiner, rescr. monum. Hibern. et Scotor. hist. illustr. Romae 1864 p. 197. Vgl. auch Britton I. c. 5 n. 3, ed. Nichols 1, 27, betreffend die verdächtigen, an den Bischof ausgelieferten Kleriker: „Et si le ordinarie ly delivere hors de sa prisoun avaunt due acquitaunce solom purgacioun des clers ou il le face si negligaument garder qe il eschape, ou si maliciousement le fet detener qe il ne peuse a sa purgacioun vener et ceo soit atteynt, en chescun poynt soit le ordinaire en nostre mercie", d. h. der König kann ihn amerciare, strafen, in Geldbusse nehmen.

Für Deutschland vgl. die Glosse zum Sachsenspiegel I. art. 1: „Der keiser und seine richter haben auch unterweilen zu richten über

3. **Die übrigen Geistlichen ausser den Bischöfen.** Was die übrigen Geistlichen ausser den Bischöfen anlangt[1], so hat in Betreff ihrer die Kirche ebenfalls seit Ausgang des 9. Jahrhunderts den ausschliesslichen Gerichtsstand in allen Strafsachen vor den geistlichen Gerichten wiederholt gefordert[2], und wenngleich man sich in manchen Ländern diesem Anspruch seit dem 10. Jahrhundert gefügt hat[3], so beweist doch gerade die mehrfache Erneuerung der betreffenden Forderung, dass derselbe weder überall Anerkennung gefunden hat[4], noch auch da, wo dies der Fall war, stets beachtet worden ist[5]. Gerade im 12. Jahrhundert, während Gratian die Freiheit der Kleriker von der staatlichen Strafgerichtsbarkeit als gemeines Recht hinstellt[6], beginnen sich die Übelstände der Exemtion der Kleriker von den weltlichen Gerichten immer fühlbarer zu machen. Musste schon der Umstand, dass der An-

personen die der geistligkeit verwandt sind ... als ob die prälaten jhren ungehorsamen unterthanen nicht steuren wolten oder möchten".

Sogar die wesentlich auf dem Boden des kirchlichen Rechts stehenden Siete partidas Alfonsos X. (IX.), welche 1263 publicirt, aber damals freilich noch nicht zur Durchführung gekommen sind, Schirrmacher, Gesch. Castiliens. Gotha 1881 S. 535, erklären die Bischöfe für verpflichtet, vor dem König als ihrem Richter zu erscheinen, P. I t. 5 l. 65 ed. Lopez, Madrid 1829 1, 129, und selbst einzelne italienische Kommunen, so z. B. Faenza, s. c. 7 (Honorius III. 1216 (27) X de injur. V. 36) und Mailand 1221, Notae S. Georg. Mediolan. SS. 18, 389; Winkelmann, Friedrich II. 1, 175. 176, haben über ihre Bischöfe den städtischen Bann verhängt.

[1] Vgl. Dove, de iurisdictionis ecclesiasticae apud Germanos Gallosque progressu, diss. in. Berolini 1855 p. 65 ff. 116ff. 175ff.; Aem. Friedberg, de finium inter ecclesiam et civitatem regundorum iudicio quid medii aevi doctores et leges statuerint. Lips. 1861 p. 132 ff.

[2] Nicol. I. respons. ad Bulgar. 866 c. 83, M. 15, 422: „non autem vobis licet clericos iudicare, cum vos magis ab ipsis conveniat iudicari"; Rom 1059 c. 10, M. 19, 898: „Ut cuiuslibet ordinis cleros laici non iudicent": Nimes 1096 c. 14, M. 20, 936: „Ut nullus ... nec clericos nec monachos in curiam suam ad seculare cogat venire iudicium"; Urban II. ad Rudolf. com. 1088/1098, J. L. n. 5722, M. 20, 659: „Nosse te volumus, quia nulli secularium domino potestatem in clericos habere licet, sed omnes clerici episcopo soli esse debent subiecti. Quicumque vero aliter praesumpserit, canonicae procul dubio sententiae subiacebit"; Legatenkonstitution für Mailand 1067, M. 19, 947; „quia ... nullum clericorum pro cuiusquam peccati culpa vel officii sui aliqua in deum offensa in iudicio laicorum amodo esse permittimus, sed modis omnibus prohibemus ... (p. 948) integram quoque habeat (Erzbischof) in omnem suum clerum canonice iudicandi ac distringendi potestatem tam in civitate quam extra", s. dazu Meyer v. Knonau Heinrich IV. u. Heinrich V. 1, 560. 561.

[3] In Deutschland durch die Reichssynode zu Hohenaltheim 916 c. 18, LL. 2, 557: „Clerici etiam non secularibus iudicibus, sed episcopali audientia reserventur", c. 12. 13 ibid., vgl. Bd. III. S. 560 n. 8, s. auch den Mainzer Gottesfrieden (s. o. S. 306 n. 5) 1085. LL. 2, 57: „Banno etiam nostro interdicimus, ne aliquis sacri ordinis huius sanctae pacis transgressor convictus laicali vindicta puniatur, sed episcopo praesentetur"; in England durch die carta Willelmi I. u. 1085, R. Schmid, Gesetze der Angelsachsen. Leipzig 1858 S. 357, durch welche die Trennung der weltlichen und geistlichen Gerichtsbarkeit verfügt wurde, Schmid im Register Art. Geistliche S. 590 a. E.; Phillips, Engl. Reichs- und Rechtsgesch. 1, 106 (c. 5 §§. 7—9, 24 der leges Heinrici I., eines zw. 1113—1118 verfassten Privat-Rechtsbuches, geben pseudo-isidorische Stellen wieder).

[4] Graner Synode 1114 c. 1, M. 21, 103: „.... interpellandus est rex, ut causae clericorum vel ecclesiasticorum rerum canonice finiantur", c. 25: „si quis clericorum vel abbatum in causis ecclesiasticis relicto episcopali iudicio regalem curiam aut seculare iudicium adierit, causam perdat aut se poenitentia emendet". Noch Lucius III. (zw. 1181—1185) verwirft die Gewohnheit, dass Kleriker wegen Diebstahls von den weltlichen Gerichten abgeurtheilt werden, c. 8 X iudic. II. 1.

[5] Nicht in England, ep. Anselm. Cant. ad Heinr. I., M. 20, 1154: „Audio quod vestra excellentia vindictam exercet super presbyteros Angliae et forisfacturam ab eis exigit, qui non servaverunt praeceptum concilii .... apud Londinam (1102) .. Quod hactenus inauditum et inusitatum est in ecclesia de ullo rege et de aliquo principe"; Reuter, Alexander III., 2 A. 1, 574, III. Auch in Deutschland sind trotz der Synode v. Altheim (Anm. 3) noch einzelne Äbte durch die Kaiser abgesetzt worden, so 1013 Branthog v. Fulda durch Heinrich II., Hirsch, Heinrich II. 2, 410 und Ellinger v. Tegernsee 1025 durch Konrad II., Bresslau, Konrad II. 2, 399. Ebensowenig spricht für die allgemeine Anerkennung des geistlichen Forums, dass Heinrich II. noch 1101 dem Domkapitel zu Speier, Hilgard, Urk., Gesch. d. Stadt Speier. Strassburg 1885 S. 17 ausdrücklich für den Fall: „si aliquis fratrum aliquem forensem volneraverit, despoliaverit vel in aliquo laeserit", die Exemtion vom weltlichen Gericht gewährt hat; vgl. auch Anm. 3.

[6] Dict. Gratian. ad. c. 30 C XI. qu. 1, c. 1. 2. 3. 14 (Pseudo-Isidor) qu. cit.

schauung der damaligen Zeit harte und grausame Strafen bei schweren Kriminalvergehen entsprachen, und dass diese wohl gegen die Laien von den weltlichen, nicht aber gegen die Kleriker von den geistlichen Gerichten verhängt wurden[1], das Rechtsbewusstsein der Laien verletzen, so kam noch weiter hinzu, dass bei der Milde der geistlichen Gerichte, welche sich oft scheuten, durch Verhängung der Deposition den weltlichen Gerichten die Bestrafung der dadurch wieder in den Laienstand zurücktretenden Geistlichen zu ermöglichen[2] und bei der grossen Zahl von tonsurirten Klerikern, welche vielfach weltliche Beschäftigungen trieben und durch das Exemtionsprivileg vor dem weltlichen Richter gesichert waren, sich die Zahl der von Geistlichen verübten Verbrechen in der Art mehrte[3], dass die weltlichen Gewalten sich veranlasst sehen mussten, gegen diese offenbaren Missstände einzuschreiten. Theils stellte man unbekümmert um die Ansprüche der Kirche die Geistlichen vor das weltliche Gesicht[4], theils schränkte man wie Heinrich II. v. England und Wilhelm II. v. Sizilien durch gesetzgeberische Maassnahmen die kirchliche Gerichtsbarkeit in grösserem[5] oder geringerem Umfange[6] ein.

[1] S. o. S. 58.

[2] Guilelm. Neubrigens. († 1208) hist. rer. Anglic. II. 16. rec. Cl. Hamilton. London 1856. 2, 131 (betr. die Zeit Heinrichs II.): „Episcopi ... arbitrantur obsequium se praestare deo et ecclesiae, si facinorosos clericos, quos pro officii debito canonicae vigore censurae coercere nolunt vel negligunt, contra publicam tueantur disciplinam. Unde clerici .. habentes per impunitatem agendi quodcunque libuerit licentiam et libertatem neque deum ... neque homines potestatem habentes reverentur, cum et episcopalis circa eos sollicitudo sit languida et saeculari eos iurisdictioni sacri eximat ordinis praerogativa".

[3] L. c. p. 130: „Regi .. circa curam regni satagenti et malefactores sine delectu exterminari iubenti a iudicibus intimatum est, quod multa contra disciplinam publicam, scil. furta, rapinae, homicidia a clericis saepius committerentur, ad quos scil. laicae non posset iurisdictionis rigor extendi. Deinde ipso audiente declaratum dicitur, plus quam C homicidia inter fines Angliae a clericis sub regno eius (also etwa v. 1154 bis spätestens 1163) commissa". Auf der Synode v. Jouarre 1134 wurde wegen zweier Morde, die von Geistlichen gegen Geistliche begangen waren, verhandelt, M. 21, 445.

[4] Aus ep. 137 Ivos v. Chartres, Migne 162, 145 ergiebt sich, dass ein Mitglied des Capitels v. Beauvais wegen eines Verbrechens vor das Königsgericht geladen worden ist, vgl. Kober, Deposition S. 150. Auch in Cambrai ist 1151 ein Kleriker von der Kommune wegen Verbrechen verurtheilt, und sein Haus niedergerissen worden, worauf allerdings der Bischof gegen die Thäter die Exkommunikation und über die Stadt das Interdikt verhängte, Lambert Waterlos ann. Camerac. a. 1151, SS. 16, 520—522; Dieckmeyer, d. Stadt Cambrai. Bielefeld 1890 S. 57. 58.

[5] Ersterer — entgegen dem früheren Recht, s. S. 415 n. 3 — in den angeblich die consuetudines avitae kodificirenden Constitutionen v. Clarendon 1164 c. 3, Reuter Alexander III, 1, 574: „Clerici retati (vor Gericht gefordert) et accusati de quacumque re, summoniti a iustitia regis venient in curiam ipsius, responsuri de hoc, unde videbitur curiae regis quid sit ibi respondendum et in curia ecclesiastica, unde videbitur, quid sit ibi respondendum, ita quod iustitia regis mittet in curiam s. ecclesiae ad videndum qua ratione res ibi tractabitur. Et si clericus convictus vel confessus fuerit, de cetero non debet eum ecclesia tueri". Demnach hatten die Kleriker sich auf Vorladung vor dem königlichen Richter zu verantworten, und erst wenn sie von dem Königsgericht an das geistliche Gericht verwiesen waren, durften sie dort — unter Kontrole des königlichen Richters — abgeurtheilt werden, aber den überführten Kleriker sollte die Kirche nicht schützen, d. h. ihn der weltlichen Gewalt zu weiterem Einschreiten überlassen.

[6] Hierher gehört das Gesetz Wilhelms II., das in die constit. Siculae v. Friedrich II. 1231 lib. I. tit. 45, Huillard-Bréholles, hist. diplom. Friderici II. IV. 1, 48 (vgl. p. 40 n. 1) aufgenommen worden ist, aber schon zw. 1171 u. 1189 erlassen sein muss: „De personis clericorum totius regni nostri ... iubemus, quod si de aliquo forisfacto de quo persona iudicari vel condemnari debeat, appellatus fuerit, non a nobis vel a nostra curia, sed ab ecclesia et in curia ecclesie de eo quod ad personam suam pertinet, iudicetur et secundum canones et ius ecclesiasticum condamnetur, excepto si de proditione aliquis fuerit appellatus vel de alio magno huiusmodi maleficio quod spectat ad maiestatem nostram. Quod si acciderit, volumus et praecipimus, ut de hoc quod spectat ad nostram curiam in nostra curia iudicetur". Dies behält also der weltlichen Gerichtsbarkeit Hoch- und Landesverrath und schwerere gegen den König gerichtete Vergehen vor, doch wurden auch in erweiternder Auslegung des Gesetzes Geistliche und Mönche wegen maledicta (ob Schmähung des Königs ist nicht gesagt) und wegen Mordes von den königlichen Justitiaren abgeurteilt, s. das Mandat Friedrichs II. v. 1239. Huillard Bréholles 5, 519.

Nunmehr traten indessen die Päpste[1] für das gefährdete Privileg der Geistlichen ein, indem sie die nicht zu läugnenden Übelstände dadurch zu beseitigen suchten, dass sie die kirchlichen Lokaloberen zu prompter und gewissenhafter Handhabung ihrer Strafgerichtsbarkeit über verbrecherische Geistliche anwiesen[2], und nachdem sie den Unterschied zwischen Deposition und Degradation festgestellt hatten, bei gewissen Verbrechen die Auslieferung der schuldigen Geistlichen nach stattgehabter Degradation an die weltlichen Gerichte zu weiterer Bestrafung befahlen[3]. Mit diesen Anordnungen, welche Aufnahme in die Dekretalensammlung Gregors IX. gefunden haben[4], hat das gemeine Recht der Kirche seinen Abschluss erhalten.

Schon vorher war für Deutschland und für Reichsitalien durch Friedrich II. die Freiheit der Geistlichen von der weltlichen Strafgerichtsbarkeit unter Nichtigkeitserklärung der etwa von den weltlichen Richtern gefällten Urtheile und unter Bedrohung der letzteren mit weltlichen Strafen gesetzlich ausgesprochen worden[5]. Nicht minder hat sie we-

[1] Vor Allem Alexander III. Er hat nicht nur die von Heinrich II. nachgesuchte Bestätigung der Konstitutionen von Clarendon abgelehnt, sondern dieselben auch 1164 für der Freiheit der Kirche widersprechend erklärt, Watterich vit. pontif. 2, 542 ff.; Reuter, Alexander III. 1, 384. 463; Hefele 5, 629. 638, und der König musste 1172 zu Avranches die Kassation der von ihm eingeführten Gewohnheiten, d. h. der Konstitutionen versprechen; Watterich 2, 419 u. 590 n. 2; Reuter 3, 147; Hefele 5, 684. Wenn Reuter 3, 150. 720. 721 behauptet, dass der König die Zusage nicht ausgeführt hat, so trifft dies für den hier fraglichen Artikel nicht zu, im Gegentheil hat er 1176 mit dem päpstlichen Legaten vereinbart, „quod clericus de cetero non trahatur ante iudicem secularem in persona sua de aliquo criminali neque de aliquo forisfacto excepto forisfacto forestae meae et excepto laico feodo unde michi vel alii domino saeculari laicum debetur servitium", Rudolph. de Diceto ymagines histor. a. 1176, ed. Stubbs London 1876. 1, 410; M. 22, 156. Vgl. ferner ep. Alex. III. ad archiepisc. Upsaliens. 1171/72, M. 21, 934: „ne clerici ad saecularia iudicia trahantur", s. auch Alex. III. cit. o. S. 413 n. 5; Reuter 3, 285; Hefele 5, 690. Vgl. noch unten S. 418 n. 3 a. E.

Ferner bedroht das unter Alexander III. 1179 abgehaltene Laterankonzil c. 14, M. 22, 226: „... quia laici quidam ecclesiasticas personas et ipsos episcopos suo iudicio stare compellant, eos qui de cetero id praesumpserint, a communione fidelium decernimus segregandos" die Unterwerfung der Geistlichen unter das weltliche Gericht mit der grossen Exkommunikation, und weiter erklärt Alexander III. c. 4. X. de iud. III. 1 (J. L. n. 14091 zw. 1159 u. 1181) die Überführung und das Geständniss eines Geistlichen vor dem weltlichen Richter für nichtig und für das geistliche Gericht nicht bindend. Vgl. auch Lucius III. in c. 8 X eod. (J. L. n. 15196 zw. 1181/85 unter irriger Bezugnahme auf das römische Recht, s. Nov. 83 u. Bd. IV S. 794); Cölestin III. in c. 10 X eod. (J. L. n. 17639, nach Norwegen gerichtet, s. auch J. L. n. 17343 v. 1196 für das Kapitel zu Nidaros, Lange et Unger, diplom. Norveg. Christianiae 1847. 1, 1 und J. L. n. 17256 v. 1195 für das Kapitel zu Chartres, Migne patrol. 206, 1103), die von Legaten Innocenz' III. für Dalmatien 1199 abgehaltene Synode v. Dioklea c. 5, M. 22, 703: „ne aliquis laicus clericum ad peregrina iudicia trahere praesumat, veluti candentis ferri vel aquae vel cuiuslibet alterius iudicii. Non enim pertinet ad laicum, clericum iudicare. Si autem clericus peccaverit, ab archiepiscopo vel episcopo vel etiam praelato suo aut Romano pontifice, si necesse fuerit, iudicetur", und Innocenz III. 1199 Potth. n. 811 opp. ed. Migne 1, 714.

[2] c. 17. (Innoc. III.) X de iud. II. 1 u. c. 35 (id.) X de sent. excomm. V. 39, welches zugleich den Laien unter Befreiung von der Strafe der Exkommunikation das Recht giebt, verbrecherische Geistliche, allerdings nur mit Genehmigung der geistlichen Oberen, zu verhaften und sie vor das kirchliche Gericht zu stellen.

[3] S. o. S. 58 ff.

[4] S. die vorher citirten Stellen.

[5] Durch das Krönungsgesetz v. 22. Nov. 1220, c. 4 LL. 2, 244 (s. o. S. 387 n. 8 a. E.); sent. Heinr. VII. v. 1234, LL. 2, 302, wo dem schuldigen Richter die Acht angedroht wird; const. pac. Rudolf. I. 1281 c. 39, LL. 2, 429: „Dehein wertlich rihter sol hintz deheinen pfaffen umb dehein dinch rihten, er werde danne entsetzen von sinem bischolfe". Auch die Rechtsbücher des 13. und des 14. Jahrh. behandeln das Privileg als geltendes Recht, Schwabensp. 369 (L.): „vnde ist er (der Schreiber, welcher Urkunden fälscht) ein phaffe, wen sol in dem bischoffe antwuirten vnde sol im der sin phafliche ere drumme nemen vnd swa in dar nach der weltlich rihter begriffet, da sol er viber in rihten, alse uiber einen leigen. er sol im ab die hant heizzen slahen"; Rechtsbuch nach Distinktionen IV. 16. 1 (her. v. Ortloff S. 206): „Obir keyn pfaffen sal wertlik gerichte gen, ab he sinen lip verwercket, sundern man sal sy deme bischoffe antworten, der sal obir sy richten, daz dem cleger genugk gesche. Wel her sy abir degradiren, daz heyst dy wy abenemen unde antworte on wedder, so magk wertlik gerichte ober on ergen unde man missetud nicht kegen deme bobiste noch kein keyner geistlichen gewalt"; Ruprecht v. Freysing c. 16 (her. v. v. Maurer S. 254): „jst aber das der pfaff den laien zu tod schlecht vnnd wirt er darumb gefangnn, der welt-

nigstens dem Princip nach in Frankreich[1], ferner in der Normandie[2], in England[3]

lich richter sol jn anttburtenn dem geistlichnn richter pis jm dy weich abgenommenn werd, drey XIIII tag vnnd darnach sol jn der geistlich richter dem weltlichen richter wider anntburttnn; jst aber das der bischof den pfaffen nicht antburttn wil, so sol der pischolff ens herrnn den der pfaff erschlagen hat ainen als treuen man hinwider gebenn als ener was, vnnd man sol vier beschaidenn man nemenn dy den man erchannt habenn, daz der pischolff ein als guetn wider geb. Es hat auch der pischolff wol dy wal daz er den pfaffenn behalten mag pis an seind ennd, doch mues er den klagernn ablegenn als yezund gesprochnn ist. Anntburt aber der pischolf dem weltlichen richter den pfaffen wider, so er jm dy weich hat abgenommenn, so sol der richter ober jn richtenn als vber ainen anndernn layenn, vnnd der pischoff ist ledig von allenn klagernn. jst aber das der pfaff nicht zue hannt gevanngenn wirt vnnd kümpt darvon vnnd wo er jn hinnach begreifft, er mag jn wol vahenn vnnd jn dem geistlichen richter anntburtenn als vorgesprochen ist".

[1] Denn nach der zwischen König Philipp II. August und den weltlichen und geistlichen Grossen 1204 getroffenen Vereinbarung, den s. g. capitula de interceptionibus clericorum adversus iurisdictionem dom. regis, Brussel, nouvel examen de l'usage général des fiefs en France. Paris 1750, 2 app. p. XXVII. (auch bei v. Warnkönig u. Stein, französ. Staats- u. Rechtsgesch. 3, 340; vgl. noch Dove diss. cit. p. 124) c. 2: „Quod quando clericus capitur pro aliquo forisfacto, unde aliquis dicitur vitam vel membrum perdere et traditur clero ad degradandum, clerici volunt degradatum omnino liberare. Ad quod respondemus: Quod clerici non debent eum liberare nec ponere in tali loco, ubi capi non possit: sed iustitiarii possunt illum capere extra ecclesiam vel cimeterium et facere iustitiam de eo nec inde possunt trahi in causam" ist das Recht des geistlichen Gerichts zunächst über die Kleriker zu richten und sie zu degradiren, nicht in Frage gestellt. Vgl. auch praecept. Philippi II. reg. ad laicas potest. v. 1210, M. 22, 810. Im Übrigen s. noch unten S. 419 n. 5 u. S. 421 n. 8.

[2] Vereinigung Richards I. mit dem Klerus der Normandie 1190 c. 1, M. 22, 592: „de clericis quod nulla occasione a secularibus capiantur potestatibus, sicut fieri consueverat, nisi pro homicidio, furto, incendio et eiusmodi enormi flagitio. Qui continuo cum requisiti fuerint a iudicibus ecclesiasticis, quiete et sine mora reddantur in curia ecclesiastica iudicandi" (in etwas anderer Fassung bei Rudolphus de Diceto, ymagines hist. a. 1190, ed Stubbs 2, 87). Im Princip hat daran die unter Philipp II. August 1205 veranstaltete Rekognition der Gewohnheiten der Normandie, Marnier, établissements .... de Normandie. Paris 1839 S. 84 (lateinisch bei v. Warnkönig u. Stein a. a. O. Bd. 2 Urkdbch. S. 47): que se clerc est pris de queconques meffet, que l'eglise l'a(u)ra, se elle le requiert, et se il est ataint (überführt) de larrechin (Diebstahl) ou d'omicide, il sera desgradez et forjurra la terre, ne autrement sera pugniz pour tel meffait et se il est trouvez en la terre apres le forjurement le roy sans nul autre meffait en fera justice comme de lay. Et se apres cen fesoit aucun meffait en la terre, le roy en ferait sa justice comme de lay" nichts geändert.

[3] Henrici de Bracton († 1268) de legibus et consuetud. Angliae lib. II. tr. 2 de corona c. 9. n. 1, ed. Twiss, London 1878. 2, 298: „Cum vero clericus cuiuscunque ordinis vel dignitatis captus fuerit pro morte hominis vel alio crimine et imprisonatus et de eo petatur curia christianitatis ab ordinario loci, sicut archiepiscopo vel episcopo vel eorum officiali ..., imprisonatus ille statim eis deliberetur sine aliqua iuquisitione facienda, non tamen ut omnino deliberetur ut vagus sit per patriam, sed salvo custodiatur vel in prisona ipsius episcopi vel ipsius regis, si ordinarius voluerit, donec a crimine imposito se purgaverit competenter vel in purgatione defecerit, propter quod debeat degradari. Et ideo, ut praedictum est, si petatur, erit liberandus curiae christianitatis, quia non habebit rex de eo prisonam, quam iudicare non potest nec clericos degradare. n. 2: Cum autem clericus sic de crimine convictus degradetur, non sequitur alia poena pro uno delicto vel pluribus ante degradationem perpetratis. Satis enim sufficit pro poena degradatio quae est magna capitis deminutio, nisi forte convictus fuerit de apostasia, quia tunc primo degradetur et postea per manum laicam comburatur .... Si autem sit aliquis ordinarius qui in curia christianitatis clerico sic ei liberato purgationem indicare (sine accusatore coram eo de novo accusante) noluerit, tunc fiat ei breve ex parte regis in hac forma. n. 3: Rex tali ordinario. Audivimus quod cum quidam clericus de morte hominis rectatus vel appellatus vel indictatus coram iustitiariis nostris productus esset et ibi vobis sicut clericus liberatus, ut se coram vobis purgaret et se inde redderet innocentem, si posset, non vultis, ut dicitur, ad purgationem procedere ... Et quoniam per accusationem factam in curia nostra de morte ille satis habetur suspectus et per talem diffamationem et indictamentum, nihil aliud restat, nisi quod coram vobis admittatur purgatio quae quidem fieri deberet in curia nostra, si ordo impedimentum non daret, et licet nullus (kein Ankläger) sequeretur, nos pro pace nostra sequi deberemus. Vobis mandamus, quod secundum quod idem talis se purgaverit coram vobis vel non, quod vestrum est, exequamini". Danach wird der wegen eines Verbrechens angeklagte und vom weltlichen Richter verhaftete Kleriker dem geistlichen Gerichte ausgeliefert, um sich dort von der Beschuldigung zu reinigen, und falls er dies nicht kann, degradirt zu werden, ohne dass vorher seitens des weltlichen Richters eine Untersuchung angestellt wird. Wenn es im anscheinenden Widerspruch hiermit lib. V. tr. 5 de exceptionib. c. 9 n. 3, ed. cit. 6, 206 heisst: „si autem criminaliter agatur et super crimine iudex ecclesiasticus non habebit iurisdictionem licet habere debeat iudicii executionem. In casu enim sanguinis iudicare non potest nec debet, ne committat irregularitatem. Pertinet igitur (ut videtur) ad iudicium saecularem cognitio et ad iudicem ecclesiasticum iudicii executio, quia iudex saecularis degradare non potest", so handelt

und in Spanien[1] im 13. Jahrhundert Anerkennung gefunden, während Friedrich II. in Sizilien an der hier geltenden Zuständigkeit der weltlichen Gerichte über die Geistlichen bei Hoch- und Landesverrath und bei Verbrechen gegen den König festhielt[2], und man in Venedig sogar die Geistlichkeit in allen Fällen der weltlichen Strafgerichtsbarkeit zu unterwerfen versuchte[3].

Aber selbst da, wo man den kirchlichen Forderungen entgegenkam, hat man sich denselben doch kaum irgend wo in ihrem vollen Umfange gefügt.

Nach kirchlichem Recht galt jeder, welcher die Tonsur empfangen hatte, als Kleriker[4] und war demnach von der weltlichen Strafgerichtsbarkeit befreit. Seitens der weltlichen Gewalten wurde aber diese Exemtion zum Theil nur denjenigen, welche durch die Tonsur und die geistliche Kleidung als Geistliche kenntlich waren, zugestanden[5], obwohl das Privileg nach kirchlichem Recht durch das Nichttragen

es sich dabei um eine nicht zutreffende, rein theoretische Ausführung des Verfassers, wie die eigenthümliche Unterscheidung der cognitio und der als Degradation bezeichneten executio sententiae und das: ut videtur zeigen, während die erst citirten Stellen, mit denen auch l. c. c. 2 n. 5 u. c. 13 n. 6, 6, 163. 164. 240 übereinstimmen, den praktischen Rechtszustand schildern. Zugleich ergiebt sich hieraus, dass im 13. Jahrhundert Art. 3 der Constitutionen v. Clarendon, S. 416 n. 5, nicht mehr in Übung war.

[1] Legatenkonzil v. Lerida 1229 c. 28, Florez España sagrada 48, 322, s. S. 60 n. 5, (auch Mansi 22, 1092 c. 12), welches gewöhnlich, Thomassin v. et n. discipl. P. II l. III c. 113 n. 5; Kober, Deposition S. 152; Dove diss. cit. p. 175 in das Jahr 1129 gesetzt wird, vgl. auch Gams, Kirchengesch. Spaniens III. 1, 221; Siete partidas Alonsos X. (IX.) v. 1263 P. I. t. 6. l. 69, ed. Madrid 1829 1, 175.

[2] S. 416 n. 6.

[3] So der Doge Jacob Theupulus auf Grund einer Bewilligung des Patriarchen v. Grado, ep. Gregor. IX. ad duc. et comm. Venet. 1233, Potth. n. 9182; Höfler, Friedrich II. München 1844 S. 341: „cum olim sumpta occasione ex eo quod tibi ... patriarcha Gradensis concessit, ut clerici de Venetiis sibi subiecti coram te de maleficiis et aliis excessibus responderent, in omnes clericos Venetos moliens tibi iurisdictionem indebitam usurpare, ipsos respondere conquerentibus super premissis maleficiis et excessibus coram te vel tuis officialibus coarctare, quia dicti clerici nolebant super hoc, sicuti nec debebant, tue acquiescere voluntati, banno supponens eos et novo sententie genere clericos quodammodo excommunicans statuisti, ut si quis eos offenderet in rebus aut personis remaneret impunis et si aliqui eorum consanguinei vel amici praestarent auxilium vel favorem, iisdem tamquam malefici punirentur".

Auch die lombardischen Städte haben die Strafgerichtsbarkeit über die Geistlichen ausgeübt, 1221 wurde z. B. Parma gezwungen, dieselbe aufzugeben, Winkelmann Friedrich II. 1, 169, und ebenso hat Honorius III. nach Schweden, 1225 Potth. n. 7462, Liljegren, diplomat. Suecan. Holmiae 1829. 1, 245, und nach Portugal (1216—1227), Potth. n. 7829, c. 5 Comp. V. III. 26 Ermahnungen und Androhungen von Censuren gegen die Gestellung der Geistlichen vor die weltlichen Gerichte ergehen lassen.

[4] Bd. I S. 119.

[5] So in Deutschland, const. Rudolf I. 1281 c. 48, LL. 2, 430: „Loter pfaffen mit lang har .. sind ouz dem friede"; Sachsensp. B. III art. 2: „Papen die wapen vüren unde nicht geschoren ne sin na irme rechte, dut man in gewalt, man sol in beteren als eme laien"; Rechtsbuch u. Distinktionen lib. VI. 2. 6 Ortloff S. 313; Ruprecht v. Freysing c. 168, v. Maurer S. 187: „Pfaffenn dye nicht beschornn sein und nicht pfafflich gewanntt an tragenn vnd fürnntt sy messer oder swert oder annder waffenn oder vinndet man sy in dem fraunhaus oder in ainem leuthaus, dy sol man richten als ainen anndernn layenn, vnd was man jn tuet in solcher weis da chumpt nyemandtz in den pan"; weitere Nachweisungen bei Friedberg diss. cit. p. 134 n. 2. Für Böhmen s. ep. Honor. III. 1212, Potth. n. 5790, Rodenberg epist. 1, 48: „ipsi (König von Böhmen) consulimus, ut super eo quod clericum quendam ad suspendium iudicavit, licet reiecto, ut dicitur, clericali habitu videretur clericali privilegio se privasse, absolutionis recipiat beneficium ad cautelam".

In Frankreich dagegen, Beaumanoir († 1296) coutumes de Beauvoisis ed. Beugnot Paris 1842, c. 11 n. 43, 1, 173: „Il n'aflert pas à clerc qu'il veste robe roiée, qu'il soit sans couronne .. Naporquant, s'il n'est ainsi, ne renonce il pas au privilege de clerc; donques se uns hons est pris en tel habit par le iustice laie et ses ordinairs le requiert, se le iustice laie set, qu'il soit clers, il doit le rendre. Et se cil qui est pris en tel habit ne pot prover qu'il soit clers ne ses ordinaires, il demorra à justicier comme lais" gestand man den Klerikern auch in solchen Fällen das Privileg zu, indessen musste er oder sein Ordinarius dem weltlichen Richter die Eigenschaft als Kleriker darthun, widrigenfalls er als Laie behandelt wurde, vgl. auch établissements de S. Louis I. 89 (al. 84) ed P. Viollet. Paris 1881. 2, 147; ferner Verordn. Simons v. Monfort zu Pamiers 1212 c. 5, M. 22, 856: „quicumque in quolibet crimine vel alio modo clericum ceperit, etiamsi non haberet nisi coronam, reddatur episcopo ... Quodsi renuerit, statim excommunicetur, et a domino superiore reddere compellatur". Ebenso war es in

der Tonsur nicht verloren ging[1], und erst im 13. Jahrhundert denjenigen Klerikern, welche in zweiter Ehe lebten[2], sowie solchen, welche zwar erst einmal verheirathet waren, aber keine Tonsur und kein geistliches Gewand trugen[3], durch die päpstliche Gesetzgebung abgesprochen worden war[4].

Ferner bestand vielfach die Praxis, dass die weltlichen Richter auch ohne vorgängige Erlaubniss der geistlichen Oberen zur Verhaftung verbrecherischer Kleriker[5], ja auch solcher Geistlicher, gegen welche blos der Verdacht eines Vergehens vorlag[6], schritten, und dass die Auslieferung derselben nur gegen Erstattung der dem weltlichen Richter erwachsenen Kosten[7] oder blos auf Verlangen des Ordinarius, nicht von amtswegen, erfolgte[8]. Auch galten in Frankreich die Beamten des weltlichen

England s. Friedberg dissert. p. 135 n. 4. Daher liessen sich vielfach Laien, um sich von der weltlichen Gerichtsbarkeit zu befreien, eine Tonsur scheeren, Friedberg l. c. p. 35 und gravamina gegen die Prälaten n. 49 der Konferenz zu Paris u. Vincennes v. 1329, Durand de Maillane, les libertez de l'eglise Gallicane Lyon 1771 3, 453. Nach Beaumanoir l. c. n. 45 p. 174 sollten diese der Kirche zur Prüfung der Gültigkeit oder Ungültigkeit der Tonsur überliefert, und wenn ihr Klerikalstand festgestellt war, bei Überführung eines Verbrechens von ihr in ewigem Gefängnis gehalten, falls sich aber ihre Laienqualität ergab, ebenfalls in gleicher Weise bestraft werden, weil der geistliche Richter, um keine Irregularität auf sich zu laden (Bd. I S. 28), nicht verpflichtet war, sie an das weltliche Gericht auszuliefern. Indessen haben in Frankreich die weltlichen Gerichte auch selbstständig geprüft, ob solche Tonsurirte Laien oder Geistliche waren, s. Parlaments-Arret v. 1261, les Olim ou régistres des arrets etc. ed. Beugnot. Paris 1839 I, 529 n. 6.

[1] Bd. I S. 119. Auf diesem Standpunkt stehen auch die Siete partidas Alonsos X. (IX.) P. I tit. 6 l. 49, ed. Madrid 1829 1, 164, welche im wesentlichen das kirchliche Recht, Bd. I S. 119 n. 6 wiederholen.

[2] c. un. (Lyon 1274) in VI de bigam. I. 12. Für England vgl. auch Fleta I. c. 34. §. 4, ed. Selden London 1685 p. 51: „Bigami vero et sacrilegi ab omni privilegio clericali sunt interdicti", s. ferner Myrror of justice c. 3 s. 5, Houard, traités sur les coutumes Anglo-Normandes. tom. IV. Rouen 1776 S. 595.

[3] c. un. (Bonif. III.) in VI de cler. coniug. III. 2, Bd. I S. 119 n. 3.

[4] Freilich sind schon vorher einzelne Partikularkonzilien des 13. Jahrhunderts soweit gegangen, die Verwendung der Kirche für Kleriker, welche keine Tonsur, kein geistliches Gewand trugen oder mit dem Klerikalstande unvereinbare Beschäftigungen trieben, ausdrücklich abzulehnen, wie z. B. Lambeth 1261 und Pont-Audemer 1267, M. 23, 1071. 1166, Pont-Audemer 1279 c. 70, M. 24, 224. Vgl. auch Fournier, les officialités au moyen age. Paris 1889 p. 68.

[5] S. 417 n. 5 u. S. 418 n. 1. 2. Einzelne Partikularkonzilien haben eine solche allerdings ein für alle Mal und generell für den Fall der handhaften That ertheilt, so Lerida 1229 c. 27, Florez España sagrada 48, 323; M. 22, 1092: „Cum iustitia saecularis flagrante maleficio in furto, rapina vel homicidio vel raptu mulierum vel cudendo falsam monetam clericum comprehenderit, non ut vindictam in eum exerceat, sed ut eundem reddat ecclesiastico iudici et eum ita captum reddiderit ecclesiastico iudici, nisi manifeste excesserit contractando captum enormiter, nullam in hoc poenam incurrat: et qui fuerit sic deprehensus canonice puniatur. Maleficio autem non flagrante, si iustitiae saecularis minister clericum ceperit absque mandato ecclesiastici iudicis reus habeatur"; Rouen 1299, M. 24, 1226, und Montpellier 1258, M. 23, 993 räth den Ordinarien an, den weltlichen Obrigkeiten auf Widerruf solche Ermächtigungen zu ertheilen (Avignon 1326 c. 14, M. 25, 751 widerruft die darüber hinausgehenden Privilegien wegen Missbrauchs der weltlichen Gewalten). Auch Alexander IV. hat 1260 König Ludwig von Frankreich das Privileg gewährt, Kleriker wegen notorischer, schwerer Verbrechen bei Verdacht der Flucht durch die weltlichen Obrigkeiten verhaften zu lassen, Potth. n. 17747, D'Achery spicil. 3, 634, s. auch Fournier l. c. p. 70. 72.

[6] Beaumanoir c. 11 n. 40, 1, 172: „Il loist bien à iustice laie, que quant aucuns clers est souspechoneus de cas de crieme, qu'il le prengne et tiegne en prison, mais que ne le face morir en prison nule et se son ordinaire le requiert, rendre li doivent et denoncier le cas porquoi il fu pris et adont ses ordenaires en doit ovrer selonc le justice de sainte eglise"; vgl. ferner das Statut Philipps IV. für die Geistlichkeit von Languedoc v. 1302 c. 1, Isambert, recueil des anciennes lois françaises. Paris (s. a.) 2, 742. Doch wurde durch eine Ordonnanz Philipps IV. v. 1302, Ordonnances du Louvre 1, 348, die Statthaftigkeit der Verhaftung durch den weltlichen Richter auf den Fall der handhaften That beschränkt, was Papst Nikolaus III. schon König Philipp III. 1278 durch besonderes Indult gestattet hatte, Raynald. ann. a. 1278 n. 37.

In Deutschland war anscheinend eine Verhaftung bei blossem Verdachte nicht üblich, wenigstens lehnt der Magistrat von Nordhausen in einem Weisthum aus dem 14. Jahrh. die Verfolgung eines ehebrecherischen Klerikers wegen Mordes trotzdem, dass sich dieser in der Stadt aufhielt, damit ab: „wir auch nycheine gewalt ubir pfaffen zu richten haben", Förstemann, neue Mittheilungen a. d. Gebiet hist. antiquar. Forschgen., Halle u. Nordhausen 1834 I. 3, 17.

[7] So in Frankreich. Auch die Transportkosten hatte der geistliche Richter zu tragen, Beaumanoir l. c. c. 11 n. 41. 42, 1, 173.

[8] Das war in England der Fall, s. Lambeth 1261, M. 23, 1065. 1066 u. bulla Clem. V. 1309

Richters für straflos, wenn sie einen Geistlichen in Folge eines von ihm gegen seine Verhaftung geleisteten Widerstandes getödtet hatten[1].

Nach kirchlichem Recht war der geistliche Richter nur verpflichtet, den Kleriker beim Vorliegen einzelner bestimmt bezeichneter Verbrechen[2], wozu aber gerade die häufig vorkommenden Vergehen, wie Diebstahl, Mord, Meineid und ähnliche nicht gehörten[3], zu degradiren und an den weltlichen Richter zu weiterer Bestrafung auszuliefern. Wenngleich nach manchen Partikularkonzilien[4] auch gerade wegen der zuletzt gedachten Vergehen die Degradation ausgesprochen werden sollte, und dies ferner auch nach der Praxis einzelner Länder[5] geschah, so war doch kirchlicherseits für diese Fälle keine Auslieferung an den weltlichen Richter vorgeschrieben. In Folge dessen blieben die Kleriker von den harten, gegen die Laien bei gleichen Verbrechen zur Anwendung kommenden Strafen frei[6], und nur in England[7] und Frankreich[8] traf sie die Strafe der Konfiskation ihres Immobiliarvermögens zu Gunsten des Königs, in der Normandie die Verbannung[9].

Dass mit dieser die Geistlichkeit begünstigenden Regelung selbst da, wo die weltliche Gewalt der Kirche in einzelnen Punkten Widerstand geleistet hatte, dem allgemeinen Rechtsbewusstsein nicht genügend Rechnung getragen worden war, beweisen nicht nur die Klagen über den Mangel einer strengen und gerechten Handhabung der Strafjustiz durch die geistlichen Gerichte und über die Verhinderung einer

bei Rymer foedera II. 1, 97: „cum per officiales et ministros aliquos clericos etiam in dicto sacerdotii ordine existentes pro quovis delicto quamvis indebite capi contingat, ipsos coram se capite discoperto in sola tunica vel camisia ... quantumcumque se clericos asserant et tonsuram et habitum deferant clericalem ..... faciant praesentari ipsosque turpissima morte dampnantes eos nisi per ipsorum ordinarios requirantur, mandant suspendi patibulis vel capitibus detruncari, licet cum per eosdem ordinarios, ut praedicitur, requirantur, restituantur eisdem ordinariis condempnati". Daraus ergiebt sich auch, dass die weltlichen Richter ohne die Intervention des Ordinarius die Strafgerichtsbarkeit trotz des Klerikalprivilegs ausübten.

[1] Beaumanoir c. 11 n. 46, 1, 175.

[2] S. 60 n. 3.

[3] Nach c. 10 (Coelest. III.) X de iud. II. 1 konnte für diese nur die Deposition ausgesprochen werden. Erst wenn bei fortdauernder Unverbesserlichkeit des Deponirten die weiter gegen ihn zu verhängende Exkommunikation sich gleichfalls als wirkungslos erwiesen hatte, sollte er dem weltlichen Richter zur Bestrafung überwiesen werden.

[4] So Lerida 1229, S. 60 n. 5. Doch schreiben die Siete partidas Alonsos X (IX) v. 1263 P. I t. 6. l. 60. 619 ed. Madrid 1829. 1, 176. 171 die Degradation und Auslieferung an den weltlichen Richter blos bei Ketzerei, Fälschung päpstlicher Schreiben, bei Beschimpfungen und Nachstellungen gegen den Bischof, bei Fälschungen königlicher Briefe, dagegen bei anderen Verbrechen, wie namentlich Diebstahl, Tödtung und Meineid, zwar Degradation, aber Auslieferung an den weltlichen Richter erst bei fortdauernder Unverbesserlichkeit vor.

[5] Der Normandie, S. 418 n. 2, und Englands, S. 418 n. 3.

[6] Bracton lib. II tr. 2 c. 9, n. 2, S. 418 n. 3, welcher dies darauf zurückführt, dass der Geistliche, welcher degradirt worden sei, wegen desselben Vergehens nicht noch einmal bestraft werden dürfe, und nur für den Fall der Apostasie (Ketzerei) eine Ausnahme macht. Dasselbe setzt Beaumanoir c. 11 n. 40 ff. voraus.

Nach den deutschen Rechtsbüchern des 14. Jahrhunderts, S. 417 n. 5, konnte dagegen wenigstens dann weltliche Strafe eintreten, wenn der geistliche Richter den degradirten Geistlichen an den weltlichen auslieferte.

[7] Britton I. c. 5 n. 3, ed. Nichols. Oxford 1865. 1, 27: „Et si le clerk encoupé de felony alegge clergie et il soit tel trové et par ordinarie demaundé, si soit enquis coment il est mescreu (verdächtig) .... s'il en soit mescru, si soynt ses chateus taxés et ses terres prises in nostre meyn et son cors deliveré al ordinarie".

[8] Ordonn. Philipps III. v. 1274 c. 5, Isambert, recueil, 2, 655: „De homicidis clericis, priusquam fuerint de crimine condemnati, non videtur quod bona debeant confiscari; sed iniuriam facit episcopus, si in praeiudicium iuris nostri a talium condemnatione cesset in fraudem"; Parlaments-Arret v. 1291, Olim 2, 333 n. 24: „Contra archiep. Bituric. qui super hoc conquerebatur de ballivo dictum fuit, quod sicut idem archiepiscopus ad bona mobilia clerici sui capti seu accusati potest assignare, ita iustitia laicalis ad immobilia eiusdem clerici poterit assignare nec super dictis bonis immobilibus iusticia laicalis respondere tenebitur, donec idem clericus super crimine quod sibi imponitur ab ordinario suo fuerit liberatus et absolutus sine fraude".

[9] Denn hier musste der wegen eines Verbrechens degradirte Geistliche schwören, das Land zu verlassen, und wenn er dies nicht that, konnte er von dem weltlichen Richter wie ein Laie bestraft

prompten Ausübung der weltlichen Jurisdiktion [1], sondern auch der Umstand, dass die weltlichen Richter sich vielfach über die ihre Zuständigkeit beschränkenden Bestimmungen hinwegsetzten und nicht nur denselben zuwider zur Verhaftung von Klerikern schritten [2], sondern auch die letzteren unter Nichtachtung des Privileges derselben zu weltlichen

werden, ebenso wenn er später im Lande ein neues Verbrechen beging, s. S. 418 n. 2.

[1] S. die S. 419 n. 5 citirten gravamina v. 1329 n. 29—37, l. c. 3, 448.

[2] Dies lässt sich mit Sicherheit einmal daraus schliessen, dass seit dem 13. Jahrh. eine ganze Reihe von Partikularkonzilien schwere Strafen gegen die captivatores clericorum, vielfach auch unter ausdrücklicher Erwähnung der Verhaftung von Bischöfen festsetzen, so droht z. B. Trier 1238 c. 5, M. 23, 480 gegen solche, sowie gegen ihre Gehülfen und Begünstiger zunächst die Exkommunikation, bei nicht erfolgter Auslieferung innerhalb dreier Tage das Interdikt ihrer Besitzungen und gegen die Landesherren, welche sie auf ein seitens der Ordinarien nach Ablauf eines Monats gestelltes Ersuchen nicht zur Freilassung der in Haft gehaltenen Geistlichen zwingen, die gleichen Strafen an, Mainz 1261 c. 43, M. 23, 1097, wo ein schon früher von Innocenz IV. bestätigtes Statut, welches als Strafe latae sententiae die Unfähigkeit der Abkömmlinge der captivatores clericorum, ihrer Gehülfen und Begünstiger zur Erlangung kirchlicher Ämter festgesetzt hatte, erwähnt wird, verlangt die Abbrechung jedes Verkehrs seitens der Hausgeistlichen mit den Schuldigen, und lässt ferner bei der Verhaftung eines Bischofs ipso iure Verlust aller kirchlichen Lehne und Unfähigkeit zum Erwerbe solcher für den Thäter und dessen Nachkommen eintreten; Magdeburg (gewöhnlich 1266, gesetzt, aber i. d. J. 1315 gehörig, Hefele, Conc. Gesch. 6, 98. 564) belegt c. 1—12, M. 23, 1161, die Gefangennehmung des Erzbischofs, der Bischöfe, Kanoniker, Pfarrer und anderer Geistlicher neben der Exkommunikation mit dem Interdikt der Provinz bez. der Diöcese und des Archidiakonates und droht für die Schuldigen und für deren Descendenz bis zum 4. Grade Unfähigkeit zur Erlangung kirchlicher Ämter in der Provinz so lange an, bis das Vergehen ordnungsmässig gesühnt ist. Vgl. weiter Mainz 1259; M. 23, 1000; Köln 1266 c. 19—21. c. 24 (hier auch die Unfähigkeit der Descendenz bis zum 3. Grade für Erlangung kirchlicher Ämter) l. c. p. 1143; Wien 1267 c. 5, l. c. p. 1171; Salzburg 1274 c. 22, M. 24, 143; Aquileja 1282 p. 430 (sehr ausführlich in Betreff der Gefangenhaltung, Tödtung, und Befehdung des Erzbischofs und der Suffraganbischöfe); Salzburg 1282 c. 22, Hartzheim 3, 643; Münster 1282, Krabbe stat. syn. dioec. Monaster. p. 197; Würzburger Generalkonzil 1287 c. 4, Himmelstein synodicon Herbipolens. Würzburg 1855 S. 55; Lüttich 1287 c. 16, Hartzheim 3, 706; Bremen 1292, l. c. 4, 583; Aschaffenburg 1292 c. 13, l. c. 4, 12; Köln 1310 c. 2 p. 118; Trier 1310 c. 5. 6 p. 129; Köln 1322 p. 283; Würzburg 1329 c. 77, Himmelstein p. 192; Eichstedt 1354, Hartzheim 4, 375; declar. archiepisc. Mogunt. 1354 p. 567; Prag 1355 c. 49 p. 395; Magdeburg 1370 (richtiger 1383—1403) c. 14 p. 419; Würzburg 1411 c. 1, Hartzh. 5, 31; Strassburg 1435 c. 67 p. 247; Freising 1440 c. 23 p. 278; Eichstett 1447. 1465. 1484 p. 372. 474. 570. Für England s. Konstitutionen Wilhelms B. v. Worcester v. 1229 c. 18, M. 23, 181; Merton 1258, M. 23, 979: „Clerici quoque sine delectu personarum quamquam in furto deprehensi non fuerint, tamquam facinorosi vel suspecti de crimine seu foresta capiuntur et in carcere detinentur nec redduntur ordinario secundum canones libere iudicandi. Et si clerici quibus crimina imponuntur coram iudicibus saecularibus non comparuerint, forbanniuntur a regno. Quare providemus, quod si clerici sic capti noti fuerint et honesti, capientes ipsos et etiam detinentes in forma iuris solemniter excommunicentur per locorum ordinarios et excommunicati denuncientur. Loca etiam, in quibus fuerint detenti et terrae capientium eos et detinentium ecclesiastico interdicto supponantur, donec eosdem dimiserint et libere abire permiserint ac alios super hoc satisfecerint competenter. Illi etiam qui eis talia falsa crimina imposuerint seu malitiose, propter quae capti fuerint et detenti, excommunicentur et excommunicati denuncientur usque ad satisfactionem condigna", beinahe wörtlich wiederholt Lambeth 1261, M. 23, 1065; London 1321 c. 5, M. 25, 676; gravamina clericorum v. 1339 n. 55, Wilkins conc. M. Britanniae London 1737 3. 244. Über Frankreich vgl. Toulouse 1229 c. 24, M. 23; 199; Cognac 1238 c. 19, ibid. p. 491; Avignon 1279 c. 4, M. 24, 236; Macon 1286 c. 3, p. 614. Anse 1299, M. 24, 1226; Compiegne 1301 c. 1—3, M. 25, 89; Paris 1314 c. 1, p. 530; Sens 1320 c. 2. p. 650; Paris 1323 c. 2, p. 728; Bourges 1336 c. 12, M. 25, 1065; Chateau Gontier 1336 c. 6, p. 1073; Noyon 1344 c. 1. 15. M. 26, 4. 10; Paris 1347 c. 1, p. 18; Angers 1365 c. 27, p. 441; Lavaur 1368 c. 29. 38. 122, p. 500. 504. 539; Narbonne 1374, c. 11, p. 598; für Spanien Tarragona 1282 c. 5, M. 24, 492; Tarragona 1329 c. 36, M. 25, 851; Salamanca 1335 c. 8, p. 1053 für Italien Ravenna 1310 c. 18, M. 25, 618; Bergamo 1311 c. 2, p. 479; Ravenna 1317 c. 18, p. 618. Weiter kommt in Betracht, dass auch Clemens V., Clem. 1. de poen. V. 8, die Gefangennehmung, Verbannung und percussio von Bischöfen, sofern sie nicht schon eine Verletzung des privilegium canonis darstellt, mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation ipso iure, ferner mit dem ipso iure Verlust aller von der Kirche zu Lehn gehenden geistlichen und aller weltlichen Benefizien, Lehne und Ämter, mit Unfähigkeit der männlichen Descendenz des Thäters bis zur zweiten Generation, in der betreffenden Diöcese kirchliche Benefizien zu erhalten, sowie mit dem Interdikt für die Diöcese und die Orte, wo der Bischof gefangen gehalten wird, sowie für die Stadt, welche sich gegen denselben vergangen, bedroht hat.

Strafen verurtheilten[1]. Ja, schon im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts zog man in England[2] und in Frankreich[3] die Geistlichen wegen Hochverrathes oder anderer Vergehen gegen den König vor die weltlichen Gerichte[4]. Dasselbe geschah ebenfalls im Laufe des 13. Jahrhunderts in Frankreich mit denjenigen Geistlichen, welche sich

[1] Im J. 1234 klagte der Bischof v. Hildesheim bei König Heinrich VII. über die Bürger seiner Bischofsstadt, s. sententia de iudicio clericorum LL. 2, 302: „quod vos authoritate propria clericos temere iudicando morti feceritis destinari, in quos degradationis sententia non processerit", und durch Urtheil der königlichen Kurie wurde den Beschuldigten aufgegeben, dem Bischof bei Vermeidung der Ladung vor den König Genugthuung zu leisten. Weitere Beispiele (Strassburg 1385) bei Strobel, vaterländ. Gesch. d. Elsasses. Strassburg 1841 2, 438; (Heilbronn 1501) Jäger, Gesch. d. Stadt Heilbronn 1828 1, 297. In der Liste der aus Freiburg von 1350—1400 Ausgewiesenen und Rechtlosen, Schreiber Urkdbch. d. Stadt Freiburg. Freiburg 1828. 2, 152 ff. heisst es. „Der Heiden des Berneres syn der pfaffe, von Johans Volmar an die hant: Her Johans ze dem zevibovn der phaffe umbe unzvht.. Her Johannes der Rise der phaffe .. umbe das mort"; nach Hottinger helvet. Kirchengesch. 2 (Zürich 1708) S. 203: „Äbtissin Beatrix von Wollhusen (1397) muss schweren aus dem hoff des frouwen Münsters Zürich zu gehen und one des Bürgermeisters und der rathen willen nicht wieder dahin ze komen". In dem Vergleich mit dem Bischof v. Worms v. 1366 c. 11, Schannat hist. episc. Wormat. Francof. 1734. 2 cod. prob. p. 183: „..daz kein werentlich gerichte zu Wormze keinen pfaffen der stat verwisen sol, wielich der ubergriff sy, an daz den frieden ruret. Wann umb solche sache (also Verletzung des öffentlichen Friedens) sol man den pfaffen der den ubergriff getan hait, antwerden dem bischoff.... . . . Nu daz sol herlouben der bischof . . . von mort, raup, noitzog oder dupstal oder umb andere missedait, da er den lib umb verlorn hait, obe er ein lege were, wan das geschieht" musste die Stadt dagegen auf die vorher geübte Praxis, verbrecherische Geistliche auszuweisen, verzichten, und es wurde ihr das Strafrecht nur gegen degradirte Kleriker, welche nach der Degradation, also als Laien, ein Verbrechen begangen, zugestanden. Vgl. endlich Salzburg 1386 c. 14, Hartzheim 4, 533 u. Salzburg 1418 c. 16, M. 28, 990, welche einschärfen, dass kein Geistlicher vor das weltliche Gericht geladen werden soll.

[2] Schon nach 3 Edward I. (1275) c. 2, Statutes at large of England. London 1811. 1, 44: „qe qant clerc est pris pur ret de felonie et il soit demande per lordinair, il lui soit livrere selon le privilege de seinte eglise en tiele [perile] come il y apent selonc la costume avant ces heures use. Et le roi amonest les prelates et lour enjoint en la foye qils luy doivent et par le commun profit de la pees de la tierre que ceux qi sont enditez (angeklagt) de tiel rette par solemne enqest des prodes hommes fait en la court del roi, en nulle manere ne les deliverent sans due purgation, issint qe le roi neit mestier de mettre y autre remedie" sollte vor der Auslieferung eines verbrecherischen Geistlichen an den Ordinarius im weltlichen Gericht eine Inquisition über die Begründetheit der Anklage stattfinden, vgl. auch Briton I. 5, S. 421 n. 7; gravamina 1309, Wilkins conc. 2, 318 ff., und unter Eduard III., 25 Edw. III. (1350) st. III c. 4, Statutes at large 1, 318: „que touz maneres les clercs.. qui seront desore convictz devant les justices seculiers pur quelconques felonies ou tresons touchantes autre personnes qe le roi meismes ou sa roiale maieste, eient et enjoient franchement desore privilege de seint eglise et soient sauvez nul empeschement ou delai deliverez à les ordinaires eux demandantz" wurden Kleriker in den im Text erwähnten Sachen ausdrücklich dem geistlichen Gericht entzogen.

[3] Vgl. Stephan Auffrerius de potestate saecularium . . super personis ecclesiasticis in Tractatus juris universi XI 1. Venet. 1584 p. 350: „a. 1389 per curiam parlamenti Parisiis fuit condemnatus abbas Burdegal. in 800 libr. Turon. capiendis super eius temporali et privatus omnibus officiis regiis, quia commiserat falsitatem in quibusdam litteris quittaniae, quibus se iuvaverat in curia"; Brewer, Gesch. d. französ. Gerichtsverfassg. Düsseldorf 1835. 2, 808. 809.

[4] Für Deutschland vgl. Chronic. mont. Sereni a. 1224, SS. 23. 211. 212 wonach 1223 durch König Heinrich die mehrfacher Friedbrüche, Verhaftung von Bürgern, Verhungernlassen der ihr gestellten Geistlichen angeklagte Äbtissin Sophie v. Quedlinburg auf dem Hoftage zu Eger „omni sue dignitatis iure seculari sentenciantibus ... principibus" entsetzt ist, eine Absetzung, über welche freilich, weil sie der Papst nicht anerkannte, noch langwierige Verhandlungen geführt worden sind und trotz welcher die Äbtissin im Besitz der Abtei blieb, da sie kirchlicherseits nicht gültig abgesetzt, Winkelmann, Friedrich II. 1, 428. 478, s. ferner Rodenberg epist. pont. Roman. 1, 184. 222, war; weiter Ruprecht v. Freysing c. 107, Maurer S. 360: „Do zwee briesster komen für weltlichs gerichtt, es sein ewangelier (d. h. Diakon) oder letzner (d. h. Subdiakon), den sol der richter nicht richttnn, es sy im den bevolhnn von jr maisterschafft (also bei Auslieferung nach der Degradation) oder das er wider den landtsherrn ist oder solich ding das tzu dem frid gehörtt, das mag er wol richttenn tzwischnn jr tzwaier". Hier wird also dem weltlichen Richter die Zuständigkeit bei Vergehen gegen den Landesherrn und bei Friedbrüchen beigelegt. Von Hochverrath und Ungehorsam gegen den Kaiser ist nicht die Rede, aber die Rechte, welche dieser gegenüber den Bischöfen beanspruchte, s. a. S. 411, konnte er zweifellos auch gegen andere Geistliche ausüben. S. übrigens auch die S. 411 n. 2 citirte Urk. v. 1136 und die Strafandrohung Friedrichs II. in dem Priv. für Lübeck 1226, Urkdbch. d. Stadt Lübeck 1, 45 auf 500 Pfund Gold gegen jede zuwiderhandelnde „persona ecclesiastica vel saecularis".

im Dienste des Königs und in weltlichen Ämtern vergangen hatten[1]. Weiter wurde hier die Auslieferung solcher Geistlichen, welche sich des Vergehens der Tödtung schuldig gemacht hatten, an das weltliche Gericht in erster Linie von den in den einzelnen Provinzen bestehenden Gewohnheiten abhängig gemacht und nur falls solche nicht vorhanden waren, in Gemässheit des kanonischen Rechtes gestattet[2]. Nicht minder hat man in Deutschland im 14. Jahrhundert in manchen Städten und in Dörfern die Geistlichen den allgemein für alle Einwohner erlassenen Straf- und Polizeigesetzen[3] und damit auch den für die Verhängung der darin angedrohten Strafen zuständigen weltlichen Gerichten unterworfen[4].

Zu allseitiger und uneingeschränkter Geltung hat demnach die Kirche das von ihr für die Strafsachen der Geistlichen geforderte Privileg nicht einmal zu der Zeit, während welcher sich das Papstthum auf der höchsten Stufe seiner Macht befand, bringen können, und die Geschichte desselben seit dem 15. Jahrhundert ist nur die Geschichte seiner immer weiter sich vollziehenden Einschränkung bis zur völligen Aufhebung.

4. Die Kreuzfahrer. Urban II. hat 1095 zu Clermont die Güter der Kreuzfahrer bis zu ihrer Rückkehr unter den Schutz des Gottesfriedens gestellt[5], und sowohl das I.[6], wie auch das IV. Laterankonzil[7] (v. 1123 u. v. 1215) und die allgemeine Synode von Lyon 1245[8], nicht minder einzelne Päpste[9] haben dieselben mit ihren Familien und ihren Gütern in den päpstlichen Schutz genommen. Eine Befreiung von der weltlichen Strafgerichtsbarkeit war damit an sich nicht verbunden, aber da das Wesen des päpstlichen Schutzes in dem Verbot der Beeinträchtigung der betreffenden

[1] Vgl. Parlamentsarret v. 1262 n. 13, les Olim 1, 541: „determinatum fuit, quod de his, in quibus tenebatur (clericus accusatus) ipsi pauperi (Ankläger) racione servitii d. regis, responderet in hac curia, de aliis fuit remissus ad ordinarium suum"; Arret v. 1496, Durand de Maillane, les libertez de l'église Gallicane 1, 679, welcher einen Geistlichen wegen Fälschung eines Dokumentes in seiner Eigenschaft als königlicher Rath zur Ausstellung am Pranger, Stäupung und Verbannung verurtheilt. Auf Grund dieser Praxis hat Pithou den Art. 38 der gallikanischen Freiheiten dahin formulirt: „le roy peut iusticier les officiers clercs pour quelque faute que ce soit commise en l'exercise de leurs charges, non obstant le privilège de clericature".

[2] Schreiben Philipps III. v. 1274 c. 3, Isambert, recueil 2, 655: „Ex quo clerici interficientes homines in iurisdictione nostra cui committi debeant, nobis videlicet an episcopo, recurri volumus ad ius scriptum, nisi quid agi debeat consuetudo declaret".

[3] Freiburg i. Br. 1339, Schreiber, Urkdbch. d. Stadt Freiburg 1, 342: Were ouch das ieman, er si pfaffe oder leye bi solichen dingen (d. h. bei der Eheschliessung ohne Zustimmung der Eltern) werint die das schüffint, verhangtint oder rietint, das den rat gevarlich oder argwanlich denket, uf die setzet der rat stranglich ouch, als denne der rat erkennet und in dunket nach des schulden"; 1395—96, ibid. 2, 107: „Der rate ist überkomen durch der stette nutz .. daz niemant er sye pfaff oder leiye .. geistlich oder weltlich, die zuo der stat gehorent weder golde noch silber kouffen sollent, daz si widerumb verkouffen wellent ... Wer das überfert, der bessert von yedem gulden 1 schil. pfennig".

[4] Protokoll des Bornheimer Dorfgerichts v. 1338, Böhmer, cod. dipl. Moenofranc. 1, 557: „Heilmannus plebanus frankenfordensis, qui in eiusdem ville Bornheim nemore absque licencia speciali petita et legitima obtenta per ipsius plebani familiam ligna usque ad XVI plaustra absecare et deduci .. mandaverat, ad penam VIII lib. h. ratione excessus huiusmodi ipsis domino et universitati solvendam condempnatus fuerat iudicialiter scabinos per eosdem eo quod nichil penitus juris in memorata villa Burnheim et eius terminis, silvis .. haberet nec umquam habuisset ... Quo facto ijdem dominus, scultetus et scabini in Burnheim antedicti precibus Heilmanni ... moti, penam per ipsum plebanum commissam dimiserunt, ita sane videlicet, quod si ullo umquam tempore aliam penam in terminis dicte ville B ... Heilmannus .. in futurum committeret .. quod ipso facto extunc penam huiusmodi .. sibi dimissam una cum pena de novo committenda solvere et tradere oporteret domino et universitati ville B."

[5] M. 20, 827, vgl. auch p. 820.

[6] c. 11, M. 21, 284.

[7] M. 22, 1063.

[8] c. 17, M. 23, 630.

[9] So z. B. Eugen III. 1145, J. L. n. 8796, M. 21, 616. 681; Gregor VIII. 1187, J. L. n. 16019, M. 22, 530; Innocenz III. 1198, Potthast n. 310, Migne 1, 261.

Personen und Güter und in der Ahndung einer solchen durch kirchliche und päpstliche Censuren und Strafen bestand[1], so wurde dadurch für sie eine Exemtion indirekt insofern bedingt, als jedes Einschreiten eines weltlichen Richters gegen einen Kreuzfahrer von diesem als Beeinträchtigung seiner priviligirten Stellung betrachtet und die Hülfe des geistlichen Richters gegen den ersteren angerufen werden konnte. So hat sich die Auffassung entwickelt, dass auch die Kreuzfahrer in Strafsachen den geistlichen Gerichten unterworfen seien[2]. Diese Gerichtsbarkeit ist in der That in Frankreich für die leichteren Vergehen, nicht aber für schwere Verbrechen, d. h. solche, auf welche Todesstrafe oder verstümmelnde Strafe stand, Anfang des 13. Jahrhunderts[3] anerkannt worden[4], und die Kirche war hier mit Rücksicht auf die von den vielen zweifelhaften Elementen unter den Kreuzfahrern verübten strafbaren Handlungen[5] genöthigt, den Anspruch auf Exemtion vom weltlichen Gericht für die schweren Delikte fallen zu lassen[6]. Hieraus erklärt es sich, dass schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts von einem befreiten Gerichtsstand der Kreuzfahrer bei Kriminalsachen in Frankreich nicht mehr die Rede gewesen ist[7].

I. Besondere Strafgerichte.

§. 288. *aa. Die Sendgerichte*[8].

I. Ausbildung. Die jährlichen Visitationen der Diöcesen durch die Bischöfe,

[1] S. 289 n. 1; so wird auch von Urban II., M. 20, 820 und in den beiden Laterankonzilien für die Verletzung und Beunruhigung der Kreuzfahrer die Exkommunikation angedroht.

[2] Das zeigt Château Gontier 1231 c. 22, M. 23, 237: „Si autem alias (d. h. abgesehen von homicidium und einem andern enorme delictum, in welchem Falle sie des Kreuzzeichens und der Privilegien der Kreuzfahrer vom geistlichen Richter entkleidet werden sollen) inventi fuerint delinquentes, secundum qualitatem criminis a judice ecclesiastico puniantur" und Tours 1236 c. 1, M. 23, 411: „statuimus, quod si crucesignati occasione alicuius delicti a judice saeculari detenti fuerint, per competentem judicem ecclesiasticum repetantur, ad ipsos restituendos, si opus fuerit, detentorem per censuram ecclesiasticam compellendo. Quibus restitutis, si in foro ecclesiastico de homicidio vel alio enormi delicto de cetero perpetrando legitime convicti fuerint et confessi, nullis privilegiis crucesignati gaudentes ... signis crucis per eundem iudicem ecclesiasticum exuantur. Si autem alias delinquentes in crimine obiecto convicti et confessi fuerint, secundum qualitatem et quantitatem criminis a iudice ecclesiastico puniantur".

[3] Ordonnanz Philipps II. August v. 1214, Isambert recueil 1, 210: „Si baillivi domini regis aliquem crucesignatum deprehenderint ad praesens forefacto, pro quo debeat membris mutilari aut vitam amittere secundum consuetudinem curiae saecularis, ecclesia non defendet eum vel res eius. In aliis autem levioribus et minoribus forefactis, pro quibus non debet membris mutilari vel vitam amittere, non debet baillivus corpus crucesignati vel res eius capere vel captum detinere, imo reddat absolute ipsum et res suas ecclesiae requirenti pro iure faciendo. Si autem in foro ecclesiae convictus fuerit de tali forefacto pro quo debet iuxta iudicis saecularis consuetudinem membris mutilari aut vitam amittere, ecclesia nec ipsum nec res eius amplius defendat. De aliis convictus in foro ecclesiae secundum consuetudinem villae emendet laeso".

[4] Für die andern Länder, namentlich Deutschland und England sind ähnliche Anordnungen, soweit bekannt, nicht erlassen.

[5] Elie Berger, les registres d'Innocent IV, Paris 1884 2, CXXX, vgl. auch die folg. Anm.

[6] S. Anm. 2 und ferner die Cirkular-Erlasse Innocenz IV. v. 1246 (Potthast n. 12342) Berger 1, 331 u. M. 23, 600: „Ex parte ... regis Franciae illustris fuit propositum .. quod nonnulli crucesignati regni sui ... propter libertatem eis indultam furta, homicidia, raptus mulierum et alia perpetrant detestanda. Nolentes igitur, ut aliqui crucesignati occasione libertatis eis indulte praesumant ad talia extendere manus suas, mandamus, quatenus crucesignatos in huiusmodi criminibus minime defendas". Freilich beanspruchten, wie die citirten Konzilien zeigen, die geistlichen Gerichte im Widerspruch der Ordonnanz das Recht, zunächst festzustellen, ob ein schweres Verbrechen vorlag, und ihrerseits über die Auslieferung des seiner Privilegien entkleideten Kreuzfahrers an den weltlichen Richter zu befinden.

[7] Beaumanoir, coutumes de Beauvoisis c. 11. n. 8, ed. Beugnot 1, 160: „Neporquant, se li croisiés est porsivis de cas de crieme ou de cas d'eritage, le connissance en apartient en cort laie.

[8] Dove, Untersuchgen üb. die Sendgerichte in Zeitschr. f. deutsch. Recht 19 (1859) S. 321 und

welche nicht nur im Morgenlande, sondern auch im Abendland üblich geworden waren, aber in Frankreich während der Merovingerzeit wohl nicht überall regelmässig gehalten worden sind[1], hatten den Zweck, dem Bischof die persönliche Kenntniss von den kirchlichen Zuständen seiner Diöcese, von der Amtsführung der Geistlichen und von dem religiös-sittlichen Verhalten des Volkes zu gewähren und ihnen Gelegenheit zur Abstellung von Missständen zu verschaffen[2]. Strafzwecken konnten sie insofern dienen, als dem Bischof dabei Sünden und Vergehen einzelner Geistlicher und Laien bekannt wurden und ihm auf diese Weise Veranlassung zum strafrechtlichen Einschreiten gegen die Thäter[3] gegeben wurde.

Im Zusammenhang mit den kirchlichen Reformbestrebungen der Karolinger ist im Verlaufe des 8. Jahrhundert die Abhaltung der bischöflichen Visitationen von Neuem eingeschärft[4], und seit dem 9. Jahrhundert schon ausdrücklich als einer der Zwecke der Visitation die Erforschung[5] und Bestrafung der Verletzung kirchlicher Pflichten, insbesondere schwererer kirchlicher Vergehen[6], betont worden[7].

Noch im Verlaufe der karolingischen Zeit, in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts[8], scheidet sich diese letztere Thätigkeit als eine besondere Aufgabe aus den allgemeinen Visitationsgeschäften aus und wird zunächst durch das im Zusammenhang mit der Visitation abgehaltene Sendgericht erfüllt[9].

in Zeitschr. f. K. R. 4, 1. 157 u. 5, 1; desselb. Art. Sendgerichte in Herzog, Real-Encyk. d. Theologie 2 A. 14, 119; Phillips K. R. 7, 144 ff.; C. Ph. Kopp, ausführliche Nachrichten v. d. ältern und neuern Verfassg d. geistl. u. Civilgerichte i. d. Hessen-Cassel. Landen. Cassel 1769. 1, 118 ff.; Binterim, Denkwürdigkeiten V. 3, 36 ff.; Biener z. Gesch. d. Inquisitionsprocesses. Leipzig 1827 S. 32 ff.; Warnkönig, flandrische Rechtsgeschichte. Tübingen 1835. §. 47 1, 435; Unger, Altdeutsche Gerichtsverfassung. Göttingen 1852 S. 392 ff.; Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 2, 742 ff.; Hildenbrand, die purgatio canonica u. vulgaris. München 1841 S. 98 ff.; Dove, de iurisdictionis ecclesiasticae progressu. diss. inaug. Berol. 1855 p. 54 ff.; Lingg, Gesch. d. Instituts d. Pfarrvisitationen in Deutschland. Kempten 1888 S. 18 ff.; Quix, Gesch. d. St. Peter Pfarrkirche. Aachen 1836; Jacobson, Gesch. d. Quellen des preuss. K. R. Königsberg 1837. I. 1, 119; Back, d. evangel. Kirche i. Lande zw. Rhein, Mosel, Nahe u. Glan. Bonn 1872. 1, 225 ff.

[1] Löning, deutsch. Kirchenrecht 2, 359.

[2] Des Näheren ist hier nicht über die Visitationen zu handeln, s. darüber die Abtheilung III.

[3] Also zur Eröffnung eines Verfahrens von amtswegen, s. Bd. IV S. 759. 772. 839 n. 6 unter 3.

[4] Karlm. cap. 742 c. 3. 5; Pippin 744 c. 4; Karol. M. cap. 769? c. 7; admonit. gen. 789 c. 70; cap. Aquisgr. 813? c. 1, Boret. 1, 21. 29. 45. 59. 170; const. Wormat. 829 c. 5; Tolos. 844 c. 4—6, LL. 1, 335. 379; Capit. Lothar. I. 846 c. 6, S. 86 n. 1.

[5] Die dem 9. Jahrh. angehörige (Bd. IV S. 292 n. 3; vgl. auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 660 n. 1) Synode v. Rouen c. 15, ordnet schon die Bestellung von einzelnen Laien in den Parochieen an, um den Besuch des Gottesdienstes zu überwachen und den Geistlichen von den Versäumnissen desselben Anzeige zu machen.

[6] Cap. Aquisgr. 813? c. 1 cit.: „Ut episcopi circumeant parochias sibi commissas et ibi inquirendi studium habeant de incestu, de patricidiis, fratricidiis, adulteriis, cenodoxiis et alia mala quae contraria deo sunt, quae in sacris scripturis leguntur quae christiani devitare debent“.

[7] Nach Rouen cit. c. 16: „Cum episcopus suam dioecesim circuit, archidiaconus vel archipresbyter eum praeire debet, uno aut duobus diebus per parochias quas visitaturus est et plebe convocata annuntiare debet proprii pastoris adventum et ut omnes, exceptis infirmis, ad eius synodum die denominata impraetermisse occurrant et omnimodis ex auctoritate ss. canonum praecipere et minaciter denuntiare debet, quod si quis absque gravi necessitate defuerit, procul dubio a communione christiana sit pellendus. Deinde accitis secum presbyteris, qui in illo loco servitium debent exhibere episcopo, quidquid de minoribus et levioribus causis corrigere potest, emendare satagat, ut pontifex veniens nequaquam in facilioribus negotiis fatigetur aut sibi immorari amplius necesse sit ibi quam expensa sufficiat“, geht der Archidiakon oder Archipresbyter dem Bischof vorauf, sagt in den einzelnen zu visitirenden Pfarreien das Kommen des ersteren an, ladet die Eingesessenen bei Strafe der Exkommunikation zu der Visitationsversammlung (synodus) an eine bestimmte Stätte und erledigt seinerseits zur Entlastung des Bischofs die geringeren Sachen. Um Bedrückungen der Priester, welche dem Bischof den Unterhalt zu gewähren hatten, und Beschwerungen der Bevölkerung durch zu weite Wege zu vermeiden, soll nach Toulouse 844 c. 4, LL. 1, 379, die betreffende Versammlung in der Regel für je 5 Pfarreien zusammen abgehalten werden, so dass die Priester aus den vier benachbarten Pfarreien zu diesem Behufe ihre Pfarrkinder nach der fünften führen.

[8] Das Nähere darüber unten S. 430 n. 3.

[9] Als Hauptquelle kommt Regino (Abt v.

Es werden nunmehr in jeder Pfarrei glaubhafte und angesehene Männer[1] (*iuratores synodi*, *testes synodales*, Sendzeugen, Sendgeschworene), für die Regel 7, vom Bischof eidlich verpflichtet, alle kirchliche Vergehen, welche sie in ihrer Pfarrei wahrgenommen haben, auf Befragen durch eine förmliche Anzeige[2] auf der Visitationsversammlung, dem Send, zur Kenntniss zu bringen[3], und auf Grund des geleisteten Eides legt ihnen der Bischof eine Reihe von Fragen darüber vor, ob bestimmte Vergehen von den Eingesessenen der betreffenden Pfarrei begangen worden sind.

Das Charakteristische dieser neuen Einrichtung liegt nicht darin, dass die Bestrafung bei der bischöflichen Visitation sich früher streng auf offenkundige Vergehen beschränkt hat[4], sondern darin, dass sie eine Gewähr dafür bieten sollte, dass möglichst alle Strafthaten zur Kenntniss des Bischofs gebracht wurden, und ihre Bestrafung nicht blos von rein zufälligen Umständen, wie von der Erhebung einer förmlichen Anklage, einem zu Ohren der Priester gekommenen Gerüchte oder von besonderer Anzeige an den Bischof oder an die letzteren abhängig blieb. Das erwähnte Verfahren ist zweifellos dem weltlichen Rüge- oder Inquisitionsver-

Prüm † 915) libri II de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis (ed. Wasserschleben. Lipsiae 1840) in Betracht.

[1] Regino II. 2 (c. 1 ist das cit. c. 16 von Rouen) „maturiores, honestiores atque veraciores".

[2] Also durch einen gerichtlichen Akt, nicht blos durch eine amtliche Anzeige überhaupt, vgl. Dove, Zeitschr. f. K. R. 4, 33.

[3] Regino II. 3: „Iuramentum synodale. Amodo in antea, quidquid nosti aut audisti aut postmodum inquisiturus es, quod contra dei voluntatem et rectam christianitatem in ista parochia factum est aut futurum erit, si in diebus tuis evenerit, tantum ut ad tuam cognitionem quocumque modo perveniat, si scis aut tibi indicatum fuerit, synodalem causam esse et ad ministerium episcopi pertinere, quod tu nec propter amorem nec propter timorem nec propter praemium nec propter parentelam ullatenus celare debeas archiepiscopo de Treveris aut eius misso, cui hoc inquirere iusserit, quandocunque te ex hoc interrogaverit. Sic te deus adiuvet et istae sanctorum reliquiae." Der Eid bezieht sich also nicht auf alle Sünden (so Richter-Dove-Kahl S. 598) oder alle Verletzungen der Gebote Gottes und des Christenthums (Dove, Ztschr. f. K. R. 5. 5), sondern unter diesen nur auf solche, welche nach der eigenen Kenntniss des Sendzeugen oder nach ihm ertheilter Belehrung Sendsachen sind, und für welche die Zuständigkeit des Bischofs begründet ist, d. h. auf kirchliche Vergehen im Gegensatz zur Sünde. Daher gehen die Fragen des Bischofs, Regino II. 5, auch blos 1. auf die verschiedenen Arten der Tödtung und Körperverletzung (l. c. nr. 1—14), 2. Ehebruch und andere Fleischesvergehen (nr. 15—37), 3. Diebstahl und Raub (Kirchenraub nr. 38), 4. Meineid und Verleitung dazu (nr. 39), 5. falsches Zeugniss (nr. 40), 6. Menschenraub (nr. 41), 7. Zauberei (nr. 42—45), 8. abergläubisches, namentlich dem Heidenthum entstammendes Verhalten (nr. 46—55) und endlich 9. auf eine Reihe von Verletzungen kirchlicher Pflichten und der kirchlichen Ordnung (nr. 54—89), und es werden nach Massgabe dieser Disposition der Fragestücke von Regino im weitern Verlauf seines zweiten Buches die von ihm zusammengestellten Kanones gruppirt, s. die Überschriften zu c. 6. 98. 266. 315. 339. 354. 376. 381.

[4] So Dove Ztschr. f. K. R. 5. 25; Richter-Dove-Kahl S. 598 n. 7, wo auf Pavia 850 c. 6, LL. 1, 397, S. 93 n. 1, Bezug genommen und betont wird, dass früher eine Mitwirkung der Gemeinde bei Erforschung der Vergehen nicht stattgefunden habe. Aber gerade Pavia l. c. handelt u. A. auch von einem „diffamatum certae personae scelus", d. h. nicht von einem offenkundigen oder notorischen Vergehen, sondern von einem solchen, dessen Jemand durch Gerücht beschuldigt wird, und ferner war zweifellos immer auch ohne Mitwirkung der Gemeinde eine Anklage wegen eines bisher geheim gebliebenen Vergehens möglich. Weiter kann Aachen 813 c. 1, S. 426 n. 6, welches die Untersuchung (inquisitio) wegen bestimmter kirchlicher Vergehen anordnet, ebensowenig auf notorische Vergehen bezogen werden. Endlich bestimmt Mainz 847 c. 28, M. 14, 191 in Übereinstimmung mit einem schon zu Mainz 813 c. 53, p. 75, gemachten Vorschlag: „ut episcopi incestuosos pariter investigare studeant". Wenn Dove meint, dass lediglich offenkundige, d. h. notorische Vergehen zur Bestrafung gebracht, geheime aber dem Beichtstuhl überlassen worden seien, so verwechselt er das geheim gebliebene, blos dem Priester durch Beichte kundgethanene, sonst unbeweisbare Vergehen und ein solches, welches entweder notorisch oder doch mindestens sonst beweisbar ist, und übersieht, dass das delictum, crimen, scelus publicum im Sinne der hier fraglichen Quellen nicht blos das offenkundige, sondern auch das beweisbare im Gegensatz zu dem in der Beichte zugestandenen bedeutet, s. o. S. 92. 93.

fahren der karolingischen Zeit nachgebildet. Wie im weltlichen Strafverfahren[1] soll hier durch die Verpflichtung glaubhafter, vom Richter ausgewählter Männer zur Eidesleistung und zur Beantwortung der ihnen von dem ersteren vorgelegten Fragen die Anklage oder Rüge gegen bestimmte Personen, gegen welche sonst kein Ankläger aus eigenem Antriebe aufgetreten wäre, herbeigeführt werden[2]. Erst die Unmöglichkeit, auf andere Weise die Bestrafung der kirchlichen Vergehen zu sichern, scheint zu der Übertragung jener weltlichen Einrichtung[3] auf das kirchliche Gebiet die Veranlassung gegeben zu haben[4], und darum wird man die Einführung der inquisitio keinesfalls vor die Mitte des 9. Jahrhunderts zurückverlegen dürfen[5].

[1] Vgl. Brunner, Zeugen- u. Inquisitionsbeweis d. karol. Zeit. Wien 1866, S. 9. 10. 139; derselbe, deutsche Rechtsgeschichte 2, 325. 490 ff.

[2] Dove, Ztschr. f. deutsch. R. u. Ztschr. f. K. R. 4, 32, sucht gegen Unger S. 402 darzuthun, dass schon in der karolingischen Zeit weltliche Rügegerichte bestanden, und diese das Vorbild für die Sendgerichte abgegeben haben. Fest organisirte Gerichte der ersteren Art mit ständigen Rügezeugen sind indessen nicht nachweisbar, Brunner a. erstangeführten O. S. 10 n. 2 und Rechtsgesch. 2, 493. Die von Dove herangezogenen Stellen: cap. Langob. Pippin. 782/786 c. 8, Boret. 1, 192; cap. Pippin 800? c. 4, B. 1 208; cap. de instr. missor. 828, LL. 2. 328, syn. Ticin. 850 c. 3, p. 406, beweisen nur das Vorkommen der inquisitio in dem im Text gedachten Sinne mit glaubwürdigen Männern, welche für den einzelnen Fall und zwar für verschiedene Beamte, bez. Gerichte verpflichtet werden.

[3] Welche den Bischöfen und ihrer weltlichen inquisitorischen Thätigkeit als königlichen missi bekannt war, Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 493. 494.

[4] Rouen cit. c. 15, Bd. IV S. 292 n. 3, welches die Bestellung und Vereidigung von glaubhaften Männern zur Überwachung des Besuches des Gottesdienstes, zur Ermahnung der Nachlässigen und zur Anzeige an die Priester verpflichtet, enthält von der inquisitio und Anklage- (Rüge-) Pflicht im eigentlichen Sinne noch nichts (wie denn auch c. 16, welches von der Visitationsversammlung, dem Send, handelt, der späteren Sendzeugen nicht gedenkt). So hat auch die spätere Zeit die Sache aufgefasst, denn nach Reg. II. 5 n. 69 fragt der Bischof die Sendzeugen, ob jene Männer bestellt sind und ihre Schuldigkeit thun, und mit Bezug auf diese Frage wird Rouen c. 15 von ihm II. 395 wiedergegeben. Das Konzil muss demnach vor der Einführung der allgemeinen inquisitio, so auch Dove 4, 44 abgehalten sein und zeigt, dass man zunächst blos für eine gewisse Kategorie von kirchlichen Vergehen eine eidliche Anzeigepflicht aufgestellt hat.

Ferner hat man im 9. Jahrhundert eine derartige Pflicht für die Verwandten gegen einander durchzuführen gesucht, so das von Phillips, d. codex Salisburg. S. Petri IX 32. Wien 1864 S. 64 herausgegebene Kapitel: „concilio Meldensi tit. LXXX (welches sich in den Kanonen dieser Synode, Meaux 845, nicht findet, aber sehr wohl dieser Zeit angehören kann): „Scelerosi et in capitalibus viciis quae animae inferunt mortem obstinati et incorrigibiles et ss. canonum statutis rebelles in synodicis sunt accusandi concilliis. Quod praecipue ab illis fieri oportet, qui eis sunt carnis affinitate propinquiores (was nun mit einer Reihe von Bibelstellen begründet wird) . . . Quapropter sancimus nolentes sacramento constringi, ut peccantes proximos quos amant, periurii timore celare non praesumant", sah aber dabei von einer eidlichen Verpflichtung derselben wegen der Gefahr des Meineides ab (wie Phillips K. R. 7, 158 dazu kommt trotz des Wortes: nolentes von der Nöthigung zum Eide zu sprechen, ist mir unerfindlich). Deutet diese Anordnung darauf hin, dass die Sitte, Sendzeugen zu verpflichten, noch nicht aufgekommen war, so weist die sich unmittelbar anschliessende Fortsetzung: „Nec sit quisquam in episcopatu laicus testimonio admittendus, qui non sit huiusmodi sacramentis implicatus: Ex hac hora deinceps, quidquid contra divinam et christianam legem in dioecesi praesentis temporis episcopi commissum veraciter scio aut a veracibus divulgatum comperero, quando ab ipso in synodo aut parrochiali conventu vel a suo archidiacono aut archipresbytero in illorum ministerio interrogatus fuero, non gratia alicuius vel odio id me celaturum, ut ita me deus et sanctorum adiuvent patrocinia", einen dem Eid der Sendzeugen bei Regin. II. 3 ähnlichen, aber nicht so umfassenden Eid auf. Ganz abgesehen davon, ob [diese Stelle, welche mit dem früheren Theil des Kapitels in gar keinem Zusammenhang steht, ursprünglich demselben Kanon angehört hat und nicht vielmehr erst später von einem Sammler mit ihm verbunden worden ist, wird hier keiner Verpflichtung, sich als Auskunftsperson vereidigen zu lassen erwähnt, sondern blos vorgeschrieben, dass kein Laie unvereidigt als Auskunftsperson zugelassen werden soll. Nichts deutet darauf, dass die Stelle sich gegen einen etwaigen Missbrauch, die Sendzeugen nicht zu vereidigen, richtet. Es ist daher wahrscheinlich, dass es sich um einen Eid handelt, welchen man den sich freiwillig anbietenden Auskunftspersonen abnahm, und dass die Fassung desselben später für die Sendzeugen benutzt und erweitert worden ist.

[5] So jetzt auch Brunner, deutsche Rechtsgesch. 2, 493. Ausser den in der vor. Anm. hervorgehobenen Momenten weist auf diese Zeit der Umstand hin, dass die Einrichtung, wie sie Regino schildert, vollkommen ausgebildet erscheint, und die von ihm mitgetheilten II. 2 ff. Formeln, welche des Erzbischofs v. Trier gedenken, entschieden der Praxis entnommen sind, während andererseits die Quellen aus der ersten Hälfte des 9. Jahrh. der Sendgerichte nicht gedenken.

Zunächst hat man bei dieser Neuerung auch die Geistlichen der inquisitio ebenso wie die Laien unterworfen [1], doch hat man im Interesse der Aufrechterhaltung ihres Ansehens und der Würde des geistlichen Standes sehr bald davon abgesehen [2].

Was das Sendgericht des näheren betrifft, so ist das Recht zur Abhaltung desselben noch während der ersten Jahrhunderte nach seiner Einführung dem Bischof ausschliesslich verblieben [3], und wenn ihn auch der Archidiakon oder der Archipres-

Dagegen rückt Lingg, Pfarrvisitation S. 18. 19 auf Grund eines bei Steiner, synodi dioecesis Augustan. 1766 p. 3ff. gedruckten ordo synodi per villas, welcher das Sendverfahren ähnlich wie Regino schildert, die Ausbildung des ersteren wenigstens für einen Theil Deutschlands bis in die erste Hälfte des 9. Jahrh. hinauf. Da der ordo im Gegensatz zu den 89 Fragen bei Regino II 5. blos die Fragen aufweist: „Si sit aliquis homo vel foemina homicida, sacrilegus, periurus, raptor, si parentibus coniunctus, si leno, si adulter aut per herbas vel per aliquod maleficium aliorum hominum interemptor, si aliqua foemina infantem opressisset, si sint inter se discordantes et ad pacem non velint redire, si diem dominicam et festivitates sanctorum et indictum ieiunium non observent, patrem aut matrem non honorantes", so ist er schon älter als Regino. Aber daraus, dass die Handschrift frühestens dem Ende des 9., wenn nicht dem 10. Jahrh. angehört, und hinter dem ordo als Beigabe auch die Kapitel Hinkmars v. Rheims v. 852 aufweist, ergiebt sich immer kein höheres Alter, als etwa die Zeit zwischen 860 und 880 (dies nimmt auch Hauck, Kirchengesch. Deutschlands 2, 672 an), und man kann bei diesen schwankenden Anhaltspunkten nicht mit Lingg S. 19 aus der Angabe im Eingang, dass das geschilderte Verfahren more solito gehalten worden, auf die erste Hälfte des Jahrhunderts zurückschliessen, weil dieser Ausdruck bei einem etwa 5 bis 10jährigen Bestehen der Einrichtung, d. h. also selbst wenn man den ordo in die Jahre zwischen 865 und 870 setzen wollte, gerechtfertigt gewesen wäre.

In der form. 30 coll. Sangallens. (s. g. Formelbuch Salomos III.) ed. Zeumer p. 415, enthaltend ein Schreiben Salomos II. von Konstanz an Liutbert von Mainz, anscheinend v. 877 (p. 393), betr. die Appellation eines adligen Ehepaares, welches der erstere wegen zu naher Verwandtschaft getrennt hatte, heisst es: „Cum diocesim meam circumirem, deveni ad locum, ubi memorati homines habitabant, et ibi didici a maioribus natu vici illius, quia idem coniuges ita sibimet consanguinitate iuncti essent, ut de uno parente in Va, de altero in IVa generatione mutuam ducerent propagationem. Quod inquisitione facta et fide cum iuramento data, ita verum esse didici, ut omnes a minimo usque ad maximum id ita se habere proclamarent". Hier wird ebenfalls der inquisitio erwähnt, aber um Bestrafung wegen Incestes hat es sich dabei nicht gehandelt, vielmehr nur um die Feststellung der Verwandtschaft und die Trennung der Ehe. Die inquisitio hat also hier den Zweck über ein streitiges Faktum Beweis zu erheben. Auch kann nicht mit Sicherheit angenommen werden, dass die Auskunftspersonen die ein für alle Mal verpflichteten Sendzeugen gewesen sind, denn nach Regino II. 232 wurden gerade zur Feststellung der Verwandtschaft besondere Auskunftspersonen, offenbar weil die Sendzeugen hierüber nicht immer so genaue Wissenschaft haben konnten wie andere, namentlich verwandte und befreundete Eingesessene, eidlich verpflichtet, und so kann es auch in dem gedachten Fall gehandhabt worden sein, dies um so wahrscheinlicher, als der Sendzeugen nicht erwähnt wird. Einen direkten Beweis für die Ausbildung des strafgerichtlichen Sendverfahrens liefert demnach die cit. form. 30 nicht. Da aber die hier erwähnte inquisitio offenbar der weltlichen Beweisinquisition (Brunner S. 10) nachgebildet ist, so lässt sich daraus in Verbindung mit den anderen vorhin erwähnten Momenten schliessen, dass man die karolingische Inquisition auch in ihrer zweiten, der strafgerichtlichen Funktion, bei der Bedeutsamkeit der Strafrechtspflege für die Kirche schon in dieser Zeit seitens derselben benutzt hat. Es ergiebt sich somit eine ziemlich sichere Vermuthung dafür, dass das Sendgericht bereits in den siebenziger Jahren des 9. Jahrh. seine Ausbildung erhalten hat.

[1] Während Phillips 7, 143. 144 und Dove Ztschr. f. deutsch. R. 19, 264 das Gegentheil anzunehmen scheinen, zeigt der ordo synodi per villas, Steiner p. 4 ff., dass die das äussere Verhalten des Pfarrers betreffenden Fragen den gewöhnlichen Sendzeugen, dagegen die die amtliche Thätigkeit desselben betreffenden nach Entlassung der letzteren zweien oder dreien confratres vorgelegt worden sind, vgl. Lingg S. 14. Der Widerspruch A. Schröders, Entwicklg. d. Archidiakonats. Augsburg 1890. S. 82, welcher sich auf nicht die Sendgerichte betreffende Stellen stützt, ist unbegründet.

[2] Denn das Buch II Reginos, welches die Sendgerichte behandelt, bezieht sich nach seiner Überschrift blos auf die Laien. Auch Gerhardi vita S. Oudalrici (v. Augsburg † 973) aus dem Ende des 10. Jahrh. c. 6, SS. 4, 395 weist die Sonderung auf: „Congregatis ante se clericis, archipresbyteros et decanos et optimos quos inter eos invenire potuit, caute interrogavit, qualiter cottidianum dei servitium impleretur et qualiter populus ex eis regeretur in studio praedicandi docendique, quantaque cautela infantes baptizarentur, infirmi visitarentur et ungerentur" . . .; Lingg S. 13 ff.

[3] Regino II. 1 ff. Daher heisst das Sendgericht auch placitum episcopi, Tribur. 895 c. 9, M. 18, 137: „cum autem episcopus . . . episcopatum circumeundo perrexerit et placitum canonice constitutum decreverit populumque sibi creditum illo invitaverit"; vgl. auch das s. g. Sendrecht der Mainz- und Rednitzwenden (Bd. IV S. 292 n. 7) aus dem 10. Jahrh., Dove Ztsch. f. K. R. 4, 161:

byter, welche anfänglich dabei als seine Gehülfen erschienen[1], schon seit dem 10. Jahrhundert in dieser Funktion vertreten[2], so geschieht dies doch noch nicht kraft eigenen Rechts. Für die Regel bereist der Bischof oder sein Vertreter zu diesem Behufe jährlich einmal die Diöcese[3] und lässt die Pfarrkinder an die hergebrachten Sendstätten in den Pfarreien entbieten[4]. Bei der Verhandlung und Entscheidung standen dem Bischof die ihn begleitenden Geistlichen zur Seite, und zwar scheinen sie schon in dieser Periode nicht blos als Beirath, sondern in Folge der Übertragung der germanischen Trennung der Richter- und Urtheiler-Funktion auf das Sendgericht, als Urtheiler, d. h. als s. g. Sendschöffen, fungirt zu haben[5]. Nach der Eröffnung des Gerichtes werden zunächst die Sendzeugen ausgewählt und vereidigt[6]. Dann beginnt die *inquisitio* durch Be-

„qui a sacerdote in ecclesia banaitus fuerit ad placitum episcopi sive archipresbyteri".

[1] Regino II. 1 (Rouen saec. IX c. 16, S. 426 n. 7), wonach diese die Versammlung ansagen und dazu vorladen, sowie die leichteren Sachen im Auftrage des Bischofs — dies bestätigt auch Gerhardi vita Oudalr. c. 6 cit. s. Anm. 5 — erledigen. Die von Dove Ztschr. f. K. R. 5, 9 als Instruktionen für die das Sendgericht abhaltenden Archidiakone bezeichneten capp. Hincm. Rhem. v. 877, M. 15, 497, beziehen sich allerdings auf die Visitationsreisen derselben, aber nicht auf die Sendgerichte, denn sie handeln nur von der Beaufsichtigung der Kleriker und ihrer Amtsführung und verbieten Bedrückungen der Geistlichen.

[2] So wird bei Regino II. c. 232 der „missus episcopi, cui hoc inquerere iusserit" erwähnt. Nach der vita Gerhardi cit. hat der h. Ulrich v. Augsburg dagegen den Send selbst abgehalten. Vgl. Dove Ztschr. f. K. R. 5, 8.

[3] Dove a. a. O. 5, 20. Eine anschauliche Schilderung in der vita Oudalrici c. 6 cit., SS. 4, 394: „Cum quarto anno . . . causa regendi et praedicandi atque confirmandi, dioecesem sibi commissam visitare decrevisset . . . in solio carpenti superposito sedebat psalmosque solito more decantabat . . . Ad loca autem illa cum pervenisset, ubi concilia sua denunciata fuerunt, cum evangelio et aqua benedicta et sonantibus campanis et tanta honorificentia susceptus est, quantum illis qui ibi congregati sunt, virtus suppetebat".

Mit dem Hervortreten dieser Thätigkeit hört die Verbindung derselben mit den übrigen Visitationsgeschäften, der Untersuchung der kirchlichen Verhältnisse und der Amtsführung der Geistlichen, immer mehr auf, dagegen wird gelegentlich des Sends auch stets die Konfirmation durch den Bischof ertheilt, vita Oudalrici c. 6 cit., Dove 5, 14.

[4] Nach vorheriger Ansage, s. Anm. 1, wurde die Sendstätte und der Termin wohl auch öffentlich dem Volk in der Kirche durch die Pfarrer oder die Priester verkündet. Die Parochianen waren zum Erscheinen bei Strafe der Exkommunikation verpflichtet, Regino II. 1 cit. u. II. 297 (aus den Protokollen des Konzils v. Tribur 895, Wasserschleben, Beitr. z. Gesch. vorgratianischer Rechtsquellen, Leipzig 1839. S. 168).

[5] In der vita Oudalr. c. 6 cit.: „Statim vero missa celebrata in concilio considens populum ante se vocari fecit, prudentioresque et veraciores sacramento interrogare praecepit, quae in illa parochia emendatione digna fuissent et contra iura christianitatis perpetrata peccata ut ei veraci relatu nota fierent facta. Ut autem ab eis aliqua normam rectitudinis supergredientia cognita audivit, sine perceptione personarum, secundum iudicium clericorum, ad tramitem rectitudinis . . . retrahere festinavit et male pullulata surcula vitiorum falcastro verbi dei studiosissime resecare . . . et morbis vitiorum aptissima fomenta emendationum opposuit . . . Ea vero quae difficilia et insuperabilia ministris suis comperit, in praesentia sui, omnium cum eo manentium adiutorio, percauta directione finiri contendit. Quae autem ab eis sine obtrectatione aliorum in statum rectitudinis converti persensit, eorum regimini perficiendum firmiter commendavit"; lässt sich wenigstens aus dem „secundum iudicium clericorum" in Verbindung mit dem Umstand, dass das Verfahren auf germanischer Rechtsgrundlage gestaltet ist, und dass sich auch später die Trennung der Funktionen des Richters und der Schöffen, welche in den späteren Zeiten sogar Laien (s. unten) gewesen sind, vorfindet, entnehmen, dass möglicherweise schon damals eine solche Scheidung üblich gewesen ist.

[6] S. Regino II. 2 ff., S. 427 n. 3; vita Oudalrici c. 6, s. vor. Anm. Eine andere Eidesformel als die citirten weist das im cod. S. Petri Salisburg. (Phillips S. 65) mit der Überschrift: conc. Rodomacensi cap. 25 versehene, nicht bestimmbare Kapitel auf, und zwar für den Fall „ubi in uno episcopio sub unius pastoris censura multorum populorum nationes diversas et linguas et tribus synodalibus contigerit permisceri conventibus" (d. h. wohl an den drei Sendstätten, nicht den 3mal im Jahre abzuhaltenden Senden) dahin: „laicos omnes, qui christiano nomine censentur et praecipue quos nobilitas cuiuscumque nationis sint idoneo testimonio probaverit" (d. h. nicht alle Eingesessenen des Bezirkes sammt und sonders, sondern alle aus den verschiedenen Nationen, die der Sendrichter auswählt) „statuimus in episcopalibus conciliis iurare universaliter compelli, quatenus quaecumque evangelicis atque canonicis dogmatibus mandatisque in episcopio, unde oriundi sunt, contraire atque obviare persenserint, quando a suo episcopo vel ab eius ecclesiasticis ministris synodice fuerint ammoniti, publice in medium proferre nullaque ex industria cognita vel comperta celare". Sicher gehört die Stelle

fragung derselben auf ihren Eid nach Maassgabe der üblichen Fragestücke[1]. Die durch den Sendzeugen gegen eine Person erhobene Bezichtigung[2] gilt als Anklage[3], durch welche der Sendzeuge in die Rolle des Anklägers eintritt[4], und des Weiteren bewegt sich das Verfahren in den Formen des germanischen Anklageprozesses[5].

II. Die Zeit vom 12. Jahrh. ab. Für die weitere Entwicklung der Sendgerichte

ebenfalls dem Ende des 9. oder dem Anfang des 10. Jahrh. und einer anderen Gegend als die Formulare bei Regino an.

[1] S. 427 n. 3.

[2] Dass sie nicht durch bösen Leumund des Beschuldigten bedingt war, ergiebt die Fassung der Sendzeugen-Eide, s. auch Hildenbrand, die purgatio canonica S. 103.

[3] Vgl. das s. g. Sendrecht der Main- und Rednitzwenden, Dove 4, 160: „Quia secundum canonicam diffinitionem ecclesiasticis iusiurationibus implicitis cura accusandi proclamandique scelera committitur quae infra omnem parrochiam illam . . . perpetrantur, summa diligentia observandum est, ut nullus divinae legis transgressor, licet alterius conditionis vel parrochiae sit, in synodica stipulatione reticeatur".

[4] Vgl. Hildenbrand S. 103; Dove 5, 18. 19. Von dem gewöhnlichen Ankläger unterscheidet er sich blos dadurch, dass er in Folge der Fragen des Richters zur Anklage veranlasst wird und zur Erhebung der letzteren durch seinen Eid verpflichtet ist.

[5] Der Sendzeuge hat die erhobene Anklage oder Beschuldigung nicht zu beweisen. Dies folgt schon daraus, dass man sonst die Sendzeugen nicht hätte eidlich verpflichten können, alles Strafbare, was überhaupt auf irgend eine Weise zu ihrer Kenntniss gekommen war, im Sende zu rügen, vielmehr hat der Beschuldigte, wie sonst nach germanischem Recht, den Beweis seiner Unschuld durch Eid oder bei handhafter That durch Gottesurtheil (welches letztere dem Unfreien allein offen bleibt), zu führen, Tribur 895 nach Regino II. 303: „Nobilis homo vel ingenuus, si in synodo accusatur et negaverit si eum fidelem esse sciant, iuramento se expurget. Si autem deprensus fuerit in furto atque periurio, ad iuramentum non admittatur, sed, sicut qui ingenuus non est, ferventi aqua et candenti ferro se expurget" (während in c. 22, M. 18, 143, welches damit im wesentlichen übereinstimmt, die Beziehung auf den Send fehlt), vgl. auch Hildenbrand S. 101; Dove 5, 22. 29. Ob dabei der Angeschuldigte in allen Fällen der Eidhelfer bedurfte oder nur bei bestimmten Vergehen (Mainz 847 c. 24, M. 14, 910 schreibt dies blos für die Anschuldigung wegen Tödtung eines Priesters noch ohne Beziehung auf das Sendgericht vor, ein Kölner Synodalschluss v. 1083 bei Dove 5, 31 n. 14 für Tödtung überhaupt), lässt sich nicht feststellen.

Das Urtheil hat aller Wahrscheinlichkeit nach, ebenso wie das germanische alternativ auf die Erbringung des Beweises oder auf Auferlegung der Strafe gelautet (aut iuret aut poeniteat), Dove 5, 25.

Was die Strafen betrifft, so wurde, da das Vergehen durch die Rüge zum delictum publicum geworden war, o. S. 92. 93, auf öffentliche Busse erkannt, wie dies die Aufnahme von zahlreichen Bussbestimmungen durch Regino in sein Werk (II. 6 ff.) und die o. S. 89. 100 gedachte Zurückschiebung der Exkommunikation in die zweite Linie bestätigt, Dove 5, 34 ff., während in leichteren Fällen die nicht öffentliche Zwangsbusse zur Anwendung kam, und sich Bussredemtionen in Geld noch selten finden, vgl Dove 5, 34. 40 und o. S. 95. 100. 105. Geldstrafen kommen erst gegen Ende der hier fraglichen Periode, also etwa seit dem Ende des 10. Jahrh. oder Anfang des 11. Jahrhunderts als Strafen bei den Verletzungen kirchlichen Eigenthums oder kirchlicher Personen in der Gestalt von kirchlichen Friedensgeldern vor, vgl. das Sendrechtsfragment bei Dove 4, 162 u. 5, 41: „Pro violato ecclesiastico manso liber ieiunare debet XL dies quod carrinam vocant et episcopo vel eius legato LX solidos i. e. III talenta persolvere debet. Pro cimiterio vel atrio ecclesiae violato III carrinas ieiunet et IX talenta vel libras solvat. Pro ecclesia XXVII carrinas ieiunet et LXXXI libras solvat. Pro sanctuario temere invaso liber homo LXXXI carrinas ieiunare et CCXLIII libras episcopo debitor est persolvere. Homo vero non liber pro his factis tot carrinis puniri debet, quot et liber, sed quotiens liber LX solidos debitor est solvere, totiens non liber corio et crinibus puniendus est, nisi concessu episcopi corium et crines pro nominato precio redimat", an deren Stelle bei Unfreien Strafen zu Haut und Haar treten, sofern der Bischof nicht die Ablösung gestattet.

Nach dem oben bemerkten war die sofortige Verhängung der Exkommunikation ausgeschlossen, vielmehr kommt sie nur als Strafe des Ungehorsams, d. h. für Ausbleiben des gehörig geladenen Angeschuldigten oder für Nichterfüllung der im Urtheil gemachten Anklagen vor, Protokoll der Synode v. Tribur 895 bei Wasserschleben, Beiträge S. 170 n. 10: „Quaesitum est in eadem synodo, pro quibus causis quemlibet hominem episcopali auctoritate vinculo anathematis ligari oporteat atque unanimi cunctorum sententia decretum est, pro his tribus criminibus fieri debere: cum ad synodum canonice iussus venire contemnit aut postquam illuc venerit, sacerdotalibus respuit obedire praeceptis aut ante finitam causae suae examinationem a synodo profugus abire". Ein mehr entwickeltes und abgestuftes Ungehorsamsverfahren kennt das sog. Sendrecht d. Mainwenden, Dove 4, 160. 161. Danach zieht die Nichterfüllung des Urtheils die Exkommunikation nach sich, beim Ausbleiben auf Ladung tritt erst Auferlegung der Busse ein, bei fortgesetztem Ungehorsam Pfändung durch den Schultheiss im Beisein des Richters, Einziehung des Pfandes für die Kirche, endlich Exkommunikation und Einziehung der Habe des Renitenten durch den Herrn, welcher dem letzteren die Grundstücke verliehen hat, Dove 5, 31.

ist die Änderung in der Stellung der Archidiakonen, die Umbildung ihres Amtes aus dem eines vom Bischof abhängigen Gehülfen bei der äusseren Diöcesanverwaltung zu einem mit einer Reihe von bischöflichen Jurisdiktionsrechten ausgestatteten, selbstständigen kirchlichen Amte, welche sich seit dem 11. Jahrhundert vollzogen und mit dem Ablaufe des 12. festgestellt hat, von maassgebender Bedeutung geworden [1]. Gerade die Gründe, durch welche dies ermöglicht worden ist, haben auch dazu geführt, dass die Archidiakonen das Recht zur Abhaltung der Visitationen und der Sendgerichte, sowie die damit verbundene Strafgewalt erlangt haben. Seit dem 12. Jahrhundert hält der Archidiakon [2] den Send [3] aus eigenem Rechte ab [4]. Dem Bischof bleibt daneben in einzelnen Diöcesen nur noch das Recht auf den Send in jedem vierten, namentlich im Schaltjahr vorbehalten [5], jedoch liegt die praktische Bedeutung dieses Rechtes wesentlich darin,

[1] Bd. II S. 193. 194; s. auch Alfred Schröder, die Entwicklung des Archidiakonats bis z. 11. Jahrh. Augsburg 1890. S. 102.

[2] Wenn vielfach statt des Archidiakonus der Dompropst oder Propst, mitunter auch der Dekan erwähnt wird, so ist darunter der Archidiakon zu verstehen. Dies ergiebt sich daraus, dass die Archidiakonate häufig mit einzelnen Stellen, namentlich den Dignitäten in den Domstiftern und den angesehenen Kollegiatstiftern der Bischofsstadt verbunden waren, Bd. II S. 191.

[3] Der gewöhnliche Ausdruck ist noch *synodus*, s. z. B. Soester Statuten v. 1120 Nr. 3, Seibertz, Urkdbch. d. Landes- u. Rechtsgesch. d. Hzgthums. Westfalen 1, 49; Kölner Dienstmannenrecht aus d. 12. Jahrh. §. 9, Kindlinger, Münsterische Beiträge. Münster 1740. 2, 76; dipl. 1229 bei Seibertz a. a. O. 1, 239; Kölner Diöcesansynode 1266 c. 14, Hartzheim 3, 622; ferner kommt vor *placitum christianitatis*, dipl. v. 1161. 1168. 1188, Zahn, Urkdbch. d. Herzogth. Steiermark. Graz 1875 S. 1, 392. 468. 677. 678; Salzburg. dipl. v. 1195, Hartzh. 3, 460; deutsch: *sent*, Soester alte Schraae v. 1442, §. 5, Emminghaus, memorabilia Sosatensia. Jenae 1749 p. 139; *synte*, Seligenstädter Sendweisthum 1390, Grimm Weisthümer 1, 503; fris. *sinath*, *sineth*, *sind*, *hellega sinatha*, *hellqe senda*, v. Richthofen, altfriesisches Wörterbuch. Göttingen 1840 S. 1017. S. auch die folgenden Anmkgen.

[4] Cit. Soester Statuten v. 1120: „Praepositus Susatensis de iure debet facere denunciari synodum tribus vicibus in anno, quamlibet VI septimanis antea"; dipl. des Bischofs v. Halberstadt für den Propst v. S. Johann daselbst v. 1138, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstiftes Halberstadt 1, 162: „quod omnia quae prepositurae et ecclesiae annexa sunt, archidiaconatum in Gardekestorp, archidiaconatum in Watenstide .. de manu nostra nostrorumque successorum in receptione praepositure pariter recipiant et cuicumque fratrum voluerint, has curas committant, qui ... cum populo archidiaconi synodum frequentet"; Erklärung der Gemeinde Herhusen nach ihrer Übersiedelung auf den Heresberg 1229, Seibertz, Urkdbch. 1, 239: „archidiaconum de capitulo maioris ecclesie Paderburnensis, qui synodo Horehusen praesidere consuevit, in monte et prefata ecclesia presidentem tamquam nostrum archidiaconum cum omni iure admisimus". Dabei bedienten sich die Archidiakonen auch ihrerseits der Stellvertreter, später ihrer Officialen, dipl. 1235, G. Schmidt, Urkdbch. 1, 572: „synodum per archidiaconum de Witinge vel eius vicarium celebrandam"; cit. Kölner Statuten v. 1266 c. 14: „ut praelati et ordinarii iudices (Bd. II S. 195) in terminis eorundem iurisdictioni subiectis synodum suam (qui ad hoc tenentur) observent per se vel per alios congruis temporibus ab ipsis praelatis praefigendis". In Braunschweig waren die Einwohner des einen Theils der Stadt dem Hildesheimer Archidiakon zu Stötzen, des andern dem Halberstädter zu Atzum zugewiesen, Chroniken d. deutsch. Städte. Bd. 16. Leipzig 1880 S. XVIII.

In Aurich hat Ende des 13. Jahrh. das Sendgericht dem Bremer Domscholasticus zugestanden, v. Richthofen, Untersuchungen z. friesisch. Rechtsgesch. Berlin 1880. 1, 327. 341, vgl. auch ibid. 1, 333; nach Grimm, Weisthümer 6, 701 (Konzen 1415) dem Stiftsdekan zu Zülpich.

Das dipl. v. 1167, Günther, cod. dipl. Rheno-Mosellan. 1, 333: „praepositis ecclesiae Bonnensis, sicut ex iure archidiaconatus canones eis concedunt et apostolica auctoritas, ita et nos ... eis confirmamus, ut quarto semper anno archidiaconatum suum visitent", und das Privil. Hadrians IV. v. 1154, Binterim u. Mooren, die alte u. neue Erzdiöcese Köln 3, 132: „longo usu archidiaconus ecclesiae Xantens. obtinuit, ut in quarto anno singulis ecclesiis suis archidiaconatus officium visitationis impendat", geben offenbar Zeugniss von einer Stufe der Entwicklung, auf welcher noch das Visitations- und Sendrecht des Bischofs überwiegt. Auch in Nordfriesland wird noch Ende des 12. Jahrh., ep. Innoc. III. ad prepositum de Serand [Strand] et univ. eccles. praelat. in Utlandia v. 1198 Potth. n. 415, Migne 1, 396 (gerichtet an den Propst v. Nordstrand und die Prälaten der an der Westküste v. Schleswig gelegenen s. g. Uthlande) das Sendgericht in Stellvertretung des Bischofs gehalten. Zweifelhaft bleibt das Verhältniss des Bischofs und Archidiakons in der Urk. Lothars III v. 1134 für die Kaufleute in Quedlinburg, Janicke, Urkdbch. f. Quedlinburg. Halle 1873. 1, 9, denen zugesichert wird, dass sie sich behufs der censura synodalis und des examen nur in Quedlinburg vor Bischof und Archidiakon zu stellen haben.

[5] Hadrian IV ep. 1155 für den Erzb. zu Trier, Beyer, mittelrhein. Urkdbch. 1, 650: „*Exitum* videlicet in quarto anno per totum episcopatum tuum ad consecrationes ecclesiarum, confirmatio-

dass die Gerichtseinkünfte des betreffenden Jahres ihm selbst, nicht dem Archidiakon zufielen[1], nicht darin, dass der Bischof die Diöcese behufs eigener Abhaltung des Sendgerichts bereiste[2].

In manchen Diöcesen, namentlich den sächsischen, bewahrten sich gewisse bevorrechtigte Personenklassen, insbesondere der Adel[3], vor allem die freien Herren[4] und die bischöflichen Ministerialen[5], ähnlich wie hinsichtlich der weltlichen Gerichtsbarkeit, die Befreiung von dem Sendgericht der Archidiakonen[6] und blieben entweder

nem hominum et correctionem excessuum secundum synodalem institiam, ad cuius laboris expensam totam decimam cum integritate eodem quarto anno vel quartam partem in annis singulis ... tibi ... confirmamus" (unter Berufung auf eine alte Gewohnheit); Mainzer dipl. v. 1195, Würdtwein, dioecesis Moguntina. Manhem. 1759. 2, 9: „anno qui vulgariter *exitus* noster vocatur"; v. 1296, ibid. 2, 11: „super iuribus et proventibus synodalibus exercendis et percipiendis ... in anno bisextili, qui annus vulgariter *exitus* dom. archiepiscopi Moguntini vocatur"; für Friesland Drenther Sendbrief v. 1332 §. 1, v. Richthofen, fries. Rqull. S. 518: „episcopi Traiectenses in anno suo et dom. praepositi S. Marie ibidem in annis communibus"; für den Westergo (14. Jahrh.), v. Richthofen, Untersuch. 2, 586; zweites westerlauwer Sendrecht §. 1, Rqull. S. 406, während nach dem älteren aus d. 13. Jahrh. §. 2 S. 405 der Bischof im vierten Jahre den Send selbst abhält, aber für die drei andern Jahre seinerseits einen Bevollmächtigten oder Dekan ernennt, v. Richthofen, Untersuch. 2, 737. 738. Nach dem Rüstringer Sendrecht (13. Jahrh.) a. a. O. S. 127, gehörte dem Bischof der Send schon in dritten Jahr (vgl. S. 432 n. 4).

Die Ansicht Mooren's, Dortmunder Archidiakonat S. 15 ff., dass die Viertheilung aus einem hergebrachten Wechsel des Bischofs, des Archidiakons, des Landdekans und des Pfarrers entstanden sei, widerlegt sich dadurch, dass von der Abhaltung des Sendgerichts durch Pfarrer oder Landdechanten in früheren Zeiten nicht die Rede ist. Die Einrichtung erklärt sich wohl daraus, dass der Bischof dem Archidiakon für seine Stellvertretung in gewissen Jahren die Gefälle aus dem Sendgericht überliess und dass später mit der veränderten Stellung der Archidiakonen, als diese mit dem eigenen Sendrecht auch das Recht auf den Gebührenbezug erlangt hatten, dem Bischofs die ebenfalls bei anderen Einkünften übliche Quart als Abgabe belassen blieb.

[1] Gerade das Recht des Bischofs auf die erwähnten Gefälle wird häufig in den Urkunden betont, s. die Anführungen S. 432 n. 5.

[2] Dazu ernannte er einen Stellvertreter, s. vorvor. Anm., und als solcher konnte auch der Archidiakon fungiren.

Wenn im westerlauwer Sendrecht, a. a. O. S. 402 als Vertreter des Bischofs der choerbiscop genannt wird, so ist hier nicht der Archidiakon (Bd. II S. 169), sondern der Weihbischof gemeint, v. Richthofen a. a. O. S. 402 n. 6. Auch die Mainzer Urkd. v. 1469, Guden cod. diplom. 1, 333 zeigt, dass der Weihbischof dies Recht in Vertretung des Bischofs ausgeübt hat. Ob der Chorbischof, Grimm, Weisthümer 2, 423. 425 (Eider 16. Jahrh.), welcher alle 4 Jahre den Send abhält, der Trierer Weihbischof und nicht vielmehr der Archidiakon ist, steht dahin, wahrscheinlich aber ist das letztere der Fall, vgl. Ferdinand, Cuno v. Falkenstein Erzb. v. Trier. Paderborn u. Münster S. 52 n. *.

[3] So in Würzburg die Ritterschaft, F. E. Pufendorf de iurisdictione Germanica liber P. II s. 3 c. 1 §. 160; dipl. v. 1263 in Monum. Boica 37. 48 (eos qui immediate subsunt episcopo, puta eos, qui dicuntur synodales); Archiv d. histor. Vereins für Unterfranken 13, 126. 127; v. Zallinger i. Mitthlgen d. Inst. f. österr. Geschichtsforschg. 10, 219 ff.; Nitzsch, Ministerialität u. Bürgerthum Leipzig 1859 S. 137. Hat doch auch an dieses Verhältniss die Bezeichnung der Edlen als synodales in den Reichsgesetzen, s. LL. 2, 282. 291. 301. 313, angeknüpft, v. Zallinger a. a. O. S. 217 ff.

[4] Kölner Diöcesanstatuten 1266 c. 14, Hartzheim 3, 622: „Soli tamen nobiles excipiantur, qui ad nostram synodum noscuntur specialiter pertinere".

[5] Kölner Dienstmannenrecht §. 9 (12. Jahrh.), Kindlinger, münster. Beiträge. Münster 1790 2, 76; Frensdorf, d. R. d. Dienstmannen des Erzb. v. Köln. Köln 1883 S. 8. 32: „Item nullus archidiaconus, nullus decanus, nullus ecclesiasticus ministeriales b. Petri iure synodi citabit vel excommunicabit sub aliqua re, quam aliquis eorum in persona propria commiserit, nisi forte decimas vel res ecclesiarum iniuste invaserint vel sibi usurpaverint; si hoc fecerint, coram archidiacono vel decano vel ecclesiastico de iniuria respondeant, in cuius terminis eam commiserunt. Alio modo, si dignum correctione aliquis eorum egerit, capellarius archiepiscopi hoc de eis emendabit. Capellarius proximo die post festum s. Petri synodum suam celebrabit in veteri domo archiepiscopi ante capellam b. Joannis et in lapidea cathedra ibidem sita residebit eruntque praesentes illic b. Petri ministeriales omnes, ut de excessibus suis quos personaliter commiserunt, capellario tanquam patri suo spirituali respondeant". Wegen der Hausgenossen des Bischofs v. Osnabrück s. Grimm, Weisth. 3, 195: „Item de hussgenaten sind gefryet, dass se nicht geplichtig sind . . . dem seindstoll (Sendstuhl, Sendgericht) . . . tho folgen". Vgl. endlich Bodmann, Rheingauische Alterthümer. Mainz 1819. 2, 857 n. ee.

[6] Demnach enthält Sachsensp. I. 2. §. 1: Jewelk kersten man is senet pflichtig to sükene dries in me iare, sint he to sinen dagen komen is, binnen deme biscopdume dar he inne geseten is . . . scepenbare lüde, die der biscope senet

dem Send des Bischofs, welcher ihn durch einen Vertreter abhalten liess [1], oder auch blos der bischöflichen Diöcesansynode oder dem regelmässigen bischöflichen Gericht unterworfen [2].

Die das Mittelalter beherrschende Tendenz der Zersplitterung der öffentlichen Gewalten hat sich aber weiter dahin geltend gemacht, dass auch manche Erzpriester für ihre Bezirke [3] die Sendgerichtsbarkeit erlangt haben, und ferner ist es auch vielen Klöstern und Stiftern gelungen, theils während der Herausbildung der selbstständigen Archidiakonal-Jurisdiktion, theils auch später nicht nur die Exemtion von dieser und dem Sendrechte, sondern auch die Archidiakonalgerechtsame einschliesslich des letzteren über bestimmte Distrikte oder gewisse Personenklassen [4], selbst auch über ganze Archidiakonate [5] zu erwerben [6].

süken solen; plechhaften der dumproveste (d. h. der Archidiakonen Bd. II S. 191), landseten der erceprieslere", wohl eine zu weitgehende Verallgemeinerung, hat aber andererseits seinen Anhalt an wirklich bestehenden Verhältnissen.

[1] Köln. Dienstmannenrecht §. 9, S. 433 n. 5.

[2] Wie namentlich die Adligen, S. 433 n. 3.

[3] Urk. v. 1149, Guden, cod. dipl. 1, 193: „De sinodo vero in prefata ecclesia (S. Martin zu Södel) celebranda . . . necessarium duximus adnectendum . . . archipresbyter synodum celebraturus secum duos adducet clericos totidemque servos . . . Quaestum vero sinodalium iudiciorum in III partietur portionibus, unam sibi, duas fratribus"; Miltenberger Stadtrecht (14. o. 15. Jahrh.), Hegel Verfassgsgesch. v. Mainz. Lpzig. 1882. S. 235. In Mainz übte der städtische Erzpriester das Sendrecht über bestimmte Handwerkerklassen aus, dipl. v. 1300, Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 20. 24; Hegel S. 69. Ermöglicht worden ist diese Entwicklung wesentlich dadurch, dass die Erzpriester vielfach als Stellvertreter des berechtigten Sendherrn, also des Archidiakons, Würdtwein 1, 527. 549; Seligenstädter Weisth. v. 1390, bez. 1435, Grimm, Weisth. 1, 503. 507 oder auch des Bischofs, Drenther Sendbrief v. 1332, v. Richthofen fris. Rsquell. S. 518 und dessen Untersuchgen 2, 681 den Send abhielten, dass sie zugleich, ebenso wie die Archidiakonen, Kanoniker an der Domkirche oder an einem Kollegiatstift waren, weiter über die zu ihren Bezirken gehörigen Pfarrkirchen in Folge von Inkorporationen die Pfarr-Rechte besassen und auf diesen Grundlagen gegenüber den vielfach anderweit in Anspruch genommenen Archidiakonen ihre Befugnisse zu selbstständigen, denen der letzteren gleichen Rechten in ihren kleineren Bezirken ausdehnen und erweitern konnten, Urk. v. 1293 bei Binterim u. Mooren, Erzdiöcese Köln 1, 299. 300; Würdtwein, dioec. Mogunt. 1, 1. 16. Vgl. ferner S. 433 n. 6.

Mit diesen Erscheinungen ist aber der Fall nicht zu verwechseln, dass dem Erzpriester (Archipresbyter) eines Stiftes, nicht dem Landdekan oder Dekan der Christianität, das Sendrecht, wie dies in Aachen der Fall war, zusteht, Weisth. v. 1331 §. 1 u. a. Schl., Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler. Bonn 1871 S. 44, wo der Stifts-Archipresbyter, nicht der Erzpriester der Stadt (so Sohm, Ztschr. f. K. R. 18, 262) — das zeigt die ausdrückliche Erwähnung bestimmter Rechte des letzteren und des Archidiakons, a. a. O. §§. 3. 21. 22 — wohl erst allmählich in Folge des Aufblühens der Stadt die gedachte Stellung erhalten hat. Anscheinend gehört hierher auch das Roggenbacher Weisth. v. 1505, Grimm 4, 440, nach welchem der Erzpriester des Stifts S. Leonard zu Basel im Schaltjahr und in den anderen Jahren der Leutpriester daselbst als sein Stellvertreter den Send abhält.

[4] Bd. II S. 193. 194 n. 9. S. 270; Dipl. für Neumünster 1142, Lappenberg, Hamb. Urkdbch. 1, 166 u. Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten. Hamburg 1885. 1. 38; Urk. v. 1276, G. Schmidt, Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 2, 110.

[5] Urk. v. 1120 für das Regularstift Kaltenborn, G. Schmidt, a. a. O. 1, 112: „indulgemus eidem ecclesie iurisdictionem per totum archidiaconatum . . . insuper statuimus, ut prepositus Caldenbornensis de cetero vice nostra et successorum nostrorum sinodo presit et quecunque terminanda occurrerint, eius auctoritate decidantur . . . exequi visitationis officium, ut que correctione et reformatione tam laicorum quam clericorum sint digna, nulla valeat consuetudo impedire, plenamque potestatem ligandi atque solvendi, preter generale interdictum quod nobis nostrisque successoribus reservamus, ipsi suisque successoribus concedimus, ut . . . qui reperti fuerint inobedientes divinis legibus aut excommunicati fuerint, tam pecuniaria pena quam censura ecclesiastica ad emendationem compellantur . . . et milites qui annuatim bis ad sinodum maiorem Halberstadensem vel Caldenbornensem venire contempserint, tanquam putridum membrum ab ecclesia precidantur". Auch die Verleihung des bischöflichen Sendrechtes für das Schaltjahr ist vorgekommen, Urk. d. Erzb. v. Mainz v. 1386, Bodmann, Rheingauische Alterth. 2, 853 n. *, in welchem dem S. Moritz-Stift zu Mainz die ihm früher (olim) verliehene Berechtigung bestätigt wird: „quod ipsum capitulum de s. synodo quolibet anno bissextili in terminis dicte prepositure celebranda ordinare et disponere valeant et possint pro ipsius capituli et ecclesie commodo et usu et certos commissarios deputare, qui huiusmodi synodo presint et personas opportunas et necessarias convocent ac de criminibus et excessibus subditorum ipsius prepositure sollertes inquirant et corrigant penis debitis et condignis ac etiam cathedraticum maius petant, colligant et recipiant". S. ferner Urk. v. 1487, Würdtwein, dioec. Mogunt. 9, 23.

[6] Wenn in den Weisthümern wiederholt der *sentdechen* (Senddekan) erwähnt wird, Grimm

Endlich finden sich auch seit dem 12. Jahrhundert schon einzelne Pfarrer im Besitze von Sendrechten[1]. Dies erklärt sich wohl daraus, dass sie dieselben zunächst als Stellvertreter von Archidiakonen, Klöstern und Erzpriestern geübt und dieselben später zu selbstständigem Recht erlangt haben[2]. Wenn die erwähnte Erscheinung sich später, seit dem 15. Jahrhundert, viel öfter vorfindet[3], so liegt der Grund dafür offenbar darin, dass, seitdem die weltlichen Gewalten, vor Allem auch die Städte die Sendgerichte mit Erfolg von sich abhängig zu machen oder ihre Zuständigkeit zu beschränken[4] oder ganz auszuschliessen[5] versuchten, seitens der ur-

3, 174 (Boppard 1412), 4, 483 (Carden 1537) u. 2, 456 (Wittenhof 1625), so handelt es sich hierbei nicht um eine weitere Art von Sendgerichtsbarkeit, vielmehr ist der Senddekan der Vertreter des selbstständig berechtigten Sendherrn, welcher den Send für den letzteren abhält, Weisth. v. Münstermaifeld, a. a. O. 6, 634: „Wir weisen heut... den heiligen sind meinem herrn, dem probst hh. Martini und Severskirchen und niemand mer. den mag er selbst besitzen oder durch einen ehrlichen sinddechant lassen besitzen". Daraus erklärt sich wohl auch, dass nach dem Weisth. zu Wintrich 2, 361, geantwortet wird, dass es dem Bischof gebührt, selbst das erste Mal, dem Landdechanten das zweite und das dritte Mal dem Pastor das Sendgericht zu halten.

[1] Admonter Urk. v. 1160, Zahn, Ukdbch. d. Hzthms. Steiermark. Graz 1875 1, 392: „excepto dumtaxat placito christianitatis et judicii ferri et aquae, quae ad plebanum de Libnitz spectabunt, cooperante sacerdote de Makkirnowe". Auch im Wiener Stadtrecht v. 1244: „Quicumque deprehensus fuerit in adulterio cum uxore alicuius viri, saecularis iudex non iudicet, sed plebanus huius civitatis", ebenso im Haimburger, Wiener Neustädter Stadtrecht c. 89 und im Wiener Stadtrecht v. 1278 a, Tomatschek, deutsch. Recht in Österreich. Wien 1859 S. 252, steht wohl die Sendgerichtsbarkeit des Pfarrers in Frage. Nach der Urk. v. 1392 bei Binterim u. Mooren, Erzd. Köln 4, 309, machen sich die Bevollmächtigten des Stiftspropstes zu Xanten und des Pastors zu Kempen an der Sendstätte das Recht zur Abhaltung des Sendgerichts streitig und die befragten Pfarreingesessenen erklären: „quod ipsi neglexerint unquam alium vel alios preterquam pastorem suum . . . et ipsius commissarios, in ipsa ecclesia s. synodo presedisse, quando utique eidem pastori et commissariis suis duntaxat et nulli alteri in celebratione dicte synodi assedissent ac eisdem in accusationibus suis alias omnimodo paruissent".

[2] S. die in der vor. Anm. cit. Urk.

[3] Laudenbacher Weisthum 1468. §. 7, Grimm 6, 64: „weisen wir zu recht, das ein ichlicher pfarrer allhie zu L. ein official ist, unt sonst keiner, und sal im iare ein rug gericht haben und was im do gerügt würd, das hat er magt zu strofen nach rath der herrschaft oder sein gewalt"; Olff 1546, 2, 768: „So welcher dan ein pastor gesatzt ist, der ist pabst, buschoff und ein besitzer und sträffer des heiligen senntz und ganzen kyrspels, welcherley sachen dann übertretten ist"; für das 16. Jahrh. Dumont, Gesch. d. Pfarreien d. Erzd. Köln. VI Dekanat Brühl. Köln 1887. S. 224. Auch da, wo Kirchen Stiftern oder Klöstern inkorporirt waren oder die letzteren die Grundherrschaft hatten, haben die Pfarrer die Sendgerichtsbarkeit besessen, S. Ursanne (Diöcese Basel 16. Jahrh.) Grimm 4, 442; Pingsdorfer Weisth. 1612 §§. 8. 9, Dumont S. 607, vgl. S. 458. 462.

In den Städten tritt diese Erscheinung weniger hervor, weil hier einmal gewöhnlich höhere Geistliche vorhanden waren, welche ein lokales Sendgericht abhielten (s. z. B. wegen Aachen S. 434 n. 3), und weil das Streben der Städte vielfach auf möglichste Beseitigung der Sendgerichte überhaupt ging. Nach dem Vergleich des Plebanus v. Frankfurt a. M. mit den Bürgern v. 1283, Böhmer cod. dipl. Moenofrancof. Frankf. a. M. 1836 p. 211: „Item synado aut accusationibus que fiunt in synado numquam interero secundum pronunciatam sententiam canonicorum et scabinorum ... numquam constituam vel habebo homines qui *eitsverin* vulgariter appellantur, sed scabini possunt et debent honestos homines instituere, qui dicuntur *eitsverin* et illi debent festa violata accusare ipsis scabinis, quotiens ab eisdem fuerint requisiti et de hijs ego plebanus predictus habebo satisfactionem et emendam quam michi dictaverit sententia scabinorum... Item pro festo violato in quocumque artificio non requiram aliquam satisfactionem vel emendam, nisi quam dictaverit sententia scabinorum" muss der Pfarrer die Sendgerichtsbarkeit ausgeübt haben (nicht, so Thomas, Oberhof zu Frankfurt a. M. 1841 S. 205 bei den Anklagen betheiligt gewesen sein), da er die Befugniss aufgiebt, die Sendzeugen (eitsverin) zu bestellen, und wenn er auch auf den Vorsitz und auf die Anwesenheit im Send verzichtet, ihm doch der Bezug der erkannten Bussen gewahrt bleibt. Dass damit das Sendgericht in Frankfurt, so Köhne, Ursprung d. Stadtverfassung in Worms, Speier und Mainz, Breslau 1890 S. 177 völlig in Laienhände gekommen ist, erscheint nicht richtig. Vielmehr hat sich die Sendgerichtsbarkeit des Pfarrers nur auf die Feiertagsentheiligung bezogen, s. auch Thomas a. a. O., da nach Würdtwein dioec. Mogunt. 2, 476 noch u. 1370 das Sendgericht unangefochten von dem Stiftspropst mit Sendschöffen aus dem Rath und den Bürgern ausgeübt worden ist.

[4] So liess der Rath in Braunschweig schon im 13. Jahrh. durch ein Weisthum feststellen, dass auf dem Send nur gerügt werden solle: „openbare undersat (Betrug bei Verpfändungen?) unde openbaren wuoker unde el dat weder de Kerstenheit si", Chroniken der deutschen Städte Bd. 16. Leipzig 1868. S. 373 n. 6.

[5] S. des weiteren unten S. 440.

sprünglich berechtigten kirchlichen Amtsträger kein erhebliches Gewicht mehr auf ihren Besitz gelegt wurde[1].

Was die Zusammmensetzung der Sendgerichte betrifft, so ist seit dem 12. Jahrhundert die Theilnahme von Laien[2] als Urtheilsfinder, Sendschöffen (*scabini synodales*[3], *sendschepen*[4], *eitsvere*[5], *eedswara*[6], *sendwroger*[7]) bezeugt. An sich kann die Zuziehung solcher nicht befremden. Schon seit dem 9. Jahrhundert ist eine Mitwirkung von Laien bei den verschiedensten Akten der bischöflichen Verwaltung vorgekommen[8], und namentlich haben sie auf den Provinzial- und den Diöcesansynoden an der Urtheilfindung Antheil gehabt[9]. Für die Sendgerichte finden sich allerdings keine derartigen Nachrichten vor der eben erwähnten Zeit. Aber daraus folgt keineswegs, dass sie nicht an denselben betheiligt gewesen sind[10], vielmehr erscheint die Vermuthung nicht zu gewagt, dass sie von den Bischöfen schon bald nach der Ausbildung der Sendgerichte, um diesen festere Wurzeln im Volke zu verschaffen und ihnen durch Akkomodation an die deutsche Rechtsanschauung grösseres Ansehen zu sichern, zugezogen worden sind[11].

[1] Eine auffallende Erscheinung ist es, dass in dem zur Münsterschen Diöcese gehörigen Theil Frieslands zwischen Laubach und Ems seit dem Ende des 13. Jahrh. Laien, nämlich die Grundherren aus den alten Adelsgeschlechtern, denen die von ihnen erbauten Kirchen gehörten, vom Bischof zu Dekanen oder praepositi (wobei der Dekanat als ein mit dem Gut und der Kirche verbundenes Amt galt), ernannt worden sind, und dass diese unter ihrem Vorsitz die Sendgerichte über die Laien abgehalten haben. Noch 1493 ist die Einrichtung durch Papst Alexander VI., von Richthofen, Untersuchungen 2, 943, bestätigt worden. Der Grund für diese Erscheinung ist darin zu suchen, dass in den gedachten Gegenden, in denen keine Archidiakonatsverfassung bestanden hat, die Offizialen des Bischofs bei dem Selbstständigkeitstrieb der Bevölkerung nicht die Macht besessen haben würden, die Sendgerichte einzuführen, und dass deshalb der Bischof die angesehenen Grundherren der alten Mutterkirchen mit diesen Befugnissen betraute, a. a. O. S. 939 ff. 1128 ff. 1193 ff. 1200. 1286 ff.

[2] Cit. Soester Statuten v. 1120 §. 5; „Quemcumque scabinum burgenses statuerint, ipsum praepositus acceptabit"; Kölner Schiedsspruch v. 1258 Art. 20, Ennen u. Eckertz, Quell. z. Gesch. d. Stadt Köln, 2, 282, nach welchem der Erzbischof v. Köln in den Streitigkeiten mit den Bürgern sich darüber beklagt, dass die letzteren (durch Nichtbetheiligung am Sendgericht) die Geistlichen seit längerer Zeit gehindert hätten, dasselbe zu halten, vgl. Hegel, Verfassungsgesch. v. Cöln, Lpzig 1877. S. XLIII. XCVII; cit. Aachener Weisth. v. 1331 §. 1, Lörsch S. 45. 46: „et scabini synodales omnes, tam clerici quam laici tenentur et debent interesse". §. 7: „Item si culpabilis reperitur seu recognoverit reatum, ille eciam ad sentenciam synodalium huiusmodi delictum emendabit"; Urk. d. Würzburger Archidiakons v. 1309, Guden cod. dipl. 3, 736: „quod cum . . . in sede synodali Osterburchheim per officialem nostrum et sacerdotes ad eandem sedem pertinentes s. synodus celebraretur et coram eis super diversis diverse fuissent sententie inquisite, inter cetera tamen plebs ibi existens petebat sibi fieri sententiam generalem, qualiter rubeta et agri campestres de novo in prata redacta debeant decimari. Super qua sentencia sacerdotes predicti adiunctis sibi laicis prudentibus ex mandato nostro consilium inierunt. Et deliberato animo in unum concordantes, sano usi consilio talem sentenciam pari voto proferebant, quod non aliter nisi secundum consuetudinem aliorum pratorum in eisdem territoriis sitorum essent agri huiusmodi decimandi. Quam vero sentenciam duximus approbandam et confirmandam." Wenngleich es sich hier um ein Weisthum handelt, so ist doch daraus zu schliessen, dass auch sonst bei den Urtheilen die Laien zugezogen sind, da nach germanischer Anschauung in beiden Fällen eine urtheilende Thätigkeit in Frage steht.

[3] Aachener Weisth. v. 1331, s. die vor. Anm.

[4] Glosse zum Sachsensp. B. I art. 2, Grupen Observation. II. 2. 25 p. 774: „De sendschepen sollen dar wroghen, wat under on openbare wedder de teyn gebot uses heren geschen is"; seyndtscheffene, Sendanordnung v. 1446, Lörsch a. a. S. 129.

[5] Frankfurter Vergleich v. 1283, o. S. 435 n. 3, Soester alte Schraae (13. Jahrh.) §. 5, Emminghaus, memorabilia Susatensia p. 139.

[6] Erstes westerlauwer Sendrecht §§. 2 ff., v. Richthofen fris. Rsqu. S. 403, auch *fochd* (Kirchvogt) im Bolswarder Sendrecht v. 1404. §§. 14 ff. S. 484, v. Richthofen, altfries. Wörterbuch S. 747. 748.

[7] So in Braunschweig, Hänselmann, Urkdbch. d. Stadt Braunschweig. Braunschweig 1873. 1. 98 (Eidbuch v. 1402 §. 52).

[8] Bd. II S. 69.

[9] Bd. III S. 589. 590.

[10] Nicht richtig Köhne, Ursprung der Stadtverfassung in Worms etc. S. 132, nach welchem den Laien aus der Rügepflicht erst allmählich an einigen Orten die Schöffenfunktion erwachsen sein soll.

[11] c. 3 (Innoc. III. 1199, an den B. v. Passau, nicht Poitiers, Potthast reg. n. 604) X de consuet. I. 4, welches sich gegen die Gewohnheit richtet,

Die Schöffen anlangend, so haben zum Theil geistliche und weltliche Sendschöffen neben einander[1], andererseits aber, und das ist später das Üblichere, nur Laien als solche fungirt[2]. Besondere Send- oder Rüge-Zeugen oder Geschworene kommen neben den Schöffen nicht vor[3], vielmehr liegt den letzteren die Rügepflicht ob[4], d. h. historisch sind die Schöffen aus den Sendzeugen erwachsen[5]. Bei der Einführung der inquisitio in der späteren karolingischen Zeit waren die letzteren zu dem Zweck bestellt worden, dem Sendrichter zur Verwirklichung des Rechtes zu helfen. Diese letztere Funktion umfasste aber nach germanischer Auffassung zugleich das Finden des Urtheils[6], und da sie in einer Beziehung als Helfer des Richters erschienen, so lag es mit Rücksicht darauf, dass sie aus der im Sendgerichte eingesessenen und sendpflichtigen Bevölkerung ausgewählt wurden und in erster Linie die Ding-

„quod a praesentibus literatis et illiteratis, sapientibus et insipientibus quid iuris sit, quaeritur et quod illi dictaverint vel aliquis eorum, praesentium consilio requisito pro sententia teneatur", giebt Zeugniss von einer länger bestehenden derartigen Übung, und wenn die Stelle sicherlich nicht ausschliesslich auf die Sendgerichte bezogen werden kann, s. die vorvor. Anm., so geht sie doch hauptsächlich gegen diese, weil hier die Rechtsfindung viel häufiger als auf den Synoden stattfinden musste.

[1] So in Aachen, s. die cit. Urkunden v. 1331 u. 1446, Lörsch S. 50. 130 mehrere Pfarrer der Stadt und 7 weltliche Schöffen, darunter zwei Bürgermeister (wenn dem decanus christianitatis, 1331 § 3 Lörsch S. 45, das Recht eingeräumt ist, sich als assessor des Erzpriesters am Gericht zu betheiligen, so tritt er damit dem Vorsitzenden als Beirath, nicht aber den Schöffen an die Seite); westerlauwer Sendrecht § 7, v. Richthofen, fries. Rsquell. S. 407: „so schil dat ordel visa een papa (Pfaffe) ende tweer leken" (Laien).

[2] Nach dipl. v. 1392, Binterim u. Mooren, Erzd. Köln, 4, 310. 311, erscheinen drei Pfarrer, welche zu Vertretern des Sendherrn bestellt sind, als Vorsitzende: „dominus Joannes rector in Willike, illic tunc et in habitu religionis iuxta scamnum unum linteo contectum ac cereis ardentibus, cruce, virga et ferfice supra positis aptatum una cum dictis dominis Joanne et Henrico collegis suis residens vocatisque suo et eorum nomine supradictis proconsulibus, scabinis et parochianis, illic in multitudine comparentibus, requisivit eosdem, ut ad loca sua consueta se reponerent sibique et dictis collegis suis . . . defectus et excessus sacramentorum ecclesie et hominum accusabiles . . . legitime accusarent"; Register u. 1370 für Frankfurt a. M., Würdtwein dioec. Mogunt. 2, 475, wonach dort die Schöffen aus den consules et cives genommen wurden; Mainzer Hegefragen 1487, Würdtwein dioec. Mogunt. 2, 27: „et sic inquirat (der Sendrichter) ab uno de scabinis assedentibus: utrum bene proposuit et defensavit vel vulgariter: beheget habe den send?, qui respondent, ut moris est"; cit. Miltenberger Stadtrecht, Hegel, Verfassungsgesch. v. Mainz S. 235: „Zum ersten sal sin ein gesworener scheffe uff dem scheffen stule des stadtgerichts: der darf uff den send gar nit swerne als di andern drij thun müssen, und das geht also ierlichen under den scheffen umb, eime als dem andern, sunst die andern drij schepfen, die dar zu gekorn werden, die müssen und sollen also uff den sent globen und sweren dem erzpriester, und der ein schepf sul sin einer uss dem alten rad und die anderen zwene sollen sin uss der gemein"; auch die in den Weisthümern bei Grimm 2, 361. 423. 456. 658; 3, 775., 6, 633. 701 erwähnten Sendschöffen können ebenfalls nur Laien gewesen sein.

[3] Für Worms und Mainz behauptet allerdings Köhne, Ursprung der Stadtverfassung von Worms S. 102. 115. 121 ff. 245. 355, dass die Heimburgen, die Vorsteher der städtischen Specialgemeinden, die Funktion des Rügens, die städtischen Schöffen aber die des Urtheilens gehabt haben. Sicher zu erweisen ist das aber nicht aus dem dürftigen Quellen-Material, namentlich ist es sehr fraglich, ob sich die Wormser Ämterbeschreibung bei Böhmer, fontes 2, 210. 211 überhaupt auf die Sendgerichte bezieht. Auch für Speier ist nichts dergleichen nachweisbar. Wenn sich hier das Gericht der „Geschworenen zu der Gottes Ehe", s. a. a. O. S. 131 ff. 176 wirklich aus dem Sendgericht, so Köhne, entwickelt haben sollte, so geht der Eid dieser Geschworenen, Hilgard, Urkden., Gesch. z. Stadt Speier, Berlin 1885, S. 480 sowohl auf das Richten wie auf das Rügen, spricht also ebenfalls gegen die Trennung der beiden Funktionen.

[4] Der Rüge- und der Urtheilsfunktion der Schöffen wird ausdrücklich erwähnt Aachen 1331 §§. 3. 4; Münstermaifelder Weisth., Grimm 6, 634. Sitzen sie doch auch, wie die Schöffen im weltlichen Gericht auf den Bänken neben dem Sendrichter (s. Anm. 2) und cit. Miltenberger Stadtrecht, und werden an sie, ebenso wie hier vom Richter die üblichen Fragen über die ordnungsmässige Hegung des Gerichts gestellt, auf welche sie mit Urtheilen antworten, Mainzer Urk. 1487 (cit. Anm.); Grimm 2, 361. 423; 3, 774. 775; 6, 633.

[5] Nach dem Rüstringer Sendrecht (13. Jahrh.) v. Richthofen fries. Rechtsquellen S. 128 haben mit dem Sendrichter (Propst) noch nicht die Schöffen, sondern der asyga (Asega) zu sitzen, welcher dem Sendrichter das Recht findet.

[6] Planck, d. deutsche Gerichtsverfahren, Braunschweig 1879. 1, 52. 57. 58.

pflicht[1] für dieselbe erfüllten, nahe genug, dass sie von den Sendrichtern ebenfalls zu den übrigen Thätigkeiten des Rechthelfens mit herangezogen wurden[2], ja auch ihrerseits selbst einen Antheil an diesen beanspruchten und darin die Unterstützung ihrer Gemeinden fanden, welche in der Schöffenfunktion der Sendzeugen eine Gewähr für eine dem Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechende und Übergriffe des Sendherrn ausschliessende Handhabung des Richteramtes sehen mussten[3]. Die formelle Anknüpfung dazu boten die von Anfang an vom Sendrichter gestellten Fragen über die einzelnen vorgekommenen Vergehen[4], mit denen sich die über die Hegung des Gerichts und über das abzugebende Urtheil bequem verbinden liessen[5]. Von demselben Standpunkt erklärt es sich auch, dass nunmehr die gleichzeitig als Sendschöffen und Sendzeugen fungirenden Beisitzer des Sendrichters nicht mehr, wie in der älteren Zeit[6] durch den Sendrichter, sondern durch die Bürgerschaft[7] oder deren Vertreter[8],

[1] Die früher bestehende Pflicht aller Eingesessenen des Sendbezirks zum Erscheinen, S. 426 n. 7, ist auch in der späteren Zeit noch fast überall in Geltung geblieben, Kölner Dienstmannenrecht §. 9, S. 433 n. 5; Sachsenspieg. II. 2. §. 1, a. a. O. n. 6; Soester alte Schraae §. 5 („burgere alle dey huyssethen sind", Emminghaus p. 138); Mainzer Urk. v. 1300 (Handwerker, s. a. a. O, bei Bussen in Geld und Wein); cit. Drenther Sendbrief v. 1332 (bei Strafe der Exkommunikation). Boppard 1412, Grimm 3, 775 („so sal zu dem mynsten eyn mensche sin uss yetlichem huse der der zu Bopart . . . undir eyner penen czehen pennynge dem shentdechen und shentscheffen zu geben, ussgenommen die hirten und andere noitarbeider, die umb noit arbeydent"); vgl. auch 4, 442 §. 2; Mainz 1487, Würdtwein l. c. 2, 27 (utrum sint omnes ibi presentes ad illum synodum spectantes", Frage an die Sendschöffen); Münstermaifeld, Grimm 6, 634. 635. Anders Aachen 1331 §. 2: „debet quilibet homo utriusque sexus venire et comparere, qui ibidem aliquid agere habuerit stando sentencie scabinorum".

[2] Deshalb werden die Sendschöffen nach der Hegung des Gerichts aufgefordert, sich wegen der Personen, welche sie anzuklagen haben, zu berathen, Aachen 1331 §. 3; Miltenberger Stadtr., Hegel a. a. O. S. 235; Weisth. v. Eidger u. Eller (16. Jahrh.), Grimm 2, 424: „darauff weiset der sentscheffen, er solle den sentscheffen mänen mit dem eid, den er der heiligen kirchen gethan hat und seyme seentscheffen stul, den gemeinssmann bey seiner christlichen trewen, dass sey ausgehen und beraden sich und brengen alless dass vur, dass wieder die heilige kirche und alle gebötter der heiligen christlichen kirchen ist, und solle ihnen damit die irste manungh geben und sullen mir mit unserem naperen (Nachbaren) bestehen, off man sey vbersehen habe". Hiernach berathen sich die Schöffen also auch behufs vollständiger Rüge mit den andern Gerichtseingesessenen (gemeinsmann, naperen), welche als Umstand (vgl. Urk. v. 1392, o. S. 437 n. 2) anwesend sind. In den Mainzer Fragen (Würdtwein 2, 31) werden sie ebenfalls darauf hingewiesen.

[3] Nicht nur für die Verhandlung der Anklage gegen eine einzelne Person, sondern überhaupt, denn es sind in dieser Zeit in den Sendgerichten auch die Rechte des Sendrichters, namentlich in Bezug auf seine Verpflegung und die übrigen von der Gemeinde an ihn zu leistenden Abgaben, ferner auch sonstige kirchliche Lasten durch die Weisthümer (s. unten S. 443) festgestellt worden.

[4] S. 427.

[5] S. z. B. die Fragen v. 1487 bei Würdtwein l. c. 2, 26 ff.; vgl. auch Bodmann, rheinganische Alterthümer 2, 854.

Praktische Missstände konnten sich aus der Verbindung der Anklage- oder Rüge- und der Urtheiler-Funktion nicht ergeben, denn man hat sich die Sache wohl so zu denken, dass ein anderer als der anklagende oder rügende Schöffe zuerst das Urtheil fand und der erstere höchstens demselben Folge zu leisten oder ihm die Vollwort zu geben berechtigt war. Die Anm. 2 erwähnte gemeinsame Berathung der Schöffen über das Rügen hatte einmal den Zweck festzustellen, was thatsächlich vorgekommen war, sollte aber zweitens auch Gewähr dafür bieten, dass blos die zur Sendgerichtsbarkeit gehörigen Sachen gerügt würden, endlich benahmen sich die Schöffen dabei wohl auch darüber, wer von ihnen als Ankläger auftreten sollte.

Übrigens unterliegt es keinem Zweifel, dass neben den Schöffen auch andere Personen im Sendgericht Anklagen erheben konnten, so verweist schon Ingelheim 948 c. 9, LL. 2, 26 die Ansprüche der Geistlichen wegen Verletzung der Zehntpflicht vor den Send (Regino II. 5 n. 62; vgl. ferner s. g. Sendrecht der Mainwenden, Dove 4, 161, s. auch Dove 5, 19), nach Sachsensp. B. I Art. 25 §. 4 fordert hier die Frau den Mann, welcher seine ehelichen Pflichten durch einseitigen Eintritt in ein Kloster verletzt hat, aus demselben zurück, und nach Aachen 1331 cit. §. 19 bedarf der Kläger und Beklagte eines Vorsprechers.

[6] S. 427.

[7] So Soest 1120 §. 3, Emminghaus l. p. 102: „Quemcunque scabinum burgenses statuerint, ipsum praepositus acceptabit"; wiederholt alte Schraae §. 5, neue §. 2, l. c. p. 139. 199. Über Worms, Mainz und Speier s. o. S. 437 n. 3. Nach dem ersten westerlauwer Sendrecht (13. Jahrh.) c. 2, v. Richthofen, Rechtsqu. S. 403 wählt die Gemeinde.

[8] So wohl in Miltenberg, da hier der eine

den Rath, oder durch das Sendgericht, also den Richter und die Beisitzer, unter Betheiligung der Bürgermeister[1] ausgewählt werden. Dass die Schöffen eidlich verpflichtet wurden[2], unterliegt keinem Zweifel, doch scheinen sie zunächst nur, wie früher einen dem ursprünglichen[3] im wesentlichen entsprechenden Rüge-Eid geleistet zu haben[4], während sie allerdings später in einzelnen Sendgerichten bei ihrer Annahme einen Treu-Eid gegen das Gericht auf Wahrung der Rechte und Freiheiten desselben, sowie auf gerechtes Urtheilen[5] haben schwören müssen.

Freilich ist die Verbindung der Funktion von Sendzeugen und Sendschöffen nicht überall nachweisbar. In einzelnen Theilen Deutschlands hat man wohl von Anfang an keine Sendschöffen als Urtheiler zugezogen, theils weil hier sehr früh in den massgebenden weltlichen Kreisen ein Streben nach erheblicher Beschränkung der Sendgerichtsbarkeit hervorgetreten ist[6], theils weil man in den Gegenden, in denen die

Schöffe aus dem alten Rath, die anderen aus der Gemeinde gewählt werden sollen, S. 437 n. 2.

[1] Aachen 1446 §. 2: „soilen der ertzpriester ind die seyndtscheffenen sementlich ind eyndrechtlich die werentlige seyndtscheffenen kiesen ind mit der meyster part" wie denn auch nach dem Vergleich v. 1604, v. Fürth, Beiträge z. Gesch. d. Aachener Patrizier-Familien. Bonn 1882. 2, 160, zu jeder erledigten Stelle eines der 7 weltlichen Schöffen alternativ der Stadtrath dem Sendgericht und dieses dem ersteren, in der letzten Zeit allerdings nur der erstere drei Kandidaten zur Auswahl vorschlug, Quix, Gesch. d. S. Peter-Pfarrkirche S. 97. Auch nach Boppard 1412, Grimm 3, 775 werden die Sendschöffen gewählt, wahrscheinlich vom Senddechanten und den Schöffen; hier wird sogar Zwang zur Annahme der Wahl festgesetzt. In Münstermaifeld präsentiren die Sendschöffen dem Sendrichter 3 bis 4 Personen, aus denen dieser einen auswählt, Grimm 3, 633.

[2] Westerlauw. Sendr. I. §. 2, s. o. S. 438 n. 7; Miltenberger Stadtrecht, S. 437 n. 2; Aachen 1331 §. 3; Mainz 1487, Würdtwein l. c. p. 27: „Tunc inquirit a predictis scabinis: utrum omnes sint jurati sancte synodo"; Münstermaifeld a. a. O. Daher heissen sie auch eitsvere, s. o. S. 436; geschworne, Mainz 1487, Würdtwein l. c. p. 30.

[3] S. 427 n. 3.

[4] Das lässt sich daraus schliessen, dass die Sendschöffen zur Beantwortung der Fragen des Sendrichters über die vorgekommenen Vergehen von ihm gerade unter Hinweis auf den geleisteten Eid aufgefordert werden, Mainz 1487, Würdtwein l. c. p. 30: „Ir geschworn! ich geben uch uff den eyt, den ir myne herrn von Mentze getan hat und myme herrn dem probst, myme herrn dem pferrer und des heiligen stuls wegen, daz ir hute urbrengent alles das rubar ist, eyne warheit vor eyne warheit, eyn leymut vor eynen leymut usgenommen drier hande sache und artikuln die ir nit rugen sollent: uwern eigen perrer, uwern eigen herrn und uwer iglicher sin eigen elige frauwe"; Grimm, Weisthümer 2, 361. 424 (S. 438 n. 2), u. 3, 634, während die Hegungsfragen nicht auf den Eid gestellt werden. Bei dem von Dove-Richter-Kahl S. 833 n. 29 nachgewiesenen Eid der Rügezeugen, Xantener Sendrecht, s. Binterim, wie können Diöcesansynoden durch andere kanonische Mittel ersetzt werden? Düsseldorf 1850 S. 115 (anscheinend aus d. 16. Jahrh.) und der von der Kölner Diöcesansynode v. 1536 c. 21, Hartzheim 6, 309 als einer alten, ausser Übung gekommen bezeichneten Formel lässt sich nicht darthun, dass sie von Sendschöffen, welche zugleich als Urtheiler fungirt haben, geleistet worden sind. S. auch S. 440 n. 2. Ebensowenig bei den Braunschweiger Rüge-Eiden s. Hänselmann, Urkdbch. d. Stadt Braunschweig 1, 98 u. deutsche Städtechroniken Bd. 16. S. LIX n. 39.

[5] Vgl. den Eid, welchen die Aachener Sendschöffen noch im 18. Jahrh. geleistet haben, dessen Entstehungszeit aber zweifelhaft bleibt, lateinisch u. deutsch bei v. Fürth, a. a. O. S. 157. 158: „Van disem dagh unt alle die dagh die ich leff, schwer ich N. scheffe der hilgen sendt der stat Ach luttiges Christdum huld und getrauwe zu seyn der hilgen sendt bemelter stat Ach, alle recht, gerechtikeit und privilegien van Paiss und Keyser bemelder sent verleint und bis an herro gehalden und geübt zu heiffen halden und hanthaben, die statut so gemacht und uffgericht jnd noochmalst gemacht und uffgericht werden sollen, auch goude gewohnheit gemelter send vestenlich zu helffen halden, und nichts durch mich selffs noch jemans anders wissentlich für zu nemen das wider die sendt ist, sol auch recht urttel sprechen na meinen besten scienz den armen alss den richen und allen meinen fliss jn deme dat mich van wegen der sent sal behuren zu doin un fürzuwenden und die heimlichkeit der send swigen hellen und nemans offenbaeren, so waer mir Gott helff und disse hilge Godis evangelia" (in der bei Quix, Gesch. d. S. Peter-Pfarrkirche S. 97 n. 2 mitgetheilten, offenbar jüngeren Fassung dieses Eides fehlt die Stelle über das gerechte Urtheilen).

[6] So in Flandern, nämlich in Brügge, Dam und im Gebiet des Franc. Wenn die Schöffen und Obrigkeiten dieser Städte und des gedachten Landes nach der Sentenz des erzbischöflichen Gerichts zu Rheims v. 1271, Warnkönig, flandrische Staats- und Rechtsgesch. Tübingen 1835 I, 437 u. II 1. Urkdbch. S. 108, den Bischof von Tournay deswegen belangt haben, weil er ebenso wie seine Vorgänger blos unwissende

Christianisirung erst spät erfolgt ist, von vornherein das kanonischrechtliche Gebot über die Ausschliessung der Laien von der Mitwirkung bei der Verwaltung der kirchlichen Gerichtsbarkeit [1] beobachtet hat [2].

Was die Zuständigkeit der Sendgerichte betrifft, so zeigt sich seit dem 13.[3], namentlich seit dem 14. Jahrhundert im Vergleich zur früheren Zeit eine Beschränkung ihrer Kompetenz [4], insofern als gewisse Vergehen, nämlich Mord, Tödtung, Diebstahl, Raub und Brandstiftung nur noch selten [5] als zu derselben gehörig erwähnt

Laien in den gedachten Orten zu synodales bestellt, sowie lediglich auf Beschuldigung zweier von ihnen die Denuncirten für schuldig erklärt und mit Geldbussen belegt habe, als ob sie durch ordnungsmässiges Erkenntniss verurtheilt worden wären, und das Rheimser Urtheil diese Klagen für begründet erachtet, lediglich, unter Vorbehalt des Rechtes des Bischofs „zum synodizare et in villis et locis praedictis, habere synodales super delatione criminum secundum ius et canonicas sanctiones ita tamen, quod delatis legitima defensio reservetur", so ergiebt sich daraus, dass die erwähnten synodales nicht die Funktion des Urtheilsfindens ausgeübt haben können.

[1] c. 3 X de consuet. I. 4, S. 436 n. 11, vgl. auch Bd. III S. 592 n. 6.

[2] Das gilt für die preussischen Bisthümer. Hier sind in den Städten von dem Rath, auf dem Lande von den Gemeinden, ferner auch von den Bruderschaften je zwei denunciatores oder scabini synodales, welche ihrerseits wieder die Bevölkerung zur Anzeige von Vergehen an sie auffordern sollten, bestellt und von dem Sendherrn nach Abnahme des Rügeeides in Anschluss an bestimmte Fragestücke auf dem Send abgehört worden, Jacobson (S. 425 n. 8) S. 120 ff und die im Urkdbch. S. 36. 253. 256. 261. 267 mitgetheilten Dokumente aus dem 15. Jahrh., in welchen einer Urtheilsfunktion mit keiner Silbe gedacht wird.

Aus der namentlich später vorkommenden geringen Zahl von Sendschöffen (so z. B. 2 oder 3 in der Jülich-bergischen Ordnung aus d. 15. Jahrh., Binterim Denkwürdigkeiten V. 3, 47), wird man freilich nicht darauf schliessen können, dass diese nicht als Urtheiler fungirt haben. Gerade nach der cit. Ordn. werden „die Senden besessen in Gegenwart des Pastors im Beyseyn des weltlichen Richters entwidder des Scholtissen oder Vogts oder des Herrn Amptmanns durch 2 oder 3 vereidte katholische Sendscheffen vor der ganzen Gemeinde" und ferner gesagt, dass den unentschuldigt ausgebliebenen Parochianen, welche die ihnen desswegen auferlegte mulcta ordinaria von einem Pfund Wachs nichts achten, „nach erkendtnis der Sendschöffen ein höher arbitratstraff uffgelegt" wird. Dagegen ist noch nach dem Pingsdorfer Weisth. v. 1612 nr. 8, o. S. 435 n. 3: „sollen alsdann auch zwei Sendscheffen nach altem Gebrauch ab- und angesetzt und vom H. Pastoren daselbst veraydet werden und sollen dieselben bei ihrem Ayde anbringen, was dem Pastorn wegen der Kirchen zu strafen zustehet; und was heimlich, solle auch heimlich gestraft, was aber öffentlich ist, solle auch öffentlich vom H. Pastoren und gemeiner Nachbarschafft, vorbehalten unserem gnädigst. Landfürsten . . . nach Befindung deren Delikten, gebührender Weiss gestraft werden", bei öffentlichen Vergehen das Urtheil durch die Gemeinde gefunden worden.

[3] S. o. S. 435 n. 4.

[4] Ich gebe in der Anm. 5 eine Zusammenstellung nach den friesischen Sendrechten, dem Rüstringer (13. Jahrh.) v. Richthofen fries. Rechtsqu. S. 127 (R.), dem Drenther Sendbrief v. 1382 §. 6, S. 518 (D.), dem Westerlauwer Sendrecht a. d. 14. Jahrh., S. 402 (We.), dem Bolswarder v. 1404, S. 482 (B.), dem Leeuwardener v. 1412, S. 459 (L.), und dem Loppersumer Sendbrief v. 1424, S. 312 (Lo.), ferner dem cit. Aachener Weisth. v. 1331 (A.), dem cit. Frankfurter Register u. 1370, Würdtwein dioec. Mog. 2, 475 (F.), dem citirten Miltenberger Stadtrecht (Mg.), dem Seligenstädter Weisth. Grimm 1, 501 (S.), den Mainzer Fragen v. 1487, Würdtwein 2, 30 (M.), den in Preussen gebräuchlichen Inquisitorien der Laien, Jacobson a. a. O. Urkdbch. S. 261 (P.), der Kölner Synode v. 1536 c. 21, Hartzheim 6, 309 (C.), dem Wintricher Weisth., Grimm 2, 361 (16. Jahrh. W.), der cit. Jülich-bergischen Ordnung (J.) und dem Xanthener Sendrecht (X.), wobei ich noch einzelne andere Quellen herangezogen habe.

[5] So noch nach We. allerdings Mord und Mordbrennerei §§. 5. 15. 20, v. R. S. 403. 408. 409; B. Diebstahl, Raub, Todtschlag, Mord, Mordbrennerei, nächtlicher Raub, Ertränkung und Erdrosselung von Kindern §§. 19. 27—29. 30. 32. 33. 36. 37, v. R. S. 485. 486. 487; L. Ertränkung von Kindern, Todtschlag §§. 9. 24, R. S. 459. 460; Lo. Todtschlag im Bannfrieden und nach erfolgter Sühne §§. 7. 8, R. S. 313. C., welches das Sendgericht als ausser Übung gekommen bezeichnet, aber auf Grund einer vetustissima formula die Einrichtungen desselben in einer an Regino anklingenden Art schildert, erwähnt noch der Sendfragen, welche sich auf Kindestödtung, Kindesabtreibung, Gattenmord, Giftmord und Verwandtenmord beziehen, hinsichtlich des letzteren aber mit der Beschränkung, dass der Thäter „necdum ad publicam poenitentiam venit". Dasselbe Gewicht wird auch von P. („si qui fuerint homicide vel laesis non satisfecerint nec ecclesie nec episcopo . . . nec eius auctoritate absoluti probantur, si qui viri vel mulieres per culpam aut per negligentiam oppresserint pueros qui penitenciam ab episcopo . . . recipere distulerint") und X. n. 39 („an est aliquis in ecclesia parricida vel homicida voluntarius vel involuntarius, qui hominem quocumque modo occiderit, publica pro tanto crimine non suscepta poenitentia") auf die Nichtsbleistung der Busse gelegt, dagegen gedenkt P. der Busse nicht bei der percussio patris et matris; während X. Nr. 38 der-

werden [1]. Andererseits tritt aber eine Erweiterung der Zuständigkeit hervor, da die Send-

selben erwähnt, aber seinerseits Nr. 40 bei Erdrückung, Aussetzung, Abtreibung von Kindern, Nr. 41 bei Tödtung im Handgemenge, Nr. 43 bei Versuch des Selbstmordes, Nr. 48 bei Anstiftung zur Tödtung einer solchen nicht gedenkt und blos bei Verstümmlung Nr. 45 die nicht erfolgte Aussöhnung mit dem Verletzten hervorhebt. — Eine Frage über Brandstiftung weist nur P. auf, über Raub und Diebstahl weder P. noch C. noch X., obschon die Fragen bei P. „Item si qui magni peccatores et manifesti agere penitenciam publicam neglexerint" und „item si qui layci vel clerici aliqua enormia fecerint, de quibus scandalum sit exortum" alle schwereren Vergehen decken.

Über den Grund dieser Erscheinung, welche nicht etwa auf eine unabsichtliche Auslassung der gedachten Vergehen oder auf unvollständige Überlieferung zurückgeführt werden kann, denn es wäre zu auffällig, dass alle in der vor. Anm. citirten Quellen darin übereinstimmen, vgl. u. S. 445. 446.

[1] Für die Zeit vom 13. bis zum 17. Jahrh. ergiebt sich die Zuständigkeit der Sendgerichte (vgl. die Bemerkung S. 440 n. 4) für:

Ehebruch, dipl. Frider. II. v. 1219, Göschen, Goslarer Statuten S. 113: „Nullus accusare debet mulierem in synodo nisi maritus eius nec virum aliquis nisi uxor eiusdem"; D. We. §§. 12. 21 S. 404. 409; B. §§. 21—23 S. 485; A. §. 17. F. Mg. M. C. P. W. J. („praeter mulctam fisci pecuniariam, die sie respektive geben müssen, der kirchlichen Censur und Straf unterworffen"), X. n. 51. 54. 56. 65; Wendisch-rügianischer Landgebrauch S. 329, o. S. 114 n. 4, und S. 435 n. 1; Bigamie Stader Recht v. 1297, Hagemann, prakt. Erörterungen Bd. 8 Hannover 1829 S. 173; v. 1329, Senckenberg, selecta iur. Francof. a. M. 1734; 6, 367: „So we enen echten gaden hevet und bi dhes levende nimt enen andern unde so we dher vor dheme senedhe overwunden wert, de scal dhat betheren"; Hamburger Stadtrecht v. 1292, Lappenberg, d. ältesten Stadt-, Schiff- und Landrechte Hamburgs. Hamburg 1845. S. 153: „So we einen echten ghaden heuet, unde komet id also, dat he des levende nemet einen andern ghaden vnde so we des vor dheme senede (erst späterer Zusatz: edder vor richter edder vor rade) uerwunnen wert, de scal dat beteren mit sineme liue", wiederholt im Stadtrecht v. 1497, a. a. O. S. 305 (wobei jedoch zu bemerken, dass schon das Stadtrecht v. 1270, S. 62, ebenso auch bei Hach, altes Lübisches Recht c. 387. S. 535, bestimmt: „unde he des vor dem rade vorwonnen wert", also die Kompetenz des Sendgerichtes nicht kennt, und dass sich dieses Schwanken nicht, so Friedberg, diss. de finio int. eccles. et civit. regund. iudicio. Lipsiae 1861 p. 107, aus einer späteren Einschränkung der Kompetenz des geistlichen Gerichtes erklärt, sondern vielmehr daraus, — worauf auch die Festsetzung der für das Sendgericht nicht passenden Todesstrafe deutet, — dass der Versuch, die ausschliessliche Zuständigkeit des weltlichen Gerichtes im 13. Jahrh. durchzusetzen, nicht gelungen ist); Verletzungen der in Betreff der Ehe bestehenden Pflichten, wie Nichtzusammenwohnen der Ehegatten P. M. und Auseinanderlaufen Lo. §. 6 S. 313; P. X. n. 53. J.; Heirath vor Auflösung der Ehe P. X. n. 52; Zusammenwohnen ohne Aufgebot und ohne Schliessung der Ehe Angesichts der Kirche B. §. 39 S. 487, F. M. J. X. n. 59; Eheeingehung während der geschlossenen Zeit B. §. 39 cit. F. P.; Ehe des des Ehebruchs Verdächtigen mit der Mitschuldigen nach dem Tode des Mannes X. n. 61; Lebensnachstellungen der Frau gegen den Mann X. n. 62; Zänkereien zwischen Ehegatten und schlechte Behandlung der Frau durch den Mann P. J. namentlich im Wochenbett X. n. 50 M. (auch durch einen anderen als den Ehemann); Verlöbnissbruch M. X. n. 58; Raub der Braut eines anderen X. n. 57; Incest We. §. 19, v. R. S. 409 („Hweerso sibbe siden sint, endese togara sittende sint, ende di eedswara se wroget ende hia di decken — Dekan — scheda schil, so schilletse om da sonda da hermscheed ontfaen ande da ban beta mit LXVIII schillingen"; vgl. auch §. 4 S. 403), B. §. 25, v. R. S. 485 (Hvanneer twa sibba zy and togara sittet, da scelleth da ban beta mith VI merkum ende di decken nath to absolveren, eer hi sie ontwa driowen hat, ief hia des bannes nath ontfruchtet — nicht fürchten — dy decken zyn fol riucht to dwaen"), Lo. §. 3, v. R. S. 313; D. A. §. 17. F. P. C., zwischen Täufling und Pathen D. B. §. 42 S. 487 P. C. X. n. 60, mit Nonnen X. n. 60; Schliessung der Ehe in verbotenen Graden P. X. n. 66. J. oder einer kirchlich unzulässigen Ehe Lo. §. 2, v. R. S. 312; Nothzucht B. §. 38, v. R. S. 487; Fornikation und Konkubinat B. §. 20 v. R. S. 485, L. §. 20 v. R. S. 460, Lo. §§. 4. 5 v. R. S. 313 (ouerspil); Kundschaft üb. die Rechte der Erbsälzer zu Werl v. 1395 §. 37 Zeitschr. d. Rechtsgesch. 10 (1871) S. 291: „off ein seltzer bi eime wive lege dat sin rechte wiff nit en were off darumb off umb woecher in dem seende gewroecht wurde, den en sall nit sals seden, he en laisse davan ind have ouch z'ierst der heiligen kirchen dat gebessert"; F. M. C. S (onkuozheit) W. u. J. (hurery) P. („si qui sint commanentes tanquam coniuges qui non sunt in legitimo matrimonio constituti") X. n. 55. 65; cit. wend. rüg. Landgebr.; Unkeuschheit mit „gastleka liodem" (geistlichen Leuten, Ordensleuten), mit Geistlichen der höheren Weihen, mit Neffen, Nichten Verschwägerten, mit Tauf- und Firmpathen L. §. 25, v. R. S. 461; widernatürliche Unzucht (Sodomiterei) We. §. 17, v. R. S. 409, L. §. 25 v. R. S. 460. 461; Kuppelei X. n. 64; Singen obscöner Lieder X. n. 70 (auch Betreibung des Schauspielergewerbes), Ketzerei A. §. 17. P. M. X. n. 3. 4. 6. 70 (auch Schisma), M. (dem Christenthum durch Wort oder That widersprechendes Verhalten) X. n. 5 (Halten abgesonderter Konventikel) C. („qui loca deo dicata contra fidem ecclesiasticam colunt") J. („so sich subreptitie das predigtampt in der Gemeine undernemen, sich nachts oder tags in sulche winkelpredigten finden lassen"), Zauberei F. A. §. 17; Mg. M. We; cit. Wendisch-Rügian. Landgebrauch S. 329, P. C. X. n. 7. 8 (Zauberei und Verkehr mit Zauberern), X. n. 8 (auch „commercium cum daemone");

Blasphemie und Fluchen, M. J. X. n. 11. 12 (W.: schweren), Mainzer Synodalprotokoll v. 1502, Guden cod. dipl. 2, 418. 420; cit. wend. rüg. Landgebr., abergläubische Reden X. n. 13; Meineid (doch nicht immer der vor weltlichen Richtern geschworenen) D. We. §. 11 S. 408; L. §. 12 S. 460; Lo. §. 9 S. 313; F. M. C. P. (und falsches Zeugniss) X. n. 9. 10. 12. 14 („iurare quod deo contrarium est") n. 80 (falsches Zeugniss); Wucher D. Lo. §. 15 S. 314; A. §. 17; Werler Erbsälzerkundschaft v. 1395 §. 37, (s. oben unter Fornikation); F. S. Mg. (offelich wucher) X. 74; M. (namentlich auch wucherischer Handel), cit. wend. rüg. Landgeb. („heimlichen woker"); Fälschung von Maass, von Gewicht und Münzen F. M. X. n. 72 (Verkauf nach falschem Maass und Gewicht) P. („falsarii literarum vel sigillorum vel monetarum); Verfälschung von Waaren (namentlich von Wein) X. n. 73; (Mord, Mordbrennerei, Todtschlag, Ertränkung und Erdrosselung von Kindern, Raub, Diebstahl, s. o. S. 440 n. 5); Hehlerei M. (Ankauf von gestohlenen, geraubten und erwucherten Sachen); Vernachlässigung des Haushaltes, der christlichen Disciplin gegenüber der Frau und den Kindern, sowie Misshandlung der letzteren J.; Stossen und Schlagen der Eltern durch die Kinder, L. §. 26 S. 461; Lo. §. 22 S. 314; Karten- und Würfelspiel, namentlich in Wirthshäusern, P. J., „tägliche Vollsuiffer" J., X. n. 69; Zänkereien und Streitigkeiten A. §. 17 (dissidium) S. („schelden in der kirche oder uff dem kirchhoffe"), X. n. 47; Injurien, Beschimpfungen und Schlägereien R. S. 129, Mainzer Synodalprotokoll v. 1502, Guden cod. dipl. 2, 418; namentlich von Frauenspersonen A. §. 11 („si casus emergerit inter mulieres de aliqua lesione manuali vel si mulier percuteret virum") u. §. 13 („casus obprobriorum inter mulieres vel si mulier turpia diceret viro"); Schlägereien an hohen Feiertagen B. §. 17 S. 484; Lo. §. 10 S. 313, Verwundungen an solchen L. §. 11 S. 460, Lo. §. 10 cit.; Todtschlag an denselben Lo. §. 7 S. 313; Schlägereien, Verwundungen und Todtschlag in der Kirche und auf dem geweihten Raum um dieselbe, R. S. 128; We. §. 5 S. 407; Sakrilegium, Einbrechen in Kirchen und Kirchenraub R. S. 129. D. We. §. 6 S. 407; B. §. 31 S. 485; L. §. 25 S. 460; F. X. n. 71; Altarraub We. §. 7 S. 404; Brandstiftung an Kirchen L. §. 25 cit.; Leichenraub We. §. 6 S. 404 u. §. 6 S. 407; Verletzung der kirchlichen Immunität We. §§. 4. 6 S. 406 (mit Zerbrechung der Hostie, des Taufsteines u. s. w.), Lo. §. 1 S. 312, X. n. 46 (durch Blutvergiessen); Entweihung der heiligen Orte durch carnalis immunditia F. X. n. 88; Verletzungen, Gefangenhaltung, Beraubung von Klerikern und Religiosen D. We. §§. 4. 7 S. 404. 405; Lo. §. 1 S. 312; P. X. n. 44; Verschwörungen, Auflehnung und Missachtung gegen die geistlichen und weltlichen Obrigkeiten X. n. 42. 49; Erlass von Statuten und Befehlen durch die weltliche Obrigkeit gegen die Rechte des Klerus und der Kirche P.; Verletzung der geistlichen Gerichtsbarkeit P., Auflehnung gegen den Pfarrer P. oder Verweigerung der ihm gebührenden Ehre und Beschimpfung desselben X. n. 33. 35; Taufenlassen der Kinder oder Empfang der ehelichen Kopulation durch einen anderen als den zuständigen Pfarrer J., Verletzung der Zehntverpflichtung Mg. X. n. 34 und Seligenstädter Weisth. v. 1419, Grimm 1, 507; Entfremdung von Oblationen und kirchlichen Gutes durch Laien D. F. P. X. n. 34. 77; Verhinderung der Ausführung von Testamenten zu frommen Zwecken P. X. n. 76; Beraubung des Nachlasses der Kleriker und anderer, welche ohne Testamente sterben X. n. 78; Verletzungen der kirchlichen Gebote oder der kirchlichen Pflichten, wie Verachtung der Sakramente, namentlich der letzten Ölung und Firmung X. n. 15. P., unwürdiger Empfang der Sakramente, insbesondere des Abendmahls X. n. 16. 17; Nichttaufenlassen der Kinder J.; Nichtgrüssen des zu Kranken oder in der Prozession getragenen Sakraments J.; nicht jährliches Empfangen des Abendmahls und Nichterfüllung der Beichtpflicht F. P. X. n. 18. J.; Nichtbeobachten der Festtage We. §. 4 S. 403; B. §. 17 S. 484; L. §. 11 S. 460; P., cit. wend. rugian. Landgebr., namentlich nicht Besuchen der Messe und Predigt P. J. X. n. 28. 29; Plaudern während des Gottesdienstes, vorzeitiges Verlassen desselben P. X. n. 30; Festtagsentheilgung durch Arbeit X. n. 29. 31. J.; durch Handeln auf dem Markt und der Strasse J.; durch Offenhalten der Wirthshäuser und Trinken in denselben während des Gottesdienstes J.; durch übermässiges Tanzen („in unehrlicher Gesellschaft", auch Bestrafung der „Spielleute als Uffhelder sulcher Gesellschaft") J.; Nichtbeobachtung und Verspottung der kirchlichen Gebräuche X. n. 27; Verletzung der Fastengebote C. P. X. n. 36; Verachtung der Exkommunikation F. X. n. 24; Umgang mit Exkommunicirten durch Theilnahme an ihrem Vergehen X. n. 25; Begraben Exkommunicirter auf dem Kirchhof P. und ungetaufter Kinder daselbst X. n. 20.

Daneben finden sich in den Sendordnungen nicht nur Fragen, welche auch andere Vergehen mit umfassen, so X n. 26 in Übereinstimmung mit P., o. S. 440 n. 5: „An sint qui publicam poenitentiam pro manifestis criminibus vel recipere vel adimplere contemnentes detrectent"; sondern auch gewisse allgemeine Klauseln, so nach Erwähnung von dissidium, adulterium, incestus, usure, sortilegium, heresis in A. §. 17: „vel alius casus his casibus consimilis"; ferner W. nach Hurerey, Zauberei, Ehebruch, Fluchen: „und was dergleichen wider die christlich katholische Kirche oder wider die hochwürdige sacramenten". Da man aber annehmen darf, dass bei den Aufzählungen das Wichtigste speziell erwähnt ist, so ergiebt sich, dass je später je mehr der Schwerpunkt auf solche Vergehen, welche mit den kirchlichen Lehren und den kirchlichen Einrichtungen in Berührung stehen, wie auf Ketzerei, Zauberei, Blasphemie, Fluchen, Meineid, Ehebruch, Incest, ferner auf die Nichterfüllung der kirchlichen Pflichten und die Verletzungen der Geistlichkeit, kirchlichen Rechte und Güter gelegt worden ist.

gerichte auch die Rechte und Pflichten der bei ihnen betheiligten Personen[1], sowie die Verpflichtungen der Sendgerichtsgemeinden in Betreff ihres Kirchenwesens feststellen[2]. Dagegen ist das Sendgericht auch in dieser Zeit dem Zwecke der Visitation nur nebenbei nutzbar gemacht worden[3], und jedenfalls sind ihm die Geistlichen nicht unterstellt[4] gewesen[5].

[1] Die Rechte des Sendrichters in Bezug auf die Verpflegung für sich, in Bezug auf die Zahl der zulässigen Begleiter und Pferde, sowie die Reichnisse für diese, in Bezug auf das Recht auf Abgaben und Strafgelder-Antheile, cit. Aachener Weisth. §. 16; Chroniken der deutschen Städte Bd. 16 (Braunschweig) S. XIX. LIX n. 37; Weisthümer bei Grimm 1, 504 (Seligenstadt 1390); 2, 147 (Simmern 1517) 423 (Eidger 16. Jahrh.); 3, 774 (Boppard 1412); 4, 611 (Planig 1512); 6, 483 (Carden 1537) 633 (Münstermaifeld 16. Jahrh.); 702 (Konzen 1415) 704 (Ambleve 1478), ferner in Bezug auf die Rechte der Sendschöffen wegen ihres Theiles an den Strafgeldern und der ihnen durch den Sendrichter zu gewährenden Reichnisse, Aachen §§. 16. 25., cit. Seligenstädt. Weisth. Auch die Fragen über die Perioden, innerhalb deren der Send gehalten werden darf (o. S. 437 n. 4. S. 438 n. 5 u. S. 444 Anm.) und die Pflicht der Sendschöffen zu erscheinen, westerlauwer Sendr. I §. 11, v. Richthofen, Rechtsqu. S. 404; Bolswarder Sendbrief 1404 §. 2, S. 432. kommen hier in Betracht, weil sie nicht nur den Zweck hatten, die ordnungsmässige Hegung des Gerichts festzustellen, sondern auch Bedrückungen durch unzulässig oft wiederholte Abhaltungen des Gerichts ausschliessen sollten.

[2] So z. B. in Betreff der Baulast, der Zehntpflicht, der Rechte des Pfarrers auf Zehnten und andere Abgaben, Grimm 2, 618 (Barweiler 1557), 768 (Olff 1546) und 6, 611 (Planig 1512). Hinsichtlich der Ansprüche der Priester s. cit. Bolswarder Sendbrief §. 8 S. 483.

[3] Wenn nach Mainz 1487, Würdtwein l. c. 2, 28 zuerst nach der Hegung des Sendes der Pfarrer über die gehörige Aufbewahrung der Eucharistie, das Verhalten der Altaristen, Glöckner, der magistri fabricae und der Sendschöffen, sowie über die Erfüllung der Beicht-, Abendmahls- und Zehntpflicht seitens der Pfarrkinder u. s. w. gefragt wird, so handelt es sich dabei in erster Linie um den Zweck, etwaige kirchliche, der Sendrüge unterworfene Vergehen zu ermitteln, freilich aber zugleich darum, dem Sendrichter einen Einblick in die Amtsverwaltung des Pfarrers zu eröffnen. Daran kann nach dem cit. Xantener Sendweisth. nr. 1, nach welchem die Laienschöffen gefragt werden: „de parocho et aliis qui in ecclesia ministrant, an officium suum, ut debent, praestent, an vitam ducant irreprehensibilem cum honesta familia, in summo an verbo et exemplo praecedant" kein Zweifel sein. Vgl. ferner Westerlauwer Sendrecht II. §§. 3. 23, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 406. 410. Auch in den preussischen Bisthümern sind solche Fragen üblich gewesen, Jacobson a. a. O. Urkdbch. S. 254, aber sie sollen hier nicht, wie die die Laien betreffenden, öffentlich von der Kanzel verkündet, vielmehr je nach dem Ermessen des Sendherrn abgesondert an die Schöffen gestellt werden.

[4] Aus den Mittheilungen in der vor. Anm. kann nicht geschlossen werden, dass auf Grund der gedachten Fragen sofort gegen die Geistlichen weiter verfahren und Strafe verfügt worden ist. Die Quellen ergeben darüber nichts, und in den preussischen Bisthümern werden die Sendgerichte geradezu als *synodi laicales* bezeichnet, dipl. v. 1445 bei Woker, Urkdbch. d. Bisth. Culm. Danzig 1885. 1, 461; Jacobson a. a. O. S. 268. 270. Der Wendisch-Rügianische Landgebrauch aus dem 16. Jahrh. S. 114 n. 4, bemerkt allerdings, dass im Sendgericht auch die Geistlichen bestraft worden seien, aber da er vorgängiger Inquisition erwähnt, so hat es sich hier nicht mehr um das germanische Rügeverfahren gehandelt, und es ist sehr wohl möglich, dass man auch hier gegen die Geistlichen abgesondert von den Laien eingeschritten ist.

[5] Was des Näheren die Abhaltung des Sendgerichts, namentlich das Verfahren betrifft, so wird der Send von dem Sendherrn bald einmal im Jahre, Bremer Prov. Syn. 1266 c. 7, Ehmck u. v. Bippen, brem. Urkdbch. Bremen 1872 1, 362; in einzelnen Theilen Frieslands, v. Richthofen, Untersuchungen 2, 731; Miltenberger Stadtracht, Hegel, Verfassgsgesch. v. Mainz S. 235; Bopparder W. 1412, Grimm 3, 174; Konzener W. 1415, a. a. O. 6, 702; Laudenbacher W., S. 435 n. 3, Kölner Dienstmannenrecht, S. 433 n. 5, bald dreimal, Soester Statuten v. 1120, S. 432 n. 4; Sachsensp. I. 2. §. 1, S. 433 n. 6; oder auch zweimal, alte Soester Schraae §. 5 und neue §. 2, Emminghaus l. c. S. 139. 199; cit. Aachener Weisth. v. 1331. §§. 1, 10; Drenther Sendbrief 1332 §. 2, v. Richthofen, fries. Rqu. S. 518, gehegt. Erst später und nur ausnahmsweise hat man, was im Zusammenhang mit der besonderen Entwicklung einzelner Sendgerichte steht, die Gerichtstage wesentlich vermehrt (so sollen in Aachen, wo schon nach d. W. a. 1331 §. 24 jeder Delinquent zu allen Zeiten vom Erzpriester citirt werden konnte, nach der Festsetzung v. 1446 §. 1, Lörsch S. 131, alle Monate mindestens zwei Gerichtstage gehalten werden). Nach dem Vorbilde des weltlichen Afterdings ist auch öfters ein s. g. Aftersend, theils zur Erledigung der Sachen, welche auf dem ordentlichen Gericht nicht zum Abschluss gebracht werden konnten, und dann durch den vom Sendherrn ermächtigten Erzpriester oder Pfarrer (aifftershent, Aftersend, cit. Boppard. W. 1412; Mainzer Urk. v. 1487, Würdtwein, dioec. Mogunt. 2, 31; das Leeuwardener Sendr. 1412 und das Bolswarder v. 1404 §. 2 unterscheiden den fromdsend, freemsend, ersten Send, und den aftersind, v. Richthofen Rechtsqu. S. 459. 482) oder wenigstens mit anderen Schöffen (cit. Miltenberger Stadtrecht: „der ander heisst der affter sent, und daruff sollen siszen vir scheffen von der stat wegen, die dann alle burger sin sollen und der rat zu setzen hat"), mitunter auch zur Aburtheilung der nicht von den Sendschöffen, sondern von

anderen Personen erhobenen Rügen, westerlauwer Sendrecht (postsynodalia), v. Richthofen, fries. Rsqu. S. 402 u. Untersuchungen 2, 736 abgehalten worden.

Ebenso wie früher wird auch jetzt noch die Abhaltung des Sendgerichts und das Erscheinen des Sendrichters eine bestimmte Zeit vorher in dem Bezirk verkündet, v. Richthofen, Untersuchungen 2, 731. 735; Aachener W. 1331 §. 1; Mainz 1487, Würdtwein l. c. 2, 28; Boppard 1412, Grimm 3, 775, vgl. auch Back a. a. O. 1, 227, damit sich die Sendpflichtigen, o. S. 438 n. 1, v. Richthofen a. a. O. 2, 733. 734, einfinden können. Die Hegung des Sendgerichts erfolgt in ähnlicher Weise wie die der weltlichen Gerichte in der Art, dass der Sendrichter von den Schöffen Urtheile über die ordnungsmässige Verkündung und Abhaltung des Gerichtes erfragt, o. S. 437 n. 4 u. S. 438 n. 5 und den Gerichtsfrieden gebietet („synodum inbannire" so Aachener W. §. 1), Würdtwein 2, 27; v. Richthofen, fries. Rqu. S. 401; Münstermaifeld, Grimm 6, 633. Neben dem Sendrichter befinden sich auf einem Tisch ausser einem Kreuz, Evangelienbuch oder Reliquienkästchen die Symbole der Sendgerichtsbarkeit, Ruthe und Scheere, daneben auch mitunter ein Kamm, dipl. 1392, S. 437 n. 2; Fürth a. a. O. 2, 158. 159; Arx, Gesch. d. Kantons S. Gallen. S. Gallen 1810 1, 257, deren Bedeutung das Olffer W. v. 1546, Grimm 2, 768: „Were es sache, dass einiger . . sich nit zu der ruten der penitentien und straffungen ergebe, so soll der pastor dasselbige dem . . . herr . . zu Drimborn ansagen . . ., so sollen diesselbige zween zusamen schneyden glicher weyss alss die scheer . . ein jeder dem andern zu helff . . . komen . . . Wan er dan noch ungehorsam ist, so soll man denselbigen . . . aussundern von der ganzen gemeinten, glycher weyss als der kamp die unredlichen creaturen von dem menschen absundert", wie das Kontumazialverfahren zeigt (s. unten), bis auf den Umstand richtig erklärt, dass mit der Scheere, da sich die Büsser das Haar abschoren (Bd. IV S. 722 n. 9 u. o. S. 114 n. 3), das Recht zur Auferlegung der Zwangsbusse symbolisirt wird, während Dove 5, 13; Sohm in Ztschr. f. K. R. 18, 263; Fürth 2, 159 n. 1 die Scheere und Ruthe ursprünglich auf das Recht zur Bestrafung an Haut und Haar, also zur peinlichen Bestrafung deuten, obwohl auf solche Strafen, abgesehen von Unfreien, S. 431 n. 4 — die lapidum und pena scale sind, so anscheinend Sohm, keine peinlichen Strafen, s. S. 114 n. 3 u. S. 43 n. 5 — von den Sendgerichten nicht erkannt worden ist, S. 445, und man die Symbole sicherlich nicht nach den sehr beschränkten Ausnahmefällen gewählt haben wird.

Auf die Rüge des Schöffen hat sich der Angeschuldigte wie in der früheren Zeit, S. 431 n. 5, durch seinen Eid, Aachener W. §§. 4. 5, oder auch mit Eidhelfern, so a. a. O. §. 6, wenn er zum zweiten Mal im Send angeklagt wird, mit sieben, und ferner nach den friesischen Sendrechten, nach welchen verschiedene Zahlen, je nach den verschiedenen Vergehen z. B. 5, 11, 71 vorkommen, v. Richthofen, fries. Rqu. S. 405. §§. 4 ff., S. 407 §§. 5 ff., in Nordfriesland mit 12, ep. Innoc. III. v. 1198, Potth, n. 415 (s. S. 432 n. 4) zu reinigen. Unfreie haben sich dagegen dem Gottesurtheil (des glühenden Eisens) zu unterwerfen, dipl. 1229, Seibertz, Urkden. z. westfäl. Gesch. 1, 239, worin sich die Gemeinde Obermarsberg „de benignitate et gratia archidiaconi" vorbehält, dass „homines inter nos servilis conditionis a scabinis accusati non in ferro candenti, sicut alias consuetum est, sed manu duodecima suam expurgationem faciant" (mit Bezug darauf wird auch wohl in der Salzburger Urk. v. 1171, Monum. Boica 5, 237 das iudicium aquae et ferri ein Parochialrecht genannt), jedoch trat später für dieselben die Reinigung mit Eidhelfern ein, dipl. 1330, Niesert, münster. Urkdensammlg. 4, 47: „Liber cum manu sola, ministerialis cum manu III, cerocensualis VII et servus manu XII aut X". Nur ausnahmsweise müssen sich Freie, wenn sie schon eines Verbrechens überführt waren, dem Gottesurtheil (dem Kesselfang oder der Probe des glühenden Eisens) nach den westerlauwer Sendrechten unterziehen, v. Richthofen fries. Rsqu. S. 405. §. 17 u. 408 §. 15. Ob das von Alexander IV. 1257, Potth. n. 16860, Hasse, schlesw. holst. lauenb. Regesten 2, 59 auf Bitten der Hamburger ausdrücklich reprobirte Verfahren: „quod cum aliquis vestrum de aliquo crimine in foro ecclesiastico (d. h. wohl dem Sende) accusatur, praepositus eccl. Hamburg. eum ferri candentis subire compellit" bei jeder Anklage gegen Freie oder nur in Ausnahmefällen wie in Friesland gehandhabt worden ist, muss dahin gestellt bleiben.

Im 14. und 15. Jahrhundert ist allerdings auch der Zeugenbeweis im Sendgericht üblich geworden, wenigstens in solchen Fällen, wo ein dritter, nicht ein Sendschöffe, die Rüge erhoben hat, Boppard 1412, Grimm 3, 775. 776: „welche persone die andere persone vur den heiligen shende ond shentscheffen rugide von hass wegen und yme synen guden lumens and gut wort beneme ond vernyederte vnd konde das nyt brengen mit erbern geczugen vur dem sentdechen und shentscheffen, so sal die persone, die den ruget zu unrecht, dieselbe busse und pene gelden, die die persone gegolden sulde hain, als were sie mit recht ubirkomen", ein Fall, auf welchen wohl auch das Aachener Sendweisthum v. 1331 §. 13, das des testimonio convincere gedenkt, zu beziehen ist.

Wenn nach der Urk. bei Jakobson a. a. O. S. 271 die Denunciatoren, o. S. 440 n. 2 nur die crimina manifesta anzeigen, und die Bevölkerung ihnen ebenfalls nur solche berichten soll, so sind damit nicht nur notorische Vergehen gemeint, sondern wie der Wortlaut zeigt auch solche, für welche eine fama publica vorlag, und daher nimmt der Eid der Denunciatoren auch nur die crimina occulta a. a. O. S. 256 aus. Analogieen finden sich dazu nicht (denn in der Glosse zum Sachsensp. o. S. 436 n. 4, bezieht sich das Wort *openbare* auf das Zuwiderhandeln gegen die zehn Gebote, und im Pingsdorfer W., o. S. 440 n. 2 ist nur von heimlicher Bestrafung, also von nicht öffentlicher Busse für heimliche Vergehen die Rede, denn der Schöffeneid geht hier auf das Anbringen alles Sträflichen, „es sei heimlich oder offenbahr"), und die erwähnte Eigenthümlichkeit erklärt sich zweifellos daraus, dass, da in den Preussischen Bisthümern keine Sendschöffen fungirten, von einer germanischen Rüge und von der eidlichen Ableugnung derselben keine Rede sein konnte, vielmehr hier von amtswegen auf die Denunziation inquirirt wurde.

In Betreff des Urtheils und des Ungehorsams-

Auch in dieser Periode erkennt das Sendgericht in erster Linie zum Theil noch auf Zwangsbusse[1] und zwar in schwereren Fällen auf öffentliche[2], in den weitaus meisten Fällen indessen auf Geldstrafen[3], und selbst die öffentliche Busse kann mit Geld abgelöst werden[4].

III. Der Verfall der Sendgerichte. Abgesehen davon, dass schon im 13. Jahrhundert gewisse bevorrechtigte Personenklassen bei der Zersplitterung der Sendgerichtsbarkeit die Exemtion von denselben erlangt hatten[5], hatten seit dem Ende des 12. Jahrhunderts die aufstrebenden Städte, welche in vielfache Konflikte mit den Bischöfen geriethen, ebenfalls nicht nur die Sendgerichte in eine gewisse Abhängigkeit von sich zu bringen[6], sondern dieselben in manchen Beziehungen[7],

verfahrens ist es im wesentlichen bei dem früheren Recht geblieben, S. 431 n. 5. Das erstere ergiebt sich aus der Festhaltung des germanischen Verfahrens, und das letztere ist mehrfach ausdrücklich bezeugt. Innocenz III. ep. v. 1198, Potth. n. 415, S. 432 n. 4, wendet sich gegen die in den friesischen Uthlanden gemachten Versuche, die Verhängung der Exkommunikation im Fall des Ungehorsams zu beseitigen. Nach dem Aachener Weisth. v. 1331 §. 8 soll der Überführte, nach vorgängiger Ermahnung, mit der Exkommunikation belegt und diese an den Sonntagen verkündet werden. Bleibt er ein Jahr lang im Bann, so begiebt sich der Erzpriester mit den Sendschöffen und mit dem weltlichen Richter nach seinem Hause „et tunc ipse iudex secularis ibi omnia bona que invenit sub trabe, que dicitur hainbalc, attrahere debet et ad hospicium archipresbiteri predicti ea immediate presentare et eundem culpabilem captivare ac ipsum tenere sine aliqua sui corporis lesione et illum iudex predictus absolvere non debet antequam satisfactum fuerit archipresbitero et synodalibus predictis". Ebenso tritt nach Boppard cit. die Exkommunikation mit der Folge ein, dass nach Ablauf eines Jahres das weltliche Gericht den Gebannten an Leib und Gut strafen soll.

[1] Innoc. III. ep. cit. Potth. n. 415, o. S. 432 n. 4.

[2] S. o. S. 114 n. 4.

[3] Schon Innocenz III. ep. cit. v. 1198 Potth. n. 415, o. S. 432 n. 4, wendet sich gegen die Gewohnheit der friesischen Uthlande, bei allen Vergehen, auch den schwersten, nur Geldstrafe zu verhängen. Auch die s. g. bannalis, Potth. n. 13250 (Diöcese Konstanz 1249), Baluze, miscellan. ed. Mansi 2, 221 sind offenbar Geldstrafen des Sendgerichts. Für das 13. Jahrh. s. o. S. 439 n. 6. Das cit. Aach. W. §. 17 aus dem 14. Jahrh. hat für alle dort aufgezählten Vergehen, S. 442 Anm., lediglich die Strafe von 60 Schillingen, welche unter Umständen ermässigt werden kann und an den Sendrichter und die Schöffen fällt, vgl. ferner Bopparder W. v. 1412, Grimm 3, 775: „Das eyn yetliche persone die geruget wird jn dem heiligen shende vnd ubirkomen wird, das sie shentruppar ist, vnd als dicke und maniche werffe das geschyt, die persone sal vur yetliche ruge geben 60 schillinge pennynge vnd 3 scherff liechtzgeltz, usgenommen wucherer und meyneidige die eyn erczbischoff zu Triere ym selbs behaldin haît dar vur genug zu dune". Die Kölner Diöces. Syn. v. 1536 c. 22, Hartzh. 6, 310, klagt ebenfalls, dass schon längst statt der kanonischen Pönitenzen fast ausschliesslich Geldbussen auferlegt würden; vgl. ferner Wittenhofer Sendweisth. v. 1635, Grimm 2, 456, nach welchem die Strafen, also die Geldbussen, zu einem Drittel an die Kirche, zum zweiten an den Sendherren und zum dritten zugleich an Pfarrer und Sendschöffen fielen.

Nach dem westerlauwer Sendrecht (o. S. 114 n. 4) wird neben der Harmschaar stets auf eine verschiedenartig abgestufte Bannsumme (z. B. von 72 oder 63 Schillingen) erkannt. Dagegen kennt der Drenther Sendbrief v. 1332. §. 6, v. Richthofen S. 519 nur derartige Bannbussen: „Omnes banni nostri fuerunt III libre Gronienses; usure, periurii, adulterii, consanguinitatis, compaternitatis, affinitatis, spolia clericorum, monachorum et religiosorum, ecclesiarum, cimiteriorum dupli banni. Lesio sacerdotum, clericorum ordinatorum, monachorum et monialium triplicabantur banni. Mutilatio, excecatio, captivatio, occisio clericorum, incendium ecclesiarum, domorum dotalium et sacerdotum ad arbitrium episcopi atque nostrum emendari consuevit". (Vgl. auch die übrigen o. S. 440 n. 4 citirten friesischen Sendrechte.)

Darüber, dass nicht auf Strafen von Haut und Haar erkannt worden ist, so auch Arx, Gesch. d. Kantons S. Gallen 1, 257, s. o. S. 444 Anm. Die von diesem angeführte Stelle aus der dem 11. Jahrh. angehörige Hepidanni vita S. Wiborodae c. 26, Acta SS. Mai 2. 1, 306, bezieht sich auf das weltliche Gericht. Die friesischen Sendrechte geben da, wo Leibesstrafen angezeigt sind, so gegen die des Ehebruchs überführte Frau dem Ehemanne, das Recht, dieselbe zu geisseln oder zu tödten, westerlauwer Sendr. I §. 12, v. Richthofen, fries. Rechtsqu. S. 404; westerlauw. S. II §. 21, S. 409, oder es wird, cit. Sendr. §. 17, S. 409, so bei der Unzucht mit Thieren, dem Schuldigen selbst die Wahl gelassen, sich selbst das Gemächte abzuschneiden und zu büssen oder sich in eine hergestellte Grube mit dem Thiere zu begeben und dort zu bleiben oder sich mit dem Schwanzhaar des Thieres binden und verbrennen zu lassen.

[4] S. 434 n. 5.

[5] S. 433 n. 3 ff.

[6] S. 435.

[7] So gestattet die Genter Keure v. 1192 Art. 24 dem Bischof v. Tournai, das Sendgericht blos alle 4 Jahr und zwar in Person zu hegen, und im 13. Jahrhundert haben die Bürger die

namentlich aber in ihrer Zuständigkeit, einzuschränken gesucht[1]. Hierbei kam indessen nicht allein das Streben der Städte nach eigener Gerichtsbarkeit, sondern auch die Aufrechthaltung der Rechte der weltlichen Gerichtsbarkeit gegenüber der übermässigen Ausdehnung der geistlichen Jurisdiktion in Frage. In einer Zeit, in welcher die Entwicklung des Strafrechts sich immer mehr von der ursprünglichen privatrechtlichen Anschauung, dass die Strafthat zunächst nur eine Verletzung des Beschädigten bilde, entfernte, also der öffentlich rechtliche Charakter der Strafe immer mehr hervortrat, und damit auch im Strafverfahren der reine Akkusationsprozess seine ausschliessliche Herrschaft mehr und mehr einbüsste, wurden eine Reihe von Vergehen, welche früher kaum zur Bestrafung gelangt waren, nunmehr vor die weltlichen Gerichte gezogen und mit weltlichen Strafen belegt. Gleichzeitig führte das Zurücktreten der kirchlichen Strafen, der Zwangs-, namentlich der öffentlichen Busse und der immer häufigere Gebrauch von Geldstrafen bei der Handhabung der Sendgerichtsbarkeit dazu, den Unterschied zwischen der kirchlichen und weltlichen Seite bei denjenigen Strafthaten, welche sich sowohl als Verletzungen der kirchlichen, wie auch der weltlichen Ordnung darstellten, zu verwischen. Da die von der Kirche geübte Strafgerichtsbarkeit durch diese Ignorirung der kirchlichen Seite der frag-

Versuche der Bischöfe, diese Beschränkung zu überschreiten, mit Erfolg abgewehrt, Warnkönig, flandrische Rechtsgesch. 1, 436. 437.

[1] So bestimmt schon die älteste Keure v. St. Omer v. 1127 §. 3, Warnkönig a. a. O. S. 27: „Si quis de iure christianitatis ab aliquo interpellatus fuerit, de villa s. Audomari alias pro iustitia non exeat, sed in eadem villa coram episcopo vel eius archidiacono vel suo presbytero, quod iustum est, clericorum scabinorumque iudicio exequatur: nec respondeat alicui, nisi tribus de causis, vid. de infractura ecclesiae vel atrii, de lesione clerici, de oppressione et violatione feminae: quod si de aliis causis querimonia facta fuerit, coram iudicibus et praeposito meo (d. h. vor dem gräflichen Richter) hoc finiatur". — Über Braunschweig s. S. 435 n. 4. — Vor dem zur Beilegung der Streitigkeiten zw. dem Erzb. v. Köln und den Bürgern 1258 bestellten Schiedsgerichte (Hegel, Verfassgsgesch. v. Cöln i. Mittelalter. Leipzig 1877 S. XLIII. XCVII. CXXVII) klagte der erstere, dass durch das Verbot der Bürger die geistlichen Richter seit langer Zeit an der Rechtsprechung über Wucher, Meineid, Ehebruch und Ehesachen, ferner „de falsis mensuris et de omni eo, quod vulgariter meincoif dicitur et quod in synodis accusari consuevit", verhindert worden seien, Ennen u. Eckertz, Quellen z. Gesch. d. Stadt Köln. 2, 382. (Art. 20), und die geistlichen Schiedsrichter erkannten, S. 392 (Art. 20): „De bellis (Schlägereien) autem qui in diebus festivis vel in immunitatibus fiunt, de falsis mensuris et de hiis que vulgariter meinchoif dicuntur, que in synodis accusari debent, dicimus cognoscere debere tam iudicem ecclesiasticum quam secularem", während sie die übrigen Vergehen als vor das geistliche Gericht gehörig erklärten, woraus sich ebenfalls eine beschränkte Zuständigkeit des Sendgerichts ergiebt. — Was Trier betrifft, so klagt Erzb. Kuno 1377 aus Anlass des Streits mit den Bürgern: „Item hant sie itzund manich jair verboden und gehindert den choirbischoff mins stiftes zu Trire, doz yme die sendtscheffen nit sitzen noch rugen wulden, als sie mit dem eyde schuldig sind zu dune", doch verpflichteten sich die Bürger in dem Sühnevertrag v. 1377, das Sendgericht aufrechtzuerhalten, Ferdinand, Cuno v. Falkenstein als Erzb. v. Trier. Paderborn u. Münster 1886 S. 52. 91. — Über Hamburg s. o. S. 441 n. 1. — Nach dem Medebacher Statut v. 1350 n. 45, Seibertz, Urkdbch. v. Westfalen 2, 385: „Item soluti homines in synodo super fornicatione non accusantur nec ferie nec dominicales dies fracte post nonam". — Das Miltenberger Stadtrecht, welches dem Sendgericht nur eine sehr beschränkte Kompetenz zuweist (S. 441 n. 1) und erklärt, dass „klein gewicht, kurz elen, klein mass und ander klein stucke" der Stadt, dagegen „dieberij, rauben, stelen, morden, brennen, gotswerer, margstein ussgraben, feischerij und ander solche gross sach" dem bischöflichen Amtmann und der Stadt, nicht dem Erzpriester, zu büssen sind, verordnet weiter, um Kompetenzüberschreitungen des Sendgerichts zu verhindern, dass, wenn die Schöffen nach Hegung des Sendgerichts über die zu rügenden Vergehen Rath gepflogen haben, sie zunächst sich zu dem in der Sakristei versammelten Rath begeben, ihm die Sachen zur Entscheidung, ob sie rügbar sind, vorlegen und nur dasjenige, was ihnen als solches bezeichnet ist, im Sendgericht rügen sollen (Hegel a. a. O. S. 235). — In Aachen suchte der Rath im 16. Jahrh. die bisherige Inappellabilität des Sendgerichts zu beschränken, und 1577 musste sich das letztere zu einem Vergleich mit demselben dahin verstehen, dass eine Revision gegen seine Urtheile an den Rath zugelassen wurde, dass aber in rein geistlichen Sachen über diese durch eine Kommission von Geistlichen entschieden werden sollte, v. Fürth a. a. O. S. 163.

lichen Vergehen im Wesentlichen ihren kirchlichen Charakter verloren hatte, so konnte der weltlichen Gewalt, welche eine derartige Straffunktion ebenso gut, wie die Kirche auszuüben im Stande war, die innere Berechtigung zur Zurückdrängung der kirchlichen Jurisdiktion nicht mehr abgesprochen werden, und wie die Städte [1], so sind auch seit dem 13. Jahrhundert die Fürsten mit beschränkenden Maassnahmen gegen die Sendgerichte vorgegangen [2]. Genährt und verstärkt wurde diese Opposition durch die bei der Handhabung der Sendgerichtsbarkeit geübten Missbräuche, namentlich durch die Ausnutzung derselben als Gelderwerbsquelle [3] in Folge der in immer weiterer Ausdehnung angewendeten Geldstrafen, welche mindestens zum Theil dem Sendrichter zufielen [4], und durch die Bedrückungen bei den Forderungen für den Unterhalt desselben und seiner Begleitung [5]. Dazu kam weiter, dass oft niedere, gewissenlose und unzuverlässige Personen zu Rügezeugen bestellt wurden [6], welche von den Eingesessenen durch Bedrohung mit Anklagen Geld zu erpressen suchten oder leichtfertige Anklagen erhoben, und dass letzteren nicht minder unbegründete Verurtheilungen folgten [7]. Es ist daher erklärlich, dass zur Zeit der Reformation die heftigsten Angriffe gegen das Institut der Sendgerichte erhoben worden sind [8], und dass sich sowohl die höheren

[1] S. 445.

[2] Wie die bei G. Reinhard, meditationes de jure principum . . . Saxoniae. Hal. Magdeb. 1717 S. 63 mitgetheilte Bulle Innocenz' IV v. 1245 ergiebt, hat schon Graf Albert von Wettin die Sendgerichte in seinem Territorium verboten. Ferner hat der Landgraf Heinrich v. Hessen u. Thüringen 1272 angeordnet: „quod nullus praelatus habere ibi (zu Grünberg) debeat iura synodalia, ad synodos praesidere, sed plebanus in spiritualibus excessus corrigere et scabinos consulere debeat"; ja 1413 ist durch Vergleich mit Kurmainz das Sendwesen in Hessen ganz beseitigt worden, Kress, Erläuterung des Archidiakonalwesens. Helmstedt 1725 S. 48.

[3] Die Einnahmen aus dem Sendgericht werden als iustitia synodalis, S. 432 n. 5, oder iura synodalia, s. vor. Anm.; Lüntzel, ältere Diöcese Hildesheim S. 178; G. Schmidt Urkdbch. d. Hochstifts Halberstadt 3, 12; Kopp a. a. O. S. 138, auch als denarii et oboli synodales, Kress S. 47; quaestus synodalium iudiciorum, S. 434 n. 3, bezeichnet.

[4] S. 445 und S. 443 n. 1. Als im 16. Jahrhundert die Sendschöffen vielfach erklärten, dass sie nichts rügbares vorzubringen hätten, liessen sich die Sendherren damit nicht abspeisen, da ihnen aber andererseits die Untersuchung aller einzelnen Vergehungen zu lästig war, wurde der Gemeinde ein für alle Mal als Busse für die nicht gerügten leichteren Vergehen eine bestimmte Leistung in Frucht, Wein oder Geld („pro communi defectu ecclesiae", s. g. gemeine Besserung oder Busse) aufgelegt, Back S. 239. 240.

[5] Back S. 229 ff.; Kopp 1. 137 ff; o. S. 443 n. 1. Das Nähere in der Lehre von den Visitationsabgaben. Die feststehenden Abgaben, welche an den Sendrichter gezahlt werden, z. B. von den Handwerkern in Mainz, Würdtwein l. c. 1, 20; ferner in Braunschweig, Chroniken d. deutschen Städte Bd. 16 XIX u. S. LIX n. 37; Münstermaifeld, Grimm 6, 634, sind offenbar ein Ersatz oder ein Beitrag für die Naturalverpflegung. Um etwaige Bedrückungen möglichst auszuschliessen, wurden diese in den Sendweisthümern genau festgestellt, o. S. 443 n. 1.

[6] S. o. S. 439 n. 6. Das Kölner Konzil v. 1536 c. 22, Hartzh. 6, 310 schreibt den Verfall der Sendgerichte u. A. dem Umstande zu, „quod non fidelissimi quique, sed leves delatores, non qui veraciter sciant aut serio audierint idque a probatis neque uno tantum sed pluribus hisque fide dignis minimeque malevolis, sed frequentius absque omni delectu vel leves ac futiles vel invidi ac rapaces calumniatores delationi comperiantur adsciti".

[7] Mögen auch die scelerati exploratores criminum oder promotores, von welchen Nicolaus de Clemangis de ruina ecclesiae c. 21, v. d. Hardt, conc. Constant. T. I P. 3 p. 23, eine solche Schilderung entwirft, vielleicht die Bd. III S. 592 n. 6 für die Diöcesansynoden bestellten Sendzeugen gewesen sein, da auch das Basler Konzil, s. a. a. O. S. 596, in Betreff derselben reformirende Bestimmungen erlassen hat, so sind doch dieselben Übelstände auch wohl auf den Sendgerichten bei der sich immer mehr geltend machenden Abneigung der Bevölkerung gegen das Rügen hervorgetreten.

[8] Vgl. namentlich die Hundert Beschwerden der deutschen Nation v. 1522 c. 77, Gaertner corp. iur. ecclesiast. 2, 204: „Et hoc Germanis posthac non ferendum onus est, quod synodales iudices quarumdam regionum oppidicula et vicos ostiatim peragrant, censusque e domibus annuos exigunt, quos ubi tenuis plebecula persolvere nequit, protinus cum excommunicationis jaculis petitur, ad eorum quoque censuum solutionem cum summa rei familiaris attritione atque attenuatione compellitur"; c. 78: „Pari modo proxime memorati iudices quibusdam in locis a stabulariis, pistoribus, laniis, propolis, molitoribus eiusdemque generis mechanicarum artium professoribus qualibet septimana pecuniam postulant, qua forte per inopiam non soluto ecclesiastico ad id fulmine

Stände[1], wie auch das Volk der Übergriffe und Bedrückungen der Sendrichter auf jede Weise zu erwehren[2] suchte. So sind die Sendgerichte, welche nicht einmal überall in Deutschland Fuss gefasst hatten[3] und in einzelnen Theilen schon vor der Reformation eingegangen waren[4], seit dem 16. Jahrhundert[5] immer mehr in Verfall gerathen[6] und haben sich nur vereinzelt das 18. Jahrhundert[7] hindurch erhalten.

adiguntur"; c. 84: „Nec minus . . . intolerabile est, quod synodales iudices pluribus in locis quotannis, id quod non nisi post annorum intercapedinem, ut fieret, iuribus permissum est, obequitant ac mirum, quid fictitiae iurisdictionis aut superioritatis exerceant. Hoc interim constat simplici popello hac via necessaria subtrahi alimenta. Neque talis peragratio eo fine et ordinatione, qua a summis pontificibus instituta est, observatur. Nam pro poenis et correctionibus, quibus facinorosos et criminum sontes a vitiis deterrere deberent, pecuniam praesentem et numeratam et quicquid denique eis in lucellum cedere potest, exigant"; vgl. ferner die mit auf die Sendgerichte abzielenden c. 55. 67. 68. 74 ibid. Auch der Unterricht der Visitatoren an die Pfarhern ym Kurfürstenthum zu Sachsen v. 1528, Richter, evangelische Kirchenordnungen 1, 82 schildert die Übergriffe in ähnlicher Weise.

[1] Nachdem die fränkische Reichsritterschaft schon seit 1500 wiederholte Beschwerden über die Archidiakonen und die Ausübung der Sendgerichtsbarkeit durch dieselben beim Bischof v. Würzburg erhoben hatte, diese aber erfolglos geblieben waren, schloss sie 1520 mit der rheinischen Ritterschaft ein Bündniss, auf keinen Send mehr zu gehen, und auch ihren Nachbaren, so viel ihnen möglich, nicht zu gestatten, „wie bisshero zu rügen, sondern wollen sich unter einander brüderlich straffen und zum besten unterweisen", Kress a. a. O. S. 48. 49.

[2] Namentlich dadurch, dass man das Rügen und die Bestellung von Sendschöffen unterliess, oder die zu solchen ausgewählten Personen wegen des damit verbundenen Odiums die Übernahme des Amtes ablehnten. So wird 1602 die Bestellung von Sendschöffen für Jülich von Neuem angeordnet, Binterim u. Mooren 2, 313, ferner 1621 in dem Vergleich zwischen Kurcöln und Jülich-Cleve-Berg a. a. O. S. 395, aber die kurcölnische Verordn. v. 1700, a. a. O. S. 302, dass „die so hochnöthige Anordnung einiger Sendscheffen eine Zeit lang an vielen Oerteren unterlassen worden, solche Dienst auch deswegen bald niemand übernehmen wollen, weilen dieselben von ihren Mit-Nachbaren hierüber geschmähen, verspottet und davon abgeschreckt werden", welche zugleich eine Pflicht zur Übernahme des Amtes für die von den kirchlichen Oberen, Pfarrern und Gemeindevorstehern ausgewählten 2 bis 3 Schöffen bei Geldstrafe anordnet, zeigt, dass alle solche Mittel nicht mehr recht helfen wollten.

[3] So in der Diöcese Eichstätt, Sax, d. Bischöfe u. Reichsfürsten v. Eichstätt. Landshut 1884. 1, 200.

[4] Wie in der Augsburger Diöcese seit dem Ende des 13. Jahrh., Braun, Geschichte d. Bischöfe v. Augsburg. Augsburg 1814. 2, 542.

[5] Nach der cit. Kölner Syn. v. 1536 c. 21. 22, Hartzheim 6, 309 schon seit dem 16. Jahrh. im Erzb. Köln, vgl. auch Anm. 2. Auch in Dortmund wurden schon am Ende des 16. Jahrh. keine Sendgerichte mehr gehalten, und in der Mark ist die Abhaltung, seitdem erstere unter Brandenburger Hoheit gekommen war, den Dortmunder Archidiakonen nicht mehr gestattet worden, Mooren, d. Dortmunder Archidiakonat. Köln u. Münst. 1853 S. 169.

[6] Schon im 17. Jahrhundert kommen sie nur noch selten vor, s. Grimm 2, 456 (1625) und o. S. 435 n. 3 a. E.

[7] So ist das Aachener Sendgericht erst 1797 unter französischer Herrschaft aufgehoben worden, Quix S. 118. Seine frühere Competenz hat es sich wohl bis dahin gewahrt, jedenfalls werden 1602 als dazu gehörig erwähnt: „Correktion vber die Vbertretter guter Kirchischer Ordnungh vndt Satzungen, dergleichen die Cognition super casus et excessus dissidij siue divortij, adulterii, stupri, haeresis, apostasiae et alios his similes", v. Fürth a. a. O. S. 12, was offenbar im 14. Jahrhundert schon der Fall gewesen ist, da die S. 442 Anm. citirte Angabe über die Zuständigkeit keine vollständige ist, vergl. auch die Urk. v. 1576 bei v. Fürth S. 164. Der lange Fortbestand dieses Sendgerichts erklärt sich offenbar daraus, dass es als ein städtisches geistliches Gericht betrachtet wurde, vgl. o. S. 439 n. 1 u. S. 446 n. 1, wie denn auch der Rath von Aachen sich im 17. Jahrhundert in einen, freilich nicht die Strafgerichtsbarkeit betreffenden Kompetenzstreit zwischen dem weltlichen Schöffenstuhl (einem nur dem Reichskammergericht und dem Reichshofrath untergeordneten Reichsgericht) und dem Sendgericht, in welchem der Reichshofrath zu Gunsten des ersteren, die Rota romana aber zu Gunsten des letzteren erkannt hatte, im Interesse des Sendgerichts eingemischt hat, v. Fürth S. 178 ff.

Ausser diesem städtischen Sendgericht bestanden ferner im s. g. Aachener Reich 3 Sendgerichte zu Würselen, Haaren (diese zur Diöcese Köln) und Laurensberg (zu Lüttich gehörend), welche von dem städtischen Sendgerichte wie von einem Oberhofe Rechtsbelehrungen einholten, Quix S. 118; v. Fürth S. 75 n. 3. Nach den weiteren Angaben bei v. Fürth hatte der Pfarrer in diesen Gerichten den Vorsitz. Auch sie sind erst am Ende des 18. Jahrhunderts eingegangen. Allerdings ist ihnen 1758 durch einen Rathsbeschluss die Existenz als rechtmässiger Gerichte abgesprochen, indessen ist derselbe nicht beachtet worden, v. Fürth a. a. O. Dass sich diese Sendgerichte in ihren Gemeinden einer gewissen Popularität erfreuten, erklärt sich dar-

bb. Die päpstlichen Ketzer (Inquisitions)-Gerichte[1].

§. 289. α) *Die Einführung und Ausbreitung.*

Die Bestrafung der Ketzerei, soweit sie als kirchliches Vergehen in Betracht kam, gehörte, wie die der anderen kirchlichen Delikte, zur Zuständigkeit der ordentlichen kirchlichen Strafgerichte, also der Bischöfe[2] und der verschiedenartigen Synoden[3], und selbst als die Päpste seit dem 12. Jahrhundert durch ihr Eingreifen die immer weiter um sich greifenden Ketzereien zu unterdrücken versuchten, wurde hinsichtlich der Kompetenz der bisherigen Gerichte, namentlich der Bischöfe, nichts geändert. Ja, noch im Beginne des 13. Jahrhunderts traf man päpstlicherseits nur gesetzliche Maassregeln, um ein energischeres und wirksameres Vorgehen der Bischöfe gegen die Ketzer herbeizuführen[4], und wenn auch gleichzeitig einzelne Ketzerunter-

aus, dass sie zugleich Weisthümer und Urtheile in Feld- und Flursachen abgaben, welche die Pfarrer wahrscheinlich zunächst blos an sie gebracht hatten, um Streitigkeiten unter den Nachbaren zu verhüten.

Jedenfalls hat es sich nach allem Vorbemerkten bei den Aachener Gerichten um besondere Verhältnisse gehandelt, aus denen sich keine Schlüsse auf die übrigen Sendgerichte ziehen lassen.

[1] Ludovicus a Paramo, de origine et progressu officii s. inquisitionis eiusque dignitate. Matriti 1598. 1692 (Antwerpen 1619); Frà Paolo Sarpi, storia della sacra inquisizione. Serravalle 1638; Ph. a Limborch, hist. inquisitionis, cui subiungitur liber sententiarum inquisit. Tholosonae 1307—1323. Amstelod. 1692; Jacq. Marsollier, histoire de l'inquisition et son origine. Cologne 1693; Louis Ellies Dupin, mémoires historiques pour servir à l'histoire des inquisitions. Cologne 1716. 2 tom.; Henry Ch. Lea, a history of the inquisition of the middle ages. New York 1888. 3 Vol.; Ch. Molinier, l'inquisition dans le midi de la France. Paris 1880 (citirt Molinier); Ch. Molinier, Études sur quelques manuscrits des bibliothèques d'Italie concernant l'hérésie et les croyances hérétiques du XII au XVIII siècle. Paris 1887; C. Douais, les sources de l'histoire de l'inquisition dans le midi de la France aux XIII et XIV siècles in: Revue des questions historiques. t. XXX (15 année) Paris 1881 p. 383 ff. (auch besonders Paris 1881 mit folgendem Anhang: Mémoire suivi du texte authentique et complet de la chronique de Guilhelm Pelhisso et d'un fragment d'un registre d'inquisition, publié pour la première fois). — Paul Fredericq, corpus documentor. inquisition. hereticae pravitatis Neerlandicae. Gent u. 'S Gravenhage 1889. t. I. — Practica inquisitionis heretice pravitatis auctore Bernardo Guidonis, O. F. Praed. (u. 1323), document publié pour la première fois par le chanoine C. Douais. Paris 1886; Nicolai Eymerici († 1399) directorium inquisitorum. Barcin. 1503. 1536; Rom 1578. 1585 (nach dieser Ausgabe citirt) 1587. Venet. 1595. 1607; Franc. Pegnae († 1612) comment. in directorium Nicolai Eymerici in den Ausgaben des letzteren seit 1578; W. Wattenbach, üb. d. Handbuch eines Inquisitors. Berlin 1889 (15. Jahrh.). — Camillo Henner, Beiträge z. Organisation und Competenz d. päpstlichen Ketzergerichte. Leipzig 1890. Weitere Literatur s. bei v. Schulte, Gesch. d. Quellen des kanon. Rechts III. 2. 3, 374 No. 8 u. Fredericq 1, 526 ff.

[2] c. 12 (inc., saec. IX) C. XXVI qu. 5; vgl. die bei Fredericq 1, 49 ff. mitgetheilten Beispiele; Henner S. 46 ff.

[3] S. 278 ff. u. S. 378 ff.

[4] Nach c. 9 (Lucius III. Verona 1184) X de haeret. V. 7 soll jeder Erzbischof oder Bischof selbst oder durch den Archidiakon oder andere Vertreter, wenn ein Gerücht besteht, dass Ketzer in seinem Bezirk wohnen, diesen jährlich zweimal oder einmal bereisen und zwei oder drei glaubwürdige Männer oder auch die ganze Nachbarschaft darauf beeidigen, dass sie die vorhandenen Ketzer anzeigen, damit die letzteren selbst ohne Rücksicht auf jede päpstliche Exemtion vor das geistliche Gericht geladen und diejenigen, welche sich nicht in einer der einheimischen Gewohnheit (also durch Eid und Eidhelfer oder Gottesurtheil, s. o. S. 345) entsprechenden Weise von der Ketzerei gereinigt, oder welche nach der Reinigung rückfällig geworden sind, bestraft werden können; wiederholt im wesentlichen L. K. Avignon 1209 c. 2, M. 22, 785 und L. K. Montpellier 1215 c. 46, p. 950 (hier auch Pflicht zur Anzeige an die weltlichen Herren und Beamten); Lateran. IV. 1215 c. 3 (c. 13 X eod. V. 7); s. weiter Narbonne 1227 c. 14, M. 23, 24: „ut ab episcopis testes synodales in singulis instituantur parochiis, qui de haeresi et de aliis criminibus manifestis diligenter inquirant, postmodum episcopis quod invenerint relaturi"; L. K. Toulouse 1229 c. 1—3, p. 194, wonach von jedem Bischof und exemten Abt ein Geistlicher und 2 oder 3 glaubhafte Männer verpflichtet werden sollen, um in Häusern und unterirdischen Räumen nach Ketzern zu forschen und den weltlichen Herren ebenfalls die Aufsuchung derselben selbst in Wäldern und anderen Schlupfwinkeln zur Pflicht gemacht wird; sowie Wiederholungen der angegebenen Vorschriften durch Arles 1234 c. 5, p. 339; Tours 1239 c. 1, p. 497; Beziers 1246 c. 1, p. 691 (und cons. c. 34, p. 723); Albi 1254 c. 1, p. 832.

suchungen unter der Leitung päpstlicher Legaten geführt wurden[1], so lag darin doch nichts irgendwie Besonderes und Auffälliges[2].

Eine Neuerung war es aber, als Gregor IX. bei seinen auf Ausrottung der Ketzereien gerichteten Bestrebungen mit Rücksicht auf die Lässigkeit der Weltgeistlichkeit, vor Allem auch mancher Bischöfe, seinerseits direkte Aufträge zur Aufsuchung und Verfolgung der Ketzer zu ertheilen anfing[3], und insbesondere die Mitglieder des vor Kurzem gestifteten Dominikaner-Ordens[4], welcher sich gerade das Eintreten für den rechten Glauben und die Bekämpfung der Ketzerei zur Aufgabe gesetzt hatte, mit der Aufsuchung, der Bekehrung und so weit nöthig auch mit der Unterdrückung der Häretiker betraute[5].

Für den Papst handelte es sich dabei zunächst darum thätige und rührige, immer bereite Helfer unter der obersten und centralen Leitung des päpstlichen Stuhles zur Beseitigung und Ausrottung der Ketzereien, also zur Reinigung der Kirche von denselben, zu verwenden, nicht aber in erster Linie neue und besondere Gerichte für die Bestrafung der Ketzer zu schaffen[6]. Ein derartiger Eingriff und eine solche Schmälerung der bischöflichen Jurisdiktion, welche gerade durch die Erregung der Eifersucht der Bischöfe die Ziele Gregors IX. hätte gefährden können, wurde offenbar absichtlich seitens des Papstes vermieden, da er den Bischöfen die Dominikaner nur als die besten Gehülfen für die Ketzerinquisition empfahl[7] und in den Fällen, in welchen er einzelne bestimmtere und direkte Vollmachten zu gerichtlichem Vorgehen ertheilte, sie sogar anwies, dabei nach dem Rath der Bischöfe zu handeln[8]. Im Übrigen konnte

[1] So gegen den Propst Minnike von Neuwerk; Potth. reg. n. 7260 (1224), Hefele 5, 935; Lea 1, 315 u. 2, 324. 325. Ein weiteres Beispiel bietet die von dem päpstlichen Legaten mit den Bischöfen des Konzils v. Toulouse 1229 veranstaltete Inquisition gegen eine Anzahl von Ketzern M. 23, 191; Lea 1, 316.

[2] Denn damals stand die konkurrirende päpstliche Jurisdiktion schon ausser Frage, S. 291, und überdies hatte Minnike (s. vor. Anm.) an den Papst appellirt.

[3] So schon 1227 an Konrad v. Marburg, welcher freilich nicht, wie mehrfach behauptet worden, Dominikanermönch gewesen ist, Kaltner, Konrad v. Marburg. Prag 1882 S. 76; Potth. n. 7931; Fredericq 1, 71 (mit Ertheilung der Ermächtigung, sich geeignete Gehülfen dazu auszuwählen).

[4] Anscheinend zuerst 1227 aber nur für einen Spezialfall in Florenz, Lea 1, 326.

[5] S. die folgende Anm., seit Ende der dreissiger Jahre des Jahrhunderts aber auch die Mönche des Franziskaner-Ordens, Lea 1, 301 ff., Potth. n. 10584 (1238). Namentlich ist dies geschehen, nachdem er die S. 385 n. 1 gedachte Konstitution gegen die Ketzer (1231) erlassen hatte.

[6] So erklärt Gregor IX. in der Bulle an Konrad v. Marburg 1231, Kuchenbecker analecta Hassiaca. Marburg 1728. 3, 73: „te a cognitionibus causarum habere volumus absolutum"; Kaltner S. 134. Ferner heisst es in der const. Frideric. II. v. 1232, LL. 2, 289: „priorem et fratres ordinis praedicatorum de Brema pro fidei negotio in partibus Teutonie contra hereticos deputatos"; und in den weiteren Schreiben Gregors IX. 1232 u. 1233 (P. n. 8859. 9143; Fredericq 1, 82. 98) ist ebenfalls nur von destinare fratres contra hereticos und von der Erleichterung des commissum officium die Rede, vgl. auch Potth. n. 9153 9263 (1233), Potth. n. 9386 (1234), Fredericq 1, 94; Potth. n. 9388 (1234), ohne dass irgend wie die Vollmachten der Deputirten näher bestimmt werden. Nur vereinzelt, so in der cit. Bulle für Konrad v. Marburg und in einer zweiten an ihn v. 1233, Potth. n. 9226, Rodenberg, epist. roman. pont. 1, 429, wird die Befugniss gewährt, kirchliche Censuren gegen Widerspänstige, selbst unter Ausschluss der Appellation zu verhängen; vgl. ferner auch P. n. 9153. cit.

[7] Potth. 9143 cit. (den französischen); 9386 cit. (dem Bischof von Rheims); 9388 cit. (dem Erzbischof und den Suffraganen von Sens).

[8] So 1233, P. n. 9152 den Dominikaner Robert unter Übersendung der Konstitution von 1231, Fredericq 1, 92: „quatenus una cum dictis collegis tuis vel eorum altero, si ambo non poterint interesse ac dioecesanorum consilio ad exstirpandum de villa praefata (in der Diöcese Auxerre) et convicinis regionibus . . . haereticam pravitatem et huiusmodi vulpeculas capiendas... advocato ad hoc, si necesse fuerit, brachio seculari, contradictores per censuram ecclesiasticam appellatione postposita, compescendo des diligens studium et operam efficacem in receptatores et defensores et fautores eorum excommunicationis et in terram eorum interdicti sententias promulgando et alias, prout expedire videris, procedendo . . . Si vero aliqui haeretici labe penitus abiurata ad ecclesiae redire voluerint unitatem, ipsis iuxta formam ecclesiae cum dioecesanorum dictorum consilio beneficium absolutionis impendas et iniungas eis, quod talibus consuevit iniungi". Vgl. ferner P. n. 9993—5 (1235), Ripoll

der Papst die Dinge ihrer eigenen Entwicklung überlassen. Denn da, wo die Bischöfe sich die Ketzerverfolgung angelegen sein liessen, konnten die besonders beauftragten Ordensleute ihnen nur als willkommene Gehülfen, welche ihnen die Arbeit erleichterten, erscheinen. Wo aber die ersteren sich lässig zeigten, weil sie entweder anderen, sei es kirchlichen, sei es politischen und weltlichen Geschäften ihre Aufmerksamkeit zuwandten oder gar gegen die Ketzer Konnivenz übten, waren die mit der Inquisition betrauten Mönche in der Lage, auf Grund ihres päpstlichen Auftrages selbstständig mit der Bekämpfung und Ausrottung der Ketzer vorzugehen und konnten sich kraft ihrer allgemeinen Ermächtigung auch für berechtigt halten, alle eigentlich richterlichen Befugnisse auszuüben, namentlich Untersuchungen zu führen und Urtheile zu sprechen[1]. In beiden Fällen war dasjenige, worauf es dem Papstthum wesentlich ankommen musste, nämlich ein energisches Vorgehen zur Ausrottung der Ketzerei erreicht, und die Bischöfe konnten, da es wesentlich von ihnen abhing, in wie weit sie sich bei der Ketzerinquisition betheiligen wollten, keine Klage über die Beeinträchtigung ihrer Gerechtsame seitens des päpstlichen Stuhles erheben.

Schon bald aber erscheinen, und zwar zunächst im südlichen Frankreich, die Inquisitoren als Richter, welche die Untersuchungen gegen die Ketzer allein und selbstständig führen und auch selbstständig Vertheilungen aussprechen[2], während ihnen die Bischöfe zwar bestimmte Normen dafür vorschreiben[3], diese indessen ihrerseits selbst nur als Rathschläge (*consilia*) charakterisiren[4].

Fast gleichzeitig wird nunmehr in den päpstlichen Schreiben der Umfang der richterlichen Befugnisse der Inquisitoren ausdrücklich bestimmt und ihnen die selbst-

bullar. ordin. fratr. Praedicatorum. Romae 1729. 1, 80 ff.; Fredericq 1, 100. 101 (Auftrag an den Provinzial-Prior der Dominikaner in Frankreich, den Bruder Robert mit dem Rath der Prälaten und anderer frommer Brüder zum Inquiriren gegen die Ketzer zu ermächtigen, an den Erzb. von Sens, selbst oder durch Robert oder andere Dominikaner sich der Ketzerinquisition zu unterziehen, und entsprechender Auftrag an Robert selbst). Für Deutschland ist 1233, P. n. 9314, Rodenberg 1, 451: „quatenus assumptis . . . viris religiosis et in iure peritis in examinatione, condempnatione et reconciliatione secundum formam concilii generalis (d. h. Lateran. IV. 1215) et statuta nuper (1231) a nobis edita procedatis" ein solcher Auftrag gemeinsam an den Erzb. v. Mainz, den B. v. Hildesheim und den deutschen Dominikaner-Provinzial ertheilt worden.

[1] Wenn Henner S. 41 unter Hinweis auf Potth. n. 10362 (Gregor IX. 1237 an den Provinzial-Prior der Lombardei), M. 23, 74; Eymericus ed. cit. app. p. 4: „quatenus aliquos de fratribus tuis tibi commissis in lege domini eruditos quos ad hoc esse noveris idoneos, ad partes tibi secundum tuum ordinem limitatas transmittas, qui clero et populo convocatis generalem praedicationem faciant, ubi commodius viderint expedire et adiunctis sibi discretis aliquibus ad haec solicitius exequenda diligenti perquirant solicitudine de haereticis et etiam infamatis et si quos culpabiles et infamatos repererint, nisi examinati velint absolute mandatis ecclesiae obedire, procedant contra eos iuxta statuta nostra contra haereticos noviter promulgata" als die Hauptaufgabe der Inquisitoren die gerichtliche Verfolgung und Verurtheilung der Ketzer bezeichnet, so tritt auch hier, wie in den früheren Dekretalen die Verhütung des Umsichgreifens der Ketzereien als erste Aufgabe, das gerichtliche Vorgehen gegen die Ketzer selbst aber nur als zweite hervor, und wenn in dieser Anweisung nicht, wie in anderen päpstlichen Schreiben, s. S. 450 n. 8, der Einholung des Rathes der Bischöfe gedacht wird — dies fehlt auch in dem gleichlautenden Potth. n. 12748, Fredericq 1, 117 (Innocenz IV. 1247), — so kann darin (falls es sich hier um eine beabsichtigte Nichterwähnung der Bischöfe handelt, was freilich nicht sicher ist) doch nur ein Fortschritt in der Richtung, die Inquisition selbstständiger zu stellen, gesehen werden.

[2] S. das für mehrere Provinzen gehaltene Konzil von Narbonne, welches eher um 1235, als 1243 o. 1244 anzusetzen ist (s. Finke, Konzilienstudien z. Gesch. d. 13. Jahrh. Münster 1891 S. 79 und derselbe in Waal u. F. Finke, römische Quartalschrift. 1892 VI S. 194), M. 23, 356, namentlich c. 23; Prov. Konz. Beziers 1246 p. 715, vor Allem cons. c. 11; s. ferner Valence 1248 c. 10, M. 23, 773, welches den Bischöfen bei Nichtverkündung und Nichtbeachtung der Urtheile der Inquisitoren interdictio ingressus ecclesiae androht.

[3] Und zwar auf Anfrage der Inquisitoren, s. die folg. Anm.

[4] Narbonne cit. M. 23, 356 u. 366; Beziers cit. p. 716.

ständige Ausübung derselben, sogar auch gegen Exemte[1], aufgetragen, jedoch mit der Ausnahme, dass sie bei der Verurtheilung eines Angeschuldigten wegen Ketzerei[2] oder zu ewigem Kerker den Rath der Diöcesanbischöfe und bei Abwesenheit derselben, den ihrer Vikarien freilich blos, wenn die letzteren gegenwärtig waren, einzuholen verpflichtet sein sollten[3], wozu später nach einer Anordnung Bonifaz' VIII.[4] eine gleiche Beschränkung hinsichtlich der Verurtheilung zum Verlust kirchlicher Ämter und Dignitäten und zur Deklaration des ipso iure eingetretenen Verlustes derselben[5], sowie hinsichtlich der im Wege der Gnade vorzunehmenden Umwandlung einer verhängten Kerkerstrafe[6] getreten ist.

Immerhin konnten aber die Inquisitoren nur als päpstliche Bevollmächtigte betrachtet werden[7], und sind auch noch im Laufe des 13. Jahrhunderts als solche ausdrücklich anerkannt worden[8]. Waren die Bischöfe nicht gehindert, wie dies wiederholt auch päpstlicherseits ausgesprochen worden ist, neben ihnen kraft ihrer bischöflichen Jurisdikton[9] sich ebenfalls der Ketzer-Inquisition zu unterziehen, so beanspruchten doch die Inquisitoren in ihrer Eigenschaft als päpstlicher Bevollmäch-

[1] Womit der für die bischöfliche Inquisition geltende Satz, s. S. 449 n. 4, auch auf sie übertragen war, Innocenz IV. 1254 (Lombardei), P. n. 15473, Ripoll bullar. praedic. 1, 252; Alexander IV. 1260 (Lombardei und Marken), P. n. 17955, bull. Taur. 3, 672.

[2] D. h. zur schwersten Strafe, weil dieser die Auslieferung an den weltlichen Arm zur Vollstreckung der Todesstrafe zu folgen hatte.

[3] Innocenz IV. 1254 (an die Franziskaner-Inquisitoren in Rom, Tuscien u. s. w.), P. n. 15409, Sbaralea bull. Francisc. Rom 1759. 1, 740: „ut autem commissi vobis officii debitum liberius exequamini, committendi citationes, testium examinationes, cum de praedicto crimine ac ipsius circumstantiis duxeritis inquirendum et sententiarum denunciationes, quas in quoslibet hac de causa tuleritis, plenam vobis concedimus facultatem, non obstante, si religiosis quibuslibet, quod causarum vel negotiorum commissiones minime teneantur suscipere quodque excommunicari vel interdici aut suspendi nequeant, a sede apostolica sit indultum. Sed quia in tam gravi crimine cum multa oportet cautela procedi, ut in reos sine ullo proferatur errore durae ac dignae severitas ultionis, volumus et mandamus, ut vos vel quos ad hoc duxeritis deputandos in examinatione testium ... adhibeatis vobis duas religiosas et discretas personas, sub quarum praesentia per viros idoneos fideliter eorum testium deposita conscribantur. Ceterum cum aliqui fuerint iudicandi haeretici vel incarcerationis poena perpetuae alicui pro huiusmodi crimine infligenda, ad id de dioecesanorum vel vicariorum suorum, si ipsi dioecesanis absentibus praesentes fuerint, consilio procedatis, ut in tantae animadversionis iudicio non postponenda pontificum auctoritas intercedat", beinahe wörtlich ebenso Alexander IV. 1255 (an den Dominikaner-Provinzial in Frankreich und den Franziskaner-Guardian in Paris), P. n. 16132, Fredericq 1, 127 und Alexander IV. 1257 (an den Dominikaner-Inquisitor in der Lombardei), P. n. 16679, Ripoll bull. ordin. ff. praedicat. 1, 326; mit unwesentlichen Abänderungen und Umstellungen ebenso: Urban IV. 1262 (an die Dominikaner-Inquisitoren in der Lombardei und den päpstlichen Marken), P. n. 18233, bull. Taur. 3, 688 (s. §§. 10. 6. 7. 5); Clemens IV. 1265 (an die Franziskaner-Inquisitoren in der Romagna), P. n. 19348, Sbaralea 3, 33 (s. auch c. 11 in VI de heret. V. 2); Gregor X. 1273 (an die Dominikaner-Inquisitoren in Frankreich), P. n. 20720, Fredericq 1, 136.

Vereinzelt sind die Anweisungen Innocenz' IV. 1254, P. n. 15432. 15433, Ripoll bull. Praed. 1, 250 u. Sbaralea 1, 745 für die Inquisitoren in Italien geblieben, die ihnen päpstlicherseits übertragene Befugniss, die gegen die Ketzer erlassenen kirchlichen und weltlichen Gesetze zu interpretiren und zu deklariren, s. P. n. 15330, nur im Einvernehmen mit den Bischöfen oder den Vikarien der letzteren auszuüben.

[4] c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2.

[5] c. 12 cit. schreibt hierbei das consilium dioecesanorum vel eis absentibus vicariorum suorum vor.

[6] Nach c. 12 cit. dies nur: „una cum praelatis, quorum iurisdictioni subsunt", d. h. die Verurtheilten. Eine solche Konkurrenz hatte schon Beziers 1246 c. 20, M. 23, 718 angeordnet.

[7] Daher bezeichnen sich die Dominikaner-Inquisitoren Bernard de Caux und Jean de Saint-Pierre in ihren Urtheilen (1245) als „inquisitores heretice pravitatis in civitate et diocesi Tholosana auctoritate apostolica deputati", Molinier p. 63 n. 3.

[8] c. 10 (Clem. IV. 1265, P. n. 19379) in VI de heret. V. 2, nach welchem im Gegensatz zu den sonstigen Regeln über die Delegation Bd. I S. 193, der Auftrag des Inquisitors mit dem Tode des denselben ertheilenden Papstes für die noch nicht in Angriff genommenen Geschäfte und für erst zukünftig sich ereignende Fälle nicht erlöschen soll. S. übrigens auch den folgenden §.

[9] S. die Anm. 3 citirten Dekretalen: „nec per hoc quod fidei negotium generaliter ... vobis committimus, commissiones a praefata sede dioecesanis eisdem factas, si forsan illarum seu etiam ordinaria velint auctoritate procedere, intendimus revocare", selbstverständlich auch kraft besonderer päpstlicher Ermächtigung. S. die citirte Stelle.

tigter, welche sogar berechtigt waren, in Konkurrenz mit den Bischöfen von ihren Befugnissen Gebrauch zu machen[1], mit Rücksicht auf die den päpstlichen Delegaten gemeinrechtlich beigelegte Stellung[2] ein höheres Ansehen als die Bischöfe, und suchten sich vielfach der ihnen auferlegten Beschränkungen, von denen sie durch die Päpste selbst auch in besonderen Einzelfällen dispensirt wurden[3], zu entziehen[4]. Die aus diesen Verhältnissen hervorgehenden Missstände veranlassten Clemens V., auf dem Konzil von Vienne 1311 die gegenseitige Stellung der Bischöfe und der Inquisitoren allgemein zu regeln, wobei freilich keineswegs eine völlige Unabhängigkeit der letzteren von den ersteren anerkannt wurde[5].

Was die Frage betrifft, in welchem Umfange die päpstliche Inquisition seit der Zeit ihrer Begründung in den einzelnen Ländern Fuss gefasst und sich bethätigt hat, so fand dieselbe vor Allem in den südlichen Theilen[6] und auch in einzelnen anderen Gebieten[7] Frankreichs[8] und in

Fälle der letzteren Art von 1246 u. 1247 bei Berger, les régistres d'Innocent. Paris 1884 n. 2043. 3867. 3868, wo zugleich ein Vorgehen consilio dioecesani et inquisitorum loci habito vorgeschrieben wird.

[1] S. die S. 452 n. 3 citirten Dekretalen seit Urban IV.: „sive auctoritate ordinaria sive ex delegatione praedictae sedis iidem dioecesani praecesserint, nequaquam volumus vel per concursum processuum vel alias quomodo libet vestros impediri processus, quin dioecesanorum ipsorum processibus non obstantibus in eodem negotio procedere libere valeatis".

[2] c. 11 (Alex. III.) X de off. ind. deleg. I. 29. Vgl. auch Henner S. 254. Darüber, dass sie aber in der That nicht iudices delegati waren, s. den folgenden §.

[3] So Alexander IV. 1257, P. n. 16667, bull. Taurin. 3, 646, für die Dominikaner-Inquisitoren in der Lombardei §. 2: „procedendi iuxta traditam vobis formam dioecesanis etiam et vicariis praedictis irrequisitis contra illos, qui publice huiusmodi confessi fuerint in iudicio coram vobis et sua obstinata malitia ab errore non poterunt revocari, vobis et singulis vestrum plenam et liberam concedimus . . potestatem", während sie nach §. 1, also im Übrigen „de consilio dioecesanorum locorum vel vicariorum suorum, si forte iidem vicarii, dioecesanis absentibus, praesentes sint" nicht von der Mitwirkung der Bischöfe entbunden werden. Es ist daher irrig, wenn Lea 1, 335 darin und in der die hier fraglichen Befugnisse nicht speziell angebenden const. Alexanders IV. 1260, P. n. 17800, bull. Taur. 3, 670 eine prinzipielle Beseitigung der bischöflichen Mitwirkung findet.

[4] So von der Betheiligung der Bischöfe bei der Verhängung der gedachten schweren Strafen (welche übrigens das Konzil v. Narbonne u. 1235, S. 451 n. 2, seiner Zeit nicht vorgeschrieben hatte; vgl. weiter Lea 1, 333 ff., Molinier p. 276 n. 2) sowie bei der gnadenweisen Umwandlung (vgl. S. 452 n. 6) der Strafen Lea 1, 333 (gaben doch die Inquisitoren ihre Urtheile unter dem Vorbehalt ab: retenta nobis et nostris in officio inquisitionis successoribus plenaria potestate addendi, diminuendi, commutandi, mitigandi ac etiam remittendi in predicta penitentia sive pena). s. Molinier p. 432 n. 1. Wenn weiter L'Isle-Arles 1251 c. 2, M. 23, 795 die Einsendung der von den Dominikanern (als Inquisitoren) geführten Akten an die Bischöfe anordnet, so scheint dies ebenfalls nicht geschehen zu sein, denn Albi 1254 c. 21, p. 838 begnügt sich damit, die Zustellung von Duplikaten an den Bischof zur Aufbewahrung zu fordern, Lea 1, 350.

[5] Clem. 1. de haeret. V. 3. Das Nähere s. unten §. 294.

[6] Hier kommen schon seit 1233, da die Ketzereien trotz der Albigenserkriege keineswegs völlig unterdrückt noch die Ketzer ausgerottet worden waren, päpstliche Inquisitoren vor, Lea 2, 8 ff. Wiederholt ist zwar gegen das gewaltsame und grausame Vorgehen derselben seitens der Bevölkerungen Widerstand geleistet worden, so z. B. 1235 in Toulouse l. c. 2, 17 ff. und 1283 in Carcassonne, p. 591, aber dieser wurde immer unterdrückt, und die Inquisitoren konnten hier eine ausgedehnte Thätigkeit entfalten, s. die Mittheilungen über die einzelnen Inquisitoren bei Molinier namentlich p. 55 ff. 163. 273. Erst Philipp IV. der Schöne sah sich wegen der fortdauernden Missstände veranlasst, 1291, Isambert rec. des lois 2, 672 (s. auch Lea 2, 62 n. *) den weltlichen Beamten die Befolgung der Requisitionen der Inquisitoren auf Verhaftung etwaiger, der Ketzerei verdächtiger Personen nur nach Prüfung der Glaubwürdigkeit des Verdachts zu gestatten, und 1302, Isambert 2, 789 die staatliche Hülfe bei Verhaftungen von dem vorgängigen Benehmen der Inquisitoren mit dem Bischof abhängig zu machen, Lea 2, 80 ff. Sogar Clemens V. konnte nicht umhin, auf Klagen aus Albi, welche selbst von der Geistlichkeit erhoben wurden, eine Kommission von Kardinälen zur Untersuchung der behaupteten Missstände zu deputiren, Lea 2, 91 ff. Aber diese letztere verlief ergebnisslos a. a. O. 2, 94, und die Inquisitoren konnten, von Neuem durch die königliche Gewalt unterstützt, a. a. O. 2, 102, und o. S. 387 n. 2, auch während des 14. Jahrhunderts ihre Thätigkeit in umfassendem Maasse entfalten, Lea 2, 103 ff. so z. B. Bernard Gui 1307—1323 in Toulouse, Molinier p. 207 (auch G. Sachsse, Bernardus Guidonis Inquisitor. Rostock 1891 S. 5 ff.), unter welchem allein mehr als 630 Ketzer verbrannt sein sollen. S. auch Lea 2, 149.

[7] Vgl. Lea 2, 113 ff.

[8] Für welches Martin IV. 1281, P. n. 21806,

Italien[1] mit Ausnahme Venedigs[2] Eingang und entwickelte hier theilweise bis zum 15. Jahrhundert ihre furchtbare Thätigkeit. In Deutschland konnte die Inquisition zunächst keine Wurzel fassen, da hier das rücksichtslose Vorgehen Konrads von Marburg[3] und seine tumultuarische und parteiische Justiz[4] eine dies hindernde starke Reaktion[5] hervorgerufen hatte[6]. Erst im Laufe des 14. Jahr-

Ripoll bull. ord. Praedic. 2, 1 sogar das Asylrecht für die von den Inquisitoren verfolgten Ketzer aufgehoben hat.

Über den Verfall der Inquisition seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhundert s. Lea 1, 129 ff.

[1] Zuerst seit 1232 in der Lombardei, Lea 2, 201 (s. auch Gregor IX. 1232, P. n. 9041), doch konnte die Inquisition, welche übrigens in Italien zugleich von den Päpsten in den Dienst ihrer weltlichen Politik gestellt worden ist, Lea 2, 236, bei dem Widerstreben gegen die Ketzerverfolgungen, S. 384 n. 8 u. S. 386 n. 5, erst nach dem Tode Friedrichs II. (1250) ihre volle Thätigkeit entfalten, Lea 2, 213 ff., s. auch Innocenz IV. 1253, P. n. 14843. 14861. 14934; 1254, P. n. 15321. 15378. 15406. 15407. 15410—13. 15447—48; Alexander IV. 1256, P. n. 16286. 16292. 16295; 1257, P. n. 17113. 17302, und erreicht, indem etwaiger Widerstand, so 1279 in Parma, beseitigt wird, Lea 1, 237, namentlich Ende des 13. und im Anfang des 14. Jahrhunderts ihren Höhepunkt, p. 241. 242; P. n. 23053 (Nikolaus IV. 1289). Mit dem Ende des letzteren beginnt aber der Verfall, Lea 2, 270 ff. In Florenz wurde u. 1372 die Verhaftung von Bürgern ohne Erlaubniss des Podestà, welchem sie von dem Bischof zu bezeichnen waren, untersagt, und als die Signoria die Aufhebung dieses Verbotes und anderer Beschränkungen der Inquisition verweigerte, belegte Gregor XI. 1376 nicht nur die Stadt mit dem Interdikt, sondern gestattete auch Jedermann den Bürgern ihr Eigenthum zu nehmen und sie zu Sklaven zu machen, Raynald. ann. a. 1376 n. 1—5, s. auch o. S. 117 n. 18. In Folge dessen versprach zwar die Republik ihre Verordnung zurückzuziehen, jedoch hat dieselbe während des Schismas wieder ähnliche Beschränkungen, wie die früheren, eingeführt, Lea 2, 280 ff.

Im Königreich beider Sizilien hat die Inquisition erst in Folge der Unterstützung Karls v. Anjou 1268 einen entschiedenen Aufschwung genommen und ist bis zum 15. Jahrhundert, aber in den letzten Zeiten ohne die frühere Bedeutung in Thätigkeit geblieben, Lea 2, 243 ff. 284 ff. Über Piemont s. a. a. O. p. 255 ff.

[2] Hier wurde zunächst im 13. Jahrhundert nur die bischöfliche Inquisition und die Pflicht der weltlichen Obrigkeit zur Bestrafung, insbesondere zur Verbrennung der Ketzer, anerkannt, auch staatlicherseits die Einsetzung von weltlichen Rügezeugen (tre savi dell' eresia) vorgenommen, s. den Eid des Dogen v. 1249 bei Lea 2, 587, aber die von Innocenz IV. 1251 deputirten Inquisitoren, P. n. 14332, konnten ihre Thätigkeit nicht entfalten, Lea 2, 250. Als Nikolaus IV. 1288 die bisher nicht bewirkte Eintragung der päpstlichen Ketzergesetze und der Friedrichs II. (S. 383. 385) in die Statuten gefordert hatte, P. n. 22811, verstand sich die Republik blos dazu, die Kosten der Inquisition unter Auswerfung eines Gehalts für den Inquisitor zu übernehmen, behielt indessen die Geldstrafen und die Konfiskationen dem Staate vor, auch blieben die Bemühungen der Päpste die Inquisition zur Durchführung zu bringen, s. z. B. P. n. 23940 (1292) vergeblich, vielmehr versahen die weltlichen Rügezeugen fort und fort ihre Funktionen unabhängig vom päpstlichen Inquisitor, Lea 2, 251 ff., ja als 1437 die staatliche Bewilligung der Kosten für die Inquisition zurückgezogen worden war, wurde die päpstliche Inquisition vollends machtlos, p. 273 ff.

[3] Seit 1231, namentlich gegen eine Anzahl von Edelleuten und Grafen, z. B. den Grafen v. Sayn, über welches sogar seitens der Erzbischöfe von Mainz und Trier 1233 dem Papst Vorstellungen gemacht wurden, Kaltner S. 138. 151; Lea 2, 231. 339; Hefele 5, 1016. 1030.

[4] Alberici chron. trium font. SS. 23, 931: „magister Conradus . . . heresis Manichaeorum filiam olim absconditam . . . ita putavit ex toto deprehendere, si testes qui se confitebantur aliquantulum criminis eorum conscios et participes, in illorum absentia reciperetur et dictis eorum simpliciter crederetur, ita ut accusato talis daretur optio: aut sponte confiteri et vivere aut innocentiam iurare et statim conburi . . . Et horum accusatio paulatim coepit ascendere ad burgenses honorabiles et eorum uxores et tandem ad milites et eorum uxores, inde ad castellanos et nobiles et in fine ad comites prope et longe positos. Et magister nulli quantumvis altae personae locum dedit legitimae defensionis nec etiam confiteri proprio sacerdoti, sed accusatum oportuit confiteri, se haereticum esse, buffonem tactum, pallidum virum et huiusmodi monstra diffidentiae pacis in osculo salutasse. Taliter quidam catholici abiudicati maluerunt innocentes cremari et salvari, quam mentiri de crimine turpissimo, cuius non erant conscii, et supplicium promereri . . . alii infirmi potius elegerunt mentiri quam conburi. Quibus tamen oportuit scolas nominare et respondebant: nescio quem accusem, dicite mihi nomina, de quibus suspicionem habetis. Cumque proponeretur de comite Seinensi, de comite Aneberg, de comitissa de Loz, respondebat evadere volens: illi rei sunt, ut ego et illi ubi in scolis fuerunt, et ego fui".

[5] Lea 2, 346 ff. — Allerdings blieben die Ketzergesetze hier in Geltung, vgl. auch const. gener. 1234, LL. 3, 301, und es wurde auch kirchlicherseits das Vorgehen der Bischöfe gegen die Ketzer vorgeschrieben, Mainz 1233 c. 1 ff., Mone, Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins 3, 136 u. Finke, Konzilienstudien S. 30 n. 2; Mainz 1261 c. 1. M. 23, 1079, dessen Zugehörigkeit zu dem letzteren Konzil freilich zweifelhaft ist, Finke a. a. O. S. 22.

[6] Wenn Thudichum, Femgericht und Inquisition Giessen 1889 S. 24 behauptet, dass die

hunderts[1] finden sich hier einzelne päpstliche Inquisitoren[2], welche überdies zum Theil gemeinsam mit den Bischöfen vorangegangen sind[3], und nur im letzten Drittel dieses Jahrhunderts[4] tritt in Folge der Unterstützung der weltlichen Gewalt eine lebhaftere und energischere Thätigkeit der päpstlichen Inquisition hervor[5], welche dann im 15. Jahrhundert zwar nicht ganz aufhört, aber doch ihre frühere Bedeutung verliert[6].

Vemgerichte durch den Erzb. Engelbert d. H. unter päpstlicher Genehmigung mit der Gerichtsbarkeit über die Ketzer betraut worden seien, „weil das tolle Verfahren Konrads v. Marburg in weiten einflussreichen Kreisen Widerstand wachgerufen habe, und es gerathen schien, die Bestrafung der Ketzer in die Hand von Laien zu legen", so sind dies abgesehen davon, dass seine näheren Ausführungen mit der Chronologie in Widerspruch gerathen, s. Th. Lindner, d. angebliche Ursprung d. Vemegerichte. Paderborn 1890 S. 11, Aufstellungen, welcher jeder quellenmässigen Begründung entbehren, da die Erwähnung der Ketzerei als Vemgerichtssache, erst in der Arnsberger Reformation v. 1437, Th. Lindner, die Veme. Münster 1888 S. 236. 473 und in einem Protokoll v. 1490, Wigand d. Femgerichte Westphalens. Hannover 1825 S. 264, vorkommt, und diese Ausdehnung der Kompetenz mit der hussitischen Bewegung zusammenhängt, also für das 13. Jahrhundert absolut nichts beweist, Lindner Ursprung S. 116 ff. Sachlich steht der Annahme Thudichums entgegen, dass kirchlicherseits die Ketzerei stets als delictum ecclesiasticum betrachtet worden ist (o. S. 311), und dass es danach als unmöglich erscheinen muss, dass sowohl ein Erzbischof als auch ein Papst, vollends Gregor IX., welcher gerade in derselben Zeit die Fundamente für die päpstliche Ketzer-Inquisition gelegt hat, reine, gar nicht für die fraglichen Angelegenheiten qualifizirte Laiengerichte mit einer derartigen Jurisdiktion betraut haben sollten. Auch in seiner weiteren Abhandlung: Das heilige Femgericht in: v. Sybel, historische Zeitschr. 1891. 68, 1 ff. ist es Thudichum nicht gelungen, seine Ansicht zu begründen. Wenn er nunmehr a. a. O. S. 25 bemerkt, dass die Vemgerichte nur auf specielle Anklage der Bischöfe oder der päpstlichen Bevollmächtigten oder aber gegen notorisch exkommunicirte Ketzer vorgegangen sind, so ist das erstere von ihm nicht erwiesen, und im letzteren Fall würde immer nur eine Unterstützung der kirchlichen Gerichte durch Exequirirung der Todesstrafe vorliegen. Vgl. auch H. Finke, Vemgerichte oder Inquisition, histor Jahrb. d. Görresgesellsch. 1890. 11, 491 u. G. Haupt in Brieger u. Bess, Ztschr. f. Kirchengesch. 1892. 13, 468, wo noch weitere Nachweisungen.

[1] Allerdings weist der cod. epistolaris Rodulphi I. ed. Bodmann. Lipsiae 1806 p. 148 ein Formular für die Anerkennung der Vollmachten der päpstlichen Inquisitoren auf, aber Spuren der Thätigkeit von solchen im 13. Jahrhundert haben sich nicht erhalten, Lea 2, 348 (die Schreiben Nikolaus' III. v. 1278 u. 1279 bei Kaltenbrunner, z. Geschichte d. deutsch. Reichs unter Rudolf I. Wien 1889 S. 123 ff. u. 195 ff. beziehen sich auf Inquisitoren in Ober-Italien), vielmehr erwähnen die die Beghinen und Begharden betreffenden Vorschriften der Konzilien v. Köln 1306 c. 1. 2, Hartzheim 4, 100 und v. Mainz 1310, M. 25, 325. 326 nichts von der päpstlichen Inquisition, und nicht päpstliche Inquisitoren, sondern einzelne deutsche Bischöfe haben in den nächsten Jahrzehnten die Ketzereien der Beghinen und Begharden bekämpft, Lea 2, 369 ff.

[2] 1336 ein Augustiner-Eremit in der Mark Brandenburg, 1353 ein von Innocenz IV. deputirter Inquisitor, Fredericq 1, 204 und 1366 ein Dominikaner für Mainz, Bamberg und Basel, Lea 2, 375. 385. 387.

[3] 1312 in Salzburg und 1336 in Erfurt, Lea 2, 358. 375.

[4] Vgl. R. Wilmanns, z. Gesch. d. Inquisition in Deutschland in v. Sybel histor. Ztschr. 41, 193 ff.

[5] Seit Urban V. 1368, Fredericq 1, 207 zwei Dominikaner für Deutschland zu Inquisitoren ernannt hatte (unter Gregor XI. wurden sie 1372, l. c. 1, 223 um drei weitere vermehrt und von Bonifaz IX. 1399, nicht 1400, ibid. 1, 258 sogar allein für Norddeutschland sechs bestellt) und Karl IV. 1369 durch 5 Erlasse, J. L. a Mosheim de Beghardis et Beguinabus comm. ed G. H. Martini Lips. 1790 p. 343 ff.; Fredericq 1, 208. 210. 215. 219; Böhmer-Huber regesta imperii VIII. (Karl IV.) Innsbruck 1877 n. 4756. 4757 (vgl. Wilmanns S. 196) die Inquisitoren unter Erneuerung aller ihrer Privilegien und unter Bestellung besonderer weltlicher Konservatoren für dieselben in seinen Schutz nahm, ferner nicht nur allen Fürsten und Magistraten die Gewährung jeder Art von Unterstützung bei Verfolgung der Beghinen und Begharden, sondern auch die Ausantwortung eines Drittels der konfiscirten Güter an die Inquisitoren unter Überweisung der Häuser der Begharden zu Inquisitionsgefängnissen vorgeschrieben hatte, vgl. auch Lea 2, 385. 388. 395. 399. 402. Über Pommern und die Mark Brandenburg, wo 1393 und 1394 ein Cölestiner-Provinzial als päpstlicher Inquisitor fungirt hat, s. Wattenbach üb. Ketzergerichte in Pommern u. d. Mark Brandenburg. Sitzgsberichte d. Berliner Akademie. 1886. Nr. IV S. 2 ff.

[6] 1414 wird noch ein Inquisitor in Sangershausen erwähnt, Lea 2, 407 und seit 1410 amtirt ein Dominikaner mehrere Jahrzehnte als Inquisitor für die erzbischöfliche Provinz Köln, für Paderborn und für Bremen, R. Wilmanns S. 206; W. Ribbeck, Beiträge z. Gesch. d. röm. Inquisition in Deutschland in Ztschr. f. vaterländ. Gesch. (Westphalen) Münster 1888. 46, 132 ff. Daraus allerdings, dass Martin V. 1418 noch eine Bulle gegen die Wiklifiten und Hussiten an die Prä-

Auf der iberischen Halbinsel hat dieselbe und zwar noch im dreizehnten Jahrhundert in Aragon und Navarra[1] Fuss gefasst, in Kastilien und Leon[2] aber erst mit dem Anfang des 15., und in Portugal[3] mit dem Ende des 14. Jahrhunderts Eingang gefunden, während England davon so gut wie verschont geblieben ist[4].

§. 290. β) *Die Organisation der päpstlichen Ketzergerichte.*

I. Die Inquisition. 1. Ernennung. Die Bestellung der ersten Inquisitoren ist durch den päpstlichen Stuhl erfolgt[5], und da die hier fragliche Inquisition eine Schöpfung der Päpste war[6], verblieb denselben an sich das Recht, solche Amtsträger zu ernennen[7]. Ist eine derartige Bestellung auch noch in einzelnen Fällen bis zum 16. Jahrhundert erfolgt[8], so konnten die Päpste diese Befugniss doch auch durch Stellvertreter ausüben lassen[9], und schon in den dreissiger Jahren des 13. Jahrhunderts wurde die Auswahl und Bestellung der einzelnen Inquisitoren mit Rücksicht darauf, dass die Päpste nicht in der Lage waren, ihrerseits in den einzelnen Theilen der Kirche die geeigneten Persönlichkeiten auszuwählen, den Oberen der Dominikaner[10], sowie seit den vierziger Jahren desselben Jahrhunderts auch denen der Franziskaner[11] und zwar

laten und Inquisitoren in einer Reihe von deutschen, böhmischen und polnischen Diözesen gerichtet hat, v. d. Hardt concil. Constantiense 4, 1518, und das Salzburger Konzil 1418 c. 32, M. 28, 1003 den weltlichen Gewalten die Gewährung von Hülfe gegen die von den Bischöfen und päpstlichen Inquisitoren als Ketzer bezeichneten Personen aufgiebt, lässt sich nicht schliessen, dass in allen diesen Bezirken päpstliche Inquisitoren wirklich thätig waren.

[1] Seit 1238, P. n. 10583, während Gregor IX. 1232 u. 1237, P. n. 8932 u. 10292, erkennen lassen, dass sie zur Zeit des Erlasses dieser Schreiben noch nicht bestand; vgl. weiter P. n. 13057. Noch 1242 hat Erzb. Peter v. Tarragona eine besondere Verfügung über die Behandlung der Ketzer, fälschlich als Konzil v. Tarragona bezeichnet, Finke, Konzilienstudien S. 75, erlassen, M. 23, 553. Vielfach haben hier auch die Bischöfe und die päpstlichen Inquisitoren gemeinsam gehandelt, P. n. 15326. 15343. 18388; Berger les registres d'Innocent IV. n. 799, Lea 2, 169, ja noch 1291 befiehlt das Konzil v. Tarragona c. 8, M. 23, 1109, den Pfarrern und ihren Vikaren den päpstlichen Inquitoren wirksame Hülfe zu leisten. Eine energischere Thätigkeit tritt erst seit dem 14. Jahrhundert hervor, Lea 2, 170. 175.

[2] Lea 2, 180. 185. S. auch den Brief d. Erzb. v. Compostella v. 1315 bei Bernard. Guidon. V. n. 9 p. 353, worin er um Mittheilungen über die Prozedur gegen Ketzer bittet „quia talia in partibus nostris fuerunt hactenus insueta".

[3] Lea 1, 188. 189.

[4] Lea 1, 352; Loserth i. Mitthlgn. d. Instituts f. österr. Geschichtsforschg. 1891. 12, 662. Über die Inquisition gegen die Templer s. Lea 3, 298. Wenn auch nach England eine gleiche Bulle, wie die S. 455 n. 6 erwähnte von Martin IV. erlassen ist, so beweist die Erwähnung der Inquisition in der Adresse derselben ebenfalls nichts, denn hier führten die Bischöfe die Inquisitionen gegen die Ketzer, s. die gesta cum Richardo Wycz (Wyche) in English historical Review. London 5 (1890) p. 530.

[5] So die Konrads v. Marburg, s. S. 450 n. 3; s. weiter P. n. 8859. 9143. 9152. 9153 (s. S. 450 n. 6.)

[6] S. 450.

[7] Limborch lib. II c. 2; Eymericus III qu. 3; Henner S. 59.

[8] So z. B. 1368 durch Urban V., o. S. 455 n. 5; 1372 durch Gregor XI., Fredericq 1, 228; 1453 durch Nikolaus V., 1462 durch Pius II., 1494 durch Alexander VI., 1514 u. 1518 durch Leo X., ibid. 1, 334. 347. 489. 505. 515.

[9] Z. B. durch ihre Legaten, Henner S. 60.

[10] So schon durch Gregor IX. 1235, P. n. 9994 (dem Provinzial-Prior, hier unter Bezeichnung einer bestimmten Person, S. 450 n. 8); s. weiter P. n. 10362, S. 451 u. 1; Innocenz IV. 1247, P. n. 12748 (dem Provinzial-Prior und Konvent von Besançon); Alexander IV. 1256, P. n. 16295 (dem Provinzial-Prior der Lombardei); 1258, P. n. 17236 (dem Provinzial-Prior in Paris); Clemens IV. 1265, P. n. 19559 (demselben); Benedikt XI. 1304, P. n. 25367 (den beiden Provinzial-Prioren der Lombardei); Gregor XI. 1372 (dem Magister und Provinzial-Prior der deutschen Provinz) Fredericq 1, 223; Bonifaz IX. 1399 (dem Provinzial-Prior der Provinz Sachsen) ibid. 1, 258.

[11] Innocenz IV. 1246, P. n. 11993, Fredericq 1, 116 „ut tu, fili generalis minister tuique successores fratres tui ordinis qui ad praedicandum crucem vel inquirendum contra pravitatem hereticam seu ad alia huiusmodi negotia sunt vel fuerint ubicunque a sede apostolica deputati, removere, revocare, penitus transferre ipsisque quod supersedeant iniungere aliosque substituere, cum expedire videritis, licite et libere valeatis ... ac quilibet minister provincialis eiusdem ordinis id ipsum in sua provincia circa fratres ipsius ordinis, quibus in illa similia contigerit

in der Weise übertragen, dass diese eine bestimmt vom Papst vorgeschriebene oder eine dem jeweiligen Bedürfnisse entsprechende Zahl unter Zuziehung des Konvents[1] oder, wie die späteren Bullen lauten, mit Beirath der nach den Ordensstatuten dazu berechtigten Brüder aus den ihnen untergeordneten Mönchen[2], welche zu einem solchen Amt fähig waren[3], zu Inquisitoren zu ernennen hatten[4], bis diese bisher üblichen Arten der Deputirungen von Inquisitoren in Folge der Einrichtung eines besonderen höchsten Inquisitionstribunals durch Paul III. 1542[5], welchem nunmehr die Bestellung derselben zufiel, ausser Übung kamen[6].

2. Die Stellung der Inquisitoren. Nicht nur die vom päpstlichen Stuhl direkt, sondern auch die kraft Ermächtigung des letzteren bestellten Inquisitoren[7] galten als unmittelbare Bevollmächtigte des Papstes[8]. Sowohl die einen wie die an-

ab eadem sede committi, facere possit, auctoritate praesentium indulgemus"; 1254, P. n. 15283 (ministro, custodibus, guardianis conventualibus et eorum vicariis in Rom, dem Patrimonium Petri, Apulien, der Lombardei und Tuscien) bull. Taur. 3, 384; P. n. 15304 (ministris et custodibus vel eorum vicariis); Alexander IV. 1261, P. n. 18032 (provinciali ministro ac ceteris custodibus et guardianis eorum vicariis in Urbe); Nikolaus IV. 1292, P. n. 23941 (ministro provinciali in administratione Provinciae).

[1] Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, s. S. 456 n. 10; Innoc. IV. 1254, P. n. 15407 Eymeric. app. p. 20: „de consilio discretorum fratrum 4 ex eiusdem prioratu fratres"; Clem. IV. 1266, P. n. 19559, Fredericq 1, 133: „de consilio aliquorum discretorum fratrum tui ordinis"; Gregor XI. 1372 cit. Doch erwähnen einzelne Bullen, s. Innocenz IV. 1246, P. n. 11993 (vor. Anm.) und Bonifaz IX. 1399 cit., dieses Erfordernisses nicht.

[2] S. die vor. Anm. u. Henner S. 65 n. 1.

[3] Erst durch Clem. 2 (Konzil v. Vienne 1311) de heret. V. 3 ist für alle Inquisitoren das erreichte 40. Jahr als Erforderniss festgesetzt worden, doch haben die Päpste mitunter davon dispensirt, so Clemens VI. 1348, Fredericq 1, 522, s. im übrigen Henner S. 57. Dass die Inquisitoren Kleriker, einsichtige, ehrenhafte, sittenreine, theologisch oder juristisch gebildete Männer von Lebenserfahrung sein sollten, wie die Inquisitionsschriftsteller verlangen, vgl. Eymericus III. qu. 1 und dazu Pegna comm. 51, s. auch Henner S. 53, war eine selbstverständliche Anforderung. Zur Verhütung von Parteilichkeit bestellte man solche Personen zu Inquisitoren, welche ihrem Amtsbezirk nicht angehörten, Limborch II. 2. p. 107.

[4] Doch sind auch die Angehörigen anderer Orden, freilich nur selten im Vergleich zu den im Text genannten, als Inquisitoren verwendet worden, so Benediktiner (1266 in Südfrankreich) Lea 1, 118; Cölestiner (Ende des 14. Jahrh.) ibid. 1, 301 und Carmeliter (u. 1472) Fredericq 1, 443, während Cistercienser nur Anfang des 13. Jahrh. während der Bekämpfung der Albigenser an der damaligen Inquisition gegen die Ketzer betheiligt waren.

Die Bestellung selbst konnte vivae vocis oraculo, also mündlich, Bernard. Guid. II. 9 p. 46 oder, was die Regel war, schriftlich durch litterae commissionis erfolgen, Eymer. III. qu. 3; Limborch II. 2. p. 107.

[5] Bd. I S. 448.

[6] Pegna comm. 52 ad Eymeric. III. 3; Henner S. 65.

[7] Die Bezeichnung: *inquisitor* findet sich schon in den capitula Annibaldi 1231, S. 384 n. 9; const. Frideric. II: Commissi nobis 1232, LL. 2, 288; aber noch nicht in den Schreiben Gregors IX., vielmehr erst in denen Innocenz' IV., s. z. B. P. n. 11193 (1243) n. 14575. 14586. 14587 (1252) n. 15268 (1254).

[8] Denn sie wurden nicht zu Vertretern der sie ermächtigenden Oberen, sondern von diesen in Vertretung des Papstes ernannt, Alexander IV. 1260, P. n. 17991, bull. Taur. 3, 673, welcher den Dominikaner- und Franziskaner-Inquisitoren verbietet, ihren Ordensoberen in den die Inquisition betreffenden Angelegenheiten zu gehorchen und dann fortfährt: „Nam etsi praedicta sedes interdum praelatis aliquibus vestrorum ordinum per suas sub certa forma committat litteras, ut ad exercendum officium contra haereticam pravitatem aliquos suorum ordinum fratres assumere valeant ipsosque, cum expedire viderint, amovere ac alios subrogare, non tamen per hoc (quod ipsis ea duntaxat de causa in hac parte committitur, quia de fratrum suorum ordinum idoneitate pleniorem habere notitiam praesumantur) aliqua eis super huiusmodi inquisitionis negotio immediate vobis a praedicta sede commisso et committendo facultas vel iurisdictio attribuitur seu potestas", wiederholt Urban IV. 1262, P. n. 18419 u. Clem. IV. 1267 bei Eymeric. ed. cit. p. 145 u. Fredericq 1, 520. Daher haben sich die Inquisitoren stets als „per sedem apostolicam deputatus" oder als „apostolica auctoritate" fungirend bezeichnet, Bernardi Guidonis practica p. 1. 5. 7. 9. 10; Fredericq 1, 323. 324, und auch die Doktrin hat sie als unmittelbare päpstliche Bevollmächtigte betrachtet, gl. s. v. amoveri zu Clem. 2 de heret. V. 3: „Licet praelatus inquisitoris, sc. provincialis illum ab officio removere possit . . . iurisdictio tamen inquisitoris non ab ipso praelato, sed a papa immediate dependet"; Bernard. Guidonis l. c. p. 176 n. 1; Pegna comm. 52. 55 ad Eymeric. III qu. 3, 6; s. auch Henner S. 49.

deren hatten die Stellung der *iudices quasi ordinarii*, besassen also eine *iurisdictio quasi ordinaria*[1], aber weder eine iurisdictio *ordinaria* noch *delegata*[2].

3. Das Amt der Inquisitoren. a. Im Allgemeinen. Das Amt der Inquisitoren bestand in der Bekämpfung der Ketzerei durch Zurückführung der Abgefallenen zum rechten Glauben, durch Aufsuchung und Ermittelung der sich von der Kirche fernhaltenden Ketzer, sowie durch Führung der Untersuchung gegen die letzteren und Aburtheilung derselben[3], wennschon die zuletztgedachten Thätigkeiten im Laufe der Zeit wegen der Schwierigkeit, die immer neu hervortretenden Ketzereien auszurotten, die Hauptsache geworden, und die Normen, welche sich für das Vorgehen und das Verfahren der Inquisitoren bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts festgestellt haben, vor Allem diesen Zwecken angepasst worden sind.

Ehe der Inquisitor mit der Ausübung seines Amtes begann, sollte er sich sowohl den weltlichen Herrschern oder Herren wie auch den kirchlichen Oberen seines Bezirks gegenüber als solcher[4] legitimiren[5]. Bei der Verwaltung desselben hatte er sich streng nach den geltenden Vorschriften zu richten, widrigenfalls er bei Übertretung derselben aus böser Absicht oder aus strafbaren Motiven[6] von den ihn ernennenden Prälaten[7], selbstverständlich aber auch von dem Papst, als höchstem Richter, zur Verantwortung und Strafe gezogen werden durfte[8].

Verlustig gehen konnte der Inquisitor seines Amtes abgesehen von dem Fall des Todes[9] und der Erlangung eines mit demselben inkompatiblen Amtes (z. B. eines Bisthums)[10] durch Amtsentsetzung (*remotio, amotio*)[11], durch Versetzung in einen an-

[1] Bd. I. S. 184; W. Kaempfe, d. Begriffe der iurisdictio ordinaria, quasi ordinaria etc. Wien 1876. S. 149.

[2] Die mittelalterliche Theorie, welcher der Begriff der iurisdictio quasi ordinaria noch nicht bekannt war, stritt darüber, ob die Inquisitoren iudices ordinarii (so Archidiakonus, d. h. Guido de Baysio, ad c. 10 in VI de heret. V. 2 bei Eymeric. p. 216) oder delegati (so die herrschende Meinung, s. Eymer. III qu. 4 und dazu Pegna comm. 33, p. 577. 578, ferner die dort citirten, vgl. auch Henner S. 242) seien. Vgl. weiter unten über die Beendigung des Inquisitor-Amtes.

[3] S. o. S. 451 n. 1. Wenn Henner S. 41. 42 zwar die gerichtliche Verfolgung und Aburtheilung der Ketzer für die Hauptaufgabe der Inquisitoren erklärt, indessen andererseits als Endziel ihres Amtes die Aussöhnung der Abgefallenen mit der Kirche bezeichnet, so kommt dies auf das im Text Bemerkte hinaus. Die älteren päpstlichen Schreiben, s. Gregor IX. 1237, P. n. 10362, S. 451 n. 1, gleichlautend Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118, verpflichten die Inquisitoren ausdrücklich zur Abhaltung einer allgemeinen Predigt über den rechten Glauben vor zusammenberufenem Klerus und Volk, und in Folge dessen hat sich die Übung festgestellt, dass der Inquisitor in seinem Bezirk seine Thätigkeit mit einer solchen begann und zwar unter gleichzeitiger Aufforderung an die Bevölkerung etwaige Ketzer anzuzeigen, und weiter unter Festsetzung einer s. g. Gnadenfrist, binnen welcher sich etwaige Ketzer freiwillig zum Bekenntniss ihrer Schuld melden sollten und konnten, um eine mildere Behandlung zu erfahren, c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2; Eymer. III n. 47 ff. 54 ff., p. 437. 438. Vgl. weiter §. 297.

[4] Mit Rücksicht auf c. 31 (Innoc. III.) X de off. iud. del. I. 29; s. auch c. 24 (id.) X de rescr. I. 3.

[5] Molinier p. 121 n. 1 (hier eine schriftliche Anmeldung); Eymer. III n. 1 ff., um die für ihn und seine Gehülfen (s. u. S. 462) erforderlichen Schutz- und Empfehlungsbriefe, namentlich an die von ihm zu requirirenden weltlichen Obrigkeiten und Beamten zu erlangen, s. einen solchen v. 1285 (König v. Frankreich) Lea 2, 575, vgl. ferner Fredericq 1, 264. 305; Lea 2, 578; Wattenbach Handbuch S. 7; Formular bei Eymeric. l. c. Deshalb zog auch die Nichteinhaltung dieser Formalität keine Nichtigkeit seines Vorgehens nach sich. Auch bei der demnächst erfolgenden ersten Zusammenberufung des Klerus und Volkes (s. Anm. 3) sollte er sein Bestallungsschreiben verlesen, Beziers 1246 (Instruktion für die Inquisitoren) c. 1, M. 23, 716; Limborch II. 2 p. 246; s. weiter Henner S. 69.

[6] Z. B. Geldgier, Feindschaft oder Freundschaft.

[7] Clem. 2 de heret. V. 3, s. noch die folg. Anm.

[8] Vgl. Pegna comm. 61 ad Eymeric. III. qu. 12; Limborch II. 2, p. 110 und Henner S. 90. 91.

[9] In welchem die zur Bestellung berechtigten Ordensoberen in der gedachten Weise einen anderen zu ernennen hatten, ausdrücklich hervorgehoben in Clem. IV. 1266, P. n. 19559, Fredericq 1, 134.

[10] Limborch II. 2, p. 109.

[11] Dass diese dem Papst, als dessen Bevollmächtigte die Inquisitoren galten, beliebig frei-

deren Bezirk[1] und durch die mit Genehmigung des Oberen erfolgte Resignation[2], während beim Tode und beim Amtsverluste des den Inquisitor bestellenden kirchlichen Oberen sein Amt nicht erlosch[3].

Kraft ihres Amtes waren die Inquisitoren insbesondere befugt:

1. ihre Befehle und Anordnungen durch Androhung und Verhängung von kirchlichen Censuren, nämlich der Exkommunikation, des Interdikts und der Suspension, zur Durchführung zu bringen[4],

2. allen Welt- und Ordensgeistlichen, insbesondere auch den Ablasspredigern an den Orten und zu den Zeiten, an welchen sie in Ausübung ihres Amtes zum Volke predigen wollen, dies zu verbieten[5].

b. Einzel- oder Kollegial-Amt. Eine allgemeine Norm darüber, ob die

stand, unterlag keinem Zweifel. Ferner ist aber den Ordensoberen mit dem Anstellungsrecht regelmässig zugleich die Befugniss übertragen worden, die Inquisitoren und zwar auch die vom päpstlichen Stuhl deputirten zu entfernen, Innocenz IV. 1246, P. n. 11993 (S. 456 n. 11); Innocenz IV. 1248, P. n. 13057, M. 23, 569: „tu vero prior de consilio seniorum et discretorum fratrum praefati ordinis eiusdem regni inquisitores huiusmodi authoritate nostra removeas transferasque alios substituas vel supersedere facias, cum ex causa rationali id videris faciendum"; Alex. IV. 1258, P. n. 17236, Fredericq 1, 130 (welcher Papst nach der nicht richtigen Behauptung von Lea 1, 344, s. dagegen Henner S. 31 n. 1, i. J. 1257 für kurze Zeit den Ordensoberen die betreffende Befugniss entzogen haben soll); Clem. IV. 1265, P. n. 19372, Eymeric. app. p. 56; 1266, P. n. 19559, Fredericq 1, 134; Clem. 2 de heret. V. 3., so dass die Absetzungsgewalt, wenn der Inquisitor selbstständiger gestellt werden sollte, ausdrücklich ausgeschlossen sein musste (Beispiel bei Lea 1, 345). Die Entfernung war in das vernünftige Ermessen des Oberen gestellt, sollte also, wenn schon an sich die Absetzung rechtsgültig war, nicht ohne einen gerechtfertigten Grund erfolgen. Als solcher war gesetzlich die Erpressung durch Missbrauch der Amtsgewalt, welche ausserdem auch mit der dem Papst vorbehaltenen Exkommunikation l. s. bedroht war, anerkannt, Clem. 2 und Clem. 1 §. 4 de heret. V. 3. Weiter galten als derartige Gründe die hartnäckige Verletzung der Amtspflichten, namentlich aus Hass, Gunst oder um weltlichen Vortheils willen, vgl. Clem. 1 §. 4 cit., aber auch aus einem allzugrossen zu Ungerechtigkeiten führenden Eifer (Beispiele derartiger Absetzungen, so des Inquisitors Robert le Bugre 1238, Fredericq 1, 111, ferner bei Lea 2, 81), dauernde zur Ausübung des Amtes untauglich machende Gebrechlichkeit oder ein eine solche Unfähigkeit herbeiführendes hohes Alter, sowie endlich der Mangel der zur Ausübung des Amtes erforderlichen Kenntnisse, s. Eymeric. III qu. 10 u. 12; Henner S. 72.

[1] Auch dazu ist das Recht mehrfach den Ordensoberen ausdrücklich übertragen worden, Innocenz IV. 1246, P. n. 11993, S. 456 n. 11, u. 1248, P. n. 13057, S. 458 n. 11, jedoch verstand es sich, da dieselben das Absetzungsrecht hatten, von selbst. Von dieser Befugniss sollte ebenfalls nur aus gerechtfertigen Gründen Gebrauch gemacht werden.

[2] Die Genehmigung einer solchen in Alex. IV. 1255, P. n. 15995, Ripoll. bull. Praedic. 1, 286. S. weiter Henner S. 76. 77.

[3] Also weder, wenn der Papst den Inquisitor selbst, noch wenn ihn ein Ordensoberer ernannt hatte. Mit Rücksicht darauf, dass man die Inquisitoren als päpstliche Delegaten betrachtete, S. 458 n. 2 u. Bd. I S. 193, wurde dies anfänglich in Zweifel gezogen. Sowohl Clemens IV. 1265, P. n. 19379 u. c. 10 in VI de heret. V. 2, wie auch Nikolaus IV. 1290, P. n. 23302, 23312, bull. Taur. 4, 103 haben ausdrücklich das Nichterlöschen festgesetzt. Allerdings hat die Doktrin dies mehrfach mit Rücksicht auf c. 5 (Bonif. VIII.) in VI de rescr. I. 3 (Bd. III S. 817 n. 3), so Johannes Andreä zur Glosse zu c. 10 cit. und die bei Pegna comm. 56 zu Eymer. III. qu. 7 Citirten, auf den Fall der Bestellung schlechthin und ad sedis apostolicae beneplacitum eingeschränkt, und das Zusammenfallen des Amtes bei der Ernennung ad suae voluntatis oder Romani pontificis beneplacitum behauptet. Dagegen Pegna l. c. und Henner S. 78 n. 6 aus dem unrichtigen Grunde, dass dies mit dem in c. 10 cit. betonten favor fidei unvereinbar sei, während in der That das letztere cap. eine Spezialnorm für die Inquisition giebt und c. 5 cit. sich nur auf Gnadenreskripte bezieht.

[4] So schon seit Gregor IX., S. 450 n. 6 u. n. 8; Innocenz 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 117; Alex. IV. 1255, P. n. 15731 u. 16132, ibid. p. 123. 127; c. 11 §. 2 (Clem. IV.) in VI de heret. V. 2; Gregor XI. 1376, Fredericq 1, 237, seit Alexander IV. schon unter Aufhebung aller entgegenstehenden Privilegien. Selbstverständlich stand ihnen auch das Recht der Absolution von diesen Censuren zu. Vgl. auch Henner S. 80. 81, welcher freilich unrichtiger Weise hiermit das Recht zum Erlasse der wegen Ketzereien verhängten Strafen vermengt.

[5] Die älteren Bullen bestimmen dies nur hinsichtlich der Ablasspredigter, so z. B. Innocenz 1247 cit., ebenso auch noch c. 11 §. 2 in VI cit. s. ferner Bernard. Guidon. P. IV. p. 199 r., Eymer. III. qu. 37. Das erstere hat die Doktrin aus dem Recht, das Volk zur Anhörung der Predigt zusammen zu berufen, S. 458 n. 3, hergeleitet, Eymer. III. n. 48 i. f.

Inquisitionsgerichte Einzel- oder Kollegial-Gerichte sein sollten, ist niemals seitens des päpstlichen Stuhles erlassen worden, vielmehr entschied darüber, ob der Inquisitor als Einzelrichter amtiren konnte oder nicht, lediglich die Art seiner Bevollmächtigung. Als Regel lässt sich aber feststellen, dass selbst, wenn mehrere Inquisitoren ernannt worden sind, doch stets einer allein alle Funktionen auszuüben befugt war[1]. Im übrigen blieb aber in diesen Fällen die Vertheilung der Geschäfte den Inquisitoren selbst überlassen, und wenn gleich mitunter, so namentlich bei der feierlichen Publikation verurtheilender Erkenntnisse alle oder mehrere Richter zusammentraten[2], so rechtfertigt sich doch, weil ein solches Zusammenwirken weder wesentlich noch erforderlich war, die Behauptung, dass die Inquisitionsgerichte nicht als Kollegial- sondern als Einzelgerichte organisirt gewesen sind[3].

4. Die Privilegien der Inquisitoren. Im Laufe der Zeit sind den Inquisitoren folgende Privilegien verliehen worden:

1. die Exemtion von der Gewalt ihrer Ordensoberen in allen ihre Inquisitionsthätigkeit betreffenden Angelegenheiten[4],

2. das Recht zur Ertheilung eines zwanzig-, bez. vierzigtägigen Ablasses bei Abhaltung der in Ausübung ihres Berufes veranstalteten öffentlichen Versammlungen[5],

3. das Recht, sich gegenseitig von der Exkommunikation, wenn sie in dieselbe verfallen waren, zu absolviren, sofern ihre Oberen in Folge der ihnen vom päpstlichen Stuhl verliehenen Privilegien die Berechtigung zur Absolution besassen[6], also nicht in solchen Fällen, in welchen die Absolution dem Papste vorbehalten war[7],

[1] Innocenz IV. 1252, P. n. 14586, Eymeric. app. p. 6; „Quod si duo ex vobis his non interfuerint, unus ea nihilominus exequatur"; Innocenz IV. 1254, P. n. 15268 u. Alex. IV. 1255, P. n. 16132, Fredericq 1, 122. 128; Gregor X. 1277, P. n. 20720, ibid. 1, 136 („simul vel separatim aut singulariter, prout negotii utilitas suadebit"); c. 11 (Clemens IV.) in VIto de heret. V. 2 (ebenso). Die Anweisungen an die Ordensoberen gehen gleichfalls dahin, Inquisitoren in der gedachten Weise zu bestellen, Gregor XI.: Ab exordio 1372, Fredericq 1, 224: „inquisitores . . . deputetis, qui simul vel separatim, prout negocii utilitas suadebit . . . efficaciter et discrete procedant"; Bonifaz VIII. 1399, ibid. p. 259 (ebenso).

[2] Molinier p. 240. 244. Auch ist in Betreff der Protokolle, welche mehrere Richter angeben, stets zu untersuchen, ob nicht blos einer in der That der Inquisitor gewesen ist und die andern nur als Stellvertreter desselben fungirt haben, so ibid. p. 124. Vgl. überhaupt Henner S. 108. 109.

[3] Daran ändert es auch nichts, dass in gewissen Fällen der Inquisitor den Bischof zuzuziehen hatte, s. unten §. 294. In diesen mussten beide Gerichte gemeinsam handeln, aber deshalb wurde das Inquisitionsgericht nicht zum Kollegialgericht.

[4] S. die S. 457 n. 8 citirten Bullen Alexanders IV. und Clemens' IV., während sie im Übrigen den Ordensstatuten und ihren Ordensoberen unterworfen blieben, Henner S. 287 ff. Wegen der besondern Rechte der letzteren hinsichtlich der Bestellung und Abberufung der Mönchs-Inquisitoren s. S. 456 n. 11; S. 458 n. 11 u. S. 459 n. 1.

[5] Während noch Gregor IX. 1233, P. n. 9152, Fredericq 1, 92 und 1237, P. n. 10362, M. 23, 75 selbst allen, welche der Predigt der Inquisitoren beiwohnen, einen 20tägigen, denen, welche sie bei der Verfolgung der Ketzer unterstützen, einen 3jährigen Ablass de iniuncta poenitentia gewährt, werden seit Innocenz IV. 1251, P. n. 14406, Eymer. app. p. 13; 1254, P. n. 15411, l. c. p. 20; Alexander IV. 1255, P. n. 15731 und 16132, Fredericq 1, 124. 127 die Inquisitoren ermächtigt, allen, welche bei jenen Versammlungen anwesend waren („qui ad convocationem accesserint") und ihre Sünden aufrichtig bereut und gebeichtet hatten, je nach ihrem Befinden den einen oder anderen Ablass zu gewähren. Vgl. auch Bernard. Guid. III. p. 83. 197; Eymeric. III. n. 48. 55. 165. 171. 180. 189. 199. 201. u. qu. 121—124.

[6] Alex. IV. 1256, Lea 1, 575 u. 1261, P. n. 18047, Sbaralea bull. Franc. 2, 416; Urban IV. 1262, P. n. 18390, bull. Taurin. 3, 694 (sämmtlich fast wörtlich übereinstimmend): „ut si vos (et fratres vestri ordinis socios vestros) excommunicationis sententiam et irregularitatem incurrere aliquibus casibus . . . contingat vel recolatis etiam incurrisse, quia propter iniunctum vobis officium ad priores vestros de levi super hoc recurrere non potestis, mutuo vos supra his absolvere iuxta formam ecclesiae et vobiscum auctoritate nostra dispensare possitis in casibus in quibus dictis prioribus . . . est ab apostolica sede concessum". Vgl. Bernard. Guid. III. p. 217; Eymeric. III. qu. 23.

[7] So bei Erpressung durch Amtsmissbrauch,

4. die Befugniss, sich gegenseitig von etwaigen Irregularitäten, welche sie betroffen hatten, zu dispensiren [1],

5. ein vollkommener Ablass [2];

6. das Recht diejenigen, welche zur Bekämpfung der Ketzerei das Kreuz gegenommen hatten, die s. g. Kreuzbrüder, *cruce signati*, auch *familiares* genannt [3], a. vom Kirchenbann, vom Interdikt und von der Suspension zu absolviren [4], b. zu diesen gehörige Kleriker, welche in Folge ihres Celebrirens unter Nichtbeachtung der gedachten Censuren irregulär geworden waren, von der Irregularität zu dispensiren [5], c. die Gelübde der gedachten Kreuzbrüder umzuwandeln [6], d. ihnen denselben Ablass wie den Kreuzfahrern nach dem heiligen Lande zu gewähren, e. ihnen zu gestatten, während eines allgemeinen Interdikts dem Gottesdienst beizuwohnen und die Sakramente an Orten, an welchen auf Grund eines päpstlichen Indultes Gottesdienst abgehalten wird, zu empfangen [7], f. sowie unrecht erworbenes Gut zu behalten, wenn sich auf Verlautbarung durch den Pfarrer oder Bischof kein

bei Unterlassung des Einschreitens oder bei ungerechtfertigter Verfolgung aus unerlaubten Motiven und bei unberechtigter Beschlagnahme von kirchlichen Benefizien, Clem. 1. §. 4 u. Clem. 2 de heret. V. 3; s. auch Eymeric. III. qu. 23; Henner S. 83. 84.

[1] S. die S. 460 n. 6 angeführten Bullen. Doch hat sich die Praxis nicht wie bei der Absolution an die in denselben auch für die Dispensation aufgestellte Beschränkung gehalten, weil sonst das Privileg wegen der fast ausschliesslich dem Papste vorbehaltenen Dispensation, Bd. I S. 55, so gut wie gegenstandslos geblieben wäre. In Frage konnte namentlich die irregularitas ex defectu perfectae lenitatis, a. a. O. S. 28, kommen. Allerdings haben sich die Inquisitoren bei Auslieferung der Ketzer an die weltliche Obrigkeit in Anhalt an c. 27 (Innoc. III.) X de V. S. V. 40 der hier vorgeschriebenen Protestation betreffend die Verschonung mit Todes- oder verstümmelnder Strafe bedient, Fälle bei Fredericq p. 157 (1310) p. 310 (1429); s. ferner Eymer. III. n. 199; Limborch IV. 40. 41 p. 365. 378, um sich vor dem Eintritt der Irregularität zu schützen, denn nach der damals massgebenden Anschauung wurde derselbe dadurch ausgeschlossen, obwohl die Inquisitoren wussten, dass die weltlichen Obrigkeiten trotz der Protestation nicht nur die Todesstrafe zu vollstrecken verpflichtet waren, sondern auch sogar durch kirchliche Strafen dazu angehalten werden sollten, s. o. S. 215 u. 389. Immer konnte aber die Irregularität in Fällen eintreten, in denen die Protestation einmal unterlassen war, oder der Verurtheilte vor der Übergabe an den weltlichen Arm in Folge der schlechten Gefängnisse oder in Folge der Tortur gestorben war. Vgl. überhaupt Henner S. 85 ff., wo auch die hier nicht zu berücksichtigende päpstliche Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts besprochen ist.

[2] Innocenz IV. 1254 §. 2, P. n. 15407, bull. Taur. 3, 590 und Eymeric. app. 1. 98; Alexander IV. 1255, P. n. 16132, Fredericq 1, 127; (s. auch P. n. 16611); Urban IV. 1262 §. 13, P. n. 18253, bull. Taur. 3, 689 (s. auch P. n. 18388, Eymeric. p. 137); Clemens IV. 1265, P. n. 19372, Eymeric. p. 139 (s. auch P. n. 19924); Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138 (P. n. 20724); Nicolaus IV. 1290, P. n. 23297 u. 23298, Ripoll bull. Praedic. 2, 29 in der Form, dass ihnen der Ablass der Kreuzfahrer nach dem 4. Lateran-Konzil, M. 22, 1067 (plenam suorum concedimus veniam peccatorum) ertheilt wird. Eine Ausnahme macht Alex. IV. 1259, P. n. 17663, bull. Taur. 3, 668, welche der plena venia gedenkt.

[3] Welche in Folge dessen verpflichtet waren, alle der Ketzerei Verdächtige aufzusuchen, gefangen zu nehmen und zu verfolgen, die Inquisitoren zu beschützen und in jeder Weise, wo möglich auch mit Geld zu unterstützen, sowie die seitens der Inquisitoren geforderten Dienste, wie z. B. die Besichtigung der Gefängnisse, die Begleitung der Ketzer zur feierlichen Verurtheilung u. s. w. zu leisten. Verbände und Vereinigungen solcher Kreuzbrüder haben sich während des 13. Jahrhunderts in Frankreich, Italien und Spanien gebildet, Lea 2, 217. 229, Henner S. 171.

[4] Innoc. IV. 1254, P. n. 15293, bull. Taur. 3, 585 und P. n. 15429, M. 23, 585, an letzterer Stelle: „ab interdicti, suspensionis et excommunicationum sententiis canonicis et praesertim illis quas pro incendiis vel effractionibus ecclesiarum seu iniectione manuum violenta in personas ecclesiasticas incurrerunt et aliis quoque sententiis a nobis vel authoritate nostra generaliter promulgatis, nisi adeo et enormis excessus fuerit personarum, quod ab his oporteat absolutionis beneficium per sedem apostolicam obtineri".

[5] S. die beiden cit. Bullen. Erst Clemens VII: Cum sicut ex. v. 1530, bull. Taur. 6, 134; Eymeric. app. p. 139, hat diese Befugniss auf alle Irregularitäten ausgedehnt.

[6] Von den beiden cit. Bullen bestimmt die letztere ausführlicher als die andern: „commutandi . . . vota . . voventium et votorum qualitate pensata, terrae sanctae votis aliisque perpetuis, quae commutationis non admittant remedium (also Gelübde der Keuschheit und der professio religiosa) dumtaxat exceptis".

[7] S. die citirten Bullen.

Restitutionsberechtigter gemeldet, und das, was zurückgewährt werden muss oder kann, nach der Bestimmung der Inquisitoren für die Zwecke der Inquisition verwendet wird[1],

Privilegien, welche später nicht mehr einzeln und besonders, sondern nachdem sie feststehend geworden waren, generell ertheilt worden sind[2].

II. Die Stellvertreter, Gehülfen und Unterbeamten der Inquisitoren. 1. Die Stellvertreter. Abgesehen davon, dass selbstverständlich der Papst einem Inquisitor einen Stellvertreter bestellen konnte, welcher in dem von demselben zugewiesenen Wirkungskreise unmittelbarer päpstlicher Bevollmächtigter war und auch alle Rechte der Inquisitoren hatte[3], konnten sich auch die letzteren[4] ihrerseits Stellvertreter (*vicarii, commissarii, substituti, delegati, vices gerentes*) ernennen[5], und zwar sowohl zu ihrer vollen Vertretung innerhalb ihres Bezirkes (*vicarius generalis*)[6] oder auch blos für einen Theil, z. B. eine Diöcese desselben[7] oder mit beschränkten Vollmachten[8] (*vicarius specialis*)[9]. Die Vertreter mussten dieselbe Qualifikation, wie die Inquisitoren haben[10], und durften abgesehen vom Papst nur durch den sie ernennenden Inquisitor[11] ihrer Stellung enthoben werden[12], sofern sie sich nicht etwa der Erpressung durch Amtsmissbrauch schuldig[13] machten[14].

[1] Innoc. IV. 1254, P. n. 15293.

[2] Vgl. Bulle Bonifaz. IX. v. 1399 (nicht 1400) Fredericq 1, 258.

[3] Henner S. 94, nach diesem auch die Privilegien, was indessen durch die Stellvertretung nicht bedingt ist.

[4] Nicht aber die Ordensoberen, welche die Inquisitoren kraft päpstlicher Ermächtigung zu ernennen hatten, da diesen von den Päpsten niemals eine solche Befugniss übertragen worden ist, Henner a. a. O.

[5] Eine solche Ermächtigung sich Stellvertreter zu bestellen, ist schon Konrad v. Marburg ausdrücklich 1227 u. 1231 von Gregor IX. gewährt worden, S. 450 n. 3 u. 6.

Da die frühere Doktrin S. 458 n. 2 die Inquisitoren theils als delegati papae, theils als iudices ordinarii betrachtete, und beiden das Recht zur Delegation zusteht, Bd. 1 S. 185. 191, so konnte kein berechtigter Zweifel an dieser ihrer Befugniss obwalten. Formeln für die Bestellung bei Bernard. Guidon. P. II n. 45. 46, p. 65. 66.

[6] Eymeric. III. n. 43. 44. Die Ständigkeit ist nicht, wie Henner 1, 97 meint, wesentlich, lauten doch die eben citirten Kommissorien nur auf Bestellung bis zum Widerruf. Ernannt wurden derartige Vertreter, wenn der Inquisitor, welcher an sich verpflichtet war, sein Amt persönlich auszuüben, seinen Bezirk auf längere Zeit verlassen musste oder sonst, z. B. durch Krankheit, gehindert war, sein Amt wahrzunehmen.

[7] Eymeric. IV. n. 37. 38. 39. Solche pflegten vielbeschäftigte Inquisitoren, wenn sie in einem solchen Theil ihres Bezirkes nicht selbst fungiren konnten, zu bestellen.

[8] So wurde, s. Eymeric. III. n. 37, den in der vor. Anm. gedachten Spezial-Vikaren gewöhnlich nicht das Recht ertheilt, definitive Urtheile gegen nicht reuige und rückfällige Ketzer zu erlassen. Nikolaus IV. (1291) P. n. 23723 ertheilt den Franziskaner-Inquisitoren von Tuscien das Recht, aus ihren Ordensbrüdern Vertreter zur Absolution der reumüthig zurückkehrenden Ketzer zu bestellen.

Eine Beschränkung konnte auch in der Weise erfolgen, dass mehrere bestellte Vikare ermächtigt werden, nur gemeinsam vorzugehen, Eymeric. IV. n. 41.

Nachweisungen über solche Stellvertreter aus dem 13. u. 14. Jahrhundert bei Molinier p. 130. 131. 278 u. Henner S. 98 n. 2.

[9] Subdelegiren konnten sie abgesehen von einzelnen, keine discussio juris erfordernden Akten nicht, s. Bd. I S. 186. 187; Henner S. 102.

[10] Da sie an seiner Stelle fungiren sollten, s. auch Henner S. 96. Erst Clemens VII.: Cum sicut cit. v. 1530, Eymeric. app. p. 139, hat für sie das Alter auf das angetretene dreissigste Jahr herabgesetzt.

[11] Vgl. auch Wattenbach Handbuch S. 11.

[12] Nicht blos aus einem der für die Absetzung der Inquisitoren massgebenden Grunde, so Henner S. 99, denn alle waren nur Delegirte ihres Machtgebers. Daher lauten die citirten Kommissorien auch zum Theil auf Widerruf, und es erlosch ihre Stellung zugleich mit dem Tode ihres Delegaten.

[13] Für diesen Fall gestattet Clem. 2 de heret. V. 3 auch den Ordensoberen die Amotion.

[14] Mehrfach werden auch *socii* der Inquisitoren erwähnt, so fast gleichlautend Alex. IV. 1261, P. n. 18032; Urban IV. 1262, P. n. 18418, Sbaralea 2, 414 u. Ripoll 1, 433, s. auch Eymeric. app. p. 54; Clemens IV. bei Bernard. Guidon. p. 216: „ne catholicae fidei negotium . . . ex defectu personarum contingat, . . . quomodolibet impediri, . . . mandamus, quatenus tu fili, prior provincialis, singulis ex fratribus socios, fratres videl. eiusdem ordinis providos et discretos ac etiam negotio congruentes, de quibus hi, quibus assignati fuerint, merito valeant consolari, sublata difficultate qualibet assignare procures, et nihilominus tam tu quam vos alii

2. Die Inquisitionsnotare. Zur Aufzeichnung der gerichtlichen Akte und Verhandlungen bedienten sich die Inquisitoren[1] zunächst der Notare der weltlichen Fürsten und Bischöfe oder zweier glaubwürdigen Männer[2], doch ist schon von Alexander IV. 1260 bestimmt worden[3], dass in Ermangelung oder fehlender Bereitwilligkeit der weltlichen Notare diejenigen Mitglieder der Mönchsorden, welche vor ihrer Profess dieses Amt bekleidet hatten, auf Requisition der Inquisitoren als solche fungiren sollten, wogegen Urban IV. mit Rücksicht darauf, dass offenbar zuerst von ihm auch besondere Inquisitionsnotare ernannt worden sind[4], diese Pflicht auf die Ordensbrüder der Inquisitoren und die eben gedachten päpstlichen Notare beschränkt hat[5]. Vor der Übernahme des Amtes oder der Funktionen hatte der Notar einen Eid auf getreue Erfüllung seiner Amtspflichten zu leisten[6].

3. Die Konsultoren. Wie die übrigen kirchlichen Richter, namentlich die Bischöfe bei der Ausübung ihrer richterlichen Funktionen geeignete Personen als *asses-*

priores, subpriores conventuales ac vicarii, quotiens ab eisdem fratribus, quibus dictum est commissum negotium ac committetur in posterum, fueritis requisiti et dicto negotio fuerit opportunum, de aliis etiam fratribus eiusdem ordinis praeter illos qui eis in socios deputati fuerint, cum omni promptitudine providere curetis". Henner S. 105 erklärt diese für Gehilfen der Inquisitoren bei der Besorgung der nicht processualischen, also der administrativen Geschäfte der Ketzergerichte mit einer Mittelstellung (?) zwischen einem rein richterlichen und rein administrativen Funktionär, indem er sich namentlich auf die Bulle Gregors XI. v. 1373, Eymeric. II p. 146 u. III p. 594 beruft, welche den Dominikaner- und Franziskaner-Inquisitoren gestattet, beliebig an die römische Kurie zu reisen und sich dazu einen socius aus den Mönchen frei ohne Rücksicht auf die Zustimmung der Ordensoberen auszuwählen. Er schliesst daraus, dass der socius des Inquisitors nicht Vertreter desselben gewesen sein könne, da er sonst gerade hätte zurückbleiben müssen. Wenn indessen die erst citirten Bullen die Prioren anweisen, den Inquisitoren, damit die Inquisition nicht aus Mangel an Personal in das Stocken gerathe, Mönche als Socien zuzuweisen, so heisst das nicht, dass diese den Inquisitoren Socien ernennen (so Henner S. 103, freilich im Widerspruch mit S. 95 n. 3), sondern dass sie bestimmte geeignete Mönche von anderen Geschäften entbinden und sie den Inquisitoren zur Verfügung stellen sollen, damit sich diese ihrer Hülfe und zwar nach ihrer eignen Anordnung und Bestimmung, also entweder als Stellvertreter in dem gedachten Sinne oder blos zu einzelnen Akten und Geschäften der Inquisition bedienen konnten. Demgemäss ist der Socius kein Inquisitionsbeamter mit einem ein für alle mal festbestimmten und sich stets gleich bleibenden Geschäftskreis. Deshalb erscheint es auch nicht auffällig, dass sie bei Urban IV. 1262 §. 13, P. n. 18253, bull. Taur. 3, 689 und Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138 bei der Bewilligung eines 3jährigen Ablasses mit den anderen Hülfsbeamten der Inquisitoren (socii vero fratribus vestri ordinis et notariis vestris) zusammengestellt werden, und Clem. 2 de heret. V. 3: „notarii vero et officiales dicti officii necnon fratres et socii inquisitorum et commissariorum ipsorum" auch von Socien der Stellvertreter der Inquisitoren spricht, da dieselben sich offenbar ebenso wie die von ihnen vertretenen Inquisitoren der Hülfe der als Socien letzteren zugewiesenen Mönche bedienen konnten, s. auch S. 462 n. 9.

[1] In Gemässheit des c. 11 (Lateran. IV. 1215) X de probat. II. 19.

[2] Beziers 1246 c. 4, M. 23, 717; Molinier S. 133 Anm. (Anfang des 14. Jahrh.); Limborch lib. sent. Tholos. (p. 36. 175. 281 ebenso) s. weiter Henner S. 116. 118.

[3] P. n. 17955, bull. Taurin. 3, 672.

[4] Denn erst in den in der folgenden Anm. citirten Bullen werden solche erwähnt. Daher bedeutet anfänglich notarius inquisitionis den bei dem Inquisitionsgericht beschäftigten, nicht den bei demselben angestellten Notar.

[5] Urban IV. 1262 §. 7 cit., bull. Taur. 3, 687; Gregor X. 1273 cit., Fredericq 1, 138 u. c. 11. (Clem. IV.) §. 1 in VI de heret. V. 2, welche gleichlauten und überdies auch den Mitgliedern anderer Orden, welche früher Notare gewesen waren, ferner auch Weltgeistlichen, welche das Amt solcher bekleiden, und zwar beiden, selbst wenn sie die höheren Weihen besitzen, die Befugniss gewähren, als Inquisitionsnotare zu fungiren.

Erst Karl IV. hat 1369, Fredericq 1, 216 den Inquisitoren in Deutschland das Recht gegeben, sich für jede Diözese einen öffentlichen Notar zu ernennen. Päpstlicherseits hat man dagegen den Inquisitoren und ihren Stellvertretern ein solches Recht erst im 16. Jahrhundert ertheilt, Pius IV. 1561: Pastoralis officii bei Eymer. app. p. 161.

Vgl. des Weiteren Henner S. 118 ff., welcher aber nicht gehörig zwischen der Pflicht und dem blossen Recht, das Notariats-Amt bei der Inquisition zu übernehmen, unterscheidet.

[6] Clem. 1. §. 3 i. f. de heret. V. 3, vgl. auch den von Karl IV. vorgeschriebenen Eid, s. vor. Anm.

Über die Nebenfunktionen der Notare, z. B. Führung der libri poenitentiarum (des Verzeichnisses über die den verurtheilten Ketzern auferlegten Bussen) Henner S. 128.

sores oder *consiliarii*, d. h. als Berather, zuziehen konnten[1], so wurde dies nicht nur den Inquisitoren gestattet, sondern sogar auch schon früh durch die Päpste anempfohlen[2], um so mehr als die ersteren vielfach nicht gleichmässig in der Theologie und im geistlichen und weltlichen Recht bewandert waren, Die Auswahl[3] und die Bestimmung der Zahl derselben[4] hing von dem Belieben der Inquisitoren ab[5]. Ständig war das Amt der Konsultoren nicht, vielmehr wurden sie stets zu einem einzelnen Prozesse zugezogen[6] und vor Beginn ihrer Thätigkeit auf Beobachtung ihrer Pflichten, namentlich auf Geheimhaltung der Verhandlungen beeidet[7]. Auch waren die Inquisitoren befugt, die von ihnen ausgewählten Konsultoren zur Übernahme ihrer Funktionen zu zwingen[8].

Eine Pflicht für die Inquisitoren, sich derartiger Berather zu bedienen, bestand im Allgemeinen nicht[9], nur in dem Falle, wenn die Namen der Zeugen und Denunzianten dem Angeklagten verheimlicht wurden[10], war dies (um dem letzteren eine

[1] c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 9; München kanon. Gerichtsverfahren 1, 78, P. Fournier les officialités au moyen age. Paris 1880 p. 25.

[2] Gregor IX. 1235, P. n. 9993. 9995, Fredericq 1, 100 u. 101 (sapientium consilio); Alex. IV. 1260, P. n. 17800, bull. Taur. 3, 670 (peritos advocare); Urban IV. 1262 §. 10, ibid. p. 689: „accersendi quoque, prout expedierit, peritos quoslibet, ut vobis in ferendis huiusmodi sententiis praebeant consilium opportunum ac vobis assistant"; c. 12 (Bonifac. VIII.) in VI de heret. V. 2: „advocandi quoque, prout expedierit, iure peritos quoslibet, ut vobis assistant et in huiusmodi ferendis sententiis praebeant consilium opportunum ac eis, quod super his vobis humiliter pareant, in virtute obedientiae iniungendi".

[3] S. die vor. Anm. Über ihre Qualifikation war nur bestimmt, dass sie erfahrene und kenntnissreiche, zu diesem Amte geeignete Männer sein sollten, s. vor. Anm. Dem geistlichen Stande brauchten sie nicht anzugehören, Bernard. Guidon. III n. 28 p. 125: „habito super his cum sapientibus et discretis viris in utroque peritis tam saecularibus quam regularibus diligenti consilio"; Molinier p. 17; Henner S. 141.

[4] S. Anm. 2. Gewöhnlich sind es mehr als zwei, mitunter eine sehr grosse Zahl, bei Molinier p. 17, sogar 27, wovon 15 geistliche, 12 weltliche. Andere Beispiele bei Henner S. 143 n. 2.

[5] Auch haben die Inquisitoren seit dem 14. Jahrhundert öfters Gutachten von juristischen und theologischen Fakultäten eingeholt, Lea 2, 123. 577 u. Fredericq 1, 155; weitere Nachweisungen bei Henner S. 145 n. 2, mitunter auch von einzelnen durch Gelehrsamkeit ausgezeichneten Personen, Fredericq 1, 327 (1448).

[6] Vgl. die Formeln für die Einberufung von Konsultoren bei Bernard. Guidon. I. n. 31. 32 p. 26. Ein Honorar erhielten sie für die Regel nicht, wennschon der Inquisitor ein solches gewähren konnte, Lea 1, 388.

[7] Lea 1, 570; Henner S. 144.

[8] c. 12 in VI de heret. cit., s. Anm. 2.

[9] Das ergeben die Anm. 2 citirten Bullen. Doch war es vielfach Übung solche, sei es bei der Einleitung des Prozesses, Lea 1, 570, sei es beim Auftauchen schwieriger Fragen, sei es bei der Fällung des Urtheils, Henner S. 150 ff., zuzuziehen. Auch darüber, in wie weit ihnen Mittheilung von dem Prozessverfahren und seinen Ergebnissen, ob vollständig oder nur kurz in den wesentlichen Punkten, mit oder ohne Namen der Angeklagten oder der Zeugen, gemacht wurde, gab es weder feste Regeln noch eine einheitliche Praxis, vgl. Bernard. Guidon. III n. 1. 20 p. 83. 112. 115; Limborch sent. Tholos. p. 269; Henner S. 152.

[10] Nachdem zunächst Narbonne 1235 c. 22, M. 23, 364; Beziers 1246 cons. c. 10 p. 718, Innocenz IV. 1254, P. n. 15268, bull. Taur. 3, 583, Bernard. Guidon. P. IV p. 189 n. 9, die Verheimlichung der Namen der Ankläger und Zeugen gegenüber dem Angeschuldigten geboten hatten, änderte dies Innocenz IV. 1254 (s. auch Alexander IV.) bei Bernard. Guidon. l. c.; Urban IV. 1262 §. 9, P. n. 18253 bull. Taur. 3, 689 (s. auch P. n. 18387, Eymeric. p. 138); Gregor X. 1273, Fredericq 1, 137 (fast wörtlich gleichlautend): „si testibus quos a vobis recipi vel ab alio vice vestra super eodem crimine examinari contigerit, ex publicatione nominum eorundem videritis periculum imminere, ipsorum nomina non publice, sed secrete coram aliquibus personis providis et honestis et religiosis et aliis ad hoc vocatis de quorum consilio ad sententiam et condemnationem procedi volumus, exprimantur, et sic non obstante quod illis contra quos huiusmodi testes deposuerint, eorum nomina non fuerint publicata, ad cognitionem iudicis instruendam adhibeatur plena fides testium depositionibus eorundem" dahin ab, dass die Namen der Zeugen und Ankläger (Denunzianten) dem Angeschuldigten nur dann verschwiegen werden durften, wenn aus der Publikation ihrer Aussagen für dieselben sich eine Gefahr ergeben würde, dass aber in solchen Fällen eine geheime Mittheilung der Aussagen vor zugegangenen Konsultoren, deren Beirath auch für das Urtheil eingeholt werden musste, erforderlich sein sollte. Henner S. 147 versteht diese Bullen dahin, dass sie an der Verheimlichung der Namen der Zeugen gegenüber dem Angeschuldigten als Regel festhalten, aber in allen Fällen die erwähnte geheime Mittheilung vorschreiben, denn er führt die der richtigen Auffassung nach schon in den gedachten

Garantie für die Innehaltung der gesetzlichen Formen beim Beweisverfahren zu gewähren) vorgeschrieben [1]. In keinem Falle waren aber die Inquisitoren an das Gutachten der Konsultoren gebunden [2].

4. Die Unterbeamten der Inquisitoren. Als solche kommen bei den Inquisitionsgerichten vor 1. *executores* [3], welche die Befehle der Inquisitoren auszuführen, insbesondere Ladungen zu bewirken, die Beschuldigten zu verhaften und in die Gefängnisse abzuliefern hatten [4], 2. Gefangenaufseher (*custodes principales*) [5] und deren Unterbeamte, *ministri* (Ämter, deren ersteres ein angesehenes war [6] und auch durch Kleriker bekleidet wurde [7]), ferner 3. der *receptor bonorum publicatorum*, welcher das konfiscirte Vermögen der Ketzer in Verwahrung zu nehmen, die Forderungen des Vermögensinhabers beizutreiben, den Verkauf der Vermögensstücke zu

Bullen enthaltene Änderung erst auf c. 20 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2 zurück. Dasselbe macht aber nur die Neuerungen, 1. dass es die Verheimlichung allein bei einem grave, nicht bei jedem periculum schlechthin gestattet, 2. die Vorschrift auf die Ankläger (Denunzianten), welcher nicht alle der vorhin citirten Bullen neben den Zeugen erwähnen, ausdehnt, 3. die Mittheilung der Namen bei Verheimlichung auch an den Bischof oder dessen Vikar (bei bischöflicher Inquisition wenn möglich an den päpstlichen Inquisitor) anordnet und 4. unter Festhaltung der obligatorischen Mittheilung der Namen an die Konsultoren die Bekanntgabe des ganzen Prozesses vor Einholung ihres Gutachtens beim Urtheil vorschreibt, und weicht andererseits von den citirten Bullen darin ab, dass es im Gegensatz zu ihnen bei nicht vorhandener schwerer Gefahr die Kundgebung der Namen an den Angeschuldigten ausdrücklich befiehlt.

[1] S. d. vor. Anm.

[2] Das ist freilich bestritten gewesen. Eymeric. III. qu. 78. 79 z. B. bejaht es unter Berufung auf das blos eine Ausnahme aufstellende c. 20 in VI de heret. V. 2 cit. Vgl. Henner S. 149.

[3] Auch *nuncii*, *missi*, *bedelli*, *viatores*, *officiales*, *famuli* genannt, Henner S. 166.

[4] Henner S. 166. 167. Doch bedienten sich die Inquisitoren dazu auch, so in Frankreich, s. Bernard. Guidon. p. 214, der entsprechenden Unterbeamten des Königs, der weltlichen Herren und höheren Beamten, welche verpflichtet waren, ihnen Dienste zu leisten.

In Italien sollten nach Innocenz IV. 1252: Ad exstirpanda v. 1252 §§. 4 ff., bull. Taur. 3, 553, 12 rechtschaffene katholische Männer zur Verhaftung der Ketzer und zur Konfiskation ihres Vermögens, sowie zwei Notare und zwei oder mehrere Diener auf Wahl des Bischofs und je zweier von ihren Prioren deputirten Dominikaner und Franziskaner durch die Obrigkeiten, nach Alexander IV. 1255, ibid. 3, 611 eventuell durch die Inquisitoren, bestellt werden, deren Amt 6 Monate zu dauern hatte, und denen aus den konfiscirten Gütern und den Geldstrafen der Ketzer, sowie bei Erledigung von Aufträgen ausserhalb der Stadt durch die Obrigkeit für ihre Mühewaltungen eine Entschädigung zu gewähren war. Vgl. Innocenz IV. ad exstirpanda cit. §. 14; Alex. IV. 1256, P. n. 16286. 16292, Eymeric. app. p. 25 und ferner des Weiteren Henner S. 167 ff.

[5] Nach Clem. 1. §. 2 de heret. V. 3. sollten die Bischöfe und die Inquisitoren gemeinsame Gefängnisse einrichten, und für diese der Bischof und der Inquisitor je einen custos principalis, welcher jeder einen Gefangenwärter (minister) zu seiner Unterstützung ernennen konnte, anstellen; §. 3 ibid.: „Porro coram episcopo et capitulo sede vacante et inquisitore . . . custodes . . . antequam suum officium exequantur, iurabunt . . ., quod in custodia immuratorum et aliorum . . . omnem diligentiam et solicitudinem quam poterunt fideliter adhibebunt, et quod alicui incarcerato nihil unus in secreto loquetur, quin hoc audiat alter custos, et quod provisionem quam incarcerati a parentibus et amicis vel aliis personis fidelibus offeretur eisdem (nisi episcopi et inquisitoris vel suorum commissariorum ordinatio refragetur) ipsis fideliter et absque deminutione aliqua ministrabunt nec in his fraudem aliquam adhibebunt. Et idem iuramentum et coram eisdem personis ministri custodum, priusquam suum exerceant officium, exhibebunt". Hatten die Bischöfe allein eigne Kerker für die Ketzer, so sollten die gedachten Beamten die erwähnten Diensteide doch ebenfalls mit vor den Inquisitoren ableisten, §. 3 cit. Wenn die letzteren die weltlichen Gefängnisse benutzten, so z. B. im 14. Jahrhundert in Deutschland, deren Gewährung von den Päpsten beansprucht wurde, Innocenz VI. 1353 u. Urban V. 1368, Fredericq 1, 204. 209, so hatten doch die custodes der Inquisition die Aufsicht über die dort untergebrachten Ketzer, Bernard. Guidon. n. 37, p. 61, vgl. auch c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 3. Einen besonderen Kerker durften die Inquisitoren nur für die Untersuchungsgefangenen, nicht aber für die Verbüssung der Gefängnissstrafe halten, Eymeric. III. qu. 58. Vgl. des Weiteren Henner S. 180 ff.

[6] Molinier p. 133.

[7] So durch Pfarrer, s. a. a. O. und Bernard. Guidon. l. c.

Dass aber trotz aller päpstlichen Anordnungen der Zustand der Gefängnisse ein trauriger war und die Ketzer oft grausam behandelt wurden, ergeben die Erlasse Gregors IX. v. 1238, Molinier p. 448 und Clemens' V. von 1310, Lea 2, 572; Clem. 1 §. 2 de heret. V. 3, vgl. auch Henner S. 185.

besorgen und die erzielten Geldbeträge unter Rechnungslegung an die Inquisitionskasse abzuliefern hatte[1], und 4. der von Fall zu Fall von dem Exekutor und Receptor gewählte *Sequester*, welchem es oblag, auf Befehl der Inquisitoren das Vermögen des Angeschuldigten bei Einleitung der Untersuchung nach einem in Gegenwart des Exekutors und des Receptors notariell aufgenommenen Inventar in Gewahrsam zu nehmen und bis zur Beendigung des Prozesses, also bis zur Konfiskation oder bis zur etwaigen Herausgabe an den freigesprochenen Inquisiten, in Verwahrung zu behalten und zu beaufsichtigen[2].

III. Die Inquisitionsbeamten im Allgemeinen. Was zunächst die allgemeine Qualifikation[3] der Inquisitionsbeamten[4] betraf, so war nicht nur Zugehörigkeit zum katholischen Glauben, sondern auch zu einer in diesem fest gebliebenen Familie[5], unbescholtener Lebenswandel[6] und Kenntniss der lateinischen Sprache[7] erforderlich[8], auch sollte zwischen den Beamten desselben Gerichts kein Verwandtschafts- und Schwägerschaftsverhältniss bestehen[9].

Alle Inquisitionsbeamten hatten vor Ausübung ihres Amtes die treue Erfüllung ihrer amtlichen Funktionen und Pflichten anzugeloben[10], ferner namentlich Amtsverschwiegenheit über alles, was bei den Inquisitionsgerichten vorkam, zu beobachten[11], ihr Amt persönlich auszuüben[12], sich der Annahme von Geschenken, selbst von anderen Inquisitionsbeamten[13], sowie der persönlichen Theilnahme an der Versteigerung der der Konfiskation verfallenen Sachen, ja selbst der Betheiligung an einer solchen durch Stellvertreter[14] zu enthalten. Über die Erfüllung der Amtspflichten hatten die Inquisitoren zu wachen, denen über die Beamten die Disciplinarstrafgewalt zukam[15].

Um die Inquisitionsämter begehrenswerther zu machen und den Eifer der Beamten anzufeuern, haben die Päpste denselben seit dem 13. Jahrhundert eine Reihe von Privilegien[16] ertheilt. Es gehören hierher

1. das den Inquisitoren und deren Notaren für die Dauer ihrer Amtsfunktionen[17] zustehende Privileg, von keinem päpstlichen Delegaten, Subdelegaten, Kon-

[1] Es war aber nur ein ausschliesslicher Inquisitionsbeamter, welcher von den Inquisitoren angestellt wurde, wenn und soweit das konfiscirte Vermögen an die Inquisition, nicht aber wenn es an den Staat oder an die erstere und den letzteren gemeinsam fiel. Vgl. über diesen Beamten Henner S. 187 ff.

[2] Henner S. 190.

[3] Über die besondere für einzelne Kategorien s. die vorangehende Darstellung.

[4] Was die Zahl anlangt, so sollten die Inquisitoren — über die Zahl dieser letzteren s. S. 457 — nur die nothwendig erforderlichen Beamten, nicht überflüssige anstellen, Innocenz IV. 1249 bei Lea 1, 571 u. Molinier p. 305; Clem. 2 i. f. d. heret. V. 3. Für die Diöcese Florenz wird durch den päpstlichen Nuntius die Zahl der consiliarii auf 4, der Notare auf 2, der Gefangenaufseher auf 2 und der niederen Offizialen und Familiaren (S. 461) auf 12 bestimmt, vgl. weitere Nachweisungen bei Henner S. 9 n. 3.

[5] Henner S. 10.

[6] A. a. O. S. 11.

[7] A. a. O. Nikolaus IV. 1291, P. n. 23621 verlangt für die Inquisitoren auch Kenntniss der Landessprache (idiomatis Bosnici), doch kommen auch Dolmetscher vor, Henner S. 12 n. 2.

[8] Über das Alter finden sich keine allgemeinen Vorschriften, doch war mindestens Mündigkeit erforderlich, Henner S. 11.

[9] Henner S. 13.

[10] Clem. 1 §. 3 i. f. de heret. V. 3. S. auch o. S. 463 n. 6, S. 464 n. 7, S. 465 n. 5. Die Inquisitoren legten den Eid vor den sie ernennenden Prälaten oder vor dem Bischof oder vor den bereits früher angestellten Amtsgenossen ab, Henner S. 14. 15.

[11] Henner S. 16, s. auch die Citate in der vor. Anm.

[12] Auch nicht ein anderes Amt bei demselben Inquisitionsgericht zu versehen, Henner S. 17 ff.

[13] Henner S. 21. Über Fälle von Bestechungen s. Henner S. 22 n. 1.

[14] Limborch II. 20. p. 173; Henner S. 21.

[15] Henner S. 20; s. auch o. S. 458 u. S. 462.

[16] Über die besonderen, den Inquisitoren zustehenden Privilegien s. S. 460.

[17] Alex. IV. 1259, P. n. 17536, Ripoll bull. Praedic. 1, 372 u. P. n. 17662, Sbaralea bull. Francisc. 2, 360; Urban IV. 1262, P. n. 18339, bull. Taur. 3, 694; Clem. IV. 1266, P. n. 19522, Ripoll l. c. 1, 469.

servator oder Exekutor ausser auf Grund spezieller Ermächtigung des Papstes mit der Exkommunikation, dem Interdikt oder der Suspension belegt zu werden[1];

2. die Gewährung eines dreijährigen Ablasses an die Inquisitionsbeamten[2] für jede der Inquisition, wie immer geleistete Unterstützung, und falls sie bei der Ausübung ihrer Inquisitionsthätigkeit den Tod fanden, die eines vollkommenen Ablasses aller Sünden[3].

IV. Eine zweite Instanz über den Inquisitionsgerichten ist in dieser Zeit nicht organisirt worden, vielmehr bildete der Papst die höhere und höchste Instanz über denselben. War auch den Ketzern durch päpstliches[4] und weltliches Gesetz[5] ausdrücklich die Appellation verschlossen worden, so konnte sie doch nicht jedem blos wegen Ketzerei zur Untersuchung Gezogenen, weil seine Ketzer-Qualität zunächst fraglich war, verwehrt werden[6], und überdies war der Papst berechtigt, jedwede

[1] S. die vor. Anm. Die Bullen lauten übereinstimmend: „ut nullus sedis apostolicae delegatus vel subdelegatus ab eo, conservator aut etiam executor a sede apostolica deputatus eadem seu etiam deputandus in vos vel quatuor notarios sive scriptores vestros . . . quamdiu in prosecutione huiusmodi negotii vos et ipsi fueritis, possit excommunicationis vel suspensionis aut interdicti sententiam promulgare absque speciali mandato praedictae sedis, faciente plenam et expressam de hac indulgentia mentionem". Eine völlige Exemtion von jeder kirchlichen Strafgewalt mit Ausnahme der päpstlichen ist darin, so Henner S. 24. 25, nicht ausgesprochen. Freilich brauchten die Mitglieder der exemten Orden, zu denen die Inquisitoren gehörten, nicht erst eine besondere Befreiung von der bischöflichen Strafgewalt. Die Doktrin hat, s. Pegna comm. 70 u. 131 zu Eymer. III. qu. 21 u. 82, wenngleich nicht übereinstimmend, diese Privilegien auch auf die übrigen Inquisitionsbeamten ausgedehnt.

[2] Wegen der Inquisitoren selbst s. o. S. 461.

[3] Nachdem Gregor IX. 1237, P. n. 10362, Eymeric. app. p. 4; Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118; Alex. IV. 1255, P. n. 16132, ibid. 1, 127, allen denjenigen, welche den Inquisitoren bei der Bekämpfung der Ketzer geholfen, derartige Ablässe ertheilt hatten, wurden sie später, s. Alexander IV. 1259, P. n. 17663, bull. Taur. 3, 668; Urban IV. 1262 §. 13 und die weiter S. 461 n. 2 citirten Bullen auch den „sociis vestri ordinis et notariis vestris, qui vobiscum in prosecutione huiusmodi negotii laborabunt et omnibus qui personaliter vobis astiterint in eodem negotio" gewährt. Bei Alexander IV. 1255 cit. heisst es dagegen noch: „vobis . . . et omnibus personaliter vobis assistentibus", d. h. es wird hier sogar den Assistenten der Inquisitoren vollkommener Ablass wie den letzteren in allen Fällen gegeben. Es ist daher seit 1259 in dieser Beziehung eine Minderung des Privilegs eingetreten, was Henner S. 27. 28 übersehen hat.

Als weitere Privilegien zählt letzterer S. 29 ff. noch auf 1. das der Unverletzlichkeit (unter nicht zutreffender Berufung auf Gregor IX. 1233, P. n. 9220, Fredericq 1, 93, wo nur der Auftrag ertheilt wird, die Belästiger gewisser Inquisitoren und ihrer Familiaren mit Censur zu belegen), 2. der Freiheit von allen kirchlichen und weltlichen Abgaben, 3. das Recht auf Verabreichung aller Lebensmittel zu einem angemessenen Preis, 4. sowie das Recht der Inquisitoren, ihren untergeordneten Beamten das Waffentragen zu erlauben. Für keins derselben weist Henner besondere, der hier fraglichen Zeit angehörige päpstliche Erlasse nach, es galten vielmehr, was die zuerst erwähnten drei Rechte betrifft, die allgemeinen Vorschriften für Kleriker und Mönche, also namentlich auch das privilegium canonis (Bd. I S. 118), s. auch o. S. 213 u. 216. Die Freiheit von weltlichen Abgaben ist übrigens den Mönchsorden ebenfalls von Fürsten und Herren zugestanden worden, so 1280 in Brabant, Fredericq 1, 144, und wurde selbstverständlich von den Inquisitoren, da die Inquisition ein kirchliches Institut war und die Kirche Abgabenfreiheit für ihre Diener beanspruchte, verlangt, Pegna comm. 1 lit. f. ad Eymeric. III. n. 3, p. 419. Die Haltung bewaffneter Beamten und Leute durch die Inquisition zu ihrem Schutz und zur Durchführung ihrer Befehle war ebenfalls durch ihre Stellung von selbst bedingt, wennschon dadurch Konflikte mit solchen Obrigkeiten, welche auch gegen ihre Bürger Verbote des Waffentragens erlassen hatten, s. für das 13. Jahrh. Henner S. 31. 32, hervorgerufen wurden. Päpstlicherseits ist blos wiederholt gegen Missbräuche dabei, namentlich gegen die Ertheilung der Erlaubniss an unzuverlässige Leute und an Nichtfamiliaren eingeschritten worden, Clem. 2 1. f. de heret. V. 3; Johann XXII. 1321, Eymeric. app. p. 80 und die Nuntiatur-Verordnung v. 1321, Lea 1, 572.

Dass alle die gedachten Privilegien durch Calixt III. 1458, Eymeric. app. p. 98 bestätigt worden sind, so Henner a. a. O., ist nicht richtig, vielmehr bestätigt diese Bulle nur Innocenz IV. 1254 cit. S. 461 n. 4.

[4] Gregor IX. 1229, P. n. 8445 u. 1231, P. n. 8474, Fredericq 1, 77: „proclamationes aut appellationes huiusmodi personarum minime audiantur"; c. 18 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 3.

[5] Friedrich II. 1232: Commissi LL. 2, 289; Karl IV. 1369, Fredericq 1, 216.

[6] Wie denn auch die Doktrin das Verbot nur auf die Appellation von der verurtheilenden De-

Appellation anzunehmen[1]. Die Nothwendigkeit von Reisen der Inquisitoren und der Appellanten in solchen Fällen, die Inanspruchnahme der Päpste durch derartige Geschäfte, ferner der Umstand, dass bei der Ausdehnung der Inquisition diese sich nicht allein überlassen bleiben konnte, vielmehr für die Aufrechterhaltung der Einheit in allen wichtigen Fragen sich die Nothwendigkeit der Einrichtung einer oberen leitenden Instanz geltend machte, haben schon Urban IV. veranlasst 1262 einen Kardinal zum General-Inqusitor (*inquisitor generalis*) zu ernennen[2]. An ihn sollten sich die Inquisitoren schriftlich oder persönlich in schwierigen Fällen wenden, und dieser sollte dann die Entscheidung des Papstes einholen, während dem ersteren eine selbstständige Erledigung der anderen, also namentlich der laufenden Angelegenheiten überlassen wurde[3], so dass derselbe nur in diesen letzteren die Stellung eines iudex delegatus besass, im Übrigen aber nur die Sachen für den Papst vorzubereiten und ihn bei ihrer Erledigung zu berathen hatte. Dieses Amt blieb aber nur bis zum J. 1294 besetzt, und nachdem dann Clemens VI. (1342—1352) nochmal einen General-Inquisitor bestellt hatte[4], ist dasselbe anscheinend überhaupt nicht wieder verliehen und mit Rücksicht auf die im Laufe der Zeit fest ausgebildete Praxis der Inquisitionsgerichte für überflüssig erachtet worden[5].

§. 291. γ. *Die Unterhaltung der päpstlichen Ketzergerichte.*

Die päpstlichen Ketzergerichte erforderten eine Reihe von Aufwendungen für ihr Dienstpersonal, für die Beschaffung und die Unterhaltung der Gerichts- und Archivlokalien, sowie der Gefängnisse, für die Deckung der sonstigen sachlichen Kosten, endlich auch für den Unterhalt der in Untersuchungshaft befindlichen Angeschuldigten[6] und der zu langwierigem oder lebenslänglichem Gefängniss verurtheilten Ketzer. Hatten auch die delegirten Richter nach gemeinem Rechte ihre Funktionen unentgeltlich auszuüben[7], so erhielten doch die Inquisitoren, welche überwiegend Bettelmönche waren, meistens von ihren oft weit entfernten Klöstern nicht das zum Lebensunterhalt Nothwendige[8]. Deshalb musste ihnen eine Remuneration gewährt werden, ferner waren auch die Dienste einer Anzahl von Hülfsbeamten nicht umsonst zu beschaffen[9],

finitivsentenz bezogen hat, Pegna comm. 31 ad Eymeric. III. n. 127.

[1] C. Douais sources p. 420 (Beschwerde der südfranzösischen Ketzerrichter über den Missbrauch der Appellation an Innocenz IV. 1245).

[2] P. n. 18422, Ripoll bull. Praedic. 1, 434 u. Sbaralea 2, 452: „quatenus in negotio eodem ... diligenter iuxta formas super eo vobis traditas procedentes periculosa et gravia impedimenta quae in praedicto negotio vobis emerserint ... cardinali (Johann Cajetan Orsini) quem eidem praefecimus negotio significare curetis: super aliis vero impedimentis quibuslibet, quae sive ex defectu sociorum sive alias ex quacumque causa vobis in ipso negotio emergere forte contigerit et personaliter, si opus fuerit, ad cardinalem recurratis eundem; et per litteras vestras seu nuncios secure ipsi cardinali omnia intimare curetis, ut nos per eum sufficienter super praemissis instructi contra impedimenta huiusmodi provideamus de remediis opportunis."

[3] Eine Anordnung des Generalinquisitors v. 1273 bei Lea 1, 573 u. Frédericq 1, 521.

[4] Henner S. 367; Lea 1, 397.

[5] Während der Nichtbesetzung des Amtes haben die Päpste gegebenen Falles namentlich auf etwaige an sie gebrachte Beschwerden höhere kirchliche Würdenträger, insbesondere Kardinäle, mit Untersuchungen und Visitationen, so z. B. Clemens V. 1306 u. 1310, Molinier p. 94. 98, betraut. Vgl. auch Henner S. 367.

[6] Mitunter wurden diese, z. B. in Carcassonne, Jahre lang (5 Jahre und länger) in Haft gehalten, Lea 2, 94. 102.

[7] c. 10 (Innoc. III.) X de vita III. 1.

[8] 1255 werden durch Alexander IV. P. n. 15995, Ripoll bull. Praedic. 1, 286, mehrere Dominikaner auf ihr Gesuch von ihren Funktionen als Inquisitoren entbunden, weil sie dieselben propter defectum expensarum nicht ausüben können.

[9] Von diesen hatten allerdings die crucesignati, S. 461 n. 3, welche ihrerseits gerade die Inquisition nach Möglichkeit mit Geldmitteln

und unter allen Umständen mussten die nöthigen Mittel für die sonstigen Kosten aufgebracht werden.

Obwohl die Ketzergerichte eine päpstliche Einrichtung waren, wurden dieselben doch nicht von Rom unterhalten [1]. Vielmehr erklärte man mit Rücksicht darauf, dass auf die Ketzerei bei Laien die Strafe der Vermögenskonfiskation zu Gunsten der weltlichen Obrigkeiten gesetzt war [2], die Fürsten, sonstigen weltlichen Herren und Kommunen, denen das konfiscirte Vermögen zufiel, zur Bestreitung der erwachsenden Kosten für verpflichtet [3]. Allerdings entsprachen die weltlichen Gewalten in einzelnen Ländern, z. B. in Frankreich während des 13. und 14. Jahrhunderts [4], in Deutschland unter Karl IV. [5], ferner in Neapel [6] und in Venedig [7] diesen Anforderungen, indessen deckten doch die Leistungen derselben vielfach nicht den vollen Bedarf der Inquisition [8], ganz abgesehen davon, dass die weltlichen Mächte dadurch einen Einfluss auf die letztere gewannen, welche es ihnen gestattete, die Thätigkeit derselben von sich abhängig zu machen [9].

Unter diesen Umständen blieb daher nichts übrig, sowohl in diesen Ländern,

unterstützen sollten, und die consultores, S. 463 da sie meistens Geistliche mit kirchlichen Benefizien waren, nichts zu beanspruchen.

[1] Höchstens haben gelegentlich einzelne Päpste dafür Aufwendungen gemacht, so hat Nikolaus IV. 1290, P. n. 23201, Sbaralea bull. Francisc. 4, 139, zweien Inquisitoren ihre Kosten aus den Einkünften des damals schon päpstlichen Venaissin erstatten lassen, oder auch, wie Gregor XI. 1376, Wadding annal. Minorum ed. Forsera a. 1376 n. 3; Lea 2, 155, Ablässe für diejenigen ertheilt, welche Beiträge für die Zwecke der Inquisition geben würden, Gregor XI. in dem gedachten Fall zur Errettung der von dem französischen Inquisitor Borelli eingekerkerten Untersuchungs- und Strafgefangenen vom Hungertode.

Die Bischöfe hatten sowohl für die Ausübung ihrer eigenen Ketzer-Inquisition, wie auch für die Betheiligung bei der päpstlichen (s. §. 294) keinen Anspruch auf Kostenersatz, c. 1 (Benedikt XI.) in Extr. comm. de heret. V. 3.

[2] S. o. S. 380.

[3] Schon das Leg. K. Toulouse 1229 c. 11, M. 23, 196 bestimmt: „quibus (den zu Bussleistungen eingekerkerten geständigen Ketzern) ab illis qui bona eorum tenuerint, provideatur in necessariis secundum dispositionem praelati: si vero bona non habuerint, eis provideatur per praelatum"; Beziers 1246 c. 23, p. 720: „Curetis tamen, ut talibus immurandis fiant . . . separatae et occultae camerulae . . . ut alterutrum vel per se vel alios pervertere nequeant; et eos enormis rigor carceris non extinguat: quod ab illis qui bona eorum tenuerint, fieri et in necessariis provideri faciatis eisdem sec. statuta conc. Tolos."; Albi 1254 c. 24, p. 839: „ut illi faciant ipsos muros, qui bona occupant eorundem et fiant, ubi dioecesanus episcopus noverit construendos. In quibus muris arctis sic sint clausi, quod exire inde non valeant ullo modo, quibus immuratis et immurandis provideatur in necessariis secundum dispositionem praelati ab illis qui bona ipsorum tenuerint. Si vero non habeant ulla bona, dominus et loci communitas, ubi inventi fuerint, providere eis in necessariis non postponant, et ad hoc, si opus fuerit, a dioecesano per censuram ecclesiasticam compellantur"; von päpstlichen Anordnungen s. Innocenz IV, 1252: Ad exstirpanda für die Lombardei, Romagna u. die Mark Treviso, bull. Taur. 3, 552 §. 34: „Teneatur insuper potestas seu rector omnia bona haereticorum . . . et condemnationes pro his exactas dividere tali modo: una pars deveniat in commune civitatis vel loci, secunda in favorem et expeditionem officii detur officialibus, qui tunc negotia ipsa peregerint, tertia ponatur in aliquo tuto loco secundum quod dictis dioecesano et inquisitoribus videbitur reservanda et expendenda per consilium eorumdem in favorem fidei et ad haereticos exstirpandos, non obstante huiusmodi divisioni statuto aliquo condito aut condendo"; §. 22: „Teneatur insuper potestas seu rector quilibet omnes haereticos vel haereticas, qui capti amodo fuerint . . . in aliquo speciali carcere tuto et securo . . . sub expensis communis civitatis vel loci sui facere custodiri"; vgl. auch §. 14. ibid., o. S. 465 n. 4, wiederholt für Italien von Clemens IV. 1263 u. 1265, bull. Taur. 3, 744. 763.

[4] So sorgte Ludwig IX. 1233. 1234. 1246. 1248. 1258 für die Inquisitionsgefängnisse an einzelnen Orten, für den Unterhalt der Gefangenen und für die Erstattung der Kosten an die Inquisition, Lea 1, 490. 527 u. 2, 115. 117; Molinier p. 306; Henner S. 227 n. 2; über die spätere Zeit s. Henner a. a. O., Lea 1, 527 u. 2, 131; Bernard. Guidon. II. n. 43. 44 p. 64. 65.

[5] S. 455 n. 5. Auch in Freiburg wurde im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts die Inquisition aus weltlichen Mitteln unterhalten, s. Henner a. a. O.

[6] Friedberg Grenzen zw. Staat u. Kirche S. 659; Lea 1, 525 ff.

[7] S. 454 n. 2.

Weitere Nachweisungen bei Henner a. a. O. a. E.

[8] Namentlich da, wo die Konfiskationen wenig einbrachten. 1237 klagt Gregor IX., dass die königlichen Beamten in Frankreich trotz der Konfiskationen nichts für den Unterhalt der Gefangenen hergeben, Lea 1, 526.

[9] Wie dies in Venedig geschehen ist, S. 454 n. 2.

wie auch in denjenigen, in denen von der weltlichen Obrigkeit keine Geldmittel hergegeben wurden, andere Einnahmequellen zu eröffnen.

Schon gegen Mitte des 13. Jahrhunderts hatten einzelne Partikularkonzilien[1] sowie die Päpste[2] ausser den weltlichen Obrigkeiten auch die Bischöfe für verpflichtet erklärt, zu den Kosten der Inquisition beizutragen, indem man davon ausging, dass es die Pflicht der Bischöfe sei, die Ketzer zu verfolgen, und daher auch die Kosten für die päpstlichen Inquisitoren, welche sie in dieser Funktion unterstützten, aufzubringen[3], aber die ersteren suchten sich ebenfalls vielfach der Unterstützung einer Einrichtung, durch welche ihre Stellung herabgedrückt wurde, zu entziehen[4].

Ferner ist schon früh der Gedanke hervorgetreten, der Inquisition eigene Einnahmen zu verschaffen und aus diesen die Kosten für dieselbe zu bestreiten. So hat Innocenz IV. für einzelne Theile Ober-Italiens die weltlichen Obrigkeiten verpflichtet, zwei Drittel der konfiscirten Güter der Ketzer zu Gunsten der Inquisition und ihrer Beamten zu verwenden[5], und Alexander IV. die Inquisitoren der römischen Provinz ermächtigt, die konfiscirten Güter der Ketzer zum besten der Inquisition zu verkaufen[6]. Aber da, wo die weltlichen Gewalten das Konfiskationsrecht übten, versagte dieses Mittel bei mangelnder Bereitwilligkeit derselben vielfach[7], selbst wenn es sich um wohlhabende Angeschuldigte handelte. Daher schritten die Inquisitoren schon früh zur Verhängung von Geldstrafen[8], und wenngleich anfänglich die Zulässigkeit dieses Verfahrens beanstandet worden ist[9], so setzten sich die Inquisitoren doch über diese Bedenken hinweg, und noch im Laufe des 13. Jahrhunderts hat sich eine feste Praxis für die Zulässigkeit derselben gebildet[10]. Eine weitere

[1] Toulouse 1229 c. 11, S. 469 n. 3; Narbonne 1234 c. 1235, M. 23, 357: „Conversis ab haeresi pauperibus includendis carceres construantur. Et in necessariis provideant (sc. inquisitores), ne per tales nimium graventur praelati vel eorum multitudini fortasse nequeant providere" (welches allerdings die Bischöfe nur neben den Inquisitoren verpflichtet).

[2] So Innocenz IV. 1253, P. n. 14856, bull. Taur. 3, 562, wonach die Bischöfe der Lombardei aus den verfallenen Kautionen der nach der Abschwörung der Ketzerei rückfällig gewordenen Häretiker zu den Kosten der Inquisition beisteuern sollen; für Frankreich eine weitere Bulle von Innocenz IV. von Lea 1, 489 angeführt; vgl. auch ferner in Betreff Gregors XI. ibid. 1, 489 u. 2, 154; Alexanders VI. und Martins V. ibid. 2, 138, 139.

[3] Guido Fulcodius (Clemens IV.) consult. bei Pegna comm. 157 n. 2 ad Eymer. III. qu. 108. p. 708, s. auch Eymer. qu. cit.

[4] S. Lea 1, 489 u. 2, 138. 139. 154. 174; Eymer. qu. cit.

[5] S. 469 n. 3.

[6] 1260, P. n. 17944, bull. Taur. 3, 672.

[7] Henner S. 230 hat nicht genügend beachtet, dass selbst nach kirchlichem Recht, s. z. B c. 13 §. 1 de heret. V. 7, allein das Vermögen der ketzerischen Geistlichen kirchlicherseits und auch nur zu Gunsten ihrer Kirchen, das der Laien aber blos von den weltlichen Obrigkeiten für diese konfiscirt werden konnte.

[8] Beispiele aus d. J. 1237 u. 1245 bei Lea 1, 471; vgl. auch Henner S. 232 n 2.

[9] So werden sie noch durch Narbonne 1234 o. 1235 c. 17, M. 23, 361 verboten: „Similiter a fidejussoribus haereticorum seu credentium qui fugerunt et a decedentibus, qui poenitentias non egerunt, vel ab eorum heredibus seu fidejussoribus exactis per episcopum loci ex officio suo bonis pignoribus et in aliqua aede sacra depositis, ad dominum legatum poenitentiarum iniunctio referatur. Ab huiusmodi enim pecuniariis poenitentiis et exactionibus vobis (Inquisitoren) est abstinendum pariter et parcendum propter vestri ordinis honestatem". Innocenz IV. ordnete dagegen 1245 an, dass solche Strafen an zwei vom Bischof und vom Inquisitor gewählte Vertrauenspersonen gezahlt und für die Gefängnisse und den Unterhalt der Gefangenen verwendet werden sollten; Lea 1, 471 (ähnlich auch Beziers 1246 c. 27, M. 23, 721: „poenas seu poenitentias pecuniarias pro carceribus construendis et ministrandis necessariis expensis, immurandis pauperibus ac personis negotio inquisitionis necessariis iniungatis culpabilibus memoratis"), während er sich schon 1249 genöthigt sah, einzelnen Inquisitoren die übermässige Höhe der Strafen zu verweisen, und 1251 die Verhängung derselben, sofern eine andere Busse möglich erschien, zu verbieten, Lea 1, 472. Alexander IV. 1258, P. n. 17401, bull. Taur. 3, 666 beanstandet dagegen die Geldstrafe nicht mehr und wiederholt die Vorschrift Innocenz' IV. v. 1245; s. auch Molinier p. 389.

[10] Lea 1, 472. 473; Innocenz IV. Ad exstirp. 1252 cit. §. 32, bull. Taur. 3, 557, wonach die weltliche Obrigkeit die Geldstrafen eintreiben soll; Alex. IV. cit., s. vor. Anm.; aus dem 15. Jahrh. bei Fredericq 1, 382. 383. Dafür auch die Inquisitionsschriftsteller, s. Eymeric. III. qu.

Einnahmequelle bildete die Umwandlung der den Schuldigen auferlegten Bussen in Geldleistungen zu frommen Zwecken, zu denen selbstverständlich auch die Unterstützung der Inquisition gerechnet wurde[1]. Endlich kamen die verfallenden Kautionen derjenigen Ketzer, welche dieselben für ihr Erscheinen vor der Inquisition, für die Erfüllung der Befehle der Inquisitoren, namentlich der ihnen auferlegten Bussen zu bestellen hatten[2], sowie die ihrer Bürgen in Betracht[3]. Auf diese Weise ist es gelungen, wenigstens in einzelnen Ländern, so namentlich in Nord- und Mittel-Italien[4], die Inquisition allein aus ihren eigenen Einnahmen zu erhalten.

δ. Die Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte.

§. 292. αα) *Die sachliche Zuständigkeit.*

Die Inquisitionsgerichte hatten als päpstliche Sondergerichte

1. über das Verbrechen der Ketzerei[5], also das an den Tag gelegte wissentliche und hartnäckige Fürwahrhalten einer den von der Kirche gelehrten christlichen Dogmen widersprechenden Lehre[6], zu urtheilen[7]. Zu ihrer Kompetenz gehörte in Folge dessen auch jede Art der Theilnahme an der Ketzerei und der Begünstigung derselben und der Ketzer[8].

103. und Pegna comm. 103 dazu und die dort citirten.

[1] Bernard. Guidon. II. n. 15 p. 51; n. 22 p. 55 u. n. 25 p. 56; Limborch sentent. Tholos. p. 40; Lea 1, 473. 477; Molinier p. 391. 394. 397.

[2] Solcher erwähnt schon das Konzil v. Beziers 1246, cons. c. 15 M. 23, 718; ferner Innocenz IV. 1253, P. n. 14853, bull. Taur. 3, 561 und P. n. 14856, Eymeric. app. p. 15; Alexander IV. 1260, P. n. 17401. u. 17764, bull. Taur. 3, 666. 667. Vgl. Molinier, p. 367.

[3] S. Innocenz IV. 1254, P. n. 15412, Ripoll bull. Praed. 1, 247 u. P. n. 15449, Sbaralea bull. Francisc. 1, 748. Übrigens wurden auch mitunter von Städten und weltlichen Obrigkeiten einzelnen Inquisitoren, namentlich aus Anlass eines öffentlichen Urtheils Geschenke, besonders in Naturalien, so in Wein, gemacht, Fredericq 1, 314. 324. 325. 409.

[4] Lea 1, 491. 525; auch in Portugal s. Henner S. 230.

[5] S. Bd. I S. 46.

[6] Über ketzerische Sekten, deren Lehren verworfen worden sind, s. z. B. c. 8 (Lateran. III. 1179 c. 27) u. c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 7; c. 2 (Lateran. IV. 1215 c. 2) X de summa trin. I. 1; Gregor IX. 1229 u. 1231, P. n. 8445. 8754, Fredericq 1, 75. 77 u. 1235, P. n. 10043, M. 23, 73; Innocenz IV. 1254, P. n. 15425, bull. Taur. 3, 588; Alexander IV. 1260, P. n. 17840, Ripoll. bull. Praedic. 1, 391; Nikolaus IV. P. n. 23589, bull. Taur. 4, 105.

[7] Die in der vorangehenden Darstellung citirten Bullen für die Inquisitoren gedenken meistens bestimmter Ketzereien nicht, sondern ermächtigen die Inquisitoren schlechthin gegen die in ihrem Bezirk herrschenden Ketzereien einzuschreiten.

[8] Denn den Ketzern waren, c. 8 u. c. 9 cit., c. 13 (Lateran. IV. 1215 c. 3) §. 5 X de heret. V. 7 und die vor Anm. citirten Exkommunikationen Gregors IX. v. 1229. 1231 u. 1235, die credentes, defensores, fautores et receptatores haereticorum (vgl. Bd. I S. 47; Penacchi, comm. in const. Apostol. sed. Rom 1883. 1, 9 n. 1 u. p. 63) gleichgestellt, und die Inquisitoren wurden päpstlicherseits ausdrücklich angewiesen, auch gegen diese einzuschreiten, s. z. B. Gregor IX. 1237. M. 23, 75; Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118, Innocenz IV. 1254 cit., Urban IV. 1262, P. n. 18387, Eymeric. p. 137; Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138. Was 1. die *credentes* betrifft, (bei Bernard. Guidon. I. n. 3 p. 4 im Gegensatz zu dem ketzerischer Lehren aufstellenden haeresiarcha als coheretici bezeichnet) so unterscheiden die Inquisitionsschriftsteller diejenigen, welche sich als solche verbis (Bekenntniss von häretischen Lehren oder Predigen oder Vertheidigen solcher) oder factis (Theilnahme an ketzerischen Predigten und Riten, s. auch Narbonne 1235 c. 29, M. 23, 364) kundgeben; Bernard. Guidon. IV p. 223, Eymer. II qu. 50; Limborch III c. 7 p. 197; Limborch sent. Tholos. p. 148. 2. Wegen der *defensores* s. Innoc. IV. 1252: Ad exstirpanda §. 21, bull. Taur. 3, 555; Bernard. Guidon. IV p. 332; Eymeric. II qu. 52; 3. *fautores* Narbonne 1235 cit. c. 15 ff., M. 23, 360; Johann XXII. 1326, Eymeric. app. p. 80. 81; Bernard. Guidon. IV p. 226; Eymeric. II qu. 53; Limborch III. 9 p. 201; Limborch sent. Tholos. p. 268, zu denen namentlich auch die weltlichen Obrigkeiten gezählt wurden, wenn sie die von den Inquisitoren oder Bischöfen geforderte Hülfe nicht leisten, ferner die impeditores, impedientes officium fidei et inquisitionis, s. Urban IV. 1262 u. Gregor X. 1273 citt.; Bernard.

Sodann waren die Inquisitionsgerichte

2. für jede *suspectio de haeresi*[1], d. h. für alle Handlungen, welche der Ketzerei verdächtig machten, zuständig. Selbstverständlich hatten die Inquisitoren in jedem Falle darüber zu entscheiden, welche Handlungen sich als solche charakterisirten. Nach der Praxis, für welche einzelne päpstliche Entscheidungen mitbestimmend gewesen sind, gehörten hierher:

a) *sortilegium* und *divinatio*, sofern diese Vergehen eine ketzerische Gesinnung klar erkennen lassen[2],

b) Blasphemie, aber ebenfalls nur, wenn durch dieselbe ketzerische Anschauungen zum Ausdruck gebracht wurden[3],

c) *abusus sacramentorum*, wie *baptismatis*[4], *eucharistiae*[5] et *sacrificii*[6],

d) die Fälschung von Inquisitionsurkunden[7],

e) die *usurpatio officii inquisitionis*[8],

f) jede *injuriatio* und *offensio status, rerum et personarum s. officii inquisitionis*[9],

g) die Nichtbefolgung der Ladungen vor das Inquisitionsgericht, *contumacia* und *fuga in causa fidei*[10],

h) die Verweigerung der Leistung eines Eides im Inquisitionsprozess, wenn dies deshalb geschieht, weil der Eid nicht für erlaubt erachtet wird[11],

Guidon. IV p. 199; Eymerc. II qu. 54 u. III qu. 39, und 4. wegen der *receptatores* Innoc. IV. 1252 Ad exstirpanda cit. §. 27; Bernard. Guidon. IV p. 231; Eymer. II qu. 51. Vgl. noch die dem 13. Jahrh. angehörige, die Praxis der Inquisitoren in Carcassonne berücksichtigende doctrina de modo procedendi contra haereticos bei Martène u. Durand thesaur. nov. anecdot. 5, 1795. Weitere Nachweisungen bei Henner S. 302.

[1] Mit Rücksicht darauf, dass schon c. 9 (Verona 1184) und c. 13 §. 2 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7, das Einschreiten gegen die sola suspicione notabiles anordnen, haben Gregor IX. 1235, P. n. 10362; Innocenz IV. 1247, Fredericq 1, 117, s. auch Alexander IV. P. n. 16132, ibid. p. 127; Urban IV. 1262, bull. Taur. 3, 689, den Inquisitoren vorgeschrieben, auch gegen die *infamati* vorzugehen, und Alexander IV. 1258 §. 1, bull. Taur. 3, 663 (ein Auszug in c. 8 in VI de heret. V. 3) setzt die Zuständigkeit gegen die suspecti als selbstverständlich voraus. Vgl. weiter Bernh. Guidon. I n. 4 p. 5, III. n. 19 p. 111; Eymeric. II qu. 55 ff.

[2] Alexander IV. 1258 cit. §. 4 („nisi manifeste saperent haeresim"), auch c. 8 cit. §. 4 in VI de heret. V. 3 (vgl. Glosse dazu s. v. saperent: „Sicut est circa aras idolorum nefarias preces emittere, sacrificia offerre, daemones consulere, eorum responsa suscipere; vel associant sibi propter sortes exercendas haereticos vel faciunt praedicta cum corpore vel sanguine Christi vel in sortibus ut possint habere responsa, puerum rebaptizant vel his similia"), Eymeric. III qu. 42; s. auch das Urtheil v. 1330, bei Lea 3, 660. Mit Rücksicht darauf, dass die Prüfung der Zuständigkeit den Inquisitoren zustand, ist die Praxis derselben zum Theil schon früh über diese Grenze hinausgegangen, vgl. Lea 3, 434. 448. 452. 461. 511; wegen der späteren Erweiterung der Zuständigkeit über das gemeine Recht hinaus, sowie über die Kompetenz bei Hexerei, s. die Darstellung der folgenden Periode und vorläufig Henner S. 309 ff.

[3] Über die s. g. *blasphemia haereticalis* Eymeric. II qu. 41; Henner S. 307.

[4] Die Wiedertaufe schon getaufter oder die Taufe lebloser Gegenstände, wie Bilder, Bernard. Guidon. V n. 2 p. 301.

[5] Missbrauch der Hostie zu abergläubischen Zwecken, Bernard. Guidon. III. n. 43 p. 158.

[6] Gebrauch einer nicht geweihten Hostie und Behandlung derselben durch den Priester, ebenso wie wenn sie konsekrirt wäre, l. c. III. n. 42 p. 157.

[7] Limborch sent. Tholos. p. 297: „quia tu fecisti, consensisti, opem et operam dedisti cum quibusdam aliis personis falsificari literam inquisitoris Carcasson. removendo sigillum de una littera et ponendo in alia, ut per illam literam persone alique innocentes de crimine citarentur, ut a te et tuis comparticipibus extorqueretur pecunia ab eisdem", Henner S. 315.

[8] Fredericq 1, 453; Henner S. 315.

[9] Eymeric. III qu. 36; vgl. auch Nikolaus III. 1278 bei Kaltenbrunner, Aktenstücke z. Gesch. d. deutsch. Reichs unt. Rudolf I. S. 123. Ein weiterer Fall dieser Art, in dem erst der Bischof, dann der Papst selbst eingeschritten ist, P. n. 22429 (Honorius IV. 1286), Eymeric. app. p. 69; vgl. auch Henner S. 315.

[10] c. 7 (Alex. IV.) in VI de heret. V. 3; Bernard. Guidon. I. n. 9 ff. p. 8; Limborch sent. Tholos. p. 175. 205. 261. 369 ff.; Henner S. 316.

[11] c. 13 §. 7 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7; Eymeric. III qu. 41, Henner S. 316.

i) die Ablegung falschen Zeugnisses und die Bestimmung und die Verleitung dazu, oder wissentlich falsche Anschuldigung bei dem Inquisitionsgericht[1],

k) die insordescentia in excommunicatione ex causa fidei lata[2],

l) die *lectio, retentio* und *propagatio librorum prohibitorum ob causam haeresis*[3],

m) die wissentliche Gewährung eines kirchlichen Begräbnisses an Ketzer[4],

n) das dauernde Unterlassen der Erfüllung der kirchlichen Pflichten[5],

o) der Wucher, wenn gleichzeitig das Zinsennehmen für erlaubt erklärt wird[6],

p) die *apostasia ab ordine vel a statu regulari*, sofern damit Handlungen verbunden sind, welche auf ketzerische Gesinnung schliessen liessen[7].

Endlich waren die Inquisitionsgerichte auch

3. für die *apostasia a fide*[8] und

4. das Schisma[9]

zuständig.

§. 293. *ββ. Die Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte in persönlicher Beziehung.*

Wie die Kirche ihre Straf- und Disciplinarstrafgewalt für gewisse Fälle über Nichtgetaufte, namentlich über die Juden und die Sarazenen erstreckt hat (S. 300. 301), so sind dieselben insbesondere auch den Inquisitionsgerichten unterworfen worden und zwar, wenn sie Christen zum Übertritt zum Judenthum verleiteten[10], wenn sie zu dem

[1] Molinier p. 421. 422; Limborch sent. Tholos. p. 180; Bernard. Guidon. III n. 17 p. 103; Eymeric. III n. 208 ff.; Henner S. 316.

[2] D. h. wenn Jemand, welcher ex causa fidei exkommunicirt ist, länger als ein Jahr in der Exkommunikation verbleibt, c. 13 §. 2 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7; Gregor IX. 1227. 1231, P. n. 8445. 8754, Fredericq 1, 77 u. 1235, P. n. 10043, M. 23, 73; Innoc. IV. 1254. §. 5, bull. Taur. 3, 588; c. 7 cit. c. 18 (Bonif. VIII.) in VI de heret. V. 2; Bernard. Guidon. I n. 15 p. 13; II n. 20 p. 111; IV p. 177; Eymeric. II qu. 47; Henner S. 317 n. 1. S. auch o. S. 142 n. 12.

[3] Fredericq 1, 64 (1210); Gregor XI. 1376, ibid. 1, 237, vgl. auch Bd. IV S. 441 n. 1. Über das hier nicht zu berücksichtigende 16. Jahrh. s. Henner S. 318.

[4] Also in geweihter Erde oder unter Feier der kirchlichen Exequien, Gregor IX. 1227 u. 1235 cit. (s. Anm. 2); c. 2 (Alex. IV.) in VI de heret. V. 2; Eymer. III qu. 40.

[5] Fredericq 1, 99 (1235).

[6] Während noch Alex. IV. 1258 §. 6, bull. Taur. 3, 663 (kürzer in c. 8 §. 5 in VI de heret. V. 2) die Zuständigkeit beim Wucher ausschliesst, ordnet Clem. un. §. 2 de usur. V. 5 an: „si quis in illum errorem inciderit, ut pertinaciter affirmare praesumat, exercere usuras non esse peccatum, decernimus eum velut haereticum puniendum, locorum nihilominus ordinariis et haereticae pravitatis inquisitoribus districtius iniungentes, ut contra eos quos de errore huiusmodi diffamatos invenerint aut suspectos, tanquam contra diffamatos vel suspectos de haeresi procedere non omittant".

[7] Eymeric. II qu. 49 u. Pegna comm. 73 dazu; Henner S. 320.

[8] Denn diese steht der Ketzerei gleich, Eymeric. II qu. 49; Limborch III 22 p. 239; Henner S. 320. Über den Abfall von Christen, namentlich getaufter Juden und Sarazenen zum Judenthum und Mohamedanismus, c. 13 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2, s. Anm. 10.

[9] War mit dem Schisma zugleich Verwerfung der kirchlichen Glaubenslehren verbunden, so wurde der Schuldige dem Ketzer gleichbehandelt, anderenfalls galt er aber der Ketzerei verdächtig, Eymeric. III qu. 48, Henner S. 322.

Dagegen ist die Simonie, obwohl sie in älterer Zeit ebenfalls als Ketzerei bezeichnet worden ist, s. o. S. 161. 162, niemals von den Inquisitionsgerichten vor ihr Forum gezogen worden, Lea 3, 625 ff., Henner S. 325 n. 1.

[10] So in Betreff der Juden Clemens IV. 1267, P. n. 20095, bull. Taur. 3, 786: „quatenus terminos vobis ad inquirendum contra hereticos auctoritate sedis apostolicae designatos . . . contra christianos se ad ritum iudaeorum transferentes, . . . tanquam haereticos procedatis. Iudaeos autem qui christianos utriusque sexus ad eorum ritum execrabilem hactenus induxere aut inveneritis de cetero inducentes, poena debita puniatis . . . Invocato ad hoc, si opus fuerit, auxilio brachii saecularis"; wiederholt von Gregor X. 1274, P. n. 20798, l. c. 4, 24; von Nikolaus IV. 1288, P. n. 22795, l. c. 4, 88 u. Eymer.

letzteren übergetretene Christen oder überhaupt Ketzer bei sich aufnahmen, begünstigten oder vertheidigten[1] oder wenn sie durch Wort oder That den ihnen mit den Christen gemeinsamen Gottesglauben leugneten oder schmähten oder sich Schmähungen gegen die besonderen christlichen Lehren zu Schulden kommen liessen[2]. Ausserdem waren auch die Inquisitionsgerichte für die Unterdrückung der gegen den christlichen Glauben gerichteten Bücher der Juden und der Ungläubigen[3] zuständig.

Was die Christen betrifft, so unterstanden diese selbstverständlich den Inquisitionsgerichten. Ausgenommen von ihrer Zuständigkeit waren aber der Papst[4], die Bischöfe[5], die päpstlichen Nuntien und Offizialen[6], endlich die Inquisitoren selbst, gleichviel, ob sie direkt vom Papste oder von den Ordensoberen ernannt waren[7]. Dagegen sind ihnen zu Anfang sowohl die Ordensleute, wie auch die Weltgeistlichen[8] unterworfen gewesen. In Betreff der ersteren sind aber seit dem 15. Jahrhundert vorübergehend Änderungen[9] eingetreten[10], während für die letzteren, ebenso wie für die

p. 371. Vgl. auch Nikolaus IV. 1290, P. n. 23170. 23185 u. 23391, Sbaralea bull. Francisc. 4, 131. 136. 173, und in Betreff der Sarazenen fast gleichlautend Gregor XI.: Admodum dolentes v. 1372, bull. Taur. 4, 540. Als Strafe wurde gegen die Juden Gefängniss und auch Geldbusse angewendet, Bernard. Guidon. II. n. 1 p. 55.

[1] Nikolaus IV. 1290, P. n. 23391 cit., wo in die cit. Bulle (S. 473 n. 10) zwischen haereticos und procedatis eingeschoben ist: contra fautores quoque, receptatores et defensores eorum (vgl. dazu S. 471 n. 8), was die Doktrin auch auf die Begünstigung aller Ketzer ausgedehnt hat, Eymeric. II. qu. 46 n. 15.

[2] Eymeric. l. c. n. 3. 12. 15. 16. Dies hat allerdings erst in der folgenden Periode durch Gregor XIII.: Antiqua iudaeorum improbitas v. 1581, bull. Taur. 8, 378, Eymeric. app. p. 179 und Clem. VIII.: Cum Hebraeorum malitia v. 1593, bull. Taur. 10, 25, eine ausdrückliche Bestätigung erhalten.

[3] Schon Gregor IX. 1239, P. n. 10767. 10768. Sbaralea bull. Franc. 1, 268. 270. 271 und Innocenz IV. 1244, P. n. 11376, bull. Taur. 3, 508 hatten für Frankreich, Portugal, Spanien und England (vgl. auch Lea 1, 551) angeordnet, dass die Erzbischöfe, Fürsten, Dominikaner und Franziskaner alle Exemplare des Talmud und anderer den christlichen Glauben angreifenden und Blasphemien gegen denselben enthaltenen Bücher den Juden fortnehmen und verbrennen lassen sollten. Mit Rücksicht hierauf schritten nunmehr die Inquisitoren ein, hierin mehrfach von der weltlichen Gewalt, so in Frankreich durch Ludwig IX. 1255 und Philipp IV. 1299, Lea 1, 555, unterstützt; Bernard. Guidon II. n. 48 p. 67 (forma requisitionis librorum Talmutorum judeorum sub pena excommunicationis) n. 50 p. 69 (sententia excommunicationis contra detentores et celatores librorum Iudeorum), s. auch n. 51. 52. 53 und III n. 47 p. 171; Limborch sent. Tholos. p. 273. Vgl. auch Henner S. 324 n. 5.

[4] Nach den Regeln: apostolica sedes a nemine iudicatur, Bd. I S. 304 und maior a minori iudicari non potest; Eymeric. III. qu. 25.

[5] Und selbstverständlich die Erzbischöfe, Primaten und Patriarchen c. 16 (Bonif. VIII.) in VI de heret. V. 2.

[6] c. 3 (Johann XXIII. 1327) in Extr. comm. de haer. V. 3.

Nur bei ausdrücklicher Ermächtigung konnten die Inquisitoren gegen sie und die Bischöfe vorgehen, immer sollten sie aber bei Verdacht der Ketzerei oder vorliegender Ketzerei dem Papst Anzeige machen. Vgl. Eymeric. III. qu. 25—27.

[7] Dies ist die communis opinio der Inquisitionsschriftsteller, welche darauf gegründet wird, dass par in parem non habet dominium, und dass die Inquisitoren päpstliche Offizialen sind, s. die vor. Anm. Den Bischöfen stand aber ebensowenig eine Jurisdiktion gegen die Inquisitoren im Falle der Ketzerei zu, da die letzteren ganz abgesehen davon, dass sie vielfach als Mönche das Recht der Exemtion besassen, auch als päpstliche Delegaten, also höher stehend als die Bischöfe (s. o. S. 453. 457) betrachtet wurden. Demnach war der einzige, für die Inquisitoren kompetente Richter der Papst selbst, vgl. Eymeric. III. qu. 30; Henner S. 333.

[8] S. 452 n. 1; Alex. IV. 1260, P. n. 17955, bull. Taur. 3, 672, welcher ein Vorgehen der Inquisitoren anordnet: „non obstantibus aliquibus privilegiis vel indulgentiis quibuscumque personis cuiusvis conditionis ... aut ordinis et praesertim Cisterciens., Praedicatorum, Minorum seu Eremitorum sive communitatibus vel universitatibus locorum specialiter vel generaliter sub quacumque verborum expressione vel forma ab apostolica sede concessis vel concedendis"; c. 11 (Clem. IV.) §. 2 in VI de heret. V. 3. Vgl. auch Martin V.: Inter cunctos 1418, Fredericq 1, 295 u. Nikolaus V.: Considerantes v. 1453, ibid. p. 334. Die ältesten päpstlichen Bullen machen ebenfalls keine Ausnahme, wie denn auch für die bischöfliche Inquisition schon früher der Grundsatz galt, dass ihr die Exemten ebenfalls unterworfen waren, o. S. 449 n. 4; Eymeric. III. qu. 28.

[9] Durch die Bullen Pius' II.: Religiosorum excessus v. 1458, bull. Taur. 5, 143; Sixtus' IV.: Sacri Praedicatorum v. 1479 §. 12, ibid. p. 282; s. darüber Pegna comm. 77 ad Eymeric. III. qu. 28; Lea 1, 163 u. Henner S. 329.

[10] Denn Clemens VII. hat durch die const.

weltlichen Fürsten, Obrigkeiten und deren Beamten niemals eine Exemtion von den Inquisitionsgerichten stattgehabt hat [1].

Endlich konnten die letzteren selbst gegen die verstorbenen Glieder der Kirche nicht nur die begonnenen Untersuchungen fortführen, sondern auch sogar noch nach dem Tode derselben solche einleiten [2].

§. 294. γγ. *Die Kompetenz der päpstlichen Ketzergerichte im Verhältniss zu den übrigen kirchlichen Jurisdiktions-Organen, insbesondere zu den Bischöfen.*

Die in den beiden vorangehenden §§. dargelegte Zuständigkeit der päpstlichen Inquisitionsgerichte ist ihnen niemals als eine exklusive beigelegt worden. Nicht nur der Papst selbst konnte kraft seiner oberstrichterlichen Stellung über die Kirche in den vor die Inquisitionsgerichte gehörigen Sachen entscheiden [3] und die Untersuchung derselben oder diese und die Aburtheilung besonderen Bevollmächtigten übertragen [4], sondern auch die allgemeinen Konzilien [5] und die päpstlichen Legaten [6], nicht minder die Partikularkonzilien [7] und Bischöfe [8], waren dafür zuständig.

Cum sicut v. 1530 §. 2, bull. Taur. 6, 134; Eymeric. app. p. 138 das frühere Recht wiederhergestellt, freilich mit der Maassgabe, dass die Inquisitoren bei exemten Orden erst die Oberen der beschuldigten Mönche zur Bestrafung derselben auffordern und nur falls eine solche nicht innerhalb eines Monats erfolgt war, vorgehen sollten, vgl. auch const. Pii IV.: Pastoris aeterni v. 1562, ibid. 7, 176. Doch hat sich die Praxis an diese Beschränkung nicht überall gehalten, und Paul V. hat sie durch die const. Romanus pontifex v. 1606, bull. Taur. 11, 346, ebenfalls beseitigt. S. Henner 329 ff.

[1] Auch diese werden niemals in den päpstlichen Schreiben ausgenommen. S. ferner Alex. IV. 1260 cit. u. c. 11 §. 2 in VI cit., S. 474 n. 8. Doch wird von den Inquisitionsschriftstellern den Inquisitoren gerathen, wegen des möglichen Aufsehens und Ärgernisses, sowie des daraus der Kirche entstehenden Schadens nicht öffentlich gegen mächtige Herren, und allein nach vorheriger Anfrage beim Papst vorzugehen, Eymeric. III. qu. 31 und Pegna comm. 80 dazu.

Wenn Henner S. 327 behauptet, dass die Inquisition sogar gegen Korporationen eingeschritten sei und sie wegen Ketzerei verfolgt habe, so ergeben seine Citate Honorius IV. 1286, P. n. 22249; Bernard. Guidon. III. n. 46 p. 166 und Limborch sent. Tholor. p. 277 allein, dass es sich hier um die Unterstützung von Ketzern, Hinderung und Beleidigung der Inquisitoren gehandelt hat, und es liegt hierbei nur eine Anwendung der allgemeinen Regel der Deliktsfähigkeit der Korporationen nach kanonischer Rechtsauffassung, s. Gierke, Genossenschaftsrecht 3, 345, vor.

[2] S. o. S. 302, vgl. auch §. 297.

[3] So Gregor IX. 1231 Ficker, in d. Mittheilungen des Institutes f. österr. Geschichtsforschg. Innsbruck 1 (1880) S. 200; Lea 2, 200; Clemens V. 1312, welcher sich im Prozess gegen die Templer den Richterspruch über den Grossmeister und einzelne andere Würdenträger des Ordens vorbehalten hat, Hefele 6, 527; Lea 3, 282; s. weiter Henner S. 246 n. 1.

[4] Über die von Clemens V. 1308 in den einzelnen Ländern bestellten Spezialkommissionen von Bischöfen zum Verhör der Templer s. Hefele 6, 434; Const Ioann. XXII.: Gloriosam ecclesiam v. 1318, Eymeric. app. p. 74 (Ernennung von ausserordentlichen Inquisitoren für die Beguinen); Limborch sent. Tholosonae p. 269; Lea 1, 360 (1319 päpstliche Ernennung mehrerer Bischöfe zur Aburtheilung des Bernardus Deliciosi). Solche inquisitores speciales hatten die Stellung von päpstlichen delegati, Bd. I S. 185, welche in Folge der speziellen päpstlichen Übertragung der betreffenden Sache unter Ausschluss aller anderen, auch der sonstigen Inquisitoren, dieselbe nach Massgabe ihrer Vollmacht zu untersuchen und abzuurtheilen hatten, Henner S. 248 ff.

[5] So sind vom Konstanzer Konzil Hus 1415 und Hieronymus v. Prag 1416 als Ketzer verurtheilt worden, sess. 15 u. 21, M. 27, 753. 894; Hefele 7, 206. 272, und dasselbe hat auch 1415 die Verurtheilung des Andenkens Wiclifs ausgesprochen, M. 27, 629; Hefele 7, 119.

[6] Das folgt aus ihrer rechtlichen Stellung B. I S. 511. 517. Beispiele dafür s. Fredericq 1, 59 (1198); aus dem 13. Jahrh. Lea 1, 137. 140. 144. 150. 193. 203. Vgl. auch Henner S. 246.

[7] So z. B. Legatenkonzilien, Bd. III S. 537 n. 4. Davon ist die Frage zu scheiden, ob diese Konzilien gegenüber den päpstlichen Inquisitoren eine ausschliessliche Gerichtsbarkeit ausüben konnten. Dies war nur der Fall, wenn der Papst dieselben, wie z. B. Clemens V. 1311, M. 25, 404 in der Angelegenheit des Templerordens die auf seine Anordnung zu berufenden Provinzialsynoden, Henner S. 252 n. 1, oder einen eine Synode einberufenden Legaten ausdrücklich mit einer bestimmten Sache betraute, sonst hatten sie blos eine konkurrirende Jurisdiktion, vgl. Henner S. 251 und auch S. 210.

[8] Darüber, dass diese auch zufolge Auftrages

Praktisch kamen aber vor Allem die Bischöfe in Frage, weil diese bis zur Einführung der besonderen päpstlichen Inquisitionsgerichte allein die ordentlichen und regelmässigen kirchlichen Richter über die Ketzer gewesen waren. Neben ihrer Jurisdiktion ist die der ersteren stets nur eine kumulative geblieben und hat die bischöfliche niemals ausgeschlossen[1]. Nur insofern ist eine Änderung Ende des 13. Jahrhunderts eingetreten, als die Bischöfe nach ausdrücklicher päpstlicher Anordnung auch bei ihren Ketzerprozessen die für die Inquisitionsgerichte maassgebenden Normen beobachten sollten[2]. In Folge dieser konkurrirenden Gerichtsbarkeit war es möglich, dass a. die Inquisitoren und der Bischof in einem Prozesse gleichzeitig und gemeinschaftlich vorgingen, ein Fall, welcher keine Schwierigkeit bot, da es hier nur zu einem einzigen Verfahren kam, oder b. dass das bischöfliche oder c. das Inquisitionsgericht allein und selbstständig, ohne dass sich das andere mit der Sache befasste, oder endlich d. dass jedes dieser Gerichte in einem und demselben Fall gleichzeitig, aber jedes abgesondert und unabhängig von einander, vorging.

In den Fällen b. und c. hatte jedes Gericht selbstständig zu verfahren, aber für den Fall (c.), dass die Inquisitoren allein den Prozess führten, war für gewisse richterliche Akte die Einholung des Rathes der Bischöfe vorgeschrieben[3]. Für den Fall d., für welchen zunächst keine besonderen Vorschriften bestanden[4], ordnete Bonifaz VIII. an, dass sich beide Gerichte vor der Fällung des Endurtheils die Prozessakten mittheilen und wenn das eine nicht das andere zur Fällung des letzteren ermächtigen wollte, dasselbe gemeinsam gefällt, bei Uneinigkeit darüber aber die Entscheidung des päpstlichen Stuhles eingeholt werden sollte[5].

Mit Rücksicht auf die Übergriffe der Inquisitoren[6] hat Clemens V. auf dem Konzil zu Vienne eine Neuregelung des gegenseitigen Verhältnisses der Bischöfe und Inquisitoren getroffen[7]. Nach dieser mussten, gleichviel ob der Prozess nur allein von

als päpstliche Delegaten Ketzerprocesse verhandelt haben, s. S. 452 n. 9 u. S. 453 n. 1.

[1] S. 452 ff.; c. 17 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2; c. 1 (Benedikt XI. 1304) in Extr. comm. eod. V. 3; Clem. 1 (Vienne 1311) §. 1 eod. V. 3. Weitere die Praxis betreffende Nachweisungen aus dem 14. u. 15. Jahrh. bei Henner S. 253 n. 1 u. S. 256 n. 4.

[2] c. 17 in VI cit.: „illum in procedendo modum observent, quem inquisitores possunt et debent per iura communia vel per speciales concessiones seu ordinationes sedis apostolicae observare".

[3] S. 452 ff.; Henner S. 258, welcher die dort citirten Bullen nicht beachtet hat, nimmt für diesen Fall unrichtiger Weise eine völlige Unabhängigkeit der Inquisitoren von den Bischöfen an und würdigt deshalb die gleich zu besprechende Reform Clemens' V. falsch.

[4] Für diesen galten ebenfalls die S. 452 gedachten Anordnungen. Diese waren schon deshalb nicht ausreichend, weil das bischöfliche Gericht damals in keinem Fall an die Mitwirkung der Inquisitoren gebunden war, und daher in derselben Sache widersprechende Erkenntnisse ergehen konnten, ganz abgesehen davon, dass auch die Inquisitoren nur bei bestimmten Kategorien von Urtheilen des vorgängigen Rathes der Bischöfe bedurften.

[5] c. 17 in VI de heret. V. 2; „Et si divisim processerint, teneantur sibi invicem communicare processus, ut per hoc possit melius veritas inveniri. Et nisi hoc casu inquisitores in sententiae prolatione dioecesanis vel econtra duxerint deferendum per utrosque simul sententia proferatur. In qua ferenda, si non convenerint, per utrosque negotium sufficienter instructum ad sedem apostolicam remittatur". Nach der authentischen Deklaration dieser Verordnung durch Benedikt XI. 1304 in c. 1 in Extr. comm. eod. V. 3 sollte die Mittheilung der Akten nur einmal: „in fine tantum, dum nihil restat agendum, nisi quod solum sententia promulgetur" und ausserdem noch in dem Fall: „si alter commode non possit procedere, nisi alterius actis visis. Ex hac enim causa semel tantum, ut fraudi locus non fiat, in toto negotio copia tribuatur" geschehen. Nicht ganz genau darüber Henner S. 259.

[6] S. o. 453, s. auch Clem. 1 pr. de heret. V. 3.

[7] Clem. 1 cit. §. 1: „ipsum (sc. negotium inquisitionis) tam per dioecesanos episcopos quam per inquisitores a sede apostolica deputatos ... decernimus exerceri sic, quod quilibet de praedictis sine alio citare possit et arrestare sive capere ac tutae custodiae mancipare, ponendo etiam in compedibus vel manicis ferreis, si ei

dem Inquisitions- oder von dem bischöflichen Gericht oder von beiden gleichzeitig und selbstständig geführt wurde[1], beide Gerichte stets gemeinschaftlich — also auch das allein die Sache verhandelnde bischöfliche Gericht gemeinschaftlich mit den Inquisitoren[2] — vorgehen, wenn 1. der Angeschuldigte während der Untersuchung in schwerere Kerker-, als die gewöhnliche Untersuchungshaft genommen[3], 2. die Tortur gegen ihn angewendet[4] und 3. das Endurtheil[5] gefällt werden[6] sollte[7].

visum fuerit faciendum . . . Duro tamen tradere carceri sive arcto, qui magis ad poenam quam ad custodiam videatur, vel tormentis exponere illos aut ad sententiam procedere contra eos, episcopus sine inquisitore aut inquisitor sine episcopo dioecesano aut eius officiali vel episcopali sede vacante capituli super hoc delegato, si sui adinvicem copiam habere valeant, intra octo dierum spatium, postquam se invicem requisierint, non valebit, et si secus praesumptum fuerit, nullum sit et irritum ipso iure".

[1] Denn der von Bonifaz VIII. in c. 17 in VI cit. (S. 476 n. 5) geregelte Fall ist nicht ausgenommen, und durch die Neuregelung wurde ebenso wie die durch die von dem ersteren getroffene Anordnung die Fällung widersprechender Erkenntnisse verhindert.

[2] Das war eine Neuerung, denn früher waren die Bischöfe nicht gehalten, den Rath oder die Zustimmung der Inquisitoren einzuholen. Offenbar sollte durch diese Maassregel die grössere Abhängigkeit, in welche die Inquisitoren von den Bischöfen gebracht wurden, ausgeglichen werden.

[3] Das duro carceri tradere kann nicht mit der S. 452 n. 3 erwähnten incarcerationis poena perpetuae identisch sein, überhaupt keine Verurtheilung zu Kerkerstrafe bedeuten, weil diese durch Erkenntniss verhängt werden musste, und die Clem. 1 nachher ausdrücklich der Urtheilsfällung erwähnt. Die unmittelbare und enge Zusammenstellung (s. das Wort vel) mit der Tortur ergiebt, so schon richtig Henner S. 261, dass es sich hier um eine Zwangsmassregel gegen einen widerspenstigen Angeschuldigten handelt.

[4] Welche seit der const. Innoc. IV. 1252 Ad exstirpanda v. 1252 §. 26, bull. Taur. 3, 556 statthaft war. Die älteren Schriftsteller, so die Glosse s. v. tormenta zu Clem. 1. §. 1 cit., verstanden darunter aber auch Auferlegung von Fasten, corporis dolores und mala mansio, um den Angeschuldigten zum Geständniss zu bringen, also blosse Verschärfungen der Untersuchungshaft.

Die Praxis verlangte auch während der Folterung selbst die Anwesenheit beider Richter, sofern nicht der eine durch einen gerechtfertigten Grund verhindert war, Pegna comm. 39 n. 152 ad Eymeric. III. n. 160; Henner S. 263.

[5] Nicht ein blosses Interlokut — ein solches war z. B. zur Folterung nöthig, s. Eymeric. III. n. 152 — wohl aber eine sententia cum vi sententiae definitivae, Henner S. 264, so wenn das Urtheil auf ein iuramentum purgatorium erkannte, Eymeric. III. n. 145; Henner S. 268. Mit Rücksicht auf den Wortlaut der Clem. 1 §. 1 cit. ad sententiam procedere *contra* eos hat sich eine weit verbreitete Meinung festgestellt, dass ein freisprechendes Erkenntniss von jedem Gericht allein und selbstständig gefällt werden dürfe, Glosse dazu s. v. contra eos; Eymeric. III. qu. 48 und dazu Pegna comm. 97. Allein die Clem. 1 spricht nicht von einer Sentenz gegen die Angeschuldigten (zum Nachtheil derselben), sondern von einem Vorgehen gegen die letzteren zur Sentenz, also mit der letzteren. Überdies musste die Verhandlung der beiden Gerichte immer vor der Abfassung des Urtheils eintreten, also zu einer Zeit, zu welcher es noch nicht gewiss war, wie das Urtheil ausfallen würde. Vgl. des Näheren noch Henner S. 264. Derselbe Streit bestand auch in Betreff des Urtheils auf Abjuration der Ketzerei gegen den überwiesenen Häretiker, welcher sich mit der Kirche aussöhnen wollte, vgl. Pegna l. c.; Henner S. 268 n. 1, obwohl ein solches sicherlich kein freisprechendes war, s. noch Henner S. 266.

[6] Da in dem verurtheilenden Erkenntniss auch die Strafe ausgesprochen werden musste, so hatten beide Richter bei der Festsetzung derselben ebenfalls zusammenzuwirken. Was die ipso iure in Folge der Verurtheilung der Ketzer eintretenden Strafen betrifft, so konnte der Eintritt dieser von jedem Gericht selbstständig und allein deklarirt werden, so nach dem, durch die Clem. 1 cit. nicht beseitigten c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2 bezüglich der Verlusterklärung weltlicher öffentlicher Ämter und Würden, dagegen mussten nach derselben bei der Aberkennung kirchlicher Ämter und Würden und der Deklarirung des Verlustes derselben die Inquisitoren den Rath der Bischöfe, nicht aber die letzteren den der ersteren einholen, jedoch fiel diese Pflicht für die Inquisitoren fort, wenn feststand, dass der Bischof die Benefizien wissentlich an Ketzer, ihre receptatores, defensores, Söhne und Enkel verliehen hatte, s. auch S. 452 n. 4. Die Degradation, welche gegen die wegen Ketzerei zu ewigem Kerker verurtheilten oder dem weltlichen Gericht auszuliefernden Geistlichen eintrat, c. 13 §. 1 (Lateran. IV. 1215) X de heret. V. 7, c. 1 in VI de heret. V. 2, konnte allein durch den Bischof c. 1 cit. vollstreckt werden, s. auch o. S. 61 n. 1; Bernard. Guidon. III n. 22, p. 119; n. 31 p. 128; n. 40 p. 153 u. n. 41 p. 156, niemals aber von dem Inquisitor, weil das Recht dazu nur einem konsekrirten Bischof zustand. Das ist auch nicht bestritten worden, namentlich nicht, so Henner S. 271 n. 1, von Pegna comm. 45 zu Eymeric. III. n. 199, denn dieser behauptet nur, dass der Inquisitor allein dahin erkennen dürfe, dass der Kleriker zu degradiren sei, was allerdings gegenüber c. 12 in VI cit. nicht richtig erscheint. Die Praxis hat übrigens der hier vertretenen Ansicht entsprochen, s. Bernard. Guidon. l. c.

[7] In Betreff der Milderung eines Urtheils

Behufs Herbeiführung des gemeinsamen Handelns in den gedachten Fällen hatte das mit der Sache befasste Gericht das andere[1] zu requiriren[2], und der ersuchte Richter[3] konnte sich dann persönlich zu dem requirirenden begeben oder statt seiner einen Delegirten schicken[4] oder auch den ersuchenden selbst bevollmächtigen[5], endlich auch blos ein schriftliches Gutachten schicken. Länger als acht Tage, nachdem der ersuchte Richter die Requisition erhalten hatte, brauchte aber der Ersuchende nicht zu warten[6], vielmehr war er befugt, nach Ablauf der gedachten Frist die betreffende Handlung gültig allein vorzunehmen[7]. Für den Fall, dass bei einem Zusammenwirken beider Richter keine Einigung zu erzielen war, musste an den Papst berichtet und dessen Entscheidung eingeholt werden[8].

Praktisch hat die Neuregelung Clemens' V. keinen wesentlichen Erfolg gehabt, insbesondere die Machtstellung der Inquisitoren nicht wesentlich eingeschränkt. Während die letzteren in derselben eine Beeinträchtigung ihrer bisherigen Rechte erblickten[9] und nicht selten die neuen sie beschränkenden Vorschriften ausser Acht liessen[10], legten die Bischöfe, da ihre Stellung neben derjenigen der als päpstlichen Bevollmächtigten mit höherer Autorität handelnden Inquisitoren, deren Bezirke überdies die Bisthümer an Umfang übertrafen, nicht ebenbürtig erschien, vielfach keinen Werth auf das Zusammenwirken mit diesen, an welches sie nunmehr ebenfalls bei der Ausübung ihrer bischöflichen Jurisdiktion in Ketzersachen gebunden waren, und indem sie, falls sie sich nicht ganz passiv verhielten, beinahe regelmässig Geistliche ihrer Diöcese zu den gemeinsamen Verhandlungen mit den Inquisitoren deputirten[11] oder gar diese

auf Kerker hat c. 12 in VI, s. auch S. 452 n. 5, nur für die Inquisitoren die Zuziehung der Bischöfe vorgeschrieben. Mit Rücksicht darauf, dass aber die Clem. 1 §. 1 bei der Fällung des Urtheils auch für den Bischof das Einvernehmen des Inquisitors vorschreibt, wird das letztere nach derselben gleichfalls für die Milderung anzunehmen sein, da sonst der Bischof die Mitwirkung des letzteren indirekt durch Begnadigung hinterher hätte illusorisch machen können. Vgl. hierzu noch Henner S. 273.

[1] War der Bischofsstuhl erledigt, das Domkapitel, welches zur Beschleunigung der Sache dann seinerseits einen Delegaten zu bestellen hatte, s. Clem. 1 §. 1 cit. de heret.

[2] Dies geschah gewöhnlich schriftlich unter kurzer Mittheilung des Standes der Sache, s. Bernard. Guidon. I n. 33—36 p. 26 ff. („quarum d. h. personarum, nomina et culpas cuiuslibet vobis transmitto in cedula presentibus inclusa"), wennschon die Übersendung einer Abschrift der Akten, auf deren Einsicht der requirirte Richter bei seinem Erscheinen selbstverständlich ein Recht hatte, — in dieser Beziehung berufen sich die Inquitionsschriftsteller auf c. 12 de heret. V. 7 cit. und c. 1 in Extrav. comm. eod. V. 3 cit., s. z. B. Eymeric. III. qu. 51 u. 53 obwohl diese gegenüber der Neuerung Clemens' V. nicht mehr recht passten, — oder auch ein persönliches Erscheinen des requirirenden Richters nicht ausgeschlossen war. Vgl. Henner S. 274.

[3] Clem. 1 §. 1 de heret. V. 3: „Verum si episcopus vel eius seu capituli sede vacante delegatus cum inquisitore aut inquisiter cum altero eorundem propter praemissa nequeat aut nolit personaliter convenire, possit episcopus vel eius seu capituli seu vacantis delegatus inquisitori et inquisitor episcopo vel eius delegato seu sede vacante illi, qui ad hoc per capitulum fuerit deputatus, super illis committere vices suas vel suum significare per literas consilium et consensum".

[4] Bernard. Guidon. I n. 33 p. 27, oder auch mehrere Fredericq 1, 310. 320, welche dann freilich nur gemeinsam eine Stimme führen konnten. Dieser Fall ist nicht mit dem zu verwechseln, in welchem vom Inquisitor die Angehörigen mehrerer Diöcesen abgeurtheilt, und in Folge dessen die Vertreter der Bischöfe der letzteren in dem gemeinsamen Protokoll aufgeführt wurden, vgl. Henner S. 109 ff.

[5] Bernard. Guidon. I n. 34 p. 29.

[6] Clem. 1 §. 1 de heret. cit., S. 476 n. 7. Ein früheres Vorgehen war aber nichtig und konnte auch nicht durch nachträgliche Ratihabition des requirirten Richters geheilt werden, s. auch Henner S. 279.

[7] Clem. 1 §. 1 cit.; Henner S. 276.

[8] Nach dem durch Clem. 1 §. 1 cit. de heret. V. 3 nicht aufgehobenen c. 17 cit. in VI eod., S. 476 n. 5.

[9] S. z. B. Bernard. Guidon. IV p. 188: „Ex predicta autem ordinatione seu restrictione nonnulla inconvenientia consecuntur que liberum et expeditum cursum officii inquisitionis tam in manibus dyocesanorum quam etiam inquisitorum diminuunt seu retardant, quod experientis magis docet".

[10] Lea 1, 493 u. 2, 97.

[11] Eine Menge Beispiele dafür bietet Limborch, sent. Tholosanae, s. p. 175. 183. 292. 330. Weitere Nachweisungen bei Henner S. 282 n. 1.

letzteren selbst bevollmächtigten[1], förderten sie dadurch lediglich das Übergewicht und das Ansehen der letzteren. Mochten auch einzelne Bischöfe sich noch die Verfolgung der Ketzer angelegen sein lassen und ihre bischöfliche Jurisdiktion gegen dieselben handhaben[2], so ist doch überwiegend trotz der Klementina die Ketzer-Inquisition da, wo Inquisitionsgerichte vorhanden waren, von diesen ausgeübt worden, und die bischöfliche Inquisition in der Art zurückgetreten, dass die päpstliche thatsächlich als die alleinige und ausschliesslich berechtigte erscheinen konnte.

§. 295. δδ. *Die örtliche Zuständigkeit der päpstlichen Ketzergerichte.*

Wenngleich die Inquisitionsgerichte päpstliche Gerichte waren, und der Papst die Gerichtsbarkeit über alle Theile der Kirche besass, so erhielten doch die päpstlichen Inquisitoren stets bestimmte Bezirke zugewiesen[3], ausserhalb deren sie keine Jurisdiktion ausüben konnten. Deshalb bedurfte es einer Regelung der örtlichen Kompetenz, d. h. der Frage, welches der verschiedenen Inquisitionsgerichte in einem gegebenen Fall einzuschreiten berechtigt war[4]. Zunächst hat das partikuläre Recht[5] im Interesse einer erfolgreichen Thätigkeit nicht nur das Domizil und den Ort der begangenen That, sondern auch den Ort der Ergreifung als konkurrirende Gerichtsstände festgesetzt. Der letztere, das s. g. *forum deprehensionis*, war dem gemeinen Recht fremd[6]. Daraus erklärt es sich, dass es auch für die Inquisition niemals eine gesetzliche Sanktion erhalten[7], und in der Theorie und Praxis nicht ohne manche Zweifel an seiner Zulässigkeit erst im 14. Jahrhundert Anerkennung gefunden hat[8].

[1] Fälle bei Limborch l. c. p. 210. 334; weitere bei Henner S. 283 n. 1 u. S. 284 n. 2.

[2] Lea 1, 359 ff. u. 2, 374 (erste Hälfte des 14. Jahrh.) u. Henner S. 286 n. 1.

[3] Das ergeben die früheren Mittheilungen, s. o. S. 456, ferner Henner S. 40. 345 n. 2.

[4] Dies gegen Henner S. 339, welcher behauptet, dass die Inquisitionsgerichtsbarkeit von dem Princip des natürlichen Strafrechts beherrscht war, bei welchem nur der Umstand massgebend ist, dass ein Vergehen begangen wird, gleichgiltig, von wem und wo, und dass, da die Inquisitoren die Gerichtbarkeit im Namen des Papstes übten, demnach immer mittelbar die Päpste allein entschieden. Dabei hat er übersehen, dass nicht jeder Inquisitor für denselben weiten Bezirk, wie der Papst zuständig war.

[5] Narbonne u. 1234 o. 1235 c. 20, M. 23, 362: „Ad inquisitionem quippe vestram eos intelligimus pertinere, qui vel infra eiusdem inquisitionis limites *deliquerunt* vel *domicilium* ibi habent seu habebant quando inquisitio coepta fuit, vel cum ibi morarentur occasione officii cuiuscumque publici vel privati vel certum domicilium non habentes, *ibidem inventi* citati fuerunt a vobis, sive illis per quamcumque cautionem astrictis sive non, inquisitionem contra eos facere incoepistis vel eis purgationem forsitan indixistis. Si quidem contra tales praesentes vel absentes potestis procedere ac debetis, nisi forte ratione delicti maioris seu minoris commissi alibi vel ratione domicili vel alia de praedictis inquisitores alii procedere coeperint contra illos. Etenim cum in locis diversis et per inquisitores diversos . . . inquisitio celebretur, tutius et salubrius est, ut quisque culpabilis in quibuscumque locis deliquerit, uni et illi inquisitori permaneat obligatus, a quo primo ex aliqua de causis praesciptis sine fraude et sine periculo negotii et animarum fuerit occupatus".

[6] S. o. S. 335.

[7] Die päpstlichen Dekretalen, Alexander IV. 1255, P. n. 15731, Ripoll bull. Praedic. 1, 273 u. 1260, n. 17800, bull. Taur. 3, 670; Urban IV. 1262 §. 11, P. n. 18253 ibid. p. 689; Gregor X. 1273, P. n. 20720; c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2 gedenken nur des forum delicti mit dem Zusatz, dass die Inquisitoren auch dann gegen die Angeschuldigten vorzugehen berechtigt sind, „licet ad alias partes se transferendos duxerint", nicht, so Henner S. 341 n. 3, beispielsweise als des häufigsten in der Praxis vorkommenden Gerichtsstandes, sondern weil der Grundsatz, dass das forum delicti commissi auch zur Anwendung komme, wenn sich der Thäter im Gerichtsbezirk nicht treffen liess, noch bis zum 13. Jahrh. keine Anerkennung gefunden hatte, s. o. S. 334. 335. Daraus ergiebt sich zugleich, dass durch diese Dekretalen das forum deprehensionis nicht stillschweigend sanktionirt sein kann.

[8] Dafür die Glosse s. v. procedendi zu c. 12 in VI cit. unter Berufung auf römisches Recht, ferner Eymeric. III. qu. 42 n. 110; Bernard. Guidon. IV. p. 193 erwähnt dagegen dieses

Unter den mehreren zuständigen Gerichten entschied die Prävention, d. h. es wurde nunmehr dasjenige, welches die ersten Schritte gegen den Angeschuldigten gethan hatte, allein zuständig [1], und zwar auch für alle anderen Vergehen desselben, sofern diese überhaupt zur sachlichen Kompetenz der Ketzergerichte gehörten [2], ja selbst wenn der Angeschuldigte geflohen war, konnte das prävenirende Gericht die Auslieferung des Inquisiten von dem Gerichte seines Aufenthaltsortes fordern [3].

§. 296. ε. *Die Pflicht zur Unterstützung der päpstlichen Ketzergerichte.*

Zur wirksameren Durchführung der Inquisition hatten sich

1. die Inquisitiongerichte gegenseitig zu unterstützen und Rechtshülfe zu leisten, insbesondere dem die Untersuchung führenden Gericht über dasjenige, was ihnen in Betreff des Angeschuldigten bekannt war [4], Mittheilung zu machen, auf Erfordern Zeugen zu vernehmen, sowie die bei ihnen geführten Akten zuzustellen [5] und sich gegenseitig die Inquisiten zu übersenden [6].

2. Bestand eine Pflicht, die Inquisition und die Inquisitoren zu unterstützen, also den Anforderungen derselben nachzukommen:

a. für alle kirchlichen Beamten, hohe und niedere, insbesondere auch für die kirchlichen, namentlich bischöflichen Gerichte [7]. Vor Allem ist die Hülfe der Pfarrer für die Zwecke der Inquisition in Anspruch genommen worden. Dieselben hatten die Citationen der ihnen bezeichneten Personen [8], ferner die öffentlichen Ladungen des Volks [9] und der ausbleibenden und flüchtigen Inquisiten zu besorgen [10], die von den Inquisitoren verhängten Exkommunikationen und Strafurtheile zu verkünden [11], auf Erfordern über das Vorleben des Inquisiten Auskunft oder Zeugniss

Gerichtsstandes nicht. Auch Pegna comm. 33 n. 132 zu Eymeric. III. n. 131. bemerkt noch, dass wenn der Richter des Ergreifungsortes um Übersendung des Angeschuldigten von dem Gericht des delictum commissum ersucht werde, dieser Requisition stattgegeben werden solle.

[1] Das verstand sich nach allgemeinen Grundsätzen von selbst, s. auch Narbonne 1234 c. 20 cit., S. 479 n. 5. Übrigens hatte der Angeschuldigte nicht das Recht (vgl. o. S. 336 n. 7) das Gericht wegen zu grosser Entfernung abzulehnen, c. 11 (Clemens IV.) in VI de heret. V. 2 und dazu Glosse s. v. duabus diaetis.

[2] Narbonne c. 20 cit., vgl. auch Henner, S. 342.

[3] Eymeric. III. n. 134; des Näheren s. Henner S. 341. 342.

[4] Narbonne 1234 o. 1235 c. 21, M. 23, 362 (mit Bezug auf c. 20, s. o. S. 479 n. 5): „ita tamen, ut inquisitores ceteri, quicquid de illo nosse poterunt, inquirant nihilominus et scribant inquisitoribus illis, quibus idem culpabilis sit astrictus: sic enim quasi vir unus pugnabitis et vincetis".

[5] Alex. IV. 1260, P. n. 17800, bull. Taur. 3, 670: „compellendi appellatione remota per censuram ecclesiasticam per vos vel per alios . . . omnes illos qui scripta vel instrumenta inquisitionis vel ad eius officium pertinentia per quoscumque hactenus facta ac etiam facienda contra haereticos, credentes, receptatores, fautores seu defensores eorum habent vel habuerint, ut ea sine cuiuslibet difficultatis seu dilationis dispendio vobis vel alteri vestrum exhibeant"; Gregor X. 1273, P. n. 20720, Fredericq 1, 138, fast wörtlich wiederholt c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2: „necnon faciendi vobis libros seu quaternos et alia scripta in quibus inquisitiones factae et processus per quoscunque auctoritate sedis apostolicae vel legatorum eius habiti contra haereticos continentur, a quibuslibet assignari"; Bernard. Guidon. IV. p. 193.

[6] Nicolaus IV. 1289, Lea 1, 573.

Vgl. überhaupt Henner S. 295.

[7] Vgl. o. S. 389 n. 6, ferner von päpstlichen Bullen, welche diesen Grundsatz aussprechen, z. B. Gregor IX. 1233, P. n. 9143, Martin IV. 1281, P. n. 21806 u. Urban V. 1368 bei Fredericq 1, 90. 145. 207.

[8] Bernard Guidon. I. n. 1. 5. p. 3. 6; Molinier p. 287. 322; Ztschr. f. vaterländische Geschichte (Westfalen) 46 (1888) S. 147.

[9] Namentlich zu den General-Inquisitionen und den von den Inquisitoren zu haltenden Sermonen (über diese s. S. 451 n. 1 u. S. 458 n. 3); Beziers 1246 c. 3, M. 25, 716; Eymeric. III. n. 48; Ztschr. f. vaterländ. Gesch. 46, 146.

[10] Beziers 1246 c. 14, M. 23, 718.

[11] Bernard. Guidon. I. n. 12. 14. 16. 18. p. 10. 11. 14. 16.

zu geben[1], behufs Ermittelung der der Ketzerei Verdächtigen Kontrolen in Betreff ihrer Parochianen über die Unterlassung des Kirchenbesuches und die Fernhaltung vom Beicht- und Abendmahlssakrament zu führen[2], sowie die gewissenhafte Ableistung der ihren Pfarrkindern wegen Ketzerei auferlegten Busswerke zu überwachen[3].

Dieselbe Pflicht lag ferner auch b. allen weltlichen Fürsten und weltlichen Obrigkeiten[4], ja sogar

c. sämmtlichen Kirchengliedern ob. Sie bethätigt sich für diese hauptsächlich in der Verbindlichkeit, der Inquisition jede der Ketzerei verdächtige oder schuldige Person anzuzeigen[5] und sich als Rügezeuge in Betreff der Ketzerei verpflichten zu lassen[6].

§. 297. ζ. *Das Verfahren.*

Mit Rücksicht darauf, dass die Inquisition den Zweck hatte, die Ketzereien zu beseitigen und auszurotten[7], und diesen in erster Linie durch die Zurückführung der Ketzer zum rechten Glauben zu erreichen suchte, verkündete der sein Amt in einem Bezirk antretende Inquisitor[8] bei der von ihm abzuhaltenden Predigt[9] zugleich eine s. g. Gnadenfrist (*tempus gratiae*) von etwa 15 bis 40 Tagen[10], d. h. eine Frist,

[1] Bernard. Guidon. I. n. 26. P. 23; Molinier p. 289.

[2] Toulouse 1229 c. 13, M. 23, 197.

[3] Beziers 1246 c. 34, M. 23, 723; Molinier p. 288.

Vgl. überhaupt Henner S. 292 ff.

[4] Vgl. darüber o. S. 389 ff.

[5] Schon das Leg. K. Toulouse 1229 c. 12, M. 23, 196 verlangt, dass allen mündigen Personen von 2 zu 2 Jahren ein Eid auf Abschwörung jeder Ketzerei, auf Verfolgung und Denunziation aller Ketzer abgenommen wird, ebenso Beziers 1246 cons. c. 31, p. 722. Gregor IX. 1227 u. 1231, Fredericq 1, 75. 77: „si quis hereticos sciverit vel aliquos occulta conventicula celebrantes seu a communi conversatione fidelium vita et moribus dissidentes, eos studeat indicare confessori suo vel alii per quam credat ad prelati sui noticiam pervenire; alioquin excommunicationis sententia percellatur", hat dann eine allgemeine Denunziationspflicht, deren Verletzung mit der Exkommunikation bedroht ist, aufgestellt, wiederholt von Innocenz IV. 1254: Noverit §. 7. bull. Taur. 3, 589; Nikolaus III. 1278 §. 20 u. 1290 §. 6, ibid. 4, 47. 105; vgl. auch Trier 1238 c. 34 c. 31, M. 23, 483 und Schreiben Nikolaus' III. v. 1278 an Rudolf I., Kaltenbrunner, Aktenstücke z. Gesch. d. Reichs unt. Rudolf I. S. 125. Mit Bezug auf diese Anordnungen erliessen die päpstlichen Inquisitoren, wenn sie ihren Distrikt beim Antritt ihres Amtes bereisten, bei Abhaltung der Predigt vor dem versammelten Volk, s. S. 458 n. 3, eine Aufforderung, dass jeder binnen bestimmter Frist bei Strafe der Exkommunikation alle ihm bekannten Ketzer oder der Ketzerei verdächtige Personen anzeigen sollte, Eymeric. III. qu. 438. Vgl. auch o. S. 215 n. 2.

[6] S. o. S. 449 n. 4. Diese Vorschriften waren zwar zunächst nur für die bischöfliche Inquisition gegeben, aber nach den S. 451 n 1 u. S. 458 n. 3 mitgetheilten Bullen konnten sich die Inquisitoren ebenfalls geeignete Gehülfen für die Ermittelung der Ketzereien und Ketzer annehmen.

[7] S. 450. 458.

[8] S. 458 n. 3 und auch S. 388 n. 5.

[9] S. 458 n. 3, wobei auch der Ablass, s. S. 460, verkündet wurde.

[10] Schon Narbonne 1234 o. 1235, c. 1, M. 27, 356 lässt diejenigen, welche sich innerhalb einer von den Inquisitoren gestellten Frist als Reuige melden und sowohl in Betreff ihrer, wie in Betreff anderer wahrheitsgemässige Aussagen machen, im Interesse der Ermittelung von Ketzern von der Kerkerstrafe frei und belegt sie blos mit verschiedenartigen Bussen (dem Tragen von Kreuzen an den Kleidern, Erscheinen mit theilweise entblössten Kleidern und Ruthen in der Hand zur Züchtigung bei der Messe und bei Prozessionen, Anwesenheit bei den sermones generales der Inquisitoren, Fasten, Besuch von Wallfahrtsstätten, sowie Bekämpfung der Sarazenen oder Ketzer auf eigene Kosten für eine bestimmte Zeit, nicht aber mit Pilgerfahrt über das Meer — transitus transmarinus, letzteres offenbar wegen Befürchtung der Ausbreitung der Ketzerei). Nach Beziers 1246 cons. c. 2. 3. 5, M. 23, 716. 717, welches schon den Ausdruck tempus gratiae aufweist, soll den innerhalb der als solches von den Inquisitoren bestimmten Frist sponte ac plene confitentibus et ad ecclesiasticam se redire dicentibus unitatem gegen Auferlegung von Busse die Absolution gewährt, von ihnen aber die Abschwörung der Ketzerei, eine eidliche Verpflichtung zur Festhaltung am rechten Glauben, zur Verfolgung der Ketzer und zum Gehorsam gegen die Befehle der Inquisitoren, sowie Kautionsleistung mit ihrem ganzen Vermögen für Erfüllung der ihnen auferlegten Bussen verlangt werden. Vgl. auch Molinier p. 314; Henner

innerhalb deren sich reumüthige Ketzer selbst bei ihm melden und durch ihr freiwilliges Geständniss[1] und ihre Reue eine mildere Behandlung, nämlich Verschonung mit Todesstrafe, ewigem Gefängniss und Güterkonfiskation[2] erlangen konnten.

Die Selbstanzeige führt zu dem gerichtlichen Verfahren, und das Geständniss wird gerichtlich beurkundet, wenn entweder schon vorher eine Denunziation oder Anklage gegen die betreffende Person eingegangen ist, oder wenn auch ohne Vorliegen einer solchen der Gestehende seine Ketzereien anderen mitgetheilt und diese angesteckt zu haben, einräumt[3].

Abgesehen von diesem Fall konnte ein Verfahren wie im gewöhnlichen Prozess (S. 337. 351. 358) in Folge einer Anklage[4], oder auch von amtswegen auf Grund der Offenkundigkeit[5] oder auf Grund einer Denunziation[6] oder beim Vorliegen einer publica

S. 235 n. 3. Wenn dagegen Innocenz IV. 1243, P. n. 11193, Raynald. ann. a 1243 n. 31, den Inquisitoren für Narbonne, Albi und ganz Frankreich gebietet, dass die zur Kirche innerhalb der festgesetzten Frist freiwillig zurückkehrenden Ketzer von jeder Strafe befreit sein sollen (nulla eis poena imposita publica vel privata ecclesiastica seu mundana), so lässt sich dies mit Narbonne c. 1. cit. (trotz Finke, Konzilienstudien z. Gesch. des 13. Jahrh. S. 82) sehr wohl dahin vereinigen, dass er die Bussen nicht unter der verbotenen poena verstanden hat, womit die demnächstige Inquisitionspraxis in Übereinstimmung gewesen ist, s. die folgende Anm. 2.

[1] Die Ablegung eines Geständnisses in der Beichte reichte dazu nicht hin, vielmehr sollte der Inquisitor eine solche, weil er nicht Richter in foro poenitentiali, sondern in iudiciali et exteriore war, wegen der Pflicht, das Beichtgeheimniss zu wahren, gar nicht zulassen, Eymeric. III n. 58. Das Beichtforum und das forum iudiciale sind in Ketzer-Angelegenheiten principiell unabhängig von einander. Tarragona 1242 (Inquisitionsordnung des Erzbischofs), M. 23, 555 schreibt allerdings noch vor, dass der von dem Beichtvater auf die Beichte wegen Ketzerei Absolvirte, mag auch der erstere unrecht gehandelt haben, weil er ihn nicht an den Bischof verwiesen hat, von poena temporalis frei bleibt, s. des Näheren Henner S. 237. 238, schliesst also andere von den Inquisitoren zu verhängende Strafen nicht aus, indessen ist die Inquisitionspraxis demnächst für die unbedingte Unabhängigkeit eingetreten, weil der Beichtvater über die erfolgte Beichte und Absolution wegen des Beichtgeheimnisses kein Zeugniss ablegen darf, Bd. IV S. 127, und weil später die Ketzerei zu den das regelmässige forum internum ausschliessenden casus reservati, a. a. O. S. 105 ff. u. o. S. 365, gehörte, Pegna comm. 25 zu Eymeric. II p. 241; Henner S. 239. Wenn andernfalls die Absolution des reumüthigen Ketzers durch den Bischof oder den Inquisitor, vgl. Innocenz IV. 1247, P. n. 12748, Fredericq 1, 118; c. 11 (Clem. IV.) pr. in VI de heret. V. 2; Eymeric. III qu. 122 auch für forum poenitentiale ihre Wirkungen äussert, so erklärt sich dies aus dem Wesen der Reservation von Censuren, s. Bd. IV. S. 103 und Henner S. 240.

[2] Eine solche mildere Behandlung kennt schon das Leg. K. Toulouse 1229 c. 10, M. 23, 196. Beziers 1246 cons. c. 2, M. 23, 716 setzt Freiheit von den gedachten Strafen und vom Exil fest. Vgl. weiter Bernard. Guidon. IV p. 182 ff.

[3] Eymeric. III n. 60. 62. Nur wenn die Ketzerei vollkommen geheim ist, wird weder ein Verfahren eingeleitet noch das Geständniss protokollirt, sondern es erfolgt geheime Absolution unter Auferlegung einer angemessenen Busse l. c. n. 61. Eine mildere Bestrafung sollte aber auch in den anderen im Text gedachten Fällen eintreten.

[4] Eymer. III n. 67. 71. Diese musste dann zum Anklageprozess führen. Da aber in einem solchen Fall der Inquisitor bei seinem weiteren Vorgehen von den Schritten des Anklägers abhängig war, und dies dem Zweck der Inquisition widersprach, so liess man die Ankläger nicht gern zu und gab ihnen den Rath, bei nicht voll gelingendem Beweise die Anklage in eine Denunziation umzuwandeln. Stritt man doch darüber, ob der Ankläger im Falle falscher Anklage der Talion unterworfen werden müsse, Pegna comm. 14 zu Eymeric. III n. 67, was nicht befremden kann, da die kirchlichen Rechtsquellen in Betreff dieser Strafe auch für das gewöhnliche Verfahren keine übereinstimmenden Vorschriften aufweisen, s. Bd. IV S. 758 n. 6 u. 770 n. 3 und auch c. 1 ff. C. II qu. 3, sowie o. S. 201. Unter diesen Umständen ist das Accusationsverfahren bei den Inquisitionsgerichten völlig in den Hintergrund getreten und so gut wie unpraktisch gewesen. Vgl. auch Henner S. 223. 224.

[5] Dieser Fall ist selbstverständlich, hat aber, wie die Inquisitionsschriftsteller ergeben, praktisch keine Bedeutung gehabt.

[6] Und zwar theils auf Grund einer solchen, welche auf die öffentliche Aufforderung des Inquisitors S. 481 n. 5 angebracht wurde oder auch einer sonstigen Einzeldenunziation. Wenn Denunziationen der ersteren Art so zahlreich eingegangen waren, dass der Inquisitor nicht auf alle in eine gerichtliche Verfolgung eintreten konnte, so sollte er sie sämmtlich in ein geheim zu haltendes Buch mit den Namen der Denunzianten und Zeugen eintragen, um nach Ablauf der Aufforderungsfrist zunächst die schwersten und gefährlichsten Fälle zu bearbeiten. In Betreff jedes in Angriff genommenen Falles blieb es dem Denunzianten auf eine an ihn zu stellende Anfrage des Inquisitors frei, ob er als Ankläger oder Denunziant sich betheiligen oder beides mit dem Hinweis, dass er blos

fama oder insinuatio clamosa[1] eintreten, jedoch war das Verfahren von amtswegen, wie es sich in der Gestalt der inquisitio[2] entwickelt hatte, das regelmässige[3].

Eigenthümlich ist dem Ketzer-Inquisitionsprozess, dass, im Gegensatz zum gemeinen Recht[4], dem Angeschuldigten die Namen der Ankläger, also auch der Denunzianten, und die der Zeugen, wenn sich aus ihrer Veröffentlichung eine schwere Gefahr für dieselben ergeben sollte, zu verschweigen waren[5], und nach einer sich bald bildenden festen Praxis[6] in allen Fällen verschwiegen wurden.

Weiter ist in favorem fidei die Fähigkeit zum Zeugniss der Art ausgedehnt, dass man entgegen dem allgemeinen Recht Infame[7], Meineidige[8], Exkommunicirte[9], Verbrecher aller Art[10], insbesondere auch vor Allem die Mitschuldigen und Theilnehmer[11], die Frau, die Kinder und die Familiaren, falls sie gegen den Angeschuldigten aussagten[12], zuliess, alles dies lediglich, weil die Ketzerei als ein s. g. crimen exceptum angesehen wurde[13] und weil ohne diese Erweiterung die Inquisition in ihrer Thätigkeit zu sehr gehindert worden wäre[14]. Wenn andererseits wenigstens die Todfeindschaft mit dem Angeschuldigten als Ausschliessungsgrund eines Zeugen galt[15], so blieb dem Angeschuldigten doch die Geltendmachung dieser Beweiseinrede so gut wie unmöglich, da ihm die Namen der Zeugen nicht kund gegeben wurden[16].

Hinsichtlich des Zeugenbeweises waren somit dem Angeschuldigten die Garantieen

um der gesetzlichen Pflicht zu genügen, S. 481, denunzirt habe, ablehnen wollte. Das letztere wird bei den Inquisitonsschriftstellern als die Regel vorausgesetzt, und ist auch offenbar die Regel gewesen, Eymeric. III n. 63. 66. 68. Es ist also das Verfahren per denunciationem im eigentlichen Sinne mit der caritativa correctio (S. 355) wohl kaum jemals vorgekommen.

1 Eymer III n. 69.

2 S. 351.

3 S. 482 n. 4 u. 6.

4 c. 24 (Lateran. IV.) X de accusat. V. 1.

5 S. 464 n. 10.

6 Welche also auf den anfänglichen Standpunkt, s. a. a. O. zurückgekehrt ist und die die schrankenlose Gewalt der Inquisition einengenden päpstlichen Verordnungen von Innocenz IV. bis Bonifaz VIII. mit der Annahme, dass die gedachte Gefahr stets obwalte, illusorisch gemacht hat, Pegna comm. 123 zu Eymeric. III qu. 75, eine Praxis, welche später Pius IV. in dem Breve: Cum sicut v. 1561, bull. Taur. 7, 146; Eymeric. app. p. 163, dem Inquisitor in Avignon zur Pflicht gemacht hat.

7 Das wurde aus der Zulassung der Meineidigen, s. folgende Anm., welche infam sind, hergeleitet, Eymeric. III qu. 66, nachdem schon Narbonne 1234 o. 1235 c. 24, M. 23, 363: „quamvis in huiusmodi crimine propter ipsius enormitatem omnes criminosi et infames et criminis etiam participes ad accusationem et testimonium admittantur", und Beziers 1246 cons. c. 12, p. 718 vorangegangen waren.

8 c. 8 (Alexander IV.) §. 3 in VI de heret. V. 2, vorausgesetzt, dass anzunehmen ist, dass sie aus Eifer für den rechten Glauben aussagen wollen, Eymeric. III qu. 65.

9 c. 5 (Alex. IV. P. n. 18016) in VI eod. V. 2: „praesertim in probationum aliarum defectum ... si ex verisimilibus coniecturis et ex numero testium aut personarum tam deponentium, quam eorum contra quos deponitur, qualitate ac aliis circumstantiis sic testificantes falsa non dicere praesumantur".

10 Das leitete man daraus her, dass Verbrecher wie die Meineidigen, und nach c. 5 cit. auch die socii criminis der Exkommunicirten zugelassen seien, Eymeric. III qu. 66, s. auch Anm. 7.

11 „participes vel socii criminis" c. 5 cit. Dass Ketzer ausser in Sachen der Mitschuldigen zeugnissfähig sind, wird noch von Eymeric. III qu. 68 schlechthin verneint, während Pegna comm. 117 zu qu. 68 cit. solche, wenn sie gegen den Angeschuldigten aussagen, zulässt und ihre Aussage als ein Indicium betrachtet wissen will.

12 Das wird argumento e contrario aus c. 3 (Alex. IV.) in VI de heret. V. 2 hergeleitet, Eymer. III qu. 70.

13 c. 8 §. 3 cit. V. 2.

14 Alex. IV. 1261, P. 18106 cit., Boehmer corpus iur. canon. 2 app. p. 142: „si iidem excommunicati non admitterentur ad perhibendum testimonium contra tales et dictis eorum ac si fatentium (der Mitschuldigen) non staretur, frequenter officium inquisitionis ... in dispendium fidei contingeret impediri, quando praesertim vix aut nullo modo potest, nisi per sic fatentes super hoc veritas apparere".

15 So schon Narbonne 1234 o. 1235 c. 25, M. 23, 363 u. Beziers 1246 cons. c. 13, p. 718. Hier hat man sich also an das gemeine Recht, s. c. 7 (Ps. Is.) c. 13 (Alex. III.) u. c. 19 (Innoc. III.) X de accus. V. 1 gehalten.

16 S. Anm. 6. Allerdings sollten die Inquisitoren von amtswegen darüber inquiriren, ob die Zeugen nicht etwa Todfeinde des Angeschuldigten seien, Eymeric. III qu. 67, aber durch diese Anweisung war dem Angeschuldigten selbstverständlich kein genügender Schutz gegeben.

jeder ordnungsmässigen Vertheidigung entzogen, denn einen genügenden Ersatz dafür konnten selbstverständlich die Vorschriften nicht gewähren, dass bei den Zeugenvernehmungen, um einer Entstellung und Verdrehung der Aussagen seitens des Richters vorzubeugen, ausser dem protokollirenden Notar noch zwei Gerichtszeugen [1] zugezogen und dem Angeschuldigten die Abschriften der Prozessverhandlungen einschliesslich der Zeugenaussagen mitgetheilt werden sollten [2].

Sodann ist das Verfahren, wie es sich in der Praxis gestaltet hatte und gehandhabt wurde, darauf angelegt, von dem Angeschuldigten auf jede Weise ein Geständniss zu erlangen. Zunächst wird ihm bei jeder Vernehmung ein *juramentum de veritate dicenda* sowohl in Betreff dessen, was seine Person, wie auch andere betrifft, abgenommen [3]. Die Vernehmungen können in beliebiger Zahl wiederholt werden, bei jeder bemüht sich der Inquisitor den Angeklagten zum Geständniss zu bringen, wofür ihm besondere unwürdige Praktiken durch die Inquisitionsschriftsteller an die Hand gegeben werden [4]. Auch kann der Inquisitor den inhaftirten Angeschuldigten bei schwerem Verdacht lediglich, um ihm ein Geständniss abzudringen, Jahre lang im Kerker festhalten [5].

[1] Urban IV. 1262 §. 6, P. n. 18253, bull. Taurin. 3, 688: „. . quia in tam gravi crimine cum multa oportet cautela procedi, ut in reos sine ullo proferatur errore durae et dignae severitas ultionis . . . mandamus, ut vos et illi, quos ad hoc duxeritis deputandos, in examinatione testium quos recipi super crimine praedicto ipsumque contingentibus oportuerit, adhibeatis duas religiosas et discretas personas, in quarum praesentia per publicam . . . personam fideliter eorumdem depositiones testium conscribantur"; ebenso Urban IV. 1262, P. n. 18387, Eymeric. p. 137, u. c. 11 (Clemens IV. 1265, Eymeric. p. 139) §. 1 in VI de heret. V. 2; nämlich Geistliche und Laien, — unter den personae religiosae hat die Praxis nicht blos Mönche verstanden, — auch sich nicht an die Zahl zwei gehalten, sondern mitunter nur einen zugezogen, ja auch davon abgesehen, Eymeric. III n. 84 u. qu. 63, Henner S. 154 ff. S. 157 n. 4, während andererseits die Gerichtszeugen bei der Vernehmung der Angeschuldigten assistirt haben, Eymeric. III n. 81. 84 u. Henner S. 154. 155.

[2] In so weit beobachtete man das gemeine Recht, s. c. 24 X V. 1 cit.; Eymer. III n. 117. Mit Rücksicht darauf, dass die Namen der Zeugen regelmässig nicht mitgetheilt wurden, S. 483, werden von den Inquisitionsschriftstellern, s. Eymeric. III n. 119, verschiedene Arten der Behandlung der Zeugenaussagen angegeben, wie trotzdem dem Angeschuldigten die Möglichkeit eröffnet werden kann, die Beweiseinrede der Todfeindschaft vorzubringen (vgl. auch Molinier p. 344 ff.), doch wird es schliesslich als einfachstes Mittel bezeichnet, dass der Inquisitor darüber, namentlich auch durch Vernehmung anderer Zeugen aus dem Wohnort des Angeschuldigten, inquirirt, ob und welche Belastungszeugen mit demselben in Todfeindschaft leben.

[3] Vgl. über diesen Eid, P. Hinschius, Beiträge z. Lehre v. d. Eidesdelation. Berlin 1860 S. 48 ff. Dass dies im Inquisitionsprocess bei jeder Vernehmung geschah, ergiebt das Urtheil gegen den bekannten Franziskanermönch Bernardus Deliciosi († 1319 Lea 2, 75 ff. 100.) v. 1319, Limborch sent. Tholos. p. 271: „Rursus in dicto inquisitionis processu calumpniosus nimium extitit et prout ex actis predictis apparet plus quam septuagesies in eiusdem negocio . . . inexcusabiliter dejeravit"; bei Bernard. Guidon. III n. 20 p. 113 kommt in dem Urtheil derselbe Vorwurf, allerdings nur der des zwanzigfachen Meineides vor. Einen derartigen Eid s. Zeitschr. f. vaterländische Geschichte (Westfalen) Münster 46 (1888) S. 141. Vgl. auch die doctrina de modo procedendi contra hereticos (13. Jahrh.) bei Martène et Durand, thes. nov. anecdot. 5, 1795. 1805.

[4] So soll nach Eymeric. III. n. 102 der Inquisitor, wenn er weiss, dass der Angeschuldigte durch die Zeugen nicht überführt worden ist, aber Indicien für die Schuld vorliegen, in den Akten blättern oder ein Papier in die Hand nehmen und zum Angeschuldigten äussern, es sei klar, dass er nicht die Wahrheit sage oder ihn erstaunt fragen: „Wie kannst du leugnen", und nach weiterem Blättern oder Lesen ihn auffordern: „Rede nur die Wahrheit, da du siehst, dass ich sie weiss", wobei dem Inquisitor zugleich die Vorsicht empfohlen wird, sich nicht zu sehr auf Einzelheiten einzulassen, damit der Angeschuldigte seine Unkenntniss nicht merke. Weiter wird dem Inquisitor der Rath ertheilt (n. 103), dem Angeschuldigten gegenüber eine längere Reise auf unbestimmte Zeit zu fingiren und sein Bedauern auszusprechen, dass er den letzteren deshalb, weil er nicht gestehe, nun lange gefangen halten müsse, nicht minder (n. 107) einen verlässlichen, früheren Anhänger der betreffenden ketzerischen Sekte wiederholt zu dem Angeschuldigten in das Gefängniss einzulassen, damit dieser unter dem Vorgeben, ebenfalls zu dieser Sekte zu gehören, sein Vertrauen gewinne und ihn dann eines Nachts aushorche, während draussen Zeugen und auch ein Notar aufgestellt werden sollen, um die Bekenntnisse des Angeschuldigten mitanzuhören; sowie dergleichen ähnliche Rathschläge mehr, s. a. a O. n. 104—106.

[5] Dieses Mittel hat Bernhardus Guidonis, welcher der in der vor. Anm. gedachten Künste nicht erwähnt, angewendet, V. n. 13 p. 302: „Quando vero aliquis vehementer suspectus . . .

Weiter beweist dies die offenbar im Anhalt an das römische Recht[1] eingeführte Zulässigkeit der Tortur, welche zunächst durch die weltliche Obrigkeit[2], später aber von den Unterbeamten der Inquisitoren auf Anweisung der letzteren[3] angewendet worden ist[4].

Eine Inhaftnahme des Angeschuldigten bei Eröffnung der Untersuchung fand in der Regel nicht statt[5], sie konnte aber erfolgen, wenn die Ketzerei des Angeschul-

et talis obstinatus sit ad confitendum . . . est . . . detinendus per annos plurimos, ut vexatio det intellectum, et multociens vidi de aliquibus quod sic vexati et pluribus annis detenti confessi fuerant tandem, non solum de novis set etiam de veteribus et antiquis de XXX annis et XL et supra."

[1] S. l. 3 C. J. ad leg. Juliam maiestatis IX. 8. Diese lässt die Tortur bei dem crimen laesae maiestatis, welchem die Ketzerei gleichgestellt wurde, o. S. 302. 303 zu.

[2] Innocenz IV. 1252 Ad exstirpanda §. 26, bull. Taur. 3, 556: „Teneatur praeterea potestas seu rector omnes haereticos, quos captos habuerit, cogere citra membri diminutionem et mortis periculum tanquam vere latrones et homicidas animarum et fures sacramentorum dei et fidei christianae errores suos expresse fateri et accusare alios haereticos quos sciant, et bona eorum, et credentes et receptatores et defensores eorum, sicut coguntur fures et latrones rerum temporalium accusare suos complices et fateri maleficia quae fecerant"; wiederholt v. Alexander IV. 1259, P. n. 17714, Eymeric. app. p. 42; Clemens IV. 1265, bull. cit. 3, 744. u. 1266 p. 763.

[3] In der Praxis sind aber die Inquisitoren selbst dazu geschritten, um das Geheimniss der Untersuchung besser wahren zu können, nachdem schon Alexander IV. 1256, Lea 1, 575, s. auch o. S. 460 n. 6, ihnen die Befugniss ertheilt hatte, sich gegenseitig von etwaigen Irregularitäten zu absolviren, und damit das bisherige Hinderniss für die Anwendung der Folter ihrerseits hinweggeräumt worden war, Lea 1, 422. Wegen der Missbräuche dabei, welche schon Philipp den Schönen zu 1291 zu Gegenmassregeln veranlassten, vgl. auch Lea 1, 423, wurde von Clemens V. das gemeinsame Zusammenwirken des Bischofs und des Inquisitionsgerichtes eingeführt, o. S. 477, welches sich aber nicht als ausreichendes Schutzmittel erwiesen hat, o. S. 478.

[4] Feste gesetzliche Regeln über die Voraussetzungen ihrer Anwendung bestanden nicht. Nach der Praxis sollte nur in Ermangelung anderer Beweismittel durch Interlokut (Eymeric. III n. 152) auf die Tortur erkannt werden (was freilich nicht stets beobachtet worden ist, Pegna comm. 110 ad Eymeric. III. qu. 61), wenn 1. der Angeschuldigte unter Bestreitung des Hauptgegenstandes der Anschuldigung verschiedene und schwankende Erklärungen abgiebt, 2. wenn eine diffamatio und die Aussage eines Zeugen aus eigener Wissenschaft, 3. neben der ersteren mindestens ein starkes Indicium oder 4. neben einer Zeugenaussage aus eigner Wissenschaft ein solches oder 5. eine Mehrheit starker Indicien gegen den Angeschuldigten vorliegt, nicht aber beim Vorhandensein blos von einer diffamatio oder einer Zeugenaussage oder eines starken Indiciums.

Ehe auf Grund des Interlokutes zur Tortur selbst geschritten wird, soll der Angeschuldigte nochmals zum Geständniss ermahnt, dies, während ihn die Folterknechte auskleiden, wiederholt und ihm schliesslich durch einige rechtschaffene Männer bedeutet werden, dass er bei Ablegung eines Geständnisses, abgesehen von etwaiger Rückfälligkeit, mit der Todesstrafe verschont bleiben werde. Erst, wenn alles dies vergeblich war, darf mit der Tortur selbst begonnen werden (vgl. Limborch sent. Tholos. a. 1319, p. 146: „nec voluit confiteri iudicialiter de predictis, donec fuit detentus in carcere et in corda levatus aliquantulum"). Da die letztere in Betreff derselben Punkte nicht wiederholt werden sollte, wird bei Hartnäckigkeit des Inquisiten, wenn die Tortur nicht ausreichend erscheint, ein zweiter, selbst auch ein dritter Folterungstermin *ad continuandum* (!) tormenta, *non ad iterandum* angesetzt. Das durch die Folter erzielte Geständniss musste der Angeschuldigte nach Entfernung der Folterwerkzeuge nochmals wiederholen, und dasselbe hatte dann die Bedeutung eines frei abgelegten Geständnisses.

Widerruft indessen der Inquisit sein Geständniss, so kann, falls er noch nicht genügend gefoltert worden ist, die Tortur fortgesetzt werden.

Nur dann, wenn er trotz Allem noch bei seinem Läugnen verharrt oder durch Folter überhaupt nicht zum Geständniss zu bringen gewesen ist, muss er freigelassen werden, l. c. n. 155 ff. Ein Urtheil wird in diesem Falle blos auf sein ausdrückliches Verlangen erlassen, Eymeric. III n. 157. Dasselbe soll niemals auf Freisprechung, sondern nur darauf lauten, dass nichts gegen ihn bewiesen worden ist, d. h. nur auf Absolution von der Instanz, „unde, si postmodum processu temporis iterum deferatur et legitime probetur, potest non obstante praedicta absolutoria sententia condemnari", l. c. n. 141 ff. 143. Übrigens finden sich kaum derartige freisprechende Erkenntnisse, Molinier p. 332.

Endlich hat die Praxis die Tortur auch sogar gegen die Zeugen, um von ihnen die Wahrheit zu erforschen, für statthaft gehalten, Eymeric. III qu. 73.

[5] Molinier p. 338, doch musste der Angeschuldigte für die Befolgung der Befehle der Inquisitoren, namentlich ihrer Vorladungen, Kaution leisten, Molinier p. 339. 348, sowohl eidlich, wie auch mit seinem Vermögen, p. 342. 351 oder mit Bürgen, welche sich für eine bestimmte Summe (bei Molinier 10 bis 100 Pfund Turonesen) haftbar zu machen hatten, p. 345. 367. 374.

digten klar zu Tage lag[1], wenn einige Indicien für seine Schuld vorlagen oder wenn er der Flucht verdächtig war[2]. Ferner wurde die Inhaftirung auch angewendet, um den leugnenden Angeschuldigten zum Geständniss zu bringen[3].

Je nach der verschiedenen Entwicklung des Verfahrens waren die Urtheile und auch zum Theil die Strafen verschieden[4].

1. Wenn nur eine *infamia*, eine Bezichtigung gegen den Angeschuldigten dargethan, im Übrigen aber für die Ketzerei desselben kein Beweis erbracht war, so wurde ihm der kanonische Reinigungseid[5] mit Eidhelfern[6] auferlegt[7].

2. Falls sich aber blos ein geringer Verdacht, eine *levis suspicio*[8] der Ketzerei ergeben hat, so geht das Urtheil auf Abschwörung derjenigen Häresie, welcher der Inquisit beschuldigt worden ist[9]; und nach der erfolgten Abjuration wird ihm noch eine Busse[10] auferlegt[11].

3. Bei gewichtigem Verdacht (*suspicio vehemens* oder *magna*[12]) ist das Verfahren

[1] Z. B. wenn er beim Halten einer ketzerischen Predigt ergriffen worden war.

[2] Eymeric III. qu. 90 und III. n. 73; Pegna comm. 17 n. 73 zu Eymeric. III. n. 73.

[3] Bernard. Guidon. V. n. 13 p. 301; Limborch, sent. Tholos. p. 102 („noluit confiteri, donec fuit captus et detentus diu") p. 153. 231; s. auch Clem. 1 §. 1 de haeret. V. 3 und dazu S. 477 n. 3.

Mitunter wurden die Inhaftirten dann Jahre lang in Haft gehalten, s. o. S. 468 n. 6 u. S. 484 n. 5, und zwar zum Theil in dunkeln und engen Zellen, sogar auch mit Ketten beschwert, Lea 2, 94. 102.

Über die Praxis des 13. Jahrh. vgl. auch Molinier p. 333.

[4] Eymeric. III. n. 140 zählt 13 Arten der Beendigung des Verfahrens auf, unter welchen er aber nicht nur die absolutio ab instantia, s. S. 485 n. 4, sondern auch das Interlokut auf Tortur, S. 485 n. 4, begreift.

[5] c. 13. (Lateran IV. 1215) §. 7 X de heret. V. 7. Das entspricht dem allgemeinen Recht, s. o. S. 352. Eine Formel bei Martène u. Durand thesaur. nov. anecdot. 5, 1801.

[6] Und zwar, Eymeric. III. n. 145 u. qu 88, je nach der Schwere und Verbreitung der *infamia* mit 7, 10, 20 oder 30 ehrenhaften Männern, welche Kenntniss von seinem Lebenswandel haben und seines Standes, also Ritter, Mönche, Weltgeistliche, Bischöfe, an deren Stelle auch Äbte treten können, sind l. c. n. 145. 146. 148, vgl. auch S. 353 n. 3. Eine Formel für die Eidhelfer bei Martène u. Durand l. c. 5, 1801.

[7] In einem angesetzten Termine hat er dann an dem Orte, wo er infamirt ist, den Reinigungseid in Betreff der ihm zur Last gelegten Ketzerei zu leisten, und an anderen Orten, an denen das bezichtigende Gerücht ebenfalls obgewaltet hat, öffentlich unter Abweisung der ihm zur Last gelegten Ketzerei seinen katholischen Glauben zu bekennen, während die Eidhelfer schwören, dass sie glauben, er habe wahr geschworen, Eymeric. III. n. 149. 150. Bei Verweigerung des Eides erfolgt die Exkommunikation des Angeschuldigten, und wenn er hartnäckig ein Jahr im Bann geblieben ist, seine Verurteilung als Ketzer nach c. 13 (Lateran. IV. 1215) §. 7 X de heret. V 7; l. c. n. 147. Kann er dagegen nicht die erforderliche Zahl von Eidhelfern stellen, so wird er (vgl. c. 13 §. 7 cit.) der Ketzerei für überführt erachtet, und ebenfalls als Ketzer verurtheilt.

[8] Z. B. wegen Besuches geheimer Zusammenkünfte oder einer von der der gläubigen Katholiken abweichenden Lebensweise, Eymeric. II. qu. 55 n. 2. 3.

[9] c. 8 (Alex. IV.) pr. de heret. V. 2; Eymeric. III. qu. 87. Dies hat, wenn der Verdacht ein öffentlicher gewesen ist, öffentlich, sonst geheim im Lokal des Bischofs oder des Inquisitors zu geschehen, Eymeric. III. n. 161. 164. Im ersteren Fall erfolgt die Abschwörung in der Landessprache in einer dazu bestimmten Kirche, nachdem der Termin öffentlich verkündet worden ist, auf einer dort errichteten Bühne vor versammeltem Klerus und Volk nach Abhaltung der Messe, und nachdem der Inquisitor eine Predigt über den rechten Glauben gehalten hat, l. c. 162—164. Bei verweigerter Abjuration tritt Exkommunikation ein und eventuell Behandlung als Ketzer, s. Anm. 7 u. Eymeric. II. qu. 55. n. 9.

[10] Z. B. Einsperrung auf Zeit (aber niemals für immer), Wallfahrten (Bernard. Guidon. III. n. 13 p. 97: peregrinationes maiores, ausserhalb Frankreich und minores innerhalb dieses Landes), Besuch bestimmter Kirchen an bestimmten Tagen, l. c. oder das Erscheinen als Büsser mit brennenden Kerzen in der Hand an den Kirchthüren an bestimmten Festtagen, Eymeric. III. n. 172; Molinier, p. 403. Für die Erfüllung dieser Bussen wurde Kaution bestellt, s. S. 471 u. 485 n. 5, auch wurde ihre Leistung, namentlich durch die Pfarrer, überwacht, S. 481. Bei Nichtleistung verfielen die Kautionen zu Gunsten der Inquisition, und selbstverständlich konnte der Renitente auch exkommunicirt werden, Molinier p. 386. Vgl. auch Eymeric. III. qu. 97 u. o. S. 471.

[11] Eymeric. III. n. 165, worauf dann der Inquisitor noch den 20, bez. 40tägigen und dreijährigen Ablass, S. 460. 461 verkündet.

[12] Z. B. weil Jemand Ketzer verbirgt, ihnen Hülfe leistet, sie begünstigt oder unterstützt, Eymeric. II. 55 n. 4. 5.

dasselbe[1]. Nur gilt der Beschuldigte, wenn er später wieder einer, derselben oder einer anderen Ketzerei überführt wird, im Gegensatz zu dem Fall unter 2. als rückfällig (*relapsus*)[2], und wird mit der entsprechenden Strafe[3] belegt[4].

4. Wenn dagegen ein sehr dringender Verdacht (*suspicio violenta*) gegen ihn obwaltet[5], so wird er, ohne dass ihm der Gegenbeweis offenbleibt, als Ketzer behandelt[6]. Er hat dann die ihm zur Last gelegte Ketzerei und alle übrigen abzuschwören[7], worauf er als Ketzer, welcher ipso iure in die Exkommunikation verfallen war, vom Inquisitor absolvirt[8] und dann zur Anlegung des infamirenden Busskleides der Ketzer[9] oder des ebenso infamirenden Tragens von gelben Kreuzen auf dem Gewande[10] und zu ewigem oder auch zu zeitlichem Kerker[11], sowie zur Übernahme von Bussleistungen[12] verurtheilt wird. Lehnt er dagegen die Abjuration ab, so erfolgt seine Auslieferung an den weltlichen Arm zur Vollstreckung der Todesstrafe[13].

5. Falls gegen den Angeschuldigten eine *diffamatio* und gleichzeitig ein Verdacht der einen oder anderen Art (s. Nr. 2—4) vorliegt, wird ihm der Reinigungseid[14] und die Abschwörung der Ketzerei[15] auferlegt[16], und er dann nach Maassgabe der Verschiedenheit des Verdachtes wie in den Fällen 2—4 behandelt[17].

6. Bei einem, sei es gleich anfänglich oder auch erst im Laufe der Untersuchung abgelegten Geständniss und bei Reumüthigkeit des Angeschuldigten hat derselbe nach einer Predigt des Inquisitors vor versammeltem Klerus und Volk[18] und nach öffentlicher Verlesung eines Verzeichnisses seiner strafbaren Handlungen (*culpae*)[19] alle Ketzereien abzuschwören[20], und wird demnächst, nachdem er durch den Inquisitor von der Exkommunikation absolvirt worden ist[21], sofern er nicht rückfällig ist, zum Tragen des Busskleides mit den gelben Kreuzen oder der letzteren, zu wiederholter Austellung in einer solchen Tracht auf einer Erhöhung oder Leiter vor

[1] Eymeric. III. n. 166—171, blos dass die Busse hier eine schwerere ist.

[2] c. 8 (Alex. IV.) pr. u. §. 1 in VI de haer. V. 2.

[3] Also mit der Auslieferung an den weltlichen Arm.

[4] Für den Fall, dass die Abschwörung nicht erfolgt, gilt das S. 486 n. 9 Bemerkte, Eymer. II. qu. 55 n. 15.

[5] Z. B. bei Anbetung der Ketzer, Annahme ihrer Weiheakte, wie der *consolatio* (der wahren Geistestaufe), Vollziehung ketzerischer Riten, Eymeric. II. qu. 55 n. 7, oder beim Ausbleiben auf Ladung wegen Ketzerei und hartnäckigem mehr als einjährigem Verharren in der deswegen über ihn verhängten Exkommunikation, l. c. III. n. 173.

[6] L. c. II. qu. 55. n. 16 u. III. n. 174 unter Berufung auf c. 13 §. 1 X. V. 3 u. c. 7 (Alex. IV.) in VI. V. 2.

[7] In derselben Weise wie in den beiden vorher gedachten Fällen, Eymer. III. n. 174—176. 180.

[8] c. 11 (Clem. VI.) in VI. de heret. V. 2; Eymeric. l. c. n. 177 und qu. 92.

[9] Eines bläulichen Kleides mit gelben Kreuzen auf der Vorder- und Rückseite, welches über die andern Kleider gezogen wird.

[10] Solche Kreuze werden schon Toulouse 1229 c. 10, M. 23, 196 erwähnt, vgl. ferner Narbonne 1234 o. 1235 c. 1, p. 356; Beziers 1246 cons. c. 26. p. 720 (hier zuerst der gelben Farbe gedacht) vgl. Bernard. Guidon. III. n. 14, p. 98; Molinier p. 411. 413.

[11] Eymeric. l. c. n. 179. 180.

[12] So zum Tragen des gedachten Kleides auf festbestimmte Zeit und Stehen an den Kirchenthüren an gewissen Festen, l. c. n. 179, s. auch Martène u. Durand l. c. 5, 1803.

[13] Eymeric. n. 177 u. II. qu. 55 n. 16; s. auch c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 7.

[14] Die Ableistung erfolgt ebenfalls in einem Akte zugleich mit der Abschwörung der Ketzerei, Eymeric. III. n. 181. 182.

[15] Nach Maassgabe des geringeren oder grösseren Verdachtes, s. Nr. 2—4.

[16] Eymeric. III. n. 183—185.

[17] L. c. n. 186. Bei Verweigerung oder nicht ordnungsmässiger Ableistung des Reinigungseides traten selbstverständlich die S. 486 n. 7 gedachten Folgen ein, für die der blossen Abjuration dagegen die S. 486 n. 9 u. o. Anm. 4 erwähnten.

[18] Eymeric. III. n. 188. 189.

[19] L. c. n. 190.

[20] c. 9. (Verona 1184) X de heret. V. 2; Formeln bei Martène u. Durand, thes. nov. 5, 1799; vgl. Eymeric. III. n. 191 u. qu. 92.

[21] L. c. n. 193, s. o. Anm. 8, und l. c. qu. 93. Ein Geistlicher wird vorher degradirt c. 1 (Gregor IX.) in VI de heret. V. 2.

bestimmt bezeichneten Kirchen, sowie endlich zu ewigem Gefängniss bei Wasser und Brod verurtheilt[1].

7. Wenn es sich dagegen in dem zu 6. besprochenem Fall um einen rückfälligen Ketzer handelt, derselbe also der weltlichen Obrigkeit zur Vollstreckung der Todesstrafe auszuliefern ist[2], so sollen ihm, nachdem der Richter mit den Konsultoren über das zu erlassende Urtheil einig geworden ist, zwei oder drei glaubhafte, ihm genehme Männer in den Kerker geschickt werden, um ihm das Bevorstehende anzukündigen und ihn zum Empfange des Busssakraments und des Abendmahls[3] zu veranlassen[4]. Nachdem er diese Sakramente erhalten, wird die weltliche Obrigkeit zu einem Termine ausserhalb der Kirche an einem öffentlichen Ort eingeladen. In diesem hält der Inquisitor eine Predigt, und nachdem an dem Angeschuldigten, falls er ein Geistlicher ist, vorher die Degradation vollzogen worden[5], erfolgt in Gegenwart desselben die Verkündung des auf Auslieferung an die weltliche Obrigkeit lautenden Erkenntnisses und die Übergabe an dieselbe[6].

8. Ein nicht rückfälliger Angeschuldigter, welcher ein Geständniss seiner Ketzerei ablegt, aber keine Reue zeigt, soll in sicherem Gewahrsam und gefesselt gehalten werden[7], und wenn alle Versuche, ihn zur Aufgabe seiner Ketzerei zu bewegen[8], scheitern, wird mit ihm unter Verlesung seiner s. g. *culpae*[9], wie in dem vorigen Falle verfahren[10], sofern er sich nicht etwa nach der gedachten Verlesung auf Befragen noch zur Abjuration bereit erklärt[11].

9. Wenn ein rückfälliger, aber geständiger Angeschuldigter sich in der unter 8. erwähnten Weise hartnäckig erweist, so ist das Verfahren dasselbe[12], nur kann ein solcher, da er unter allen Umständen der weltlichen Obrigkeit zur Vollziehung der Todesstrafe auszuliefern ist[13], sich nicht mehr durch Abschwörung der Ketzerei von der letzteren befreien, vielmehr hat seine Reue nur die Wirkung, dass ihm vorher, ehe das Urtheil feierlich verkündet wird, die Sakramente der Beichte und des Abendmahls gespendet werden[14].

10. Gesteht der Angeschuldigte nicht, wird er aber durch Zeugenaussagen, von deren Wahrheit sich das Gericht vergewissert hat,

[1] Eymeric. l. l. n. 194 und qu. 95. Doch kann, wenn sich der Ketzer reumüthig gezeigt, oder schon zu Anfang der Untersuchung gestanden hat oder seine Ketzereien nicht schwere sind, eine Milderung der Strafen, namentlich des ewigen Kerkers oder des Fastens bei Wasser und Brod, erfolgen, c. 12 (Bonifaz. VIII.) in VI. eod.; Eymeric. III. qu. 96. Dagegen sollen diejenigen, welche sich blos aus Furcht vor der Strafe und mehr widerwillig bekehrt haben, auch im Gefängniss streng abgeschlossen von der Aussenwelt gehalten werden, l. c. n. 196.

Wegen des Zwanges zur Leistung der auferlegten Busswerke s. S. 486 n. 10.

[2] c. 9 (Verona 1184) X de heret. V. 7, s. auch c. 4 (Alex. IV.) in VI eod. V. 2.

[3] c. 4 cit.; Eymeric. III. qu. 200.

[4] Eymeric. III. n. 197. 200.

[5] c. 13 §. 1 (Lateran. IV.) X de heret. V. 7; Bernard. Guidon. III. n. 30. 31, p. 127.

[6] Eymeric. III. n. 197—199. u. qu. 99. 101.

[7] L. c. n. 201.

[8] Belehrungen durch den Inquisitor oder Bischof, dann Einwirkung durch 10 oder 12 gelehrte Männer auf ihn, welche seine Ketzerei widerlegen, Unterbringung in einem dunklen und schweren Kerker für ein halbes oder ein ganzes Jahr, dann wieder Unterbringung in einem besseren Gefängniss und bessere Behandlung, auch Zulassung der Frau, seiner Kinder, namentlich der kleineren, und nahe stehender Personen, um ihn zu erweichen, l. c. n. 201.

[9] Eymeric. III. n. 202, s. auch S. 487.

[10] L. c. n. 201. 203.

[11] Eymeric n. 202; Bernard. Guidon. III. n. 32 ff. p. 129 ff. Leistet er sie, dann wird er als Geistlicher doch immer degradirt, ferner stets zu ewigem Kerker verurtheilt, c. 1 (Gregor IX.) in VI de heret. V. 2; s. auch Anm. 1, weil die Vermuthung obwaltet, dass die Abjuration nur aus Furcht vor dem Tode erfolgt ist.

[12] Eymeric. III. n. 205. 206.

[13] c. 9 X. cit. u. c. 4 in VI cit., Anm. 2.

[14] c. 4. in VI cit.; Bernard. Guidon. III. n. 29 p. 127.

voll überführt und bleibt er hartnäckig, so wird er ebenfalls in der schon gedachten feierlichen Weise der weltlichen Obrigkeit überliefert[1].

11. Falls der Angeschuldigte auf Ladung überhaupt nicht erschienen ist, und man desselben nicht hat habhaft werden kann, oder wenn er während der Inquisition die Flucht ergriffen hat, so wird er bei erbrachtem Beweise der Ketzerei durch Notorietät oder durch Geständniss oder durch Zeugenaussagen nach erfolgter Ediktal-Citation[2] als hartnäckiger Ketzer, also zur Auslieferung an den weltlichen Arm verurtheilt[3], bei leichtem, gewichtigem und dringendem Verdachte aber zunächst exkommunicirt und nach Ablauf eines Jahres in den beiden ersten Fällen durch Urtheil als Ketzer, im letzten dagegen wieder als hartnäckiger Ketzer erachtet[4].

Auf die Konfiskation des Vermögens[5], den Verlust der geistlichen und öffentlichen Ämter[6] und auf die Unfähigkeit der Descendenz zur Erwerbung solcher[7] scheint für die Regel nicht besonders erkannt worden zu sein[8], da diese Strafen ipso iure mit der Verurtheilung wegen Ketzerei eintraten, und nur im Falle des Bedürfnisses ist man zum Erlass einer besonderen deklaratorischen Sentenz darüber geschritten[9].

Ein Verfahren gegen Todte[10] kommt vor, wenn der Angeschuldigte nach eröffneter Untersuchung starb[11]. Ferner aber konnte ein solches auch erst nach dem Tode eröffnet werden, wenn den Inquisitoren z. B. durch Denunziation oder Einsicht anderer Inquisitions-Akten[12] oder durch Diffamation ein Anlass dazu gegeben war[13]. In beiden Fällen wurden vor Erlass des Erkenntnisses die Kinder, die Erben und die Inhaber des Vermögens des Verstorbenen persönlich und öffentlich in der Pfarrkirche, auf letztere Weise auch jeder andere Interessent vorgeladen, um etwaige Vertheidigungsmittel zu Gunsten des Todten vorzubringen[14].

1 Eymeric. III. n. 207. 209.

2 Bernard. Guidon. I. n. 12. 15 p. 10. 13.

3 c. 9 §. 1 cit. X de heret. V. 7; s. auch S. 488 zu nr. 8; Eymeric. III. n. 211—214. u. qu. 102.

4 Bernard. Guidon. III. p. 109; Martène et Durand l. c. 5, 1806; Eymeric. III. 212—214. Erscheint er auf die Ediktal-Citation und ist er bereit, die Abjuration zu leisten und Busse zu übernehmen, so wird er bei blos Vorliegen leichten und gewichtigen Verdachts, sofern er nicht rückfällig ist, dazu verstattet, s. S. 486 zu nr. 2 und 3, während er bei dringendem Verdacht nach Maassgabe des S. 487 zu 4 bemerkten, bei Überführung durch Notorietät, Geständniss und Zeugen aber nach den Regeln des Falles 6 S. 487 behandelt wird, Eymeric. III. n. 212. 214. Bei rückfälligen Ketzern kommen die S. 486 u. 488 unter nr. 3 u. 9 gedachten Regeln zur Anwendung.

5 Welche bei denjenigen, welche nicht rückfällig waren und sich vor dem Endurtheil reuig erwiesen, nicht statthatte, Eymeric. III. qu. 109. 110. 112, aber andererseits auch die Dos der Frau traf, wenn sie wissentlich einen Ketzer geheirathet hatte, c. 14 (Bonifaz VIII.) in VI de heret. V. 2.

6 Diese traf die Ketzer, die credentes, receptatores, fautores und defensores derselben, c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI eod., Eymeric. III. qu. 113.

7 Hier galt dasselbe, wie Anm. 6, c. 2 (Alex. IV.) in VI. eod., Eymeric. III. qu. 114.

8 Molinier p. 429, welcher aber eine Ausnahme feststellt.

9 S. o. S. 477 n. 6.

10 S. 302.

11 Beziers 1246 cons. c. 18, M. 23, 719; c. 8 (Alex. IV.) §. 7 X de heret. V. 2; vgl. Bernardus Guidonis I. n. 28 p. 24. War der Verstorbene schon zu einer Busse, z. B. zum Kreuztragen und zu Wallfahrten verurtheilt, hatte aber diese nicht erfüllt, so wurde statt derselben eine Geldredemtion von den Erben verlangt, Fälle bei Molinier p. 365 ff., s. auch Beziers 1246 cons. c. 19, M. 23, 718; c. 8 (Alex. IV.) §. 6 in VI de heret. V. 2 und Urban IV. 1261, Eymeric. p. 142.

12 Bernardus Guidonis I. n. 22 p. 19; III n. 24 p. 120.

13 Limborch sent. Tholosan. p. 79. 208; Martène et Durand, thesaur. nov. anecdot. 5, 1801.

14 Nach Bernardus Guidon. I. n. 22. 23. 24, p. 19 ff. gewöhnlich zweimal, s. auch n. 28. 29 p. 24. 25 unter der Androhung, dass beim Ausbleiben mit dem Verfahren weiter vorgegangen werden würde. S. übrigens auch die nachstehend mitgetheilten Urtheilsformulare und Urtheile, in denen stets der Citation der Interessenten gedacht wird, u. Martène u. Durand l. c. 5, 1813.

Ausgeschlossen war in dem Verfahren nach c. 3 (Alexander IV. P. n. 17400) in VI eod. der Gegenbeweis, dass ein Verstorbener, welcher während der Krankheit von den Ketzern die consolatio

Das Urtheil lautete, wenn die Ketzerei feststand, aber weder Rückfälligkeit vorlag, noch eine absolute Hartnäckigkeit erwiesen war, auf Feststellung der Ketzerei, auch auf ewige Kerkerhaft und Güterkonfiskation[1] sowie gleichzeitig auch auf Ausgrabung der Gebeine aus geweihter Erde und Verbrennung derselben[2], wenn dagegen der Verstorbene rückfällig war oder in der Sterbestunde die ketzerische Handauflegung empfangen hatte[3], oder sonst als hartnäckiger Ketzer gestorben war[4], bald auf Ausgrabung und Verbrennung der Gebeine[5] oder auch zugleich auf ewige Verdammung des Gedächtnisses des Verstorbenen[6], bald auf Auslieferung an den weltlichen Arm[7], ein Unterschied, welcher sich offenbar daraus erklärt, dass sich bei den Verurtheilungen der letzteren Art die Vermögenskonfiskation von selbst verstand[8], und daraus, dass falls kein Vermögen vorhanden war, hauptsächlich ein Interesse der Kirche an der Entfernung des Leichnams aus dem Kirchhofe obwaltete[9].

Vielfach wurde von den Inquisitoren das Erkenntniss nicht für jede Untersuchung gesondert, wenn dieselbe spruchreif war, erlassen, sondern gewartet bis eine Reihe von Fällen zur Aburtheilung vorlagen. Erst dann erfolgte die Publikation der bereits vorbereiteten Urtheile in einem feierlichen Akt[10] unter Theilnahme der dazu geladenen Geistlichen, weltlichen Obrigkeiten und anderen vornehmen Personen, sowie der zuströmenden Menge des Volkes[11], um durch Entfaltung besonderen Glanzes die Macht der Inquisition eindringlich zu veranschaulichen und auf diese Weise gegen das Umsichgreifen der Ketzerei zu wirken[12].

erhalten hatte, diese nicht mehr bei klarem Verstande oder nach dem Verlust seiner Sprache empfangen habe, wenn er bei Lebzeiten der Ketzerei verdächtig oder deswegen diffamirt oder ein voller Beweis erbracht war, dass er bei dem Empfang die Klarheit des Verstandes nicht verloren hatte. Auch durfte jeder andere Vertheidigungsbeweis nur durch glaubenswürdige und völlig rechtgläubige Zeugen, nicht aber durch die Frau, Kinder, Familiaren und sonstige Angehörige des Verstorbenen geführt werden.

[1] Bernard. Guidon III. n. 24 p. 121: „fuisse credentes hereticorum erroribus et fore, si viverent, immurandos et consequenter bona ipsorum confiscanda" (ähnlich auch Limborch sent. Tholosan. p. 162. 248) oder auch Bernard. Guid. n. 25 p. 121: „ipsumque fore, si viveret ac peniteret, immurandum, alias vero, nisi peniteret relinquendum brachio curie secularis (ähnlich auch Limborch p. 250) et consequenter ossa eiusdem extumulanda de sacris cimeteriis, si ab ossibus fidelium possint discerni, ac etiam comburenda et bona ipsius decernimus confiscanda". Denn in diesen Fällen konnte man nicht wissen, ob der Todte nicht bei Lebzeiten noch Reue gezeigt und die Abjuration geleistet haben würde, es blieb also die blosse, bedingungslose Verurtheilung zur Auslieferung an den weltlichen Arm ausgeschlossen.

[2] S. die vor. Anm. Falls aber der Verstorbene noch vor seinem Tode die Absolution von der Exkommunikation, in welche er wegen seiner Ketzerei verfallen war, erhalten hatte, s. S. 487, dann durfte nicht auf Exhumation erkannt werden, Bernard. Guidon. III. n. 25 i. f. p. 122.

[3] Weil er als hartnäckiger Ketzer galt. Vgl. Bernard. Guidon. III. n. 27 p. 124; Limborch sent. Tholos., p. 80.

[4] Bernard. Guidon. III. n. 28 p. 125; Limborch p. 89.

[5] Bernard. Guidon. III. n. 27 p. 124; Limborch p. 167. 205. 252.

[6] Bernard. Guidon. III. n. 28 p. 225; Limborch 333. 367.

[7] Limborch 248: „tanquam relapsum in heresim ... relinquendum fore, si viveret, curie seu iudicio seculari", wobei sich die Vermögenskonfiskation von selbst verstand.

[8] S. 477 n. 6 u. S. 489.

[9] Wennschon auch daneben die Unfähigkeit der Descendenten zu öffentlichen Ämtern in Frage kam, s. a. a. O.

In Betreff des Verfahrens gegen Todte wegen Begünstigung der Ketzerei, s. o. S. 303 n. 2.

[10] Dem s. g. sermo, später *actus fidei*, Auto dafé im Anhalt an die S. 451 n. 1 u. S. 458 n. 3 citirten Dekretalen, s. auch c. 12 (Bonifaz VIII.) in VI de haeret. V. 2. Nachweisungen bei Molinier p. 61; vgl. auch Martène et Durand 1, 1795. 1810.

[11] Molinier p. 64. 67; Limborch sent. Tholos. p. 39; Henner S. 159 ff.

[12] Mittheilungen über solche Akte bei Limborch p. 39. 98. 183. In dem 1310 von Bernardus Guidonis, seinem Mitinquisitor und dem Vertreter des Erzb. v. Toulouse in der Kathedrale abgehaltenen Akt erfolgt nach der Predigt die Vereidigung der königlichen Beamten und städtischen Konsuln auf Vertheidigung des Glaubens, Verfolgung und Anzeige der Ketzer, sowie auf Beobachtung der Ketzergesetze und eine generelle Exkommunikation aller derjenigen, welche die Inquisition hindern, p. 38. 39. (98. 99. 183.

Selbstverständlich konnten auch mit Rücksicht auf die S. 471 dargelegte sachliche Zuständigkeit noch andere Urtheile als die erwähnten seitens der Inquisitionsgerichte vorkommen[1], aber die hier besprochenen waren praktisch die wichtigsten und diejenigen, welche für die Inquisition am charakteristischsten sind.

Endlich ist es eine Eigenthümlichkeit des Inquisitionsverfahrens[2], dass selbst das verurtheilende Erkenntniss, wenn es auch dem Angeschuldigten gegenüber die Rechtskraft erlangt, doch niemals, soweit es auf Busse und auf Kerker geht[3], für das Gericht rechtskräftig wird, und diesem immer sowohl die Milderung, wie auch andererseits die Verschärfung desselben[4] zusteht, und dass selbstverständlich auch die gewährten Milderungen[5] niemals unwiderruflich waren, sondern stets zurückgenommen werden konnten[6].

Die vorstehenden Darlegungen ergeben, dass das Inquisitionsverfahren gegen die Ketzer, wie es sich seit dem 13. Jahrhundert gestaltet hatte, mit seiner Nichtachtung der Vertheidigungsrechte des Angeschuldigten[7], dem Ausschluss jeder definitiven Freisprechung[8], der Tendenz, dem Inquisiten durch alle möglichen Mittel, namentlich die Tortur und lange Inhaftirung Geständnisse abzupressen[9], und der durch keine festen Regeln eingeschränkten Willkür des Inquisitors darauf angelegt

184). Daran schliesst sich die Gewährung von Gnadenbeweisen an einige verurtheilte Ketzer, der Erlass des Tragens der gelben Kreuze und der weiteren Gefängnissstrafe, p. 40. (99. 100. 184. 183), vgl. auch o. S. 487, unter Auferlegung von anderweiten Bussen, Wallfahrten, Besuch bestimmter Kirchen und neben diesen auch von Geldredemtionen. Erst dann werden die Verurtheilungen gruppenweise unter Verlesung der s. g. culpae (S. 487) jedes einzelnen der zu der Gruppe gehörigen Angeschuldigten verkündet, nämlich zunächst die der reuigen und geständigen zum Tragen der Kreuze, Wallfahrten und sonstigen Bussleistungen, Limborch p. 40. 45. (100. 116. 185. 191) vgl. o. S. 488 n. 1, und einer anderen Gruppe derselben zu ewigem Kerker, zum Theil mit Verschärfung durch die Ketten, p. 46. 79 (117. 158. 191. 201), vgl. o. S. 488), dann die von verstorbenen Ketzern (s. o. S. 489) p. 79 (162. 203. 204), danach Erkenntnisse auf Zerstörung von Häusern, in denen Bekehrungen von Ketzern stattgefunden, oder in welche solche aufgenommen worden sind, p. 80. 168 vgl. auch o. S. 158 n. 6, und auf Auslieferung der rückfälligen Ketzer an den weltlichen Arm, p. 81. 90 (169. 174), nach anderen Akten zuletzt die Urtheile gegen Flüchtige p. 175. 205 publizirt. Formeln für die gedachten Gnaden-Erlasse auch bei Bernard. Guidon II. n. 2. 3. p. 36. 37 und für derartige Urtheile l. c. n. 5. 6. p. 41. 42; n. 32. 33. p. 59 u. III. n. 19 p. 110 und eine Zusammenstellung über den Verlauf eines sermo generalis l. c. III n. 1 fl. p. 83 ff.

[1] Vgl. z. B. Bernard. Guidon. III. n. 17 p. 103; Limborch p. 95 (gegen falsche Zeugen und Angeber, Verurtheilung zu ewigem Kerker in Ketten bei Wasser und Brod und wiederholte Ausstellung auf einer Leiter mit Zungen von rothem Tuch) und Eymeric. III. n. 209.

[2] Vgl. S. 477 n. 7.

[3] Beziers 1246 cons. c. 20. 21, M. 23, 719; c. 12 (Bonifaz. VIII.) in VI de heret. V. 2 spricht nur von der mitigatio und mutatio der Kerkerstrafe. Die Praxis hat dies aber auch auf die Bussen, namentlich auf die Verurtheilung zum Kreuztragen ausgedehnt, vgl. Bernard. Guidon. III. n. 13. 14 p. 95. 100.

[4] Daher ist die stehende Schlussformel in diesen Urtheilen bei Bussen, Bernard. Guidon. II. n. 5 p. 41 III. n. 13. 14 p. 95. 100: „retenta nobis et nostrum cuilibet ac nostris in officio inquisitionis successoribus plenaria potestate addendi, diminuendi, commutandi ac etiam remittendi in predicta penitentia sive pena, si et quandocumque nobis vel eis visum fuerit expedire", eine ähnliche kürzere bei Limborch p. 45. 117. 191; bei der Kerkerstrafe aber: „addendi, diminuendi, aggravandi, mitigandi vel etiam remittendi in predicta penitentia sive pena necnon sententiandi aliter aliquem de predictis, si inventi fuerint scienter aut malitiose aliqua de facto heresis suppressisse seu aliquem innocentem involvisse in crimine heresis memorato", Bernard. Guidon. III. n. 16 p. 103; Limborch p. 78. 158; während bei Eymeric. III. n. 179 u. 194 die Formel sachlich gleich lautet: „mitigare, aggravare, commutare, tollere totaliter vel in parte, si et quando et prout nobis et totiens quotiens videbitur faciendum"; vgl. auch noch Martène u. Durand l. c. 5, 1809. 1810.

[5] S. S. 490 n. 12, vgl. auch die folgende Anm.

[6] Beziers 1246 cons. 1246 c. 22, M. 23, 720; Bernard. Guidon. II. n. 3, p. 31. 38; n. 15 p. 51.

Selbstverständlich war daneben das päpstliche Begnadigungsrecht, s. o. S. 366 u. 371, nicht ausgeschlossen. Fälle, in welchen den Descendenten von Ketzern die Fähigkeit zur Erlangung öffentlicher Ämter wieder be gelegt wird, bei P. n. 23086. 23648 (Nikolaus IV. 1289 u. 1291).

[7] S. 483. 484.

[8] S. 485 n. 4.

[9] S. 485. 486.

war, den Inquisiten unter allen Umständen zum Schuldigen zu stempeln und dem einmal in die Hand der Inquisition gefallenen Angeschuldigten jedes Entrinnen unmöglich zu machen[1]. Treffend hat ein ihr selbst zum Opfer gefallener Franziskaner[2] das Verfahren dahin charakterisirt, dass selbst die Apostel Petrus und Paulus bei einer gegen sie eingeleiteten Ketzerinquisition nicht im Stande gewesen sein würden, die Anschuldigung der Ketzerei zu widerlegen[3]. Derselbe hierarchische Geist, durch welchen seit der Mitte des 12. Jahrhunderts die Ausbildung des kirchlichen Strafrechts[4] bestimmt worden ist, hat auch die Ketzerinquisition als das sein innerstes Wesen am schärfsten ausprägende Erzeugniss gezeitigt.

[1] In der Wirkung lief dasselbe, wenngleich es sich in geordneteren prozessualischen Formen bewegte, im wesentlichen auf das in den Anfängen der Inquisition von Konrad v. Marburg geübte Verfahren, S. 454 n. 4, hinaus.

[2] Bernardus Deliciosi, Limborch sent. Tholos. p. 269.

[3] L. c.: „quod beati Petri et Paulus ab heresi deffendere se non possent, si viverent, dum tamen inquireretur cum eis per modum ab inquisitoribus observatum“.

[4] S. o. S. 123. 125 u. S. 228 ff. 232. 267.

Ergänzungen und Berichtigungen.

S. 3. Z. 3 v. u. l. Gläubigen st. Gläubiger.

S. 43. Z. 3 v. u. ist zwischen: „Ämter" und „anderer" einzuschalten: sowie

S. 46 n. 5 Kol. 2 Z. 4 hinter dem Punkt einzuschieben:

Allerdings setzt E. Löning, Gesch. d. deutsch. K. R. 2, 392 n. 2 die Fälschung schon in die Mitte des 9. Jahrh. Wenn er dies indessen durch die Bezugnahme Hinkmars auf das Schreiben Gregors I., s. Flodoardi hist. eccl. Rom. III. 27 („sicut b. Gregorius pp. de quodam monasterio a quadam regina aedificata dictaverit ... repetens maledictionis imprecationem quam domnus idem G. contra praesumtionem illius monasterii iaculatus sit") zu beweisen sucht, so hat er übersehen, dass Hinkmar nur von einer die maledictio, d. h. von einer das Anathem aufweisenden Klausel spricht, und dass unter der maledictio keineswegs eine Androhung der Absetzung gegen Könige verstanden werden kann.

S. 61 n. 1 Z. 2 v. u. l. c. 1 in VI statt c. 2.

S. 79 n. 1 Z. 1 v. o. l. Atto statt Otto.

S. 86 n. 1 Kol. 2 Z. 12 v. o. l. c. 6 statt c. 9.

S. 120 Anm. Kol. 2 Z. 6 v. o. l. M. 22 statt M. 12.
Z. 15 v. o. l. M. 22 statt s. 12.

S. 123 n. 6 Z. 1 v. o. l. VI statt V.

S. 131 n. 2 a. E. hinzuzusetzen: Beispiele aus dem 8. Jahrh. bei Weyl (S. 281 n. 4) S. 73 ff.

S. 169 n. 11 a. E. hinzuzufügen: s. auch c. 1 in Extr. comm. de simonia V 1, u. S. 363 n. 4.

S. 193 n. 2 a. E. hinzuzusetzen: Vgl. auch c. 10 (Alex. III.) X de testam. III. 26.

S. 195 n. 9 Z. 5 v. o. l. c. 32 C. XXIII statt c. 22.

S. 211 Z. 2 v. o. hinter „Laien" einzuschalten: sowie auch das Predigen seitens der letzteren (s. Bd. IV S. 451 n. 2 u. S. 452).

S. 219 Z. 9 v. o. hinzuzusetzen: Die ebenfalls durch das gemeine Recht unter die Strafe der exc. l. s. gestellte Belästigung und Beraubung von geistlichen Personen, ihrer Verwandten und ihrer Kirchen wegen der Nichtberücksichtigung von zur Wahl empfohlenen Kandidaten, c. 12 (Lyon I) in VI de elect. I. 6.

S. 288 n. 8. Wenn Weyl a. a. O. S. 72. 76 aus den wiederholt seit dem 8. Jahrh. vorkommenden Strafklauseln in päpstlichen Briefen aus dem 8. und 9. Jahrh. für diese Zeit ein päpstliches Recht herleitet, Laien und Geistliche zu bannen, so ist doch, da er selbst anerkennt (S. 77), dass die Päpste thatsächlich eine Exkommunikation niemals verhängt haben, von der Ausübung einer derartigen unmittelbaren Strafgewalt in der karolingischen Zeit nicht die Rede gewesen, und die Päpste haben sich offenbar bei Anwendung derartiger Strafklauseln der bestehenden Sitte, Verfügungen und Anordnungen durch solche zu sichern (s. auch S. 375 n. 7) angeschlossen.

DAS KIRCHENRECHT

DER

KATHOLIKEN UND PROTESTANTEN

IN

DEUTSCHLAND.

VON

DR. PAUL HINSCHIUS,

ORDENTLICHEM PROFESSOR UND RECTOR AN DER UNIVERSITÄT BERLIN.

FÜNFTER BAND.

ABTHEILUNG I.

SYSTEM DES KATHOLISCHEN KIRCHENRECHTS MIT BESONDERER RÜCKSICHT AUF DEUTSCHLAND. (FORTSETZUNG.)

BERLIN,

J. GUTTENTAG, VERLAGSBUCHHANDLUNG.

1893.

Stanford Law Library
3 6105 062 364 786
ORD UNIVERSITY LAW LIBRARY